

SEGELN GEGEN DEN WIND

1

Segeln gegen den Wind

Moderner Sozialismus,
radikale Realpolitik und
Transformation

*

Für Micha

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Inhalt

Für Micha	4
Interview in »Streitschrift«	6
Einführung	14
1 • Einstieg: Epoche des Wandels - Wandel philosophischen Denkens.	38
2 • Stufen der kommunistischen Produktionsweise. Zur fortschreitenden realen Subsumtion des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unter die universale gesellschaftliche Entwicklung der assoziierten Produzenten	43
3 • Zu einigen Problemen der Entstehung eines neuen Paradigmas in der Sozialismustheorie	63
4 • Notizen im Ergebnis eines Aufenthalts in der UdSSR.	77
5 • Wer ist Eigentümer im Sozialismus?	80
6 • Epoche des Wandels - Wandel philosophischen Denkens	100
7 • Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus - Thesen in der Diskussion	130
8 • Realsozialismus zwischen antikapitalistischem Ausbruchsversuch und Selbstaflösung	152
9 • Einleitung Ordnung aus Anarchie. Fallstudie zur Entstehung einer autoritären Demokratie in der russischen Provinzregion Saratov.	205
10 • Nichts darf vergessen werden. Niemand darf vergessen werden!	222
11 • Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei	226
12 • Rosa Luxemburgs Symphonie zur Russischen Revolution	245
13 • Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai. Parteinahme für einen demokratischen Sozialismus	261

14 • Was hätte Rosa gesagt? Zur Kuba-Debatte in der Linkspartei.PDS	284
15 • Bruch mit dem Leninismus als System. Sozialismus und Demokratie – eine historische Tragödie	299
16 • Was bleibt. Walter Janka zum 100. Geburtstag	315
17 • Omnia sunt communia. Von der Möglichkeit des Kommunismus nach seinem Scheitern.	327
18 • Gewalt und Befreiung. Solidarische Emanzipation unter den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus	362
19 • Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion	406
20 • Ist die PDS noch zu retten?	437
21 • Was ist heute links?	494
22 • Segeln gegen den Wind	515
23 • Strategische Optionen der Partei DIE LINKE für eine radikale Realpolitik	577
24 • Vorwärts in die Vergangenheit? Wolfgang Streecks verfehlte Wiederentdeckung der marxistischen Kapitalismuskritik	602
25 • Transformationen des Reichtums – Reichtum der Transformationen. Eine Vier-in-Einem-Perspektive	617
26 • Sind wir Auto?	665
27 • Entgeltfreier Öffentlicher Personennahverkehr statt »Abwrackprämie«!	674
28 • Unser Kirschbaum und der gebrochene Gesellschaftsvertrag	685



Für Micha

In Russland hatte er studiert,
in vielen Ländern referiert,
den Chinesen seine Frau entführt,
ein ruhiges Rasten kennt er nie.
Das ist er, unser Micha Brie.

Ein Reformprojekt hat er zusammengebracht:
den Sozialismus mit der Moderne zusammengedacht.
Noch zu Zeiten vor der Wende –
dann war die DDR zu Ende.

DIE LINKE hat er programmatisch begleitet
und vielen damit keine Freude bereitet.
Der Vernunft dagegen sehr,
wir wünschen uns davon noch mehr.

Wer Wissen sucht über Sozialismus und Demokratie,
der wende sich also an Michael Brie.
Und Gründe der staatssozialistischen Implosion – wen das interessiert:
geh'n Sie zu Brie, der hat sie studiert.

Der arbeitet am Gegenteil von Implosion,
er erkundet nämlich die Transformation
statt nur Reform oder nur Revolution.
Die Transformation zu einer besseren Welt
für die Menschen nämlich statt nur für das Geld.

Er wollte deshalb mal weniger leiten,
will den Tag eben lieber mit Forschung bestreiten.
Karriereleitern sind nicht sein Begehrt,
sich etwas Schönes zu erdenken
interessiert ihn viel mehr.

Was Rosa gesagt hätte, fragt er immer wieder
und schreibt dann sein Eigenes dazu nieder.
Er prüft die Chancen des Kommunismus nach dessen Scheitern
und hofft, den Horizont der Linken zu erweitern.

Folglich ist er ein Optimist,
der Michael Brie, der Transformist,
der erste Direktor unseres Institutes.
Wir wünschen ihm geniale Ideen und hundertfach Gutes!

Michael Brie
Interview in »Streitschrift«
Nr. 2, Oktober 1990

Nr. 2 – Oktober 1990

DM 3,50/ÖS 32,-/SFR 3,80/FRF 95,-

Streitschrift

zur Erneuerung der Politik

**Gregor Gysi:
Befindlichkeiten**

**Ebermann zu
Linke Liste/PDS**

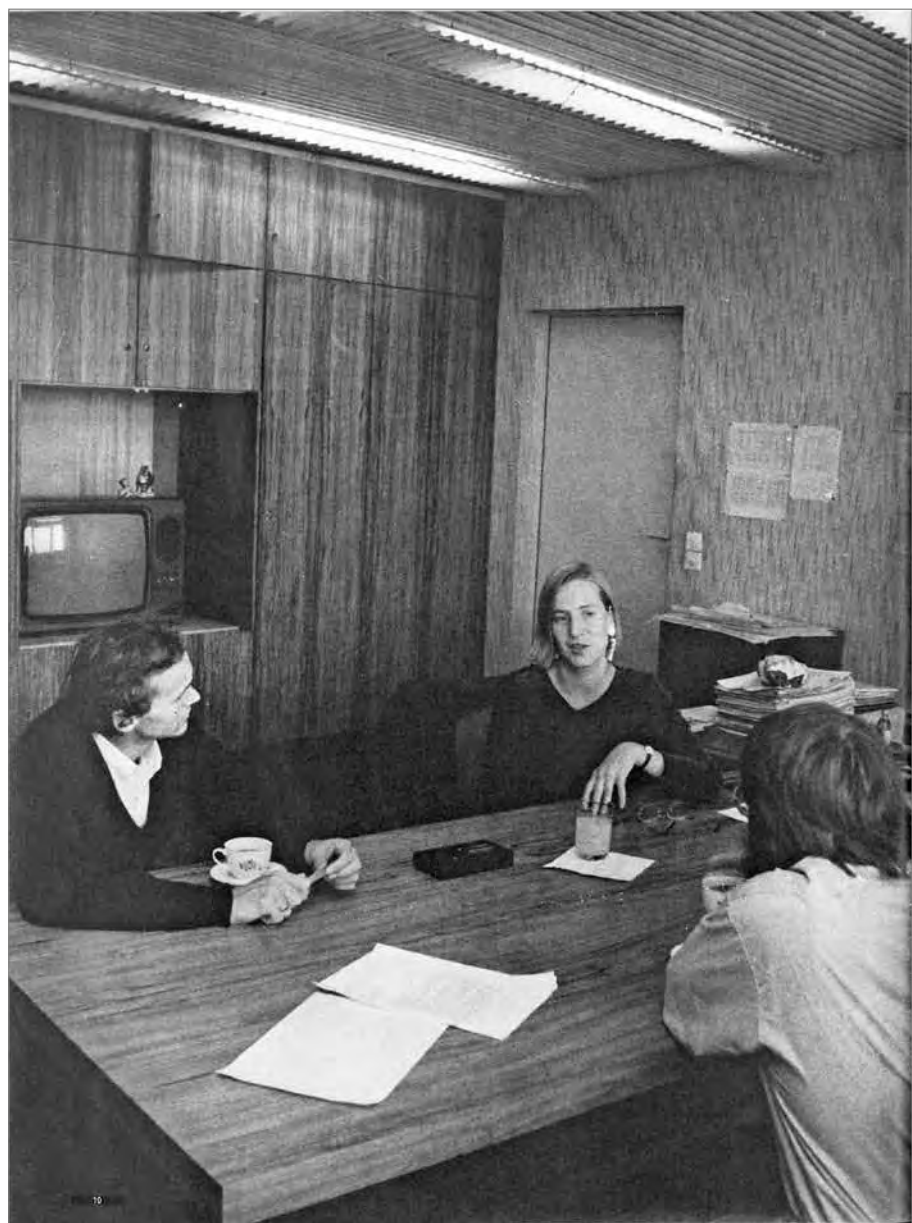
**Hans Modrow
versucht
eine Bilanz**

**Mechthild Jansen:
§ 218 – Was
kommt danach?**

**Rudolf Hickel:
Die Kosten
der Einheit**

**Streitgespräch:
Verena Krieger versus
Michael Brie**

ISBN 3-921072-01-8



Perspektiven der Linken

Der Blick auf das linke Spektrum in Deutschland offenbart ein altes Leiden: Man beschäftigt sich mehr mit sich selbst als mit den zentralen Fragen. Deutsche Linke kommen schwer miteinander ins Gespräch und ins Bündnis. Unter der Moderation von Frank Schumann stritten sich Verena Krieger aus Köln und Michael Brie aus Ostberlin.

Krieger: Das ist natürlich eine Frage, deren Beantwortung ins Überlose gleitet. Ich weiß auch nicht, ob dies nur auf deutsche Linke zutrifft. Generell aber trifft es wohl zu, daß die Linke sich immer dann zu zerfleischen beginnt, wenn sie sich in der politischen Defensive befindet oder politische Niederlagen hinnehmen muß. Das ist zumindest meine persönliche Erfahrung: In historischen Phasen des Aufschwungs, in Phasen, in denen Linke zumindest punktuell hegemonial sein können, sind Großzügigkeit und Fähigkeit zum Pluralismus deutlich stärker ausgeprägt als in Situationen wie der jetzigen. Gegenwärtig steht die Linke mit dem Rücken an der Wand, wir erleiden eine politische Niederlage.

Schumann: Erleiden die Linken wirklich eine Niederlage? Ist die Auslöschung des stalinistischen Systems nicht ein Erfolg, ein historischer Fortschritt? Politischer Ballast, der hinderlich war, ging doch dadurch verloren.

Krieger: Es gibt da verschiedene Ebenen. Es stimmt, die Existenz der DDR war auf eine Weise diskreditierend für die Linke in der Bundesrepublik. Wir mußten uns sozusagen abarbeiten an dem Pseudoargument: „Geht doch nach drüben!“ Andererseits hat die linke Bewegung dadurch auch wieder eine bestimmte Überzeugungskraft bekommen, ich denke da beispielsweise an die Friedensbewegung in den 80er Jahren oder an die Frauenbewegung. Selbst technologiekritische Bewegungen haben eine bestimmte Überzeugungskraft gewonnen, weil mit all diesen Themen auch weitgehend gesellschaftspolitische Ziele und Überlegungen verbunden waren – und zwar ganz unabhängig davon, daß es diese DDR gab. Wir haben in den letzten zehn, zwanzig Jahren

eine faszinierende Erfahrung gemacht, daß es irgendwann wirkungslos wurde, uns zu sagen: „Geht doch nach drüben!“ Es hat uns überhaupt nicht mehr getroffen.

Trotzdem meine ich – obwohl ich zu jenem Teil der Linken in der Bundesre-

publik gehöre, die stets meinten, daß die DDR-Realität mit unserem Sozialismus-Vorstellungen nichts zu tun habe –, daß wir Linken mit dem Verlust dieser DDR eine Niederlage erlitten haben. Denn wir müssen uns fragen, warum wir kein stärkeres Verdienst an der Liquidierung des Stalinismus haben. Und ein anderer Teil unserer Niederlage besteht darin, daß es vierzig Jahre SED geschafft haben, Ansätze von einer demokratischen Bewegung, die vor einem Jahr in der DDR stattfand – ich will das mal vorsichtig formulieren: die Option eines dritten Weges, einer eigenständigen Entwicklung – zu verhindern, und wir waren nicht in der Lage, dies wiederum zu verhindern. Stattdessen erfolgte eine völlige Unterwerfung unter BRD-Diktat und BRD-Realität. Das ist ein wesentlicher Punkt unserer Niederlage. Und schließlich besteht ein weiterer darin, daß wir uns in Mithaftung genommen werden in der konservativen Propaganda, obwohl wir zu den Kritikern des real existierenden Sozialismus gehörten. Spätestens hier stellt sich für mich die Frage, inwieweit wir nicht doch damit zu tun hatten oder haben, mehr vielleicht, als wir uns selber ein-



Verena Krieger und Michael Brie (rechts) im Gespräch
Foto: K.H. Eckbrecht

Perspektiven der Linken

gestanden haben. Das ist eine noch offene Frage. Da muß ein Stück Nachdenken auch bei denen stattfinden, die als undogmatische Linke oder als Feministinnen oder als Ökologen glauben, eine weiße Weste zu tragen.

Wir alle sind davon betroffen, ob uns dies nun paßt oder nicht. Ich selbst habe lange gebraucht, um dies zu akzeptieren. Noch ein Dreiwertel Jahr nach der Maueröffnung habe ich mit gesagt: Mein Problem ist das nicht. Ich habe mich nie mit dem politischen System in der DDR identifiziert, ich hab das politisch nie verteidigt – warum werde ich jetzt dafür in Mithaftung genommen!

Schumann: Michael Brie, ich möchte noch einmal zum Ausgang zurückkehren: die Wehligkeit der Linken, ihre offensichtliche Unfähigkeit, geschichtsgestaltende Massen zu bewegen... Stattdessen nehmen die Konservativen das Heft in die Hand und handeln. Sie haben offenbar Konzepte, die die Linken nicht besitzen?

Brie: Ich glaube eher, daß die Konservativen immer vom Rand der Ideen der Linken und der sozialen Bewegungen gelebt haben. Bismarck hat mit dem Aufbau des Sozialstaats begonnen und dabei Ideen der Arbeiterbewegung im herrschaftssichernden Interesse instrumentalisiert. Adenauer und Erhard sind um das herum gefolgt. Das soziale emanzipatorische Potential der Linken wurde gegen sie gerichtet. Um es pointiert zu sagen: Die konzeptionelle Geisteslosigkeit der herrschenden Konservativen ist ihre Stärke. Bevor die linke Idee mehrheitsfähig wird, greifen die Mächtigen sie auf und erledigen die Sache ohne und damit gegen uns.

Bei den Linken hingegen ist festzustellen, daß ihre Theoriediskussion als Politikersatz in intellektuelles Sektewesen mündet. Hauptursache ist die Abtrennung von den realen sozialen Bewegungen. Der Faschismus hat hier Schlimmes hinterlassen. Die Konsumgesellschaft und jetzt die Polarisierung der Gesellschaft durch Neokonservatismus verstärken dies. Sie sollten sich in der jetzigen Situation vor allem in den Dienst sozialer Bewegungen stellen. Dort wird hoffentlich das heute und vor allem morgen wichtige emanzipatorische Potential erzeugt und vervielfältigt.

Schumann: Teilen Sie die Auffassung von Verena Krieger, daß die Linke eine Niederlage erlitten habe?

Brie: Ja. Es ist nicht einmal ansatzweise gelungen, aus dem Zusammenbruch des stalinistischen Sozialismus einen politischen Standard zu erreichen, der dem Niveau der Bundesrepublik entspräche. Meines Erachtens er/ben wir hier, im Gebiet der DDR, einen wesentlichen sozialen Rückschritt und auch einen Rückschritt hinsichtlich der politischen Kultur. Des-

weiteren machte mich die Erkenntnis betroffen, daß die linken Bewegungen nach dem Fall der Mauer nicht ihre Chancen sahen, die sich aus der historisch offenen Situation ergab. Hingegen nahmen sie die Konservativen wahr. Der nunmehrige Prozeß – vielleicht bin ich da Pessimist – ist nicht mehr zu stoppen. Den Konservativen ist es gelungen, durch den Zusammenbruch zu suggerieren: ohne Marktwirtschaft, ohne diese Art von Parteidemokratie ginge nichts. Die DDR-Bürger in ihrer Mehrheit waren sehend für die Vorteile des Marktes und blind für dessen Nachteile. Auch verständlich: Bisher ging es ja noch um ihren Arbeitsplatz und um ihre Wohnung. Sie hatten immer eine Regierung, die in gewisser Weise abhängig von ihnen war, weil diese nicht zu tief in ihre Interessen eingreifen durfte. Natürlich empfand jeder die relative Ohnmacht, aber zugleich sah man auch die Ohnmacht der Regierung, weil die in gewisser Weise auf sie Rücksicht nehmen mußte. Doch man konnte sie eben nicht wählen. Also wollen wir eine Regierung, die wir auch wählen können, sagte man, und kaum war das geschehen, stellte man erstaunt fest: Die macht, was sie will! Also das sind so Erfahrungen, die DDR-Bürger machten. Dennoch meinen sie noch immer: Wir müssen durch zu der Marktwirtschaft, ändern wollen wir das nicht mehr, sie wird uns Erfolg bringen. Diese Haltung verstärkt meines Erachtens wesentlich den neokonservativen Zug in Deutschland. Insofern ist das für Linke schon eine Niederlage: Wir müssen nämlich anerkennen, daß die Ansätze, die zu einer konsequenteren Veränderung der Machtstruktur hätten führen können, zurückgedrängt wurden. Es finden sich dafür gegenwärtig keine parlamentarischen Mehrheiten.

Schumann: Weshalb aber gelang es in der Wende nicht, den Veränderungen den linken Stempel aufzudrücken? Lay es nur an der fehlenden Strategie?

Brie: Es gab natürlich Vorstellungen, wie man es machen könnte. Ich erinnere an den Verfassungsentwurf des Runden Tisches oder an Überlegungen, wie man über einen Währungsverbund der Finanzfrage Herr hätte werden können. Das Problem der Politik ist allerdings: Wo und wie zündet eine politische Idee? Die Wende oder Revolution, wie man die Veränderung auch immer nennen mag, wurde durch zwei verschiedene Bewegungen getragen – durch eine stark links orientierte alternative Strömung, die über die westlichen Gesellschaften hinauswollte, und durch Kräfte, die durch ihre Alltags Erfahrungen keine Perspektive darin sahen und nur auf den Markt, also den Kapitalismus, setzten. Politik greift in dem Moment, wo sie eine Verbindung herstellt zu den Massen, indem auch Perspektiven für das individuelle Leben angeboten werden. Die

SPD kam Mitte Januar mit dem Vorschlag, die D-Mark in der DDR einzuführen – Mitte Februar sagt Kohl dies plötzlich auch. Und dann wird dieser Gedanke zu einer Idee, die faktisch ein Bündnis herstellt zwischen bestimmten herrschenden Kräften in der BRD und den Massen in der DDR. Dahinter stand keine Konzeption, wie man vielleicht die Wirtschaft in der DDR entwickeln könnte – das spielen wir ja jetzt, wo hier alles zusammenbricht. So aber wird in einer offenen Situation Politik gemacht. Es zündet, wenn zwei bestimmte Elemente zusammenkommen.

Es gab keine konzeptionelle Schwäche der Linken – denn was hätten sie den Erwartungen der Massen auch entgegenstellen sollen? Die Bewegung war da und wußte die Stasi usw. hinweg, die Linken haben mitgemacht, und dabei ging die Bewegung schon über sie hinweg, ich mache auch den Linken in der Bundesrepublik keinen Vorwurf. Es lag keine subjektive Handlungsunfähigkeit vor, sondern die objektive Situation gestattete nichts anderes. Und wir sollten nicht glauben, daß wir mit richtigen Konzepten in die Offensive kämen. Die Massen in der DDR sagen: ab in den Markt, in zwei Jahren ist alles besser. Was könnte man diesem Irrtum an antiführerischen Konzepten schon entgegenstellen?

Krieger: Letzterem stimme ich zu. Ich frage mich aber auch, wie groß die Chance gewesen ist und sein könnte, den Konservatismus in der Bundesrepublik abzulösen? Am 2. Dezember besteht diese Möglichkeit nicht. Die Berliner rot-grüne Koalition ist ein gutes Beispiel, wie man einerseits in ein Bündnis Kritisches integriert und Veränderung erreicht und andererseits befriedet und der Kritik die Spitze abbricht. Berlin hat das in noch stärkerem Maße gezeigt als Hessen.

Was jetzt stattfindet, ist ein Rollback in die Restauration der 50er Jahre. Das ist weder im Interesse eines Späth oder eines Geißler oder eines Momper, aber es findet statt. Insofern hat die Maueröffnung wesentliche Auswirkungen auf die politische Landschaft in der Bundesrepublik gehabt. Das ist in gewisser Weise ärgerlich für die Linke und speziell für die Grünen, weil dort gerade die Auseinandersetzungen geführt wurden über die Integration rebellischer, kritischer linker Inhalte durch verschiedene Parteien und Regierungen. Und in diese Diskussion und Selbstverständigung kam die Wende in der DDR, die kam uns ziemlich verquer. So aber ist das nun einmal mit der Geschichte. Nun hat sich die Diskussion verlagert und konzentriert sich auf die Frage: Wie reagieren wir darauf? Etwa in der Form, wofür sich die Grünen, mehrheitlich entschieden haben – in zeitlichem Abstand dem zu folgen – was zuvor als Regierungspolitik verkündet wurde. Oder reagieren wir wie Thomas Ebermann, also radikal-antina-

lionalistisch mit der Parole „Nie wieder Deutschland!“?

Das sind momentan die beiden Pole der Linken in der Bundesrepublik. Ich halte beide Positionen für fatal, denn sie laufen im Grunde darauf hinaus, daß die Linke nicht mehr als eingreifender Faktor existiert. Die Mitmach-Politik der Grünen ist Eliminierung linker Politik, ein Teil des kritischen Potentials in der Bundesrepublik wird eingebunden in einen großen Konsens, faktisch in eine „große Koalition“.

Brie: Das würde mich schon einmal genauer interessieren. Wieso dieses merkwürdige Verhalten zur nationalen Frage? Deutschland kommt vielen Linken nur schwer oder überhaupt nicht über die Lippen. Den DDR-Linken sowieso nicht. Deutschland aber ist ein historisches Faktum. Die Art der Vereinigung ist Verrat deutscher Interessen...

Krieger: In meinen Ohren klingt dieses Wort vom „Verrat deutscher Interessen“ unerträglich. Ich kenne keine „deutschen Interessen“, ich kenne nur die Interessen von Sozialhilfeempfängern, von Arbeitslosen, von Frauen, von Unternehmern, von Facharbeitern usw. Hier leben unterschiedliche Menschengruppen mit unterschiedlichen Interessen. EmigrantInnen zum Beispiel haben die gleichen Interessen wie ein Bundesbürger oder DDR-Bürger, die zufällig die deutsche Staatsangehörigkeit haben. „Deutsche Interessen“ halte ich für ein Stück Rhetorik oder Demagogie, das wahlkampfmäßig eingesetzt wird, um nationalistische Momente zu bedienen. Ich bin dagegen, nationale oder rassistische oder sonstige Emotionen zu instrumentalisieren. Das bedeutet, das man nationalistische Momente nicht bekämpft, sondern verstärkt. Deshalb halte ich das auch nicht für linke Politik, ich wiederhole: Es gibt für Linke keine „deutschen Interessen“.

Brie: Es gibt Interessen von Deutschen. Ich bin vorsichtig, alle Interessen in Interessen von verschiedenen sozialen Gruppen aufzulösen. Alle Einzelinteressen hängen zusammen. Es wird Politik von und für Menschen gemacht, die in diesem Land leben. Da wird man diesen Begriff schon benutzen müssen. Ich gebe zu, daß man den Begriff „deutsche Interessen“ unterschiedlich akzentuieren kann und muß, aber er läßt sich nicht einfach wegschieben, indem man erklärt, es existieren sozusagen nur konkrete individuelle Interessen. Die werden durch diese Politik zusammengepreßt. Wir waren bis jetzt Bürger der DDR und der BRD – nun sind wir Deutsche.

Krieger: Wir werden auch in Zukunft keine Deutschen sein. Auch in Zukunft wird diese Gesellschaft gespalten sein in

sehr verschiedene Gruppen, deren Interessen sich gegenüberstehen, die von anderen gegenübereinander ausgespielt werden usw. Deswegen ist der Begriff, wir seien alle Deutsche, für Linke in keiner Weise positiv besetzt.

Brie: Wir sind Deutsche unabhängig davon, ob wir uns so verhalten oder nicht. Andere sehen uns so. Wir sind objektiv in diese Realität hineingestellt und müssen uns dazu irgendwie innerlich verhalten. Es wird nicht funktionieren, wenn wir das Problem der Identifikation wegschieben. Die Frage des Selbstwertgefühls vieler Menschen ist damit eng verknüpft. Linke Politik muß auch solchen Fragen nachgehen. Ich verstehe Dich aber durchaus. Die Linken haben die deutsche Frage immer

als Niederlage erfahren. Das war so nach den Napoleonischen Befreiungskriegen, das war 1870 so, 1914, 1933, in gewisser Hinsicht auch 1989/90. Immer wurde die Einheit benutzt, um überholte Herrschaftsstrukturen zu zementieren. Doch Linke müssen langsam lernen, mit dieser Frage positiv umzugehen, um damit auch Politik machen zu können.

Krieger: Ich finde, Du hast jetzt einen unzulässigen Dreh der Argumentation gemacht, weil es nicht zwei verschiedene Fragestellungen sind. Ich habe mich gegen die „deutschen Interessen“ ausgesprochen, weil sie für mich keine relevante Kategorie sind. Es gibt deutsche Interessen überhaupt nicht, außer, wenn man sie als staatliche Interessen definiert. Zentrales Element linker Politik jedoch ist es, genau dieses verschleiernde Moment nationaler Interessen aufzudecken. Der andere Streitpunkt ist natürlich der, wie man mit

Verena Krieger. Foto: A. H. Eckbrecht



Perspektiven der Linken

diesem Faktum Deutschland umgibt. Es gibt jetzt diese deutsche Nation, egal, ob wir es wollen oder nicht, sie wird im Ausland als solche betrachtet. Das ist mir völlig klar. Indem ich aber sage, es geht um soziale Interessen und nicht um nationale Identität, schiebe ich nicht das Problem weg. Man löst es aber auch nicht, indem man so tut, als seien soziale Interessen gleich deutsche Interessen. Das sind zwei verschiedene Punkte der Auseinandersetzung. Eine andere Frage ist: Wie geht die linke Opposition innerhalb Deutschlands damit um, daß dieser Staat nicht einer neben anderen in Europa ist, sondern eine hegemoniale Macht? Diese Punkte möchte ich fein säuberlich getrennt haben. Ich finde, daß sie gern ein bißchen vermischt werden.

Brie: Die Nationalfrage hat immer was Widersprüchliches. Und ich gebe zu, daß die Linken in allen Ländern immer gezwungen sind, viel kritischer gegen die nationale Frage zu stehen. Aber ich kann auch nicht immer mit einer Negatividentität leben. Das ist gefährlich.

Krieger: Woher nimmst Du den Begriff „Negatividentität“? Ich verstehe mich nicht als eine Nichtdeutsche. Ich habe allerdings eine Positividentität bei bestimmten Interessen. Ich bin jemand, der sich definiert als Antimilitarist, als Feminist, als eine, die klare politische Gegnerschaften und klare politische Freundschaften hat. Nur des ist Identifikation. Nationale Zugehörigkeit spielt dabei keine Rolle. Die Identifikation mit Deutschland ist immer eine vermittelte, denn sind immer andere Dinge vorausgegangen, das ist ein komplizierter Prozeß.

Schumann: Themawechsel: Leben in der Opposition. Da hat mancher hierzulande noch seine Probleme, wie mir scheint.

Krieger: Hier scheint mir in der Tat ein Defizit zu liegen. Sich in einer Minderheit zu befinden, ist Euch ja bis vor kurzem abgegangen. Ich bin damit aufgewachsen. In verschiedenen westeuropäischen Ländern wuchsen und wuchsen Jugendliche auf mit dem Bewußtsein: Wir gehören zu gesellschaftlichen Mehrheiten und bauen mit, wir können Einfluß nehmen auf etwas, was in Prinzip richtig ist. Ich nenne als Beispiel Italien, weil dort die ICP Jahrzehntlang in einer fast hegemonialen Position gewesen ist (jetzt stellt sich die Situation etwas anders dar). Für die bundesdeutsche Linke ist es eine grundsätzlich andere Situation schon immer gewesen. Hier herrschte wirklich das Verständnis von Anfang an, eine sehr kleine Minderheit zu sein, sehr starke Gegner zu haben und in Grunde immer in der Gefahr des Verzwelfelns zu sein oder in Sektierertum abzugleiten. Ich denke, daß man bewußt

mit dieser Minderheitenrolle umzugehen lernt. Dort lernt man auch, daß es auch in der Opposition möglich ist, politischen Einfluß auszuüben, ohne daß man sich in die Rolle der Regierenden hineinendenken muß. Ich habe Angst, daß viele in der BRD vergessen oder verlernt haben – wesentlich mitverschuldet durch die Grünen –, daß man nicht nur in der Regierung Politik machen kann. Und ich habe die Befürchtung, daß auch die PDS die Rolle der Opposition sehr schwer annehmen und erfüllen wird. Sie kann den gesamten Lernprozeß und die gesamte Erfahrung, die dafür nötig ist, nicht von einem Tag auf den anderen realisieren. Also ich bin gespannt, inwieweit der Schritt von der Staatspartei hin zur Oppositionspartei gelingt.

Brie: Die Erfahrungen in der PDS sind natürlich widersprüchlich. Seit Ende der 70er Jahre haben sehr viele das Gefühl politischer Ohnmacht erfahren, und auch die Illusion, daß es eine historische Situation geben würde, wo man dies ändern könnte.

Schumann: Die Oppositionsrolle aus einer Minderheitsposition wurde unlängst von Anja Vollmer in Frage gestellt. Also: Immer ewige linke Opposition oder nicht?

Krieger: Die Frage ist so gestellt, daß sie ein bestimmtes Interesse verrät. Ich denke aber, daß das nicht der zentrale Punkt ist, ob es einmal mit der Regierung klappt. Ich mache mir keine Gedanken, ob es möglich sein wird, in den 90er Jahren zu regieren. Das Problem ist: Wie gelingt es, daß die sozialen Interessen einzelner Gruppen nicht unter die nationalen Interessen untergepflegt werden, und daß eine stabile, einigermaßen organisierte, in sich lebendige, plurale, lebensfähige linke Minderheit existiert? Ich wäre froh, könnte uns das gelingen. Alle Überlegungen, ob Linke in den 90er Jahren die Regierung übernehmen könnten, halte ich für weltfremd.

Meine Erfahrungen aus zehn Jahren Opposition im BRD-Parlament ist: Gesellschaftsveränderung läuft nicht nur über Regierungen, sondern über Ausstrahlungskraft und durch die Fähigkeit, neue und brisante Entwicklungen und Interessen aufzugreifen und in die politische Meinungsbildung mit einzubringen.

Brie: Der relative Wahlterfolg der PDS basierte genau darauf. Sie wurde als Symbol für Opposition genannt, für Nicht-mitmachen. Ein paar Initiativgruppen von unten, Modrow, Gysi fühlten sich durch die Situation in diese Rolle gedrängt, weil es objektiv keine andere gab. Die Frage aber ist: Wie weit ist ein solcher Weg gehöbar?

Schumann: Die Gedanken dazu machen deutlich, daß das Selbstverständnis von Opposition bei uns noch nicht sehr

weit entwickelt ist. Opposition haftet der Ruch vom Verlieren an – man hat es nicht geschafft, die Wahl zu gewinnen...

Brie: Man muß zwei Arten von Opposition unterscheiden: Die eine, die sich mit der Regierungspartei im Amt abwechseln – und die andere, die sich außerhalb des parlamentarischen Systems bewegt. Hier ist das eigentliche Feld, weil dort die neuen Entwicklungen sich vollziehen, die politisch artikuliert werden. Die SPD wurde immer dann Regierungspartei, wenn sie diese Aufgabe abgab. Seit 1918 macht sie das.

Schumann: Was kann, was muß linke Politik tun? Wo sind Ihre Visionen?

Krieger: Das sind die Fragen, die ich liebe.

Brie: Vor einem Jahr äußerte ich: Daß Wandlitz ein Museum wird. Das ist es nun doch nicht geworden. Die Realität hat die Vision überrollt.

Krieger: Bezogen auf die nächsten Jahre habe ich eine positive und eine negative Vision. Die negative: Die Grünen und die PDS sitzen im Reichstag, und die einen werden endlich zur ökologischen Bürgerrechtspartei, die sie ja laut Anja Vollmer seit langem schon sein sollten, mit anderen Worten: ein rechtsoökologischer Verein, der Mittelstandsinteressen effektiv vertritt. Und die andere Partei wird ein linkssozialdemokratischer Verein (gut, das wäre immerhin schon ein historischer Fortschritt – dann gebe es nämlich so etwas wie eine USPD). Meine Postvision wäre – jenseits der Frage, wie das im Parlament aussehe, daß sich in den nächsten Jahren so etwas wie ein historisches Bündnis herausbildete von neuen sozialen Bewegungen und alten, traditionell sozialistischen Bewegungen, welches eine neue Qualität in Inhalt und Form zusammenbringt. Dieses Bündnis hat, denke ich, in der grünen Partei nicht stattgefunden, dort war nur das Parteiwerden neuer sozialer Bewegungen zu beobachten. Das wäre meine Vision: Die Linke möge sich in der Weise erneuern, daß sie tatsächlich kompromißlos Ökologie und Demokratie mit einer sozialistischen Idee verbindet. Und das ist eine Sache, die erst noch zu leisten ist.



Frank Schumann arbeitete als Kulturchef der Tageszeitung „frühere Welt“ und ist gegenwärtig stellvertretendes Chefredakteur des Blattes

Textsammlung
eingeführt durch einen Beitrag
von Dieter Klein

Dieter Klein
Zwischen Ideal und Wirklichkeit
ein europäischer Intellektueller
ostdeutscher Herkunft

*»Im vollen, modernen Sinne des Wortes ist die Wissenschaft
die Zwillingschwester der Humanität.«*

Pierre Teilhard de Chardin

1954 geboren gehörte Michael Brie in den siebziger Jahren zu jener Generation kritischer junger Intellektueller, die die ungelösten Probleme der Staatssozialismus in der DDR nicht mehr wie die Generation zuvor im Licht schrecklicher eigener Erfahrungen mit faschistischer Barbarei und Krieg als Geburtsprobleme einer antifaschistischen Ordnung relativierten. Sie deuteten andauernde und wechselnde Schwierigkeiten nicht mehr als Folgen der Einheit Deutschlands, offener Grenze oder des Kalten Krieges. Diese Altersgruppe von ostdeutschen Linken war grundsätzlich dem Projekt des Sozialismus als Gegenpol zum westdeutschen Kapitalismus verbunden. Aber zugleich galt für sie: »Das Grunderlebnis dieser Generation war das Auseinanderklaffen von Idealen und Wirklichkeit.« (Land/Possekel, 1992: 25)

Hineingeboren in einen etablierten Staatssozialismus sah sich Michael Brie wie viele andere in eigener Verantwortung für die Verwirklichung der Hoffnungen auf eine bessere Gesellschaft. Gerade weil er in der staatssozialistischen Wirklichkeit zunehmend die Verkehrung kommunistischer Visionen in ihr Gegenteil erkannte. So hatte die Entwicklung seines eigenen wissenschaftlichen Denkens ihren Ausgangspunkt in starkem Maße in der Auseinandersetzung mit den systemischen Defiziten der Staatssozialismus. Es war kein Zufall, dass die zentrale Kategorie marxistisch-leninistischer Lehre, das Eigentum, zum Gegenstand der Habilitationsschrift Michael Bries wurde, die 1985 vorlag, aber erst 1990 geringfügig überarbeitet erscheinen konnte (Brie, 1990). Er begab sich mit diesem Gegenstand auf ein hochbrisantes Feld.

»Neuformulierung der Eigentumsfrage«

Die Überführung von Kapitaleigentum in Staatseigentum und die zentralistische Verfügung einer kommunistischen Partei über dieses Eigentum als Grundfrage des Aufbaus der neuen Gesellschaft anzusehen, so schrieb er, musste in den Untergang der Staatssozialismus führen. Schon in seiner Habilitationsschrift »Wer ist Eigentümer im Sozialismus?« hatte sich Brie daher die Aufgabe einer »Rekonstruktion der Marx'schen Auffassung vom sozialistischen Eigentum« gestellt (Brie, 2006: 83). Als wesentlichen Bezugspunkt dafür sah er Marx' Überlegung an, das kapitalistische Privateigentum sei die Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums; die Negation dieser Negation durch eine alternative Gesellschaft jedoch stelle »nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf der Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.« (Marx, 1962: MEW. Bd. 23: 791) An anderer Stelle hatte Marx formuliert: »Das ‚Privateigentum‘ in das Eigentum der ‚ganzen Gesellschaft‘ verwandeln – das bedeutet, es in das reale Eigentum *jedes Individuums, jedes Mitglieds* der Gesellschaft zu verwandeln.« (Marx, 1962, MEW. Bd. 20: 106). Bis heute findet diese Marx'sche Überlegung im Diskurs der Linken kaum Beachtung. Brie misst ihr dagegen einen zentralen Platz im modernen Eigentumsdiskurs zu. Er hebt mit Marx hervor, dass also nicht das Staatseigentum die Aufhebung des Kapitaleigentums sei, sondern das individuelle Eigentum auf neuen Grundlagen. Er spricht in diesem Zusammenhang von einer »völlig neuen Eigentumsphilosophie«, »die sich jenseits des Gegensatzes von Privateigentum und Gemeineigentum bewegt.« (Brie, 1991: 164)

Selbst die Deklaration gesellschaftlichen Eigentums als Gegenpol des privaten Kapitaleigentums erfasst nach Bries Auffassung den Kern der Sache nicht ausreichend. Erst eine solche Ausgestaltung des gesellschaftlichen Eigentums, die den einzelnen die Aneignung des gemeinsam Eigentums für ihre individuellen Lebenswelten in Solidarität mit anderen ermöglicht, dringt bis zum Innersten sozialistischer Verhältnisse vor, zur *Entfaltung der Persönlichkeit jeder und jedes einzelnen*.

Das parteibeherrschte Staatseigentum ermöglichte zwar in den frühen Zeiten der Sowjetunion und im Vaterländischen Krieg gegen Hitlerdeutschland eine rücksichtslose zentralistische Konzentration der gesamten verfügbaren Wirtschaftsressourcen auf jene Aufgaben, die die Partei als entscheidend für das Überleben der Sowjetmacht in einer feindlichen

Umgebung ansah. Aber die auf dieses Eigentum gestützte Monopolmacht der Partei schloss eine partizipative Demokratie und selbst die repräsentative Demokratie aus. »In den schlimmsten Zeiten des Stalinismus hatte der Staatspartei Sozialismus Formen angenommen, die selbst einen fundamentalen Zivilisationsbruch darstellen.«(Brie, 2005:111) Er erstickte auch nach den Hochzeiten des Stalinismus eine volle individuelle Entfaltung und Kreativität der einzelnen und schloss damit, wie Michael Brie Marx zitierend schreibt, »die originelle und freie Entfaltung der Individuen«und die dafür »notwendige Solidarität der freien Entwicklung aller«als das Entscheidende einer kommunistisch-sozialistischen Gesellschaft aus (Brie, 2005: 8 - Marx/Engels, 1959, MEW. Bd. 3: 424)

In strikter Abgrenzung von der in der gesamten Geschichte des Staatssozialismus bestimmenden Vergötzung des Staatseigentums als Machtressource der herrschenden Partei fragte Brie danach, was dagegen das von Marx erstrebte neue individuelle Eigentum sein werde (siehe Brie, 1990:106; Brie, 2006: 83). Sein Eigentumskonzept als Antwort auf diese Frage ist fixiert auf eine solche Gestaltung des Eigentums und der Formen gesellschaftlicher Entwicklung, dass die einzelnen Bürgerinnen und Bürger realen Einfluss auf den Einsatz der Wirtschaftsressourcen im alltäglichen Leben in ihrem eigenen individuellen Interesse und auf die Rahmensetzungen für die Nutzung des Eigentums haben. Zugleich setzt dies solidarischer Formen der Kooperation voraus, damit die persönlichen Interessen mit den kollektiven und gesamtgesellschaftlichen Interessen verbunden werden können (Brie, 1990: 47).

»Die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums als Reichtum individueller Entwicklung macht die Fortschrittsachse des (zu erstrebenden - D.K.) sozialistischen Eigentums aus«(ebenda, 108f), schreibt Brie und fügte hinzu, »dass die Vorstellung vom Sozialismus als einer Gesellschaft des Staatseigentums dem Wesen des Marxismus und der kritischen Tendenz der Gegenwart genau entgegengesetzt ist.«(ebenda: 115)

In Zeiten zentralistischer Verfügung der Parteispitze über das fälschlich als Volkseigentum bezeichnete Staatseigentum und einer Verkehrung von Demokratie in den administrierten Vollzug obrigkeitlicher Entscheidungen musste das von den herrschenden Kräften als wissenschaftlich nur mäßig verbrämte politische Provokation verstanden werden. Kein Wunder, dass die Reaktion der Hüter marxistisch-leninistischer Dogmen auf diese Habilitationsschrift Michael Brie geradeswegs in die »Bewährung«außerhalb der Universität, nämlich in das ideologisch zuverlässigere Ministerium für Hochschulwesen, führte. Danach wirkte er weiter in

der Universität, und seine Berufung zum ordentlichen Professor durch den Hochschulminister der Modrow-Regierung erkannte ihn an als einen – wie Klaus Offe schrieb – »gedankenreichen, unabhängigen und originellen philosophischen Kopf mit starken geschichts- und politikwissenschaftlichen Interessen«. Es blieb der neuen Ordnung vorbehalten, der zeitlich begrenzten Suspendierung des Michael Brie von der Universität zu SED-Zeiten den dauerhaften Ausschluss aus dem universitären Leben folgen zu lassen.

Die Politik der Neuordner war, das ostdeutsche Staatseigentum überwiegend in westdeutsches privates Kapitaleigentum zu verwandeln. Michael Brie hatte gegen beide Eigentumsordnungen im wahrsten Wortsinn das Verständnis von sozialistischem Eigentum von oben nach unten gewendet – nicht allein als Wunschvorstellung von Linken, sondern theoretisch wohl begründet. Und seine »Neuformulierung der Eigentumsfrage« (Brie) fand Eingang in das Parteiprogramm der Linkspartei.PDS von 2003: »Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum besteht deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen.«

Eckpunkte eines alternativen Gesellschaftsprojekts

Sozialistisches Eigentum als individuelles Eigentum auf solidarischen Produktionsgrundlagen – *umfassende Demokratisierung* – *Persönlichkeitsentfaltung jeder und jedes einzelnen* – *individuelle Freiheit durch soziale Gleichheit der Teilhabe aller* an den Grundgütern menschenwürdigen Lebens. Das sind Eckpfeiler des in den Arbeiten Michael Bries hervortretenden systemischen Denkgebäudes, dass seine Vorstellungen von einem demokratischen Sozialismus beschreibt.

Natürlich ist er sich dessen bewusst, dass sich die tatsächlichen Konturen eines sozialistischen Projekts erst in langen Lern- und Suchprozess abzeichnen werden. In seiner Schrift »Solidarische Gesellschaftsformation – Skizze über eine (noch) unmögliche Möglichkeit« problematisiert er ein Paradoxon emanzipatorischer Transformation: »Es muss etwas entstehen, was eigentlich nicht entstehen kann, weil jeder, der an einem System partizipiert, so handeln muss, dass er sich dabei im System erhält – es sei denn, er hätte eine Alternative. Da genau diese *als Systemzusammenhang* (Hervorhebung – D.K.) nicht greifbar ist, verbleiben alle innerhalb

des gegebenen Systems oder sind gesellschaftlich bedeutungslos.«(Brie, 2010:15) Der gesellschaftlichen Linken fehlt also eine *Erzählung* von einem Gesellschaftsprojekt, die die einzelnen alternativen Teilprojekte zu einem Ganzen zusammenfasst und die Wünsche und Hoffnungen von Mehrheiten derart verdichtet, dass sie durch ein solches überzeugendes Gesellschaftsprojekt zur Selbstermächtigung mobilisiert werden. So dass im glücklichsten Fall bei Teilen der Öffentlichkeit eintritt, was Ernst Bloch – Thomas Carlyle zitierend – so formulierte: »Was der geistige Vorkämpfer sagt, waren alle Menschen schon nicht weit entfernt zu sagen, sehnten sich danach, es auszusprechen. Die Gedanken aller fahren wie aus einem schmerzlichen Zauberschlaf bei seinem Gedanken auf und erwidern ihn mit Zustimmung.«(Bloch, 1959:143)

Die in den hier zusammengeführten Arbeiten Michael Bries hervortretenden Eckpunkte oder Leitideen emanzipatorischer Transformation rechtfertigen nach Auffassung des Autors dieser Einführung die Ansicht, dass sich in diesen Publikationen – wie eben schon angedeutet – der logische Zusammenhang von Grundstrukturen eines emanzipatorischen Gesellschaftsprojekts abzeichnet. In den folgenden Passagen wird das noch schärfer hervortreten.

Den gerade beschriebenen Zusammenhang von individueller Freiheit, Solidarität und sozial gleicher Teilhabe an elementaren Lebensbedingungen, um dessen Realisierung es bei der Gestaltung der Eigentumsverhältnisse durch sozialistische Politik geht, hat Michael Brie auf den Begriff *Freiheitsgüter* gebracht. Diese umfassen Frieden und Gerechtigkeit, demokratische Partizipation, lebenswerte Umwelt, existenzsichernde und sinnvolle Arbeit, Bildung, Kultur und soziale Sicherheit. (Brie, 2003:120-129). Diese Begriffsbildung, in der eine starke systemische Denkleistung steckt, sollte entschieden mehr Würdigung und Wirkung durch Aufnahme in die linke Diskurs- und Sprachpolitik erfahren. Wenn beachtet wird, dass Entwicklung stets von Subjekten bewirkt wird, dass deren Handeln stark durch die Diskurse in der Gesellschaft und auch durch zentrale Begriffe in den Debatten bestimmt wird, kommt solchen Begriffen erhebliche Bedeutung in den Kämpfen um Hegemonie zu.

»Omnia sunt communia« und die Menschenrechte

Die für die freie Entfaltung der Individuen so entscheidende gerechte Teilhabe an elementaren Lebensbedingungen in Gestalt der Freiheitsgüter – so ein wichtiger weiterer Gedankenschritt Michael Bries – ist nicht

in erster Linie über die Realisierung von persönlichen Einkommen auf dem Markt zu erreichen. Sie hängt hochgradig von der Bereitstellung von Gemeingütern oder Commons für alle ab – unabhängig vom Geldbeutel oder Kontostand der einzelnen. Diese Verfügbarkeit ohne Exklusion wird in hohem Maße über eine öffentliche Daseinsvorsorge gesichert. Das verweist auf einen weiteren Eckpunkt in dem von Michael Brie herausgearbeiteten Zusammenhang, der das Gerüst eines modernen, das heißt demokratischen und grünen Sozialismus bildet, nämlich auf *das Öffentliche*, das in Michael Bries Schriften einen Schwerpunkt bildet. »Omnia sunt communia – Alles soll gemeinsam sein« um dieses Bekenntnis des Thomas Müntzer, um diese Grundidee, die nach chinesischen Quellen aus dem ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung bereits von Konfuzius vertreten wurde, die nach biblischen Berichten das Leben der ersten christlichen Gemeinde bestimmt haben soll, die von den utopischen Sozialisten verfolgt wurde und die die um die Versprechen der Großen Französischen Revolution Betrogenen einforderten – darum kreisen viele seiner Arbeiten (Brie, 1990: 12f; Brie, 2011).

Für Gemeingüter oder Commons ist der freie Zugang aller ohne Ausschluss Einzelner oder sozialer Gruppen charakteristisch. Ohne ihre Verteidigung, Bewahrung und Ausweitung in den Kämpfen um Aneignung von unten bleiben die Menschenrechte Deklaration und Stückwerk. Menschenrechte ohne sozial gleiche Teilhabe an den Freiheitsgütern »sind nur bloße Forderungen ohne ‚Substrat‘, Formen ohne Inhalt, formeller Imperativ ohne ‚Grund‘ in der Realität. Ohne einen solchen ‚Grund‘ sind die Menschenrechte nur Rechte, nur liberties derer, die privat über die Mittel ihrer Verwirklichung verfügen, sind Vorrechte der Besitzenden und eben nicht Menschenrechte. Dazu werden sie erst, wenn die gemeinschaftlichen Grundlagen ihrer Verwirklichung – der natürliche, der soziale, der kulturelle Reichtum – für jede und jeden, auch für den letzten unserer ‚Brüder und Schwestern‘ zugänglich sind. ... Dies alles ist das ‚Common Good of Humanity‘«. (Brie, 2011: 8) »Wer heute von Menschenrechten spricht, darf von den gemeinschaftlichen Gütern und dem Gemeineigentum an ihnen nicht schweigen.«(ebenda: 9f) Die Aufmerksamkeit für diesen Zusammenhang von Menschenrechten und Commons durchzieht alle Arbeiten Bries, in denen er sich den Verhältnissen annähert, die einen demokratischen Sozialismus konstituieren.

»Sozialismus ist seinem Kern nach die universelle Menschenrechtsbewegung der Moderne.«(Brie, 2006: 84) Dass Menschenrechte unter allen Umständen und in jeglichem Moment des Alltags zu respektieren, selbst

zu leben und häufig erst noch zu erringen sind, gilt Brie als ein Grundmotiv seiner gesamten Arbeit und seines Verhaltens. Er ist ein Anwalt des Moralischen. Barbarei ist für ihn nicht erst Auschwitz. Als eine Maxime formuliert er: »Da es in komplexen Gesellschaften kein Entsprechungsverhältnis zwischen Ursachen und Wirkungen geben kann, sind wir schon bei sog. ‚Bagatellen‘ gefordert, uns der aus Sachzwängen und rationalen Kalkülen scheinbar zwingend hervorgehenden Unterschreitung erreichter zivilisatorischer Standards zu widersetzen«- etwa der menschenrechtswidrigen Behandlung von AsylbewerberInnen in Deutschland. »Der Ausweg aus selbstverschuldeter Barbarei muss immer wieder, heute und hier, durch jede und jeden, durch uns gemeinsam gefunden werden - damit Auschwitz nicht noch einmal sei.«(Brie, 2011a: 18)

Mit der Begründung des zwingenden Zusammenhangs von Sozialismus und Menschenrechten, die zu verwirklichen es schon in bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen gilt, wird Sozialismus nicht allein als das Ziel der künftigen Gesellschaftsordnung verstanden, sondern zugleich als Weg, als Bewegung, als Prozess von Kämpfen und als orientierendes Wertesystem.

Moderne – Kritik der Staatssozialismus – moderner Sozialismus

Dies wiederum schließt die Annahme ein, das sich mitten in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften Tendenzen, Institutionen, Praxen und andere Elemente mit potentiell sozialistisch-kommunistischen Zügen herausbilden können. Auf deren Anerkennung, Ausschöpfung und volle Entfaltung insistiert Michael Brie in der Auseinandersetzung mit dogmatischen linken Positionen, die dies negieren, weil in ihnen der Kapitalismus nahezu ausschließlich als System der Kapitalverwertung erscheint. Die Auseinandersetzung mit dem Staatspartei-sozialismus war und ist daher für Michael Brie und ähnlich Denkende stets der Bezug auf die durch ihre Evolutionspotenziale, ihre Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit ausgezeichnete Moderne, die historisch zunächst die Gestalt bürgerlicher Gesellschaften angenommen hat. In diesen Gesellschaften die Dominanz der Kapitalverwertung zu erfassen und radikal infrage zu stellen und zugleich ihre modernen Evolutionspotenziale anzuerkennen, in ihnen sozialistisch-kommunistische, wenn zunächst auch vom gegenwärtigen Herrschaftsmechanismus vereinnahmte Potenzen zu entdecken und sie als Ansätze für Alternativen zu entfalten - das ist für die Strategie einer modernen Linken ein theoretischer Angelpunkt der Kapitalismuskritik und des Antikapitalismus, der in Bries Arbeiten zwingend herausgearbei-

tet wird. »Wer von den Stärken des Kapitalismus nicht reden will, soll vom Sozialismus schweigen.«(Brie, 2010: 20)

Während sich die Generation kritischer Intellektueller, zu der Brie gehört, im Westen ganz selbstverständlich in einer Gesellschaft der Moderne sah – soweit ihre Vertreter nicht gerade zu linken Sektierergruppen gehörten – war im Osten das Bekenntnis zu einem dem Staatssozialismus entgegengesetzten modernen Sozialismus Teil einer Auseinandersetzung in der Linken unter dem ständigen Verdacht der rechten Abweichung, des Sozialdemokratismus und des Abgleitens in feindliche Ideologien. Diesen Kampf nahm Michael Brie besonders seit Mitte der achtziger Jahre als theoretischer Kopf der Forschungsgruppe »Moderner Sozialismus« an der Humboldt-Universität gegen alle Anfeindungen auf. Rainer Land und Ralf Possekel schrieben über diesen Aufbruch: »Das wissenschaftlich Interessante und politisch Wichtigere am Projekt ‚moderner Sozialismus‘ war nicht der ‚Sozialismus‘ sondern das ‚moderne‘. ‚Modern‘ sagt immerhin, dass es ein anderer Sozialismus sein soll als der real existierende. Die Evolution des Sozialismus wird als Modernisierung bestimmt, Sozialismus – das Projekt der Gegenmoderne per se – und Moderne erscheinen in Synthese.«(Land/Possekel, 1992: 34) Mit seinem starken Beitrag zur theoretisch-konzeptionellen Begründung des Zusammenhangs von Sozialismus und Moderne hat Michael Brie der Linken ein wichtiges Geschenk gemacht. Er hilft ihr bei der Befreiung vom bloßen Protest ohne Gestaltungskraft, beim Heraustreten aus einem Randdasein in die Position von eingreifenden Trägern einer wirkungsmächtigen »konkreten Utopie«(Bloch).

Durchaus in Übereinstimmung mit Marx und Engels, die im Kommunistischen Manifest nahezu emphatisch die permanente Innovations- und Entwicklungskraft des modernen Kapitalismus beschrieben, betrachtet Brie sowohl diese Modernequalitäten westlicher Gesellschaften als auch deren unheilvolle Unterordnung unter die Kapitalverwertung mit ihren zerstörerischen und unmenschlichen Folgen als widerspruchsvoller Grundbedingungen linker Politik: »Moderne Gesellschaften ziehen ihr Erneuerungspotenzial aus der Freiheit und Selbstständigkeit vieler sozialer Kräfte in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Autonomie wirtschaftlicher, politischer und geistiger Subjekte sowie ihre Kooperation und ihr Wettbewerb sind die Bedingungen von Innovation und Effizienz. ... Zugleich können diese Bedingungen auch Ursache einer entfesselten Kapitaldominanz, von Diktatur, Militarismus und Rassismus werden und in Katastrophen schlimmsten Ausmaßes münden. Der Staatsparteiisozialismus löste das genannte Grundproblem moderner Gesellschaften wie Alexander der Große

den gordischen Knoten – er zerschlug es. Aus der Kontrolle über die Entwicklungspotenziale moderner Gesellschaften wurde ihre Beseitigung. ... Der Staatsparteiisozialismus war nicht fähig, die westlichen kapitaldominierten Gesellschaften zu überwinden, da er ihnen gegenüber kein höheres Maß von freier Entwicklung der einzelnen und kein höheres Maß der Verwandlung dieser Entwicklung in die solidarische Entwicklung aller zu ermöglichen vermochte. ... Es mag schwer oder unmöglich sein, den Tiger der Moderne zu reiten, aber wer ihn einfach umbringt, bleibt selbst auf der Strecke. Das Problem muss neu gestellt werden.«(Brie, 2005: 110)

Diese dialektische Sicht auf moderne bürgerliche Gesellschaften schließt ein, in ihnen den Kampf zweier gegensätzlicher Logiken wahrzunehmen, der Kapitallogik und der Soziallogik. Das wurzelt bereits in der Marxschen Bestimmung des Kapitals als widersprüchliches gesellschaftliches Verhältnis, das den Kampf zweier Klassen mit ihren entgegengesetzten Interessen einschließt. Dies knüpft an Polanyis Analyse zweier Grundprinzipien kapitalistischer Entwicklung an, des Prinzips des Wirtschaftsliberalismus, des profitbestimmten selbstregulierten Marktes, und des Prinzips des Schutzes der Gesellschaft vor den destruktiven Folgen des Marktradikalismus (Polanyi, 1978:185).

Kommunistische Fundamente

Die beiden Logiken bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften sind nicht allein Gegenpole. Vielmehr kann der Kapitalismus nicht existieren, ohne sich auf die nicht-kapitalistischen Elemente in seinen Strukturen zu stützen. Zuspitzend formuliert Michael Brie mit mahnendem Blick auf die Geschichte der Staatssozialismus und auf die Gegenwart des Kapitalismus: »Die Moderne hat einen menschenrechtlichen Horizont, den wir nur um den Preis, dass Auschwitz wieder wird, verleugnen können. Sie hat kommunistische Fundamente, die wir immer wieder hervorbringen müssen, soll der Planeten nicht ‚wüst und wirt‘ (Gen.1,2) veröden.«(Brie, 2012: 118) Wiederholt hebt er den Gedanken der »unverzichtbaren kommunistischen Grundlagen moderner kapitalistischer Gesellschaften«hervor. Kommunistische Fundamente auch der bürgerlichen Moderne!? Brie zitiert das Marxsche Verständnis des Kommunismus als jene Assoziation, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«(Marx/Engels, 1959, MEW. Bd. 4: 482) Der Sozialismus-Kommunismus ist mit diesem Nucleus und Ziel dem auf Kapitalverwertung und Profit zentrierten Kapitalismus prinzipiell entgegengesetzt. Dem Gedan-

ken Karl Polanyis folgend, dass der Kapitalismus sich ohne eine ihm aufgezwungene Aufnahme von Elementen seines Gegenprinzips unweigerlich selbst zerstören würde, argumentiert Brie, dass Fortschritte im Kapitalismus bei der Durchsetzung der Menschenrechte potenzielle Elemente des Sozialismus-Kapitalismus einschließen. Denn, wie eben zitiert,: »Sozialismus ist seinem Kern nach die universelle Menschenrechtsbewegung der Moderne.«(Brie, 2006: 84)

Sein Umgang mit dem Verständnis des Kommunismus ist charakteristisch für Michael Brie, den politisch denkenden Wissenschaftler und Sozialisten. Als 1989 und danach Kommunismus als Begriff für das Böse schlechthin galt, als vor dem Senatssaal der Humboldt-Universität die Büste des Karl Marx, ihres berühmtesten Studenten, eiligst entfernt wurde, als Professor Wilhelm Krelle, bis zuletzt als SS-Sturmbannführer seinem Führer Adolf Hitler bedingungslos geschworen, in seiner Antrittsrede als Neugründungsdekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät verkündete, es würde nie wieder ein Marxist seinen Fuß über die Schwelle dieses Hauses setzen, hatte Michael Brie schon seit langem für die radikale Abkehr von stalinistischer Verwandlung der humanistischen Ideen des Kommunismus in eine lange Zeit blutige Diktatur gewirkt. Doch nun hielt er auch unter dem Druck öffentlicher Verurteilung allen sozialistisch-kommunistischer Nähe verdächtigen Denkens und der schließlich »erfolgreichen« Drohung, ihn aus dem universitären Wissenschaftsbetrieb auszuschließen, daran fest, Sozialismus und Kommunismus in die geschichtliche Tradition vieler humanistischer Ansätze zu solidarischem gemeinschaftlichen Handeln, zur Bewirtschaftung von Gemeingütern und zu gerechter Verteilung zu stellen. Walter Benjamin zitierend sieht er sich dessen »Forderung nach einer kritisch -materialistischen Geschichtsschreibung verpflichtet, die sich nicht vom Konformismus überwältigen lässt, sich nicht in die Sieger ‚einfühlt‘, sondern versucht, ‚im Vergangenen den Funken der Hoffnung anzufachen‘. Es geht immer um die Befreiung, es geht um das ‚Messianische‘ in der Gegenwart, es geht darum, ‚das Kontinuum der Geschichte‘ aufzusprengen und die Chancen für eine soziale und demokratische Transformation, für eine Emanzipation von Kapitaldominanz, Patriarchat und imperialer Herrschaft freizusetzen.«(Brie, 2005: 101)

Mit dieser Intention hat Brie der für gewöhnlich aus dem öffentlichen Diskurs verbannten Vision des Kommunismus als Gegenbild zu allgegenwärtigen neoliberalen Suggestionen erhebliche Aufmerksamkeit zugewendet, um den Weg zu einer Gesellschaft der Freien und Gleichen zu erhellen. Auf dem Hintergrund eines radikalen Bruchs mit dem Staatsparteisozialis-

mus im Verlauf eigener tiefgreifender theoretischer Abrechnung mit dessen Grundstrukturen entwickelt Brie einen souveränen positiven Umgang mit vergangenen und gegenwärtigen Ansätzen kommunistischer Zukünfte. Er bewegt sich nicht allein auf dem von Marx und Engels gelegten Grunde. Rosa Luxemburgs Erbe ausschöpfend führt er immer wieder auch einen kritischen Diskurs mit ihr – etwa, wenn er seine Auffassungen zu den Problemen sozialistischer Politik aus der Regierung heraus in der Erörterung der Einwände Rosa Luxemburgs gegen linke Regierungsbeteiligungen entwickelt (Brie, 2006) oder einem anderen Beitrag den Titel gibt: Was hätte Rosa gesagt? Er knüpft an unterschiedlichen Traditionen chinesischen Denkens an, an dem Gedanken der Mit-Menschlichkeit im Konfuzianismus und an einer zentralen Denkfigur des Daoismus, die in Gestalt des *Zisan* die Natur in das Zentrum der Weltbetrachtung stellt. Er greift zurück auf die Wurzeln des europäischen neuzeitlichen Denkens im Alten und Neuen Testament und in die griechisch-römische Geschichte (Brie, 2011: 1ff), auf die Denker der europäischen Aufklärung und auf das Erbe der russischen Geistesgeschichte.

Aber Michael Brie spürt auch praktische frühe kommunistische Versuche auf, verweist beispielsweise auf die kommunistische Bewegung der »Diggers« im England des 17. Jahrhunderts und merkt an: »Wie der Daoismus als ‚subdominante‘ Denktradition Chinas so ist der Kommunismus die unterdrückte Tradition Europas.« (ebenda: 7) Sein historischer Denkhorizont ermöglicht Brie immer wieder einen überraschenden Ansatz für sein Eingreifen in gegenwärtige Diskurse. Er ist maßgeblich beteiligt an der Verständigung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung darauf, eine sozialistische Transformationsforschung als eine zentrale Verpflichtung dieses linken Denkkentrums anzusehen. Auf der Ersten Internationalen Transformationskonferenz des der Stiftung zugehörigen Instituts für Gesellschaftsanalysen, wo sich die anderen Referentinnen und Referenten auf Erwägungen über künftige Schritte zu alternativen zukünftigen konzentrierten, blickte er plötzlich 200 Jahre zurück und nannte seinen Beitrag: »Die kommunistischen Fundamente und der menschenrechtlichen Horizont in der kapitalistischen Moderne – Die Experimente des Robert Owen«. Rückblickend auf die Erfolge der Owenschen Sozialreformen, auf deren Grenzen, auf Owens Wende vom Sozialreformer zum Kommunisten und auf das Scheitern seiner Versuche unmittelbarer Vergemeinschaftung des Individuellen entwickelte er dann seine Vorstellungen über das »Aufheben« der Stärken und Grenzen sowohl von Reformen als auch von Revolution in möglichen emanzipatorischen Transformationsprozessen.

In seiner gemeinsam mit Christoph Spehr verfassten Arbeit »Was ist Sozialismus?«verfolgt Brie Spuren des Kommunismus in der Zivilisationsgeschichte, wendet sich frühsozialistischen und frühkommunistischen Bewegungen zu, übt Kritik an den Grundstrukturen des Staatspartei-sozialismus und hebt die vielen Suchprozesse nach sozialistischen Zukünften im 20. Jahrhundert hervor. Impressionen von den Erfolgen und Niederlagen sozialistischer Anläufe in China, Kuba und Tansania, von sozialistischen Reformversuchen in Jugoslawien, Ungarn, Polen und der CSSR werden mit Eindrücken vom schwedischen Reformmodell des »Volksheims«, von den Aufbrüchen und dem Scheitern im Chile Salvador Allendes und in der portugiesischen Nelkenrevolution zusammengeführt. Festgehalten werden die feministischen Ansprüche an eine bessere Gesellschaft, denen in Bries Arbeiten immer wieder erhebliche Zuwendung gehört, werden Diskurse in der Neuen Linken über »systemüberwindende Reformen«und über eine Doppelstrategie von institutioneller Politik in Parlamenten und Parteien und Bewegungspolitik. Der zu späte Versuch einer Demokratisierung der Staatssozialismus in der Sowjetunion (Glasnost und Perestroika) verweist darauf, so Brie, dass eine sozialistische Entwicklung verloren ist, wenn sie nicht von vornherein Freiheit und sozialen Fortschritt zusammenführt. »Die Politik, die versucht, das Volk oder die Partei durch Bevormundung vor sich selbst zu schützen, kann nicht sozialistisch genannt werden, das bleibt das weltweite Vermächtnis der sowjetischen Reformperiode.«(Brie/Spehr, 2008: 23)

Der demokratische Sozialismus ist nicht das von Parteiführungen und Theoretikern deklarierte künftige Gesellschaftssystem. Er erwächst aus der Fülle internationaler positiver Erfahrungen und Niederlagen, aus Reformen und revolutionären Brüchen, aus Such- und Lernprozessen und ist zugleich Weg, Bewegung, langandauernder Prozess, orientierendes Wertesystem für diesen Prozess und Ziel menschenrechtlichen Strebens. Er gilt Michael Brie als die Idee, die sozialistische Transformationsforschung leitet.

Akzente in der Transformationsforschung

Vergangenen Transformationen, den Szenarien möglicher künftiger Transformationen und sozialistischen Transformationsvorstellungen gehört ein großer Teil seiner wissenschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit. Vor allem auf Michael Bries Fähigkeit, eigene Forschung mit wissenschaftsleitender, konzeptionsprägender Tätigkeit zu verknüpfen, ist die

Entscheidung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zurückzuführen, sozialistische Transformationsforschung als profilbestimmende Aufgabe der Stiftung anzusehen. Brie hat als Leiter des Bereichs Gesellschaftsanalyse und von ... bis ... als Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Stiftung eine enorme Arbeit geleistet, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ganz unterschiedlichen Denkansätzen und Herkünften aus Ost und West, um Hochschullehrer und BewegungsaktivistInnen zu einem Wissenschaftsteam zusammenzuführen, dass sich theoretischer Grundlagenarbeit, eingreifender Wissenschaft und enger Verbindung zu sozialen Bewegungen, Initiativen und Projekten verpflichtet fühlt. Er hat die Angehörigen des Instituts mit Strategiepapieren und Profilierungsdebatten gequält, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen möglichen Erdregionen zu Diskussionen in das Institut geholt, in Workshops und Klausuren auf Gemeinsames in Differenzen gedrängt und erreicht, dass das Institut für Gesellschaftsanalyse mit ernst zu nehmenden Beiträgen in den öffentlichen Transformationsdiskurs eingreift.

Ein starker Anstoß dafür ergab sich in den letzten Jahren aus der kollektiven Arbeit des Instituts zur Analyse der jüngsten mehrdimensionalen Krise des neoliberalen Kapitalismus. In drei Studien des Instituts (Institut für Gesellschaftsanalyse, kontrovers 01/2009; kontrovers 02/2009; Papers, August 2011), in Büchern und anderen Beiträgen einzelner Institutsangehöriger wurden tiefere Ursachen der Krise, ihr Charakter, entscheidende gesellschaftliche Konfliktlinien, mögliche Szenarien künftiger Gesellschaftsentwicklung und Kritik an den Antworten der Machteliten auf die Krise behandelt. Nicht zuletzt wird die Krise als Anlass zur Prüfung von Defiziten linker Strategie und Politik betrachtet. Das führte zu Vorschlägen für Eckpunkte linker Antikrisenpolitik und für Projekte des Einstiegs in weiterreichende Transformationsprozesse.

Die Machteliten setzen überwiegend auf die Fortsetzung eben der Politik, die in die Krise hineingeführt hat, auf Wachstum, das die Umwelt bedroht, auf eine Austeritätspolitik, die vor allem in Südeuropa große Teile der Bevölkerung in soziale Nöte stürzt und die Demokratie weiter untergräbt. Frank Schirrmacher, einer der Herausgeber der FAZ, sieht bei solcher Entwicklung den Menschen weitgehend verwandelt in eine »Ego-Maschine«. Der so programmierte Mensch habe »nur zwei Gene: eines für Egoismus und eines für Profit (und vielleicht noch ein drittes für Angst).« (Schirrmacher, 2013: 140) »Wie soll man so ein Leben leben?« So lautet die grundpessimistische Frage Schirrmachers am Ende seiner Analyse (ebenda: 250). Wolfgang Streek, Direktor am Max-Planck-Institut für

Gesellschaftsforschung in Köln, lässt seine eindrucksvolle Krisenanalyse in eine untaugliche Alternative münden, wie Michael Brie kritisiert: »entweder die Durchsetzung eines autoritären Finanzmarktkapitalismus oder die Rückkehr zu einem national gezähmten kapitalistischen Markt.«(Brie, 2013: 63) Aber die Wende rückwärts ist keine Perspektive. Deshalb endet Streeks Erzählung ebenfalls pessimistisch: »Der heute wahrscheinlichste Ausgang wäre dann die Vollendung ... der Diktatur einer vor demokratischer Korrektur geschützten kapitalistischen Marktwirtschaft.«(Streek, 2013: 235) Das Gros der Machteliten hält an einem Weg fest, der in neue Krise zu führen verspricht. Prominente deutsche Intellektuelle zeigen sich angesichts dessen ratlos.

Es hat einen Hauch von Ironie, dass linken Intellektuellen wie Michael Brie, die in Streeks Literaturregister keinen Platz haben, zufällt, Jürgen Habermas' Lob für Streeks Kapitalismuskritik eine überzeugende Kritik der Streekschen ökonomisch verengten Gedankenführung hinzuzufügen. Brie bettet die ökonomische Krisenanalyse in eine breitere Gesellschaftskritik ein und macht die vielschichtigen Interessenwidersprüche deutlich, die aus dem modifizierten »Weiter so«in und nach der Krise aufbrechen und in denen Potenzen für die Herausbildung von Gegenmacht stecken. »Weil Wolfgang Streek all diese Interessenwidersprüche ignoriert und deshalb keine wirksamen Gegenkräfte für möglich hält, ist seine Erzählung so arm an Möglichkeiten und damit letztlich falsch.«(Brie, 2013: 68) In Bries Arbeiten geht es immer wieder um die Suche nach realisierbaren Alternativen mit transformatorischen Perspektiven. Sein Eingreifen in den von Wolfgang Streek ausgelösten öffentlichen Diskurs oder beispielsweise sein Plädoyer »Für ein völlig neues Crossover«gemeinsam mit seinem Bruder André, mit Peter Brandt und Frieder Otto Wolf (Brandt/Brie/Brie/Wolf, 2013) sind nur Beispiele für seine Bereitschaft, im Sinne Pierre Bourdieus als Intellektueller zu wirken – öffentlich auf emanzipatorischen Wandel drängend in die gesellschaftliche Entwicklung einzugreifen.

An dieser Stelle ist nicht ein Bild von Michael Bries Gesamtbeitrag zum Transformationsdiskurs zu zeichnen. Hier geht es am Beispiel seiner Transformationsüberlegungen mehr um seine Art, Fragen zu stellen und die Tiefenstrukturen eines jeweiligen Problems deutlich zu machen.

Erstens: Unverzichtbar ist eine *realistische Einschätzung der Ausgangslage* in der wissenschaftlichen und politischen Bearbeitung eines Gegenstandes. Dass dies keineswegs eine selbstverständliche Prämisse ist, zeigt zum Beispiel die verfehlt Mainstreamanalyse zu den Ursachen der Finanzkrise. In der Transformationsforschung führt dieses Arbeitsprinzip

zu der Feststellung, »noch ist keine Epochensituation erkennbar, die die realistische Chance zur Transformation in sich bergen würde« verstanden als Möglichkeit eines absehbaren Übergangs zum Sozialismus (Brie, 2010: 14). Umso intensiver wendet sich Brie den gleichwohl existierenden Ansätzen für den Einstieg in solchen Übergang zu.

Zweitens: Überaus wichtig für wirkliche Erkenntnisfortschritte ist zu erfassen, worin eigentlich die *Schwierigkeiten auf einem Forschungsfeld*, in diesem Falle der Transformationsforschung, liegen. Brie zählt fünf Paradoxa oder Hürden auf, die gelingender Transformation und ihrer Förderung durch theoretische Arbeit entgegenstehen. Beispielsweise: »Die Leidenschaften und Motive, die Ressourcen und Organisationen, die Ideen und Institutionen, die erst Alternativen ermöglichen, müssen innerhalb der gegebenen Gesellschaft geschaffen und erhalten werden, was tendenziell ihre Integration in genau jene Zustände, gegen die sie gerichtet werden sollen, befördert.«(ebenda: 15) Ferner müssen zwar Teile der neuen Gesellschaft bereits in der alten entstehen, aber die kommende Gesellschaft kann nicht nur die Summe dieser Elemente sein, sondern ein Ganzes, für das jedoch das Wissen zwangsläufig fehlt – mit der Gefahr, dass dieses Ganze sich »als verhängnisvolle Illusion erweist auf dem Weg in eine historische Sackgasse oder schlimmer noch – den totalitären Terror«(ebenda: 15f).

Drittens hält Brie daher eine *Warnung vor allzu flotter Selbstgewissheit* über nur scheinbar unbestreitbare Lösungen für angebracht: »So paradox es klingt, nicht die Einleitung von konkreten Großtransformationen, sondern die Erhöhung der Transformationsfähigkeit der Gesellschaften ist die wichtigste Aufgabe ihrer Politik, die angesichts der Großprobleme der Gegenwart Transformationen einfordert.«(ebenda: 19)

Hier begegnet uns eine weitere wichtige Verknüpfung der verschiedenen Eckpunkte in Bries Vorstellungen von dem Ganzen progressiver Gesellschaftsentwicklung. Er definiert die notwendige *Erhöhung der Transformationsfähigkeit* in der Gesellschaft als Erhöhung der Freiheitsgrade, wachsende Gleichheit und Steigerung der Solidarität, kommt also zurück auf die Bedingungen der Persönlichkeitsentfaltung, des archimedischen Punktes in einem modernen Sozialismusverständnis.

Viertens folgt Brie in seinen Arbeiten in hohem Maße der selbst gestellten Anforderung, Probleme auf ihrem *geschichtlichen Hintergrund* und in ihrer *internationalen Dimension* zu betrachten. Er geht dem Verlauf historischer Transformationsprozesse nach und macht in seinen Arbeiten ihre internationalen Zusammenhänge deutlich. Es ist kein Zufall, dass

er einige seiner wichtigsten Grundideen auf Konferenzen in Warschau (2003), Rio de Janeiro (2004), Paris (2006), Rom (2011) und Peking (2012) entwickelt hat.

Fünftens und ebenfalls nur scheinbar selbstverständlich: Bei der wissenschaftlichen Bearbeitung eines Problems ist dessen *innerster unbewältigter Kern klar zu benennen*. Im Fall der Transformationsforschung und praktischer Transformationspolitik: »1. Wie sollen die widerstreitenden Interessen solidarisch ‚sozialisiert‘ werden, ohne sie zu unterdrücken und ein neues Herrschaftssystem zu errichten? 2. Wie sollen bewusste Gestaltung und langfristige Planung gesichert werden, ohne dass dabei Offenheit und Entwicklungsfähigkeit zerstört werden?«(ebenda: 22) Die Fragen sind ein Forschungsprogramm. Die Antworten sind noch nicht gefunden und werden sich nur im Verlauf vieler praktischer Erfahrungen und ihrer theoretischen Verarbeitung abzeichnen.

Denn bisherige reformistische Politik hat trotz aller Erfolge die Macht- und Eigentumsstrukturen des Kapitalismus nicht infrage gestellt, die der Lösung dieser Fragen entgegenstehen. Sie hat deshalb keine strategische Gestaltungsfähigkeit in den dringlichsten Menschheitsfragen gewinnen können. Und herkömmliche revolutionäre Vorstellungen, die in den Staatssozialismus mündeten, haben zur Unterdrückung der Interessenvielfalt, der mit ihr verbundenen massenhaften Kreativität und schließlich in Stagnation und Implosion geführt.

Sechstens betont Brie aus gutem Grunde angesichts verbreiteter linker Argumentationsweisen, dass die Aufzählung einer unendlichen Zahl von ungelösten Problemen, von Defiziten und Katastrophen des Kapitalismus keine hinreichende Begründung für eine Transformation zum Sozialismus ist. Eine solche Aufzählung könnte die demokratische Linke ja auch auf Reformen im Kapitalismus verpflichten (ebenda: 26f).

Zweierlei folgt für ihn daraus: Zum einen ein dialektisches Aufheben von Reform und Revolution in einer dritten Gestalt umwälzender Entwicklung, in emanzipatorischer Transformation. Zum anderen größte Intensität der Arbeit an überzeugenden Alternativen, an Kriterien, denen ein alternatives Gesellschaftsprojekt genügen muss, um sozialistische Zukünfte überzeugend und mobilisierend zu begründen, und an Praxen, um mögliche Zukünfte in der gegenwärtigen Realität einzuleiten (ebenda: 44ff).

Arbeit an linken Strategien

Die Überwindung der Blockaden und Paradoxa einer progressiven Transformation hängt von tiefgreifenden Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse durch die Kämpfe alternativer Akteure ab, von der Überbrückung der Gräben zwischen den widerstreitenden linken Gruppierungen, Bewegungen, Strömungen und Parteien, von deren solidarischem Handeln und vom Gelingen breiter gesellschaftlicher Allianzen bis in bürgerliche Milieus hinein. Dafür bedarf die Linke tragfähiger Strategien.

Die Mobilisierung linker Akteure, linke radikale Realpolitik und ihre Orientierung durch eine situationsgerechte Strategie ist für Michael Brie daher ein weiteres Feld der Arbeit. »Meine Biografie erlaubt weder Wertfreiheit noch Reflexion, die das eigene Ich ausschließt«, schrieb er (Brie, 1993a: 1). Sich zu humanistischen Werten zu bekennen, schloss unter staatssozialistischen Verhältnissen aus, wissenschaftliche Arbeit und politisches Handeln zu trennen. Das gilt gleichermaßen für den Wissenschaftler Brie in der gegenwärtigen Gesellschaft. Er hat nie nach einem abgehobenen Dasein in einer elfenbeinernen reinen Wissenschaftssphäre gestrebt. Allerdings – nach seiner Entfernung von der Humboldt-Universität zu Beginn der neunziger Jahre bediente er sich in einigen seiner Publikationen nicht ohne Blick auf jene, die für den Vollzug dieser Trennung Verantwortung trugen, einer bewusst exklusiven fachspezifischen Sprache, um mit Ironie auf das Bedenkliche ihrer Entscheidung selbst nach diesem bornierten Maßstab zu verweisen. Jahre nach seiner Abwicklung schrieb ihm denn auch einer der Professoren aus der für diese Entlassung zuständigen Kommission, dass er ja nunmehr den »Bielefeld-Speech« beherrsche und berufungsfähig sei. Die Neubesetzung der Lehrstühle war zu diesem Zeitpunkt längst abgeschlossen.

Die Entwicklung strategischer Grundpositionen einer modernen Linken ist in vielen von Bries Arbeiten enthalten. Er hat ein »strategisches Dreieck« für moderne linke Politik zur Diskussion gestellt. Danach umfasst eine linke Strategie erstens eine »Erzählung«, die die Vision einer solidarischen gerechten Friedensgesellschaft im Einklang mit der Natur enthält, also Aussagen über anzustrebende Konturen eines alternativen Gesellschaftsprojekts, in dessen Zentrum die Bedingungen freier individueller Persönlichkeitsentfaltung einer und eines jeden stehen. Zweitens muss eine realisierbare Strategie auf ein soziales Mitte-Unten-Bündnis zielen. Drittens muss dieses Bündnis auf gravierende Veränderungen der gesell-

schaftlichen Kräfteverhältnisse als Bedingung für die Herausbildung eines progressiven hegemonialen Blocks gerichtet sein. Als Katalysator aller drei Momente linker Strategie betrachtet Brie gemeinsam mit anderen im Institut für Gesellschaftsanalyse die Arbeit an konkreten Einstiegsprojekten in eine sozialökologische Transformation auf entscheidenden Politikfeldern (Brie/Klein, 2004).

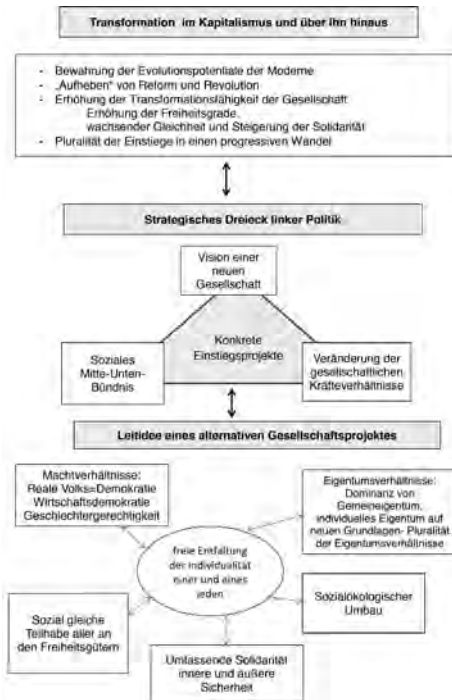
Von den Hauptinhalten der Vision einer neuen Gesellschaft war im hier vorliegenden Beitrag bereits die Rede. In Bries Artikel »4 U. Eine vierfache Umkehr« wurden die Inhalte einer emanzipatorischen Transformation unter vier Aspekten zusammengefasst: Gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht, sozialökologischer Umbau, demokratische Umgestaltung, umfassende Solidarität und Sicherheit (Brie, 2012b ; vergl. Klein, 2013: 55-109). In seiner jüngsten Schrift »Transformation des Reichtums – Reichtum der Transformationen« variiert er seinen Zugang zu emanzipatorischen Transformationsprozessen. Das ist charakteristisch für ihn. Wo manch´ andere zufrieden damit wären, sich ein Problem erschlossen und mit gutem Ergebnis bearbeitet zu haben, wechselt er nicht selten die Sichtweise – nicht den Standpunkt –, findet neue Zugänge und gewinnt neue Einsichten. Er zeichnet jetzt ein Bild von der möglichen Überwindung der Auffassung gesellschaftlichen Reichtums als von kapitalistischer Konkurrenz hervorgebrachtem, jedoch ungerecht verteiltem Überfluss an Dingen und Waren. Und er setzt der davon bestimmten westlichen Gesellschaft eine Vision von einer besseren Gesellschaft entgegen, in der der *natürliche Reichtum* der Erde bewahrt wird, in der der *soziale Reichtum* in der Sphäre der gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten größtes Gewicht gewinnt, in der Freiheit und Gleichheit einen durch die Institutionen gesicherten *gesellschaftlichen Reichtum* bedeuten und *kultureller Reichtum* einen weit höheren Rang gewinnt als je zuvor.

Neue Inhalte bedürfen eines hegemoniefähigen Blocks alternativer Kräfte, eines Mitte-Unten-Bündnisses. Wichtige Arbeit Michael Bries sind daher den möglichen Trägern eines solchen Bündnisses und den Bedingungen ihrer Allianz gewidmet. In seinem Beitrag »Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten« (Brie, 2007) analysiert er, dass die verschiedenen Milieus der oberen gesellschaftlichen Mitte, der unteren Mitte und jene im Unten der Gesellschaft jeweils widersprüchliche Interessen und Haltungen haben. Sie sind für einen neoliberalen Oben-Mitte-Bündnis zu gewinnen, in dem die große Gruppe der Ausgegrenzten, Marginalisierten und Prekarisierten im Niedriglohnsektor und in privaten Haushalten ruhig gestellt und in die Resignation getrieben werden. Aber die sozial-libertä-

ren Gruppen und die kritischen Bildungseliten in der oberen Mitte, die bedrohte Arbeitnehmermitte, Prekarisierte und ein Teil der autoritätsorientierten Geringqualifizierten können auch in einem sozialökologischen Mitte-Unten-Bündnis zusammenfinden. Dies zu bewirken, ist – so Brie – die strategische Kernaufgabe der Linken, um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Gunsten einer progressiven Gesellschaftstransformation zu verändern.

Doch wie kommt es zur Selbstermächtigung der einzelnen und kollektiver Akteure? Wie geraten Transformationsprozesse in Gang und wie können Visionen in praktische Schritte verwandelt werden? Dies kann erfolgen, wenn machbare konkrete Einstiegsprojekte realisiert werden, die wichtige Verbesserungen im Leben großer sozialer Gruppen versprechen, die zentrale Probleme der Gesellschaft betreffen, die durch ihre Realisierbarkeit im gegebenen Rahmen Mobilisierungskraft entwickeln und deren Verwirklichung an die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus heranführen. In solchem Zusammenhang wirkt Michael Brie beispielsweise für eine europäische Vernetzung von Initiativen und Projekten für kostenlose öffentliche Mobilität (Brie, 2010a; 2012a).

Die hier skizzierte Impression aus den Publikationen Michael Bries spiegelt einen Zwischenstand seiner Arbeitsergebnisse und seiner Gesellschaftsvorstellungen wider. Sie können dies nur unvollkommen einlösen, weil er selbst seine Denkansätze immer wieder durch neue Zugänge erweitert, ihnen neue Dimensionen, Zweifel und Einsichten hinzufügt. Einstweilen könnte die folgende Grafik aber als Illustration einiger der wichtigsten Akzente in seiner Sicht auf gegenwärtige gesellschaftliche Prozesse gelten.



Michael Brie hat wiederholt in kritischen Situationen der gesellschaftlichen Linken und speziell der Linkspartei in die Diskussionen um die Überwindung ihrer strategischen Defizite eingegriffen. Das trifft beispielsweise für seinen wesentlichen Anteil an dem programmatischen Referat auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 und auf die prägende Mitautorenschaft an allen Grundsatzprogrammen der Linkspartei seitdem zu. Als die PDS 2002 in eine existenzielle Krise geraten war, nahm er unter der Überschrift »Ist die PDS noch zu retten?« mit der Formel »PDS plus« die spätere Vereinigung mit linken Kräften in den alten Bundesländern, mit der damals noch gar nicht existierenden WASG, vorweg. Als sich diese parteiförmige Einheit als zu eng erwies, kritisierte er die unzureichenden Bemühungen der Partei um ein produktives Verhältnis zu sozialen Bewegungen und plädiert immer wieder für ein soziales Mitte-Unten-Bündnis. Das Konzept emanzipatorischer Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, zu dem er erheblich beiträgt, ist ein konzeptionelles Grundangebot für linke Strategien.

Michael Brie ist ein rastlos Nachdenkender. In Wissenschaft und Politik hält er Ausschau nach Weiterreichendem. Er nimmt nicht nur viele Grundgedanken Rosa Luxemburgs produktiv auf, er lebt und arbeitet nach ihrer Maxime: » ... wir sind nicht verloren und wir werden siegen, wenn wir zu lernen nicht verlernt haben.«(Brie, 2006a: 711) Er sucht die Differenz. »Da Denken aber überhaupt nicht möglich ist ohne das Denken von Differenz und in der Differenz, ist die Unterdrückung von Andersdenkenden die Unterdrückung von Denken überhaupt als öffentliche Angelegenheit, ist Zerstörung des öffentlichen Raums, Vernichtung von Demokratie.«(ebenda: 2) Er fordert linke Radikalität ein. Aber »Radikalität unterscheidet sich dadurch von Extremismus, dass Radikalität die Mittel dem menschlichen Zweck unterordnet, während der Extremismus in seiner Verachtung für Demokratie ... die Mittel, den Kampf gegen den Feind, die Durchsetzung einer anderen politischen und Eigentumsordnung, über das Recht von Menschen auf Leben und demokratische Selbstbestimmung stellt.«(ebenda) Linke Radikalität und Realismus in der Politik gelten Michael Brie, wiederum mit Rosa Luxemburg, als Zusammengehöriges. Und Radikalität schließt für ihn eine Kultur des Respekts vor dem Anderen, der Empathie, der Toleranz und Absage an Gewalttätigkeit auch in der Sprache ein.

Brie liebt den Widerspruch und sucht ihn in Realität und Denken, etwa wenn er formuliert: »Meines Erachtens erwächst jeder Sozialismus, der diesen Namen nicht nur usurpiert, sondern wirklich verdient, aus der lebendigen und solidarischen Verbindung der Gegensätze von Kommunismus und Liberalismus.«(Brie, 2011b: 2) Werner Mittenzwei schrieb über den Intellektuellen: »Er muss sich in die Hölle der Widersprüche begeben. Das ist der Ort, wo er bestehen muss.«(Mittenzwei, 2001:16) Auch nach diesem Maß ist Michael Brie ganz und gar ein kritischer Intellektueller.



Literatur

Bloch, Ernst, 1959: Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt/Main

Brie, Michael, 1990: Wer ist Eigentümer im Sozialismus? Philosophische Überlegungen. Berlin

Brie, Michael, 1991: Ist eine sozialistisch orientierte Wirtschaft überhaupt möglich? In: Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.): Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge. Hamburg

Brie, Michael, 1993: Von den Qualen, die staatssozialistische Moderne zu denken. In: Brie, Michael/Hirdina, Karin: In memoriam Lothar Kühne. Berlin

Brie, Michael, 1993a: Omnia sunt communia - Von der Möglichkeit des Kommunismus nach seinem Scheitern. Eine Skizze - Lothar Kühne gewidmet. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin

Brie, Michael, 2003: Die Gleichheit der Freien: Freiheitsgüter als Bedingung für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. In: Klein, Dieter (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin

Brie, Michael, 2005: Der Funken Hoffnung im Vergangenen. In Erinnerung an den Herbst 1989. In: Utopie kreativ 172 (Februar)

Brie, Michael, 2006: Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion. In: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch. Berlin

Brie, Michael, 2006a: Was hätte Rosa gesagt? Zu einer Resolution des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS zu Kuba. In: Utopie kreativ. Heft 189, Juli/August

Brie, Michael, 2007: Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten. In: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/ Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin

Brie, Michael, 2010: Solidarische Gesellschaftsformation - Skizze über eine (noch) unmögliche Möglichkeit. In: Müller, Horst (Hrsg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation. Norderstedt

Brie, Michael, 2010a: Freie Fahrt für alle. Globale Solidarität erfordert die Entwicklung öffentlicher und frei zugänglicher Güter. Inkota-Brief 153

Brie, Michael, 2011: Menschenrechte und Gemeingüter. Beitrag für die Konferenz »From ‚Common Goods‘ to the ‚Common Good of Humanity‘«. Rom, 28./29. April

Brie, Michael, 2011a: Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei. Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin

Brie, Michael, 2011b: Das widerspenstige Erbe der Rosa Luxemburg: Ein erneuerter Blick in die Schrift »Zur sozialen Revolution«. Leipzig

Brie, Michael, Okt. 2012: Die kommunistischen Fundamente und der menschenrechtliche Horizont in der kapitalistischen Moderne – Die Experimente des Robert Owen. Beitrag auf der Ersten Internationalen Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin/Berlin

Michael Brie, 2012a: Private E-Car vs. Public Transport for Free – Real Dystopia vs. Concrete Utopia. In: Brie, Michael/Candeias, Mario: Just Mobility. Postfossil Conversion and Free Public Transport. Analysen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin

Brie, Michael, 2012b: 4 U. Eine vierfache Umkehr. In: neues deutschland, 12. Juni

Brie, Michael/Klein, Dieter, 2004: Der Kampf für ein soziales und demokratisches Europa – Hegemonie und Einstiegsprojekte. Thesen zur Diskussion. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin

Brie, Michael, 2013: Vorwärts in die Vergangenheit? Wolfgang Streeks verfehlte Wiederentdeckung der marxistischen Kapitalismuskritik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7

Brie, Michael, 2014: Transformation des Reichtums – Reichtum der Transformationen. Im Erscheinen

Klein, Dieter, 2013: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg

Land, Rainer/Possekel, 1992: Intellektuelle aus der DDR. Diskurs und Identität. Berlin

Marx, Karl/Engels, Friedrich, 1959: Die deutsche Ideologie. In: MEW. Bd. 3. Berlin

Marx, Karl, 1962: Das Kapital. Bd.1. In: MEW. Bd. 23. Berlin

Mittenzwei, Werner, 2001: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945 - 2000. Leipzig

Polanyi, Karl, 1978: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/Main

Schirrmacher, Frank, 2013: Ego. Das Spiel des Lebens. München

Streek, Wolfgang, 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin

1

Michael Brie

Einstieg: Epoche des Wandels -
Wandel philosophischen Denkens (Auszug)**1. Nichts ist heute so gewiß wie unsere Ungewißheit**

Dieser Aphorismus ist in der Gegenwart zu bitterem Ernst geworden. Für eine Generation wie die meine, deren Geburtsjahre nach 1950 und vor 1955 liegen, gilt der Satz, dass Hochmut zu Fall kommen muß - der Hochmut der Überzeugung und der Hochmut des Wissens: Unsere sozialen Erfahrungen als Jugendliche waren widersprüchlich: Im Westen entsteht auf der Basis einer von Konsum gesättigten Gesellschaft mit dem Rock und Beat eine neue Jugendkultur und zugleich vermittelt die bei uns sich ausweitende Singebewegung wesentliche eigene solidarische Erfahrungen politisch motivierten kulturellen Lebens. Noch schien der Aufbruch in ein Anderes gegenüber dem Westen lebbar. In Vietnam wird der imperialistischen Supermacht ein militärisches Patt und eine menschliche Niederlage bereitet und in der Tschechoslowakei wird 1968 mit Panzern der sozialistischen Supermacht und von Verbündeten eine Bewegung zerschlagen, die einen demokratischen und humanen Sozialismus fordert, aber die Stabilität des Übergangs zu einem neuen Sozialismus nicht zu sicher vermag in dieser Situation. Demokratie im Sozialismus wird plötzlich für uns zum Problem. Prager Frühling und französischer Sommer fragen nach dem Sinn und nach der Einlösbarkeit unserer Ideale. Noch aber schienen uns zumeist und trotz alledem die Fronten klar, noch war die Welt heilbar und die Identität von erlerntem sozialistischem Ideal und »realem Sozialismus« möglich. Ich weiß nicht, ob wir zu den letzten gehörten, die ungebrochen zwischen Ideal und Wirklichkeit eine Einheit herzustellen suchten. Wir wussten uns noch im ehrlichen Bewusstsein der »wahren Lehre«. Trotz alledem. Und es schien möglich zu sein, die Spannung der Idee mit den »Unvollkommenheiten« ihrer Realisierung doch noch zu lösen.

Aber es kam anders: Der Beginn der siebziger Jahre machte deutlich: In den sozialistischen Ländern versuchte man, die Ende der sechziger Jahre aufgebrochenen sozialen und politischen Spannungen einerseits durch Integration von wesentlichen Existenz- und Konsuminteressen der Werktätigen und andererseits durch die systematische Verhinderung jeder breiten demokratischen und öffentlichen Auseinandersetzung zu lösen. Die in der Zeit des administrativen Sozialismus und Kalten Krieges entstandenen politischen, ökonomischen und geistigen Machtstrukturen wurden nicht gewandelt, sondern vervollkommen. Neue Tendenzen werden an alte Strukturen an- und eingepasst, um sie überlebensfähig zu machen. Das sozialistische Fortschrittskonzept wurde in der Praxis endgültig konsumistisch und autoritär verkehrt. Diese »konservative« Wende sicherte noch zehn Jahre relativ stabiler Existenz dieses Sozialismus, bis dann die sich zuspitzende Stagnation, der galoppierende ökonomische Rückstand u. a. in den meisten sozialistischen Ländern die materielle und geistige Substanz einer solchen Politik aufgeessen hatte. Die realsozialistische, zentraladministrierte Verwaltungswirtschaft scheiterte im Angesicht einer jetzt durchbrechenden wissenschaftlich-technischen Revolution an Innovationsdefiziten und mangelnder Effektivität. Das Defizit an Demokratie und Realisierung wesentlicher individueller Menschenrechte wurde zum gesellschaftlichen Grundproblem.

Auch die Politik der »Weltrevolution« versandete. Chile, Angola, Mozambique, Äthiopien, Jemen und andere – wo blieb der sozialistische Fortschritt? Selbst in der Friedenspolitik konnte der Rückfall in einen beginnenden zweiten Kalten Krieg bis 1985 nicht gestoppt werden.

Dazu der Erfolg des Westens bei der Überwindung der Krise 1974/75 auf der Basis einer Explosion der Innovationen des mikroelektronischen Zeitalters, der Hightech-Revolution sowie die im wesentlichen unerschütterte Stabilität ihrer kapitalorientierten Entwicklung. Vor diesem Hintergrund wird der wissenschaftlich-technische Rückstand schmerzhaft sichtbar und drängt in den Alltag der Menschen – Autos, Video, Kabelnetze, Computer sind zu Symbolen eines fast hoffnungslosen Hinterherkrahens in der Lebensweise geworden. Der Kursverfall der DDR-Mark auf dem Schwarzmarkt in den letzten 20 Jahren gibt ein Zeugnis davon ab.

Am Horizont unseres Denkens begannen sich die globalen Probleme abzuzeichnen. Noch einmal musste der kommunistische Hochmut versuchen, die eigene Gesellschaft frei von Verantwortung zu sprechen und einen Automatismus von diesem Sozialismus und Lösung der Menschheitsprobleme konstruieren. Und noch einmal scheiterte er. Heute wissen wir,

dass von ihm nicht nur nicht automatisch Frieden, Umwelterhaltung und Entwicklung der Dritten Welt ausgehen, sondern dass er historisch sogar auf wesentlichen Gebieten auch starke negative Ausstrahlung besessen hat.

Waren die siebziger Jahre Jahre der Schweben, wachsender innerer Verunsicherung, stets drängenderen Fragens, so haben die achtziger Jahre sich als Jahrzehnt der Wahrheit erwiesen. Was immer wir auch nicht wissen, wir wissen, dass der König heute nackt ist. Nach zwanzig Jahren ist uns nun der kommunistische Hochmut ausgetrieben worden. Weder leben wir in der besten der möglichen Welten, noch wissen wir per Dogma apriori alles besser, noch haben wir mit solchen Thesen wie Diktatur des Proletariats, Volkseigentum und führender Rolle der Partei die Rezepte des Erfolgs in der Tasche. Mehr noch: man versteht diese Worte kaum noch. Sie haben ihre Sinnevidenz verloren. Auch die Perestroika hat sich nicht als der Zauberschlüssel erwiesen, der nun endlich mit letzter Weisheit den Sozialismus wie einen Phönix aus der Asche der Stagnation emporstürmen lässt. Die qualvolle Selbstveränderung des administrativen Sozialismus hat gerade erst begonnen. Erwuchs die Perestroika aus der Krise der Stagnation, so ist sie selbst jetzt in die Krise gekommen. Der gute Wille beißt auf das harte Brot der Interessen. Die Zeit ist aus den Fugen.

Die achtziger Jahre waren für uns eine Zeit wachsenden Zweifels, immer drängenderer Befragung immer tieferer Grundlagen unseres geistigen Seins, eine Zeit zaghafter Versuche, eine neue eigene Identität zu finden. Heute wissen wir, dass wir nichts wissen. Wir haben die Bilder an der Mauer unserer Höhle als Schatten erkannt. Die Zeit ist gekommen, um zu philosophieren. Philosophieren – ein vielgeschmähetes Geschäft wird erneut gebraucht. Sie, die die Philosophie studieren, werden gebraucht. Formen des philosophischen Selbstbewusstseins des Wandels der Epoche, unserer Gesellschaft und unser selbst müssen hervorgebracht werden.

Der Ausgangspunkt heutigen Philosophierens ist der Zweifel, ist die Skepsis. Montaigne trifft in das Herz unserer geistigen Situation, als er schrieb: »Die Menschen werden von den Meinungen gequält, die sie von den Dingen hegen, und nicht von den Dingen selbst. Man hätte schon einen großen Schritt zur Erleichterung des menschlichen Elends getan, wenn man diesen wahren Gedanken durchgängig und allenthalben Eingang verschaffen könnte.« (Montaigne: Essays. Leipzig 1933, S. 5) Unsere allererste Aufgabe ist die unvoreingenommenste, d. h. skeptischste Prüfung aller Ideologeme, d. h. unserer gesamten Philosophie, die ja durch und durch ideologisch formiert und deformiert ist. Wir alle machen die

Erfahrung Ortega y Gassets durch: »Wer eine neue wissenschaftliche Wahrheit aufdecken will, der muß erst einmal fast allem entsagen, was er gelernt hat; seine Hände sind voller Blut - er hat viele Allgemeinplätze totgeschlagen.« (WF 4/89/140)

*In: Archiv: Der SED-Reformdiskurs
der achtziger Jahre. (4-5). Bestand Michael Brie.*

Mj. Sept. '89

- 1 -

Dr. Höckel

Dr. Segert

Dr. Land

Dr. Bluhm

Dr. Schölzel

Liebe Genossen!

Anbei ein etwas essayistischer Einstieg in bestimmte Probleme, die ich für wichtig halten würde, neben anderen vor Studenten vorzutragen. Ich bitte, dieses unfertige Material nur für die eigene Kenntnisnahme zu verwenden. Weiterhin bitte ich, am 11. die Veranstaltung schon vormittags zu machen: vielleicht geht es gegen 9.00 Uhr, da ich nachmittags unbedingt einen anderen Termin wahrnehmen muß.

Brie

Michael Brie

*Begleitschreiben zum Manuskript
»Epoche des Wandels - Wandel philosophischen Denkens«*

2

Michael Brie

Stufen der kommunistischen Produktionsweise

Zur fortschreitenden realen Subsumtion des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unter die universale gesellschaftliche Entwicklung der assoziierten Produzenten

Seit den 60er Jahren haben sich in den entwickeltsten sozialistischen Ländern eine Reihe ökonomischer und sozialer Prozesse vollzogen, die eine Gesellschaftsstrategie ermöglichten und erforderlich machten, deren Wesen sich in drei Begriffen ausdrücken lässt: »... Übergang zur intensiven Entwicklung der Wirtschaft, ... Realisierung großer Sozialprogramme, ... Formung des kommunistischen Bewusstseins ...«¹. Von der Durchsetzung dieser drei großen Ziele in der inneren Entwicklung des Sozialismus wird wesentlich die weitere internationale Durchsetzung des Sozialismus im revolutionären Weltprozeß bestimmt.

Aus dem revolutionären Charakter der sich mit dem Fortschreiten des Sozialismus ergebenden Entwicklungsaufgaben erwächst auch die Bewusstheit über die Eigenart der neuen Prozesse, wie sie sich in den Dokumenten der KPdSU, der SED und anderer kommunistischer Parteien niederschlagen und zum Ausgangspunkt des organisierten revolutionären Handelns der Volksmassen werden. Wenn heute im Zentrum der Strategie der ED bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR der vollständige Übergang unserer Volkswirtschaft auf die intensiv erweiterte Reproduktion steht, den E. Honecker in seiner historischen Bedeutung mit der Schaffung der sozialistischen Planwirtschaft verglich², so zwingt dies von Neuem und unter neuen Gesichtspunkten, sich der sozialen Revolution des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus in ihrer Gesetzmäßigkeit und Entwicklungslogik bewusst zu werden, den erreichten Stand und die neuen strategischen Aufgaben in dieser historischen Dimension tiefer zu überdenken. Dies kann und soll in diesem Artikel nur unter einem besonderen Gesichtspunkt geschehen, unter dem der historischen Entfaltung der dem Kommunismus eigentümlichen Logik der Dialektik seiner Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in den verschiedenen Stadien der Entwicklung der kommunistischen Produktionsweise bis zu ihrer reifen Form.

Bei dieser Betrachtungsweise muß – zumindest zeitweilig – von der historischen Vielfalt des Prozesses der kommunistischen Revolution als eines welthistorischen und weltumspannenden Epochenzusammenhanges abstrahiert werden. Die Mannigfaltigkeit miteinander wechselwirkender Entwicklungen bleibt außerhalb des Blickwinkels. Zugleich geht diese Abstraktion von jenen realgeschichtlichen Prozessen aus, die in besonders reiner, »klassischer« Form die wesentlichsten Züge zur Erscheinung bringen und durch ihr internationales Gewicht zum jeweiligen Zeitpunkt das Voranschreiten des Kommunismus bestimmten und bestimmen. In besonderem Maße gilt dies für die Sowjetunion nach der Oktoberrevolution bis zur Entstehung des sozialistischen Weltsystems und die entwickeltsten sozialistischen Länder (im besonderen die Sowjetunion und andere europäische sozialistische Staaten) in der Gegenwart. Jedes Land, das jetzt den Weg des Sozialismus beschreitet, reiht sich ein in ein schon geschaffenes sozialistisches Weltsystem, reproduziert die Gesetzmäßigkeiten der in der UdSSR und anderen Staaten schon abgeschrittenen Entfaltung des Kommunismus in verkürzter und national modifizierter Form.

Die folgende Darstellung ist nur der Nach- und Vorvollzug von »Knotenpunkten« des Werdens des Kommunismus in reiner Form, nicht aber die Darstellung der »Logik« nationaler Revolutionen. Damit bleibt auch das Verhältnis von Epocheentwicklung und Stufen der kommunistischen Produktionsweise in den schon entstandenen sozialistischen Verhältnissen außerhalb der Analyse, bereitet dessen Untersuchung jedoch vor. Vermittelt über die internationalen technologischen, ökonomischen, politischen, ideologischen und militärischen Prozesse und den ihnen entsprechenden Kräfteverhältnissen zwischen Sozialismus und Imperialismus stehen die Veränderungen in den Weltsystemen und auch den national sich befreienden Staaten im inneren Zusammenhang. Die Qualität von Sozialismus/Kommunismus des sozialistischen Weltsystems bestimmt wesentlich die Qualität von möglichen Veränderungen in anderen Teilen der Welt. Dafür spricht nicht zuletzt die sozialistische Orientierung einer größeren Zahl von Entwicklungsländern seit den 70er Jahren.

Die Konzentration der Darstellung auf die Entfaltung der Produktionsweise des Kommunismus zwingt dazu, das Verhältnis von Ökonomie – Politik – Ideologie in sehr verkürzter Form zu reproduzieren. Das Hauptaugenmerk liegt – entsprechend dem Stand der Diskussion und den begrenzten Möglichkeiten eines Artikels – auf der Bestimmung theoretisch-methodologischer Ausgangspunkte zur Erfassung der eigentümlichen Logik der kommunistischen Produktionsweise.³

1. Die formale Subsumtion als Moment der realen Subsumtion des Produktionsprozesses unter die gesellschaftliche Entwicklung der Individuen

In ihrer elementaren Form stellt sich die Produktionsweise jeder Gesellschaftsformation in der Doppelbestimmtheit ihres spezifischen Produktionsprozesses dar. So beginnt Marx die Betrachtung des Wesens der kapitalistischen Produktionsweise mit der Analyse des Produktionsprozesses des »Kapitals im Allgemeinen«. ⁴ Dieser ist zunächst – als Produktion von absolutem Mehrwert untersucht – Einheit von Arbeitsprozeß, »unabhängig von jeder bestimmten gesellschaftlichen Form« ⁵, und Verwertungsprozeß, ist Arbeits- und Verwertungsprozeß in nur äußerlicher Einheit, d. h. in Abstraktion von ihrem dialektischen »Ineinanderübergehen«, ihrer dialektischen Widersprüchlichkeit.

Es wäre eine Vereinfachung, wollte man die kommunistische Produktion einfach als eine spezifische Formbestimmtheit jenes Arbeitsprozesses erfassen, wie Marx ihn im fünften Kapitel des ersten Bandes des »Kapital« darstellt. Marx entwickelt dessen »allgemeine Natur« zugleich in jener historisch bestimmten Art und Weise, »wie sie in einer Periode entsprang, wo es noch keine Kapitalisten gab« ⁶. Es ist dies die Arbeit in einer technologischen Bestimmtheit, »worin die menschliche Handarbeit Hauptfactor der Production« ⁷. Die Vergesellschaftung der Arbeit und ihre Umwandlung in einen industriellen Produktionsprozeß verändert historisch auch den Begriff der produktiven Arbeit: »Die ... ursprüngliche Bestimmung der produktiven Arbeit ... bleibt immer wahr für den Gesamtarbeiter, als Gesamtheit betrachtet. Aber sie gilt nicht mehr für jedes seiner Glieder, einzeln genommen.« ⁸ Allgemeine und historisch konkrete Bestimmung des Arbeitsprozesses bilden so eine widerspruchsvolle Einheit. Die historisch besondere Form des Arbeitsprozesses, die der Entstehung der kommunistischen Produktionsverhältnisse vorausgeht, ist ein im Rahmen einer Fabrik oder auch mehrerer Fabriken vergesellschafteter Produktionsprozeß auf der Basis wesentlich mechanisierter Maschinen.

Die besondere gesellschaftliche Form dieses industriellen Produktionsprozesses in der kommunistischen Produktion drückt sich in ihrer objektiven Zielbestimmtheit aus: »Gütererzeugung auf Rechnung der gesamten Gesellschaft, zur Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller ihrer Mitglieder« ⁹, oder anders ausgedrückt: unmittelbare Produktion des Menschen selbst, »freie Entwicklung der Individualitäten« (Marx) in der gesellschaftlichen Produktion. Dies setzt voraus,

dass die Produktionsmittel Eigentum der zu einem gemeinschaftlichen Subjekt verbundenen Produzenten sind, dass die gegenständlichen Produktionsbedingungen als gesellschaftliches Eigentum auch gesellschaftlich produziert sind »als der organische gesellschaftliche Leib, worin die Individuen sich reproduzieren als Einzelne, aber als gesellschaftlich Einzelne«¹⁰. Damit ist zugleich der Unterschied des kommunistischen vom urgesellschaftlichen Eigentum deutlich, da letzteres auf die Reproduktion der Individuen als bornierte Organe eines naturwüchsigen Gemeinwesens gerichtet ist und auf der letztlichen Stagnation der gesellschaftlichen Kräfte der Individuen basiert. Marx bestimmt das naturwüchsige Gemeinwesen deshalb auch als »Verhalten des Menschen zu seinen natürlichen Produktionsbedingungen als ihm gehörigen ... als mit seinem eigenen Dasein vorausgesetzten; Verhalten zu denselben als natürlichen Voraussetzungen seiner selbst, die sozusagen nur seinen verlängerten Leib bilden«¹¹. Insofern sind sie nicht der organische gesellschaftliche Körper, sondern »natürliche Existenzbedingungen, zu denen er sich als zu ihm selbst gehörigem unorganischem Leib verhält«¹². Sie stellen als materielle Ausgangsbedingungen der Menschheitsgeschichte noch nicht durch dieselbe adäquat produzierte Entwicklungsbedingungen der Menschen dar.

Die spezifisch kommunistische Form des Produktionsprozesses, die ihn von den Produktionsprozessen aller vorhergehenden Formationen unterscheidet, ist die Unterordnung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Individuen auf der Grundlage der gemeinsamen Aneignung und Kontrolle der Produktionsmittel. Es ist dies keine Unterordnung der Arbeit wie im Kapitalismus, wo die Arbeit der Produzenten sozial und im Maße der kapitalistischen Entwicklung auch technologisch zum Mittel des Kapitals und seiner gegenständlichen Form der Maschinerie, herabsinkt, sondern genau die Resurrektion der lebendigen Arbeit der Individuen als Subjekte des Produktionsprozesses, aber nun nicht mehr als borniert gemeineigentümlicher oder abstrakt privateigentümlicher Subjekte, sondern der freien Assoziation der Individuen, die sich ihre gesellschaftlichen Produktionsmittel unterordnen. In seiner Kurzform lässt sich dieses Verhältnis als Subsumtion der Produktivkräfte unter die gesellschaftliche Entwicklung der Individuen ausdrücken. Dies schließt die Aufhebung der Verselbständigung und Entfremdung der gesellschaftlichen gegenüber der individuellen Entwicklung ein.

Das spezifisch kommunistische Subsumtionsverhältnis ist damit aber erst formell bestimmt, d. h. der untergeordnete Inhalt, der Produktionsprozess, erscheint selbst noch nicht modifiziert durch diese Unterordnung

umgekehrt seinerseits die Form noch nicht modifizierend, sie ist hier erst als formale Subsumtion erfasst. Als solche besitzt sie aber keine historische Realität, da die kommunistischen Verhältnisse, wie noch zu zeigen sein wird, sofort mit ihrem Entstehen neue kommunistische Produktivkräfte hervorbringen.

Ungeachtet dessen ergeben sich rein aus der Subsumtion der Produktivkräfte unter die gesellschaftliche Entwicklung der Individuen zwei Besonderheiten:

1. *»... die Organisierung einer strengen und vom gesamten Volk ausgeübten Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und Verteilung der Produkte ...«¹³, d. h., die Produzenten unterwerfen die gesellschaftliche Produktion ihrer gemeinschaftlichen Kontrolle entsprechend ihren eigenen Interessen. Dies schließt die Arbeitspflicht für alle arbeitsfähigen Gesellschaftsmitglieder ein.*
2. *Der industrielle Produktionsprozeß ist auf den Erhalt der Assoziation der Produzenten und die Entwicklung der Individuen gerichtet. Das charakteristische Verhältnis zwischen den Produzenten ist nicht mehr die Konkurrenz, wie sie schon im Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung von der Herrschaft des Kapitals zwischen den Proletariern wesentlich eingeschränkt wird, sondern besteht »in der notwendigen Solidarität der freien Entwicklung Aller«¹⁴ oder, anders ausgedrückt, in der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe, wie sie sich vor allem im sozialistischen Wettbewerb realisiert.*

Wenn auf dieser Ebene der Betrachtung der industrielle Produktionsprozeß als abstrakte Voraussetzung nicht in seiner Veränderung analysiert wird, so kann seine Ausrichtung auf die Entwicklung der assoziierten Individuen nur in der Freisetzung von Entwicklungsmöglichkeiten außerhalb der Arbeit geschehen: 1. durch die Verkürzung der Arbeitszeit (dies war einer der ersten Schritte der Sowjetmacht und wichtiges Moment weiterer Entwicklung) und 2. durch die Erzeugung der gegenständlichen Bedingungen individueller Entfaltung in der Freizeit, durch Erzeugung von Konsumtionsmitteln im weitesten Sinne. Der Produktionsprozeß ist damit nicht mehr Ausbeutungsprozeß, sondern Mittel zum Leben der Produzenten selbst. Es ist offensichtlich, dass bei einem gegebenen Entwicklungsstand der Produktivkräfte beide genannten Momente in einander gegensätzlicher Weise auf die Entwicklung der Produzenten bezogen

sind, Verkürzung der Arbeitszeit senkt die Produktion der »Lebens-Mittel«, deren Erhöhung setzt unter diesen Bedingungen Verlängerung der Arbeitszeit voraus.

Die theoretisch-methodologische Funktion des Begriffs der formalen Subsumtion eines historisch bestimmten Arbeitsprozesses unter das formationsspezifisch wesentliche Produktionsverhältnis besteht im Verhältnis zum Begriff der realen Subsumtion darin, das Maß auszudrücken, in dem der Arbeitsprozeß noch nicht durch seine neue gesellschaftliche Form inhaltlich adäquat umgewandelt ist. Dies ermöglicht zugleich, Stufen des Werdens der neuen Produktionsweise in der Dialektik beider Begriffe zu erfassen. Die vorgenommene Abstraktion – der industrielle Produktionsprozeß sei ohne Veränderung der Entwicklung der assoziierten Individuen untergeordnet worden, entspricht zugleich dem historischen Fakt, dass die Veränderung des industriellen Produktionsprozesses zur adäquaten Grundlage der universalen Entwicklung der vereinigten Individuen nur schrittweise erfolgen kann. Insofern tritt der Schein auf, dass die Entwicklung der kommunistischen Produktionsweise auch realhistorisch mit der formalen Subsumtion begänne.¹⁵ In der wirklichen Geschichte tritt die formale Subsumtion des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unter die Individuen jedoch nur als Moment des Werdens der kommunistischen Formation zur reifen Totalität auf.

2. Die Stufen der realen Subsumtion des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unter die gesellschaftliche Entwicklung der assoziierten Individuen

2.1 Der historische Ausgangspunkt der kommunistischen Produktionsweise: Die gesamtgesellschaftliche Kooperation auf der Basis der mechanisierten Großproduktionen (Kommunismus = Sowjetmacht + Elektrifizierung)

Ganz allgemein lässt sich sagen, dass der Sozialismus nichts anderes ist als die Überführung der wesentlichen industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum. Diese Produktionsmittel »sind kapitalistische Bausteine hinsichtlich ihres geschichtlichen Ursprungs, aber sozialistische Bausteine hinsichtlich der Funktion, die sie bei der Entwicklung des Sozialismus erfüllen«¹⁶. Die Diktatur des Proletariats wird zur ökonomischen Macht in dem Maße, in dem die Produktionsmittel nicht nur juristisch gesellschaftliches Eigentum sind, sondern

die beiden Bedingungen der formalen Subsumtion real durchgesetzt sind. Dies aber ist identisch mit der Entstehung einer neuen gesellschaftlichen Produktivkraft – der gesamtgesellschaftlichen Kooperation der vereinigten Produzenten. Sie ist es im doppelten Sinne: 1. ermöglicht sie die gesamtgesellschaftliche planmäßige Produktion und die Konzentration der gesellschaftlichen Kräfte auf Zielstellungen, die die durch das Privateigentum zersplitterten Kräfte nicht oder nur partiell durch ihre »Aufhebung« im Aktien- und Staatskapital lösen können. Dies schließt eine bestimmte Verminderung des Aufwandes an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit ein. 2. erzeugt diese neue Vereinigung der Produzenten ihren Wettstreit im gesamtgesellschaftlichen Maßstab. Die entstandene Produktivkraft ist der unmittelbar gesellschaftliche Gesamtarbeiter.

Mit ihm erfolgt der erste Schritt zur realen Subsumtion des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unter die Entwicklung der Produzenten; es entsteht ein historisch höherer Typ von Produktivkräften, der im Wesen der ganzen Formation eigen ist, wenn er auch zugleich in seiner historisch ersten Form besondere Züge trägt gegenüber seinen weiteren Entwicklungen. Mit der ersten Stufe der realen Subsumtion verändert sich nicht nur die gesamtgesellschaftliche Ausrichtung der Produktion und damit die funktionale Bezogenheit der Produktivkräfte, sondern zumindest partiell auch ihre gegenständliche Struktur, sie wird bewusst an den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert.

Die Entstehung dieser neuen Produktivkraft und damit die »Materialisierung« der typologisch kommunistischen Produktionsverhältnisse ist ein längerer historischer Prozeß – von Lenin als reale Vergesellschaftung charakterisiert –, der die ganze Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus umfasst. Mit Marx können wir über die im Resultat der Übergangsperiode entstandene Gesellschaft sagen: »Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht ...«¹⁷. Die technologische Produktionsweise¹⁸, die sich der Sozialismus subsumiert, ist deshalb in gewisser, im weiteren zu relativierender Hinsicht genau die, die dem Kapitalverhältnis adäquat ist: Die im Rahmen der Fabrik kombinierten Arbeiter sind technologisch »in ihrer materiellen Einheit untergeordnet unter die Gegenständliche Einheit der Maschinerie, des Kapital fixe, das als beseeltes Ungeheuer den wissenschaftlichen Gedanken objektiviert und faktisch da Zusammenfassende ist, keineswegs als Instrument zum einzelnen Arbeiter sich verhält, vielmehr er als beseelte einzelne Punktualität,

lebendiges isoliertes Zubehör an ihm existiert«¹⁹. Die unmittelbare Arbeit, »Abstraktion der Tätigkeit« (Marx), bloße Verausgabung physiologisch bestimmter Arbeitskraft, d. h. der dressierten Naturkräfte des Menschen, ist unter dieser Bedingung »die große Quelle des Reichtums«.²⁰ Indem Marx diese technischen Verhältnisse einer sich mit dem Kapital entwickelnden technologischen Produktionsweise im Unterschied zu den sozialökonomischen Verhältnissen entdeckt, schafft er die Voraussetzungen der Aufdeckung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Sozialismus: Die Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ändert zunächst nichts an denjenigen Verhältnissen, die unmittelbar durch die technologische Produktionsweise bedingt sind, auch wenn zugleich ein prinzipiell neues Produktivkraftganzes mit der realen Vergesellschaftung in der Übergangsperiode entstanden ist. Insofern gilt die Engels'sche Voraussage für den Sozialismus:

»Der mechanische Automat einer großen Fabrik ist um vieles tyrannischer, als es jemals die kleinen Kapitalisten gewesen sind, die Arbeiter beschäftigen ... Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen diese sich an ihm, indem sie ihn, in dem Maße, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen, der von aller sozialen Organisation unabhängig ist.«²¹ Dies bedeutet für den individuellen Produzenten u. a., dass er als einzelner technologisches Anhängsel der Maschine und ihrem Rhythmus unterworfen ist, auch und nicht zuletzt dann, wenn er ihren Gang »nur« unmittelbar beobachten muß. Viele Funktionen an die Maschine abgebend, die ihm vorher eine - wenn auch begrenzte - Entwicklung ermöglichten, wird er noch nicht frei für allgemeine Arbeit zur Entwicklung des Produktionsprozesses. Die »Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit« ist technologisch noch nicht aufgehoben²², ihre gesamtgesellschaftliche Entwicklung in der Produktion betreibend ist den Individuen diese Produktion noch nicht das absolute Herausarbeiten ihrer schöpferischen Anlagen als Selbstzweck²³, sondern beschränkt diese. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte vollzieht sich wesentlich als Entwicklung der gegenständlichen Produktionsbedingungen durch Vergegenständlichung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Erfindungen in Trennung von der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der unmittelbaren Produzenten, ihrer gesellschaftlichen Fähigkeiten. Der gesamtgesellschaftlich beherrschten freien Entwicklung entspricht noch nicht die freie ungehinderte Entwicklung der Individuen. Sie ist wesentlich begrenzt. Dieses Entwicklungssta-

dium des Sozialismus charakterisierte Lenin mit den Worten: »Alle Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines das ganze Volk umfassenden Staatssyndikats. Es handelt sich nur darum, dass sie alle gleichermaßen arbeiten, das Maß der Arbeit richtig einhalten und gleichermaßen Lohn bekommen ... Aber diese ›Fabrik-Disziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturz der Kapitalisten ... auf die gesamte Gesellschaft erstrecken wird, ist nichts weniger als unser Ideal oder unser Endziel, sie ist nur eine Stufe, die notwendig ist zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung ...«²⁴

Mit dem Sozialismus wird aber zugleich das auf gesellschaftliche Veränderung gerichtete Schöpferium der Werktätigen in den Formen der sozialistischen Demokratie und insbesondere im Wettbewerb und der Neuererbewegung freigesetzt auch unter den Bedingungen des kaum modifizierten Inhalts der Arbeit. In dieser Hinsicht ist die Teilnahme an der Arbeit im Sozialismus genau das Gegenteil der Unterordnung unter die Despotie des Kapitals und die Teilung der Arbeit, ist sie doch Grundprozeß und Hauptbedingung der Entwicklung der Produzenten. Die Entfaltung der politischen Aktivität möglichst vieler Werktätiger als ständiger Prozeß revolutionärer Veränderung und Selbstveränderung, der nach der politischen Revolution nicht aufhört, sondern zum Alltag eines Teils der sozialistischen Produzenten wird, ist die Form, in der die Individuen die aktive Ausübung der Herrschaft über den gesellschaftlichen Produktionsprozeß auch unter den Bedingungen der technologischen notwendigen Unterordnung unter die Teilung der Arbeit und damit die Beschränkung individueller Entwicklung realisieren.

Aus dem Widerspruch von Herrschaft der Produzenten über ihre Produktionsbedingungen und technologisch bedingter Unterordnung unter die Teilung der Arbeit ergibt sich die für den Sozialismus fundamentale Zwiespältigkeit in der Stellung des Arbeiters, die M. P. Osadkow und E. I. Kapustin in folgender Weise kennzeichnen: »Als Mitglied der Assoziation freier Werktätiger herrscht er über die Technik, den Produktionsprozeß; als Träger der Arbeitskraft ist er in den unmittelbaren Produktionsprozeß als dessen Bestandteil eingeschlossen, dem Produktionsprozeß unterworfen. Auf dieser Grundlage erwächst ein Widerspruch, dessen Beachtung in der ganzen theoretischen und praktischen Tätigkeit in der Periode des Übergangs zur höheren Phase des Kommunismus notwendig ist: Der Arbeiter ist als Mitglied der Assoziation freier Produzenten interessiert an Arbeit

entsprechend den Fähigkeiten, ... aber eingeschlossen in den Produktionsprozeß kann er die Fähigkeiten nicht voll ausnutzen und entwickeln.«²⁵

Soweit dieser Widerspruch zwischen der Stellung der Produzenten als Mitglieder der Assoziation und ihrer Stellung als unmittelbarer Arbeitskräfte, der Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit notwendig entspringend, besteht, soweit diese Zwiespältigkeit eine unterschiedlich gerichtete Interessiertheit der Produzenten erzeugt, soweit dieser Unterschied nur tendenziell in der Entwicklung der kommunistischen Produktionsweise in ihrer ersten Phase aufgehoben werden kann durch die schrittweise »technologische« Befreiung der Produzenten aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß, insoweit hat die Subsumtion dieses Produktionsprozesses unter die gesellschaftliche Entwicklung der Produzenten noch nicht die Stufe der adäquat realen Unterordnung erreicht, ist sie partiell noch formal.

Je niedriger das Niveau der Produktivkraftentwicklung nach dem Sieg einer sozialistischen Revolution ist, desto gewichtiger wird sich das Moment formaler Subsumtion des gesellschaftlichen Produktionsprozesses auf die Form der gesellschaftlichen Entwicklung auswirken. Angesichts dessen, dass sich der Sozialismus zuerst in Ländern mit einem mittleren oder niedrigen gesamtgesellschaftlichen Stand kapitalistischer Produktivkräfteentwicklung herausbildete, dass sozialistisch orientierte Entwicklungsländer entstanden sind, in denen die moderne Großindustrie fast völlig fehlt, gewinnt dieser Tatbestand revolutionstheoretisch eine Schlüsselposition. Erst auf einem historisch bestimmten und sich verändernden Entwicklungsstand, auf den nicht zuletzt das internationale Kräfteverhältnis einwirkt, kann sich die reale Subsumtion des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unter die vereinigten Produzenten als dominantes Verhältnis durchsetzen, erhält die politische Diktatur des Proletariats in der vergesellschafteten Großindustrie ihre ökonomische Basis, ist sie imstande, sich gegen die Kleinproduktion und ihre Tendenz der Reproduktion bürgerlicher Verhältnisse durchzusetzen.

Da die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen unter diesen Bedingungen durch die zwiespältige Stellung und damit Interessiertheit der Produzenten gekennzeichnet ist, kann die kommunistische Entwicklungstendenz nicht unmittelbar nur aus den ökonomischen Prozessen selbst erfolgen, die partiell gegensätzliche Bewegungen erzeugen. Der Gesamtheit der Individuen, insoweit sie nur als Arbeitskräfte betrachtet werden, die unmittelbare Arbeit leisten, die nicht Entwicklung ihrer selbst, steht die Gesamtheit derselben Individuen als gesellschaftliche

Eigentümer in bestimmter Hinsicht widersprüchlich gegenüber. Dieser Zwiespalt wird nach Marx z. T. durch das spezifische im Sozialismus herrschende Verteilungsprinzip vermittelt. Die Menge der Arbeit, vergegenständlicht in den Lebensmitteln, die das Individuum von der Gesellschaft erhält, ist – nach Abzug der Arbeit für die gesellschaftlichen Fonds – seiner unmittelbar in der gesellschaftlichen Produktion geleisteten Arbeit äquivalent. Substanz dieses Verhältnisses ist die abstrakte Arbeit:

»... es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht«²⁶. Maßstab ist die Arbeit schlechthin. Diese Verteilungsform ist Ausdruck der Unterschiedenheit der Interessen der Produzenten entsprechend ihrer zwiespältigen Stellung; ihre verschiedenen Bestimmungen treten sich als relativ selbständige gegenüber. Insofern wird der »Produzent in seiner Eigenschaft als Privatindividuum« mit sich selbst »in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied« konfrontiert.²⁷ Diese von Marx verwendeten Begriffe drücken die Erscheinungsform der wesentlichen Zwiespältigkeit aus. Als Arbeitskraft ist die Arbeit für die Gesellschaft dem Individuum noch wesentlich Mittel der individuellen Reproduktion außerhalb der Arbeit im Unterschied zur gesellschaftlichen Produktion von Produktionsmitteln und Arbeitskraft in der Arbeit. Als Gesellschaftsmitglied aber ist ihm die eigene individuelle Arbeit gerade umgekehrt partiell nur Mittel der Reproduktion der gesellschaftlichen Fonds und damit vor allem der Produktionsbedingungen. Gesellschaftliche und individuelle Entwicklung in der Arbeit fallen noch nicht zusammen.

Dieser Zwiespalt in der Stellung und den Interessen der Produzenten ist der aufgehobene Antagonismus zwischen ausbeutenden Eigentümern der Produktionsmittel und den ausgebeuteten Arbeitskräften unter den Bedingung, dass die letzte Grundlage der Klassenteilung, das »Gesetz der Arbeitsteilung« (Engels), noch nicht »abgestorben« ist. Die Produzenten in ihrer Eigenschaft als »Gesellschaftsmitglieder« müssen sich zur Arbeit »zwingen«, da diese aus einer »Last« noch nicht wesentlich zur »Lust« geworden ist.²⁸

Dem Wesen nach kein Warenverhältnis, nimmt die Beziehung zwischen den Individuen als Arbeitskräften und ihnen als vereinigttem gesellschaftlichen Eigentümer partiell Warencharakter an, insofern die Produzenten in der unmittelbaren Produktion in beschränktem Maße andere Interessen realisieren müssen denn als gesellschaftliche Eigentümer. Das kommunistische Grundverhältnis wird deshalb auf dieser Entwicklungsstufe und auf allen, in denen Arbeit nicht direkt Selbstzweck der Produzierenden und die Subsumtion des Produktionsprozesses noch teilweise formal ist,

durch untergeordnete, begrenzt wirkende Wertverhältnisse vermittelt.²⁹ Lenin bemerkt dazu: »Ebenfalls eine Form des Zwangs: »Wer nicht arbeitet, der kriegt auch nicht zu essen«³⁰. Es ist ein indirekter Zwang, der an die besondere Interessiertheit der Individuen als Arbeitskräfte, denen die Reproduktion ihres Lebens außerhalb der Arbeit Zweck ist, anknüpft und sie dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaft unterordnet. Der Zwispältigkeit der Produzenten unter sozialistischen Produktionsverhältnissen entsprechen zwei »Grundtypen« von Arbeiterpersönlichkeiten, die die Autoren einer soziologischen Untersuchung generalisierend so charakterisieren: 1. Grundtyp: »der im wesentlichen auf den eigenen Wohlstand und privates Glück orientierte, mehr passive und einseitige, stärker konsumtiv ausgerichtete, sich an kollektiven Aktionen höchstens beteiligende, nicht aber diese initiiierende Typ«; 2. Grundtyp: »der stark auf die Gesellschaft orientierte, aktive, vielseitige, auf Arbeit, Produktion, gesellschaftliche Aktivität ausgerichtete, kollektive gesellschaftliche Aktionen maßgeblich mitgestaltende Typ«.³¹

Die Vermittlung des gekennzeichneten Widerspruchs der Interessen der Produzenten als Assoziationsmitglieder und als unmittelbare Arbeitskräfte, die Durchsetzung der kommunistischen Tendenz der Gesamtbewegung der Produktionsweise verlangt die theoretische Erkenntnis und praktisch-politische Vermittlung desselben im »System der Diktatur des Proletariats« (Lenin) als Einheit von Partei, Staat und Gewerkschaften (Massenorganisationen im weiteren Sinne) als Schulen des Kommunismus. Eine Zerschlagung des Systems würde die Reproduktion der sozialistischen Produktionsweise unmöglich machen.

Auf dieser ersten Stufe der Entwicklung der kommunistischen Produktionsweise dominiert die extensiv erweiterte Reproduktion der Volkswirtschaft mit hohem Fondaufwand. Grundzelle des Reproduktionsprozesses ist der Betrieb. Ausdehnung des industriellen Produktionsfeldes und vor allem seiner gegenständlichen Produktionsfaktoren herrschen vor.

Bisher wurde unterstellt, der Sozialismus fände eine solche technologische Grundlage vor, wie sie dem Kapital adäquat sei. Dies war eine extreme Vereinfachung des Wesens des Sozialismus, wenn auch zugleich eine notwendige. Jonas betont in seiner Polemik mit Kuczynski zwar mit gewissem Recht: »Es ist eben nicht eine Revolution der Produktivkräfte, sondern die quantitative und qualitative Entwicklung der Produktivkräfte, die eben dieser alten Gesellschaft in ihrem Grundcharakter eigen sind, die zu dem offenen Ausbruch dieses Widerspruchs (von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen der Formation – M. B.) führt.«³² Natürlich

können Produktionsverhältnisse einer Formation nicht Produktivkräfte erzeugen, die mit ihnen prinzipiell unvereinbar sind, da sich Produktivkräfte selbst nur in jeweils bestimmten Verhältnissen entwickeln können. Zugleich muß notwendig aufgedeckt werden, welche Tendenzen der Produktivkräfte es sind, die selbst nicht mehr dem gegebenen Eigentumstyp adäquat sind. Solche Tendenzen entstehen im Kapitalismus – und hierin muß Kuczynski zugestimmt werden – mit der elektrotechnischen Revolution³³, die zum einen die qualitative Entwicklung des Kapitalverhältnisses zum Monopol erzwingt, zugleich aber damit auch diejenige Stufe dieses Verhältnisses hervorbringt, die der »Vorabend der sozialistischen Revolution ist«³⁴, den Imperialismus.

Das Fließband ist Vollendung der Unterordnung des einzelnen Arbeiters unter das Maschinensystem und fast völlige Entblößung der Arbeit von ihrem gesellschaftlichen Inhalt. Zugleich setzt die Fließbandfertigung daneben eine wachsende Zahl von Arbeitern frei, die in der Produktionsvorbereitung, -organisation, -leitung sowie der Produktionssicherung beschäftigt sind. Es sind Tätigkeiten, die wachsende Qualifikation mit wissenschaftlichen Grundlagen, Interessen und Verantwortungsbewusstsein, kurz: gesellschaftliche Subjektivität der Produzenten, erforderlich machen. Tendenziell erfolgt für die so freigesetzten Arbeitskräfte eine Befreiung vom »technologischen Despotismus« der Maschinerie.

Insofern diese Tendenzen – sozialistische Verhältnisse vorausgesetzt – dazu führen, dass die Produzenten sich in der Produktion wenigstens partiell gesellschaftlich entwickeln, ist auch eine partielle Entsprechung der Lage und Interessen der Produzenten als assoziierter Eigentümer und als produktiv tätiger Individuen hergestellt. Es ist dies eine Entsprechung in der historischen Tendenz und der gegebenen Realität. Der Sozialismus geht so – aus dem Kapitalismus entstehend – von einer sich auflösenden, dem Kapital nur noch teilweise adäquaten technologischen Produktionsweise aus, die eine neue vorbereitet, nach dieser drängt. Der oben gekennzeichnete Widerspruch in der Stellung der sozialistischen Produzenten ist deshalb nicht absolut, die Arbeit auch von ihrem technologisch bestimmten Inhalt nicht nur Mittel zum Leben.

Die mit dem Sozialismus sofort entstehende Stufe der kommunistischen Produktionsweise ist deshalb in ihrer Wirklichkeit reale Subsumtion, die zugleich in sich noch wesentliche Momente der nur formalen Unterordnung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unter die Entwicklung der Produzenten einschließt. Lenins Formel: Kommunismus = Sowjetmacht + Elektrifizierung des gesamten Landes drückt diese historisch ers-

te Stufe der kommunistischen realen Subsumtion in ihrer Kurzform aus. Der Sozialismus basiert – zumindest welthistorisch – zunächst auf der Verallgemeinerung der elektrotechnischen Revolution unter sozialistischen Produktionsverhältnissen und ist so wirklich die Negation des Imperialismus.

2.2 Die gesamtgesellschaftliche Kooperation im Übergang von der mechanisierten zur automatisierten Großproduktion (Die entwickelte sozialistische Gesellschaft = Sozialismus + wissenschaftlich-technische Revolution)

Sind die sozialistischen Produktionsverhältnisse einmal durchgesetzt und ist damit das entsprechende neue System gesellschaftlicher Produktivkräfte entstanden, so wird die weitere Entwicklung der Produktionsverhältnisse in ihrer Logik wesentlich abhängig von der qualitativen Entwicklung der Produktivkräfte, deren Form sie sind.

Seit den 50er Jahren vollziehen sich in wachsender Beschleunigung, Tiefe und Breite Prozesse, die das Entstehen einer neuen technologischen Produktionsweise unmittelbar vorbereiten und zugleich deren erste, oft noch tastende Schritte sind. Im Wendepunkt zu den 80er Jahren ist offensichtlich, dass ihre massenhafte Durchsetzung in der unmittelbaren Produktion begonnen hat, Mikroelektronik, Robotertechnik und Mikrobiologie sind wesentliche Ausdrucksformen der schrittweisen umfassenden Automatisierung des unmittelbaren Produktionsprozesses, der rein technisch, völlig wissenschaftlich wird, den Menschen in bedeutendem Maße von der unmittelbaren Bindung an Funktionen in diesem Prozeß befreiend, seine relative technologische Freiheit ermöglichend.³⁵ Soll diese Freiheit wirklich menschliche Freiheit sein, nicht Arbeitslosigkeit, menschliche Degeneration und Krieg, so ist sie nur im Sozialismus/Kommunismus möglich. Die auf dem Wert beruhende Produktion, der Kapitalismus, der die unmittelbare Arbeit als entscheidende Quelle des gesellschaftlichen Reichtums bedingt, ist mit dieser relativen technologischen Freiheit unvereinbar. Diese setzt »die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums« als den »großen Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums«³⁶, verlangt kommunistische Produktionsverhältnisse.

Bei der nüchternen Betrachtung der heutigen Prozesse muß an die Worte von Kuczynski erinnert werden: »So leben wir in einer Zeit, in der wir erstens alles, was uns die Große industrielle Revolution vorgegeben hat, vollenden müssen, zweitens die dritte (elektrotechnische – M. B.) Revo-

lution mit aller Kraft zu fördern haben, drittens mit Energie daran gehen müssen, die vierte industrielle Revolution, die Wissenschaftlich-technische Revolution ernsthaft einzuleiten.«³⁷ Die Automatisierung vollzieht sich dabei über eine Vielzahl von Schritten, auch wenn es zunehmend möglich werden wird, sofort zu durchgehend automatisierten technologischen Prozessen zu gelangen.

Die neue Qualität dieser Entwicklung der Produktivkräfte besteht – bezogen auf den Sozialismus als »werdendem Kommunismus« (Lenin) – darin, dass es möglich und notwendig wird, für alle Produzenten Entwicklungsmöglichkeiten ihrer gesellschaftlichen Kräfte in der Arbeit zu schaffen. In der Produktivkraftentwicklung kristallisiert sich die reale beherrschende Tendenz heraus, dass die Verwissenschaftlichung und Objektivierung des unmittelbaren Produktionsprozesses notwendig von der Entwicklung wissenschaftlich qualifizierter produktiver Subjektivität der Werktätigen begleitet wird. An die Stelle der vorwiegend extensiven tritt die vorwiegend intensive Reproduktion der sozialistischen Volkswirtschaft, d. h. die qualitative Entwicklung aller Produktionsfaktoren. »Mit weniger Fonds mehr produzieren«, so G. Mittag auf der II. Tagung des ZK der SED 1979, »bei dieser Aufgabe scheidet sich Routine und schöpferisches Herangehen, scheidet sich Gedankenlosigkeit von wissenschaftlicher Organisation des Reproduktionsprozesses ...«³⁸ Die technologische Entwicklung, Umgestaltung und Umwälzung der gegebenen Produktionsprozesse wird damit schrittweise zum produktiven Alltag jedes Werktätigen, der nicht an ihm vorbei, sondern nur mit ihm, seinem Einsatz, seinen Ideen, seiner Bereitschaft zur Entwicklung der individuellen Produktivkräfte möglich ist.

Diese entstehende Einheit der Entwicklung der Produktivkräfte in ihrer Gesamtheit »mit der Entfaltung aller produktiven, geistigen, ästhetischen Anlagen, Fähigkeiten und Fertigkeiten«³⁹ der Produzenten ist der Grundprozeß einer entstehenden höheren Stufe der kommunistischen Produktionsweise, einer höheren Stufe der realen Subsumtion des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unter die Entwicklung der assoziierten Produzenten. Ihr integrativer ökonomischer Ausdruck, der die neue Einheit von Produktivkraftentwicklung und Entwicklung der Produktionsverhältnisse in sich zusammenfasst, ist der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion, dem strategischen Ziel der ökonomischen Strategie der KPdSU, der SED und anderer Bruderparteien hochindustrialisierter sozialistischer Länder. Das Grundgesetz der kommunistischen Formation, die Ausrichtung der Produktion auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte, Beziehungen und Bedürfnisse der Individuen, drückt sich

auf dieser Stufe aus in der Einheit von Entwicklung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen durch die Realisierung großer Sozialprogramme und in der qualitativen Entwicklung ihrer produktiven Potenzen.

Die Zwiespältigkeit in der Stellung der Produzenten wird damit nicht aufgehoben, sondern in höherer Form und sich vermindernder Gegensätzlichkeit neu gesetzt. Zugleich ist es von wachsender Bedeutung, diesen Widerspruch so zu vermitteln, dass jedes Individuum zu einem Höchstmaß an eigener Leistung, Schöpferum und Verantwortungsbewusstsein in der Produktion und weit darüber hinaus geführt wird.

Der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft ist zugleich als Form der sich beschleunigenden massenhaften Veränderung, Differenzierung und auch Entwicklung von Arbeitsinhalten und -bedingungen die materiell-technische Grundlage der Entfaltung neuer prägnanter Tendenzen kommunistischer Bedürfnis- und Verhaltensstrukturen werktätiger Massen. Befriedigung materiellen (und auch bestimmter kultureller) Bedürfnisse allein bewirkt, »wenn sie nicht von Verbesserungen des Arbeitsinhalts und der Arbeitsbedingungen, von einer Erhöhung des politisch-ideologischen Wissens, der Qualifikation und Allgemeinbildung begleitet ist, keine Entwicklung der Persönlichkeit von Produktionsarbeitern«⁴⁰.

Die heutige Aufgabe besteht in der »Stimulierung« der Persönlichkeitsentwicklung der Produzenten und nicht mehr nur eines Höchstmaßes unmittelbarer abstrakter Arbeit. Daraus ergeben sich Anforderungen an die durchgängige gleichmäßige Anwendung des Leistungsprinzips in einer Weise, die auch die qualitativen kollektiven und individuellen Anstrengungen zur Entwicklung der Produktion, zu ihrer Intensivierung bewerten, da das Ergebnis zunehmend weniger von der unmittelbaren Einwirkung der Produzenten auf Arbeitsmittel und -gegenstand abhängt, sondern von der Überwachung, Rationalisierung und Umwandlung ganzer industrieller Prozesse, mittels derer die Resultate erreicht werden.

Zugleich wirkt diese Leistungsstimulierung nur dann als Persönlichkeitsstimulierung, wenn sie in der Gestaltung demokratischer Prozesse praktisch-politisch und geistig-ideologisch aktiv selbst vermittelt wird durch die Produzenten. Einen Weg dazu, der in der UdSSR von aktuellster Bedeutung ist, stellt das System der Brigadeabrechnung dar, in dem die Einzelleistung einer unmittelbaren persönlichkeitsbezogenen demokratischen Wertung des Kollektivs unterliegt. Die Effektivität der Leistungsstimulierung ist so direkt abhängig von Einstellungen und Moralverhalten.

Die Entwicklung des kommunistischen Grundverhältnisses erfolgt auch in dieser Hinsicht in Einheit mit der Entwicklung des Überbaus, der Entfaltung der sozialistischen Demokratie im System der Diktatur des Proletariats. Die herzustellende Einheit von Sozialismus und wissenschaftlich-technischer Revolution ist notwendig begleitet von der Veränderung der grundlegenden Wirtschaftseinheit. Die Herstellung eines einheitlichen und technologisch relativ geschlossenen Zyklus von Wissenschaft und Produktion im Rahmen von Kombinatenerweist sich als wichtige Bedingung der bewussten Beherrschung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in seiner Komplexität.

Die Strategie der SED für die 80er Jahre ist nicht nur deshalb in ihrem Wesen revolutionär, weil des internationalen revolutionären Prozesses und den Sozialismus in der DDR weiter zum Kommunismus führend, sondern im besonderen auch, weil die konkret-historische, vor uns liegende Entwicklungsetappe einen genauso revolutionären Einschnitt bedeutet, wie die Schaffung der sozialistischen Planwirtschaft, des Übergangs zur ersten Stufe der realen Subsumtion des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unter die Entwicklung der Produzenten. Wir vollziehen mit der Realisierung der Strategie des X. Parteitages den Schritt zur zweiten und höheren Stufe dieser Subsumtion. Die Verbindung von Sozialismus und wissenschaftlich-technischer Revolution, der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion, der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion, die weitere Durchsetzung der Hauptaufgabe stellen jene wesentlich revolutionären Entwicklungsmomente der Produktionsweise des Sozialismus dar, die in dem Maße, wie sie dominieren, die adäquate Grundlage der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bilden werden. Dies schließt die Entwicklung des sozialistischen Überbaus und sozialistischer Menschen in der Totalität ihrer Lebensäußerungen ein, ist ohne diese nicht möglich.

Wenn der Übergang zur neuen Entwicklungsstufe des Sozialismus erreicht ist, beginnt ein historisch längerer Entwicklungsabschnitt, dessen Wesen die Realisierung aller Potenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution unter sozialistischen Verhältnissen ist. Er schließt mit dem Übergang zur durchgehend automatisierten Produktion ab. Sie ist zugleich der wirkliche »organische Leib« der assoziierten, sich frei entwickelnden Individuen. Der kommunistische Typ von Arbeit erhält seine adäquate Grundlage. Damit wird der Prozeß des Übergangs zur vollständigen realen Subsumtion des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unter die freie Entwicklung der assoziierten Produzenten abgeschlossen. Die entwickel-

te sozialistische Gesellschaft, selbst ein Ganzes qualitativer Etappen, geht mit der Lösung der ihr eigenen Widersprüche im Maße der Vollendung der wissenschaftlich-technischen Revolution in die höhere Phase des Kommunismus über.

¹ XXVI. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Berichterstatter: L. I. Breshnew. Berlin 1981. S. 11.

² Vgl. Honecker, E.: Die Aufgaben der Partei bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. In: Honecker, E.: Reden und Aufsätze. Bd. 6. Berlin 1980. S. 24.

³ Eigene methodologische Positionen sind teilweise entwickelt in: Brie, M.: »Formelle« und »reelle« Subsumtion der Arbeit unter das Kapital in der Marxschen Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Deutsche Zeitschrift für Philosophie (1080) 2. S. 226-232.

⁴ Vgl. dazu u. a. Müller, M.: Das »Kapital im Allgemeinen« als zentrale Kategorie im Marxschen ökonomischen Schaffen von 1857-1863. Diss. B. Halle-Saale 1975. S. 26 f. 41 f., 126 ff.

⁵ Marx, K.: Das Kapital. Bd 1. Werke. Bd. 23. Berlin 1962. S. 192

⁶ Ebd.: S. 199.

⁷ Marx, K.: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Hefte 1 bis 5. August 1861 – März 1862. MEGA II. 3.1. Berlin 1976. S. 165.

⁸ Marx, K.: Das Kapital. Bd. 1. A. a. O. S. 531 f.

⁹ Lenin, W. I.: Entwurf des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Werke. Bd. 6. Berlin 1956. S. 13.

¹⁰ Marx, K.: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. (Rohentwurf) 1857-1858. Berlin 1974. S. 716.

¹¹ Ebd.: S. 391.

¹² Ebd.: S. 389.

¹³ Lenin, W. I.: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. Werke. Bd. 27. Berlin 1960. S. 235.

¹⁴ Marx, K.; Engels, F.: Die deutsche Ideologie. Werke. Bd. 3. Berlin 1958, S. 424.

- ¹⁵ Auf diese Ansicht läuft trotz einer gewissen Relativierung die Position von W. A. Grimaljuk hinaus, der die formale und reale Vergesellschaftung unterscheidet und erstere als realhistorischen Ausgangspunkt ansieht. Vgl.: Grimaljuk, W. A.: Obschtschestwennoje rasdelenije truda i osnovnoje proiswodstwennoje odnoschenije sozialisma. Moskwa 1970. S. 60–78; Ders.: Sozialistitscheskoje obschtschestwlenije truda. Moskwa 1972. S. 63–101. Äußerst widersprüchlich ist die Position von A. K. Pokrytan, der auf der einen Seite die formale Vergesellschaftung im Sozialismus als reales Stadium seiner Entwicklung kennzeichnet, letzteres ausschließlich an die Veränderung der gegenständlichen Produktivkräfte bindet, sofort darauf aber die gesamtgesellschaftliche Kooperation als »nicht formale, sondern reale Vereinigung der Arbeit« charakterisiert. Vgl.: Pokrytan, A. K.: Istoritscheskoje i logitscheskoje w ekonomitscheskoj teorii sozialisma. Moskwa 1978. S. 162 ff. In der gesellschaftswissenschaftlichen Literatur der DDR wird die These von der formalen Vergesellschaftung als realem Ausgangspunkt der Entwicklung der kommunistischen Produktionsweise u. a. vertreten von: Rendgen, K.: »... die Produktion tatsächlich vergesellschafteten«. Deutsche Zeitschrift für Philosophie (1978) 8, S. 1005 f.; Wagner, H.: Zur Einheit von methodologischen und theoretischen Fragestellungen bei der Verallgemeinerung praktischer ökonomischer Erfahrungen der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In: »Methodologische Probleme der theoretischen Widerspiegelung ökonomischer Gesetze«. Berlin 1980. S. 35.
- ¹⁶ Stiehler, G.: Widerspruchsdiagnostik und Gesellschaftsanalyse. Berlin 1977. S. 66.
- ¹⁷ Marx, K.: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. Werke. Bd. 19. Berlin 1962, S. 20.
- ¹⁸ Zu diesem Begriff vgl.: Wolkow, G. N.: Istoki i gorizonty progressa. Soziologitscheskije problemy raswitiija nauki i tehniki. Moskwa 1976. S. 39–59; Sozialism – dialektika raswitiija proiswoditelnych sil i proiswodstwennych odnoschenij. Moskwa 1975. S. 69–74.
- ¹⁹ Marx, K.: Grundrisse ... A. a. O. S. 374.
- ²⁰ Ebd.: S. 593.
- ²¹ Engels, F.: Von der Autorität. Werke. Bd. 18. Berlin 1962. S. 306. Dabei untersucht Engels entsprechend der Richtung der Polemik gegen den Anarchismus nicht speziell diejenigen Tendenzen, die diese »Rache« der Naturkräfte zu einem historischen Durchgangsstadium der Entwicklung machen. Vgl. dazu: Marx, K.: Grundrisse ... A. a. O. S. 582–600.
- ²² Vgl.: Marx, K.: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. A. a. O. S. 21. Zum realen Stand und Entwicklungstendenzen des Inhalts der Arbeit vgl.: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Inhalt der Arbeit. Berlin 1981. Unter Teilung der Arbeit wird hier und im weiteren die sozial ungleiche Verteilung der Potenzen historisch gegebener Arbeit für die gesellschaftliche Entwicklung der Fähigkeiten und Bedürfnisse der Individuen verstanden. Die »technische« oder »berufliche« Arbeitsteilung als eine Bedingung weiteren gesellschaftlichen Fortschritts stellt nur die durch die Produktivkräfte mögliche Grundlage der sozialen Teilung der Arbeit dar. Letztere verhält sich zu den Produktionsverhältnissen und der technischen Arbeitsteilung ähnlich wie die Kategorie der organischen Zusammensetzung des Kapitals zur wertmäßigen und technischen, d. h. als deren dialektisch konkrete Einheit.
- ²³ Vgl. Marx, K.: Grundrisse ... A. a. O. S. 387.
- ²⁴ Lenin, W. I.: Staat und Revolution. Werke. Berlin 1968. S. 488.
- ²⁵ Kaputstin, E. I.; Osadkow, M. P.: Osnownoj putj k sosdaniju materialnotehnitscheskoj bazy kommunisma. In: Metodol(o?)gitscheskije problemy obschtschestwennych nauk. Moskwa 1979. S. 228.
- ²⁶ Marx, K.: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. A. a. O. S. 20.
- ²⁷ Zu diesen Begriffen: Ebd.: S. 19.
- ²⁸ Vgl. Engels, F.: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (»Anti-Dühring«). Werke. Bd. 20. Berlin 1962. S. 274.
- ²⁹ Vgl. den theoretischen Ansatz zur Erklärung der Notwendigkeit der Wertform des gesellschaftlichen Produkts im Sozialismus: Pokrytan, A. K.: Produktionsverhältnisse und ökonomische Gesetze im Sozialismus. Berlin 1973. S. 115–130.

- ³⁰ Lenin, W. I.: Marxismus und Staat. Berlin 1974. S. 48.
- ³¹ Autorenkollektiv: Wie steht es um Leistungsstreben, Initiative und Schöpfungertum? Berlin 1979. S. 145 f.
- ³² Jonas, W.: Kritische Bemerkungen und Ergänzungen. In: Kuczynski, J.: Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche. Berlin 1975. S. 171.
- ³³ Zu diesem Begriff Kuczynski, J.: Vier Revolutionen der Produktivkräfte. A. a. O. S. 97-112; Chejzman, S. A. Nautschnotechnitscheskaja rewoluzija segodnja i sawtra. Moskwa 1977. S. 53-61.
- ³⁴ Lenin, W. I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Werke. Bd. 22. Berlin 1960. S. 191.
- ³⁵ Vgl. Wolkow, G. N.: Istoki i gorizonti progressa. A. a. O. S. 55.
- ³⁶ Vgl. Marx, K.: Grundrisse... A. a. O. S. 593.
- ³⁷ Kuczynski, J.: Vier Revolutionen der Produktivkräfte. A. a. O. S. 112.
- ³⁸ Mittag, G.: Mit politischem Kampfgeist für eine höhere Effektivität. In: 11. Tagung des ZK der SED. 13./14. Dez. 1979. Berlin 1979. S. 144.
- ³⁹ Heinrichs, W.: Aktuelle methodologische Fragen der marxistisch-leninistischen Reproduktionstheorie. Wirtschaftswissenschaften 28 (1980) 2, S. 135.
- ⁴⁰ Autorenkollektiv: Wie steht es um Leistungsstreben, Initiative und Schöpfungertum? A. a. O. S. 151.

*In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin,
Gesellschaftsw. R. XXXII (1983) 2, S. 217-224, 1987*

3

Michael Brie

Zu einigen Problemen der Entstehung eines neuen
Paradigmas in der Sozialismustheorie

Der Sozialismus steht heute in der Welt vor Herausforderungen, die sich grundlegend von denen unterscheiden, mit denen er vor siebzig Jahren bei seinem welthistorischen Entstehen konfrontiert war. Die globalen Probleme, die wissenschaftlich-technische Revolution und die in dieser Weise unvorhergesehene Fähigkeit des Imperialismus, durch innovative intensiv erweiterte Reproduktion sein System relativ zu stabilisieren, seien hier vor allem genannt. Angesichts dieser Herausforderungen stellt sich zwangsläufig die Frage, in welchem Maße sich der Sozialismus in seiner heutigen Gestalt tatsächlich als höchste historisch mögliche Form der Entwicklung des menschlichen Reichtums von Fähigkeiten, Bedürfnissen und Genüssen erweist.

Mit der Forderung, die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus zu verbinden, ist ein Maßstab für den Sozialismus formuliert, dem er offensichtlich nur durch einen »Prozess tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen« /Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1976. S. 19/ gerecht werden kann. In den sechziger und insbesondere siebziger Jahren wurde immer deutlicher, dass auch in den entwickelteren sozialistischen Ländern die Interessen der vorhandenen gesellschaftlichen Subjekte mit ihren Fähigkeiten, diese zu realisieren, nur sehr begrenzt auf die Durchsetzung der innovativen intensiv erweiterten Reproduktion mittels progressiver Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution gerichtet sind. Mehr noch: Wesentliche gesellschaftliche Kräfte erwiesen sich als Hemmkräfte einer solchen Entwicklung.

Eine solche Feststellung ist kein Verdikt des Sozialismus, sondern verweist darauf, dass sich seine bisherige historische Form im wesentlichen erschöpft hat. Die dieser Form eigenen Subjekte mit ihren Interessen und gesellschaftlichen Kräften waren für die Lösung grundlegend anderer

Aufgaben, als sie heute stehen, entstanden und haben sich mit der erfolgreichen Lösung dieser Aufgaben und dem Entstehen neuer selbst überlebt.

Damit aber wird die Abstraktion »Sozialismus« nicht nur aufgrund zur Zeit wachsender nationaler Unterschiede fragwürdig, sondern vor allem deshalb, weil die Entwicklung des Sozialismus sich als ein historisch langfristiger Gestaltungsprozess erwiesen hat, und wir jetzt an einem historischen Umschlagpunkt angelangt sind, wo die historisch erste Stufe des Sozialismus durch eine höhere, qualitativ andere abgelöst werden muss. Dem entspricht m.E. auch die Notwendigkeit, jene theoretischen Vorstellungen, die den Sozialismus in seiner historisch ersten Stufe widerspiegeln, auf ihre Gültigkeit zu überprüfen und ein neues Paradigma in der Sozialismustheorie auszuarbeiten, das gültige weltanschauliche und methodologische Orientierungen für den Übergang zur zweiten welthistorischen Stufe der Entwicklung des Sozialismus formuliert. Der Sozialismus muss also einer erneuten grundlegenden Selbsterkenntnis seiner Gestalter unterzogen werden, und die Philosophen können sich des Beitrages zu dieser Aufgabe nicht verschließen.

Um tiefer in die damit stehenden weltanschaulichen Probleme einzudringen, seien im folgenden drei Fragen näher betrachtet: 1. die Entstehungsbedingungen der historisch ersten Stufe des Sozialismus; 2. die Verallgemeinerung von Grundzügen und -aufgaben dieser Stufe des Sozialismus im Paradigma vom »administrativen Sozialismus«; 3. Grundinhalte eines neuen Paradigmas über den Sozialismus.

1. Die Entstehungsbedingungen der historisch ersten Stufe des Sozialismus

Wenn historisch konkret über die Herausbildung des Sozialismus und damit das Entstehen der besonderen Struktur seiner Subjekte sowie deren Interessen und Formen, diese bewusst zu machen und durchzusetzen, gesprochen wird, dann muss berücksichtigt werden, dass vor der Sowjetunion wie auch später vor einer Reihe anderer Länder gesellschaftliche Aufgaben standen, die im wesentlichen der »Vorgeschichte« des Sozialismus angehören. Sie hatten nur sehr begrenzt und in schon stark imperialistisch modifizierter Weise eine kapitalistische Entwicklung begonnen, so dass eine alle vorkapitalistischen historischen Subjekte privatkapitalistisch umwälzende Veränderung ihrer materiell-gegenständlichen, ökonomischen, kulturellen, politischen und geistigen Produktions-, Kommunikations- und Lebensweise nur partiell und ungleichmäßig erfolgt war.

In historisch sehr kurzer Zeit musste die Sowjetunion in den zwanziger und dreißiger Jahren vor allem folgende Aufgaben lösen: 1. die Beseitigung der Ausbeuterklassen und ihrer sozialökonomischen Basis – der Vorherrschaft der kleinen Warenproduktion, wie sie zumindest für die Landwirtschaft charakteristisch war; 2. die rasche Schaffung einer hochkonzentrierten Schwerindustrie durch Zentralisation und zentrale Umverteilung des Nationaleinkommens und darauf gegründeter extensiv erweiterte sozialistische Reproduktion als Grundlage der Sicherung der Verteidigungsfähigkeit; 3. die Beherrschung der Produktivkräfte der elektrotechnischen und chemischen Revolution mit ihrer Tendenz zum Großbetrieb und der Fließbandproduktion. Erst im Maße der Verwirklichung dieser Zielstellungen konnten die historischen Subjekte des Sozialismus entstehen – eine moderne hochkonzentrierte Arbeiterklasse und wissenschaftlich-technische Intelligenz sowie in gesellschaftlicher Kooperation tätige Bauern.

Die epochemachende historische Leistung der Bolschewiki bestand darin, die Herausforderung bewusst anzunehmen, eine sozialistische Revolution durchzuführen, weil keine andere als die sozialistische Macht die im imperialistischen Russland stehenden Aufgaben zu lösen vermochte, und zugleich klar zu erkennen, dass die adäquaten historischen Bedingungen der Macht der Arbeiterklasse erst noch zu schaffen waren. Noch in einer seiner letzten Aufzeichnungen setzte sich Lenin mit dem Vorwurf einer »verfrühten« Revolution auseinander: »Wie aber, wenn die völlige Ausweglosigkeit der Lage, wodurch die Kräfte der Arbeiter und Bauern verzehnfacht wurden, uns die Möglichkeit eines anderen Übergangs eröffnete, um die grundlegenden Voraussetzungen der Zivilisation zu schaffen, als in allen übrigen westeuropäischen Staaten? ... »Wenn zur Schaffung des Sozialismus ein bestimmtes Kulturniveau notwendig ist ..., warum sollten wir also nicht damit anfangen, auf revolutionärem Wege die Voraussetzungen für dieses bestimmte Niveau zu erringen, und dann schon, auf der Grundlage der Arbeiter- und Bauernmacht und der Sowjetordnung, vorwärtsschreiten und die anderen Völker einholen.« /W. I. Lenin: Über unsere Revolution (Aus Anlass der Aufzeichnungen N. Suchanows). In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 464 f.)

Die erste siegreiche sozialistische Revolution hatte so den Widerspruch auszutragen, dass unter den Bedingungen sozialistischer Macht Aufgaben zu lösen waren, deren Lösung eigentlich zu den zivilisatorischen Leistungen des Kapitalismus gehört, und dass diese Aufgaben durch Klassen und Schichten zu realisieren waren, die selbst für den Sozialismus nur sehr partiell reif waren. Die Größe wie aber auch die historische Begrenztheit

der Oktoberrevolution und der auf ihr aufbauenden Entwicklung in der Sowjetunion bis zum Ende der dreißiger Jahre bestanden in der erfolgreichen Lösung dieses Widerspruchs. Industrialisierung und Kulturrevolution – Umwälzung der materiell-gegenständlichen und der subjektiven Bedingungen gesellschaftlicher Entwicklung unter den Bedingungen sozialistischer Macht kennzeichnen die unumkehrbaren Errungenschaften dieser Zeit.

Angesichts der ungeheuren Brisanz dieses zu lösenden Widerspruchs, den Sozialismus und seine Wirtschaft »nicht auf direktem Wege vorbereiten zu können /vgl. W. I. Lenin: Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution. Referat auf dem IV. Kongress der Komintern. 13. November 1922. In: Werke. Bd. 33. S. 413/, ergaben sich real zwei historische Alternativen: Einerseits konnte versucht werden, die Interessen aller vorhandenen ökonomischen Subjekte (einschließlich der einer im bestimmten Maße wiedererstehenden Klasse von Kapitalisten) für diesen mittelbaren Aufbau des Sozialismus zu nutzen. Freisetzung der persönlichen Interessen in allen Wirtschaftsformen (d.h. vor allem als persönliches Interesse der für Lohn tätigen Arbeiter, einer neuen Leitungsschicht, der kleinen Warenproduzenten und der privaten Kapitalisten) und deren Unterordnung unter den sozialistischen Staat waren die Pole einer solchen »Neuen ökonomischen Politik« der Entwicklung eines »eigenartigen Staatskapitalismus«, bei dem der sozialistische Staat Grund und Boden und »alle wichtigsten Teile der Industrie in seinen Händen hält« /Ebenda. S. 414./ Die Voraussetzung dazu war eine auf bewusster Dialektik gegründete Politik der Verbindung der Gegensätze /vgl. W. I. Lenin: Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki's. In: Werke. Bd. 32. S. .../

Durch die sozialistisch orientierende, mit staatlicher Gewalt durchgesetzte Verbindung der gegensätzlichen, in hohem Maße für sich genommen »vorsozialistischen« Interessen sollten schrittweise die Bedingungen, Verhältnisse, Subjekte und Interessen zu adäquat sozialistischen gewandelt werden. Ihrem inneren Wesen nach von der früheren Gesellschaft überkommene Formen der Vermittlung von Vergesellschaftungsprozessen – Ware-Geld-Beziehungen und staatlich-administrative Unterordnung sollten unter Führung einer lebendigen kommunistischen Partei sozialistisch orientierend wirksam werden. Die entscheidendste Bedingung dafür war unter diesen außerordentlich instabilen und heterogenen Voraussetzungen die politische Einheit der Kommunistischen Partei Russlands und insbesondere ihrer Führung, die nur durch innerparteiliche offene

Diskussion zu gewinnende kollektive Fähigkeit zur konkret-historisch optimalen Verbindung der jeweiligen gegensätzlichen Interessen. Die Gewerkschaftsdiskussion hatte ein bisher unübertroffenes Beispiel eines solchen kollektiven Erkenntnisprozesses durch Auseinandersetzung und die über diese Diskussion vermittelte neue höhere Einheit der Partei geliefert.

Die andere Alternative musste zwangsläufig dann eintreten, als nach dem Tode Lenins die innerparteiliche Auseinandersetzung zum Mittel der Macht einzelner Fraktionen und ihrer Vertreter missbraucht wurde (insbesondere durch L. Trotzki und J. W. Stalin), als die Partei dadurch an Fähigkeit zu dialektischer Strategiebildung verlor und dogmatischen Einseitigkeiten und subjektivistischer Willkür nicht mehr ausweichen konnte. Krisenhafte Verselbständigung der Interessen von Kulaken gegen die Sowjetmacht; der Zwang zu schnellstem Aufbau der ökonomischen Voraussetzungen für eine moderne, den stärksten imperialistischen Kräften gewachsene Armee gehörten zu den Bedingungen, die es sinnvoll scheinen ließen, von der Neuen ökonomischen Politik abzugehen und alle gesellschaftlichen Kräfte direkt und unmittelbar den gesamtgesellschaftlichen Interessen unterzuordnen.

In der Folge wurde versucht, alle ökonomischen und politischen Kräfte zu beseitigen, insofern sie nicht unmittelbar mit dem entscheidenden Repräsentanten der gesamtgesellschaftlichen Interessen – dem Staat und seinen Organen – zusammenfielen. Das gesamte gesellschaftliche Leben in Politik, Ökonomie und Ideologie wurde verstaatlicht. Es setzte sich gesellschaftsweit nach heftigen innerparteilichen Kämpfen ein im hohen Maße bürokratisches »System des Administrierens und Kommandierens« durch. / Vgl. M. Gorbatschow: Der Oktober und die Umgestaltung: die Revolution wird fortgesetzt. In: Neues Deutschland, 3. November 1987. S. 4 / Die administrativen Beziehungen der über und Unterordnung wurden zum herrschenden Typ gesellschaftlicher Verhältnisse und sicherten auf der Grundlage eines ungeheuren revolutionären Enthusiasmus und zunehmend eskalierenden staatlichen Zwangs in roh- oder kriegskommunistischer Weise für einen gewissen Zeitraum eine Konzentration aller gesellschaftlichen Kräfte in Händen des Staates und eine darauf gegründete schnelle Industrialisierung.

Die Eigenlogik dieses Entwicklungsweges bestand darin, dass sich damit der staatlich organisierte Apparat aus einem Werkzeug sozialistischer Entwicklung in dessen einziges bewusstes Subjekt zu verwandeln drohte. Ungeachtet aller Modifikationen wirkt dieser Typ des Sozialismus bis in die achtziger Jahre hinein. Seine konstruktive und durchgängige Ablösung

ist durch einen höheren (?) ist zur entscheidendsten Entwicklungsaufgabe in den meisten europäischen sozialistischen Ländern geworden.

2. Die Entstehungsbedingungen der historisch ersten Stufe des Sozialismus

Mit der Herausbildung dieses Typs sozialistischer Entwicklung war zugleich die Dogmatisierung der ihm innewohnenden realen Tendenzen und Verhältnisse zu den alleinig sozialistisch-kommunistischen verbunden. Jede Entwicklung, jedes gesellschaftliche Subjekt, jedes Interesse, das von dem staatlich zentral formierten abwich, wurde zum Relikt der Vergangenheit erklärt, das es mehr oder minder gewaltsam auszumerzen galt oder eventuell zeitweilig und in sehr eingeschränktem Maße zu dulden war wie das genossenschaftliche Eigentum oder die Ware-Geld-Beziehungen. Die staatlich-administrativen Verhältnisse der Über- und Unterordnung sowie die im Enthusiasmus oder im staatlichen Zwang begründeten Identifikation mit den gesamtgesellschaftlichen Interessen und ihrer staatlichen Form wurden zum Ideal, zum allgemeinen Modell der »reinen« sozialistisch-kommunistischen Verhältnisse erhoben. An ihrer absoluten Durchsetzung begann man, Fortschritt überhaupt zu messen. Das reibungslose Funktionieren des einzelnen als »Schräubchen« der gesellschaftlichen »Maschine« wurde zum Kriterium individuellen Verhaltens erhoben. Es verfestigte sich eine Vorstellung vom »idealen Sozialismus«, die man bedingt und verkürzt als Paradigma vom »administrativen Sozialismus« bezeichnen kann. / Vgl. K. N. Taranowski, W. N. Schewtschenko: Veliki Oktjabr i sowremennost (statja 2. Bolsche demokratii - bolsche sozialisma). In: Filsofskije nauki. Heft 10/1987. S. 12 f. / Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass es sich hierbei um eine theoretische Konstruktion handelt, die zwar als konzentrierter geistiger Ausdruck realer Politik wesentliche Tendenzen der realen gesellschaftlichen Entwicklung widerspiegelte, von deren realer Widersprüchlichkeit und den gegenläufigen Tendenzen stets dadurch zu abstrahieren suchte, dass es diese Tendenzen aus äußeren Ursachen zu erklären suchte.

Unter der Bedingung, dass die einfache administrative Unterordnung der mannigfaltigen im Sozialismus selbst herausgebildeten gesellschaftlichen Subjekte unter das staatlich-gesamtgesellschaftliche Subjekt deutlich überholt und zum Hemmnis geworden ist, kann man die Dogmatisierung des ersten Typs sozialistischer Entwicklung leicht als »theoretische Begründung und geistige Verteidigung des bürokratischen Zentralismus«

erklären und als vulgärwissenschaftliche Übersetzung der Alltagsvorstellungen der Bürokratie nachweisen. / Vgl. A. P. Butenko: Teoretitscheskije problemy sowerschenstwowanija nowogo stroja: o sozialno-ekonomitscheskoi prirode sozializma. In: Woprossy filosofii. Heft 2/1987. S. 26 f. / Man darf aber nicht vergessen, dass dieser Apparat unter konkreten historischen Umständen des fast völligen Fehlens einer modernen Arbeiterklasse und mit ihr verbündeten Intelligenz faktisch das einzige machtvolle gesellschaftliche Subjekt war, das unmittelbar und direkt an der Lösung der Aufgaben der Industrialisierung interessiert und zur Leitung seiner Durchsetzung gegen alle widerlaufenden Kräfte befähigt war. Insofern lässt sich das Paradigma vom administrativen Sozialismus auch keinesfalls darauf reduzieren, nur Interessenausdruck eines zentralistisch organisierten Apparats zu sein, es war zugleich und vor allem geistiger Reflex historischer Notwendigkeiten einer entscheidenden Stufe der Entwicklung des Sozialismus, wenn auch zunehmend vereinseitigter Form.

Der Grundgedanke des Paradigmas vom »administrativen Sozialismus« bestand in der angestrebten Zurückführung aller gesellschaftlichen Subjekte auf ein einziges, unteilbar absolutes Subjekt – die Gesamtgesellschaft in ihrer staatlichen Form. Alle gesellschaftlichen Verhältnisse wurden im Ideal als einfache organisatorische Verhältnisse der Unterordnung unter das Gesellschaftsganze bei der Realisierung gesamtgesellschaftlicher Zwecke gedacht. Diese erscheinen dann unmittelbar mit denen aller anderen gesellschaftlichen Subjekte, der Klasse, Schichten, Gruppen und Individuen identisch. Aufbauend auf diesem Grundgedanken wurde ein theoretisches System von unbeugsamer Logik erreicht, dessen Hauptthesen im folgenden kurz dargestellt werden:

- 1. Die gesamte Produktivkraftentwicklung wurde ihrer historischen Tendenz nach auf die wachsende Konzentration und Zentralisation von Produktionsmitteln und Arbeitskräften in riesigen, zentral gesamtstaatlich leitbaren Großbetrieben reduziert. Davon ausgehend erschien Vergesellschaftung des gesamten gesellschaftlichen Lebens letztlich nur als Prozess der stets wachsenden Konzentration aller gesellschaftlichen Kräfte in den Händen des Staates als Vertreter der Gesamtgesellschaft.*
- 2. Die Vorstellung von der »vollen« Übereinstimmung der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit den derart gedachten Produktivkrafttendenzen wurde dadurch bergestellt, dass das sozialistische Eigentum auf die unmittelbare und absolute Verfügung eines Sub-*

jekts, des sozialistischen Staates, über alle produktiven gesellschaftlichen Kräfte reduziert wurde. Betriebliche Kollektive und Individuen erschienen ökonomisch nur als Stellvertretersubjekte, als mit der Durchsetzung zentral vorgegebener Aufgaben beauftragte »Organe« des Staates.

3. *Die Planmäßigkeit gesellschaftlicher Entwicklung wurde nur als Erstellung und Umsetzung direkter zentraler Weisungen verstanden, der Staat zum einzigen originären Subjekt der Planung erhoben. Der sozialistische Wettbewerb der Kollektive und Individuen reduzierte sich dabei auf das Streben nach Überbietung dieser Pläne.*
4. *Die sozialistische Demokratie als Form der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten konnte auf der Grundlage der genannten konzeptionellen Vorstellungen auf die politische Macht eines einzigen Subjekts über seinen Vergesellschaftungsprozess zurückgeführt werden. Es wurde die These vom absoluten Monismus sozialistischer politischer Macht entwickelt. Die »bedingungs- und vorbehaltslose« Unterordnung unter gesellschaftlich vorgegebene Ziele, die einfache Übernahme vorgedachter Erkenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge, das Mitwirken und Teilnehmen an der Durchsetzung zentral und ohne gesellschaftlich breite Diskussion gefasster Beschlüsse wurden zum Wesen der demokratischen Mitwirkung erklärt.*
5. *Bewusstheit als geistiger Realisierungsform derart begriffenen sozialistischen Eigentums und sozialistischer politischer Macht musste in der Konzeption des »administrativen Sozialismus« zwangsläufig als Einsicht der zentralen Repräsentanten gesamtgesellschaftlicher Prozesse in deren Gesetzmäßigkeiten begriffen werden. Das »Hineintragen« dieser Bewusstheit in die Massen und deren geistige Ausrichtung auf das Handeln entsprechend den in dieser Weise widerspiegelten »gesellschaftlichen Notwendigkeiten« wurden zum Ideal bewussten Handelns erklärt.*

Mit der Reduktion aller gesellschaftlichen Subjekte auf »Organe« der staatlich formierten Gesamtgesellschaft im Paradigma vom »administrativen Sozialismus« wurden die grundlegenden Vermittlungsformen der widersprüchlichen gesellschaftlichen Subjekte des Sozialismus – Leistungsprinzip in der Ökonomie, Demokratie in der Politik und Öffentlichkeit im geistigen Leben – in den formalen Ausdruck der jeder Vermittlung vorhergehenden Identifikation mit dem Ganzen verwandelt.

3. Grundinhalte eines neuen Paradigmas in der Sozialismustheorie

Der in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion und nach dem II. Weltkrieg in anderen europäischen und dann asiatischen Ländern entstandene historisch erste Typ des Sozialismus wurde im Maße seiner Entwicklung und der Herausbildung von Bedingungen und Subjekten, die dem Sozialismus adäquater waren, zunehmend durch den Widerspruch der genannten Verstaatlichungstendenzen aller gesellschaftlichen Kräfte und ihrer Interessen einerseits und der Notwendigkeit der wachsenden Berücksichtigung der eigenständigen Bedeutung der mannigfaltigen ökonomischen, sozialen und geistigen Subjekte realen gesellschaftlichen Fortschritts geprägt. Mit der Lösung der historischen Aufgaben der ersten Stufe des Sozialismus hat sich zugleich auch ihr theoretisches Paradigma überlebt und sich in ein geistiges Hemmnis auf dem Wege der tiefgreifenden qualitativen Wandlungen erwiesen. Es muss zu einer neuen Stufe der konzeptionellen Verallgemeinerung in der Sozialismustheorie kommen, die alle jene Tendenzen aufgreift, die in den strategischen Dokumenten der kommunistischen Parteien sozialistischer Länder, im Ensemble der Gesellschaftswissenschaften und der künstlerischen Widerspiegelung des Sozialismus sowie im Alltagsbewusstsein entstanden sind. Einige mögliche Grundrisse eines solchen Paradigmas seien im folgenden skizziert.

Dazu sei auf die grundlegende Schwäche des alten sozialismustheoretischen Paradigmas hingewiesen – das Unvermögen, die entscheidende welthistorische Errungenschaft des Kapitalismus, das doppelt freie Privatindividuum, dialektisch in der Vorstellung vom Sozialismus aufzuheben. Man darf nie vergessen, dass der seine eigenen Existenzbedingungen ständig revolutionierende Kapitalismus mit seiner in den Dienst der Ausbeutung gestellten Fähigkeit zu Innovation, Rationalität und Effektivität, zu Demokratie und Öffentlichkeit wesentlich darauf beruht, dass die Masse der unmittelbaren Produzenten in freie Eigentümer ihrer Arbeitskraft, d.h. in Subjekte der Produktions- und Überbauverhältnisse verwandelt werden. Natürlich sind diese Freiheit und dieses Eigentum nur die sekundäre Kehrseite kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Deren Überlegenheit aber gegenüber allen vorkapitalistischen Formationen besteht gerade in dem ungeheuren Schritt der Befreiung der Produzenten von persönlicher Abhängigkeit und unmittelbarer Knechtschaft. In der Freisetzung aller Potenzen dieser Errungenschaft der bürgerlichen Revolution ist letztlich die Fähigkeit des Kapitalismus zu einem sich beschleunigenden Zyklus innovativer Reproduktion begründet.

Die unter schon genannten historischen Umständen zur Dominanz gelangte Tendenz der »Verstaatlichung« aller gesellschaftlichen Kräfte, Fähigkeiten und Verhältnisse wurde im Paradigma vom »administrativen Sozialismus« zum Dogma erhoben. Nicht die Freisetzung aller Kräfte der Individuen, Kollektive, Klassen und Schichten auf neuer sozialistischer Grundlage, die Entfaltung ihrer Eigenständigkeit und Eigeninteressiertheit, die freie Entwicklung jedes einzelnen, sondern ihre Reduktion auf die Realisierung gesamtgesellschaftlicher Notwendigkeiten und Interessen wurde als höhere Form gegenüber dem Kapitalismus ausgegeben. Damit ist aber nur eine erste und einfache Negation des Kapitalismus verbunden. / Vgl. Schon die Marxsche Kritik am »rohen« Kommunismus, der »das positive Wesen des Privateigentums noch nicht erfasst hat und ebenso wenig die menschliche Natur des Bedürfnisses verstanden hat« und deshalb noch vom Privateigentum »befangen und infiziert« ist. K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844. In: Werke. Bd. 40 S. 536./

Die mangelnde oder sogar fehlende Ausprägung der genannten befreienden Leistungen bürgerlicher Revolution in den Ländern, die den sozialistischen Weg beschritten, begünstigte diese Entwicklung. Bis heute ist die Aufgabe nicht zu Ende gelöst, mit der sozialistischen Revolution zugleich unter sozialistischem Vorzeichen alle zivilisatorischen Leistungen bürgerlicher Entwicklung zur vollen Entfaltung zu bringen. Das relative Zurückbleiben des sozialistischen Lagers auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität, Effektivität und der allgemeinen Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist offensichtlich auf diesem Umstand geschuldet.

Ausgangspunkt der Arbeit an einem neuen sozialismustheoretischen Paradigma muss die Erkenntnis sein, dass man den notwendigen qualitativen Wandlungsprozess des Sozialismus vorbehaltlos unter folgendem kategorischen Imperativ denken muss: Wie können im Sozialismus solche gesamtgesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Subjekte weiterentwickelt bzw. hervorgebracht werden, die 1. interessiert und 2. Befähigt sind, die in den nächsten fünfzig Jahren anstehenden revolutionären Veränderungen der Produktivkräfte durchzusetzen, dabei die globalen Probleme zu lösen und entscheidend dazu beizutragen, weltweit ein System internationaler Zusammenarbeit aufzubauen.

Im Zentrum des zu schaffenden neuen sozialismustheoretischen Paradigmas muss ein neues Verständnis der Verhältnisse der gesellschaftlichen Subjekte des Sozialismus stehen – eine Konzeption, die die Mannigfaltigkeit der Subjekte des Eigentums, der Macht und der Bewusstheit auf der

Grundlage der Gemeinschaftlichkeit der ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Lebensbedingungen begründet. Auf dieser Basis entfaltet sich nicht der privateigentümliche, in Ausbeutung umschlagende bürgerliche Pluralismus sich fremder und feindlicher Subjekte, sondern die assoziierende Einheit sich entwickelnder Mannigfaltigkeit. Diese Einheit entsteht nicht durch Vereinheitlichung, nicht durch zwanghaft durchgesetzte Gleichmacherei. Sie ist ein besonderes Verhältnis der Mannigfaltigen – ihre assoziierende Entwicklungsform.

Die theoretische Alternative kann keinesfalls in der einfachen »Rückkehr« zu Vorstellungen eines »liberalen« Sozialismus bestehen, in dem »autonome« Warenproduzenten sich über einen »freien« Markt vermitteln und der Staat wie auch andere gesellschaftliche Organisationen nur indirekt auf die Wirtschaft Einfluss nehmen. Alle Erfahrungen beweisen, dass die Ware-Geld-Beziehungen an sich keine Alternative zu administrativ-direktiven Unterordnungsverhältnissen darstellen. /Vgl. A. W. Busgalin; A. I. Koglanow: *Metody gossudarstwennogo upravlenija ekonomikoi*. In: *Sowetskoje gossudarstwo i pravo*. Heft 8/1987. S. 54 f. / Auch Ideen einer von kapitalistischen Antagonismen befreiten bürgerlichen Demokratie freier Privatindividuen sind historisch völlig überholt

Im Mittelpunkt muss vor allem die durch die reichen Erfahrungen siebzugjähriger praktischer Entwicklung des Sozialismus vermittelte Rückkehr zu Marx [stehen], der im »Kapital« einen die gesamte Sozialismustheorie fundierenden Gedanken genau an der Stelle formulierte, wo er aus der historischen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation die im neuen Eigentum begründete Grundcharakteristik der zu schaffenden Gesellschaft entwickelte. Gesellschaftliches Eigentum, das auf der Grundlage gesellschaftlicher Produktion entsteht, ist, so Marx, Negation der Negation: »Diese stellt nicht das Privateigentum (kleiner Warenproduzenten – M. B.) wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Er rungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.« /K. Marx: *Das Kapital*. Erster Band. In: *Werke*. Bd. 23. S. 791. / Marx stellt also gerade das Werden frei sich entwickelnder Individuen zu den letztlich entscheidenden primären Subjekte gesellschaftlicher Entwicklung in den Mittelpunkt des Aufbaus der neuen sozialistischen Gesellschaft. Und noch der alte Engels wählte aus dem Marxschen Gesamtwerk gerade den folgenden Satz als denjenigen aus, der den »Geist des künftigen neuen Zeitalters in wenigen Worten« zusammenfasse: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen

tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« /F. Engels an Giuseppe Canepa. Brief vom 9. Januar 1894. In: Werke. Bd. 39. S. 134. /

Ausgehend von der Notwendigkeit der Begründung eines gegenüber dem alten Sozialismusparadigma prinzipiell neuen Verständnisses der Subjekte des Sozialismus seien zwei Richtungen der Ausarbeitung der neuen Konzeption in idealtypisch verkürzender Weise formuliert:

3.1 Das sozialistische Eigentum und Leistungsprinzip

Die mit dem Sozialismus stets auf höherer Stufe zu verwirklichende Identität von Produzent und Eigentümer ist nur dann jeweils historisch auch progressiv, wenn sich jedes der mannigfaltigen Produktivkraftsubjekte des Sozialismus genau jene Resultate der Produktion aneignet, die für die Ausübung seiner konkreten und sich mit den Produktivkraftrevolutionen wandelnden produktiven Funktionen jeweils entscheidend sind. Aus dieser Aneignung müssen genau jene Interessen und jene Fähigkeiten erwachsen, die durch eigene Entwicklung zum höchstmöglichen Beitrag zur Entwicklung aller treiben und ihn ermöglichen. Die heutige wissenschaftlich-technische Revolution führt keinesfalls zu einer einfachen Fortsetzung von Konzentration und Zentralisation sowie Vereinfachung der Arbeitsinhalte, sondern ist zumindest durch folgende Tendenzen gekennzeichnet: 1. Die wachsende Bedeutung langfristiger Planentscheidungen für die Beherrschung globaler, regionaler und nationaler Innovationszyklen; 2. die Fähigkeit großer Wirtschaftseinheiten zur Gestaltung relativ geschlossener besonderer Innovationszyklen von der Wissenschaft bis zum Absatz und zur Rekonstruktion; 3. die Herausbildung schöpferischer Kollektivität als unmittelbarer Produktivkraft; 4. das Werden wissenschaftlich gebildeter Individualität zu einer massenhaften Hauptproduktivkraft.

Mit diesen Tendenzen der Produktivkraftrevolution sind mindestens schon vier Produktivkraftsubjekte umrissen, die sich zugleich als sozialistische Subjekte der Aneignung und damit des Eigentums entfalten müssen. Gesellschaftliches Eigentum ist damit in neuer Weise als Verhältnis produktiver Aneignung der Resultate der gesellschaftlichen Entwicklung durch diese gegensätzlichen Subjekte der Produktion (durch die Gesamtgesellschaft, die verschiedensten kollektiven Subjekte vom Kombinat bis zur Brigade und die Individuen) zu verstehen. Die Gemeinschaftlichkeit der Produktionsbedingungen, auf die sich alle diese gegensätzlichen Subjekte beziehen, bedingt, dass die Entwicklung jedes einzelnen Subjekts auf

der Grundlage und durch Entwicklung dieser gemeinsamen Bedingungen zugleich unmittelbar zur Voraussetzung der Entwicklung aller wird. Interessenübereinstimmung ist im Sozialismus deshalb auch keine abstrakte Identität aller Interessen, sondern ein solches Verhältnis der gegensätzlichen Subjekte des Eigentums, wo die Verwirklichung des eigenen Interesses zunehmend unmittelbar Interessen der anderen Subjekte realisiert.

Das sozialistische Leistungsprinzip ist die progressive Vermittlungsform dieser Widersprüchlichkeit sozialistischen Eigentums, indem es einerseits genau jene Produktionsmittel an diejenigen Produzenten verteilt, die über die entwickeltste Fähigkeit zu deren produktiver Entfaltung verfügen, und andererseits genau jene Aneignung der Resultate dieser Entwicklung ermöglicht, durch die ein höherer Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt zugleich ein höheres Maß eigener Entwicklung bedeutet. Das sozialistische Leistungsprinzip erweist sich in diesem Verständnis als das entscheidende Verhältnis der Distribution der objektiven und subjektiven Produktionsbedingungen. Nur sekundär erscheint es als Distribution der Konsumtionsmittel

3.2 Politische Macht und sozialistische Demokratie, Bewusstheit und sozialistische Öffentlichkeit

Wenn paradigmatisch an die Stelle des Modells vom widerspruchs- und verhältnislosen Eigentum eines absoluten Subjekts an allen Produktionsbedingungen das Verständnis vom sozialistischen Eigentum als entfalteter Widersprüchlichkeit assoziierender Aneignung der gemeinschaftlichen Produktionsbedingungen durch eine Mannigfaltigkeit von Subjekten tritt, dann muss auch das Verständnis von politischer Macht und Bewusstheit grundsätzlich überdacht werden. In den Mittelpunkt treten das Bewusstwerden und Auskämpfen der im sozialistischen Eigentum selbst begründeten Interessenwidersprüche. Dadurch erfolgt 1. die Artikulation der gesamtgesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen in ihrer Mannigfaltigkeit als besondere Interessen durch besondere politische und geistige Interessenvertreter (Staat, Massenorganisationen, Bürgerinitiativen etc.) und 2. die Bildung einer übergreifenden einheitlichen Bewusstheit und eines entsprechenden politischen Willens unter Führung der kommunistischen Partei in einem öffentlichen und demokratischen Prozess.

Gerade weil der Kampf antagonistischer Klassen verschwunden ist, kann sich der politische Kampf der mannigfaltigen gesellschaftlichen Subjekte um eine solche Herrschaft über den gesellschaftlichen Reprodukti-

onsprozess durch jedes einzelne Subjekt und alle gemeinsam entfalten. Es ist ein Kampf um die Durchsetzung der historisch optimalen Formen der Verbindung der Entwicklung jedes einzelnen und aller. Die sozialistische Demokratie ist die adäquate Form dieses politischen Kampfes. Der Verzicht auf ihre völlige Entfaltung wäre zugleich der Verzicht auf die produktive Freisetzung der Interessen der sozialökonomischen Subjekte des Sozialismus, würde diese in parasitäre Stagnationsformen drängen.

Dieser politische Kampf bedarf einer ihm adäquaten Bewusstheit jedes Subjektes über seine besonderen Entwicklungsnotwendigkeiten und deren Zusammenhang mit der Entwicklung aller. Eine solche Bewusstheit erwächst nur aus dem produktiven Widerstreit der gegensätzlichen Einsichten, dem klärenden Auseinandersetzungsprozess, der lebendigen Erfahrung über die wechselseitigen Zusammenhänge der verschiedensten gesamtgesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen. In der sozialistischen Öffentlichkeit hat diese Bewusstheit von der Einheit in der Mannigfaltigkeit ihre adäquate Entwicklungsform. Sie ist die geistige Vermittlungsform der im sozialistischen Eigentum gegründeten Widersprüchlichkeit sozialistischer Subjekte, sie ist die der höheren Stufe des Sozialismus eigene Kommunikationsweise der mannigfaltigen Subjekte im Prozess ihrer gemeinschaftlichen Selbsterkenntnis. Öffentlichkeit des Alltagsbewusstseins, der wissenschaftlichen Erkenntnis und des politischen Bewusstseins aller gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen ist erforderlich, damit diese durch ihren je besonderen Beitrag sozialistische Bewusstheit in der historisch notwendigen Qualität erzeugen. Jeder Versuch, Öffentlichkeit zu monopolisieren, ist letztlich mit dem Ausschluss aller anderen Subjekte aus produktiver gesellschaftlicher Entwicklung identisch.

Die Aufgabe der kommunistischen Partei in diesem Prozess öffentlich-demokratischer Bewusstheits- und Willensbildung besteht darin, ihn zur Einheit progressiver vorwärtstreibender Vermittlung der widersprüchlichen Interessen der historischen Subjekte des Sozialismus zu führen. Sie kann es, insoweit es ihr gelingt, in ihren Reihen jene zu vereinen, die mehr als andere bereit und fähig sind, ihre besonderen Interessen mit denen der Gesellschaft als ganzer und ihrer sozialistischen Entwicklungsrichtung produktiv zu verbinden. Innerparteiliche Demokratie und Öffentlichkeit der Strategiebildung waren dafür stets die entscheidenden Bedingungen.

In: Archiv: Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. (4-5). Bestand Michael Brie. Bd. 2/DFG CR 93/1-1 September 1988

4

Michael Brie
Notizen im Ergebnis eines
Aufenthaltes in der UdSSR 1988
(Zusammenfassung einer Reihe von Gesprächen)

Erstens: 70 Jahre nach der Oktoberrevolution ist die Sowjetunion faktisch ein Entwicklungsland mit regressiver Dynamik, eines staatsbürokratischen »linken Totalitarismus«, einer realisierten »kasernenkommunistischen Utopie«. System nicht lebensfähig, aber shisnestoiko. Noch 10 Jahre und Sowjetunion ist ganz am Ende und hilflos wie Grenada, totale Krise dann, die das Land zerfetzt. Die angeblich fortschrittlichere Ordnung ist real in vielem (einschließlich der Masse der globalen Probleme) real hemmend. Der Stalinsche totale Terror als Mittel der industriellen Modernisierung mittels staatlicher Zwangsarbeit auf dem Lande und in der Stadt einerseits und die stagnative Fäulnis unter Breshnew hängen zusammen: es waren immer die gleichen Subjekte: der totale Apparat und die eigentums- und rechtlosen Massen.

Zweitens: Die Perestroika hat noch nicht begonnen. Veränderungen in Apol und Glasnost aber ohne Veränderung der realen Machtstrukturen im ökonomischen, politischen, geistigen Leben (hier eine bestimmte Verschiebung, da kleiner Kreis der Intelligenz bestimmte geistige Autorität; der Prozess ist umkehrbar, und er vollzieht sich im Zickzack (5 Schritte vorwärts, 3 - 4 zurück); Andrejewa-Brief als Putschversuch, Artikel in Prawda = Rede von Jakowlew in Prawda: podpiska.

Drittens: Es gibt ein feindliches Bündnis: Die Masse der Leute wollen besser, aber nicht anders leben, daher Perestroika für sie eine Enttäuschung, Gerede. Und diese Masse ist real verbunden mit dem Großteil des Apparats, der nicht anders leben kann, ohne sich selbst aufzulösen bzw. grundsätzlich zu verändern. Die Schwäche dieses feindlichen Bündnisses besteht darin, dass es noch keine Alternative darstellt, weil sich das alte faktisch hoffnungslos blamiert hat. Die Gefahr aber ist, dass das Neue, weil

es nicht vom Himmel fällt, auch blamiert, bevor es überhaupt wirklich wird. Schon als Absicht also. Perestroika bedeutend weiter als Tauwetter, aber nicht dieses Massenecho, dieser Enthusiasmus. Stimmung: immer, wenn was nicht klappt: perestroika she! Dies ist der Nährboden für eine konservative Wende. Massenbewusstsein: 1. Macht- und Hilflosigkeit, 2. Deindividualisierung, 3. Nicht Teil von realen gesellschaftlichen Gruppen außer Nationen (Bsp.: alle Bewohner des 3. Stocks in Moskau als »Gruppe«), 4. totalitäres Bewusstsein der Massen (Glaube an absolut gerechte Welt: Forderung nach »gerechtem Stalin«, Führerglaube: direkter Kontakt mit Massen ersetze Demokratie und mache Schicht der Intelligenz überflüssig, Glaube an absolute und schnelle Lösungen von allen Problemen.

Viertens: Das Hauptproblem ist das des Übergangs, des Übergangs zu einem grundsätzlich anderen Typ von Sozialismus:

- a) *weder sind die Subjekte noch die Bedingungen dieses Übergangs massenhaft gegeben. Es gibt einen alten, im hohen Maße stagnativen, in unerhörter Weise seine eigenen Resultate ständig unproduktiv verzehrenden Moloch von altem Reproduktionssystem, mit dem die in hohem Maße demoralisierten Massen, der Apparat sowie direkte verbrecherische Kreise der offiziellen bzw. außerhalb des offiziellen Systems stehenden Mafia verbunden sind. Zu einer wirklichen Änderung bereit ist nur eine dünne Schicht von Intellektuellen, Arbeitern und Bauern sowie im Apparat. Erstere, weil ihr ganzer Status, ihr Leben davon abhängt, die anderen, weil noch nicht total korrumpiert (und schwarze Schafe gibt es in jedem System, Außenseiter); Stalin und die Nachfolge, d.h. das System hat 3 Dinge gemacht: 1. Vernichtung der intellektuellen Elite, 2. totale Macht des Apparats, 3. Apathie und Demoralisierung des Volkes, sinkende Arbeitsmoral, Alkoholismus (altes System baut auf Bündnis von Apparat und korrumpierten unteren Schichten der Arbeiterklasse, denen für wenig Arbeit Sicherung einer primitiven Existenz, die primitiven Bedürfnisniveau entspricht.*
- b) *andererseits passen sich neue Entwicklungen zur Zeit im hohen Maße dem alten an bzw. werden angepasst (alter Wein in neue Schläuche), verschlimmern sie die Alltagsprobleme noch - Kooperativbewegung (nur 15 % der Bevölkerung uneingeschränkt positiv zu Kooperativbewegung) -, parasitieren auf dem Alten selbst, drängt es die Leute, Betriebe etc. zu den alten Formen, weil bequemer etc., weil*

sie real funktionieren, die neuen aber nicht (gossakasy). Dies zwingt die Führung dazu, mit alten Methoden das Neue einzuführen, so dass sich Zweck und Mittel verkehren können.

- c) *für die neuen Formen fehlen also zumeist die objektiven wie subjektiven Bedingungen und damit die Bedürfnisse nach ihnen und die Fähigkeiten, sie einzugehen*
- d) *Perestroika = »Wunder«, das aber spät oder zu spät kommt. Wenn Menschheit sich nur lösbar Aufgaben stellt (ist die Fähigkeit der Menschen zur Problemstellung wirklich geringer oder gleich als die zur Problemlösung?), so kann eine längere Nichtlösung die Fähigkeit zur Lösung beseitigen!*
- e) *Früher Vorstellung: SU als Geist in der Flasche. Wird sie geöffnet, dann kommt der Dsbin heraus und wird sehr stark und mächtig. Saslawskaja: Wir müssen den Dsbin erst mal 20 Jahre massieren, bevor er überhaupt stehen kann.*

Fünftens: Der Übergang ist auch deshalb so gefährdet, weil er notwendig eine Phase der Instabilität, der parallelen Strukturen, von Doppelmacht mit sich bringt und vor allem die lange Schule der Gewöhnung zu z.B. demokratischen Formen, zu Markt und Wettbewerb etc. fehlt. Die Demokratie kann jetzt zuerst als Anarchie, als Chaos, als Willkür, als Alles-erlaubt auftreten = Kehrseite des bürokratischen Zentralismus, der staatlichen Willkür und Allmacht jetzt Willkür und Allmacht des Pöbels.

Sechstens: Geistig ergibt sich die Frage nach der Kontinuität von Marxismus, Leninismus und Stalinismus.

*In: Archiv: Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. (4-5).
Bestand Michael Brie. Bd. 2/DFG CR 93/1-1*

5

Michael Brie
Wer ist Eigentümer im Sozialismus?

*(Habilitationsschrift, die in der DDR geschrieben
in der Wendezeit nur wenig überarbeitet erscheint)*

*In: Dietz-Verlag, 1990 Deckblatt,
Inhaltsangabe Seite 186/188, 102-109, 173-177*

Michael Brie

Wer

?

**ist Eigentümer
im Sozialismus**

Inhalt

»Das Bekannte überhaupt ist darum, weil es bekannt ist, nicht erkannt«	5
Sozialistisches Eigentum – alte Antworten und neue Fragen	12
»Omnia sunt communia!« oder »Alles soll gemeinsam sein!« – Befreiung von allen Übeln oder historische Sackgasse allgemeiner Faulheit und Verantwortungslosigkeit? Die Diskussion beginnt	12
Die Oktoberrevolution: Der welthistorische Durchbruch zum gesellschaftlichen Eigentum – Prüffeld der theoretischen Konzepte	17
Gesamtgesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln – historische Erfolge und Grenzen einer zentralen Kategorie der Sozialismustheorie	26
Was ist Eigentum? Wann entspricht das System der Eigentumsverhältnisse den Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung? Notwendige Bemerkungen am Rande	30
Das persönliche Interesse – Ausgangspunkt des Handelns	40
Wem gehört die Arbeitskraft, und wem gehören die Produktionsmittel? Die Welt scheint paradox, die Theorie wird antinomisch	48
Die wissenschaftlich-technische Revolution, die globalen Probleme und der Entwicklungsstand des Sozialismus – das sozialistische Eigentum vor neuen Herausforderungen	57
Die Entwicklung des sozialistischen Eigentums – keine Verwirklichung abstrakter Ideale, sondern Schaffung der sozialökonomischen Bewegungsformen zur Lösung realer Aufgaben	57
Das Verständnis der wissenschaftlich-technischen Revolution – Voraussetzung für das Erfassen des Wesens und der Grundtendenzen der Wandlung des sozialistischen Eigentums	59

Die welthistorische Grundtendenz der wissenschaftlich-technischen Revolution	59
Die Produktivkraftsubjekte der wissenschaftlich-technischen Revolution – ihre wachsende Mannigfaltigkeit und Komplexität	66
Die globalen Probleme: »Selbst ... alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen sind nicht Eigentümer der Erde. Sie ... haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.«	77
Sich wandelnde Bedürfnisse der Menschen – menschlicher Maßstab der Veränderung der Eigentumsverhältnisse	90
Das sozialistische Eigentum als sich herausbildendes Verhältnis der freien Entwicklung eines jeden und der solidarischen Entwicklung aller – ein Prozeß mit weltgeschichtlichen Dimensionen	101
»... individuelles Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel« – eine veränderte Lesart bekannter Sätze aus dem »Kapital«	102
Sozialistisches Eigentum – seine Einheit und die Mannigfaltigkeit seiner Subjekte	109
Die sozialistischen Produzenten im Spannungsfeld von Herrschaft über die Produktion und »knechtender Unterordnung ... unter die Teilung der Arbeit«	119
Die Einheit von Produzent, Eigentümer und Machtausübendem muß materielle Gestalt annehmen: Die Notwendigkeit einer bewußten Produktivkraftpolitik	126
»Gesellschaftsglied« und »Privatindividuum« als gegensätzliche Eigenschaften sozialistischer Eigentümer. Widersprüche sozialistischen Eigentums	136
Die reale Macht des Scheins: die Arbeitskraft als Ware und der Staat als Eigentümer der Produktionsmittel	148
»Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung!« – Grundprinzip sozialökonomisch progressiver Vermittlung der Widersprüche des sozialistischen Eigentums	159

Die wissenschaftlich-technische Revolution, die globalen Probleme und die grundlegend veränderten Bedürfnisse und Werte der Werktätigen selbst sind es vor allem, die die bisherige Entwicklungsweise des sozialistischen Eigentums in Frage stellen. Die staatliche Zentralisation vieler Eigentümerfunktionen, die unzureichenden Möglichkeiten, durch die ökonomische, politische und geistige Wahrnehmung von Eigentümerfunktionen durch die Werktätigen, die Territorien und ihre Volksvertretungen sowie von Bürgerinitiativen Einfluß auf die Gestaltung des eigenen Lebens nehmen zu können, die Monopolisierung von Information über die Gesellschaft in den Medien, im exekutiven Apparat und in wissenschaftlichen Institutionen werden als unerträgliche Fesseln persönlicher und kollektiver Entwicklung erfahren und durchlitten. Sich immer wieder reproduzierende Defizite, widersinnige Tendenzen in der Subventions- und Steuerpolitik, Verschwendung und Mangel an ein und denselben Produkten erzeugen Produktionsausfälle durch fehlende Zulieferungen und erzwingen zugleich Überstunden. Dies wird nicht mehr als subjektiv schnelle beseitigbare »Störungen« begriffen, sondern es wird gefragt, wo ihre Ursachen sind.

Die Untersuchung des Wesens des sozialistischen Eigentums erfaßt also alle wesentlichen gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart, tangiert unmittelbar das alltägliche Leben der Menschen und steht im Zentrum der Fortsetzung des sozialistischen Entwicklungsweges durch qualitativen Wandel. Heute ist offensichtlich, daß die krisenhafte Verschärfung von gesellschaftlichen Grundwidersprüchen untrennbar mit der Gestalt des bisherigen sozialistischen Eigentums verbunden ist, wo »der staatliche Betrieb in viel höherem Maße von der übergeordneten Bürokratie als vom Konsumenten abhängt«. ¹⁰³ Es muß gefragt werden, wie die Entfremdung der Werktätigen vom gesellschaftlichen Eigentum überwunden, wie zu einer tatsächlichen Vergesellschaftung der Eigentümerfunktionen, zu ihrer Übergabe an die wirklichen Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums, zu einer realen Einheit von Produzenten und gesellschaftlichem Eigentum übergegangen werden kann.

103 Я. Корнай: Об экономике, дефиците и «экономике дефицита». В: Коммунист, 1989, No 11, с. 12.

Das sozialistische Eigentum als sich herausbildendes Verhältnis der freien Entwicklung eines jeden und der solidarischen Entwicklung aller – ein Prozeß mit weltgeschichtlichen Dimensionen

Im vorigen Kapitel wurden Kriterien der progressiven Gestaltung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse entwickelt. Dementsprechend muß sozialistisches Eigentum:

- auf die gesellschaftliche Entwicklung der Individuen *und* auf die Entwicklung der Gemeinschaft in ihrem wechselseitigen Zusammenhang gerichtet sein;
- den Übergang von der Vergesellschaftung durch Zentralisation und Konzentration zu Vergesellschaftung durch Universalisierung ermöglichen und die Entfaltung einer komplexen Vielfalt von Produktivkraftsubjekten befördern;
- jene sozialen Kräfte erweitern reproduzieren, die an der Lösung der globalen Probleme, an Frieden, Umwelterhaltung, Entwicklung der dritten Welt maximal interessiert sind und die die gesellschaftliche Macht besitzen, diese Interessen auch durchzusetzen; und – »last not least« –
- die Befriedigung einer wachsenden Bedürfnisvielfalt und des damit verbundenen Bedürfnisreichtums ermöglichen, die Selbständigkeit der Individuen und ihr daraus resultierendes Bedürfnis nach Selbstbestimmung und demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten erweitern und zugleich Disziplin und Arbeitsintensität sowie Verantwortungsbewußtsein mit Eigenständigkeit, Flexibilität und Schöpferium sowie Risikobereitschaft verbinden.

Diese und andere Entwicklungsanforderungen an die sozialistischen Eigentumsverhältnisse verlangen *erstens*, jene theoretischen Grundsätze zu überprüfen, die der bisherigen Entwicklung zugrunde lagen. Darauf sind wir im ersten Kapitel eingegangen. *Zweitens* hat in den letzten Jahren in den sozialistischen Ländern eine internationale Diskussion begonnen, die die Grundlagen der Sozialismustheorie auf

das engste berührt. Im folgenden nun soll versucht werden, einige der wichtigsten Konsequenzen aus den bisherigen Diskussionen im Spiegel der realen Entwicklungsnotwendigkeiten des sozialistischen Eigentums zu ziehen.

»...individuelles Eigentum auf Grundlage
der Errungenschaft der kapitalistischen Ära:
der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde
und der durch die Arbeit
selbst produzierten Produktionsmittel« –
eine veränderte Lesart
bekannter Sätze aus dem »Kapital«

Häufig trifft man heute in der Literatur auf den Versuch, das Wesen des sozialistischen Eigentums mit der Formel von der Einheit von Produzent und Eigentümer zu bestimmen. Sie scheint den Vorteil zu haben, daß man einerseits deutlich machen kann, daß dieses Eigentum sich grundsätzlich vom Verhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit unterscheidet. Andererseits scheint mit dieser Formel zugleich ein wesentlicher Widerspruch ausgedrückt zu sein, der der Sozialismustheorie zugrunde gelegt werden kann. Dabei wird übersehen, daß erst die Trennung der unmittelbaren Arbeitskräfte von den Produktionsmitteln im kapitalistischen Eigentum die stofflichen Elemente der Produktivkräfte (Produktionsmittel und unmittelbare Produzenten) in stoffliche Träger der gegensätzlichen Pole eines Eigentumverhältnisses verwandelt.

Produzent und Eigentümer können nur dann die Pole einer grundlegenden Eigentumsbeziehung ausdrücken, wenn das Produzentsein, dieses Produktivkraftattribut eines Subjekts, zugleich eine ganz bestimmte Stellung zum Eigentum an den Produktionsmitteln erfaßt – die Stellung als Nichteigentümer. Wenn das nicht gegeben ist, bezeichnen Produzent und Eigentümer zwei Bestimmungen von Subjekten, die auf sehr verschiedenen kategorialen Ebenen liegen – einmal werden sie als Produktivkraftsubjekte, das andere Mal als Subjekte der Produktionsverhältnisse charakterisiert. Sobald die Arbeiterklasse sich mit der sozialistischen Revolution auf den langen historischen Weg begeben hat, durch den die produzierenden Individuen in einer freiwilligen Gemeinschaft zu Eigentümern der Produktions-

mittel werden, muß ein gegenüber den politökonomischen Kategorien, die das Wesen kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse widerspiegeln, völlig neues System von Kategorien erarbeitet werden.

Der Schlüssel zur Lösung dieses Problems liegt meines Erachtens in der schon dargestellten Erkenntnis von Marx, daß historisch ein Produktivkrafttyp entsteht, wo – auf der Basis einer prinzipiell neuen technologischen Produktionsweise – die universelle Entwicklung der Individuen einerseits und die gemeinschaftliche Beherrschung des Vergesellschaftungsprozesses andererseits zu den Polen der neuen Hauptproduktivkraft werden. Diese Erkenntnis ist durch die historische Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution brennend aktuell geworden. Genau diese Grundwidersprüchlichkeit des Produktivkraftsubjekts muß seine Entsprechung im Wesenswiderspruch des sozialistischen Eigentums finden.

Als Engels nach dem Tode von Marx gefragt wurde, worin er das Kredo von dessen Gesamtwerk sähe, verwies er auf den berühmten Satz im »Manifest«, wo es heißt: Der Kommunismus ist eine Gesellschaft, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller«¹ werde. Diese freie Entwicklung der Individuen erfolgt durch die Entwicklung ihrer universellen Gesellschaftskräfte und setzt voraus, daß sie die objektiven wie die subjektiven Produktionsbedingungen in ihr tatsächliches Eigentum verwandeln. Denn in diesen Produktionsbedingungen ist der Reichtum menschlicher Kulturentwicklung kristallisiert. Seine Aneignung und unikale individuelle und kollektive Weiterentwicklung ist die unerschöpfliche Quelle einer neuen Fortschrittsweise. Diese ungeheure Spannung von Individualität und der Totalität gesellschaftlichen Reichtums erkundend, schrieb Lothar Kühne: »Die Aneignung der gesellschaftlichen Totalität als individuelle kann immer nur annähernd vollzogen sein. In seinen individuellen Grenzen stößt das Individuum aber auch immer auf die Grenzen dieser gesellschaftlichen Totalität, gleich ob sie als Wissenschaft, Produktivkraft oder als Verhältnis unvermittelt erscheint. Sich selbst universell entfaltend, ist das Individuum also stets wesentlich mit der Gesellschaft befaßt, das ist seine kommunistische Bestimmung.«²

Diese neue produktive Widersprüchlichkeit von Individuen und

1 MEW, Bd. 4, S. 482.

2 Lothar Kühne: Gegenstand und Raum. Über die Historizität des Ästhetischen, Dresden 1981, S. 267.

ihren gesellschaftlichen Mächten verlangt, daß die Individuen zu Eigentümern der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen werden. Dies ist nun aber gerade nicht so zu verstehen, daß sie sich nur insofern in Eigentümer verwandeln, als sie Mitglied der Gesamtgesellschaft sind. Dies sichert bestenfalls die gesamtgesellschaftliche, noch lange aber nicht jene individuelle Aneignung, die für die moderne Produktivkraftentwicklung zunehmend entscheidend geworden ist. Wo individuelle Aneignung so bedeutungsvoll geworden ist, muß auch individuelles Eigentum an den Produktionsbedingungen gesichert werden. Im Kommunismus, so Marx, werden die objektiven Produktionsbedingungen zum »organischen gesellschaftlichen Leib, worin die Individuen sich reproduzieren als Einzelne, aber als gesellschaftliche (das heißt nicht als private – *M. B./ Einzelne*«.³

Es ist also keinesfalls nur ein paradoxes Bonmot, wenn Marx unter der Überschrift »Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation« das kommunismustheoretische Fazit aus der politökonomischen Analyse des Kapitalismus zieht und den zentralen Gedanken seines Hauptwerkes mit den Worten zusammenfaßt: »Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.«⁴ Daß dies kein »Versehen« war, dafür spricht nicht nur Marx' sprichwörtlich gewordene Genauigkeit, sondern auch, daß er diesen Gedanken schon zwei Jahrzehnte vorher – wenn auch noch »spekulativ« – entwickelt hatte und auch Jahre später in einer politischen Polemik wieder aufgriff.

1844 heißt es in den »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten«: »Die Assoziation, auf Grund und Boden angewandt, teilt den Vorteil des großen Grundbesitzes in nationalökonomischer Hinsicht und realisiert erst die ursprüngliche Tendenz der Teilung, nämlich die Gleichheit, wie sie denn auch auf eine vernünftige und nicht

3 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 42, S. 723.

4 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 791.

mehr durch Leibeigenschaft, Herrschaft und eine alberne Eigentums-
mystik vermittelte Weise die gemütliche Beziehung des Menschen
zur Erde herstellt, indem die Erde aufhört, ein Gegenstand des
Schachers zu sein, und durch die freie Arbeit und den freien Genuß
wieder ein wahres, persönliches Eigentum des Menschen wird.«⁵ In
der Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation
schreibt Marx 1871 in Verteidigung der Pariser Kommune: »Jawohl,
meine Herren, die Kommune wollte jenes Klasseneigentum abschaf-
fen, das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwan-
delt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das
individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Pro-
duktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die
Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werk-
zeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt.« Diesen Gedan-
ken verbindet er sofort mit der Konzeption einer kommunistischen
Gesellschaft als Assoziation von Genossenschaften, als Gesellschaft,
in der »die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produk-
tion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigne
Leitung nehmen ... solle.«⁶

Der sowjetische Philosoph Ewald Iljenkow hat schon 1966 mit
Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß es eine Illusion des »ro-
hen Kommunismus« ist, »daß mit der rein formalen Verwandlung des
materiellen und geistigen Reichtums, der sich in den Händen von
Privateigentümern befindet, in »gesellschaftliches Eigentum«, in »das
Eigentum der ganzen Gesellschaft«, automatisch auch die »Entfrem-
dung« aufgehoben werde, und daß dies das »Wesen des Kommunis-
mus« sei.«⁷ In Wirklichkeit haben Marx und Engels diese Überfüh-
rung der Produktionsmittel in das juristische Eigentum der Gesamt-
gesellschaft nur als ersten und unbedingt notwendigen Schritt auf
dem Wege der realen Aneignung des entfremdeten Reichtums durch
dessen Produzenten betrachtet.⁸ Dies aber ist die eigentliche Auf-
gabe, die mit der sozialistischen Revolution erst beginnt: »Das »Pri-
vateigentum« in das Eigentum der »ganzen Gesellschaft« verwandeln
– das bedeutet, es in das reale Eigentum *jeder Individuums, jedes Mit-
glieds* der Gesellschaft zu verwandeln ...«⁹

5 MEW, Bd. 40, S. 508.

6 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationa-
len Arbeiterassoziation. In: MEW, Bd. 17, S. 342, 343.

7 Э. В. Ильенков: В: Вопросы философии, 1988, № 10, с. 105.

8 Siehe: MEW, Bd. 20, S. 261–264.

9 Ebenda. S. 106. – Siehe Hartwig Schmidt in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Fried-

Sozialistische Persönlichkeitsentwicklung steht so ganz im Mittelpunkt der Entwicklung des sozialistischen Eigentums, ist deren wichtigstes Resultat und wesentlichste Voraussetzung. Dies ist deshalb so, weil sozialistisches Eigentum der lebendige Prozeß des Zueigen-Machens des erzeugten gesellschaftlichen Reichtums, ja seiner Erzeugung selbst durch seine Produzenten ist. Die Totalität dieses Prozesses umfaßt die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse genauso wie der sozialen, politischen und geistigen Mächte. Diese Entwicklung muß sich in umfassender Persönlichkeitsentwicklung niederschlagen und durch diese vermitteln. Insofern ist die Reife menschlicher Persönlichkeit, die die Werktätigen im Sozialismus ausbilden, reales Maß der Entwicklung des sozialistischen Eigentums und elementare Voraussetzung seines weiteren Fortschritts. Dies muß theoretisch widerspiegelt werden bei der »Vollendung des Umdenkens von einer entfremdeten Ökonomieauffassung der kapitalistischen Produktion, in der die Ökonomie als nur in äußerlicher Nützlichkeitsbeziehung zum Menschen stehend erscheint, zu einer Ökonomieauffassung sozialistischer Produktion, in der das soziale Wesen des gesellschaftlichen Menschen sich selbst verwirklicht«. ¹⁰

Individuelles Eigentum auf der Grundlage höchster Vergesellschaftung, individuelle Aneignung vermittelt durch kollektive und gesellschaftliche Formen des Besitzes an den gemeinschaftlichen Produktionsbedingungen, individuelle Freiheit, deren Bedingung bewusste gesellschaftliche Beherrschung des Produktionsprozesses ist – mit diesen Worten könnte man wesentliche Eckpfeiler des Marxschen Sozialismus-/Kommunismusverständnisses kennzeichnen.

Individuelles Eigentum auf der Grundlage gesellschaftlichen Besitzes, auf der Grundlage der Gemeinschaftlichkeit der Produktionsbedingungen, erscheint nur dann paradox, wenn man Eigentum im Geiste des Privateigentums versteht. Wer Eigentum in der ausschließlichen Verfügung eines Subjekts über alles sieht, wer Eigentum daran mißt, daß man dadurch etwas »hat«, weil andere es nicht »haben«, wer im Ausschluß anderer von der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums die Bedingung der eigenen Aneignung sucht, für den ist die Marxsche Sozialismuskonzeption völlig unverständ-

rich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1982, Heft 6.

10 Hans Wagner: Politische Ökonomie und die »entfremdete Arbeit« in den »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten aus dem Jahre 1844«. In: Zum Inhalt und zur Funktion des Entfremdungsbegriffs bei Karl Marx. In: Thematische Information und Dokumentation, Reihe B, Heft 50, Berlin 1985, S. 77.

lich: Wie sollen denn Individuum und Gesellschaft zugleich sich ein und dieselben Produktionsbedingungen als Eigentümer bzw. Besitzer zu eigen machen? Schon Eugen Dühring kapitulierte vor dieser Frage und schrieb: »Herr Marx bleibt... in der Nebelwelt seines zugleich individuellen und gesellschaftlichen Eigentums und überläßt es seinen Adepten, sich das tiefsinnige dialektische Rätsel selber zu lösen.«¹¹

Wenn Engels auf die Polemik Dührings das von Marx gestellte theoretische Problem dadurch auflöst, daß er jeweils das gesellschaftliche Eigentum auf die Produktionsmittel und das individuelle Eigentum auf die Konsumtionsmittel bezieht, dann hat er dadurch zwar eine eindeutige und getrennte Zuordnung von Eigentumssubjekten und Eigentumsobjekten erreicht, zugleich aber den real zu lösenden Widerspruch zunächst konzeptionell beseitigt – das Problem, individuelle und gesellschaftliche Aneignung *in der Produktion selbst* zu verbinden. Die Aneignung der Objekte in der Distribution ist aber davon abgeleitet. Wenn Engels an anderer Stelle des gleichen Werkes formuliert: »einerseits direkt gesellschaftliche Aneignung als Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der Produktion, andererseits direkt individuelle Aneignung als Lebens- und Genußmittel«¹², dann ist damit ein tieferer Zugang zum Marxschen Gedanken gegeben als der, einfach Produktions- und Konsumtionsmittel je Gesellschaft oder Individuen zuzuweisen.¹³ Das entscheidende ist, daß die Produktion des menschlichen Lebens selbst in allen seinen Formen, der materielle, soziale, politische und geistige Lebensprozeß, und vor allem natürlich die produktive Arbeit, »statt Mittel der Knechtung, Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden«¹⁴.

Wenn aber die Produktion selber sich in ein »Lebens- und Genuß-

11 Zit. in: Friedrich Engels: »Anti-Dühring«. In: MEW, Bd. 20, S. 121.

12 Ebenda, S. 261.

13 Es gilt ja auch, daß einerseits wesentliche »Konsumtionsmittel« in gesellschaftlichen Fonds zusammengefaßt sind. Andererseits ist Konsumtion heute mehr noch als vor hundert Jahren immer auch Zuendeführung von Produktion. Oftmals wird die gesamte individuelle häusliche Produktion wie Kochen, Waschen, eine Vielzahl von Reparaturen aus dem Gesichtsfeld verloren. Real ist aber in einer normalen Familie zur Reproduktion der familiären Lebensbedingungen ein Arbeitsaufwand von noch einmal über 40 Stunden in der Woche notwendig. Da aber Frauen international 2,5 bis 3 Stunden täglich mehr Zeit als Männer für den Haushalt aufwenden, ist diese »Blindheit« gegenüber der häuslichen Produktion offensichtlich auch patriarchalischen Denkmustern geschuldet.

14 Friedrich Engels: »Anti-Dühring«. In: MEW, Bd. 20, S. 274.

mittel« verwandeln soll, dann reicht dafür die einfache Aneignung der Konsumtionsmittel durch die Individuen nicht aus. Der Produktionsprozeß selbst in seiner Komplexität muß direkt zum Prozeß der Erzeugung des individuellen Lebens werden. Die objektiven Bedingungen der Produktion sind in individuell eigene Lebensbedingungen zu verwandeln. Wenn Marx darauf verweist, daß das Kapital individuelles Privateigentum in kapitalistisches Privateigentum verwandelt – in Privateigentum an gesellschaftlichen Produktionsbedingungen –, dann basiert dies auf der Umwandlung des kleinen Handwerksbetriebs in die Fabrik. Eine Wiederherstellung von individuellem Eigentum verlangt nun eine solche Veränderung der gesellschaftlichen Produktion, daß sich die Individuen zu zentralen Subjekten der nun gesellschaftlich gewordenen Produktivkräfte entwickeln.¹⁵

Nicht das egoistische Haben, sondern die tätige Veränderung und Aneignung der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen kennzeichnet das Wesen des neuen Eigentums. Weder Faulpelz noch Eremit können im Kommunismus reiche Individuen werden. »Die Errungenschaften der historischen Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten sind dem Menschen nicht einfach in den diese verkörpernden objektiven Erscheinungen der materiellen und geistigen Kultur gegeben«, schrieb Alexej Leontjew, »sondern in ihnen nur aufgegeben. Um sich diese Errungenschaften anzueignen, um sie zu eigenen Fähigkeiten zu machen, zu ›Organen seiner Individualität‹, muß... der Mensch zu den Erscheinungen der Umwelt in Beziehung treten durch andere Menschen, ...in Verkehr mit ihnen.«¹⁶

Der Grundgedanke des Werdens der Individuen zu Eigentümern und der Gesellschaft zum Besitzer der vergesellschafteten Produktionsbedingungen besteht darin, daß einerseits die gesellschaftliche Entwicklung der Individuen zum höchsten Zweck der Produktion wird und dazu vor allem die Formen der gesellschaftlichen Planung, Leitung und Kontrolle, des kollektiven und gesamtgesellschaftlichen Besitzes angewandt werden. Deshalb müssen im Maße des sozialistischen Fortschritts auf der Grundlage der Erzeugung der dazu notwendigen Produktivkräfte immer neue Schritte getan werden, die Individuen selbst tatsächlich in die entscheidenden Eigentümer zu verwandeln und dem die Gesamtheit der gesellschaftlichen Besitzformen unterzuordnen. *Die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums als*

15 Siehe S. 64 ff. vorliegenden Buches.

16 A. H. Леонтьев в: Наука и человечество, т. 2, Москва 1963, с. 71.

Reichtum individueller Entwicklung macht die Fortschrittsachse des sozialistischen Eigentums aus. Jede andere Form der Aneignung, kollektive, betriebliche, territoriale, gesamtgesellschaftliche, nationale wie internationale, sind immer mehr in Aneignungsweisen umzuwandeln, die der individuellen Aneignung und der auf ihr gegründeten individuellen Entwicklung eines jeden so untergeordnet sind, daß dies zugleich solidarischen Fortschritt aller hervorbringt.

Das Marxsche Verständnis des sozialistischen/kommunistischen Eigentums zielt also auf die ständige Lösung und Neusetzung des Widerspruchs von individueller und gesellschaftlicher Aneignung, von individuellem Eigentum und davon abgeleiteten gesellschaftlichen Formen des Besitzes an den gemeinschaftlichen Produktionsbedingungen. Damit kann die im zweiten Abschnitt dargelegte Grundwidersprüchlichkeit moderner Produktivkräfte immer von neuem eine adäquate Bewegungsform erhalten. Humanismus und Rationalität, freie Individualität und höchste Vergesellschaftung finden darin ein sie begründendes und hervorbringendes Eigentumsverhältnis. Der kleinbürgerliche Humanismus vieler Sozialisten des 19. Jahrhunderts erfährt hier seine theoretische Auflösung in der politökonomisch fundierten Wechselseitigkeit von freier Entwicklung eines jeden und zugleich aller.¹⁷

Sozialistisches Eigentum – seine Einheit und die Mannigfaltigkeit seiner Subjekte

Wenn dem sozialistischen Eigentum die historische Tendenz inneohnt, jedes einzelne Individuum in Eigentümer, in primäre Subjekte der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums zu verwandeln, dann wirft dies die Frage nach der Einheit dieses Eigentums und nach seiner inneren Widersprüchlichkeit mit neuer Schärfe auf. Eigentlich in allen sozialistischen Ländern war nach der politischen

17 Damit hebt Marx auch Positionen wie die folgende von Ferdinand Lassalle wissenschaftlich auf. Dieser schrieb: Es sei ein Hohn, »daß sich im Kapitalismus das Kapital als *Individualität* beherrschen will in einem Weltzustand, der von vornherein auf der Entindividualisierung alles Eigentums beruht«. »Das Eigentum ist Fremdthum geworden...« »Was also der Sozialismus will, ist nicht das Eigentum aufheben, sondern im Gegentheil individuelles Eigentum, auf die Arbeit gegründetes Eigentum erst einführen.« (Ferdinand Lassalle: Reden und Schriften, Neue Gesamtausgabe, 3. Band, Berlin 1893, S. 217, 218.)

bestimmtem Maße *erfüllen*, weil er ihren Zweck als seinen eigenen Zweck weiß«. ¹¹⁰

Weil der einzelne im Sozialismus in höherem Maße als in vorhergehenden Gesellschaften seinen Platz im gesellschaftlichen System der Arbeitsteilung bestimmen kann, verlangt das Fähigkeits-/Leistungsprinzip aber nicht nur die Anerkennung über den Lohn. Es schließt auch ein, daß ein Wissenschaftler ohne ausreichende schöpferische Leistungen, ein Leiter ohne Vermögen und/oder Willen, Menschen auf sozialistische Weise erfolgreich zu leiten, ein Arbeiter an einem interessanten und gut bezahlten Arbeitsplatz, der keine ordentliche Arbeit leistet und die Möglichkeiten dieses Arbeitsplatzes nicht im gesellschaftlich notwendigen Maße ausschöpft, diese »privilegierten« Plätze nicht behalten können. *Soziale Sicherheit ist Sicherheit im und nicht unabhängig vom Prinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung!«.*

Wenn die Progressivität einer Gesellschaftsordnung in bedeutendem Maße darin zu suchen ist, »inwieweit die ihr eigenen Weisen der Befriedigung der Bedürfnisse der unmittelbaren Produzenten bei ihnen eine Interessiertheit an der Entwicklung der Produktion hervorbringen« ¹¹¹, dann verkörpert das sozialistische Fähigkeits-/Leistungsprinzip in seiner konsequenten Durchsetzungsform eine allen bisherigen Gesellschaftsordnungen überlegene Triebkraft. Es bezieht in direkt sich wechselseitig hervorbringender und antreibender Weise individuelle, kollektive und gesamtgesellschaftliche Entwicklung aufeinander und entfaltet die verschiedenen Subjekte des Produktivkraftfortschritts als Eigentümer der gemeinschaftlichen Produktionsbedingungen. Daraus resultiert aber auch die besondere Bedeutung der konsequenten Durchsetzung dieses Grundprinzips, die notwendige Unduldsamkeit und hohe Empfindlichkeit gegenüber seiner Verletzung.

Mit der Einschätzung der Arbeitsleistung wird im Sozialismus der wesentlichste Beitrag der Individuen und Kollektive zur gesellschaftlichen Entwicklung bewertet. Je mehr die Werktätigen gerade durch Entfaltung ihrer Individualität Leistung erbringen (so insbesondere in der Bildung, Wissenschaft, Leitungsarbeit, Kunst u. a.), um so mehr ist die Bewertung der Arbeitsleistung direkt Bewertung

110 Hartwig Schmidt: Sinnstiftender Wert und Arbeitsleistung. In: DZiPh, 1983, Heft 9, S. 1086.

111 Е. И. Обломская: Интересы и стимулы при социализме. В: Оплата труда при социализме: вопросы теории и практики, Москва 1974, с. 36.

der Persönlichkeit. Im Maße der Umwandlung der Arbeit in schöpferische verantwortungsvolle Tätigkeit tritt die konkrete, persönlichkeitsbezogene und demokratische Leistungsanalyse und -bewertung in den Vordergrund.

Die mit der Verteilung von Geld, Sachwerten, »Positionen« und schöpferischen Entwicklungsmöglichkeiten im gesellschaftlichen System der Arbeitsteilung verbundene Anerkennung von Fähigkeiten und Leistung muß das Maß des Beitrages des einzelnen und des Kollektivs zur Entwicklung aller ausdrücken. E. I. Lawrow forderte mit Recht: »Das Geld im Sozialismus soll ›riechen! Der Kauf von gesellschaftlichen Produkten für Geld soll die Teilnahme seines Besitzers an der gemeinschaftlichen Arbeit aufdecken, und das Maß der Produkte, das für dieses Geld angeschafft wurde, soll voll und ganz durch das Maß der Arbeit bestimmt werden...«¹¹² Wie wir noch sehen werden, verlangt dies ein ganzes Ensemble von rechtlichen, politischen und öffentlichen Formen der Austragung der Widersprüche der sozialistischen Eigentümer, da sich ansonsten ganz andere Distributionsprinzipien als das nach Fähigkeiten und Leistungen entfalten und die Verhältnisse der Eigentümer tiefgreifend deformieren können.

Recht, Demokratie und Öffentlichkeit – juristische, politische und geistige Formen der Freisetzung der Triebkräfte des sozialistischen Eigentums

Der Sozialismus ist mehr als jede andere Ordnung vor ihm auf die Entfaltung jener gesellschaftlichen Verhältnisse angewiesen, die Marx zum Überbau zählt. Die aus den sich reproduzierenden Widersprüchen sozialistischer Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte immer neu hervorwachsenden Vergesellschaftungskonflikte der mannigfaltigen Eigentümer bedürfen eines ganzen Systems der juristischen, politischen und geistigen Formen, »worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten«¹¹³. Die Beseitigung der Zwangskräfte eines spontanen Marktes, der extremen sozialen Unsicherheit der Arbeiter, der verschiedensten Formen, in denen

112 E. И. Лавров: Исходная категория и основной экономический закон социализма, Москва 1974, з. 103.

113 Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort. In: MEW, Bd. 3, S. 9.

die Werktätigen dem Kapital direkt ausgeliefert sind, stellt völlig neue Anforderungen an die bewußte Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Basis eines breiten Konsenses der widersprüchlichen gesellschaftlichen Kräfte. *Die heutige Entwicklung einer Mannigfaltigkeit von Produktivkraftsubjekten als sozialistische Eigentümer des gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Reichtums rückt die Frage in den Mittelpunkt, durch welche Prozesse die Interessen dieser verschiedenen Eigentümer in einer Weise bewußt gemacht und ausgefochten werden, daß dadurch das Höchstmaß an Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Individuen und Kollektive mit der notwendigen Solidarität der freien Entwicklung Allers verbunden wird.*

Die schrittweise Unterordnung des Produktionsprozesses unter die freie Entwicklung der Produzenten, ihre Verwandlung in reale Eigentümer ist notwendig rechtlich, politisch und geistig vermittelt. Den Kern dieses Prozesses *realer Vergesellschaftung* sieht Adolf Bauer »a) in der *gesamtgemeinschaftlichen* Leitung und Planung der Produktions- und Reproduktionsprozesse im *Interesse*, zum *Nutzen* und immer mehr auch *durch* die Werktätigen selbst, b) in den verschiedenen Formen der *sozialen Kontrolle* der Produktion und c) in der zunehmenden *bewußten Organisation* des gesellschaftlichen Lebensprozesses, in deren Zentrum die Koordination konvergierender Interessen und die produktive Austragung divergierender Interessen steht.¹¹⁴

Es hat ganze Epochen der Entwicklung des Sozialismus gegeben, in der diese Fragen sehr einfach lösbar schienen. Man charakterisierte den Sozialismus durch strikte Gegenübersetzungen: Unmittelbare Identität von Arbeit für den eigenen sozialistischen Staat und damit für sich selbst kontra kapitalistische Lohnarbeit; gesellschaftliche Beherrschung der Produktion durch einen direktiven zentralen Plan, der möglichst alles erfaßt, kontra spontaner Markt; der Wille der herrschenden Arbeiterklasse kontra bürgerliches Recht; die Diktatur des Proletariats kontra bürgerliche Demokratie als Herrschaftsform der Monpole; Hineintragen der sozialistischen Ideologie kontra Spontaneität. Die Konzentration aller ökonomischen, politischen

114 Adolf Bauer: Vergesellschaftung, Automatisierung und menschliche Entwicklung. In: DZfPh, 1988, Heft 4, S. 290. Ob die Unterscheidung von konvergierenden und divergierenden Interessen als Grundunterscheidung sinnvoll ist, soll hier bezweifelt werden. M. E. sind die wesentlichen Interessen verschiedener Subjekte im Sozialismus stets widersprüchlich und bedürfen deshalb immer einer solchen Austragung, daß sie im Resultat mit dem Ziel der realen Entwicklung beider Seiten koordiniert werden können. Das Maß, in dem dies gelingt, entscheidet darüber, ob die reale Wirkungsweise der Interessen konvergiert oder divergiert.

und geistigen Kräfte der Gesellschaft in den Händen des Staates schien für einen bestimmten Zeitraum das Hauptmittel gesellschaftlichen Fortschritts zu sein.¹¹⁵

Leo Trotzki drückte in der ihm eigenen Zuspitzung eine unter den Bedingungen des Kriegskommunismus, aber auch in den dreißiger Jahren und später weit verbreitete und auch längere Zeit durchgesetzte Auffassung aus, als er die Rechtsform des Arbeitsverhältnisses sozialistischer Werktätiger ablehnte und ihre Beseitigung als Fortschritt begrüßte: Man müsse sich »ein für alle mal klarmachen, daß das Prinzip der Arbeitspflicht ebenso radikal und unwiederbringlich das Prinzip der freien Anstellung ersetzt hat, wie die Sozialisierung der Produktionsmittel an die Stelle des kapitalistischen Eigentums getreten ist.«¹¹⁶ Es ist bemerkenswert, wie hier »Sozialisierung«, sprich Vergesellschaftung, mit Verstaatlichung gleichgesetzt wird: »Der Arbeiterstaat hält sich für berechtigt, jeden Arbeiter auf den Platz zu stellen, wo seine Arbeit notwendig ist.«¹¹⁷

Die Logik dieser Auffassungen ist genauso einfach wie vereinfacht: Da der sozialistische Staat die Interessen der Arbeiterklasse und damit aller anderen werktätigen Klassen und Schichten vertrete, hätten die juristischen, politischen und geistigen Formen nur eine Funktion – die Sicherung der *Unterordnung* aller gesellschaftlichen Kräfte unter diese Macht. Das Glück sollte von oben verordnet werden. Es wird weder gefragt, wie gesichert werden kann, daß der sozialistische Staat wirklich nur ein *Mittel* der Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Interessen ist und bleibt¹¹⁸, noch wird darüber nachgedacht, ob nicht andere Interessen genauso ein Recht auf positive gesellschaftliche Vertretung haben wie die der Gesamtgesellschaft. Man darf ja nie vergessen, daß Staat »eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen«¹¹⁹ ist. Er ist immer dort

115 Zur historischen Einordnung solcher Vorstellungen siehe S. 12 ff. dieses Buches.

116 Leo Trotzki: Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky, Hamburg 1921, S. 113.

117 Ebenda, S. 118.

118 Es ist übrigens bemerkenswert, daß auch Marx gegenüber diesem Problem mit einer ihm sonst nicht eigenen Sorglosigkeit reagierte. Auf Bakunins These, eine zukünftige sozialistische Regierung könne nur aus *gewesenen* Arbeitern bestehen, da sie mit der Übernahme der Regierung aufhörten, Arbeiter zu sein, antwortet Marx in einem Konspekt mit der Nebenbemerkung: Dies sei nicht der Fall, »sowenig, wie ein Fabrikant heute dadurch aufhört Kapitalist zu sein, daß er Gemeinderat wird«. (Karl Marx: [Konspekt von Bakunins Buch »Staatlichkeit und Anarchie«]. In: MEW, Bd. 18, S. 653.) Nun konnte Marx ja eigentlich nicht ernsthaft die sozialistische Gesellschaft als »Dorfgemeinschaft« unter Leitung eines Gemeinderats denken, dessen Mitglieder dort »nebenamtlich« wirken.

119 W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: Werke, Bd. 25, S. 486.

notwendig, wo es zu einer solchen Verselbständigung der allgemeinen Interessen, der allgemeinen »Angelegenheiten« kommt, die die Unterordnung der besonderen Interessen, der persönlichen und kollektiven Angelegenheiten erfordert.¹²⁰

Wie verändert sich aber das Verständnis von Recht, Demokratie und Öffentlichkeit im Sozialismus, wenn an die Stelle der Unterordnung jeder gesellschaftlichen Kraft unter den Staat die koordinierte solidarische Entfaltung der Triebkräfte einer realen Mannigfaltigkeit von Subjekten der Produktivkraftentwicklung und des sozialistischen Eigentums in das Zentrum rückt? Diese Frage läßt sich noch weiter zuspitzen: *Wenn letztlich die Individuen zu den entscheidenden Subjekten gesellschaftlichen Fortschritts werden müssen, dann erhalten Recht, Demokratie und Öffentlichkeit im Sozialismus keinen geringeren, sondern einen ungleich höheren Stellenwert als im Kapitalismus.* Sie sind in das Zentrum von Sozialismuskonzeptionen gerückt¹²¹ und haben einen bedeutenden Platz in strategischen Dokumenten von Kommunisten erhalten.¹²²

Wenn wir davon ausgehen, daß das sozialistische Eigentum durch das solidarische Wechselverhältnis von individueller, kollektiver und gesamtgesellschaftlicher Aneignung erzeugt und reproduziert wird, dann gilt auch: Der Widerspruch zwischen individuellem, kollektivem und gesamtgesellschaftlichem Lebensprozeß ist nicht nur nicht aufhebbar, sondern stellt den produktiv zu entfaltenden Wesenswiderspruch unserer Gesellschaft überhaupt dar. Es wäre eine romantisch verklärende und praktisch gefährliche Sicht, würde man die Zurücknahme des abstrakten Staatsbürgers in den wirklichen individuellen Menschen¹²³ so verstehen, als ob dies mit der Zurücknahme der entfalteten gesellschaftlichen Kräfte in die Individuen, die diese hervorbringen, identisch wäre. Es ist in Wirklichkeit gerade deren volle Entfaltung, auf die es ankommt, aber eine Entfaltung als Kräfte und Formen, die der freien Entwicklung

120 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3, S. 33.

121 Siehe: К новому облику социализма. В: коммунист, 1989, № 13.

122 Siehe unter anderem: XIX. Unionsparteikonferenz der KPdSU. Über den Verlauf der Realisierung der Beschlüsse des XXVII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben bei der Vertiefung der Umgestaltung. Bericht des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, auf der XIX. Unionsparteikonferenz, 28. Juni 1988, Berlin 1988. – XIX. Unionsparteikonferenz der KPdSU. Michail Gorbatschow. Diskussionsrede, Schlußwort, Entschließungen. Über die Offenheit, Berlin 1988, S. 66 ff. – Auf dem Wege des Sozialismus chinesischer Prägung vorwärts – XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. 25. Oktober bis 1. November 1987. Bericht des Zentralkomitees der KP Chinas an den XIII. Parteitag, S. 45 ff., 59 ff.

123 Siehe Karl Marx: Zur Judenfrage. In: MEW, Bd. 1, S. 370.

jedes einzelnen untergeordnet sind und dazu gesamtgesellschaftlich reguliert werden.

Da es keine einfache Identität der gesellschaftlichen Lebensprozesse von Individuen, Kollektiven und Gesamtgesellschaft gibt und folglich auch keine vorausgesetzte Interessenübereinstimmung, müssen alle diese Prozesse in ihrer Unterschiedenheit *und* in ihrer Wechselbezogenheit bewußt beherrscht werden. Die heute erreichte Differenzierung der individuellen und kollektiven Interessen und Wertorientierungen schließt es, so Hartwig Schmidt, mehr und mehr aus, »daß eine breite Übereinstimmung hinsichtlich der Ziele so selbstverständlich entsteht wie einst«¹²⁴. Die notwendig zusammenstoßenden Interessen und Auffassungen sind demokratisch und öffentlich auszutragen und zum Konsens eines einheitlichen Willens zu führen, der rechtlich, staatlich und ideologisch durchgesetzt wird. *Recht, Demokratie und Öffentlichkeit sind die inneren Formen des Bewußtwerdens und Austragens der Widersprüche des sozialistischen Eigentums.*

Recht

Die heutige und mehr noch die perspektivische Entwicklung der Verhältnisse der ganzen Komplexität sozialistischer Eigentümer ist untrennbar mit der Stärkung ihrer Stellung als Subjekte der juristischen Verhältnisse verbunden. Die Hauptfunktion der Entwicklung des Rechts besteht gerade darin, »der Persönlichkeit, den Werktätigen und ihren Organisationen die breitesten Rechte und Freiheiten«¹²⁵ zu eröffnen und diese mit den Notwendigkeiten der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und ihrer Dynamik zu koordinieren. Das hohe Maß der Sicherung der existentiellen sozialen Grundrechte der Menschen in einer Reihe von sozialistischen Ländern (Recht auf Arbeit, Recht auf gesicherte Befriedigung der Grundbedürfnisse wie Essen, Kleidung, Wohnung u. a.) ist die Voraussetzung für die volle Entfaltung aller persönlichen und kollektiven Freiheitsrechte auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und geistigem Gebiet. Umgekehrt verlangt die weitere Sicherung der Befriedigung dieser Grundbedürfnisse und die darauf aufbauende Entfaltung der produktiven

124 Hartwig Schmidt in: Mensch-Technik-Beziehung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sozialismus. In: DZfPh, 1988, Heft 10, S. 942.

125 Л. С. Явич: Общая теория права, Ленинград 1976, с. 124.

6

Michael Brie
Epoche des Wandels -
Wandel philosophischen Denkens

1. Nichts ist heute so gewiß wie unsere Ungewißheit

Dieser Aphorismus ist in der Gegenwart zu bitterem Ernst geworden. Für eine Generation wie die meine, deren Geburtsjahre nach 1950 und vor 1955 liegen, gilt der Satz, dass Hochmut zu Fall kommen muß - der Hochmut der Überzeugung und der Hochmut des Wissens: Unsere sozialen Erfahrungen als Jugendliche waren widersprüchlich: Im Westen entsteht auf der Basis einer von Konsum gesättigten Gesellschaft mit dem Rock und Beat eine neue Jugendkultur und zugleich vermittelt die bei uns sich ausweitende Singebewegung wesentliche eigene solidarische Erfahrungen politisch motivierten kulturellen Lebens. Noch schien der Aufbruch in ein Anderes gegenüber dem Westen lebbar. In Vietnam wird der imperialistischen Supermacht ein militärisches Patt und eine menschliche Niederlage bereitet und in der Tschechoslowakei wird 1968 mit Panzern der sozialistischen Supermacht und von Verbündeten eine Bewegung zerschlagen, die einen demokratischen und humanen Sozialismus fordert, aber die Stabilität des Übergangs zu einem neuen Sozialismus nicht zu sicher vermag in dieser Situation. Demokratie im Sozialismus wird plötzlich für uns zum Problem. Prager Frühling und französischer Sommer fragen nach dem Sinn und nach der Einlösbarkeit unserer Ideale. Noch aber schienen uns zumeist und trotz alledem die Fronten klar, noch war die Welt heilbar und die Identität von erlerntem sozialistischem Ideal und »realem Sozialismus« möglich. Ich weiß nicht, ob wir zu den letzten gehörten, die ungebrochen zwischen Ideal und Wirklichkeit eine Einheit herzustellen suchten. Wir wussten uns noch im ehrlichen Bewusstsein der »wahren Lehre«. Trotz alledem. Und es schien möglich zu sein, die Spannung der Idee mit den »Unvollkommenheiten« ihrer Realisierung doch noch zu lösen.

Aber es kam anders: Der Beginn der siebziger Jahre machte deutlich: In den sozialistischen Ländern versuchte man, die Ende der sechziger Jahre

aufgebrochenen sozialen und politischen Spannungen einerseits durch Integration von wesentlichen Existenz- und Konsuminteressen der Werktätigen und andererseits durch die systematische Verhinderung jeder breiten demokratischen und öffentlichen Auseinandersetzung zu lösen. Die in der Zeit des administrativen Sozialismus und Kalten Krieges entstandenen politischen, ökonomischen und geistigen Machtstrukturen wurden nicht gewandelt, sondern vervollkommen. Neue Tendenzen werden an alte Strukturen an- und eingepasst, um sie überlebensfähig zu machen. Das sozialistische Fortschrittskonzept wurde in der Praxis endgültig konsumistisch und autoritär verkehrt. Diese »konservative« Wende sicherte noch zehn Jahre relativ stabiler Existenz dieses Sozialismus, bis dann die sich zuspitzende Stagnation, der galoppierende ökonomische Rückstand u. a. in den meisten sozialistischen Ländern die materielle und geistige Substanz einer solchen Politik aufgeessen hatte. Die realsozialistische, zentraladministrierte Verwaltungswirtschaft scheiterte im Angesicht einer jetzt durchbrechenden wissenschaftlich-technischen Revolution an Innovationsdefiziten und mangelnder Effektivität. Das Defizit an Demokratie und Realisierung wesentlicher individueller Menschenrechte wurde zum gesellschaftlichen Grundproblem.

Auch die Politik der »Weltrevolution« versandete. Chile, Angola, Mozambique, Äthiopien, Jemen und andere – wo blieb der sozialistische Fortschritt? Selbst in der Friedenspolitik konnte der Rückfall in einen beginnenden zweiten Kalten Krieg bis 1985 nicht gestoppt werden.

Dazu der Erfolg des Westens bei der Überwindung der Krise 1974/75 auf der Basis einer Explosion der Innovationen des mikroelektronischen Zeitalters, der Hightech-Revolution sowie die im wesentlichen unerschütterte Stabilität ihrer kapitalorientierten Entwicklung. Vor diesem Hintergrund wird der wissenschaftlich-technische Rückstand schmerzhaft sichtbar und drängt in den Alltag der Menschen – Autos, Video, Kabelnetze, Computer sind zu Symbolen eines fast hoffnungslosen Hinterherkrauchens in der Lebensweise geworden. Der Kursverfall der DDR-Mark auf dem Schwarzmarkt in den letzten 20 Jahren gibt ein Zeugnis davon ab.

Am Horizont unseres Denkens begannen sich die globalen Probleme abzuzeichnen. Noch einmal musste der kommunistische Hochmut versuchen, die eigene Gesellschaft frei von Verantwortung zu sprechen und einen Automatismus von diesem Sozialismus und Lösung der Menschheitsprobleme konstruieren. Und noch einmal scheiterte er. Heute wissen wir, dass von ihm nicht nur nicht automatisch Frieden, Umwelterhaltung und Entwicklung der Dritten Welt ausgehen, sondern dass er historisch sogar

auf wesentlichen Gebieten auch starke negative Ausstrahlung besessen hat.

Waren die siebziger Jahre Jahre der Schweben, wachsender innerer Verunsicherung, stets drängenderen Fragens, so haben die achtziger Jahre sich als Jahrzehnt der Wahrheit erwiesen. Was immer wir auch nicht wissen, wir wissen, dass der König heute nackt ist. Nach zwanzig Jahren ist uns nun der kommunistische Hochmut ausgetrieben worden. Weder leben wir in der besten der möglichen Welten, noch wissen wir per Dogma apriori alles besser, noch haben wir mit solchen Thesen wie Diktatur des Proletariats, Volkseigentum und führender Rolle der Partei die Rezepte des Erfolgs in der Tasche. Mehr noch: man versteht diese Worte kaum noch. Sie haben ihre Sinnevidenz verloren. Auch die Perestroika hat sich nicht als der Zauberschlüssel erwiesen, der nun endlich mit letzter Weisheit den Sozialismus wie einen Phönix aus der Asche der Stagnation emporstürmen lässt. Die qualvolle Selbstveränderung des administrativen Sozialismus hat gerade erst begonnen. Erwuchs die Perestroika aus der Krise der Stagnation, so ist sie selbst jetzt in die Krise gekommen. Der gute Wille beißt auf das harte Brot der Interessen. Die Zeit ist aus den Fugen.

Die achtziger Jahre waren für uns eine Zeit wachsenden Zweifels, immer drängenderer Befragung immer tieferer Grundlagen unseres geistigen Seins, eine Zeit zaghafter Versuche, eine neue eigene Identität zu finden. Heute wissen wir, dass wir nichts wissen. Wir haben die Bilder an der Mauer unserer Höhle als Schatten erkannt. Die Zeit ist gekommen, um zu philosophieren. Philosophieren – ein vielgeschmähtes Geschäft wird erneut gebraucht. Sie, die die Philosophie studieren, werden gebraucht. Formen des philosophischen Selbstbewusstseins des Wandels der Epoche, unserer Gesellschaft und unser selbst müssen hervorgebracht werden.

Der Ausgangspunkt heutigen Philosophierens ist der Zweifel, ist die Skepsis. Montaigne trifft in das Herz unserer geistigen Situation, als er schrieb: »Die Menschen werden von den Meinungen gequält, die sie von den Dingen hegen, und nicht von den Dingen selbst. Man hätte schon einen großen Schritt zur Erleichterung des menschlichen Elends getan, wenn man diesen wahren Gedanken durchgängig und allenthalben Eingang verschaffen könnte.« (Montaigne: Essays. Leipzig 1933, S. 5) Unsere allererste Aufgabe ist die unvoreingenommenste, d. h. skeptischste Prüfung aller Ideologeme, d. h. unserer gesamten Philosophie, die ja durch und durch ideologisch formiert und deformiert ist. Wir alle machen die Erfahrung Ortega y Gasset durch: »Wer eine neue wissenschaftliche Wahrheit aufdecken will, der muß erst einmal fast allem entsagen, was

er gelernt hat; seine Hände sind voller Blut – er hat viele Allgemeinplätze totgeschlagen.« (WF 4/89/140)

2. Grunderfahrung unseres Zeitalters: der enthemmte Fortschritt sachlicher Reichtumsproduktion führt in die Katastrophe: auf diesem Wege gibt es weder ein Vorwärts noch ein Zurück

Aus dem Zweiten Weltkrieg kam die Menschheit verwandelt hervor. Im Kapitalismus stabilisierte sich eine staatsregulierte, dem allgemeinen Wohlstand verpflichtete, auf sozialen Kompromissen der Teilhabe am Konsum basierende oligopolistische Marktgesellschaft. Der Attribute könnten es noch mehr sein. Für den hochentwickelten Kapitalismus der Sechziger gilt mehr oder minder: Durchaus autoritäre Herrschaft wurde mit demokratischen Institutionen, Staatsregulierung in Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft mit Markt und oligopolistischer Konkurrenz, Subsumtion der Arbeit unter das Kapital mit sozialer Teilhabe am Konsum, bornierte Herrschaft der Ideologeme des Antikommunismus und der »liberalen Marktwirtschaft« mit wesentlichen Bedingungen der Freiheit wissenschaftlicher Forschung, Analyse und Kritik, allesdurchdringende Macht der Massenmedien mit Öffentlichkeit verbunden. Eine Gesellschaft ohne wirkliche Opposition, eindimensional sie selbst und ihre Menschen. Und doch und gerade deshalb so hemmungslos fortschreitend. Der saturierte Kapitalismus, der perfekte Wohlstand durch und für jeden.

Eine der wohl scharfsinnigsten und erbarmungslosesten Kritiken dieser Gesellschaft stammt von Herbert Marcuse, ist dargelegt in seinem 1964 erschienenen Buch »Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft«. Es war dies die Zeit der höchsten Blüte des american way of life. 20 Jahre Prosperität und kein Ende abzusehen. Die nach der Krise von 1928 bis 33 geschaffenen Entwicklungsformen des amerikanischen Hoch- und Spätkapitalismus hatten ihre ganze alles umwälzende Schubkraft voll entfaltet. »Ihre Produktivität und Leistungsfähigkeit, ihr Vermögen, Bequemlichkeiten zu erhöhen und zu verbreiten, Verschwendung in Bedürfnis zu verwandeln und Zerstörung in Aufbau, das Ausmaß, in dem diese Zivilisation die Objektwelt in eine Verlängerung von Geist und Körper überführt, macht selbst den Begriff der Entfremdung fragwürdig. Die Menschen erkennen sich in ihren Waren wieder; sie finden ihre Seele in ihrem Auto, ihrem Hi-Fi-Empfänger, ihrem Küchengerät. Der Mechanismus selbst, der das Individuum an seine

Gesellschaft fesselt, hat sich geändert, und die soziale Kontrolle ist in den neuen Bedürfnissen verankert, die sie hervorgebracht hat.« (H. Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Darmstadt und Neuwied 1967. S. 29)

Die sechziger Jahre waren auch die Jahre der höchsten Blüte des »realen Sozialismus«. Hohe Wachstumsraten der Industrialisierung, technologische Erfolge in der Kosmosforschung und einigen anderen Bereichen, stetig steigender Lebensstandard mit westlicher Perspektive, wenn auch stets hinter diesem hinterher – mal hinkend, bald schleichend; noch nicht ganz versiegter revolutionärer Romantismus in engstem Amalgam von autoritärem Charisma und Bürokratie, eine darauf und dem realen Anti-amerikanismus beruhende bedeutungsvolle Ausstrahlung auf die Dritte Welt, dies alles u. a. m. schien diesem System noch eine dynamische, dem Kapitalismus vergleichbare Perspektive zu geben. Und doch häuften sich die Defizite an. Vor allem wurde erkennbar, dass die humane und demokratische Radikalalternative zum Kapitalismus ausgeblieben war. Die maoistische Scheinalternative verkam in einer chinesisch kulturrevolutionären Ausgabe des Kasernenkommunismus. Der Sozialismus geriet unter einen doppelten Druck: Einerseits wurde deutlicher, dass er in einer Reihe von Fragen des WTF, der ökonomischen Effektivität und gesellschaftlichen Dynamik insgesamt in Rückstand zum Kapitalismus geriet. Andererseits hatte die Entstalinisierung zwar die ideologische Symbolik und die schlimmsten staatsterroristischen Auswüchse, aber nicht die antidemokratischen bürokratisierten Grundstrukturen nicht berührt. Eine Welle von Reformen bewegte zwischen 1964 bis 69 die sozialistischen Länder – und scheiterte spätestens im Prager Frühling.

Das Jahr 1960 war das Jahr der Befreiung von der Kolonialherrschaft. Die politische Befreiung von hundert Ländern schien eine neue Welt heranbrechen zu lassen. Die politische Karte der Erde wurde neu geschrieben. Der Aufbruch der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in eine Zukunft von Freiheit, Wohlstand und moderner Entwicklung schien greifbar nahe. Aber auch hier war das Fazit des Jahrzehnts enttäuschend. Die Probleme blieben und neue akkumulierten sich. Aber noch war der Impuls der Entkolonialisierung nicht gebrochen.

Jedes der Systeme und die Völker der Dritten Welt konnten noch ein heiles Bild ihrer Zukunft besitzen und doch zerbrach es schon an den Realitäten. Eine »unheilige« Ernüchterung machte sich breit. Die Nachkriegswelt geriet in die Krise. Sie hat heute schärfste Formen angenommen. Dieser Krise liegt der Widerspruch der heutigen ökonomischen, politischen und geistigen Machtstrukturen, der Vergesellschaftungsformen und -inhalte

einerseits mit der Hightech-Revolution und den hervorgebrachten globalen Problemen andererseits zugrunde, die von der Mikroelektronik ausgehende Revolution der Produktivkräfte, die seit Mitte der siebziger Jahre die Welt in Atem hält. Die Nutzung der atomaren Kräfte und die moderne Rechentechnik von Röhren- und Transistorrechnern waren aus der Kriegsvorbereitung, dem Zweiten Weltkrieg und des Rüstungswettlaufs des Nachkrieges hervorgegangen. Beide Systeme konzentrierten ungeheure Ressourcen in die Rüstungsspirale. Das notwendige Streben der UdSSR nach militärstrategischem Gleichgewicht traf auf den ewigen Impuls der USA zu weiterer Überrüstung. Beide Seiten waren in der Logik ihrer Auseinandersetzung miteinander gefangen und hatten dafür auch starke innenpolitische Gründe. Sie erhielten die so notwendige Legitimation, sich nicht zu wandeln, sich nicht den eigentlichen Fragen der Zeit zuzuwenden. Genau aus diesem Wettlauf entstand auch die Mikroelektronik. Sie wurde für Minute-Man-Raketen entwickelt. Auch die Roboter fanden ihren Ersteinsatz in der amerikanischen Rüstungsindustrie. Bis heute ist die Entwicklung der Computer von den »Bedürfnissen« der Rüstung oder der technologischen Konkurrenz diktiert.

Die wissenschaftlich-technische Revolution stellt – rein abstrakt technologisch betrachtet – den möglichen Lösungsprozeß jener technologischen Widersprüche dar, die auf dem Boden der Großen Industrie entstanden sind, sich im Maße ihrer Entwicklung zuspitzten und heute den produktiven Fortschritt des Gesellschaftsmenschen überhaupt in Frage stellen. Die Große Industrie basiert im wesentlichen auf maschinell ausgeübten Formen der mechanischen Bearbeitung des Arbeitsgegenstandes. Die damit verbundenen historisch realisierten Möglichkeiten einer gigantischen Produktivitätssteigerung stoßen auf zwei entscheidende bedrohliche Grenzen.

Erstens: Der klassischen Maschinerie liegt die Übergabe der Führung des handwerklichen Instruments an eine Maschine zugrunde. »Die Werkzeugmaschine«, so Marx, »ist ... ein Mechanismus, der nach Mitteilung der entsprechenden Bewegung mit seinen Werkzeugen dieselben Operationen verrichtet, welche früher der Arbeiter mit ähnlichen Werkzeugen verrichtete.«² Damit wird der Fertigungsprozeß von seiner Abhängigkeit von der persönlichen Geschicklichkeit des individuellen Arbeiters emanzipiert und kann wesentlich erweitert werden. Es werden Bearbeitungsgeschwindigkeiten und -weisen zugänglich, die vorher nicht denkbar waren. Durch die Übergabe der Führung des Arbeitsinstruments wird der Arbeiter zugleich aber in der Tendenz auf Funktionen der Bedienung (man lese

das Wort genau: es kommt von Dienen!) reduziert, wird zum Anhängsel der Maschinerie, dient dieser mit solchen menschlichen Fähigkeiten wie Beobachtung, Reparatur, Einführung der Arbeitsgegenstände, Wartung und anderen, zu den die Maschine selbst noch nicht fähig ist und – auf der Basis mechanischer Technologien – auch prinzipiell nicht oder nur sehr bedingt fähig sein kann. Als Anhängsel der Maschinerie wird der Arbeiter zu einer »Restgröße«. Sein humanes Potential zur unendlichen schöpferischen Fähigkeits- und Bedürfnisentwicklung wird angesichts der krassen Reduktion auf einfache ausführende Tätigkeiten sichtbar vergeudet. Die einseitige Nutzung der menschlichen Fähigkeiten offenbart die Verschleuderung dieser ihrem Wesen nach unerschöpflichen Ressource des Fortschritts der Produktivkräfte.

Zweitens: Der Übergang von der agrarischen zur industriellen Produktionsweise ist u. a. dadurch gekennzeichnet, dass erstere auf der Aneignung von fertig vorgefundenen und durch künstliche Auslese nur modifizierten Naturprozessen basiert und sich so von ihrem Grundtyp in die Reproduktion der Biosphäre organisch einordnet. Die Große Industrie dagegen entnimmt wesentliche Voraussetzungen, auf die sie angewiesen ist, fertig aus der Natur (Rohstoffe, Energie, Wasser und Luft) und gibt Resultate in die Natur ab, die ihrerseits nur sehr begrenzt zu Ausgangsbedingungen erneuter industrieller Produktion werden können, die aber auch keine Ausgangsstoffe für eine stabile Reproduktion der Biosphäre bilden.

Die mit dem Werden der kapitalistischen Gesellschaft organisch verbundene Große Industrie gleicht tatsächlich einem Parasiten, der ständig von den Säften und Kräften seines Wirts zehrt und diesen rücksichtslos aussaugt. Spätestens seit dem ersten Bericht des »Club of Rome« ist die Marxsche Voraussicht menschheitliches Allgemeingut geworden: »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«³ Und dieser Parasit hat heute ungeheure Ausmaße angenommen und droht, seinen Wirt zu verschlingen und damit zugleich seine eigene Lebensgrundlage – dies trifft auf die Zerstörung der Biosphäre, die Ausplünderung der Rohstoff- und Energieressourcen genauso zu wie auf Arbeitslosigkeit, Zwei-Drittel-Gesellschaft und die drohende Verwandlung der Masse der Erdbevölkerung, die in den Entwicklungsländern lebt, in die Parias, in die von aller Entwicklung Ausgeschlossenen des 21. Jahrhunderts. Die Grenzen der traditionellen maschinellen Großproduktion sind zu existenzbedrohenden Grenzen des Fortschritts geworden und müssen überwunden werden.

Dies ist nur möglich, wenn der unmittelbare Stoff- und Energieumwandlungsprozeß endgültig von den genannten doppelten Grenzen befreit wird. Einerseits muß der Mensch mit seinen mehr oder minder vorgegebenen und relativ konservativen Naturkräften aus diesem Prozeß ausscheiden und andererseits ist der industrielle Prozeß so in sich zu schließen, dass Ausgangs- und Endprodukte in hohem Maße einen Kreislauf bilden. Den Naturprozeß, den der Mensch in einen industriellen umwandelt, schreibt Marx, »schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur«⁴.

Diese Revolution der Produktivkräfte erwächst nun aber aus Triebkräften, die zum einen aus der bisher ungezügelt qualitativen Hochrüstung und zum anderen aus dem zum Selbstzweck gewordenen technologischen Konkurrenzkampf zwischen den drei Hauptzentren des Imperialismus resultieren sowie ihrer Umsetzung in sachlichen Reichtum der Bewohner des einen Drittels der Erde. Einerseits also planetare Produktivkräfte, die in planetaren Auseinandersetzungs- und Wettbewerbsprozessen entstehen und andererseits gesellschaftliche Triebkräfte, gesellschaftliche Verhältnisse, die Ziele und Wege des Handelns erzwingen, die diesem Produktivkrafttyp geradezu anachronistisch inadäquat sind. Entweder können neue Fortschrittsziele und -wege in den globalen, systeminneren und regionalen Verhältnissen wirksam verankert werden oder die Katastrophe ist unvermeidlich.

Der Atomphysiker Hans-Peter Dürr (Alternativer Nobelpreis 1987) schrieb dazu: »Anstatt mit einer bestimmten Technologie anzufangen ... und erst später über die zivile Anwendung nachzudenken, sollten wir mit den Problemen anfangen, die uns bedrängen und die wir lösen wollen. Wir sollten bei ihnen, entsprechend ihrer Dringlichkeit und gesellschaftlichen Bedeutung, Prioritäten festlegen, dann mögliche Lösungen für sie ins Auge fassen und schließlich auf dieser Grundlage geeignete Forschungs- und Entwicklungsprogramme in Gang setzen ... Unsere tägliche Erfahrung deutet darauf hin, dass unsere fundamentalen Lebensbedürfnisse immer mehr der Technik und den materiellen Bedingungen untergeordnet werden, anstatt dass man umgekehrt die Technik und die materiellen Voraussetzungen so benutzt und entwickelt, dass die schwierigen und wirklich drängenden Probleme unserer Zeit einer Lösung zugeführt werden. Das Schlimme scheint mir zu sein, dass einige - oder vielleicht schon viele - unaufhaltsam.... Die Geschichte ist in Raum und Zeit in einer geradezu beängstigenden Weise endlich geworden. Es gibt keine neuen Kontinente und Räume mehr, in denen sich die Konflikte unserer eigenen alten Welt ergießen und entladen könnten. Nur die Blindheit des Profits

kann die Entwicklungsländer ökologisch und ökonomisch aussaugen und in die Jauchegrube der Ersten Welt verwandeln wollen. Und auch die DDR sollte sich nicht in die Müllhalde des Großdeutschen Bruders jenseits der Elbe verwandeln.

Die expansive Verbindung von Herausbildung einer modernen Gesellschaft mit ihren wissenschaftlich-industriellen Produktivkräften, mit ihren auf die Freisetzung der Triebkräfte individuellen Schöpfertums, Eigenverantwortung und Wettbewerb setzenden Verhältnissen, mit ihren Strukturen politischer Demokratie und Öffentlichkeit einerseits und andererseits den Strukturen der sozialökonomischen Subsumtion, der monopolistischen Herrschaft, der bürokratisierten Machtausübung, der zielgerichteten Manipulation und Verkehrung ist nach den Kataklysmen von zwei Weltkriegen und dem aufgetürmten Berg der globalen Probleme heute an einem äußerlich noch wenig spektakulären Ende angelangt. Unsichtbar und lautlos hat diese Gesellschaft ihren historisch vorgefundenen Boden vorkapitalistischer Naturbedingungen, menschlicher Solidarität, religiöser Anschauungen, politischer Autorität, stabiler Familienstrukturen usw. aufgelöst, verwandelt und verdampft. Aus Ulrich Beck, »Risikogesellschaft Auf dem Weg in eine andere Moderne« (Suhrkamp, Neue Folge, Band 365, Frankf. a. M. 1935, 85) zitierend, kann man sagen: »Am Ende des 20. Jahrhunderts ist ›Natur‹ weder vorgegeben noch zugewiesen, sondern geschichtliches Produkt geworden, in den natürlichen Bedingungen ihrer Reproduktion zerstörte oder gefährdete Innenausstattung der zivilisatorischen Welt ... Der ungesehene Nebeneffekt der Vergesellschaftung der Natur ist die Vergesellschaftung der Naturzerstörungen und -gefährdungen, ihre Verwandlung in ökonomische, soziale und politische Widersprüche und Konflikte ...« (S. 107). Und dies gilt allgemein: Alles ist in den Veränderungszyklus der kapitalisierten Moderne einbezogen und sie erstickt an ihren eigenen Ergebnissen, die ihr unverdaubar, nicht als notwendige Bedingungen neuer Reproduktion im Magen liegen. Der Reproduktionszusammenhang ist dysfunktional.

Habermas sieht in dem aus diesen Tendenzen entspringenden Zeitgefühl ein wesentliches Kennzeichen des Diskurses der Moderne: »Weil die Geschichte als Krisenprozeß, die Gegenwart als Aufblitzen kritischer Verzweigungen, die Zukunft als das Andrängen ungelöster Probleme erfahren wird, entsteht ein existentiell geschärftes Bewusstsein für die Gefahr versäumter Entscheidungen und unterlassener Eingriffe. Es entsteht eine Perspektive, aus der sich die Zeitgenossen für den aktuellen Zustand als die Vergangenheit einer zukünftigen Gegenwart zur Rechenschaft ge-

zogen sehen.« (J. Habermas: Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen. Frankfurt a. M. 1983, S. 72 f.) Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung formuliert dieses Problem in ihrem Bericht so: »Mögen die Bilanzen unserer Generation auch noch Gewinne zeigen, aber unsere Kinder werden die Verluste erben. Wir leihen ohne Absicht oder Aussicht auf Rückzahlung von künftigen Generationen Umweltkapital. Und die nach uns Kommenden können uns wegen unserer Verschwendung verdammen, aber unsere Schulden werden sie nie zurückerstattet bekommen.« (Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Berlin 1983, 25).

Die Globalisierung der menschheitlichen Reproduktionsbedingungen ist durch drei in sich verflochtene Tendenzen charakterisiert:

1. *die qualitativ und quantitativ neue Dimension der Internationalisierung der Produktivkräfte mit der Tendenz zur Herausbildung von Weltproduktivkräften;*
2. *die Herausbildung menschheitlicher Probleme mit globaler Wirkung, die im Falle ihrer Nichtlösung eine globale Bedrohung darstellen, woraus menschheitliche Interessen des Zusammenwirkens zu ihrer Lösung erwachsen, aus der ihrerseits ein globaler und gemeinsamer Menschheitsfortschritt erwachsen würde;*
3. *die daraus und in den entstandenen technischen Möglichkeiten begründete Tendenz, dass die geistige Reproduktion globalen Charakter annimmt, sich in und durch heftige Kämpfe eine Reproduktion der Menschheit als geistiges Subjekt ihrer Entwicklung herauszubilden beginnt.*
4. *Die Geschichte hat die Frage Heideggers, »ob das Abendland sich noch zutraut, ein Ziel über sich und der Geschichte zu schaffen, oder ob es vorzieht, in die Wahrung und Steigerung von Handels- und Lebensinteressen abzusinken und sich mit der Berufung auf das Bisberige, als sei dies das Absolute, zu begnügen« durch das Stellen anderer Fragen den »Nie-zu-Erwartenden« beantwortet. Die ganz alltäglichen »Handels- und Lebensinteressen« sind heute in neuer Weise untrennbar mit den Grenzfragen des individuellen Seins wie des menschheitlichen globalen Werdens und Vergebens verbunden. Nicht ein neuer Mythos, sondern die neue Prosa verlangt Erneuerung von Weltanschauung.*
5. *Die Tendenz der Herausbildung einer globalen Reproduktionsweise der Menschheit steht in einem sich zurzeit beschleunigt und kri-*

senhaft zuspitzenden Widerspruch zu den überkommenen ökonomischen, politischen und geistigen Strukturen früherer, wesentlich bornierterer Vergesellschaftung. Es ist zu einem Zurückbleiben der Reproduktionsformen der Menschheit hinter den heute existierenden globalen Reproduktionserfordernissen gekommen. Der Widerspruch zwischen den real dominierenden ökonomischen, politischen und geistigen Strukturen einerseits und den in zunehmendem Maße eine Beherrschung globaler Reproduktion und Entwicklung fordernden Produktivkräften andererseits hat zur existentiellen Bedrohung der Menschheit geführt.

6. *Die moderne Zivilisation ist in die Krise ihrer Entwicklungsweise geraten, und diese Krise ist zur Existenzkrise der Menschheit überhaupt geworden. Diese Grunderfahrung der Gegenwart macht den Erfahrungshintergrund unseres Philosophierens aus. Es gibt kein philosophisches Problem, was davon nicht im tiefsten erfasst und in Frage gestellt wird. Der zu entwickelnde Zyklus von Vorlesungen und Seminaren zum historischen Materialismus soll Ihnen und uns helfen, sich zur Bildung jenes weltanschaulichen Selbstbewusstseins zu befähigen, das Handeln heute noch und wieder möglich macht.*

3. Wissend, dass wir nichts wissen, beginnen wir, die Struktur unseres Nichtwissens zu erkennen – ein lohnenswerter Auftrag für Philosophen

Nichts scheint einfacher, als Marx und Engels folgend mit den einfachsten, mit den elementarsten Tatsachen menschlichen Lebens zu beginnen: »Die Voraussetzungen, mit denen wir beginnen, sind keine willkürlichen, keine Dogmen, es sind wirkliche Voraussetzungen, von denen man nur in der Einbildung abstrahieren kann. Es sind die wirklichen Individuen, ihre Aktion und ihre materiellen Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundenen wie die durch ihre eigene Aktion erzeugten.« (K. Marx; F. Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3, S. 20).

Doch allein schon dieser scheinbar so »simple« Zugang philosophischen Denkens, der an den französischen Materialismus, an Hegel und Feuerbach anknüpft und zugleich originär ist, ist heute durch eine Grunderfahrung überschattet, über die Marx nicht verfügte: diese wirklichen Voraussetzungen können im Resultat unseres Tuns genauso wie unseres Lassens vernichtet werden. Unschuldige Naivität verbietet sich. Das Wissen darum, dass die Existenz dieser elementaren Voraussetzungen des Philoso-

phierens bedroht ist, verpflichtet Philosophie in den Dienst ihrer Erhaltung. Uns der einfachsten Bedingungen von Philosophie versichernd, ist sie schon mehr als jemals zuvor zur elementaren Humanität aufgefordert. Gerade in der Fixierung dieser und nicht anderer Voraussetzungen von Philosophie kommt eine zugleich elementare und universelle Parteilichkeit von Philosophie in der Marxschen Traditionslinie zum Ausdruck.

Man darf sich nicht von der offenbaren Evidenz der zitierten Aussage von Marx und Engels täuschen lassen. Jede große Philosophie fundiert sich durch eine andere Evidenz. Der *zoon politikon* des Aristoteles, die Idole-Kritik von Bacon oder das *cogito ergo sum* von Descartes, die vereinzelt Einzelnen, die Wölfe oder Robinsons des 17. und 18. Jahrhunderts, die spezifische Art Hegels in der »Phänomenologie des Geistes«, die sinnliche Gewissheit, ... die reine Tat oder andere Ausgangskonstruktionen von Philosophie – und sei es der Sprechakt wie bei Habermas, der Satz bei Lyotard – diese und andere sind nur scheinbar evident. Ihre Appellationen an die Alltagserfahrung sind Appellationen an Alltagserfahrungen verschiedener Epochen, verschiedener Kulturen (auch wenn obige alle in der europäischen Tradition stehen) verschiedener sozialer Kräfte. Und Fichte hat Recht, wenn er für sich in Anspruch nimmt, dass seine Philosophie eine Frage des Charakters sei, doch dieser Charakter hat die Größe revolutionärer Zeit und trägt zugleich den Stempel politischer Ohnmacht in deutscher Kleinstaaterei. Die Ausgangsabstraktionen einer Philosophie sind im strengen Sinne sozialhistorische Abstraktionen und müssen als solche dechiffriert werden.

Dies vor Augen, muß man sich dessen bewusst werden, dass die von Marx und Engels mit dem Schein unmittelbarer Evidenz und geradezu sinnlicher Gewissheit fixierten elementaren Voraussetzungen reflektiven philosophischen Denkens einen mehrfach vermittelten Zugang zur Wirklichkeit darstellen. Was hier zur Unmittelbarkeit alltäglicher Gewissheit geronnen ist, ist praktisch wie geistig selbst ein historisches Produkt. In gewisser Hinsicht stellt der ganze Kurs historischer Materialismus nichts anderes dar als einen Versuch, diesen einen Satz der »Deutschen Ideologie« systematisch zu rekonstruieren, sich seiner realhistorischen Voraussetzungen und Folgerungen zu vergewissern und die Notwendigkeit zu prüfen, im Resultat diese Ausgangskonstruktion historisch-materialistischen Denkens zu erformulieren.

Die Arbeit der Philosophie ist kooperative Bearbeitung; ihr unmittelbarer Gegenstand – die geistigen Strukturen, mittels derer die Menschen ihr gesellschaftliches Leben produzieren, reproduzieren und verändern;

ihr letztlichem Gegenstand – die menschliche Kultur, d. h. jene geordnete Mannigfaltigkeit von Zeichen, durch die die gesellschaftlichen Weisen dieser Produktion tradiert und aktualisiert werden können und dabei gesellschaftlich bedeutungsvolles Verhalten zugleich persönlich als sinnvoll gelebt werden kann (HPK-1, Kop-17, S. 244). Unser Arbeitsmittel ist der einander aufklärende theoretische Dialog im kulturellen Kontext zu schaffender Öffentlichkeit von Politik, Alltagsleben, Wissenschaft, Kunst usw. Philosophische Aufklärung meint hier die Erkundung des Möglichen von neuer Kultur zwischen den unbarmherzigen Zwängen des Notwendigen und den zugleich verlockenden und gefährlichen Weiten der Freiheit.

In der Scholastik gab es die sicherlich formallogisch zu beseitigende Frage, ob der allmächtige Gott einen Stein schaffen kann, den er nicht aufzuheben vermag. So wieder einzelne Mensch schon lange, so kann heute die Menschheit in Form der Systeme und ihrer entwickelten Länder globale Probleme schaffen, die, einmal entstanden, an einen Punkt kommen, wo sie nicht mehr lösbar sind. Mehr noch: Die Zeit, in der Probleme geschaffen werden, war in den letzten Jahrzehnten wesentlich kürzer als die Zeit, die die Menschheit bisher gebraucht hat, Probleme adäquat zu definieren als solche in einem wissenschaftlichen, politischen und Wertbildungsprozeß und Institutionen ihre Fixierung und Lösung, der Umwandlung von bedrohenden Gefahren in beherrschte Risiken zu vollziehen. Hochinformativ ist dazu das Buch von Adalbert Evers und Helga Nowotny »Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft.« (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft., Frankfurt a. M. 1987). Diese Prozesse müssen synchronisiert werden. Es bedarf vorausgreifender Imperative, die die Schaffung von Gefahren und das Zeittempo solcher Prozesse den heutigen Lösungsfähigkeiten und -tempi unterordnen.

Es hat sich eine verheerende Inadäquanz der realen Entwicklungsprozesse mit den Interessen, Erkenntnis- und -beherrschungsweisen heutiger heutiger Klassen, Systeme und Gruppen herausgebildet. An den Epochen solcher fundamentaler Verunsicherung ist Philosophie gefordert. Sie geht auf das Ganze. Mit theoretischer Reflexivität fragt sie nach dem menschlichen Sinn der auseinanderdriftenden gesellschaftlichen Funktionen und Strukturen, fordert ihre stets erneuerte Rekonstruktion als Formen und Weisen heute sinnvollen menschlichen Lebens. In den Worten von Habermas: Gegenüber der Systemreproduktion und ihrer wissenschaftlichen Analyse repräsentiert sie das lebensweltliche Interesse, fragt an vom Standpunkt der Genüsse und Leiden, Nöte und Freuden, Möglichkeiten

und Zerstörungen. Andererseits ist Philosophie subversiv gegenüber den Gewissheiten der Alltagspraxis, indem sie mit Hilfe der Wissenschaften deren gesellschaftliche Konsequenzen aufzeigt, deren Abgründe offenlegt und ihr die eigenen Grenzen aufzeigt. So ist Philosophie in das Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik, von Wissenschaft und Alltag überhaupt hineingestellt und bewegt sich in der theorieverpflichteten, in universellen Fragestellungen treibenden Vermittlung dieser ungeheuren Spannung. Ihre Sprache ist deshalb zugleich reflexiv und unmittelbar, zugleich in der Wissenschaft und in der Lebenswelt verwurzelt. Sie hält deren Ineinander-übergehen fest und erzeugt daraus Angebote zu welt- und selbstverändernden kulturellen Orientierungen.

Die Eigenart unseres Philosophierens ist mehr als früher dadurch geprägt, dass die von Marx und Engels genannten elementaren Voraussetzungen menschlichen Lebens real in Frage gestellt sind – die Existenz der Individuen genauso wie die der Natur und der vom Menschen geschaffenen Bedingungen. Und wir wissen auch, dass wir tagtäglich an diesem Geschäft der Zerstörung weiterarbeiten. Jede Produktion trägt heute auch den Stempel der Vernichtung – aktueller in Form des sauren Regens, der Zerstörung der Ozonschicht, der Aufheizung der Atmosphäre usw. oder zukünftiger. Dieses allgemeine Problem des Philosophierens verschärft sich für Kommunisten nun deshalb auf prekäre Weise, weil der Marxismus in den realsozialistischen Ländern selbst spätestens nach 1917 in eine halbmoderne Heilslehre mit ihren Wahrheiten letzter Instanz, ontologischen Universalaussagen ohne Fallibilität, politisch zwangsweise festgeschriebenen Autoritäten verwandelt wurde. Was Nietzsche vor hundert Jahren schauernd und zugleich frohlockend feststellte – Gott ist tot –; wir erfahren es heute: der dogmatisierte Marxismus ist tot. Seine Agonie nach dem XX. Parteitag der KPdSU ist beendet. Noch werden die letzten Leichenreden gehalten. Und damit: Es trifft für uns zu: »Der Mensch weiß nicht mehr, was er tun soll, weil er wahrhaftig nicht mehr weiß, was er über die Welt denken soll. Deshalb wird die Veränderung zur Krise und nimmt den Charakter einer Katastrophe an.« (Ortega y Gasset., WF, 4/39/163).

Wenn wir die Leiche eines dogmatisierten Marxismus, der Glaubenslehre des stalinschen Kasernenkommunismus und der stagnativen Sozialbürokratie, mit den Füßen voran aus dem Hause tragen, dann wird vielleicht Platz frei, um in der Marxschen Traditionslinie der sozialistischen Idee und Bewegung neue Philosophie zu entwickeln. Es ist des Versuches wert.

4. Die Produktionsbedingungen von Philosophie müssen verändert werden

Da das Sozialismusverständnis in einem die tiefsten Grundlagen erfassenden Krisen- und hoffentlich Umwälzungsprozeß begriffen ist, bedarf es einer ebenso tiefen Umwälzung der philosophischen Grundlagen, von denen aus sich Sozialismus heute erschließt. Dabei muß man sich aber zuerst einmal jener Bedingungen vergewissern, unter denen der historische Materialismus sich herausgebildet und entwickelt und verändert hat: Es waren Bedingungen härtester geistiger und politischer Auseinandersetzungen. Auf seine objektivistische Wendung in der II. Internationale folgte die subjektivistische durch Lukacs und später die Frankfurter Schule und Kritische Theorie. Auf der anderen Seite etablierte sich die von STALIN abgezeichnete, aber nicht von ihm verfasste Version eines »Dialektischen und historischen Materialismus« von 1933, wie Sie sie in »Fragen des Leninismus« nachlesen können. BUCHARIN mit seinen interessanten Arbeiten zur Weiterentwicklung der materialistischen Geschichtsauffassung von Anfang der dreißiger Jahre war wenige Monate vorher wie ein Hund verscharrt worden. Die geistige Entfremdung erreichte ihre Epopöe. Die alte Garde der bolschewistischen Intelligenz wurde umgebracht. Damit verschwand das lebendige Gedächtnis und Gewissen der Revolution. Die Archive wurden geschlossen. Der Prozeß der sakralen Dogmatisierung der Stalinschen Ideologie des administrativen Sozialismus mit kasernenkommunistischer charismatischer Ausprägung und die Neufassung der Geschichte waren schon fast abgeschlossen.

Der historische Materialismus wandelte sich dabei in einem doppelten Prozeß Einerseits wirkten sich gerade objektivistische Verkürzungen negativ auf die Politik aus. Der Leninismus hatte niemals eine umfassende und adäquate systematische gesellschaftsphilosophische Grundlegung erfahren. Die begonnene Arbeit wurde Ende der zwanziger Jahre in der kommunistischen Bewegung mit brutaler Gewalt zum Stillstand gebracht. Andererseits erfolgte die zunehmend interessengeleitete Entwicklung des historischen Materialismus innerhalb von Institutionen, die unmittelbar der Ideologieproduktion der damaligen sowjetischen Herrschaftsstruktur untergeordnet war. Der stellv. Direktor des Instituts für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik der AdW der UdSSR KARA-MURSA weist auf folgende wesentliche Merkmale der Wechselwirkung von sowjetischer Wissenschaft und bürokratischem System hin: 1. Eine mechanistische Weltanschauung als Entsprechung bürokratischer Stereotype. Die Praxis

der absoluten Unterordnung im Apparat ist mit Vorstellungen einer dialektischen Selbstbewegung und Selbstveränderung unvereinbar. Die Verabsolutierung der mechanischen Ursache-Wirkung-Beziehung entsprach viel eher dem Selbstverständnis einer Hierarchie. 2. Die Verringerung der Kommunikation in der Wissenschaft, insbesondere der horizontalen und nichtformalen Kanäle und des internationalen Austauschs. 3. Die Verringerung der Vielfalt, das Absterben wissenschaftlicher Diskussionen, der Bildung von lebendigen Schulen. 4. Der Monopolismus in der Wissenschaft. 5. Der Aufbau einer Karriere eines Wissenschaftlers nach dem Ebenbild der Bürokratie und im völligen Gegensatz zu den modernen Wissenschaftsanforderungen an Interdisziplinarität, die Bildung internationaler wissenschaftlicher Forschungsgruppen und nichtformaler Vereinigungen. Ein Kennzeichen war die Überalterung und die oftmals elende materielle Lage der jungen Wissenschaftler. 6. Die Schwächung der demokratischen Wissenschaftsinstitutionen und 7. Die Reduktion der Wissenschaft auf einen Industriezweig neben anderen (G. Kara-Mursa: Sowjetskaja nauka i burokratitscheskaja sistema: grani wsaiodejstwija. In: WF. 4/1989. S. 57-67).

Man muß diese Entwicklung wenigstens zur Kenntnis nehmen, um unsere heutigen Probleme zu verstehen. Deshalb sei auf zwei Artikel hingewiesen.

1. Artikel: Rede von A. Jakowlew auf der Beratung der Sektion für Gesellschaftswissenschaften des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR »Die Erreichung eines qualitativen Niveaus der sowjetischen Gesellschaft und der Gesellschaftswissenschaften«

- dieser Artikel ist von zentraler Bedeutung für die Orientierung der Gesellschaftswissenschaften und ist auf deutsch abgedruckt in: »Wissenschaft in der UdSSR« 1/1983 (88)

- der Hauptangriff Jakowlews richtete sich gegen überholte Sozialismusvorstellungen:

1. *Ideologie der Stagnation brauchte kein Wissen der Wirklichkeit*

2. *Konz. Der esG als Theorie der allmählichen Vervollkommnung des Vorhandenen in Teilbereichen*

3. *Ignorieren der Bedeutung der Kooperation und der indiv. Arbeitstätigkeit als sozialismulfremd*

4. *Verabsolutierung des Zentralismus und dadurch Unterdrückung der Initiative*

5. *Konzeption der »antitowarniki« als Hemmnis der Durchsetzung von WGB*

6. *Sozialistische Selbstverwaltung als Revisionismus und Anarchismus, Ignorieren der Kontrolle von unten, der Bedeutung von Öffentlichkeit*

7. *These von der ständigen Vereinfachung der gesellschaftlichen Verhältnisse, des Absterbens der Mannigfaltigkeit führte dazu: staatl. Ch. des Eig., des Zentralismus, der Kontrolle von oben gestärkt*

Also: Identifikation der Spezifika einer besonderen historischen Etappe des Sozialismus mit Wesen des Sozialismus überhaupt: »Es entstand ein Teufelskreis: die ungesunden Tendenzen in der Praxis erzeugten ungesunde Tendenzen im gesellschaftlichen Bewusstsein, in der Wissenschaft. Und diese ihrerseits erschwerten zunehmend die Rückkehr der Theorie und Praxis in die Bahnen des Realismus, zum wirklichen Leben mit seinen Widersprüchen«. »Im Resultat dessen traten wir in die 80er Jahre nicht nur mit ernsthaften, jetzt gut bekannten praktischen Unterlassungen und Fehleinschätzungen ein, sondern auch mit einem theoretischen Bewusstsein, das sich in vielem auf dem Niveau der 30er Jahre bewegte, als sich unsere Gesellschaft noch auf einem relativ frühen Niveau ihres Werdens befand.«

Besondere Beachtung hat im Folgenden die Bemerkung Jakowlews gefunden: »Der Bürokratismus braucht den Dogmatismus und umgekehrt. Bürokraten wie Dogmatiker können nur durch die Beeinträchtigung der gesellschaftlichen Interessen leben, indem sie dazu die Zugehörigkeit zum Staatsapparat nutzen, wenn sie sich die Funktion einer spezifischen Allmacht aneignen. Daher das Bestreben, alle und alles zu »verstaatlichen«, jeden Erfolg und jede Errungenschaft mit den administrativen Methoden der Leitung als den »besten« zu verbinden.«

Der Schluß, den Jakowlew zieht: »Der Ausgangspunkt theoretischer Arbeit kann kurz so formuliert werden: Der moderne Sozialismus muß vor allem sich selbst erkennen.« Also: nicht mehr einfach politische Beschlüsse kommentieren. Hier taucht übrigens zentral der Begriff des modernen Sozialismus auf!

Artikel: (unschuldiger Titel) A. P. Butenko: Theoretische Probleme der Vervollkommnung der neuen Gesellschaft: über die sozialökonomische Natur des Sozialismus, WF 2/1987

- Dieser Artikel wurde m. E. zu unrecht recht stiefmütterlich behandelt in sowjetischer Literatur: die Philosophen wollen offensichtlich mit diesem »Stänkerer« nichts zu tun haben und es handelt sich auch um eine recht verbreitete allgemeine Ignoranz

- Butenko geht von der Feststellung des XXVII. PT aus: Lebensferne der Philosophie und stellt dann die Frage:

»Aber warum befand sich die Gesellschaftswissenschaft in solch einer Lage? Es wäre falsch, die Ursache dafür nur in der Passivität der Gesellschaftswissenschaftler zu sehen. Das wäre eine Abkehr von den Prinzipien des historischen Materialismus, der davon ausgeht, dass das gesellschaftliche Sein das gesellschaftliche Bewusstsein bestimmt. In einer Situation, wo im Leben der sowjetischen Gesellschaft im Zentrum und vor Ort die eigentümliche Psychologie zu dominieren begann: Wie kann man die Angelegenheiten verbessern, ohne dabei etwas zu verändern, als die praktische Tätigkeit der Partei- und Staatsorgane von den Forderungen der Zeit zurückblieben, als sich die Manier verwurzelte, die Dinge stets als in Ordnung hinzustellen, und die Bürokratie anwuchs, als in der Sphäre der realen gesellschaftlichen Verhältnisse Stagnationserscheinungen und Deformationen entstanden, verwandelte sich die Gesellschaftstheorie, ihren wissenschaftlichen Charakter verlierend, in die Magd der ›Erfolgspropaganda‹ und die Propaganda selbst ... wich oft dem Leben aus.

In einer solchen gesellschaftlichen Situation konnte auch die Wissenschaft nicht die alte bleiben: auch sie erregten die brennenden Probleme des gesellschaftlichen Lebens immer weniger, sie wurde von Mehltau befallen, von Scholastik und Dogmatismus zerfleischt; in ihr begannen jene das Wort zu führen ..., die schon lange gewohnt waren, heiße Probleme zu umgehen, die um ihrer egoistischen Interessen und des eigenen Wohls willen bereit waren, ›dem eigenen Lied auf die Gurgel zu treten‹ ...

- »Die erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften befindet sich in direkter Abhängigkeit davon, ob es eine reale und nicht nur deklarative Nachfrage nach unangenehmen Urteilen und Schlussfolgerungen der Gesellschaftswissenschaftler gibt, ob es für solche Schlussfolgerungen eine ausreichende wahrhafte Information vorliegt und das notwendige gesellschaftliche Klima existiert, das wahrhafte und tiefe Schlussfolgerungen stimuliert.«
- Unterüberschrift: Die vorangegangene Entwicklungsetappe und ihre Dogmen (fehlt hier was?) wo ist die stabile Logik dieser Dogmen:
- »Wenn man von diesen Positionen an die Analyse der theoretischen Fehler geht, die auf dem XXVII. PT einer gerechten Kritik unterzogen wurden, so ist selbst dem unbewaffneten Auge sichtbar, dass

alle diese Fehler sich in einem konzeptionellen Rahmen, in einer Richtung bewegen: sie alle sind nicht etwa mit der Überschätzung der Rolle des ›Privatmannes‹, der kleinen Hauswirtschaft und der individuellen Produktion überhaupt verbunden, nicht mit dem hypertrophierten Glauben an die Ware-Geld-Beziehungen und den Mechanismus der spontanen Regulierung der Produktion auf der Grundlage des Wertgesetzes, nicht mit der Überschätzung der Rolle der örtlichen Initiative und der Demokratie und der entsprechenden Unterschätzung des Zentralismus, sondern gerade umgekehrt. Mit anderen Worten, alle jene theoretischen Fehler ... gehen im Großen und Ganzen in Richtung der theoretischen Begründung und geistigen Verteidigung des bürokratischen Zentralismus, und die auf dem Parteitag kritisierten Konzeptionen stellen eben gerade das theoretische Credo der modernen sozialistischen Bürokratie dar. Natürlich handelt es sich nicht darum, dass jeder einzelne reale Bürokrat verstehen würde, dass gerade in der Gesamtheit der genannten Ideen ›seine‹ Ideologie besteht, und auch nicht darum, dass jemand speziell diese(s?) theoretische Credo ausgearbeitet, ›abgestimmt‹ und verbreitet haben würde. Nein, es hat sich als natürliches Produkt der Alltagstätigkeit der Bürokratie herausgebildet, als Summe der ständig von ihr unterstützten Ansichten, die mit dem Wesen ihrer professionellen und sozialen Bestrebungen verbunden sind, als jener Komplex von Ideen, über die in der Regel ihre Alltagsspraxis nicht hinausgeht.«

Also: - und dies hat er so hart nicht gesagt, aber gemeint: Theorie im hohen Maße Vulgärwissenschaft, apologetische und doktrinäre Übersetzung sowie Systematisierung der Alltagsvorstellungen der Bürokratie in wissenschaftliche Sprache.

Nun wären die Gegentendenzen sowjetischer wie internationaler marxistischer Philosophieentwicklung darzustellen. Es wäre zu zeigen, wie in allen Ländern wesentliche Dogmen am politisch oft noch lebenden Leibe zur Fäulnis gebracht wurden, welcher Zersetzungsprozeß scheinbar unerschütterlicher Fundamente einsetzte. Dieser Prozeß bildet eine der Voraussetzungen für unser heutiges Denken. Seiner muß man sich vergewissern. Eine mächtige bald oberirdische, bald unterirdische Gegenströmung wäre zu beschreiben. Auch sie hat dazu beigetragen, dass heute die geistige Substanz des dogmatischen Bürokratismus aufgezehrt ist.

5. Defizite des aktuellen historischen Materialismus im Spannungsverhältnis von Wissenschaft, Politik und Alltagsleben

Der historische Materialismus steht heute in der DDR und sicherlich auch mehr oder minder international vor einer Reihe tiefgreifender Probleme. Meines Erachtens sind sie vor allem durch die Bindung an eine im Kern immer wieder sich nicht der demokratischen Öffentlichkeit stellende Politik bedingt, durch die dann Bürokratie und damit verbundenes Sektierertum sowie Tendenzen des Antiintellektualismus und Konservatismus solches Gewicht gewannen. Dort aber, wo sich der historische Materialismus und marxistisch orientierte Denker abwandten von dieser Politik, gerieten sie in die geistig oftmals allzu elende Lage von Dissidenten, die aus der Konfrontation heraus und abgeschnitten von progressiver demokratischer Bewegung selbst auch nur begrenzt zu einer adäquaten philosophischen Produktion fähig waren. Die Politik selber hat so ihre Anhänger wie ihre Gegner in eine geistig faktisch ausweglose Lage gestellt. Nur dort, wo eine breite demokratische Politik konzipiert wurde, wie z. B. in der IKP, der FKP, in Ungarn, in der Sowjetunion und anderen Ländern für jeweils längere oder kürzere Perioden erhielt das marxistische Denken neue, wenn auch nur zeitweilige Aufschwünge.

Philosophisches Denken entstand geschichtlich in Griechenland eigentlich auf der Agora, dem politischen, ökonomischen und auch sittlichen Mittelpunkt der griechischen Polis. Sie entstand als öffentlicher Diskurs, in dem analysiert wurde, welche ontologischen, gnoseologischen, ethischen u. a. Fragen auftauchen, wenn gleiche und freie Bürger über die rationale Veränderung gestaltbarer Verhältnisse auf der Basis eines demokratischen Konsens kommunizieren. Das Wahre, Gute und Schöne war nicht mehr vorgegeben, sondern musste hergestellt werden durch bewusstes menschliches Handeln auf der Grundlage kollektiv erarbeiteter Ratio. Damit wurde die Produktion dieser Ratio, dieser Weisheit zum Problem. So idealisiert dieses Bild ist, da diese Freiheit durch Sklaverei nach innen und Aggression nach außen produziert wurde, so gibt es doch die Mindestbedingungen für wirkliche Philosophieentwicklung an.

Unsere erste Aufgabe als Philosophen – die zu philosophieren – verweist uns deshalb auf unsere erste Aufgabe als Staatsbürger – eine Gesellschaft zu gestalten, in der philosophiert werden kann. Ökonomische Selbständigkeit, politische Demokratie und ein entfaltetes System der Öffentlichkeit werden immer Forderungen humanistischer Philosophie bleiben, weil es hier um ihre ureigensten gesellschaftlichen Produktions-

bedingungen geht. In seinen Gesprächen mit Bunge über BRECHT äußert Hanns EISLER: »Ich erinnere mich auch, in derselben Zeit (1942/43) in Hollywood mit BRECHT stundenlang über die Interpunktion der Quartoausgabe von Shakespeare diskutiert zu haben ... Unter unseren jämmerlichen Umständen – möge die neue Generation davon etwas lernen! – haben wir uns über solche Fragen ausführlichst unterhalten. Es war unser Generalliteraturinteresse neben den Siegesnachrichten. Als die Russen bei Stalingrad die Faschisten geschlagen haben, haben wir uns noch für die Beistriche bei Shakespeare in der Quartoausgabe interessiert. Das sind keine Gegensätze, sondern Entsprechungen. Die Schlachten wurden geschlagen, damit die Beistriche festgestellt werden können.«/Hanns Eisler: Gespräche mit Hans Bunge. Fragen Sie mehr über Brecht, Leipzig 1975, S. 63 f./ Noch enger ist die Entsprechung, wenn wir sagen, dass mit den Schlachten für oder gegen eine konsequent demokratische Perestrojka der sowjetischen Gesellschaft und in den sozialistischen Ländern insgesamt auch die Schlachten für oder gegen eine Erneuerung jenes Bodens geschlagen werden, auf dem marxistisches Philosophieren sich entwickeln kann. Ohne Erneuerung der politischen Subjekte und ihres Zusammenwirkens in den Ländern des »realen Sozialismus« ist und bleibt Philosophieren entweder in der Spielecke der zu Nichtzurechnungsfähigen Gestempelten oder verkommt immer wieder zu einem heute der abstrakt humanistischen Phrase zugetanen Weltanschauungsgerede von Sonntagspastoren für das »Neue-Deutschland«-Gesicht der Gesellschaft. Es sei hier nur betont: Ich sprach von Erneuerung des Sozialismus, d. h. von einem kräftigen, von einem energischen Fortschreiten zu einem modernen Sozialismus und nicht von einer billigen Auflage eines kapitalistisch orientierten Entwicklungslandes im Herzen Europas, als erweitertes Zonenrandgebiet.

Ich möchte an diesem Punkte nicht auf die ewigen Defizite jedes Philosophierens eingehen, insoweit Philosophie ein Geschäft ist, das sich genau mit jenen Fragen beschäftigt, so Nikolai HARTMANN, »die nicht bis zu Ende gelöst werden können und deswegen perennieren« (N. Hartmann: Einführung in die Philosophie. Überarbeitete, vom Verfasser genehmigte Nachschrift der Vorlesung im Sommersemester 1949 in Göttingen. 2. Auflage. Osnabrück 1952, S. 7). Ich werde auf eine Reihe solcher Fragen später zurückkommen.

Hier sollen vor allem Defizite des historischen Materialismus zur Darstellung kommen, die unserer besonderen Situation geschuldet sind und um die Sie wissen müssen, da wir sie trotz des »guten Willens« nicht einfach ausräumen können. Zum unmittelbaren Verhältnis von Politik und

Philosophie sowie Philosophie und Öffentlichkeit war einiges schon gesagt. Man könnte dem hier noch hinzufügen, dass die Armut des öffentlichen geistigen Lebens unseres Landes, das Fehlen einer modernen Agora im Staatssozialismus in den Farben der DDR, die Tabuisierung bzw. wo dies nicht mehr möglich ist, der oft unbeholfene öffentliche Umgang mit sozialen Problemen als heißen Kartoffeln der Philosophie ihre entschiedene Provokation nimmt, den Lebensgeist austrocknen lässt. Bei uns ist nicht die Wirklichkeit selbst grau in grau. Wer die DDR etwas kennt, weiß um ihre farbige Paradoxialität. Aber der wissenschaftliche Geist, in dem sie sich öffentlich spiegelt, ist zumeist stumpf, einförmig, gegensatz- und kontrastlos – ist langweilig. Also zu einigen weiteren Problemen des historischen Materialismus.

1. Der historische Materialismus ist im hohen Maße von den modernen Einzelwissenschaften abgekoppelt. Sein Wirken im Ensemble der Wissenschaften, insbesondere der Gesellschaftswissenschaften, ist stark verarmt. Damit ist ihm nach Öffentlichkeit und demokratisch-öffentlicher Politik die dritte entscheidende Quelle versiegt. Die Ursache liegt zum einen im Verhältnis von Gesellschaftswissenschaften und Politik. Da erstere im wesentlichen auf Forschungen im Auftrage stets ein und desselben staatlichen Subjekts-Parteiapparat zwecks wohlgemeiner Analyse der Realisierungsbedingungen einer letztlich beschlossenen Politik betrieben wird, da Gesellschaftswissenschaften keinen eigenen öffentlichen Status und keine Mannigfaltigkeit konfligierender Auftraggeber und keine darauf beruhende ausreichende geistige Souveränität besitzen, machen sie die Grundlagen der Politik und deren Subjekte, d. h. ihre Auftraggeber selbst in ihren Verhältnissen, Interessen und Motiven kaum oder nicht zum Gegenstand wissenschaftlich objektivierender Analyse und öffentlicher Diskurse zwischen Expertengemeinschaften und diesen mit Politik und Öffentlichkeit. Damit aber problematisieren sich die Wissenschaften nicht einmal in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit selbst, stellen sie ihre Grundannahmen und damit die konsensbildenden Grundannahmen von Politik nicht in radikalen Zweifel. Es sei ein Beispiel genannt. Sofort nach dem VIII. Parteitag haben eine Reihe von Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler darauf hingewiesen, dass die öffentlich verkündete These von der Triebkraftwirkung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht aufgehen kann, da sie keinen auf die konkreten Handlungssubjekte bezogenen ökonomischen, sozialen und politischen Wirkungszusammenhang darstellt. Das

galt selbst unter Studenten der Philosophie als gängige Meinung. Die auf dem VIII. Parteitag verkündete Hauptaufgabe war richtig, doch nur unter den Bedingungen eines veränderten wirtschaftlichen und politischen Systems, wo Leistungsprinzip, wirtschaftliche Rechnungsführung, demokratische Auseinandersetzung und Öffentlichkeit verbunden sind - wissen wir heute. Genau dies aber hatte der öffentlich nicht durchgeführte Lernprozeß aus den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1963/69 und die konservative Wende in der UdSSR ausgeschlossen. Wir wissen es so erst heute, weil die damals geäußerten Thesen niemals zum Gegenstand umfassender wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht werden konnten. Damit aber wurden bestimmte Grundthesen über die Interessenübereinstimmung im Sozialismus, die letztliche Einheit der Subjekte u. a. m. bestenfalls einzelwissenschaftlich intern in Frage gestellt und teilweise überwunden mit größerer Verzögerung, aber nicht zum Gegenstand von wirklichen Grundlagendiskussionen gemacht. Auch heute mangelt es an einer reproduktionsorientierten Soziologie, die konsequent Lebensweise und Weise gesamtgesellschaftlicher Reproduktion in ihrem sozialen Zusammenhang thematisieren würde. Auf die Folgen vorgegebener Politik starrende Soziologie und einen sozialistischen Gesellschaftswandel nur phraseologisch anerkennender historische Materialismus bilden eine Einheit. Die philosophische Analyse der Probleme, die einen Wandel notwendig machen, wird durch die Exegese von umherwandelnder Wörter ersetzt. Einerseits sind die Philosophen so im starken Maße der Herausforderung von einzelwissenschaftlichen Grundlagendiskussionen beraubt. Andererseits hat das System von selektiver und monopolisierter Auftragsforschung uns auch noch jenes Quells philosophischen Denkens beraubt, der in der wissenschaftlich-empirischen Analyse der Wirklichkeit besteht, die unter als sozial für wesentlich anerkannten Gesichtspunkten durchgeführt wird. Man muß hier geradezu auf MARX' Vor-Ort-Berichtserstattung über die Lage der Moselbauern sowie auf ENGELS' Werk über die Lage der arbeitenden Klasse in England zu sprechen kommen, da sie eine Schlüsselbedeutung für die Entstehung der Fundamente unserer Weltanschauung besaßen. Uns fehlen solche empirisch gestützten Schlüsselwerke. Wir kennen die grundlegenden Interessen solcher Subjekte wie die der verschiedenen Schichten im Leitungs- und Sicherheitsapparat der Gesellschaft nicht (mindestens jedes 6. Werktätigen in dazu noch sehr zentralen Positionen). Wir haben keine Ahnung von der tatsächlichen Veränderung der Grundauffassungen und Einstel-

lungen, der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in den letzten Jahrzehnten und in den Altersgruppen. Die Untersuchungen liegen in Panzerschränken – welch »treffendes« Wort für den Aufbewahrungsort wissenschaftlicher Ergebnisse. Hunderttausend verlassen das Land und nirgends kann man eine wissenschaftliche Analyse nachlesen, warum. Es sei aber auch auf die Kehrseite verwiesen. Insofern die Philosophie selbst aus den genannten Gründen, nicht die Grundlagen des herrschenden gesellschaftlichen Selbstverständnisses problematisiert, bleibt sie selbst ihrerseits auch unproblematisch für die Einzelwissenschaften. Sie sehen in der Philosophie nur die vulgär-dogmatische Übersetzung politischer Doktrinen. Einzelwissenschaftler greifen mehr als anderswo zur Selbsthilfe und stecken, wie H. WAGNER und U.-J. HEUER beweisen, viele Philosophen in die Tasche. Nur nebenbei kann angemerkt werden, dass gesellschaftsphilosophisches Denken in unserem Lande sich auch von dem lebendigen Dialog mit der Kunst entfernt hat. Wir haben dieses Feld auf Ästhetik und Kulturwissenschaft reduziert. Kultur ist fast ausschließlich Domäne der Einzelwissenschaften geworden. Das Elend der Philosophie ist auch hierin begründet.

2. Ein weiterer Umstand fällt hier ins Gewicht: Der historische Materialismus hat sich in der DDR wie kaum eine andere Disziplin in der Philosophie von der Masse neuer, erst in diesem Jahrhundert entstandener Phänomene moderner Gesellschaftsentwicklung abgeschnitten. Die eigentliche Ursache liegt darin, dass er durch seine Bindung an eine zunehmend konservative Politik der Anpassung der neuen Prozesse an die Erhaltung des administrativen Sozialismus (abgesehen von einem Aufschwung gerade in den sechziger Jahren) sich systematisch den Entwicklungsprozessen moderner Gesellschaften verschlossen hat, eine beeindruckende Blindheit für sie herausgebildet hat. Wo gibt es eine philosophische Untersuchung des modernen Wirtschaftssystems und Kreditgeldes? Wer in der DDR hat außer Prof. HEUER tatsächlich eine philosophische Analyse des Demokratieproblems vorzulegen? Wo bleiben die Untersuchungen zur Öffentlichkeit? Wer problematisiert die Fragen von Frieden, Naturerhaltung und Solidarität für unsere Gesellschaft? Wo wird das Problem des Wandels der Werte in unserer Gesellschaft in solcher Schärfe untersucht, wie es sich real stellt? Welcher Philosoph gibt für die hier lebenden Menschen eigentlich solche philosophischen Stellungnahmen zu den vier philosophischen Grundfragen von KANT ab, dass sie in den öffentlichen Widerstreit kom-

- men könnten, gäbe es ihn? Natürlich – jede dieser Fragen zielt immer auch auf Defizite von Politik hin. In einer Beamtenstellung aber wird einem die Säge weggenommen, wenn sie an den Baum gelegt wird, auf dem alle Beamten sitzen. Also schnitzt man bestenfalls unschuldig seine Initialen in diesen Baum mit dem guten Gewissen, daran gekratzt und zumindest ein Zeichen in die Gegenwart gesetzt zu haben. Angesichts der ungeheuren Veränderungen in anderen sozialistischen Ländern und angesichts des seit dem Zweiten Weltkrieg vollzogenen tiefgreifenden Modernisierungsschubs in den Hauptländern des Kapitalismus mit ihrer weiteren Ausprägung von wesentlichen Errungenschaften moderner Entwicklungsweise (und nicht nur der Produktivkräfte der Hightech – dazu bedurfte es ja auch entsprechender Produktions- und Überbauverhältnisse!) gilt für uns, zumindest das zu erreichen, was MARX als Glanz und Elend deutscher Philosophie angesehen hat: Von sich und seinesgleichen konnte er zumindest sagen: »Wir sind philosophische Zeitgenossen der Gegenwart, ohne ihre historischen Zeitgenossen zu sein.« (K. MARX: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW. Bd. 1, S. 333.) Und wenn wir einmal bei dieser bemerkenswerten Schrift sind, da sei als Warnung an uns und als Aufforderung zugleich, philosophische und historische Zeitgenossen zu werden, das folgende zitiert: »Ja, die deutsche Geschichte schmeichelt sich einer Bewegung, welche ihr kein Volk am historischen Himmel weder vorgemacht hat noch nachmachen wird. Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen. Wir wurden restauriert, erstens, weil andere Völker eine Revolution wagten, und zweitens, weil andere Völker eine Konterrevolution litten, das eine Mal, weil unsere Herren Furcht hatten, und das andere Mal, weil unsere Herren keine Furcht hatten. Wir, unsere Herren an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tag ihrer Beerdigung.« (Ebenda, S. 380).
3. Nachdem der Sozialismus in den Farben der deutschen antinapoleonischen Befreiungskämpfer (schwarzer Anzug, rote Schärpe, goldene Knöpfe) einmal zum besten Reich unter den möglichen auf Erde erklärt wurde (erst als Teil des sozialistischen Großreichs und jetzt so ganz allein), wurde geistiges Sektierertum in der Philosophie zur Tugend. Die internationale Philosophieentwicklung außerhalb eines oft eng verstandenen Marxismus wurde praktisch auf einen dunklen Hintergrund reduziert, um die ewig leuchtenden Wahrheiten eines in sich selbst kreisenden historischen Materialismus heller scheinen zu lassen.

Ich halte persönlich zurzeit nichts davon, den Grundlagenspruch der materialistischen Geschichtsauffassung sang- und klanglos aufzugeben. Wir werden versuchen, an einem internationalen Prozeß teilzunehmen, ihn so zu entwickeln, dass er tragfähig zur philosophischen Integration der neuen Wirklichkeit wird. Noch gibt es aus meiner Sicht keinen in ihr wohnenden Grund, seine Stimme im Diskurs gesellschaftsphilosophischer Untersuchung verstummen zu lassen. Nicht der Marxismus ist tot, sondern eine Epoche seiner Entwicklung. Was aber keinesfalls geduldet werden darf, ist den kommunikationslosen Umgang mit anderen Philosophien, die in verschiedener Hinsicht – gerade was ihr Verhältnis zu den modernen Wissenschaften und zur Öffentlichkeit gerade auch der neuen sozialen Bewegungen betrifft – einen Entwicklungsvorsprung besitzen und daraus eine Anziehungskraft schöpfen, die dem historischen Materialismus unseres Landes in geradezu eklatanter Weise abgeht. HABERMAS und die auf ihn aufbauenden progressiven Philosophen wie HONNETH und JOAS die moderne Phänomenologie und Hermeneutik, GIDDENS, BOURDIEU, FOUCAULT die postmoderne Philosophie u. a. ist als mehr oder minder produktiven Herausforderungen zu begegnen. Auch dazu sind wir bisher nur begrenzt fähig. Auch dieser Aufgabe werden wir uns in diesem Jahr verstärkt zuwenden. Weil heutige internationale Philosophie kritisch die Errungenschaften und Krisen moderner Gesellschaftsentwicklung untersucht (mehr oder minder genau unterscheidbar von ihrer kapitalorientierten Unterordnung bzw. Beiordnung), stößt sie auf Grundprobleme progressiver Entwicklung überhaupt. Apologetik, Protest und Erkenntnisfortschritt verschmelzen oft. Doch geht uns dies anders? Was wissen wir schon von den realen Produktionsverhältnissen und Machtbeziehungen unserer Gesellschaft, von eigentlichen Triebkräften der Triebkräfte? Und was wollen/sollen wir wissen? Nur wer Bewusstheit auf das Handeln nach zentralen Anweisungen reduziert, kann seine »klassenmäßige Bewusstheit« an seiner blinden Disziplin und an urteilsfreier Zustimmung messen.

6. Weder Philosophen auf dem Throne noch politisch verantwortungsloses Philosophieren

Es gibt von KANT – dem Zeitgenossen des Großen Friedrichs, der sich gerne der Philosoph von Sanssouci nennen ließ – das schöne Wort: »Daß

Könige philosophieren, oder Philosophen Könige würden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen, weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt. Daß aber Könige oder königliche ... Völker die Klasse der Philosophen nicht schwinden oder verstummen, sondern öffentlich sprechen lassen, ist beiden zur Beleuchtung ihres Geschäfts unentbehrlich ...« KANT konnte einiges über das oft quälende Verhältnis von Philosophie und Politik berichten. Und sieht man sich die Beziehung von MARX zur deutschen Sozialdemokratie z. B. in Hinsicht auf das Gothaer Programm an, so erfährt man, dass der Marxismus von Anbeginn selbst nicht frei von dieser Spannung ist.

In der Euphorie eines Intellektuellen ist man oft versucht, der Wissenschaft unmittelbare politische Gewalt und direkten Einfluß sichern zu wollen. Freiheit des Geistes wird als Willkür verstanden, in jeder Zeitung seine wissenschaftliche Position zu verkünden. Dem entspricht aber auch eine bei uns lange gepflegte gesellschaftliche Einstellung zur Wissenschaft. Sie ist in der These enthalten, dass die Politik auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhe. Was geht uns leichter über die Lippen als das. Aber wir sollten stocken.

1. Was heißt hier »beruhen«? Ist damit etwa gemeint, dass der Ausgangspunkt politischen Handelns in der Wissenschaft zu suchen sei? Dies ist völlig unmöglich. Politik geht aus von Interessen und sieht die Welt durch das Prisma der Interessen. Es sind die Interessen der sozialen Kräfte, auf die sich eine jeweilige Politik stützt (1. Ebene), die aber selbst wieder vom interessierten Standpunkt jener wahrgenommen werden, die in ihrer Macht die gerne die einzig wahre Macht des Volkes sehen wollen (2. Ebene). Dieser notwendige oder zumindest fast unvermeidliche Verkehrsmechanismus muß durch das politische System beherrscht werden. Die Frage ist ja nicht, dass Politiker nicht um der Macht selbst willen Herrschaft ausüben sollen. Dies ist kaum vermeidlich und wäre zu schön, um wahr zu sein. Das Problem liegt darin, wie man erreicht, dass sie um dieser ihrer Macht willen sich nicht völlig davon entfernen, in progressiver Weise die Interessen der grundlegenden sozialen Kräfte zu vertreten. Es ist also sogar ausgeschlossen, dass Wissenschaft die entscheidende unmittelbare geistige Grundlage der Politik hervorbringen würde. Diese ist das politische Bewusstsein, das Bewusstsein der politischen Bewegungen, Organisationen, Apparate, der Politiker selbst Und dieses Bewusstsein muß sich neben Wissenschaft auch noch und viel mehr mit dem politischen Alltagsbewusstsein in Beziehung setzen.

-
2. Relativieren wir die behauptete Beziehung von Wissenschaft und Politik und meinen nun, Wissenschaft produziere zumindest »die« wissenschaftlichen Bezugspunkte von Politik (denn Grundlagen ist offensichtlich völlig überhöht), dann steht sofort die Frage, welche Wissenschaft denn eigentlich? Gerade dann, wenn Alternativen stehen, ist die Wissenschaft selbst alternativ gespalten. H. KISSINGER meinte einmal: Die Politik habe gerade dann den größten Entscheidungsraum, wenn sie über wenige Informationen verfüge. Sei die Information praktisch vollständig, dann wäre die Situation auch so, dass faktisch keine Entscheidungsmöglichkeit mehr bestände. Aus diesem Dilemma hilft auch die Wissenschaft nicht heraus. Sie kann alternative Modelle, kann theoretisch behauptete, nach wissenschaftlichen Standards erzeugte Aussagen über allgemeine Zusammenhänge produzieren. Darin unterscheidet sie sich von anderen Bewußtseinsformen. Sie kann so alternative Horizonte eröffnen, auf die sich politisches Denken in der Suche nach Entscheidungen stützen kann - wenn die Politik will. Sie kann Politik sensibel machen für erfahrungsmäßig nicht absehbare Zukünfte, kann Empfindlichkeiten der Politik unterstützen und rationale begründbar werden lassen. Immer aber nur, wenn politisch geformte Interessen nach solchen Angeboten der Wissenschaft drängen. Und genau diese u. a. höchst anspruchsvollen Funktionen gilt es durch ein System gestaffelter Öffentlichkeit zu sichern.
3. Von ENGELS, diesem Ritter unter den Klassikern, gibt es die edle Behauptung: »Und nur bei der Arbeiterklasse besteht der deutsche theoretische Sinn unverkümmert fort. Hier ist er nicht auszurotten; hier finden keine Rücksichten statt auf Karriere, auf Profitmacherei, auf gnädige Protektion von oben; im Gegenteil, je rücksichtsloser und unbefangener die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen und Strebungen der Arbeiter.«/MEW, Bd. 21, S. 307./ Es war schon gezeigt worden, wie tief der administrative Sozialismus auf die inneren Strukturen von Wissenschaft und Motivationen von Wissenschaftlern gewirkt hat. Es ist auch klar, dass nicht »die« Arbeiterklasse, sondern immer primär deren politische Organisationen mit ihren Machtinteressen auf wissenschaftliche Arbeit wirken. Hier soll auf drei weitere Aspekte hingewiesen werden:

a) Wissenschaftliche Gemeinschaften erzeugen ihre jeweilig spezifischen Trieb- oder Hemmkräfte der Produktion von empirischen Forschungsprozessen, Modellen, Hypothesen, Theorien. Was den

Wissenschaftler dabei bewegt, ist keinesfalls rücksichtslos und unbefangen. Auch hier ist der freie Gebrauch der kritischen Vernunft getrübt. Nur ist – wenn wissenschaftliche Standards wissenschaftlicher Gemeinschaften einigermaßen funktionieren, d. h. die sozialen Strukturen innerhalb der Wissenschaft mit ihren Erkenntnisaufgaben in Übereinstimmung gebracht sind – diese Trübung eine objektiv (nicht unbedingt eben auch subjektiv für den einzelnen) auf wissenschaftliche Erkenntnis gerichtete Trübung. So erscheint wissenschaftliche Tätigkeit im tatsächlich besten Falle vom Standpunkt der Politik oder anderer Außenpositionen als »rücksichtslos«. Von innen gesehen sind die Rücksichten gerade auch der größten Rücksichtslosigkeit oft sehr groß: man will sich einpassen oder herausbeben, will konsequent eine Tradition durchsetzen oder neue bilden usw. Die Kraft des Ehrgeizes kann ungeheuer sein. Aber auch die materieller Rücksichten oder des moralischen bzw. administrativen Zwanges. Wissenschaft ist ein System gesellschaftlicher Verhaltensweisen und hat so eigene Interessen, Hierarchien etc.

- b) *Was vom Standpunkt der Politik das wesentlichste ist, nämlich immer die konkrete Situation, die konkreten Stimmungen, die ganze Besonderheit des Kräfteverhältnisses zu erahnen und in die Strategie einzubauen und diese danach umzuformulieren, immer von Neuem, dies muß oft vom Standpunkt der Wissenschaft als das gerade unwesentliche erscheinen. Jene, die das »Kapital« als politische Richtlinie des »unversöhnlichen« Klassenkampfes oder auch des »Abwartens« bis zum »reinen« Kapitalismus nahmen, sind politisch gescheitert. Selbst die richtigsten wissenschaftlichen Erkenntnisse wären politisch zumeist falsch, nimmt man sie als jene Widerspiegelung der Realität, die der Politik unmittelbar zugrunde zu legen ist.*
- c) *Zumindest die Gewinnung von gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen ist an politische Bewegungen gebunden. Neue wissenschaftliche Problemfelder (und gerade philosophische) sind in hohem Maße davon abhängig, dass die Gesellschaft öffentlich sensibilisiert wird. Gerade dauernde politische Spannungsfelder verschiedener sozialer Kräfte mit ihren aus dem Alltag und der politischen Auseinandersetzung gewonnenen Einsichten und Überzeugungen, Ansprüchen und Gegenansprüchen, Werten und Gegenwerten erzeugen das notwendige geistige Spannungsfeld, aus*

dem das scheinbar »stimmige« gesellschaftswissenschaftliche Wissen des Befragens würdig wird. Daher führt aber auch Sterilität des politischen und geistigen Lebens zu Sterilität der Wissenschaft. Es wird das Bestätigte zum 1000. Mal bestätigt. Auch dies erzeugt Dissertationen A und B, Dozenten und Professoren.

In: Archiv: Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. (4-5). Bestand Michael Brie.

7

Michael Brie

**Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus
Thesen in der Diskussion**

Es seien in diesem Beitrag zwei Fragen umrissen, die untrennbar mit der Verwirklichung eines Programms der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus verbunden sind: 1. Hauptinhalte von Vorstellungen des Sozialismus als eines Monosubjekts 2. Grundrisse zu einer modernen Sozialismustheorie.

**1. Hauptinhalte von Vorstellungen des Sozialismus
als eines Monosubjekts**

In einem langen Prozeß sind seit den fünfziger Jahren wesentliche Schritte zur Überwindung einer Sozialismuskonzeption getan worden, deren Wesen im Paradigma vom Sozialismus als einem Monosubjekt angesehen werden kann. Der Grundgedanke dieses heute grundsätzlich überholten, wenn auch noch nicht endgültig überwundenen Paradigmas bestand in der theoretischen Zurückführung aller Subjekte der Gesellschaft auf ein einziges Subjekt – auf die Gesamtgesellschaft in ihrer staatlichen Form. Alle gesellschaftlichen Verhältnisse wurden am »Ideal« einfacher organisatorischer Beziehungen der administrativen Unterordnung unter das Gesellschaftsganze bei der Realisierung der gesamtgesellschaftlichen Zwecke gemessen.

Die Entwicklung dieses Paradigmas zur herrschenden Gesellschaftsvorstellung ist einerseits aus der Widersprüchlichkeit des theoretischen Erbes des Marxismus-Leninismus selbst zu erklären sowie andererseits aus den praktischen Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion und einer Reihe anderer Länder. Diese Bedingungen drängten, das sozialistische geistesgeschichtliche Erbe zumeist höchst einseitig zu rezipieren.

Eine Gefahr, die auch heute noch besteht, ist die dogmatische Identifikation der Darlegungen von Marx, Engels und Lenin über die Mittel, mit

denen das Ziel der Arbeiterbewegung zu erreichen ist, mit dem Ziel selber. Es gibt heut mehr Grund als jemals zuvor – und dies einigt bewusst oder unbewußt alle progressiven Bewegungen –, die letztlich Richtung gesellschaftlichen Fortschritts mit der klassisch gewordenen Formel auszudrücken: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist.«¹ Wie tief das alte sozialismustheoretische Paradigma des Primats des Ganzen über die Individuen in die Köpfe eingedrungen war, beweist St. Hermlins Bekenntnis, dass er lange Jahrzehnte diesen Satz in der gegensätzlichen Diktion (die freie Entwicklung aller als Bedingung der freien Entwicklung eines jeden) gelesen habe.²

Daß die Mittel zur Erreichung dieses Ziels historisch sind und sich im Maße gesellschaftlicher Veränderungen tiefgreifend modifizieren können, war für Marx, Engels und Lenin eine Selbstverständlichkeit. Gerade daraus erwuchs ihre Zurückhaltung gegenüber der Konstruktion einer idealen Gesellschaft am grünen Tisch. Trotzdem lassen sich in ihren Werken doch Elemente utopischen Denkens finden³, die m. E. vor allem daraus resultieren, dass lange Zeit die Frage ungenügend berücksichtigt wurde, mit welchen Mitteln die Komplexität der durch den Kapitalismus freigesetzten gesellschaftlichen Kräfte so beherrscht werden kann, dass diese Freiheit dabei nicht zurückgenommen und zerstört wird.⁴ Letztlich geht es dabei um das Problem, wie in der neuen Gesellschaft die im Kapitalismus hervorgebrachten ersten Errungenschaften moderner Gesellschaften zur vollen Entfaltung gebracht werden können.

Es lassen sich deutlich zwei eng nebeneinanderliegende widersprüchliche Traditionslinien der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen zeigen, die sich auch in den Werken von Marx, Engels oder Lenin widerspiegeln. Einerseits lässt sich eine starke Tendenz nachweisen, die vom Kapitalismus freigesetzten Mächte durch Unterordnung unter das hierarchisch organisierte Klasseninteresse zu bändigen.⁵ Die Konstituierung der Arbeiterklasse als Klasse gegen die Bourgeoisie war notwendig damit verbunden, die inneren Interessenunterschiede und Vielfalt der Subjekte teilweise rigid dem gemeinsamen Ziel unterzuordnen.⁶

Die unmittelbare Funktion dieser Form der Vergesellschaftung – die Unterordnung aller unter den Kampf gegen das Kapital – ist am Anfang dieses Jahrhunderts ein notwendiger historischer Ausgangspunkt für eine fundamental neue weltgeschichtliche Situation gewesen: Erstens war sie Voraussetzung für den Übergang zu einer frühen historischen Form des

Sozialismus zuerst in Russland und dann in einem ganzen Staatensystem. Zweitens schufen dies und die tiefgreifenden Krisen des Imperialismus, die Entstehung des Faschismus und die Katastrophen beider Weltkriege auch im Kapitalismus eine grundlegend neue Situation.

Das Kapital musste nach 1945 und muß mehr noch am Ausgang dieses Jahrhunderts die Erkenntnis strategisch umsetzen, dass es seine sozial-ökonomische Stabilität angesichts dieser Tatsachen nicht mehr durch die bloße Unterordnung der Arbeiterklasse erreichen kann. Es entsteht neben der weiterbestehenden Tendenz der gewaltsamen Unterordnung der Arbeiterklasse der Zwang zur Herstellung eines relativ breiten Interessenskonsensus mit der Arbeiterklasse und anderen sozialen Subjekten. Dies macht es in bestimmtem Maße möglich, im Resultat vielfältigster Kämpfe und in deren Ergebnis erfolgreicher Wandlungsprozesse schon im modernen Kapitalismus vielfältig gegliederte, auf mannigfaltige Entwicklung orientierte soziale, politische und geistige Subjekte gesellschaftlichen Fortschritts zu formieren und diesen Fortschritt auch mehr oder minder zu verwirklichen.

Aus der Entwicklung der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts selbst erwuchs notwendig eine Tendenz in der theoretischen Reflexion, die die Befreiung von Ausbeutung utopisch identifizierte mit einer zukünftigen »Harmonie« des unmittelbaren Zusammenfallens der Interessen aller gesellschaftlichen Subjekte. Damit verschwand das zentrale Problem moderner Gesellschaften – das der Vermittlung der Produktion und Reproduktion einer Mannigfaltigkeit von selbständigen Subjekten, die in den verschiedenartigsten gesellschaftlichen Teilbereichen zugleich tätig sind, ohne in deren »Logik« aufzugehen. Von dieser harmonistischen Illusion unmittelbarer Identität aller Subjekte, der auch Marx in bestimmtem Maße anhing, müssen wir uns mit aller Entschiedenheit lösen, um den neuen Entwicklungsnotwendigkeiten gerecht zu werden.⁷

Neben dieser Tendenz im sozialistisch-kommunistischen Gedankengut der Arbeiterbewegung gab es stets auch eine klare Orientierung auf die Freisetzung der gesellschaftlichen Kräfte, den Wettstreit, die Herausbildung einer auf der unterschiedlichen Entfaltung der eigenen Fähigkeiten begründeten Ungleichheit bei Nutzung von Formen, die durch die moderne bürgerliche Gesellschaft hervorgebracht wurden. Marx ging davon aus, dass die Arbeiterklasse sich eben nicht primär durch ihren Klassengegensatz zur Bourgeoisie formiert, die Individuen nicht nur als Durchschnittsindividuen an dem Klassenverhältnis teilhaben, sondern als Individuen selbst.⁸ Die Proletarier assoziieren sich, so Marx in normativer Gewissheit,

»um persönlich zur Geltung zu kommen«⁹. Wesentliche Vertreter dieser Gedankenströmung wurden aber lange Zeit nur als kleinbürgerliche Sozialisten bzw. später als Reformisten und Interessenvertreter der Arbeiteraristokratie klassifiziert, ohne dass die darin vertretene Grunderkenntnis von der Notwendigkeit der positiven Aufhebung des Kapitalismus, der Bewahrung und vollen Entfaltung der individuellen Freiheit und der Selbständigkeit der gesellschaftlichen Teilbereiche in ausreichendem Maße in die kommunistische Traditionslinie der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts aufgenommen worden wäre.

Deutlich treten die genannten gegensätzlichen Tendenzen auch in der Entwicklung der sozialismustheoretischen Positionen von Lenin zutage. 1917 sieht er angesichts des durch den Krieg bedingten stark zentralisierten russischen und deutschen Staatskapitalismus den unmittelbaren Übergang zum Sozialismus in der Umorientierung dieses Staatskapitalismus auf die Interessen der Arbeiterklasse, in der Verwandlung aller Werktätigen in Angestellte eines allumfassenden Staatssyndikats.¹⁰ Die während des Kriegskommunismus gewonnenen Erfahrungen des Versuchs der Realisierung dieser Konzeption einer totalen Verstaatlichung und Verwandlung aller Beziehungen (einschließlich der zu den Bauern) in rein administrative Beziehungen der Über- und Unterordnung, des Ersatzes des Tauschs durch bloße Verrechnung usw., die damit verbundene völlige Naturalisierung und Bürokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse führten Lenin zu der Erkenntnis, dass durch ein solches System die entscheidendste gesellschaftliche Triebkraft, das persönliche Interesse, d. h. die Quelle aller Entwicklung moderner Gesellschaften, in ihrer Grundlage zerstört wird. Daraus erwuchs die von ihm in einer der letzten Arbeiten formulierte, aber theoretisch nicht zu Ende entwickelte These: »Aber ein System zivilisierter Genossenschaftler (im russischen Original: »kooperatory«) bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln, bei Klassensieg des Proletariats über die Bourgeoisie – das ist das System des Sozialismus.«¹¹ Es ist diese Suchrichtung, die auf das Engste mit der Entwicklung der Leninschen Überlegungen des Aufbaus des Sozialismus vor allem durch N. Bucharin verbunden ist.¹²

Damit aber ist natürlich von Lenin gerade erst – in direkter Aufarbeitung von sozialistischen Ideen der modernen Kooperativbewegungen, deren Werke er zu diesem Zwecke auf dem Krankenbette studierte – eine Suchrichtung formuliert worden, um an die Stelle der einfachen Unterdrückung des persönlichen Interesses die Frage nach der Herstellung einer produktiven Verbindung der persönlichen und gesellschaftlichen Inter-

essen zu stellen. In den Mittelpunkt rückte damit die Entwicklung von Formen, in denen die höchstmögliche Freisetzung der persönlichen und kollektiven Interessen in die entscheidendste Bedingung der Entwicklung der Gesamtgesellschaft umgewandelt wird.

Wenn historisch konkret über die Herausbildung des Sozialismus und damit über das Entstehen der besonderen Struktur seiner Subjekte, deren Interessen und Formen, diese bewusst zu machen und durchzusetzen, gesprochen wird, dann muß berücksichtigt werden, dass vor der Sowjetunion wie auch später vor einer Reihe anderer Länder gesellschaftliche Aufgaben standen, die im wesentlichen der »Vorgeschichte« des Sozialismus angehören. Eine alle vorkapitalistischen Subjekte umwälzende Veränderung ihrer materiell-gegenständlichen, ökonomischen, kulturellen, politischen und geistigen Produktions-, Kommunikations- und Lebensweise war nur partiell und sehr ungleichmäßig erfolgt. Die Bolschewiki ergriffen 1917 die Macht, obwohl gerade die kulturellen Voraussetzungen dieser Herrschaft der Werktätigen über ihren eigenen Reproduktionsprozeß unter den Bedingungen moderner Produktion, d. h. die Subjekte dieser Herrschaft, erst noch zu schaffen waren.

Vom Standpunkt des »orthodoxen« Marxismus war die Oktoberrevolution eindeutig eine nichtklassische sozialistische Revolution, in deren Mittelpunkt die Verwirklichung eines bäuerlich-sozialrevolutionären, teilweise noch volkstümlicheren Programms unter Hegemonie einer kommunistischen Partei stand.¹³ Der Sozialismus kam zuerst fast sprichwörtlich über den Hinterhof des Kapitalismus. Der Sieg der Bolschewiki war nur dadurch möglich, dass sie unter dem Eindruck der Forderung der noch teilweise in archaischen Verhältnissen und Bewußtseinsformen befangenen Kassen (Klassen, Kasten?) von einem strikt sozialistischen Programm (Schaffung von großen Musterwirtschaften aus allen großen Gütern unter Kontrolle der Landarbeiter)¹⁴ zu einem Programm übergingen, das in hohem Maße an der vorkapitalistischen russischen Gemeinde, der »mir«, anknüpfte. Das Wesen dieses Programms bestand in unmittelbarer Aufnahme der Wähleraufträge der Bauern, die in »der entschädigungslosen Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden jeder Art einschließlich des Bauernlands« und »in der ausgleichenden Verteilung des Grund und Bodens an die Werktätigen mit periodisch vorzunehmenden Neuaufteilungen«¹⁵ gipfelten.

Man muß die Spezifik der Oktoberrevolution kennen, um das ihr eigene Verhältnis von Ideal und Wirklichkeit, heroischer Illusion und realen Interessen zu begreifen. Zu nennen wäre z. B. die ungeheure Wucht des re-

volutionären Aufbruchs des russischen Volkes, das mit der Überwindung der letzten Reste des Feudalismus und der zaristischen Selbstherrschaft zugleich die schon entstandenen Widersprüche des Kapitalismus zu lösen suchte. Dazu gehört auch die untrennbare Verbindung des Protests, der aus der nicht zu unterschätzenden Macht der Traditionen des erst teilweise aufgelösten russischen bäuerlichen Gemeinwesens erwuchs und sich gegen Privateigentum und Individualität überhaupt richtete, mit dem Protest, der auf dem Boden des Kapitalismus selbst gegen dessen Ausbeutung erwachsen war. Dabei ist weiterhin zu berücksichtigen, dass der russische Kapitalismus sehr jung und sehr aggressiv in seinem Verhältnis zur Lohnarbeit war und die Züge der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals mit extremen imperialistischen Methoden verschmolz. Aus dieser Verbindung von noch teilweise archaischen gesellschaftlichen Verhältnissen des sich erst auflösenden naturwüchsigen Gemeineigentums mit kapitalistischen und imperialistischen, spezifisch russisch nationalen wie internationalen Entwicklungstendenzen¹⁶ erwuchs die verbreitete Vorstellung, sofort und ein für alle mal die alte Gesellschaft mit ihren Wurzeln auszurotten und auf leerem Felde eine neue zu erbauen.

Die Härte des Widerstandes der inneren und äußeren Konterrevolution drängte während des Bürgerkrieges von 1918 bis 1920 geradezu drauf hin, alles zu verstaatlichen. Industrie und auch Landwirtschaft einer extremen direktiven Regelung aus einem Zentrum zu unterwerfen, das Geld abzuschaffen, den Handel zu verbieten und »unmittelbar kommunistische Verhältnisse« durchzusetzen. Es ist ein reales historisches Paradoxon: Gerade in diesem so absoluten, scheinbar so rein »kommunistischen« Gegensatz zum Kapitalismus erwies sich die Macht der vor- und frühkapitalistischen Vergangenheit. Es verbreitete sich in dieser Situation ein Ideal des Kommunismus, das in hohem Maße durch die Zurücknahme der Errungenschaften des Kapitalismus charakterisiert war.¹⁷

Angesichts der ungeheuren Brisanz des zu lösenden Widerspruchs, den Sozialismus in der Sowjetunion »nicht auf direktem Wege vorbereiten« zu können, ergaben sich zwei reale historische Alternativen: Einerseits konnte versucht werden, die Interessen aller vorhandenen sozialökonomischen Subjekte (einschließlich der in bestimmtem Maße wiederentstehenden Klasse der Kapitalisten) für diesen mittelbaren Aufbau des Sozialismus zu nutzen. Freisetzung der persönlichen Interessen in allen Wirtschaftsformen und deren Einordnung in einen sozialistischen Entwicklungsweg durch einen regulierten Markt (Preise, Kredite, Steuern, Aktien, den Staatshaushalt) waren die Elemente einer solchen »Neuen ökonomischen

Politik« der Entwicklung eines »eigentümlichen Staatskapitalismus«, bei dem der sozialistische Staat Grund und Boden und die wichtigsten Teile der Industrie in seinen Händen hält.¹⁸ Die politischen Bedingungen dafür wären die Entfaltung der demokratischen Macht der Sowjets und der Rechtsstaatlichkeit, Öffentlichkeit und eine auf der bewusst angewandten Dialektik gegründete Politik der Verbindung (und nicht der Beseitigung) der Gegensätze gewesen.¹⁹ Genau diese politischen, rechtlichen und geistigen Bedingungen wurden nicht im notwendigen Maße geschaffen. Die andere Alternative, die sich Ende der zwanziger Jahre praktisch durchsetzte und die NÖP beendete, war die Tendenz, extensive Reproduktion, Industrialisierung, militärische Stärkung und die Beseitigung aller vom Staat relativ selbständigen gesellschaftlichen Klassen, Schichten und Kräfte mit den Kräften zentraler Verwaltung, staatlicher Administration, revolutionären Enthusiasmus und oftmals brutalem Zwang durchzusetzen. Nach Kämpfen innerhalb der Führung der Bolschewiki und auf dem sozialökonomischen und politischen Hintergrund von Kämpfen zwischen der zunehmend bürokratisierten Staatsmacht und den auf den Leninschen Kurs der NÖP und sozialistischer Demokratie ausgerichteten Kräfte inner- und außerhalb der Partei sowie mit den Kulaken wie aber auch mit der Mittelbauernschaft entstand ein in hohem Maße bürokratisches »System des Administrierens und Kommandierens«.²⁰

Unter den kurz gekennzeichneten spezifisch russischen Bedingungen war ein historischer Boden für die Verbreitung rohkommunistischer Vorstellungen gegeben, wobei zugleich an die in Russland starken Ideale eines allmächtigen Staates als eigentlich vorwärtstreibender Kraft angeknüpft werden konnte. Damit waren Voraussetzungen für die Durchsetzung einer »staatsabsolutistischen« Variante rohkommunistischer Ideen gegeben. Die unter den z. Z. viel untersuchten historischen Umständen in der Sowjetunion Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre endgültig zur Dominanz gelangte Tendenz der Verstaatlichung aller gesellschaftlichen Kräfte, Fähigkeiten und Verhältnisse wurde im Paradigma vom »Sozialismus eines staatlichen Monosubjekts« zum Dogma erhoben und hatte so tiefgreifende Auswirkungen auf die internationale Sozialismustheorie. Nicht neue Formen der Freisetzung aller selbständigen Kräfte der Individuen, Kollektive, Klassen und Schichten auf neuer, sozialistischer Grundlage, nicht die Entfaltung ihrer Eigenständigkeit und Eigeninteressiertheit, sondern die oft zwanghaft durchgesetzte Reduktion aller Tätigkeit auf die Realisierung gesamtgesellschaftlicher Notwendigkeiten wurde als eine höhere Form gegenüber dem Kapitalismus ausgegeben. Diese Notwendigkeiten mussten

selbst nicht in einem demokratischen und öffentlichen Prozeß begründet werden und waren so oft nur pseudogesamtgesellschaftlich.

Die historisch erste Negation des Kapitalismus war unter den Bedingungen der UdSSR notwendig teilweise mit einem Rückfall hinter weltgeschichtliche Errungenschaften des Kapitalismus verbunden. Die Enteignung der Kapitalisten war keinesfalls identisch mit der Aneignung der Produktionsmittel durch alle Werktätigen. Da alle moderne Freiheit, Initiative, Disziplin und Selbständigkeit auf individueller und eigenverantwortlicher Aneignung (und sei es nur des individuellen Arbeitsvermögens) in vergesellschafteten Produktionsformen gegründet ist, widerspricht die zentralistische Verstaatlichung dieser Produktionsmittel sogar der historisch langfristigen Entwicklungsrichtung gesellschaftlichen Fortschritts, kann unter bestimmten Bedingungen aber eine Stufe sein, »die notwendig ist zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung, eine Stufe, um weiter vorwärtsschreiten zu können«²¹.

Die grundlegende Schwäche des Konzepts vom Sozialismus als eines staatlichen Monosubjekts lag in seinem Unvermögen, die entscheidende welthistorische Errungenschaft des Kapitalismus, die ihn zu einer modernen Gesellschaft macht, – das in relativ selbständigen gesellschaftlichen Teilbereichen der Ökonomie, Politik, des Rechts, der Wissenschaft, Bildung u. a. tätige doppelt freie Privatindividuum – dialektisch in der Vorstellung vom Sozialismus aufzuheben, d. h. zu bewahren in einer höheren Form.²² Man darf nie vergessen, dass der seine eigenen Existenzbedingungen ständig revolutionierende Kapitalismus mit seiner primär in den Dienst der Ausbeutung gestellten Fähigkeit zu sich beschleunigenden Zyklen innovativer Reproduktion, zu Rationalität, Effektivität, Demokratie und Öffentlichkeit wesentlich darauf beruht, dass die Masse der unmittelbaren Produzenten in private, persönlich unabhängige Besitzer ihrer Arbeitskraft verwandelt wurden. Die neuen Formen der Entfaltung dieses privaten Besitzes durch die Möglichkeit der Aneignung wesentlicher persönlicher Reproduktionsbedingungen (Haus oder Wohnung, Auto, komplizierte technische Dienstleistungssysteme, moderne Informationsmittel) sowie von Aktien u.a. sind unter den Bedingungen der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution keinesfalls einfach ein böser Trick neokonservativer Politiker, sondern stellen auch einen unumkehrbaren Prozeß der Entfaltung individuellen Eigentums als Bedingung von Eigenverantwortung, hoher Arbeits- und Lebenskultur, Schöpferertum und Risikobereitschaft im Dienste der kapitalistischen Reproduktion dar.

2. Grundrisse zu einer modernen Sozialismustheorie

Praktischer Ausgangspunkt der Arbeit an sozialismustheoretischen Konzeptionen muß heute die Erkenntnis sein, dass man den notwendigen qualitativen Wandlungsprozeß des Sozialismus vorbehaltlos unter folgendem kategorischen Imperativ denken muß: Wie können im Sozialismus solche gesamtgesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Subjekte weiterentwickelt bzw. hervorgebracht werden, die 1. Interessiert und 2. Befähigt sind, die in Zusammenarbeit und Wettbewerb mit dem modernen Kapitalismus anstehenden revolutionären Veränderungen der Produktivkräfte durchzusetzen, dabei einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der globalen Probleme zu leisten und weltweit mit am Aufbau eines Systems internationaler Zusammenarbeit mitzuwirken? Dazu wurden im einführenden Beitrag einige Ausführungen gemacht.

Die Entwicklung der Parteistrategie in verschiedenen sozialistischen Ländern, die Erfahrungen bei der Gestaltung des Sozialismus unter neuen Bedingungen, die Sicherung geistigen Vorlaufs für praktische Wandlungen drängen heute nach einer solchen Stufe der konzeptionellen Verallgemeinerung in der Sozialismustheorie, die alle jene Tendenzen aufgreift, die in strategischen Dokumenten der kommunistischen Parteien sozialistischer Länder, im Ensemble der Gesellschaftswissenschaften und der künstlerischen Widerspiegelung sowie im Alltagsbewußtsein entstanden sind.²³ Einige mögliche Richtungen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus seien im folgenden skizziert:

Produktivkräfte und Vergesellschaftung

Die gesamte Produktivkraftentwicklung wurde in früheren Vorstellungen, deren Nachwirkungen wir in der praktischen Politik gerade auch in den siebziger Jahren noch beobachten konnten, ihrer historischen Tendenz nach auf die wachsende Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften in riesigen, zentral gesamtstaatlich leitbaren Großbetrieben reduziert. Davon ausgehend erschien Vergesellschaftung des gesamten gesellschaftlichen Lebens letztlich als Prozeß der stets wachsenden Konzentration aller gesellschaftlichen Kräfte in den Händen des Staates als Vertreter der Gesamtgesellschaft.

Die heutige wissenschaftlich-technische Revolution führt aber keinesfalls zu einer einfachen Fortsetzung von Konzentration und Zentralisation sowie Vereinfachung der Arbeitsinhalte, sondern ist zumindest durch

folgende Tendenzen gekennzeichnet: **1.** Die wachsende Bedeutung langfristiger komplexer Planentscheidungen für die Beherrschung globaler, regionaler und nationaler Innovationszyklen; **2.** die Fähigkeit großer Wirtschaftseinheiten zur Gestaltung relativ geschlossener besonderer Innovationszyklen von der Wissenschaft bis zum Absatz und zur Rekonstruktion; **3.** die Herausbildung schöpferischer verantwortungsvoller Kollektivität und die entsprechende Gestaltung der Arbeitsorganisation; **4.** das Werden wissenschaftlich gebildeter, kulturell entfalteter Individualität zu einer massenhaften Hauptproduktivkraft.

Mit der heutigen wissenschaftlich-technischen Revolution wird das ständige Entstehen, Verbreitern, Durchsetzen und Ablösen von Innovationen größerer und kleinerer Reichweite zur normalen Reproduktionsform der Produktivkräfte. Alle gesellschaftlichen Strukturen müssen auf Hervorbringen und gesellschaftliche Beherrschung von neuen Entwicklungen ausgerichtet sein. Hierher gehört zweifelsohne auch die neue Rolle kleiner und mittlerer Betriebe in den traditionellen wie aber auch zunehmend in den mit der wissenschaftlich-technischen Revolution engstens verbundenen Industriezweigen.

Es bildet sich die Produktivkraftmöglichkeit für die Ablösung des Vergesellschaftungstyps der stets höheren Konzentration und Zentralisation heraus. Das bewusste und zunehmend gerade horizontal zu sichernde Zusammenwirken in ihrer Entwicklung stark selbständiger Produktivkraftsubjekte erhält neue Entfaltungsmöglichkeiten. Die modernen Informations- und Kommunikationsmittel erlauben die direkte (und nicht erst post festum über die spontanen Kräfte eines unbekanntes Marktes oder die Detailanweisungen eines Zentrums vermittelte) Ko-Entwicklung dieser produktiven Subjekte, ermöglichen den unmittelbaren und solidarischen Austausch von Entwicklungspotenzen materieller wie zunehmend auch geistiger Art. Die Softwareproduktion ist dafür ein markantes Beispiel. Zentraler Koordination bedürfen dann »nur noch« die Grundstruktur der Volkswirtschaft als Ganzer und die proportionale Sicherung der allgemeinen übergreifenden Entwicklungsmöglichkeiten.

Sozialistisches Eigentum und Leistungsprinzip

Im alten sozialismustheoretischen Paradigma war die Vorstellung von Vergesellschaftung durch Zentralisation eng verbunden mit der Idee von der »vollen« Übereinstimmung der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit den derart »zentralistisch« gedachten Produktivkrafttendenzen. Sozi-

alistisches Eigentum wurde daher auf die unmittelbare und absolute Verfügung eines Subjekts, des sozialistischen Staates über alle produktiven gesellschaftlichen Kräfte reduziert. Betriebliche Kollektive und Individuen erschienen auch ökonomisch nur als Stellvertretersubjekte, als mit der Durchsetzung zentral vorgegebener Aufgaben beauftragte »Organe« des Staates ohne eigene positive Interessen. Dem stand ein bestimmter anfänglicher revolutionärer Aufschwung von Selbständigkeit, Initiative und eigenen Organisation der Werktätigen gegenüber. Schon in den vierziger Jahren gab es heftige Diskussionen, in denen letztlich jeder Gedanke von einer relativen Verselbständigung der staatlichen Betriebe als Eigentümer sofort zum Revisionismus erklärt wurde. Zugespißt formulierte A. Jakowlew vor kurzem dazu: »Monoeigentum und Monomacht sind noch kein Sozialismus. All das gab es noch (schon?) im alten Ägypten.«²⁴

Heute aber ist deutlich geworden, dass die mit dem Sozialismus verbundene Identität von Produzenten und Eigentümern nur dann jeweils historisch auch progressiv ist, wenn sich jedes der mannigfaltigen Subjekte der Produktivkräfte des Sozialismus möglichst vor allem jene Resultate der Produktion aneignet, die für die Ausübung seiner konkreten und sich mit den Produktivkraftrevolutionen wandelnden produktiven Funktionen jeweils entscheidend sind. Aus dieser Aneignung müssen vor allem jene Interessen und jene Fähigkeiten erwachsen, die die Subjekte der Produktivkräfte und der Ökonomie durch eigene Entwicklung zum höchstmöglichen Beitrag zur Entwicklung aller treiben und ihn ermöglichen. Gesellschaftliches Eigentum kann sich perspektivisch dann aber auch nicht mehr primär durch administrativ gesicherte Unterordnung unter ein Zentrum realisieren. Beim Übergang zum modernen Sozialismus treten bei der Durchsetzung der Strategien der Produktivkraftentwicklung, der Steigerung der Effektivität und des sozialen Fortschritts die sog. »ökonomischen« Leitungsmethoden stärker in den Vordergrund. Es sind Methoden, in denen die Koordination von gesamtgesellschaftlicher, kollektiver und individueller Entwicklung durch das Anknüpfen an die besonderen sozialökonomischen Interessen der selbständigen Eigentumssubjekte erfolgt.

Man sollte aber nicht der Illusion verfallen, dass die gesamtgesellschaftlichen Interessen eine einfache Summe der kollektiven und individuellen Interessen bilden würden. Deshalb kann es aber auch kein rein durch indirekte, »ökonomische« Methoden der Leitung erfolgende Führung der volkswirtschaftlich strukturbestimmenden ökonomischen Subjekte (z. B. Kombinate) geben. Administrative Verhältnisse sind auch in der Ökonomie in bestimmtem Maße notwendige Formen der Durchsetzung gesamt-

gesellschaftlicher Interessen. Es geht also nicht um die Beseitigung der administrativen Leitungsmethoden durch zentrale gesellschaftliche Organe schlechthin, sondern erstens um die Entwicklung eines umfassenden Systems ökonomischer Regulierung für jene Prozesse und insoweit, wie einerseits möglichst stark gesellschaftliche Energien freigesetzt werden und andererseits deren gesellschaftliche Beherrschung noch gesichert ist. Dies sind widersprüchliche Anforderungen an das Verhältnis von administrativer und »ökonomischer« Regulierung. Zweitens geht es um die weitere tiefgreifende Demokratisierung der gesamten Leitung der Volkswirtschaft.

Damit ist eine dreifache Aufgabe gestellt: 1. ist eine Produktionsverhältnisentwicklung nötig, die mächtige Interessen ökonomischer Subjekte hervorbringt, um deren Handeln auf eine sozial, ökologisch und human ausgerichtete globale Produktivkraftgestaltungskonzeption zu orientieren, 2. bedarf es der auf solchen Innovationen gegründeten Verbindung von Gesellschafts-, Kollektiv- und Individualentwicklung auf einer höheren Stufe der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und 3. müssen dazu die eigenständigen, nicht pragmatisch zu verkürzenden Triebkräfte eines modernen Wirtschaftsmechanismus und moderner Demokratie und Öffentlichkeit auf sozialistische Weise voll entfaltet werden.

Mit den schon genannten Tendenzen der Produktivkraftrevolution sind mindestens schon vier Produktivkraftsubjekte umrissen, die sich zugleich als sozialistische Subjekte der Aneignung und folglich des Eigentums entfalten müssen. Gesellschaftliches Eigentum ist damit in neuer Weise als Verhältnis produktiver Aneignung der Resultate der gesellschaftlichen Entwicklung durch diese gegensätzlichen Subjekte der Produktion (durch die Gesamtgesellschaft, die verschiedensten kollektiven Subjekte vom Kombinat bis zur Brigade und die Individuen) zu verstehen. Selbst die Menschheit als Ganzes muß bei aller Gegensätzlichkeit perspektivisch zum selbstbewussten Subjekt der Aneignung werden. Die mit dem heutigen Stand der Vergesellschaftung real erreichte Gemeinschaftlichkeit der Produktionsbedingungen, auf die sich alle diese gegensätzlichen Subjekte beziehen, fordert, dass die Entwicklung jedes einzelnen Subjekts auf der Grundlage und durch Entwicklung dieser gemeinsamen Bedingungen zugleich – und zwar wesentlich unmittelbarer als heute – zur Voraussetzung der Entwicklung aller wird. Interessenübereinstimmung kann deshalb auch nicht mehr als abstrakte Identität aller Interessen, sondern nur noch als ein solches Verhältnis der gegensätzlichen Subjekte des Eigentums gedacht werden, wo die Verwirkli-

chung des eigenen Interesses zunehmend unmittelbar Interessen der anderen Subjekte realisiert.²⁵

Die Bildung und schrittweise Entwicklung der Kombinate ist charakteristisch dafür, dass die aktive Gestaltung der Rechts- und Produktionsverhältnisse die unmittelbare Bedingung für die Schaffung neuer Produktivkraftsubjekte und ihrer Beziehungen zueinander ist. (Auch wenn dies durch die mangelhafte Beherrschung der nicht durch administrative Unterstellung gesicherten Kooperationsbeziehungen beeinträchtigt ist.) Mit der auch rechtlich sich ausdehnenden Zuordnung aller Fonds, die notwendig sind für die Realisierung relativ geschlossener komplexer Erneuerungsprozesse von Wissenschaft bis zum Absatz und dem Außenhandel, von qualitätsbestimmenden Zulieferungen bis zum Endprodukt, mit der auf dieser Basis möglich gewordenen Entwicklung der Kombinate als besonderer ökonomischer Einheiten der Produktion und Aneignung, mit der Beherrschung des Reproduktionsprozesses als eines eigenen Entwicklungsprozesses (einschließlich der eigenverantwortlichen Verfügung über wesentliche Fonds der Akkumulation und sozialen Entwicklung) wurden zugleich neue Subjekte der Produktivkraftentwicklung wie des sozialistischen Eigentums mit volkswirtschaftlicher Verantwortung geschaffen. In diesem Zusammenhang seien auch die Verstärkung des Kollektiveigentums in der landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktion sowie die Entwicklung des individuellen Handwerks erwähnt.

Unter dem Gesichtspunkt dieser Entwicklungen gewinnt der folgende zentrale Marxsche Gedanke eine neue Bedeutung: »... die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation ... Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf der Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.«²⁶ Es soll hier die Frage formuliert werden, ob der Widerspruch von Unterordnung einer Menge von Produktionsinstrumenten unter jedes Individuum und des Eigentums unter alle²⁷ nicht darin seine Bewegungsform findet, dass die verschiedensten ausbeutungsfreien Eigentumsformen an den Produktionsbedingungen so verbunden werden, dass die Entwicklung der individuellen, kooperativen und des staatlichen Eigentümers die Bedingungen für die Entwicklung der Gesamtheit der Eigentümer hervorbringt. Dabei wären die durch die Produktivkräfte gegebenen Möglichkeiten zur individuellen und kollektiven Fähigkeitsentwicklung und Aneignung in allen Eigentumsformen wie aber auch die Sicherung der notwendigen Entfal-

tung der gesamtgesellschaftlichen Produktionsbedingungen und der dazu erforderlichen gesamtgesellschaftlichen Aneignung voll auszuschöpfen. Sozialistischer gesellschaftlicher Besitz aller Werk tätigen an den Produktionsmitteln würde dann die solidarische Vermittlungsform von individuellen, kooperativen und gesamtgesellschaftlichen Eigentümern begründen, wäre ein spezifisches Entwicklungsverhältnis mannigfaltiger freier Eigentümer, die durch eigene Arbeit im eigenen Interesse zugleich die Bedingungen der Entwicklung aller produktiven Eigentümer hervorbringen.

Dabei ist zu begreifen, dass Eigentum solcher mannigfaltigen Subjekte an vergesellschafteten Produktionsbedingungen nicht als absolute Verfügung eines jeden Subjekts über eine dinglich völlig abgrenzbare Menge von Produktionsmitteln zu verstehen ist. Moderne Eigentumsverhältnisse verlangen überhaupt den Bezug sehr verschiedener Subjekte auf ein und dieselben Fonds mit je besonderen ökonomischen, rechtlichen und politischen Pflichten und Rechten.²⁸ Die Vielfalt der Eigentumsformen und ihre komplexe innere Struktur sowie ihre durch moderne ökonomische Regulierungsformen, Demokratie und Öffentlichkeit gesellschaftlich geführte Entwicklung ist m. E. gerade ein spezifisches Merkmal der qualitativ höheren Ausprägung des sozialistischen Eigentums in der gegenwärtigen Epoche. »Die Vereinigung der persönlichen und gesellschaftlichen Interessen ... wird nur erzielt, wenn das allgemeine sozialistische Volkseigentum zu einem Teil, in irgendwelchen Formen zugleich zum Eigentum der kollektiven und individuellen Produzenten wird.«²⁹

Die Zurückdrängung und Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums muß entsprechend dieser Auffassung tendenziell die Individuen als Basissubjekte des gesellschaftlichen Eigentums setzen. Alle Eigentumsformen sind vor allem als Vermittlungsformen der Entwicklung dieser grundlegenden Eigentumssubjekte zu entfalten. Die Magistrale der welthistorischen Entwicklung der Eigentumsformen liegt dann auch nicht in der endgültigen Verstaatlichung des Eigentums an allen Produktionsbedingungen, sondern in der Entfaltung von individueller Aneignung und ihr gegenüber abgeleiteter individueller, kollektiver und gesamtgesellschaftlicher Eigentumsformen als Grundlage der vollen Freisetzung der gesellschaftlichen Fähigkeiten, Bedürfnisse und Genüsse der Individuen - dem letzten Reichtum und der treibenden Kraft des Fortschritts. Entfaltung individueller Freiheit und Entfaltung des individuellen Eigentums (im genannten Sinne) bedingen sich. Gesellschaftliche Freiheit wie gesellschaftliches Eigentum werden zunehmend als abgeleitete Bedingung derselben entwickelt werden müssen. Auf der Grundlage dieses Eigentumsverständ-

nisses kommt der umfassenden rechtlichen Regelung der Reproduktions- und Entwicklungsverhältnisse der gegensätzlichen Eigentumssubjekte zueinander ein zentraler Stellenwert zu.

Das sozialistische Leistungsprinzip (»jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen!«) kann davon ausgehend als die progressive Vermittlungsform dieser Widersprüchlichkeit der Verhältnisse der sozialistischen Eigentümer zueinander verstanden werden. Als grundlegendes Distributionsverhältnis besitzt das Leistungsprinzip eine Doppelfunktion: Einerseits verteilt es die jeweilig gesellschaftlich vorhandenen Produktionsmittel an diejenigen Produzenten, die über die entwickeltsten Fähigkeiten zu deren produktiver Anwendung verfügen. Andererseits vermittelt es die Aneignung jener Resultate der Produktivkraftentwicklung durch diese Produzenten, durch die diese entsprechend ihrer bewiesenen Leistung sich selbst wieder höher entwickeln können. Das sozialistische Leistungsprinzip wirkt erst dann, und dies ist eine der entscheidendsten Aufgaben des Übergangs zu einer höheren Stufe des Sozialismus, wenn es tatsächlich als herrschendes Distributionsverhältnis der objektiven wie subjektiven Produktionsbedingungen real funktioniert.³⁰ Dies aber ist aller historischen Erfahrung nach ohne entfaltete Marktbeziehungen und deren konsequente gesellschaftliche Regulierung unmöglich.

Das Leistungsprinzip ist eigentlich nur sekundär die Form der Verteilung der Konsumtionsmittel. Seine unzureichende Durchsetzung führt nicht nur zu einer Deformation der Motivationsstruktur, sondern der Produktivkraftentwicklung insgesamt. Unter diesem Gesichtspunkt sind demokratische und öffentliche Planung, regulierter Markt und realer ökonomischer Wettbewerb, ein entfaltetes Bank- und Kreditwesen und das Wirken des Staatshaushalts umfassend zu wesentlichen gesellschaftlichen Formen der Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips und der solidarischen Regulierung der Verhältnisse der mannigfaltigen, in sich selbst oft noch kompliziert strukturierten Eigentümer zueinander zu gestalten. In vereinfachender Zuspitzung schreibt ein chinesischer Autor: »Der Markt orientiert die Betriebe« – so dass sie ihre wirtschaftliche Effektivität erhöhen, neue Technik und Technologie einsetzen und die Bedürfnisse der Verbraucher besser befriedigen. »Der Staat reguliert den Markt – damit die für die kapitalistische Warenwirtschaft charakteristische Anarchie vermieden wird, es keine soziale Ungerechtigkeit in Form von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt und der Wohlstand des Volkes steigt.«³¹

*Macht und Bewußtheit - Rechtsstaatlichkeit,
Demokratie und Öffentlichkeit*

Die sozialistische Macht als Form der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten konnte auf der Grundlage der genannten alten konzeptionellen Vorstellungen auf die politische Macht eines winzigen Subjekts über seinen Vergesellschaftungsprozeß zurückgeführt werden. Es wurde die These vom absoluten Monismus sozialistischer politischer Macht entwickelt. Die »bedingungs- und vorbehaltlose« Unterordnung unter staatlich vorgegebene Ziele, die einfache Übernahme vorgedachter Erkenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge, das Mitwirken und Teilnehmen an der Durchsetzung zentral und ohne gesellschaftlich breite Diskussion gefasster Beschlüsse wurden oftmals zum Wesen der demokratischen Mitwirkung erklärt.

Bewußtheit als geistige Realisierungsform derart begriffenen sozialistischen Eigentums und sozialistischer politischer Macht musste in dieser Konzeption zwangsläufig als Einsicht der zentralen Repräsentanten gesamtgesellschaftlicher Prozesse in deren Gesetzmäßigkeiten begriffen werden. Das »Hineintragen« dieser Bewusstheit in die Massen durch eine Avantgarde wurde zur Grundform der Entwicklung von Bewusstheit erklärt.

Eng damit verbunden war die Vorstellung vom Absterben der Rechtsform gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich bei den Klassikern aus der unmittelbaren Identifizierung von Recht mit den Verhältnissen von Privateigentümern erklärt.³² Es fragt sich aber, wie ohne eine entfaltete rechtlich verbindliche und durch jeden einzelnen wie die Gesellschaft durchsetzbare Regelung der Rechte und Pflichten die stabile gesellschaftliche Reproduktion mit der möglichen und notwendigen Selbständigkeit, Eigenverantwortung und Entwicklung der ganzen Mannigfaltigkeit von Subjekten verbunden werden soll. Ohne die allgemeingültige normative Regulierung der Rechte und Pflichten, deren Gewährung durch jedes der Subjekte gerichtlich erzwungen werden kann, wird gesamtgesellschaftlich stabile Reproduktion zwangsläufig durch administrative Unterordnung der Individuen, Kollektive etc. gesichert. Dabei kommt es notwendig zur Untergrabung der Selbständigkeit und Entwicklungsfähigkeit aller Subjekte außer dem zentralen Apparat. Ohne die rechtliche Ausdifferenzierung der Komplexität sozialistischer Subjekte in Ökonomie, Politik, Wissenschaft, Bildung u. a. m. können die notwendigen Entwicklungsverhältnisse der mannigfaltigen Subjekte moderner Gesellschaften nicht hervorgebracht

werden. Gefährliche Naivität spricht aus der Kritik, die M. Reisner, Professor der Rechtswissenschaften, 1918 an der Verfassung der RFSSR übt: »Erstens hat es wohl kaum einen praktischen Wert, den Werktätigen in der Sowjetrepublik Rechte und Freiheiten zu geben, wo sowieso die »ganze Macht« der Bevölkerung gehört ... Zweitens widerspricht die Deklaration irgendwelcher individueller und subjektiver Rechte dem ganzen Geist unserer Verfassung und der Sowjetordnung, die in bürgerlichen Verfassungen sehr am Platze wären; dort fing alles vom Individuum aus ... Bei uns gibt es ein solches »soveränes Individuum« nicht und kann es nicht geben, bei uns herrscht nicht das »Ich«, sondern das »Wir«, nicht die Persönlichkeit, sondern das Kollektiv, nicht der Staatsbürger, sondern die Gesellschaft der Arbeiter.«³³

Mit der Reduktion aller gesellschaftlichen Subjekte auf »Organe« der staatlich formierten Gesamtgesellschaft im alten Paradigma vom »Sozialismus eines monolithen Subjekts« wurde anstelle der grundlegenden Vermittlungsformen der widersprüchlichen gesellschaftlichen Subjekte des Sozialismus – Leistungsprinzip in der Ökonomie, Demokratie in der Politik, Öffentlichkeit im geistigen Leben und Recht als normative Grundform der Regelung der Rechte und Pflichten der Subjekte in der Mannigfaltigkeit ihrer gesellschaftlichen Funktionen sowie ihrer individuellen, kollektiven wie gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten – die vermittlungslose Identifikation mit dem Ganzen gefordert.

Wenn aber an die Stelle des Modells vom widerspruchs- und verhältnislosen Eigentum eines absoluten Subjekts an allen Produktionsbedingungen das Verständnis vom sozialistischen Eigentum als entfalteter Widersprüchlichkeit assoziierender Aneignung der gemeinschaftlichen Produktionsbedingungen durch eine Mannigfaltigkeit von Subjekten tritt, dann muß auch das Verständnis von politischer Macht und Bewusstheit grundsätzlich überdacht werden. In den Mittelpunkt rückt das Bewusstsein und Auskämpfen der im sozialistischen Eigentum selbst begründeten Interessenwidersprüche. Dadurch erfolgt 1. Die Artikulation der gesamtgesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen in ihrer Mannigfaltigkeit als besondere Interessen durch besondere politische und geistige Interessenvertreter (Staat, Massenorganisationen, Bürgerinitiativen etc.) und 2. Die Bildung einer übergreifenden einheitlichen Bewusstheit und eines entsprechenden politischen Willens unter Führung der kommunistischen Partei in einem öffentlichen und demokratischen Prozeß. Inhalt dieser Bewusstheit und dieses Willens ist die Art und Weise, wie die gegensätzlichen Interessen so verwirklicht werden können, dass

dabei die Entwicklungsbedingungen möglichst aller gesellschaftlichen Subjekte im historisch möglichen Maße entfaltet werden.

Gerade weil der Kampf antagonistischer Klassen verschwunden ist, kann sich ein wahrhaft humaner, wahrhaft demokratischer politischer Kampf der mannigfaltigen gesellschaftlichen Subjekte um eine solche Herrschaft entfalten, dass der gesamtgesellschaftliche Reproduktionsprozeß mit dem jedes einzelnen Subjekts verbunden wird. Es ist ein unter Führung der kommunistischen Partei zu realisierender Kampf um die Durchsetzung der historisch optimalen und rechtlich zu regelnden Formen der Verknüpfung der Interessen der Gesamtheit der Subjekte des modernen Sozialismus. Die sozialistische Demokratie ist die adäquate Form dieses politischen Kampfes. Der Verzicht auf ihre völlige Entfaltung wäre zugleich der Verzicht auf die produktive Freisetzung der Interessen der sozialökonomischen Subjekte des Sozialismus, würde diese in parasitäre Stagnationsformen drängen.

Dieser politische Kampf bedarf einerseits einer ihm adäquaten Bewusstheit jedes Subjektes über seine besonderen Entwicklungsnotwendigkeiten sowie andererseits über deren Zusammenhang mit der Entwicklung aller. Eine solche komplexe Bewusstheit von der Einheit des Mannigfaltigen erwächst nur aus dem produktiven Widerstreit der gegensätzlichen Einsichten, dem klärenden Auseinandersetzungsprozeß, der lebendigen Erfahrung über die wechselseitigen Zusammenhänge der verschiedensten gesamtgesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen. In der mit dem modernen Sozialismus voll zu entfaltenden sozialistischen Öffentlichkeit hat diese Bewusstheit ihre adäquate Entwicklungsform. Sie ist die geistige Vermittlungsform der im sozialistischen Eigentum gegründeten Widersprüchlichkeit sozialistischer Subjekte und stellt die der höheren Stufe des Sozialismus eigene Kommunikationsweise der mannigfaltigen Subjekte im Prozeß ihrer gemeinschaftlichen Selbsterkenntnis dar. Öffentlichkeit des Alltagsbewußtseins, der wissenschaftlichen Erkenntnis und des politischen Bewusstseins aller gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen ist erforderlich, damit die verschiedenen sozialen Subjekte ihren je besonderen Beitrag leisten können, um sozialistische Bewusstheit in der historisch notwendigen Qualität zu erzeugen. Jeder Versuch, Öffentlichkeit zu monopolisieren, ist letztlich mit dem Ausschluß aller anderen Subjekte aus produktiver gesellschaftlicher Entwicklung identisch.

Ein typologischer Bestimmungsversuch der verschiedenen Ebenen öffentlicher sozialistischer Kommunikationsweise und ihrer Subjekte sei

kurz skizziert. Dabei handelt es sich um die widersprüchlichen Seiten eines Ganzen. Um sozialistische Bewusstheit zu erzeugen, müssen

1. *die primären sozialen Subjekte ihre jeweils besonderen Erfahrungen und Einsichten in ihre Interessen und deren Verbindung mit den Interessen anderer unmittelbar artikulieren - Öffentlichkeit des Alltagsbewußtseins - und*
2. *durch ihre direkten politischen Repräsentanten (die sozialistischen Massenorganisationen wie Gewerkschaften und Jugendorganisationen, die örtlichen gesellschaftlichen Organe u. a.) formulieren - Öffentlichkeit des politischen Lebens - und damit öffentlich diskutieren - öffentlicher politischer Widerstreit -; müssen*
3. *ausgehend von der Öffentlichkeit des Alltagsbewußtseins, des politischen Lebens und damit des Widerstreits der zur Sprache gebrachten Interessen- und Erfahrungswidersprüchlichkeit die ihnen zugrunde liegenden objektiv widersprüchlichen Reproduktionszusammenhänge zum Gegenstand der Analyse durch wissenschaftliche Institutionen, verschiedene Wissenschaftlergemeinschaften gemacht werden; diese Analyse muß sich durch den öffentlichen Expertendialog vermitteln - öffentliches wissenschaftliches Leben - und so zugleich wieder in das politische Leben und Alltagsbewußtsein eingeben³⁴; müssen*
4. *die Ergebnisse der öffentlichen Artikulation und Diskussion der Einsichten und Erkenntnisse in ihrer Gegensätzlichkeit und Alternativität vom Standpunkt kommunistischer Politik thematisiert, offen diskutiert und gewertet werden.*

Sozialistische Öffentlichkeit kann nicht von der Führung dieses geistigen Kommunikationsprozesses durch die kommunistische Partei getrennt werden. So wird geistige Einheit sozialistischer Bewusstheit nicht gegen, sondern durch und in der Vielheit möglich. So entsteht geistig stets von neuem aus der Einigung im politischen Dialog, aus der in ihm und nur in ihm zu gewinnenden Erkenntnis in das, was die widerstreitenden Dialogpartner real zusammenhält und zusammenführt: aus der Einsicht in die Basis des Systems historisch konkreter Vermittlungen der komplexen Widersprüchlichkeit gesamtgesellschaftlicher, kollektiver und individueller Produktion und Aneignung.

Die Aufgabe der kommunistischen Partei in diesem Prozeß öffentlich-demokratischer Bewußtheits- und Willensbildung besteht gerade

in der absehbaren Zeit darin, ihn zur Einheit progressiver vorwärtstreibender Vermittlung der widersprüchlichen Interessen der historischen Subjekte des Sozialismus zu führen. Sie kann es, insoweit es ihr gelingt, in ihren Reihen jene zu vereinigen, die mehr als andere bereit und fähig sind, ihre besonderen Interessen mit denen der Gesellschaft als Ganzheit und ihrer sozialistischen Entwicklungsrichtung produktiv zu verbinden. Innerparteiliche Demokratie und Öffentlichkeit der Strategiebildung waren dafür stets die entscheidenden Bedingungen.

Damit nun schließt sich der Kreis: Die Herausforderungen der Zeit an den Sozialismus sind Herausforderungen an sein sozialistisches Wesen, verlangen dessen neuartige höhere Ausprägung. Es geht darum, durch volle Entfaltung von Leistungsprinzip und wirtschaftlicher Rechnungsführung, von Demokratie, Öffentlichkeit und Rechtsstaatlichkeit die Subjekte des Sozialismus in ihrer ganzen ungeheuren Mannigfaltigkeit als Subjekte der Produktivkraftentwicklung, des Eigentums, der Macht und der Bewusstheit buchstäblich freizusetzen. Auf dieser und nur auf dieser Basis kann der Sozialismus eine adäquate überzeugende humanistische und realistische, starke und offene Antwort auf die Fragen der Epoche formulieren und für ihre Durchsetzung kämpfen.

¹ K. Marx, F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW. Bd. 4. S. 482.

² Vgl.: St. Hermlin: Abendlicht. Leipzig 1983. S. 32 f.

³ Vgl. u. a.: Ja. Pewsner: Diskussionsnyje woprossy politicheskoi ekonomii. Moskwa 1957. S. 10-45.

⁴ Der Horror vor dieser Gefahr ließ Proudhon angesichts der Bildung staatlicher Arbeitsstätten nach der Februarrevolution 1848 ausrufen: »Wenn man davon spricht, die Arbeit (staatlich - M. B.) zu organisieren, so ist dies gerade so viel, als wenn man der Freiheit die Augen ausstechen wollte.« Zitiert aus: Kapital und Zins. Die Polemik zwischen Bastiat und Proudhon. Jena 1896. S. 16.

- ⁵ Der folgende Gedanke beruht teilweise wörtlich auf einer Ausarbeitung von R. Land zum gegebenen Problem.
- ⁶ Vgl. z. B. die Bemerkungen von W. I. Lenin zur emanzipatorischen Frauenbewegung und zum Problem der sexuellen Freiheit. C. Zetkin: Erinnerungen an Lenin. Berlin 1975. S. 66 ff.
- ⁷ Mit Recht verweist A. Zipko auf den Zusammenhang derartiger utopischer Elemente im Marxschen Erbe und des später unter den spezifisch sowjetischen Bedingungen erfolgten Umschlag dieser Utopie in stark autoritäre und bürokratische Organisations- und Herrschaftsformen der Gesellschaft. Vgl.: A. Zipko: Istoki Stalinism. In: Nauka: sibisn. Heft 11 und 12/1988.
- ⁸ Vgl.: K. Marx; F. Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW. Bd. 3. S. 74 f.
- ⁹ Ebenda. S. 77.
- ¹⁰ Vgl.: W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: Werke. Bd. 25. S. 369; Ders.: Staat und Revolution. In: Ebenda. S. 488.
- ¹¹ W. I. Lenin: Über das Genossenschaftswesen. In: Werke, Bd. 33. S. 457.
- ¹² Vgl. u. a.: G. Bordjugow; V. Koslow: Nikolai Bucharin. Episody polititscheskoi biografii. In: Kommunist. Heft 13/1988. S. 91–109.
- ¹³ Man wird der Spezifik der russischen Revolution nicht gerecht, wenn man in den das Land dominierenden ungeheuren Bauernmassen eine verspätete Ausgabe des westeuropäischen französischen Bauern von 1789 sehen will, dessen ganzes Trachten auf Privateigentum an Boden gerichtet war. Im Unterschied zum französischen Konvent hieß es vom Rednerpult der vorrevolutionären Duma: »Das Land ist Gottes und gehört deshalb niemandem! Es muß zum gemeinschaftlichen Eigentum aller werden.« Vgl. zu dieser Spezifik der Oktoberrevolution: Michail Gefter: Rossija i Marks. In: Kommunist. Heft 18/1988. S. 93–104. In dieser Spezifik liegt m. E. auch die reale Bedeutung der Oktoberrevolution für die Dritte Welt. Später ist es real aber zu Versuchen der unmittelbaren Übertragung des Paradigmas vom monolithen Subjekt eines staatlich administrativ organisierten Sozialismus auf Prozesse in den Entwicklungsländern gekommen.
- ¹⁴ Vgl.: W. I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution. In: Werke. Bd. 24. S. 5 f.
- ¹⁵ W. I. Lenin: Aus dem Tagebuch eines Publizisten. Bauern und Arbeiter. In: Werke. Bd. 25. S. 283.
- ¹⁶ Vgl.: K. Marx: Entwürfe einer Antwort auf den Brief an V. I. Sassulitsch. In: MEW. Bd. 19. S. 334–406.
- ¹⁷ Vgl. auch die Einschätzung der KP Chinas zu den Ursachen der Kulturrevolution in: Resolution über einige Fragen unserer Parteigeschichte seit der Gründung der Volksrepublik China (Angenommen von der 6. Plenartagung des II. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas am 27. Juni 1981). Beijing 1981. S. 53.
- ¹⁸ W. I. Lenin: Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution. Referat auf dem IV. Kongreß der Komintern. 13. November 1922. In: Werke. Bd. 33. S. 414.
- ¹⁹ Vgl.: W. I. Lenin: Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki. In: Werke. Bd. 32. S. 11
- ²⁰ Vgl.: M. S. Gorbatschow: Der Oktober und die Umgestaltung: die Revolution wird fortgesetzt. Neues Deutschland. 3. November 1987. S. 3.
- ²¹ W. I. Lenin: Staat und Revolution. A. a. O. S. 488.
- ²² Es lohnt sich auch heute, die von Marx in den »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten von 1844« gegebene Charakteristik rohkommunistischer Vorstellungen neu zu lesen. Da dies nicht durch herausgerissene Zitate geleistet werden kann vgl.: K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In: MEW. Bd. 40. S. 533–546.
- ²³ Wichtige konzeptionelle Verallgemeinerungen sind vor allem zusammengefasst in: Thesen des Zentralkomitees der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983. Berlin 1982. Es sind gerade praktische Entwicklungsprozesse, die neue Möglichkeiten der Theorienteilnahme ermöglichen: »In China werden seit zehn Jahren Reformen durchgeführt. Sie haben der

Volkswirtschaft starken Auftrieb gegeben ... Nicht weniger wichtig ist aber wohl, dass die Reformen es ermöglicht haben, unsere Sozialismuskonzeption zu erneuern. Damit beginnt eine neue Periode der historischen Entwicklung.« Rong Jinben: Die Reform verändert die Vorstellungen von der Gesellschaft. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus. Heft 1/1989. S. 14.

- ²⁴ A. Jakowlew: Der Oktober und die Umgestaltung. Moskau 1983. S. 27.
- ²⁵ Vgl.: W. Luutz: Probleme der Vermittlung von individuellen und gesellschaftlichen Interessen im Sozialismus. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Heft 7/1988. S. 636–640.
- ²⁶ K. Marx: Das Kapital: Erster Band. In: MEW. Bd. 23. S. 791. An dieser Stelle kann Engels nicht gefolgt werden, der dieses individuelle Eigentum auf die Konsumtionsmittel reduziert. Dies ist dem Arbeiter im Kapitalismus nicht genommen. Vgl.: F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: MEW. Bd. 20. S. 122.
- ²⁷ Vgl.: K. Marx; F. Engels: Die deutsche Ideologie. A. a. O. S. 68.
- ²⁸ Vgl.: T. Sarközy: Zu den rechtswissenschaftlichen Grundlagen der sozialistischen Unternehmensrechtstheorie. Budapest 1987.
- ²⁹ A. Jakowlew: Der Oktober und die Umgestaltung. A. a. O. S. 21.
- ³⁰ Vgl. vor allem: F. Adler: »Jeder nach seinen Fähigkeiten«. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Heft 7/1986.
- ³¹ Rong Jinben: Die Reform verändert die Vorstellungen von der Gesellschaft. A. a. O. S. 14.
- ³² Vgl: z. B.: K. Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW. Bd. 19. S. 20.
- ³³ Zitiert aus: G. Batygin: »Belyje worony«. In: Nowoje wremja. Heft 37/1988. S. 31.
- ³⁴ An dieser Stelle sei an das folgende, so oft ignorierte Wort von Engels erinnert und es steht zu fragen, welche gesellschaftlichen Verhältnisse und aus ihnen hervorwachsenden Interessen seine reale Durchsetzung so erschwerten: »Und nur bei der Arbeiterklasse besteht der deutsche theoretische Sinn unverkümmert fort. Hier ist er nicht auszurotten; hier finden keine Rücksichten statt auf Karriere, auf Profitmacherei, auf gnädige Protektion von oben; im Gegenteil, je rücksichtsloser und unbefangener die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen und Strebungen der Arbeiter.« F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: MEW. Bd. 21. S. 307.

In: Forschungsprojekt »Philosophische Grundlagen Bearbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus«: Materialien der Eröffnungsberatung, November 1988. Humboldt Universität, S. 33–56, Ein für das Projekt zentraler Text! (Archiv: SED-Reformprojekt der achtziger Jahre (6–8). Bestand Forschungsprojekt Moderner Sozialismus. Bd. 1

8

Michael Brie

Realsozialismus zwischen antikapitalistischem
Ausbruchsversuch und Selbstaufhebung

*»Überall wirst du sie spüren,
Diese bourgeoise Pest.
Läßt du dich von ihr verführen,
Endet es im Liebesnest.
Die Spionin zeigt dir Brüste,
Wirbt dich mit Beharrlichkeit.
Sage, solch perverse Lüste
Sind bei uns Vergangenheit.«*

Aus: Wladimir Wysozkij: Anleitung vor einer Auslandsreise

Im Editorial der »Blätter für deutsche und internationale Politik« hieß es nach dem gescheiterten Moskauer Putschversuch und dem dadurch veranlaßten endgültigen Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus: »Es gibt eine Verantwortung aller, die so oder so in das Projekt Sowjetunion »investiert« haben, geteilte Irrtümer in wechselseitigem Respekt als solche wahrzunehmen und aufzuarbeiten.«¹ Aber es gibt auch eine Verantwortung für jene, die dieses Projekt seit siebzig Jahren bekämpft haben, sich zu fragen, inwieweit dieser Zusammenbruch ihr Sieg ist und was diese siebzig Jahre über die eigene Gesellschaft und deren Zukunft aussagen.

Denn es ist doch des Aufmerkens Würdiges geschehen. Da ist vor allem die unfaßbare Art des Zusammenbruchs des gesamten sowjetischen staatssozialistischen Machtssystems. Es geschah fast völlig gewaltlos. Auswanderer und Freizeitdemonstranten, waffenlose Barrikadenbauer scheinen eines der stärksten Gesellschaftssysteme aus den Angeln gehoben zu haben.

Die Totengräber des Sozialismus waren sein eigenes Produkt und warteten – ob sie dies vorher wußten oder nicht – zunehmend ungeduldig in den Startlöchern. Und kaum waren sie losgerannt, da war auch schon alles vorbei. Nachdem der harte Panzer des administrativ-bürokratischen Sys-

tems einmal durch einige Massendemonstrationen angekratzt war, brach er auseinander, und zumindest geistig kroch scheinbar die alte neue Gesellschaft des Westens fast fertig hervor. Woher diese Macht und was wird aus ihr in der Zukunft? Bricht ein Zeitalter der Zivilgesellschaften oder neuer Kriege und Bürgerkriege an?

So grotesk es angesichts jahrzehntelanger gegenteiliger Behauptungen ist: Es war nicht dieser Sozialismus, der aus allen Fenstern der westlichen, kapitaldominierten Länder schaute. Umgekehrt: In den Nischen des Realsozialismus waren ganz bestimmte Keime gerade der anderen, der westlichen Gesellschaft gereift - ökonomisch, politisch, kulturell und ideologisch. In den Poren seines gesellschaftlichen Gewebes hatte der Realsozialismus selbst einen Virus erzeugt. Und der begann, den Wirt von innen umzuwandeln und sich zu unterwerfen - bis der Tag kam, wo die Wahrheit ans Licht trat: Der Wirt ist tot! Es lebe die Krankheit! Sie ist das wirklich Gesunde an dieser Gesellschaft. Die betont anti-kapitalistische Gesellschaft hatte zumindest Elemente ihres Gegenparts, von dem sie sich siebzig Jahre mühsam unterscheiden wollte, selbst hervorgebracht. Was aber war dann dieser Sozialismus wirklich? Und was sind die westlichen Gesellschaften, ohne die er nicht entstanden wäre?

Nach siebzig Jahren scheint fast alles noch einmal anzufangen. Allzu sehr ähnelt die Situation jener im Sommer und Herbst 1917 nach dem Sturz des Zaren. Der Krieg ist verloren - und sei es der Kalte Krieg. Er war keinesfalls weniger zerstörerisch als der I. Weltkrieg. Die Wirtschaft sackt in eine Katastrophe. Produktionsrückgang in der extraktiven Industrie, drohender Zusammenbruch des Transportwesens, ein drastischer Rückgang der Industrieproduktion um 30%, eine schlechte Ernte und der Zusammenbruch des Getreidemarktes, da die Bauern nicht verkauften, eine Inflation, die außer Rand und Band geriet. Streikwellen und eine wachsende Militanz, das sich ausbreitende Gefühl, um die Ergebnisse der Revolution betrogen zu sein - dies alles sind Beschreibungen des Herbstes 1917² und gelten zugleich für den Herbst 1991.

Die militärisch-industrielle und die soziale Katastrophe wurden auch damals durch nationale Souveränitätsbestrebungen in allen Teilen des Reiches überlagert. Spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts war eine brutale Russifizierungspolitik betrieben worden. Die Ukraine und Transkaukasien waren auf offenem Kurs der Loslösung. Schon allein diese formellen Ähnlichkeiten zwingen dazu, sich nicht einfach mit dem Versagen des Staatssozialismus zu begnügen. Er selber ist aus dem Versagen des zaristischen Systems und seiner Großmachtmodernisierung entstanden. Es muß

nach den Grunddefekten des modernen Weltsystems und seiner gegenwärtigen Gestalt selbst gefragt werden.

Die Hoffnungen auf eine doppelte Modernisierung sind vorläufig gescheitert. Die Versuche, aus dem Zusammenbruch des Staatssozialismus heraus eine überlegene Form der Demokratie, ökologische und soziale Dominanz über Wirtschaftsentwicklung zu verwirklichen, sind ad absurdum geführt. Zwangsläufig?

Wenn lebenslang Vertrautes verschwindet, wenn unverrückbar geglaubte Sicherheiten durch Zusammenbrüche und Kriege abgelöst werden, wenn Hoffnungen sich als Illusionen erweisen, dann erscheint die Welt paradox. Wahres und Falsches sind schwer zu scheiden. Aussage steht gegen Aussage. Die Theorien erweisen sich als antinomisch. Diese fruchtbare Gemengelage der Widersprüche sollte nicht so schnell zu einer neuen mainstream-Autobahn plattgewalzt werden.

Der folgende Text ist ein Versuch, sich solchen Erfahrungen sozialphilosophisch zu stellen.

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus ist seine Selbstoffenbarung. Die Eule der Minerva wankt angeschlagen zwischen den Trümmern und versucht, das wahre Bild der versunkenen Gottesstadt zu rekonstruieren. Deren Untergang zwingt sie auch, sich ihrer Entstehung, ihrer Entwicklung, ihrem Austausch mit dem westlichen »world-system« zuzuwenden. Die Offenheit der Geschichte schließt neben dem Bruch mit der Vergangenheit immer auch deren Fortsetzung ein. In drei größeren Schritten – jeder selbst wieder in Unterschritte zerlegt – soll im Folgenden diesen Fragen nachgegangen werden:

Zuerst werden einige allgemeine Entstehungsbedingungen des Staatssozialismus im spezifischen Widerspruch zwischen Zentren und Semiperipherie des modernen Weltsystems festgemacht, wird nach jener Moderne-Vision gefragt, die sich insbesondere am Anfang dieses Jahrhunderts als Lösung der Moderneantagonismen und der Rückständigkeit zugleich anboten, und werden die Bedingungen für eine Selektion dieser Modernepotentiale in Rußland untersucht.

In einem zweiten Schritt wird das Verhältnis von Evolutionspotentialen, Machtstrukturen und sozialen Akteuren im sowjetischen Staatssozialismus modellhaft vereinfacht untersucht, wird nach den Zyklen der Evolution dieser spezifischen Sozialordnung und den Grenzen systeminnerer Reformen gefragt.

Abschließend wird versucht, die Entstehung einer Gegengesellschaft nachzuzeichnen und den Charakter der Volksbewegung der Jahre 1989 bis

1991 zu entschlüsseln. Das Scheitern des Staatssozialismus wird mit seinem Versagen angesichts der entstehenden globalen Probleme zusammengedacht. Abschließend werden Ausblicke in eine neue Unsicherheit gewagt.

»World-system« – Zentrum und Peripherie des bürgerlichen Körpers

Die Oktoberrevolution, die chinesische Revolution und die kubanische Revolution sind drei originäre Entstehungsorte dessen, was heute als administrativer, als Staats- oder als bürokratisch-zentralistischer Sozialismus bezeichnet wird.

Den genannten Revolutionen ist eines gemeinsam – sie vollzogen sich an der Semiperipherie eines stark imperialistisch geprägten, durch militärische und kolonialistische wie neokolonialistische Formen beherrschten westlichen Systems. Damit unterlagen sie einer bekannten historischen Tendenz: Gesellschaften an der Semiperipherie können sich nur dann behaupten, wenn sie ganz bestimmte Merkmale des höherentwickelten Zentrums in beschleunigter und besonders exponierter Weise ausprägen und mit eigenen Tendenzen verschmelzen. Oder aber sie gehen unter. Es entstehen die *Paradoxa subalterner Machtkonfigurationen*. Die äußere Unterlegenheit wird durch doppelte innere Unterdrückung konterkariert. Nachholende Entwicklung ist in diesem Sinne immer deformierte Entwicklung, da sie sich unter dem Druck der eigenen Unterlegenheit vollzieht. Daraus kann historische Überlegenheit werden. Es können aber auch Sackgassen entstehen.

Hegemonialmächte tendieren dazu, die weniger entwickelten Länder in den Teil eines von ihnen beherrschten Kosmos, in den Teil eines »world-Systems«, zu verwandeln.³ Heute ist das Verhältnis von Zentrum, Semiperipherie und Peripherie global geworden. Die Semiperipherie und Peripherie, werden in ein erdumspannendes Feld des offenen Austragens und unbeherrschten Austobens der immanenten Probleme der industriell fortgeschrittensten Länder verwandelt.

Das in der Neuzeit entstandene Weltsystem umfaßt nach V. Bornschieer »drei durch Macht strukturierte soziale Systeme«: »Neben der *Weltwirtschaft*, die sich nach der faktischen Ausdehnung der Arbeitsteilung bemißt, ist das *Politik-Militärsystem* zu nennen, das die Strukturen und Prozesse im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung, Ausdehnung und Neuordnung von Einflußsphären umfaßt. Das dritte ist das *System gemeinsamer Werte* im Sinne von sozio-kulturellen Orientierungsmustern,

wobei solche gemeinsamen Werte mehr oder weniger weit diffundiert sein mögen und in unterschiedlichem Ausmaß mit lokalen Orientierungsmustern konkurrieren.«⁴

Marx und Engels brachten das Verhältnis von Zentrum, Semiperipherie und Peripherie des Weltsystems in ihrer Zeit auf den Punkt, als sie 1850 schrieben: »In England findet stets der ursprüngliche Prozeß statt; es ist der Demiurg des bürgerlichen Kosmos. Auf dem Kontinent treten die verschiedenen Phasen des Zyklus, den die bürgerliche Gesellschaft immer von neuem durchläuft, in sekundärer und tertiärer Form ein. [...] Wenn daher die Krisen zuerst auf dem Kontinent Revolutionen erzeugen, so ist doch der Grund derselben stets in England gelegt. In den Extremitäten des bürgerlichen Körpers muß es natürlich eher zu gewaltsamen Ausbrüchen kommen als in seinem Herzen, da hier die Möglichkeit der Ausgleichung größer ist als dort. Andererseits ist der Grad, worin die kontinentalen Revolutionen auf England zurückwirken, zugleich der Thermometer, an dem es sich zeigt, inwieweit diese Revolutionen wirklich die bürgerlichen Lebensverhältnisse in Frage stellen, oder wieweit sie nur ihre politischen Formationen treffen.«⁵

Während die inneren Verhältnisse der fortgeschrittensten und hegemonialen Mächte letztlich die Gesamttendenz bestimmen, während die peripheren Länder einfach subsumiert werden und ihre Eigenbewegung fast völlig ausgeschaltet wird, gilt für Länder »mittlerer« Entwicklung oftmals weder das eine noch das andere. Gerade für sie ist die intensivste Verschmelzung äußerer Existenzbehauptungszwänge und innerer Modernisierungsnöte besonders charakteristisch. Sie bilden das starke Glied der Kette unter den schwachen und das schwache unter den starken Kettengliedern. Sie sind schon (noch) unterworfen und noch (schon) zu Eigenbewegung fähig.

Sozialtheoretiker, die die Entstehung wie den Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus vorrangig als Resultat *innerer* Entwicklung betrachten, ignorieren die primäre Machtkonfiguration, die den Staatssozialismus – durch den »Eisernen Vorhang« gebrochen, aber nicht geschwächt – zutiefst prägen.

Die genannten Machtstrukturen der Weltgesellschaft werden durch die Metropolen dominiert und bilden einen hochkomplexen globalen Raum tiefster sozialer Ungleichheit beim Zugang zu und der Verfügung über Ressourcen wirtschaftlicher, politischer, militärischer und symbolischer Macht.⁶ Mit Recht machen Wissenschaftler des Institut Français de Polémologie auf das globale Konfliktkontinuum aufmerksam, in dem die Un-

terscheidung von international und national äußerst relativ ist.⁷ Und dieses Kontinuum erhält spätestens seit dem 20. Jahrhundert seine grundlegende Konfiguration in Raum und Zeit *vor allem* durch die Machtstrukturen des Weltsystems.

Die Akteure (bisher vornehmlich Nationalstaaten und zunehmend Großregionen, aber auch Wirtschaftsgruppen oder soziale Bewegungen) können auf qualitativ oder/und quantitativ sehr unterschiedliche Machtressourcen zurückgreifen und diese zu mehren bzw. ihren Charakter zu ändern suchen. Dabei führen sie ständige wirtschaftliche, politische, symbolische und militärische Auseinandersetzungen mit anderen sozialen Akteuren um die Bewahrung der Stellung oder um den Aufstieg in diesem einheitlichen sozialen Raum und verflechten sich selbst durch Abgrenzung letztlich immer enger.

Historisch hat es bisher drei Staffeln dieser Kämpfe gegeben. In einer ersten Staffel haben Westeuropa mit dem Zentrum England und Frankreich und ihre Ableger in Nordamerika das moderne »world-system« geschaffen und die Metropolstellung in ihm erworben. Dies dauerte bekanntlich etwa vom 16. bis 19. Jahrhundert.

In einer zweiten Staffel haben sich solche Staaten wie Rußland, Japan, die Türkei und andere wie Chile, Argentinien, Brasilien Mitte des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. aufgemacht, um aus der traditionellen Gesellschaft heraus und in das Zentrum der Machtsysteme der Welt durchzubrechen. Eine dritte Staffel umfaßt die gesamte koloniale Peripherie und große Teile Lateinamerikas. Jedes Mal wird der Durchbruch schwerer oder/und unmöglicher. Jedes Mal sind für die Mehrzahl der unterdrückten Nachkömmlinge mehr Probleme unter zumeist, wenn auch nicht ausschließlich ungünstigeren Bedingungen zu bewältigen.⁸ Jede Staffel hat aber auch ihre »Modernisierungs-Wunder«.

Die Auseinandersetzungen der Akteure in und zwischen den hierarchischen Staffeln der Weltgesellschaft bestimmen den Charakter der gesamten menschheitlichen Zivilisation der Neuzeit. Auch global gelten die Darlegungen von Norbert Elias: »Ungeordnete oder geordnete Monopole der physischen Gewaltausübung und der wirtschaftlichen Konsumtions- und Produktionsmittel sind unaufhebbar miteinander verbunden... *Beide zusammen bilden das Schloß der Ketten, durch die sich die Menschen gegenseitig binden.*«⁹ Und wenn sie an diesen Ketten rütteln, dann bricht ein Zeitalter großer Verwerfungen, ein Zeitalter der wirtschaftlich, politisch, symbolisch und militärisch ausgefochtenen Kriege, Revolutionen und Völkerwanderungen herein.

Es ist die nicht vorhersagbare Überschneidung verschiedenster Umbrüche, die die bisherigen Machtressourcen entwerten, neue bedeutungsvoller werden lassen, die Reproduktion sozialer Akteure erschweren oder unmöglich machen und stabil geglaubte Gleichgewichte aufbrechen. Aus dem Kampf in diesen dadurch instabilen sozialen Räumen der Weltgesellschaften entstehen die großen historischen Krisen und – bisher zumindest – früher oder später neue globale Ordnungen.

Die gesamte Geschichte Osteuropas und beispielhaft Preußens und Rußlands seit dem 17. Jahrhundert ist dadurch geprägt, daß hier der feudale Absolutismus als Antwort insbesondere auf die militärische Bedrohung durch die entwickelteren westlichen Gesellschaften entstand. Zugleich breitete sich das wirtschaftliche Machtssystem Westeuropas und dessen neuartiger Wertekanon aus. War in Westeuropa der absolutistische Staat vor allem auch eine Kompensation für das Verschwinden der Leibeigenschaft, so war er in Deutschland und Rußland eine Einrichtung zu ihrer Konsolidierung. Nur durch einen auf der Leibeigenschaft gegründeten absolutistischen Staat konnte jene Militärmacht aufgebaut werden, die überhaupt die Existenz eigenständiger osteuropäischer Staaten nach den nicht abreißen wollenden Kriegen des 17. und beginnenden 18. Jahrhunderts ermöglichte, mit denen die westeuropäischen Staaten sie bedrohten: »Der Aufstieg des absolutistischen Staates in der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts war eine Antwort auf die Furcht vor der Emanzipation der Massen: sein politisch-militärischer Zwangsapparat garantierte die Stabilität der Leibeigenschaft. Die innere Ordnung des Absolutismus im Osten ergänzte somit seine äußere Bestimmung: die Funktion des zentralisierten Staates bestand darin, die Klassenposition des feudalen Adels sowohl gegenüber seinen ausländischen Feinden als auch gegenüber den Bauern im eigenen Lande zu verteidigen.«¹⁰

Unter dem Druck eines in Frankreich, den Niederlanden, England und zeitweise in Schweden dominanten und auch aggressiven Zentrums waren die führenden Kräfte der weniger entwickelten osteuropäischen feudalen Staaten gezwungen, sehr selektiv Fortschrittspotentiale zu übernehmen (zentralisierte Bürokratie, stehendes Heer, Manufakturen, merkantilistische Politik, Religionsfreiheit). Aber diese Übernahme war vor allem ein Einbau, ein Einfügen und Unterordnen dieser Potentiale unter ein völlig anderes soziales Umfeld. Sie waren in gewisser Hinsicht instrumentalisierte Fremdkörper. Entscheidend war die Art und Weise ihrer Verbindung mit den eigenen inneren Entwicklungspotenzen. Einerseits vermochten es Preußen und Rußland, ihre internen Ressourcen zu mobilisieren und

nicht einfach erobert und »kolonialisiert« zu werden. Dadurch entgingen sie dem Schicksal Polens, das von ihnen zerstückelt wurde. Andererseits stießen sie aber auch nicht zu den hochentwickelten Ländern vor. Sie blieben über Jahrhunderte in einer Zwischenstellung und verbanden ihren Charakter als militärisch-politische Regionalmächte mit dem strukturellen Entwicklungsrückstand einer feudalen Gutsherrenschaft.

Der radikale Unterschied zwischen Preußen und Rußland war, daß in Preußen zu dieser Zeit die Allmende, die bäuerliche Verteilungsgemeinschaft, schon lange aufgelöst worden war und Formen individueller Leibeigenschaft sich durchgesetzt hatten. Von hier war es ein leichterer Schritt zur preußischen Agrarreform nach der verlorenen Schlacht von Jena. Rußland dagegen festigte eine feudale Herrschaftsform, die auf einer Erhaltung und Instrumentalisierung der bäuerlichen Gemeinde, der »mir«, beruhte. Damit erfolgte eine langfristige Konservierung der traditionellen Lebensformen mit weitreichenden Konsequenzen.

Dabei wurde zudem noch an Traditionen der russischen Fürstentümer nach dem Einfall der Tataren angeknüpft – an die Übernahme einer »asiatischen traditionellen Redistribution, in dem die zentralisierte Umverteilung nicht der hydraulischen Wasserwirtschaft diente, sondern der Unterhaltung eines stehenden Heeres.«¹¹ Schon im 15. und 16. Jahrhundert war Übernahme Bedingung der Selbstbehauptung: »Eine zentralisierte Militärmacht, zentralisierte Bürokratie, sklavenartige Leibeigenschaft und die Unterdrückung jeglicher städtischer oder ständischer Gegenmacht: das war der Weg, auf die Herrscher Osteuropas ihr Überleben sichern konnten, sei es nun als Teil turko-tatarischer Reiche oder im Kampf gegen sie.«

Die durch immer neue Kriege erzwungene Modernisierung der Austauschformen Rußlands mit der Welt einerseits und Konservierung der ständisch traditionellen, auf der Verteilungsgemeinschaft der Bauern beruhenden Produktions- und Lebensweise andererseits markieren die Eckpunkte dieses quälenden Widerspruchs. Jede neue Welle der Konfrontation mit Europa, vor allem die Kette von oftmals verlorenen militärischen Auseinandersetzungen des 18. und 19. Jahrhunderts rissen den Gegensatz immer tiefer auf, zwangen in immer neuen und fundamentaleren Reformwellen, das »alte Mütterchen Rußland« in einen modernen Lohnarbeiter zu verwandeln.

Für Westeuropa, so Karl Polanyi, kam der Kapitalismus »unangekündigt«.¹² In Rußland mußte er sehenden Auges und im Wissen um die möglichen Katastrophen *eingeführt* werden. In den 50 Jahren seit der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 und insbesondere seit dem verlorenen

Krieg gegen Japan und der Revolution von 1905 war dies erklärte Staatspolitik. Wofür England Hunderte von Jahren hatte, mußte hier bei Strafe des Unterganges des Staates selbst in Jahrzehnten vollzogen werden. Und daran zerbrach dieser letztlich.

Für Rußland gelten die Worte Theodore H. von Laues: »Es war das erste, das dramatischste und das mächtigste Opfer der Revolution der Westernisierung, das langandauernde Experiment der Staatsbildung unter den Bedingungen von Rückständigkeit in unmittelbarster Nachbarschaft zum Westen.«¹³

Die staatssozialistische Modernevision

Ständig bedroht durch Kriege seitens des deutschen, des habsburgischen und ottomanischen Reiches sowie in Asien durch Japan, ständig sich nur durch Bedrohung erhaltend, immer tiefer hineingezogen in die internationale Arbeitsteilung und Weltwirtschaft waren russische Reformen zu einer immer umfassenderen selektiven Übernahme der Evolutionspotentiale der ihnen gegenüber weiter entwickelten, imperialen Mächte gezwungen. Die Zerschlagung der Armee im I. Weltkrieg, der damit verbundene komplette Legitimitätsanspruch des Ancien Régime, die mangelnde Konsequenz der Provisorischen Regierung lösten den Zusammenbruch der Reformen von oben ein. Der Februar 1917 öffnete damit endgültig den Weg zu einer revolutionären Wandlung von unten.

Dabei spielten vor allem zwei Aspekte der Auswahl von Evolutionspotentialen der westlichen Gesellschaften eine Rolle: Sie mußten einerseits dem schnellen Ausbau der staatlichen politisch-militärischen und wirtschaftlichen Macht dienen, die schon wieder bedroht war, und andererseits zumindest partiell den Forderungen der noch stark in traditionellen Verhältnissen stehenden Bauernmassen entsprechen. Indem sie dies zumindest teilweise verfehlten, versiegte die Kraft der Stolypinschen Reformen. Ein Anknüpfen an die Bestrebungen der Bauern aber war nur möglich, wenn zugleich bestimmte Entwicklungstendenzen der fortgeschritteneren Länder verallgemeinert *und* in den Dienst der sozialen Interessen der Massen gestellt wurden, die noch in hohem Maße in vormodernen Verhältnissen lebten.

Diese Auswahl war ein geschichtlicher Prozeß, in dem die verschiedenen politischen Ansätze erprobt, gegeneinander ausgekämpft und letztlich einer von ihnen siegreich durchgesetzt wurde. Die russischen und chinesischen Reformen und Revolutionen seit 1861 bzw. seit 1898 bildeten

ein dauerhaftes blutiges Feld »historischer Experimente« im Spannungsfeld von Machtkonfigurationen des world-system und der russischen oder chinesischen Gesellschaft. Mehr als kindisch ist es deshalb, die Durchsetzung der staatssozialistischen Tendenz einem Coup der Bolschewiki oder der Bauernschläue Mao dse Dongs zuzuschreiben. Bevor diese siegreich waren, mußten viele andere Bewegungen scheitern.

Die einander umklammernden und miteinander ringenden historischen Akteure griffen willkürlich nach immer anderen und neuen Ideen und suchten diese in geistige Machtressourcen zu verwandeln. Wenn im weiteren geistige Strömungen zur Sprache kommen, dann im wesentlichen nur in jener Form, wie sie durch diesen Ge- und Mißbrauch vereinseitigt, instrumentalisiert und verkehrt wurden.

Es war am Anfang des 20. Jahrhunderts eigentlich nur die staatssozialistische Strömung, die die genannten beiden Aspekte in sich organisch verschmolzen hatte. Sie verband eine zu Ende gedachte Verstaatlichung mit den Interessen breitester Massen an der Lösung ihrer durch eine kapitalistisch dominierte Modernisierung zugespitzten sozialen Probleme. Zum einen formulierte sie eine für viele zunächst sehr überzeugende Antwort auf die Widersprüche des kapitalistischen Fabriksystems, und zum anderen konnte sie Forderungen des von traditionellen Schichten getragenen Aufruhrs gegen die Wellen unterdrückender kapitalistischer Modernisierung und kolonialer bzw. halbkolonialer Unterjochung aufgreifen. Es war gerade »jenes Gemisch aus eschatologisch-prämodernen Ideen und hochmoderner analytischer Rationalität, das dem Marxismus seine politische Sprengkraft verlieh.«¹⁴

Durch Verstaatlichung wollte diese sozialistische Bewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts Werte wie soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und gemeinschaftlich solidarischen Aufstieg der Arbeiter verwirklichen. Es handelte sich um konkrete Formen und Inhalte, die tief in den Erfahrungen von mehreren Generationen verinnerlicht waren: soziale Sicherheit als oberster Wert – sichere Arbeit, sichere materielle Existenz, sichere Wohnung, sichere Befriedigung der elementaren Bildungs-, Kultur- und Gesundheitsbedürfnisse als Selbstverständlichkeiten. Das Klassenschicksal sollte an der Wurzel, an der Umwälzung der sozialen Lage selbst, gepackt werden. August Bebel 1879 erschienenenes und millionenfach gelesenes Buch »Die Frau und der Sozialismus« hat diese Vision wohl mehr als jedes andere zum Ausdruck gebracht.¹⁵ Die gleichen Werte besaßen aber auch für die Bauernmassen in halbtraditionalen Gesellschaften eine hohe Anziehungskraft. Das den traditionellen Gesellschaften eigene Primat der

Gemeinschaft über die Individuen erfuhr in der »Erhebung des Interesses der Allgemeinheit über jedes Sonderinteresse von Gruppen« (so selbst E. Bernstein¹⁶) eine Neuauflage.

Aber erst das Versagen der sozialdemokratischen Reformstrategie angesichts des I. Weltkrieges, die Erfahrung eines modernen Krieges, die Erschütterung aller Lebensverhältnisse und Wertsysteme machte jene Radikalisierung möglich, die zur kommunistischen Variante, einer totalen Ausschaltung aller »Gegenkräfte« mittels umfassender Verstaatlichung der Gesellschaft führte. Syndikalistische und gemischtwirtschaftliche Ansätze verloren bei Teilen der Arbeiter und ihrer Elite ihre Glaubwürdigkeit. Die Sozialisierungsdebatte blieb letztlich in Kommissionen stecken.

Die schnelle Ausbreitung der staatssozialistischen Ideologie und der wachsende Einfluß der Bolschewiki in Rußland schon vor 1914 und besonders ab Juni 1917 erklärt sich daraus, daß es ihnen gelang, »eine Reihe von Aspekten des Daseins, die für die herrschenden Machtinstitutionen bis dahin marginal und interstitiell waren, in einer einzigen Erklärung und Organisation zusammenzubringen«. ¹⁷ Sie waren es, die als einzige eine radikale Position zu *allen* brennenden Fragen vertraten – der Frage des Friedens, des Bodens und der Selbstbestimmung der Völker einschließlich des Rechts auf Lösung vom Russischen Reich. Aber sie waren es auch, die unter Stalins Führung jede dieser Forderungen mehr oder minder in ihr Gegenteil verkehrten.

Die Niederlage der von fast allen Staaten der westlichen Metropolen unterstützten Weißen im Bürgerkrieg bildet das Pendant zum Sieg der Bolschewiki und war doppelt verursacht. Einerseits hatte das von ihnen repräsentierte alte Rußland es trotz teilweise enormer Zuwachsraten (zwischen 1909 und 1913 um fast 50 % der Industrieproduktion) nicht vermocht, den Rückstand gegenüber dem Westen wirklich zu verringern. ¹⁸ Insbesondere der verlorene Krieg hatte sie geschwächt und unglaubwürdig werden lassen. Und während ihnen so einerseits die Legitimation erfolgreicher Modernisierer und Bewahrer von Rußlands Größe fehlte, stießen sie durch ihr Bündnis mit dem Westen, durch ihre Ablehnung einer föderalistischen Lösung und durch eine verfehlt Agrarpolitik die Bauernmassen den Bolschewiki zu. ¹⁹

Die staatssozialistische Ideologie konnte an westliche Entwicklungen überzeugend angeknüpft werden. Seit Bismarck war ja versucht worden, die Pathologien einer kapitaldominierten Moderne und die aus ihnen hervorwachsenden Bedrohungen von oben, d.h. sozialbürokratisch einzudämmen, um der sozialdemokratischen Forderung der Eindämmung von

unten entgegenzuwirken.²⁰ Was also lag näher, als dieses Programm zu radikalisieren und eine umfassende soziale Regelung aller gesellschaftlichen Bereiche durchzusetzen. Und dies wurde akut, als die Welt des 19. Jahrhunderts im I. Weltkrieg auseinanderbrach. Es schien so, als reiche es aus, die schon teilweise vollzogene Vereinigung von wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Macht sowie direkter physischer Gewalt nur zu verallgemeinern und eine neue soziale Ausrichtung zu geben.

Der sowjetische Staatssozialismus ist deshalb kein Kind intellektueller Phantasien, sondern er lag auf der Linie jenes sogenannten »Fortschritts«, der in die Material- und Massenschlachten des I. Weltkrieges geführt hatte, auch wenn dieser sich nicht in ihm erschöpfte. Als Kronzeuge sei Max Weber, einer der aufmerksamsten Zeitkritiker, angeführt: Für ihn war der I. Weltkrieg der Beweis des unvermeidlichen Siegeszuges der rationalen, arbeitsteiligen, fachmäßigen bürokratischen Organisation aller menschlichen Herrschaftsverbände, von der Fabrik bis zum Heer und Staat: »Bürokratisierung gehört die Zukunft. Die Bürokratie ist gegenüber andren geschichtlichen Trägern der modernen rationalen Lebensordnung ausgezeichnet durch ihre weit größere Unentrinnbarkeit. Es ist kein geschichtliches Beispiel dafür bekannt, daß sie da, wo sie einmal zur völligen Alleinherrschaft gelangt war - in China, Ägypten ... - wieder verschwunden wäre, außer mit dem völligen Untergang der Kultur, die sie trug.«²¹

Schon Friedrich Engels hatte erkannt, daß die Sozialisierung der Großindustrie die Knechtung der Individuen unter die Teilung der Arbeit nicht aufhebt. Im Gegenteil. Und so schreibt er gegen die Anarchisten: »Der mechanische Automat einer großen Fabrik ist um vieles tyrannischer, als es jemals die kleinen Kapitalisten gewesen sind, die Arbeiter beschäftigen. Wenigstens was die Arbeitsstunden betrifft, kann man über die Tore dieser Fabriken schreiben: Laßt alle Autonomie fahren, die Dir eintretet! Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen diese sich an ihm, indem sie ihn, in dem Maße, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen, der von aller sozialen Organisation unabhängig ist. Die Autorität in der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet, die Industrie selber abschaffen wollen; die Dampfspinnerei vernichten, um zum Spinnrad zurückzukehren.«²² Darauf gründet Marx fast zur gleichen Zeit seine Thesen von der Unvermeidlichkeit einer ersten niederen Phase des Kommunismus, in der die »knechtende« Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit noch nicht aufgehoben sei.²³

Weber weitet die durch Marx und Engels getroffene Feststellung vom Herrschaftscharakter der Fabrik auf die Beherrschung der Menschen durch die von ihnen selbst geschaffenen gesellschaftlichen Institutionen²⁴ überhaupt aus – ganz unabhängig davon, in wessen Interesse sie errichtet wurden: »Eine leblose Maschine ist geronnener Geist. Nur, daß sie dies ist, gibt ihr die Macht, die Menschen in ihren Dienst zu zwingen und den Alltag ihres Arbeitslebens so beherrschend zu bestimmen, wie es tatsächlich in der Fabrik der Fall ist. Geronnener Geist ist auch jene lebende Maschine, welche die bürokratische Organisation... darstellt. Im Verein mit der toten Maschine ist sie an der Arbeit, das Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft herzustellen, in welche vielleicht dereinst die Menschen sich, wie die Fellachen im altägyptischen Staat, ohnmächtig zu fügen gezwungen sein werden ...«²⁵

Und während Max Weber mit scharfem, denunziatorisch erscheinenden Blick diese Vereinigung von Fabrikssystem und universeller Bürokratisierung als Wesen des Sozialismus ausmacht, präzisiert W. I. Lenin in »Staat und Revolution« seine eigenen Vorstellungen und kommt dabei exakt zum gleichen Schluß: »Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein«. Im finnischen Versteck schreibt er ganz nüchtern: »*Alle* Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. *Alle* Bürger werden Angestellte und Arbeiter *eines* das gesamte Volk umfassenden Staats›syndikats«.«²⁶ Im Unterschied zu manchem anderen ist er sich dessen bewußt, daß dies nicht das Ideal einer marxistischen Bewegung sein kann, sondern bestenfalls eine unvermeidliche Durchgangsstufe: »Aber diese ›Fabrik‹disziplin ... ist nichts weniger als unser Ideal oder unser Endziel, sie ist nur eine *Stufe*, die notwendig ist zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung ...«²⁷ So wurde der Marsch ins staatssozialistische Gehäuse der Hörigkeit eines sozialbürokratischen Fabriksozialismus zum geistigen Leitbild einer politischen Partei, die in dieser Zeit mit jedem Tag an Einfluß gewann. Und dies bedarf der Erklärung.

Die Oktoberrevolution zwischen sozialbürokratischer Modernisierung und traditionalistischer Gegenbewegung

Während in Deutschland und anderen mitteleuropäischen Staaten die 1918 ausbrechende Revolution zu keiner sozialistischen Verstaatlichung führte, Gegentendenzen und -interessen sich behaupteten, waren die Bol-

schewiki in Rußland siegreich. Und sie waren es, weil sie sich zu Führern einer ganz anderen, keinesfalls proletarischen Revolution machten – des Aufstandes der Bauern gegen den international herrschenden »Kriegsimperialismus« (Helmut Fleischer) und gegen die harten kapitalistischen Reformen Stolypins, die das russische bäuerliche Gemeinwesen aufzulösen und die traditionellen Lebensformen zu zerstören drohten. Erst dadurch konnte sich eine einzelne, wenn auch durchaus zeitweise dominierende Tendenz der fortgeschrittensten Länder – die sozialbürokratische Regulierung der Gesellschaft – durchsetzen.

Das staatssozialistische Programm einer radikalen staatsbürokratischen Modernisierung erhielt erst dann seine Schubkraft, als Lenin es mit den Forderungen der Masse der russischen Bauern verband, Frieden um jeden Preis zu schließen, die Loslösung vom Russischen Reich zu bewirken und die Stolypinschen Agrarreformen zurückzunehmen. Deren Ziel war es gewesen, den feudalen Großgrundbesitz in kapitalistisches Grundeigentum und die Bauern in Produzenten für einen kapitalistischen Markt, geöffnet dem Weltmarkt, zu verwandeln.

Was weder die Marxisten in Westeuropa noch die russischen Menschewiki bzw. Bolschewiki begriffen, das war das Wesen der bäuerlichen Bewegung, die über die Februarrevolution 1917 hinaustrieb. Sie alle maßen die russische Entwicklung an den Maßstäben der westeuropäischen Entwicklung und verfehlten damit genau die Spezifik einer nachholenden, aus einer nichtkapitalistischen Peripherie herkommenden Massenbewegung. Im russischen Mushik sahen sie nur den späten Sohn des französischen Bauern des 18. Jahrhunderts. Und eben das war er gerade nicht. Die Forderungen der russischen Bauern nach ausgleichender Bodennutzung und Verbot der Lohnarbeit wurden als *kleinbürgerlich* fehlinterpretiert.²⁸

Die Reform von 1861 hatte um der sozialen Stabilität willen und zur Sicherung fester garantierter Steuereinnahmen die »mir« als traditionale Dorfgemeinschaft noch einmal gestärkt und modernisiert. Das Reformland wurde nicht den einzelnen Bauern, sondern der Gemeinschaft übertragen. Für Ablösungszahlungen, Steuern, Bereitstellung von Rekruten für die Armee hatte die »mir« als Ganze aufzukommen. Das Land wurde auch weiterhin nach den Nahrungsbedürfnissen der Hausgemeinschaften aufgeteilt.²⁹

Es waren gerade nicht die Forderungen einer *bürgerlichen Agrarrevolution* wie in Frankreich 1789 oder der *bürgerlichen Agrarreform* in Preußen nach 1806, sondern die traditionalistische Bewegung von Bauern, die unter den neuen Bedingungen ihre alte Form des sich selbstversor-

genden bäuerlichen Gemeinwesens wiederherzustellen suchten. Schon in der Revolution von 1905–07 war klar geworden: »Wieder einmal verlangte der Bauer nach Land, während die Regierung sich anschickte, ihm ein größeres Maß an Freiheit zu gewährleisten.«³⁰ Der Ruf nach Land war der Ruf nach dem gemeinschaftlichen Eigentum an Land. Von der Tribüne der vorrevolutionären Duma riefen die Vertreter der Bauern: »Das Land ist Gottes und gehört deshalb niemandem! Es muß zum gemeinschaftlichen Eigentum aller werden.«³¹

Die Bolschewiki ermöglichten mit der Oktoberrevolution nicht etwa eine radikale bürgerliche Agrarreform, sondern eine rückwärtsgewandte Bewegung der Wiederherstellung des traditionellen Gemeineigentums der »mir« mit Hilfe eines modernen Staates, der sich aus seiner Bindung an die alten adligen Herrschaftsschichten und deren Verklammerung mit den europäischen Herrschaftseliten gelöst hatte. In diesem entscheidenden Punkte wurde durch Lenin das orthodoxe marxistische Schema praktisch (aber niemals völlig auch theoretisch) durchbrochen. Ein sozialbürokratischer Staat wurde zum Mittel der traditionalistischen bäuerlichen Bewegung gemacht, mit dem Zweck, diese Bewegung selbst sozialistisch zu instrumentalisieren!

Was Lenin im Sommer 1917 erkannte, das war die Chance eines Bündnisses der ungeheuer breiten Masse gerade von armen Bauern, den Verlierern der kapitalistischen Reformen Stolypins und des imperialistischen Krieges, mit jener sozialistischen Bewegung, die die Verstaatlichung von Banken und Industrie forderte und den Staat aus einem Instrument der Feudalherren und der kleinen Schicht von Kapitalisten in ein Instrument sozialer Gesellschaftsgestaltung im Interesse breiter Massen verwandeln wollte. Krasse einseitige Modernisierung und traditionalistischer Aufruhr sollten verschmolzen werden. Prononciert entwickelte er die These von der Umkehrung des im Krieg entstandenen Staatskapitalismus in eine umfassende staatliche Regulierung von Produktion, Distribution und Konsumtion im Interesse des Volkes: »Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein.«³²

Während sich nach 1905 viele Intellektuelle und auch Teile der reformistisch gesinnten Arbeiterintelligenz in die liberale Gesellschaft integrierten und diese sich dabei von den Trägern des Zarismus abgrenzte, entstand zwischen der liberalen Gesellschaft und der Mehrheit der Arbeiter eine ungeheure Kluft: »Es gab eine gewaltige Masse von Arbeitern, die die Enttäuschung über die elenden und verwirrenden Verhältnisse, auf die sie

in der neuen industriellen Umgebung traf, mit der noch nicht überwundenen Erbitterung über die Umstände verband, die sie zum Verlassen des Dorfes gezwungen hatten. Es gab dazu eine neue Generation junger Arbeiter städtischer Herkunft – ungeduldig, romantisch, außergewöhnlich empfänglich für extreme Ideen, bereit, diese Masse zu führen.«³³ Die von den Bolschewiki entwickelten Ideen entsprachen ihren spontanen Erfahrungen und sozialen Erwartungen.

Die breiten bäuerlichen Massen Rußlands wurden für diese, den sozialen Interessen der Werktätigen zu verpflichtende Umkehrung des Staatskapitalismus dadurch gewonnen, indem man das absolute Staatsmonopol in den Dienst ihrer sonst ohnmächtigen Forderungen stellte. So wie Mao dse Dong den Sieg erringen konnte, weil er die rote Armee Chinas in eine Bauernarmee verwandelte und in den Mittelpunkt des Kampfes die Forderungen der armen Bauern stellte, so siegte die Oktoberrevolution mit dem Programm der Unterordnung des zu Ende geführten Staatsmonopols unter die staatlich gesicherte und vermittelte Wiederherstellung der antikapitalistischen russischen Bauerngemeinde, der »mir«. Komprimiert erscheint diese geniale Verknüpfung in einer knapp zwei Monate vor der Oktoberrevolution von Lenin verfaßten Analyse und Interpretation der Wähleraufträge der Bauern zum 1. Gesamtrussischen Kongreß der Bauerndeputierten 1917 in Petrograd »Der Zusammenfassung der Wähleraufträge zufolge bestehen die Bodenforderungen der Bauernschaft vor allem in der entschädigungslosen Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden jeder Art einschließlich des Bauernlandes; in der Übergabe von Ländereien mit hochentwickelten Wirtschaften an den Staat oder die Gemeinden [...]; in der Nichtzulassung der Lohnarbeit; in der ausgleichenden Verteilung des Grund und Bodens an die Werktätigen mit periodisch vorzunehmenden Neuaufteilungen usw. Als Übergangsmaßnahmen ... verlangen die Bauern den sofortigen Erlaß von Gesetzen, die den Kauf und Verkauf des Bodens verbieten, die Aufhebung der Gesetze über das Ausscheiden aus der Dorfgemeinde und die Zuweisung von Gemeindeland u.a. ... Man braucht über diese Forderungen nur ein wenig nachzudenken, um einzusehen, daß es völlig unmöglich ist, sie im Bunde mit den Kapitalisten zu verwirklichen ... Der Selbstbetrug der Sozialrevolutionäre und der Betrug, den sie an der Bauernschaft begehen, besteht gerade darin, daß sie den Gedanken gelten lassen und verbreiten, solche Umgestaltungen ... wären möglich ohne den Sturz der Kapitalistenherrschaft, ohne den Übergang der gesamten Staatsmacht an das Proletariat, ohne daß die arme Bauernschaft die entschlossensten revolutionären Maßnahmen der proletarischen Staatsmacht gegen die Kapitalisten unterstützt.«³⁴

Wie auch immer man die nachfolgende Geschichte beurteilt: Nur den Bolschewiki gelang es in den vierjährigen Auseinandersetzungen des Bürgerkrieges, die Hegemonie über die breitesten Schichten der russischen Bevölkerung zu gewinnen *und* zu behalten. »Die Bolschewiki...«, so Herbert G. Wells, der im Herbst 1920 Rußland bereiste, »vermochten die Macht im Lande nur darum zu ergreifen und zu behalten, weil sie in der Zeit der ungeheuren Katastrophe die einzige Gruppe von Menschen waren, die durch eine Gemeinschaft von Überzeugungen und Bestrebungen zusammengehalten werden. Ich teile ihre Überzeugungen nicht und ihr Prophet Marx ist mir lächerlich, aber ich verstehe und achte ihre Bestrebungen. Ungeachtet aller ihrer Mängel – und ihrer sind nicht wenige – nur sie konnten zum Zentrum des wiedererstehenden Rußlands werden.«³⁵

Die bolschewistische Ideologie erwies sich als wirksamste antikapitalistische Modernisierungsideologie des 20. Jahrhunderts. Sie verband Elemente radikalster Modernisierung mit denen partieller Restauration und verschmolz instrumentalen Rationalismus und quasireligiösen Fundamentalismus. Angesichts der Niederlage im I. Weltkrieg und der vorhergehenden 50 Jahre sozialer Katastrophen und des erfahrenen sozialen Abstiegs schien die nachholende Modernisierung aus der zweiten Staffel heraus gescheitert. Deshalb die Wucht, mit der nach einer Alternative, nach einem *anderen Weg*, nach antikapitalistischen Formen gesucht wurde, die zugleich eine *überlegene Modernität und Traditionalität* darstellen würden – nach dem Kommunismus.

Mit der russischen Revolution und mit der Sowjetunion beginnt eine Konter-Revolution zur Revolution der »Westernisierung« (von Laue). Es erfolgt ein epochaler Gegenangriff auf die wirtschaftlich ausbeutende, politisch unterdrückende, militaristisch unterwerfende und symbolisch entwürdigende Gestalt der Westernisierung gegenüber den Völkern der Semiperipherie und Peripherie. Dietrich Geyer trifft diesen Kern, wenn er schreibt, »daß mit dem Russischen Oktober die Gegenwart der anderen, der non-Western civilization beginnt – Zeitgeschichte, die insofern unsere eigene ist, als die revolutionären Konvulsionen nun ihrerseits »von außen« her auf die alte Welt zurückschlagen.«³⁶

Die Falle der antikapitalistischen Modernisierung

Spätestens seit Hegel ist bekannt, daß der »objektive Zweck« nicht durch die subjektive Handlungsabsicht, sondern durch die angewandten Mittel bestimmt wird: Der Weltgeist erscheint in seinen Mitteln. Massenbewe-

gungen, so H. de Man, sind »nicht nach den Zielen zu bewerten, deren Verwirklichung sie in die Zukunft verlegen, sondern nach den Mitteln, die sie dazu in der Gegenwart anwenden.«³⁷ Die Analyse der bolschewistischen Bewegung muß deshalb primär danach fragen, welche Mittel sie zur Verwirklichung ihrer Ziele angewendet hat.

Die orthodox marxistische Bewegung und vor allem die kommunistischen Parteien stellten den von ihnen zu führenden Staat als exklusives Instrument der Verwirklichung sozialer Ziele der Arbeiterbewegung in das Zentrum: Verstaatlichung des Eigentums, Verstaatlichung des politischen Lebens, Verstaatlichung der geistigen Produktion. Zugleich sollte diese Verstaatlichung mit der Einbindung der Individuen in eine durch die Partei zu garantierende Gemeinschaft einhergehen. Mit dieser trinitarischen Formel und ihrer solidarischen Interpretation kann die Konzeption der sozialistischen Staatsparteien umrissen werden.

In ihr verschmolzen vier bedeutende Ströme sozialer und geistiger Entwicklung dieser Zeit:

- Es gab eine gerade im I. Weltkrieg und nach der Weltwirtschaftskrise erneut erstarkende weltweite Tendenz der wachsenden staatlichen Regulierung der Wirtschaft, die dem Charakter der Produktivkräfte und den sozialen Bedrohungen einer auf dieser Grundlage entfesselten Marktwirtschaft entsprang. Mit dem Taylorismus und Fordismus entstand eine technologische Produktionsweise, die die Tendenzen der Standardisierung, Spezialisierung, Synchronisierung, Konzentration, Maximierung und Zentralisation zu allgemeinen Gesetzmäßigkeiten sozialer Organisation überhaupt zu erheben schien.³⁸ Dieser Etatismus, diese besondere Betonung staatlicher Gewalt und zentralistischer Gesellschaftsgestaltung war ein allgemeiner Imperativ jeder nachholenden Entwicklung – insbesondere angesichts des extremen Zeitdrucks.
- Dabei wirkten die nicht nur für Rußland charakteristischen, hier aber sehr ausgeprägten staatspaternalistischen und im bäuerlichen Gemeinwesen wurzelnden Traditionen. Der Ruf nach einem starken Staat als Garant sozialer Gerechtigkeit und die Ablehnung des Marktes und seiner sozialen Voraussetzungen wie Folgen hatten in diesen Traditionen ihren fast übermächtigen Boden.
- Außerdem wurde die Verwirklichung solcher Tendenzen subjektiv als bewußte Realisierung der *wahren Lehre* von Marx verstanden, als Aufbau der kommunistischen Gemeinschaft. Alle Vorstellungen im

Marxismus selbst und bei den Bolschewiki, die diesen Tendenzen entgegenstanden, wurden mit Macht und Gewalt unterdrückt, zerschlagen oder auch einfach vergessen.³⁹ Die Geschichte des Leninismus ist eine Geschichte unterdrückter Alternativen.

- Nicht ohne Bedeutung war auch, daß die Militarisierung des gesamten sozialen Lebens Rußlands *auch* eine Extremreaktion auf die in den Jahren des ersten Weltkrieges und des Bürgerkrieges sowie der Intervention real erfahrenen Art der Bedrohung Rußlands darstellte. Seit Iwan dem Schrecklichen war Rußlands nachholende Entwicklung eigentlich nur militärisch erfolgreich. Und diese bildete infolge der imperialen Tendenzen der westlichen Staaten und später noch Japans auch eine unverzichtbare Existenzvoraussetzung eines selbständigen russischen Staatswesens und des Versuchs, selbst die Entwicklungsrichtung zu bestimmen. Der stark militärbürokratisch geprägte Sozialismus war auch das aus der allgemeinen Unterlegenheit heraus übersteigerte Spiegelbild der militarisierten weltpolitischen Kontrahenten. Die erste Hälfte des Jahrhunderts war tatsächlich eine Zeit der Versuche, die Machtstruktur des Weltsystems militärisch zu revidieren.

Was heute als Schwäche der russischen Entwicklung erscheint, war gerade ihre historische Stärke und Durchschlagskraft. Wie keine andere vor- oder nachher gelang es ihr in den zwanziger Jahren, die Gesellschaft nach dem Modell einer totalen Verstaatlichung umzubilden. Der Kriegskommunismus hatte einen zentralistischen, stark militarisierten Partei-Staat hinterlassen, dessen Tätigkeit weitgehend außerhalb von »bürgerlicher« Gesetzlichkeit verlief. Eine riesige »rot angestrichene« und militärisch organisierte Bürokratie, so bekannte Lenin nach langen parteiinternen Debatten, war entstanden.

Demgegenüber stieß die »Neue Ökonomische Politik« zunehmend auf die gleichen Probleme, an denen auch die Stolypinschen Reformen gescheitert waren, und brachte zugleich neue hervor. So hatte die Oktoberrevolution zeitweise die naturalwirtschaftliche, am bäuerlichen dörflichen Gemeinwesen orientierte Selbstversorgung ausgedehnt. Es fehlte an Getreide für die Stadt und den Export. Zugleich erstarkte jene Schicht der Bauern, die eben für diesen Markt produzierten. Es klang erneut ein Widerspruch zwischen jenen Bauern, die im dörflichen Gemeinwesen verankert waren bzw. wiederum verarmten, und denjenigen Bauern auf, die tatsächlich einen bürgerlichen Weg beschritten. Die Chancen, ohne

eine »Revolution von oben« und durch die Weiterführung der NÖP dieses Problem zu lösen, waren nicht groß.⁴⁰

Das Ende der NÖP war so doppelt verursacht: Einerseits ging die herrschende Schicht des parteibürokratischen Systems angesichts der entstandenen Probleme bei der Fortsetzung dieser Politik endgültig dazu über, auch die landwirtschaftlichen Aufgaben sowie die Versorgung der Stadt mit den ihr eigenen Mitteln zu verwirklichen. Mit der Kollektivierung und der dadurch möglichen forcierten Industrialisierung schuf sich das im Kriegskommunismus gewachsene politisch-bürokratische System eine Gesellschaft nach seinem Bilde und beschritt unumkehrbar den Weg einer Staats- und parteibürokratischen Modernisierung. Andererseits wirkten aber auch hier traditionalistische und paternalistisch orientierte Kräfte des russischen Volkes, die in dieser Kollektivierung eine Lösung jener sozialen Probleme sahen, die sich während der späten NÖP und neuer wie alter Verelendung wieder verschärften. Die Kollektivierung wurde von oben *und* unten angeschoben.⁴¹

Entscheidend aber sind die Ergebnisse: Die Gesellschaft wurde buchstäblich in eine Manufaktur verwandelt und die Werktätigen in systemhörige Beamte. Ihre Arbeit trug Züge von Sklaverei in den Lagern, Leibeigenschaft auf dem Dorfe und teilweise in der Fabrik, bürokratischer Fesselung an die Funktion in fast allen Produktionsbereichen und vor allem im Apparat. Und in allen Poren der Gesellschaft wirkte das allgegenwärtige Gespenst der GPU. Die Repressalien der 30er Jahre vollendeten das Werk, da sie mit der Vernichtung der alten Intelligenz, des vorrevolutionären bolschewistischen Kerns der Partei sowie der Armeeführung alle Kräfte ausschalteten, die in irgendeiner Weise noch vom System relativ unabhängige Kräfte bildeten.

Aus einem Lande, das sich in der Semiperipherie der kapitalistischen Weltwirtschaft befand, verwandelte sich Sowjetrußland in ein fast geschlossenes wirtschaftliches Gemeinwesen, das den Austausch mit dieser Weltwirtschaft zentral regelte. Dies und die reale militärische Bedrohung von außen, festungsartige Abschottung und letztlich auch eigene imperiale Territorialansprüche sowie nicht zuletzt der Anspruch auf ständige Revolutionierung der Gesellschaft von oben verwandelten die Ökonomie in eine permanente »Kriegswirtschaft *besonderer Art*« (Oskar Lange).

Die dominante (teils auf gezwungene, teils selbst gewählte) Form der Wechselwirkung mit den überlegenen Weltmetropolen wurde potenziert in den inneren Strukturen der eigenen Gesellschaft dauerhaft eingegraben. Man kann davon sprechen, daß sich der sowjetische Sozialismus als »Ersatz-

kapitalismus« zugleich seinen »Ersatzbonopartismus«⁴² und »Ersatzimperialismus« hervorbrachte. Nach außen wirkende ausbeutende, unterjochende oder abwertende Herrschaftsformen der Weltmetropolen wurden als verkehrte, als Gegenform reproduziert, verstärkt und legitimiert. Darin wurzelt auch einer der grundlegenden Unterschiede zum Faschismus.

Die sich schon Mitte der 30er Jahre abzeichnenden Krisenprozesse im Gefolge der Industrialisierung und »Kollektivierung« wurden zuerst mit Terror und wachsendem Zwang beantwortet. Der Krieg gegen die faschistischen deutschen Aggressoren brachte eine neue Identität mit der Gesellschaft hervor, schwächte zeitweise deren repressiven Charakter, ließ diffuse Hoffnungen auf einen Wandel aufkommen und legitimierte zugleich das bürokratische System als überlegene Gesellschaftsform, die es nur zu humanisieren galt. Früher unterdrückte Freiheitsideale des Marxismus dienten der Legitimation. Generationen sowjetischer Bürger wurden durch diese widersprüchlichen Erfahrungen dauerhaft geprägt.

Fragt man nach den Ergebnissen, so muß heute konstatiert werden, daß Rußland in der Weltgesellschaft über diese siebzig Jahre letztlich den *Weg des sozialen Abstieges* genommen hat. Insbesondere ist dies der Unfähigkeit zu einem bewußten Verlassen des sozialbürokratischen Modernisierungspfades in den 60er/Anfang der 70er Jahre geschuldet. Die Voraussagen von Andrej Sacharow, Roi Medwedjew und V.F. Turtschin in ihrem »Sowjetdemokratischen Manifest« vom 19.3.1970 haben sich tragisch erfüllt: »Was steht unserem Land bevor, wenn es nicht den Weg der Demokratisierung beschreitet? Ein Zurückbleiben gegenüber den kapitalistischen Ländern in der zweiten industriellen Revolution und eine schrittweise Umwandlung unseres Landes in eine provinzielle Macht zweiter Ordnung...; Wachsen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten; Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Parteiapparat, Regierung und Intelligenz; Gefahr des Abrutschens nach rechts oder links; Verschärfung der nationalen Probleme, denn in den nationalen Republiken hat das Streben nach Demokratie unvermeidlich nationalistische Züge.«⁴³

Die sozialbürokratische Modernisierungsstrategie ist zugleich Bruch mit und Fortsetzung der russischen Entwicklung. Sie hat die entscheidende Grundlage des traditionellen Rußlands - die Bauernschaft - zerstört und ein System errichtet, das dem Wesen nach ausgewählte moderne Evolutionspotentiale in den Dienst einer halbtraditionalen Sozial- und Wertestruktur zu stellen suchte.

Drei Merkmale seien hervorgehoben, die dieses staatssozialistische System grundsätzlich von den westlichen Gesellschaften unterschied und

die den *Terminus des gegenmodernen sozialbürokratischen Gesellschaftstyps* rechtfertigen soll. Er verweist zugleich auf die Verbindung von extremer Ausprägung ausgewählter Modernepotentiale, der Präferenz einiger Modeminstitutionen und die Reproduktion von Traditionalität.

- Moderne Gesellschaften sind durch eine Doppelstruktur von Gemeinschaft und Gesellschaft gekennzeichnet. Sachlich unpersönliche Verhältnisse des Marktes, des Rechtes, der bürokratischen Verwaltung einerseits und Beziehungen in Familien, Freundschaften, Interessengruppen usw. andererseits bedingen sich in oftmals konflikthafter Weise. Systemintegration und Sozialintegration sind notwendige Tendenzen der Vergesellschaftung in industriell fortgeschrittenen Ländern⁴⁴ Die sowjetische Gesellschaft versuchte nun, Gemeinschaftlichkeit und allgemeine Bürokratisierung unmittelbar zu verbinden. Man könnte von dem *Paradoxon einer bürokratischen Vergemeinschaftung* sprechen. Institutionalisierte Unterordnung per Kommando («Kommandowirtschaft») und persönliche Interessenaushandlung ergänzten sich. Natürlich stellt der Terminus »administrativ-bürokratischer Sozialismus« ein Wortungeheuer dar, das bürokratische Vergesellschaftung und originäre Vergemeinschaftung vereint. Aber dieses terminologische Paradoxon ist entgegen der Behauptung von Peter Rüben keine falschgeprägte »ideologische Schlagwortmünze«.⁴⁵ Der analytischen Trennung von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung wie auch von System- und Sozialintegration entspricht gerade im »Realsozialismus« keine wirkliche Unterscheidung.
- An die Stelle einer funktionalen Ausdifferenzierung von Subsystemen (Wirtschaft, Politik, Bildung, Wissenschaft usw.) mit verschiedenen generalisierten Kommunikationsmedien (Geld, Macht usw.),⁴⁶ die vor allem auf dem Wettbewerb von Organisationen beruht,⁴⁷ trat die *Reduktion auf eine hierarchisch organisierte Großorganisation*, wo Macht, Einfluß und persönliche Beziehungen unter fast völligem Ausschluß des Geldes zu den wichtigsten Medien wurden. Die Evolutionspotentiale von Großorganisationen,⁴⁸ beraubt um die Gegentendenzen des offenen Wettbewerbs und damit auch nie vollständig ausprägbar, wurden verabsolutiert. Die verschiedenen Bereiche dieser Gesellschaft verdoppelten und verdreifachten sich. Es gab viele Staaten im Staate: Staatsapparat, Parteiapparat, Massenorganisationen und Sicherheitsapparat hatten zum Teil gleiche Aufgaben. Funktionale und segmentarische Differenzie-

rung waren nicht deutlich geschieden, Großbetriebe oftmals alles zugleich: Produktionsorganisation, Wohn- und Lebensgemeinschaft, Überwachungsorgan usw. In modernisierter Form reproduzierten sie in vieler Hinsicht die russische Dorfgemeinschaft. Massenentlassungen sind deshalb auch schlagartige Entlassungen aus fast allen sinnhaften gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen überhaupt. Sie zerstören die letzte Form, in der sich das alte Rußland noch gesellschaftsweit erhalten hatte.

- Die Ersetzung der markt-, demokratie- und Öffentlichkeitsvermittelten Machtkonzentration verschiedener Institutionen und Organisationen durch die bürokratische Konzentration der gesamten gesellschaftlichen Ressourcen (Eigentum, Macht, Information) in einem Zentrum führte zur konsequenten Enteignung, Entmachtung und Desinformation aller potentiellen sozialen Subjekte. Sie zerstörte bzw. behinderte oder deformierte deren Herausbildung. Die Allmacht wurde zur Ohnmacht. Die Phasen heftigster Dynamik verliefen sich im Sande allgemeiner Stagnation. Die ökonomische, politische und geistige Perfektion dieser Gesellschaft, ihre erreichte Homogenität und Stabilität sicherten ihre Existenz gegen alle äußeren Bedrohungen und setzte extrem starke systemerhaltende Kräfte frei. So erwies sie sich lange Zeit als resistent gegenüber vielen internationalen und nationalen Veränderungen. Nur ihre innere Selbstauflösung konnte ihr gefährlich werden. Und diese war unvermeidlich. Durch die russische Revolution wurde eine Tendenz moderner Gesellschaften neben anderen, eine Institution gesellschaftlicher Reproduktion neben anderen bewußt und gewaltsam als die eigentliche, einzig fortschrittliche Tendenz und Organisationsweise selektiert. Diese fast absolute Reduktion des Fortschrittspotentials moderner Gesellschaften auf einen Strang derselben brachte die eigentümliche Entwicklungs- wie Krisendynamik dieser Gesellschaft, ihres Gegensatzes zu den westlichen Metropolen und die Art und Weise ihres Zusammenbruchs hervor.

Systemimmanente Krisen und deformierter Fortschritt

Der sowjetische Staatssozialismus stellt dessen klassische Form dar. Durch die fast vollkommene Durchgestaltung der Gesellschaft sowie den realpolitischen und geistigen Einfluß der Sowjetunion auf alle anderen staatssozialistischen Revolutionen hat die Entwicklungsweise dieses Sozialismus

den internationalen Entwicklungszyklus der staatssozialistischen Länder insgesamt beeinflusst. Und diese Entwicklungsweise war vor allem ein *evolutionärer Krisenzyklus*. Die Ideologen des administrativen Sozialismus hatten dessen Widerpart, der kapitalistischen Produktionsweise, immer von neuem eine allgemeine Krise und deren Vertiefung durch ein Wechselbad von Konjunktur und Stagnation prophezeit und dem Sozialismus stets neue Phasen der Annäherung an den Kommunismus zugeschrieben. Vielleicht ist es von Wert, diese beiden Verfahren nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus nun kritisch auf diesen anzuwenden, ohne sich davon mehr als eine neben vielen anderen Konstruktionen mit begrenztem heuristischen Wert zu versprechen.

Da die staatssozialistische Gesellschaft nicht kapitaldominiert, sondern durch bürokratische Vergemeinschaftung charakterisiert war, ist ihr Krisenzyklus auch eher politisch als wirtschaftlich. Eine grobe Skizze gäbe in aller Vereinfachung das folgende Bild:

1917–1921: Etablierungsphase und 1. Krise:

International: Ende des I. Weltkrieges, zentraleuropäische Revolutionen, der Friedensvertrag von Versailles, Interventionskriege.

In Sowjetrußland: Nach einigen heftigen Auseinandersetzungen und »staatskapitalistischen« Experimenten erste historische Durchsetzung des Staatssozialismus in seiner kriegskommunistischen Form (militärische, politische und ökonomische Ausschaltung aller selbständigen politischen Kräfte und Durchsetzung der bürokratischen Variante gegen eine basisdemokratisch-syndikalistische): Aufbau eines Systems der staatlichen Naturalwirtschaft nach militärischen Prinzipien, Abschaffung von Markt- und Geldfunktionen, staatliche Ablieferungspflicht faktisch der gesamten bäuerlichen Produktion an den Staat; erste akute Krise des Systems infolge des Auseinanderbrechens der Wirtschaft und des völligen Fehlens jeder Interessiertheit der Bauern und Arbeiter an der Produktion: Bauernaufstände, Streiks, der Aufstand von Kronstadt.

1921–1929: Neue Ökonomische Politik und 2. Krise:

International: Relative Stabilisierung der Weltwirtschaft und der westlichen Gesellschaften. Partielle Demokratisierung und Elemente internationaler Regulierung von Konflikten. Formen einer friedlichen Koexistenz Sowjetrußlands mit einigen europäischen Staaten.

In der UdSSR: Neue ökonomische Politik als Form der partiellen Anerkennung systemfremder Kräfte in der Ökonomie und teilweise im geistigen Bereich, Erstarken der oberen Schichten der Bauernschaft und eine wachsende Verselbständigung der ökonomischen Führungsschicht; gleichzeitige Festigung der politischen, ideologischen und teilweise der ökonomischen Elemente des Staatssozialismus u.a. durch Ausschaltung jeder innerparteilichen Opposition und Ausbau der staatlichen direktiven Leitung der Wirtschaft; zweite, 1927 einsetzende akute Krise des Systems angesichts des sich zuspitzenden Boykotts von Stadt und Industrie durch die Bauern und den neuen Spannungen zwischen den traditionalistischen und den auf die Marktwirtschaft orientierten Schichten der Bauernschaft; die Heterogenität der Gesellschaft drängt nach neuen Bewegungsformen, die im Widerspruch zum staatsbürokratischen System stehen würden, und dieses System braucht zur weiteren Erhaltung eine ihm adäquate Gesamtgesellschaft; Unfähigkeit und Unwillen der Parteiführung unter Stalin, diesen Widerspruch auszuhalten.

1929 - 1956: Kollektivierung/Industrialisierung und 3. Krise:

International: Weltwirtschaftskrise, rechtsautoritäre und faschistische Tendenzen einerseits und sozialliberale Lösungen der neuen Konflikte (New Deal) andererseits. II. Weltkrieg und Kalter Krieg. Die chinesische Revolution.

In der UdSSR: Zweite historische Durchsetzung des Staatssozialismus in seiner stalinistischen Form und Internationalisierung in den »Volksdemokratien«: Industrialisierung, Kollektivierung, Kommandosystem, Terror, Zwangsarbeit, Kulturrevolution, Urbanisierung, Warschauer Vertrag und RGW. Dritte, durch den II. Weltkrieg hinausgezögerte Krise des Systems infolge Stagnation in der Landwirtschaft, Grenzen der Extensivierung, Gefahr des Verlustes der Bindung wesentlicher Kräfte an das System. Politische Krisen in fast allen osteuropäischen sozialistischen Ländern, die das System zumindest in seiner stalinistischen Form infrage stellen.

1956 - 1968: Tauwetter und 4. Krise:

International: Abschwächung des Kalten Krieges, schnelle wirtschaftliche Entwicklung der Weltwirtschaft auf der Grundlage sozialstaatlicher Kompromisse und der Durchsetzung einer »Konsumgesellschaft«. US-Hegemonie.

In der UdSSR: Tauwetter mit oberflächlicher Demokratisierung und Öffentlichkeit sowie partielle ökonomische Reformen und eingeschränkte internationale Öffnung; vierte Krise des Systems angesichts der Ereignisse in der Tschechoslowakei 1968 und der Herausbildung eigener konsequenterer Reformkräfte, die das System perspektivisch infrage zu stellen drohen.

1968 - 1985: Stagnation und 5. Krise:

International: Ära erneuter Hochrüstung, Konfrontation und gleichzeitige partielle Regulierung der Systemauseinandersetzung (Rüstungskontrolle, KSZE), schwere internationale Wirtschaftskrisen und eine neue technologische Revolution; der Aufstieg Westeuropas und Japans. Krise der US-Hegemonie. Entstehung der globalen Probleme.

In der UdSSR: Dritte Form der Durchsetzung des Staatssozialismus mit einem Patt von Ausbau des bürokratischen Systems und partieller Liberalisierung, Verbreitung eines »bürokratischen Marktes« und wachsende Konsummöglichkeiten breiterer Kreise. Scheinreformen und Korruption; Scheitern der weiteren internationalen Ausdehnung des Staatssozialismus. Übergang zum Spätsozialismus: fünfte, die Form langandauernder Stagnation und Fäulnis annehmende Krise des Systems; neuer qualitativer technologischer und ökonomischer Rückstand.

1985 - 1991: Perestroika und 6. Krise:

International: Krise des internationalen Nachkriegssystems und Entstehung eines neuen weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisses bei fast uneingeschränkter Herrschaft der drei westlichen Zentren und ihrer Werte. Weitere Zuspitzung fast aller globalen Probleme.

In der UdSSR: Einleitung zunehmend radikaler politischer, geistiger und ökonomischer Reformen, die dazu tendieren, die Komplexität der Evolutionsbedingungen moderner Gesellschaften wiederherzustellen und im gleichen Maße das System unwiderruflich zersetzen; Gegenreaktionen darauf; Zusammenbruch des Staatssozialismus in Mittel- und Ostmitteleuropa, der Semiperipherie des sowjetischen Staatssozialismus und 1991 in der UdSSR selbst. Rückkehr in den Bannkreis des »bürgerlichen Kosmos«.

Betrachtet man die sechs historischen Perioden in ihrem Zusammenhang näher, wird deutlich, daß die ersten drei und die letzten drei Perioden jeweils auch als eine Einheit zusammengefaßt werden könnten,

die beide durch eine globale Erschütterung des Systems abgeschlossen werden. Schon Ende der 30er Jahre hatte, das sowjetische System alle wesentlichen Aufgaben erfüllt, die im Rahmen der Möglichkeiten einer sozialbürokratischen Modernisierung dieses Typs lagen. Der II. Weltkrieg zögerte diese Einsicht hinaus und blockierte sie zugleich für mindestens eine Generation. Die Übertragung der stalinistischen Form dieses Systems nach Osteuropa offenbarte deutlich seine prinzipiellen Grenzen. In den 50er Jahren kam es deshalb zu einer allgemeinen Krise zumindest dieser stalinistischen Form. Man könnte die ersten drei Perioden also auch als Zyklus der Entstehung und Krise des *frühen Staatssozialismus* bezeichnen.

Diese Krise ermöglichte und erzwang den Übergang zu einem eher als »volksstaatlich« zu bezeichnenden Typ, der sich zumindest teilweise stärker auf die sozialen Aufgaben der Modernisierung konzentrierte. Die sowjetische Gesellschaft, und vor allem eine Reihe osteuropäischer sozialistischer Länder, traten in die Phase des *späten Staatssozialismus* ein. Die Modernisierungsfalle wird zum ehernen Gehäuse zu Ende geführter zentralistischer Industrialisierung und Urbanisierung. Die ökologischen und psychischen Schäden werden nahezu flächendeckend.

Die Nomenklatura suchte sich - zeitweise erfolgreich - auf neue Weise zu legitimieren und neue Massenloyalität zu erlangen. Damit aber schuf sie - wie zu zeigen sein wird - wesentliche Bedingungen für die Wandlung der Träger und Mitläufer des Systems in seine eigenen Totengräber. Am Ende von drei neuen Perioden geriet der sowjetische Staatssozialismus in eine neue Krise, die zur allgemeinen Existenzkrise wurde.

Durch alle solche Perioden des sowjetischen Staatssozialismus hindurch könnte man eine eigentümliche Abfolge zweier gegensätzlicher Typen von Entwicklungsperioden und Krisen konstatieren: Zum einen vollzieht sich die Entwicklung dieser Gesellschaft im Maße der Durchsetzung der genannten drei dem System spezifisch eigenen Grundmerkmale - als systemadäquate Evolutionstendenz. Bürokratische Vergemeinschaftung, hierarchische segmentarische Differenzierung und zentralistische Ressourcenkonzentration traten in solchen Etappen in den Vordergrund. Die Gesellschaft sollte nach dem Bild einer einzigen heroischen Großbaustelle des Kommunismus geformt werden. Mit einem einzigen großen Sprung wollte man die Qualen einer nachholenden Modernisierung hinter sich lassen und ins Reich der Freiheit und Gemeinschaftlichkeit einziehen. Die damit verbundene Mobilisierung aller vorhandenen gesellschaftlichen Kräfte brachte zeitweise schnelle Veränderungen und einseitige Modernisierungseffekte hervor, zerstörte

im gleichen Maße jedoch genau diese Kräfte. So kam es notwendig zu einer *Stagnationskrise*.

Dieser Stagnationskrise konnte letztlich nur durch eine reformorientierte Evolutionstendenz begegnet werden. Sie knüpfte daran an, daß sich die Grundzüge des administrativen Sozialismus jeweils mehr oder minder stark diskreditiert hatten. Der Markt (wirtschaftliche Selbständigkeit der Betriebe) wurde dem naturalwirtschaftlichen Plan, der persönliche Glücksanspruch der Individuen und Familien der Unterordnung des individuellen Lebens unter die Zwecke der sozialistischen Gesellschaft, die Konsumtion der Akkumulation, das Recht der Willkür, die Demokratie der absoluten Macht der Führung, die Menschenrechte dem Terror, die Öffentlichkeit der zentralistischen Meinungsmanipulation und der Kabinettpolitik, die Öffnung zur Welt der Lager- und Festungsbildung des Systems alternativ gegenübergestellt.

Die Einseitigkeiten der vorhergehenden staatssozialistischen Modernisierung waren zutage getreten, indem die »wegselektierten« Potenzen moderner Gesellschaften und der Rückstand zu den Metropolen als existentieller Mangel erfahren wurden. Die Stagnationskrisen brachten immer von neuem genau die Notwendigkeit jener Tendenzen hervor, die eine moderne Gesellschaft wesentlich mit ausmachen. Der Drang, die strukturellen Evolutionspotentiale moderner Gesellschaften, die ihr eigene Mannigfaltigkeit generalisierter Kommunikationsmedien sowie neue Subjekte auszubilden, wurde zum immer übermächtigeren Bedürfnis. Systemwiderläufige Veränderungen traten auf die Tagesordnung und nahmen die Gestalt eines reformerischen Evolutionszyklus an. Die absehbare Verschiebung des Gewichts vom Primat militärischer zu direkt ökonomischen Machtressourcen im Weltsystem, der damit verbundene Wandel der Austauschformen zwischen Akteuren dieses Systems öffneten Raum und zerstörten die wesentliche legitimatorische Grundlage des von der Sowjetunion geschaffenen sozialistischen Lagers.

Alle Versuche, durch Integration dieser Tendenzen die Nöte des Systems zu überwinden, haben ihrerseits zu Krisen geführt. Der menschliche, der marktwirtschaftliche, der weltoffene Sozialismus sind ein Un-Ding, wenn es der Staatssozialismus ist, der mit diesen Evolutionspotentialen moderner Gesellschaften dauerhaft und umfassend vereinigt werden soll. Konsequente Reformen wie die Perestroika führen zum Zusammenbruch, da jeder Reformprozeß zwangsläufig auf einen Punkt zusteuern muß, wo er die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Reproduktion des Systems infrage stellt. Jeder durch solche Reformen ausgelöste Entwicklungsschub

stellte das Problem: Entwicklung oder Systemerhalt. Dieser aber war im Rahmen des veränderten Weltsystems unmöglich geworden.⁴⁹

Während der Ausbau der Grundstruktur des Systems die wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung unmöglich macht, zerstören konsequente Reformen das System. Es konstituieren sich Subjekte und partielle Tendenzen in Richtung auf funktional ausdifferenzierte Teilsysteme, die neben und an die Stelle der alten, zur hemmenden Hülle gewordenen Formen treten. Das System wird als unerträglicher Störfaktor bei der Realisierung der sozialen Ansprüche erfahren. Jede ernsthafte Systemreform mündet in die Reformkrise. So wurde zu keiner Zeit des Krisenzyklus die notwendige Komplexität des Fortschritts erreicht.

Das Fortschrittsmaß dieser Gesellschaft ist mehrdimensional: Die sozialbürokratische Modernisierungsvariante des Staatssozialismus hat es zum einen ermöglicht, in ausgewählten Feldern wesentliche Züge einer modernen Industriegesellschaft fordistischen Typs auszuprägen. Jeder seit den 60er Jahren unternommene Versuch, darüber hinauszugehen, ist gescheitert. Weiterhin hat dieser Sozialismus eine Reihe von bürokratisch gestützten traditionellen Gemeinschafts- und Solidarformen erhalten, die einen gewissen Schutz gegen die »Kolonialisierungstendenzen« einer fordistischen Industrialisierung darstellten. Soziale Sicherheit, faktisch unentgeltliche Krankenfürsorge und Kinderbetreuung, ein Netz billiger Urlaubsmöglichkeiten seien stellvertretend für vieles andere genannt. Weiterhin gab es ein systeminneres Maß der Verwirklichung von Enteignung und Entfremdung, die ihrerseits Nischen erzeugte, die von direktem Zwang und Auseinandersetzung frei waren. Zudem gelang es wiederum zeitweilig, eine *Parität* mit der entscheidenden Macht der westlichen Metropole, diesmal mit den USA, auf militärstrategischem Gebiet zu erreichen.

Von dieser Konstruktion einer sehr eigentümlichen Wandlungsweise des sowjetisch geprägten Sozialismus in der modernen Weltgesellschaft möchte ich mich mit Hilfe der Zahlenmystik des alten Pythagoras verabschieden - nur sind es in diesem Falle Dissonanzen und nicht Harmonien, die erklingen. Wenn meine Analyse heuristischen Wert hätte, dann ließe sich sagen, daß dem Wandel dieser Gesellschaft der Widerspruch zwischen Erhaltung des sowjetischen Systems des administrativen Sozialismus und Entwicklung einer im gegenwärtigen Weltsystem evolutionsfähigen Gesellschaft zugrunde lag. In einem 70jährigen sechsfachen Zyklus entfaltete sich dieser Widerspruch zu einem Antagonismus, der als wechselseitige Ablösung von zwei Krisenformen - Stagnationskrise

und Reformkrise – in Erscheinung trat. Der Spätsozialismus koppelte für Jahrzehnte die Erhaltung der Grundstruktur dieser Gesellschaft mit einer gehemmten und eingeordneten Herausbildung jener Elemente, »Keime«, Gewebe, die im Kern über das System hinauswiesen. Am Ende wurde der zur Menschheitsepoche erklärte antikapitalistische Ausstieg zu einem Einbruch, der möglicherweise umfassendere Zusammenbrüche auslöst.

Grenzen systeminnerer Reformbewegungen

Der sowjetische Staatssozialismus ist an der Semiperipherie jenes globalen Weltsystems entstanden, dessen Konflikte sich im ersten und zweiten Weltkrieg entluden. In der Folge der staatsbürokratischen Modernisierungsweise und ihrer Expansion während und nach dem II. Weltkrieg wurde diese Semiperipherie selbst zum Zentrum eines eigenen, des sozialistischen Weltsystems. Im Unterschied zu dem kapitalistisch geprägten Weltsystem war das sowjetische System ein subaltern unterlegenes Gegensystem, das sich durch militärische Selbstbehauptung selbständig zu halten vermochte. Es hielt sich innen primär nicht durch wirtschaftliche Macht, sondern durch direkte politisch-militärische Hegemonie zusammen. Wesentlich daraus resultiert die Fähigkeit zu schneller und relativ einfacher Expansion, der aber keine Dauer verliehen werden konnte.

Gerade in Mittel- und Ostmitteleuropa (Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und der späteren DDR sowie in den baltischen Republiken der Sowjetunion) wurden damit Gesellschaften in den Bannkreis des Staatssozialismus gezogen, die bedeutend stärker als der Kern der Sowjetunion, als Rußland, schon Modernepotentiale ausgebildet hatten. Schneller als in Rußland selbst erwiesen sich deshalb die ohnehin gerade in diesen Ländern nur sehr beschränkten Evolutionspotentiale des Staatssozialismus als ausgeschöpft. Zudem konnte dieser selbst sich nur stabilisieren, indem er relativ schnell zu einer Symbiose von Systemstrukturen und widerläufigen Tendenzen und Elementen fand.

Für die sozialistischen Länder Mittel- und Ostmitteleuropas entstand so die doppelt paradoxe Situation, als Semiperipherie des sowjetischen Staatssozialismus zugleich diesem gegenüber in vieler Hinsicht entwickelter zu sein. Mehr noch: Sie stießen im Unterschied zu Sowjetrußland auch noch unmittelbar mit den höchstentwickelten westlichen Gesellschaften zusammen und erfuhren dies als wachsenden Rückstand und Abhängigkeit. Diese doppelte Paradoxie entlud sich in den verschiedensten Sozialpathologien. Faktisch von Anfang an, spätestens aber seit den späten

50er Jahren, kam es zur Fixierung eines spätsozialistischen Kräftepatts vor allem in diesen Ländern.

Die inneren Ursachen für die in den sechziger Jahren offenbar werdende Unfähigkeit zur Reform der Grundstrukturen liegen wesentlich in der systembedingten Blockierung der Herausbildung einer eigenständigen Zivilgesellschaft.⁵⁰ Dies ist nicht zuletzt durch die »Einebnung« der verschiedenen Machtstrukturen bedingt.

Es wurde eine fast unmittelbare Identität der sozialbürokratischen, militärischen und patriarchalischen Herrschaftslagen bei fast völliger Ausschaltung marktvermittelter Macht hergestellt. Die Widersprüche zwischen wirtschaftlicher, politischer und kulturell-symbolischer sowie militärischer Macht waren »im Prinzip« beseitigt.

Außerdem wurde die moderne »Basisinstitution« der bürokratischen Großorganisation universalisiert und das Medium politischer Macht gegen alle anderen generalisiert. Die sogenannte »planmäßige« Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen, die Unterordnung des Kreditwesens unter die zentrale Allokation der Ressourcen, die Verwandlung der Vertretungsdemokratie in eine Zustimmungsmaschinerie und die Formierung von Öffentlichkeit in das öffentliche Zur-Schau-Stellen des Selbstbildes des Systems vom Standpunkt seines Zentrums aus – dies alles mündete in eine bürokratiezentrierte Einebnung und Ausrichtung der differenten Evolutionspotentiale moderner Gesellschaften und verlieh dieser Gesellschaft ihr »feudales« Gepräge. Markt, Demokratie und Öffentlichkeit, bürokratische Organisation und Wettbewerb, Geld, Macht, »commitment« und Einfluß wurden ihres Eigensinns beraubt.

Insgesamt kam es zur Einebnung der Machtstrukturen und Evolutionspotentiale – zentralistische Herrschaftsweise und bürokratische Organisationsform bedingten sich. Die Konsequenz war, daß damit eine selbstbewußte Formierung von Akteuren systematisch blockiert wurde. In den »westlichen« Metropolen sind formelle Gleichheit der Eigentümer und reale Monopolisierungstendenzen der Marktmacht, formelle Gleichheit der Bürger und reale Ursurpationstendenzen politischer Macht, formelle Gleichheit der Meinungen und reale Manipulationstendenzen vom Ausgangspunkt her prinzipiell gegensätzlich. Da es im Interesse der Stabilisierung des staatssozialistischen Systems notwendig war, daß weder die Machtstrukturen selbst noch die Basisinstitutionen und Medien oder diese jeweils zueinander quer liegen, wurde auch die Herausbildung innovativer eigeninteressierter Akteure immer wieder blockiert.

Die sozialen Lagen, Interessen, Haltungen und Fähigkeiten, die aus der positionellen Stellung in der Machtstruktur erwachsen, und jene, die aus der Handlung in Basisinstitutionen und der Nutzung von Handlungsmedien erwachsen, mußten vom Standpunkt des Systems gleichgerichtet werden. Daraus entstand die Tendenz zur »strukturellen Inkonsistenz« der Handlungsorientierungen,⁵¹ die die Akteure in ein zersplittertes Geflecht von inkompatiblen Handlungsräumen abdrängen. Mit Frank Adler kann man von einem *Bermuda-Dreieck* des Realsozialismus sprechen, der wechselseitigen Bedingtheit von Machtmonopolisierung, Entsubjektivierung und Nivellierung.⁵²

Mehr noch. Diese Gleichschaltung macht es auch unmöglich, eine systemimmanente Kritik, die *nicht* systemzerstörerisch ist, zu entwickeln. Es gibt keine systeminneren sozialen Bezugspunkte, die so gegen die Machtstrukturen gewandt werden können, daß deren grundlegende Reform innerhalb des Rahmens der Systemerhaltung möglich wäre. Darin besteht auch die reale Tragik jeder Reformbewegung. Solange sie nicht den Standpunkt der Systemerhaltung verläßt, ist sie eigentlich ohnmächtig und kann auf der Basis ihrer eigenen Prämissen diszipliniert werden.

Das Jahr 1968 stellt den endgültigen Wendepunkt zum späten Staatssozialismus in den mittel- und osteuropäischen sozialistischen Ländern sowie der Sowjetunion dar. Unter Hegemonie der Nomenklatura gelang es, einen Block zu formieren, der das Interesse an Systemerhalt mit partiell besseren Chancen für eine Entwicklung innerhalb dieses Systems verband. Dies schloß eine gewisse Hebung des Lebensstandards, wachsende Rechtssicherheit, Ausbau wichtiger individueller Freiheiten, Maßnahmen des Ausbaus des Systems sozialer Sicherheit ein. Weniger repressive und mehr tolerierende und integrierende Formen wurden angewandt, um breite soziale Schichten unter begrenzter Berücksichtigung ihrer originären Interessen und massiver Blockierung ihrer selbständigen Entwicklung in die Stabilisierung des Staatssozialismus einzugliedern.

Die reformerische Auflösung des Staatssozialismus wurde gewaltsam verhindert und jeder Versuch des Aufbaus einer modernen, nicht kapitaloder bürokratiedominierten Gesellschaft gestoppt. Dies war nur möglich, weil der Sozialismus so modifiziert wurde, daß er bestimmte eingezirkelte Entwicklungsräume, ihm eigentlich fremdartige Nischen, einschloß. Die Nomenklatura griff zu »Krücken«, da sie sich der Grenzen »systemadäquater« Instrumentarien bewußt wurde. Wie Georg Simmel schrieb: »Denn der kluge Despotismus wird immer diejenige Form für seine Forderungen wählen, welche dem Untertanen möglichste Freiheit *in seinen rein*

individuellen Beziehungen läßt.«⁵³ Die Bürger selbst erzwangen sie sich im stummen Druck auf die Verwaltung, um eigene Glücksvorstellungen geltend zu machen.

Damit erhielt das System zeitweilig eine neue Legitimation, wurde ein brüchiger, Substanz verzehrender spätsozialistischer Grundkonsens herausgebildet. Die gesellschaftliche Grundstruktur konnte auch unter Bedingungen erhalten werden, die ihr zunehmend weniger entsprachen. Modernisierungsfortschritte der Individuen und gesellschaftlicher Teilbereiche wurden möglich, auch wenn sie eigentlich nicht in der »Logik« des Systems lagen.

Die Entstehung einer Gegengesellschaft – der Schatten des Staatssozialismus

Die versumpfte »Blüte« des späten europäischen Staatssozialismus, die »goldenen Siebziger«, war jedoch kurz. Denn Mittel, die er einbaute, konnte er nicht effektiv nutzen, und die, über die er systemeigen verfügte, wurden noch schneller erschöpft. Die Nischen in der Weltgesellschaft, die er sich nach dem I. und im II. Weltkrieg sowie durch das Abkommen von Jalta erkämpft hatte, wurden von allen Seiten bedrängt und schwanden dahin. Die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« zerfiel in eine staatlich dirigierte Wirtschaftspolitik in den Hauptzweigen einerseits und einen wachsenden privaten Konsum mit Schattenwirtschaft und Schwarzmarkt andererseits. Daraus entstand kein sich wechselseitig vorantreibender Zirkel ökonomischer Effizienz und sozialer Dynamik. Die Erschöpfung der systeminneren Triebkräfte extensiver Entwicklung ließ nach der internationalen Wirtschaftskrise 1974/75 zu Krediten greifen, um die Defizite zu überbrücken. Dies scheiterte 1979 zuerst in Polen.

Als Nischen, Knicken, deformierte Ansätze, Hoffnungen usw. waren Markt, Demokratie und Öffentlichkeit über Jahrzehnte hinweg präsen- te Begleiter dieses Staatssozialismus geworden. Wie viele »Mittäter« und »Mitopfer« haben ihr Tun und auch ihr Lassen immer wieder vor sich und anderen damit legitimiert, daß sie das im jeweiligen Augenblick »Mögliche« und Durchsetzbare zu erkämpfen suchten. Heute wird schnell abgewunken und der Stab über alle gebrochen, die sich engagierten. Die Auflösung des Staatssozialismus, so zumindest das geschichtliche Resultat, war primär das Ergebnis seiner Selbstnegation und untrennbar verbunden mit ihrer in Abwärtszyklen deutlich werdenden Unfähigkeit, sich als überlegene gegenmoderne, antiwestliche Gesellschaft zu stabilisieren.

Der Spätsozialismus ist durch eine tiefgreifende Umwandlung des »administrativen Kommandosystems« in ein System der wechselseitigen Absprachen und zumeist stiller Sozialpakte gekennzeichnet. Die schon dargestellte Grundstruktur in der Transformation bewahrend, entstand ein allumfassendes System des »bürokratischen Marktes« (James M. Buchanan). Hier gilt, was Michael Mann als allgemeines Phänomen beschreibt: Unter der Oberfläche der herrschenden Machtnetze »graben die Menschen Gänge, die sie brauchen, um ihre Ziele zu erreichen, oder weiten alte aus, um irgendwann unübersehbar mit Strukturen in unser Gesichtsfeld zu treten, die einem oder auch mehreren der bis dahin wichtigsten Machtgeflechte den Rang streitig machen.«⁵⁴

»Das System der vertikalen Abmachungen wurde«, so Vitali Naischul, »durch ein nichtlegales, legalisiertes oder legales System von horizontalen Abmachungen ergänzt – dem Austausch zwischen Organisationen... Die vertikalen und horizontalen Abmachungen hängen im höchsten Maße vom bürokratischen Status der Partner ab. Deshalb wurde auf dem entwickelten bürokratischen Markt der späten Breshnew-Ära nicht nur mit Waren und Dienstleistungen gehandelt wie im Westen, sondern mit allem, was in der hierarchischen Gesellschaft einen Wert hat: mit der sozialen Stellung in der Gesellschaft, mit der Macht und der Unterordnung, mit Gesetzen und dem Recht, sie zu verletzen, mit Bildungsdiplomen.«⁵⁵

Daraus erwuchs eine Dezentralisation von sozialer Macht, die Verlagerung von Rechten nach unten und eine Nivellierung des sozialen Status, die mit extremer Statusinkonsistenz verbunden war.⁵⁶ In gewisser Hinsicht stellt der späte Staatssozialismus das frühsozialistische System auf den Kopf. Die vorhandene machtmonopolistische, auf Enteignung, Entmachtung und »Entgeistigung« der »Basisakteure« gegründete Struktur wurde durch die Akteure selbst umfunktionalisiert und transformiert. Sie erzeugten aktiv und in vielen kleinen Kämpfen den Schatten der staatssozialistischen Gesellschaft – eine *Gegengesellschaft der Bürger*.

In präziser Beobachtung hatte Günter Gauss 1983 den Begriff der Nischengesellschaft geprägt.⁵⁷ Dies betont m.E. zu sehr ein Nebeneinander von öffentlichen Räumen und Nischen. Diese Gegengesellschaft war aber ein alles durchdringendes Geflecht von Verhaltensweisen und Machtstrukturen im sozialen Raum, mit denen faktisch alle Akteure in unterschiedlicher Weise die offiziellen Kanäle zugleich anerkannten und »untertunnelten«. Es wurde zu einer notwendigen Qualität des reproduktiven Zusammenhangs der Gesellschaft.

Das wohl bekannteste Beispiel ist jener »Planerfüllungspakt«⁵⁸ zwischen Arbeitern und Betriebsleitungen, dessen Wirken vom Göttinger SOFI in der ehemaligen DDR untersucht wurde. Solche Beispiele machen deutlich, welche rationalen Strategien von realen Akteuren entwickelt wurden, um ihre Interessen und damit verbundenen Verantwortlichkeiten wahrzunehmen. Es zeigt, daß soziales Engagement erstens möglich und zweitens sinnvoll war sowie drittens zunehmend quer zur Effektivitätssteigerung des Systems stand. Akteure mit durchaus vorhandenen und sich reproduzierenden Subjektivitätspotentialen bauten Machtstrukturen auf, die einerseits die Systemstruktur nicht zerstörten, sondern durchaus anerkannten und erhielten, andererseits aber soziale Ziele dieser Akteure zur Durchsetzung brachten, die einen Eigenwert besaßen. Im genannten Fall waren dies relativ hohe Löhne, Abbau von strikten Unterordnungsbeziehungen, Nutzung betrieblicher Mittel für die individuelle Reproduktion in einer Mangelgesellschaft, Erhaltung von Kollektivbeziehungen u.a.

Aber auch die volkswirtschaftliche Ressourcenverteilung reduzierte sich nicht auf das sogenannte Kommandosystem. Nicht weniger wichtig und letztlich sogar entscheidend war ein fast unüberschaubares System des vertikalen und vor allem auch horizontalen Aushandelns der Interessen. Da ging es um Devisen, Mikrochips, Wohnungen, Sozialeinrichtungen, Kulturdenkmäler. Und es ging um Gehaltszuschläge, Karrieren, Orden, um den »lieben Frieden« genauso wie um interessante Arbeitsmöglichkeiten. Jeder der Akteure brachte die Gesamtheit seiner strategischen Optionen ins Spiel und machte seine Beteiligung mehr oder minder von deren Berücksichtigung abhängig. Zugleich war dies ein Raum, wo soziale Nöte, humane Erwartungen, alternative Hoffnungen zur Geltung gebracht werden konnten.

Düstere Seiten von erbarmungsloser Repression werden jetzt öffentlich gemacht. Gegen einzelne Denkende, die man mit dem Begriff »Andersdenkende« diffamieren wollte, wurde oft maßlos vorgegangen. Indoktrination prägte geistiges Leben. Und doch war mehr. Indifferenz und die Spaltung in offizielles Reden und das Wort am Stammtisch wurden toleriert. Zunehmend und insbesondere nach dem Beginn der Perestroika wurden Diskussionen zu notwendiger Glasnost, Demokratisierung und Wirtschaftsreform Alltag. Das offene Wort erhielt einen hohen Stellenwert, Demagogie wurde schnell durchschaut. Räume der Narrenfreiheit und des Spiels mit der Möglichkeit eines *anderen* Sozialismus entstanden.

Angesichts dieser und anderer Linien kann sich (fast) jeder Akteur *im* System nicht ganz ohne Recht als »Kämpfer« *gegen* das System verstehen,

so sehr er zugleich befestigt haben mag. Niemand handelte nur so, wie es dessen offizielle Strukturen eigentlich verlangten. Die ideologische Rechtfertigung des Staatssozialismus DDR, elementare Überlebensnotwendigkeiten, Engagement für andere und viel Egoismus haben jene, die sich für das System selbst, für einen besseren Sozialismus oder ein bißchen mehr Effektivität bzw. Humanität einsetzten, genauso zur Distanzierung getrieben wie die Konformisten, die Mitläufer, die Nischenbewohner und die Korrupten. Solidarisches Verhalten war unter diesen Bedingungen nur selten eine moralische Überforderung.

Niemand war mit diesem System so ganz identisch. Jeder fühlte sich anders und »besser«. Und kaum jemand wird dieses Knäuel für sich wirklich entwirren können. Diese Gegengesellschaft war gerade in den siebziger und achtziger Jahren zu einem expandierenden Lebensraum geworden. Es begann, das System des Staatssozialismus zu verschlingen. Kommando Wirtschaft, Arbeitsgesellschaft und sozialistische Einheit und Reinheit wurden mehr und mehr zur Fassade für anderes, gegenläufiges Wollen, Denken und Tun. Gorbatschows Lösung vom besseren Sozialismus legitimierte es.

Die so heterogene Bewegung des Herbstes 1989 war vor allem aus dem Bestreben geboren, die im offiziellen Staatssozialismus entstandene Gegengesellschaft und ihre Gegengemeinschaften zu verallgemeinern. Durch Brechung der Machtsäulen des Systems sollten deren Potenzen freigesetzt werden. Die heroischen wie die konformistischen aber auch die parasitären Illusionen zerstoßen, als klar wurde, daß die Gegengesellschaft nicht ohne ihr Original zu haben war.

Die Entwicklung in den Ländern des ehemaligen Staatssozialismus Mittel- und Ostmitteleuropas bliebe absolut unerklärlich, wenn man sich nicht den Zusammenhang der gesellschaftlichen Verhältnisse dieser Länder mit den daraus hervordringenden historischen Erfahrungen vergegenwärtigt. Unaufhaltsam und wie selbstverständlich wird von vielen der Übergang in die so andere westliche Gesellschaft vollzogen. Es ist, als ob der »alte Mensch« der Marktwirtschaft, parlamentarischen Demokratie und bunten Massenmedien aus den Poren und Nischen des Staatssozialismus wie der Schmetterling aus der Larve fast fertig hervorkröche, sich die Maske des »neuen sozialistischen Menschen« befreit vom Gesicht reißend. Das alte sozialistische System wird buchstäblich wie eine Fessel abgestreift.

Wenn nämlich im Mai 1990 von 100 DDR-Bürgern 91 feststellen, »Marktwirtschaft« sei »in« (in der BRD waren es im August 1990 nur 76%),⁵⁹ wenn

sich in wenigen Monaten viele der ehemaligen DDR-Bürger mit neuen Autos zu Wessis zu stylen suchten, dann waren viele vielleicht doch schon vorher Fremde im »eigenen« System.

Es ist nicht zu leugnen, sondern zu begreifen, daß gerade an der entwickelten Semiperipherie des sowjetischen Staatssozialismus zumindest geistig, in ihren Werten und Einstellungen, Sicht- und Verhaltensweisen bestimmte Elemente der westlichen Gesellschaft innerhalb ihres staatssozialistischen Antipoden selbst herangereift waren. Die Marxsche Revolutionstheorie erhält – bezogen auf den Staatssozialismus – ihre so lange im Westen ausgebliebene Bestätigung. Wahrscheinlich vor allem deshalb, weil es sich in gewisser Hinsicht um eine nachholende »bürgerliche« Revolution handelte.⁶⁰

Ein jahrzehntelanges Wechselbad der genannten gegensätzlichen Entwicklungszyklen und Krisen des Staatssozialismus hatte überzeugender als alle Ideologie ins Bewußtsein gebracht, daß Markt, Demokratie und Öffentlichkeit unverzichtbare Entwicklungsbedingungen moderner Gesellschaften darstellen. Mauer und Drahtzäune wurden nicht mehr akzeptiert. Die Herstellung einer überzeugenden Identität persönlicher Lebensstile und Lebenspläne⁶¹ mit den Perspektiven dieses Systems wurde immer zweifelhafter. Wells Zeitmaschine konnte – wenn nur die Behörden es genehmigten – bestiegen werden. Reisen in das westliche Ausland erschienen als Reisen in eine kaum im eigenen Lande noch erhoffbare Zukunft.

Viele Menschen aus westlichen Gesellschaften mögen sich über das naive und undifferenzierte Verhältnis der Bürger osteuropäischer Länder einschließlich der meisten Intellektuellen zum Markt, zur parlamentarischen Demokratie und praktizierten Freiheit von Wort und Bild wundern. Es scheint, daß sich der offizielle »wissenschaftliche Kommunismus« unter der Hand in einen »utopischen Kapitalismus« verkehrt hat. Diese Verkehrung ist aber Kondensat von Erfahrungen mit dem Mangel an Markt, Demokratie und Öffentlichkeit in einem sozialbürokratischen System. Das Leben in einer solchen Gesellschaft bringt eine ganz eigene, für Außen-seiter unerwartete Sicht auf moderne Gesellschaften des Westens hervor. Dazu zwei Beispiele, die bewußt aus der DDR genommen sind:

Einerseits war die relativ sichere Versorgung mit den elementarsten Existenzbedingungen, und sei es nach längerer Wartezeit, gerade in der DDR eine Tatsache. Daraus erwuchs die Erfahrung, daß Arbeit, Wohnung, Lebensmittel sowie ein enges soziales Netz Selbstverständlichkeiten und unverzichtbare soziale Grundrechte sind. Die Sicherung der sozialen Exis-

tenz war für die übergroße Mehrheit kein Diskussionsproblem. Ausnahmen bildeten politische Oppositionelle, die mit Berufsverboten rechnen mußten. Letzteres aber war nur die Erfahrung einer kleineren Gruppe der Intellektuellen, die mit dieser Gefährdung teilweise über Jahrzehnte lebten oder das Land verließen.

Andererseits hatte diese staatliche Versorgung mit den Existenzbedingungen immer die Tendenz zur Mittelmäßigkeit. Der Zustand von Häusern, der öffentlichen Verkehrsmittel, vieler Gesundheitseinrichtungen verschlechterte sich gerade in den 80er Jahren wieder. Dazu kam die Abtrennung dieser Versorgung von den immer differenzierteren individuellen und familiären Bedürfnissen, die Erfahrung ständiger Defizite und ewiger Abhängigkeit. So war die Versorgung durch den Staat oftmals entwürdigend, und persönliche Beziehungen sowie Korruption spielten durchaus eine Rolle. »Dankbarkeit« konnte dabei nicht aufkommen.

Der sich ausbreitende schwarze oder graue Markt wurde als Kompensation, als teure, schlechte und erniedrigende Kompensation der Mängel dieser staatlichen Versorgung erlebt. Von seiner Befreiung aus der staatlichen Zwangsjacke, so schien es, konnte man die Überwindung der Defizite der sozialen Existenzsicherung erwarten. Es entstand notwendig ein fast magischer Glaube an die Kräfte des Marktes. Intuitiv wünschte frau/mann sich die Vorteile des Marktes zu den Selbstverständlichkeiten der Zentral Verwaltungswirtschaft hinzu.

Dieser Widerspruch war schon in der Geldform des Lohnes angelegt. Zwar erhielt jeder Geld, an sich also ein allgemeines Äquivalent. Aber dieses Geld war bestenfalls der Anspruch auf jene Güter, die auch staatlich garantiert wurden. Die im Lohn ausgedrückten Wünsche der Werktätigen wurden nur mittelbar, nur über ihre Umsetzung in Planaufgaben durch die zentralen Behörden gesellschaftlich wirklich anerkannt. Den Rest regelte zu parasitären Preisen der Schwarzmarkt und seine Währung – die *Deutsche Mark*.

Besondere Schärfe erhielt diese Sicht auf den Markt durch die Tatsache, daß im Westen gerade jene Güter sehr billig und qualitativ sehr hochwertig waren, die in der DDR ein relatives oder absolutes Defizit darstellten: Auto, Fernseher, Reisen, Computer usw. Genau dies aber sind Güter, die als Symbole für individuelle Freiheit im Unterschied zu sozialen Existenzbedingungen wie Arbeit, Wohnung usw. stehen. Wie teuer dagegen die Sicherung der Grundbedürfnisse ist (Wohnungen, öffentlicher Verkehr, Energie usw.), konnte nicht in der gleichen Weise unmittelbar wahrgenommen werden. Für bestimmte Vorzüge des einen Systems wurde frau/

mann systematisch genauso blind wie für die Bedrohungen, die im anderen wirken. Daß wirtschaftliche Zusammenhänge den eigenen Arbeitsplatz, die eigene berufliche Perspektive bedrohen, daß frau/mann mit 50 zur unbrauchbaren Ware auf dem Arbeitsmarkt gehören könnten, daß frau/mann nach dem Studium nicht einmal Arbeitslosengeld erhalten, daß Wohnung oder Strom und Energie ein finanzielles Problem werden könnten – darauf u.a.m. waren alle höchstens »theoretisch« oder »ideologisch« vorbereitet, also überhaupt nicht. Aus den praktisch bedeutsamen Lebenserfahrungen fiel genau dies heraus. Markt und Geld waren Synonyme für fehlende Freiheit, Individualität, für ungenutzte Chancen und Lebensmöglichkeiten, nicht aber für Bedrohungen, Ängste, Unsicherheiten und Ausweglosigkeit.

Ähnlich widersprüchliche Erfahrungen machten gerade auch die DDR-Bürger mit der Honecker-Regierung. Für diese war eine besondere politische Schwäche bei äußerster Starrheit vielleicht das wichtigste Charakteristikum. Der Schock von 1953, der Mauer-Bau, der wachsende ökonomische und soziale Rückstand gegenüber der BRD, deren neuartige demokratische Legitimation seit der Brandt-Scheel-Regierung – dies alles zwang die SED-Führung, sich mehr als manche andere sozialistische Regierung als Regierung für das Volk darzustellen.

Gerade auch weil sie nicht wirklich gewählt war, war sie so schwach in allen Dingen, wo sie gesellschaftliche Verhältnisse durch Eingreifen in die sozialen Interessenlagen breiter Schichten hätte verändern müssen. Es entstand ein Zwang, sich geradezu »übermäßig« sozial zu beweisen. Dies schlug sich auch in der Loyalität der Bürger nieder. 1975 hatte sich das Ansehen des Sozialismus gerade auch bei der jungen Generation gegenüber 1970 wesentlich erhöht. Gaben 1970 41% der Lehrlinge an, sich sehr stark mit der DDR zu identifizieren (und 50% mit Einschränkung), so waren es 1975 immerhin 57% (und 38% mit Einschränkung). Waren es 1986 noch 48%, die auf eine sehr starke Identifikation mit diesem Land verwiesen, so im Mai 1988 28% und im Oktober 1988 nur noch 18%. Der Legitimationsverfall kam einem Erdrutsch gleich. Ähnlich entwickelte sich das Verhältnis zum Sozialismus. 1970 gaben 46% der Lehrlinge an, daß es vollkommen ihre Meinung sei, daß sich diese Gesellschaftsordnung weltweit durchsetzen wird. 1975 waren es 63% (!), 1980 und 1984 nur noch 50%, im Mai 1988 nur noch 10% und im Oktober 1989 ganze 3%.⁶²

Die Gesellschaft war auf eine hohe konfliktlose Identifikation angewiesen. Leistungsdruck im Sinne westlicher Industriegesellschaften konnte faktisch nur gegenüber sozial Schwächeren, vor allem Frauen, ausgeübt

werden. Die hohe Sicherheit und relative Gleichheit war aber auch der Boden, auf dessen Grundlage andere Bedürfnisse zunehmend in den Vordergrund traten. Man kann deshalb auch bezogen auf die DDR von einem Wertwandel sprechen. Solche Wünsche wie das Streben nach individueller Anerkennung, Selbstgestaltung, etwas Verrücktes erleben, Mode und Luxus, aber auch beruflicher Ehrgeiz hatten sich gravierend verstärkt. Gesellschaftliches Engagement dagegen sank und kulturelle Bildung behielt ihren nicht sehr hohen Stellenwert. Während aber die klassischen Werte der Arbeiterbewegung wie die der sozialen Existenzsicherheit, einer bestimmten Gleichmacherei, einer Solidarität von Entwicklungslosigkeit der Fabrikarbeit durchaus mit dem Staatssozialismus in Übereinstimmung zu bringen waren, so galt dies nicht für individuelle Selbständigkeit, Interesse an Mitbestimmung, demokratischer Kontrolle, Kritik, reale Wahlmöglichkeiten, für den Bedarf an freien Entfaltungsmöglichkeiten außerhalb staatlicher Bevormundung. Der Spagat zwischen selbst hervorgebrachten, notgedrungen geduldeten und importierten Werten einerseits und den Möglichkeiten einer sozialbürokratischen Gesellschaft wurde immer größer. Worthülsen wie die auf dem XI. Parteitag der SED 1986 konnten die Kluft nicht mehr schließen. Dort hieß es fast beschwörend: »Die sozialistische Gesellschaft wird selbst um so reicher, je reicher sich die Individualität ihrer Mitglieder entfaltet, und sie schafft dafür mit ihrem Fortschreiten immer günstigere Bedingungen.«⁶³ Es war ein weiter Schritt von der Verabsolutierung des sozialistischen Kollektivmenschen und dem reibungslosen Schräubchen des sozialistischen Aufbaus bis zu diesen (nicht nur verbal gemeinten) Bekenntnissen.

Dieser Widerspruch wurde in der Frage der Reisefreiheit und bei Wahlen immer von neuem aktualisiert: Wer ist eigentlich Herr/»Herrin« in dieser Gesellschaft – gehört der Staat den Menschen oder die Menschen dem Staat? Der buchstäbliche Verkauf der ausreisewilligen Bürger an die BRD war die faktische Beantwortung dieser Frage. Der Rückgang der Systemkonfrontation, Demokratisierungstendenzen in der BRD und vor allem die durch den Wertwandel bedingten eigenen neuen Sichten auf die Gesellschaft machten auch den Akt des Wahl-Plebiszits zum Problem. Der Sinn von *Wählen* trat wieder in den Vordergrund. Der latente Widerspruch zwischen der prinzipiellen Unvereinbarkeit dieses staatssozialistischen Systems mit Wahlen, wo frei und geheim zwischen Regierung und Opposition entschieden wird, und dem formellen Wahlakt brach offen auf.

In den Zyklen der doppelten Krisen war Widersprüchliches gelernt worden: Frau/mann erfuhr tagtäglich die Abhängigkeit der Regierung

von dem passiven Mittun bzw. Dulden durch die Bevölkerung. Die Regierung erschien in immer mehr Teilproblemen durch Druck erpreßbar. Ihr konnte also vieles buchstäblich abgetrotzt werden. Und doch war frau/mann ohnmächtig gegenüber dem Charakter der Regierungspolitik als ganzem. Sie war nicht abwählbar. Der in bestimmten Situationen zunehmende Druck erhielt deshalb für die Herrschenden auch immer nur die eine Nachricht: Ohne ein Nachgeben in dieser oder jener Frage droht politische Instabilität, kann die Macht gefährdet werden. Es fehlte fast jede, breite Massen ergreifende Form des wirklichen öffentlichen Diskurses, der öffentlichen Auseinandersetzung um Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Erfahrung der Nichtwählbarkeit der Regierung bei deren gleichzeitiger hoher Abhängigkeit von der Bevölkerung, ihren Interessen und Auffassungen zu sehr konkreten Problemen machte es der ehemaligen DDR-Bevölkerung schwer, die Probleme einer repräsentativen Demokratie zu erkennen. Wie oft hieß es nach dem 18. März 1990: Das kann man doch nicht mit uns machen! Das darf man doch nicht zulassen! Dies nun sind Einstellungen, in denen DDR-Geschichte, Geschichte des späten Staatssozialismus auf deutschem Boden, kondensiert ist. Eine frei gewählte Regierung - so erfuhren viele erst jetzt - kann Prozesse einleiten, die vorher unmöglich schienen, sie kann soziale Lagen radikal verändern. Sie ist nicht zuletzt infolge der zeitweiligen Abwesenheit stabiler Interessengruppen in gewisser Hinsicht wesentlich unabhängiger von der wählenden Bevölkerung. Und zugleich kann und braucht sie in viele Einzelfragen aber auch nicht derart unmittelbar einzugreifen wie eine staatssozialistische Zentralverwaltung.

Welchen gesellschaftlichen Bereich, welches soziale Problem man auch nimmt - immer gilt: Die Reproduktion des Systems selbst brachte den starken und unwiderstehlichen Drang zur Ausbildung moderner Evolutionsweisen in Wirtschaft, Politik und Kultur hervor, ließ Raum für Nischen, Krücken und tolerierte den stillen Ausstieg aus der offiziellen Gesellschaft und den Aufbau einer inoffiziellen Gegengesellschaft, ihres eigenen Schattens.

Zugespitzt formuliert könnte man sagen, daß für einen historischen Moment die Menschen weder im Staatssozialismus noch in einer westlichen Marktwirtschaft und parlamentarischen Demokratie lebten, sondern ihre Strategien stiller Systemunterwanderung und der Aufbau von Gegenetzen der Macht eine an der Oberfläche nicht sichtbare Gegengesellschaft erzeugt hatten, in der die Energien in nicht unbeträchtlichem Maße auf die Individuen, auf ihre unmittelbaren Gemeinschaften, auf private Ni-

schen, konfliktfreie Zonen, passive Solidaritätsformen umgelenkt wurden. Da dies aber nicht durch Effektivierung der Systemzusammenhänge geschah, wurde die historisch teuer bezahlte Substanz des Staatssozialismus verschlissen. Im gleichen Maße, wie diese Gegengesellschaft sich entfaltete, zersetzte sich die offizielle Gesellschaft und reduzierten sich damit die Existenzbedingungen der Gegengesellschaft selbst. Nostalgie ist vor allem Nostalgie nach dieser Gegengesellschaft. Die Krise brach erst offen aus, als deren Erhalt immer schwieriger wurde und absehbar war, daß sie perspektivisch zusammenbrach. Es war eine *anomische Situation* entstanden, wo Veränderungen notwendig sind, ohne daß die sozialen Strukturen dazu fähig seien. Denn, so Emile Dürkheim, »die Plastizität der Gesellschaften ist nicht unendlich. Wenn sie an ihre Grenzen angekommen ist, dann sind selbst notwendige Veränderungen unmöglich.«⁶⁴

Die antistaatssozialistischen Volksbewegungen

Die Verallgemeinerung dieser gegengesellschaftlichen Tendenzen machte das System selbst zunehmend sinnlos. Es hatte endgültig seine Schuldigkeit getan und konnte auch die Gegengesellschaft nicht mehr erhalten. Dies führte zwangsläufig dazu, daß sich die alternativen Erwartungen gegen das System und auf die Einführung von Markt, parlamentarischer Demokratie und Öffentlichkeit konzentrierten. Und diese Erwartungen waren weder zu stoppen noch zu relativieren.

Die systemimmanente Aufhebung des Systems und die Entstehung einer Gegengesellschaft hatte die symbolische Macht vom Staat weg und auf die Gegengesellschaft und ihre Ideologie »Sapad - eto choroscho!« (»Der Westen — das ist gut!«) verlagert. Der fast unblutige und schnelle Zusammenbruch des offiziellen Systems verdankte sich also der Tatsache, daß der Staat das Monopol der »legitimen symbolischen Gewalt«⁶⁵ verloren hatte. In der heutigen Weltgesellschaft ist es eigentlich nur den Staaten der wirtschaftlichen Metropolen oder neuen antimodernen fundamentalistischen Bewegungen möglich, dieses Monopol exklusiv zu sichern. An der Semiperipherie oder Peripherie sind zumeist nur Stellvertretungsmonopole möglich. Dies schränkt den Raum eigener Entwicklung schon symbolisch-kulturell außerordentlich ein und droht, ihn den Metropolen zu unterwerfen. Die offenkundige Sinnlosigkeit der Overkill-Kapazitäten als Folge des extremen Hochrüstens zwischen den LISA und der UdSSR, der wirtschaftliche Ruin und die immanente Herausbildung einer »westlichen« Wertorientierung hatte Ende der 80er Jahre alle Machtressourcen

des sowjetischen Staatssozialismus entwertet. Alle Akteure mußten sich den daraus ergebenden Zwängen zu stellen suchen. Perestroika gehört dazu.

Andererseits aber war es genau diese »realsozialistische« Erfahrungsweise der Evolutionspotentiale moderner Gesellschaften, die für deren Gefahren, Verkehrungen sowie mögliche Instrumentalisierung durch neue Herrschaftsformen und -typen blind machte. Aus dem Erfahrungshorizont der Masse der Bevölkerung konnte deshalb auch keine Einsicht in den »Notwendenden« Charakter einer doppelten Modernisierung erwachsen. Nachholende, aufholende, importierte Entwicklung muß als die ausreichende Problemlösung erscheinen. Jede Diskussion über die Grenzen der Moderne-Potenzen der westlichen Gesellschaften konnte gar nicht anders denn als intellektuelles Genörgel erscheinen, das bestenfalls die eigene Position begründen soll. Es ist jenseits des lebensweltlichen Handlungshorizonts der Akteure, daß die Verallgemeinerung ihrer Gegengesellschaft vor allem neue Zwänge erzeugt. Die Zerstörung der offiziellen Gesellschaft durch Aufbau einer Gegengesellschaft zersetzt genau im gleichen Maße die eigentliche Grundlage derselben. Der Schatten zehrte den Körper auf, der ihn warf. Der Übergang zu einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft an der Semiperipherie der Weltwirtschaft ist unvermeidlich geworden.

Die schon erwähnte doppelte Paradoxie des Sozialismus in den Ländern Mittel- und Ostmitteleuropas (Peripherie eines weniger entwickelten Zentrums zu sein und an industriell entwickeltere Gesellschaften zu grenzen) hatte Ende der 80er Jahre zu unerträglichen Spannungen geführt. Die Pathologien drängten nach Entladung. Das Zentrum des staatssozialistischen Systems in Europa, die Sowjetunion, hatte die Kraft verloren, ihre eigene Semiperipherie noch länger an sich zu binden. Die Anziehungskraft der westeuropäischen Gemeinschaft dagegen wuchs im gleichen Maße, wie mit der Lösung partieller Industrialisierungs- und anderer Modernisierungsaufgaben die Unfähigkeit des staatssozialistischen Systems offensichtlich wurde, den wachsenden Rückstand aufzuholen. Die besondere Zuspitzung der spezifischen Widersprüche der krisenhaften Evolution des Staatssozialismus in seiner Semiperipherie erklärt, warum er dort so schnell zusammenbrach. Sie erklärt auch, warum das Zentrum wie auch die wirkliche Peripherie dieses Gesellschaftssystems den Herbst 1989 vorläufig überlebten. Während die Sowjetunion 1991 folgte, hatten sich Teile der Peripherie schon selbständig und unter der Form der Erhaltung des politischen Systems auf den Weg einer »Rückkehr« gemacht.

Die Volksbewegungen der mittel- und ostmitteleuropäischen staatssozialistischen Länder haben dem Inhalt nach anti-staatssozialistische und nachholende promoderne Reformen eingeleitet – teils von oben, teils von unten. *Reformen* sind es vor allem deshalb, weil es sich um politische Ereignisse handelt, deren gesellschaftlicher Inhalt im wesentlichen durch einen mehr oder minder spontanen Nachvollzug von Entwicklungen geprägt wird, die in anderen Ländern schon stattfanden.

Darüber hinaus waren die systemtragenden Kräfte schon vorher verchlissen worden. Und sie haben es fast alle gewußt. Die völlige Sperre der Argumentationsbereitschaft zu den Eingaben gegen die Kommunalwahlen zeugt mindestens von einem schlechten Gewissen.⁶⁶ Was 1968 noch eine Tragödie gewesen wäre, ist 1989 oder 1991 zu einer Parodie verkommen, wo alle eigentlich fühlten, daß sie dem System zu seinem Ende noch einmal aufspielen. Wesentliche Teile der systemtragenden Eliten vollzogen einen Frontwechsel.

Anti-staatssozialistisch waren diese Bewegungen, weil sie sich gegen die spezifische Machtstruktur dieses Gesellschaftssystems richteten. Als *promoderne* Bewegungen erwiesen sie sich, indem sie geradezu rücksichtslos auf die nachholende Einführung oder Wiedereinführung von Evolutionsstrukturen moderner Gesellschaften drängten⁶⁷ – faktisch um jeden Preis; und sei es auf Kosten des eigenen Arbeitsplatzes oder der eigenen Wohnung.

Grenzen der Entwicklung des Staatssozialismus – die globalen Probleme (D. Klein)

Der Niedergang des zentralistischen Sozialismus ist das Ende eines Systems, das unfähig zur Lösung wesentlicher globaler Probleme war und im Gegenteil zu deren Vertiefung beitrug. Dies sei knapp näher betrachtet, weil sich in der kritischen Rückschau der Marxistinnen in den Ländern des gescheiterten zentralistischen Sozialismus zwar die Einsicht in die fundamentalen Defizite von dessen innerer Grundstruktur schnell entwickelt, jedoch nicht selten die Auffassung noch fortwirkt, daß wenigstens die Bilanz seines Verhältnisses zu den globalen Menschheitsproblemen positiv ausfalle. Doch auch diese Einschätzung ist kritisch zu betrachten, wenn es um die ganze Wahrheit geht:

Als 1972 der 1. Bericht an den Club of Rome mit dem Titel »The limits to the growth« in spektakulärer Weise die internationale Öffentlichkeit zur Einsicht in die selbsterstörerischen Mechanismen moderner Gesell-

schaften und zum Zweifel an der Qualität dieser Moderne aufrüttelte, war die offizielle staatsideologische Antwort: Die globalen Probleme seien keine wirklich globalen, sie seien die Niedergangsphänomene des Imperialismus. Die Menschheitsprobleme seien nicht wirklich Probleme der ganzen Menschheit, sondern Erscheinungen der Krise des Kapitalismus allein. Der Sozialismus sei im Großen und Ganzen kraft seines Wesens gegen diese Probleme gefeit, er sei die Gestalt ihrer Lösung.⁶⁸ Übersehen wurde, daß er selbst, so wie er real existierte, nur eine - auf spezifische Weise mißlungene - Variante des weltweit in eine Sackgasse geratenden Industrialismus war.

Diese Antwort war ein Höhepunkt in der Ignoranz der einzigen, kleinen Chance, die eine sozialistische Entwicklung gegenüber einem kapitalistisch geprägten Industrialismus im 20. Jahrhundert gehabt hätte:

Niemals hatte sie selbst in industriell verhältnismäßig entwickelten Ländern wie der CSSR und der früheren DDR die Aussicht, den bürgerlichen Gesellschaften durch puren Nachvollzug auf deren eigenen Pfaden den Rang abzulaufen. Sie hätte - vielleicht - größere Teile der Bevölkerung dann für eine freie solidarische, soziale, naturbewahrende Entwicklung, die den Namen Sozialismus verdiente, gewinnen können, wenn die Kühnheit aufgebracht worden wäre, diese andere Kulturgesellschaft mit ihren eigenen Werten tatsächlich zu versuchen.

Dies wäre ohne einen radikalen Wandel der Machtstrukturen des globalen Weltsystems unmöglich gewesen. Der Prager Frühling 1968 barg den Zugang zu einem solchen großen Versuch in sich. Doch schon der Beginn dessen wurde durch die militärische Invasion unterdrückt. Und die politischen Führungen im Westen vermochten ihrerseits nicht mehr, als diese Ereignisse in das Ost-West-Feindschema einzuordnen, statt den kurzen Aufbruch in der CSSR durch einen eigenen über das Ost-West-Schema hinausweisenden zivilisatorischen Wandel zu entlasten und Weichen für ein anderes Weltsystem zu stellen, daß weder auf einem primär militärischen noch ökonomischen Wettbewerb beruht. Der sowjetische Staatssozialismus dagegen mit seiner zum Rückstand werdenden Andersartigkeit versagte angesichts der neuen globalen Probleme völlig:

Friedenssicherung

Zwar gingen die Weltkriege des 20. Jahrhunderts nicht von diesem System aus. Zwar brachte es zu Beginn seiner Existenz die Konzeption der friedlichen Koexistenz und eine ihr entsprechende Zurückhaltung bei

der Instrumentalisierung seines militärischen Potentials im Verhältnis zu entwickelten westlichen Industriestaaten hervor und war schließlich in der Sowjetunion in der Phase seines Niedergangs mit der Perestroika in der Lage, eine auf dauerhaften Weltfrieden gerichtete einschneidende Veränderung der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik einzuleiten. Doch der zentralistische Sozialismus trug gleichwohl selbst zur Reproduktion globaler Probleme bei.

Der bürokratische Sozialismus praktizierte komplementär zum Westen und eingeordnet in die militärischen Machtstrukturen des Weltsystems eine konfrontative Form der Systembeziehungen, war in den Mechanismus der Abschreckung verstrickt und betrieb eine permanente Hochrüstung.

Die zentralistische Grundstruktur des administrativen Sozialismus und die darin eingeschlossene Kommandowirtschaft konnten nur in einem geschlossenen System aufrechterhalten werden. Internationale Interdependenz mußte daher als Bedrohung wahrgenommen und Kooperation limitiert werden. Westliche Instrumentalisierung eigener ökonomischer Überlegenheit zu politischem Druck auf den Osten bot mancherlei Legitimationsansätze für östliche Isolationspolitik. Friede als kooperatives Miteinander von Staaten und Völkern war durch die Grundstruktur des »realen Sozialismus« von vornherein gehemmt. Er konnte daher nur machtpolitisch angestrebt werden, war damit als demokratischer Frieden nicht möglich und ständig von beiden beteiligten Seiten gefährdet.

Ökonomische Schwäche der Sowjetunion, gepaart mit der strategisch-konzeptionellen Annahme, grundlegenden gesellschaftlichen Fortschritt nur bei Revolutionen in weiteren kapitalistischen Ländern erreichen zu können, brachte trotz der Ablehnung eines bewaffneten Exports von Revolution mit sich, daß Weltmachtpolitik in erster Linie auf den Ausbau eines militärischen Drohpotentials gestützt wurde.

Die Auffassung der westlichen Industriegesellschaften als monolithischen, in seinem Wesen aggressiven Imperialismus schloß trotz der Ansätze zur Überwindung dieser Position eine differenzierte Sicht auf die Variationsvielfalt westlicher Gesellschaften und auf ihre grundsätzliche Friedensfähigkeit in der offiziellen Politik aus und machte den zentralistischen Sozialismus unfähig zu weitreichenden politischen Kompromissen im Interesse von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

Das Verständnis von Solidarität mit revolutionären Bewegungen in den Entwicklungsländern führte zur Verstrickung der Sowjetunion in militärische Konflikte in der Dritten Welt. Die Breshnew-Doktrin des Einsatzes

von Waffengewalt gegen demokratische Umwälzungen in anderen Ländern des zentralistischen Sozialismus als Mittel der Blockerhaltung begünstigte ein Feindbild auf der anderen Seite, das deren eigene Hochrüstung und konfrontative Politik stützte.

Die politbürokratische Herrschaft schloß einen auf demokratischer Konsensbildung ruhenden inneren Frieden aus. Die zentralistische Grundstruktur des Systems verbot es grundsätzlich, unterschiedliche Interessen überhaupt zu artikulieren, geschweige denn in einem Diskurs darüber zu Kompromissen zusammenzuführen. Diese Lage drängte die Länder des zentralistischen Sozialismus auf dem Feld der Menschenrechte in das Abseits des KSZE-Prozesses und belastete durch die Unfähigkeit, einen demokratisch begründeten inneren gesellschaftlichen Frieden herzustellen, auch den äußeren Frieden selbst. Und dies in der Phase, in der besonders in den achtziger Jahren entscheidende Abrüstungs- und Friedensangebote aus dem Osten kamen.

Ökologische Sicherheit

Der in seinem Verhältnis zur Natur rücksichtslose Industrialismus bestimmte auch den Reproduktionsprozeß des zentralistischen Sozialismus, der überdies unfähig war, die Gegenmechanismen in westlichen Ländern zur Begrenzung der Umweltzerstörung in sich aufzunehmen oder gar über sie hinauszugehen.

Ökonomische Ineffizienz als Resultat politischer Erdrosselung wirtschaftlicher Selbststeuerungsmechanismen und der Unterdrückung der von ökonomischen Interessen geleiteten Innovationspotenzen, der Druck der Weltmarktkonkurrenz auf diesem Hintergrund sowie das begreifliche Verlangen der Bevölkerung nach einem höheren Konsumtionsniveau fühlten überall zu zentralistischen Entscheidungen, in denen die ökologischen Herausforderungen ganz oder weitgehend negiert wurden. Der zentralistische Sozialismus erwies sich als unfähig, von dem durch die Verbindung stark extensiver und naturbelastender Produktion mit Momenten der Intensivierung gekennzeichneten fordistischen Produktivkrafttyp – dessen Produktivitätspotentiale nicht einmal voll ausgeschöpft werden konnten – zu einem ressourcensparenden, durch Wissenschaftsintensität potentiell umweltfreundlichen Produktivkraft- und Akkumulations- oder Wachstumstyp überzugehen. Im Gegenteil: Die Sowjetunion setzte den Ausbau ihres Militärisch-industriellen Komplexes fort und verwandelte das Land mit seinen menschlichen und natürlichen Ressourcen in das Anhängsel einer Rüstungswirtschaft.

Die zentralistisch-bürokratischen Grundstrukturen des bisherigen Sozialismus schlossen ihrer Natur nach jedoch die Bewegungsfreiheit für problembewußte Minderheiten aus. Ökologische Bewegungen wurden als systemgefährdend diffamiert und verfolgt. Das alte System war daher politisch unfähig, eine soziale Basis für eine Neuordnung der gesellschaftlichen Entwicklungsziele und Regulationsmechanismen zu entwickeln, und erwies sich damit auch in der Sphäre der Ökologie als evolutionsunfähig. Es konnte keine selbstreferenziellen Evolutionsweisen hervorbringen und daher keinen kulturellen Zugang zur Lösung globaler Probleme in den eigenen Lebenswelten, in der staatlichen Innenpolitik und in der Gestaltung der internationalen Beziehungen hervorbringen.

Zurückdrängung der Unterentwicklung

Als Gesellschaft mit stagnativen Tendenzen, ineffizient und damit zu umfangreicher ökonomischer Entwicklungshilfe weitgehend unfähig, war der zentralistische Sozialismus nicht imstande, Entscheidendes für die Zurückdrängung der Unterentwicklung in der Dritten Welt zu leisten. Zwar erreichte die Sowjetunion, daß Hunger, Massenarbeitslosigkeit, Unbehaustheit, Mangelkrankheiten und Analphabetismus in den ehemals zaristischen Kolonien überwunden wurden - auf einer allerdings labilen Basis, wie sich heute zeigt. Zwar war dies ein Anstoß für erfolgreiche antikoloniale Befreiungskämpfe. Zwar wurde solidarische Hilfe in dem ökonomisch möglichen bescheidenen Umfang für sozialistische Revolutionen wie in China, Kuba und Vietnam geleistet.

Doch ebenso wie im Westen Entwicklungspolitik in den Schranken marktwirtschaftlichen, in der Praxis weitgehend von den Interessen transnationaler Unternehmen bestimmten Ordnungsdenkens verblieb, vermochte auch der zentralistische Sozialismus nicht, ein den Bedingungen der Entwicklungsländer adäquates eigenes spezifisches Verhalten zu den Problemen der Unterentwicklung herauszubilden. Das Verhältnis zu ihnen war zwar durch Unterstützung der Entwicklungsländer gegen die Interessen der westlichen Zentren bestimmt, zugleich aber von der Grundvorstellung, daß historische Lösungen für die Entwicklungsländer nur auf einem den Mustern des zentralistischen Sozialismus ähnlichen Wege zu erreichen seien. Das führte in eine Sackgasse im Verhalten der Länder des zentralistischen Sozialismus zu den Herausforderungen der Unterentwicklung.

Ausblicke in die neue Unsicherheit

Innerhalb von nur zwei Jahren ist das ganze staatssozialistische System aufgelöst worden. Dies erwies sich aufgrund der Entstehung einer immanenten Gegengesellschaft, in die faktisch fast alle relevanten Akteure einschließlich der herrschenden Nomenklatura integriert waren, als außerordentlich leicht. Jetzt aber wird deutlich, daß das eigentliche Transformationsproblem nicht so sehr beim Übergang vom offiziellen Staatssozialismus zu einer semiperipheren oder gar peripheren Gesellschaft, sondern in der Transformation der Gegengesellschaft liegt.

Es geht nicht primär um die Umgestaltung einer »administrativen Kommandowirtschaft«, eines partokratischen Systems und der »bolschewistisch-kommunistischen Ideologie«, sondern um die Transformation eines »bürokratischen Marktes«, eines Systems sozialer Pakte und eines anomischen solidarisch-privatistischen Wertesystems. So entsteht die groteske Situation, daß die gesamten Reformstrategien gerade der Perestroika wie aber auch die Empfehlungen des IWF und der Weltbank »auf die Reformierung nicht der real uns umgebenden Wirtschaft, sondern eines illusionären ökonomischen Systems gerichtet sind«.⁶⁹

Selbst der teilweise vorherrschende Kampf gegen die bisherige Führungsschicht in ihrer ganzen Breite erweist sich so bestenfalls als Fehlfertigung dieser »Nomenklatura« mit einer nie vorhanden gewesenen staatssozialistischen Herrschaftsklasse. Auch diese Akteure waren bis in die Führungsspitzen hinein in immer höherem Maße Teil und Subjekt der Gegengesellschaft geworden. Dies geht so weit, daß vom sowjetischen Komitee für Staatssicherheit die Perestroika ausgelöst wurde, daß in der DDR die Opposition so »unterwandert« war, daß kaum noch zu unterscheiden ist, wo sie eigenständig gehandelt hat und wo sie fremdgesteuert wurde. Betriebsleitungen, Parteisekretäre von Bezirken, Gewerkschaftsfunktionäre usw. mochten auf der einen Seite versuchen, das staatssozialistische System so umzubauen, daß es ihren schichtenspezifischen Interessen untergeordnet wurde. Genau damit aber wurden sie zu Akteuren des Aufbaus der Gegengesellschaft und legitimierten sich zugleich in nicht unbeträchtlichem Maße als deren notwendige Bestandteile, indem sie zumindest teilweise und oftmals überzeugt ihre Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der ihnen formell Unterstellten und deren Schutz vor Repressionen nachzuweisen suchten.

Die Transformation dieser Gegengesellschaft und ihrer Akteure ist deshalb so qualvoll und langwierig, weil einerseits ihre Grundlage, die

offizielle staatssozialistische Gesellschaft, mit der zusammen sie ein reproduktives Ganzes darstellte, verschwunden ist. Damit sind außerdem Handlungskompetenzen und Orientierungen entwertet. Mit dem Zusammenbruch des eisernen Gehäuses staatssozialistischer Hörigkeit erscheint die Gegengesellschaft in ihrer Zerfasertheit, parasitären Struktur, ihrem Gegensatz von privatistischer und konsumistischer Handlungsorientierung und passiv gemeinschaftlicher Erwartungshaltung an *den* Staat oder *die* Gesellschaft.

Auf der anderen Seite ist das Ende der Systemkonfrontation und der primär militärisch gesicherten Selbstbehauptung Rußlands identisch mit der Rückkehr in eine Weltgesellschaft, die rigider denn je hierarchisch strukturiert ist. Es kommt zum unmittelbaren Zusammenstoß der Machtstrukturen und Evolutionsweisen dieser Weltgesellschaft und ihrer Akteure mit den Machtstrukturen, Evolutionsweisen und Akteuren jener Gegengesellschaften, die mit ihrer staatssozialistischen Grundlage jeden Halt verloren haben. Mit Schumpeter könnte man fragen, ob es möglich sei, daß aus dem zerschlagenen Ei des Staatssozialismus überhaupt der versprochene gute Kuchen sozialer Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie werden kann.

¹ Editorial. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/1991, S. 1164.

² Vgl. unter anderem: Hildemeier, Manfred: Die Russische Revolution 1905-1921, Frankfurt am Main 1989, S. 190 ff.

³ Vgl. dazu Wallerstein, Immanuel: The modern world-system I, London 1974 sowie Ders.: The modern world-system II, London 1980.

⁴ Borschier, V.: Transnationale Wirtschaft im Weltsystem. In: Weltgesellschaft und Sozialstruktur. Diessenhofen 1980, S. 21 f.

⁵ Marx, Karl: Revue. Mai bis Oktober (1850). In: MEW. Bd. 7, Berlin 1964, S. 440.

⁶ Anthony Giddens unterscheidet vier Dimensionen globalisierter Macht, in der Moderne: die kapitalistische Weltwirtschaft, das Nationalstaatssystem, die militärische Weltordnung

- und die internationale Arbeitsteilung. Vgl. Giddens, Anthony: *The Consequences of Modernity*, Stanford 1990, S. 70–78.
- ⁷ Vgl. *Approches polemologiques. Conflits et violence politique dans le monde au tournant des années quatre-vingt-dix*, Paris 1991.
- ⁸ Vgl. Choros, W.: *Modernisierung in Rußland und Japan*. In: *Mirowaja ekonomika i meshdu-na-rodnyje odnoschenija*, Heft 8/1991, S. 70–79 (russ.).
- ⁹ Elias, Norbert: *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. 2. Bd., Ffm. 1989, S. 436 f.
- ¹⁰ Anderson, Peiry: *Die Entstehung des absolutistischen Staates*, Frankfurt/Main 1979, S. 259.
- ¹¹ Konrád, György/Szeleny, Ivan: *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*, Frankfurt am Main 1978, S. 137.
- ¹² Ebenda.
- ¹³ Vgl. Polanyi, Karl: *The Great Transfomnation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt am Main 1987, S. 128.
- ¹⁴ Laue, Theodore H. von: *The World Revolution of Westernization. The Twentieth Century in Global Perspective*, New York/Oxford 1987, S. 203.
- ¹⁵ Beyme, Klaus von: *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne*. Ffm. 1991, S. 104.
- ¹⁶ Vgl. Bebel, August: *Die Frau und der Sozialismus*. Vierter Abschnitt: *Die Sozialisierung der Gesellschaft*, Stuttgart und Berlin 1922, S. 368 ff. A. Bogdanows berühmte utopische Erzählung »Der rote Planet« hat eine ähnliche Rolle in Rußland gespielt. Wer die tragenden Ideen einer Bewegung kennenlernen will, muß immer in die Bücher der Popularisatoren sehen.
- ¹⁷ Bernstein, Eduard: *Was ist Sozialismus*. In: *Ein revisionistisches Sozialismusbild. Drei Vorträge von Eduard Bernstein*, Herausgegeben und editiert von Helmut Hirsch, Hannover 1966, S. 19.
- ¹⁸ Mann, Michael: *Geschichte der Macht*. Bd. 1: *Von den Anfängen bis zur Geschichte bis zur griechischen Antike*, Frankfurt am Main/New York 1990, S. 44.
- ¹⁹ Vgl. Bovykin, Valerij I.: *Probleme der industriellen Entwicklung Rußlands*. In: *Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland*. Herausgegeben von Dietrich Geyer, Köln 1975, S. 206.
- ²⁰ Vgl.: Meissner, Boris: *Die Sowjetunion im Umbruch. Historische Hintergründe, Ziele und Grenzen der Reformpolitik Gorbatschows*, Stuttgart 1988, S. 17.
- ²¹ Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Alternativen einer Selbstverwaltung der Arbeiter über die Fonds zur Sicherung bei Krankheit, gegen Arbeitslosigkeit oder im Alter wurden bewußt unterbunden. Die Konsequenz ist, daß die sozialstaatlichen Versicherungssysteme eine »monofunktionale Institution mit geringer kultureller Durchdringung, Kontextualität und lebensweltlicher Einbindung« sind. Koslowski, Peter: *Die postmoderne Kultur. Gesellschaftlich-kulturelle Konsequenzen der technischen Entwicklung*, München 1988, S. 92.
- ²² Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*. 2. Halbband, Tübingen 1976, S. 834.
- ²³ Engels, Friedrich: *Von der Autorität*. In: MEW Bd. 18, Berlin 1964, S. 306 f.
- ²⁴ Vgl. Marx, Karl: *Kritik des Gothaer Programms*. In: MEW Bd. 19, Berlin 1969, S. 18–22.
- ²⁵ Weber, Max: a.a.O., S. 835.
- ²⁶ Lenin, W. I.: *Staat und Revolution*. In: LW. Bd. 25, Berlin 1970, S. 488.
- ²⁷ Ebenda.
- ²⁸ Die Rolle des bäuerlichen Gemeinwesens wurde bei Lenin schon in seiner ersten großen Schrift »Was sind die »Volksfreunde« und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?« infolge einer technisch-ökonomistischen Sicht auf die Produktionsverhältnisse vernachlässigt. Vgl. u.a. ebenda. In: WI. Lenin: *Werke*. Bd. 1, S. 213. Diese Sicht blieb auch 1917 erhalten. Vgl. stellvertretend: W.I. Lenin: *Die politischen Parteien in Rußland und die Aufgaben des Proletariats*. In: Ebenda, Bd. 24, S. 84.

- ²⁹ Vgl. Grossman, Gregory: Die Industrialisierung Rußlands und der Sowjetunion. In: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaft, Stuttgart/New York 1985, S. 409.
- ³⁰ Willetts, Harry T.: Die russische Agrarfrage nach der Bauernreform. In: Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland, hrsg. von Dietrich Geyer, Köln 1975, S. 178.
- ³¹ Vgl. Gefter, M.: Rossija i Marks. In: Kommunist, Heft 18/1988, S. 93-104.
- ³² Lenin, W. I.: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: LW. Bd. 25, Berlin 1970, S. 369.
- ³³ Haimson, Leopold: Das Problem der sozialen Stabilität im städtischen Rußland 1905-1917. In: Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland. A. a. O., S. 310.
- ³⁴ Lenin, W. I.: Aus dem Tagebuch eines Publizisten. In: LW. Bd. 25, Berlin 1970, S. 283.
- ³⁵ Wells, Herbert G.: Rußland im Dunkeln, Moskau 1958, S. 49 f. (russ.).
- ³⁶ Geyer, Dietrich: Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven, Göttingen 1985, S. 139.
- ³⁷ de Man, Hendrik: Sozialismus als ethische Sublimierung. In: Julius H. Schoeps/Joachim H. Knoll/Claus-E. Barsch: Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, München 1981, S. 239.
- ³⁸ Vgl. Toffler, Alvin: The Third Wave, New York 1989, S. 46 ff.
- ³⁹ Vgl. zu diesen vier Tendenzen: Moskowski, Juri: O sakonach rewoljuzii. In: Kommunist, Heft 15, S. 25.
- ⁴⁰ Beschränkung der Kulakenwirtschaft, die Preisschere zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen, die durch die bäuerliche Gemeinde und das traditionale Erbrecht konservierte Produktionsmethoden und die Orientierung auf eine Subsistenzwirtschaft begrenzten die Überschüsse bäuerlicher Produktion. Die Dorf Versammlung (s'chod) blieb eigentliches Machtorgan im Dorfe. Hinter dem bäuerlichen Verhalten stand ein »Regel- und Nonnensystem, das offenbar nicht von »Klassen«, sondern von Hof und Familie ausging, offenbar nicht Staat, sondern das dörfliche Gemeinwesen in den Mittelpunkt stellte, vermutlich nicht den größtmöglichen Ertrag, sondern Subsistenzsicherung ohne Risiko als Leitidee hatte.« Altrichter, Helmut: Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung, München 1984, S. 49.
- ⁴¹ Zur Genesis dieses Systems vgl. u.a.: Elleinstein, Jean: Geschichte des »Stalinismus«. 2. überarbeitete Ausgabe, Hamburg/Berlin 1977. Der sowjetische Historiker A. Sacharow spricht in diesem Zusammenhang auch von einem »revolutionären Totalitarismus« von unten. A. Sacharow: Rewoljuzionnyj totalitarizm w naschej istorii. In: Kommunist, Heft 5/1991, S. 60-71.
- ⁴² Vgl. Meissner, Boris: Die Sowjetunion im Umbruch, a.a.O., S. 34.
- ⁴³ A. Sacharow; R. Medwedjew; V. Turtshin: Sowjetdemokratisches Manifest. In: Neues Forum, Mai. 1970, S. 507.
- ⁴⁴ Vgl. Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, 2. Bd., Frankfurt/Main 1988, S. 548 ff.
- ⁴⁵ Vgl. Ruben, Peter: Ende des »rohen« Kommunismus. Zur Stalinismus-Kritik. In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, 10 Jg., Heft 19 (Juni 1990), S. 35
- ⁴⁶ Vgl. Luhmann, Niklas: Ökologische Kommunikation. 2. Auflage. Opladen 1988.
- ⁴⁷ Zum Wettbewerb oder Konkurrenz als allgemeinem Phänomen moderner Entwicklung vgl. Mannheim, Karl: Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen. In: Ders.: Wissenssoziologie. Auswahl äus dem Werk. Eingeleitet und herausgegeben von Kurt H. Wolff, Neuwied, S. 566.
- ⁴⁸ Zu diesen Potentialen bürokratischer Organisationen vgl. Charles Perrow: Complex Organizations. A Critical Essay, New York 1985.
- ⁴⁹ Wallersteins, Immanuel: Geopolitics and Geoculture, Cambridge 1991.

- ⁵⁰ Die folgenden Darlegungen sind leicht verändert übernommen aus: Brie, Michael: Marxismus und administrativer Sozialismus. In: Thomas, Michael (Hrsg.): Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß, Berlin 1991.
- ⁵¹ Vgl. Hanf, Thomas: Modernisierung der Gesellschaft als sozialstrukturelles Problem. In: Berliner Journal für Soziologie, Bd. 1/1991, S. 77.
- ⁵² Vgl. Adler, Frank: Das »Bermuda-Dreieck« des Realsozialismus: Machtmonopolisierung – Entsubjektivierung – Nivellierung. In: Public. Wissenschaftliche Mitteilungen aus dem Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien, Heft 2/1991, S. 1–46.
- ⁵³ Simmel, Georg: Philosophie des Geldes. Frankfurt am Main 1989, S. 547.
- ⁵⁴ Mann, Michael: a.a.O., S. 36 f.
- ⁵⁵ Naischul, Vitali: Bürokratischer Markt. Verdeckte Rechte und die Wirtschaftsreform. In: Nesaawissimaja gasetta, 26.9.1991, S. 5 (russ.).
- ⁵⁶ Vgl. Lenski, Gerhard E.: Status Consistency and Inconsistency. In: Structured Social Inequality. Edited and with Introductions by Celia S. Heller, New York 1969, S. 215–217.
- ⁵⁷ Vgl. Gauss, Günter: Wo Deutschland liegt, Hamburg 1983.
- ⁵⁸ Vgl. Kern, Horst/Land, Rainer: Zur Mentalität von Arbeiter/innen in der ehemaligen DDR, Vortrag. Soziologisches Forschungsprojekt Göttingen, 1991.
- ⁵⁹ Vgl. Horizont international, Heft 30/1990, S. 3
- ⁶⁰ Habermas, Jürgen: Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. In: Ders.: Die nachholende Revolution. Kleine. Politische Schriften VII, Frankfurt/Main 1990, S. 180 f.
- ⁶¹ Vgl. zu diesen Begriffen: Giddens, Anthony: Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age, Cambridge 1991, S. 80 ff.
- ⁶² Friedrich, Walter: Mentalitätswandlungen der Jugend der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 16–17/90, 13. April 1990, S. 29 f.
- ⁶³ Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED: Berichterstatter: Erich Honecker, Berlin 1986, S. 59 f.
- ⁶⁴ Dürkheim, Emile: Über die Teilung der sozialen Arbeit, Frankfurt am Main 1977, S. 411.
- ⁶⁵ Vgl. dazu: Bourdieu, Pierre: Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg 1991, S. 99.
- ⁶⁶ In der Anweisung des Ministers für Staatssicherheit über die Beantwortung von Eingaben im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 wird nicht nur der verbindliche Text der Antwort vorgeschrieben, sondern auch hinzugefügt: »Auf jeden Fall ist zu vermeiden, daß zur Sache selbst oder zu den angeblichen Fakten argumentiert wird.« Zitiert aus: Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS, Januar – November 1989, Herausgegeben von Armin Mitter und Stefan Wolle, Berlin 1990, S. 43.
- ⁷⁶ Siehe Krüger, Hans-Peter: Strategien Radikaler Demokratisierung. Ein normativer Entwurf. In: Deppe, R./Dubiel, H./Rödel, U. (Hrsg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt am Main 1991.
- ⁶⁸ Meißner, Herbert: Ein neues »Wellmodell« für eine alte Ideologie. In: Einheit 10/1973; Reinhold, Otto: Der Charakter der gegenwärtigen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft und die imperialistische Apologetik. In: Einheit 1/1976.
- ⁶⁹ Naischul, Vitali: Bürokratischer Markt, a.a.O, S. 5.

*In: Brie/Klein: »Zwischen den Zeiten.
Ein Jahrhundert verabschiedet sich«. Hamburg 1992*

9

Michael Brie

Einleitung

zu: Brie, Michael (2004): Ordnung aus Anarchie.
Fallstudie zur Entstehung einer autoritären Demokratie
in der russischen Provinzregion Saratov

Die Transformationsforschung fragt vor allem nach dem Wechsel politischer und wirtschaftlicher Systeme. Ihr wichtigster normativer und zugleich analytischer Bezugspunkt sind die Dichotomien Diktatur – Demokratie und Plan-Markt: Dies entspricht den dominanten Deutungsmustern in den Augenblicken des Systemumbruchs. Nichts scheint den Akteuren in diesem Moment wichtiger als das »weg von« und das unverzügliche »hin zu«. Dahinter stehen Erwartungen breiter Bevölkerungsgruppen, dass prinzipiell neue Systeme auch über eine prinzipiell überlegene Leistungskraft bei der Bereitstellung materieller wie immaterieller Güter verfügen. In einer solchen Situation entsteht ein Druck, Theorien auf binäre Klassifikationen und Politiken auf Schocktherapien zu reduzieren.

Die folgende Studie verlässt diese Ebene der Gegenüberstellung von Gesellschaftssystemen. Sie versucht, in die Niederungen eines regionalen Wandels jener konkreten Formen einzudringen, in denen die materiellen und immateriellen Güter einer Gesellschaft bereitgestellt werden, sie fragt danach, wie zu verschiedenen Zeiten innerhalb eines einzelnen Gebietes der Russischen Föderation¹, dem von Saratov, Wirtschaft und Politik zusammenwirkten, um dem Zentralstaat, der Bevölkerung, den regionalen Eliten sehr spezifische Leistungen bereitzustellen. Anstelle abstrakter Gesellschaftssysteme werden konkrete Governancestrukturen, Strukturen der konkreten Steuerung und Koordination, und anstelle abstrakter Prinzipien von Plan und Markt, Diktatur und Demokratie werden konkrete Regime des Austauschs, der Koordination und der Unterordnung einer Pluralität von Akteuren in den Vordergrund gerückt. Es ist die Geschichte des Wandels in einer Region, und sie hat konkrete Gesichter, war und ist verbunden mit sehr konkreten Hoffnungen, Erwartungen und Forderungen. Dies scheint theoretisch wenig interessant zu sein, trifft aber nach Überzeugung des Autors nicht zu.

Vom Standpunkt einer Sozialwissenschaft, die vor allem auf formale Institutionen fixiert ist, die soziale Reproduktion nur unter den Bedingungen institutioneller Stabilität zu denken vermag, für die zwischen Zentralverwaltungswirtschaft und kommunistischer Herrschaft einerseits sowie Marktwirtschaft und Demokratie andererseits kein Raum existiert, muss die Fähigkeit russischer Akteure, unter den Bedingungen höchster Unsicherheit den Erhalt der eigenen Gesellschaft – wenn auch auf niedrigem Niveau – zu sichern, unerklärbar scheinen. Frühzeitig waren mir und meinen Kollegen des damaligen Instituts für interdisziplinäre Zivilisationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin zwar zentrale Probleme gerade der Transformation der sowjetisch-russischen Gesellschaft deutlich geworden (Brie/Böhlke 1992), doch fehlte uns das sozialwissenschaftliche Instrumentarium, um antizipieren zu können, wie Menschen und eine Gesellschaft mit derartigen Schwierigkeiten umzugehen vermögen. Die vorgelegte Studie entstand aus der Neugierde, den Formen nachzugehen, die Akteure finden, um theoretisch scheinbar unlösbare Probleme zu bewältigen.

Die russische Transformation war durch ihren über längere Zeiträume anomischen und spontanen Charakter geprägt. Weder Institutionen noch Machtblöcke gaben zwischen 1990 und 2000 hinreichende Sicherheit. Das Interesse des Autors war es zu untersuchen und zu verstehen, wie regionale Akteure – denen die Kontrolle über ihre Umweltbedingungen weitgehend entzogen ist – unter solchen Bedingungen handeln und inwieweit es ihnen gelingt, ihre eigenen Interessen zu verfolgen und doch nolens volens dabei bestimmte relevante öffentliche Funktionen wahrzunehmen. Die Erklärung dieser regionalen Formen von Ordnung in der Anarchie der russischen Transformation steht im Mittelpunkt der vorgelegten Studie.

1. Das Modell der »delegativen Demokratie« und die russische Transformationsforschung

Neuere Analysen der Transformationsforschung haben den Befund erbracht, dass als Ergebnis des politischen und sozialen Wandels autoritärer bzw. staatssozialistischer Länder verbreitet relativ stabile politische Systeme entstehen, die als Regime »delegativer Demokratien« (O'Donnell 1994) beschrieben werden. Dieses Modell wurde auch auf Russland (Brie 1996a) und auf die russischen Regionen (Gel'man 1996b) angewandt, blieb aber weitgehend deskriptiv. Regime einer »delegativen Demokratie« lassen sich beschreiben durch das Vorherrschen folgender Tendenzen: personale

Machtkonzentrationen; Koalitionen einflussstarker politisch-wirtschaftlicher Gruppen, die gemeinsam ihre Macht sichern; Legitimation der politischen Macht vor allem durch substantielle Leistungen für wahlentscheidende Bevölkerungsgruppen; Übernahme parteiähnlicher Funktionen durch die Exekutive. Rechtsstaatliche Institutionen wie die Durchführung freier Wahlen und die öffentliche Beratung und Verabschiedung des Haushalts durch die Legislative werden stabilisiert, während andere Elemente einer konsolidierten Demokratie weitgehend fehlen und durch informelle und extralegale Interaktionsformen ersetzt werden.

In der Mehrheit jener Länder, die gemessen an der Durchführung freier, geheimer und gleicher Wahlen als demokratisch gelten können, sind die Prinzipien einer rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft vertikal nur partiell und horizontal bestenfalls sektoral realisiert. O'Donnell unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen »institutionalisierten« Demokratien, in denen die gewählte Regierung an rechtliche Regeln der Machtausübung gebunden ist, die durch autonome Mächte kontrolliert und durchgesetzt werden können, und dem Typ »delegativer Demokratien«, wo ein demokratisch gewählter Präsident ermächtigt ist zu regieren, wie er es für richtig hält, ohne durch etwas anderes als die existierenden Machtverhältnisse und die verfassungsmäßig begrenzte Dauer der Amtsausübung gebunden zu sein (O'Donnell 1994: 59). Dies stimmt mit den obigen Befunden über die Entwicklung der politischen Regime in Russland weitgehend überein.

Derartige Befunde sind nicht evident. Die postsozialistischen Länder differieren in dieser Hinsicht. In den meisten dieser Länder waren die Strategien der Reformeliten einheitlich auf die Herausbildung einer konsolidierten rechtsstaatlich verfassten Demokratie orientiert und wurden von großen Teilen der Bevölkerung dabei unterstützt. Trotzdem sind die Ergebnisse sehr unterschiedlich. Im Falle Russlands war der Ausgang der Transformation lange Zeit offen. Dies gilt insbesondere auch für die russischen Regionen. Gerade die regionalen Akteure »sahen sich gezwungen, für ihre akuten sozialen und wirtschaftlichen Probleme eigenständige Auswege aufzutun« (Heinemann-Grüder 1995: 1252)² 1993 wurde dort ein »Krieg aller gegen alle« (Mjasnikov 1993: 57) diagnostiziert. Die nachfolgende Entwicklung scheint durch eine Suche nach Ordnung ausgehend von »korporativen Interessen« der Elite (Diskin 1995: 26) und den Zwang zur Stabilisierung der sozialen Situation gekennzeichnet zu sein. Im Unterschied zu den osteuropäischen Ländern gilt hier, dass gegensätzliche Transformationsstrategien nichtintendiert in Tendenzen zur Herausbil-

dung sehr ähnlicher politischer Regime einer delegativen Demokratie konvergieren.

In der Literatur werden Tendenzen der Abweichung vom Transformationsziel einer konsolidierten rechtsstaatlichen Demokratie vor allem durch das Erbe der staatssozialistischen Gesellschaften, durch die Existenz eines dem Transformationsziel entgegen stehenden »Leninist Lebach« (Jöwitt 1992) erklärt. Die Inadäquatheit der normativen, volitiven und kognitiven Anforderungen der demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen gegenüber den habitualisierten Dispositionen und dem kulturellen Kapital der endogenen Akteure wurde aufgezeigt (u.a. Morawski 1992; Schöpflin 1991; Sztompka 1991; Offe 1995) und die Unumgänglichkeit des Bruchs mit diesem Erbe für eine erfolgreiche Transformation hervorgehoben. Andere Autoren verweisen dagegen darauf, dass nach dem Zusammenbruch der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsinstitutionen des Staatssozialismus die informellen institutionellen Arrangements, die damit verbundenen Praktiken und das soziale, kulturelle, aber auch wirtschaftliche Kapital die wichtigsten intakten sozialen Strukturen und subjektiven Handlungsvermögen der zunächst ohne formelle Makroinstitutionen »übriggebliebenen« Akteure waren. Sie gehen davon aus, dass soziale Innovationen mindestens im gleichen Maße von der Re-Kombinierung überkommener Elemente abhängen wie von der Einführung völlig neuer Formen (Nielsen et al. 1995: 4), und betonen den instrumentellen Umgang der Akteure mit diesem Erbe.

Im Kontext der russischen Regionalforschung wurde u.a. verwiesen auf weit zurück reichende Traditionen wie den Rechtsnihilismus (Wollmann 1996: 694), auf die Rolle der kommunistischen Partei-Gebietsleitungen in ihrer Doppelfunktion von »Präfekten« und »Gouverneuren« (Rutland 1993), auf die spätsozialistischen Regime von Departmentalismus und Lokalismus (Brie/Stykow 1996) sowie die Rolle militärisch bedingter Machtzentralisation (Kirkow 1995a). Dieses institutionelle Erbe ist sehr mannigfaltig und heterogen. Hinzu kommen eine Reihe von institutionellen Innovationen der Perestroika und frühen Postperestroika wie frei gewählte regionale Sowjets bzw. Duma-Vertretungen, die Institutionen des Präsidentenvertreter und des Gouverneurs usw.

Die Erklärung des Entstehens von Regimen delegativer Demokratie durch das Erbe der vorhergehenden autoritären bzw. staatssozialistischen Gesellschaften stößt vor allem auf ein Problem: Institutioneller Bruch oder institutionelle Kontinuität bzw. ihre je konkrete Verbindung sind offensichtlich abhängig von den in der Transformation gewählten Strategien

und ihren dabei erzeugten und zumeist nichtintendierten Resultaten sowie den im weiteren vorgenommenen Modifikationen der Akteur Strategien, die sich erst nach einiger Zeit zu einem relativ stabilen Zusammenhang im Rahmen eines dauerhafteren politischen Regimes verdichten. Es kann keine direkten Kausalbeziehungen zwischen dem institutionellen Erbe und dem Transformationspfad geben. Sie sind durch Akteurshandeln vermittelt.

In Russland fand Mitte der neunziger Jahre eine intensive wissenschaftliche und politische Diskussion über die Herausbildung regionaler politischer Regime statt. Dabei stehen sich eine Konzeption autoritärer regionaler Modernisierung und eine Konzeption demokratischer Modernisierung (Grigor'ev/Maljutin 1995) gegenüber. Befunde wie: Dominanz der regionalen Exekutive über die Legislative, wechselseitige Loyalität zwischen der Moskauer Exekutive und den Gouverneuren, Existenz einer indirekten Kontrolle der Exekutive über die Massenmedien, Neutralisierung bzw. Unterdrückung möglicher politischer Konkurrenten und Patronage von Verbänden und Organisationen durch die regionale Verwaltung im Austausch für öffentliche Unterstützung und administrative Mobilisierung der Wähler, Gerrymandering bei der Einteilung der Wahlkreise und Methoden der sozialen Kontrolle der Ergebnisse von Wahlen bis hin zu Bestechung oder Erpressung von Kandidaten und zur Wahlfälschung; werden entweder als Prozesse der Herausbildung autoritärer regionale Regime (Senatova 1996; Borisov 1996) oder aber als Erscheinungsformen einer delegativen Demokratie interpretiert. Der Wandel der politischen Regime in den russischen Regionen sei gekennzeichnet durch »Tendenzen eines strikten Mehrheitswahlrechts, die Konzentration der hyperpersonalisierten Macht in einer Hand, das Streben der Exekutive, die Rolle der legislativen Organe und politischen Organisationen (einschließlich derer, die sich loyal zu den Machthabern verhalten) zu verringern und unter den Bedingungen einer permanenten Krisenverwaltung vorrangig nicht institutionelle politische Mechanismen zu entwickeln« (Gel'man 1996b: 15).

Mittlerweile verdichten sich die vielen Regionalstudien zu einigen zusammenfassenden Beschreibungen von Haupttendenzen der Evolution regionaler politischer Regime. So kommt Igor' Kukolev (1995; 1996) zu folgenden Befunden: Es sei zu einer engen Verschmelzung von »institutionell geformten« Strukturen und »nichtformalen Gebilden« gekommen, deren Schwerpunkte einerseits bei der regionalen Verwaltung und andererseits bei Finanz- und Wirtschaftsgruppen (zu deren Bedeutung vgl.

Starodubrovskaja 1995) liegen. Die Koalitionen zwischen ihnen in Gestalt von »Politik-Finanz-Gruppen« bilden die Grundlage regionaler Governan-cestrukturen. An ihrer Spitze steht der Gouverneur als »unangefochtener Führer«. Wie Michail Afanas'ev betont, kommt es zu einer korporatistischen Schließung, sobald der Machtkampf entschieden ist: »Ein bestirntes Monopol und die mit ihm verbundene Rente bleibt der traditionelle Inhalt von Gruppen- und Klaninteressen« (Afanas'ev 1994: 59).

In den Regionen Russlands haben sich, so die Befunde, die vertikal organisierten Gebietsexekutiven zu spezifischen »Machtparteien« (Bucharm 1995) gewandelt. Strukturbildende Prinzipien seien Klientelismus (Afanas'ev 1994) und Institutionalisierung politisch-wirtschaftlicher Interessengruppen (Kukolev 1996), die mit der Exekutive unter der Leitung eines zumeist direkt gewählten Gouverneurs einen dominanten Machtblock bilden. Das Wahlsystem fördere die Besetzung der Gebietslegislativen durch die Chefs oder leitende Mitarbeiter der Kreisverwaltungen, die ihrerseits durch den Gebietsgouverneur zumeist administrativ eingesetzt worden seien. Auf jeder Verwaltungsebene würden nach dem Prinzip der persönlichen Ergebenheit »Manschaften« um die jeweiligen Leiter gebildet (Barzilov/Cernysov 1996: 45), die sich zu einem hierarchischen Netz von Patronage auswüchsen. Nur in jenen Regionen, wo die institutionelle Spaltung zwischen regionaler Exekutive und Legislative nicht überwunden wurde und eine Art von »Doppelherrschaft« fortbesteht, sei bisher kein derartiges um den Gouverneur zentriertes politisches System entstanden (Schutow/Badowskij 1995).

Vor dem Hintergrund der tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise nehmen Wahlkampagnen die Form eines direkten Tauschgeschäfts an zwischen Zustimmung zum Kandidaten der Machtpartei und Bereitstellung konkreter sozialer Leistungen. Es entsteht ein klientelistischer Wahlmechanismus (Afanas'ev 1994: 65). Während die Bevölkerung der Zentralmacht die Hauptverantwortung für die entstandenen Probleme zuweist und ihr zugleich nur eine geringe Lösungskompetenz zuerkennt, konzentrieren sich die (beschränkten) Erwartungen zunehmend auf die regionalen Verwaltungen (Gorin 1995: 33).

Unabhängig von den gewählten Transformationspfaden und der Radikalität des Elitenwechsels sowie dem häufig damit verbundenen Grad der Befürwortung von Reformen sind Patronage, populistische Wirtschaftsregulation, personale Machtkonzentration und direkte Formen der wechselseitigen Konvertierung von wirtschaftlicher und politischer Macht mittlerweile in faktisch allen Regionen ein weit verbreitetes Phä-

nomen.³ Während zwischen 1991 und 1993 ein Wechsel von Wahlen und demokratischen Bewegungen hin zu einem Kampf innerhalb der regionalen Eliten um die Kontrolle über die politischen und wirtschaftlichen Ressourcen stattfand (McAuley 1992), haben sich danach korporatistische Arrangements, postsozialistische Verschmelzungen von Politik und Wirtschaft, öffentlicher Ämter und privater Machtakkumulation unter den Bedingungen von Kommerzialisierung und demokratischen Wahlen herausgebildet und stabilisiert (zu einem extremen Fall in einem fernöstlichen Gebiet vgl. Kirkow 1995b: 1009).

Dabei ist folgende Spezifik zu berücksichtigen: Die russischen Regionaleliten hatten einen im Vergleich zu anderen Ländern außerordentlich hohen Einfluss auf die Wahl des konkreten Transformationspfades. Sie konnten zumindest zeitweise faktisch autonom über die politischen und wirtschaftlichen Spielregeln in ihrem Gebiet entscheiden und die sich widersprechenden gesamtstaatlichen Regelungen durchgehend in ihrem Interesse deuten, der notorischen Implementationsschwäche der Moskauer Zentralregierung durch eigene Regelungen zuvorkommen bzw. sie konterkarieren und – infolge der Abhängigkeit der zentralen Machtorgane von der Unterstützung durch die Regionen – wesentlich beeinflussen. Vor diesem Hintergrund muss der Befund verblüffen, dass die zwei wichtigsten gegensätzlichen Modelle regionaler Transformation zunehmend konvergieren (Gundarov/Rozanov 1996) und in die Herausbildung von Regimen delegativer Demokratie münden. In Niznij Novgorod und Ul'janovsk waren mit symbolhafter Bedeutung für die anderen Regionen zwei unterschiedliche Wege gewählt worden – der eine geprägt durch radikale Marktexperimente und die starke demokratische Rhetorik eines Bündnisses von jüngeren technokratischen Politikern, Intellektuellen und ausländischen Spezialisten, der andere durch eine eher konservative Reform auf der Grundlage eines korporativen Blocks der politisch-wirtschaftlichen Nomenklatura mit autoritär-populistischen Zügen (Magomedov 1994; einen allgemeinen Überblick über die Varianz der regionalen Transformationspfade 1991/92 gibt Nescadin 1994b). Hauptprobleme waren in beiden Fällen die Koordination der wirtschaftlichen und politischen Eliten in der Region und mit dem Moskauer Zentrum sowie die Sicherung einer hinreichenden Akzeptanz durch die örtliche Bevölkerung (vgl. die Analyse zur Region Tjumen' für die Zeit bis 1993 durch Pavlenko 1994). Dabei kann an die Tradition der Gebietskomitees der KPdSU mit ihrer Rolle der Elitenintegration, Interessenrepräsentation gegenüber Moskau und der regionalen Governance angeknüpft werden (Kolosov 1995: 23). Bedeutungsvoller als

die Unterschiede in der Wahl der Strategien war der Grad der korporatistischen Organisation der Eliten für die Ergebnisse der regionalen Entwicklung (Sizov 1994). Mittlerweile, so die Hauptaussage der politikwissenschaftlichen Analysen, konvergieren die beiden verschiedenen Wege auf ein gemeinsames Resultat hin – regionale Regime delegativer Demokratie, die mit den gesamtstaatlichen Entwicklungen korrespondieren. Ähnliche Tendenzen finden sich auch in jenen Regionen, in denen die örtlichen Eliten zu einer einheitlichen Strategie fanden.

2. Die russische regionale Transformation – Emergenz statt Implementation. Die Analyse von Governancestrukturen

Bezogen auf die regionalen Transformationen in Russland könnte man zugespitzt formuliert von Prozessen der Generierung sozialer Ordnung aus der Situation einer weitgehend entordneten und anarchischen Gesellschaft heraus sprechen. Die übergreifenden institutionellen Beschränkungen waren stark zurückgenommen, was gerade den regionalen Eliten enorme Handlungsspielräume in diesem Prozess eröffnete. Die Reformen der Regierung Jelzin-Gaidar führten zu einem radikalen Bruch des gesamten institutionellen Gefüges bisheriger regionaler Entwicklung (Mick 1994), einer unkontrollierten Dezentralisierung und einem »Prozess der Organisation Russlands von unten entsprechend der mosaikartigen kultur- und soziogeographischen Struktur des Landes« (Kiindatsch/ Turowskij 1993: 1127f). In der Konsequenz kam es, so Beobachter, dazu, »dass erstens der einheitliche Reformplan unkontrolliert den örtlichen Gegebenheiten angepasst wird (eine solche Anpassung war in den Plänen der Reformer nicht vorgesehen) und dass zweitens die meisten der Situation angemessenen Leitungsentscheidungen und praktischen Schritte nicht von den zentralen, sondern von den örtlichen Machtorganen getroffen werden« (Nescadin 1994b: 82). Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird mithin in bedeutendem Maße von jenen Governancestrukturen bestimmt, die in den einzelnen Föderationssubjekten entwickelt wurden. Sie sind zugleich auch Strukturen der Interaktion mit zentralstaatlichen Akteuren.

Während sich unter den Bedingungen einer weitgehend gesteuerten Transformation ein Implementationsansatz als fruchtbar erwies, der sich auf die Analyse der staatlichen Setzung von Institutionen und ihre Durchsetzung konzentriert, erweist sich vor dem Hintergrund der genannten Spezifik der Transformation Russlands ein Emergenzansatz (Wiesenthal 1995) als besonders sinnvoll. Wird im ersteren Falle ausgehend von der *po-*

lity nach *policy* und den konkreten *politics* gefragt, so kehrt der Emergenzansatz diese Reihenfolge um. An die Stelle makrosozialer Institutionen rücken konkrete Governancestrukturen als wichtigste Analyseeinheit. Im Zentrum stehen »Entscheidungsstile und strategische politische Verfahrensweisen« (Hollingsworth 1991: 21), mittels deren in konkreten Feldern gesteuert wird, sowie die stabilen Regelungsformen, die sich dabei herausbilden und letztlich zu politischen Regimen gerinnen. In den Governancestrukturen drückt sich aus, *welche* Probleme real geregelt werden, *wie* sie geregelt werden und in *wessen* Interesse sie geregelt werden. Dabei wird der institutionelle Kontext modifiziert, bestimmte rechtsstaatliche Institutionen werden gestärkt und an Akteurinteressen und schon bestehende Governancestrukturen angepasst, andere werden marginalisiert, in bloße Scheinformen verwandelt oder ganz beseitigt. Die Analyse konkreter Governancestrukturen wird in einem solchen Kontext zum Ausgangspunkt für die Erklärung des Entstehens politischer Regime.

Die vorgelegte Untersuchung, die damit einen für die Transformationsforschung eher unüblichen Fokus wählte, versucht, Erkenntnisse und Methoden steuerungstheoretischer Diskussionen für die Transformationsforschung nutzbar zu machen, wie sie in der westeuropäischen Politikwissenschaft seit Ende der achtziger Jahre geführt werden. Sie kann anknüpfen an die Typologie von Governancestrukturen von Williamson und Ouchi (Williamson 1975; Ouchi 1980; Williamson/Ouchi 1981) und ihre Verbindung mit staatstheoretischen Ansätzen und der Neuen Institutionenökonomik (Campbell et al. 1991).

Von Governancestrukturen im engeren Sinne soll dort gesprochen werden, wo *governance without government* zu beobachten ist – Regulationsmechanismen, die effektiv funktionieren, obwohl sie keine formale Autorität besitzen (Dunsire 1993: 4f.). Es werden also jene Koordinationsformen untersucht, die deshalb gebraucht werden, weil einerseits staatliche Akteure auf grundlegende Implementationsprobleme stoßen (Mayntz 1993 13ff.) und andererseits nichtstaatliche Akteure auf die Bereitstellung von Gütern angewiesen sind, die sie selbst nicht privat bereitstellen können.

Im Unterschied zur westeuropäischen Diskussion, die sich vorwiegend mit sektoraler Governance befasst und ausgehend davon Aussagen über konkrete politische Systeme trifft, wurden in der vorliegenden Studie regionale Governancestrukturen untersucht. Gerade im russischen Fall stößt die Analyse gesamtrossischer Systeme sektoraler Governance aufgrund der Spezifik des Gegenstandes auf besondere Schwierigkeiten. Die Ent-

scheidungsstrukturen sind in diesen Bereichen schwer zu überschauen und hochkomplex.⁴ Vor allem aber sind in ihnen Gruppen aktiv, die Außenstehenden unzugänglich sind und deren innere Transaktionen weitgehend vertraulich und vielfach illegal sind. Die Möglichkeit repräsentativer Umfragen ist auf diesem Gebiet mehr als beschränkt. Dokumente sind kaum zugänglich.

Auf regionaler Ebene hingegen sind die Herausbildung konkreter Governancestrukturen und ihre Einbindung in regionale politische Regime in Russland wesentlich leichter zu untersuchen und Rückschlüsse auf das gesamtstaatliche politische System eher möglich. Die Überschaubarkeit wichtiger ökonomischer und sozialer Prozesse und die Existenz einer Öffentlichkeit, vor der sich die konkurrierenden Gruppen legitimieren, machen die dokumentierte Datenbasis zumeist verlässlicher und valider, als dies bei der Untersuchung gesamtrossischer sektoraler Governancestrukturen möglich wäre. Es ist auf regionaler Ebene leichter, qualitative Interviews und Feldbeobachtungen zu wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen durchzuführen.

3. Das Gebiet Saratov – Auswahl für die Feldforschung

Als Untersuchungsfeld wurde die zentralrussische Wolga-Region Saratov ausgewählt, weil sie in ihrer sozio-ökonomischen und politischen Ausstattung und Entwicklung einen für Russland typischen Fall darstellt (Moses 1992). Der Transformationsprozess vollzieht sich hier in einer gemäßigten, eher konservativen Variante, die für die meisten russischen Provinzen typisch ist. So ist davon auszugehen, dass die regionale Fallstudie generalisierbare Schlussfolgerungen über Akteurverhalten und Institutionenbildung in der russischen Transformationsgesellschaft ermöglicht. Die Auswahl der Region Saratov begründet sich zudem auch durch die besondere Dauer des Prozesses, die Saratov von der Mehrheit der russischen Regionen unterscheidet, die klare Strukturierung der Akteure, das Maß an Öffentlichkeit der Auseinandersetzungen und der Strategiesuche sowie die Überschaubarkeit der institutionellen Resultate.

Das Gebiet Saratov ist eine für Russland typische industriell-agrarische Region mit mittlerem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau, in der sich die Wirtschaftsreformen in einer »Zwischenvariante« zwischen radikalen Reformen (wie in Niznij Novgorod) und »Konservatismus« (wie in Ul'janovsk; vgl. die Fallstudie von Evers 1994a) vollziehen. Die Wahlergebnisse sind durch einen »erheblichen Konservatismus« politischer Einstellungen

geprägt (Krindatsch/Turowskij 1993: 1143). Es sind wie in nur wenigen anderen Regionen alle grundlegenden Sektoren von Industrie, Landwirtschaft und Energieerzeugung sowie Rohstoffproduktion vorhanden. Der Markt entwickelt sich im Konflikt verschiedener politisch-wirtschaftlicher Interessengruppen in einer Variante zwischen »Öffnung« und regionaler Autarkie (Nescadin 1994b: 83).

Günstig für die Fallstudie erwies sich der Umstand, dass Saratov ausreichend weit, von Moskau entfernt ist, um die innerregionalen Probleme weitgehend eigenständig lösen zu müssen, und zugleich hinreichend in das wirtschaftliche und politische Leben Russlands integriert ist, so dass eine enge Wechselwirkung zwischen den zentralrussischen politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie den Eliten in Saratov besteht. Saratov gehört zu den Regionen mit mittlerer Einflusstärke in Russland. Das Gebiet verfügt über eine Reihe wichtiger höherer Bildungs- und Forschungseinrichtungen, an denen in den letzten Jahren ein wissenschaftliches Potential entstanden ist, das die für die Durchführung der Fallstudie wichtige regionale Basis darstellt.

Wie in einer Reihe anderer Regionen auch, kam es im Gebiet Saratov zu einem relativ langsamen, aber dann sehr deutlichen Prozess des Elitewandels (Moses 1992; Stykow 1995b). Dadurch blieb die Unsicherheit für die wichtigsten Akteurguppen über mehrere Jahre sehr groß. Alternative Modelle der Institutionalisierung politischer Herrschaft und konkurrierende Gruppen koexistierten längere Zeit. Alleinherrschaft des Gebietssowjets zwischen August 1991 und Mitte 1992, eine Periode der »Doppelherrschaft« von Gebietssowjet und neuer Gebietsverwaltung (bis Oktober 1993), die sukzessive Durchsetzung der Gebietsverwaltung und ihr schließlicher Umbau entsprechend den formierten Machtverhältnissen und herausgebildeten Governancestrukturen 1995/96 lösten einander ab.

Die andauernde Offenheit des institutionellen Kontexts und die Situation zerstrittener Eliten hat dazu geführt, dass die verschiedenen Akteurguppen mit alternativen Governancestrukturen in unterschiedlichen formellen Institutionen der politischen Machtausübung (eher »parlamentarisch« bzw. »präsidientell«) experimentieren konnten, unter divergierenden Wahlsystemen agierten, dass gegensätzliche Modelle von Industriepolitik und Privatisierung existierten. Zur Transformation in der Region Saratov liegen einige Studien vor. Vor allem seien genannt:

1. Eine umfangreiche zusammenfassende Darstellung der politischen Geschichte der regionalen Transformation (Ryzenkov 1997);

2. *Berichte über die politische und wirtschaftliche Transformation in der Region durch Wissenschaftler des Gebietes und das Moskauer Institut für geistes- und politikwissenschaftliche Forschung (vgl. allein für das Jahr 1996: Filippov 1996a, 1996b, 1996c; Maljakin/Tjurin 1996; Faritov 1996a, 1996b);*
3. *zur vergleichenden Einordnung in den Gesamtprozess der Transformation der russischen Regionen (Moses 1992; RSPD 1993; Nescadin 1994a; 1994b; Goffe/ Capenko 1996);*
4. *zu Wahlergebnissen und der Rolle von Parteien (Grigor'ev/Maljutin 1995; Kolosov 1995; Buzin 1996; Kolosov 1996);*
5. *zur Privatisierung des Flugzeugwerks (Maggs 1992; Hendley 1992; McFaul 1993);*
6. *zu Fragen von Rüstungskonversion und regionaler Politik (Dellheim/Heinemann-Grüder 1994).*
7. *Darüber hinaus wurden im Rahmen der Arbeitsgruppe »Transformationsforschung in den neuen Bundesländern« der Max-Planck-Gesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin mehrere Studien erarbeitet: zur Transformation der regionalen Elitenkonfiguration zwischen 1985 und 1995 (Stykov 1995a), zu alternativen Formen der Repräsentation nichtagrarischer Wirtschaftsakteure an der Schnittstelle von Wirtschaft und Politik (Stykov 1994; 1995b) sowie zu Regimen der regionalen Akteurkoordinierung (Brie/Stykov 1995) und der Herausbildung von Governancesstrukturen im Ergebnis von Versuchen der Lösung von Kollektivgutproblemen (Brie/Stykov 1996).*

Die vorliegenden Befunde gehen für die russische Wolgaregion Saratov davon aus, dass sich die Herausbildung einer delegativen Demokratie im Vergleich mit einigen anderen russischen Regionen verzögerte und erst nach einem längeren Prozess in Konkurrenz mit anderen Tendenzen durchsetzen konnte. Zeitliche Dauer des Entstehens und das Wirken gegensätzlicher Tendenzen erlauben eine detaillierte Analyse.

4. Zu den angewandten Methoden der empirischen Forschung

Die vorliegende Studie wendet sich der Entwicklung von Governancesstrukturen im Gebiet Saratov zu und versucht, die kleine und überschaubare Welt von Akteuren, Institutionen, Deutungsmustern und Ressourcen einer Region in Russland unter einem einzelnen Aspekt zu rekonstruieren: wie und mit welchen institutionellen Formen, formellen wie informellen,

es den Akteuren gelingt, bestimmte Aufgaben der Steuerung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Prozesse gemeinsam wahrzunehmen, und welche Interessen sich dabei wie durchsetzen, welche sozialen Vorteile und welche Kosten damit verbunden sind.

Methodisch werden vor allem zwei Verfahren eingesetzt: 1. Experteninterviews auf der Basis von Leitfäden, in deren Formulierung das bereits angesammelte Vorwissen eingesetzt werden kann. Als Experten fungieren erstens Vertreter der regionalen Eliten – Verwaltung, regionale Politik, Verbands- und Parteifunktionäre, Manager und neue Unternehmer – sein, zweitens Personen, die als Experten des regionalen Lebens gelten können, wie Journalisten, Personen in politischen Beratungsfunktionen. 2. Dokumentenanalyse mit einfachen inhaltsanalytischen Verfahren. Zu den auszuwertenden Dokumenten gehören die monatlichen Berichte der Saratover Filiale des Moskauer Instituts für sozialwissenschaftliche und politische Forschung (IGPI) über die regionale politische Entwicklung, ausgewählte Dokumente der regionalen Verwaltung (Konversionsprogramme usw.), vor allem aber eine eigene Dokumentation der regionalen Presse. Es werden auch Ergebnisse der regionalen Forschungszentren (der Staatlichen Universität, der Akademie für Wirtschaftswissenschaften und des regionalen Kaderzentrums Saratov) ausgewertet.

Dabei konnte auf regelmäßige Berichte des Saratover Mitarbeiters des Moskauer Instituts für sozialwissenschaftliche und politische Forschung (IGPI) über die regionale politische Entwicklung sowie auf eine Reihe von Materialien zurückgegriffen werden, die im Rahmen eines Forschungsvorhabens der Arbeitsgruppe »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern« der Max-Planck-Gesellschaft an der Humboldt-Universität zum Problem der regionalen Interessenrepräsentation und -vermittlung in Russland erarbeitet wurden (Stykov 1994, 1995a, 1995b; Brie/Stykov 1995, 1996).

Die vorliegende Studie nimmt die gesamtrussischen Rahmenbedingungen als gegeben an und untersucht, welche Strategien vor allem öffentliche Akteure unter diesen Bedingungen entwickeln, um die ihnen übertragenen Funktionen wahrzunehmen, und welche intendierten wie nichtintendierten Effekte diese Strategien haben, zu welchen politisch-ökonomischen Regimen diese Strategien gerinnen und wie dauerhaft diese sind bzw. unter welchen Bedingungen sie in andere übergehen.

Die Studie versucht, die Komplexität der empirischen Ergebnisse zu ordnen, ohne sie stark zu reduzieren. Dies scheint deshalb sinnvoll, weil es zweifelsohne eine Schwäche vieler theoretischer Analysen zur Trans-

formation im allgemeinen und zur russischen Transformation im besonderen ist, dass sie ihre Schlüsse auf der Basis einer außerordentlich selektiven Benutzung empirischen Materials ziehen. Der Autor ist bestrebt, die innere Logik der politisch-ökonomischen Regime des Gebietes Saratov seit der späten sowjetischen Zeit durch die Rekonstruktion der inneren Zusammenhänge zu erschließen, wie sie sich in der Feldforschung zeigten. Er versucht, alle Behauptungen auch empirisch zu belegen.

Den Selbstreflexionen der Akteure wird gerade in Fußnoten breiter Raum gelassen, da namentlich in Situationen hoher Unsicherheit Deutungsmuster und Handlungsstrategien im hohen Maße determinieren, welche Strukturen sich herausbilden und festigen. In gesellschaftlichen Transformationen haben Akteurentscheidungen konstitutive Bedeutung. Die Rationalitätskalküle der Akteure determinieren die Wahl zwischen verschiedenen institutionellen Alternativen. Außerdem erlaubt die Offenlegung der in der Feldforschung gewonnenen Quellen auch den Zugang zu anderen sozialwissenschaftlichen Interpretationen als jenen, die der Autor selbst präferiert hat.

Ein methodisches Problem jeder Feldforschung ist, dass sie auf Quellen angewiesen bleibt, die prinzipiell öffentlich sind. Dies betrifft die offiziellen Quellen natürlich selbst, gilt für die regionale Presse, trifft aber auch für die große Zahl von Interviews zu, die zwischen 1993 und 1998 im Rahmen des Projektes durchgeführt wurden. Die zugrundeliegenden empirischen Datenbestände sind vor allem diese Interviews, die regionalen und lokalen Zeitungen sowie Dokumente der Verwaltungen und gewählten Legislativen. Weitgehend handelt es sich um Deutungen, die mit dem bewussten Ziel formuliert worden sind, die eigene Position in der Öffentlichkeit darzustellen oder die anderer öffentlich zu kritisieren. Diese »weichen« Formen einer qualitativen Analyse sind unter den konkreten Bedingungen regionaler Feldforschung in Russland fast alternativlos. Sie sind aber, und davon dürfte auch die vorliegende Studie nicht frei sein, der Gefahr ausgesetzt, den Deutungen der beteiligten Akteure aufzusitzen bzw. sie auch noch selektiv zu verstärken oder abzuschwächen. Die Objektivierung der Interpretation dieser Datenbestände ist nur begrenzt möglich.⁵ Sie geschieht vor allem durch Korrelation zu gesamtrossischen Entwicklungen, wie sie in Kapitel 3 dargestellt werden. Außerdem erfolgt eine Selektion unter dem Gesichtspunkt der Plausibilität und der Kompatibilität mit den Aussagen anderer Akteure.

Die Systematisierung der Einsichten, die solche Quellen wie Interviews und die Dokumentenanalyse erlauben, ist zwangsläufig der Gefahr ausge-

setzt, dass sie die Deutungen der Akteure selbst erweitert reproduziert – unter der Voraussetzung, dass diese Deutungen zwischen den Akteuren nicht allzu widersprüchlich sind. Zugleich werden jene Felder, die die Akteure selbst verbergen, auch einer sozialwissenschaftlichen Feldforschung nicht oder doch nur in Ansätzen zugänglich sein.

Die Studie zum Wandel der Governancestrukturen im Gebiet Saratov stellt gewissermaßen einen Balanceakt dar – einerseits versucht sie, Strukturzusammenhänge zu rekonstruieren, und andererseits, jene Fülle des empirischen Materials, das im Rahmen der sich über fünf Jahre (von 1993 bis 1998) erstreckenden Feldstudien erschlossen wurde, in die Darstellung einzubeziehen. Viel von diesem Material wurde in die Fußnoten verbannt, anderes in den Haupttext aufgenommen. Der seltene Umstand, dass sich Feldforschungen über einen so langen Zeitraum erstreckten, sollte genutzt werden, um in hoher Konkretheit aufzudecken, wie Akteure ausgehend von den Rahmenbedingungen und Ressourcen interessengetrieben Institutionen reproduzieren und in Verfolgung rationaler Strategien zu verändern suchen. Besonderes Augenmerk wird auf die systemischen Effekte dieser Strategien und die nichtintendierten Folgen strategischen Handelns gerichtet sowie auf die Versuche, unter den Bedingungen von Komplexität zu steuern.

Zugleich besitzen diese Datenbestände aber einen eigenen Wert. In den Fußnoten werden teilweise sehr ausführliche Positionen aus den Interviews⁶ bzw. aus Zeitungsartikeln und wichtigen Dokumenten wiedergegeben. Dies soll es den Lesern ermöglichen, einen eigenen Zugang zu den Mustern der Selbst- und Fremdrepräsentation von Akteuren sowie zu deren Deutungsmustern zu finden und diese Studie zugleich als eigene empirische Quelle zu nutzen.⁷ Während im Haupttext versucht wurde, Akteure und Strukturen zu typisieren, ist im Text der Fußnoten eine bestimmte Individualisierung angestrebt worden. Dadurch sollen zugleich die konkreten Strategien, Sichtweisen, Einstellungen realer Akteure Raum erhalten. Ihnen soll in gewisser Hinsicht Gerechtigkeit zu Teil werden, indem ihre Lebenswelt nicht ganz zu Abstraktionen verdampft wird. Zugleich wird so die Abhängigkeit der Analyse von diesen Aussagen deutlich.

Der Autor dankt der Volkswagen-Stiftung für ihre großzügige Förderung der Studie und für die Geduld, die sie dabei bewies. Eine berufliche Neuorientierung hatte die abschließende Durcharbeitung des Rohmanuskripts lange verzögert. Zu danken habe ich aber auch Professor Erhard Stölting und Dr. Rainer Land, die die entscheidenden Voraussetzungen für die Durchführung der Studie schufen. Professor Friedhelm Neidhardt stellte

in großzügiger Weise zwischen 1997 und 1999 Arbeitsmöglichkeiten am Wissenschaftszentrum Berlin bereit. Da die empirische Feldforschung auf einer engen Kooperation mit deutschen und russischen Kolleginnen und Kollegen basiert, sind in die Studie die Ergebnisse vieler Diskussionen vor allem mit Dr. Ewald Böhlke, Professor Vladimir Choros, Dr. Judith Dellheim, Dr. Andreas Heinemann-Grüder, Dr. Nikolai Karagodin, Sergej Ryzhenkov und Dr. Petra Stykow eingeflossen. Dr. Gudrun Richter bin ich für die sorgfältige Endredaktion verpflichtet.

¹ Die Russische Föderation ist bekanntlich ein multiethnischer Staat. Das Russische unterscheidet zwischen »russkij« – russisch im ethnischen Sinne; und »rossijskij« – russisch im staatlichen Sinne, d.h. unter Einschluss aller im Staatsgebiet lebenden Ethnien. Manche Autoren versuchen, diesem Unterschied durch das deutsche Wort »rusländisch« Rechnung zu tragen; »Rossijskaja federacija« müsste demzufolge übersetzt werden mit »Russländische Föderation«. Ich habe mich entschlossen, in der vorliegenden Studie auf dieses Kunstwort zu verzichten – im Vertrauen auf den Leser, der dann, wenn von »russischen Regionen« die Rede ist, den richtigen Schluss zieht, dass dies Regionen auf dem Territorium der Russ[länd]ischen Föderation meint. Dies gilt natürlich für alle Fälle analogen Sprachgebrauchs.

² Die Ursachen dafür können im staatssozialistischen Erbe (Jowitt 1992; Simizki 1990; Teckenberg 1989; Wiilerton 1992), der Schwäche der Reformeliten (Lupher 1992; Evans 1993; Lane/Ross 1994) gesehen werden. Einen wesentlichen Einfluss hatten das Zurückbleiben des Aufbaus neuer Strukturen gegenüber der Zerstörung der gesamtstaatlichen Institutionen der sowjetischen Periode und die lang andauernde Offenheit sowie die Widersprüchlichkeit der verfassungspolitischen Regeln (Cohen 1993; Babst 1994; Mick 1994; Senatova/Kasimov 1994; Slater 1994; Tolz/Wishnevsky 1994; Bos 1996).

³ Beispielhaft für St. Petersburg – Duka et al. 1995; Duka 1995; für Omsk – Young 1994; für die Republik Komi – Turovskij 1995; für das Gebiet Krasnodarsk – Aleksandrov 1995; für Voronez-Butosova 1994; für das Altai-Gebiet-Kirkow 1994; für Ul'janovsk-Evers 1994a; für Orlov und Tambov – Badovskij 1995b; für Niznij Novgorod-Kazakov 1996; für die Kleinstädte Revda und Kinel – Luchterhandt 1995; allgemeiner: Kirkow 1995a; 1996).

⁴ Erste Ergebnisse empirischer Forschungen zur sektoralen Governance in Russland liegen erst seit den letzten Jahren vor (Popov 1995; Peregudov 1994; Lepechin 1995). Es dominiert die Einschätzung, dass sich Systeme liberal-bürokratischer Arrangements herausbilden, die durch weitgehend geschlossene einflussstarke politisch-wirtschaftliche Interessengruppen bzw. interpersonelle Verpflichtungsnetzwerke (obligational networks) beherrscht werden (Lobbizm 1995; Nescadin et al. 1995; Ol'canskij 1995; Zudin 1996).

-
- ⁵ Dies gilt besonders dann, wenn es sich um Prozesse handelt, die mit dem Austausch von Gütern und Leistungen zusammenhängen. Die rechtlichen Regelungen sind widersprüchlich, der Gegensatz von formalen Vorgaben und realen Notwendigkeiten, die die Akteure für sich formulieren, ist sehr hoch, das Gefühl für den Widerspruch zwischen dem, was in den Augen der Interviewten ein westlicher Beobachter für »normal« ansieht, und dem, was real geschieht, sehr ausgeprägt, die Zone von nichtlegalen Aktivitäten teilweise sehr groß.
 - ⁶ Über einen Zeitraum von fünf Jahren (vor allem 1993/94 und 1998) wurden rd. 250 Interviews durchgeführt. Sie wurden teils gekürzt protokolliert oder liegen transkribiert vor.
 - ⁷ Die Gesamtheit der Quellen ist bei der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH (GSFP) archiviert.

*In: Ordnung aus Anarchie: Fallstudie zur Entstehung einer
autoritären Demokratie in der russischen Provinzregion Saratov.
Verlag: Berliner Debatte; Auflage: 1. Aufl. (1. Juli 2004)*

10

Michael Brie

**Nichts darf vergessen werden!
Niemand darf vergessen werden!**

In meiner kleinen Gemeinde Schöneiche am Rande Berlins steht ein Obelisk auf einem roten Ziegelsockel. Er steht am Waldrand, zwei schmale Straßen führen vorbei. Man kann die Amseln hören, wenn man dort steht. Die Inschrift auf dem Obelisk heißt: »Ewiger Ruhm jenen, die im Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit der sowjetischen Heimat gefallen sind«. Es werden 123 Namen von toten sowjetischen Offizieren und Soldaten genannt, darunter der des Hauptmanns Inin und des Unteroffiziers Aljoschin. Auch die Zivilistin Semjonkina gehört dazu. Weitere unbekannte Männer und Frauen sind hier begraben. Die meisten fielen zwischen dem 20. und 23. April 1945. Andere starben erst, nachdem der Krieg schon ein, zwei, drei Wochen vorbei war. Es soll ein wunderschöner Frühling gewesen sein. Sie aber mussten sterben, nachdem der Hitlerfaschismus durch sie bereits besiegt war, nachdem sie die unendlich lange Strecke, geprägt von Kampf, Tod, Niederlagen, ersten Siegen und vielen neuen Toten zwischen Brest und Moskau, Moskau und wieder Brest, von Warschau bis Berlin zurückgelegt hatten. Es gibt viele solche Friedhöfe zwischen Moskau und Berlin. Deshalb sollte es dabei bleiben: »Nichts ist vergessen. Niemand ist vergessen.«

Ich bin dankbar, heute hier sein zu können. Es ist ein Tag, an dem es wichtig ist, hier in Moskau zu sein. Ich danke der Gesellschaft Russland – Deutschland, die uns eingeladen hat, ich danke der Friedrich-Ebert-Stiftung, die diese Konferenz unterstützt hat, vor allem aber danke ich jenen der hier Anwesenden, die als junge Frauen und Männer Hitler und den mörderischen Armeen Deutschlands Einhalt geboten, sie zum Stehen gebracht und den deutschen Nationalsozialismus in seinem Ursprungsland endgültig besiegt haben. Ich verneige mich vor ihnen und vor allen, die damals mit ihnen waren.

Der Krieg gegen die Sowjetunion, der am frühen Morgen des 22. Juni 1941 begann, war ein anderer Krieg als der gegen Frankreich oder Eng-

land. Es war ein Vernichtungskrieg. Es war ein Krieg gegen den Sozialismus und Kommunismus. Dies zu sagen, ist heute nicht populär. Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion richtete sich nicht gegen jene Verbrecher, die unter Stalin am eigenen Volk und an Kommunisten und vielen anderen aufrichtigen Menschen durch Kommunisten begangen wurde. Nein, es war ein Krieg gegen eine große geistige Alternative, gegen jede Vision von wirklicher Volksherrschaft. Und es war ein Krieg der Vernichtung des russischen und aller slawischen Völker. Denn es sollte Raum geschaffen werden für die germanische Rasse, Raum im Osten. Nur kurzzeitig sollten die slawischen Völker als Sklaven noch den Boden bereiten für die neuen Herren. Dieser Unterschied zwischen Krieg im Westen und Krieg im Osten ist fast vergessen. Aber er darf niemals vergessen werden. Vor allem in Deutschland nicht.

Fast vergessen ist in Deutschland der Tag der bedingungslosen Kapitulation, der zum Tag der Befreiung wurde. Der Tag der Erinnerung an die Befreiung von Auschwitz hat als offizieller Gedenktag den Tag der Befreiung abgelöst. Dies aber ist eine Irreführung. Das große Verbrechen des Hitlerfaschismus und seiner Kriege ist nicht nur und nicht einmal vor allem die Vernichtung des europäischen Judentums. Die Vergasung von Menschen begann mit Menschen, die behindert waren. Und die Vernichtung von jenen, die als unterlegene oder konkurrierende »Rassen« angesehen wurden, richtete sich auf Juden, Zigeuner und auf die Völker Osteuropas insgesamt. Nur die Siege von Moskau, Stalingrad, Kursk und Berlin, die Eröffnung der zweiten Front im Sommer 1944 haben die Vollendung dieses schrecklichen Werkes verhindert. Nur diese Siege waren es, die bewirkten, dass der Shoa der Juden nicht die Vernichtung der großen Völker Russlands, der Ukraine, Belorusslands, Kasachstans und anderer folgten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird dazu beitragen, dass der Tag der Befreiung wieder ein zentraler Gedenktag in Deutschland wird.

Zwei Mal ging im 20. Jahrhundert von Deutschland Krieg gegen Russland aus. Es waren diese Kriege, die den Lauf des ganzen Jahrhunderts wesentlich bestimmten. Die Geschichte Russlands wurde vor allem im Gefolge dieser Kriege zu einer Tragödie seiner Völker. Die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands stehen in dieser Geschichte und haben Verantwortung zu übernehmen.

Voller Scham müssen wir bekennen, dass erst 56 Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges die Entschädigung von Zwangsarbeitern beginnen kann. Die Wiedergutmachung von materiellen Verlusten, die deutsche Bürger erlitten, ist schon seit über 40 Jahren faktisch abgeschlossen. Das

Feilschen um Rechtssicherheit ist angesichts des brutalen Rechtsbruchs der Vergangenheit unangemessen.

Ich denke auch, dass ein weiteres 30-jähriges Moratorium über die Frage einer Rückführung von Kunst nach Deutschland verhängt werden sollte. Es handelt sich um ein gemeinsames Menschheitserbe. Gemeinsam sollte es bewahrt werden. Erst dann, wenn wir es geschafft haben, eine gemeinsame Zukunft unserer Völker, des deutschen und der russischen Völker, in Frieden, Freiheit und Wohlstand aufzubauen, sollte diese Frage erneut besprochen werden. Bis dahin sollten wir uns auf den Erhalt dieses Erbes und den öffentlichen Zugang zu diesem Erbe konzentrieren.

Unsere Völker werden wohl ein weiteres halbes Jahrhundert brauchen, um die Folgen der Kriege des 20. Jahrhunderts zu überwinden. Wenn deutsche Politik im 20. Jahrhundert die wesentliche Ursache für die Tragödien Russlands war, so sollte sie heute aus eigenem Interesse und historischer Verantwortung dazu beitragen, dass die Russische Föderation zu einem wirtschaftlich starken, sozialen und demokratischen Staat mit sicheren Grenzen werden kann.

Das 20. Jahrhundert hat schreckliche Verluste hinterlassen. Ganze Völker und Kulturen Osteuropas sind verschwunden oder wurden an den Rand der Vernichtung geführt. Das 21. Jahrhundert muss ein Jahrhundert der Schaffung eines neuen gemeinsamen Europas werden, eines Europas der Vielfalt lebendiger Völker und Kulturen, gegründet auf erfolgreichen Volkswirtschaften und Sozialstaaten. Die Logik der Vernichtung und die Logik gespannter Koexistenz müssen durch die Logik von Kooperation ersetzt werden: Der Reichtum der anderen muss als Bedingung des eigenen Reichtums erkannt werden. Dazu sind Rassismus, Nationalismus und Chauvinismus zu überwinden.

Solange die »Mitte der Gesellschaft« nicht erkennt, dass Zukunft nur gemeinsam mit anderen zu haben ist, wird sie die Ermordung von Bürgern ausländischer Herkunft und von Obdachlosen durch Duldung befördern, werden sogenannte »national befreite Zonen« die Chancen auf ein Deutschland von Toleranz und Zusammenarbeit zerstören. Es ist die gemeinsame Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, aller demokratischen Parteien und ihrer Stiftungen, diese Tendenzen zu brechen.

Dazu gehört auch, klar zu regeln, dass die Friedhöfe und Denkmäler für die sowjetischen Soldaten und Offiziere auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland bewahrt werden müssen. Es gibt einen schleichenden Verfall vieler dieser Friedhöfe. Was in der DDR möglich war, muss in der Bundesrepublik Pflicht sein.

Jene, die Rosa Luxemburg ermordeten, waren es auch, die den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiteten und durchführten. Es war der gleiche Geist und es waren die gleichen Hände. Ich bin heute in Moskau, um der vielen Millionen Toten zu gedenken, die der Vernichtungskrieg Deutschlands gegen die Sowjetunion kostete. Ich bin in Moskau, um jenen zu danken, die unser Land von seinen mörderischen Herren befreit haben. Ich bin in Moskau, um im Namen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu erklären, dass wir uns der Verantwortung stellen werden, die uns die Geschichte hinterlassen hat.

*In: Diskussionsbeitrag auf der Konferenz: »Der Krieg 1941-1945 im Gedächtnis der Generationen. Nachdenken über Vergangenheit und Gegenwart. Europa ohne Kriege?«. Moskau, 22. Juni 2001.
Online-publication. <http://www.rosalux.de/publication/13877/nichts-darf-vergessen-werden-niemand-darf-vergessen-werden.html>*

11

Michael Brie
Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei

Das es so weitergeht, ist die Katastrophe.
Walter Benjamin

**1. Die Katastrophe in der Normalität –
das Asylbewerberleistungsgesetz von 1993**

Zum 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. Nach der Niederlage und bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, die das Grauen des deutschen Nationalsozialismus beendete, wurde nun die Teilung Deutschlands überwunden. Durch die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wurde die Bundesrepublik in die volle Souveränität entlassen. Sie wurde im Sinne des Völkerrechts wieder zu einem »normalen« Staat. Damit aber liegt die Verantwortung für diese »Normalität« wieder ganz bei den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern Deutschlands.

Worin aber bestand die »Unnormalität« der Bundesrepublik Deutschland vor 1990? Sie bestand u. a. auch darin, dass bei der Verabschiedung des Grundgesetzes mit Artikel 16 GG »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« aus der Verantwortung Deutschlands für die staatlich organisierte Vernichtung vieler Millionen Menschen, als Dank an die Völkergemeinschaft, die immerhin 800 Tsd. verfolgte deutsche Staatsbürger aufnahm, in Anerkennung der besonderen Verpflichtung, Menschen vor Diktatur, Diskriminierung, Folter, Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung zu schützen, international Neuland betreten wurde: »Man kann ohne Übertreibung, erst recht ohne nationale Überheblichkeit sagen, die Bundesrepublik habe damals mit diesem Artikel über alle geltenden Menschenrechtskonventionen hinaus einen neuen Standard gesetzt, indem sie einzelne Menschen, ohne kategoriale Unterschiede zu machen, nicht nur als Flüchtlinge aufnimmt und schützt, sondern ihre Aufnahme zu einem Recht ausgestaltet, das mit allen Rechtsweggarantien, die ein heutiger Rechtsstaat seinen Bürgern gewährt, versehen ist.«¹

Im Mai 1993, zweieinhalb Jahre nach der Entlassung der Bundesrepublik in die Normalität, wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik von 1949 durch eine deutliche Einschränkung des Asylrechts verändert. Vor allem wurde das »individualrechtliche Konzept der Asylgewährung«² durch den neuen Art. 16a GG zurückgenommen und die menschenrechtliche Verankerung des Rechts auf Asyl weitgehend aufgehoben. Mit seinem Beschluss vom 14. Mai 1996 billigte das Bundesverfassungsgericht diese Grundgesetzänderung. Aus Rechtssubjekten wurden Flüchtlinge mehr und mehr bloße Objekte staatlichen Handelns. Der Zurückdrängung einer sog. »Flut« von Asylbewerbern wurde Vorrang vor dem Schutz der Würde von Menschen und der Durchsetzung von Menschenrechten gegeben. Unter dem Verweis auf die »europäische Harmonisierung« wurde eine historische Errungenschaft des Grundgesetzes geopfert. Wie Wolfgang Schäuble, zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in der Begründung dieser Grundgesetzänderung bemerkte, sollte »auch in der Asylpolitik am deutschen Wesen die Welt nicht genesen«³. Mit Verweis auf die besonderen Verbrechen wird nun der Anspruch auf eine besondere Verantwortung und Vorbildlichkeit nicht mehr begründet, sondern aufgegeben! Um den Rechtsanspruch auf Asyl endgültig ad acta legen zu können, machte der jetzige Bundesinnenminister, Otto Schily, sogar den Vorschlag, Auffanglager im nördlichen Afrika einzurichten, außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik also.⁴

Unmittelbar nach der Änderung des Grundgesetzes wurde das Asylbewerberleistungsgesetz verabschiedet, das erstmals in der Nachkriegsgeschichte wieder durch Gesetzeskraft eine Gruppe von in Deutschland lebenden Menschen schuf, die bezogen auf die Existenzminima nicht mit deutschen Staatsbürgern gleichgestellt sind. Noch bis 1980 hatte uneingeschränkt die Gleichheit bezogen auf die sozialen Standards, Gesundheitsfürsorge und andere soziale Grundrechte gegolten. Für alle in Deutschland lebenden Personen galt bei Bedürftigkeit bis 1993 ein und dasselbe Bundessozialhilfegesetz. Kam es schon vor 1989 zu ersten Einschnitten, so verdichteten sich diese nach der Vereinigung zu einem System, der immer weiteren Entrechtung, Reduktion der Leistungen für Asylbewerber auf achtzig bzw. siebzig Prozent der Ansprüche von Staatsbürgern, Übergang zu Gutscheinen oder auch zu bloßen Sachleistungen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit usw. usf.⁵ Seit 1977 hat es mehr als dreißig Veränderungen von Gesetzen und Verordnungen gegeben, die jedes Mal zu einer Verschlechterung der Stellung der Asylbewerber führten.

Das menschenrechtliche und demokratische Problem dieser Veränderungen liegt nicht nur darin, dass sie Personen gesetzlich diskriminiert und ihnen nur geringere soziale und kulturelle Rechte zubilligt als Staatsbürgern, sondern vielleicht noch mehr darin, dass durch diese Gesetze eine privilegierte »Mehrheitsgesellschaft« geschaffen wurde, die höhere und andere soziale Rechte genießt als Asylbewerberinnen und -bewerber, und dass diese Mehrheitsgesellschaft dies billigend akzeptiert hat. Die schon 1933 eingeführte nationalsozialistische Unterscheidung in »Volksgenossen« und »Gemeinschaftsfremde« wird mit anderen Termini erneut getroffen. Genau dies aber, so der Anspruch der Menschenrechtserklärungen der Vereinten Nationen nach 1945 und des Grundgesetzes der Bundesrepublik, sollte nach dem Zweiten Weltkrieg für immer unmöglich gemacht werden.

Das Christus-Wort - »Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr für mich getan«⁶ - ist deshalb so zentral, weil es mit der Gottesgleichheit auch des »Letzten« die Gleichheit aller Menschen begründete. Auch der Koran kennt diesen Zusammenhang: »Wenn jemand einen Menschen tötet, ohne dass dieser einen Mord oder eine Gewalttat im Lande begangen hat, sei es so, als hätte er die ganze Menschheit getötet. Und wenn jemand einem Menschen das Leben erhält, sei es so, als hätte er der ganzen Menschheit das Leben erhalten.«⁷ Die erste Menschenrechtserklärung, die »Bill of Rights« des »guten Volkes von Virginia« vom 12. Juni 1776, begann mit den Worten: »Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig und besitzen gewisse angeborene Rechte ...«⁸. Die Menschenwürde wird nicht erst dann angetastet, wenn dies die Mehrheit einer Bevölkerung betrifft, sondern diese Verletzung der Menschenwürde beginnt mit der Ausgrenzung von einzelnen Gruppen, für die Menschenrechte nur noch eingeschränkt gelten sollen, und diese Verletzung hat die Eigenschaft, sich wie ein Virus in der ganzen Gesellschaft auszubreiten.

Schon im Jahre 2001 wurde bezogen auf das Asylbewerberleistungsgesetz formuliert: »Das Gesetz hat Modellcharakter: Es führt vor, wie leicht Menschen durch die Anknüpfung an einer einzigen Eigenschaft, in diesem Fall Flüchtlinge zu sein, aus unserem Sozialsystem herausdefiniert und ausgegrenzt werden können. So dient das Gesetz nicht nur der Abschreckung von Flüchtlingen mit sozial-politischen Mitteln. Es schwebt zugleich als Damoklesschwert über den Köpfen einheimischer armer, behinderter, arbeitsloser und obdachloser Menschen, die längst erfahren haben, dass sie ausgegrenzt werden. Vielleicht kommen bald die alte

Gruppenfürsorge oder neue Sondergesetze für bestimmte Gruppen. Im Rückblick hat sich das Sondergesetz als gezielt eingesetztes ‚Begleitgesetz‘ für den Abbau des Sozialstaates erwiesen.⁹ Mit der Regelung von Hartz IV aus dem Jahre 2004 wurde der Übergang zur Zwangsarbeit von Asylbewerbern auf Empfänger des Arbeitslosengelds II ausgedehnt. Gleichzeitig gibt es erste – noch irrwitzig erscheinende – Überlegungen, Arbeitslose mit Strafgefangenen, die auf Bewährung entlassen sind, und Drogenabhängigen gleichzustellen – durch elektronische Fußfesseln sollen sie kontrolliert werden können, so der hessische CDU-Justizminister Christian Wagner in einer Pressemitteilung vom März 2005.¹⁰

Zur Geschichte der Asylgesetzgebung gehört aber auch die ganze Kette von Widerstand und Versuchen, die Praxis menschenwürdiger zu gestalten. Mit Bezug auf Artikel 1 des Grundgesetzes forderte ein JUSO-Bezirksvorstand im Jahre 1999 die Beendigung der Gutscheinpraxis¹¹, im Februar 2002 fasste die Cottbusser Stadtverordnetenversammlung mit nur zwei Gegenstimmen einen entsprechenden parteiübergreifenden Beschluss¹², im Hagener Asylbewerberheim kam es im August 2000 zum Hungerstreik eines Iraners¹³, schon im Mai des gleichen Jahres war es in Konstanz und Singen zum Boykott der Sachleistungen und Hungerstreik gekommen¹⁴. Im Bundestag war die PDS die parlamentarische Sprecherin dieses Widerstands. Viele andere Initiativen wären zu nennen.¹⁵

Es gehört zu den beunruhigendsten Eigenschaften der sozialen Psyche der Menschen, auch dann noch Normalität zu leben, wenn Barbarei offen in ihr Dasein einbricht. Nach kurzen Wellen der Störung suchen sich die Betroffenen einzurichten – um ihres psychischen wie physischen Überlebens willen. Selbst der mörderischste Bürgerkrieg verfügt über eine eigene Ökonomie. Noch Auschwitz hatte seinen Alltag.¹⁶ Am schrecklichsten aber ist die wechselseitige Bedingtheit von dieser Zivilisation und Barbarei, von erdölsaufendem Frieden und Krieg im Nahen Osten, von Standortwettbewerb und neuer Zwangsarbeit und Sklaverei, von härtestem Leistungswettbewerb und Industrie-Gefängnis-Komplex, von Konsumrausch und Angstregime am Arbeitsplatz und in den Familien, von exponentieller Zunahme des Reichtums weniger und allgemeiner Verarmung der öffentlichen Hand sowie der Schaffung neuer Unterschichten, einer Autofahrt »ins Grüne« und der Zerstörung des Großen Korallenriffs vor Australien. Angesichts dieser Zusammenhänge scheinen Menschen anthropologisch wie kulturell »antiquiert« und »apokalypseblind« (Günther Anders¹⁷) zu sein.

Wo aber begann der Weg nach Auschwitz? Die Maxime »Du sollst nicht töten!« ist die Grundlage jeder Zivilisation. Wodurch konnte diese Grund-

lage so völlig zerstört werden? Spätestens seit Auschwitz wissen wir, dass dem organisierten Massenmord schon dort das Tor geöffnet wird, wo die Würde von Menschen durch staatliches Handeln oder staatlich geduldetes Handeln von wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Organisationen verletzt wird bzw. der Staat nicht schützend eingreift. Der erste Schritt war und ist es, rechtlich oder auf andere Weise gesellschaftlich diskriminierte Gruppen zu schaffen. Am 7. April 1933 hatte die deutsche Reichsregierung das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums« erlassen, auf dessen Basis es möglich wurde, dass »Beamte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen« (§ 1, Abs. 1). Im Weiteren hieß es dann: »Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand (§§ 8 ff.) zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.« (§ 3, Abs. 1). Der legale Weg nach Auschwitz begann mit diesem »Gesetz«.

Die moderne Zivilisation richtet Frühwarnsysteme gegen Tsunami ein und bedürfte doch vor allem der Frühwarnsysteme gegen jene Barbarei, die immer wieder in ihr entsteht und sie zu überwältigen droht. Und während die Generationen jener, die die totalen Zusammenbrüche der westlichen Zivilisation in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts erfahren hatten, sich dessen zumindest in ihren besten Vertretern bewusst waren, nehmen die nachfolgenden Generationen diese Erfahrung keinesfalls selbstverständlich auf ihrer Reise durch die Geschichte mit. Dadurch können sie wie schon ihre Vorfahren dem schrecklichen Missverhältnis zwischen Ursachen und Wirkungen zum Opfer fallen.

2. »... dass Auschwitz nicht noch einmal sei« – Einblicke von Hannah Arendt, Karl Polanyi, Erich Fromm und Rosa Luxemburg

1966 formulierte Theodor W. Adorno in einem Radiotext: »Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen. (...) Sie zu begründen hätte etwas Ungeheuerliches angesichts des Ungeheuerlichen, das sich zutrug. (...) Man spricht vom drohenden Rückfall in die Barbarei. Aber er droht nicht, sondern Auschwitz war er; Barbarei besteht fort, solange die Bedingungen, die jenen Rückfall zeitigten, wesentlich fort dauern.«¹⁸ Was aber sind »die Bedingungen« von Barbarei in modernen Gesellschaften?

Der Blick auf Auschwitz erhellt und verstellt den Blick auf Geschichte. Er erhellt, weil er das enthüllte Geheimnis von Prozessen ist, die den nationalsozialistischen Vernichtungskriegen und Vernichtungslagern vorausgingen. Er ist ihre letzte Konsequenz. Dieser Blick verstellt aber auch die Sicht, weil diese Vernichtung von Menschen als Selbstzweck so völlig getrennt zu sein scheint von allem anderen, was vorher oder nachher geschah und immer noch als das »ultimo« ein »ratio« an sich zu haben schien. Die Ursachen scheinen, so Hannah Arendt, im Vergleich zu den Wirkungen bloße »Bagatellen« zu sein. Eine »unselige Diskrepanz« trenne jene Prozesse, die zum »Zusammenbruch aller abendländischen Traditionen und der Existenzbedrohung aller europäischen Völker geführt haben«, von eben diesem Zusammenbruch¹⁹. Im Folgenden sollen drei zentrale Deutungen dieser historischen Entwicklung – durch Hannah Arendt, Karl Polanyi, Erich Fromm und Rosa Luxemburg – näher betrachtet werden.²⁰

Hannah Arendt unterscheidet in ihrer großen Studie »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft« jene Prozesse, durch die Elemente von totaler Herrschaft und Barbarei freigesetzt werden, von jenen Vorgängen, durch die sie »ihre totalitäre Kristallisationsform« erhielten²¹. Im ersteren Fall handelt es sich um das nichtintendierte Nebenprodukt von Strategien, die keinesfalls auf totale Menschenbeherrschung, geschweige denn auf Menschenvernichtung als Selbstzweck gerichtet waren. Es sind »Kollateralschäden« anderer Vorgänge, die nur allzu gut begründet werden können. Im letzteren Fall werden Systeme errichtet, die direkt auf totaler Herrschaft beruhen und Menschen dem staatlich organisierten gewollten Mord aussetzen. Im ersteren Falle gilt, dass »selbst Gräueltat und Grausamkeit sich noch an gewisse Regeln hielten, bestimmte Grenzen nicht überschritten, und man im großen ganzen bei der Beurteilung politischer Ereignisse noch mit dem gesunden Menschenverstand auskam«²². Im letzteren brechen die Möglichkeiten einer sinnvollen Deutung zusammen.

Hannah Arendt erklärt die Entstehung von Gesellschaften totaler Herrschaft aus »dem Niedergang und Zerfallsprozess des Nationalstaats und dem anarchischen Aufstieg der modernen Massengesellschaft«²³. Die entscheidende Eigenschaft von Nationalstaaten sieht sie darin, dass diese für ihre Bürger einen elementaren Schutz darstellen und Garant wesentlicher Partizipationsrechte sind. Es handle sich um eine »nationale Dreieinigkeit von Volk, Staat, Territorium«²⁴. Solange Politik dem Erhalt dieser Dreieinigkeit verpflichtet war, sei sie an die Wahrung gewisser bürgerlicher Regeln und nationaler Gesamtinteressen gebunden gewesen. Ausbeutung, Unterdrückung, Verfolgung und Kriege blieben in diesen Rahmen eingefügt.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aber hätten Entwicklungen stattgefunden, die, so bedeutungslos sie zunächst vielen Zeitgenossen schienen, diesen Rahmen gesprengt hätten. Auf eine dieser Entwicklungen, den modernen Imperialismus, sei kurz eingegangen.

Aus den Theorien von John A. Hobson und Rosa Luxemburg gewinnt Hannah Arendt den Ausgangspunkt ihrer These: Überakkumulation und Unterproduktion, bedingt vor allem durch die Unterkonsumtion der Arbeiterklasse, erzeugen beginnend in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts gleichermaßen überflüssiges Kapital wie – in allen gesellschaftlichen Schichten – »überflüssige« soziale Gruppen, den Mob. Das überflüssige Kapital sucht in ausländischen Spekulationen sein Heil, die aber der staatlichen Absicherung bedürfen, damit es sich nicht radikal entwertet. Dazu ruft es den Staat an, die Renditen dieser spekulativen Anlagen durch imperiale Politik territorialer Expansion zu garantieren. Eine neue Welle der ursprünglichen Akkumulation, dieses Mal in den Kolonien, wird eingeleitet. Teile des Mobs, Abenteurer aus allen Gesellschaftsschichten, gehen dort hin. Die Staatsbürokratie findet in diesen Kolonien endlich einen Platz, wo sie jenseits von Klasseninteressen ganz die Nation zu vertreten glaubt. Die inneren Konflikte werden nach außen verlagert und dies ermöglicht es, im Zentrum des entfesselten Hurrikans überlebte Strukturen noch über Jahrzehnte zu bewahren und sogar zu festigen. In Europa scheint ein »Zeitalter der Sicherheit« (Stefan Zweig) eingetreten zu sein, das erst durch den Ersten Weltkrieg abrupt beendet wird.

Die Rationalität dieses Imperialismus gebiert aber Ungeheuer der Barbarei: Sie ermöglicht es, dass Kapitalverwertung aus einem Mittel produktiver Investitionen zu einem Selbstzweck der Finanzspekulation wird. Sie verwandelt den freigesetzten Mob in eine koloniale Herrenrasse und Rassismus in das dominante Strukturprinzip der Kolonien jenseits von ökonomischer Rationalität. Befreit von der Kontrolle in den Nationalstaaten wird der Bürokratie in den Kolonien Gewaltausübung zum regellosen Selbstzweck, der nur ein Ziel hat: Unterdrückung, und der damit zum Völkermord übergeht. Legalität wird bloßer Rationalität geopfert. Die Vorstellung von einer »nationalen Mission« nimmt die Form eines völkischen Rassismus an, der die Menschen biologisch in Herren und Sklaven einteilt. Rechte erscheinen nur noch als der passive Ausfluss der Zugehörigkeit zu einem rassistisch definierten »Volk«. Dadurch entstehen plötzlich »völkische Minderheiten«, die gegenüber der »völkischen Mehrheit« diskriminiert werden und der Vertreibung, der Staatenlosigkeit, Illegalität und letztlich der Vernichtung ausgesetzt werden können. Die europäischen

Staaten werden zu immer heftigerer Aufrüstung getrieben, ihre Konflikte untereinander häufen sich auf, entladen sich zunächst außerhalb Europas, um dann in den Ersten Weltkrieg zu münden, der endgültig den Weg in die Barbarei freimachte.²⁵

Den Ausgangspunkt aber, dies sei noch einmal wiederholt, sieht Hannah Arendt im Versuch, politisch eine bloße Wirtschafts-, eine simple Überakkumulationskrise zu bewältigen. Dies sei »ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte des europäischen Kapitalismus und der modernen Politik«. In dieser Krise, so Hannah Arendt, »stellte es sich zum ersten Mal heraus, dass jene ‚ursprüngliche Akkumulation des Kapitals‘ (Karl Marx), deren einfache und von keinerlei ‚eisernen Gesetzen‘ der Ökonomie selbst noch gehinderte Räuberei den Akkumulationsprozess allererst ermöglicht hatte, nicht für immer genügen würde, um den Akkumulationsmotor weiterlaufen zu lassen. Ohne eine Wiederholung dieses ‚Sündenfalls‘, das heißt ohne eine Sprengung rein ökonomischer Gesetzmäßigkeit durch politisches Handeln, war offenbar ein Zusammenbruch dieser Wirtschaft unvermeidlich, und solch ein Zusammenbruch, da er nur eintreten konnte, nachdem bereits alle Schichten der Bevölkerung in den industriellen Produktionsprozess einbezogen waren, musste zu einer Katastrophe nicht nur für die Bourgeoisie, sondern für die ganze Nation werden. Der Imperialismus entstand aus Notbehelfen gegen diese Gefahr, und die Notbehelfe hatten alle nur ein Ziel, einen Weg zu finden, auf dem noch einmal und für eine möglichst weite Zeitspanne ‚nach den Methoden der ursprünglichen Akkumulation kapitalistischer Reichtum geschaffen werden konnte.‘ (Rudolf Hilferding – M. B.)«²⁶

Es war ein anderer deutschsprachiger jüdischer Flüchtling, Karl Polanyi, der ebenfalls in den USA eine weitere große Deutung der Ursachen der Katastrophe des 20. Jahrhunderts verfasste: *The Great Transformation* (1943). Seine Hauptthese ist, dass die liberal-kapitalistische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, wie sie in England entstanden war, über längere Zeiträume nicht bestehen kann, »ohne die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft zu vernichten«²⁷. Daraus leitet er eine Erklärung »für eine der schwersten Krisen der Menschheitsgeschichte« ab, die auf der Einmaligkeit der Zivilisation des 19. Jahrhunderts basiert und formuliert die These, »dass die Ursprünge der Katastrophe in dem utopischen Bemühen des Wirtschaftsliberalismus zur Errichtung eines selbstregulierenden Marktsystems lagen«²⁸. Da dies »den Menschen physisch zerstört und seine Umwelt in eine Wildnis verwandelt« hätte, so Polanyi, ergriff die Gesellschaft »zwangsläufig Maßnahmen zum eigenen Schutz, aber alle diese

Maßnahmen beeinträchtigten die selbstregulierende Funktion des Marktes, führten zu einer Desorganisation der industriellen Entwicklung und gefährdeten damit die Gesellschaft auch in anderer Weise. Dieses Dilemma zwang die Entwicklung des Marktsystems in eine bestimmte Richtung und zerrüttete schließlich die darauf beruhende Gesellschaftsstruktur²⁹.

Was aber verbirgt sich für Polanyi hinter einer Politik, die darauf zielt, die Gesellschaft in ein selbstregulierendes Marktsystem zu verwandeln? Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass erst im späten 18. Jahrhundert und vornehmlich dann im 19. Jahrhundert der wirtschaftliche Austausch zu einem System gestaltet wurde, in dem die Arbeitskraft, der Grund und Boden sowie Geld als Ware behandelt wurden, obwohl sie keine Waren sind. Ware im strengen Sinne könne nur das sein, was »zum Zwecke des Verkaufs produziert werden musste«³⁰. Dies aber gelte weder für Arbeit, Boden noch Geld: »Arbeit ist bloß eine andere Bezeichnung für eine menschliche Tätigkeit, die zum Leben an sich gehört, das seinerseits nicht zum Zwecke des Verkaufs, sondern zu gänzlich anderen Zwecken hervorgebracht wird; auch kann diese Tätigkeit nicht vom restlichen Leben abgetrennt, aufbewahrt oder flüssig gemacht werden. Boden wiederum ist nur eine andere Bezeichnung für Natur, die nicht vom Menschen produziert wird; und das eigentliche Geld, schließlich, ist nur ein Symbol für Kaufkraft, das in der Regel überhaupt nicht produziert, sondern durch den Mechanismus des Bankwesens oder der Staatsfinanzen in die Welt gesetzt wird. Keiner dieser Faktoren wird produziert, um verkauft zu werden.«³¹

Der Versuch, Arbeitskraft, Boden und Geld als Waren zu behandeln, bedeutet, dass über diese Grundbedingungen menschlichen und gesellschaftlichen Lebens nach marktwirtschaftlichen Kriterien verfügt wird. Dies genau macht ein kreditfinanziertes kapitalistisches Wirtschaftssystem aus, indem die Reproduktion aller anderen »Produktionsfaktoren« der scheinbar unerschöpflichen »Selbstverwertung des Wertes« unterworfen ist. Dazu nur ein Beispiel aus der Zeit, als sich der Liberalismus in Großbritannien durchgesetzt hatte: Zwischen 1846 und 1849 war es in Irland, bedingt durch die kapitalistische Transformation und akute Krise, zu einer Hungersnot gekommen, bei der 1,5 Mio. Menschen starben und 2,5 Mio. zur Auswanderung gezwungen wurden, wobei bei der Überfahrt wiederum ein Sechstel die Tage auf den »schwimmenden Särgen« nicht überlebte. Während große Mittel für die Eindämmung eines Finanzkrachs bereitgestellt wurden, überließ man das Überleben der Bevölkerung Irlands dem »freien Gesetz« von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, der gerade zusammengebrochen war.

Der Vertreter der britischen Regierung in der Kolonie Irland schrieb 1847 (in diesem »schwarzen Jahr« starben 18,5 Prozent der Bevölkerung Irlands!) an den Premierminister: »Was wir auch tun, man wird uns kritisieren: Wenn wir sie leben lassen, kritisieren uns die Ökonomen; lassen wir sie sterben, kritisieren uns die Philanthropen. Für welches Lager entscheiden Sie sich?« Der Vertreter der britischen Finanzverwaltung für Irland hatte eine klare Position: »Da das Problem der Überbevölkerung nicht von Menschen gelöst werden kann, nimmt sich auf unvorhergesehene und unerwartete, aber wirksame Weise die göttliche Vorsehung in ihrer Weise seiner an.«³² Dies vor Augen schrieb Marx 1848: »In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt.«³³

Die Konsequenzen des radikalen liberalen Versuchs der Verwandlung von Arbeit, Boden und Geld in Waren, so Polanyi, waren die Entstehung einer Marktgesellschaft und die Reduktion der Politik auf die Sicherung der gesellschaftlichen Funktionsbedingungen der Selbstregulation von Märkten. Damit sind zum einen Innovation und Effizienzsteigerung verbunden, auf die im Wettbewerb der Staaten miteinander keiner von ihnen dauerhaft verzichten kann. Aber: »... keine Gesellschaft könnte die Auswirkungen eines derartigen Systems grober Fiktionen auch nur kurze Zeit ertragen, wenn ihre menschliche und natürliche Substanz sowie ihre Wirtschaftsstruktur gegen das Wüten dieses teuflischen Mechanismus nicht geschützt würden.«³⁴

Die lange Depression von 1873 bis 1886 beendete die Phase des Freihandels. Einerseits wurde der internationale Goldstandard eingeführt, der alle Währungen auf feste Wechselkurse festlegte und damit »die völlige Unabhängigkeit des Marktes von staatlichen Behörden nach sich zog«³⁵. Um die Auswirkungen zu mäßigen, entstand ein System von Schutzzöllen, Kartellorganisationen wurden gegründet, Sozialversicherungssysteme eingeführt und durch eine aggressive Kolonialpolitik erfolgte ein »Kampf der Mächte um das Recht auf Ausdehnung ihres Handels auf politisch ungeschützte Märkte«³⁶. Als nach dem Ersten Weltkrieg sich die genannten Probleme verschärften und die Gesellschaften in tiefste Krisen, höchste Arbeitslosigkeit, Verunsicherung, Angst und Elend stürzten, »wurde die

Markt-zivilisation selbst verschlungen«³⁷. Sie fiel dem Wirken von Institutionen zum Opfer, deren Zweck doch eigentlich die Wohlstandsmehrung sein sollte. Totengräber war der Faschismus.

Noch ohne das Wissen um das ganze Ausmaß der Vernichtungskraft des deutschen Nationalsozialismus bezieht sich Polanyi vor allem auf Faschismus als autoritär-korporatistische und repressive Organisationsform des Kapitalismus: »Den faschistischen Ausweg aus der Sackgasse, in die der liberale Kapitalismus geraten war, könnte man als eine Reform der Marktwirtschaft bezeichnen, erreicht um den Preis der Auslöschung aller demokratischen Institutionen sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich. Das ökonomische System, das vor dem Zusammenbruch stand, konnte damit wiederbelebt werden, während die Bevölkerung selbst einer Umerziehung unterworfen wurde, die den einzelnen seines Wesens berauben und ihn außerstande setzen sollte, als verantwortungsvolles Mitglied der politischen Gemeinschaft zu wirken.«³⁸ Der Sieg des Faschismus sei durch »den Widerstand der Liberalen gegen jegliche Reformen, die Planung, Regelung und Kontrolle beinhalteten, praktisch unvermeidlich«³⁹ geworden.

Eine dritte Deutung der Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auf die ich eingehen will, ist von Erich Fromm aus dem Jahre 1941, auch er ein deutschsprachiger jüdischer Intellektueller in der US-amerikanischen Emigration. In seiner Schrift »Die Furcht vor der Freiheit« sieht er die Basis für die Unterstützung autoritärer Regime darin, dass die negativen Freiheiten der Moderne den einzelnen zwar »von den Fesseln der vor-individualistischen Gesellschaft befreien, die ihm gleichzeitig Sicherheit gaben und ihm Grenzen setzten«, ohne dass der Mensch aber bisher in der Lage sei, zur »positive(n) Verwirklichung seines individuellen Selbst«⁴⁰ zu finden. Er zitiert John Dewey, der darauf verwies: »Die ernste Gefahr für unsere Demokratie besteht nicht in der Existenz totalitärer fremder Staaten. Sie besteht darin, dass in unseren eigenen persönlichen Einstellungen und in unseren eigenen Institutionen Bedingungen vorherrschen, die der Autorität von außen, der Disziplin, der Uniformität und der Abhängigkeit vom Führer in diesen Ländern zum Sieg verhelfen. Demnach befindet sich das Schlachtfeld hier – in uns selbst und in unseren Institutionen.«⁴¹

Mit dem Monopolkapitalismus, so Fromm, mit allen Erfahrungen »der Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht«, entstehe »ein fruchtbarer Nährboden für den Faschismus«⁴². Er sei auch in der »Verzweiflung des automatenhaften Konformisten«⁴³ zu finden. Der autoritäre Charakter sei zugleich sadistisch und masochistisch, er wolle das »Grundgefühl der Ohnmacht«

dadurch überwinden, indem er im Namen von etwas handle, »das dem eigenen Selbst übergeordnet ist«⁴⁴. Destruktivität sei »das Ergebnis ungelebten Lebens«⁴⁵.

Rosa Luxemburg, auf die schließlich eingegangen sei, gehört zu einer Generation, die der von Hannah Arendt, Karl Polanyi und Erich Fromm vorausging. Sie stand an der Schwelle jener Ereignisse, in denen die Prozesse der Freisetzung von Elementen totaler Herrschaft und Barbarei in die Bildung totalitärer Systeme umschlugen. Anders als viele ihrer Zeitgenossen, die sich des unaufhaltsamen Fortschreitens der europäischen Zivilisation und ihrer letztlich wohltätigen Wirkungen für die »unzivilisierten Völker« gewiss waren, hatte Rosa Luxemburg die Verbrechen und Kriege an der »Peripherie« immer als Teil und Ausdruck der Krise des europäischen Kapitalismus verstanden und eine entsprechende »Akkumulationstheorie« des imperialistischen Zeitalters entwickelt.

1915 schrieb Rosa Luxemburg dann in ihrer berühmten »Junius-Broschüre«: »Friedrich Engels sagt einmal: Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. Was bedeutet ein ‚Rückfall in die Barbarei‘ auf unserer Höhe der europäischen Zivilisation? Wir haben wohl alle die Worte bis jetzt gedankenlos gelesen und wiederholt, ohne ihren furchtbaren Ernst zu ahnen. Ein Blick um uns in diesem Augenblick zeigt, was ein Rückfall der bürgerlichen Gesellschaft in die Barbarei bedeutet. Dieser Weltkrieg – das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur – sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte. Wir stehen also heute, genau wie Friedrich Engels vor einem Menschenalter, vor vierzig Jahren, voraussagte, vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof; oder Sieg des Sozialismus, d. h. der bewussten Kampfaktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg.«⁴⁶

Was aber, wenn der Sozialismus sich plötzlich selbst als untrennbar mit »Barbarei« verbunden erweisen sollte, wenn in ihm Unterdrückung Andersdenkender und Staatsterror zur Methode erhoben werden? Was, wenn Sozialismus zur Diktatur wird, die das geistige, politische und wirtschaftliche Leben dem Prinzip der Vorherrschaft einer Partei und ihrer Führung unterordnet? Rosa Luxemburg hatte nur die ersten Ansätze einer solchen Entwicklung zur Kenntnis nehmen müssen. Sie war nur die Zeitgenos-

sin eines Weges, der dann unter Stalin – keinesfalls völlig zwangsläufig – zur Sklavenarbeit von Millionen in den GULAGs, zum Großen Terror der planmäßigen Menschenvernichtung nach quantitativen Vorgaben durch Schnellgerichte, zu Vertreibung und Völkermord führte. Aber schon gegenüber den ersten Elementen von totaler Herrschaft und Barbarei des leninistischen Parteikommunismus stand sie ablehnend gegenüber.

Sozialistische Demokratie leitete Rosa Luxemburg nicht aus von oben verordneten Klasseninteressen ab, sondern aus dem »aktive(n), ungehemmte(n), energische(n) politische(n) Leben der breitesten Volksmasse«⁴⁷. Der Propagierung und umfassendsten Verwendung von Mittel des Terrors im politischen Kampf, ganz im Geist der Jakobiner, stellt sie die Forderung der Abschaffung der Todesstrafe gegenüber, denn: »Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen ... geflossen. Jetzt muss jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muss umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.«⁴⁸

Vier Menschen, vier Verfolgte, vier Intellektuelle, die ihre Erfahrungen zu reflektieren suchten, und vier Deutungen, die sich begegnen in jenem großen Raum der Kultur, in dem nach Auswegen aus der Barbarei und nach Schutzwehren gegen die Barbarei gesucht wird. Hannah Arendt hat aus ihrer Analyse die Vision von Selbstverwaltung und eines Räteystems entwickelt, der Stärkung der Staatsbürger als Individuen und der Schaffung von sozialen Räumen, »wo jeder frei sein kann«⁴⁹. In diesem Falle »würde Autorität weder an der Spitze noch an der Basis generiert werden, sondern auf jeder der Ebenen der Pyramide« und so »Gleichheit und Autorität« versöhnen⁵⁰.

Karl Polanyi zieht aus dem Versagen des Liberalismus und seines Umschlagens in den Faschismus den Schluss von der Notwendigkeit einer demokratisch-sozialistischen Alternative: »Sozialismus ist dem Wesen nach die einer industriellen Zivilisation innewohnende Tendenz, über den selbstregulierenden Markt hinauszugehen, indem man ihn bewusst einer demokratischen Gesellschaft unterordnet. Er ist die naheliegende Lösung für die Industriearbeiterschaft, die keinen Grund sieht, warum die Produktion nicht direkt geregelt werden sollte und warum Märkte mehr sein sollten als ein nützliches, aber untergeordnetes Element einer freien

Gesellschaft. Vom Standpunkt der Gemeinschaft als ganzes bedeutet Sozialismus nur die Fortsetzung jenes Bemühens, die Gesellschaft zu einer humanen Gemeinschaft der einzelnen zu gestalten, die in Westeuropa stets mit christlichen Traditionen verbunden war.⁵¹ An der Spitze aller Forderungen müsse »das Recht des einzelnen auf Arbeit unter akzeptablen Bedingungen stehen«⁵². Die Arbeitskraft würde dadurch aufhören, wie eine Ware, über die fremdverfügt wird, behandelt zu werden.

Erich Fromm begründet die Utopie einer »Stadt des Seins«⁵³, in der die volle Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und der des Mitmenschen zum höchsten Ziel menschlichen Lebens werde. Gesellschaftliche demokratische Planung der Richtung der Produktion, Auflösung der Großkonzerne, Übergang zu einem System der Basisdemokratie von Nachbarschaftsgruppen, ein jährliches Grundeinkommen sind nur einige seiner Forderungen.

Rosa Luxemburg entwickelte in dem von ihr und Paul Levi verfassten Programm »Was will der Spartakusbund« Grundvorstellungen eines partizipativen Sozialismus, der auf der Verwandlung der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Räume der Gesellschaft in sozialisierte Räume der demokratischen Selbstverwaltung durch das Volk zielte: »Die Proletarierrmassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozess stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden.«⁵⁴

Alle vier wussten, dass ein Weiter-So bzw. eine einfache Rückkehr zum Status ante, vor der Katastrophe und offenen Barbarei, jene Bedingungen, die Weltkriege und systematische Menschenvernichtung möglich gemacht hatten, nicht aufhebt, sondern immer neu hervorbringt.

3. Kultur und Macht gegen Barbarei und Gewalt

Kultur, die etwas anderes ist als Herrschaftsideologie oder Unterhaltung, ist das mühselige Beginnen, durch das Menschen immer wieder neu versuchen, den Ausweg aus selbstverschuldeter Barbarei zu finden; Macht, die sich von bloßer Gewalt unterscheidet⁵⁵, ist Zivilisierung hin zu einer Kulturgesellschaft, in der die freie Entwicklung jeder und jedes einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird und Politik wie Wirtschaft diesem Ziel untergeordnet werden. Erst in einer solchen Gesellschaft würde Geschichte als »eine der Möglichkeiten einer Kultur« erzählbar, durch die es möglich wird, »sowohl der persönlichen als auch der öffentlichen Vergangenheit einen Sinn zu verleihen«⁵⁶. Auschwitz lässt sich nicht erzählen, nur davon berichten. Und nicht nur für Auschwitz gilt:

»Es hätte nicht stattfinden dürfen« (Hannah Arendt). Barbarei darf kein Sinn unterlegt werden. Es bleibt nur die Möglichkeit des Eingedenkens der Opfer und die Forderung, das Leid »zu einem Unabgeschlossenen«⁵⁷ zu machen.

Der Blick auf die Zertrümmerung menschlichen Lebens in der Geschichte und die mühseligen Versuche, die Diskrepanz zwischen banalsten Ursachen und furchtbarsten Wirkungen zu erinnern und nicht einfach nur hinzunehmen, führt keineswegs dazu, vor neuen Rückfällen in Barbarei gefeit zu sein. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart dürfte es sein, sich zu einer Sensibilität gegenüber Tendenzen der Barbarisierung zu erziehen, Sensoren auszubilden, die das unglaubliche Gefälle zwischen Taten und Folgen überhaupt wahrnehmbar machen und dabei Schmerz hervorrufen. Eine solche Selbsterziehung würde das Erklärbare auf das Nicht-Hinnehmbare von Diskriminierung, Entwürdigung, Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung von Menschen beziehen und zugleich den Anspruch erheben, dass kategorisch alles zu tun ist, dass jeder Mensch dahin gelangen kann, »worin noch niemand war: Heimat«⁵⁸.

Moderne Gesellschaften tragen die Möglichkeit der totalen Barbarei bis zur Selbstvernichtung der Menschheit in sich. Wir brauchen deshalb ein »geschärftes Bewusstsein für die Gefahr versäumter Entscheidungen und unterlassener Eingriffe«⁵⁹. Es bedarf der »Perspektive, aus der sich die Zeitgenossen für den aktuellen Zustand als die Vergangenheit einer künftigen Generation zur Rechenschaft gezogen sehen« und die tätigen »Verantwortlichkeit für den Anschluss einer Situation an die nächste, für die Fortsetzung eines Prozesses, der seine Naturwüchsigkeit abgestreift hat und sich weigert, das Versprechen einer selbstverständlichen Kontinuität zu geben«⁶⁰.

Einer der wichtigsten Beiträge zu dieser durch jede Generation neu zu erbringenden Kulturleistung, ohne die sie Barbarei nicht widerstehen kann und die Kontinuität der Zivilisation durchbrochen wird, ist eine »belehrte Unwissenheit«⁶¹ über den Zusammenhang zwischen unserem sehr endlichen rationalen Handeln und den niemals hinreichend abschätzbaren Folgen, die sich auf schreckliche Weise gegenüber Intentionen in fast unendlicher Weise völlig verselbständigen können. Aus den Deutungen, die Hannah Arendt, Karl Polanyi, Erich Fromm und Rosa Luxemburg für den Weg der europäischen Zivilisation in totale Herrschaft fanden, lassen sich zumindest einige wenige Maximen gewinnen, an denen die Fähigkeit zur Kultur und ihr unterworfenen Macht, die Fähigkeit, Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei zu finden, gemessen werden könnten.

Die erste Maxime für Kultur und Macht ist sehr einfach: Es muss ver-

boten bleiben, Menschen nach irgendwelchen »objektiven« Merkmalen, sei es Geschlecht, Ethnie, Staatszugehörigkeit, Zugang zum Arbeitsmarkt, politischen und religiösen Orientierungen von den grundlegenden Menschenrechten und Grundgütern eines freien Lebens auszuschließen. In dieser Hinsicht gilt: Gleichheit ist die Bedingung von Freiheit.

Die zweite Maxime könnte lauten: Jedes Vertrauen darin, dass selbstregulierende Systeme des Marktes, der Politik, des Rechts, der Wissenschaft an sich die Menschenwürde garantieren könnten, muss aufgegeben werden. Die Entfesselung dieser Systeme, sei es des Kapitalismus, der Bürokratie, der wissenschaftlichen Innovation oder des Militärs, von wirklich demokratischer Kontrolle (was etwas prinzipiell anderes ist als ihre Kontrolle nach den Spielregeln der liberalen Demokratie) und ihre Entkopplung von der Wahrung der Menschenrechte jeder und jedes einzelnen setzt Elemente von Barbarei frei.

Die dritte Maxime würde auf folgende Einsicht verweisen: Zivilisatorische Standards können nicht einfach nur bewahrt und verteidigt werden. Ohne immer neue Umgestaltungen, die die gesellschaftlichen Strukturen von Eigentum und Macht diesen Standards unterwerfen, breiten sich – zunächst an den Rändern und in den Poren – Elemente von totaler Herrschaft und von Barbarei aus. Eine noch stärkere Form dieser Maxime wäre: Rückfälle in Barbarei können nur dann erfolgreich abgewehrt werden, wenn der Prozess der fortschreitenden Überwindung jener Bedingungen, die Ausschwitz möglich gemacht haben, nicht zum Stillstand kommt geschweige denn, dass er revidiert wird.

Eine vierte Maxime würde die Erfahrung ernst nehmen, dass humanste Ziele wie die des Sozialismus in offene Barbarei umschlagen können, wenn die gewählten Ziele nicht unmittelbar den angestrebten Zielen entsprechen, wenn das Ziel im Mittel nicht konkret enthalten ist, sondern umgekehrt das inhärente Ziel des Mittels (seine »Eigenlogik«) dem proklamierten Ziel widerspricht. Barbarische Mittel erzeugen barbarische Zustände. Mehr noch: Die Arroganz, man könne die Mittelanwendung in modernen Gesellschaften wirklich umfassend kontrollieren, kann nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts nicht aufrechterhalten werden. Die Macht, die in die Mittel und Institutionen moderner Gesellschaften delegiert wird, sollte begrenzt werden.

Eine fünfte und letzte Maxime soll so formuliert werden: Da es in komplexen Gesellschaften kein Entsprechungsverhältnis zwischen Ursachen und Wirkungen geben kann, sind wir schon bei sog. »Bagatellen« gefordert, uns der aus Sachzwängen und rationalen Kalkülen scheinbar zwingend hervorgehenden Unterschreitung erreichter zivilisatorischer Stan-

dards zu widersetzen. Der Ausweg aus selbstverschuldeter Barbarei muss immer wieder, heute und hier, durch jede und jeden, durch uns gemeinsam gefunden werden – damit Auschwitz nicht noch einmal sei.

¹ Herbert Leuninger: Das Grundrecht auf Asyl. Zur Geschichte seines Aus- und Abbaus. <http://www.proasyl.de/weed.htm> (Hervorheb. von mir – M. B.).

² Ebenda.

³ Zitiert in: Ebenda.

⁴ Dem Guantanamo-Lager der USA gegen die Terrorismusbekämpfung würde auf diese Weise ein System von Lagern zur »Asylbekämpfung« zur Seite gestellt. Es handelt sich immer um den Versuch, »exterritoriale Gebiete« zu schaffen, in denen die errichteten zivilisatorischen Standards nicht in vollem Maße – oder in keiner Weise – eingehalten werden. Zugleich werden in sog. Offshore-Zentren die Kapitaleigentümer aus der Verantwortung entlassen, Steuern zu zahlen und Einblicke in ihre Vermögensverhältnisse zu gewähren. Es gibt diskriminierende und privilegierende Formen von Exterritorialität.

⁵ Im Asylbewerberleistungsgesetz heißt es unter § 3, Abs. 1: »Der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts wird durch Sachleistungen gedeckt. Kann Kleidung nicht geleistet werden, so kann sie in Form von Wertgutscheinen oder anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen gewährt werden. Gebrauchsgüter des Haushalts können leihweise zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich erhalten Leistungsberechtigte 1. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 40 Deutsche Mark, 2. von Beginn des 15. Lebensjahres an 80 Deutsche Mark monatlich als Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens. Der Geldbetrag für in Abschiebungs- oder Untersuchungshaft genommene Leistungsberechtigte beträgt 70 vom Hundert des Geldbetrages nach Satz 4.« (<http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/asylblg/>).

⁶ Matthäus 25.40.

⁷ Koran, Sure 5, Vers 32.

⁸ Virginia, Bill of Rights, Art. 1. Abgedruckt in: Hermann Klenner: Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie. Berlin: Akademie-Verlag 1982, S. 219 (Hervorheb. von mir – M. B.).

- ⁹ <http://www.proasyl.de/fohlen/wuerde/wuerdetx.htm>.
- ¹⁰ »Die elektronische Fußfessel bietet damit auch Langzeitarbeitslosen und therapierten Suchtkranken die Chance, zu einem geregelten Tagesablauf zurückzukehren und in ein Arbeitsverhältnis vermittelt zu werden. Viele Probanden haben es verlernt, nach der Uhr zu leben, und gefährden damit gerade auch ihren Arbeitsplatz und ihre Ausbildungsstelle.« <http://www.sueddeutsche.de/app/service/forum/showflat.php?Board=hartz4&Number=39049>.
- ¹¹ <http://home.t-online.de/home/torsten.christoph/gscheine.htm>.
- ¹² <http://www.zelle79.info/bsg/pm/pm20020627.html>.
- ¹³ http://www.neue-oz.de/_archiv/noz_print/rund_um_osnabrueck/2000/08/hungerstreik.html.
- ¹⁴ <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/linksrhein/archiv/c/c000523a.htm>.
- ¹⁵ Vgl. dazu die informative Website: www.proasyl.de.
- ¹⁶ Primo Levi: Ist das ein Mensch? München: DTV 1992.
- ¹⁷ Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. 1: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. München: Verlag: C. H. Beck 1988, S. VII.
- ¹⁸ Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt 1969, S. 88.
- ¹⁹ Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München und Zürich: Piper 1986, S. 231 f.
- ²⁰ Dabei wird nicht der historische Realprozess wiedergegeben, sondern nur in Kürze die Logik der Argumentation verfolgt.
- ²¹ Ebenda, S. 14.
- ²² Ebenda, S. 217 f.
- ²³ Ebenda, S. 13.
- ²⁴ Ebenda, S. 84.
- ²⁵ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 1995.
- ²⁶ Hannah Arendt, a. a. O., S. 25.
- ²⁷ Karl Polanyi: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1978, S. 19 f.
- ²⁸ Ebenda, S. 54.
- ²⁹ Ebenda, S. 20.
- ³⁰ Ebenda, S. 107.
- ³¹ Ebenda, S. 107 f.
- ³² Zitiert in: Imbrahim Warde: Hungern als Reformprojekt. In: Le Monde diplomatique. Beilage zur taz vom 14. Juni 1996.
- ³³ Karl Marx; Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 468 (Hervorheb. von mir – M. B.)
- ³⁴ Karl Polanyi, a. a. O., S. 109.
- ³⁵ Ebenda, S. 290.
- ³⁶ Ebenda, S. 291.
- ³⁷ Ebenda.
- ³⁸ Ebenda, S. 314.
- ³⁹ Ebenda, S. 340.
- ⁴⁰ Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2002, S. 7.
- ⁴¹ Zitiert in: Ebenda, S. 10.

- ⁴² Ebenda, S. 174.
- ⁴³ Ebenda, S. 185.
- ⁴⁴ Ebenda, S. 128.
- ⁴⁵ Ebenda, S. 136.
- ⁴⁶ Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre). Werke, Bd. 4, S. 62.
- ⁴⁷ Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. Berlin: Karl Dietz Verlag 1974. Werke, Bd. 4, S. 356.
- ⁴⁸ Rosa Luxemburg: Eine Ehrenpflicht. Werke, Bd. 4, S. 406.
- ⁴⁹ Hannah Arendt: On Revolution. New York: Penguin Books 1986, S. 255.
- ⁵⁰ Ebenda, S. 278.
- ⁵¹ Karl Polanyi, a. a. O., S. 311.
- ⁵² Ebenda, S. 338.
- ⁵³ Erich Fromm: Haben und Sein. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2000, S. 193.
- ⁵⁴ Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund. Berlin: Karl Dietz Verlag 1974. Werke, Bd. 4, S. 445.
- ⁵⁵ Hannah Arendt: Macht und Gewalt. München und Zürich: Piper 2005, S. 46 ff.
- ⁵⁶ Hayden White: Der historische Text als literarisches Kunstwerk. In: Ders.: Auch Klio dichtet oder die Fiktion des Faktischen. Studien zur Tropologie des historischen Diskurses. Stuttgart 1991. S. 106
- ⁵⁷ Walter Benjamin: Das Passagen-Werk. Herausgegeben von Rolf Tiedemann. Erster Band. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag 1983, S. 589.
- ⁵⁸ Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. GA, Bd. 5, S. 1628.
- ⁵⁹ Jürgen Habermas: Diskurs der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch 1988, S. 72.
- ⁶⁰ Ebenda.
- ⁶¹ »Da (...) unser Verlangen nach Wissen nicht sinnlos ist, so wünschen wir uns unter den angegebenen Umständen ein Wissen um unser Nichtwissen. Gelingt uns die vollständige Erfüllung dieser Absicht, so haben wir die belehrte Unwissenheit erreicht. Auch der Lernbegierigste wird in der Wissenschaft nichts Vollkommeneres erreichen, als im Nichtwissen, das ihm seinsgemäß ist, für belehrt befunden zu werden. Es wird einer umso gelehrter sein, je mehr er um sein Nichtwissen weiß.« Nikolaus von Kues: Die belehrte Unwissenheit. In: Ders.: Philosophisch-theologische Werke. Bd. 1. Hamburg: Felix Meiner Verlag 2002, S. 9,

Vortrag für den VI. Internationalen Kongress für Interkulturelle Philosophie. Senftenberg, 24. Mai 2005. In: »Dominanz der Kulturen und Interkulturalität« Raul Fornet-Betancourt (Hrsg), Zu den Mitautoren und Mitautorinnen gehören: Marie-Theres Albert, Michael Brie, Josef Estermann, Franz Hinkelammert, Gerd-Rüdiger Hoffmann, Choe Hyondok, Albert Kasanda, Heisook Kim, Nur Kira-baev, Brigitte Klotz, Anna Kossatz, Rolf Kubn, Daisy Machado, Dina Picotti, Yvanka Raynova, Albertine Tshibilondi, Christoph Türcke, Martin Walde und Klaus Wiegerling

12

Michael Brie
Rosa Luxemburgs Symphonie
zur Russischen Revolution

**Die ungelöste Aufgabe: »Keine Demokratie ohne Sozialismus,
kein Sozialismus ohne Demokratie«**

Rosa Luxemburgs Erbe ist wie wilde Natur. Es stört, weil es lebendig sich allen Regeln widersetzt. Alle Unterdrückung dieses Erbes war vergeblich.¹ Es wuchert immer von Neuem und zerbricht auch die härtesten Sarkophage mit jedem neuen Aufbruch von Menschen aus den Gehäusen ihrer Hörigkeit.² Worin aber eigentlich liegt die Sprengkraft ihres Werks? Ich will dies am Beispiel ihrer Schrift »Zur russischen Revolution« aus dem Frühherbst 1918 verdeutlichen³. Dabei werde ich nicht versuchen, dieses Werk in Beziehung zu setzen zu der realen historischen Situation, in der sich die Bolschewiki zu dieser Zeit sahen; ich werde auch nicht fragen, welche konkreten Kenntnisse Rosa Luxemburg über die einzelnen Schritte der Sowjetregierung hatte⁴. Für mich steht der Sinn im Mittelpunkt, der durch Rosa Luxemburg persönlich mit dieser Schrift verfolgt wurde, und nicht die Bedeutung, die sie spätestens mit ihrer Veröffentlichung durch Paul Levi 1922 gewann.⁵ Ich werde fragen, welche Auffassungen sie dabei zum Ausdruck brachte und wieso diese so provozierend sind. Dies ist zweifelsohne eine sehr eingeschränkte, aber eben doch legitime Sicht.

Man versetze sich zurück in den Sommer 1918. Rosa Luxemburg ist vor einem Jahr in das Gefängnis in Breslau verlegt. Die Welt ist in Bewegung, vor allem im Osten, sie aber bleibt eingesperrt. In Deutschland regt sich Widerstand gegen den Krieg, aber noch wird er nicht zur massenhaften Befehlsverweigerung, nicht zur Bildung von Räten, nicht zur Revolution. In Russland haben ihre engsten politischen Verbündeten, die Bolschewiki, die Macht ergriffen und kämpfen um den Aufbau des Sozialismus. Aber folgt man den Artikeln, die Rosa Luxemburg in dieser Zeit schreibt, dann wird ihr dieser Sozialismus, den sie doch so sehr herbeiwünscht, zu einem Zerrbild jener Ideale, denen sie sich verpflichtet hat. Angst vor erneuter Enttäuschung packt sie. In dieser Situation macht sie etwas völlig Un-

mögliches. Sie entzieht sich der Logik »Wir oder sie«, sie ergreift zugleich Partei für die Bolschewiki und gegen sie. Sie sind ihr nicht konsequent genug bei der Beseitigung der Ursachen von Kapitalismus, Völkerhass und Krieg, weil sie den Bauern das Land geben, die unterdrückten Völker in die nationale Unabhängigkeit entlassen und in Brest-Litowsk Frieden mit den Deutschen schließen und damit, so Rosa Luxemburg, Wege wählen, die nicht direkt zum Sozialismus hinführen und ihn zudem diskreditieren können. Und sie kritisiert die Bolschewiki in größter Schärfe wegen des Übergangs zur Diktatur. Wie ein wilder Trieb schießt eine Notiz an den Rand ihres Manuskripts, deren Worte bis heute nachhallen: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – und mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der (Gerechtigkeit), sondern weil all das Belebende, Heilsame, Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die (Freiheit) zum Privilegium wird.«⁶ Manchmal wird gesagt, man dürfe Rosa Luxemburg nicht auf den zitierten Satz »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden« reduzieren. Damit ist entweder eine Banalität ausgesprochen bei einer Denkerin und Politikerin wie Rosa Luxemburg, die ein großes und komplexes Werk hinterlassen hat, oder aber es soll dieser eine Satz entwertet werden, als sei er ein bloßes Ornament, Rosa Luxemburg nur beiläufig herausgerutscht in der Hitze der Polemik. Sie aber sieht in der Beseitigung der Demokratie ein verhängnisvolles Mittel bolschewistischer Politik und schreibt: »Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.«⁷ Wieder ist es eine Metapher aus der freien Natur, die sie bemüht. Vergessen wird bei der Diskussion der zitierten Randnotiz ihrer Schrift oft von »Freund wie Feind«, dass Rosa Luxemburg die Bolschewiki nicht etwa nur als antidemokratisch kritisiert, sondern zugleich als unsozialistisch. Für sie ist beides aus Gründen, die ich noch ausführen werde, nicht trennbar. Es ist für sie völlig unmöglich, dass Demokratie auf Zeit ausgesetzt wird, um zunächst das Haus des Sozialismus zu errichten und dann später seinen Bewohnerinnen und Bewohnern das Recht einzuräumen, über die Hausordnung mitzubestimmen. Ihr Sozialismus- und ihr Demokratieverständnis hängen im Innersten zusammen.

Warum stört und verstört das Erbe Rosa Luxemburgs bis heute? Warum bricht es wie das »ungehemmte« Leben immer wieder hervor, wo

man es nicht haben will, wie bei der jüngsten gespenstischen Diskussion zum Kommunismus? Warum fügt es sich nicht ein in die scheinbar klaren Frontlinien des 20. Jahrhunderts, und warum ist es gerade deshalb eine Inspiration für die Erneuerung des Sozialismus im 21. Jahrhundert? Warum können die einen wie die anderen versuchen, sie zu vereinnahmen, und warum ist es für alle so schwer, Rosa Luxemburgs Geist auf einen einfachen Nenner zu bringen? Die Ursache dafür sehe ich darin, dass Rosa Luxemburg zwei in der Geschichte des 20. Jahrhunderts völlig unvereinbar scheinende Gegensätze zu vereinen sucht – Sozialismus und Demokratie. Und dieser Versuch, so meine These, zwingt dazu, beide, Sozialismus wie Demokratie radikal zu überdenken. Nur einige wenige, aber bedeutungsschwere Sätze seien zitiert aus Ernst Blochs Werk »Naturrecht und menschliche Würde«, Sätze, die er mit Verweis auf Rosa Luxemburg schrieb: »Als letzte Quintessenz des klassischen Naturrechts, ohne das andere Beiwerk, bleibt allemal das Postulat menschlicher Würde; auch der Mensch, nicht nur seine Klasse hat, wie Brecht sagt, nicht gern den Stiefel im Gesicht...[...] Daher als eigenes Erbe am revolutionär gewesenen Naturrecht: Aufhebung aller Verhältnisse, in denen der Mensch mit den Dingen zur Ware entfremdet ist und nicht nur zur Ware, sondern zur Nullität an Eigenwert [so Ernst Bloch offensichtlich unter dem Eindruck der Erfahrungen nationalsozialistischer Menschenvernichtung wie aber auch des Stalinismus-M. B.]. Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie, das ist die Formel einer Wechselwirkung, die über die Zukunft entscheidet.«⁸

Die Schrift »Zur Russischen Revolution« – Eine Symphonie des demokratischen Sozialismus

Zurück damit zur lebendigen Quelle dieser »Formel«, zurück zu Rosa Luxemburgs Schrift »Zur russischen Revolution«. Auslöser dieser Schrift war eine Fußnote, die Ernst Meyer verantwortete, nach der Verhaftung von Leo Jogiches, Redakteur der »Spartacus-Briefe«. Diese Fußnote distanzierte sich vorsichtig, aber hinreichend deutlich von Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki. Die dann im Frühherbst 1918 entstandene Schrift »Zur russischen Revolution« ist ein unvollendetes, aber eben doch fast vollendetes Manuskript und klar komponiert.

Ich möchte mich dieser Schrift nicht dadurch nähern, dass ich mir dieses oder jenes Argument einzeln herausgreife und ins Verhältnis zu Positionen von Lenin bzw. Trotzki einerseits oder Kautsky andererseits

als den immer wieder zitierten Antipoden setze. Mir geht es darum, den Sinnzusammenhang selbst, den Rosa Luxemburg in ihrem Text stiftet, zu rekonstruieren. Dazu will ich dieses kleine, ungeheuer nachwirkende Werk als Ganzes nehmen. Ich werde es deshalb wie eine Symphonie fassen, die mit genauso großer Strenge und Bedachtsamkeit wie Leidenschaft komponiert wurde und ganz klassisch aus vier Sätzen besteht. Es geht mir nicht um den historischen oder aktuellen Wahrheitsgehalt ihrer Aussagen, sondern um deren beabsichtigte Zielrichtung; es geht mir um das von Rosa Luxemburg Gemeinte, nicht um das von ihr Bewirkte. Die Schrift »Zur russischen Revolution« beginnt und endet mit einer Würdigung der russischen Revolution und der Bolschewiki. Es sind dies vor allem die Abschnitte I und II sowie der Schlussteil – man kann dies als den langen ersten Satz und kürzeren vierten Satz ihrer »Symphonie« ansehen. Der erste wuchtige Satz gibt wie ein Paukenschlag das Motiv vor: »Die russische Revolution ist das gewaltigste Faktum des Weltkrieges.«⁹ Immer und immer wieder wird es wiederholt. Die Würdigung der Rolle der Bolschewiki in dieser Revolution verweist auf das Hauptthema, das entwickelt wird. Die Bolschewiki seien es gewesen, die begriffen hätten, dass in Russland selbst wie in Europa der Sozialismus auf der Tagesordnung stehe, die Diktatur des Proletariats. Mit der Forderung danach, dass alle Macht den Sowjets gehören müsse, hätten sie die »vorwärtstreibende Parole« ausgegeben und »alle Konsequenzen« daraus gezogen¹⁰. Sie hätten bewiesen, dass gelte: »Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg.«¹¹ Die Bolschewiki, so Rosa Luxemburg, »haben sich damit das unvergängliche geschichtliche Verdienst erworben, zum ersten mal die Endziele des Sozialismus als unmittelbares Programm der praktischen Politik zu proklamieren«¹². Und die Schrift endet mit einer Würdigung der Bolschewiki, dass sie jenseits von »Detailfrage(n) der Taktik« das »wichtigste Problem des Sozialismus« ins Zentrum gerückt hätten: »die Aktionsfähigkeit des Proletariats, die revolutionäre Tatkraft der Massen, der Wille zur Macht des Sozialismus überhaupt«¹³. Luxemburg schließt ihr Manuskript mit dem Satz: »Und in diesem Sinne gehört die Zukunft überall dem »Bolschewismus)«¹⁴. Man könnte den Satz aber auch so lesen: »Nur in diesem Sinne gehört die Zukunft überall dem (Bolschewismus).« Aus dem Paukenschlag ist eine fortepiano geworden – erst laut, dann leise.

Nachdenklich sollte stimmen, dass Rosa Luxemburg nicht etwa die Machtergreifung der Bolschewiki in Russland ins Zentrum von Beginn und Schluss ihres Werkes stellt, nicht die Einsetzung einer sozialistischen

Regierung und die Gestaltung sozialistischer Institutionen zum Leitmotiv macht, sondern vor allem die Leistung der Bolschewiki bei der Entwicklung der revolutionären Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse und der Massen Russlands betont. Darin und eigentlich auch nur darin sieht sie das bleibende Verdienst der Leninschen Partei. Nicht in der Roten Fahne auf dem Kreml, sondern in den Händen von Millionen Arbeitern, Bauern, Soldaten liegt ihr eigentliches Interesse. Und hier klingt auch das »Nebenthema« der Symphonie auf. Wie schon in anderen, vorhergehenden Artikeln¹⁵ ist das Ziel ihrer Erörterung der Politik der Bolschewiki – in Zustimmung wie Kritik gleichermaßen – die Überwindung der »fatale(n) Trägheit der deutschen Massen«¹⁶.

Nicht die russischen Bolschewiki, sondern die »trägen« deutschen Arbeiter sind die Adressaten ihrer Schrift. Ihre Kritik an der Politik der sowjetrussischen Regierung hat das Ziel, genau das in Deutschland zu befördern, was sie als die wirkliche Leistung der Bolschewiki für Russland ansieht: revolutionäres sozialistisches Handeln der Massen. Dies aber, so ihre Auffassung, könne nicht »im Geiste der Bevormundungsmethoden der deutschen Sozialdemokratie seligen Angedenkens durch irgendeine Massensuggestion, durch den blinden Glauben an irgendeine fleckenlose Autorität, sei es der eigenen »Instanzen«, oder die des »russischen Beispiels«, hervorgezaubert werden«¹⁷. Sie ist davon überzeugt: »Nicht durch Erzeugung einer revolutionären Hurrastimmung, sondern umgekehrt: nur durch Einsicht in den ganzen furchtbaren Ernst, die ganze Kompliziertheit der Aufgaben, aus politischer Reife und geistiger Selbständigkeit, aus kritischer Urteilsfähigkeit der Massen, die von der deutschen Sozialdemokratie unter verschiedensten Vorwänden jahrzehntelang systematisch ertötet wurde, kann die geschichtliche Aktionsfähigkeit des deutschen Proletariats geboren werden. Sich kritisch mit der russischen Revolution in allen historischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, ist die beste Schulung der deutschen wie der internationalen Arbeiter für die Aufgaben, die ihnen aus der gegenwärtigen Situation erwachsen.«¹⁸

Fassen wir also zusammen: Während das Hauptmotiv von Luxemburgs Schrift »Zur russischen Revolution« die Propagierung der Leistung der Bolschewiki ist, durch die richtigen Losungen das eigenständige revolutionäre Handeln der Massen anzustacheln und auszurichten, ist es das zweite Motiv ihres Werks, die Bolschewiki genau dort zu kritisieren, wo deren Politik nach Auffassung von Rosa Luxemburg diesem Ziel entgegensteht. Höchste Bewunderung für die historische Leistung der Bolschewiki wie härteste Kritik an ihnen haben ein und denselben Maßstab. Beim Sozialis-

mus geht es für Rosa Luxemburg immer vor allem um das Eine: »Die ganze Volksmasse muss daran teilnehmen.«¹⁹

Dieser Maßstab bildet den gemeinsamen Grundton des gesamten Werkes, umfasst beide Motive – das der Würdigung der Bolschewiki wie das der Kritik an ihnen.

Während der erste lange Teil der Luxemburgischen Schrift sich der Würdigung der Bolschewiki widmet, konzentrieren sich die Abschnitte III und IV auf die Kritik. Drei zentrale Punkte der Kritik an den Bolschewiki stehen im Mittelpunkt: (1) die Art der Agrarreform, (2) die Proklamation des Selbstbestimmungsrechts von Nationen einschließlich des Sonderfriedens mit Deutschland²⁰ sowie (3) die »Erdrückung der Demokratie«²¹. Die ersten zwei Punkte sind zusammengefasst im Abschnitt III, der dritte Punkt im Abschnitt IV; und beide haben fast genau den gleichen Umfang. Es sind die Sätze zwei und drei der Luxemburgischen Symphonie »Zur russischen Revolution«.

Ihre Kritik an den Bolschewiki: Zu wenig Sozialismus, zu wenig Demokratie

Ohne hier die Möglichkeit zu haben, auf die konkrete Kritik von Rosa Luxemburg an der Politik der Bolschewiki einzugehen²², möchte ich ausschließlich auf eine Merkwürdigkeit dieser Kritik aufmerksam machen: Die beiden Abschnitte stehen in einem, so scheint es, unversöhnlichen logischen Widerspruch. Zunächst werden die Bolschewiki für eine Politik kritisiert, mit der sie die Spannungen zwischen ihrer Regierung und möglichen Gegnern reduzieren wollen und es werden Vorschläge gemacht, die – so muss man annehmen – den Widerstand gegen die Bolschewiki verstärkt hätten. Und dann wird den Bolschewiki eine radikale politische Demokratisierung empfohlen. Betrachten wir diesen Widerspruch näher. Im Abschnitt III werden die Bolschewiki für ihre Agrar- und Nationalitätenpolitik kritisiert. Rosa Luxemburg wendet sich dagegen, dass das Land den Bauern zur privaten Nutzung zugeteilt wird und die unterdrückten Völker des Russischen Reiches das Recht auf nationale Selbständigkeit erhalten. Weder will sie privates Eigentum stärken noch nationalstaatliche Abgrenzung. Rosa Luxemburg weiß, dass die von ihr kritisierte Politik der Bolschewiki eine ganz »vorzügliche Taktik zur Befestigung der proletarisch-sozialistischen Regierung«²³ war bzw. darauf zielte, »die vielen fremden Nationalitäten ... an die Sache der Revolution«²⁴ zu fesseln. In beiden Fällen wurde dem Drängen großer Teile der Bevölkerung, sei es der Bau-

ernschaft, sei es der Finnen, Esten, Letten, Georgier usw. nachgegeben. Und auch der »Frieden« von Brest-Litowsk erwuchs vor allem aus der Unfähigkeit der Bolschewiki, die Soldaten weiter für den Krieg zu mobilisieren. Jede andere Politik hätte – so zumindest Lenins Sicht – entweder die Machtergreifung der Bolschewiki unmöglich gemacht oder ihr schnelles Ende befördert. Warum dann aber eine so entschiedene Kritik daran?

Man kann mit einer bestimmten Berechtigung sagen, dass für Rosa Luxemburg der Machterhalt der Bolschewiki weniger wichtig war als die Ehrenrettung der Linken. Besser sei, so meines Erachtens ihre in dieser Schärfe unausgesprochene Auffassung, den Untergang des bolschewistischen Russlands hinzunehmen als erneut Verrat an den sozialistischen Idealen zu üben, wie er 1914 durch die rechte Sozialdemokratie geübt worden sei, besser vor allem für die Aussichten der in ihren Augen alles entscheidenden sozialistischen Revolution in Deutschland und Westeuropa. Angesichts der Möglichkeit, dass die Leninsche Regierung in ihrer im Herbst 1918 fast hoffnungslosen Lage zu einem Bündnis mit dem deutschen Kaiserreich bereit sein könnte, um ihre Macht zu sichern, schreibt sie: »Russland war der einzige, letzte Winkel, wo revolutionärer Sozialismus, Reinheit der Grundsätze, ideale Güter noch einen Kurs hatten, wohin sich die Blicke aller ehrlichen sozialistischen Elemente in Deutschland wie in ganz Europa richteten, um sich von dem Ekel zu erholen, den die Praxis der westeuropäischen Arbeiterbewegung hervorruft, um sich mit Mut zum Ausharren, mit Glauben an ideelle Werke, an heilige Worte zu wappnen. Mit der grotesken »Paarung« zwischen Lenin und Hindenburg wäre die moralische Lichtquelle im Osten verlöscht.«²⁵ Wer so schreibt, wer derart an das Absolute appelliert, dem geht es um alles oder nichts. Obwohl sie um den politischen Sinn der Leninschen Politik weiß, empfiehlt Rosa Luxemburg den Bolschewiki eine Strategie, die sie in einen noch tieferen Gegensatz zur Bevölkerung, insbesondere zu den Bauern, Soldaten und der Peripherie des früheren Zarenreichs hätte bringen müssen. Sie geht davon aus, dass jeder reale Schritt realer sozialistischer Politik zumindest nicht den Weg »verrammeln« bzw. »abschneiden« dürfe, der zum Sozialismus führt²⁶. Und dieser Sozialismus besteht für sie eindeutig in der Vorherrschaft des gesellschaftlichen Eigentums und der unmittelbaren internationalen Solidarität der Völker im Rahmen eines einheitlichen Sowjetstaates. »Umwege« der Stärkung des bäuerlichen Privateigentums oder der nationalen Selbständigkeit von Völkern, die schon lange Teil der von Russland beherrschten Wirtschaftsräume und Märkte waren, akzeptierte sie nicht. In den Kleineigentümern und den neuen kleinen »Natio-

nalstaaten« sah sie die geborenen Bündnispartner von Imperialismus und Konterrevolution.²⁷

Im zweiten Satz ihre Symphonie, wenn man bei der Metapher bleibt, empfiehlt Rosa Luxemburg den Bolschewiki eine prinzipienfeste kommunistische Politik der Zentralisation und Konzentration der ökonomischen wie politischen Macht und zwar im Gegensatz zu der – wie sie es selbst nennt – »spontanen Bewegung der Bauernschaft«²⁸ wie der »bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen«²⁹ der unterdrückten Nationen. Sie sieht die Gründe der Bolschewiki für eine Politik, die nach ihrer Auffassung im Gegensatz zu den sozialistischen Prinzipien steht, im taktischen Interesse des Machterhalts und geht davon aus, dass diese »Berechnung leider gänzlich fehlgeschlagen«³⁰ sei. Dies hat sich historisch so nicht bestätigt, auch wenn im Frühherbst 1918 durchaus vieles dafür sprach, dass die Leninsche Regierung sich nicht halten könne. Die Bolschewiki vermochten sich, begünstigt durch die Novemberrevolution in Deutschland und Österreich, im Gefolge eines Bürgerkriegs, zeitweise größter Konzessionen nach innen wie außen (die Neue Ökonomische Politik) und einer mit größter Gewalt vorangetriebenen Industrialisierung und Enteignung der Bauernschaft (»Kollektivierung« genannt) für siebzig Jahre zu behaupten.

Interessanter aber als diese Tatsachen ist es für den hier zu erörternden Zusammenhang, dass Rosa Luxemburg zwar im zweiten Satz ihrer Symphonie Schritte vorschlägt, die zumindest aus Sicht der Bolschewiki den Gegensatz zu den großen Massen des bäuerlichen Russlands und seiner Peripherie verschärft hätten, im dritten Satz hingegen aber dann genau jene Mittelauf das Entschiedenste ablehnt, mit denen die Bolschewiki versuchten, ihre Macht angesichts der sowieso schon vorhandenen Gegensätze zu stabilisieren – die Diktatur und den Terror. Sie schien zu glauben, dass beides zugleich möglich ist, eine Politik, die unmittelbar auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zielt (in der Stadt und ansatzweise auch auf dem Lande), und eine umfassende Demokratisierung. Sozialistische Demokratie und Aufbau des demokratischen Sozialismus sollten Hand in Hand gehen.³¹ Während Rosa Luxemburg jede Besonderung der Interessen in der Ökonomie als Stärkung des Privateigentums ansieht, während sie jede Abtrennung von Völkern aus imperialen Gebilden, in denen diese ökonomisch integriert waren, als Spaltung der Arbeiterklasse ansieht, während sie jedem Bündnis mit der in – oder ausländischen Bourgeoisie den Kampf ansagt, will sie Freiheit der Meinungsäußerung, der Versammlung, der Wahlen auch für die Gegner der eigenen Regierung und betont mit aller Rigorosität und Prinzipialität: »Ohne allgemeine Wahlen,

ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution« und es entstehe »die Diktatur einer Handvoll Politiker«³², die sie dann auch noch als »bürgerlich« charakterisiert, weil es die »Diktatur für eine Handvoll Personen«³³ sei. Sie begründet dies noch einmal, in dem sie auf ihre Weise den Gegensatz Diktatur oder Demokratie auflöst: »Das Proletariat kann, wenn es die Macht ergreift, nimmermehr nach dem guten Rat Kautskys unter dem Vorwand der »Unreife des Landes« auf die sozialistische Umwälzung verzichten und sich nur der Demokratie widmen, ohne an sich selbst, an der Internationale, an der Revolution Verrat zu üben. Es soll und muss eben sofort sozialistische Maßnahmen ergreifen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur auszuüben, aber Diktatur der Klasse, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d. h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie.«³⁴ Die Ursache dafür, dass es den Bolschewiki trotz der vielen Konzessionen nicht gelang, eine umfassende Unterstützung zu gewinnen, sieht Rosa Luxemburg ausschließlich im prinzipiellen Gegensatz der Bürger, Kleinbürger und Bauern gegen den Sozialismus. Sie meint, dass nur die Abweichung von den sozialistischen Prinzipien die Bolschewiki die Mehrheit in den werktätigen Massen gekostet und die Konterrevolution gestärkt habe. Sie schreibt: »Statt die Proletarier in den Randländern vor jeglichem Separatismus als vor rein bürgerlichem Fallstrick zu warnen und die separatistischen Bewegungen mit eiserner Hand, deren Gebrauch in diesem Falle wahrhaft im Sinne und Geist der proletarischen Diktatur lag, im Keime zu ersticken, haben sie vielmehr die Massen in allen Randländern durch ihre Parole verwirrt und der Demagogie der bürgerlichen Klassen ausgeliefert. Sie haben durch diese Förderung des Nationalismus den Zerfall Russlands selbst herbeigeführt, vorbereitet und so den eigenen Feinden das Messer in die Hand gedrückt, das sie der russischen Revolution ins Herz stoßen sollten.«³⁵

Die erhoffte Harmonie der Kontrapunkte: Notwendigkeit und Freiheit

Wie aber soll dies vereinbar sein: Gebrauch der »eisernen Hand« der »proletarischen Diktatur«, wenn es um die Unterdrückung aller Sonderinteressen geht, die nicht mit denen eines so verstandenen Sozialismus unmittelbar zusammenfallen, und »freie, ungehemmte Presse«, »ungehindertes Ver-

eins- und Versammlungsleben³⁶, eine »unnachgiebige und rücksichtslose« Umwälzung und »unbeschränkte Demokratie«? Es scheint: Rosa Luxemburg will das Unmögliche und sie will es demokratisch. Kontradiktorisch stehen sich die Abschnitte III und IV oder der zweite und dritte Satz ihrer »Symphonie« gegenüber: Unterdrückung jeder sozialen und nationalstaatlichen Pluralität »im Keime« und höchster Lobgesang politischer Freiheit; Kampf gegen alle private Landnahme und die Lostrennung von Russland mit »eiserner Hand« und größtmögliche Förderung einer unbeschränkten politischen Freiheit und der Demokratie als der »lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts«³⁷. Historisch zumindest fielen diese Gegensätze auseinander: Während sich bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und politische Demokratie zumindest zeitweise als vereinbar erwiesen, galt dies nicht für den auf zentralisierter Verfügung über eine verstaatlichte Wirtschaft geprägten Sozialismus und freie Wahlen.

Rosa Luxemburg vermochte für sich die genannten Gegensätze zu vereinen. Die Kontrapunkte stimmen bei ihr am Ende zusammen und erzeugen durch ihre spezifische Gegenbewegung die wirkliche Harmonie. Diese Vereinigung war ihr aber nur möglich, weil sie davon ausging, dass die Arbeiter und die Massen gerade in der alltäglichen Praxis, bei den »tausend Problemen« des Aufbaus des Sozialismus, im »ungehemmten, schäumendes Leben«³⁸ sich verändern würden: »Soziale Instinkte anstelle egoistischer; Masseninitiative anstelle der Trägheit; Idealismus, der über alle Leiden hinwegbringt usw. usf.«³⁹ würden sich herausbilden. Und sie nahm an, dass diese Instinkte und Initiativen sowie dieser Idealismus in genau jene Richtung weisen würden wie die von ihr propagierte sozialistische Politik. Deshalb kann sie auch annehmen, dass ein Höchstmaß an Freiheit zugleich ein Höchstmaß an Einsicht in die Richtigkeit des Sozialismus als einer Gesellschaft des vergesellschafteten Eigentums, der Interessenidentität, des Internationalismus und Friedens erzeugt. Aber auch umgekehrt scheint Rosa Luxemburg anzunehmen: Indem die bäuerlichen Massen auch mit Gewalt an der privaten Landnahme gehindert und damit zu gemeinsamer Produktion gezwungen werden, indem die Völker des Russischen Reiches nicht in die Selbständigkeit entlassen, sondern in einem politischen und Wirtschaftsraum gehalten werden, indem Arbeiter in einer Fabrik, die gesellschaftliches Eigentum ist, gemeinsam tätig sind, an Plan und Ausführung gleichermaßen beteiligt werden, entsteht zugleich auch der Raum für jene Erfahrungen, die zur Bejahung des Sozialismus führen und in seine freie Unterstützung und enthusiastische Verteidigung münden. Gerade ihre Argumentation in der nationalen Frage zielt genau

in diese Richtung.⁴⁰ In der Trennung wachsen in ihren Augen die Gegensätze zum Völkerhass, angepeitscht durch die bürgerlichen Nationalisten. Aus dem Verbleiben in einem revolutionierten gemeinsamen Land, auch wenn zunächst nur erzwungen, würde, so nimmt sie wohl an, die Zustimmung zu eben dieser Gemeinsamkeit entstehen. Freie Selbstbetätigung der Massen und historische Notwendigkeit fallen bei Rosa Luxemburg der Tendenz nach zusammen. Führung ist vor allem Fähigkeit, dieses Zusammenfallen aktiv zu befördern. Diktatur und Terror sind für sie die Todfeinde des Sozialismus, weil sie mit der Unterdrückung des eigenständigen Handelns der Massen zugleich auch die eigentlichen Akteure jeder Durchsetzung sozialistischer Notwendigkeiten unterdrücken. Diktatoren sind die Totengräber des Sozialismus, weil sie die Akteure des Sozialismus selbst begraben im Gefängnis einer Kommandogesellschaft, von der kein Weg nach vorne, ins Reich der Freiheit führen kann. Anders als Lenin und Kautsky ging Rosa Luxemburg gerade nicht davon aus, dass spontan vor allem Überzeugungen entstehen, die vom Sozialismus wegführen würden, so dass sozialistische »Bewusstheit« von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden müsse (bei Lenin auch mit Gewalt), sondern sie nahm an, dass die eigene Praxis der Arbeiter und werktätigen Massen direkt zum Sozialismus hinführen würde – vorausgesetzt, es ist eine freie und auf eigenem Handeln gegründete Praxis und nicht Bevormundung und nicht Manipulation; vorausgesetzt auch, es ist die wirkliche Gemeinsamkeit von Produktion und Leben gegeben. Wie Rosa Luxemburg schon 1.904 gegenüber Lenin eingewandt hatte: »Die sozialdemokratische Bewegung ist die erste in der Geschichte der Klassengesellschaften, die in allen ihren Momente, im ganzen Verlauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist.«⁴¹ Sozialismus ist für sie keine zentral geplante Maschine, sondern Leben, freie Eigentätigkeit freier Menschen, die sie mit unmittelbarer Gemeinschaftlichkeit verbindet. Würde es tatsächlich eine solche Entsprechung zwischen den unmittelbaren praktischen Erfahrungen und den als Vergesellschaftung der Produktionsmittel gefassten sozialistischen Zielen geben, dann, aber eben auch nur dann wären Parteidiktatur und Terror nicht nur moralisch falsche, sondern auch machtpolitisch verfehlt Mittel, wie Rosa Luxemburg immer wieder betont. Was sie nicht erkennt ist, dass Sozialismus, sofern er mit einer zentralisierten Gemeinwirtschaft identifiziert wird, im tiefsten Widerspruch zu dem selbständigen Handeln der Massen steht.⁴² Die allgemeinen Voraussetzungen ihrer Annahmen über den Sozialismus hat sie jedoch nie kritisch reflektiert, sondern nur konkret problematisiert.

Für das 21. Jahrhundert: Ein anderer Sozialismus und eine andere Demokratie

Rosa Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki ist in meinen Augen eine Kritik vom Standpunkt eines vorgefertigten Bildes, wie Sozialismus auszusehen habe, nämlich einer Gesellschaft des einheitlichen Gemeineigentums, und vom Standpunkt einer Bewegung, die ihre ganze Kraft aus der Entwicklung der Handlungsmacht der Unterdrückten selbst beziehen soll und erst dabei jene Kriterien aufstellt, nach denen sie sich richten kann bei ihren Entscheidungen. Dieser Widerspruch zwischen verselbstständigter Idee und lebendiger Bewegung prägt ihr gesamtes Werk und bleibt bis zu ihrem gewaltsamen Ende unaufgelöst. Damit steht sie ganz inmitten jener Bewegung, für die galt, dass die Befreiung der Arbeiter die Sache der Arbeiter selbst sein müsse, und in der doch die Bevormundung oder sogar Unterdrückung dieser Arbeiter prägend wurde. Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zeigten, so ist der Verfasser überzeugt, dass sich die Vergemeinschaftung der Produktionsmittel, ihre direkte unmittelbare Unterordnung unter »alle Arbeiter« gemeinsam buchstäblich als kontraproduktiv erweist; dass jeder Versuch der Unterdrückung der Vielfalt, des Versuchs der Herstellung einer »unmittelbaren« Identität von gesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen, der Reduktion auf nur einen Typ von Akteuren, und sei es »der Arbeiter« den Gegensatz von Kapital und Arbeit nur durch neue Antagonismen ablöst; dass dadurch neue Herrschaft und Entfremdung entstehen; dass eine solche Ordnung sich im Wettbewerb mit anderen Eigentumsordnungen als unterlegen erweist; und dass dies alles strukturell bedingt ist und keine positive Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise darstellt.⁴³

Wenn dies so ist, dann kann ein solcher Sozialismus, in dem alle Macht an ein einziges Zentrum »delegiert« wird, auch nicht demokratisch sein, weil jede Freiheit sich dann gegen dieses System richten muss. Umgestaltung (»Perestroika«) und Demokratisierung waren das Abendrot, dass dem Untergang dieses Sozialismus vorherglühte. Aber es gilt auch umgekehrt: In dem Maße, wie die Demokratie die Wirtschaft ergreifen würde, in dem Augenblick, wo sie die Entscheidung über das Eigentum, die Investitionen nicht mehr vor allem den Kapitaleigentümern überlässt, bricht auch die Abenddämmerung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft an, nur wurde dies bisher immer wieder, auch mit Gewalt, erfolgreich abgewehrt. Volksherrschaft – und was bedeutet Demokratie anderes – verlangt auch Herrschaft des Volkes über den Wirtschaftsprozess der Gesellschaft. Dies

jedoch ist das Ende jedes Kapitalismus. Aber der Weg dahin führt nicht über die Beseitigung der Interessenwidersprüche, sondern über die Ablösung ihrer antagonistischen durch solidarische Austragungsformen, was tiefe Eingriffe in die Macht- und Eigentumsverhältnisse, die Zurückdrängung und Überwindung der Profitdominanz notwendig macht.⁴⁴ Wenn dies richtig ist, dann ist die Formel »Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie« die noch zu lösende Aufgabe eines Sozialismus im 21. Jahrhundert. Sie verlangt es, so meine feste Überzeugung, sich zu lösen von der Bindung des Sozialismus an die Vergemeinschaftung der gesamten Produktionsmittel⁴⁵ und vom Versuch, ein »Monosubjekt«⁴⁶ oder auch eine großen Menge von »Monosubjekten« herzustellen, die in sich widerspruchlos sein sollen. Die Pluralität legitimer Eigentümerinteressen (Betriebsangehörige, Umweltverbände, Verbraucher, Kommunen und Regionen, Management, Vertreter der Kreditgeber, nicht zuletzt staatliche Organe usw.) und die Pluralität derart widersprüchlicher Subjekte sind einem solchen Sozialismus notwendig eigen. Er ist eine Ordnung, die auf die freie Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums durch die Assoziationen assoziierter Individuen zielt und auf einer Vielzahl von komplexen Besitzformen und selbständigen Unternehmen basieren muss und diese Widersprüche zur solidarischen Austragung bringt.⁴⁷ Voraussetzung dafür ist, dass die gemeinschaftlichen Grundlagen der Produktion und des Lebens (die Gemeingüter der Erde, der Kultur und des Wissens, der öffentlichen Daseinsvorsorge, des Finanzsystems, des Rechts usw. usw.) unter der öffentlichen demokratischen gemeinschaftlichen Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger sind. Dann erst wird die Wirtschaft demokratisiert und Politik sozialisiert. Dann, so ist zu hoffen, drängen die praktischen Erfahrungen der Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums tatsächlich spontan in Richtung des demokratischen Sozialismus, und aus der ungehemmtesten öffentlichen Reflexion dieser Erfahrungen erwachsen die bewussten Schritte hin zu einer sich immer wieder erneuernden solidarischen und gerechten Gesellschaft.

Dieser Sozialismus wäre eine Gesellschaft lebendigster Vielfalt, die Rosa Luxemburg in ihrem tiefsten Gehalt nahe kommt, jener Rosa Luxemburg, von der Paul Levi 1922 schrieb: »Ihre im Tiefsten ausgeglichene Seele kannte keine Scheidungen und Wände. Ihr war das All ein lebendiger Prozess des Werdens, in dem nicht Hebelkraft und Sauerstoffbehälter das Walten der Natur ersetzen können, in dem das Kämpfen, Ringen, Streben der Menschen, in dem der große Kampf, der dem Einzelnen, der den Geschlechtern, der den Ständen, der den Klassen obliegt, die Form des

Werdens war. In der sie drum nicht wollte, dass keiner kämpfe, weil alles von selber werde; in der sie den lebendigsten Kampf wollte, weil er die lebendigste Form des Werdens ist.«⁴⁸

¹ Zur Auseinandersetzung um ihr Erbe siehe: Jörn Schütrumpf: Rosa Luxemburg oder: Die Freiheit der Andersdenkenden. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 1/2011 (http://www.rosalux.de/fiicadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_01-2011.pdf).

² Im Zeitalter des Guttenbergismus sei vermerkt, dass dieser Satz auf eine Formulierung von Max Weber anspielt. Max Weber hatte 1917 vor einer durchbürokratisierten Gesellschaft gewarnt, in dem die »lebende Maschine« der bürokratischen Organisation im »Verein mit der toten Maschine« »das Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft« herstellt, »in welche vielleicht dereinst die Menschen sich, wie die Fellachen im altägyptischen Staat, ohnmächtig zu fügen gezwungen sein werden« (Max Weber: *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens*. In: Ders.: *Gesammelte Politische Schriften*. Tübingen 1988, S. 332).

³ Annelies Laschitzka datiert die Entstehung der Schrift auf die Zeit zwischen September und Oktober 1918. Auch in meinen Augen ist sie in sehr kurzer Zeit in einem Guss entstanden.

⁴ Siehe dazu Annelies Laschitzka: *Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg*. Berlin 2000, S. 567-579. Für den hier gewählten Ansatz ist es aber irrelevant, wie objektiv ihre Informationen waren, sondern es ist ausschließlich von Bedeutung, wie sie die ihr zugänglichen Informationen interpretiert. Mir geht es nicht darum zu bewerten, inwieweit sie den Bolschewiki gerecht wird, sondern welche Wertungen sie auf der Grundlage jener Nachrichten, über die sie verfügt, trifft und warum sie dies auf eine solche Weise tut.

⁵ Zu dieser Unterscheidung zwischen Sinn, den ein Autor oder eine Autorin dem Werk selbst gibt, und der Bedeutung, die es im Kontext gewinnt vgl. Quentin Skinner: *Meaning and Understanding in the History of Ideas*, 1969. In: James Tully: *Meaning and Context*. Quentin Skinner and his Critics. Cambridge 1988, S. 44 ff.

⁶ Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution*. In: *Werke*, Bd. 4, S. 359.

⁷ Ebenda, S. 355 f.

⁸ Ernst Bloch: *Naturrecht und menschliche Würde*. Frankfurt am Main 1999, S. 232.

⁹ Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution*, S. 332.

- ¹⁰ Ebenda, S. 340.
- ¹¹ Ebenda, S. 341. Dies war die Erkenntnis, die Rosa Luxemburg spätestens aus der russischen Revolution von 1905/6 gezogen hatte. Vgl. dazu: Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: Werke, Bd. 2, S. 91–170.
- ¹² Ebenda.
- ¹³ Ebenda, S.365.
- ¹⁴ Ebenda.
- ¹⁵ Jeder ihrer Artikel zur russischen Revolution zwischen Frühjahr 1917 bis Herbst 1918 stellt mit immer größerer Entschiedenheit und wachsender Verzweiflung die Frage danach, wann endlich das deutsche Proletariat seiner geschichtlichen Pflicht zur sozialistischen Revolution gerecht werden wird. Vgl. dazu »Die Revolution in Russland«, »Der alte Maulwurf«, »Zwei Osterbotschaften«, »Brennende Zeitfragen«, »Die geschichtliche Verantwortung«, »Der Katastrophe entgegen« und schließlich »Die russische Tragödie« (mit der schon erwähnten redaktionellen Anmerkung von Ernst Meyer), ein Artikel, der mit den Worten endet: »Es gibt nur eine Lösung der Tragödie, in die Russland verstrickt ist: den Aufstand im Rücken des deutschen Imperialismus, die deutsche Massenerhebung als Signal zur internationalen revolutionären Beendigung des Völkermordes. Die Rettung der Ehre der russischen Revolution [in den Augen von Rosa Luxemburg durch den Sonderfrieden zwischen Sowjetrussland und dem deutschen Kaiserreich in Brest-Litowsk gefährdet– M.B. ist in dieser Schicksalsstunde identisch mit der Ehrenrettung des deutschen Proletariats und des internationalen Sozialismus.« Rosa Luxemburg: Die russische Tragödie. Werke, Bd. 4, S. 392.
- ¹⁶ Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, S. 335.
- ¹⁷ Ebenda, S. 335.
- ¹⁸ Ebenda.
- ¹⁹ Ebenda, S. 360.
- ²⁰ Siehe zu diesem Friedensschluss vor allem die Artikel »Die geschichtliche Verantwortung« und »Die russische Tragödie«, die in der Werkeausgabe aus unbekanntem Gründen nach der Schrift »Zur russischen Revolution« abgedruckt sind.
- ²¹ Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, S. 352.
- ²² Siehe dazu neben der Schrift von Rosa Luxemburg selbst auch die Einleitung zum Band 4 der Werkeausgabe von 1974 sowie das Vorwort von Annelies Laschitzka in: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur russischen Revolution« und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin. Zusammengestellt und eingeleitet von Annelies Laschitzka. Berlin 1990, S. 7–32.
- ²³ Ebenda, S. 342.
- ²⁴ Ebenda, S. 348.
- ²⁵ Rosa Luxemburg: Die russische Tragödie, S. 390.
- ²⁶ Siehe dazu ihre Termini in: Zur russischen Revolution, S. 343.
- ²⁷ Siehe dazu ebenda, S. 344f., 350.
- ²⁸ Ebenda, S. 344.
- ²⁹ Ebenda, S. 348.
- ³⁰ Ebenda.
- ³¹ Siehe ebenda, S. 363.
- ³² Ebenda, S.362.
- ³³ Ebenda, S. 362.
- ³⁴ Ebenda, S. 362 f.
- ³⁵ Ebenda, S. 350 f.
- ³⁶ Ebenda, S. 358.
- ³⁷ Ebenda, S. 360.

- ³⁸ Ebenda.
- ³⁹ Ebenda, S. 361.
- ⁴⁰ Diese Diskussion und die von ihr dabei entwickelten Positionen scheinen mir insgesamt eine wichtige Quelle ihre 1918 vertretenen Positionen.
- ⁴¹ Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie. In: Werke, Bd. 1.2, S. 427.
- ⁴² Dieser unaufgelöste Widerspruch prägt auch das von ihr verfasste programmatische Dokument »Was will der Spartakusbund« (Werke, Bd. 4, S. 442–451) und ihren kurzen Artikel »Die Sozialisierung der Gesellschaft« (ebenda, S. 433–436).
- ⁴³ Vgl. dazu ausführlich: Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«. In: Kalbe, Ernstgert; Geier, Wolfgang; Politt, Holger (Hrsg.): Aufstieg und Fall des Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen. Leipziger Jahrbücher: Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd.6, Leipzig2004, S. 197–233 .
- ⁴⁴ Vgl. dazu ausführlich: Dieter Klein: Eine zweite große Transformation und die Linke. Kontrovers der RLS, Mai 2010; Mario Candeias: Passive Revolution vs. sozialistische Transformationen. RLS papers201 0.
- ⁴⁵ Peter Rüben: Rüben, Peter: Die Kommunistische Antwort auf die soziale Frage, www.berliner-debatte.de/initial/heft1-98/ruben.htm.
- ⁴⁶ Vgl. ausführlicher: Michael Brie: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus -Thesen in der Diskussion. Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Heft 3/1990, S. 218–229.
- ⁴⁷ Vgl. dazu meine Arbeiten »Wer ist Eigentümer im Sozialismus« (weitgehend geschrieben zwischen 1983 und 1985, veröffentlicht erst im Untergang der DDR, Berlin 1990) und: Die wiederentdeckte Eigentumsfrage. In: Michael Brie (Hrsg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Kritik des Neoliberalismus und Alternativen. RLS Papers 04/2006, S. 77–102:
- ⁴⁸ Paul Levi: Einleitung zu »Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlass von Rosa Luxemburg«. In: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. A.a.O., S. 223f.

In: Standpunkte 10/2011

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_10-2011.pdf

13

Michael Brie

Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai
Parteinahme für einen demokratischen Sozialismus

*»Aus der Geschichte lernen heißt das Nichts lernen
Politik ist DAS MACHBARE Ein Männertraum
Aus dem kein Kind schreit
In allen Sprachen
Heißt die Zukunft Tod«
Heiner Müller¹*

»Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen ... geflossen. Jetzt muß jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muß umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.«² – Worte wie diese sind selten in der kommunistischen Bewegung gewesen. Sie verkörpern einen Anspruch an sozialistische Politik, Zweck und Mittel, Ziel und Weg nicht in einen antagonistischen Gegensatz geraten zu lassen. Geschrieben sind sie wenige Wochen, bevor die rechte Sozialdemokratie Bluthunde auf das rote Berlin losließ, die – »Schlagt ihre Führer tot!« – auch Rosa Luxemburg ermordeten. Verzweifelt begann Paul Levi seine Totenrede mit den Worten: »Es ist, als ob die Erde nicht satt würde des Blutes. Sie hat vier Jahre lang Blut getrunken, Blut um Blut.«³

Wer sich damit nicht abfinden will, wer Sozialismus nicht als Diktatur, Emanzipation nicht als Unterdrückung, Befreiung nicht als tödliche Ordnung denken und gestalten will, wer sich um einer menschlichen Zukunft willen, nicht abwenden will vom Blick auf die Trümmer der Geschichte, der, so Heiner Müller, wird »Erde ... fressen müssen/ Mit dem Blutgeschmack unserer Opfer/ Auf dem Weg in die bessere Zukunft/ Oder in keine wenn wir sie ausspeien.«⁴ Rosa Luxemburg hat es anders gesagt:

»Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung... Verloren wäre der Sozialismus nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe des Falls nicht ermessen, aus ihm nicht lernen wollte.«⁵

Erinnern verlangt, das Vergangene ins eigene Innere aufzunehmen, die tausend Panzer zu durchbrechen, mit denen wir unser Inneres durch Vergessen und Verdrängen schützen. Erinnerung muss deshalb schmerzhaft sein. Erinnern heißt auch, sich Fremdes, Verstoßenes aneignen, heißt auch, zu eigen machen, was war und so doch nicht sein sollte. Erinnerung bedroht deshalb unsere Selbstgewissheiten. Und was sollte mehr erinnert werden als die Ausbruchsversuche aus dem Fatalismus der Verkehrung von Ziel und Mittel in der Geschichte, als jene Rebellionen und Aufstände, die sich der Verwandlung von Emanzipationsbewegungen in Bewegungen der Anpassung und Unterdrückung widersetzen und sich deshalb gegen jene Organisationsformen und jene Machtstrukturen richteten, die eigentlich entstanden waren, um Emanzipation nicht ohnmächtig, nicht wirkungs- und geschichtslos vergehen zu lassen. Was könnte tragischer sein als der Kampf gegen jene selbst hervorgebrachten Gegenmächte, die Emanzipation verbürgen sollten und selbst zu neuen Gehäusen der Hörigkeit geworden waren?!

Zwei Frauen stehen wie wenige für die vielen, die sich der fatalen Logik entfremdeter Befreiungsbewegungen der europäischen Sozialdemokratie und des sowjetischen Kommunismus widersetzen – Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai, Zeitgenossinnen bis zur Zeitenwende 1918/1919. Beide waren sie Menschen, die sich der männlichen Herrenlogik des unbarmherzigen Dienstes an der Sache entzogen, die nicht dulden wollten, dass Befreiung zur Sache verkam, zum bürokratischen und schließlich zum blutigen Fetisch, dem erst die »anderen« und dann das eigene Leben zu opfern waren. Ihr persönlicher Anspruch auf ein befreites Leben war zugleich ein gesellschaftlicher Anspruch auf eine befreiende Emanzipationsbewegung. Ihren gesellschaftlichen Anspruch lebten sie persönlich. Beide revoltierten deshalb innerhalb der eigenen Partei – die eine innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die andere innerhalb der kommunistischen Partei Russlands, die eine mit ihrer Forderung nach einer revolutionären Realpolitik, die sich gegen die Verwandlung der Sozialdemokratie in einen Apparat des Status quo wandte, die andere mit ihrer Forderung nach Arbeiterdemokratie, die die Diktatur einer kommunistischen Politbürokratie gesprengt hätte. Dieser beiden Rebellionen möchte ich gedenken.

Ich möchte anbieten, sich ihrer zu erinnern als eigener Geschichte um eigener Zukunft willen.

Nur allzu bekannt ist Rosa Luxemburgs Kritik an den diktatorischen Tendenzen der Bolschewiki schon 1903 und mündend in ihrer Kritik an der Errichtung einer bolschewistischen Diktatur 1918. Die Schärfe und die Hellsichtigkeit dieser Kritik der Bolschewiki beruhte aber vor allem auf ihren unmittelbaren politischen Erfahrungen in der scheinbar so demokratischen deutschen Sozialdemokratie. Im Februar 1915 konstatierte Rosa Luxemburg das Paradoxon der Selbstaufgabe dieser erfolgreichsten proletarischen Partei der Geschichte: »Noch nie, seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichem Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hatte wie die deutsche Sozialdemokratie. An ihr, gerade weil sie der bestorganisierte, bestdisziplinierte, geschulteste Vortrupp der Internationale war, läßt sich der heutige Zusammenbruch des Sozialismus am klassischsten nachweisen.«⁶

Diese Selbstaufgabe war lange vorbereitet worden. Sie ist das nichtintendierte Resultat des Erfolges der deutschen Sozialdemokratie beim Aufbau einer mächtigen Klassenorganisation innerhalb des Wilhelminischen Kaiserreichs sowie die bewusste Entscheidung derer, die die Früchte dieses Erfolges für sich usurpiert hatten. Die Vision der Gründungsväter dieser Klassenorganisation von SPD, sozialdemokratischen Gewerkschaften, breitesten Kultur- und Sportvereinen und Trägerschichten war es, innerhalb der junkerlich-kapitalistischen Gesellschaft eine Gegenmacht aufzubauen, um, wie der alte Engels es voraussah, Schritt um Schritt und Wahlerfolg um Wahlerfolg zu wachsen und schließlich mit der hoffentlich friedlichen Eroberung der Staatsmacht die Sozialisierung der Produktionsmittel einleiten zu können. Die Bindung dieser Klassenorganisation an den »wissenschaftlichen Sozialismus« war der Garant, dass sich die Mittel nicht gegenüber dem Ziel verselbständigten. Die Wucht, mit der sich Bebel gegen Bernsteins Revisionismus wandte und dabei Rosa Luxemburg ihren frühesten und wirkungsvollsten Auftritt in der deutschen Sozialdemokratie ermöglichte, ergab sich aus dem Bewusstsein um die Gefahr, die der Verzicht auf die revolutionäre Ideologie eines notwendigen radikalen Bruchs für sein Lebenswerk und für die Klassenorganisation als Ganzes hervorrufen würde. Wie Rosa Luxemburg schreiben sollte mit Blick auf

die sozialdemokratischen Gewerkschaften:;»... die Gewerkschaften verdanken ihre Überlegenheit über alle bürgerlichen und konfessionellen Gewerkschaften dem Gedanken des Klassenkampfes; ihre praktischen Erfolge, ihre Macht sind ein Resultat des Umstandes, daß ihre Praxis von der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus erleuchtet und über die Niederungen eines engherzigen Empirismus gehoben ist.«⁷

Schon zehn Jahre vor dem Schicksalsaugust von 1914 erkannte Rosa Luxemburg immer schärfer Tendenzen des »Aufkommen(s) eines regelrechten gewerkschaftlichen Beamtenstandes«⁸, der in der Parlamentarisierung der sozialdemokratischen Führungsspitze und der Entwicklung von Parteibeamten sein Pendant hatte. Sie sah darin ein »notwendiges Übel« und warnte, »daß diese notwendigen Förderungsmittel ... auf einer gewissen Höhe der Organisation und auf einem gewissen Reifegrad der Verhältnisse in ihr Gegenteil, in Hemmnisse des weiteren Wachstums umschlagen«⁹ Die parlamentarischen und gewerkschaftlichen Formen des Kampfes innerhalb festgefrorener Zustände langsamer Evolution würden zunehmend als die einzig möglichen Formen angesehen und die damit verbundenen Organisationen »aus einem Mittel zum Zweck allmählich in einen Selbstzweck, in ein höchstes Gut verwandelt..., dem die Interessen des Kampfes vielfach untergeordnet werden.«¹⁰ Daraus entstünde, so Rosa Luxemburg in einer Rede, die opportunistische »Politik »von Fall zu Fall« oder, wenn Sie wollen, von einem Fallen zum anderen.«¹¹

Aus Angst, die Ergebnisse der bisherigen Entwicklung in Frage zu stellen – Parlamentspositionen oder Grad der gewerkschaftlichen Organisation –, würde gerade dann innerhalb der Sozialdemokratie auf die Anwendung dieser Machtmittel verzichtet, wenn sie am dringendsten wäre. Mit der Begründung, man hätte noch keine parlamentarische Mehrheit, würden selbst die Minimalforderungen der Sozialdemokratie aufgegeben; mit der These, man habe noch nicht restlos alle Arbeiter organisiert und könne nicht jeden Streikenden aus der Streikkasse voll bezahlen, würde in Situationen, wo entschlossenes Handeln auf der Tagesordnung sei, dieses blockiert.¹² Je größer die organisatorischen Machtmittel der deutschen Arbeiterklasse, so schien es, um so unmöglicher war es, diese im politischen und sozialen Klassenkampf zu gebrauchen: »Je mehr unsre Organisationen wachsen, Hunderttausende und Millionen umfassen, um so mehr wächst notgedrungen der Zentralismus. Damit geht aber auch das geringe Maß an geistigem und politischem Inhalt, an Initiative und Entschluß, das im alltäglichen Leben der Partei von den Organisationen aufgebracht wird, gänzlich auf die kleinen Kollegien an der Spitze: auf Vereinsvorstän-

de, Bezirksvorstände und Parlamentarier, über. Was für die große Masse der Mitglieder übrigbleibt, sind die Pflichten zum Beitragzahlen, zum Flugblätteraustragen, zum Wählen und zu Wahlschlepperdiensten, zur Hausagitation für das Zeitungsabonnement und dergleichen.«¹³ Es war für sie »die Lebensfrage der Sozialdemokratie«, »daß der politische Gedanke und der Wille der Masse der Partei stets wach und tätig bleiben, daß sie sie in steigendem Maße zur Aktivität befähigen«.¹⁴

Einer der wichtigsten sozialen Gründe für die Verwandlung der sozialdemokratischen Partei in eine Partei, die ihre parlamentarischen Erfolge zum Selbstzweck macht, war die Tatsache, dass die Schaffung der eigenständigen proletarischen Klassenorganisationen von sozialdemokratischer Partei und ihrer Repräsentation in den Parlamenten sowie von sozialdemokratischen Gewerkschaften und der Etablierung systematischer Verhandlungsprozesse mit den Unternehmern zugleich Erzeugung einer sozialen und politischen Gegenelite wie Prozess der Integration derselben in die Institutionen des kaiserlichen Deutschlands und seiner Eliten war. Diese Gegenelite befand sich im Spannungsfeld zwischen Bindung an ihre eigenen Organisationen mit deren eigenen Kultur, Ideologie und Prozeduren demokratischer Legitimation und Vertretung einerseits und ihrem Wirken in zunehmend engeren Wechselbeziehungen mit den herrschenden politischen, kulturellen und ökonomischen Eliten Deutschlands andererseits. Am Ende wurde aus dem Wechselwirken der Hang zum Beitritt der sozialdemokratischen Gegeneliten in die herrschende Oberschicht. Die Möglichkeit dafür ergab sich mit der Auslösung des Ersten Weltkrieges. Durch Zustimmung zu den Kriegskrediten erkaufte sich die neuen Führer der deutschen Sozialdemokratie ihren Aufstieg aus verachteten Underdogs zur anerkannten staatstragenden Führungsgruppierung. In den Augen des Kaisers waren sie endlich »Deutsche« geworden.

In Auseinandersetzung mit dem Opportunismus der deutschen Sozialdemokratie, der 1914 in die Kapitulation vor dem deutschen Militarismus mündete und 1918 in das Bündnis mit der Reichswehr, ein Opportunismus, der in beiden Situationen eine eigenständige soziale und demokratische Politik unmöglich machte, in Auseinandersetzung aber auch mit dem Ultrazentralismus der Bolschewiki sowie ihrer diktatorischen Politik nach 1917 entwickelte Rosa Luxemburg über fast zwanzig Jahre hinweg eine Position zum Verhältnis von sozialer Bewegung, politischen Organisationen und Führung, die erinnerenswert ist und angesichts eines Aufbruchs sozialer Bewegungen in der Gegenwart neue Bedeutung erhält. Dies gilt auch dann, wenn man ihrem Verständnis von der Unmöglichkeit

wesensverändernder transformativer Reformen der kapitaldominierten Gesellschaften nicht folgt.¹⁵

Das wesentliche Merkmal der Luxemburgischen Position ist das, was später ihr Spontaneismus genannt wurde.¹⁶ Nicht nur deklamatorisch war für sie die Arbeiterklasse, waren die Volksmassen der eigentliche geschichtliche Akteur. Weder glaubte sie, dass diese durch die demokratische Organisation dieser Klasse in Gewerkschaft oder Partei ersetzt werden könne, wie dies zur Auffassung der deutschen Sozialdemokratie wurde, noch glaubte sie, dass eine ultrazentralistische Kleingruppe der Geschichte ihre Befehle erteilen dürfe.

Ihr Bild von der Geschichte war weder das eines großen Tankers, der unbeirrt von allen Stürmen und Meeresströmungen seinen Kurs hält, noch die Gruppe von Verschworenen, die im kleinen Boote dem Sturm durch donnernde Worte die Richtung weisen will; ihr Bild ist das vom großen Strom der Geschichte, auf dem diese Tanker und Boote, diese eingebildeten und wahren Kapitäne und Mannschaften sich bewegen, keinesfalls bedeutungslos, aber nicht die eigentlich treibende Kraft. Für Rosa Luxemburg entstehen Organisationen letztlich aus dem geschichtlichen Handeln und nicht das geschichtsmächtige Handeln aus den Entscheidungen bürokratischer Strukturen. Wie sie 1906 auf dem Mannheimer Parteitag der SPD sagte: »Seit wann werden denn große geschichtliche Bewegungen, große Volksbewegungen auf dem Wege heimlicher Abmachungen in geschlossenem Zimmer abgewickelt?«¹⁷

Die Aufgabe der Sozialdemokratie und ihrer Führungen sei es, vorderster Teil des Stromes zu sein, dessen Kraft zu steigern, dessen Richtung zu bestärken, dessen Entschlossenheit, die Dämme der kapitalistischen Gesellschaft zu durchbrechen, auf die Spitze zu treiben: »Die Parole, die Richtung dem Kampfe zu geben, die Taktik des politischen Kampfes so einzurichten, daß in jeder Phase und in jedem Moment des Kampfes die ganze Summe der vorhandenen und bereits ausgelösten, betätigten Macht des Proletariats realisiert wird und in der Kampfstellung der Partei zum Ausdruck kommt, daß die Taktik der Sozialdemokratie nach ihrer Entschlossenheit und Schärfe nie unter dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorausseilt, das ist die wichtigste Aufgabe der »Leitung« ...«¹⁸ Voraussetzungen dafür seien »vollkommene Klarheit« über die realen Verhältnisse und Perspektiven, »Demokratisierung des ganzen Parteilebens« und »mehr Selbstkritik«.

Grundelemente von Rosa Luxemburgs Verständnis der sozialistischen Bewegung waren erstens ein Grundvertrauen in die sozialen Bewegungen

selbst, die aus den Tiefen der kapitalistischen Gesellschaften hervorkommen, deren Dämme immer von neuem unterspülen, deren Schutzwälle einreißen würden. Sie und nur sie seien es, die den Strom der Geschichte ausmachen. Diese Massenbewegungen ließen sich niemals auf Dauer unterdrücken oder kanalisieren und seien der eigentliche Kraftquell allen Sozialismus. »Die sozialdemokratische Bewegung«, so schreibt Luxemburg in Auseinandersetzung mit Lenin 1903, »ist die erste in der Geschichte der Klassengesellschaften, die in allen ihren Momenten, im ganzen Verlauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist.«¹⁹

Zweitens hielt Rosa Luxemburg an einer sozialistischen Theorie fest, die die historische Perspektive im Bewusstsein der handelnden Akteure hielt und ihnen Kompass in Zeiten völliger Bewegungs- und Orientierungslosigkeit war und sie aufklärte über den trügerischen Charakter dieser Stille: »In Marxens Geist ist die theoretische Erkenntnis nicht dazu da, um hinter der Aktion einherzugehen und für alles, was von den ›obersten Behörden‹ der Sozialdemokratie jeweilig getan oder gelassen wird, einen rechtfertigenden Beruhigungsschleim zu kochen, sondern umgekehrt, um der Aktion der Partei führend voranzugehen, um die Partei zur ständigen Selbstkritik anzustacheln, um Mängel und Schwächen der Bewegung aufzudecken, um neue Bahnen und weitere Horizonte zu zeigen, die in den Niederungen der Kleinarbeit unsichtbar sind.«²⁰ Auch wenn man ihrer spezifischen Rezeption marxistischer Kapitalismustheorie nicht folgt, bleibt die Frage nach einer Analyse, die die Brüchigkeit aller scheinbar festgefügtten Verhältnisse aufzeigt und nach einer intellektuellen und moralischen Richtschnur emanzipativen Handelns aktuell.

Drittens war es eine möglichst freie, möglichst demokratische, möglichst zur sozialen Bewegung hin offene Form der Organisation, empfänglich für die unterirdischen Ströme der Gesellschaft und zur Innovation befähigt, ohne die Rosa Luxemburg Sozialismus für unmöglich hielt. Weder Verwandlung der Mitglieder der Partei in Werkzeuge der zentralen Parteigane noch »die absolute, blinde Unterordnung« derselben, noch die Degradierung der Arbeiter zu bloßen Wählern seien die Merkmale sozialdemokratischer Organisation, sondern diese wachse stets von neuem »aus dem elementaren Klassenkampf heraus.«²¹ Bündig formulierte sie: »Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu

großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.«²² Im Unterschied zu den führenden Politikern der Zweiten Internationale von der SPD bis hin zu den Bolschewiki war für sie sozialistische Organisation keine bürokratische Maschinerie mit Ingenieuren, Antriebskräften, Transmissionsriemen und kleinen Schräubchen, die sich ihrer Aufgabe »bewusst« sind, wie in der Gewerkschaftsdiskussion der russischen Kommunisten von Lenin und anderen prägnant konzipiert, sondern sei nach dem Bild der sich selbstorganisierenden Natur zu formen.²³ Auch deshalb ist sie heute um vieles moderner als viele ihrer Zeitgenossen.

Zum Horror aller derer, die sich als »Lenker der Geschichte« betrachten oder in der Verteidigung der Eigeninteressen einmal entstandener Organisationen blind werden für neue Aufgaben, ganz anders auch als rationalistische («männliche«?) Machtphantasien vorgaukeln, behauptete Rosa Luxemburg: »Die Kampftechnik der Sozialdemokratie wird in ihren Hauptzügen überhaupt nicht »erfunden«, sondern sie ist das Ergebnis einer fortlaufenden Reihe großer schöpferischer Akte des experimentierenden, oft elementaren Klassenkampfes. Auch hier geht das Unbewußte vor dem Bewußten, die Logik des objektiven historischen Prozesses vor der subjektiven Logik seiner Träger.«²⁴ Die sozialdemokratischen Leitungen, die diese Erfindungen nicht immer wieder neu aufzugreifen vermögen, würden sich schnell in konservative Bollwerke gegen »weitere Neuerung größeren Stiles«²⁵ verkehren. Wie sie an anderer Stelle schrieb: »Die Aufgabe der Sozialdemokratie und ihrer Führer ist nicht, von den Ereignissen geschleift zu werden, sondern ihnen bewußt voranzugehen, die Richtlinien der Entwicklung zu überblicken und die Entwicklung durch bewußte Aktion abzukürzen, ihren Gang zu beschleunigen.«²⁶ Dazu aber müssen sie nicht das bürokratische Gehäuse einer erstarrten Organisation, sondern Teil und Seele der realen sozialen Bewegungen sein und sich aus diesen immer neu bestimmen.

Rosa Luxemburgs politische Leitfiguren blieben immer zugleich Karl Marx und Ferdinand Lassalle, der eine vor allem als Begründer einer wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, der andere als Gründer der ersten selbständigen politischen Partei dieser Klasse in Deutschland. Von diesen beiden schrieb sie – die beiden Pole einer politischen Philosophie der historischen Praxis betonend –: »Und hatte Marx der Revolutionsmacherei alten Stils den Riegel vorgeschoben mit den Worten, die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, so legte Lassalle mit umgekehrter Betonung, aber mit gleichem Recht den Nachdruck auf die befruchtende Initiative, auf die

revolutionäre Energie und Entschlossenheit, indem er den deutschen Arbeitern mit flammenden Worten predigte: Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.«²⁷

Ausgehend von diesem Verständnis von Geschichte gelingt es Rosa Luxemburg, ein Verständnis von sozialistischer Revolution zu entwickeln, das zumindest vom konzeptionellen Anspruch her die Verkehrung von Zweck und Mittel, Ziel und Weg vermeidet. In dem von ihr verfassten Programm des Spartakusbundes wird in klarer, wenn auch nicht explizit vermerkter Auseinandersetzung mit den Bolschewiki jeder Machtergreifung durch einen Putsch eine Absage erteilt.²⁸ Voraussetzung dafür sei der Mehrheitswille der Arbeiter.²⁹ Aber mehr noch: Sie erteilt dem von den Bolschewiki so ausgiebig genutzten Mittel des politischen Terrors eine radikale Absage und sieht darin in deutlicher Kontinuität zu ihrer Schrift »Zur russischen Revolution« eine bürgerlich-diktatorische Form einer Minderheitsherrschaft: »Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes ...«³⁰

Will man resümierend Rosa Luxemburgs Verständnis von Geschichte und sozialistischer Bewegung nahe kommen, so stelle man sich große Ströme vor, aber eben, nicht im Sinne der für die Schifffahrt begradierten deutschen Flüsse, die in brave Wasserstraßen verwandelt wurden, sondern als Ströme, die mal wie im Zeitraffer ständig neu ihre Bahn brechen, mal träge und erschöpft dahinfließen, mal Gebirge durchstoßen, riesige Gebiete neu erschließen und dann scheinbar ruhig auf Zeit in großen Seen fast stillzustehen scheinen, um unerwartet von neuem alles in machtvолlem Laufe von Grund auf umzuwühlen. Große Literatin, die sie war, hat sie es mit Blick auf die Massenstreiks in der russischen Revolution von 1905 so formuliert: »Der Massenstreik, wie ihn uns die russische Revolution zeigt, ist eine so wandelbare Erscheinung, daß er alle Phasen des politischen und ökonomischen Kampfes, alle Stadien und Momente der Revolution in sich spiegelt. Seine Anwendbarkeit, seine Wirkungskraft, seine Entstehungsmomente ändern sich fortwährend. Er eröffnet plötzlich neue, weite Perspektiven der Revolution, wo sie bereits in einen Engpaß geraten schien, und er versagt, wo man auf ihn mit voller Sicherheit glaubt rechnen zu können. Er flutet bald wie eine breite Meereswoge über das

ganze Reich, bald zerteilt er sich in ein Riesenetz dünner Ströme; bald sprudelt er aus dem Untergrunde wie ein frischer Quell, bald versickert er ganz im Boden. Politische und ökonomische Streiks, Massenstreiks und partielle Streiks, Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks, Generalstreiks einzelner Branchen und Generalstreiks einzelner Städte, ruhige Lohnkämpfe und Straßenschlachten, Barrikadenkämpfe – alles läuft durcheinander, nebeneinander, durchkreuzt sich, flutet ineinander über; es ist ein ewig bewegliches, wechselndes Meer von Erscheinungen. Und das Bewegungsgesetz dieser Erscheinungen wird klar: Es liegt nicht in dem Massenstreik selbst, nicht in seinen technischen Besonderheiten, sondern in dem politischen und sozialen Kräfteverhältnis der Revolution.«³¹ Von dieser Revolution konnte sie in den letzten Stunden ihres Lebens gegen jene, die blutig »Ordnung« in Berlin geschaffen hatten, schreiben: »Ihr stumpfen Schergen! Eure »Ordnung« ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon »rasselnd wieder in die Höh' richten« und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!«³²

Als Rosa Luxemburg dieses ihr Vermächtnis schrieb, tobte in Russland der Bürgerkrieg. Und man wird sich heute fragen müssen, ob nicht der Unwille der Bolschewiki, das demokratische und soziale Bündnis von revolutionärer russischer Sozialdemokratie und Sozialrevolutionären auf Dauer zu stellen, ihr Beschluss, eigene revolutionäre Visionen vor den Willen des breiten Volkes zu stellen, in diktatorischer Weise eigene Machtbehauptung wichtiger als den Versuch der demokratischen Gestaltung einer sozialen Revolution zu nehmen, ob dies nicht auch das Schicksal der deutschen Revolution und das von Rosa Luxemburg vorherbestimmte. Mit der bewaffneten Auflösung der Konstituierenden Versammlung durch Lenin und seine Genossen im Januar 1918 war weltpolitisch eine fatale Alternative zur Geltung gelangt: Sozialismus oder Demokratie. Diese falsche Alternative macht die Tragödie der demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten des 20. Jahrhunderts aus. Sie fanden nirgends eine Heimstatt.

Mit der Behauptung, die Konstituante spiegele vergangene Kräfteverhältnisse wider, sei nicht mehr repräsentativ, wurde sie durch die Bolschewiki auseinandergejagt und wurden nicht etwa Neuwahlen ausgeschrieben, sondern wurden demokratische Wahlen für siebzig Jahre in Russland unmöglich gemacht. Zugleich wurde das Räte-, das Sowjetsystem ausgeschaltet. Damit war der demokratischen und zivilen Konfliktlösung jeder Weg verbaut, wurde das Tor zu Bürgerkrieg und Diktatur und schließlich zum Staatsterror eröffnet. Noch einmal Rosa Luxemburg warnend im Sommer 1918: Die Geschichte zeige, »daß der schwerfällige Me-

chanismus der demokratischen (Institutionen) ...« ein kräftiges Korrektiv hat – eben in der lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem unausgesetzten Druck. Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse, um so unmittelbarer und genauer die Wirkung ... Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.«³³

Von hier ist es nur ein Schritt zu Alexandras Schrift »Die Arbeiteropposition« aus dem Jahr 1921. Es kann hier nicht mein Anliegen sein, ihr gesamtes Werk und noch weniger ihr Leben einer Analyse zu unterziehen, auch wenn ich glaube, dass wie auch bei Rosa Luxemburg für Alexandra Kollontai gilt: Die persönliche Lebensphilosophie, die politische Tat und das schriftliche Werk sind untrennbar. Und anders als Rosa Luxemburg hatte sie in zahlreichen Schriften sich direkt der Emanzipation der Frauen zugewandt und die Züge »der neuen Frau« in Literatur und gesellschaftlicher Wirklichkeit entdeckt: »Selbstdisziplin statt Gefühlsüberschwang, die Fähigkeit, die eigene Freiheit und Unabhängigkeit zu schätzen statt der unpersönlichen Ergebenheit; die Behauptung der eigenen Individualität statt der naiven Bemühung, das fremde Bild des »Geliebten« in sich auf zu nehmen... Vor uns steht nicht mehr das »Weibchen«, der Schatten des Mannes, – vor uns steht die Persönlichkeit das Weib als Mensch.«³⁴

Als verabscheuungswürdigsten Charakterzug nannte Alexandra Kollontai im Alter: »Beleidigung und Verletzung der Menschenwürde«³⁵. In einem Brief an eine schwedische Freundin aus dem Jahre 1938, in unmittelbarer Erwartung ihrer eigenen Verfolgung und Hinrichtung, bat sie um die Aufbewahrung ihrer Manuskripte und schrieb: »Schmerz: Ich hasse alles Brutale, Intoleranz, Ungerechtigkeit, das Leiden der Menschen.«³⁶ Sie hatte diese Ansprüche unter fast unmöglichen Bedingungen zu leben versucht.

Als Alexandra Kollontai nach 1945 in Notizbüchern einen Rückblick auf ihre »sechzigjährige revolutionäre und staatliche Tätigkeit« wirft, hat sie ihr Engagement für die Arbeiteropposition der Jahre 1920 und 1921 nicht erwähnt. Dafür hatte sie gute Gründe. Von heute aus betrachtet ist dieses Engagement aber eine ihrer großen politischen Leistungen. Es war

eine Rebellion gegen das sich bildende eiserne und blutige Gehäuse der Hörigkeit, das eine der größten Revolutionen der Weltgeschichte in die Zwänge einer Diktatur einspannte, war ein Aufbegehren gegen den blutig erzwungenen Schlaf der Vernunft, der noch nie gesehene Ungeheuer gebären sollte.

Alexandra Kollontais Schrift »Die Arbeiteropposition« erschien im Frühjahr 1921 und war ausschließlich für die Delegierten des X. Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei bestimmt. Auf diesem Parteitag wurde das (zunächst zeitweilige) Verbot von Fraktionen beschlossen und damit der Weg in die Diktatur, der mit der Auflösung der Konstituante in der russischen Gesellschaft eingeschlagen worden war, innerhalb der Partei fortgesetzt. Die Stalinisierung der Führung nach 1924 war dann nur der nächste Schritt, die blutige Vernichtung der gesamten bolschewistischen Parteimitglieder bis auf wenige Ausnahmen in den Jahren nach 1934 die allerletzte Konsequenz.

Mit der Beendigung des Bürgerkrieges, der rund 10 Millionen Menschen das Leben gekostet hatte, waren Ende 1920 die inneren Probleme Sowjetrusslands an die erste Stelle gerückt. Die Bauern wandten sich in Aufständen gegen die kriegskommunistische Enteignung, die ihnen die Ergebnisse der Revolution von 1917 und des Dekrets über den Boden wieder zu nehmen schien. Der Aufstand der Arbeiter und Soldaten von Kronstadt nahm noch einmal die Forderung »Alle Macht den Sowjets« auf und wandte sie gegen die Allmacht der Parteidiktatur. Und innerhalb der Kommunistischen Partei entstanden Bewegungen für die Demokratisierung der Partei und die Wahrung der Interessen der Arbeiter.

Die Ergebnisse dieser drei Bewegungen sind bekannt: Die Neue Ökonomische Politik machte Zugeständnisse an die Bauern und die kleinbürgerlichen Schichten, bis 1928/29 die sogenannte Kollektivierung und die Industrialisierung das bäuerliche Russland einer Welle der Verstaatlichung und Enteignung unterwarf und Millionen Menschen in Arbeitslager verbrachte. Der Aufstand von Kronstadt wurde niedergeschlagen, zugleich wurden zeitweilig Schritte der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter eingeleitet. Die Parteitage von 1921 und 1922 begruben die innerparteiliche Demokratie endgültig, indem die Grundbedingungen dieser Demokratie (Meinungsfreiheit, demokratische Wahlen, Bildung von eigenständigen Gruppen) verboten wurden und die Meinungsführer aus den wichtigsten Machtpositionen entfernt wurden. Alexandra Kollontai erhielt die Möglichkeit, im diplomatischen Dienst zu arbeiten. Sie war eine der ganz wenigen aus dem inneren Führungskreis

der Bolschewiki, die von Stalins Terror persönlich verschont blieb, ohne zu willfährigen Handlangern seiner Macht zu werden.

Alexandra Kollontai hat ihre Schrift »Die Arbeiteropposition« am Ende derselben als »flüchtig hingeworfene Bemerkungen«³⁷ charakterisiert. Diese Schrift ist ganz in der Leidenschaft eines heftigen Kampfes entstanden, eines kollektiven und persönlichen Aufbäumens gegen die Erfahrungen einer Revolution, die ihre Ideale zu verraten schien und zu jenem Totenhäus zu werden drohte, vor dem Rosa Luxemburg gewarnt hatte. So sah Alexandra Kollontai die wichtigste Leistung der Arbeiteropposition darin, dass sie die Erstarrung einer bürokratischen Diktatur aufgebrochen habe: »Die Kritik ist in Gang gekommen. Und wo es Kritik und Analyse gibt, wo das Denken aktiv ist, sich bewegt und sich auf der Suche befindet, dort ist Schöpferium, dort ist Leben, und das heißt: Bewegung nach vorn, in die Zukunft.«³⁸ Sie wollte nicht, dass der Strom der Geschichte in die Fesseln einer Sowjetdiktatur gelegt wird.

Das Engagement für die Arbeiteropposition entsprang bei Alexandra Kollontai vor allem aus dem Bedürfnis, der Verkehrung ihres großen emanzipativen Anspruchs durch die bolschewistische Diktatur zu widerstehen. Sie hatte auf die Verbindung der auch persönlich gelebten Befreiung von Frauen aus jahrtausendelanger Abhängigkeit und Unterordnung mit der sozialen Revolution des Kommunismus gehofft. Sie hatte hoffen können, dass die Machtergreifung der Bolschewiki im Oktober 1917 dieser Verbindung eine dauerhafte Gestalt geben würde und war die erste Ministerin der Weltgeschichte geworden.

Die Erfahrungen Alexandra Kollontais in den ersten vier Jahren der Sowjetmacht (nach ihrem Rücktritt vom Ministeramt aus Protest gegen den Brester Frieden kämpfte sie im Bürgerkrieg und war später erst stellvertretende Leiterin sowie nach dem Tod von Ines Armand Leiterin der Frauenabteilung des ZK der Kommunistischen Partei Russlands) führten zu einem tiefen Konflikt mit der neuen Staatsmacht, ein Konflikt, der sie zu einer der Führerinnen der Arbeiteropposition werden ließ.

Alexandra Kollontais Schrift »Die Arbeiteropposition« ist durch drei sehr einfache antagonistische Grundmotive geprägt: (1) die Entgegensetzung der Interessen von Arbeiterklasse und Sowjetbürokratie, (2) die Betonung der Rolle der Arbeiter als Schöpfer der neuen Gesellschaft gegenüber Führung und Bürokratie sowie (3) die Entgegensetzung von Eigeninitiative und Bürokratie. Sie benutzt das Instrumentarium einer Klassen- und Organisationsanalyse, um dem sich herausbildenden System einer kommunistischen Staatsparteidiktatur und ihres Systems der Zentralverwaltung

die Vision eines demokratischen Arbeiterkommunismus gegenüberzustellen, dessen Kern die Gewerkschaften bilden sollten. Sie formulierte (4) Forderungen nach der Demokratisierung Sowjetrusslands.

Der formelle Ausgangspunkt der Diskussion war denkbar einfach: Das Programm der Russischen Kommunistischen Partei von 1919 hatte die Zielstellung der Übergabe der Produktionsleitung an die Gewerkschaften formuliert.³⁹ Angesichts der im Widerspruch zum Programm stehenden Versuche der dauerhaften Verstaatlichung der Produktionsleitung forderte die Arbeiteropposition nach dem Ende des Kriegskommunismus also nur ein, was immer Selbstverständnis der Bolschewiki gewesen war – die Arbeiter sollten die Leitung der Produktion in ihre eigenen Hände nehmen. Kein Sozialist oder Kommunist wäre jemals auf die Idee gekommen, dass nach einer Revolution irgend eine andere Entscheidung hätte getroffen werden können.

Alexandra Kollontais Schrift »Die Arbeiteropposition« lebt erstens von dem immer offenkundigeren Gegensatz zwischen Arbeitern und Sowjetbürokratie und beruht auf einer Hervorhebung der Gewerkschaftsfunktionäre als nichtkorrumpierter Schicht. Gleich am Beginn der Schrift kann man lesen: »Die Gewerkschaften entvölkerten sich. Und nur die am stärksten vom proletarischen Klassengeist durchdrungenen Arbeiter, die wahre Blüte der aufsteigenden revolutionären Klasse, die nicht durch »Macht«, oberflächliche Eitelkeit, die Jagd nach einer »Sowjetkarriere« oder durch Sowjetbürokratismus korrumpiert werden konnte, blieben innerlich mit den Massen, den Arbeitern, mit eben jenen »unteren Schichten verbunden, aus denen sie selbst hervorgegangen waren und deren organische Verbindung mit ihnen auch keinerlei »hohe« Sowjetposten zerstört haben.«⁴⁰

Die sich nach der Revolution auftuende Kluft zwischen den »Spitzen« und den »unteren Ebenen«⁴¹, der Widerspruch zwischen der Tatsache, dass die Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse erklärt worden war, gerade sie aber zu den sozialen Verlierern der Revolution zählte, während sich eine auch materiell privilegierte neue Oberschicht herauszubilden begann, »einer typischen neuen »Gesellschaftsschicht« der Sowjet- und Parteispitzen«, wie Alexandra Kollontai sie nennt, der Umstand, dass diese Schicht zunehmend auch durch das alte russische Kleinbürgertum und die bürgerlichen Spezialisten geprägt war, die Tatsache, dass den Interessen der Bauern, der Kleinbürger, der Spezialisten oft in höherem Maße Rechnung getragen wurde als denen der Arbeiter – dies alles brachte die Arbeiteropposition in klarem Widerspruch zum ideologischen Schein der Sowjetgesellschaft zum Ausdruck.

Mit der Deutlichkeit ihrer politischen Sprache schrieb Alexandra Kollontai: »Von der Revolution hat unmittelbar die Bauernschaft profitiert; an die neuen Formen des Sowjetsystems und seiner Lebensbedingungen hat sich nicht nur das Spießbürgertum prächtig gewöhnt, sondern auch die Vertreter der Großbourgeoisie, die verantwortliche und führende Posten in den Sowjetorganen (besonders auf dem Gebiet der »Wirtschaftsleitung«), in der Industrie und bei der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem kapitalistischen Westen besetzt haben. Einzig und allein die wichtigste Klasse der Sowjetrepublik, die auf ihren Schultern die ganze Bürde der Verantwortung der Periode der Diktatur trägt, fristet in ihrer Masse ein schmachvolles jämmerliches Dasein.«⁴²

Alexandra Kollontais Schrift lebt zweitens von der These, dass es nicht nur die Interessen der Arbeiter sein müssten, die oberste Priorität im Aufbau haben müssten, sondern dass die Arbeiter auch die zentralen Subjekte des Aufbaus sein müssten: »Die Errichtung des Kommunismus kommt den Arbeitern zu.«⁴³. Auch dies nichts als eine Trivialität sozialistischen Denkens, aber eine von jenen Trivialitäten, die den Realitäten der gerade erst entstehenden Sowjetgesellschaft diametral widersprach. Kollontai definiert die Arbeiteropposition genau durch dieses eine Charakteristikum: »die Arbeiteropposition ist der durch festen Klassenzusammenhalt, Klassenbewusstsein und Klassendisziplin gekennzeichnete Teil unseres Industrieproletariats, der der Ansicht ist, dass man die große schöpferische Kraft des Proletariats beim Aufbau der kommunistischen Wirtschaft nicht durch das formale Aushängeschild einer Diktatur der Arbeiterklasse ersetzen darf.«⁴⁴. Die Arbeiteropposition reklamierte für sich nicht mehr und nicht weniger als den Titel einer Avantgarde des Proletariats und stellte damit den Führungsanspruch der Partei als Ganzes bzw. ihrer Spitze in Frage.

Der von der Arbeiteropposition formulierte Gegensatz zwischen Masse der Arbeiter und Sowjetbürokratie fokussierte sich in der Diskussion auf die Frage, ob es die Gewerkschaften oder der Sowjetapparat sein sollte, der nach dem Bürgerkrieg die Produktion organisieren würde. Während Trotzki die Gewerkschaften unmittelbar verstaatlichen und in Handlanger der zentralstaatlichen Wirtschaftsleitung verwandeln wollte, direkt ihren Weisungen und ihrem Zwang unterworfen, betonte Lenin zum einen die Funktion der Gewerkschaften als Vertretung unmittelbarer Interessen der Arbeiter an besseren Arbeits- und Lebensbedingungen und höheren Löhnen. Zugleich wollte er in ihnen Schulen des Kommunismus sehen, Schulen der Erfahrung über die letztlich Interessenidentität von Einzel- und

Gesamtinteressen. Für ihn verkörperten Sowjetstaat und Gewerkschaften jeweils Partikularinteressen, die unter Führung der Partei in ihrer Widersprüchlichkeit im Sinne des sozialistischen Aufbaus zu vermitteln seien.⁴⁵

Die Arbeiteropposition vertrat in dieser Diskussion konträr zu Trotzki, der von einer auch zwangsweise herzustellenden Identität von staatlicher und gewerkschaftlicher Organisation im Sinne einer Verstaatlichung ausging, die Position einer derartigen Identität durch Vergewerkschaftlichung des Systems der Produktionsorganisation und -lenkung. Wie Alexandra Kollontai rhetorisch fragt: »Wer soll die Potenzen der Diktatur des Proletariats auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus verwirklichen? Sollen es die Organe sein, die ihrer Zusammensetzung nach Klassenorgane sind, die unmittelbar, durch lebendige Bande mit der Produktion verknüpft sind, d. h. also die Gewerkschaften, oder soll es der Sowjetapparat sein, der von der unmittelbaren, lebendigen, wirtschaftlich-produktiven Tätigkeit losgelöst ist und zudem eine gemischte soziale Zusammensetzung aufweist?«⁴⁶ Noch polemischer heißt es an anderer Stelle: »Die Arbeiter stellen durch die Arbeiteropposition die Frage: Wer sind wir? Sind wir wirklich das Rückgrat der Klassendiktatur, oder sind wir eine willenlose Herde, Arbeitsvieh, das jenen als Stütze dient, die sich von den Massen abgewandt und unter den verlässlichen Schutz des Parteifirmenschildes begeben haben und nun ohne unsere Führung, ohne unser schöpferisches Eingreifen als Klasse Politik machen und die Wirtschaft aufbauen?«⁴⁷

Die Arbeiteropposition formulierte eine dritte entscheidende Frage: Was bildet nach dem Ende der kapitalistischen Lohnarbeit und Unternehmertums den eigentlichen Anreiz zu Arbeit, Innovation und Effizienzsteigerung? Wie alle Marxisten wussten – und auch heute wissen sollten –, ist die Frage einer qualitativ höheren Produktivität die Kernfrage der Durchsetzung jeder höheren Formation, so sie denn tatsächlich eine solche ist.⁴⁸ Da allein die Geschichte das praktische Feld ist, wo sich erweisen muss, ob Ansprüche auf Fortschritt und Überlegenheit auch eingelöst werden können, stand für die Gründer Sowjetrusslands die Frage, wie sie in feindlicher Umwelt und angesichts größter wirtschaftlicher Probleme die Probleme von Arbeitsanreiz, Innovation und Effizienz lösen könnten.

Hatte die Phase des Kriegskommunismus sich noch auf bloßen Enthusiasmus und staatlichen Terror gestützt, mussten nun darüber hinausgehende Lösungen gefunden werden. Für Alexandra Kollontai war die Antwort klar: »Einen Anreiz, einen Beweggrund für die Arbeit zu finden, ist die größte Aufgabe der Arbeiterklasse an der Schwelle zum Kommunismus. Niemand außer der Arbeiterklasse selbst in Gestalt ihres Klassenkollektivs

(d. h. der Gewerkschaften – M. B.) ist der Bewältigung dieser Aufgabe gewachsen.«⁴⁹ Sie könne weder an den bürokratischen Apparat noch an bürgerliche Spezialisten delegiert werden und würde aus der schöpferischen Eigeninitiative der Arbeiter innerhalb ihrer eigenen Klassenorganisationen, den Gewerkschaften erwachsen.

Die von Alexandra Kollontai entwickelte Position mag nicht nur im Rückblick naiv klingen. Man kann mit Recht die Frage stellen, wie denn aus der Eigeninitiative und der gewerkschaftlichen Selbstverwaltung Anreize und Organisationskraft erwachsen können, um eine Industriegesellschaft zu entwickeln. Konkrete Antworten darauf kann Alexandra Kollontai nicht geben. Was ihr bleibt, ist eine große, aber leere Hoffnung: »Das Wunder der Begeisterung bei der Steigerung der Produktivkräfte und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter kann nur durch die lebendige Initiative der interessierten Arbeitermassen vollbracht werden.«⁵⁰ Wer diese Schwäche in der Argumentation Kollontais bemerkt, wird sich aber auch erinnern müssen, dass die Verwandlung der Gesellschaft in eine zentralistische Bürokratie am Ende in Stagnation, Degeneration und Fäulnis mündete und so die Warnungen der Arbeiteropposition bestätigte.

Die Stärke von Alexandra Kollontais Positionen liegt nicht in der auch heute noch ausstehenden Begründung eines dem Kapitalismus überlegenen Wirtschaftssystems, sondern in ihrem Beharren auf einer lebendigen Demokratie, in ihren Forderungen nach »Rückkehr zum Demokratismus, zur Meinungsfreiheit und zur innerparteilichen Kritik«⁵¹. Ihre Stärke liegt darin, angesichts einer Verwandlung der bolschewistischen Partei in ein Nomenklaturasystem auf demokratisch gewählten Leitungsorganen zu bestehen. So lautet die vierte und politisch wichtigste Forderung ihrer Schrift: »Rückkehr unserer Partei zum Prinzip der Wählbarkeit«⁵². Die Praxis der Ernennung sei zur allgemeinen Erscheinung geworden, zerstöre die Gleichheit, fördere Strebertum und Vetternwirtschaft und vertiefe die Kluft zwischen oben und unten: »Um die Ernannten herum bildet sich gewöhnlich eine die Mitarbeiter ansteckende und die Partei diskreditierende Atmosphäre des Obrigkeitendenkens, der Speichelleckerei und Kriecherei.«⁵³ Nach den Diskussionen zum Brester Frieden von 1918 habe es keine wirkliche Diskussion von Parteibeschlüssen vor ihrer Entscheidung an der Basis mehr gegeben. Die »Freiheit der Kritik, die Gewährleistung des Rechts der verschiedenen Richtungen auf Meinungsäußerung auf den Parteikonferenzen, das Recht auf Diskussion« – diese elementaren Selbstverständlichkeiten der sozialdemokratischen Bewegung klagte die Arbeiteropposition im vierten Jahr der kommunistischen Macht als längst verlorene Güter ein – und verlor.

Das Schicksal der Arbeiteropposition ist bekannt: Sie war unmittelbar vom Fraktionsverbot betroffen, Ihre Vertreter verloren alle wichtigen Funktionen in der Partei. Es war das letzte Aufbäumen einer demokratischen Opposition innerhalb der Kommunistischen Partei Russlands bis 1987. Es war die erste und letzte organisierte demokratische Rebellion von Vätern und Müttern der bolschewistischen Revolution gegen deren tragische Verkehrung in ein bürokratisches Herrschaftssystem. Die Unterzeichner der Anträge der Arbeiteropposition wurden fast alle im Großen Terror ermordet. Es blieb die Erde mit dem »Blutgeschmack unserer Opfer«. Alexandra Kollontai war eine der ganz wenigen Überlebenden. Über die verborgenen Tragödien ihres Lebens kann ich nicht sprechen. In den autobiographischen Aufzeichnungen der Jahre 1946 bis 1951 ist zu lesen: »Die sowjetische Heimat ist mir teuer als ein Wirklichkeit gewordener Traum.« Ein »aber« ist jedoch zu hören, auch wenn ein »und« es verdeckt: »Dies ist der Staat meiner Träume, und ich wünsche mir, dass er vollkommen sein möge und die Menschen in ihm sorgenfrei und glücklich leben.«⁵⁴

Alexandra Kollontai hat die Vision eines »kommunistischen Humanismus«⁵⁵ niemals aufgegeben. Freiheit blieb für sie der Bezugspunkt ihrer Hoffnungen. Wie so viele andere sah sie sich vor die Wahl gestellt, entweder mit der Sowjetunion zu brechen oder aber die Diktatur, die Verbrechen, das Leiden der Millionen Opfer des sowjetischen Kommunismus, auch von Menschen, die ihr die liebsten gewesen waren, als unvermeidliche Begleiterscheinungen einer großen Revolution hinzunehmen. Bevor der Große Terror begonnen hatte, schrieb sie in privaten Reisenotizen über ihren Aufenthalt in Moskau: »Ich sah mehr als genug Tränen und Leid, erlebte die Ausweglosigkeit dieser gezeichneten Menschen, die ohne persönliche Schuld unter das Rad der Geschichte geraten sind. Es zerriß mir Herz und Seele. Und dennoch weißt du, sogar wenn du mit dem Kopf gegen die Wand schlägst, es ist vergebens. »Zeiten«. Es ist, als ob man gegen den Ozean kämpft.«⁵⁶

Die Entscheidung Alexandra Kollontais im Jahre 1922, den offenen Konflikt mit der Führung der Kommunistischen Partei für immer einzustellen, war geprägt durch ihre Erkenntnis, dass sie und die ihr Gleichgesinnten nicht fähig sein würden, ihre Vorstellungen eines kommunistischen Humanismus und Demokratismus gegen diese Macht durchzusetzen. Die Geschichte schien gegen sie. Alexandra Kollontai suchte ein Feld, wo sie dem sowjetischen Staat, den sie mit ins Leben gerufen hatte, dienen könnte, ohne sich allen internen Zwängen, wie sie hoffen konnte, beugen zu

müssen – den diplomatischen Dienst. Gleichzeitig begann sie zu akzeptieren, dass auch für die sowjetische Revolution die zumindest zeitweilige Verkehrung von Zweck und Mittel, Ziel und Weg unvermeidlich sei. Im Unterschied zu vielen anderen, vor allem zu vielen Männern in der kommunistischen Bewegung, stellte sie sich bewusst dieser Tragödie. Sie wusste, dass sie die »naiven Vorstellungen«⁵⁷ früherer Jahrzehnte, wie sie es nannte, nicht aufrecht erhalten konnte. Aber sie verleugnete sie nicht. Sie wurde weder Techniker noch Zyniker der Macht.

Immer wieder hat sich Alexandra Kollontai mit größtem persönlichen Mut für viele im Terror Verfolgte eingesetzt. Manchmal hat sie auch etwas erreicht und den einen oder anderen, die eine oder andere aus dem »Rad der Geschichte«⁵⁸ hervorzerren können. Sie hat nicht nur ihrer Karriere, sondern ihr Leben riskiert, um den sowjetisch- finnischen Krieg zu verhindern, als sie im Herbst 1939 nach Moskau fuhr und bei Molotow vorgestellt wurde, der sie abwies.⁵⁹ So sehr sie dabei ihren Idealen persönlich treu zu bleiben suchte, so sehr war sie sich bewusst, dass diese Ideale in der Sowjetunion in brutalster Weise verletzt wurden. Am 25. März 1938 schrieb sie auf ein Notizblatt, das später im Staatsarchiv verschwand: »Heute, eigentlich in den letzten zwei Jahren, habe ich für das Allgemeine, für die anderen gelitten, für alle Leiden dieser Welt, für alle unschuldig Schuldigen in dieser grausamen Periode der Geschichte. Sie ist unendlich grausam. Und sehr schwer für uns, die wir in jungen Jahren in den Kampf gezogen sind für »Gerechtigkeit«, für »Menschlichkeit«, gegen Gewalt auf allen Gebieten. War das naiv? Ja. Außerdem ist jetzt eine andere Zeit. Aber wir wollten vor allem »Toleranz«, »Gerechtigkeit«, das »Gute« – sogar »Barmherzigkeit« und »Großmut« – alles Begriffe, die in unseren Tagen unangebracht sind und sich in der Praxis nicht verwirklichen lassen.«⁶⁰

Wie viele andere Kommunistinnen und Kommunisten dieser Zeit formulierte Alexandra Kollontai für sich eine Art Fatalismus des geschichtlichen Terrors, sah für die Zeit der Periode des Übergangs zu einer neuen Gesellschaft die Verkehrung der humanistischen Ziele durch ahumane Mittel als zwangsläufig an: »So war es in der Geschichte schon immer bei Wechsel sozialökonomischer Systeme. Brutaler Kampf, keine Gerechtigkeit, stete, unvermeidliche Intoleranz und Grausamkeit...«⁶¹ Aber sie litt darunter und gestand sich dies auch ein – »denn der Schmerz bleibt«⁶². Auch der kommunistische Fortschritt schien immer noch »den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken«⁶³ zu wollen. Wo aber war dann der objektive Unterschied zu dem des Kapitalismus? Und wie kann dann Engagement für eine andere Gesellschaft überhaupt noch legitimiert werden?

1918 hatte Rosa Luxemburg geschrieben: »Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen ... geflossen. Jetzt muss jeder Tropfen des kostbaren Saftes, mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden.« 1936 musste Alexandra Kollontai feststellen: »Ich habe begriffen, dass Russland nicht im Verlauf weniger Jahre vom Absolutismus zur Freiheit übergehen kann. Die Diktatur Stalins oder eines anderen ... war nach dem Tode Lenins unvermeidbar. Diese Diktatur kostet Ströme von Blut, doch auch unter Lenin ist bereits Blut geflossen, und zweifellos viel unschuldiges.«⁶⁴ Ihrer beider Hoffnungen, der Verkehrung von humanem Ziel und grausamen Mitteln, der Perversion der Emanzipation zu neuer Unterdrückung zu entkommen, hatten sich nicht erfüllt.

Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai gehörten zu den »neuen Frauen«, von denen Kollontais Schrift »Die neue Moral und die Arbeiterklasse« erzählt. In ihren Partnerschaften waren sie beide der Suche nach einem neuen Ideal verpflichtet – »der Harmonie zwischen Leidenschaft und Seelennähe, der Vereinbarung der Liebe mit der Freiheit, der Kameradschaft mit beiderseitiger Unabhängigkeit«⁶⁵, voller Willen nach Unabhängigkeit, verpflichtet einer menschlichen Idee: »Vor uns steht die Frau als Persönlichkeit, vor uns steht ein eigenwertiger Mensch, mit seiner eigenen inneren Welt, vor uns steht eine Individualität, die sich selbst behauptet, die Frau, die die verrosteten Ketten ihres Geschlechts zerreißt.«⁶⁶ Und beide sahen einen untrennbaren Zusammenhang zwischen der Emanzipation der Frauen und der sozialistischen Emanzipationsbewegung ihrer Zeit als zweier Seiten der allgemeinen menschlichen Emanzipation. Werk und Leben sind bei ihnen, ganz anders als bei vielen männlichen Zeitgenossen, nicht zu trennen.

Rosa Luxemburg schrieb im Breslauer Gefängnis im Frühjahr 1918 in ihren Kalender: »16. März: Um 9 Uhr früh Wendehals lange gerufen. Nachmittags 4 wieder. Krähen sind fort. 17. März: Buchfink gesungen, Pirol ist da. Wendehals um 1/5 und 1/6 abends gerufen. 18. März: Um 10 Uhr Buchfink. Nr. 7 Brief von Mathilde, Brief von Martha. Haubenlerchen liefern im Hof.«⁶⁷ In den autobiographischen Aufzeichnungen Alexandra Kollontais, gezeichnet durch die Krankheit der bald Achtzigjährigen, lesen wir: »Vor meinem Fenster am Schreibtisch befindet sich ein Balkon. Den Meisen und den ganz gewöhnlichen Spatzen habe ich angewöhnt, dorthin zu kommen. Ich bin immer ganz gerührt, dass sie sich so zutraulich auf dem mit Butter oder Fett gefüllten Netzsäckchen niederlassen, das eigens für Meisen gedacht ist. Jetzt kommen schon drei Meisen, früher war es nur eine, noch ganz scheu. Gerade eben ist wieder eine Meise herange-

flogen, und ich habe Spaß an ihrem blauschwarzen Köpfchen und ihrem Zutrauen.«⁶⁸

In Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai waren revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit nie erstorben. Uns aber hat der Strom der Geschichte – durch die Mauern selbstverschuldeter Unmündigkeit hindurchbrechend – auf neue Große Fahrt mitgerissen. Ob wir es wollen oder nicht, fährt die Geschichte mit. Es wird auch von unserem Rückblick auf das Wirken Rosa Luxemburgs und Alexandra Kollontais abhängen, ob sie zur humanen Zukunft wird.

¹ Heiner Müller: Besuch beim älteren Staatsmann, in: Ders.: Die Gedichte. Frankfurt am Main 1998, S. 255.

² Rosa Luxemburg: Eine Ehrenpflicht, in: Werke, Bd. 4, S. 406.

³ Paul Levi: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis. Rede bei der Trauerfeier am 2. Februar 1919 im Lehrer-Vereinshaus zu Berlin, S. 3.

⁴ Heiner Müller: Fernsehen, in: A. a. O., S. 232.

⁵ Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 4, S. 53.

⁶ Rosa Luxemburg: Der Wiederaufbau der Internationale, in: Werke, Bd. 4, S. 21.

⁷ Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Werke, Bd. 2, S. 158.

⁸ Ebenda, S. 163.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Rosa Luxemburg: Rede auf dem Parteitag der SDAPR 1907 in London, in: Werke, Bd. 2, S. 230.

¹² Vgl. dazu u. a.: Rosa Luxemburg: Massenstreik Partei und Gewerkschaften, a. a. O., S. 141.

¹³ Rosa Luxemburg: Taktische Fragen, in: Werke, Bd. 3, S. 252 f.

¹⁴ Rosa Luxemburg: Wieder Masse und Führer, in: Werke, Bd. 3, S. 39..

¹⁵ In der Schrift »Sozialismus als Tagesaufgabe« wurde von Dieter Klein und mir eine Position entwickelt, die sich direkt mit der folgenden These von Rosa Luxemburg auseinandersetzt: »Der Sozialismus wohnt also dem alltäglichen Kampfe der Arbeiterklasse durchaus nicht als Tendenz inne, er wohnt inne nur hier den immer mehr sich zuspitzenden objektiven Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft, dort der subjektiven Erkenntnis der Arbeiterklasse von der Unerläßlichkeit ihrer Aufhebung durch eine soziale Umwälzung.« Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution, in: Werke, Bd. i. 1, S. 403.

¹⁶ Vgl. die kluge Analyse vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus in: Fred Oelßner: Rosa Luxemburg. Eine kritische biographische Skizze, Berlin 1952, S. 202 ff.

¹⁷ Rosa Luxemburg: Rede zur Frage des Massenstreiks. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschland vom 23. bis 29. September 1906 in Mannheim, in: Werke, Bd. 2, S. 172.

- ¹⁸ Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, a. a. O., S. 133; vgl. auch Bd. 1.2, S. 433.
- ¹⁹ Rosa Luxemburg: Imperialismus. Rede am 19. Mai 1914, in: Werke, Bd. 3, S. 451.
- ^{19a} Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 1.2, S. 427.
- ²⁰ Rosa Luxemburg: Das Offiziösentrum der Theorie, in: Werke, Bd. 3, S. 319.
- ²¹ Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 1.2, S. 428.
- ²² Rosa Luxemburg: Taktische Fragen, a. a. O., S. 252.
- ²³ An dieser Stelle kann dem zentralen Zusammenhang von Rosa Luxemburgs Naturverständnis und Naturliebe und ihrer Konzeption von revolutionärer Organisation und Praxis kein Raum gewidmet werden. Auf ihn hatte schon Paul Levi in seinem Vorwort vom November 1920 zu ihrer Schrift »Die russische Revolution« in Abgrenzung von den Bolschewiki hingewiesen: »Ihr war das All ein lebendiger Prozess des Werdens, in dem nicht Hebelkraft und Sauerstoffbehälter das Walten der
- ²⁴ Natur ersetzen können, in dem das Kämpfen, Ringen, Streben der Menschen, in dem der große Kampf, der dem Einzelnen, der den Geschlechtern, der den Ständen, der den Klassen obliegt, die Form des Werdens war.« Paul Levi: Einleitung zu »Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlass von Rosa Luxemburg«. In: Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur russischen Revolution« und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin, Berlin 1990, S. 223.
- ²⁴ Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 1.2, S. 432.
- ²⁵ Ebenda, S. 433.
- ²⁶ Rosa Luxemburg: Das Offiziösentrum der Theorie, a. a. O. S. 321.
- ²⁷ Rosa Luxemburg: Karl Marx, in: Werke, Bd. 3, S. 182 f.
- ²⁸ Die Strategie der Spartakisten war nicht auf eine unmittelbare Machtergreifung aus einer Minderheitenposition gerichtet. Wie der Stabschef General Groener später bemerkte: Herr Liebknecht und Genossen haben Weihnachten gefeiert und haben sich in den Tagen, da in Berlin das mindeste an Truppen war, vollkommen ruhig verhalten.« (zit. in: Elzbieta Ettinger: Rosa Luxemburg. Ein Leben, Bonn 1990, S. 290 f.). Sie bemühten sich um die Aufklärung der Arbeiter und um die Bildung einer eigenen Partei. Der Aufstand vom Januar 1919 ging nicht aus ihrem bewussten Entschluss hervor.
- ²⁹ Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund? In: Werke, Bd. 4, S. 450.
- ³⁰ Ebenda, S. 445 (Hervorheb. von mir – M. B.).
- ³¹ Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, a. a. O., S. 124.
- ³² Rosa Luxemburg: Die Ordnung herrscht in Berlin, in: Werke, Bd. 4, S. 538. Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Werke, Bd. 4, S. 355 f. Auch an diesem Punkt wird deutlich, dass für Rosa Luxemburg die demokratischen Institutionen keinen Selbstzweck darstellten und auch nicht den Gehalt von Demokratie ausmachten – sie hielt sie für die unverzichtbare Bedingung, die emanzipativ-solidarischen Potenziale der werktätigen Klassen freizusetzen, ihr soziales Leben frei zu gestalten.
- ³³ Alexandra Kollontai: Die neue Moral und die Arbeiterklasse, Berlin 1920, S. 41.
- ³⁴ Alexandra Kollontai: Ich habe viele Leben gelebt ... Autobiographische Aufzeichnungen, Berlin 1981, S. 505.
- ³⁵ Alexandra Kollontai: Brief an A. Nilsson. Zitiert in: Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie. Aufzeichnungen aus den Jahren 1922 bis 1945. Anhang, Berlin 2003, S. 636.
- ³⁷ Alexandra Kollontai: Die Arbeiteropposition, in: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Herausgegeben von Frits Kool und Erwin Oberländer, Ötten und Freiburg im Breisgau 1967, S. 237.
- ³⁸ Ebenda, S. 238.

- ³⁹ Vgl. Programm der KPR, angenommen auf dem VIII. Parteitag, in: Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK 1898–1954, Bd. III, Berlin 1957, S. 32.
- ⁴⁰ Alexandra Kollontai: Die Arbeiteropposition, a. a. O., S. 183.
- ⁴² Ebenda, S. 184.
- ⁴³ Ebenda, S. 200. Es sei erinnert, dass es 1953 Arbeiter der DDR waren, die zugleich Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie freie Wahlen forderten, dass es die polnischen Arbeiter waren, die 1979/80 den Weg zur selbständigen Organisation der Werktätigen im Staatssozialismus freikämpften, dass es die Fabrikarbeiter des industriellen Zentrums der DDR waren, die die Masse der Leipziger Demonstranten stellte, dass ihre Stimmen es waren, die im März 1990 Kohls CDU zur Macht verhalfen. Die kommunistische Diktatur war niemals auf Dauer von den Arbeitern als ihre eigene Herrschaft angenommen worden, auch wenn sie oft ihren Interessen Rechnung zu tragen suchte.
- ⁴⁴ Ebenda, S. 239.
- ⁴⁵ Ebenda, S. 185.
- ⁴⁵ Vgl. dazu Michael Brie, Lutz Kirschner, Michael Krohn, Dieter Segert: Gewerkschaften im Wandel – Wandel durch Gewerkschaften. Humboldt-Universität zu Berlin 1990, S. 8–44.
- ⁴⁶ Alexandra Kollontai: Die Arbeiteropposition, a. a. O., S. 190.
- ⁴⁷ Ebenda, S. 203.
- ⁴⁸ W. I. Lenin: Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, S. 416.
- ⁴⁹ Ebenda, S. 209.
- ⁵⁰ Ebenda, S. 229.
- ⁵¹ Ebenda, S. 204.
- ⁵² Ebenda, S. 233.
- ⁵³ Ebenda, S. 233.
- ⁵⁴ Alexandra Kollontai: Ich habe viele Leben gelebt, a. a. O., S. 508 (kursiv von mir – M. B.).
- ⁵⁵ Dies.: Mein Leben in der Diplomatie, a. a. O., S. 624.
- ⁵⁶ Ebenda, S. 610.
- ⁵⁷ Ebenda, S. 624.
- ⁵⁸ Ebenda, S. 634.
- ⁵⁹ Ebenda, S. 514–517,
- ⁶⁰ Ebenda, S. 634.
- ⁶¹ Ebenda, S. 625.
- ⁶² Ebenda.
- ⁶³ Karl Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, S. 226.
- ⁶⁴ So gibt ihr früherer Mitarbeiter, Marcel Body, ein Gespräch mit ihm, dem des Trotzismus verdächtigten »Renegaten« wieder, das auf ihre Bitte zustande gekommen war. Zitiert in: Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie, a. a. O., S. 614.
- ⁶⁵ Alexandra Kollontai: Die neue Moral und die Arbeiterklasse, a. a. O., S. 30.
- ⁶⁶ Ebenda, S. 24.
- ⁶⁷ Zit. in Fredrik Hetmann: Eine Kerze, die an beiden Enden brennt. Das Leben der Rosa Luxemburg. Freiburg – Basel – Wien 1998, S. 152 f.
- ⁶⁸ Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie, a. a. O., S. 503.

14

Michael Brie

Was hätte Rosa gesagt?

Zur Kuba-Debatte in der Linkspartei.PDS

Seit mehr als anderthalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der DDR und des staatssozialistischen Systems in Europa, nach einer ganzen Serie imperialer Kriege, beginnend mit dem Golfkrieg von 1991, vor dem Hintergrund des Übergangs von einem wohlfahrtsstaatlichen fordistischen Kapitalismus zum Finanzmarkt-Kapitalismus sieht sich die Linke international, in Europa und Deutschland mit drei fundamentalen Konflikten konfrontiert: Innerhalb der herrschenden Klassen und Eliten streiten ein imperialer, wirtschaftsliberaler und autoritärer Neoliberalismus und eine Politik der multilateralen, sozialliberalen oder sozialdemokratischen, an demokratischen Grundnormen orientierten Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus um die Vorherrschaft. Aus der Radikalisierung des Neoliberalismus oder dem Scheitern des modernen sozialdemokratischen Ansatzes entstehen Tendenzen hin zur Barbarisierung und offener, alle Grundrechte verletzender, den Krieg als Normalfall organisierender Herrschaft. Zugleich ist die Linke selbst wieder zu einer Herausforderung geworden. Der Weltsozialforumsprozess, massive soziale Bewegungen der von Arbeitslosigkeit, Niedriglohn und Prekarisierung Bedrohten oder Betroffenen, der Land-, Obdach- und Passlosen, jener, denen der Zugang zu Wasser, Gesundheitsversorgung und Bildung versagt ist oder genommen wird, die von Krieg und Terror bedroht sind, stellen die Legitimität von Neoliberalismus, Finanzmarkt-Kapitalismus und Imperialismus in Frage. Aus einer Situation der Ohnmacht und Defensive zeichnen sich Möglichkeiten eigener Gestaltungsmacht und realer Veränderung ab.

Genau an diesem Punkt aber brechen die inneren Widersprüche der Linken auf, eröffnen sich Alternativen, die eine strategische Diskussion herausfordern, muss die Linke zeigen, was sie ist, welche andere Welt sie in ihrem Kampf vorwegnimmt. Die Zeit der Beliebigkeit und abstrakter Erklärungen ist vorbei. Die Diskussionen zur Frage der eigenen Organisation, der Beziehung von Parteien, Bewegungen, Gewerkschaften, zur Frage von Regierungsbeteiligungen, des Verhältnisses zum Staat, zu Gewalt, zu den Menschenrechten hat mit aller Macht begonnen.

Es wird entscheidend von der Kultur, vom Selbstverständnis der Linken abhängen, zu welchem Ergebnis diese Diskussionen führen werden. Die Gefahr ist außerordentlich groß, dass sich die alten Schismen der Linken unter neuen Bedingungen wiederholen und eine Abwehr von Barbarei, die Überwindung der Hegemonie des Neoliberalismus, die Einleitung einer Strategie der Transformation, die über den Finanzmarkt-Kapitalismus hinaus führt und die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft überwindet, unmöglich macht. Was hat Rosa Luxemburg uns hinterlassen, was wir nie vergessen sollten? Was hätte Rosa uns gesagt?

Nicht verlernen, zu lernen!

Wieder steht die Aufgabe, die Rosa Luxemburg schon 1915, in der Stunde der bis dahin tiefsten Niederlage der sozialistischen Kräfte, bewegt hat: »... wir sind nicht verloren und wir werden siegen, wenn wir zu lernen nicht verlernt haben«¹. Dieser Lernprozess aber ist nicht bequem. Wie schreibt Rosa in der Junius-Broschüre: »Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.«²

Eine solche Selbstkritik ordnet sich nicht den Opportunitäten leichter Mehrheiten und fauler Kompromisse unter. Sie befriedigt nicht Harmonie-süchte und bequemen Ausgleich der Gegensätze, denn dies ist der Boden, auf dem die sozialistische Bewegung zu faulen begann und wieder in Fäulnis übergehen könnte.

Eine solche Selbstkritik hat zwei Bedingungen: erstens die Achtung der Würde, der persönlichen Integrität des Anderen, der Anderen, und zweitens der Schutz der »Andersdenkenden und -fühlenden in den eigenen Reihen«³. Werden die Andersdenkenden ausgeschlossen durch Diffamierung und Denunziation – die wichtigsten Formen sind einerseits die Unterstellung schlechter Motive oder die Zuordnung zum »Feind« als dem absolut Bösen, werden ihre Rechte auf die eigenständige, autonome Vertretung ihrer Meinung und die dazu notwendigen Rechte auf Organisation zum Zwecke der Meinungsbildung (Fraktionsverbot) nicht geachtet, ist Anders-Denken nicht möglich.

Da Denken aber überhaupt nicht möglich ist ohne das Denken von Differenz und in der Differenz, ist die Unterdrückung von Andersdenkenden die Unterdrückung von Denken überhaupt als öffentlicher Angelegenheit, ist Zerstörung des öffentlichen Raums, Vernichtung von Demokratie.

Deshalb auch Rosas verzweifelte Bemerkung gegenüber ihren russischen Genossen drei Jahre später: »Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden«⁴. Und sie fügt begründend hinzu: »Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit‹ zum Privilegium wird.«⁵

Die dauerhafte Unterdrückung der Freiheit der Andersdenkenden ist das Ende des Sozialismus als Aufklärungs-, als Emanzipations-, als Befreiungsbewegung. Diese Beseitigung der Grundbedingungen politischer Demokratie, so Rosa, »verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborene Unzulänglichkeit der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energisch politische Leben der breitesten Volksmassen«⁶. Staaten, die diese politische Demokratie beseitigen, indem sie öffentliche Dissidenz dauerhaft unterdrücken, haben sich wie schon Lenin und Trotzki »für die Diktatur einer Handvoll Personen« entschieden. Für Rosa Luxemburg ist dies trotz ihrer Sympathie mit den sozialen Zielen der Bolschewiki eine »bürgerliche Diktatur«. Sie schrieb in ihrer Gefängniszelle: Bürgerliche Demokratie und diese Art von Diktatur seien »zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik«⁷.

Weder mit Rosa noch mit dem geltenden Parteiprogramm lässt sich der kubanische Staat ohne die größten und das Wesen betreffenden Einschränkungen als »sozialistisch« bezeichnen. Dies mag weh tun, mag der eigenen Biographie, der Solidarität mit einer Volksrevolution, dem Kampf gegen den US-Imperialismus und seiner Embargopolitik scheinbar entgegenstehen, aber billiger ist Sozialismus nicht zu haben, als sich offen diesen Widersprüchen zu stellen. Was wir wieder lernen müssen, ist, den befreienden Ansatz eines demokratischen Sozialismus, der die »süße Schale der formalen Gleichheit und Freiheit« mit dem »sozialen Inhalt« der Gerechtigkeit füllt, auch unter Schmerzen zu verteidigen und dadurch erst glaubwürdig und machtvoll zu sein.

Soziale Zielsetzungen allein, wie sie auch für viele staatssozialistische Gesellschaften in Europa primär waren, machen noch keinen Sozialismus, sondern nur eine sozial orientierte Diktatur im Namen des Volkes. Sozialistische Überzeugungen, die sich fangen lassen in dem Gefängnis der Hörigkeit einer Einparteienherrschaft, die nicht einmal Fraktionen in den eigenen Reihen zulässt, so ermutigend, bewunderungswürdig, ehrlich diese Überzeugungen auch sein mögen, machen noch keine sozialistische Gesellschaft. Und umgekehrt sind formale Freiheit und Gleichheit zwar

eine Voraussetzung, nicht aber die Substanz von Sozialismus. Praktisch bedeutet dies auch: Engste, beste, solidarischste Kooperation mit kubanischen Sozialistinnen und Sozialisten dort, wo unsere praktischen Ziele übereinstimmen, aber bei klarer Betonung der Differenzen darüber, was Sozialismus ist und wie mit politischen Widersprüchen umzugehen ist. Dies schließt auch die Forderung nach Einleitung von realen, konkreten Schritten ein, die die Wahrung der politischen Freiheiten Andersdenkender sichert und mit der Freilassung der Gefangenen aus »Gewissensgründen« (Amnesty International) einhergeht.

Jenseits von allen taktischen Opportunitäten, von Stimmungen und Meinungen ist – und uns ist kaum noch vorstellbar, welchem Druck die deutsche Sozialdemokratie angesichts der Kriegsbegeisterung der übergroßen Mehrheit der Deutschen ausgesetzt war –, auch daran lässt Rosa Luxemburg keinen Zweifel, das wesentliche Kriterium politischer Entscheidungen das Programm der jeweiligen Organisation. Sie schreibt: »Und keine Gruppe von hundert Genossen, möge sie eine Ortsversammlung, ein Konsumverein oder eine parlamentarische Fraktion sein, hat in einer demokratischen Partei wie der Sozialdemokratie die Befugnis, den einzelnen zum Verrat an der Partei zu zwingen. Die Disziplin der Gesamtpartei, d. h. ihrem Programm gegenüber, geht vor alle Korporationsdisziplin und kann allein dieser letzteren Berechtigung verschaffen, wie sie auch ihre natürliche Schranke bildet.«⁸ Wenn nun aber eine Position eines Organs einer Partei selbst vom Parteiprogramm abweicht, kann von einer solchen Position ausgehend auch nicht begründet werden, dass andere, abweichende Auffassungen nicht die Position der Partei widerspiegeln würde.

Nur am Parteiprogramm kann gemessen werden, ob eine einzelne Entscheidung der Position der Organisation entspricht oder nicht. Und es ist klar, dass auf der Basis ein und desselben Programms in sehr vielen konkreten Fragen unterschiedliche Entscheidungen getroffen werden können, denn das Programm formuliert nur die Maßstäbe, nimmt aber die konkreten Entscheidungen nicht vorweg und kann dies auch nicht. Und mit Mehrheit getroffene Entscheidungen grenzen deshalb die Minderheit solange nicht aus, wie deren Position vom Standpunkt des Programms her begründet werden kann. Alles andere wäre ein Ende der Pluralität einer Partei.

Von Hermann Klenner, Mitglied des Marxistischen Forums der PDS, kam der Vorschlag folgenden Absatz in das Parteiprogramm aufzunehmen: »Eine sozialistische Gesellschaft, wie wir sie anstreben, garantiert in der Einheit von politischen, sozialen und kulturellen Rechten das Selbst-

bestimmungsrecht aller Menschen und Völker. Sie ist eine Gesellschaft, in der die Profitdominanz beseitigt ist. Sie verwirklicht eine sich auf die politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Verhältnisse erstreckende Demokratie. Sie erfordert die Unterordnung der Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise unter das Prinzip, allen Bürgerinnen und Bürgern die Bedingungen für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben zu ermöglichen. Dazu gehören die entsprechende Veränderung der Richtung des wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Bewahrung der natürlichen Umwelt, die Einheit von Rechtsstaat und Sozialstaat, Solidarität nach innen und außen sowie eine weltumspannende Ordnung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt.« Diesem Vorschlag wurde gefolgt.⁹

Die Resolution des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS steht, indem sie Kuba uneingeschränkt als sozialistisch bezeichnet, in dieser Hinsicht im direkten Gegensatz zu Geist und Buchstaben des gültigen Parteiprogramms, und es ist deshalb kein Zufall, dass die Kommunistische Plattform der PDS, die diesem Parteiprogramm ihre Zustimmung versagte, diese Resolution fast uneingeschränkt begrüßt. Ihre Kritik an dem Beschluss hält sich in engsten Grenzen: »Es wäre eine kluge Entscheidung gewesen, hätte der Parteivorstand nach der Brückierung der kubanischen Genossen durch André Brie, Helmuth Markov und Gabi Zimmer darauf verzichtet, sich sogleich unter Verweis auf die Menschenrechtsfragen wieder von Kuba abzugrenzen. Auch hätte der Parteivorstand gut daran getan, großzügiger mit überzeichneter Kritik umzugehen. Sei's drum. Das Entscheidende am Beschluss vom 27.2.2006 ist die Tatsache, dass er der Stimmung an der Basis der Partei gerecht wird.«¹⁰

Radikal, nicht extrem

Die Politik der Linken und sozialistischer Parteien muss sich angesichts der wachsenden Bedrohungen der Grundlagen menschlicher Zivilisation radikalieren. Daran gibt es für mich keinen Zweifel. Was aber bedeutet Radikalität? Mit Marx, Rosa Luxemburgs ständigem Bezugspunkt gemeinsam mit Lassalle, den sie für seine politische Kühnheit und Entschlossenheit bewunderte, heißt Radikalität, »die Sache an der Wurzel fassen«. Und Marx fügt hinzu: »Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.« Und deshalb führe der »Radikalismus der deutschen Theorie« hin zu »der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in

denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«¹¹.

Rosa Luxemburg hat in der Schrift »Was will der Spartakusbund?« sich nicht nur dazu bekannt, dass der Spartakusbund die Regierungsgewalt nur »durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse« und »kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes« zu übernehmen bereit ist¹² sie hat sich ganz im Geist ihrer Schrift »Zur russischen Revolution« in aller Klarheit von den bolschewistischen Methoden, wie sie sich nach dem Januar 1918 in Russland durchsetzten, abgegrenzt, wenn auch, ohne die Bolschewiki zu nennen: »In den bürgerlichen Revolutionen waren Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen. Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie hasst und verabscheut den Meuchelmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.«¹³ Eine radikal demokratische Rätemacht, nicht die Diktatur eine Partei und ihrer Führung, sollte sich dem Widerstand der Konterrevolution entgegensetzen. Sie schrieb: »Der Einfall von Radek z. B., »die Bourgeoisie abzuschlachten« oder auch nur eine Drohung in diesem Sinn, das ist doch Idiotie summo grado; nur Kompromittierung des Sozialismus, nichts weiter.«

Linke Radikalität misst sich weder an der Gewaltsamkeit der Sprache, auch nicht an der Zahl der Toten, der Schnelligkeit der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern daran, ob durch sozialistische Politik ein tatsächlicher Beitrag geleistet wird zur Beseitigung von Verhältnissen der Ausbeutung, Unterdrückung und Entmündigung. Jeder praktische Schritt dahin ist human und radikal zugleich. Dabei steht linke Politik im Wettbewerb, dies unter den gegebenen Möglichkeiten und mit den vorhandenen Kräften umfassender und vollständiger, in der Einheit der Durchsetzung der politischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte zu tun.

Radikalität unterscheidet sich dadurch von Extremismus, dass Radikalität die Mittel dem menschlichen Zweck unterordnet, während der Extremismus in seiner Verachtung für Demokratie und für »Verweise auf Menschenrechtsfragen«, die nur von den eigentlich wichtigen Dingen

ablenken würden, die Mittel, den Kampf gegen den Feind, die Durchsetzung einer anderen politischen und Eigentumsordnung, über das Recht von Menschen auf Leben und demokratische Selbstbestimmung stellt. Extremisten sind jene, die anderen wegen ihrer Auffassungen, gewaltfreien Meinungsäußerungen, ihrer Herkunft oder Abstammung, ein geringeres Recht auf Leben zugestehen als sich selbst und ihren politischen Freunden. Extremismus bildet den tiefsten und direktesten Gegensatz zu einem sozialistischen Radikalismus. Das System des Extremismus ist die Diktatur, ob rechts oder links, das System eines sozialistischen Radikalismus ist eine soziale Demokratie.

Für eine solche linke Radikalität hat die Geschichte eine Reihe von Maßstäben entwickelt. Der erste Maßstab ist der der Präferenz von demokratischen und friedlichen Methoden. Der Bruch der Bolschewiki mit sozialistischer Politik war nicht der bewaffnete Putsch im Oktober 1917, der nur wenige Opfer verlangte, die Agonie der Provisorischen Regierung beendete und sich auf eine linke Mehrheit in den frei gewählten Räten stützte, sondern die Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung Russlands mit polizeilichen Mitteln im Januar 1918. Der Sprecher der Bolschewiki, Nikolai Bucharin, erklärte von der Bühne dieser Versammlung aus »der bürgerlich-parlamentarischen Republik einen Kampf auf Leben und Tod«. Dies beendete auch die Ära der demokratischen Räte, denn auch diese wurden von da an nicht mehr frei gewählt. Das Verbot von politischen Parteien, selbst jenen, die den Oktoberaufstand mitgetragen hatte, folgte fast unmittelbar. Damit wurden die Möglichkeiten einer friedlichen, legalen Austragung der inneren Konflikte beseitigt, so dass nur der offene Bürgerkrieg oder aber die Unterordnung unter die Diktatur der Bolschewiki als Alternative blieben. Dieser Konflikt kostete 10 Millionen Menschenleben.

Die Abwägung zwischen den Erwartungen und Hoffnungen auf die Durchsetzung einer neuen sozialistischen Wirtschafts- und Staatsordnung und den Gefahren, die sich durch die Errichtung einer Diktatur ergaben, wurde von den Bolschewiki schnell getroffen. Hintergrund sind einerseits die Erfahrungen von Zarismus, imperialistischem Krieg und der Formierung gegenrevolutionärer Kräfte sowie andererseits ein Verständnis von Revolution, das in der Phase der »Schreckensherrschaft« der Jakobiner den Höhepunkt der Französischen Revolution, als der Revolution schlechthin, sah.¹⁴ Anders aber als die Jakobiner unterwarfen sich die Bolschewiki nicht einem Votum der vom Volke gewählten Versammlung, sondern lösten diese auf.

Tyrannis und Diktatur¹⁵ haben in ihren frühen historischen Formen oft starke progressive Züge getragen und brachten zum Beispiel unter Peisistratos (607 bis 528 v. u. Z.) Interessen vor allem der kleinen Landeigentümer Athens zur Geltung und stärkten damit sozialegalitäre Tendenzen. Unabhängig von diesem Gehalt ist ihnen die personale Herrschaft eines einzelnen außerhalb der historisch überkommenen oder aus dem Willen anderer abgeleiteter Verfahren (Wahl, Ernennung usw.) eigen. In diesem Sinne war Lenin kein Tyrann. Seine Macht beruhte auf der Diktatur einer Partei, durch die er bis zu seinem Tode regelmäßig gewählt wurde. Mit dem X. Parteitag wurde durch das Fraktionsverbot die freie Meinungsbildung in der bolschewistischen Partei unmöglich gemacht und spätestens Anfang der 30er Jahre hatte J. Stalin seine persönliche Tyrannei durchgesetzt.

Die Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 beginnt mit den klaren Worten: »Da die Anerkennung der allen Mitglieder der menschlichen Familie innewohnende Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bildet, da Verkennung und Missachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben, und da die Schaffung einer Welt, in der den Menschen, frei von Furcht und Not, Rede und Glaubensfreiheit zuteil wird, als das höchste Bestreben der Menschheit verkündet worden ist, da es wesentlich ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechts zu schätzen, damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel gezwungen wird ...«¹⁶

Das Attentat auf Lenin durch linke Sozialrevolutionäre war die zwangsläufige Folge der Unterdrückung demokratischer Ausdrucksformen – war versuchter Tyrannenmord. Und Tyrannenmord ist der einzige Mord, der vom Standpunkt der Demokratie legitim ist, da es der Tyrann ist, der sich zum Herrn über Leben und Tod erklärt und über das Leben anderer außerhalb von rechtsstaatlichen Bedingungen verfügt. Gleichzeitig entzieht er jedem anderen die Möglichkeit, dem Menschen, der der Tyrann auch ist, gewaltlos die Macht, andere zu töten, zu nehmen. Da es um Leben und Tod geht, beendet auch oft erst der Tod die Herrschaft von Tyrannen. Demokratie dagegen schützt auch das Leben der Inhaber demokratischer Positionen, da sie diese Positionen nur auf Zeit einnehmen und ihre Stellung davon abhängig ist, ob sie direkt durch die Bürgerinnen und Bürger bzw. durch von diesen gewählten Vertretern ein- bzw. abgesetzt werden. Außerdem sind ihre Machtbefugnisse eingeschränkt, sind Leben und

Freiheit der einzelnen nicht von der Willkür der Herrschenden abhängig. Genau deshalb aber muss Demokratie, will sie ihrem Anspruch gerecht werden, soziale Demokratie werden.

Der zweite Maßstab eines radikalen sozialistischen Ansatzes ist die Gerichtetheit der gesellschaftlichen Transformation und die Unteilbarkeit der Menschenrechte. Es ist klar, dass jede Veränderung einer Gesellschaft immer von den gegebenen Bedingungen ausgeht und die Verhältnisse, die der universellen Erfüllung der politischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte entgegenstehen, nur schrittweise überwunden werden können. Gleichzeitig ist es mit einer Politik des demokratischen Sozialismus unvereinbar, wenn deshalb dauerhaft die elementarsten Grundrechte auf welchem Gebiet auch immer nicht durchgesetzt werden, weil damit Menschen die allerwichtigsten Bedingungen auf ein Leben in Würde verlieren. Der Ausschluss von Wohnung, Arbeit, Gesundheitsversorgung, Bildung wird durch freie Wahlen nicht akzeptabler, und der Zugang zu ersteren legitimiert nicht die dauerhafte Unterdrückung des Rechts auf freie Rede.

Es kann für erforderlich angesehen werden, nach revolutionären Umwälzungen, die einen Zustand der Tyrannei beendeten, zwei oder sogar vier Jahre vergehen zu lassen, bis die Bedingungen für freie Wahlen geschaffen sind. Wichtig sind der gerichtete Prozess und ein überschaubares Ende des politischen Ausnahmezustandes. Wird dieser Zustand aber auf Dauer gestellt oder sogar zur Verfassungsnorm, nimmt eine Partei oder Parteiführung für sich außerdemdemokratisch die Führung in Anspruch, wird sie vom Standpunkt eines Rosa-Luxemburgschen Sozialismus illegitim.

Illegitim ist von diesem Standpunkt aber auch eine Demokratie, die nicht sozial ist. Dazu aber muss sie mit »energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlverordneten Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft«¹⁶ verbunden werden und bringt damit Interessen der Arbeiterklasse und der großen Bevölkerungsmehrheit gegenüber Klassenprivilegien der Kapitaleigentümer zur Geltung. Während im Kapitalismus, so Rosa Luxemburg, unabhängig von der politischen Form, das Interesse der Kapitaleigentümer letztlich über alle anderen dominiert und so eine faktische Diktatur ausübt¹⁷, so sollen im Sozialismus soziale Gleichheit und Freiheit die Eigentumsordnung dominieren, aber eben als Werk der Mehrheit, hervorgehend »aus der aktiven Teilnahme der Massen«, stehend »unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung« und der »Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit«¹⁸.

Es gab in der Linken immer eine Strömung, die um der Erreichung sozialer Ziele (Herstellung einer bestimmten Eigentumsordnung, Durchsetzung

sozialer Gleichheit, Umverteilung nach unten) bereit war, die politische Freiheit einzuschränken oder ganz zu unterdrücken. Dies ist die Tendenz zu einem sozial orientierten Autoritarismus, die in eine sich sozial legitimierende Diktatur übergehen kann und historisch auch übergegangen ist. Und diese Diktatur ist dann wiederum unter bestimmten Bedingungen in eine totalitäre Herrschaft umgeschlagen, die die Menschenvernichtung im Namen des Sozialismus einschloss. Demokratischer Sozialismus, und in dieser Frage ist er tatsächlich gleich weit von einer liberalen Demokratie wie einem sozial orientierten Autoritarismus entfernt, strebt an, zugleich die Möglichkeiten, an demokratischen Entscheidungen teilzuhaben, zu erhöhen, wie solche Eigentumsverhältnisse zu schaffen, die die Produktion und gleiche Verteilung derjenigen Güter, die die Menschenrechtserfüllung erst ermöglichen, der Freiheitsgüter, an die erste Stelle zu setzen. Also nicht Luxus, sondern Wasser, Brot, Bildung und Gesundheit, nicht Villen, sondern Wohnungen, nicht exorbitante Gewinnmargen der Shareholder und gigantische Managergehälter, sondern ein auskömmliches Einkommen für alle. Dem System einer demokratischen Machtlosigkeit des Neoliberalismus, in dem weder Eigentums-, noch Verteilungsfragen mehr zur demokratischen Disposition stehen, in der die Sicherung von grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen abhängig gemacht wird von der Bezahlung von Schulden und der Beachtung des freien Wettbewerbs mit den internationalen Oligopolen, stellt der demokratische Sozialismus die Demokratisierung der Entscheidung über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und die Stärkung eines sozialen Gemeinwesens gegenüber. Dies und nichts anderes ist Kampf für eine soziale Demokratie.¹⁹

Im Parteiprogramm der PDS heißt es dazu: »Alle Eigentumsformen – genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere –, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, sollten gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern, sollten zurückgedrängt und überwunden werden. Wir halten an der durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeit von Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest und sind dafür, diese Möglichkeit umzusetzen, wenn dies nach Ansicht der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu sozialer Gerechtigkeit und wirksamer Bereitstellung der sozialen Grundgüter beiträgt. Wir wollen das weltweite Diktat von Welthandelsorganisation (WTO) und Internationalem Währungsfonds

(IWF) über die Rahmenbedingungen von Wirtschaft überwinden und die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Wissen stoppen.«

Anders als viele Linke meinen, gibt es ein demokratisch wie sozialistisch begründetes Primat der politischen Menschenrechte. Solange die Bereitstellung jener Güter und Bedingungen, die die sozialen und kulturellen Menschenrechte sichern, durch ein undemokratisches System erfolgt, sind es keine Rechte, sondern vom Willen und den Interessen der Machthaber abhängige Gratifikationen und Zugeständnisse. Sie können auch wieder entzogen werden und werden in Willkür selektiv gegeben. Dieses Primat der politischen Rechte relativiert die sozialen und kulturellen Menschenrechte nicht, sondern macht sie erst zu unveräußerlichen Rechten, weil es die politischen Menschenrechte sind, deren Wahrung den demokratischen Kampf um eine menschenrechtskonforme Eigentumsordnung erst ermöglichen, erst sichern, dass man ohne Angst um Leib und Leben dafür eintreten kann, dass Eigentum wirklich sozial verpflichtet.

Beachtet die Machtungleichheit

Eine sozialistische Radikalität betrachtet den Menschen nicht als ein Abstraktum, sondern als konkrete, unwiederholbare Individualität, verwundbar, sterblich, empfindlich und vernünftig. Es ist die leidenschaftliche Revolutionärin Rosa Luxemburg, die mitten in den sich zuspitzenden Ereignissen des November 1918, gerade selbst schwer gezeichnet mehrjährigem Gefängnis entronnen, schrieb: »Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen ... geflossen. Jetzt muss jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muss umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.«²⁰ Sie nannten die Abschaffung der Todesstrafe eine »Ehrenpflicht« der Revolution. Worte wie diese sind selten in der kommunistischen Bewegung gewesen.

Diese Worte verkörpern einen Anspruch an sozialistische Politik, Zweck und Mittel, Ziel und Weg nicht in einen antagonistischen Gegensatz geraten zu lassen und vom Standpunkt der Schwachen zu urteilen. Geschrieben sind sie wenige Wochen, bevor die rechte Sozialdemokratie

Bluthunde auf das rote Berlin los ließ, die – »Schlagt ihre Führer tot!« – auch Rosa Luxemburg ermordeten. Wie einer der Täter später gestand: »Die Ereignisse dieses Abends spielten sich wie im Rausch ab. Wir hatten vier Jahre einander getötet, es kam auf einen mehr nicht an.«²¹ Verzweifelt begann Paul Levi seine Totenrede auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit den Worten: »Es ist, als ob die Erde nicht satt würde des Blutes. Sie hat vier Jahre lang Blut getrunken, Blut um Blut.«²²

Die Linke ist nur links, wenn sie vom Standpunkt derer auf die Gesellschaft blickt, die durch die herrschenden Verhältnisse unterdrückt, ausgebeutet, ausgegrenzt und entwürdigt werden. Von einem solchen Standpunkt stellt sie ihre Forderungen vor allem an jene, die politisch, ökonomisch, geistig und militärisch in der Übermacht sind, kämpft für die Veränderung vor allem des Verhaltens dieser Kräfte bzw. für ihre Zurückdrängung und letztlich für die Überwindung dieser Übermacht. Dies betrifft auch das Verhältnis einer demokratisch-sozialistischen Linken zu Kuba.

Die USA-Blockade, die auf die Verfügung der revolutionären Regierung Kubas über Eigentum auf Kuba (Verstaatlichung einer Reihe großer US-amerikanischer Wirtschaftsunternehmen und kubanischer Großgrundbesitzer) folgte, griff in das legitime Recht jedes Staates ein, die Eigentumsordnung entsprechend den eigenen Interessen zu gestalten. Über die Jahrzehnte ist daraus ein erklärter Krieg der USA mit militärischen, geheimdienstlichen, ökonomischen, politischen und kulturellen Mitteln geworden. Die Hauptkritik an den damit verbundenen Verletzungen staatlicher Rechte Kubas und der Menschenrechte der Kubaner muss deshalb die USA treffen.

Aber, und darauf hat Christoph Spehr in einer Diskussion verwiesen, gibt es ein anderes Machtungleichgewicht, das die Linke nicht nur deshalb ignorieren darf, weil es vom Standpunkt der weltpolitischen Zusammenhänge geringer zu sein scheint – das zwischen der Führung Kubas und der Bevölkerung und vor allem jenen, die abweichende Vorstellungen über die politische und Eigentumsordnung Kubas haben.

In den letzten Jahren wurden in Kuba eine Reihe von Gesetzen erlassen, die es u. a. verbieten, US- oder anderen ausländischen Medien Interviews zu geben, die Kritik an der wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Ordnung üben, mit internationalen Menschenrechtsorganisationen zu kommunizieren, sich in Gruppen zu betätigen, die durch die kubanischen Autoritäten nicht anerkannt sind oder der konterrevolutionären Aktivität verdächtig werden.²³

Dies alles sind Gesetze, wie wir sie aus der DDR, der Sowjetunion und anderen staatssozialistischen Ländern kennen. Da gibt es keinerlei grundlegenden Unterschied. Nun ist es zweifelsohne das Recht jedes Staates, sich ausländische Einmischung zu verbitten. Solange aber das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinsfreiheit nicht gewährleistet ist, solange die Bürgerinnen und Bürger nicht selbst Ressourcen frei bereitstellen und nutzen können für die Wahrnehmung dieser Rechte, solange im eigenen Land kein Rechtsstaat wacht über die Unverletzbarkeit dieser Rechte, führt die Unterdrückung jeder Außenkontakte nur dazu, dass das interne Machtungleichgewicht zugunsten der Regierung weiter erhöht wird, ihr Spielraum sich steigert für massive politische Verfolgung. Vom Standpunkt des Parteiprogramms der PDS kann einer solchen Politik nicht der Name »sozialistisch« gegeben werden.

Eine Partei, die sich nach 1989 für die Rehabilitierung der Dissidenten der DDR eingesetzt hat, deren Fraktionsvorsitzender schon Ende der siebziger Jahre im Falle Bahro mit enormem Mut den Freispruch forderte, kann und darf nicht schweigen, wenn andere Staaten mit den gleichen Mitteln eine gleiche Verfolgung politisch Andersdenkender vornimmt. Es handelt sich auch nicht um einzelne Menschenrechtsverletzungen, sondern um die dauerhafte strukturelle Außerkraftsetzung aller wesentlichen politischen Freiheitsrechte. In diesen Fällen, anders als bei sozialen Grundrechten, bedeutet die Einschränkung der Freiheitsrechte der Andersdenkenden das direkte Verbot zu freiem Denken jedes anderen Bürgers, jeder anderen Bürgerin überhaupt.

*

Was hätte Rosa gesagt? Drei mögliche Antworten habe ich genannt. Sie fordern uns auf, uns in den komplexen Widersprüchen unserer Zeit keine einfachen Antworten zu geben, uns nicht zu flüchten in die Bequemlichkeit der Anpassung an Stimmungen, verlangen von uns, den Urgrund des Sozialismus, Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen, die Solidarität mit allen, die davon ausgeschlossen werden, nie zu vergessen. Für Rosa Luxemburg war der Kampf für den Sozialismus vor allem ein Kampf gegen die Barbarei. Sozialismus war für sie die notwendige Bedingung, um dem Untergang in die Barbarei zu entgehen. Niemals wäre es für sie hinnehmbar gewesen, selbst zu den Mitteln der Barbarei zu greifen.

Rosa Luxemburg war Sozialistin, weil sie radikale Humanistin war. Dieser Bezug ist es, der sie über so viele andere ihrer sozialistischen Zeitge-

nossen stellt. Es bleibt auch für die heutigen Sozialistinnen und Sozialisten dabei, was Walter Jens sagte: »Die Humanität in unserer Gesellschaft wird sich auch danach bemessen, inwieweit wir das Erbe Rosa Luxemburgs in Ehren halten.«

¹ Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 63.

² Ebenda, S. 53.

³ Rosa Luxemburg: Gegen den Franktireurkrieg, in: Ebenda, Bd. 4, S. 7.

⁴ Rosa Luxemburg Zur russischen Revolution, in: Ebenda, S. 359.

⁵ Ebenda.

⁶ Ebenda, S. 355 f.

⁷ Ebenda, S. 362.

⁸ Rosa Luxemburg: Parteidisziplin, in: Ebenda, S. 16.

⁹ Im Parteiprogramm heißt es auch: »Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik. Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung und bleibt den Mächtigen vorbehalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit verlangt, dass die grundlegenden Freiheiten, die soziale Gruppen für sich in Anspruch nehmen, zu Freiheiten aller anderen werden können. Freiheit ist nicht als egoistisches Haben, sondern als solidarisches Tun zu erreichen. So definieren wir die sozialistischen Werte, auf die wir uns in unseren Programmen von 1990 und 1993 geeinigt hatten. Wir legen sie unserer Politik zu Grunde.«

¹⁰ http://sozialisten.de/partei/strukturen/agigs/kpf/dokumente/view_html?pp=1&n=0&bs=1&zid=3197.

¹¹ Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

¹² Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 450.

¹³ Ebenda, S. 445.

¹⁴ Aus den stenographischen Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung, 5. bis 6. Januar 1918, in: Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Herausgegeben, eingeleitet, kommentiert und übersetzt von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler, Sonja Striegnitz. Berlin: Karl Dietz Verlag 1997, S. 414.

-
- ¹⁵ Hermann Klenner: *Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie*. Berlin: Akademie-Verlag 1982, S. 410.
- ¹⁶ Im historisch ursprünglichen Sinne der Römer war die Diktatur der zeitlich befristete Ausnahmezustand, in dem wesentliche Verfassungsorgane ihre ganze Macht an eine einzelne Person abtraten: »Der Begriff Diktator (von lat. der Sprechende, Befehlende) bezeichnet ursprünglich ein politisches Amt des Alten Roms. In besonderen Krisenzeiten ernannten die höchsten politischen Beamten der Republik, die Konsuln, mit der Zustimmung des Senats einen Diktator. Dieser hatte unumschränkte Befehlsgewalt in Staat und Heer (summus imperium). Ihm waren alle anderen Magistrate untergeordnet. Seine Herrschaft war auf 6 Monate begrenzt. Nach Niederlegung seines Amtes konnte er keiner Vergehen angeklagt werden (im Gegensatz zu allen anderen republikanischen Beamten).« <http://de.wikipedia.org/wiki/Diktator>.
- ¹⁷ Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution*, a. a. O., S. 363.
- ¹⁸ Ebenda, S. 363 f.
- ¹⁹ Es gehört zur traurigen Ironie der Geschichte, wenn viele »sozialdemokratische« Parteien ihren Namen behalten haben, in der Sache aber zu Parteien eines sozial eingehetzten Kapitalismus geworden sind.
- ²⁰ Rosa Luxemburg: *Eine Ehrenpflicht*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S. 406.
- ²¹ Elisabeth Hannover- Drück; Heinrich Hannover (Hrsg.): *Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1979, S. 139.
- ²² Paul Levi: *Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis. Rede bei der Trauerfeier am 2. Februar 1919 im Lehrer- Vereinshaus zu Berlin*, S. 3.
- ²³ Amnesty International.

In: RLS-Online-Publikation.

<http://www.rosalux.de/publication/21218/>

[was-haette-rosa-gesagt-zur-kuba-debatte-in-der-linksparteipds.html](http://www.rosalux.de/publication/21218/was-haette-rosa-gesagt-zur-kuba-debatte-in-der-linksparteipds.html)

15

Michael Brie

Der Bruch mit dem Leninismus als System

Sozialismus und Demokratie – eine historische Tragödie

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde,

Man kann nicht über 150 Jahre oder auch länger Sozialdemokratie in Deutschland sprechen und über den Leninismus schweigen, da die Geschichte der SED und der DDR – auch – Teil dieser Geschichte ist. Der Aufstieg und Fall dessen, was oft Leninismus oder auch Stalinismus genannt wird, umfasste die Spanne von knapp achtzig Jahren. Die Geschichte dieser politisch-sozialen Formation kann erzählt werden wie eine klassische Tragödie in fünf Akten, beginnend mit der Vorstellung der Akteure des Dramas des Konflikts, seine historisch aufsteigenden Bewegung im 19. Jahrhundert verfolgend, die in der Russischen Revolution und der Errichtung eines Parteistaatsozialismus seinen Höhepunkt findet, die Mühen der Ebenen betrachtend, die das Ende des sowjetischen Sozialismus verzögerten, und schließlich fünftens hinführend zur Auflösung des Konflikts und zum Ausblick. Lassen Sie mich die Akte dieses Schauspiels skizzieren.

Erster Akt: Das Gespenst des Stalinismus

Wie bei einem klassischen Drama üblich, möchte ich am Anfang jemanden zu Wort kommen lassen, der den Grundkonflikt in Worte fasst, ich möchte Prof. Dr. Michael Schumann, unseren Freund und Genossen, sprechen lassen, ihn, der bis zu seinem viel zu frühen Tod auch Vorsitzender des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung war. Er hielt im Auftrag einer Arbeitsgruppe des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS am 16. Dezember 1989 auf diesem Parteitag ein Referat »Zur Krise in der Gesellschaft und ihren Ursachen«. Die Rede beginnt so: »Was jetzt zum Vortrag kommt, liebe Genossinnen und Genossen, ist das Ergebnis der Tätigkeit einer Arbeitsgruppe, die unter Verantwortung des Arbeitsausschusses bzw. Vorstandes relativ sehr kurzfristig – wie könnte es anders sein – gearbeitet hat. Es ist dement-

sprechend das, was hier vorgetragen wird, als ein erster und vorläufiger Versuch der Analyse zu werten. Die theoretisch-ideologische Bewältigung eines so komplizierten und komplexen Problems wie die Frage nach den Ursachen der Krise und die Verantwortung der SED, fordert den Einsatz des ganzen intellektuellen Potentials der Partei und bleibt eine Aufgabe, der wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft stellen müssen, um zu weiteren Schlußfolgerungen für die radikale Erneuerung der Partei zu gelangen. Dennoch – es ist notwendig, auf diesem Parteitag Stellung zu den Ursachen der Krise zu beziehen. Das erwartet die Parteibasis, aus der uns auch viele Hinweise und Gedanken zu diesem Thema zugegangen sind, und das erwartet mit Recht auch die Öffentlichkeit unseres Landes. Unser Parteitag hat schon am ersten Beratungstag mit Nachdruck erklärt. Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.«¹

Als ich gebeten wurde, zum Thema »Bruch mit dem Stalinismus als System« zu sprechen, habe ich vorgeschlagen, den Terminus Stalinismus durch Leninismus zu ersetzen. Dies wäre 1989 innerhalb der damaligen Noch-SED und Noch-Nicht-Partei-des-Demokratischen-Sozialismus unmöglich gewesen.

Noch war Lenin ganz anders als Stalin einer derer, auf die sich diese Partei im Umbruch positiv bezog, neben Marx und Luxemburg, Bebel und den Liebknechts, Kautsky und Bernstein.

Warum aber wähle ich den Leninismus als Zäsur, als zweiten Bruchpunkt in der Geschichte der Linken neben der Kriegszustimmung durch die Mehrheitssozialdemokratie am Beginn des Ersten Weltkriegs? Die Mehrheitssozialdemokratie ging 1914 in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und vielen anderen Ländern ein Bündnis mit den herrschenden Mächten ein, setzte damit auf die Verbindung eines sozial zu reformierenden Kapitalismus mit repräsentativer Demokratie, auf »Vaterlandsverteidigung« in einem imperialistischen Krieg. Die Bolschewiki wiederum verbanden Sozialismus und Parteidiktatur. Erstmals hatten Demokratie und Sozialismus in der Linken 1918 keine gemeinsame politische Heimat mehr.

Zweiter Akt: Sozialreform Oder soziale Revolution?

Mit einem Abstand von mehr als 200 Jahren ist uns Zeitgenossen fast völlig das Bewusstsein verloren gegangen, dass der entstehende Kapitalismus gerade auch vom bürgerlichen Standpunkt ein zutiefst beunruhigendes Problem, die »soziale Frage«, in sich barg. Der Kapitalismus erschien vom

Standpunkt der sich an der Wende vom 18. und 19. Jahrhundert herausbildenden arbeitenden Klassen als völlige Negation der angestrebten Gesellschaft freier Eigentümer. Die sich mit der Großen Industrie ausbreitende Klasse der »Eigentumslosen« erschien nicht nur bedauernswert oder bedrohlich, sie war vor allem ein Skandalon im ursprünglichen Sinne einer Falle, durch die sich die bürgerliche Gesellschaft selbst tödlich zu Fall zu bringen schien: Die explodierende Reichtumsproduktion hatte zu ihrer Kehrseite die Enteignung und dauerhafte Eigentumslosigkeit der Arbeitenden! Diese Eigentumslosigkeit der arbeitenden Massen in einer Gesellschaft, die ganz auf dem Eigentum gegründet ist, wurde zu einem prozeszierenden Widerspruch der sozialen und politischen Geschichte des 19. Jahrhundert und prägt Entwicklung bis heute, bis zu den Protesten der 99 Prozent.

Am 24. August 1849, in einer Zeit, da die erste deutsche Revolution schon geschlagen war, hieß es in der Zeitschrift *Verbrüderung*, dem Korrespondenzblatt aller deutschen Arbeiter, herausgegeben von dem schon Zentralkomitee für die deutschen Arbeiter, sehr klar und bündig gegen Kritiker einer grundsätzlichen Änderung der Eigentumsordnung: »Also nicht darum handelt sich's, das Eigentum aufzuheben, daran denkt auch die Arbeiterantwort nicht [...] Eben weil es in dem natürlichen Rechte jeder Persönlichkeit liegt, sich ein Eigentum zu gründen, so soll dieses Recht auch Jedermann zugänglich gemacht werden. In dem gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft aber ist durch die eigentümlichen Bedingungen, innerhalb derer sich das industrielle Leben entwickelt hat, die Ausübung jenes Rechts einer ganzen großen Klasse des Volkes unbedeutend verschlossen. Diese Klasse aber ist die der Arbeiter, überhaupt aller Derer im Volke, welche durch die nach der jetzigen Lage der Dinge unvermeidlichen Übermacht des Kapitals über die bloße Arbeitskraft beherrscht sind, und denen es daher von vornherein unmöglich ist, sich in den Besitz des selbständigen Eigentums und damit der Grundbedingung einer wahrhaft menschlichen Existenz zu setzen. Es ist klar, dieser Zustand ist ein unhaltbarer, ein unsittlicher, ist mit sich selbst in Widerspruch, und muss, wenn er nicht aufgehoben wird, zur Auflösung aller Verhältnisse führen.«²

Diese Argumentation kann vor allem dann verstanden werden, wenn man das wichtigste Gründungsdokument der bürgerlichen Gesellschaft, den Code Napoleon, näher betrachtet. Mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch sollte die republikanische Verfassung ein bürgerliches Fundament erhalten. In dem im September 1794 vorgelegten zweiten Entwurf hieß es:

»Drei Dinge sind notwendig und genügen dem Menschen: Herr über seine Person zu sein, Güter zu besitzen, um seine Bedürfnisse erfüllen zu können, und in seinem Interesse über seine Person und seine Güter verfügen zu können. Alle zivilen Rechte lassen sich daher auf das Recht auf Freiheit, Eigentum und Vertragsfähigkeit zurückführen.«³ Schon in der Revolution klagte zur gleichen Zeit der Führer der »Entrüsteten«, Jacques Roux, vor dem Nationalkonvent: »Die Freiheit ist ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse die andere ungestraft aushungern kann. Die Gleichheit ist ein leerer Wahn, solange der Reiche mit dem Monopol das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt. Die Republik ist ein leerer Wahn, solange Tag für Tag die Konterrevolution am Werk ist mit Warenpreisen, die drei Viertel der Bürger nur unter Tränen aufbringen können.«⁴

Mit der englischen industriellen Revolution, dem Kind der durch und durch bürgerlichen Gesellschaft Großbritanniens, in dem selbst der Adel seinen Einfluss und seine privilegierte Stellung dem Privateigentum verdankte, entstand eine Klasse, die sich mit dem Fabrikssystem schnell auch in anderen Ländern ausbreitete – die arbeitende Klasse⁵, die arbeitenden Armen oder das Proletariat. Dieses Proletariat war in dreifacher Hinsicht zugleich Produkt wie Negation der bürgerlichen Gesellschaft.

Der Arbeiter war in der Fabrik erstens buchstäblich völlig unfrei. Jede Bewegung seiner Hände, Finger oder Füße wurde vorgegeben durch den Rhythmus der großen Maschinerie. Der junge Hegel sprach davon, dass mit der Fabrik »ein ... sich in sich bewegendes Leben des Toten«⁶ entstanden sei. Zweitens war nun die Arbeitskraft zum »Eigentum« geworden, ein Eigentum aber, das Leben und Tod des Eigentümers der Arbeitskraft von den Entscheidungen des Eigentümers der Produktionsmittel abhängig machte. Und drittens waren die Arbeiter zwar tatsächlich »vertragsfähig«, aber es waren Verträge, die die Ungleichheit und Abhängigkeit zementierten und wie Schuldknechtschaft wirkten.

Lassen Sie mich aus dem Gründungsdokument der deutschen Arbeiterbewegung, beschlossen auf dem Allgemeinen Arbeiterkongress vom 23. August bis 3. September 1848 in Berlin, zitieren: »Deutschlands Arbeiter müssen dahin streben, eine moralische Macht im Staate zu bilden, ein starker Körper zu werden, der jedem Sturme trotzt, der vorwärts und immer vorwärts dringt, und in seiner Bewegung alles niederhält und forträumt, was einer freieren und besseren Gestaltung der Dinge im Wege steht, der Jeden in sich aufnimmt, wer ein Herz hat für die Not der Bedrückten und

selbst gefesselt ist von der Macht des Kapitals [...]. Und wie wir durch die Organisation zu einer moralischen, so müssen wir durch die Assoziation (d.h. die genossenschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel – M.B.) [...] zu einer realen Macht gelangen, d.h. wir müssen vereint danach streben, das Kapital in seiner jetzigen, alle Freiheit erdrückenden Gewalt aufzuheben ...»⁷

Im 19. Jahrhundert wurden in Deutschland zwei mögliche Antworten auf die soziale Frage des industriellen Kapitalismus formuliert – die der Sozialreform und die der sozialen Revolution. Als frühe und dauerhafte intellektuelle Protagonisten dieser gegensätzlichen Antworten standen sich der außerhalb von Spezialistenkreisen fast völlig vergessene Lorenz von Stein und Karl Marx gegenüber. Lorenz von Stein formulierte das Konzept der sozialen Demokratie, das er später unter dem Eindruck der niedergeschlagenen demokratischen Revolution von 1948/9 als Projekt eines »sozialen Königtums« reartikulierte. Die Verallgemeinerung der demokratischen Grundrechte auf die ganze (männliche) Bevölkerung sollte mit einer Garantie sozialer Schutzrechte für die Arbeiter im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter einhergehen, so dass die Arbeiterklasse zu einem eigenen Stand mit eigenen Rechten und Privilegien in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften werden würde, dessen Grundlage das Sozialeigentums (das Eigentum an Schutz- und Beteiligungsrechten), dessen Garant der Sozialstaat wäre.

Die bündigste, mir bekannte Begründung einer revolutionär-kommunistischen Strategie von der Eigentumsfrage her findet sich meines Wissens in dem ersten Teil des Wahlprogramms der französischen Arbeiterpartei von 1880 unter Führung von Jules Guesde. Dieser Teil wurde Guesde von Marx in London in die Feder diktiert. In diesem Wahlprogramm wurde zugleich die dann mit dem Erfurter Programm der SPD von 1891 klassisch gewordene Unterscheidung zwischen dem »Maximalprogramm« (dem Fernziel) und dem »Minimalprogramm« vorgenommen – eine Tatsache, die gleichfalls vergessen ist. Die von Marx formulierte »Einleitung« sei ausführlich zitiert: »in Erwägung, dass die Emanzipation der Klasse der Produzenten alle Menschen, ohne Unterschied von Geschlecht und Rasse, umfaßt;

- dass die Produzenten nur dann frei sein können, wenn sie im Besitz der Produktionsmittel sind;
- dass es nur zwei Formen gibt, in denen ihnen die Produktionsmittel gehören können:

1. die individuelle Form, die niemals allgemeine Erscheinung war und durch den industriellen Fortschritt mehr und mehr überwunden wird;
2. die kollektive Form, deren materielle und geistige Elemente durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst geschaffen werden; in Erwägung,
 - dass die kollektive Aneignung nur von einer revolutionären Aktion der Klasse der Produzenten – dem Proletariat –, in einer selbständigen politischen Partei organisiert, ausgehen kann;
 - dass eine solche Organisation mit allen Mitteln, über die das Proletariat verfügt, angestrebt werden muß, einschließlich des allgemeinen Wahlrechts, das so aus einem Instrument des Betrugs, das es bisher gewesen ist, in ein Instrument der Emanzipation umgewandelt wird;
 - haben die französischen sozialistischen Arbeiter, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet die Rückkehr aller Produktionsmittel in Kollektiveigentum zum Ziel ihrer Anstrengungen gesetzt haben, als Mittel der Organisation und des Kampfes beschlossen, mit folgendem Minimalprogramm in die Wahlen zu gehen:⁸

In dieser stringenten Argumentation wird ganz im Geiste des Code Napoleon die (Wieder-)Einsetzung der Arbeiter in die Stellung von Eigentümern an den Produktionsmitteln zur Bedingung von Freiheit erklärt, und da diese Eigentümerstellung der Arbeiter nicht mehr individuell herzustellen sei, wird die kollektive Aneignung der Produktionsmittel mittels des Staates im Gefolge des revolutionären Handelns der Klasse, organisiert als Partei, zum Ziel der sozialistischen Bewegung. Diese kollektive, politisch vermittelte Aneignung sollte dann zum Ausgangspunkt werden, die gesamte Produktionsweise umzuwälzen und – wie Marx 1875 geschrieben hatte – eine Gesellschaft auf völlig neuer objektiver wie subjektiver Grundlage schaffen. Von dieser schreibt Marx: »[...] nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher« Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!⁹

Die Eroberung der Staatsmacht durch diese Partei der organisierten und bewaffneten Arbeiter und die von dieser Staatsmacht (der Diktatur des Proletariats) ausgehende Überführung der »Produktionsmittel in Kollektiveigentum« als Ausgangspunkt weitergehender Umwälzungen der Gesellschaft bildeten den Grundkonsens der marxistisch inspirierten Arbeiterbewegung und der Zweiten Internationale in ihrer klassischen Phase des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Die Fragen aber, in welchem Verhältnis »alle gemeinsam« als »Gesellschaftsglieder« und jeder Einzelne stehen würden, wie verhindert werden könne, dass Vertreter des Gemeininteresses sich zu Herrschern über die Gesamtheit der Einzelnen erheben, wurde zwar mit Verweis auf die Pariser Kommune und ihre Ansätze einer direkten Demokratie diskutiert, aber sie wurden theoretisch wie praktisch nicht abschließend bearbeitet. Die Fragen an die Effizienz und Innovationsfähigkeit und damit an die ökonomische Attraktivität einer möglichen sozialistischen Wirtschaft und der Rolle von Unternehmen blieben jenseits jeder ernsthaften Analyse. Noch war die Vorstellung davon, dass eine neue nachkapitalistische Gesellschaft völlig selbstverständlich und zwangsläufig deutlicher produktiver sein würde als der Kapitalismus, in der Arbeiterbewegung ungebrochen. Und weil diese Probleme nicht bearbeiteten wurden, konnten diese inneren Widersprüche und gegensätzlichen Interpretationen zumindest bis 1914/1917 Pole innerhalb ein und desselben politischen Lagers, ein und derselben Parteienfamilie bilden.¹⁰

Dritter Akt: Die Entscheidung zwischen Sozialismus und Demokratie

Dieser Akt kann nicht verstanden werden ohne den Ersten Weltkrieg und seine Auswirkungen auf die beteiligten Länder und Völker. Er kann auch nicht verstanden werden, ohne ihn einzuordnen in die Geschichte Russlands und seiner revolutionären Intelligentsia. Die reale Entwicklung der Sowjetunion ist ein unikales Amalgam von europäischer und russischer Geschichte, beeinflusst durch die Linke Europas wie die russischen geistigen Traditionen. Im Folgenden wird vor allem die Verbindung von europäischer Linker und Sowjetunion betrachtet. Für sie wurde vor allem das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie entscheidend.

Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung in Petrograd im Januar 1918 durch die bolschewistische Regierung beendete die demokratische Phase der Russischen Revolution von 1917 endgültig und es dauerte

70 Jahre, bis Glasnost' den Weg zu einer freien Öffentlichkeit ebnete und wieder demokratische Wahlen abgehalten wurden, die diesen Namen verdienten. Rosa Luxemburg wollte beides, sie wollte die kommunistische Gütergemeinschaft, und sie wollte »das ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen«. Sie wollte also zugleich die unmittelbare Herrschaft über alle Sonderinteressen und sie wollte dies in Verbindung mit einer radikalen Demokratisierung. Gemeineigentum an Land, Produktionsmittel und dem Kredit einerseits und direkteste Demokratie bei der Entscheidung über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten sollten zur Einheit gebracht werden. Mehr noch: Für Luxemburg war die Demokratie der Garant, dass genau diese Einheit, weil aus der freien Willensbildung der Massen hervorgehend, auch sozialistisch sein würde. Und sie nahm an, dass aus den eigenständigen Lernprozessen der Massen, aus dieser freien Willensbildung nichts anderes hervorgehen könne als eine bewusste Entscheidung für das kommunistische Gemeineigentum und den Internationalismus.

Lenin dagegen ging davon aus, dass zumindest im ersten Anlauf in Russland und unter den Bedingungen internationaler Isolierung, sogar von ausländischer Intervention, Sozialismus und Demokratie nicht zugleich möglich sein würden, und er entschied sich für die Diktatur. Um sie zu sichern, ging er jeden Kompromiss ein – in der nationalen Frage gestand er Finnland, den baltischen Ländern, auch Georgien die staatliche Selbständigkeit zu. Er übernahm die Position der Sozialrevolutionäre und verteilte das Land an die Bauern, anstatt es zu nationalisieren. Er schloss sogar einen Sonderfrieden mit dem kaiserlichen Deutschland. In der Ergreifung und Sicherung der politischen Macht der kommunistischen Partei sah Lenin den entscheidenden Schlüssel, das Tor zum Sozialismus endlich aufzustoßen. Dafür war er bereit, jeden Preis zu zahlen und verlangte anderen jeden Preis ab.

Die Leninsche Politik war nicht prinzipienlos, sondern hatte ganz im Gegenteil nur ein Prinzip – die Sicherung der Macht der Bolschewiki als Garant einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Aufbau einer welthistorisch so noch nie gesehenen Geheimpolizei und Ausbau eines umfassenden Lagersystems zu einer permanenten Form der Internierung von aktuellen oder potentiellen Gegnern, systematischer Terror, militärische Zwangswirtschaft, die Unterdrückung der letzten Reste innerparteilicher Demokratie schienen durch dieses eine Prinzip legitimiert. Und die Mittel waren letztlich zumindest in dem einen entscheidenden Punkt erfolgreich: Diktatorisch wurde die Macht der kommunistischen Partei in

Russland letztlich gesichert. Allgemeine Wahlen, verfassungsgebende Versammlungen, Freiheit der Rede und der politischen Organisation führten dagegen in den meisten west oder zentraleuropäischen Ländern Europas nach 1918 in eine bürgerliche Demokratie. Und die bewaffnete Reaktion, der Opfer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht genauso wie Leo Jogiches und viele andere wurden, tat das Übrige, um Sozialismus zu verhindern.

Was also ist Leninismus? In knappster Form soll er als Versuch der Durchsetzung einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung mit den Mittel einer kommunistischen Staatspartei verstanden werden. Und eine solche wirtschaftliche Ordnung galt bis in die 1980er Jahre allgemein als sozialistisch. Unterdrückung jener, die sich autonom politisch organisieren wollen – der Andersdenkenden und Andershandelnden –, war die notwendige Erhaltungsbedingung. Personenkult, uneingeschränkte Selbstherrschaft, Schauprozesse, das unfassbare Grauen von Folter, der Gulags und der Erschießungskommandos unter Stalin, die Todeslager des Pol Pot, die Hungerzonen der Ukraine oder in der VR China der späten 1950er Jahre waren die Folgen einer Politik, wenn sie die ihr innewohnenden Tendenzen zur Barbarei nicht zu kontrollieren vermochte oder sie sogar bewusst freisetzte. Es waren Zivilisationsbrüche im Sozialismus selbst, die tödlich den innersten Kern der Selbstgewisheiten jener, die sich im weitesten Sinne der Linken zuordnen, trafen. Damit steht die unabweisliche Frage, ob Sozialismus überhaupt noch gedacht, erhofft, angestrebt werden darf oder ob er wie der Nationalsozialismus und Faschismus einem Bann unterliegen muss, damit DAS nicht wieder geschieht. Und wenn Sozialismus gedacht wird – welcher Sozialismus? Auf jeden Fall kann es kein Sozialismus sein, der Diktatur zu seiner Verwirklichungsbedingung hat!

Ich möchte nicht den Schrecken großer Opferzahlen bemühen, sondern einen Augenzeugen zitieren, Wassili Grossman, dessen großer Roman Leben und Schicksal von der Geheimpolizei Chrustschows unterdrückt wurde, ein Roman, den jeder, der sich jemals in der Tradition des Sozialismus und Kommunismus gesehen hat, gelesen haben sollte. Dort heißt es: »[...] mit Glück, Freiheit und höherem Sinn wird das Leben erst dann erfüllt, wenn der einzelne Mensch als eine Welt für sich existiert, einmalig und nicht wiederholbar in der Unendlichkeit der Zeit. Erst wenn er in anderen das findet, was er in sich selbst entdeckt hat, erfährt er das Glück der Freiheit und der Güte.«

Der Schrecken des Leninismus liegt darin, dass er bewusst, zielgerichtet, systematisch und auf Dauer die gesellschaftlichen Bedingungen für dieses »Glück der Freiheit und der Güte« zerstörte. Er hat mit der wichtig-

ten Maxime der Aufklärung gebrochen und Menschen wie Sachen behandelt, als bloßes Mittel und nicht auch als Selbstzweck. Die Niederreißung dieser Schranke von Mensch und Ding, die Verwandlung der Einzelnen in »Werkzeuge« der kommunistischen Sache, ja, auch die heroische Selbstverwandlung der Kommunisten in bloße Mittel der Politik bis hin zur Selbstvernichtung ist die Ursünde des Leninismus in der Geschichte der Linken.

Dies alles würde den Leninismus aus der Geschichte der Linken exkommunizieren, wenn, ja wenn der Leninismus nicht im Selbstverständnis und der Praxis vieler seiner Vertreter einem übergreifenden Ziel gedient hätte: der Errichtung und Behauptung einer Gesellschaft der Gütergemeinschaft, die ihrerseits zu einem System der Freiheit und Gleichheit führen sollte. Der antitotalitäre Blick auf den sowjetischen Staatssozialismus ist für diese Spezifik des Leninismus blind, so erhellend er auch sonst ist. Die Todfeindschaft von Nationalsozialismus und sowjetischem Sozialismus wie auch die grundlegenden Unterschiede dieser beiden Gesellschaftssysteme werden damit unerklärbar. Während die Menschenvernichtung im Nationalsozialismus selbst das Ziel war, er also in seinen Mitteln wie Zielen vor allem eine Vernichtungsideologie und Bewegung war, war Verdinglichung des Menschen, war Vernichtung von Menschen im Leninismus ein Mittel zur Durchsetzung des diesen Mitteln zutiefst widersprechenden Ziels einer ausbeutungsfreien Gesellschaft der Freien und Gleichen auf der Grundlage des Gemeineigentums.

Der Leninismus war das ideologisch geleitete Projekt der Umgestaltung der Gesellschaft in eine kommunistische Gemeinwirtschaft. Dies macht seine Größe aus und beschreibt die Tragödie des welthistorischen Scheiterns jener, die oft mit höchster Selbstaufopferung und unglaublicher Disziplin dieser Idee ihr Leben gewidmet hatten. Ein solcher Sozialismus konnte bei bestem Willen und Mühen nicht emanzipatorisch und demokratisch sein oder werden.

Vierter Akt: Die Mühen der Ebenen und letzte Illusionen

Diese lange Zeit kann nur kurz gestreift werden. Die Geschichte des partekommunistischen Sozialismus ist eine Geschichte größter Siege – so im Zweiten Weltkrieg über den deutschen Faschismus, so im chinesischen Bürgerkrieg und bei der Vereinigung Vietnams oder beim Sturz der Diktatur Batistas in Kuba. Und sie ist auch eine Geschichte zwischen Tendenzen der Entfesselung der Barbarei bei der Durchsetzung gesellschaftsumgestaltender sozialistischer Projekte, und dem Bemühen, diese Tendenzen

ezuzudammen und unter Kontrolle zu bringen. »Industrialisierung« und »Kollektivierung« wie auch »Großer Sprung« und »Kulturrevolution« waren jeweils verbunden mit neuen Wellen von Hunger, Terror und Ausbau des Lagersystems. Sie waren die radikalsten Projekte von Enteignung und Landnahme im 20. Jahrhundert.

Chruschchows Tauwetter und Entstalinisierung, die immer neuen Versuche in China, Stabilität zu sichern und Reformen einzuleiten, die ganze Serie von Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre, die Politik der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« waren Projekte, den Staatssozialismus wirtschaftlich effizienter, sozialer und humaner zu gestalten und zu öffnen. Die Verfolgung Andersdenkender wurde zunehmend auf jene eingeschränkt, die man als offene Bedrohung ansah. So folgten Wellen kommunistischer Vergemeinschaftung und Wellen von Reformen aufeinander. Aber es waren Wellen einer niedergehenden Formation, die Ende der 1970er Jahre in ihre Endkrise kam. Die Größe der kommunistischen Idee der Lösung der sozialen Frage bewies sich auch an der Dauerhaftigkeit des aus ihr hervorgegangenen Systems und dem Beharrungsvermögen im Niedergang.

Sechzig Jahre nachdem die Bolschewiki unter der Führung von Lenin und Trotzki in Russland die Macht übernommen hatten, war die Energie dieses parteikommunistischen Projekts erschöpft. Alle Versuche, innerhalb der Strukturen einer verstaatlichten Gemeinwirtschaft den Übergang zu einer auf eigenständiger Innovation und Erneuerung beruhenden Entwicklung zu vollziehen, waren gescheitert. Der technologische wie ökonomische Abstand zu den westlichen Industriestaaten wuchs wieder. Insbesondere vor diesem Hintergrund nahm die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu, verloren auch die Mitglieder der kommunistischen »Dienstklasse« ihren Glauben an das Projekt, formierte sich Widerstand und intensivierten sich Repressionen. Eine Hoffnung auf die Verbindung dieses Sozialismus mit Demokratie gab es in den 1980er Jahren nicht mehr.

Die unter Führung von Deng Xiaoping 1978 begonnen Reformen, die Formierung der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc sowie schließlich Gorbatschows Perestroika waren drei unterschiedliche Prozesse, die die Auflösung des Staatssozialismus einleiteten. Sie können und müssen hier nicht näher betrachtet werden.

Wie sehr der Parteistaatssozialismus sich überlebt hatte, macht Thomas Brussig in seinem Roman »Helden wie wir« deutlich. Darin karikiert er so scharfsinnig und böse eine der Rednerinnen der Demonstration vom

4. November 1989 – Christa Wolf: »Nachdem sie im ersten Teil ihrer Ansprache auf das ausgiebigste das Wort Wende zerpfückte, nachdem sie den Wendehals aus dem ornithologischen Wörterbuch präsentierte – und alles unter dem Leitgedanken befreiter Sprache –, passiert ihr so was: Das, wovon sie träumt, wird Sozialismus genannt und rutscht durch die Kontrollen, ohne Blick ins Lexikon, ohne, wie das Wort Wende, von allen Seiten betatscht zu werden. Angenommen, nur mal angenommen, sie hätte im Lexikon nachgeschlagen, vielleicht hätte sie gefunden: ‚Sozialismus: Gesellschaftsordnung, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum der Produktionsmittel beruht‘. Könnte sie davon träumen, richtig visionär träumen? (...) Nicht, dass ich etwas gegen vergesellschaftete Produktion hätte, die keinen zum Weggehen veranlasst. Aber als Traum ist mir das zwei Nummern zu piefig.«¹¹ Dieser Sozialismus endete, so füge ich hinzu – auch – im Witz. Vor allem aber endete er in der Sowjetunion und Ostmitteleuropa weitgehend unblutig. Die gewählten Mittel, so war klar geworden, standen unwiderruflich dem großen emanzipatorischen Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen im Wege. Die von Lenin und den Leninisten mit aller Härte eroberte Macht musste (auch) um des Zieles willen aufgegeben werden. Aber gibt es einen neuen, anderen Weg, der aus dem Kapitalismus heraus und über ihn hinaus gleichzeitig zu mehr Gleichheit und zu mehr Freiheit führt?

Fünfter Akt: Fragend gehen wir voran

Die Geschichte des Leninismus ist Geist vom Geiste, Fleisch vom Fleische der europäischen Linken und der Sozialdemokratie. In ihr wurde eine Möglichkeit ausgeschrieben, die seit den 1830er Jahren in der Linken virulent war und 1848 mit ersten politischen Differenzen in die Wirklichkeit trat. In den Jahren zwischen 1914 und 1919 wurden aus diesen Differenzen Spaltungen und Feindschaften, bis auf den Tod. Die linkssozialistischen Versuche, diese Spaltungen zu überwinden, scheiterten bekannter Maßen.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Leninismus und Stalinismus als eigener Geschichte in der Linken ist notwendig auch für jene, die dem leninistischen Flügel der Linken nie angehörten. Und seitens derer, die 1989 als Erben der SED antraten, ist sie weiterhin unverzichtbare Bedingung jedweden Anspruchs auf Legitimität und Zukunftsfähigkeit.

Ein bloßes Bekenntnis zur Demokratie reicht aber nicht aus. Denn wenn etwas in diesem Beitrag deutlich werden sollte, so ist es die These, dass

Sozialismus gegründet auf der Überführung der Produktionsmittel in eine Hand und wirkliche Demokratie unvereinbar sind. Weder lässt sich dieser Sozialismus demokratisch aufbauen, noch kann er demokratisch erhalten werden, und er zerfällt, wenn demokratische Elemente eingeführt werden. Eine sozialistische Demokratie ist nur möglich, wenn auch der Sozialismus eine plurale Eigentumsgrundlage erhält. Lebensfähig kann er nur sein, wenn er nicht nur eine freie Assoziation der Individuen, sondern auch eine Assoziation von wirtschaftlichen Unternehmungen ist, die wirtschaftsdemokratisch kontrolliert werden. Es gibt deshalb kein Zurück zu Marx und Luxemburg, sondern nur ein Vorwärts zu einem Sozialismus oder auch Luxemburgismus 2.0. Dabei kann an viele transformatorische Ansätze einer radikalen Realpolitik angeknüpft werden, wie sie nach 1918/9 u. a. in der österreichischen Sozialdemokratie, in der SPD-Linken, der sowjetischen Arbeiteropposition, der Neuen Ökonomischen Politik, während der Politik der Volksfront in den 1930er Jahren, nach 1945, in den 1960er und 1970er Jahren entwickelt wurden. Der Reichtum von Erfahrungen ist ungeheuer.

Aber auch an Marx kann angeknüpft werden: Wenn er die Aufgabe formuliert, dass den gegenständlichen Momenten der Produktion die Entfremdung »abgestreift werde«, wenn er verlangt, dass sie »gesetzt« werden »als Eigentum, als der organische gesellschaftliche Leib, worin die Individuen sich reproduzieren als Einzelne, aber als gesellschaftliche Einzelne«, dann kann, dann muss dies angesichts der historischen Erfahrungen und der gewonnenen theoretischen wie praktischen Einsichten getrennt werden von der Vorstellung, dass dies die direkte Verstaatlichung der sachlichen Produktionsbedingungen und ihre Überführung in ein Monoeigentum verlangt.

Wie aber kann der gesellschaftliche Reichtum zum organischen Leib freier Individuen werden, die ihre Freiheit so einsetzen, dass sie wirklich einen solidarischen Beitrag zur Entwicklung aller leisten? Wie ist eine wirkliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel möglich, die die freie Verfügung nicht aufhebt, sondern nur ihre antagonistische Form überwindet und den kooperativen Wettbewerb von Unternehmen einschließt.

Die Linke wird dazu fast ein Viertel Jahrhundert nach dem Ende des sowjetischen Staatssozialismus nicht länger schweigen dürfen. Es gibt neue Bewegungen, neue Ansätze, neue Experimente. Vielleicht beginnt mit ihnen eine neue Geschichte der Linken. Diese Geschichte könnte, um einen Begriff von Frigga Haug aufzugreifen, eine Vier-in-Einem-Perspektive haben: Erneuerung des Sozialeigentums im Zeitalter der Individualisierung:

Sicherung der Bedingung eines Lebens in Freiheit und Sicherheit durch krisenfesteste solidarische Systeme der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Dadurch könnten Menschen auch gesamtgesellschaftlich wieder zu Für-einander-Sorgenden werden. Erneuerung der Allmende, der Commons im Zeitalter von Globalisierung und digitaler Revolution: Wir müssen die allgemeinen gesellschaftlichen Produktionsbedingungen, das Finanzsystem, der Infrastruktur von Verkehr und Kommunikation sowie der Energie, die Bedingungen von wirklicher Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, von Kultur und Bildung unter unsere gemeinsame Kontrolle nehmen. Dadurch könnten die Menschen zu den assoziierten Eigentümerinnen und Eigentümern der allgemeinen Produktionsbedingungen werden. Erneuerung des Gemeinschaftlichen: Fast 200 Jahre nach Robert Owen wird der Genossenschaftsgedanke sehr aktuell. Energiegenossenschaften, Wohnungsgenossenschaften, die Peer-to-Peer-Economy, der Open-Source-Produktion, kommunale Wirtschaft mit partizipatorischer lokaler Demokratie stehen im Mittelpunkt vieler Initiativen. Menschen schaffen Bedingungen, unter den sie als Genossinnen und Genossen einer freien Gemeinschaftlichkeit wirken können.

Erneuerung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse: Von der eingebildeten Herrschaft über die Natur, von der Verwüstung und Vermüllung des Planetens müssen wir die Weg finden hin zu einem Leben im Garten Erde, der Beete kennt wie Wildnis, erhalten durch behutsame Pflege, das Kompostieren und Düngen im Zyklus der natürlichen Kreisläufe in einem Zeitalter, wo der Mensch selbst zur geologischen Kraft in diesen Kreisläufen geworden ist. Dadurch würden die Menschen zu tätigen Behüterinnen und Behütern ihrer irdischen Heimat.

Die Geschichte der Linken kann neu begonnen werden. Sie ist keine abgeschlossene Tragödie. Der fünfte Akt der Geschichte des Leninismus, die Geschichte der Nachwehen nach seinem Tod, kann zum Beginn einer neuen Erzählung von Sozialismus werden, die wir selbst lebend und handelnd schreiben. Es wird auf jeden Fall eine völlig neue Geschichte. William Morris Beschworung eines anderen Lebens und Arbeitens im Einklang mit der Natur oder Alexandra Kollontais Vision freier Liebe in einer freien Gesellschaft waren nur Episoden in der Geschichte der alten Linken. Heute rücken Transformation der Natur- und Geschlechterverhältnisse ins Zentrum. Das Leitbild der Anarchisten, die Selbstorganisation, erhält endlich einen legitimen Platz, und dies nicht nur auf den Plätzen von Occupy und Blockupy. Die Fixierung auf Produktivität und Wachstum wird der Orientierung auf eine Reproduktionsökonomie weichen.

Der Bruch mit dem »Stalinismus als System« war die Bedingung von Emanzipation, war »Befreiung aus selbstverschuldeter Unmündigkeit« (Kant). Heute ist der Bruch mit dem Neoliberalismus als System des Denkens und der Politik gefordert, eines Neoliberalismus, der auch Teil der Linken geworden ist. Es ist zugleich eine Überwindung von Patriarchat, Produktivismus und bürokratischem Zentralismus.

Freiheit ist kein Geschenk, sondern eine Aufgabe. Ob es gelingt, Sozialismus und Demokratie auf neuer Grundlage untrennbar zu vereinigen, wird sich erweisen müssen in jenen Kämpfen, in denen für eine doppelte Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus gestritten wird.

¹ Sozialistische Einheitspartei Deutschlands; Partei des Demokratischen Sozialismus (1999): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS: Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Hrsg. von Lothar Hornbogen, Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan. Berlin: K. Dietz. S. 132 f.

² o. A. (möglicher Weise das Mitglied des Bundes der Kommunisten, Emil Ottokar Weller): Zur Entgegnung auf den Hartkort'schen Brief und dessen Beleuchtung durch einen Kandidat der Gottesgelahrtheit in Roßwein. In: Die Verbrüderung, Nr. 94/1849, Leipzig, den 24. August. In: Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter. Herausgegeben vom Centralcomite für die deutschen Arbeiter. Redigiert von Stefan Horn, Franz Schwenniger, Karl Gangloff. Jg. 1-3 (3. Oktober 1848 - 29. Juni 1850). Unveränderter Nachdruck mit einer Einleitung von Rolf Weber. Leipzig 1975, S. 375.

³ Zitiert ebenda, S. 726.

⁴ Das »Manifest der Enragés« vom 25. Juni 1793. In: Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789 - 1799. Bd. 2. Leipzig: Reclam Universal Bibliothek 1982, S. 450.

⁵ Der Terminus *Classe Ouvriere* ist für Frankreich erst 1795 und der der *Labouring Classes* für England erst 1797 bezeugt. Vgl. Conze, Werner: Arbeiter, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart, 1972, S. 218.

⁶ Zit. in: Conze, Werner: Arbeit, in: ebenda, S. 187.

- ⁷ Die Verbrüderung, Nr. 1./2., 3. Oktober 1848. A. a. O., S.
- ⁸ Marx, Karl: [Einleitung zum Programm der französischen Arbeiterpartei]. In: MEW, Bd. 19, S. 238.
- ⁹ Marx, Karl: [Zur Kritik des Gothaer Programms]. In: MEW, Bd. 19, S. 21.
- ¹⁰ Seitdem am 15. Dezember 1864 die erste Nummer der Zeitschrift des »Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins« unter dem Titel »Der Social-Demokrat« erschien, war allen Linken gemeinsam: sie ist Sozialdemokratie, so auch der Name der 1869 gegründeten »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei«, aus deren Vereinigung mit dem ADAV 1875 die SPD hervorging. Vgl. aber auch die Erklärung in der Zeitschrift »Verbrüderung« als Ausgangspunkt.
- ¹¹ Thomas Brussig: Helden wie wir. Berlin 1996, S. 286 f.

*Sozialismus und Demokratie - eine historische Tragödie. Vortrag
von Michael Brie in Leipzig am 20.4.2013. online-Publikation.
[http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/
sonst_publicationen/Der_Bruch_mit_dem_Leninismus_als_System.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Der_Bruch_mit_dem_Leninismus_als_System.pdf)*

16

Michael Brie
Was bleibt?

Die kommunistische Verfolgung von Kommunistinnen
und Kommunisten und der Fall Walter Janka



Walter Janka bei einem außerordentlichen Parteitag der SED 1989 in Berlin
[Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1215-303 / Senft, Gabriele / CC-BY-SA]

In seiner Sitzung vom 18. bis 20. Oktober 2013 hat der Parteivorstand der Partei DIE LINKE mit Mehrheit einen Beschluss unter dem Titel »Gedenktafel am Karl-Liebknecht-Haus« gefasst. Der erste Punkt des Beschlusses lautet: »Im Gedenken an die Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die dem großen Terror in der Sowjetunion zum Opfer fielen, wird am Berliner Karl-Liebknecht-Haus eine Gedenktafel angebracht. Die Inschrift lautet: ‚Ehrendes Gedenken an Tausende deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert, auf Jahrzehnte verbannt und ermordet wurden.‹ Sie befindet sich an der gleichen

Außenwand, an der noch zu Zeiten der DDR folgende Tafel angebracht wurde: »Ernst Thälmann, der Führer der deutschen Arbeiterklasse, der heldenhafte Kämpfer gegen Faschismus und Krieg, arbeitete in diesem Haus«.

So unterschiedlich die Reaktionen auf diesen Beschluss waren bezogen auf Formulierung und auf Ort des Gedenkens, so gibt es doch einen Konsens unter jenen, die sich in der Partei DIE LINKE zu Worte meldeten: Dieses Gedenken tut not. Und es ist ein besonders schmerzvolles Gedenken, weil es so lange, gerade in der DDR, in der SED so ungeheuer schwer war, der durch die Sowjetunion und nicht selten unter Mithilfe von KPD, SED und Organen der DDR verfolgten Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten zu gedenken, ohne dem Vorwurf ausgesetzt zu werden, Nationalsozialismus und sowjetischen Kommunismus gleichzusetzen. Erst 1989 begann sich das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED mit dem Schicksal jener zu beschäftigen, die oft im Auftrag der KPD oder durch sie gewonnen, in die Sowjetunion gegangen waren und dort Opfer des stalinistischen Terrors wurden. Kommunistische Opfer des Kommunismus gab es aber auch in der DDR selbst.

Niemals hat eine politische Bewegung in so kurzer Zeit so viele Menschen in ihren Bann gezogen und so viele Gesellschaften nach ihrem Bilde geformt, wie der von Lenin begründete Parteikommunismus des 20. Jahrhunderts. Und niemals zuvor wurden so viele Anhänger einer solchen Bewegung von deren Führern und ihren Apparaten unterdrückt, verfolgt, eingekerkert und ermordet wie in jener Zeit, die mit dem Stalinismus (und auch Maoismus) verbunden wird. Wie Christa Wolf im Herbst 1989 bei der Lesung von Walter Jankas »Schwierigkeiten mit der Wahrheit« im Deutschen Theater sagte: »Zum erstenmal wird öffentlich und so radikal wie möglich jenes Grundübel zur Sprache kommen, aus dem über Jahrzehnte hin fast alle anderen Übel des Staates DDR hervorgegangen sind: der Stalinismus.«¹ Die Größe und das Elend des Parteikommunismus sind weltgeschichtlich beispiellos. Er ist von einer einmaligen Tragik geprägt.

Auf dem 20. Parteitag der KPdSU von 1956 ging Nikita Sergejewitsch Chruschtschow mit den folgenden Worten auf den Großen Terror Stalins ein: »Und gerade in dieser Periode (der Jahre 1935 bis 1937) kam es zur Praxis der massenweisen Repressalien von Staats wegen, zuerst gegenüber den Gegnern des Leninismus: gegenüber den Trotzkiisten, Zinow'evleuten und Bucharinleuten, die schon seit langem politisch von der Partei zerschlagen waren, später auch gegenüber vielen ehrlichen Kommunisten, gegenüber denjenigen Parteikadern, die die schwere Last des Bürgerkrieges sowie

der ersten und schwierigsten Jahre der Industrialisierung und Kollektivierung auf ihren Schultern getragen hatten, die aktiv gegen die Trotzlisten und Rechtsabweichler um eine leninistische Parteilinie gekämpft hatten.«² Immer noch wurde die Unterscheidung zwischen denen, die jemals in einen Konflikt mit Lenin geraten waren, und den »ehrlichen Kommunisten« gemacht. Welch irrwitziges Kriterium von »Ehrlichkeit«!

In seinem Roman »Leben und Schicksal« lässt Wassili Grossman einen kommunistischen Häftling im Gulag sagen: »Ich beneide nicht, die draußen in Freiheit sind. Die in ein deutsches Konzentrationslager geraten sind, die beneide ich. Wie schön, wenn man einsitzt und weiß, dass man von einem Faschisten geprügelt wird. Wir sind hier doch in der schrecklichsten Lage, werden von unseren eigenen Leuten misshandelt.«³ Walter Janka wurde zwei Mal im Bautzener Gefängnis eingekerkert – zum ersten Mal für anderthalb Jahre nach 1933 und zum zweiten Mal für vier Jahre 1957. Welche Perfidie! Beim ersten Mal wurde ihm Vorbereitung zum Hochverrat vorgeworfen – wie hätte er den nationalsozialistischen Richtern widersprechen können! –, zum zweiten Mal wurde er »als unmittelbarer Hintermann und Teilnehmer einer konterrevolutionären Gruppe« wegen Boykotthetze zu fünf Jahren Zuchthaus mit verschärfter Einzelhaft verurteilt. Dieses Verdikt hat er, ganz anders als das erste, niemals akzeptiert.

Ich möchte den entsprechenden Paragraphen der DDR-Verfassung (Art. 6, § 2) von 1949 zitieren, auf den sich das Urteil gegen Walter Janka und die Mitangeklagten bezog: »Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militärischer Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.«⁴ Walter Janka wurde in der DDR also mit Berufung auf genau jenen Paragraphen verurteilt, der dem offensiven Schutz der Demokratie vor faschistischen Angriffen dienen sollte. Der nachfolgende entscheidende Satz – »Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze« – wurde dagegen ignoriert. Der behauptete Schutz der Demokratie wurde in ein Mittel der Zerstörung der Demokratie und der Negierung der elementaren, in der Verfassung verbrieften demokratischen Grundrechte verwandelt. Kritik an der aktuellen Partei- und Staatsführung der DDR – vornehmlich unter dem Gesichtspunkt mangelnder Demokratie artikuliert – wurde mit antidemokratischer Haltung identifiziert.⁵ Diese Paradoxa sind dem Parteikommunismus sowjetischer Prä-

gung wesenseigenen. Sie sind nicht stalinistisch, sondern leninistisch. Stalinistisch sind nur der entfaltete Terror gegen die eigene Partei und der völlige Verlust jeder Kontrolle über die Ausübung personaler Macht.

Anders als das Elend, kann die Größe des parteikommunistischen Projekts heute schnell vergessen werden. Sie ergab sich aus der Verbindung der radikalsten humanistischen Vision, die es jemals gegeben hat (dem Kommunismus der Freien und Gleichen oder der »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Entwicklung aller«⁶ wird) mit der wirkungsstärksten politischen Kampfform der Neuzeit – der leninistischen Partei und der von ihr geführten militärischen, sicherheitspolitischen, sozialen und kulturellen Organisationen. Der Kommunismus versprach, jede Form von Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung und Gewalt auszurotten, indem er radikal war, an die Wurzel der Übel ging – die Eigentumsverhältnisse, aus denen die Interessen und die Macht erwachsen, so die Überzeugung, die alleinig Kapitalismus, Rassismus, Patriarchat und Krieg am Leben hielten. Und welche Schwächen die sowjetische Ordnung ganz offensichtlich haben mochte, ein Versprechen hielt sie unter Führung Stalins, der die Neue Ökonomische Politik 1929 jäh beendete, tatsächlich ein: Sie brach mit dem Privateigentum.

Die Erfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs, der Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Faschismus begründeten die kommunistische Radikalität. Ganze Generationen von Revolutionären und Freiheitskämpfern schwuren ihre Treue der »Vision der Weltrevolution unter der Fahne des Roten Oktober«⁷. Es waren viele der konsequentesten Kämpfer gegen Krieg, Unterdrückung und Faschismus, jene, die sich mit aller persönlichen Folgerichtigkeit einbrachten, zu den größten Opfern bereit waren, sich von höchster Selbstlosigkeit leiten ließen, viele jener, die Humanismus absolut ernst nahmen, die in dieser Zeit zu Kommunisten wurden. Walter Janka war einer von ihnen. Die kommunistischen Bewegungen waren vor allem auch moralische Bewegungen und suchen im 20. Jahrhundert Ihresgleichen. Es gab in der ganzen Neuzeit wohl keine politische Strömung, die derart ganz und mit so hoher Dauer auf dem millionenfachen Ethos ihrer Anhänger aufgebaut war.

Lenins zentralisierte und disziplinierte Partei neuen Typus der Berufsrevolutionäre und der von ihr geführten Massen, deren absoluter Vormachtsanspruch auf wissenschaftlich unumstößlicher Wahrheit begründet wurde, deren durchschlagende Wirkung sich aus der Einheit von Bewusstsein, Willen und Handeln ihrer Mitglieder und Anhänger ergeben sollte, wurde für die Kommunistinnen und Kommunisten zu dem Mittel,

dass die Erreichung der großen Ziele verbürgen sollte. Außerhalb und jenseits dieser Partei schien Kommunismus nichts zu sein als ein leeres Wort. Diese Partei war ein Widerspruch in sich: Sie sollte zugleich die künftige Gesellschaft der Freien und Gleichen antizipieren, die freie Assoziation der Zukunft in der Gegenwart vorwegnehmen, und auf blindem Vertrauen in die Führung und bedingungslosem Gehorsam ihr gegenüber geprägt sein. Beides wurde statuarisch verankert – die höchste Freiheit und völlige Unterordnung.

Die Identität der Kommunisten mit sich selbst hing ganz von ihrer Verbundenheit mit einer solchen Partei ab. Was spät oder nie erkannt wurde, war die Tragödie dieses Kommunismus: So sehr dieser Typ von Organisation sich unter sehr spezifischen Umständen von Krieg und Bürgerkrieg dazu eignen mochte, die Macht zu ergreifen, so sehr machte er zugleich jeden dauerhaften Fortschritt auf dem Weg der Befreiung unmöglich. Im Augenblick der Errichtung der parteikommunistischen Herrschaft, des Leninismus, wurde zugleich die Quelle jeder politischen Freiheit ausgerottet – die Möglichkeit von Menschen, sich frei und selbstbestimmt zu artikulieren und zu organisieren. Der Raum des Demokratischen »als ein nur von Vielen zu erstellender Raum, in welchem jeder sich unter seinesgleichen bewegt«, der um »Freiheit zentriert« ist im Sinne des »Nicht-beherrscht-Werden und Nicht-Herrschen«⁸, dieser Raum wurde unwiederbringlich zerstört. Diesen Widerspruch erfuhren nicht nur die politischen Gegner, sondern zunehmend auch die Kommunistinnen und Kommunisten selbst, sofern sie sich als Individuen nicht aufgaben, sondern den Weg der Befreiung als Weg wachsender Freiheit gestalten wollten. Die Unterdrückung und Verfolgung überzeugter Kommunisten war eine Konsequenz dieses Kommunismus. Das Überleben des Parteikommunismus wurde davon abhängig, dass der emanzipatorische Aufbruch erstickt wurde, aus dem doch die Energie für den kommunistischen Einsatz gekommen war, dass Marxens kategorischer Imperativ, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«⁹ nicht radikal kritisch auf die Verhältnisse der entstandenen staatssozialistischen Gesellschaft angewendet wurde.

Die Motivationen, die zum Aufbegehren gegen Kapitalismus, Imperialismus und Krieg geführt hatten, sollten unterdrückt werden, wenn der Stiefel im Gesicht der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen von Mitgliedern einer kommunistischen Partei und ihrer Organe getragen wurde. Wie der vom Stalinismus belehrte und doch noch hoffende Ernst Bloch ausführte, gibt es aber mit Blick auf die Menschenrechte »zwischen Ges-

tern und Morgen keinen schlechthin trennenden Riss«¹⁰: »Überall ... soll es das gleiche Banner der Menschenrechte sein, welches die Werktätigen als Widerstandsrecht in kapitalistischen Ländern erheben, welches sie in sozialistischen durch Aufbau des Sozialismus, Kritikrechte, ja Kritikpflicht in diesem Aufbau vorantragen. Sonst würde ja - *contradictio in adjecto* - autoritärer Sozialismus gelten, indes doch die Internationale das Menschenrecht erkämpft: organisierte Mündigkeit.«¹¹

In seinen Erinnerungen schreibt Walter Janka: »Ich habe Marx aufmerksam gelesen. Und ich glaube, ihn richtig verstanden zu haben. Außer Zweifel steht, dass seine Theorien mein Leben beeinflusst und den Rhythmus meiner Gedanken und Handlungen bestimmt, mein Wesen geformt haben. Doch es war nicht allein das. Mein Leben war immer auch die Suche nach Selbstverwirklichung. Inwieweit das gelungen ist, werden diese Erinnerungen zeigen.«¹² In diesen Sätzen wird der Selbstwiderspruch deutlich: Einerseits die Lehre von Karl Marx, auf die sich die SED und andere kommunistischen Parteien beriefen, andererseits die »Suche nach Selbstverwirklichung«. Auf der einen Seite wird am Sozialismus gegründet auf der Vorherrschaft des staatlich-gesellschaftlichen Eigentums festgehalten, auf der anderen Seite werden genau jene Strukturen abgelehnt, die bisher die einzigen waren, die dieses Eigentum zumindest auf Zeit zu sichern vermochten. Wie schrieb Walter Janka: »Nur soviel maße ich mir an: Ich begann vor vierzig Jahren, mich vom stalinistischen Denken zu entfernen, nach Lösungen zu suchen, die das, was wir als sozialistisch verstanden, von diktatorischer Unterdrückung befreien. Und mir war schon sehr früh bewusst geworden, dass wir unsere Zukunft aufs Spiel setzen, wenn es nicht gelingt, einen Wandel zu ermöglichen. Hätte mich in den fünfziger Jahren jemand befragt, was in den sozialistischen Ländern noch als revolutionär zu verstehen ist, würde ich bedenkenlos geantwortet haben: Abschaffung aller diktatorischen Machtstrukturen, Durchsetzung eines sozialistischen Pluralismus, um in freier Wahl die arbeitenden Menschen entscheiden zu lassen, welcher Partei und welchen Personen sie ihre Stimme geben.«¹³

Diesen Widerspruch zwischen Freiheitsanspruch und Diktatur erfahren nicht nur die politischen Gegner, sondern zunehmend auch die Kommunistinnen und Kommunisten selbst, sofern sie sich als Individuen nicht aufgaben, sondern den Weg der Befreiung als Weg wachsender Freiheit gestalten wollten. Verfolgung überzeugter Kommunisten war eine mögliche Konsequenz dieses Kommunismus. Das Überleben des Parteikommunismus wurde davon abhängig, dass der emanzipatorische Aufbruch

erstickt wurde, aus dem doch die Energie für den kommunistischen Einsatz gekommen war. Die Verneinung des eigenen Ziels einer freien Gesellschaft im Prozess der leninistischen Verwirklichung dieses Ziels war unvermeidlich. Der Parteikommunismus verbot, dass Marxens kategorischer Imperativ, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (MEW 1, S. 385) radikal kritisch auf die Verhältnisse der entstandenen staatssozialistischen Gesellschaft angewendet wurde.

Die parteikommunistische Strömung des 20. Jahrhunderts war derart konsequent auf die Bekämpfung des radikal Bösen fixiert, dass sie glaubte, sich der Dialektik des Guten, entziehen zu können. Es gehört jedoch zur *conditio humana*, dass Menschen als soziale Wesen gezwungen sind, »Zwang als Nutzung von Mitteln des Bösen«¹⁴ akzeptieren müssen, um soziale Beziehungen zu stabilisieren. Ordnung kann nur verwirklicht werden, wenn sie sich – auch – der Gewalt bedient. Eine völlige Trennung des Guten vom Bösen ist prinzipiell unmöglich. Damit muss der Zweck immer im Zusammenhang und im Verhältnis zu den Mitteln bedacht werden. Der Parteikommunismus geriet in Versuchung, sich dem zu entziehen. Jeder Konflikt wurde fast ohne Grautöne in den Gegensatz Sozialismus oder Barbarei, Sozialismus oder Faschismus übersetzt. Das schlimme Unwort vom Sozialfaschismus war nur einer der Ausdrücke dieses manichäischen Reduktionismus. Die entstehende Bundesrepublik erschien in der Propaganda als Fortsetzung des deutschen Faschismus durch die Bourgeoisie mit anderen Mitteln. Unter den Bedingungen einer solchen Zuspitzung wurde Gewalt gegen Menschen zu einem kleineren Übel, zu einem notwendigen Übel oder sogar zu etwas Gutem. Und als Inkarnation des Bösen verlor der Andersdenkende, Andershandelnde auch die Menschenwürde. Stalins Chefankläger der Moskauer Prozesse, Wyschinski, beendete sein »Plädoyer« im Prozess gegen Kamenew und Sinowjew mit den Worten, sie seien tollwütige Hunde, die man erschießen müsse. Und Stalin konnte zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution zu einem Trinkspruch anheben, der auch »alten Bolschewiki« den Tod verhieß: »Auf die Vernichtung aller Feinde, ihrer selbst, ihrer Sippe – bis zum Ende!«¹⁵

Das Bewusstsein, dass Gewalt immer etwas Böses ist, immer die Menschenwürde verletzt, deshalb der äußersten Kontrolle bedarf – der schärfsten moralisch-sittlichen wie der institutionellen Hemmung – konnte im Leninismus schnell verloren gehen. Rosa Luxemburgs Diktum, der »wahre Odem des Sozialismus« sei die Verbindung von »rücksichtsloseste(r) revolutionäre(r) Tatkraft und weitherzigste(r) Menschlichkeit«¹⁶, wurde immer

wieder auf die Unbarmherzigkeit der kommunistischen »Sache« und ihrer politischen Zweckmäßigkeit reduziert. Zugleich aber rief dies das Unverständnis, den Unwillen und schließlich auch Protest genau jener hervor, die aus Humanität doch zu Kommunistinnen und Kommunisten geworden waren. Wie konnten sie menschlich bei sich selbst bleiben, wenn das kommunistische Projekt im Prozess seiner politischen Verwirklichung nicht menschlicher wurde?!

Schon im Januar 1918 hatte Nikolai Bucharin bei der ersten und letzten Sitzung der Konstituierenden Versammlung Russlands »der bürgerlich-parlamentarischen Republik einen Kampf auf Leben und Tod« erklärt¹⁷. Der frei gewählten Volksvertretern wurde das Ultimatum gestellt: Übernahme aller Beschlüsse der Sowjetregierung und sofortige Selbstauflösung oder aber Auflösung durch die von Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären gebildeten Macht. Ab Februar 1918 wurden die Vertreter der anderen Parteien, beginnend mit den rechten Sozialrevolutionären und Menschewiki, die in der Konstituierenden Versammlung die Mehrheit gehabt hatten, mit administrativen Mitteln aus allen politischen Ämtern entfernt. Die zivile Austragung von politischen Konflikten wurde unmöglich. Jetzt sprach nur noch der »Genosse Mauser« (Majakowski 1918). Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung machte den totalen Bürgerkrieg unvermeidlich. Ihm fielen rd. eine Million Menschen als Soldaten direkt und durch den Terror beider Seiten sowie durch antijüdische Pogrome zum Opfer. Die Zahl der zivilen Opfer (Seuchen, Hunger usw.) liegt bei geschätzten acht Millionen, vier Mal höher als im Ersten Weltkrieg¹⁸. Die »Freiheit der Andersdenkenden« fand ein blutiges Ende.

Wie ich an anderer Stelle formulierte: »Die Leninsche Politik war nicht prinzipienlos, sondern hatte ganz im Gegenteil nur ein Prinzip – die Sicherung der Macht der Bolschewiki als Garant einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Der Aufbau einer welthistorisch so noch nie gesehenen Geheimpolizei und der Ausbau eines umfassenden Lagersystems zu einer permanenten Form der Internierung von aktuellen oder potentiellen Gegnern, systematischer Terror, militärische Zwangswirtschaft, die Unterdrückung der letzten Reste innerparteilicher Demokratie schienen durch dieses eine Prinzip legitimiert. Und die Mittel waren letztlich zumindest in dem einen entscheidenden Punkt erfolgreich: Diktatorisch wurde die Macht der kommunistischen Partei in Russland letztlich gesichert. [...] Der Schrecken des Leninismus liegt darin, dass er mit der wichtigsten Maxime der Aufklärung gebrochen und Menschen wie Sachen behandelt, als bloßes Mittel und nicht auch als Selbstzweck.¹⁹ Der

Parteikommunismus riss die Schranke zwischen Mensch und Ding nieder. Er verwandelte die Einzelnen in ‚Werkzeuge‘ der kommunistischen Sache, ja, die Kommunisten selbst formten sich um in bloße Mittel der Politik bis hin zur Selbstvernichtung. Dies ist die Ursünde des Leninismus in der Geschichte der Linken.«²⁰

Der Stalinismus wurde erst möglich, weil sich in der kommunistischen Bewegung der Leninismus durchgesetzt hatte. Während aber für Lenin und den originären Bolschewismus die Macht der eigenen Partei letztlich ein diktatorisches Mittel für solidarisch-emanzipatorische Ziele war und daran immer wieder gemessen wurde, wurde sie im Stalinismus zum Selbstzweck. Durch Stalin (und eine Reihe anderer Führer kommunistischer Parteien) wurde die entscheidende zivilisatorische Selbstbindung des Leninismus, die Bindung an die solidarische Selbstbefreiung der unterdrückten Klassen, aufgegeben. Der Stalinismus ist zugleich Erbe und er ist ein gewalttätiger Bruch mit dem Leninismus.

So weit der Parteikommunismus stalinistisch wurde – und er wurde es nur in wenigen Jahren ganz und verlor zugleich niemals wieder völlig dieses Moment –, wurde die Vormacht der Partei selbst, der Parteiführung und letztlich der Führer zum alleinigen Zweck. In diesem Augenblick wurde aus der zwanghaften Disziplinierung und Selbstdisziplinierung der Kommunistinnen und Kommunisten ihre systematische Verfolgung und auch Vernichtung. Jetzt stand der Hauptfeind der personalisierten Herrschaft in den eigenen Reihen. Jeder, der auch nur den Ansatz von Autonomie verkörpern konnte, wurde zum potentiellen Verräter – seien es die sog. Spezialisten, die Militärs, die Intellektuellen, die Ausländer, die Juden, die Kulturschaffenden, jeder, der Kontakt hatte mit Gruppen jenseits der eigenen Partei und deren Kontrolle. So wurde Verfolgung apersonal und systematisch. Die leninistische Schwächung der zivilisatorischen Bindung des Kommunismus wurde zur Auflösung dieser Bindung. Nun galt: Sozialismus in einem Land und millionenfache Barbarei! Erst als die Selbstvernichtung der Partei Stalins eigene Macht bedrohte, als später der Angriff Hitlerdeutschlands die geschwächte Sowjetunion an den Rand der Vernichtung brachte, kam es zur Zähmung des Terrors. Die späten 1940er Jahre sahen eine neue Welle.

Mühselig wurde nach 1953 die Umkehr eingeleitet, wurden zivilisatorische Bindungen wieder aufgerichtet, wurde des befreienden Auftrags erinnert, wurde der Stalinismus zugunsten des Leninismus zurückgedrängt, auch wenn nach 1956 und auch später immer wieder neue Repressionen einsetzten. Der unblutige Verzicht der Parteikommunisten auf die Macht

1989 erst schließt diesen Zyklus ab. Seitdem steht die Aufgabe, das große Ziel der freien Assoziation und den Weg der Befreiung auf neue Weise und mit neuen Mitteln in Übereinstimmung zu bringen. Die kapitalistische Zivilisationskrise ist der Hintergrund, vor dem dies heute geschieht.

Kultur und Kunst wurden geradezu zu Kristallisationspunkten der Widersprüche des kommunistischen Projekts. Individuelle Freiheit konnte hier nicht auf Zeit zurück gestellt werden, um in Absehung vom eigenen Selbst, selbst-los, der Sache zu dienen. Dies war das Ende jeder Kunst, die den Menschen als Menschen und eben nicht als Schraubchen im Getriebe der parteikommunistischen Maschinerie anspricht. Wie dichtete Peter Rühmkorf: »Gestern Kommunist - morgen Kommunist, / Aber doch nicht jetzt, Beim Dichten?« (Mailied). Dort, wo die Verwirklichung als ganz besonderes Individuum zur unmittelbaren Bedingung der gesellschaftlichen Wirkung wird - und dies geht über die Kunst weit hinaus, denn jedes menschliche Eingreifen ist immer kulturell, erfasst immer den Menschen in seiner zugleich ganz individuellen wie gesellschaftlichen Dimension -, dort werden die Konflikte zwischen kommunistischem Ziel und parteikommunistischem Mittel aufgerufen. Umso tiefer die Individualität und lebendige Kollektivität, umso härter der Schmerz, den dies hervorrief. Kommunistinnen und Kommunisten in allen Bereichen, ob Bildung oder Gesundheit, Wirtschaft oder Wissenschaft, ob Partei- oder Staatsorganisation, waren mit diesem Konflikt konfrontiert, wenn sie mehr sein wollten als bloß Ausführende.

Walter Janka hat sich in den tragischen Widersprüchen des Parteikommunismus bewegt und sie gelebt. In berührender Weise beschreibt er in seinen Erinnerungen, wie er ohne Bücher und Zeitungen, ohne die Möglichkeit, etwas aufzuschreiben, in seiner frostkalten Zelle in Bautzen die beiden Seelen in seiner Brust in den Dialog miteinander zwang - hier der überzeugte Parteisoldat, der den Zwängen des Kampfes gegen den Klassenfeind Rechnung trug, dort der, der alles am Fortschritt möglicher Selbstverwirklichung und wachsender Freiheit maß. Dieser Dialog hielt ihn aufrecht in der Einsamkeit fast totaler Isolation. Erzwungene Einkehr wurde zur Selbstfindung.²¹

Anders als manche andere und doch gemeinsam mit vielen hat er die Widersprüche des Parteikommunismus mit großer Würde ausgehalten. Wo andere sich bückten, blieb er aufrecht. Wo andere Verrat an Genossen und an sich selbst übten, hat er sich verweigert. Wo andere die Anpassung wählten, blieb er bei sich selbst und seiner Überzeugung. Wo gesellschaftsveränderndes Handeln unmöglich wurde, blieb er hoffend. Mit

ihm erinnern wir an einen bedeutenden Mann und denken zugleich über die Widersprüche von ganzen Generationen von Kommunistinnen und Kommunisten nach. Vielleicht entdecken wir dabei auch das Bleibende, das Fortwirkende, das auf dem Weg der Befreiung und Solidarität Mitzunehmende wieder, dass uns wohl zu sehr nach 1989 verloren ging, was wir uns nehmen ließen. Vielleicht ist es vor allem die Fähigkeit und Kraft, sich den Widersprüchen von Befreiung und Selbstbefreiung offen und solidarisch zu stellen, die wir neu erlernen müssen.

Der Grund, heute an die Verfolgung von Kommunistinnen und Kommunisten durch Organe kommunistischer Herrschaft zu erinnern, ist nicht, dass sie etwa mehr als andere Opfer geworden sind. Zunächst und vor allem hatte es jene getroffen, die nicht mit dem Kommunismus verbunden waren. Grund kann auch nicht sein, dass ihnen höhere Ehren zuteil werden sollten als anderen Opfern. Gedenken müssen wir ihnen, weil sie aktiver Teil und zugleich Opfer jener Bewegung waren, deren Erbe wir nicht ausschlagen können – weder in ihrer Größe noch in ihrer Tragik. Es ist gut, dass diese Erinnerung nun öffentlich ist und damit bleibt. Die politische und moralische Glaubwürdigkeit sozialistischer Politik ist nicht allein vom souveränen Umgang mit dem Stalinismus abhängig. Aber ohne einen solchen Umgang mit der eigenen Geschichte des Leninismus und des Stalinismus kann sie niemals gewonnen und keinesfalls auf Dauer bewahrt werden.

¹ Zitiert in Walter Janka, *Spuren eines Lebens*, 1. Aufl. (Berlin: Rowohlt, 1991), 11.

² Nikita S. Chruschow, »Rede des Ersten Sekretärs des CK der KPSS, N. S. Chruschew auf dem XX. Parteitag der KPSS [„Geheimrede“] und der Beschluß des Parteitages „Über den Personenkult und seine Folgen“, 25. Februar 1956«, 1956, www.1000dokumente.de/index.html.

³ Vasilij S. Grossman, *Leben und Schicksal*, 1. Aufl., ungekürzte Ausg. (Berlin: List, 2008), 219.

⁴ »Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik [vom 7. Oktober 1949]«, zugegriffen 18. Januar 2014, www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html.

⁵ Vgl. zu den Zielen der Gruppe um Wolfgang Harich und Walter Janka das Vernehmungprotokoll in *Der Prozess gegen Walter Janka und andere. Eine Dokumentation* (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1990), 29.

- ⁶ Karl Marx und Friedrich Engels, »Manifest der Kommunistischen Partei«, in MEW, Bd. 4 (Berlin: Karl Dietz Verlag, 1974), 482.
- ⁷ Eric J. Hobsbawm, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century, 1914-1991* (London : New York: Michael Joseph; Viking Penguin, 1994), 71.
- ⁸ Hannah Arendt, *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass*, [1. - 3. Tsd.] (München: Piper, 1993), 39.
- ⁹ Karl Marx, »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung [1844]«, in Werke, Bd. 1, MEW (Berlin: Dietz Verlag Berlin, 1976), 385
- ¹⁰ Ernst Bloch, *Naturrecht und menschliche Würde*, [4. Aufl.] (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007), 227.
- ¹¹ Ebd., 204.
- ¹² Walter Janka, *Spuren eines Lebens* (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuchverlag, 1992), 13.
- ¹³ Ebd., 435 f.
- ¹⁴ Vincent Ostrom, *The Human Condition*, Workshop Archives (Bloomington, IN: Workshop in Political Theory and Policy Analysis, Indiana University, 1982), 2.
- ¹⁵ Am 7. November 1937 führte Stalin, nachdem er die Einheit der UdSSR beschworen hatte, in seiner Tischrede aus: »Deshalb ist jeder, der versucht, diese Einheit des sozialistischen Staates zu zerstören ..., ein Feind, ein geschworener Feind des Staates, der Völker der UdSSR. Und wir werden jeden dieser Feinde vernichten, sei er auch ein alter Bolschewik, wir werden seine Sippe, seine Familie komplett vernichten. [...] Auf die Vernichtung aller Feinde, ihrer selbst, ihrer Sippe - bis zum Ende!« Zitiert in: Wladislaw Hedeler und Inge Münz-Koenen, Hrsg., »Ich kam als Gast in euer Land gereist...« Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933 - 1956 (Berlin: Lukas-Verlag, 2013), 48.
- ¹⁶ Rosa Luxemburg, »Eine Ehrenpflicht«, in Werke, Bd. 4 (Berlin: Karl Dietz Verlag, 1974), 406.
- ¹⁷ »Aus den stenographischen Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung. 5. und 6. Januar 1918.«, in *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?* Herausgegeben und eingeleitet von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler, Sonja Striegnitz (Berlin: Karl Dietz Verlag, 1997), 412.
- ¹⁸ »Russischer Bürgerkrieg«, Wikipedia, 6. Januar 2014, de.wikipedia.org/w/index.php.
- ¹⁹ Immanuel Kant formulierte als praktischen kategorischen Imperativ, als »unbedingtes Gebot«, das »dem Willen kein Belieben in Ansehung des Gegenteils frei lässt«: »Handle so, dass du die Menschheit, sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden andern, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.« Immanuel Kant (2000) [1785]: *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*. In: Ders.: *Sämtliche Werke*. Bd. 2. Mündus-Verlag, S. 439.
- ²⁰ Michael Brie, »Der Bruch mit dem Leninismus als System Sozialismus und Demokratie - eine historische Tragödie. Vortrag in Leipzig am 20.4.2013« (Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2013), www.rosalux.de/publication/39446/der-bruch-mit-dem-leninismus-als-system.html
- ²¹ Janka, *Spuren eines Lebens*, 1991, 409 ff.

*Langfassung eines Vortrags von Michael Brie
zur Eröffnung der Konferenz »Walter Janka zum 100. Geburtstag«
(18.1.2014, Berlin, Theater Aufbau Kreuzberg).
[http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/
sonst_publicationen/brie_was_bleibt.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/brie_was_bleibt.pdf)*

17

Michael Brie

Omnia sunt communia

Von der Möglichkeit des Kommunismus
nach seinem Scheitern¹

Was bleibt vom Kommunismus nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus mehr als Ent-Täuschung? Kann heute noch oder kann schon wieder Zukunft mit kommunistischem Gehalt gedacht werden? Wirft der Kommunismus noch Licht auf unsere Zeit oder ist unter den Trümmern der Geschichte des Kommunismus nur noch Finsternis? Mir scheint es auf diese Fragen zumindest im deutschen Sprachraum nicht einmal Versuche einer Antwort zu geben.²

1. Das Kommunistische in der Geschichte

Im 20. Jahrhundert schien der Kommunismus die Welt zu erobern. 1917 in einem Land beginnend, breitete er sich siegreich nach dem II. Weltkrieg in Europa und Ostasien aus, sprang mit Kuba nach Lateinamerika über und mit dem afrikanischen Jahr der Entkolonialisierung gewann er Anhänger in Afrika. In den siebziger Jahren schien seine Ausweitung in der »Dritten Welt« kaum noch zu stoppen.

Mit welchem Recht aber nannten sich diese Staaten nach sowjetischem Vorbild oder inspiriert durch diese oder jene Form von Sozialismus eigentlich kommunistisch? Der von allen Seiten akzeptierte Unterschied der beiden Welten der Systemauseinandersetzung war die Tatsache, daß die Wirtschaft der einen Welt auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, die der anderen Welt auf dem staatlich oder genossenschaftlich organisierten Gemeineigentum basierte. Grund und Boden, Rohstoffe, die wichtigsten Produktionsmittel waren in der Hand des durch kommunistische Parteien kontrollierten Staates. Für Kuba und Nordkorea trifft dies bis heute zu. In China und Vietnam dagegen ist eine Mischwirtschaft entstanden. Gemeineigentum war immer das Wesensmerkmal jedes Kommunismus.

Die kommunistische Idee des Omnia sunt communia ist so alt wie die Zivilisation. Mit dem Entstehen von durch soziale Gegensätze geprägten

Kulturen, die zu großen Teilen auf dem Privateigentum an dem Boden beruhen und mit Geldwirtschaft verbunden waren, entsprang auch die Vision der Rückkehr oder des Vorwärts zum Goldenen Zeitalter, zum ursprünglichen Naturzustand, zum Reich Gottes. Nach den jüdischen Legenden war es der Ackerbauer und Brudermörder Kain, der zuerst das Privateigentum einführte und eine Stadt gründete.³

Die chinesischen Daoisten sahen im Zerfall der Sippe durch das Privateigentum und die Bildung von Staaten die Ursache des Abfalls vom Rechten Weg.⁴ Hesiod erblickte im Zerfall der Gemeinschaftlichkeit die Quelle von »Mühe und Leid«.⁵

In Max Beers großem Werk »Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe« werden die Spuren des Kommunistischen in der europäischen Geschichte nachvollzogen, von den jüdischen Essäern, der christlichen Urgemeinde und den Klöstern hin zu den Ketzerbewegungen der Katharer und Waldenser, den Taboriten und Wiedertäufern, den englischen Diggern bis hin zu den Sozialisten und Kommunisten des 19. Jahrhunderts und den Revolutionen nach dem I. Weltkrieg. Für ihn ist die Frage, was Kommunismus sei, überhaupt keine Frage: Kommunismus ist das Gegenteil von Sonder-, von Privateigentum, kommunistisch sind alle Ordnungen, die auf dem Gemeineigentum beruhen - ob die gemeinschaftliche Herrschaft der Spartaner, die auf dem kollektiven Eigentum an dem unterworfenen Volk der Messenier als öffentlicher Sklaven (Heloten) basierte, die Genossenschaften Robert Owens oder Sowjetrußland. Die Neue Ökonomische Politik war für ihn ein erzwungenes Zugeständnis, daß den »Sozialisierungsprozeß Rußlands« hemme, den »Staatssozialismus« einführe und das ausländische Kapital einlade.⁶

Kommunismus war für Max Beer ganz selbstverständlich jede Gemeinschaftlichkeit von Produktion und Genuß, wobei die damit verbundenen Herrschaftsverhältnisse nur am Rande betrachtet werden, obwohl doch die Betrachtung der sozialen Kämpfe die Differenz zwischen Platons autoritärem Philosophenstaat und Lykurgs gemeinschaftlicher Sklavenhaltung in Sparta einerseits und den Feldzügen des Spartakus und dem Rückzug der Essäer aus der städtischen Zivilisation andererseits diesen Gegensatz schlagend beleuchten dürfte. Aber auch die der Kirche unterworfenen Klöster mit ihren strikt hierarchischen Strukturen und die freien Gemeinschaften der Katharer und Waldenser, der diktatorisch-terroristische Kommunismus eines Trotzki des Jahres 1920 und die Forderungen der sowjetischen Arbeiteropposition nach der Selbstverwaltung der Arbeiter bilden Gegensätze unter dem gemeinsamen Dach des Gemeineigentums.

Die Blindheit gegenüber den inneren Widersprüchen kommunistischer Gemeinschaftlichkeit wird deutlich, wenn man Max Beers Darstellung des »Kommunismus unter den [christlichen] Ur-gemeinden« näher betrachtet: »In den ersten Jahren nach dem Martyrium Jesu lebten [...] die ersten Gemeinden, die fast vollständig aus jüdischen Proletariern bestanden, entweder kommunistisch oder im Geiste des kommunistischen Ideals.«⁷ Er verweist auf die Apostelgeschichte, in der es heißt: »Die Menge der Gläubigen war ein Herz und eine Seele; aber auch nicht einer sagte von seinen Gütern, daß sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemeinsam.«⁸

Was Max Beer nicht erzählt, ist die damit verbundene Geschichte von der Herrschaft des unbarmherzigen Petrus, vom Doppelmord in einer christlichen Gemeinde, den dienstfertigen Jünglingen und der großen Furcht, die nach diesem Mord umging. Es war die physische oder psychische Tötung des Ehepaars Hananias und Saphira, das nicht sein gesamtes Eigentum in die Gemeinde einbrachte und so deren Regeln verletzte. Hatte Jesus noch gepredigt »Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein«, so erhebt sich sein Nachfolger auf Erden, Petrus, Verräter an Jesus in der Stunde der Not, zum Richter über Leben und Tod. Die Faszination des Ordnungsprinzips Gemeineigentum macht historisch bis heute offensichtlich immer wieder blind für die Geschichte von Herrschaft, Ausbeutung und Entmündigung, für die auch diese Eigentumsform anfällig war.“ Und schon damals war offensichtlich der Verrat am Nächsten und Liebsten gegenüber dem Verrat an der »Sache«, dem »Prinzip« nur eine läßliche Sünde.⁹

Kommunismus war historisch aber immer viel mehr als eine dem Privaten, Abgesonderten entgegengesetzte Form des Eigentums. Er war von Anfang an zugleich ein alternativer Lebensentwurf. Nicht das Gemeineigentum an sich, sondern die Entscheidung für ein Leben in frei gewählter Gemeinschaftlichkeit von Gleichen im Gegensatz zur Gesellschaft der Privatbürger, des Vertrages, der kalten Berechnung, des rücksichtslosen Unternehmers macht die Essenz des Kommunistischen in der Geschichte aus. Kommunismus im engeren Sinne entsteht deshalb auch erst mit der bürgerlichen Gesellschaft und in Abgrenzung zu ihr.¹⁰

Die Hutterer waren es, eine Gruppe aus der schweizerischen Täuferbewegung, 1533 im böhmischen Exil entstehend, die zuerst als *communistae* bezeichnet wurden. Sie sahen sich in »der heiligen Gemeinschaft nicht allein im geistlichen, sondern auch im zeitlichen« und entwarfen »Ordnungen der heiligen in ihrer gmainenschaft«.¹¹ Die Beziehungen von Herren und Knechten, Wucherern und Gläubigern, Käufern und Verkäu-

fern, von Herrschsucht, Egoismus und Neid sollten durch ein Miteinander in Liebe, Fürsorge, Solidarität und Mit-Leiden abgelöst werden. Nicht Burg und Dorf, nicht Stadt und Land, nicht Kirche und Laienhäuser, sondern das gemeinsame Leben in Haus und Landschaft waren das Ideal. Kommunismus wurde hier eine Emanzipationsbewegung von unten hin zu einer Gemeinschaft der Freien und Gleichen, die im Gemeineigentum die Grundlage der Befreiung sah, begründet. So fließend manchmal die Übergänge waren: Dieser Kommunismus ist strikt zu unterscheiden von Systemen der kollektiven Leibeigenschaft oder Sklaverei auf der Basis von zentralisiertem Eigentum, wie es viele Herrschaftssysteme der Vergangenheit kennzeichnete.¹² Er gewinnt seine Anziehungskraft als Emanzipationsprojekt auf der Grundlage des Gemeinschaftlichen.

2. Die widersprüchlichen Traditionen kommunistischer Parteien

Die Durchsetzung der bolschewistischen Parteidiktatur in der Sowjetunion war zugleich die gesellschaftliche Umsetzung des Kommunismus und seine Unterdrückung, war Realisierung der kommunistischen Eigentumsordnung und Verkehrung der Befreiung in neue Hörigkeit. Der Staatssozialismus kommunistischer Prägung hatte seine Wurzeln in den Versuchen, eine Antwort zu finden auf die Entstehung einer Klasse von eigentumslosen doppelt freien Proletariern und die Herausbildung einer hoch vergesellschafteten Produktionsweise. Wie Peter Rübén festhält: »Die soziale Frage besteht in dem Problem, wie die Teilnahme an der Determination der sozialen (gesellschaftlichen) Verhältnisse durch die Vermögenslosen errungen werden soll. Mit anderen Worten: Wie kommen die Vermögenslosen zu Vermögen, zu Produktivvermögen, versteht sich? [...] Die Antwort der Kommunisten auf die soziale Frage ist von faszinierender Einfachheit: Wenn die soziale Frage durch die Vermögenslosigkeit der Proletarier verursacht ist, so ist die Herstellung des Gemeineigentums am Produktivvermögen die strikte und ein für allemal gültige Lösung des Problems.«¹³ Gesamtstaatliches Eigentum, Zentralverwaltungswirtschaft und Verwandlung der Gesellschaft in ein wirtschaftliches, politisches und geistiges Monosubjekt sind die Folge. Damit aber werden Freiheit und Gemeinschaftlichkeit dem zentralisierten Herrschaftswillen eines einzigen Eigentümers untergeordnet.¹⁴ Die Frage ist nur noch die nach der politischen Konstitution dieses Eigentümers - autoritär oder demokratisch.

Für die gesamte marxistische Linke ist die Antwort auf die Frage nach der politischen Gestaltung des kommunistischen Eigentumssubjekts - die

Partei. Diese Linke ging immer davon aus, »daß die kollektive Aneignung (der Produktionsmittel - M.B.) nur von einer revolutionären Aktion der Klasse der Produzenten -dem Proletariat -, in einer selbständigen politischen Partei organisiert, ausgehen kann«. ¹⁵ Was Peter Rübén aufgrund seines analytisch-strukturellen Ansatzes nicht näher betrachtet, ist die Rolle einer solchen Partei für den Staatssozialismus. Weder das staatliche Gemeineigentum noch, wie man angesichts immer neuer Diskussionen meinen mag, die Staatssicherheit, sondern die Kommunistische Partei ist das eigentliche innerste Organisationsprinzip der staatssozialistischen Gesellschaften sowjetischer Prägung. Das Verständnis des kommunistischen Parteiprinzips ist entscheidend für das Verständnis des Staatssozialismus selbst.

Das Leninsche Primat der Politik meint vor allem das historische wie logische Primat der Partei gegenüber der Gesellschaft des Staatssozialismus und ihrer Eigentumsordnung. Die Frage, welcher Typ von Partei sich innerhalb jener Kräfte durchsetzt, die für eine kommunistische Ordnung kämpfen, ist aus diesem Grunde entscheidend für die Gestalt der neuen Ordnung selbst. Kommunistische Parteien, so unterschiedlich sie dann im Einzelnen sein mochten, waren durch eine Reihe gemeinsamer Widersprüche geprägt, die durch Verweis auf vier ausgewählte Traditionen skizziert werden sollen, die eher den Raum von Möglichkeiten der Entwicklung des kommunistischen Parteiprinzips als die wirkliche historische Fülle erfassen.

Erstens stehen die kommunistischen Parteien in der Tradition der Jakobiner, die zugleich auf eine breiteste Partizipation der Volksmassen drängten und außerdemokratisch für sich in Anspruch nahmen, das Gesamtinteresse, den »volonté générale«, zu vertreten. Diese »Oligarchen des Aktivismus« (Francois Furet) streben danach, eine direkte Demokratie in Form der Diktatur zu verwirklichen und legitimieren dies, indem sie in Anspruch nehmen, »in vivo« das Volk zu repräsentieren. ¹⁶ Einerseits bauten sie ein breites Netz von öffentlichen Klubs über ganz Frankreich auf, in denen der Volkswille sich in der lebendigen Diskussion der Bürger artikulieren sollte und andererseits setzten sie die zentralen demokratischen Formen der Willensbildung außer Kraft und verlagerten diesen aus gewählten Volksvertretungen in die Klubs. Die dort gebildete Meinung wurde zum Volkswillen erhoben, die dort Ausgeschlossenen wurden zu Volksfeinden erklärt. Ein entscheidendes Instrument war die Säuberung, ¹⁷ die mit dem Ausschluß aus dem Klub beginnt und auf der Guillotine endet. Das Kriterium der behaupteten Übereinstimmung oder

Nichtübereinstimmung mit dem »Volkswillen« wird zur Wasserscheide zwischen Teilhabe oder Ausschluß aus der Macht und zwischen Leben und Tod.

Eine zweite Traditionslinie entsteht aus der Verbindung des deutschen Handwerkerkommunismus und des Marxismus in Gestalt des Bundes der Kommunisten.¹⁸ Waren die Vorläufer des Bundes der Kommunisten noch stark in den Traditionen der Babouvistischen Geheimorganisationen verhaftet und zielten darauf ab, über den Putsch einer kleinen Minderheit die Macht zu ergreifen, um dann die Gesellschaft umzustürzen (Bund der Geächteten), so kam es spätestens nach der Niederlage des Pariser Aufstandes vom Mai 1839 zu einer stärkeren Orientierung auf die Bildung von Arbeitervereinen und auf die Propaganda der neuen kommunistischen Idee. Im Organisationsplan Wilhelm Weitlings von 1842 zur Schaffung eines Kommunistischen Bildungsvereins heißt es, daß dieser eine freie Vereinigung von »Gleichgesinnten« sei, deren Ziele Brüderlichkeit, soziale Bildung und Propaganda seien.¹⁹ Marx seinerseits erzeugt fast zeitgleich ein neues Paradigma, das die radikale Analyse (Kritik) der realen Verhältnisse zu einem Punkt führt, wo in der Realität selbst eine Klasse aufgezeigt wird, die aufgrund ihrer materiellen Lage berufen und in der Lage ist, eine kommunistische Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft einzuleiten und durchzuführen. Konsequente Wissenschaftlichkeit, revolutionäre Praxis und Utopie sollen zu einer weltverändernden Kraft verschmelzen.²⁰

Im »Manifest der Kommunistischen Partei« wird in der Symbiose von eigenständiger Organisation der Arbeiter in kommunistischen Vereinen und der Schaffung einer Theorie des Kommunismus das Verhältnis von Proletariern und Kommunisten doppelt bestimmt: Zum einen seien die Kommunisten »keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien« und sie hätten auch »keine von den Interessen des Proletariats getrennten Interessen«. Sie würden nicht einmal »besondere Prinzipien« aufstellen, »wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen«. Nach dieser Erklärung der völligen Einheit wird dann zum anderen aber betont, daß die Kommunisten die gemeinsamen, »von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats« hervorheben und daß sie »stets das Interesse der Gesamtbewegung« vertreten würden. Die Bedingung für diese besondere Eigenschaft der Kommunisten, die genannt wird, ist eine wissenschaftliche!

Diese besondere Befähigung der Kommunisten gegenüber »der übrigen Masse des Proletariats« führt Marx im »Manifest« darauf zurück, das

erstere diesen nichts weniger als »die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung« voraus haben. Diese besondere Einsichtsfähigkeit wird scheinbar sofort wieder relativiert, indem gesagt wird, daß diese Erkenntnisse keinesfalls »von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt«, sondern »nur (!) »allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung« seien.²¹ Die behauptete Avantgarde-Rolle gegenüber der proletarischen Bewegung wird also zuerst durch wissenschaftliche Leistungen erklärt, dann aber werden diese ihrerseits auf den Klassenkampf und die Bewegung selbst zurückgeführt.

In dieser marxistischen Argumentationsfigur wurde ein außerdemokratischer, ein wissenschaftlicher Führungsanspruch artikuliert. Zugleich wurde jeder wissenschaftlichen Kritik an diesen Einsichten durch den Verweis auf den revolutionären Kampf der Boden entzogen. Die marxistische Tradition war so zugleich auf die reale Bewegung der realen Arbeiter bezogen, sieht in deren revolutionärer Praxis von Veränderung und Selbstveränderung Subjekt und Substanz der Entstehung des Kommunismus. Zugleich aber konstituiert sie sich als Avantgarde, die sich durch eine Wissenschaftlichkeit legitimiert, die selbst wiederum als unmittelbarer Ausdruck der Wirklichkeit wissenschaftlichen Prüfungskriterien entzogen ist. Brüderliche Gleichheit und intellektuell begründeter Avantgardismus, Identifikation mit der wirklichen Bewegung der wirklichen Proletarier und intellektuell-politische Heraushebung sind die Pole dieses Parteiverständnisses. Das marxistische Kriterium der Säuberung derartiger Parteien war das der »Einheit von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit«.

Eine dritte Tradition ist die der marxistisch inspirierten Sozialdemokratie. Sie entsteht unter den Bedingungen der partiellen Demokratisierung in Zentraleuropa im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Der schrittweise Übergang zu einem universellen Wahlrecht der erwachsenen Männer sowie eine Duldung sozialistischer Propaganda schufen vor dem Hintergrund der schnellen Industrialisierung und Urbanisierung und der Entstehung einer modernen Arbeiterklasse die politischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen für Massenparteien des Proletariats.

Die marxistische Grundvorstellung dieser Partei wurde von Engels kurz vor seinem Tode so zusammengefaßt: »Was aber auch in anderen Ländern geschehen möge, die deutsche Sozialdemokratie hat eine besondere Stellung und damit wenigstens zunächst auch eine besondere Aufgabe. Die zwei Millionen Wähler, die sie an die Urnen schickt, nebst den jungen

Männern und den Frauen, die als Nichtwähler hinter ihnen stehen, bilden die zahlreichste, kompakteste Masse, den entscheidenden ›Gewalthaufen‹ der internationalen proletarischen Armee. Diese Masse liefert schon jetzt über ein Viertel der abgegebenen Stimmen; und wie die Einzelwahlen für den Reichstag, die einzelstaatlichen Landtagswahlen, die Gemeinderats- und Gewerbegerichtswahlen beweisen, nimmt sie unablässig zu. Ihr Wachstum geht so spontan, so stetig, so unaufhaltsam und gleichzeitig so ruhig vor sich wie ein Naturprozeß. Alle Regierungseingriffe haben sich ohnmächtig dagegen erwiesen. Auf 21/4 Millionen Wähler können wir schon heute rechnen. Geht das so voran, so erobern wir bis Ende des Jahrhunderts den größeren Teil der Mittelschichten der Gesellschaft, Kleinbürger wie Kleinbauern, und wachsen aus zu der entscheidenden Macht im Lande, vor der alle andern Mächte sich beugen müssen, sie mögen wollen oder nicht. Dies Wachstum ununterbrochen in Gang zu halten, bis es dem gegenwärtigen Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst, diesen sich täglich verstärkenden Gewalthaufen nicht in Vorhutkämpfen aufreiben, sondern ihn intakt zu erhalten bis zum Tag der Entscheidung, das ist unsere Hauptaufgabe.«²²

Schon Marx hatte mit seiner Einleitung zum Programm der französischen Arbeiterpartei von 1880 einer Trennung zwischen kommunistischem Maximal- und Minimalprogramm vorgearbeitet.²³ Das Erfurter Programm, formuliert von Karl Kautsky und Eduard Bernstein, hatte dies nur nachvollzogen. Auf der einen Seite sollte eine geschlossene Armee mit Generalstab, Führung, Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten sowie breiter Sympathisantenbewegung aufgebaut und stetig erweitert werden, die sich auf die Machtübernahme vorbereitet. Auf der anderen Seite galt es, in konkrete politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Kämpfe einzugreifen und durch Gewerkschaften und andere Massenorganisationen, die Schaffung eines Umfeldes eigener kultureller Organisationen und die Beteiligung an Wahlen zu einer Gegen-Realität in der gegebenen Gesellschaft zu werden. Revolutionärer Absentismus und reformistischer Aktivismus bedingten sich. Kommunistische Bezogenheit auf eine nachkapitalistische Gesellschaft einerseits und Politik des Kampfes zur Hebung der Lebensbedingungen in der gegenwärtigen Gesellschaft sowie zu ihrer Demokratisierung andererseits bildeten oft unverbundene Pole. Herausbildung einer Oligarchie von Funktionären in der Partei, den Gewerkschaften, im Parlament, die ihrerseits zumeist aus der Arbeiterschaft entsprangen, und breite demokratische proletarische Massenorganisationen bildeten ein widersprüchliches Ganzes.²⁴

Eine vierte Traditionslinie entstand in der revolutionären Auseinandersetzung mit dem zaristischen Regime. Rußland war seit Peter I. durch den Gegensatz zwischen einer noch weitgehend traditionellen Gesellschaft und einem Staat geprägt, der zugleich selbst despotisch traditionell und modernisierungsorientiert war. Ein Teil der Intelligenzija griff revolutionäre Positionen Westeuropas auf und wandte sie gegen die überkommene Staatsmacht und appellierte zugleich an das Volk, sah in der Dorfgemeinde geradezu den Keim einer neuen Gesellschaft, die mit dem zaristischen Despotismus zugleich auch die kapitalistische Moderne überwinden würde.²⁵

Soziale und kulturelle Isolation der Intelligenzija einerseits und brutale Verfolgung andererseits schufen eine fast einmalige Kultur reiner revolutionärer Hingabe und Selbstaufopferung für andere, des Gefühls der Auserwähltheit, geschlossener Peergruppen auf der Basis engsten persönlichen Vertrauens, der Bereitschaft zur Ergreifung auch der radikalsten Mittel einschließlich des individuellen Terrors, eines instrumentellen Verhältnisses gegenüber anderen.²⁶

1909 formuliert Sergej Bulgakow in Auswertung der Erfahrungen der russischen Revolution von 1905/07 folgende Einschätzung der revolutionären Intellektuellen seines Landes: »Mit dem Maximalismus der Ziele geht der Maximalismus der Mittel einher, der in den letzten Jahren auf so bedauerliche Weise in Erscheinung getreten ist. Diese skrupellose Wahl der Mittel, dieses heroische ›Alles ist erlaubt‹ (von Dostojewskij schon in ›Schuld und Sühne‹ und in den ›Dämonen‹ vorhergesehen) ist der höchste Ausdruck für das Gottmenschentum des Intelligencijs-Heroismus, seine Selbstvergottung, die sich an die Stelle Gottes und der Vorhersehung setzt, und zwar nicht nur hinsichtlich der Pläne und Ziele, sondern auch hinsichtlich der Wege und Mittel ihrer Realisierung. Ich setze meine Idee in die Tat um und werfe um ihretwillen die Bindungen der gewöhnlichen Moral ab. Ich nehme mir nicht nur ein Recht auf das Eigentum, sondern auch die Entscheidung über Leben und Tod anderer heraus, wenn es meine Idee erfordert. In jedem Maximalisten steckt solch ein sozialistischer oder anarchistischer kleiner Napoleon. Amoralität - oder mit einem alten Ausdruck: Nihilismus - ist die notwendige Konsequenz der Selbstvergottung. Hier lauert aber die Gefahr ihrer Selbstauflösung, hier ist ihr unausweichliches Versagen zu erwarten.«²⁷

3. Durchsetzung, Unterdrückung und Verschwinden des Kommunistischen im Sowjetischen Staatspartei- sozialismus

Albert Camus schrieb 1953 mit Blick auf Oktoberrevolution und Sowjetunion: »Die Revolution der Arbeiter hat 1917 gesiegt, und damals erhob sich wirklich die Morgenröte der echten Freiheit und die gewaltigste Hoffnung, die diese Welt je gekannt hat. Aber diese eingekreiste, von innen wie außen bedrohte Revolution schuf sich Waffen, eine Polizei. Sie trat das Erbe einer Formel und einer Doktrin an, die ihr die Freiheit unseligerweise verdächtig erscheinen ließen, und so erschöpfte sich ihr Schwung nach und nach, während die Polizei immer stärker wurde, bis die gewaltigste Hoffnung der Welt in der tüchtigsten Diktatur verknöcherte.«²⁸ Drei Jahre später spitzt er noch weiter zu: »Aber ohne Freiheit kein Sozialismus, es sei denn der Sozialismus der Galgen.«²⁹

Der sowjetische Staatssozialismus setzte sich gegen eine ganze Reihe von Alternativen durch, die im sozialdemokratischen und selbst im bolschewistischen Konzept einer neuen Ordnung enthalten waren. Der mit einer allgemeinen Abgabepflicht faktisch aller Ernteerträge verbundene Kriegskommunismus stieß auf den erbitterten Widerstand der Bauern, die sich kurz zuvor in revolutionären Erhebungen des Jahres 1917 das Land gesichert hatten, die Arbeiter rebellierten gegen die rigide Unterordnung der Fabriken und Werkstätten unter die zentralistische Kriegswirtschaft³⁰ und überzeugte Kommunisten gründeten die Arbeiteropposition, um die bolschewistische Parteiherrschaft zu demokratisieren.³¹ Der sowjetische Staatssozialismus wurde auf dem Friedhof auch dieser Alternativen aufgebaut. Und doch schien der Mehrheit der Zeitgenossen unzweifelhaft, daß es sich beim eingeschlagenen Weg um den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus handelte.

Gerade Stalins »zweite Revolution« von 1928 bis 1934 schien den Sieg des Sozialismus auf unumkehrbare Grundlagen gestellt zu haben. Wie er 1936 feststellte, sei der Kapitalismus beseitigt und die kleine Warenproduktion weitgehend zurückgedrängt wurde. Bezogen auf den industriellen Sektor bemerkte er: »Nehmen wir als erstes allein die Tatsache, daß unsere Industrie in dieser Periode zu einer gigantischen Kraft herangewachsen ist. Jetzt kann sie nicht mehr als schwach und technisch schlecht ausgerüstet gelten. Im Gegenteil, sie beruht jetzt auf einer neuen, reichen und modernen Technik mit einer stark entwickelten Schwerindustrie und einem noch entwickelteren Maschinenbau. Das Allerwichtigste jedoch ist, daß der Kapitalismus aus der Sphäre unserer Industrie gänzlich ver-

trieben und die sozialistische Produktionsweise jetzt in unserer Industrie das unumschränkt herrschende System ist.«³² Insgesamt glaubte er wie fast alle anderen Zeitgenossen konstatieren zu können: »Somit ist jetzt der volle Sieg des sozialistischen Systems in allen Sphären der Volkswirtschaft zur Tatsache geworden.«³³

Im gleichen Jahr schreibt Otto Bauer, die Niederlage der zentraleuropäischen Linken unmittelbar vor Augen: »In der Sowjetunion ist eine sozialistische Gesellschaft im Werden. So groß die Schwierigkeiten auch sind, mit denen die Sowjetunion noch zu ringen hat, so groß die Opfer, mit denen die Völker der Sowjetunion den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft bezahlen müssen, so geben doch die alle Erwartungen übertreffende Wachstumsenergie der Sowjetwirtschaft, die überraschend schnelle Hebung der Massenkultur der Sowjetvölker die Gewähr, daß die Sowjetunion binnen wenigen Jahren allen Völkern der Welt die ökonomische, soziale, kulturelle Überlegenheit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung durch die Tat beweisen wird.«³⁴

Otto Bauer, der die zeitweilige Aussetzung der Demokratie und die Anwendung diktatorischer Mittel als Bedingung der Transformation vom Kapitalismus zum Sozialismus für ein unvermeidliches »Mittel zum Zweck des proletarischen Befreiungskampfes«³⁵ hielt, sah in der Sowjetunion vor allem eines offen und als baldige Aufgabe auch realisierbar – »die Wiederherstellung der Demokratie auf der ungleich höheren Entwicklungsstufe des kollektiven Eigentums«.³⁶

Die unter Stalin verallgemeinerte »sozialistische« Wirtschaftsform war die des Gemeineigentums unter den Bedingungen einer komplexen modernen Industriegesellschaft, organisiert als zentralistische Planwirtschaft und administriert durch eine Pyramide von Leitungsorganisationen, die im Politbüro der Kommunistischen Partei ihre Spitze hatte. Wie der Herr eines einzigen Haushalts (Chozjajn) regierte Stalin ein Land mit mehreren Hundert Millionen Einwohnern. Es war dieser Widerspruch von Gemeinschaftlichkeit der Produktionsbedingungen (niemand durfte privat über sie verfügen) und bürokratischer Hierarchisierung der Verfügung, der diese Wirtschaftsform prägte.

Der gleiche Widerspruch, nur noch viel stärker zugespitzt, war auch für die zentrale Organisationsform des sowjetischen Sozialismus, die kommunistischen Parteien charakteristisch. Ihrem Programm und ihrer Satzung gemäß sollten sie ein »Kampfbund von Gleichgesinnten«, eine »Gemeinschaft der Gleichen«, ein Bündnis jener, die sich selbstlos für eine bessere Gesellschaft einsetzten, sein. In der staatssozialistischen Realität geriet sie

in das Spannungsfeld von Instrument der Emanzipation und »Gehäuse der Hörigkeit« in der Mischung von Selbstunterwerfung und Unterwerfung, von Hingabe und Verrat, von Einsatz für humanistische Veränderung und Beugung unter die niemals demokratisch entstandenen Vorgaben der Führung. Die Parteimitglieder nahmen zugleich die herrschaftliche Position der gemeinsamen »teleologischen Redistributenten, der das gesamtgesellschaftliche Interesse berufsmäßig und sachverständig vertritt«,³⁷ ein und knechteten einander durch die Bindung an eine bedingungslose Parteidisziplin, die nicht mehr aus der kollektiven Diskussion hervorging, sondern von oben verordnet wurde.

Unmittelbar nachdem 1937 353.000 und 1938 328.000 Bürgern der Sowjetunion, sehr viele von ihnen Funktionäre der KPdSU, auf Antrag der sowjetischen Staatssicherheit durch »Gerichte« zum Tode verurteilt und hingerichtet worden waren,³⁸ verkündete Stalin auf dem XVIII. Parteitag stolz: »Nachdem die Partei die Volksfeinde vernichtet und die Partei- und Sowjetorganisationen von entarteten Elementen gesäubert hatte, wurde sie noch einheitlicher in ihrer politischen und organisatorischen Arbeit, Schloß sie sich noch fester um ihr Zentralkomitee zusammen.«³⁹ Wie Kurt Tucholsky schon ein Jahrzehnt früher sagte: »Schade, daß Sie nicht in der Kommunistischen Partei sind, dann könnte ich Sie ausschließen.« Während des Großen Terrors war die Ablösung von Parteifunktionen der erste Schritt, der über den Parteiausschluß zu Schnellgerichten und in die Lager oder zur Hinrichtung führte.

Das Projekt der Verwirklichung des Kommunismus in seiner sowjetisch-bolschewistischen Form ist zwangsläufig tragisch und zugleich unvermeidlich mit der Unterdrückung von libertären Menschenrechten verbunden, einer Unterdrückung, die verbrecherische Formen annehmen kann.⁴⁰ Die Freudsche Psychoanalyse, zeitgleich mit dem bolschewistischen Kommunismus entstanden, mag Licht werfen, um die Tragik des Kommunismus genauer zu verstehen. Das sich dem bolschewistischen Kommunismus verpflichtende Ich identifiziert sich mit einem Über-Ich, das den ausschließenden Bezugspunkt der eigenen Lebensperspektive darstellte. In die Gestalt »der Partei« wurden Mutter und Vater, zärtlichste Gemeinschaftlichkeit und unangreifbare Autorität, hinein projiziert. Die Auszüge aus zwei Strophen und der Refrain des von *Louis Fünberg* 1950 geschriebenen Liedes »Die Partei hat immer recht« verkörpern diese beiden Seiten eines Über-Ichs, das zugleich mütterliches Heim und väterliches Gebot ist:

Die Partei als Mutter

»Sie hat uns alles gegeben.
 Sonne und Wind und sie geizte nie.
 Wo sie war, war das Leben.
 Was wir sind, sind wir durch sie.
 Sie hat uns niemals verlassen.
 Fror auch die Welt, uns war warm.
 Uns schützt die Mutter der Massen.
 Uns trägt ihr richtiger Arm.«
 »Sie hat uns niemals geschmeichelt.
 Sank uns im Kampfe auch mal der
 Mut,
 Hat sie uns leis nur gestreichelt,
 zagt nicht und gleich war uns gut.«

Die Partei als Vater

»Die Partei, die Partei, die hat immer
 Recht!
 Und, Genossen, es bleibe dabei;
 Denn wer kämpft für das Recht,
 Der hat immer recht.
 Gegen Lüge und Ausbeuterei.
 Wer das Leben beleidigt,
 Ist dumm oder schlecht.
 Wer die Menschheit verteidigt,
 Hat immer recht.
 So, aus Leninschem Geist,
 Wächst, von Stalin geschweift,
 Die Partei - die Partei - die Partei.«

Eine derartige Identifikation von Personen mit einer Organisation, ihrer Ideologie und Führer kann durchaus als kollektive Neurose bezeichnet werden. Wie Udo Leuschner schreibt: »Die Partei ist hier eine allmächtige und allwissende, allgegenwärtige und immer rechthabende Autorität [...] Sie tritt auf als übermächtige Elterninstanz, zu der sich das einzelne Mitglied in einem infantilen Abhängigkeitsverhältnis befindet. Dieses Verhältnis ist so vorbewußt, so existentiell, daß mit dem Verlust von Zuwendung und Schutz der ›Mutter‹ zugleich der Lebensinhalt des Individuums erlischt.«⁴¹

Stalinistische Parteien spitzen den allgemeinen Charakter kommunistischer Parteien durch ihre Führerzentrierung noch zu und können deshalb auch als »psychologische Massen« bezeichnet werden im Sinne einer »Vereinigung von Einzelnen, die die nämliche Person in ihr Über-Ich eingeführt und sich auf Grund dieser Gemeinsamkeit in ihrem Ich miteinander identifiziert haben«. ⁴² In diesem Fall verschwindet der letzte Reflexionsraum, den der Bezug auf eine kollektive Organisation und die »Schriften der Klassiker« noch zu bieten vermochte. Der Führer kann die gesamte Macht, die durch die Projektion auf das Über-Ich Partei entsteht, für sich einsetzen.

Dies wird u. a. deutlich, wenn Nikolai Bucharin einerseits in einem nur mündlich durch seine Frau weitergegebenen Brief eine »neue, junge und ehrliche Generation von Parteiführern« bittet, ihn postum »wieder in die Partei aufzunehmen«, denn: »Wisset Genossen, daß auf dem Banner, welches Ihr in siegreichem Zug zum Kommunismus tragt, auch mein Blutropfen ist.« ⁴³ Andererseits aber spricht er vor Gericht offen über die Gründe für sein »Schuldbekentnis«: »Ich habe ungefähr drei Monate geleugnet. Dann begann ich Aussagen zu machen. Warum? Die Ursache lag darin, daß ich im Gefängnis meine ganze Vergangenheit umgewertet habe. Denn wenn man sich fragt: Wenn du stirbst, wofür stirbst du? - dann ergibt sich plötzlich mit erschütternder Deutlichkeit eine absolut schwarze Leere. Es gibt nichts, wofür man sterben müßte, wenn man sterben wollte, ohne bereit zu haben. Und umgekehrt nimmt all das Positive, das in der Sowjetunion leuchtet, nimmt all dies im Bewußtsein der Menschen andere Ausmaße an. Dies hat mich letzten Endes endgültig entwaffnet, dazu getrieben, meine Knie vor der Partei und dem Lande zu beugen.« ⁴⁴ Die Selbstverleugnung, die Bejahung der eigenen Vernichtung erscheint so als letzte mögliche Form der Selbstbestätigung eines Ichs, das sich ganz dem kollektiven Über-Ich übereignet hat. ⁴⁵ Dessen siegreiches Überleben erscheint als unendlich wichtiger als das eigene individuelle Dasein.

Nach Freud hat es das Ich niemals leicht: »[...] es dient drei gestrengen Herren, ist bemüht, deren Ansprüche und Forderungen in Einklang miteinander zu bringen. Diese Ansprüche gehen immer auseinander, scheinen oft unvereinbar zu sein; kein Wunder, wenn das Ich so oft an seiner Aufgabe scheitert. Die drei Zwingherren sind die Außenwelt, das Über-Ich und das Es.« ⁴⁶ Für das bolschewistische Individuum verschärfen sich diese Konflikte, da das Über-Ich selbst in antagonistische Rollenerwartungen gespalten ist und zu dem auch noch in einem Verkehrungsverhältnis zur Außenwelt steht. Geradezu makaber ist es zum Beispiel, wenn Stalin ge-

nau in jenem Augenblick, wo das Lebensniveau in der Sowjetunion vor dem Zweiten Weltkrieg seinen Tiefpunkt erreicht hat, sagen kann: »Als Grundlage der Stachanow-Bewegung diene vor allem die radikale Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter. Es lebt sich jetzt besser, Genossen. Es lebt sich jetzt froher. Und wenn es sich froh lebt, dann geht die Arbeit gut vonstatten.«⁴⁷

Die Tragik der kommunistischen Akteure lag darin, daß sie sich die vollkommene, jeder reflexiven Selbstkontrolle entzogene Identifikation mit einander ausschließenden Rollenerwartungen zumuteten - in ein und demselben Zusammenhang verlangten sie von sich die absolute Gleichheit als gemeinschaftliche Träger der großen Vision solidarischer Emanzipation und die völlige Unterwerfung unter die vermeintlichen Organisationssubjekte dieser Emanzipation ab, den Kampf für Freiheit und die Unterdrückung Andersdenkender, die Herrschaft des Volkes und dessen vollständige Entmündigung, höchstes Schöpfertum und blinde Disziplin, härteste Kritik sowie Selbstkritik und blindes Vertrauen.

Der sowjetische Staatssozialismus vernichtete darüber hinaus den geistigen und politischen Raum, aus dem heraus allein einander widersprechende Erwartungen reflektiert und moderiert werden können und das Ich sich stärken kann für die souveränere Begegnung mit diesen Mächten, es zerstörte den Raum der politischen Freiheit (Hannah Arendt). »Ehrliche Kommunisten« waren vor eine unlösbare Aufgabe gestellt. Jedes »Über-Ich legt den strengsten moralischen Maßstab an das ihm hilflos preisgegebene Ich an« und erzeugt ein »moralisches Schuldgefühl.⁴⁸ Was aber, wenn aufgrund der antagonistischen Spaltung des Über-Ichs selbst Schuldfreiheit prinzipiell nicht möglich ist?! Zynismus, Opportunismus, Karrierismus, Aggression gegen andere und sich selbst waren unvermeidliche Folgen einer solchen sozial verankerten Individualitätsform. Zugleich konnten tiefliegende Triebe des »Es« von bloßem Machtstreben bis hin zu offenem Sadismus in das »Über-Ich« geleitet werden. Die Unterdrückung und Zerstörung der Anderen wurde so zugleich zur heroischen Tat im Namen des Kommunismus und zur enthemmten Verfolgung eigensüchtigster Motive. Diese Personen waren genau deshalb völlig frei von jedem Schuldgefühl, obwohl gerade sie die schlimmsten Verbrechen verübten.

Es spricht für den starken humanistischen Gehalt der kommunistischen Ideen, daß sich viele Kommunistinnen und Kommunisten trotz der Anomien bolschewistisch verfaßter Parteien für eine Zivilisierung der Mächte des Staatssozialismus einsetzten. Die Entstalinisierung war vor allem die Herstellung einer dauerhaften Bindung der Systemgewalten an grundle-

gende, soziale und kulturelle Verpflichtungen und die weitgehende Einschränkung von Menschenrechtsverletzungen auf die Bekämpfung direkter Systembedrohungen. Vor die Alternative gestellt, sich erbarmungslos der Schizophrenie der parteioffiziellen Erwartungen auszusetzen oder in selektiver Weise »das Beste« aus den vorhandenen Möglichkeiten zu machen, hat sich die große Mehrheit im Alltag für Letzteres entschieden.

Adam Michnik, selbst aus einer kommunistischen Familie stammend, schrieb 1991 rückblickend: »Und doch gab es eine Zeit, da der Kommunismus Anziehungskraft besaß. Er baute Polen wieder auf, gab ihm Städte, Fabriken, Krankenhäuser und Universitäten. Aber er faszinierte auch durch äußerste Verlogenheit, durch seine eigentümliche Grausamkeit. Denn er sprach zugleich das Beste und das Schlechteste im Menschen an. Er appellierte an seinen Idealismus, an seinen Glauben an eine allumfassende Gerechtigkeit und Gleichheit, an den Traum von Brüderlichkeit und Freundschaft. Und er setzte zugleich auf Angst und Niedertracht, auf Neid und Fremdenhaß.«⁴⁹

Der bolschewistische Kommunismus in seiner staatlichen Form war immer auch mit der Negation der elementaren libertären Schutz- und Freiheitsrechte von Individuen verbunden, eine Negation, die das Tor zum Staatsterror und organisierten Verbrechen öffnete. Dies ergab sich daraus, daß das Individuum nur als Teil des sozialistischen Ganzen anerkannte Ansprüche hatte. Seine verbrieften Rechte auf Arbeit, Wohnung, aber auch auf Freiheit und persönliche Unversehrtheit verloren in dem Augenblick ihre Geltung, in dem das Individuum sich selbst gegen dieses Ganze stellte (Dissidenten, Ausreisewillige usw.) oder durch die offiziellen Repräsentanten des Ganzen als Volksfeinde definiert wurden, die aus dem Ganzen »ausgemerzt« werden mußten. Dieses müsse ständig »gesäubert« oder »gereinigt« werden. Die Rechte waren keine Individualrechte, sondern Ausfluß der politisch regulierten Zugehörigkeit zum Gemeinwesen. Erschießungen wurden während des Stalinismus als »höchste Stufe der gesellschaftlichen Selbstverteidigung« charakterisiert.⁵⁰ Wie sehr die Vernichtung der aus der Gemeinschaft Ausgestoßenen wörtlich gemeint war, wird an dem Umstand deutlich, daß die Asche der zehn am 3. Dezember 1952 Hingerichteten des Slansky-Prozesses dem Streusplit im Winterdienst beigemischt und auf einer Straße bei Prag verteilt wurde, so daß auf ihnen herumgetreten und -gefahren werden konnte und mußte.⁵¹

Der sowjetische Staatssozialismus löste sich ökonomisch, sozial, politisch und auch geistig entlang dieser Widersprüche zwischen kommunistischem Anspruch und Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts auf.⁵² Von der

großen Vision des Kommunismus -die Gründung einer Gemeinschaft der Freien und Gleichen - war nur die äußere Hülle, das Staatseigentum an den Produktionsmitteln und die Staatspartei, geblieben. Es war nicht zuletzt die kommunistische Überzeugung Gorbatschows, daß es darauf ankäme, den Geist des Kommunismus aus dem Gefängnis einer Parteidiktatur zu entlassen, die dazu beitrug, dieses hohl gewordene Gehäuse zum Einsturz zu bringen.⁵³ In dem Augenblick, wo die Akteure die Möglichkeit erhielten, frei ihre politische und ökonomische Wahl zu treffen, fiel sie gegen den Kommunismus aus.

Mit dieser Wahl schien die Frage des Kommunismus ad acta gelegt zu sein. Der Bewahrung des Terminus kommunistisch entsprach m. E. keine begriffliche Substanz, die einerseits von der des Kommunismus im tradierten Sinne wie andererseits von der eines demokratischen Sozialismus unterschieden war. Mich selbst hat dies nach 1990 dazu geführt, Kommunismus nicht mehr zu den relevanten Grundströmungen mit einer möglichen Zukunft zu zählen.⁵⁴ Erst unter dem Eindruck der Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen habe ich begonnen, diese Position zu verändern. Im folgenden wird versucht, Elemente einer theoriegeleiteten Rehabilitation des so unendlich mißbrauchten Begriffs Kommunismus zu entwickeln. Ob dieser Versuch mehr als ein intellektuelles Spiel ist, muß sich erst zeigen.

4. Die beiden Achsen der Moderne: Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung sowie Gleichheit und Ungleichheit

Weder ist der Kommunismus erst 1917 entstanden, noch ist er 1991 mit der Auflösung der Sowjetunion verschwunden. Die starken gemeinschaftsorientierten Tendenzen innerhalb der neuen sozialen Bewegungen und des Weltsozialforums-Prozesses sind unübersehbar. In Bolivien arbeitet eine verfassungsgebende Versammlung an einem Grundgesetz, das den Aufbau einer »gemeinschaftlichen sozialen Wirtschaft mit privater Initiative« garantieren soll. In vielen Ländern der Welt werden neue Formen einer solidarischen Wirtschaft erprobt. Der neoliberalen Privatisierung wird die Wiedereroberung des öffentlichen Raums und einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft gegenübergestellt.

Worin aber sind diese Entwicklungen begründet? Sind sie nur hoffnungslose Abwehrkämpfe, die keine Zukunft haben? Geht es um mehr, als um bloße zeitweise Korrekturen einer ansonsten unwiderstehlichen Tendenz? Es soll der Versuch gemacht werden, die anhaltende Wirksamkeit

des Kommunismus in der Dialektik von Individualisation und Sozialisation zweifach zu begründen -zum einen individualgeschichtlich und zum anderen zivilisationsgeschichtlich.

Die individualgeschichtliche Begründung der Tendenz zur Gemeinschaft: Von Marx stammt der viel interpretierte Gedanke, daß das »menschliche Wesen [...] kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum« sei, sondern »in seiner Wirklichkeit« nichts anderes als »das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.«⁵⁵ Lothar Kühne folgt in seiner viel zu wenig beachteten Analyse dieser These: »Die einzelnen menschlichen Individuen [...] finden die Bedingungen ihrer menschlichen Wesensbestimmungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen vor. Aber diese Bedingungen sind menschliches Wesen erst in ihrer individuellen Strukturiertheit durch den Lebensprozeß der Menschen. Damit ist auch erklärt, daß die Entwicklungslogik der Gesellschaft sich notwendig in der Entwicklungslogik der menschlichen Individuen durchsetzen muß, beide aber nicht gleichartig sind, oder es zumindest nicht sein müssen, gesellschaftlicher Progress sich folglich auch durchsetzen und ausdrücken kann in menschlichem Leben, welches tragisch scheitert.«⁵⁶ Wie aber ist dieser Vermittlungsprozeß individual- und zivilisationsgenetisch zu denken?

Individualgeschichtlich ist jeder und jede mit der Stunde der Geburt in eine bis zum Tode nicht abreißende Kette von sozialen Tätigkeiten eingebunden, in denen das Objektive in das Subjektive und das Subjektive in das Objektive übergeht.⁵⁷ Die Befriedigung jedes noch so »natürlichen« Bedürfnisses ist gesellschaftlich vermittelt. Die kooperative arbeitsteilige Tätigkeit, mit dem symbolisch-sprachlich vermittelten Spiel zwischen Kind und Erwachsenen beginnend, ist die wahre Quelle des Menschseins.⁵⁸ Die letzte Ölung wie jedes andere Sterberitual ist in Form des Abschieds aus dieser Gemeinschaft eine nochmalige Bestätigung der Zugehörigkeit.

Wie George H. Mead verdeutlicht, ist der oder die Einzelne immer in der Spannung seines oder ihres handelnden »Ich« (»I«) und der verinnerlichten Verhaltenserwartungen anderer, des »ICH« (»me«). Die unverwechselbare Persönlichkeit ergibt sich aus dieser lebendigen Widersprüchlichkeit, zugleich autonom, spontan, frei zu sein (auch: frei sein zu müssen!) und zu reagieren auf eine »bestimmte Organisation der Gemeinschaft«, die in den Erwartungen, den Rollenvorgaben in das Individuum hineingenommen ist: »Das »Ich« ruft das »ICH« nicht nur hervor, es reagiert auch darauf. Zusammen bilden sie eine Persönlichkeit, wie sie in der gesellschaftlichen Erfahrung erscheint.«⁵⁹ Persönlichkeit erwächst also zugleich aus der Identifikation mit der Gemeinschaft anderer und der Auseinandersetzung mit

ihnen - in ihren glückvoll gelingenden wie tragisch scheiternden Formen und vor allem in der alltäglichen Mühe eine Balance des Erträglichen herzustellen. Unterscheidung, Abgrenzung, Abspaltung von, ja, Gegensatz zu anderen, selbst und gerade zu den Nächsten, Liebsten, Vertrautesten gegenüber und Einfühlung, Identifizierung, Verschmelzung mit ihnen stellen Grundtatsachen der lust- wie leidvollen *conditio humana* dar. Individualität löst Gemeinschaft einerseits in versachlichte Beziehung von Andersheit, ja, Fremdheit genauso auf wie sie diese andererseits ständig neu zu schaffen sucht.

Die Tendenzen zur Individualisierung und Vergemeinschaftung sind anthropologische Grundtatsachen jeder menschlichen Existenz. Wie Menschen diese Tendenzen verwirklichen, hängt von den sozialen Bedingungen, den eigenen Anlagen, pfadbestimmenden Weichenstellungen der Biographie und immer auch den eigenen Entscheidungen ab.

Zur zivilisationsgeschichtlichen Begründung von Gemeinschaft: Hatte schon Marx festgestellt, daß gesellschaftliche Verhältnisse, Verkehrsformen der Individuen und ihre Tätigkeit in einer historisch konkreten Beziehung stehen, in der erstere teils als Entwicklungsformen und teils als Fesseln der Individuen erscheinen,⁶⁰ so erarbeitete Norbert Elias eine ganze europäische Zivilisationsgeschichte in der konkreten Analyse dieser Dialektik der »Zusammenhänge zwischen Individualstrukturen und Gesellschaftsstrukturen.«⁶¹ Er wies nach, daß die Krönung der abendländischen Zivilisation - der Mensch als ego-zentrisches Wesen, eines »von allen andern letztlich völlig unabhängigen Individuums«,⁶² autonom und selbstbewußt, in völliger Selbstverantwortung und Kontrolle - das Resultat eines sehr besonderen Zivilisationsprozesses ist, wie er in der Renaissance seinen Ausgang nahm und zur Moderne wurde.⁶³

Aus dem von Elias nachgezeichneten Prozeß einer egozentrischen Individualisierung erwuchs aber als Kehrseite auch ein neuer Freundschafts- und Liebeskult, die Suche nach einer neuen Form von Gemeinschaftlichkeit jenseits der patriarchalen Strukturen traditionaler Gesellschaften.⁶⁴ Auch zivilisationsgeschichtlich kommt es zur Erneuerung von Gemeinschaftsformen, sei es in Gestalt der bürgerlichen Familie oder aber von Vereinen, Klubs oder auch Gesinnungsgemeinschaften.⁶⁵ Wir können deshalb feststellen: Nicht nur ist die Individualentwicklung untrennbar mit der je spezifischen Entfaltung der Spannung von Abgrenzung und Hinwendung verbunden, auch die zivilisatorische Sozialentwicklung bewegt sich in der Spannung von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung. Gesellschaft und Gemeinschaft sind sich ergän-

zende Bedingungen menschlicher Individual- wie Gattungsentwicklung (Tabelle I).

Tabelle I: Grundmerkmale von Gesellschaftlichkeit und Gemeinschaftlichkeit

Gesellschaft	Gemeinschaft
universelle potentiell universelle Zugehörigkeit	Zugehörigkeit nach innen und Abgrenzung nach außen
formal definierte Rechtspersonen bilden die Gesellschaft	konkrete Individuen bilden die Gemeinschaft
Ich-Gefühl	Wir-Gefühl
Selbstinteresse	Solidarität
Anonymität	Vertraulichkeit
Differenz	Homogenität
Versachlicht/entfremdet	unmittelbar

RalllDavid Held/Don Hubert/Kenneth Thompson (Rrsg.): Modernity

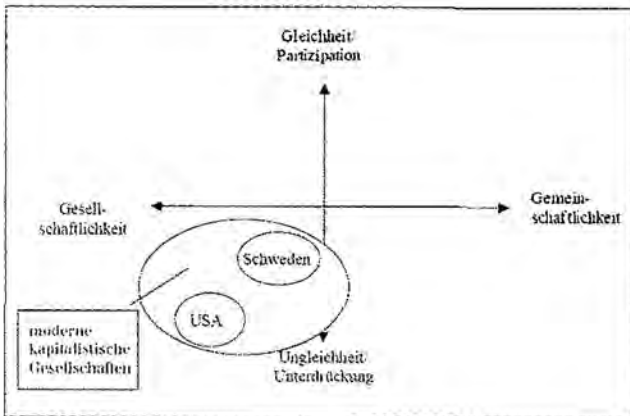
Gesellschaftliche Beziehungen sind die Bedingung für Freiheit und Unabhängigkeit. Erst durch sie wird autonome Entscheidung möglich, wird gesichert, daß sich die einzelnen oder ihre Zusammenschlüsse ausgehend von selbst erkannten Interessen und selbst gesetzten Zwecken zu Subjekten ihrer eigenen Entwicklung machen können.⁶⁶ Gesellschaftliche Beziehungen sind notwendigerweise instrumentell und mittelrational. Dies erlaubt es, aus ihnen heraus jene Kraft freizusetzen, die Karl Marx im Manifest am modernen Kapitalismus feiert: »Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.«⁶⁷

Aber diese Nüchternheit einer total vergesellschafteten Menschheit ist ohne Sinn. Friedrich Nietzsches »Gott ist tot« zieht den Schlußstrich unter die Annahme eines selbstverständlich Menschen vorausgesetzten Sinns. Sinn muß erzeugt werden und wird es von Menschen nur in und mit Bezug auf Gemeinschaften, so weit auch immer diese gefaßt sein mögen: »Von den rein instrumentellen Beziehungen unterscheiden sich gemeinschaftliche durch die Selbständigkeit der beteiligten Partner [...]

Die menschlichen Sozialbeziehungen benötigen ein Reservoir der Begegnung mit anderen als Gleichrangigen, in der sich das Bedürfnis, andere als gleichrangig anzuerkennen, mit dem Wunsch verbindet, von ihnen anerkannt zu werden.⁶⁸ In diesem immer auch umstrittenen Raum von Anerkennung und Nichtanerkennung entsteht erst Sinn des Lebens Einzelner, von Gruppen und großen Gemeinschaften, entstehen die zentralen Orientierungsmuster ganzer Gesellschaften.

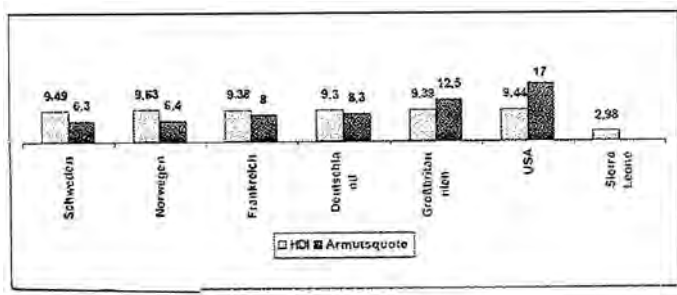
Aber der Blick auf Gesellschaftlichkeit und Gemeinschaftlichkeit reicht nicht: Weder Individualentwicklung noch Sozialentwicklung sind frei von Strukturen der Ungleichheit, der Ausbeutung, Unterdrückung und Entmündigung. Die Geschichte der Klassengesellschaften war immer eine Geschichte des Kampfes zwischen den Vertretern einer privilegierten Aneignung der gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Entwicklungspotentiale durch privilegierte Individuen, Gruppen und Klassen einerseits und jenen, die sich für Befreiung von der damit verbundenen Unterdrückung und für gleiche Teilhabe einsetzten andererseits. Dies gilt gerade auch für moderne kapitalistische Gesellschaften. Sie stellen einen Bewegungs-, Entwicklungs- und Kampfraum zum einen der Tendenzen von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung und zum anderen der Tendenzen von Ungleichheit und Gleichheit dar (Grafik 1).

Grafik 1: Spannungsfelder moderner Gesellschaften



Die unterschiedlichen Typen heutiger kapitalistischer Gesellschaften sind durch relevante Unterschiede bezogen auf Gleichheit und Ungleichheit, Partizipation und Unterdrückung gekennzeichnet. Die Stärke von antikapitalistischen und, allgemeiner, von emanzipativen sozialen und politischen Kräften sowie unterschiedliche historische Pfade haben relevante Differenzen erzeugt. Bei gleicher Höhe der durchschnittlichen menschlichen Entwicklungsbedingen in einer Gesellschaft, wozu Lebenserwartung, Bildung, Lebensniveau usw. gehören, differenzieren sie außerordentlich stark in Bezug auf die Gleichheit und Ungleichheit der Verteilung dieser Lebensmöglichkeiten. In den USA ist die Ungleichheit fast drei Mal höher als in Schweden (Grafik 2). Der Kampf um historische Alternativen ist auch ein Kampf um die Veränderung des Platzes konkreter Gesellschaften in diesem Raum der Moderne.

Grafik 2: Human Development Index und Armutsquote im Vergleich (für das Jahr 2004)⁶⁹



5. Die Visionen von Kommunismus und Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus

Folgt man diesem Verständnis moderner Gesellschaften als einem Raum gegensätzlicher Tendenzen, dann ergibt sich die Möglichkeit, geistige Grundströmungen der Moderne als Begründungen zur Durchsetzung der einen bzw. anderen Tendenz in diesem Raum bzw. ihrer je unterschiedlichen Kombination zuzuweisen. Derartige Grundströmungen zielen auf die Umwandlung des gesellschaftlichen Raums der Moderne unter dem Primat ihrer jeweiligen Vision an.⁷⁰

Friedrich Hölderlin

Die Heimat

Froh kehrt der Schifferheim an den stillen Strom
 Von fernen Inseln, wo er geerntet hat;
 Wohl möcht auch ich zur Heimat wieder;
 Aber was hab ich, wie Leid, geerntet? –
 Ihr holden Ufer, die ihr mich auf erzogt,
 Stillt ihr der Liebe Leiden? ach! gebt ihr mir,
 Ihr Wälder meiner Kindheit, wann ich
 Komme, die Ruhe noch Einmal wieder?

Dies vorausgesetzt, kann versucht werden, dem Kommunismus nach seinem Scheitern in Gestalt des sowjetischen Staatssozialismus eine Bedeutung zu geben, die seiner eigenen Geschichte entspricht und sie zugleich einfügt in einen generellen konzeptionellen Rahmen. Kommunismus ist in diesem Denkmodell der Anspruch der Verwandlung aller sozialen Beziehungen in gemeinschaftliche Beziehungen. Omnia sunt communia ist sein weiter geltender Leitspruch. Der Nicht-Gemeinschaft des neoliberal radikalisierten Kapitalismus stellt er die All-Gemeinschaft gegenüber. Leitbild des Kommunismus ist die Gestaltung der Welt als Heimat - Heimat als Ort, wo man sich nicht erklären muß, als Platz unmittelbarer und nicht in Frage zu stellender Zugehörigkeit und Geborgenheit, als Raum völliger Gewißheit und Ruhe. Ernst Bloch findet für Kommunismus die bündige Formel: »Die vergesellschaftete Menschheit im Bund mit einer ihr vermittelten Natur ist der Umbau der Welt zur Heimat.«⁷¹

Lothar Kühne entwickelt diese kommunistische Vision der Welt als Heimat in seinem großen Aufsatz »Haus und Landschaft«. Sie sei in aller Ausführlichkeit zitiert, weil sie den hohen theoretischen Stand, die ungewöhnliche Präzision und die emotionale Stärke von Kühnes Kommunismus ausdrückt: »Die Landschaft als die grundlegende räumliche Lebensform des Kommunismus ist die Einheit von sozietären, mikrogemeinschaftlichen und individuellen Raumbereichen, die als Haus zusammengefaßt und im Zusammenhang sind, und dem Naturraum und dem Produktionsraum. Das Individuum lebt in der Landschaft, es hat alltägliche, für seine Lebensweise normale und konstitutive Wirklichkeit in allen Raumbereichen, die geschichtlich herausgearbeitet sind. Der Zusammenhang dieser die Universalität des Individuums vermittelnden Raumsphären ist für dieses sinnlich erlebbar, praktisch ohne ein besonders einzu-

setzendes Verkehrsmittel oder durch eine besondere Zeitabhängigkeit von Verkehrsmitteln durch Gehen erschließbar und geistig als Vorstellungsbild angeeignet. In der Landschaft ist das Individuum nicht nur mit einer bestimmten Gemeinschaft zusammengeschlossen, durch das Haus, das die Landschaft krönt, es hat in der Landschaft auch die einsetzende räumliche Form seines Zusammenschlusses mit der Menschheit, weil die Landschaft wohl durch das Haus ist, aber in ihrem Grunde Natur, Erde. Die Endlichkeit des individuellen Lebens ist durch den schöpferischen Alltag in der Gattung aufhebbar geworden. Die Sehnsucht nach Verwirklichung bedarf nicht mehr eines besonderen Raumes, keines besonderen Hauses, weil die Landschaft der Raumgrund der Universalität, der innere Kreis der Selbstverwirklichung ist. So nimmt das Haus die in der Kirche abgesonderten und herrschaftlich verkehrten Werte in sich zurück. Es ist nicht herrschaftlich, sondern häuslich und wunderbar.⁷²

Bernhard Schlink entwickelt ein grundlegendes Menschenrecht auf Heimat jenseits konkreter Ortgebundenheit. Es sei das »Recht auf einen Ort, an dem man wohnt und arbeitet, Familie und Freunde hat«. Dieses Recht sei »das Menschenrecht schlechthin«. Recht auf Zugehörigkeit zu einer (in modernen Gesellschaften durch die Staatsbürgerschaft vermittelte) Gemeinschaft sei es, »ohne das die anderen Rechte nichts wert sind und das Leben in der Wohnung und bei der Arbeit, mit der Familie und den Freunden prekär bleibt«.⁷³ Mit Entsetzen sehen nun die Bürgerinnen und Bürger auch der westlichen Metropolen, daß ihren Gemeinwesen diese Eigenschaft, Heimat zu sein, Garant der Einlösbarkeit der elementarsten Menschenrechte auf Wohnung, Arbeit, soziale Sicherheit und auch reale Mitbestimmung, verloren geht.

Den direkten Gegensatz des Kommunismus bildet der Liberalismus. Er zielt auf die Verwandlung aller gesellschaftlichen Beziehungen in Vertrags- und Marktverhältnisse und die Auflösung aller Gemeinschaftlichkeit. Auch der Staat und die Familie werden als solche formalrechtlich institutionalisierten Verhältnisse interpretiert. Berühmt ist Lockes Grundlegung des Staates aus dem Gesellschaftsvertrag von Privateigentümern und Kants Definition der bürgerlichen Ehe zum »wechselseitigen Gebrauch der Geschlechtseigenschaften« der oder des anderen. Ehe würde so zur auf Dauer gestellten Prostitution. In Gestalt der USA und der Sowjetunion sind im 20. Jahrhundert eine Zivilisation der Gesellschaftlichkeit und der Gemeinschaftlichkeit aufeinandergeprallt, wie Alexis de Tocqueville schon am Ende des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts vorhersagte.⁷⁴

Der kommunistischen Vision von Heimat und Häuslichkeit stellt der Liberalismus die Welt und die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Märkte, der Geborgenheit den Wettbewerb und dem Zurück zu den Ursprüngen die Eroberung gegenüber. Als Goethe den berühmten letzten Monolog des blinden Faust, nichts ahnend an dem sich ihm öffnenden Grabe stehend, schrieb, da hatte er die liberalen Niederlande, die USA vor Augen mit der ständigen Hinausschiebung aller Grenzen in die Fremde, die erst noch anzueignen ist: »Das ist der Weisheit letzter Schluß: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß! [...] Solch ein Gewimmel möcht' ich sehen. Auf freiem Grund mit freiem Volke stehen!« Die Welt wird hier gedacht als unabschließbarer Raum unternehmender Selbstverwirklichung, das Leben selbst wird zur Enterprise, das die stets erneute Auflösung aller Bindungen auf dem Wege unaufhaltsamer Erneuerung verlangt. In John Stuart Mills großer Schrift »Über die Freiheit« heißt es bündig: »[...] aber die einzig untrügliche und andauernde Quelle für den Fortschritt ist die Freiheit, weil durch sie ebenso viel unabhängige Zentren des Fortschritts möglich sind, als Individuen vorhanden.«⁷⁵

Lion Feuchtwanger (1932)

Psalm des Weltbürgers

Reiße dich los von Deinem Anker, spricht Jahwe.
 Ich liebe nicht, die im Hafen verschlammten.
 Ein Gräuel sind mir, die verfaulen im Gestank ihrer Trägheit.
 Ich habe dem Menschen Schenkel gegeben, ihn zu tragen über
 die
 Erde.
 Und Beine zum Laufen,
 Daß er nicht Stehen bleibe wie ein Baum in seinen Wurzeln.

...

Vor dem Hintergrund der Moderne hat Kommunismus eine Doppelbe-
 deutung. Er kann als autoritäre Zentralverwaltung der Gesellschaft unter
 dem Primat der gemeinschaftlichen Interessen verstanden werden. Da-
 mit wird er aber vormodern. Er stellt den Versuch dar, die Gesellschaft
 ganz in eine stabile Gemeinschaft zu verwandeln. Marx nennt ihn den
 »rohen Kommunismus«. Weitgehende Abschaffung von Markt, Recht, De-
 mokratie und Öffentlichkeit sind damit verbunden. Geldlosigkeit ist sein
 Symbol. Diese Gemeinschaft ist eine der Gleichheit in der Unfreiheit. Der

autoritäre Kommunismus muß unterschieden werden von einem freiheitlichen Kommunismus, der nur plural möglich ist, als einer Assoziation von Assoziationen, in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird. In diesen Assoziationen hieße es: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Es wäre Gemeinschaften, in denen Freiheit in der Gleichheit gelebt werden kann. Dieser Kommunismus ist nur plural zu denken. Voice und Exit⁷⁶ sind seine Grundbedingungen. Dazu braucht er rechtlich geschützte gesellschaftliche Freiheit. Ohne sie wird Gemeinschaftlichkeit zu einem Zwangssystem, zu einer Diktatur der wenigen über die vielen im Namen »aller«.

Auch der Liberalismus hat zwei Formen - die des konservativen Liberalismus, der in der Aufrechterhaltung von hoher Ungleichheit den entscheidenden Macht- und Eigentumsgaranten einer liberalen Ordnung sieht, und die des demokratischen Liberalismus, der freie Vergesellschaftung mit substantieller Chancengleichheit auf den Märkten der Gesellschaft verbinden will und dazu auf die öffentliche Bereitstellung wichtiger Gemeingüter drängt sowie den sozialen Ausgleich staatlich vermittelt herzustellen sucht. Das Ideal dieses sozialen Liberalismus sind Gesellschaften der Gleichheit in der Freiheit. Dazu aber braucht er starke Gemeinschaften. Denn ohne diese verwandelt sich die Gesellschaftlichkeit in einen ungezügeln Kapitalismus von Ausbeutung und Unterdrückung.

Das Leitbild des traditionellen Kommunismus ist die freiwillige Unterordnung aller Einzelnen unter das Gemeinwohl als Bedingung des eigenen Wohls: Jeder ein Arbeiter und alle gemeinsam Herren ihres kollektiven Schicksals. Das Leitbild des freien Kommunismus ist das solidarische Dasein für andere als Bedingung der eigenen freien Entwicklung. Marx sieht dies 1844 in Auseinandersetzung mit James Mill vor allem in der Unmittelbarkeit von freier Produktion und freiem Austausch gegeben. Ausgangspunkt ist nicht die Selbstlosigkeit und Unterordnung unter ein Gemeininteresse, sondern freie Individualität als Bedingung freier Assoziation, deren höchste Form die Liebe ist: »Gesetzt, wir hätten als Menschen produziert: Jeder von uns hätte in seiner Produktion sich selbst und den anderen doppelt bejaht. Ich hätte 1. in meiner Produktion meine Individualität [...] vergegenständlicht und daher sowohl während der Tätigkeit eine individuelle Lebensäußerung genossen, als im Anschauen des Gegenstandes die individuelle Freude, meine Persönlichkeit als gegenständliche, sinnlich anschauliche und darum über alle Zweifel erhabene Macht zu wissen- 2. In deinem Genuß oder deinem Gebrauch meines Produkts hätte ich unmittelbar den Genuß, sowohl des Bewußtseins, in meiner Ar-

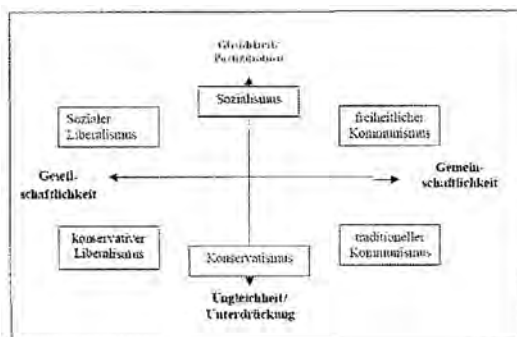
beit ein menschliches Bedürfnis befriedigt [...] und daher dem Bedürfnis eines andren menschlichen Wesens seinen entsprechenden Gegenstand verschafft zu haben, 3. für dich der Mittler zwischen dir und der Gattung gewesen zu sein, also von dir selbst als eine Ergänzung deines eigenen Wesens und als ein notwendiger Teil deiner selbst gewußt und empfunden zu werden, also sowohl in deinem Denken wie in deiner Liebe mich bestätigt zu wissen, 4. in meiner individuellen Lebensäußerung unmittelbar deine Lebensäußerung geschaffen zu haben, also in meiner individuellen Tätigkeit unmittelbar mein wahres Wesen, mein menschliches, mein Gemeinwesen bestätigt und verwirklicht zu haben.«⁷⁷

Das Leitbild des konservativen Liberalismus ist der Eigentümer als Besitzer.⁷⁸ Dahinter steht der Prozeß der Verdrängung eines Begriffs von Eigentum, der auf individuelle Aneignung zielt, durch einen possessiven Eigentumsbegriff.⁷⁹ Das Leitbild eines sozialen Liberalismus ist die Verallgemeinerung der Eigentümerstellung auf jedes Individuum. Im zweiten Entwurf des Code civil, vorgelegt am 9. September 1794, erarbeitet während der Großen Französischen Revolution und grundlegendes Dokument der Kodifizierung des kapitalistischen Eigentums, heißt es: »Drei Dinge sind notwendig und genügen dem Menschen in der Gesellschaft: Herr über seine Person zu sein, Güter zu besitzen, um seine Bedürfnisse erfüllen zu können, und in seinem Interesse über seine Person und seine Güter verfügen zu können. Alle zivilen Rechte lassen sich daher auf das Recht auf Freiheit, Eigentum und Vertragsfähigkeit zurückführen.«⁸⁰

Wie aber kommen Menschen zu diesen drei Dingen? Wie wird gesichert, daß die Freiheit und das Eigentum sowie die Vertragsfreiheit der einen nicht die Unfreiheit, Eigentumslosigkeit und den (zumindest ökonomischen) Vertragszwang der anderen zur Bedingung haben. Diese Fragen bleiben offen. Gegenüber der Tendenz eines unbeschränkten privat-possessiven und damit herrschaftlichen Eigentums hatte schon kurz vorher Robespierre eingewandt: »Ihr habt eine Vielzahl von Artikeln verfaßt, um eine möglichst große Freiheit in der Ausübung des Eigentumsrechts zu gewährleisten, und ihr habt nicht ein einziges Wort gesagt, um den legitimen Charakter des Eigentums zu bestimmen; so daß eure Erklärung nicht für die Menschen im allgemeinen, sondern für die Reichen, die Spekulanten, die Wucherer und Tyrannen gegeben zu sein scheint.«⁸¹ Der soziale Liberalismus zielt auf eine Verwirklichung einer liberalen Ordnung, die die Sicherung der grundlegenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte garantiert. Dies aber ist unmöglich, ohne Kräfte, die die Freiheit der einzelnen in die gemeinschaftliche Pflicht neh-

men, ohne Gemeineigentum, ohne gemeinschaftliche Regulierung, ohne gemeinsame Verantwortung.

Beide, Kommunismus wie Liberalismus, lösen den »unaufhebbaren Dualismus«⁸² moderner Gesellschaften zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft zugunsten des einen bzw. des anderen Pols auf. Im Falle ihrer radikalen Durchsetzung zerstören sie damit die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens in seinen nacharchaischen Formen. Zugleich sind sie unverzichtbare Strömungen der Moderne. Der Liberalismus drängt auf die Erhaltung der innovativen Triebkräfte des Wettbewerbsystems, der Kommunismus auf die Erhaltung und Verallgemeinerung der Möglichkeit der Bildung von Gemeinschaftsformen als Grundlage eines sinnvollen und selbstbestimmten Lebens. Kommunismus und Liberalismus sind geistig-politische Strömungen entlang des Grundkonflikts moderner Gesellschaften zwischen Gesellschaftlichkeit und Gemeinschaftlichkeit. Sozialismus und Konservatismus sind dagegen Strömungen, die sich auf den zentralen Konflikt von Gleichheit und Partizipation einerseits und Ungleichheit und Unterdrückung andererseits beziehen. Anders als Kommunismus und Liberalismus wollen sie den Konflikt zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft nicht auflösen, sondern ihn auf je gegensätzliche Weise vermitteln. Sie wollen ihn nicht beseitigen, sondern spezifisch gestalten. Während der Konservatismus auf die Ungleichheit von Macht und Eigentum im Gesellschaftlichen wie Gemeinschaftlichen zielt als Bedingung der Erhaltung (oligopolistische Märkte, elitäre Demokratien und paternalistische Familien), vertritt der Sozialismus die Position freier und gleicher Teilhabe an den gesellschaftlichen wie an den gemeinschaftlichen Zusammenhängen. Konservatismus ist Freiheit für die Wenigen. Er unterdrückt und trennt. Sozialismus ist Freiheit für alle, ist zugleich libertär und frei vereinigend.



Grafik 3: Die zwei Achsen der Moderne und die Ideologien des Kommunismus, Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus

Sozialismus ist der Versuch, unter den jeweils historisch gegebenen Bedingungen eine gelingende Vermittlung zwischen Gesellschaftlichkeit und Gemeinschaftlichkeit, zwischen Entwicklung des Einzelnen als Beitrag zur Entwicklung aller und der Solidarität aller als Bedingung der freien Entwicklung der Einzelnen, zwischen Haus und Landschaft, zwischen Arbeit und Kultur, zwischen Freiheit und Gerechtigkeit herzustellen. Sozialismus kann auf das kommunistische Erbe nicht verzichten, da aus ihm der gemeinsame Sinnhorizont erwächst, der die Freiheit von ökonomischer, politischer oder geistiger Diktatur erst in eine Freiheit für etwas verwandelt. Und er kann das liberale Erbe nicht ausschlagen, da es die Bedingungen sichert, daß sich die gemeinsamen Bestrebungen nicht in neue Unterdrückung verkehren. Er braucht das Gemeineigentum in seinen vielfältigen Formen, da dies die wichtigste Grundlage der Bereitstellung entscheidender öffentlicher Güter für Selbstbestimmung und Solidarität ist. Er braucht die Möglichkeit unternehmerischer Verfügung über abgegrenzte Produktionsressourcen als Bedingung von Innovation und Effizienz. Alle Formen des Eigentums sind der Produktion und gerechten Verteilung der Freiheitsgüter in einer Gesellschaft unterzuordnen.⁸³ Erst dadurch werden sie zum universellen Gegenstand der Aneignung durch jede und jeden als Bedingung ihrer und seiner freien Entwicklung.

Nach diesem Verständnis von Sozialismus, das zugleich kommunistisch wie liberal inspiriert ist, kann eine sozialistische Transformation auch als Herstellung des evolutionären Primats des Kulturellen über das Politische und Ökonomische verstanden werden. Wie Hans-Peter Krüger, der für einen derartigen Wandel den Begriff der »radikalen Demokratisierung« verwendet, formuliert: »Ich verstehe radikale Demokratisierung als jene Variante der Ko-Evolution, in der die kulturellen Wettbewerbsformen gegenüber den politischen evolutionär führend werden und durch die politischen hindurch auch für die wirtschaftlichen Wettbewerbsformen regulativ wirksam werden.«⁸⁴ Kultur sei hier verstanden als offene unabschließbare Suche nach einem sinnvollen Leben in Freiheit und im Streben danach, Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei zu finden.

Am 10. Mai 1953 sprach Albert Camus an der Arbeitsbörse von St.-Etienne unter den Stichworten »Brot und Freiheit«: »Für uns alle kann heute nur eine einzige Parole gelten: in nichts nachgeben, was die Gerechtigkeit betrifft, und auf nichts verzichten, was die Freiheit angeht.«⁸⁵ Der Sozialismus hat das Erbe des Kommunismus und das Erbe des Liberalismus zu

bewahren und in sich aufzuheben, damit er sich wirklich auf dem Weg zu dem befindet, was er immer hätte sein sollen und so oft nicht war - auf dem solidarischen Weg zu mehr Freiheit und mehr Gleichheit.

-
- ¹ Der nachfolgende Aufsatz ist die gekürzte Fassung der unter gleichem Titel erschienenen Arbeit in: Linke Utopien - die Zukunft denken. Diskurs - Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 21. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2006. S. 43-86.
- ² Auch die Kommunistische Plattform in der Linkspartei/PDS gab in der Erklärung zu ihrem Selbstverständnis darauf keine systematische Antwort. Dort heißt es nur bündig: »Die Plattform tritt sowohl für kurz- und mittelfristig angestrebte Verbesserungen im Interesse der Nicht- und wenig Besitzenden innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft als auch für den Sozialismus als Ziel gesellschaftlicher Veränderungen ein.« (<http://sozialisten.de/kpf/>).
- ³ Siehe Die Sagen der Juden. Gesammelt und bearbeitet von Micha Josef bin Gorion. Köln 1997. S. 111 ff.
- ⁴ Siehe Ernst Schwarz: So sprach der Meister. Altchinesische Lebensweisheiten. Augsburg 1998. ,S. 129f.
- ⁵ Hesiod: Werke und Tage. Stuttgart 1996. S. 17 [171ff.].
- ⁶ Siehe Max Beer: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe. Berlin 1924. S. 517. - Von diesem Standpunkt könnte man Kommunismus auch als »Eigentumsfeindlichkeit« bezeichnen. Die Geschichte des Kommunismus wäre dann eine Geschichte der Zurückweisung des Privateigentums. Siehe dazu Arnold Künzli: Mein und Dein. Zur Geschichte der Eigentumsfeindschaft. Köln 1986.
- ⁷ Ebenda. S. 105.
- ⁸ Apostelgeschichte 4 und 5.
- ⁹ Zur differenzierteren Auseinandersetzung mit dieser Apostelgeschichte siehe Michael Brie: Von der organisierten Alternativlosigkeit zur Organisation von Alternativen. In: Willibald Jacob/Jakob Moneta/Franz Segbers (Hrsg.): Die Religion des Kapitalismus. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des totalen Marktes. Luzern 1996. S. 177-184.
- ¹⁰ Siehe dazu ausführlicher unter Punkt 4.

- ¹¹ Zitiert aus Wolfgang Schieder: *Kommunismus*. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Bd. 3. Stuttgart 1982. S. 457.
- ¹² Karl August Wittfogel hat derartige Gesellschaften als orientalische Despotien bezeichnet (siehe Karl August Wittfogel: *Orientalische Despotie*. Köln 1962).
- ¹³ Peter Rübén: *Die Kommunistische Antwort auf die soziale Frage*. In: Initial. Berlin (1998)1 (zitiert nach www.berlinerdebatte.de/initial/heft1-98/ruben.htm). In seiner 1880 geschriebenen Einleitung zum Wahlprogramm der französischen Arbeiterpartei hatte Marx schlüssig formuliert, »daß die Produzenten nur dann frei sein können, wenn sie im Besitz der Produktionsmittel sind« und daß dies heute nur noch in der »kollektiven Form« möglich sei, »deren materielle und geistige Elemente durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst geschaffen werden« (Karl Marx: [Einleitung zum Programm der französischen Arbeiterpartei]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke* (im weiteren MEW). Bd. 19. S. 238.).
- ¹⁴ Auch für Max Weber ist eine »absolut kommunistische Wirtschaftsorganisation« die einer Zentralverwaltung allen sozialen Handelns (siehe Max Weber 1976: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Fünfte, revidierte Auflage. 1. Halbband. Tübingen 1976. S. 28). Er spricht in diesem Zusammenhang auch von »Vollsozialisierung« im Sinn einer rein haushaltsmäßigen Planwirtschaft« und macht auf einige damit verbundene Folgen, und vor allem auf die »letztlich unentrinnbare Irrationalität der Wirtschaft« in einer solchen Gesellschaft, aufmerksam (siehe ebenda. S. 60f.).
- ¹⁵ Karl Marx: [Einleitung zum Programm der französischen Arbeiterpartei]. In: MEW. Bd. 19. S. 238.
- ¹⁶ Siehe Francois Furet: *Jakobinismus*. In: Francois Furet/Mona Ozouf (Hrsg.): *Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution*. Zweiter Band. Frankfurt am Main 1996. S. 1168.
- ¹⁷ »Das Volk hat das Recht, seine Beamten zu den vorgesehenen Terminen und in den gesetzmäßigen Formen zu wählen, verloren; die Gesellschaften nehmen sich das Recht, diese Beamtenschaft ohne erkennbare Regel und unaufhörlich zu säubern.« (Augustin Cochlin [1921], zitiert in ebenda).
- ¹⁸ Siehe dazu Friedrich Engels: *Der Sozialismus in Deutschland*. In: MEW. Bd. 22. S. 248.
- ¹⁹ »Brüderlichkeit. Durch Wiedereinführung des Du-Wortes, [...] durch Zusammenwirken für einen gemeinschaftlichen Zweck. Soziale Bildung. Durch Studium und Besprechung aller sozialen Systeme, durch Beförderung geselliger [...] Vergnügungen [...] Propaganda. Durch Umgang mit Personen, welche mit den Vereinszwecke und Mitteln noch unbekannt sind, und durch Anfeuern derselben, sich als Vereinsmitglieder aufnehmen zu lassen, durch Unterstützung und Verbreitung aller die Vereinszwecke befördernden Schriften.« (Organisationsplan Wilhelm Weitlings für die Tätigkeit der Kommunisten in den Arbeitervereinen der Schweiz. In: *Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien*. Bd. 1: 1836-4849. Berlin 1970. S. 136).
- ²⁰ »Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehen.« (Karl Marx: *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*. Einleitung. In: MEW. Bd. I. S. 391).
- ²¹ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: MEW. Bd. 4. S. 474 und 475.
- ²² Friedrich Engels: *Einleitung [zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«] (1895)*. In: MEW. Bd. 22. S. 524.
- ²³ Siehe dazu Karl Marx: [Einleitung zum Programm der französischen Arbeiterpartei]. In: MEW. Bd. 19. S. 238. - Siehe außerdem der Abdruck des Minimal- bzw. konkreten Wahlprogramms in ebenda. S. 570f.
- ²⁴ Siehe Robert Michels: *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*. Leipzig 1911.

- ²⁵ Auch Marx sah sich davon durch eigene Studien überzeugt, »daß diese Dorfgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands« sei. Karl Marx: [Brief an V. I. Sassulitsch]-In: MEW. Bd. 19. S. 243.
- ²⁶ Nikolai Tschemyschewskis Buch »Was tun« ist eines der bemerkenswertesten Selbstzeugnisse dieser Generation der Intelligenzija, bevor sie zum Terror griff.
- ²⁷ Sergej Bulgakov: Heroentum und geistiger Kampf. Überlegungen zur religiösen Natur der russischen Intelligencija. In: Wegzeichen. Essays von Nikolaj Berdjajev, Sergej Bulgakov und anderen, eingeleitet und aus dem Russischen übersetzt von Karl Schlögel. Frankfurt am Main 1990. S. 108.
- ²⁸ Albert Camus: Brot und Freiheit. In: Albert Camus: Verteidigung der Freiheit. Politische Essays. Reinbek bei Hamburg 1997. S. 51.
- ²⁹ Albert Camus: Der Sozialismus der Galgen. In: Ebenda. S. 120.
- ³⁰ Spätestens mit dem Kriegskonuninismus war fast die gesamt Industrie der direkten Leitung durch zentralstaatliche Behörden, vor allem das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats, sowie dem Rat der Arbeit und Verteidigung unterstellt, die in den Gouvernements ihre Filialen besaßen.
- ³¹ Siehe dazu beispielhaft Alexandra Kollontai: Die Arbeiteropposition. In: Frits Kool/Erwin Oberländer (Hrsg.): Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Freiburg im Breisgau 1967.
- ³² Josef Stalin: Über den Entwurf der Verfassung der Union der SSR. Bericht auf dem Außerordentlichen VIII. Sowjetkongreß der UdSSR am 25. November 1936. In: Josef Stalin: Fragen des Leninismus. Moskau 1947. S. 616 (<http://www.stalinwerke.de/band4/bl4-007.htm>).
- ³³ Ebenda.
- ³⁴ Siehe Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen. Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus. Bratislava 1936. S. 210f.
- ³⁵ Ebenda. S. 209.
- ³⁶ Ebenda.
- ³⁷ György Konrád/lvân Szelenyi: Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht. Frankfurt am Main 1978. S. 218.
- ³⁸ Siehe J. Otto Pohl: The Stalinist Penal System: A Statistical History of Soviet Repression and Terror, 1930-1953. London 1997. S. 8.
- ³⁹ Josef Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU am 10. März 1939. In: Josef Stalin: Fragen des Leninismus. Moskau 1947. S. 712 (<http://www.stalinwerke.de/band4/bl4-017.html>).
- ⁴⁰ Die folgende kurze Darstellung fixiert sich auf den sowjetischen Kommunismus in seinen zugespitzten Tendenzen. In der Wirklichkeit wurden diese Tendenzgesetze durch Akteursstrategien unterlaufen, so daß sich Gegengesellschaften und Gegenwelten bildeten und es oft eine Vielzahl von Möglichkeiten gab, innerhalb der Ambivalenz realer Alternativen zu handeln. Siehe dazu eine eigene Position in Michael Brie: Von den Schwierigkeiten, über die DDR zu sprechen. In: Michael Brie/Dieter Klein: Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage. Berlin 1993. S. 13-53.
- ⁴¹ Udo Leuschner: Entfremdung - Neurose - Ideologie. Köln 1990.
- ⁴² Sigmund Freud: Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse. In: Sigmund Freud: Gesammelte Werke. Bd. XV. Frankfurt am Main 1999. S. 74.
- ⁴³ Zitiert nach Joachim Kahl: »Die Partei, die Partei, die hat immer Recht ...« Kritik der marxistisch-leninistischen Partei. Eine ideologiekritische Analyse des Louis Fürnbergschen »Liedes von der Partei«. In: Aufklärung und Kritik. Sonderheft. Nürnberg (2005)17. S. 96 (http://www.kahl-marburg.priyat.t-online.de/kahl_marxl.pdf).
- ⁴⁴ Zitiert nach ebenda. S. 97.
- ⁴⁵ Arthur London wird später schreiben: »Jene Genossen, die predigen, »Du hättest durchhalten; müssen !«, möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß ich mich in den Händen der Partei befand, von ihr angeklagt, vor Gericht gestellt, verurteilt worden bin [...] Wie soll man unter solchen Umständen kämpfen, wenn der Gegner, den man vor sich hat, die

- Partei und die sowjetischen Berater sind und wenn jeglicher Kampf als ein Kampf gegen die Partei und gegen die Sowjetunion angesehen wird?« (Arthur London: Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slánsky. Berlin 1991. S. 450).
- ⁴⁶ Sigmund Freud: Neue Folge ‚der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse. In: Sigmund Freud: Gesammelte Werke. Bd. XV. Frankfurt; am Main 1999. S. 84. :
- ⁴⁷ Josef Stalin: Rede auf der ersten Unionsberatung der Stachanowleute.; In: Josef Stalin: Fragen des Leninismus. Moskau 1947. S. 603f. ([http:// www. stalinwerke.de/band14/bl4-004. html](http://www.stalinwerke.de/band14/bl4-004.html)). - Der reale Pro-Kopf-Verbrauch von Lebensmitteln lag 1937 um sechs Prozent unter dem von 1928, obwohl das Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum um 71 Prozent gewachsen war (siehe Richard Overy: Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Rußland. München 2005. S. 562).
- ⁴⁸ Siehe Sigmund Freud: Neue Folgen der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse. In: Sigmund Freud: Gesammelte Werke. Bd. XV. Frankfurt am Main 1999. S. 67.
- ⁴⁹ Adam Michnik: Der lange Abschied vom Kommunismus. Essay. Reinbek bei Hamburg 1992. S. 15f.
- ⁵⁰ Siehe dazu Richard Overy: Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Rußland. München 2005. S. 573. - Der letzte Satz in Andrej Wyschinskis Rede als Chefankläger gegen Grigori Sinowjew und Lew Kamenew, zwei führende Mitglieder des Leninschen Politbüros, lautete: »Ich fordere, daß diese tollwütigen Hunde erschossen werden - jeder Einzelne von ihnen!« (<http://art-bin.com/art/omosc22m.html>).
- ⁵¹ Rudolf Slánsky, dem Generalsekretär der KP der Tschechoslowakei, war ein Hochverratsprozeß gemacht worden (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Sl%C3%A1nsk%C3%BD).
- ⁵² Siehe zu den daraus erfolgenden Krisenzyklen Michael Brie: »Selbstaufhebung« des Staatssozialismus. In: Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.): Zwischen den Zeiten. Hamburg 1992. S. 57-100.
- ⁵³ Siehe dazu im Detail: Michail Gorbatschow: Heroische Illusionen und naive Selbstdemontage der Macht. In: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hrsg.): Ketzler im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus. 2. Aufl. Hamburg 2000. S. 436-457.
- ⁵⁴ Diese Abwesenheit des Kommunistischen als Zukunftsbegriff wird u. a. deutlich in Michael Brie: Ist eine sozialistisch orientierte Wissenschaft überhaupt möglich? In: Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.): Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge. Hamburg 1991. S. 144-173. - Michael Brie: Sozialismus: Ursprünge, Widersprüche, Wandlungen. In: Andre Brie/Michael Brie/Judith Dellheim/Thomas Falkner/Michael Schumann/ Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Berlin 1997. S. 11-97.
- ⁵⁵ Karl Marx: Thesen über Feuerbach. In: MEW. Bd. 3. S. 6.
- ⁵⁶ Lothar Kühne: Zu Marx' Bestimmung des »menschlichen Wesens«? In: Michael Brie/Karin Hirdina (Hrsg.): In memoriam Lothar Kühne. Von der Qual, die staatssozialistische Moderne zu leben. Berlin 1991. S. 127.
- ⁵⁷ Siehe Aleksej N. Leont'ev: Dejatel'nost', soznanie, licnost'. Moskau 1975. S. 81.
- ⁵⁸ Siehe Eval'd V. IPenkov: Stanovlenie licnosti: k itogam naucnogo eks-perimenta. In: Kommunist. Moskau (1977)2.
- ⁵⁹ Georg Herbert Mead: Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus. Frankfurt am Main 1968. S. 221.
- ⁶⁰ »Das Verhältnis der Produktionskräfte zur Verkehrsform ist das Verhältnis der Verkehrsform zur Tätigkeit oder Betätigung der Individuen.« (Karl Marx/Friedrich Engels: Deutsche Ideologie. In: MEW. Bd. 3. S. 71).
- ⁶¹ Norbert Elias: Über den Prozeß der Zivilisation. Erster Band. Frankfurt am Main 1989. S. XIX.
- ⁶² Ebenda. S. Uli.
- ⁶³ Der hier verwandte Begriff Moderne lehnt sich an das neomarxistische Verständnis im Werk »Modernity« an. Dort werden Gesellschaften als modern bezeichnet, die (1) durch säkulare Formen politischer Macht und Autorität, (2) eine monetarisierte Austauschwirt-

schaft mit einer Massenproduktion für den Markt, eine Verbreitung von Privateigentum und langfristiger Kapitalakkumulation, (3) eine dynamische soziale Arbeitsteilung (unter Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse) und (4) eine säkulare und rationalisierte Kultur geprägt sind (siehe Stuart Hall/David Held/Don Hubert/Kenneth Thompson (Hrsg.): *Modernity. An Introduction to Modern Societies*. Oxford 1996. S. 8).

⁶⁴ Diese Spannung von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung prägt nicht zuletzt Jean-Jacques Rousseaus Werk. Fast zeitgleich entstehen 1761 und 1762 »Die neue Héloïse«, »Émile« und »Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts«. In der deutschen Klassik und Romantik treffen diese Gegensätze dann aufeinander.

⁶⁵ Eine brillante Darstellung der »Geselligkeit« als Zwitter von Gesellschaftlichkeit und Gemeinschaftlichkeit gibt Georg Simmel in seiner »Theorie der Geselligkeit« (siehe <http://socio.ch/sim/geslO.htm>).

⁶⁶ Das »anti-bürgerliche« Element in der Geschichte der deutschen Linken (und nicht nur der Linken) hat den emanzipatorischen Eigenwert einer »bürgerlichen Gesellschaft«, in der die Individuen »ihr eigenes Interesse zu ihrem Zwecke« überhaupt erst haben können (siehe Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Nach der Ausgabe von Eduard Gans herausgegeben und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner. Berlin 1981. S. 224).

⁶⁷ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW. Bd. 4. S. 465.

⁶⁸ Anton Leist: Ethik der Beziehungen. Versuche über eine postkantianische Moralphilosophie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Sonderband 10. Berlin 2005. S. 181.

⁶⁹ Die Daten sind entnommen aus dem offiziellen Bericht der UNDP in <http://hdr.undp.org/statistics/>. - Der Anschaulichkeit halber wurde der HDI, dessen Maximum eins beträgt, hier mit zehn multipliziert, so daß zehn die höchste heute real mögliche Stufe von Entwicklung wäre.

⁷⁰ »Konstitutiv für eine politische Grundströmung ist eine Vision gesellschaftlicher Transformation, ein Bild von einer Gesellschaft, deren Regeln in grundlegender Weise anders sind als die derzeit vorherrschenden. Alle politischen Grundströmungen sind transformatorisch.« (Christoph Spehr: Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute. In: Michael Brie/Comelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch. Berlin 2005. S. 44).

⁷¹ Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. In: Ernst Bloch: Werkausgabe. Bd. 5. Frankfurt am Main 1985. S. 334. - An anderer Stelle im gleichen Werk heißt es: »Der Mensch lebt noch überall in der Vorgeschichte, ja alles und jedes steht noch vor Erschaffung der Welt, als einer rechten. Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.« (ebenda. S. 628).

⁷² Lothar Kühne: Haus und Landschaft. Zu einem Umriß der kommunistischen Kultur des gesellschaftlichen Raumes. In: Lothar Kühne: Haus und Landschaft. Aufsätze. Dresden 1985. S. 39f.

⁷³ Bernhard Schlink: Heimat als Utopie. Frankfurt am Main 2000. S. 40.

⁷⁴ »Die Angloamerikaner verlassen sich auf das persönliche Interesse, um ihre Ziele zu erreichen, sie geben der ungelenkten Kraft und dem gesunden Menschenverstand des Volkes freie Bahn; die Russen zentrieren alle Autorität der Gesellschaft in einem einzigen Arm. Das wichtigste Instrument der einen ist die Freiheit; das der anderen ist die Knechtschaft. Ihr Ausgangspunkt ist verschieden und ihre Wege sind nicht die gleichen; aber jeder von ihnen scheint auszuschreiten, um mit dem Willen des Himmels das Schicksal des halben Erdballs zu lenken.« (Alexis de Tocqueville: *Democracy in America*. New York 1984. S. 142). - Siehe zum Vergleich zwischen russisch-sowjetischer und US-amerikanischer Zivilisation Michael Brie: Rußland und Europa. Gespaltene Zivilisation, verschiedene Weltregionen und ihr Verhältnis. In: INITIAL. Berlin (1994)2. S. 38-52.

⁷⁵ John Stuart Mill: Über die Freiheit. Stuttgart 1974. S. 97.

- ⁷⁶ Siehe Albert O. Hirschman: Abwanderung und Widerspruch. Tübingen 1974.
- ⁷⁷ Karl Marx: Auszüge aus Mills »Elemens d'economie politique«. In: MEW. Bd. 40. S. 462.
- ⁷⁸ Edmund Burke votiert für eine systematische Privilegierung des großen Eigentums als Bedingung der Aufrechterhaltung einer liberalen Eigentumsordnung überhaupt. In der zu starken Repräsentanz von Menschen mit hohen persönlichen Vorzügen, die sich durch Leistung auszeichnen, sieht er eine Gefahr: »Da aber (das) Gefühl persönlicher Vorzüge seiner Natur nach unruhig, veränderungssüchtig und unternehmend ist, Eigentum dagegen schläfrig, untätig und furchtsam macht, so wird der Besitzer des letzteren vor den Eingriffen des Geschickten nie sicher sein, wenn er nicht das entschiedenste Übergewicht in der Repräsentation hat. Und auch das ist noch nicht hinlänglich. Wenn das Eigentum wirklich gedeckt sein soll, so muß es in großen, angehäuftten Massen vorgestellt werden [...] Die großen Massen, welche den Neid erwecken und die Habsucht reizen, müssen daher zuerst aller Möglichkeit einer Gefahr entrückt werden.« (Edmund Burke: Betrachtungen über die französische Revolution (Auszüge). In: Ludwig Elm: Konservatives Denken 1789 bis 1848/49. Darstellung und Texte. Berlin 1989. 149f).
- ⁷⁹ Siehe Crawford B. Macpherson: Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke. Frankfurt am Main 1990.
- ⁸⁰ Joseph Goy: Code civil. In: Francois Furet/Mona Ozouf (Hrsg.): Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution. Zweiter Band. Frankfurt am Main 1996. S. 726.
- ⁸¹ Maximilien Robespierre: Ausgewählte Texte. Hamburg 1989. S. 399.
- ⁸² Peter Ruben: Die Kommunistische Antwort auf die soziale Frage. In: Initial. Berlin (1998)1 (zitiert nach www.berlinerdebatte.de/initial/heft1-98/ruben.htm). S. 3.
- ⁸³ Zu Konturen einer sozialistischen Eigentumsordnung in der Spannung von Gemeineigentum und Privateigentum ausführlich: Michael Brie: Die wiederentdeckte Eigentumsfrage. In: Michael Brie (Hrsg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Kritik des Neoliberalismus und Alternativen. RLS Papers. Berlin 2006. S. 77-102.
- ⁸⁴ Hans-Peter Krüger: Perspektivenwechsel. Autopoiese, Moderne und Postmoderne im kommunikationsorientierten Vergleich. Berlin 1993. S. 249.
- ⁸⁵ Albert Camus: Brot und Freiheit. In: Albert Camus: Verteidigung der Freiheit. Politische Essays. Reinbek bei Hamburg 1997. S. 52.

*In: Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus,
Klaus Kinner (Hrsg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition,
Teil 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln,
Karl Dietz Verlag Berlin 2010*



18

Michael Brie

Gewalt und Befreiung

Solidarische Emanzipation unter den Bedingungen
des neoliberalen Kapitalismus¹

*»Ich habe gelernt, wie gut eine Gewalttat tut,
wenn man in dem Gewaltverhältnis glaubt,
der Gute zu sein. Wie befreiend Gewalt ist,
wenn man sich von allen zivilisatorischen Übereinkünften
befreit hat - außer von der Moral.*

*Wenn also die Moral alleine und nackt dasteht -
dann sagt ausgerechnet sie ganz kalt:
Töte! Und du wirst ganz frei sein!«*

Robert Menasse²**Der Ruf nach Gewalt**

In den letzten sechs Jahren sind weltweit mehr Kinder an den Folgen von Hunger und vermeidbaren Krankheiten gestorben, als Menschen in den sechs Jahren des Zweiten Weltkrieges getötet wurden. Alle drei Sekunden wird ein menschliches Leben, das gerade erst begonnen hat, auf grausame Weise beendet. Gleichzeitig werden in diesen drei Sekunden weltweit 120 Tsd. Dollar für Rüstung ausgegeben. Die »Sachzwänge« der Globalisierung stehen in einem fundamentalen Widerspruch zu den Menschenrechten.³

Angesichts solcher schreiender Ungerechtigkeit und der eskalierenden Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens, eines imperialen Kriegs im Namen des Kampfs gegen den Terror und des Ausbaus eines Überwachungsstaats, konfrontiert mit der Selbstbereicherung der Superreichen und schleichender Verarmung vieler ist Widerstand gefordert. Brechts Wort ist aktuell: »Dass Du Dich wehren musst,/ wenn Du nicht untergehen willst,/ wirst Du doch einsehen.«

Was sollen friedliche Demonstrationen, wenn sie es nicht vermögen, die Militärmaschinerie der USA und ihrer Verbündeten zu stoppen? Welchen Zweck haben gewaltfreie Blockaden, wenn sie keine ökologische Wende erzwingen können? Wozu reden und immer wieder dagegen anreden, wenn sich Argumente als stumpfes Mittel erweisen? Sind die gewaltfreien Aktionen denn mehr als nur selbstverliebt folgendes Ersatzhandeln der Passagiere der Luxusklasse der *Titanic*? Sind sie etwas anderes als eine bloße Wohlfühlaktion für die privilegierte Mittelklasse im reichen Norden, die ihr schlechtes Gewissen etwas beruhigen will?

Zwanzig Jahre sind seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems vergangen und die übrig gebliebenen Mächte des Westens haben sich zum Sieger erklärt, um einfach so weiterzumachen und alles noch zu verschlimmern – das Wettrüsten genauso wie die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen, die Ausbeutung von Natur und der Menschen gleichermaßen. Wenn wir nicht verzweifeln wollen an diesem Widerspruch zwischen dem Notwendigen und dem Tatsächlichen, müssen wir radikal werden, müssen die grundsätzliche Veränderung erkämpfen. Wo aber ist der Weg aus der Lethargie?

Günther Anders (1902–1992), einer der scharfsichtigsten unabhängigen Geister Deutschlands im 20. Jahrhundert, forderte nach der Katastrophe von Tschernobyl von 1986, nun doch zur Gegengewalt zu greifen. Im Interesse »künftigen Weltfriedens und des Weiterbestands des Menschengeschlechts« müsse bedacht werden, »den Übergang von Protest zur Verteidigung, von der Verteidigung zum Gegenangriff zu erwägen«⁴. Er kam zu dem Schluss: »Kurz: als Feinde haben wir diejenigen zu betrachten, und deshalb zu behandeln, die (wie es z. B. in Hitlers Kriegen, aber auch in Kennedys und Johnsons Vietnamkrieg, geschehen war) uns dazu zwingen, das zu tun, was für uns eigentlich tabu ist: nämlich zu töten.«⁵ Da die Gegengewalt auf eine Zukunft der Gewaltlosigkeit abziele, sei sie legitim.⁶

In einem von Günther Anders verfassten »imaginären Interview« mit sich selbst schrieb er 1986: »... wer ein Zeitgenosse von Verdun gewesen ist und von Auschwitz und von Hiroshima, von Algerien und Vietnam und, und ... Wer also dazu verurteilt gewesen ist und noch heute ist, diese pausenlos gellende Epoche Tag für Tag und Jahr für Jahr zu durchleben ... Der kann nicht und darf nicht Anwalt der Gewaltlosigkeit um jeden Preis werden oder sein oder bleiben, weil Erpresste und Angegriffene ... zur Notwehr gegen Gewaltdrohungen und erst recht gegen Gewaltakte legitimiert, sogar verpflichtet sind ... *Notstand legitimiert Notwehr, Mo-*

ral bricht Legalität.»⁷ In der Konsequenz heißt dies: »Diejenigen, die die Vernichtung von Millionen Heutiger und Morgiger, als unsere endgültige Vernichtung vorbereiten oder mindestens in Kauf nehmen, die müssen verschwinden, die darf es nicht mehr geben.«⁸

An der Zeitdiagnose hat sich wenig geändert. Und zugleich sind neue Kriege, neue Armut, neue Umweltzerstörung hinzugekommen. Was scheint angesichts der längst existierenden globalen Katastrophe legitimer als Gegengewalt? Was könnte die imperiale globale Vernichtungsmaschinerie am wirksamsten stoppen, wenn nicht der Griff zur Waffe? Und liegt nicht in dieser Gegengewalt zugleich eine emanzipative Kraft? Ist dies nicht die einzig richtige, einzig radikale Antwort auf den Wahnsinn der Selbsterstörung der Menschheit? Führte sie nicht endlich, endlich aus der Gleichgültigkeit? Ist nicht Gewalt die einzige Kraft, die wirklich etwas bedeutet jenseits der »netten« Latschdemos und hilfloser Appelle?

Und: Selbst, wenn man dies alles ablehnt, scheint dann nicht zumindest kritische Solidarität geboten mit jenen, die sich für Gewalt entscheiden? Ist nicht angesichts der Übermacht der Gegenseite die »eigene« Gewalt völlig zu vernachlässigen und sollte die Kritik nicht ganz auf den Staat und die Kräfte, die ihn stützen, gerichtet werden? Wieso sollte es irgendeinen legitimen Grund geben sich abzugrenzen von jenen, die – und sei es aus Verzweiflung, und sei es aus der Hoffnung; endlich mal etwas tun zu können, was eine Wirkung hat und etwas bedeutet – zum Stein, zur Brandflasche greifen? Macht sich nicht der, der die Gewalt der Gegner von Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung sowie Umweltzerstörung thematisiert, zum Handlanger des Feindes, biedert er sich ihm nicht an auf widerlichste Weise? Und spaltet eine solche Kritik nicht nur die ohnehin schwachen Gegenkräfte?

Wer der Auffassung ist, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein darf, weil es ein Wort auf dem Todesbett der Menschheit wäre, muss nach Alternativen suchen. Und wer sich fragt, warum der Kapitalismus trotz seiner Zerstörungsmacht am Ende des 20. Jahrhunderts seinen Wiederaufstieg feiern kann, der ist in der Verantwortung, dazu beizutragen, dass der Sozialismus des 21. Jahrhunderts nicht wieder einer ist, der im Wettbewerb der Alternativen unterliegt. Und wer behauptet, dass die Not so groß ist, dass es so nicht mehr weitergehen darf, der muss die Wege aufzeigen, die aus dieser Not herausführen.

Die Frage muss wieder in aller Klarheit gestellt werden: Ist nicht Gewalt das letztlich einzig radikale Mittel, radikalen Wandel herbeizuführen? War

in der Geschichte der Linken nicht alles Abrücken vom Mittel der Gewalt letztlich doch ein Abrücken vom Ziel grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderungen? Sind nicht alle anderen Versuche der Reförmchen und Reformen, der »Verbesserungen« hier oder da, des kleinen oder halbierten Kompromisses dann und wann irgendetwas anders als nur eine Ausflucht, weil man entweder nicht zur Gewalt greifen kann oder will? Und hat sich nicht gezeigt, dass diese gewaltfreien Mittel das Weiter-So bestenfalls erst ermöglichen, abgesehen von den Posten und Pöstchen, die sich dieser oder jener erhoffen mag? Vielleicht ist Gewalt gerade jetzt nicht besonders zweckmäßig – aber ist sie nicht die einzige wirkliche Medizin, wenn der richtige Augenblick gekommen ist?

Die Linke hat in ihrer Geschichte diese Frage immer wieder diskutiert. Thomas Müntzers verzweifelter Aufruf an die Mitglieder seines revolutionären Bundes von 1525, sich dem Bauernaufstand anzuschließen, hallt nach: »Dran, dran, dieweil das Feuer heiß ist. Lasset euer Schwert nicht kalt werden, werdet nicht lahm. Schmiedet pinkepanke auf den Ambossen Nirnrods, werfet ihnen den Turm zu Boden. Es ist nicht möglich, weil sie leben, dass ihr der menschlichen Furcht solltet leer werden.«⁹

In diesem Artikel wird über linken Widerstand und Gegengewalt nachgedacht. Angesichts der Ausweitung der staatlichen Gewaltmittel nach außen und innen, konfrontiert mit neuer Rüstung und Angriffskriegen, der immer umfassenderen Überwachung und der ausgreifenden Anwendung des Terrorismusvorwurfs erscheint dies manchen als leerer Luxus oder schlimmer noch als Legitimation dieser Tendenzen zu mehr staatlicher Gewalt. Aber was ist die Antwort einer demokratischen Linken darauf? Was kann sie selbst tun als Reaktion? Worin bestehen ihre Handlungsoptionen?

Die einfachste Antwort auf neue Kriege und extensive Überwachung scheint es, mit Gegengewalt zu antworten. Aber ist dies eine souveräne Antwort? Geht sie hervor aus einer autonomen Analyse und aus wirklicher Selbstbestimmung? Ist dies ein Beitrag zur solidarischen Emanzipation? Die notwendige Analyse der Politik von Herrschenden darf doch nicht heißen, die Selbstreflexion zu vernachlässigen. Wenn man sonst nichts beeinflussen kann, das eigene Handeln kann verändert werden. Gerade weil die politische Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik so notwendig ist, ist es umso dringlicher, über die Ziele und Mittel dieser Auseinandersetzung so intensiv wie lange nicht zu diskutieren.

Gewalt – ein besonderer Rohstoff

Der Ruf nach Gewalt macht deutlich, dass es sich hier nicht um ein beliebiges Mittel politischen Agierens neben anderen handelt. Für die Herrschenden ist Gewalt immer die *Ultima ratio*, wenn ihre anderen Machtmittel versagen, es ist ihr letztes, entscheidendes »Wort«. In den Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nationalsozialisten wurde Herrschaft ganz in das System absoluter Gewalt aufgelöst.¹⁰

Von dieser Gewalt der Herrschenden ist *Gegengewalt* zu unterscheiden, die Gewaltanwendung jener, die sich gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Vernichtung wehren. Es ist die Gewalt der Rebellierenden, der politische Widerstand, der sich der Gewalt bedient. Sie zielt auf die Aufhebung von Herrschaft. Sie wird als siegreiche Macht gebraucht, um sich zu verteidigen.“ Und sie kann neuer Herrschaft dienen, wenn diese sich gewaltsam zu festigen sucht.

Was aber ist Gewalt? Ist sie nicht überall und deshalb auch nirgends? Ist nicht jede Pore menschlichen Zusammenlebens dadurch geprägt? Steht nicht hinter jedem Arbeitsvertrag, den ein Arbeitsloser untertariflich oder an der Armutsgrenze eingeht, Gewalt? Ist nicht in jedem Produkt, das als »Schnäppchen« ergattert wird, die Gewalt enthalten, die niedrige Löhne und umweltzerstörende Technologien erzwingt? Und basiert nicht auch »unsere Reisefreiheit« auf den Mauern, die um die Europäische Union herum errichtet werden?

Wenn hier und im Folgenden von Gewalt gesprochen wird, dann im sehr engen Sinne der »absichtsvolle(n) physische(n) (und psychischen – M. B.) Verletzung von Menschen durch Menschen«. Eine Tat wird /ur Gewalt, wenn sie den anderen, die andere bewusst zu verletzen sucht, seine, ihre leibliche und psychische Integrität absichtsvoll bedroht, ihn, sie deshalb zielgerichtet in (Todes-)Angst versetzt. So sinnvoll in anderen Kontexten ein viel weiterer Begriff von Gewalt sein mag, es braucht eines Terminus, um diese konkrete Form menschlichen Verhaltens gegenüber anderen Menschen festzuhalten – ein Verhalten, dass den anderen bewusst körperlich oder geistig zu zerstören sucht.

Gewalt bricht bewusst und gewollt in den innersten existentiellen Schutzraum eines anderen Menschen ein, in jenen Raum, in dem es kein Versteck mehr gibt, aus dem heraus nicht mehr geflohen werden kann – den Leib eines Menschen. Sie verwandelt diesen in einen bloßen Körper, der der Zerstörung preisgegeben ist.

Gewalt als Tat ist das »Wollen eines körperlich wirksamen, spürbaren und sichtbaren Leidens«¹³ anderer. Dem Objekt der Gewalt wird die dem Menschen eigene Fähigkeit, sich zu seinem Körper menschlich zu verhalten und sich selbst zu kontrollieren¹⁴, genommen. Er wird zum Tier - wie es sehr doppeldeutig in der deutschen Sprache heißt.

Wie Wolfgang Sofsky feststellt: »In seinem Leib widerfährt dem Menschen die Vernichtungskraft der Gewalt, in seinen Knochen, Organen, Eingeweiden... Der Körper ist zur Gewalt fähig, der Leib ist ihr ausgeliefert.«⁵ Und er fügt warnend hinzu: »Eine Gewaltanalyse, die nur von Handlungen, von Interaktionen oder Konflikten spricht, verfehlt und verharmlost ihren Gegenstand.«¹⁶

Was so erschreckend ist, wenn über politische Gewalt gesprochen wird, die im Namen einer »guten Sache« - und sei es der Gewaltfreiheit selbst - ausgeübt wird, ist der Mangel an Einfühlungsvermögen in denjenigen und diejenigen, gegen die sich die Gewalt richtet. Zugleich wird Gewalt in eine bloße Technik, eine Botschaft, ein Symbol verwandelt, in ein Mittel politischen Handelns wie jedes andere auch - mehr oder weniger zweckmäßig in dieser oder jener Situation. Gewalt ist alles dies auch.

Im Unterschied zu jeder anderen Form menschlicher Interaktion ist Gewalt jedoch im innersten Wesen *sprachlos*, weil sie für den, der Gewalt erfährt, zunächst einmal nur eines ist: körperliche und geistige Zerstörung. Alle anderen Mittel sozialer Machtausübung sind vor allem Kommunikation: Wenn Du dieses oder jenes nicht tust, dann geschieht das Folgende! Gewalt aber ist zunächst eine Tat, die sich zusammenballt im Schmerz, der dem Leib, der Psyche eines, einer anderen zugefügt wird. Welchen Zwecken sie auch immer dienen mag, welche Botschaften sie auch immer »vermitteln« soll, zunächst einmal macht Gewalt den oder die, den sie trifft, »stumm und lässt im Entsetzen verstummen«¹⁷ - und sei es als unkontrollierbarer Schrei.

So stumm die unmittelbare Gewaltausübung selbst ist, so wichtig ist das Sprechen über sie. Massive und langanhaltende bzw. sich wiederholende Gewaltanwendung erfolgt zumeist nur, wenn sie vom Täter als »sozial erlaubt, unterstützt oder genossen wird als moralisches Recht oder Pflicht«¹⁸. Dies kann durch staatliche Organe, große Gemeinschaften oder Nachbarschaften, Parteien, Bewegungen bzw. Gangs und Cliquen geschehen. Natürlich: Der Mensch kann dem Menschen ein Wolf sein (Thomas Hobbes), aber diese Wölfe treten zumeist in Rudeln auf und werden erst dadurch für größere Teile der Gesellschaft gefährlich.

Das Recht auf Widerstand

Gewalt ordnet sich ein in eine Triade mit Macht und Herrschaft: Macht ist die Fähigkeit, in einem bestimmten Maße selbstbestimmt zu handeln. Sie kann darauf beschränkt sein, sich an- und einzupassen in Verhältnisse der Übermacht, der Herrschaft anderer. Solange jemand noch in der Lage ist, zwischen Alternativen zu entscheiden, haben sie eine bestimmte Macht. Herrschaft dagegen ist die Möglichkeit, andere zur Unterordnung zu zwingen - mit welchen Mitteln auch immer. Die Herrschenden sind in der Lage, die Wahlfreiheit der Unterlegenen so einzuschränken, dass diese nur noch zwischen unterschiedlichen Formen ihrer eigenen Unterordnung entscheiden können. Nur die absolute Herrschaft kennt die absolute Unfreiheit, in der es keine Wahl mehr gibt als die der Unterwerfung und den Tod. Gewalt selbst im hier Verwandten Sinne ist eines der vielen Mittel, Macht auszuüben.

Der hier und im Folgenden verwandte Gewaltbegriff grenzt sich erstens eindeutig vom Begriff der *strukturellen Gewalt* ab, wie er von Johan Galtung in die Diskussion eingeführt wurde: »Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung«¹⁹ - sei es durch eine geringere Lebenserwartung, Analphabetentum, Lüge und Indoktrination usw. usf. Dies thematisiert m. E. die Folgen von Herrschaft überhaupt und der mit ihr verbundenen Ungleichheit der Verteilung von Lebenschancen. Eine solche Herrschaft setzt Gewalt im hier verwendeten Sinne als Mittel ein, kann aber nicht darauf reduziert werden. Eine solche Abgrenzung gilt auch gegenüber den Begriffen der symbolischen bzw. kulturellen Gewalt, die Herrschaft repräsentieren, propagieren und legitimieren.²⁰

Zweitens ist Gewalt im hier verwandten Sinne aber auch von Sachbeschädigung, zivilem Ungehorsam, Sitzblockaden usw. zu unterscheiden. Es gibt keine Gewalt gegenüber Dingen, da diese keine Subjekte sind. Gewalt ist ein Handeln, das Subjekte zu bloßen Dingen zu degradieren sucht und vermittelt dadurch Macht ausüben will. Im Unterschied dazu lassen Sachbeschädigungen und andere Formen des gewaltfreien Widerstandes und zivilen Ungehorsams den politischen Gegner in seiner Leiblichkeit unangetastet, schränken aber seine Macht (Bewegungsfreiheit usw.) real und/oder symbolisch ein.

In der deutschen Rechtsprechung ist der Terminus Gewalt bewusst ausgedehnt worden auf alle Fälle des zivilen Widerstands, die sich nicht

auf das bloße Reden beschränken. Sitzblockaden, die die Bewegungsfreiheit von Atommülltransportern einschränken, erscheinen dann als gewaltsame Nötigung.²¹ Dahinter steht die Aufforderung, dass »die Bürger ihre politischen Ziele nur mit den Mitteln des Wortes, nicht aber mit direkten Aktionen durchsetzen dürfen«²².

Eine derartige herrschaftliche Beschränkung des politischen Handelns der Bürgerinnen und Bürger auf das Wort unterstellt, dass die repräsentativen verfassungsmäßigen Organe der Bundesrepublik in ihrem Zusammenwirken die Existenz der Bundesrepublik als »demokratischer und sozialer Bundesstaat« (Art. 20, Abs. 1 des Grundgesetzes) sichern. Widerstand sei nicht geboten, weil niemals ein wirklicher Notstand eintreten kann. Was aber geschieht, wenn Bürgerinnen und Bürger, wenn Minderheiten eine existentielle Bedrohung erkennen, dem durch das Wirken der verfassungsmäßigen Organe nicht abgeholfen wird, sondern den diese sogar verschärfen?

Sind jene Sicherungen, die geschaffen wurden, um einen Rückfall in das totalitäre Regime des Nationalsozialismus zu verhindern, heute noch hinreichend? Neue Konflikte, neue Waffensysteme, neue Technologien verschieben ständig die Bedrohungen für eine Gesellschaft, in der die Würde des Menschen unantastbar sein soll. In welchem Maße sichert das repräsentative System hinreichend gegen diese Bedrohungen? Kann die verfassungsmäßige Ordnung nicht durch das Handeln der verfassungsmäßigen Organe selbst auch dann bedroht werden, wenn alle Regeln eines demokratischen Rechtsstaats eingehalten werden? Was ist, wenn dieser an seine Grenzen stößt, weil er eine Antwort auf die Probleme vor 1945 war, nicht aber auf das Atomzeitalter, das Zeitalter der Erderwärmung und der genetischen Revolution, des Internets? Ist Widerstand dann nicht doch legitim?

Wenn im Weiteren von *Widerstand* gesprochen wird, dann geht es um alle direkten Aktionen, die über die gesetzeskonforme Wahrnehmung demokratischer Rechte (angemeldete Demonstrationen, Versammlungen, Aufrufe usw.) hinausgehen. Widerstand ist immer auch Verletzung der Gesetzmäßigkeit und insofern illegal. Der Rechtszustand wird bewusst verlassen. Wer sich für den Widerstand entschließt, bricht mit dem Gesetz und muss mit den strafrechtlichen Folgen rechnen. Was aber sind die Folgen?

Immanuel Kant hatte das Prinzip des unbedingten Vorrangs eines Rechtszustandes unter öffentlichen Gesetzen gegenüber jeder nur denkbaren Verletzung dieses Rechtszustandes aufgestellt. Das Übel, das Wider-

stand nach sich zöge, sei so groß, dass auch der schlechteste Rechtszustand noch besser sei, da der Bürgerkrieg drohe. Aber ist dies heute noch haltbar? Ist es wirklich den Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten, die Frage, ob Gesetze oder Regierungshandeln die Würde von Menschen verletzen, ausschließlich dem Verfassungsgericht zu überlassen und zu hoffen, dass die freie politische Rede und Wahlen einen existentiellen Notstand tatsächlich enden? Muss jede Verletzung des Rechtszustandes wirklich in den Krieg aller gegen alle, den Bürgerkrieg münden?

Die Bundesrepublik wurde durch gewählte Regierungen und unter Billigung des Verfassungsgerichts und des Bundespräsidenten in den völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg gegen Jugoslawien geführt. Dabei wurde von Seiten der Regierung vor allem ein humanitärer Notstand im Kosovo (ein drohender Genozid) als Begründung abgeführt. Da ein Angriffskrieg seinerseits aber mit der Tötung einer größeren Zahl von Menschen verbunden ist (nach unterschiedlichen Angaben starben zwischen fünf und zehn Tsd. Menschen in Folge der Angriffe der NATO), entstand auch für die Gegner einer solchen Krieges ein Gewissensnotstand - mitverantwortlich zu sein für den Mord an anderen. Die verfassungsmäßigen Formen (einschließlich einer Verfassungsbeschwerde) reichten nicht aus, um die Beteiligung Deutschlands an diesem Krieg zu verhindern.

Der Bau und Betrieb von Atomkraftwerken hat immer wieder ähnliche Fragen aufgeworfen: Ist Legalität angesichts der langfristigen Folgen für zukünftige Generationen und der möglichen Gefährdungen (Unfälle, Folgen von terroristischen Attacken usw.) tatsächlich mit dem Schutz der Unverletzbarkeit der Würde und physischen Unversehrtheit von Menschen vereinbar? Auch eine Politik, die in den Augen vieler nicht wirksam genug gegen die Erderwärmung vorgeht und damit den Tod vieler Menschen in Kauf nimmt, eine Weltwirtschaftsordnung, die teilweise dazu beiträgt, dass Staaten Grundrechte auf Bildung und Gesundheitsversorgung nicht erfüllen können, werfen Fragen auf, die ein Widerstandsrecht begründen können. Sie werden genauso im Zusammenhang mit der Einführung von gentechnisch veränderten Pflanzen, der Abtreibung oder dem Schutz menschlicher Embryonen diskutiert.

Das Grundgesetz enthält ein Recht zum Widerstand, gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen, »wenn andere Abhilfe nicht möglich ist«²³. Es ermächtigt die Bürger zum Widerstand gegen die legalen Gewalten, die vom Volk selbst über freie Wahlen und die verfassungsmäßige Delegation von Macht eingesetzt wurden, wenn deren Handeln (oder aber das Handeln Dritter) gegen diese Ordnung selbst ge-

richtet ist und keine Alternative in Sicht ist. Wodurch aber ist die verfassungsmäßige. Ordnung bedroht?

Die Legalität der Machtausübung auf dem Boden der Verfassung sichert keineswegs zwangsläufig auch die Legitimität derselben. Selbst der Rechtsstaat kann diesen Widerspruch nicht auflösen. Dies ist schon dadurch bedingt, dass aufgrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus das Grundgesetz der Bundesrepublik mit einem ersten Paragraphen beginnt, der einen radikalen Anspruch aufstellt: »Artikel 1: (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.« Die Einlösung dieses Anspruchs ist ein unabschließbarer Prozess. Der Widerspruch zwischen diesem Anspruch und allem realen Handeln der verfassungsmäßigen Organe soll, so das Grundgesetz selbst, durch die bereitgestellten Verfahren gelöst werden - eine freie. Öffentlichkeit, die die legale Macht zwingt, sich ständig zu rechtfertigen gegenüber Kritik und erhobenen Ansprüchen, Wahlen, Klagen vordem Verfassungsgericht u. a. m.

Was aber ist, wenn selbst eine kleine Minderheit für sich feststellt, dass die Würde des Menschen angetastet ist, die Menschenrechte systematisch verletzt werden? Kann man dann verlangen, sie sollen sich auf Dauer einfach den verfassungsmäßigen Prozeduren beugen, sich auf das bloße Reden beschränken, von Versammlung zu Versammlung eilen, ohne dass sie erkennen können, dem für sie sichtbaren Notstand abhelfen zu können? Wie sollen sie sich verhalten, wenn sie zur Überzeugung kommen, dass innerhalb der verfassungsmäßigen Verfahren keine rechtzeitige Lösung erreicht werden kann, wenn sie glauben, dass der freien demokratischen Meinungsbildung so starke Lobbyinteressen entgegenstehen, dass Aufklärung unmöglich ist? Dann würden ja auch Parteien und andere Großorganisationen zumeist versagen.

In welchen Grenzen haben Bürgerinnen und Bürger auch unter den Bedingungen eines demokratischen Rechtsstaats doch das Recht, mehr zu tun, als die Verfassung und das Strafgesetzbuch erlaubt? Wann können Bürgerinnen und Bürger sich sogar in der Pflicht sehen, einen außerlegalen Notzustand auszurufen?

Man nehme nur den Fall, in Deutschland würde es in den nächsten Jahren zu einer nuklearen Katastrophe vergleichbar der in Tschernobyl kommen - und sei es als Folge eines terroristischen Angriffs. In welchem

Verhältnis stände dann die Nichtabschaltung von Atomkraftwerken zur »Würde des Menschen«? Hätten dann nicht alle jene versagt, die keinen Widerstand geleistet haben? Und wenn die Erderwärmung zwangsläufig weitere größere Teile Afrikas in Wüsten verwandelt, Europa aber zugleich die Grenzen für eine Elendsmigration schließt, wie ist dies mit Artikel 1 der Verfassung vereinbart? Es gibt keine einfachen Antworten, aber es gibt berechnete Fragen.

Alles dies sind unvermeidliche. Widersprüche des Verfassungssystems der Bundesrepublik und aller anderen Staaten, die sich auf die Menschenrechte in ihrer Universalität beziehen. Das Recht auf Widerstand mit Berufung auf einen Verfassungsnotstand kann nicht wegdiskutiert werden, und die Verfassung ist auch nicht in der Lage, die Formen dieses Widerstands vorzugeben, da ja immer die Frage steht, ob sie tatsächlich ausreichen, den Notstand zu beheben. Der Stachel der Rebellion kann selbst der demokratischsten Ordnung nicht gezogen werden. *Im Innersten der Demokratie pocht immer ein revolutionäres Herz, das die Ideale der Menschenrechte über die verfassungsmäßige Ordnung stellt.*

Damit wird aber auch deutlich, dass es grundsätzlich zwei Richtungen von Widerstand geben kann: Es ist dies erstens jener, der sich auf die universelle Geltung der Menschenrechte²⁴, auf das uneingeschränkte Wirken des Grundsatzes, die Würde des Menschen, jedes einzelnen Menschen, beruft. Die Verfassungsidee wird der Verfassungswirklichkeit gegenübergestellt und es wird zu außerlegalen Formen des Handelns gegriffen. Dies ist Widerstand von links. Widerstand wird aber auch von rechts geleistet. Dieser richtet sich nicht nur gegen einzelne Gesetze und Handlungen des Staates, sondern gegen die universalistische Verfassungsidee selbst. Rechts eingestellte Bürgerinnen und Bürger greifen zum Widerstand, wenn sie ethnisch, kulturell oder geschichtlich begründete Sonderrechte bedroht sehen. Sie wollen keine Ausweitung, sondern eine Einengung der Rechte.

Gerade weil die demokratische Linke gar nicht anders kann, als die Berechtigung des Widerstands auf der Basis der Verfassung gegen ihre legalen Organe zu verteidigen, steht sie vor der Frage, welcher Widerstand mit dem Ziel der Verteidigung der Würde des Menschen und der Verteidigung der Menschenrechte vereinbar ist. Es geht um die eigene Bestimmung der legitimen und zweckmäßigen Mittel eines solchen Widerstands.

Widerstand, der über bloße Worte hinausgeht und geltende Gesetz bricht (sonst wäre es kein Widerstand), beschwört die Gefahr des Bürgerkriegs. Die Blockade der Zufahrtswege zum Treffen der G8 in Heiligendamm war natürlich gesetzeswidrig. Der gewaltsame Angriff auf Polizeibeamte ist

nicht durch das Demonstrationsrecht gedeckt. Der Versuch, den Transport von Atommüll durch Sitzblockaden zu verhindern, ist nicht legal: dies gilt auch für die Vernichtung gentechnisch veränderten Saatguts. Keine dieser Aktionen muss man für richtig halten. Ihre Berechtigung kann aber nicht einfach dadurch infrage gestellt werden, indem man sie für illegal erklärt. Dies macht sie nicht unbedingt illegitim. Wo aber ist die Grenze?

Ein politisches Handeln, das bereit ist, um der Würde des Menschen und der Menschenrechte willen gesetzwidrige Handlungen zu begehen, ist in sich zwangsläufig zutiefst widersprüchlich: Es verkündet einerseits den außergesetzlichen Notstand und damit den offenen Konflikt mit dem Staat. Es tut dies andererseits mit Verweis auf eben dessen verfassungsmäßige Ordnung und Grundrechte. Damit erklären sich diejenigen, die das Widerstandsrecht für sich in Anspruch nehmen, ihre Souveränität gegenüber dem Staat. Obwohl das Handeln des Staates aus Entscheidungen jener hervorgegangen ist, die durch demokratische Wahlen eingesetzt wurden, sagt mit dem Übergang zum Widerstand und damit zum gezielten Rechtsbruch eine Minderheit, dass sie für ihr Handeln eine höhere Legitimität als die eines demokratischen Rechtsstaats in Anspruch nehmen. Es ist dies die Schwelle des Übergangs von der Rechtsordnung zum Bürgerkrieg.

Der Bürgerkrieg zwischen den Nord- und Südstaaten der USA von 1861 bis 1865 kostete 650 Tsd. Menschen das Leben, im Bürgerkrieg in Russland von 1917 bis 1921 verloren rd. 10 Millionen Menschen das Leben. Wenn es richtig ist, dass Widerstand politisch motivierter Rechtsbruch ist und dass dieser den offenen Konflikt mit dem Staat beschwört, der in den Bürgerkrieg münden *kann*, dann wird deutlich, worüber gesprochen wird, wenn von Widerstand gesprochen wird.

Man kann sagen, dass die Schwelle vom Widerstand zum Bürgerkrieg fließend ist, dass diese oder jene Handlung die Rechtsordnung nur symbolisch in Frage stellt (aber was eigentlich ist wichtiger als Symbole?). Man mag darauf verweisen, dass das Ziel die Erhaltung der Verfassungsordnung ist, die durch staatliches Handeln oder Handeln Dritter, denen der Staat nicht selbst gegenübertritt, gefährdet ist. Der Widerspruch aber bleibt: Politisch motivierter Widerstand, der die geltenden Gesetze bricht, beruft sich auf den Notstand und ruft ihn zugleich hervor. Er konstituiert sich als außergesetzlich und damit frei von den gesetzlichen Verpflichtungen. Damit nehmen jene, die zu einem solchen Widerstand greifen, eine ungeheure Verantwortung auf sich: Welche Formen sollte Widerstand annehmen, wenn er nicht das Ziel des Widerstands selbst, die Ausweitung jener Bedingungen, unter denen die Würde keines Menschen angetastet wird,

widerspiegelt? Wie kann gesichert werden, dass der Kampf um Befreiung zur Freiheit führt und nicht in Mord und Totschlag endet, aus dem stärkeres Unrecht erwächst?

In dem Bürgerinnen und Bürger in außergesetzlicher Form politischen Widerstand leisten, proklamieren sie einen außerrechtlichen Zustand. Dieser aber droht immer zum Bürgerkrieg, zum Krieg aller gegen alle, zu werden. Wer sich in einem demokratischen Rechtsstaat aus dem Schutz des Gesetzes begibt, sich von ihm frei macht, ist deshalb zugleich in einer Weise für diese Freiheit verantwortlich wie sie niemand trägt, die sich auf gesetzeskonformes Verhalten berufen kann. Der schwarze Bürgerrechtler Malcolm X verkündete 1963: »Wir erklären unser Recht auf dieser Erde [...] ein menschliches Wesen zu sein, als solches respektiert zu werden, und die Rechte eines menschlichen Wesens in dieser Gesellschaft zu besitzen, auf dieser Erde, an diesem Tag, das werden wir durchsetzen -mit allen nötigen Mitteln...«²⁵ Welche Mittel aber sind nötig für den legitimen Zweck und welche zerstören ihn? Wann ist Gewalt ein legitimes und zweckmäßiges Mittel des Kampfes um Befreiung? Wann muss Widerstand gewaltfrei bleiben, um berechtigt und angemessen zu sein?

Gewalt ist ein Verbrechen

Gegenüber der Ablehnung von Gewalt wird mit Recht immer wieder eingewandt, dass die herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse selbst tödliche Konsequenzen haben. Daraus wird der Schluss gezogen, dass sie deshalb (wenn nötig, auch unter Anwendung von Gewalt) verändert werden müssten. Dies ist das Argument der Zweckmäßigkeit von Gewalt. Die physische Bedrohung oder Vernichtung des Gegners als menschliche Person erscheint dann als auswegsloser, oktroyierter Zwang - oder auch als bloßer »Kollateralschaden« im Namen einer guten Sache. Ich werde auf dieses Argument zurückkommen.

Die Frage nach der *Zweckmäßigkeit* von Gewalt ist aber keineswegs identisch mit der Frage nach der *Legitimität* von Gewalt. Dies wird spätestens dann offensichtlich, wenn man fragt, ob Folter dann legitim sei, wenn dadurch Menschen gerettet werden können, ob der Abschuss eines Passagierflugzeugs, das von Terroristen auf ein Stadion zugesteuert wird, berechtigt wäre. Es gibt viele gute Argumente für die Zweckmäßigkeit solcher Mittel. Gibt es aber auch welche für ihre Berechtigung? Der Unterschied zwischen Zweckmäßigkeit und Legitimität der Mittel erscheint

spitzfindig. Für die, die Opfer von politischer Gewalt werden, ist es eine Frage von Leben und Tod.

Es war Walter Benjamin (1892- 1940), der eine, für die Diskussion von Gewalt entscheidende Differenz betonte. Man dürfe nicht nur nach den Zielen fragen, sondern auch nach den Mitteln und zwar »ohne Ansehung der Zwecke, denen sie dienen«²⁶ Man müsse »voneinander unabhängige Kriterien für gerechte Zwecke sowohl als für berechnigte Mittel«²⁷ aufstellen. Gewalt sei kein »Rohstoff, dessen Verwendung keiner Problematik unterliegt, es sei denn, dass man die Gewalt zu ungerechten Zwecken missbrauche«²⁸. Denn unabhängig von den verfolgten Zwecken »bliebe immernoch die Frage, ob Gewalt überhaupt, als Prinzip, selbst als Mittel zu gerechten Zweckensittlich sei«²⁹.

Walter Benjamin hat diese Frage nach der Sittlichkeit der Gewalt unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gestellt, der Europa, den selbsterklärten »Hort der Zivilisation«, in das Grauen getrieben hatte, in dem zehn Millionen Menschen starben und zwanzig Millionen verwundet wurden. Auch Denker der Neuzeit wie Thomas Hobbes, John Locke, Hugo Grotius, Samuel von Pufendorf, Christian Wolff, Charles de Montesquieu und Immanuel Kant haben ihre Positionen ausgehend von den Erfahrungen insbesondere der Religions- und Bürgerkriege des 16. und 17. Jahrhunderts entwickelt. Es ging ihnen darum, das Töten zu stoppen und innerstaatlich und zwischenstaatlich möglichst gewaltfreie rechtliche Formen der Interaktion durchzusetzen. Der Gewalt sollten Zügel angelegt werden.

Die Ablehnung einer »abstrakten Gewaltdebatte« geht davon aus, dass es keine guten oder schlechten, sondern nur mehr oder minder angemessene Formen politischen Handelns gibt. Genau dies aber ist selbst eine abstrakte Position, da sie den grundlegenden Unterschied zwischen gewaltfreiem und gewaltförmigem politischen Widerstand wegdefiniert, die *spezifische Differenz* von Gewalt gegenüber jeder anderen Form menschlichen Handelns ignoriert. Es ist ein Relativismus der Mittel, der sich verweigert, sie darauf zu prüfen, ob sie *für sich genommen* gut sind.

Und vielleicht ist dies die eigentliche Differenz in der Diskussion: Für die einen ist Gewalt ein Mittel unter vielen, mehr oder weniger sinnvoll, mehr oder weniger angebracht, mehr oder weniger angemessen im konkreten Fall. Für die anderen ist die Verwendung von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen buchstäblich ein Tabubruch: Etwas Unantastbares wird angetastet - das Recht auf physische Unversehrtheit des oder der Anderen und der Frieden nach innen oder außen. Es wird etwas zugelassen, toleriert oder sogar befördert, was aus prinzipiellen Gründen nicht erlaubt sein kann.

Wer auch immer meint, es sei »angemessen«, andere Menschen gewaltsam zu bedrohen, beansprucht, Herr über Leben und Tod Anderer sein zu dürfen. Genau dies aber ist eine alles entscheidende Differenz im Auge der von Gewalt Betroffenen. Politische Kommunikation verwandelt sich, wenn sie die Form der Gewalt annimmt, für die, die Opfer von Gewalt werden, in Verwundung, Verstümmelung, Verkrüppelung ihrer Leiber und Seelen oder in Mord. Solange keine Gewalt ausgeübt wird, geht es um die Frage von Macht- und Eigentumsverhältnissen, den Kampf für eine bessere, menschlichere Ordnung. Gewaltfreies Handeln billigt dem politischen Gegner den Status eines Subjekts zu, mit dem (auch) das Gespräch möglich ist. Die Ablehnung betrifft bestimmte Handlungen und Verhaltensweisen. Wird aber zur Gewalt gegriffen, geht es immer *auch* um die leibliche Existenz, um das einzige unwiederbringliche Gut - das Leben des oder der Einzelnen.

Gewaltsamer politischer Widerstand geht aber noch über die Bedrohung des Einzelnen hinaus. Weil er politisch ist, bezieht er sich auf das Ganze. Jeder politisch motivierte Angriff auf einzelne Repräsentanten des Staates beansprucht die Rechtsordnung als solche anzugreifen, den Rechtsfrieden in seiner Ganzheit zu brechen, den Krieg von Bürgern gegen die staatliche Ordnung zu erklären. Jede einzelne gewaltsame politische Aktion, so begrenzt sie angelegt sein mag, hat diesen Horizont: Sie symbolisiert den Bürgerkrieg. Sie will nicht nur einzelne, sondern alle bedrohen.

Die Zügelung der Gewalt ist Grundbedingung menschlichen Zusammenlebens gerade auch deshalb, weil kein Tier über derart ins Unendliche gesteigerte Gewaltpotentiale verfügt wie der Mensch. Seine Waffen erlauben es ihm, mit ungeheurer Leichtigkeit und »Effizienz« seinesgleichen zu töten. Die Verfügung bzw. Nicht-Verfügung über diese immer wirkungsvolleren Waffen spaltet zugleich das Menschengeschlecht wie keine andere biologische Gattung auf Erden. Und keine andere kann sich selbst ausrotten. Der Zyklus der Gewalt erzeugt immer neue Gewaltmittel und legt eine immer entfesseltere Bereitschaft nahe, sie auch anzuwenden. Die ständige Steigerung der Vernichtungskraft und der Ungleichheit in der Verfügung über sie verlangt es, Barrieren gegen den Gebrauch dieser Gewaltpotentiale zu errichten.

Das Überleben des homo sapiens hing immer davon ab, dass er von seiner Fähigkeit zum Mord nur eingeschränkt Gebrauch macht. Wer aber will ihn hindern? Die »Natur« des Menschen, sein gattungsgeschichtliches Erbe, stehen dem nicht im Wege. Seine emotionalen Hemmungen haben nicht ausgereicht, um vor der massenhaften Tötung von Kleinkindern

Halt zu machen. Die »Vernunft« wirkt nicht ohne die Vernünftigen, die im Krieg aller gegen alle als erste gemordet werden. Wie Sophokles dichtete: »Viel Ungeheures ist, doch nichts/ So ungeheures wie der Mensch... In dem Erfindischen der Kunst/ Eine nie erhoffte Gewalt besitzend,/ Schreitet er bald zum Bösen, bald zum Guten./ Achtet er die Gesetze des Lands/ Und das bei den Göttern beschworene Recht:/ Hoch in der Stadt! Verlustig der Stadt,/ Wem das Ungute sich gesellt/ Wegen seines Wagemuts! / Sitze mir nicht am Herd/ Noch habe Teil mit mir am Rat,/Wer so tut!«

Die Menschen waren und sind gezwungen, Barrieren gegenüber dem Töten zu errichten, immer wieder neu. Diese Barrieren machen Zivilisation aus - alle uns bekannten Völker verfügten oder verfügen über sie. Die deutschen Nationalsozialisten wie die Anhänger Pol Pots haben diese Dämme gegen den Mord in geschichtlich unvorstellbarer Weise niedergerissen. Historisch waren diese Barrieren vor allem darauf gerichtet, dem Morden innerhalb von Gemeinschaften engste Grenzen zu setzen. Schrittweise wurden diese Grenzen immer weiter gefasst, bis das Gebot »Du sollst nicht morden!« sich auf die ganze Menschheit bezog.

Die menschliche Zivilisation kann nur bestehen, wenn sie ein Mindestkriterium sittlichen Verhaltens formuliert. Sie muss jenseits sehr gegensätzlicher Ziele eine Grenze ziehen, die legitime von illegitimen Mitteln unterscheidet. Der deutsche Philosoph Immanuel Kant (1724 - 1804) hat dafür einen kategorischen Imperativ sittlichen Handelns aufgestellt: »Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, *niemals bloß als Mittel* brauchst.«³⁰ Was aber heißt dies?

Kant verdeutlicht seinen Imperativ an einem drastischen Beispiel: Wer nach einem Schiffbruch, um das eigene Leben zu retten, einen anderen Schiffbrüchigen von einer Planke stürzt, die nur einen zu tragen vermag, dürfe nicht bestraft werden (»Not hat kein Gebot« - *necessitas non habet legem*), obwohl er gegen den oben genannten kategorischen Imperativ verstoßen habe. Diese Tat sei sträflich, aber nicht strafbar.³¹

Grundlage dieses kategorischen Imperativs ist eine einfache Annahme: »Der Mensch und überhaupt jedes vernünftige Wesen existiert als Zweck an sich selbst, nicht bloß als Mittel zum beliebigen Gebrauch für diesen oder jenen Willen...«³² Im Unterschied zu jeder anderen Form politischen Handelns zeichnet sich Gewalt jedoch dadurch aus, den Gegner in ein bloßes Mittel, in ein passives Objekt, in einen bloßen Leib zu verwandeln, über den nach eigenem Gutdünken verfügt werden kann. So viele Eigenschaften gewaltförmiger politischer Widerstand auch haben mag, erst da-

durch, dass er darauf zielt, den Gegner als Menschen direkt zu bedrohen, ihm die Fähigkeit zu nehmen, Selbstzweck zu sein, ihn entsubjektiviert, wird er zur Gewalt.

Kants kategorischer Imperativ stellt den Schutz menschlichen Lebens über alle anderen Ziele. Die Erhaltung der Gemeinschaft der Menschen durch die Sicherung des Lebensrechts jedes Menschen erhält eine höhere Bedeutung als jeder denkbare andere Zweck. Mit der Bedrohung oder Auslöschung eines ein/einen wird die Menschheit bedroht - als sittliches Ganzes und, wenn das Morden nicht gestoppt wird, als Gattung. Kants kategorischer Imperativ ist sittlich begründet, empirisch erfahrbar und ist spätestens mit Auschwitz und der Erfindung der Atombombe zur Überlebensbedingung der Menschheit geworden.

Fjodor Dostojewski hat in seinem Roman »Die Brüder Karamasow« die Frage nach der sittlichen Legitimation von Gewalt auf die Spitze getrieben: Ist es berechtigt, um das Glück der ganzen Menschheit, um ihrer Rettung willen ein einziges, »nur« ein einziges Kind zu töten? Die Opferung eines Einzelnen - als Mittel der Rettung aller! Aber eben: ein bloßes Mittel! Die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright dachte in ganz anderen Dimensionen, als sie, vom Nachrichtensender CBS 1996 befragt, ob der Tod von 500 000 irakischen Kindern die durch die USA verfolgten Ziele wert sei, sagte: Dies sei eine schwierige Wahl, jedoch ja: Wir sind der Meinung, »dass es den Preis wert ist.«³³

In staatlicher Verantwortung sind im 20. Jahrhundert mindestens 160 Millionen wehrlose Menschen gemordet worden - an jedem der 36 500 Tage des Jahrhunderts im Durchschnitt 4 650. Dies sind drei zivile Tote in jeder der über 50 Millionen Minuten des Jahrhunderts. In den 25 Jahrhunderten davor waren es insgesamt 130 Millionen, die zivile Opfer solchen Mordens wurden.³⁴ Niemals zuvor ist so instrumentell mit dem Leben von so vielen Menschen verfahren worden wie im 20. Jahrhundert. Die immer großartigeren Zwecke schienen immer beliebigere Mittel zu rechtfertigen. Einige aus sozialistischen und kommunistischen Revolutionen hervorgegangene Staaten trugen zu dieser Gewaltbilanz erheblich bei.

Im Unterschied zu allen vorhergehenden Gesellschaften hatte die Moderne, so Sebastian Scheerer, »sich selbst als Antigewaltsprojekt definiert und die rationale Ordnung und Pazifizierung des gesellschaftlichen Binnenraums zum alles beherrschenden Thema gemacht«³⁵. Gewalt sollte dem Schutz des Einzelnen und einer Ordnung des Friedens nach innen und außen dienen. Zugleich bedeutete dies aber auch, »die Welt zu zwin-

gen, anders zu sein, als sie ist«³⁶. Der Gegensatz zwischen Befriedungsanspruch und (auch daraus resultierendem) Veränderungswillen ist emanzipatorisch zu vermitteln oder er führt in die Barbarei.

Theodor W. Adorno (1903-1969) stellte die »Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei« als die »allererste« Forderung an Erziehung auf³⁷. Die Linke muss hinzufügen: dass der GULAG, dass das Morden der chinesischen Kulturrevolution, die *Killing Fields* der Roten Khmer nicht noch einmal seien. Der Barbarisierung im Bereich des Politischen zu widerstehen, bedeutet, ein Denken und Handeln der bloßen Zweckmäßigkeit, der nur »instrumentellen« Vernunft zu überwinden. Wer die Mitte! politischen Handelns nur unter dem Blickwinkel ihrer Zweckmäßigkeit betrachtet, der »verhält sich zu den Dingen wie der Diktator zu den Menschen. Er kennt sie, insofern er sie manipulieren kann« - »als Substrat von Herrschaft«³⁸.

Die Gewalt ist als Mittel politischen Handelns in doppelter Weise illegitim oder -um es klarer auszudrücken - verbrecherisch: Sie verwandelt den oder die Einzelne, das Opfer solcher Gewalt in ein bloßes Mittel fremder Zwecke. Und sie erklärt den Bürgerkrieg nach innen bzw. den Krieg nach außen. Damit bedroht sie zugleich jeden und alle. Politische Gewalt strahlt den Schrecken eines Krieges »eines jeden gegen jeden« aus. Thomas Hobbes wusste, wovon er schrieb: In einem solchen Krieg »herrscht ständige Furcht und die Gefahr eines gewaltsamen Todes; und das Leben des Menschen ist einsam, armselig, widerwärtig, vertiert und kurz«³⁹.

Es wird immer die Frage bleiben, ob ein Notzustand gegeben ist, der politische Gewalt als zweckmäßig erscheinen lässt, aber sie ist immer illegitim, immer unsittlich, immer ein Verbrechen (wenn auch nicht unbedingt im strafrechtlichen Sinn), weil sie Menschen zum bloßen Objekt der Zerstörung und Vernichtung macht und den Krieg ausruft. Die Zurückweisung von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen durch eine humanistische Linke zielt nicht auf das staatliche Gewaltmonopol (das unter bestimmten Umständen ein Mittel der absoluten Entfesselung von Gewalt sein kann, unter anderen Bedingungen zu ihrer Eindämmung beiträgt), sondern auf Gewaltfreiheit als einzig legitimes Instrument politischen Handelns. Das Gewaltmonopol des Staates soll diesem Zweck und dem Schutz vor physischer Gewalt durch jeden einzelnen und die Gesellschaft untergeordnet werden.

Die Ablehnung von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen darf nicht als bloß instrumentelles Argument kleingeredet werden - es geht um nicht weniger als um die Verteidigung jenes politisch-sittlichen

Schutzwalls, der immer wieder neu aufzurichten ist, damit Auschwitz nicht wieder sei. Das existentielle Entsetzen vor der Anwendung von politisch motivierter Gewalt darf nicht durch Erwägungen über Zweckmäßigkeiten wegdiskutiert werden, denn es ist die wichtigste emotionale Barriere vor den Rückfällen in Barbarei.

Die Zweckmäßigkeit von Gegengewalt

Es ist auch die. Bilanz des 20. Jahrhunderts, die zur Vorsicht mahnt, wenn positiv zur Gewalt aufgerufen wird oder kritische Solidarität mit jenen, die zu ihr greifen, angemahnt wird. Die bei Teilen der Linken verbreitete Vorstellung, Radikalität sei identisch mit der Gewaltsamkeit der Mittel, ist nach Stalin und Mao, nach Pol Pot nicht mehr unschuldig naiv, sondern verführerisch aufhetzend. Der radikale Anspruch, »*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«⁴⁰, ist nicht mit dem *Extremismus* der Mittel zu verwechseln.

Rosa Luxemburg, im November 1918 die Abschaffung der Todesstrafe fordernd, formulierte diesen Unterschied zwischen Radikalismus und Extremismus so: »Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen, in Bächen geflossen. Jetzt muss jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit - dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muss umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage...«⁴¹

Aber kann denn wirklich auf Gewalt ganz verzichtet werden? Ist dies nicht bestenfalls Selbstbetrug und Legitimation dafür, gar nichts zu tun, was dem Anspruch an eine wirkliche Veränderung gerecht werden würde? Ist nicht *jede* Rebellion besser als das bloße Erdulden oder - schlimmer noch - die genussvolle Einrichtung im Bestehenden. - »In den Zeiten des Verrats/ Sind die Landschaften schön«, dichtete Heiner Müller 1958.

Wenn Gewalt gegen Menschen *an sich* illegitim und verbrecherisch ist, wann ist sie dann bezogen »auf durchsichtige, humane Zwecke«⁴² keine Barbarei? Gibt es nicht doch Situationen, in denen politische Gewalt als Notwendendes Mittel, als Ausdruck eines Notstandes, sinnvoll sein kann, ohne dabei ihren Zweck, eine humanere, gewaltfreie Gesellschaft, zunichte zu machen? Wann kann es politisch nötig sein, zur Gewalt gegen andere Menschen überzugehen?

Warum nun aber sollte politische Gewalt nicht für weitergehende Ziele eingesetzt werden? Warum sollte nicht der weltweite Kampf gegen Hunger mit den Mitteln der Gewalt verfolgt werden, warum nicht, der Kampf um Mindestlöhne oder für mehr Demokratie bzw. gegen die Nutzung von Atomenergie? Oder warum sollten nicht Soldaten der US-Armee, die in Deutschland zum Zwischenaufenthalt sind, bevor sie in den Irak gehen, Gegenstand politischer Morde werden - ganz zu schweigen von George W. Bush, der zweifelsohne für Kriegsverbrechen verantwortlich ist? Warum sollte es so wichtig sein, politische Gewalt auf die *unmittelbare und direkte* Abwehr von Mord .bzw. die Verhinderung der Durchsetzung der Grundbedingungen von freier Meinungsbildung und demokratischen Wahlen einzuschränken? Und was bedeutet dies unter den Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland?

Noch einmal sei erinnert: Nachdem zunächst die Position entwickelt worden war, dass die Anwendung von Gewalt als Mittel *immer illegitim* ist, weil sie andere Menschen zu bloßen Objekten der Verfolgung von außer ihnen liegenden Zwecken degradiert und die Gefahr eines Bürgerkriegs heraufbeschwört, so ist jetzt die Frage gestellt, unter welchen Bedingungen sie *trotzdem zweckmäßig* sein kann. Und weil es sich um ein verbrecherisches Mittel handelt, ist sein Gebrauch zu minimieren.

Nimmt man wirklich ernst, dass Gewalt von Menschen an Menschen immer ein Verbrechen ist, folgt man der hier vertretenen Position, dass zu solcher Gewalt nur im Zustand höchster Not gegriffen werden darf, dann gibt es nur eine Situation, in der sie nicht völlig humanen Zwecken widerspricht - *die Situation fehlender Alternativen*. Die Ausübung von physischer Gewalt gegen andere Menschen zu politischen Zwecken hat nur dann einen humanen Bezug, wenn keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Was aber bedeutet dies?

Gewalt kann dann zum einzigen politischen Mittel des innerstaatlichen Widerstandes werden, wenn der Staat den Zugang zu den elementarsten Überlebensbedingungen verweigert, das staatliche Gewaltmonopol aufgelöst ist, es sich um totalitäre Regime oder um Diktaturen handelt. Gewalt kann zum Beispiel dann als Handeln aus unmittelbarer Not begriffen werden, wenn Menschen, die vom Hungerstod betroffen sind, Getreidelager, die von der Polizei oder Armee bewacht werden, stürmen. Die Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols durch die Duldung und Förderung von Todesschwadronen kann dazu führen, dass die Bewahrung des eigenen Lebens und des Lebens anderer nicht ohne bewaffneten Schutz möglich ist. Totalitäre Regime sind jene, die jede freie Meinungsäußerung und die

Möglichkeit freier Organisation mit dem Zweck der gemeinsamen Willensbildung unterdrücken. Diktaturen zeichnen sich dadurch aus, dass die Herrschenden nicht durch freie, allgemeine und geheime Wahlen abgelöst werden können. In allen diesen Fällen kann Gewalt angesichts fehlender Alternativen zur unmittelbaren Herstellung der Bedingungen des Überlebens bzw. der Sicherung der elementarsten Bedingungen einer gewaltfreien Politik beitragen.

Folgt man dieser Argumentation, so ist nichtstaatliche politische Gewalt dann und auch *nur* dann auf humane Zwecke bezogen begründbar, wenn sie *direkt und unmittelbar* darauf zielt, sich überflüssig zu machen. Sie hat zwei legitime Ziele: Erstens das Töten von Menschen unmittelbar zu verhindern oder zu beenden (sie ist insofern Notwehr) oder zweitens die elementaren Bedingungen für Demokratie zu schaffen. Es geht entweder um das physische Überleben oder um die Herstellung der Bedingungen, politische Konflikte friedlich auszutragen. In dem Augenblick, wo Gewalt für darüber hinaus gehende Zwecke angewandt wird - der Abschreckung, der »Erziehung«, der Erpressung usw. usf. - hört sie auf, legitime Ziele zu unterstützen und setzt eigene Zwecke der Unterdrückung, Ausbeutung und Vernichtung.

Gewalt mag die Ultima ratio von Herrschaft sein. Sie ist keinesfalls das letzte entscheidende Mittel von solidarischer Emanzipation, sondern bestenfalls ein kurzfristiges Mittel in höchster Not, nicht das letzte, sondern höchstens ein erstes schreckliches Mittel. Die Ultima ratio der Emanzipation ist die gewaltfreie Kommunikation, der Tanz der Selbstveränderung in freier Gemeinschaft mit anderen: »Die Unterhaltung hört auf, ein Austausch von Waren (Informationen, Wissen, Status) zu sein, und wird zu einem Dialog, bei dem es keine Rolle mehr spielt, wer recht hat. Die Duellanten beginnen, miteinander zu tanzen, und sie trennen sich nicht im Gefühl des Triumphs oder im Gefühl der Niederlage, was beides gleich fruchtlos ist, sondern voll Freude... [...] .. Nur durch den Prozess lebendigen Aufeinander-Bezogeneins überwinden der andere und ich die Schranken unseres Getrenntseins, solange wir beide am Tanz des Lebens teilnehmen.«⁴³

Selbst unter den Bedingungen höchster Not ist immer zu fragen, ob es richtig ist, Verbrechen zu begehen, um diese Not zu enden, oder sich mit gewaltfreien Mitteln für das Ende dieses Zustandes einzusetzen. Tyrannenmord ist ein legitimes Verbrechen, aber ist es immer der zweckmäßige Weg, Tyrannei zu beenden. Das Attentat auf Alexander II. 1881 hat die revolutionäre Bewegung Russlands über Jahrzehnte zurückgeworfen. Ge-

rade weil Diktatoren zumeist austauschbar sind und Gewalt die Angst vor dem Bürgerkrieg schürt, ist Terror so selten zweckmäßig.

Gegengewalt in der Demokratie

Warum reden viele, die Gewalt befürworten, sich kritisch solidarisch zu ihr verhalten, so halbherzig über sie? Warum wird sie kleingeredet oder sprachlich verharmlost? Warum kein stolzes Bekenntnis zu ihr? Der Grund dafür ist sehr einfach: Wenn politischer Widerstand sich des Mittels der Gewalt bedient, dann wird der Schritt zum symbolisierten Bürgerkrieg getan. Steine und Brandflaschen, Stöcke und Latten sind die Waffen der Schwachen in diesem Krieg. Sie imaginieren Waffen und erklären den Krieg, ohne ihn wirklich zu führen. Noch ist eingeschränkt auf einzelne Gefechte, unterliegt Spielregeln, selten gibt es Tote. Es ist noch kein offener Krieg, sondern sein Schatten, der ihm vorausseilt. In der Öffentlichkeit erscheint der Rauch brennender Polizeiautos und aufeinander einprügelnder Bürger und Polizisten als drohender Krieg gegen alle.

Gegen ein Plädoyer für Gewaltfreiheit unter den Bedingungen einer politischen Demokratie immer wieder vorgebrachten Argumente sind vierfach: *Erstens* wird auf den Sturz von Salvador Allende 1973 in Chile verwiesen. Sobald im Gefolge demokratischer Wahlen wirkliche Veränderungen der Macht- und Eigentumsverhältnisse vollzogen werden würden, Wahlen also tatsächlich etwas bedeuten, würden ihre Ergebnisse mit militärischer Gewalt zunichte gemacht. Wieso aber zieht man daraus nicht den Schluss, die militärische Gewalt besser zu kontrollieren? Warum soll die Errichtung einer linken Diktatur der bessere Ausweg sein als der Schutz der Demokratie gegen rechte Putschisten? Und wenn eine demokratisch gewählte Regierung (auch mit Blick auf externe Bedrohungen) den Ausnahmezustand verkündet, um die Demokratie zu schützen und deshalb für eine bestimmte Zeit also Grundrechte außer Kraft setzen muss, so darf dies doch nicht dazu führen, im Gefolge dessen die Demokratie selber dauerhaft abzuschaffen und die freie Meinungsbildung und plurale Wahlen zu verhindern. Der Verweis darauf, dass andere (rechte) Kräfte das demokratische Gewaltmonopol des Staates durch einen Putsch verletzen könnten, kann doch gerade nicht bedeuten, dies selbst zu zerstören, sondern genau umgekehrt verlangt diese Gefahr, dieses Gewaltmonopol mit allen Mitteln zu verteidigen und nicht zuzulassen, dass sich ein instrumentelles Verhältnis dazu entwickelt.

Noch einmal Rosa Luxemburg, die die Errichtung der bolschewistischen Diktatur mit den Worten kritisierte: »Lenin und Trotzki haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muss auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder der öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliqueswirtschaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft (das Verschieben der Sowjet-Kongresse von drei Monaten auf sechs Monate!). Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen usw. Das ist ein übermächtiges objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.«⁴⁴ Wer unter den Bedingungen gesicherter politischer Freiheiten zur Gewalt greift, droht mit Bürgerkrieg und Diktatur.

Der Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft in den staatssozialistischen Ländern ist ein Beispiel, dass selbst unter den Bedingungen einer Diktatur Demokratie und Gewaltfreiheit letztlich erfolgreicher sein können als jede gewaltsame Aktion. Über Jahrzehnte hinweg, mindestens seit 1968, wurde von Seiten der oft sehr kleinen, sehr schwachen, immer verfolgten Opposition eine Kultur der Konfliktlösung erzeugt, die der des Staates deutlich überlegen war. Auch Massenbewegungen wurden diszipliniert - bis zu dem Punkt, wo die Ordner der Opposition mit ihren Armbändern »Keine Gewalt« die wichtigste Voraussetzung dafür waren, dass es nicht zum Blutvergießen kam.

Die Staatsmacht, die sich immer auf den Willen des Volkes und humanistische Ziele berufen hatte, wurde dadurch moralisch entwaffnet, und die kommunistischen Staatsdiener konnten sich deshalb für die Gewaltfreiheit entscheiden. Aus der langen Wechselwirkung zwischen gewaltfreier

Opposition und Kommunisten, die ihre Macht als Mittel sahen, für eine menschlichere Gesellschaft einzutreten, konnte, als der Staatssozialismus auch in den Augen seiner Anhänger keine überlegene Perspektive mehr verkörperte und damit am Ende war, die »samtene Revolution«, die »friedliche Wende« entstehen.

Der *zweite* Einwand gegen die Position der Gewaltfreiheit unter den Bedingungen einer gesicherten politischen Demokratie ist die These, dass nur Gewalt »die Massen« aufzurütteln vermöge und »die Herrschenden« einschüchtern könne. Die historischen Tatsachen sind genau umgekehrt: Politische Gewalt malt die Gefahr eines Bürgerkriegs an die Wand. Sie bedroht jeden und alle. Es entsteht bestenfalls ein Bündnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den herrschenden Eliten, gemeinsam dem Abgleiten in die Barbarei enthumanisierter Gewalt zu widerstehen. Und im Schatten dieses Bündnisses können die Herrschenden zugleich versuchen, demokratische Bürgerrechte abzubauen und unkontrollierte Bereiche der Überwachung und Gewaltausübung auszuweiten. Die Herrschenden werden ermuntert, ihre Herrschaft auch repressiv zu sichern, die Beherrschten beginnen zu glauben, dass ihre Beherrschung die Bedingung von innerem Frieden sei.

Politischer Einsatz von Mitteln physischer Gewalt unterscheidet sich von allen anderen Formen politischen Handelns dadurch, dass in diesem Falle die politischen Gegner bzw. ihre Repräsentanten als *Menschen*, als Individuen in ihrer Einmaligkeit, in ihrer Endlichkeit, in ihrer Zerstörbarkeit, in ihrer Existenz bedroht werden und zugleich der Bürgerkrieg ausgerufen wird. Deshalb ist die politisch motivierte Gewalttat von Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Keimform der Schritt vom demokratischen Frieden, der das Leben der Einzelnen rechtsstaatlich schützt, zum *Bürgerkrieg*, in dem Menschen »geopfert« werden.

Vom Standpunkt der Bürgerinnen und Bürger kann es gar nichts Wichtigeres geben, als zunächst einmal die unmittelbare Gefahr für Leib und Leben, die für mit politischer Gewalt verbunden ist, zu bannen. Andere weitergehende Ziele werden deshalb zurückgestellt. Damit kann der Status quo erhalten werden oder sogar verschlechtert werden. Unter den Bedingungen von Gewalt kann in einem demokratischen Staat kein sozialer und politischer Fortschritt erreicht werden. Nichtstaatliche politische Gewalt hat unter den Bedingungen einer gesicherten Demokratie deshalb unvermeidlich reaktionäre Folgen.

Drittens: Das Mittel des gewaltförmigen politischen Widerstands geht davon aus, dass es der Vertreter des Staates oder durch ihn geschützte

Personen sind, die zwischen dem verfolgten Zweck und dem Ziel stehen, Diese müssten bedroht werden oder sollen »verschwinden« (wie und wohin?), damit das Ziel erreicht werden kann. Wenn aber und solange die politischen Grundrechte gesichert und freie Wahlen regelmäßig stattfinden, wer steht dann der Veränderung der ökonomischen, sozialen oder politischen Ordnung gewaltsam im Wege?

In der Geschichte der Bundesrepublik wurde deshalb zur Begründung von Gewalt immer der Vergleich mit Nazideutschland herangezogen. So schrieb Günther Anders in dem schon erwähnten fiktiven Interview, dass die »heutigen Hitlers« (und damit meint er vor allem die Herrschenden der westlichen Welt) ungemein gefährlicher seien als Hitler, da ihre Waffen ungleich stärker seien, und folgert: »Was wäre die angemessene Bekämpfung *Hitlers* gewesen? Finden Sie, die wenigen Versuche, ihn unschädlich zu machen und die leider jämmerlich geendet sind, seien unmoralisch gewesen?«⁴⁵

Zweifelsohne ist es richtig, dass ein erfolgreiches Attentat auf Hitler zweckmäßig gewesen wäre, da die gesamte Macht im Nationalsozialismus im »Führer« zusammengefasst wurde und durch ihn auch direkt geprägt wurde. Sein früherer Tod hätte Millionen Menschen das Leben retten können.⁴⁶ Unter den Bedingungen freier Wahlen und garantierter Grundrechte sind die politisch Herrschenden jedoch durch die Bürgerinnen und Bürger gewählt und können durch sie auch abgewählt werden. Und da dieser Weg bereit steht, ist jeder gewaltsame Weg nicht mehr human zweckrational begründbar. Der gewaltsame Angriff auf Polizistinnen und Polizisten (außer in Abwehr von Lebensgefahr) ist noch weniger zu begründen. Der Verweis auf Hindernisse, die einem Richtungswechsel der Politik entgegenstehen, rechtfertigt keine Gewalt.

Es darf nicht ignoriert werden, dass ein substantielles Hindernis eines Wandels zu einer gerechteren, ökologischeren, demokratischeren und friedlicheren Gesellschaft jene sind, die ungerechte, unökologische, ungerechte und unfriedliche Zustände dulden oder sogar ständig selbst hervorbringen – die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Wenn sich die Mehrheiten einer Gesellschaft nicht ändern, gibt es keine wirkliche solidarische Emanzipation, sondern nur die mehr oder minder reguläre Auswechslung des Spitzenpersonals. Wenn dies aber so ist – welcher Linke wollte die Ausrottung der Mehrheit der Bevölkerung fordern als Bedingung einer neuen Politik?! Es müssen umgekehrt die Voraussetzungen der solidarischen Selbstveränderung von Mehrheiten geschaffen werden. Diese aber gibt es nur gewaltfrei.

Ein *vierter* Einwand gegen die Gewaltfreiheit ist der, dass der repräsentativen Demokratie im Innern der meisten Staaten die globale Diktatur der großen Konzerne und Finanzinstitutionen gegenübersteht. Man könne die politischen Vertreter von Staaten abwählen, aber die Chefs der multinationalen Firmen und Fonds seien nur den Kapitaleigentümern gegenüber rechenschaftspflichtig. Es ist dies zweifelsohne eine der größten Herausforderung solidarischer Emanzipation. Die politische Demokratie bedarf der sozialen Demokratie. Diese aber kann nicht dauerhaft Bestand haben ohne die wirtschaftliche Demokratie. Nicht der »Krieg« gegen die Konzernchefs, sondern die Demokratisierung wirtschaftlicher Macht und die Auflösung von Wirtschaftssektoren und Finanzinstitutionen, die der demokratischen Kontrolle entzogen sind, ist die Aufgabe.⁴⁷

Nichtstaatliche politische Gewalt, die über einen kurzen Augenblick hinaus geht, hat noch eine weitere Eigenschaft, die sie in tiefsten Widerspruch zu einer solidarischen Emanzipation setzt - sie ergreift nicht nur die Objekte von Gewalt, sondern gewinnt Macht über das Subjekt der Gewalt: »Es ist möglich, dass in bestimmten Fällen und für eine gewisse Zeit die Gewalt auf das Subjekt befreiend wirkt, dass sie eine Bedingung für die Herausbildung, die Entfaltung, die Emanzipation oder die Bewahrung des Subjekts ist. Aber das darf das Wesentliche nicht verhüllen oder bagatellisieren, nämlich das genaue Gegenteil: die Stärke und die Schnelligkeit, mit der die Gewalt sich sehr bald als das Gegenteil des Sinns und als Hindernis für die Subjektivierung der Person herausstellt, die zu ihr greift... (...) ...sehr bald schon wird er Taten begehen müssen, deren Sinn er nur zu einem geringen Teil kontrolliert, eine Lebensform annehmen müssen, die für die Subjektwerdung wenig günstig ist, da sie von den Zwängen des Lebens im Untergrund und der illegalen Aktion beherrscht wird, und er wird sich einer Hierarchie unterwerfen müssen.«⁴⁸

Wenn gewaltfreier Widerstand möglich ist, wenn es realistische Optionen zur Gewalt gibt, dann ist er vor allem auch deshalb die zweckmäßige Alternative, weil Mittel immer auch auf die Ziele rückwirken und diese am Ende buchstäblich überwältigen können. Anders als die westliche Staatsdiskussion in der Tradition von Thomas Hobbes muss davon ausgegangen werden, dass die Ziele von der Art ihrer Verwirklichung abhängig sind. Dies »zwingt zur grundsätzlichen Aufhebung der Unterscheidung von Zweck und Mittel«⁴⁹. Der Zweck muss im Mittel selbst sein und nicht nur in den »guten« Motiven. Gewaltfreiheit ist ein Ziel, das mit dem Weg selbst entsteht.

In Teilen der deutschen Linken gibt es bisher kaum eine offene Befürwortung von Gewalt, aber es gibt eine falsche und blinde Toleranz, ein falsches

Laisser faire, der den geworfenen Stein, die auf Polizeiautos zerschmetterte Brandflasche, den Protest an sich schon für einen Schritt der Emanzipation halten und Bündnisse suchen. Die Re-Aktion, die Gegen-Wehr, die Gegen-Gewalt *kann* der Ausgangspunkt von Befreiung sein. Als Ausdruck des Protests gegen Herrschaft haben sie die Würde der Rebellion. Selbst die undurchdachte Auflehnung ist zumindest Auflehnung, die blinde Wut geht über das bloße Dulden hinaus. Aber als bloßer Reflex auf Unterdrückung, Ausbeutung oder Ausgrenzung sind sie zunächst nicht mehr als das Gegenteil zur Herrschaft. Sie sind noch nicht anders, sondern nur dagegen. Oft imitieren sie in der rohesten Form die Mittel der Herrschaft und brutalisieren sie noch. Sie können sich gegen Sündenböcke richten und selbstzerstörerisch werden. Der Schritt zur Emanzipation beginnt nicht mit der Gegenwehr selbst, sondern erst dann, wenn die Rebellion solidarisch wird.

Die Herausbildung solidarischer Bewegungen aber geschieht nicht im Selbstlauf: »Die solidarischen Subjekte benötigen ... ein langen Atem. Sie sind darauf angewiesen, sich schonungslos der materiell-strukturellen und der medial vermittelten psychischen Übermacht der neoliberalen Mächte bewusst zu bleiben, um nicht in die Sackgasse einer abgeschütteten Gegenwelt zu geraten. Zugleich stehen sie vor der Herausforderung, Ohnmachtserfahrungen und Niederlagen auszuhalten, ohne zu verzweifeln. Nur durch die realistische Verarbeitung der Vergangenheit und Gegenwart von Unterdrückung und Widerstand, durch die Aufdeckung und Entlegitimierung der sozialökonomischen, ideologischen und psychischen Herrschaftsmechanismen kann die reale und psychische Unterordnung der Menschen ... außer Kraft gesetzt und durch eine Ethik der solidarischen Einmischung überwunden werden.«⁵⁰

Herrschaft im Neoliberalismus

Alles bisher Gesagte ist negativ. Es sollte begründen, warum Gewalt unter den Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland weder ein legitimes, noch ein zweckmäßiges Mittel ist. Es erklärt aber nicht, warum trotzdem im Namen einer »anderen Welt«, einer humaneren, demokratischeren, friedlicheren Welt zur Gewalt gegriffen wird. Dafür gibt es viele Argumente und einen sehr verständlichen Grund, die tief empfundene eigene Ohnmacht: »Gewalteinsatz ist ... auch Machtversagen.«⁵¹ Gegengewalt ist (auch) verzweifelte Hoffnung auf Machtgewinn.

Für diese Verzweiflung bei Linken gibt es viele Ursachen und eine Welt-sicht, die selbst eindimensional ist: Nicht nur sei der diktatorische Weg

des Bolschewismus und der Sowjetunion gescheitert, sondern auch die Reformstrategie der linken Sozialdemokratie sei nicht aufgegangen, gemessen an ihrem Ziel der Überwindung kapitaldominierter Gesellschaften. Die Teilnahme der Linken an Regierungen scheint in den Augen vieler Linker wenig mehr zu bewirken als eine sozialere Verwaltung des Status quo. Oft wird behauptet, sie würde sogar einer weiteren Welle der Durchkapitalisierung das Tor erst öffnen. Niemals zuvor in der Weltgeschichte fanden so viele freie Wahlen statt und zugleich macht sich das ernüchternde Gefühl breit, wie wenig dies für den sozialen oder ökologischen Fortschritt bedeutet. Selbst Angriffskriege werden mit dem Ruf nach Demokratisierung legitimiert.

Der Fordismus hatte, in den Zentren des Kapitalismus die widerständigen Milieus der Proletarier aufgelöst und einen Wohlfahrtskapitalismus geschaffen, in dem die Einzelnen, so Herbert Marcuse (1898-1979), einer nichtterroristische(n) ökonomisch-technische(n) Gleichschaltung⁵² ausgesetzt wurden. Die Herrschaft würde in die Bedürfnisse der Beherrschten verlegt: »das überwältigende Bedürfnis nach Produktion und Konsumtion von unnützen Dingen; das Bedürfnis nach abstumpfender Arbeit, wo sie nicht mehr wirklich notwendig ist; das Bedürfnis nach Arten der Entspannung, die diese Abstumpfung mildem und verlängern...«⁵³

Der neoliberale Kapitalismus löst im Namen der Freiheit die »verwaltete Welt« durch die vermarktete Welt ab. Das Ergebnis ist ambivalent: Der Einzelne wird in den »Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge« verwandelt. Er kann über die Bedingungen seiner Selbstverwertung frei verfügen - vorausgesetzt, er hat sich aktiv und erfolgreich als verwertbares Individuum konditioniert. Das externe Kommando der Fabrik und Großorganisation wird durch die interne Steuerung marktformen Verhaltens ersetzt. Scheitern auf den Märkten wird individualisiert und durch Exklusion bestraft. Der globale Krieg mit und gegen den Terror, um diese Formel zu gebrauchen, geführt ohne Fronten, ohne Hinterland, ohne zentrales Kommando und ohne Kriegsgefangenen ist das militärische Spiegelbild des globalen Wettbewerbs von Netzwerkunternehmen auf den Märkten.⁵⁴

Eine solche Weltsicht erzeugt Verzweiflung: Wie solle solcher Herrschaft widerstanden werden, wenn sie derart verinnerlicht in den Beherrschten selbst sitze? Welchen Sinn mache die Abwahl der Regierenden, wenn sie austauschbar seien? Wozu eine Revolution, wenn der Standort**wettbewerb** auch die neue Macht einhole? Selbst der Terror sei obszön, wenn er die Menschheit selbst als Täter ihrer eigenen Unterjochung ausröten

müsse, um alle Komplizen von Herrschaft zu vernichten. Blickt man auf den neoliberalen Kapitalismus als geschlossenes System, dann scheint es nichts mehr jenseits dieser Herrschaft zu geben, kein Ort nirgendwo als Gegenentwurf, als Keim, als fassbare Hoffnung einer »anderen Welt«. In der absoluten Freiheit der Märkte seien Herrschaft und Entfremdung total geworden, sei die Trennung von Wirtschaft und Politik, Märkten und Kriegen aufgehoben.

Ein solcher Blick auf die Welt gerät selbst in die Falle einer totalitären Weltsicht. Die Hoffnungslosigkeit ist auch konstruiert. Es gibt Alternativen. Die realen Gesellschaften haben sehr verschiedene Gesichter.⁵⁵ Auch der neoliberale Kapitalismus ist durch die gegensätzlichen Tendenzen von Kapitallogik und Soziallogik geprägt.⁵⁶ Das *Empire* stößt auf Kräfte einer alternativen Ordnung. Die Selbstverwertung der Individuen erzeugt Sehnsüchte, die sich zur Geltung bringen. Die Vermarktung der Gesellschaft erzeugt neue Handlungspotentiale der Selbstbestimmung und der Solidarität.

Der neoliberale Kapitalismus stellt einen neuen Typus von Macht dar, der nicht auf alte Weise herausgefordert werden kann und muss. Wer, wie die neoliberale Herrschaft, sich auf Demokratie beruft und sie zugleich aushöhlt, steht neuen demokratischen Bewegungen unversehens rechtfertigungsbedürftig gegenüber. Wer die Freiheit als oberstes Ziel proklamiert, wird sich einer Auseinandersetzung um die notwendigen Voraussetzungen für Freiheit nicht entziehen können. Wer Selbstbestimmung zum obersten Maßstab macht, wird sich fragen lassen müssen, welche Bedingungen dafür notwendig sind. Wer die Globalisierung vorantreibt und gleiche Marktrechte für alle fordert, wird das Problem einer gerechten globalen Ordnung nicht weiter aussparen können.

Der offenen brutalen Gewalt von Unterdrückung der organisierten Arbeiterbewegung, von Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus, Faschismus gegenüber kann die offene Gewalt der rebellierenden Völker befreiend sein. Wie Frantz Fanon schrieb: »Die Gewalt des Kolonialregimes und die Gegengewalt der Kolonisierten halten sich die Waage und entsprechen einander in einer außerordentlichen Homogenität.«⁵⁷ Es entsteht eine intime Feindschaft (Ashis Nandy).

Diese Feindschaft beschreibt Frantz Fanon so: »Das Auftreten des Kolonialherren hatte die synkretistische Bedeutung: Tod der autochthonen Gesellschaft, kulturelle Lethargie, Versteinigung der Individuen. Das Lieben kann für den Kolonisierten nur aus der verwesenden Leiche des Kolonialherren entstehen. Dergestalt entsprechen sich also, Begriff für Be-

griff, die beiden Argumentationsweisen. Aber das kolonisierte Volk erlebt es, dass diese Gewalt, weil sie seine einzige Arbeit darstellt, positive und aufbauende Züge annimmt. Die gewalttätige Praxis wirkt integrierend... Der bewaffnete Kampf mobilisiert das Volk, er wirft es in eine einzige Richtung ohne Gegenströmung.«⁵⁸

Unter solchen Bedingungen kann Gewalt eine notwendige Vorbedingung für wirkliche solidarische Emanzipation werden. Ein unkritisches Verhältnis zu dieser Gewalt wird jedoch Autoritarismus, patriarchale Herrschaft und Sexismus, parasitäre Formen postkolonialer Macht bestärken: »Wo auch immer Gewalt angewandt wird, besteht stets die Gefahr, dass diejenigen, die Gewalt anwenden, trotz aller edlen Absichten selber bald brutalisiert werden. Die dauernde kritische Überprüfung jedweder Gewaltmittel und Gewaltpolitik ist daher das absolut unabdingbare Mindestanforderung dafür, dass zumindest der Weg, der zu einer gewaltlosen oder armen Gesellschaft der Zukunft führt, offen bleibt.«⁵⁹ In dem Augenblick jedoch, wo die sozialen Konflikte als Antagonismen betrachtet werden, die nur durch die Vernichtung des Gegners als Person möglich ist, entsteht fast zwangsläufig eine Kultur der Gewalt.⁶⁰

Die neoliberale Konstellation von Herrschaft unterscheidet sich von der Herrschaft in früheren Epochen. Selbst Kriege sollen in freie Wahlen und garantierte politische Grundrechte der Besiegten münden. In den Zentren gilt dies umso mehr. Stärker als jemals zuvor werden die Beherrschten *als eigenständige Subjekte* in die Strukturen der Herrschaft eingebunden. Sie werden zu Komplizen ihrer eigenen Unterwerfung. Dies kann als »Dahinschwinden der historischen Kräfte, die ... die Möglichkeit neuer Daseinsformen«⁶¹ vertreten, wirken. Diese neue Subjektivität kann aber auch verwandelt werden in eine eigenständige Emanzipationsbewegung. Es ist eine Chance, mehr nicht, aber auch nicht weniger.

In dem Augenblick, wo Herrschaft sich nicht mehr primär darin manifestiert, die Selbstbestimmung der Individuen und Gruppen zu verhindern, sondern sie zu kanalisieren sucht, in dem Moment, wo Herrschaft ihre Gewalt zu verbergen sucht, um Herrschaft zu bleiben, können Räume der Befreiung geschaffen werden. Es handelt sich eben nicht um einen totalitär-faschistischen Gegner. Das historische Modell der Arbeiterbewegung wie auch der Mehrheit der Bewegungen gegen Kolonialismus und Rassismus war vor allem durch die Vorstellung geprägt, der Macht der Herrschenden eine spiegelbildliche Gegenmacht mit neuen anderen Zielen gegenüberzustellen. Zumindest als historische Durchgangsstufe schien dies unvermeidlich. Die Gegenkräfte gegen Kapitalismus, Imperia-

lismus, Kolonialismus und Militarismus imaginierten sich selbst als Armen mit Generälen. Offizieren und Soldaten, zusammengehalten durch eine Ideologie der Unversöhnlichkeit mit dem Feind.⁶² Es gilt für alle Formen von Herrschaft, dass ihre Stabilität gerade dann gegeben ist, wenn sie fähig ist, eine Kultur zu schaffen, »in der die Beherrschten ständig versucht sind, die Herrschenden innerhalb jener Grenzen zu bekämpfen, die von letzteren gesetzt wurden«⁶³.

Chico Whitaker, einer der Begründer des Weltsozialforums, bemerkt zu diesen Formen vergangener Kämpfe, deren Begleiter er war: »Wir dürfen nicht vergessen, dass die bedeutenden historischen Versuche zur gesellschaftlichen und politischen Veränderung mehrheitlich entweder scheiterten oder vor sich hin dümpelten, wenn nicht sogar in furchtbaren, durch Totalitarismus gezeichneten Verirrungen endeten. War dies vielleicht so, weil man versäumt hatte, in diesen Prozessen ausreichend den Stellenwert des Menschen und die Fragestellung der persönlichen Veränderung zu reflektieren und zu berücksichtigen?«⁶⁴

Neue Wege solidarischer Emanzipation

Wenn Herrschaft sich durch die Subjektivität der Beherrschten, durch den Ausbau der Formen ihrer Selbstbestimmung und demokratischen Partizipation realisiert, indem sie diese konditioniert und Verweigerung mit Exklusion bestraft, kann und muss sich der Kampf für eine solidarische Emanzipation verändern. Wenn Herrschaft sich nicht primär auf den Staat, sondern auf die auch staatlich durchgesetzten »Sachzwänge« entfesselter Märkte stützt, wird der Kampf um den Staat und im Staat nicht ausreichen. Mehr als je zuvor bedarf es emanzipatorisch-solidarischer Subjekte als Bedingung und als Folge befreiender Kämpfe.

In ihrer Reflexion des 20. Jahrhunderts formulierte Hannah Arendt: »Der Sinn von Politik ist Freiheit.«⁶⁵ Dies bedeute, »dass Menschen in Freiheit, jenseits von Gewalt, Zwang und Herrschaft, miteinander verkehren«⁶⁶. Hier berührt sich die Gedankenwelt der Hannah Arendt mit der von Rosa Luxemburg, die deshalb so auf der Demokratie bestand, weil ohne umfassende Freiheit »die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts«⁶⁷ verschüttet werden.

Das im Jahre 2001 gegründete Weltsozialforum (WSF) zielte darauf ab, einen solchen Raum von Politik im engsten Sinne des Wortes zu schaffen. Im Punkt 1 der Charta des WSF heißt es: »Das WSF ist ein offener Treffpunkt für reflexives Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulie-

rung von Vorschlägen und den freien Austausch von Erfahrungen sowie zur Vernetzung zu effektiver Aktion von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die gegen den Neoliberalismus und die Beherrschung der Welt durch das Kapital und gegen jede Form des Imperialismus sind und danach streben, eine planetare Gesellschaft aufzubauen, die fruchtbare Beziehungen innerhalb der Menschheit und zwischen ihr und der Erde anstrebt.«⁶⁸

Gesicherte Autonomie der Teilnehmer des Forums, die keinen bindenden Beschlüssen unterworfen werden, und geteilte Verantwortung für die Bewahrung der Pluralität machen die Grundprinzipien dieses Forums aus.⁶⁹ Das WSF will global und regional Räume schaffen, in denen sich neue Subjekte und neue Verhältnisse zwischen ihnen bilden können. Es befördert die Entstehung von Aktionen von innen nach außen und von unten nach oben und ermöglicht zu lernen, dass Vielfalt zu achten ist, politischer Einfluss ein Dienst ist und eine neue Welt nur aus einer neuen Kultur entstehen kann. Herrschaftsmacht soll Schöpfungsmacht weichen, die nur aus der Vielfalt und ihrer angstfreien gleichberechtigten Begegnung entstehen kann.

Das Weltsozialforum wurde nicht umsonst mit freiem Jazz verglichen, der die Polyphonie in die Freiheit entließ.⁷⁰ In seinen besten Augenblicken ist es ein Raum des Tanzes von »Menschen des Seins«, wie ihn Erich Fromm feiert: »Die Unterhaltung hört auf, ein Austausch von Waren (Informationen, Wissen, Status) zu sein, und wird zu einem Dialog, bei dem es keine Rolle mehr spielt, wer recht hat. Die Duellanten beginnen, miteinander zu tanzen, und sie trennen sich nicht im Gefühl des Triumphs oder im Gefühl der Niederlage, was beides gleich fruchtlos ist, sondern voll Freude.«⁷¹

Wenn die demokratischen Handlungsmöglichkeiten von Menschen nicht mehr durch brutale Gewalt eingeschränkt werden, dann ist Herrschaft nur noch so lange möglich, wie die Beherrschten ihn selbst hervorbringen. John Holloway hat recht, wenn er schreibt: »Der Kapitalismus existiert nicht deswegen heute, weil wir ihn vor zweihundert oder einhundert Jahren erschaffen haben, sondern weil wir ihn heute erschaffen haben. Wenn wir ihn morgen nicht erschaffen, wird er nicht existieren.«⁷² Wenn Herrschaft nicht primär äußerlich ist, dann kann ihre Überwindung nur in einer Praxis der gleichzeitigen Veränderung der gesellschaftlichen Zustände und der Selbstveränderung geschehen.

Gegenwärtig werden von der emanzipatorischen Linken drei Strategien verfolgt, um den neo-liberalen Kapitalismus und die von ihm ausgehende

Gewalt zu überwinden.⁷³ Es sind dies (1) die Strategie der Zurückweisung der Kriege, sozialreaktionären Reformen und des neuen Autoritarismus; (2) die Strategie der Entwicklung autonomer Räume eigener Alternativen und (3) die Strategie der umfassenden gesellschaftlichen Transformation.

Die Strategie des NEIN

Die erste Strategie ist die des einfachen NEIN, der unmittelbaren und direkten Ablehnung der Kriege und der sozialen Gegenreformen des Neoliberalismus. Die weltweiten Demonstrationen gegen den Irak-Krieg im Februar 2003, die Mobilisierung gegen die Hartz-IV-Reformen haben diese nicht aufgehoben, aber deutlich gemacht, dass die Völker, die Bürgerinnen und Bürger mit sehr gutem Recht eine sehr schlechte Politik in Frage stellen. Der langfristige Erfolg besteht vor allem darin, dass der Arroganz der Eliten und ihren Herrschaftsansprüchen der Kampf angesagt wurde.

Auch die gewaltfreie Blockade der Landwege zum Ort des G8-Treffens in Heiligendamm auf der Basis des Konzepts »Block G8« war ein solcher Erfolg. Das Ziel, »den G8-Gipfel real und effektiv (zu) blockieren und von seiner Infrastruktur ab(zu)schneiden«⁷⁴ wurde erreicht. Dabei wurden die Sicherheitsinteressen des Staates ernst genommen. Der Zaun, der das Tagungszentrum weiträumig abriegelte, sollte nicht gestürmt werden, aber durch zivilen Ungehorsam sollte klar gemacht werden, dass das G8-Treffen illegitime Machtanmaßung ist. Die Bilder von der Anwendung der »Fünf-Finger-Taktik« gingen um die Welt. Sie kündeten von der Überlegenheit einer Idee und des gewaltfreien Widerstands gegen die abgeschüttelten Eliten.

Diese Strategie der Linken, dem Neoliberalismus ein lebensbejahendes solidarisches NEIN gegenüberzustellen, jedem neuen Krieg, jeder neuen Gegenreform, jedem Abbau von Demokratie und Bürgerrechten den offenen Kampf anzusetzen, braucht nicht nur Demonstrationen, Proteste, Wahl jener Parteien und Unterstützung jener Organisationen, die sich dem Neoliberalismus widersetzen. Sie verlangt auch mehr an Widerstand, wenn die Verpflichtung der gesamten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnung auf den Verfassungsanspruch verloren zu gehen droht.

Gewaltfreier Widerstand ist alles andere als passiv. Sie ist ein aktiver »Dritter Weg« zwischen Konfliktvermeidung und gewaltsamer Konfliktaustragung.⁷⁵ Zum gewaltfreien Widerstand gehören u. a. Waren- und Verkehrsboykott, sozialer Boykott, Arbeits-, Sympathie- und Sitzstreik, Steuerverweigerung, Verweigerung der Zusammenarbeit, Zurückweisung von

Ehrungen, Orden usw., ziviler Ungehorsam, Verteilung von Flugblättern und Protestmärsche, Bildung von unabhängigen Gegenregierungen, Fasten usw. usf.⁷⁶ Ein solcher Widerstand verlangt höchste eigene Sittlichkeit und den außerordentlichen Mut, sich fremder Gewalt auszusetzen, ohne mit Gewalt zu antworten.⁷⁷

Der Ungehorsam der Bürgerinnen und Bürger ist das letzte Mittel in einer Demokratie, um den Widerspruch zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit zu skandalisieren. Sie sind ein Protest »gegen bindende Entscheidungen, die nach Auffassung der Akteure trotz ihres legalen Zustandekommens im Lichte geltender Verfassungsgrundsätze illegitim sind«⁷⁸. Durch die Fundierung der Verfassung in den universellen Menschenrechten und der Unantastbarkeit der Würde jeder und jedes Einzelnen ist das Projekt einer Demokratie offen und unabschließbar. Bloße Legalität sichert auch im Rechtsstaat keine hinreichende Legitimität.

Wie Cohen und Arato schreiben: »Kollektive Akteure, die zu Mitteln des zivilen Ungehorsams greifen, berufen sich auf die Ideen der Grundrechte oder demokratischer Legitimität. Ziviler Ungehorsam ist deshalb ein Mittel, um der Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft neue Geltung zu verschaffen wenn die legalen Versuche, einen Einfluss der ersteren auf letztere auszuüben, gescheitert sind und andere Wege nicht zum Erfolg führten«⁷⁹.

Derart geltendes Recht bewusst brechender Widerstand verbleibt nur dann innerhalb des demokratischen Verfassungssystems und führt nur dann nicht zum Bürgerkrieg, wenn er sich der Gewalt als bewusste Bedrohung der physischen und psychischen Unversehrtheit anderer Bürgerinnen und Bürger verweigert. Der Schritt zur Gewalt zerstört die wesentliche Grundlage von Widerstand und die Quelle aller Wirksamkeit eines solchen Widerstands in einer Demokratie - nämlich die glaubwürdige Berufung auf das Verfassungsideal, auf die Menschenrechte und die menschliche Würde.

Das Mittel der Gewalt wendet sich gegen den Zweck. Anstelle der Dynamisierung des Widerspruchs zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit wird der Widerspruch zwischen innerem Frieden und Bürgerkrieg aktualisiert. Das Mittel der Gewalt ist unter den Bedingungen eines demokratischen Rechtsstaats nicht nur illegitim, sondern im höchsten Maße unzweckmäßig. Die Bürger werden gegen das Anliegen des Protests immunisiert, diese als »Chaoten« und »Terroristen« delegitimiert und isoliert. Nicht der Druck auf die politischen Gewalten wird erhöht, einen Richtungswechsel einzuschlagen, sondern der auf die Zivil-

gesellschaft, sich jeder Form von Protest, geschweige den Widerstands zu entsagen, um dem Versinken in den Bürgerkrieg zu widerstehen.

Der bewusste Griff zur personenverletzenden Gewalt im politischen Protest und Widerstand muss ernst genommen werden. Er markiert eine Haltelinie und eine Herausforderung. Der Zyklus des Hineingleitens in eine neue Gewaltspirale muss von Seiten jener, die sich für eine solidarische Emanzipation einsetzen, gestoppt werden.⁸⁰ Wie der Sozialist und Christ Helmut Gollwitzer 1987 schrieb: »Der Weg der Gegengewalt ist kontraproduktiv, wie sehr er auch die Wut befriedigen mag; er ist objektiv im Interesse der heutigen Besitzer der Gewaltmittel. Wer sich auf diesen Weg, ohne sich von unseren Warnungen zurückhalten zu lassen, begibt, von dem muss man sich um der Sache willen, so leid es einem tun mag, klar distanzieren.«⁸¹ Dem ist aus meiner Sicht auch heute nichts hinzuzufügen. Der »Erziehung zur Gewalt« muss eine Selbstermächtigung zur Gewaltlosigkeit gegenübergestellt werden.⁸²

Gewalt ist in Deutschland weder ein legitimes noch ein zweckmäßiges Mittel des politischen Kampfes. Aber wichtiger, viel wichtiger noch als diese notwendige Distanzierung ist es, die Herausforderung aufzunehmen, die aus dem Protest entsteht. Die Ungeduld wächst und sie ist berechtigt. Der Wind hat sich gedreht. Es gibt die Chance, die Voraussetzungen für einen Richtungswechsel der politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklung zu schaffen.

Das NEIN zu Gewalt ist notwendig, damit nie wieder Barbarei im Namen des Sozialismus ausgeübt werden kann, damit die Barbarei eines entfesselten Kapitalismus gestoppt und verhindert wird, damit die notwendigen Räume der Emanzipation wirklich entstehen können. Kühle Ungeduld und zupackende Geduld ist gefragt. Die Chancen müssen ergriffen werden - damit die Verzweifelten nicht zu Steinen greifen und die Rebellierenden nicht entmutigt werden, damit wir gemeinsam das Brot der Hoffnung teilen können - auf dem Wege voran: Fragend, suchend, uns selbst und die Welt verändernd.

Die Schaffung alternativer Räume

Die zweite Strategie der Linken richtet sich darauf, jenseits der Bereiche, die kapitalistisch dominiert sind, »Löcher, Räume« zu schaffen, »in denen Menschen, ob individuell oder kollektiv, sagen, »NEIN« hier herrscht das Kapital nicht, hier werden wir unser Leben nicht nach dem Kapital richten«⁸³. Es handelt sich um ein NEIN, das Alternativen jenseits der Zentren

der Kapitalverwertung schafft. Als Beispiel nennt Holloway die Zapatisten im mexikanischen Chiapas, die Bewegung der Landlosen in Brasilien, die Piqueteros und Nachbarschaftsversammlungen in Argentinien. Viele andere Beispiele aus Asien, Europa oder Lateinamerika ließen sich hinzufügen. Es sind Projekte autonomer Medien, der Wissensvermittlung, der Produktion von Software usw. entstanden. Die Schaffung eines Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung, die Verteidigung öffentlicher Räume und öffentlicher Unternehmen, wie es in Deutschland auch von der Partei DIE LINKE vertreten wird, ist Teil dieser Strategie. Auch wenn man diese Projekte für einen wichtigen Weg emanzipatorisch-solidarischer Politik sieht, Holloways Vorstellung, dass sich in diesen Projekten Macht nicht reproduzieren würde und sie sich gesellschaftsweit generalisieren ließen, muss man deshalb nicht teilen.

Für einen Teil dieser alternativen Projekte gilt, so John Holloway, »das die Beteiligten arm und isoliert sind« - und dann werden »diese Projekte keine Anziehungspole sein« und »sich nicht ausbreiten«⁸⁴. Wolfgang Fritz Haug spitzt das Problem zu: »Am produktiven Block einer Gesellschaft, der die Arbeiterklasse und die technisch-organisatorische Intelligenz umfasst, führt kein alternativer Weg (vorbei)... Das Problem einer antikapitalistischen Bewegung von gesellschaftlich handlungsfähiger Breite ist kein anderes als das der politischen Parteien mit sozialem Anspruch: Sie müssen den Spagat zwischen relevanten Teilen des ökonomischen Kernbereichs und den Marginalisierten schaffen.«⁸⁵

Andere Projekte mit hoher gesellschaftlicher Ausstrahlungskraft und alternativer Produktivität sind abhängig von einem Engagement, das nur dann möglich ist, wenn jene, die sich engagieren, sozial gesichert sind. Viele Akteure machen dies in ihrer Freizeit, sind an Universitäten und Fachhochschulen tätig oder in Projekten, die öffentlich gefördert sind.

Transformation über den Kapitalismus hinaus

Neben der Strategie, zum Aufbau von Projekten außerhalb der Bastionen der profitdominierten Gesellschaften, an ihren Rändern, Poren und Rissen, ist deshalb eine dritte Strategie notwendig. Sie zielt auf die Freisetzung einer höheren und anderen Produktivität durch Transformation der Kernbereiche der heutigen Gesellschaft selbst. Wie Haug betont: »Ein Antikapitalismus, der nicht über das ›Anti‹ im Verhältnis zum Kapitalismus hinausgeht und zu einem ›Pro‹ gelangt, das jene Produktivität aus der konkurrenzialen Profitlogik des Kapitalismus und damit zugleich von

ihrer Destruktivität zu befreien verspricht, kann diesem sein Daseinsrecht nicht streitig machen.«⁸⁶ Nur ein Projekt, das nicht weniger effektiv und innovativ ist als das des Kapitalismus, und zugleich humaner, demokratischer, ökologischer und vor allem auch solidarischer, kann den Kapitalismus ernsthaft herausfordern: »Selbst die unterm Kapitalismus Leidenden werden in ihrer großen Mehrheit keinem Projekt folgen, das dahinter zurückfällt.«⁸⁷

Eine gesellschaftliche Klasse oder soziale Gruppe, so Antonio Gramsci, ist progressiv, indem wenn sie zugleich den »existentiellen Erfordernissen« einer Gesellschaft nachkommt und »ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriellproduktiver Tätigkeitsbereiche erweitert«⁸⁸ und so neue attraktivere Lebensperspektiven (Bedürfnisse, Genüsse, Tätigkeitsweisen, Verkehrs-, Umgangs- und Konsumtionsweisen usw.) für sich selbst und größere Teile der Bevölkerung schafft. Heute bilden die Informations- und Kommunikationsarbeiter⁸⁹ und jene, die die soziale und kulturelle Reproduktion sichern, die beiden wichtigsten produktiven Gruppen.

Dieser produktive Charakter einer Klasse oder Gruppe kann aber in zwei deutlich voneinander getrennte Projekte integriert werden. Erstens besteht die Möglichkeit, dass die Herrschenden, heute die Herren des Finanzmarkt-Kapitalismus, mit Hilfe dieser sozialen Kräfte ihre autoritäre Herrschaft modernisieren und ein Bündnis der neoliberalen Eliten mit diesen Gruppen der oberen Mitte der Gesellschaft auf der Grundlage einer Polarisierung von Lebenschancen und einer allgemeinen Entsicherung herstellen. Die zweite Option ist ein Bündnis der Informationsarbeiter und der qualifizierten Kerngruppen sozialer und kulturelle Reproduktion mit den unteren sozialen Gruppen um das Projekt einer *solidarischen Gesellschaft*.⁹⁰

Das Versprechen exklusiver Privilegien, billiger Dienstleistungen, kultureller und ideologischer Aufwertung bindet die hochqualifizierten Informationsarbeiter an die Herrschenden. Ihre relativ hohe Marktmacht drängt sie zu privaten Sicherungsstrategien. Verunsicherung, Abstiegsdrohungen (vor allem auch für ihre Kinder), die Erfahrung der Degradation jener sozialen und kulturellen Systeme (Bildung, Gesundheit, öffentliche Sicherheit, Umwelt), denen sie ihren Aufstieg verdanken, der Widerspruch zwischen ihrer Professionalität und den kurzfristigen Verwertungsinteressen sowie autoritäres Basta und Verweis auf Aktienkurse anstelle auf Sachargumente drängen sie dagegen in Richtung eines alternativen Entwicklungspfads.⁹¹

Der gegenwärtige hegemoniale geschichtliche Block des Neoliberalismus wird nicht allein von der Bühne abtreten. Spontan verfällt die progressive Klasse der Attraktionskraft der Herrschenden. Es bedarf einer »organisierte(n)«, planmäßige) Anziehung«⁹² durch einen sich bildenden alternativen historischen Block.

Ein NEIN ist gefordert, das den neoliberalen Kapitalismus in seinen Kernbereichen herausfordert. *Reclaim the Public!* wäre eine der zentralen Forderungen. Solidarische Erneuerung des Bildungs- und Gesundheitssystems, wirkliche soziale Sicherheit, langfristige Planung von Investitionen mit dem Ziel der sozialen und ökologischen Transformation, die demokratische Kontrolle über die Finanzmärkte und die großen transnationalen Konzerne, Arbeitszeitverkürzung und gleichzeitiger Ausbau der Infrastruktur einer solidarischen Kultur (beginnend mit den Schulen) könnten Einstiegsprojekte eines solchen Kampfes für eine andere Gesellschaft im Herzen der alten Gesellschaft sein.⁹³

Die Zeit der bloßen Defensive ist vorbei. Ein dreifaches NEIN des Protests, der Alternativen jenseits der Kernbereiche des Kapitalismus sowie in ihnen selbst ist gefordert. Und es ist zugleich ein dreifaches JA: zu gewaltfreiem Widerstand, Autonomie und radikaler Veränderung der Macht und Eigentumsverhältnisse.⁹⁴ Unser Ziel ist nicht mehr und nicht weniger als eine friedliche Revolution.⁹⁵ Gewaltfreiheit ist die Bedingung für Radikalität, und Humanität der neuen Bewegungen für eine andere Welt.

¹ Ich möchte allen danken, die Vorentwürfe dieses Artikels kommentiert und kritisiert haben und mir dadurch die Möglichkeit gaben, eine Position zu präzisieren: Effi Böhlke, Erhard Crome, Judith Dellheim, Alex Demirovic, Ilsegrit Fink, Cornelia Hildebrandt, Dieter Klein und Rainer Rilling.

² Robert Menasse: *Die Zerstörung der Welt als Wille und Vorstellung*. Frankfurt am Main 2006, S. 92.

³ »Wenn man die Menschenrechte sichern will, gibt es nur die eine Lösung, sie den Sachzwängen entgegenzustellen, die die Verletzungen hervorrufen. Weder ein Bekenntnis an der Flagge noch Tribunale oder Polizei allein können die Menschenrechte sichern. Wenn man nicht zunächst die Sachzwänge angeht, entwickeln diese eine Macht, die die Menschenrechte selbst fortreißt« Franz I. Hinkelammer: *Das Subjekt und das Gesetz. Die Wiederkehr des verdrängten Subjekts*. Münster 2007, S. 310 f.

⁴ Günther Anders: *Gewalt - ja oder nein. Eine notwendige Diskussion*. Herausgegeben von Manfred Bissinger. München 1987, S. 144 f.

- ⁵ Ebenda, S. 145.
- ⁶ Vgl. ebenda, S. 103.
- ⁷ Ebenda, S. 93.
- ⁸ Ebenda, S. 104.
- ⁹ Thomas Müntzer: An die Allstedter. Manifest an die Mansfeldischen Bergesellen. In: Hutten - Müntzer - Luther. Werke in zwei Bänden- Erster Bd. Berlin und Weimar 1970. S. 264.
- ¹⁰ Eine »dichte Beschreibung« dieser absoluten Gewalt gibt Wolfgang Sofsky: Die Ordnung des Tenors: Das Konzentrationslager. Frankfurt am Main 2004.
- ¹¹ Daraus erwuchs die Forderung nach der Diktatur des Proletariats - der bewaffneten Herrschaft der befreiten Arbeiter. Aus dem Gefängnis schrieb Louis Bianqui: »Waffen und Organisation - das ist das entscheidende Mittel des Fortschritts, das einzig ernste Mittel, dem Elend ein Ende zu machen. Wer das Eisen hat, hat Brot. Man sinkt auf die Knie vor den Bajonetten, man fegt waffenlose Haufen wie Spreu hinweg. Frankreich, gespickt mit bewaffneten Arbeitern - das ist Ankunft des Sozialismus. Vordem bewaffneten Proletariat wird alles verschwinden, Hindernisse, Widersetzlichkeiten, Unmöglichkeiten. Aber für die Proletarier, die sich mit lächerlichen Straßenpromenaden, mit Freiheitsbäumen, mit wohlklingenden Advokatenphrasen die Zeit vertreiben lassen, gibt es zuerst Weihwasser, dann Beleidigungen, endlich Kartätschen und immer Elend. Das Volk mag wählen.« Louis . Bianqui: Warnung an das Volk. In: Höppner, Joachim/ Seidel-Höppner, Waltraud: Von Babeuf bis Bianqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Bd. II: Texte. Leipzig 1975, S. 525.
- ¹² Gertrud Nummer-Winkler: Überlegungen zum Gewaltbegriff. In: Wilhelm Heitmeyer; Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt am Main 2004, S. 28. Spätestens seit der Veröffentlichung über die Anleitung zur »berührungslosen Folter« (der lang anhaltende Schlafentzug für Gefangene in Stalins Folterhöhlen, die Konfrontation gefesselter Häftlinge mit Kälte und Hitze in Guantanamo gehören dazu) müssen auch diese »indirekten Formen« der zielgerichteten Zerstörung von Menschen mitgedacht werden. Gewalt wird hier und im Folgenden mit Sinne des lateinischen Terminus *violentia* verwandt und deutlich unterschieden von der Ausübung von Macht (*potentia*) bzw. Herrschaft (*potestas*).
- ¹³ Kurt Röttgers: Im Angesicht von Gewalt. In: Ursula Erzgräber: Alfred Hirsch (Hrsg.): Sprache und Gewalt. Berlin 2001, S. 55.
- ¹⁴ Helmuth Plessner spricht von der »exzentrischen Positionalität«, die Menschen eigentümlich sei: »Positional liegt ein Dreifaches vor: das Lebendige ist Körper, im Körper (als Innenleben oder Seele) und außer dem Körper als Blickpunkt, von dem aus es beides ist. Ein Individuum, welches positional dreifach charakterisiert ist, heißt Person. Es ist das Subjekt seines Erlebens, seiner Wahrnehmungen und seiner Aktionen, seiner Initiative. Es weiß und es will . Seine Existenz ist wahrhaft auf Nichts gestellt.« Helmuth Plessner: Die Stufen des Organischen und der Mensch. Einleitung in die philosophische Anthropologie. Gesammelte Schriften. Bd. IV. Frankfurt am Main 2003, S. 365 Gewalt zerstört diese exzentrische Positionalität von Menschen.
- ¹⁵ Wolfgang Sofsky: Gewaltzeit. In: Trutz von Trotha: Soziologie der Gewalt. Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Opladen 1997, S. 103.
- ¹⁶ Ebenda, S. 104.
- ¹⁷ Kurt Röttgers: Sporen der Macht und das Ereignis der Gewalt. In: Kristin Plan (Hrsg.): Reden von Gewalt. München 2002, S. 80.
- ¹⁸ Nancy Scheper-Hughes; Philippe Bourgois: Making Sense von Violence. In Dies. (Hrsg.). Violence in War and Peace. Maiden: Oxford, Carlton 2005, S. 5.
- ¹⁹ Johan Galtung: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1975, S. 9 Wenn er schreibt: »Hier tritt niemand in Erscheinung, der einem anderen direkt Schaden zufügen könnte; die Gewalt ist in das System eingebaut und außen sich in ungleichen Machtverhältnissen« (S. 12), dann dreht er das Kausalverhältnis um - es ist nicht die Gewalt, die sich in ungleichen Macht- und damit in Herrschaftsverhältnissen außen, sondern die Herrschenden nutzen Gewalt, um »das System« und ihre damit verknüpften Vorrechte auf Dauer zu stellen.

- ²⁰ Vgl. zu den Begriffen der symbolischen und kulturellen Gewalt: Dieter Kinkelbur: Sozialformen der Gewalt. In: Konflikt und Gewalt. Ursachen - Entwicklungstendenzen - Perspektiven, Schriftenreihe des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung. Bd. 5. Münster ZMO. S. 26 f.
- ²¹ Im Paragraph 240, Absatz I des deutschen Strafgesetzbuches heißt es: »(I) Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.«
- ²² Volker Krey: Probleme der Nötigung mit Gewalt am Beispiel von Sitzblockaden und sexueller Gewalt. In: Bundeskriminalamt: Symposium: Polizei und Gewalt. 30. Juni und 1. Juli 1988 im Bundeskriminalamt. Wiesbaden 1989. S. 35.
- ²³ § 20, Abs. 4 des Grundgesetzes.
- ²⁴ Es sei hier noch einmal erinnert, dass diese Argumentation die Frage von Gewalt, Widerstand und Kampf um Emanzipation unter den Bedingungen der Europäischen Union analysiert. Es wird dabei vor allem auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahre 1948, den Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte sowie den Internationalen Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte von 1966 Bezug genommen. Weitere Menschenrechtskonventionen sind u. a. 1. die Genfer Flüchtlingskonvention; 2. die UN-Kinderrechtskonvention; 3. die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau; 4. die UN-Anti-Folter-Konvention; 5. die Internationale Konvention zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung; 6. die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes und 7 die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien. Die erste europäische Menschenrechtserklärung ist die der aufständischen Bauern in Süddeutschland vom März 1525, den Zwölf Artikeln von Memmingen, Dort wird die Gleichheit in der Freiheit verkündet: »Ist der Brauch bisher gewesen, dass man uns für Eigenleute (Leibeigene) gehalten hat, welches zu Erbarmen ist, angesehen dass uns Christus alle mit seinen kostbarlichen Blutvergießen erlöst und erkauf hat, den Hirten gleich wie den Höchsten, keinen ausgenommen. Darum erfindet sich mit der Schrift, dass wir frei sind und sein wollen.« (http://de.wikipedia.org/wiki/Zw%C3%B6lf_Artikel!)
- ²⁵ Zitiert in: http://de.wikipedia.org/wiki/Malcolm_X
- ²⁶ Walter Benjamin: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze Mit einem Nachwort von Herbert Marcuse. Frankfurt am Main 1965, S. 30.
- ²⁷ Ebenda. S. 31.
- ²⁸ Ebenda, S. 30.
- ²⁹ Ebenda, S. 29.
- ³⁰ Immanuel Kant: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. In: Ders.: Sämtliche Werke, Bd. 2. Mundus Verlag 2W0, S. 439 (Hervorheb. von mir - M. B.).
- ³¹ Vgl. ebenda, S. 498.
- ³² Ebenda, S. 438.
- ³³ http://www.oelsspuren.net/Kitege/traic/Info_If2if/mfo_irkat.HTM.
- ³⁴ Rudolph J. Rummel: Statistics of Democide. Genocide and Mass Murder since 1900. News Brunswick, London, Münster 1998.
- ³⁵ Sebastian Scheerer: Verstehen und Erklären von Gewalt - ein Versprechen der Moderne. In: Günter Albrecht; •tto Backes; Wolf gang Kühne!: Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität Frankfurt am Main 2001, S. 148. Bei Jan Philipp Reemtsma heißt es: »Das ist die Selbst-Imagination der Moderne: Sie ist eine Kultur, für die Gewalt nicht selbstverständlich ist und die sie abzuschaffen sucht. Eine solche Selbst-Imagination wird man, wie ich meine, in keiner anderen Kultur finden.« Jan Philipp Reemtsma: Hässliche Wirklichkeit und liebgeordnete Illusionen. In: Süddeutsche Zeitung, 25. Januar 2008 (<http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/884/154485/8/>) An anderer Stelle fügt er hinzu, dass »die Gewaltabstänze das entscheidende Moment der gesellschaftlichen Kohäsion in der Moderne« sei. Jan Philipp Reemtsma: Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne. Hamburg 2008, S. 99.

- ³⁶ Zygmut Baumann: Gewalt - modern und postmodern. In: Max Miller; Hans-Georg Soeffner: *Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende de 20. Jahrhunderts.* Frankfurt: Suhrkamp 1996, S. 36.
- ³⁷ Theodor W. Adorno: *Erziehung nach Auschwitz.* In: Ders.: *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Helmut Becker 1959-1969.* Herausgegeben von Gerd Kadelbach. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1970, S. 92 (siehe auch: <http://schule.judentum.de/nafionalsozialismus/adornohtm>).
- ³⁸ Max Horkheimer; Theodor Adorno: *Dialektik der Aufklärung,* Frankfurt 1988, S. 15.
- ³⁹ Thomas Hobbes: *Leviathan.* Aus dem Englischen fibertragen von Jutta Schlösser. Mit einer Einführung und herausgegeben von Hermann Klenner. Darmstadt 1996, S. 105.
- ⁴⁰ Karl Marx: *Zur Kritik der Hegelsehen Rechtsphilosophie.* Einleitung. In: MEW, Bd. 1, S. 385.
- ⁴¹ Rosa Luxemburg: *Eine Ehrenpflicht.* In: Dies.: *Werke,* Bd. 4. S. 406.
- ⁴² Theodor W. Adorno: *Erziehung nach Auschwitz.* A. a. O., S. 131.
- ⁴³ Erich Fromm: *Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft.* München 2006, S. 43, 88.
- ⁴⁴ Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution.* In: Dies.: *Werke,* Bd. 4, S. 362.
- ⁴⁵ Günther Anders: *Ein imaginäres Interview.* A. a. O., S. 96.
- ⁴⁶ Die jüdische Kampforganisation im Warschauer Ghetto griff 1943 zur Gewalt gegen jüdische Kollaborateure mit den Nazis, um gegen die Vernichtung kämpfen und in Würde sterben zu können. Der Führer des Aufstandes, Mordechai Anielewicz, schrieb in einem Abschiedsbrief am 23. April 1943: «Leb wohl, mein Freund! Vielleicht werden wir uns Wiedersehen. Am wichtigsten ist, dass der Traum meines Lebens wahr geworden ist. Jüdische Selbstverteidigung im Ghetto ist verwirklicht worden. Vergeltung und Widerstand von jüdischer Seite ist eine Tatsache geworden leb bin Zeuge des heldenhaften Mutes der jüdischen Kämpfer gewesen.»
- ⁴⁷ Vgl. u. a.: Alex Demirovic: *Demokratie in der Wirtschaft. Positronen - Probleme-Perspektiven.* Münster2007; Heinz J. Bontrup; Julia Müller u. a.: *Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus.* Hamburg: 2006.
- ⁴⁸ Michel Wieviorka: *Die Gewalt.* Hamburg 2006, S. 204.
- ⁴⁹ Dieter Conrad: *Gandhi und der Begriff des Politischen. Staat, Religion und Gewalt.* München 2006, S. 85.
- ⁵⁰ Ulrich Duchrow; Reinhold Binachi; Rene Krüger; Vincenzo Pelracca: *Solidarisch Mensch werden Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus - Wege zu ihrer Überwindung.* Hamburg 2006. S. 371.
- ⁵¹ Kurt Röttgers: *Im Angesicht von Gewalt.* A.a. O., S. 55.
- ⁵² Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft.* Darmstadt und Neuwied 1967, S. 23.
- ⁵³ Ebenda, S. 27.
- ⁵⁴ Vgl. dazu die Beiträge von Christina Kaendl, Morus Markard, Lutz Brangsch, Katrin Reimer, Alex Demirovic, Volker Caysa, Werner Ruf, Erhard Crome und Rainer Rilling im Buch: Michael Brie (Hrsg.): *Schöne neue Demokratie - Elemente totaler Herrschaft.* Berlin 2007.
- ⁵⁵ Heintze, Cornelia: *Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Deutschlands Reformirrweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells.* Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2005.
- ⁵⁶ Dazu im Detail: Dieter Klein; Michael Brie: *Elementare Fragen neu bedenken. Kapitalismus, Sozialismus, Eigentum und Wege der Veränderung. Standpunkte der RJ_S, 2/2007.*
- ⁵⁷ Frantz Fanon: *Das kolonisierte Ding wird Mensch. Ausgewählte Schriften.* Leipzig 1986, S. 219.
- ⁵⁸ Ebenda, S. 221.
- ⁵⁹ Ossip K. Flechtheim: *Die Politik der Gewalt und der »Gewaltlosigkeit« (1963).* In: Ders.: *Vergangenheit im Zeugenstand der Zukunft (1937 - 1974).* Berlin 1991, S. 212.

- ⁶⁰ Daniel Bar-Tal: Die Kultur der Gewalt. In: Konflikt und Gewalt. A. a. O., S. 66 ff.
- ⁶¹ Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. A. a. O., S. 29.
- ⁶² »Sind die politischen Grunderfahrungen unserer Zeit Erfahrungen mit Kriegen und Revolutionen, so heißt dies, dass wir uns im wesentlichen im Felde der Gewalt bewegen und dass wir aufgrund unserer Erfahrungen geneigt sein werden, politisches Handeln mit gewalttätigem Handeln gleichzusetzen.« Hannah Arendt: Was ist Politik. München 2003, S. 124 f.
- ⁶³ Nandy, Ashis: Der Intimfeind. Verlust und Wiederaneignung der Persönlichkeit im Kolonialismus. Aus dem Indischen Englisch von Lou Marin. Nettersheim 2008, S. 79.
- ⁶⁴ Chico Whitaker: Das Weltsozialforum. Hamburg 2007, S. 111 f., 144.
- ⁶⁵ Hannah Arendt: Was ist Politik. A. a. O., S. 28.
- ⁶⁶ Ebenda, S. 39.
- ⁶⁷ Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. A. a. O., S. 360.
- ⁶⁸ Die Prinzipiencharta des Weltsozialforums (überarbeitete Fassung). In: Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen, Peter Waterman: Eine andere Welt - Das Weltsozialforum. Berlin 2004, S. 118.
- ⁶⁹ Ebenda, S. 23.
- ⁷⁰ Hilary Wainwright: Das Forum als Jazz. In: Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen, Peter Waterman: Eine andere Welt - Das Weltsozialforum. A. a. O., S. 18 ff.
- ⁷¹ Erich Fromm: Haben und Sein, S. 43.
- ⁷² John Holloway: Aufhören, den Kapitalismus zu machen. In: grundrisse, Heft 11/2004, S. 6.
- ⁷³ »Wenn man ... überhaupt der Gewalt etwas »Schöpferisches« zusprechen kann, dann ist es der von ihr ausgehende, aus Angst und Bedrohung geborene Zwang, menschliches Zusammenleben vor gewalttätiger Willkür zu sichern...« Hans-Georg Soeffner: Gewalt als Faszinosum In: Wilhelm Heitmeyer: Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt, Entwicklungen, Strukturen. Analyseprobleme. A. a. O. S. 82.
- ⁷⁴ Zitiert in: Komitee für Grundrechte und Demokratie: Gewaltbereite Politik und der G8-Gipfel. A. a. O., S. 73. Das Konzept des »Blocks G8« beschrieb die Taktik so: »Während der Aktionen wollen wir eine Situation, die für alle Blockierenden transparent ist und in der die AktionsteilnehmerInnen solidarisch aufeinander 3ebten und sich unterstützen. Alle übernehmen mit Verantwortung für das Gelingen kraftvoller und entschiedener Blockaden und respektieren gegenseitig die Grenzen und Protestkulturen der anderen Teilnehmenden Möglicher Polizeigewalt, etwa während einer Räumung, wollen wir mit den Mitteln des Zivilen Ungehorsams gemeinsam und solidarisch widerstehen.« Zitiert: Ebenda. Auf der Basis von Gewaltfreiheit war die Solidarität über die Unterschiede hinweg möglich - anders als während der Demonstrationen vom 2. Juni 2007.
- ⁷⁵ Müller, Barbara; Schweitzer, Christine: Gewaltfreiheit als Dritter Weg zwischen Konflikt Vermeidung und gewaltsamer Konfliktaustragung. in: Konflikt und Gewalt. A. a. O., S. 82-111.
- ⁷⁶ Ossip K. Flechtheim: Die Politik der Gewalt und der »Gewaltlosigkeit«. A. a. O., S.
- ⁷⁷ Gandhi verlangte von seinen Freiwilligen das Gelübde, Beamte, die beleidigt oder angegriffen werden, selbst unter Einsatz des eigenen Lebens davor zu schützen.
- ⁷⁸ Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main 1992, S. 462.
- ⁷⁹ Jean L. Cohen; Andrew Arato, Civil Society and Political Theory. Cambridge, Mass. 1992, S. 588 (aus dem Englischen - M. B.).
- ⁸⁰ Zur Analyse solcher Gewaltspiralen, die in den Abgrund führen: Wilhelm Kempf: Gewaltursachen und Gewaltdynamiken In: Konflikt und Gewalt A. a. O., S. 44 ff
- ⁸¹ Helmut Gollwitzer: Dank für die Warnung. In: Günther Anders: Gewalt-ja oder nein. A. a. O., S. 187 f.

- ⁸² Zu den Stufen einer Erziehung zur Gewalt vgl: Peter Brückner: Über die Gewalt. Sechs Aufsätze zur Rolle der Gewalt in der Entstehung und Zerstörung sozialer Systeme Berlin 1979, S. 14 ff.
- ⁸³ John Holloway: Aufhören, den Kapitalismus zu machen. A. a. O., S. 9.
- ⁸⁴ Ebenda, S. 11.
- ⁸⁵ Wolfgang Fritz Haug: Zur Dialektik des Antikapitalismus. In: Argument. Heft 269/2007, S. 18.
- ⁸⁶ Ebenda, S. 20.
- ⁸⁷ Ebenda.
- ⁸⁸ Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Band I. Hamburg 199], Heft 1 - § 44, S. 102.
- ⁸⁹ »Informationsarbeiter sind heute die sozialen Träger eines historisch neuen Typs von Arbeit, der Arbeit zur Entwicklung, Herstellung oder Nutzung von informations- und Kommunikationstechnologien. Informationsarbeit ist die Gesamtheit der Arbeit mit technisiertem Wissen. Dieser neue Typ von Arbeit ist bereits nahezu überall anzutreffen, in Produktion, Distribution, Zirkulation und Dienstleistungen, in Kraftwerken, in militärischen Stäben, in staatlichen Verwaltungen, in Banken, in den Medien, in den Wissenschaften, in den Redaktionen und Verlagen, in der Unterhaltungsindustrie, in den Künsten und konzentriert in der New Economy. Dieser Typ Arbeit ist seinem Wesen nach hoch vergesellschaftet und entspricht zum Teil der Vision von Karl Marx, dass > ... die Schöpfung des wirklichen Reichtums ... abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie 1. Das Person[a], das diesen neuen Typ Arbeit leistet, ist als solches heute nicht neu. Neu ist a) die Massenhaftigkeit, b) seine breite Verteilung in eigentlich alle Bereiche der Gesellschaft und c) damit verbundene Form wand hm gen zuvor anders gestalteter Arbeitsfelder.« Dietmar Wittich: Informationsarbeiter (<http://www.hg-gTache.de/MTB/wiitich-I.html>). Vgl. auch das Stichwort Informationsarbeiter im Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 67TI. Hamburg 2004, S. 1062 ff.
- ⁹⁰ Wenn es richtig ist, »dass sich die spezifisch postmoderne Form der Gewalt aus der Privatisierung, Deregulierung und Dezentralisierung von Identitätsproblemen ergibt« (Zygmunt Bauman: Gewalt modern und postmodern. A. a. O., S. 64), dann ist die Erneuerung des Öffentlichen als Grundlage einer solidarischen Gesellschaft möglicherweise die wichtigste Antwort.
- ⁹¹ Vgl. dazu: Ulrich Duchrow u. a.: Solidarisch Mensch werden. A. a. O., S. 387-391.
- ⁹² Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Band I. A. a. O., S. 103.
- ⁹³ Siehe dazu ausführlicher: Michael Brie: Segeln gegen den Wind. Bedingungen eines politischen Richtungswechsels in Deutschland. In: Michael Brie; Cornelia Hildebrandt; Meinhard Meuche-Mäker: Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin 2007, S. 259 ff.
- ⁹⁴ Zu dem Zusammenhang von NEIN und JA schon Albert Camus: »Was ist ein Mensch in der Revolte? Ein Mensch, der nein sagt. Aber wenn er ablehnt, verzichtet er doch nicht, er ist auch ein Mensch, der ja sagt aus erster Regung heraus... In gewisser Weise stellt er der Ordnung, die ihn bedrückt, eine Art Recht entgegen, nicht bedrückt zu werden über das hinaus, was er zulassen kann.« Albert Camus: Der Mensch in der Revolte. Reinbek bei Hamburg 2003, S. 21.
- ⁹⁵ Mahatma Gandhi fasste dies mit Blick auf den indischen Befreiungskampf in die Worte: »Eine gewaltfreie Revolution ist kein Programm der ‚Machtübernahme‘, sondern ein Programm der Transformation von Beziehungen, das in einem friedlichen Transfer von Macht endet.« (zit. in: Dieter Conrad: Gandhi und der Begriff des Politischen. A. a. O., S. 86.

*In: Eine Frage der Gewalt. Antworten von links.
Texteband der RLS Bd. 49 von Rainer Rilling (Hrsg.)*

19

Michael Brie
Ist sozialistische Politik
aus der Regierung heraus möglich?
Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und
fünf Angebote zur Diskussion

Das Problem der Beteiligung von Sozialisten und Kommunisten, also jener, deren Ziel die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft ist, an bürgerlichen Regierungen geht anders, als viele meinen, nicht auf das Jahr 1899 zurück, als der französische Sozialist Étienne-Alexandre Mille-
rand der bürgerlichen Regierung in Frankreich unter Waldeck-Rousseau beitrug, sondern auf das Jahr 1848, als Louis Blanc in die Provisorische Regierung eintrat, die in der Februarrevolution gebildet wurde. Seine Versuche der Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse (Aufkauf von Bergwerken und Eisenbahnen, Zentralisierung des Versicherungswesens, Gründung von Genossenschaften, Abschaffung freier Preise, Nationalwerkstätten zur Arbeitslosenversorgung und Recht auf Arbeit¹) blieben weitgehend erfolglos. Sein Balanceakt zwischen der deutlichen Vertretung der Arbeiterforderungen und dem Versuch, die »Ordnung« im Sinne der Regierung aufrechtzuerhalten, kostete ihn die Unterstützung der Massen. Schon im Mai 1848 musste er sein Amt verlassen. Mit der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes vom Juni 1848 wurde auch die Durchsetzung seiner letztlich über den Kapitalismus hinauszielenden Reformen unmöglich.²

Beteiligungen der Linken an Regierungen, die von anderen Kräften dominiert werden, sind immer umstritten gewesen. Es wurden vor allem fünf Einwände gegen die Regierungsbeteiligung der Linken formuliert – (1) der Kapitalismus könne nicht wesentlich verändert werden; (2) nur eine Revolution könne die grundlegenden Probleme lösen, (3) der Staat sei nur das politische Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse; (4) Regierungsbeteiligung schwäche zwangsläufig die Linke und (5) die Linke mache durch ihre Regierungsbeteiligung erst die Fortsetzung rechter Politik möglich.

1. Einwand: Der Kapitalismus kann im Wesen nicht verändert werden

Der *erste Einwand* gegen Beteiligungen der Linken an Regierungen ist der, dass sie bisher in keinem Falle zu einer dauerhaften progressiven Überwindung des Kapitalismus geführt haben. Dies aber gilt auch für alle anderen Formen linker Politik, selbst jene, die von den sozialistischen oder kommunistischen Parteien kontrolliert wurden – zumindest, wenn man, wie der Autor, davon ausgeht, dass die im Gefolge der Oktoberrevolution erfolgten Umwälzungen nicht in der Lage waren, eine sozialistische Ordnung hervorzubringen, die den demokratisch-emanzipatorischen Idealen auch nur annähernd gerecht wurde, die Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft bewahrte und ausbaute und dauerhaft eine gegenüber dem Kapitalismus überlegene Entwicklungsweise erzeugte.³ Die bei Engels sehr ausdrücklich formulierte Vorstellung, man müsse – von Wahlerfolg zu Wahlerfolg fortschreitend – die Reihe fest geschlossen halten, dürfe keine wesentlichen Kompromisse machen, sich nicht mit dem »System« einlassen und, entweder über die Erzielung einer parlamentarischen Mehrheit dann den Sozialismus einführen (»Reformisten«) oder auf der Basis einer derart geeinten »revolutionären« Arbeiter-Klasse einen Umsturz durchführen, nach dessen Erfolg die Grundlagen für einen demokratischen Sozialismus gelegt werden (»revolutionäre Sozialdemokraten«)⁴, hat nicht funktioniert.⁵ Die Behauptung, dass Regierungsbeteiligungen die Ursache des Scheiterns der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen bei der progressiven Überwindung des Kapitalismus gewesen seien, ist deshalb nicht zu halten.

Die internationale Linke in ihren verschiedenen Gruppen stellt vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen mehr und mehr eine *Strategie der Transformation* in den Vordergrund, um konkrete Reformveränderungen innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft mit einer fundamentalen Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse zu verbinden. Die offene Frage ist, was dies für die außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit bedeutet und welche Rolle dabei Regierungsbeteiligungen zukommen kann oder auch nicht.

Dies wirft vor allem die alte Frage wieder auf, was überhaupt Veränderung des Kapitalismus heißt. Viele Linke beklagen zwar ständig die Rücknahme von zivilisatorischen Errungenschaften in den heutigen Gesellschaften unter dem Angriff des Neoliberalismus und der Durchsetzung des Finanzmarkt-Kapitalismus⁶, erklären zugleich aber den Kapitalismus

für reformunfähig. Schlimmer noch, der Weg der Reformen wird als Ursache des Sieges des Faschismus in Deutschland gesehen.⁷

Die klassische Auseinandersetzung mit dem Reformismus geht auf die Debatte zu Bernsteins Artikelserie »Probleme des Sozialismus« (1896-1898) und seine Schrift »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie« (1899) zurück. Rosa Luxemburgs Antwort »Sozialreform oder Revolution«, die zuerst in der *Leipziger Volkszeitung* veröffentlicht wurde, geriet zur herausragenden marxistischen Antwort. Zugleich offenbarte diese Antwort auch Grundprobleme des orthodoxen Marxismus.

Bernstein hatte in starken Gewerkschaften, der Durchsetzung sozialer Reformen und politischer Demokratisierung Bedingungen für eine Veränderung der Qualität der Gesellschaft gesehen, die über den Kapitalismus hinausweist. Rosa Luxemburg verwies nun darauf, dass die Gewerkschaften nichts anderes tun könnten, als das »kapitalistische Lohngesetz« durchzusetzen. Die Gewerkschaften könnten »...deshalb das Lohngesetz nicht umstürzen; sie können im besten Falle die kapitalistische Ausbeutung in die jeweilig ‚normalen‘ Schranken weisen, keineswegs aber die Ausbeutung selbst stufenweise aufheben«⁸. Gleich danach führt sie aus: »Jede technische Umwälzung widerstreitet den Interessen der direkt dadurch berührten Arbeiter und verschlechtert ihre unmittelbare Lage, indem sie die Arbeitskraft entwertet.«⁹ Dort wo sich Unternehmer und Gewerkschaften zusammentun, um Umfang und Preise der Warenproduktion zu regulieren, sieht sie nichts als den »...solidarische[n] Kampf des Kapitals und der Arbeitskraft gegen die konsumierende Gesellschaft«¹⁰.

Die Fabrikgesetze werden durch Rosa Luxemburg nicht als ein Stück gesellschaftlicher Kontrolle und damit »ein Stück Sozialismus« angesehen, wie es bei Bernstein und Konrad Schmidt geschieht, sondern nur als »... Kontrolle der *Klassenorganisation des Kapitals über den Produktionsprozess des Kapitals*«¹¹. Begründung ist, dass der Staat »...keine ‚Gesellschaft‘ im Sinne der ‚aufstrebenden Arbeiterklasse‘, sondern Vertreter der *kapitalistischen* Gesellschaft, d. h. Klassenstaat«¹² sei. Wo Konrad Schmidt eine Trennung von »Obereigentum« und konkreten Nutznießrechten für möglich hält, wobei ersteres in den Händen der Gesellschaft, letzteres auch in den Händen der Unternehmer ist, nimmt sie an, dass es im Kapitalismus nichts als ein unteilbares Privateigentum gäbe.

Das hinter solchen Positionen stehende Modell einer kapitalistischen Gesellschaft unterstellt implizit, dass in diesen Wirtschaften und in den von ihnen geprägten Gesellschaften und vor allem Staaten ausschließlich

kapitalistische Tendenzen wirken (abgesehen von nichtkapitalistischen Sektoren der Kleinproduktion) – natürlich bis auf den Fall einer politisch organisierten Arbeiterbewegung, die das ganze System selbst in Frage stellt. Der gewerkschaftliche Kampf bringt nach einer solchen Vorstellung nur das kapitalistische Lohngesetz zur vollen Wirkung, die sozialstaatlichen Regulierungen sichern nichts anderes als die ordentliche Kapitalverwertung, der Staat ist nichts als das Machtinstrument der Kapitalistenklasse, jeder Kampf um Verbesserung auf der Grundlage des Gegebenen wird zur Hilfeleistung gegenüber den Herrschenden.¹³

Karl Marx hatte bezogen auf den von ihm im Ersten Band des »Kapital« dargestellten Kampf um die gesellschaftliche Regulation und Verkürzung des Arbeitstages eine Auffassung entwickelt, die die oben genannten Positionen in Frage stellt: Und dennoch war die Periode von 1848 bis 1864 nicht ohne ihre Lichtseite. Hier seien nur zwei große Ereignisse erwähnt.

Nach einem dreißigjährigen Kampf, der mit bewunderungswürdiger Ausdauer geführt ward, gelang es der englischen Arbeiterklasse durch Benutzung eines augenblicklichen Zwiespalts zwischen Landlords und Geldlords, die *Zehnstundenbill* durchzusetzen. Die großen physischen, moralischen und geistigen Vorteile, die den Fabrikarbeitern aus dieser Maßregel erwachsen und die man in den Berichten der Fabrikinspektoren halbjährig verzeichnet findet, sind jetzt von allen Seiten anerkannt. Die meisten kontinentalen Regierungen nehmen das englische Fabrikgesetz in mehr oder minder veränderter Form an, und in England selbst wird seine Wirkungssphäre jährlich vom Parlament ausgedehnt. Aber von der praktischen Wichtigkeit abgesehen, hatte der Erfolg dieser Arbeitermaßregel eine andre große Bedeutung. Die Mittelklasse hatte durch die notorischsten Organe ihrer Wissenschaft, durch Dr. Ure, Professor Senior und andre Weisen von diesem Schlag, vorhergesagt und nach Herzenslust demonstriert, dass jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit die Totenglocke der englischen Industrie läuten müsse, einer Industrie, die vampirmäßig Menschenblut saugen müsse, vor allem Kinderblut. In alten Zeiten war der Kindermord ein mysteriöser Ritus der Religion des Moloch, aber er ward nur bei besonders feierlichen Gelegenheiten praktiziert, vielleicht einmal im Jahr, und zudem hatte Moloch keine besondere Liebhaberei für die Kinder der Armen.

Der Kampf über die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wütete um so heftiger, je mehr er, abgesehen von aufgeschreckter Habsucht, in der Tat die große Streitfrage traf, die Streitfrage zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische

Ökonomie der Mittelklasse bildet, und der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet. Die Zehnstundenbill war daher nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum ersten Mal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.¹⁴

Als zweite große Lichtseite der Entwicklung seit 1848 nennt Marx die Kooperativbewegung, die bewiesen habe, »daß Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von *Meistern* (masters), die eine Klasse von *'Händen'* anwendet; daß, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst, und daß wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenenarbeit so *Lohnarbeit* nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt zu verschwinden vor der *assoziierten Arbeit*, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichen Herzens verrichtet«.¹⁵

Karl Marx hielt es also für möglich, dass mitten in der Blütezeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz Elemente einer »politischen Ökonomie der Arbeiterklasse« - einer Ökonomie der »Kontrolle durch soziale Ein- und Vorsicht« - sowie Ansätze einer alternativen Wirtschaftsweise zur Geltung gebracht werden können, wie eingeschränkt dies auch immer sein möge. Gerade während des fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus wurden diese Tendenzen weit ausgebaut, als Resultat von harten sozialen und politischen Kämpfen, vor dem Hintergrund der Großen Krise und zweier Weltkriege sowie des Faschismus, im Wettbewerb mit dem Staatssozialismus nicht zuletzt auf dem Gebiet der sozialen Frage.¹⁶ Gerade die Rücknahme dieser Errungenschaften stellt das Problem, ob sie mehr oder etwas anderes waren als nur ein Erfolg, den Kapitalismus in seine »normalen« Schranken zu weisen.

In dem Augenblick, wo sozialstaatliche Maßnahmen, tarifliche Vereinbarungen, gesetzliche Regelungen über die elementare Absicherung existenzieller Nöte hinausgehen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse auch unter den Aspekten von sozialer Gerechtigkeit, Verminderung sozialer Ungleichheit und der Stärkung der Macht von abhängig Beschäftigten gestaltet werden, langfristige gesellschaftliche Reproduktionsinteressen auch gegen Interessen kurzfristiger Kapitalverwertung durchgesetzt werden, in diesem Augenblick werden Tendenzen zur Geltung gebracht, die im Widerspruch zur »Kapitallogik« stehen.¹⁷ Diese Tendenzen seien im

Folgenden generalisierend als »Soziallogik« bezeichnet. In ihnen werden Interessen der allgemeinen Realisierung der sozialen, kulturellen und politischen Menschenrechte durchgesetzt.

Die implizite Annahme einer solchen Auffassung ist, dass durch die sozialen und politischen Kämpfe, durch die erzwungenen Kompromisse, durch die zeitweilige Einsicht auch von Herrschenden nach ungeheuren Katastrophen Elemente, Strukturen, Tendenzen und Formen des Sozialismus im Schoße der alten Ordnung, d.h. des Kapitalismus, entstehen kann; und dies nicht nur als »antisystemische politische Bewegungen«. Es wird Zeit, endgültig mit dem Widerspruch zwischen der theoriegeleiteten Verachtung gegenüber diesen Elementen und Strukturen im Bestehenden und der gleichzeitigen praktischen Verteidigung derselben zu brechen.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges, gerade noch dem Völkermord entkommen und ganz geprägt durch die Erfahrungen »des Intellektuellen in der Emigration«¹⁸, schrieb Theodor W. Adorno: »Unser Leben haben wir der Differenz zwischen dem ökonomischen Gerüst, dem späten Industriekapitalismus, und der politischen Fassade zu verdanken. Der theoretischen Kritik ist der Unterschied geringfügig; allerorten lässt sich der Scheincharakter etwa der angeblichen öffentlichen Meinung, der Primat der Ökonomie in den eigentlichen Entscheidungen dartun. Für ungezählte Einzelne aber ist die dünne und ephemere Hülle der Grund ihrer ganzen Existenz. Gerade die, von deren Denken und Handeln die Änderung, das einzig Wesentliche abhängt, schulden ihr Dasein dem Unwesentlichen, dem Schein, ja dem, was nach dem Maß der großen historischen Entwicklungsgesetze als bloßer Zufall zutage kommen mag. Wird aber dadurch nicht die gesamte Konstruktion von Wesen und Erscheinung berührt? Gemessen am Begriff ist das Individuelle in der Tat ganz so nichtig geworden, wie die Hegelsche Philosophie es vorwegnahm; sub specie individuationalis¹⁹ aber ist ... das geduldete, gleichsam abnorme Weiterleben selbst das Essentielle. Die Welt ist ein System des Grauens, aber darum tut ihr noch zuviel Ehre an, wer sie als System denkt, denn ihr einigendes Prinzip ist die Entzweiung, und sie versöhnt, indem sie die Unversöhnlichkeit von Allgemeinem und Besonderem rein durchsetzt. Ihr Wesen ist das Unwesen; ihr Schein aber, die Lüge, kraft derer sie fortbesteht, der Platzhalter der Wahrheit.«²⁰

Jede emanzipative Gesellschaftstheorie sollte diese Wendung der Kritischen Theorie ernst nehmen. Einerseits wird von Adorno die Auffassung aufgenommen, dass die Gesellschaft unter dem kapitalistischen Primat der Ökonomie ein geschlossenes System ist und das Individuelle durch

völlige Unterwerfung verschwindet.²¹ Das allgemeine Wesen kann dann aber nicht einmal mehr das bloße Überleben von Menschen erklären. Dieses verdankt sich dem Schein, auf den »Demokratie« als bloße Fassade reduziert wird. Andererseits: Wenn vom Gesichtspunkt der Einzelnen ihr Überleben das eigentlich Wesentliche ist, dann ist auch die Demokratie nicht nur der »Platzhalter der Wahrheit«, sondern in die Wesensbestimmung der Gesellschaft hineinzunehmen. Eine emanzipatorische Theorie sollte die reale und erlebte Widersprüchlichkeit von Kapitallogik und Soziallogik in Wirtschaft und Politik auch begrifflich ernst nehmen und weder unter der Terminologie vom »Kapitalismus« oder der von der »sozialen Marktwirtschaft« in der einen oder anderen Weise zum Verschwinden bringen. Dies aber würde das Verständnis nicht nur von Kapitalismus, sondern auch von Sozialismus gegenüber dem orthodoxen Marxismus verändern.

Eine solche Herangehensweise bräche endgültig mit der Vorstellung vom Sozialismus als der Gesellschaft eines Monosubjekts, in dem ein einziger gesamtgesellschaftlicher Eigentümer auf der Basis eines zentralisierten gesamtgesellschaftlichen Willensbildungsprozesses über alle produktiven Ressourcen verfügt. Der qualitative Sprung vom Kapitalismus zum Sozialismus wäre der von einer Ordnung, in der die Kapitalverwertung (Kapitallogik) dominiert, hin zu einer gesellschaftlichen Entwicklungsweise, in der die umfassende Verwirklichung der Menschenrechte zum primären Ziel von Wirtschaft und Politik geworden ist (Soziallogik).

Die freie Enzyklopädie *Wikipedia* führt ihren Artikel zum Stichwort *Sozialismus* mit dem Satz ein: »*Sozialismus* bezeichnet politische und ökonomische Theorien, die die Produktion und Verteilung von Leistungen unter gemeinschaftlicher oder staatlicher Lenkung befürworten.«²² In dieser Begriffsbestimmung wird unkritisch das gesamte zentralistische Erbe der staatssozialistischen Tradition, wie sie im 19. Jahrhundert vornehmlich in Deutschland entstand, fortgeführt. Sozialismus wird nicht über seine Ziele, sondern über die Dominanz eines – umstrittenen – Mittels, der »gemeinschaftlichen oder staatlichen Lenkung«, definiert. Von hier ist es nur ein Schritt, Sozialismus als eine Ordnung zu bezeichnen, die durch die umfassende zentralisierte Verfügung über das gesamte produktive Vermögen der Gesellschaft (»gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln«) bestimmt wird. So sehr der Staatssozialismus in die Geschichte des Sozialismus gehört, so sehr wäre es falsch, Sozialismus für immer mit dieser besonderen Form zu identifizieren.

Ohne hier die historischen Diskussionen um Sozialismus und Kommunismus zu rekonstruieren,²³ sei zumindest auf die innere Widersprüchlichkeit der ursprünglichen Ansätze verwiesen. Sie zielten immer auf die Einlösung der Freiheitsansprüche der Großen Französischen Revolution, auf die für jedermann (also auch für die untersten Schichten, die über kein Eigentum verfügten, den »vierten Stand« der Gesellschaft) einlösbaren Menschenrechte. Sie verband die Freiheitsrechte mit der sozialen Frage, die formale Gleichheit mit der realen Gleichheit, die Selbstverwirklichung mit der Solidarität. Und um dies zu erreichen, wurden sehr verschiedene Mittel vorgeschlagen, wobei sich von Anfang an der kommunistische Ansatz einer auf dem universellen Gemeineigentum beruhenden Zentralverwaltungswirtschaft und der sozialistische Ansatz solidarisch kooperierender freier Assoziationen gegenüberstanden.²⁴ Der Marxismus verband beide Ansätze in Form unaufgelöster Antinomien und konnte so zugleich für eine bolschewistische Diktatur wie für einen demokratischen Sozialismus als Bezugspunkt dienen. Die Frage, inwieweit eine zentralistische Verfügung über das Eigentum, eine gesamtgesellschaftliche Planwirtschaft tatsächlich dazu führen könnte, dass »die freie Entwicklung jedes einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller« werde, wurde gerade in der kommunistischen Tradition nicht ernsthaft untersucht.

Für Marx war die »kommunistische Gesellschaft« (auf den Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus bei Marx sei hier nicht eingegangen) die einzige, »...worin die originelle und freie Entwicklung der Individuen keine Phrase ist«. Eine solche Gesellschaft brauche (1) bestimmte »ökonomische Voraussetzungen«, (2) die »notwendige Solidarität der freien Entwicklung Aller« und (3) die »universelle Betätigungsweise der Individuen auf der Basis der vorhandenen Produktivkräfte«.²⁵ Dazu müssten, so schreibt Marx anderthalb Jahrzehnte später, die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen in den »organischen gesellschaftlichen Leib« verwandelt werden, »worin die Individuen sich reproduzieren als Einzelne, aber als gesellschaftlich Einzelne«.²⁶

Sozialismus kann unter diesen Prämissen nicht als die Auflösung der Spannung von Individualität und Gesellschaftlichkeit (zugunsten zentralisierter Gesellschaftlichkeit in der staatssozialistischen oder zugunsten der Individualität in der anarchistischen Tradition) gedacht werden. *Sozialismus ist*, so sei behauptet, *der Prozess der Vermittlung, in der die freie Entwicklung jeder und jedes einzelnen Ausgangs- und Zielpunkt ist, die solidarische Entwicklung aller das Mittel*, ein Mittel mit hohem Eigenwert. Wenn dem so ist, dann muss gefragt werden, welcher praktische

Prozess nach dem Scheitern des Staatssozialismus die beiden folgenden Zielpunkte sozialistischer Emanzipationsbewegungen einlösen kann: (1) »Der moderne universelle Prozess kann nicht anders unter die Individuen subsumiert werden, als dadurch, dass er unter Alle subsumiert wird.«²⁷ (2) »Mit der Aneignung der totalen Produktivkräfte durch die vereinigten Individuen hört das Privateigentum auf.«²⁸

Eine Rekonstruktion der Marxschen Auffassung vom sozialistischen Eigentum hatte den Autor Mitte der achtziger Jahre zu der Erkenntnis geführt: »Individuelles Eigentum auf der Grundlage höchster Vergesellschaftung, individuelle Aneignung vermittelt durch kollektive und gesellschaftliche Formen des Besitzes an den gemeinschaftlichen Produktionsbedingungen, individuelle Freiheit, deren Bedingung bewusste gesellschaftliche Beherrschung des Produktionsprozesses ist – mit diesen Worten könnte man wesentliche Eckpfeiler des Marxschen Sozialismus-/Kommunismusverständnisses kennzeichnen.«²⁹ Was aber ist der Inhalt des individuellen Eigentums unter den Bedingungen gesellschaftlicher Produktion, welche Besitzformen können es garantieren und wie kann der gesellschaftliche Produktionsprozess so bewusst beherrscht werden, dass es zur solidarischen Entwicklung aller kommt?

Im Zusammenhang mit der Programmdiskussion der PDS wurde durch den Autor gemeinsam mit Dieter Klein, André Brie, Michael Chrapa, Rainer Land, Judith Dellheim u. a. die Auffassung entwickelt, dass das Ziel des Sozialismus und damit das Ziel seiner Eigentumsverhältnisse die freie Entwicklung der Einzelnen ist. Der gesellschaftliche Produktions- und Verteilungsprozess, seine Akkumulations- und Regulationsweise, die Gesamtheit seiner Besitz- und Verfügungsverhältnisse ist entsprechend dieser These dann sozialistisch gestaltet, wenn sie auf die Produktion, und Reproduktion jener Güter (»Freiheitsgüter«) gerichtet sind, die diese freie Entwicklung ermöglichen, und sie sich jede und jeder frei aneignen kann (was einen aktiven Prozess verlangt).³⁰

Unter individuellem Eigentum als zentralem Zielpunkt sozialistischer Produktion und Reproduktion könnte die freie und selbstbestimmte Aneignung dieser Grundgüter durch jede und jeden einzelnen verstanden werden, die ohne eine bewusste Gestaltung der Gesamtheit der Produktions- und Verteilungsverhältnisse unmöglich ist. Wenn die grundlegende Bewegungsform des Kapitals die Bewegung G (Geld) – W (Ware) – P (Produktion) – W' (um den Mehrwert bereicherte neue Waren) – G' (um den Profit erweitertes Geldvermögen) ist, dann wäre die allgemeine Formel sozialistischer Reproduktion jene, die von den Individuen ausgeht und bei

weiter entwickelten Individuen, bereichert um neue Bedürfnisse, Genüsse, Beziehungen usw., ankommt. Für eine nicht durch den Profit, sondern durch das Ziel freier individueller Entwicklung einer und eines jeden dominierte Produktion und Reproduktion sind öffentliche Güter und Dienstleistungen zumindest nicht weniger wichtig als die Erzeugung von Waren. Es wäre die Bewegung: I (Individuen) – FG (Freiheitsgüter) und für ihre Produktion notwendige andere Güter (nur teilweise in Warenform) – P (Produktion) – FG' (erweiterte Reproduktion der Freiheitsgüter und für ihre Reproduktion notwendiger anderer Güter) – I' (weiter entwickelte Individuen).

Was aber bedeutet dies für die Neuformulierung der Eigentumsfrage? Im Parteiprogramm der Linkspartei.PDS wurde 2003 folgende Position beschlossen: »Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum besteht deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen. Alle Eigentumsformen – genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere –, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, sollten gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern, sollten zurückgedrängt und überwunden werden.« Beim Kampf um den Sozialismus geht es um eine ökonomische und politische Ordnung, die die materiellen und institutionellen Bedingungen für die umfassende Einlösung der Menschenrechte garantiert. Sozialismus ist seinem Kern nach die universelle Menschenrechtsbewegung der Moderne.³¹

Eine solche Position hat eine Reihe von Folgerungen: Sie präferiert Produktions- und Besitzformen, die reale individuelle und kollektive Einflussnahme ermöglichen, soweit sie ihre Lebenssituation betreffen; sie sieht die gemeinsame gesellschaftliche Verfügung vor allem in der solidarischen Rahmensetzung für individuelles und kollektives wirtschaftliches Handeln, in der Privilegierung bestimmter Ausrichtungen (sozial-ökologischer Umbau) und der Zurückdrängung und/oder Unterdrückung anderer Ausrichtungen. Die »Einbettung« der Märkte in dieser Rahmensetzung, die Ausrichtung von unternehmerischen Handeln an diesen Zielen mit den Mitteln von Struktur- und Regionalpolitik, Kreditvergabe, Mitbestimmung u.a., die Förderung von Innovationen, die diesen Zwecken dienen, die Verwandlung von Mitbestimmung und Miteigentum der Beschäftigten in Mit-

tel der Gestaltung der Produktionsprozesse in Entwicklungsprozesse der Beschäftigten sind die primären Mittel. Nicht die zentralistische Ordnung einer Top-Down-Kooperation, sondern die dezentrale Selbstorganisation in autonomen Netzwerken innerhalb demokratisch gesetzter Rahmenbedingungen solidarischen Wirtschaftens ist die strukturierende Leitidee. Staatliches und suprastaatliches Handeln zielt dann vor allem auf die Durchsetzung dieser Rahmenbedingungen.³²

Wie Bischoff et al. schreiben: »Dabei kann es nicht darum gehen, dirigistisch eine permanente Organisation und Intervention des Staates oder der öffentlichen Institutionen anzustreben, sondern durch Demokratisierung, indirekte Steuerung und ein neues System sozialer Sicherheit Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Selbsttätigkeit der Subjekte zu schaffen.«³³ Damit wird das etatistische Sozialismusverständnis durch eine libertäre Sozialismusvision abgelöst.³⁴ Auf den unterschiedlichen Feldern werden geregelte Märkte, Selbstverwaltung, demokratische Partizipation, kollektive Selbstversorgung insbesondere mit humanorientierten Dienstleistungen et al. zu den wesentlichen Vergesellschaftungsformen eines solchen Sozialismus.

2. Einwand: Nur eine Revolution kann die grundlegenden Probleme lösen

Da nun aber gegenüber dem orthodoxen Marxismus die Vorstellungen von Kapitalismus wie Sozialismus zu verändern sind, so sind auch diejenigen über den Übergang von dem einen zum anderen zu befragen. Die marxistische Revolutionsauffassung wie auch die der marxistischen Reformen ist durch die Leitidee der Zentralisation und Konzentration geprägt worden. Vom »Manifest« über »Das Kapital« bis hin zur »Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«, Bebels »Die Frau und der Sozialismus« oder Lenins »Die drohende Katastrophe« und »Staat und Revolution« steht immer der Gedanke im Vordergrund, dass es die Tendenz des Kapitalismus sei, Produktion wie Arbeiterklasse in immer größeren Einheiten zu konzentrieren, so dass der betriebswirtschaftliche Anarchismus, der aus dem Privateigentum hervorgehe, in einen unlösbaren Widerspruch zur gesellschaftlichen Betriebsweise tritt. Die sozialistische Revolution, in deren Gefolge alle Produktionsmittel in einer Hand konzentriert werden würden, schien dann nichts anderes als die Vollstreckerin dieser Tendenz zur Zentralisation zu sein. Im Idealfall sei die gesamte Wirtschaft wie die damalige deutsche Post (Lenin) als ein einheitliches Unternehmen oder

Fabrik zu regulieren. Die Differenz war nur, ob dies auf dem Wege der Revolution oder dem der Reform zu geschehen habe.

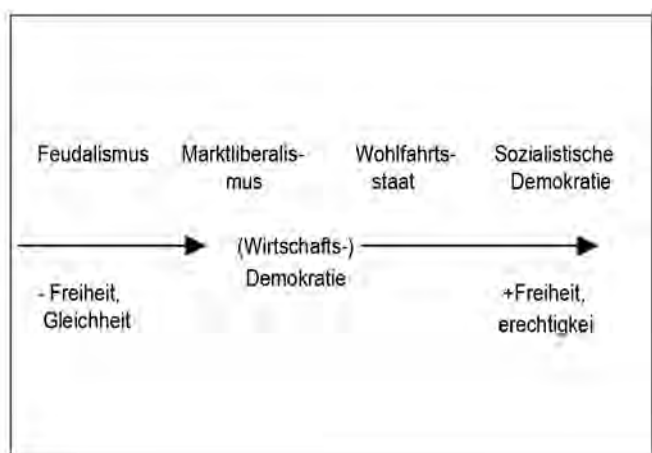
Es ist an der Zeit, die Revolutionsmechanik des dogmatisierten Marxismus endgültig in die lebendige Transformationsdynamik eines libertären Sozialismus zurückzuverwandeln, der seine Kraft aus der Befreiung von Menschen aus Verhältnissen gewinnt, die ihnen zur Fessel ihrer eigenen Entwicklung geworden sind. Dazu sind gesellschaftliche Produktivkräfte wie Produktionsverhältnisse zugleich als Kräfte und Verhältnisse menschlicher Entwicklung und Anerkennung zu begreifen oder, wie Marx schreibt: »Das Verhältnis der Produktionskräfte zur Verkehrsform ist das Verhältnis der Verkehrsform zur Tätigkeit oder Bestätigung der Individuen.«³⁵

Dies verlangt aber nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Revision der orthodoxen marxistischen Geschichtsphilosophie, die dazu tendierte, im Kapitalismus die höchste und schärfste Form von Unterdrückung zu sehen, in ihrer entfremdet sachlichen Grausamkeit alle vorkapitalistischen Formationen noch übersteigend. Wie an anderer Stelle ausgeführt, sind aber die »großen Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation« (Marx) der Tendenz nach Stufen sukzessiver Befreiung, so beschränkt auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen diese auch war, so sehr sie Hand in Hand mit neuer Ausbeutung gingen. Die jeweils höhere Form der Reichtumsproduktion, auf der sich bestimmte Gesellschaften gegenüber anderen durchsetzen, erzeugt zugleich eine höhere Produktivität wie Individualitätsentwicklung, so ungleich diese auch sozial verteilt wurde. Sie sind deshalb nicht nur ökonomisch stärker, sondern haben auch eine höhere kulturelle Ausstrahlung. Es sind Stufen weltgeschichtlicher Emanzipation.

Von Marx ausgehend lässt sich zusammenfassend *das formationstheoretische Kriterium* des Fortschritts so bestimmen: Fortschrittlich sind Gesellschaften, die gegenüber anderen eine höhere Produktivität ermöglichen und/oder erzwingen, indem sie eine höhere Freiheit individueller Entwicklung und ein höheres Maß ihrer Verwandlung in gesellschaftliche Produktivkraftentwicklung herbeiführen. Dies ist *erstens* von den Eigentums- und Machtverhältnissen abhängig, die die Verteilung der gesellschaftlichen Funktionen der Produktion des menschlichen Reichtums definieren.³⁶ *Zweitens* ist dies durch die *Vergesellschaftungsformen* bedingt, die die Austauschform des Reichtums bestimmen. Bedingung ist *drittens* jeweils, dass weder Vergesellschaftungs- noch Macht- und Eigentumsstrukturen die »Springquellen allen Reichtums ...: die Erde und den Arbeiter«³⁷, untergraben.³⁸

Eine sozialistische Transformation muss diese welthistorische Tendenz der Emanzipation vorantreiben und darf nicht, wie der sowjetische Staatspartei-Sozialismus, hinter den schon erreichten Potentialen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften zurückbleiben. Magnus Marsdal verdeutlicht diese Position im folgenden Schema:

Grafik 3: Das Schema des Sozialismus³⁹



Eine solche Vorstellung von der realen Potenz des historischen Fortschritts lässt bewusst werden, dass Sozialismus Teil eines umfassenden historischen Prozesses des Kampfes um Emanzipation ist, wie er im 15. und 16. Jahrhundert ansetzt, in den großen bürgerlichen Revolutionen und Reformbewegungen sowie den Kämpfen von Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, Antisklaverei- und Antirassismusbewegung, von Friedens- und Ökologiebewegung wichtige Etappen hatte. Es ist ein Prozess, der sich positiv an wachsender Freiheit und Gleichheit misst. Sozialistische Dimensionen nimmt er an, wo er durch die bewusste Gestaltung der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen die Profitdominanz und repressive Staatlichkeit zurückdrängt und auf die Überwindung von deren Vorherrschaft über das Leben der Menschen zielt. Sozialistische Politik sucht einen Prozess von Transformation zu gestalten, der sich gleichermaßen von traditioneller Reformpolitik wie orthodoxem Revolutionsverständnis unterscheidet (Tabelle 3).

Rosa Luxemburg hatte den Gegensatz von Revolution und Reform so auf den Punkt gebracht: »Und der Sozialismus selbst ist für die einen das Resultat der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und einer völligen sozialen Umwälzung, für die anderen das Ergebnis unmerklicher Verschiebungen im Schoße der kapitalistischen Unternehmung und des bürgerlichen Ministeriums.«⁴⁰ Eine Transformationsstrategie nimmt nun vom Gedanken sozialistischer Reformpolitik wesentliche Elemente einer aktiven Politik der Gestaltung der gegenwärtigen Gesellschaften und des Ausbaus der emanzipatorischen Errungenschaften auf, von einem revolutionären Ansatz den Gedanken eines unvermeidlichen Bruchs mit der Dominanz des kapitalistischen Privateigentums und der Umwälzung der damit verbundenen Machtverhältnisse.

Dieses Transformationsverständnis der neuen Linken wird in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen entwickelt. Beispielhaft seien dafür vor allem das Weltsozialforum, die im Sao-Paulo-Forum vereinigten lateinamerikanischen Linksparteien oder die Europäische Linkspartei genannt. Bei letzterer ist der Begriff der Transformation zum Leitbegriff einer grundlegenden, über den Kapitalismus hinausgehenden Veränderung geworden.⁴¹ In der deutschen Diskussion wurde die damit verbundene Position systematisch an anderer Stelle entwickelt.⁴²

	Reform
Grundbegriff gegenwärtiger Gesellschaft	Marktwirtschaft
Veränderungsbegriff	Veränderte Regulation des Gegebenen
übergreifendes Veränderungsziel	Zivilisierung der gegenwärtigen Gesellschaften bei Erhalt der Kapitaldominanz
ökonomisches Veränderungsziel	soziale Marktwirtschaft
angestrebte Regulationsweise	Marktdominanz und sozialstaatliche Regulation
Hauptvorteil gegenüber dem reinen Kapitalismus	höheres Maß an Gleichheit, Demokratie und Zivilisierung
Verhältnis zum Eigentum	Sozialpflichtigkeit des Privateigentums
soziale Kraft der Veränderung	Bündnis der organisierten Erwerbstätigen und reformorientierter Kräfte des Kapitals
wichtigste politische Handlungsform	Verhandlungen auf der Grundlage einer eigenen gewerkschaftlichen und Parteimacht (Korporatismus)
Demokratieverständnis	repräsentative Demokratie
Verhältnis zur Globalisierung	Global Governance
Friedenspolitik	Zivilisierung der Großmächte und Durchsetzung einer von ihnen kontrollierten völkerrechtlichen Ordnung

Tabelle 4: Reform, Revolution, Transformation – ein kategorialer Vergleich

altes Revolutionsverständnis	Transformation
Kapitalismus	kapitaldominierte Gesellschaft G-W-P-W'-G'
Totaler Bruch	umfassende Demokratisierung und Ausbau nichtkapitalistischer Elemente, Tendenzen und Bereiche sowie nichtkapitalistische Gesamtregulation
Radikaler gesell. Bruch mit der Gesamtheit d. Verhältnisse gegenwärtiger Gesellschaften und Errichtung einer Gesellschaft des Gemeineigentums	demokratische Selbstverwaltung und freie Entwicklung einer und eines jeden einzelnen als Bedingung der freien Entwicklung aller
Sozial orientierte Staatswirtschaft	Entwicklung und Ausbau der Bereiche einer solidarischen Ökonomie und Unterordnung der Kapitalverwertung unter sozialökologische Ziele!FG-P-FG'-I'
Zentralistische Planwirtschaft	Dominanz sozialer Vorgaben (Rahmensetzung), Primat sozialer Grundrechte, Präferenz für lokale und regionale Ökonomien (Deglobalisierung)
zentralistische Kontrolle aller Lebensbereiche und dadurch Verhinderung von Krisen und Katastrophen	höheres Maß an individueller Selbstbestimmung und Verwandlung derselben in solidarische Entwicklung aller durch bewusste Rahmensetzung
Verstaatlichung des Eigentums	Entkommodifizierung der Freiheitsgüter einschließlich der Arbeitskraft; Ausbau genossenschaftlicher Formen insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge; Unterwerfung des Privateigentums an Produktionsmittel unter soziale Zielkriterien
Arbeiter (und Bauern)	Mitte-Unten-Bündnis
Vorbereitung der eigenen Organisation und der Massen auf Revolution	Aufbau eines breiten Netzwerks (wirtschaftlich, sozial, politisch, kulturell) als Grundlage von Widerstand, eigener Gestaltung und von Verhandlungen
Volksherrschaft, ausgeübt durch eine Avantgarde	partizipative Demokratie und des Grundrechts auf ein selbstbestimmtes Leben
Sozialistischer Internationalismus auf der Basis der Interessenübereinstimmung aller Ausgebeuteten	Verbindung von Deglobalisierung und alternativen Regeln globaler solidarischer Kooperation
Beseitigung der Ursachen von Kriegen durch Abschaffung des Kapitalismus	Entmilitarisierung, Überwindung von Armut, Ausgrenzung, Fremdbestimmung im Rahmen einer Transformationsstrategie

3. Einwand: Der Staat – nur Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse

Der *dritte Einwand* gegen die Beteiligung sozialistischer und kommunistischer Parteien an Regierungen wurde von Rosa Luxemburg so formuliert: »Während das Parlament ein Organ der Klassen- und Fraktionskämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, deshalb das geeignetste Terrain für den systematischen Widerstand der Sozialisten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie bildet, ist diese Rolle der Arbeitervertreter im Schoße der Regierung von vornherein ausgeschlossen.«⁴³ Dafür gibt sie folgende Begründung: »Berufen, das fertige Ergebnis der im Parlament und im Lande ausgefochtenen Parteikämpfe in die Tat umzusetzen, ist die Zentralgewalt vor allem ein Organ der Aktion, dessen Lebensfähigkeit auf innerer Homogenität beruht.«⁴⁴ Die Regierung eines Nationalstaats stellt für sie ein Ganzes dar, das »nur die politische Organisation der kapitalistischen Wirtschaft« sei und zwischen dessen »einzelnen Funktionen volle Harmonie« bestehe.⁴⁵ Da die einzelnen Funktionen der Regierung innerlich untrennbar zusammenhängen, gäbe es eine »solidarische Verantwortlichkeit ihrer einzelnen Mitglieder«⁴⁶ und es sei ein »vollkommen utopischer Plan ... zu denken, ein Ressort der Regierung könne bürgerliche, ein anderes sozialistische Politik betreiben, und die Zentralgewalt könne somit stückweise, nach einzelnen Ressorts, für die Arbeiterklasse erobert werden.«⁴⁷

Rosa Luxemburg relativiert diese Auffassung zumindest insofern, als sie die Beteiligung der Sozialisten an Organen der kommunalen Selbstverwaltung anders behandeln wissen will: »Während die Regierung die zentralisierte Staatsgewalt verkörpert, wächst die Munizipalität aus der lokalen Selbstverwaltung *auf Kosten* der Zentralgewalt, als *Befreiung* von der Zentralgewalt, heraus. Während für die Regierung die spezifischen Mittel der bürgerlichen Klassenherrschaft: der Militarismus, der Kultus, die Handelspolitik, die auswärtige Politik, das eigentliche Wesen ausmachen, ist die Munizipalität speziell zu *kulturellen* und *wirtschaftlichen* Aufgaben berufen, also zu denselben, die dem administrativen Mechanismus der sozialistischen, keine Klassenspaltungen kennenden Gesellschaft entsprechen. Zentralregierung und Gemeinde sind deshalb historisch zwei entgegengesetzte Pole in der heutigen Gesellschaft. Der ständige Kampf zwischen der Munizipalität und der Regierung, zwischen dem Bürgermeister und dem Präfekten in Frankreich sind der konkrete Ausdruck dieses geschichtlichen Gegensatzes.«⁴⁸

Aber es gibt nicht nur den Widerspruch zwischen Zentralregierung und Gemeinden (die ja unmittelbar an der Umsetzung der Gesetze und Weisungen der Zentralregierung beteiligt sind), sondern innerhalb *aller* besonderen Organe der Staatsmacht. Die Ursache dafür liegt schon im Charakter der kapitalistischen Ökonomie selbst. Wie oben dargestellt, ist es m. E. ein Fehlschluss, wenn von einer homogenen Ökonomie ausgegangen wird, die nichts anderes als kapitalistisch sei. Es ist die Dominanz der Kapitalverwertung über alle anderen Formen, die eine kapitalistische Ökonomie ausmacht. Dies ist jedoch keinesfalls damit identisch, dass diese Ökonomie nichts anderes ist als Kapitalverwertung. Sie ist, wie Marx im »Kapital« brillant in den Vordergrund gestellt hat, ein Schlachtfeld zwischen Kapital und Arbeit in ihren verschiedenen Fraktionen und Gruppierungen. Ständig werden dem dominanten Interesse an Kapitalverwertung andere Interessen entgegengestellt und verfochten – die an besseren Arbeitsbedingungen genauso wie an höheren Löhnen, an Umweltschutz, regionaler Entwicklung usw. usf. Die Kapitalverwertung setzt sich in der Reproduktion einer kapitalistischen Wirtschaft gegen andere Tendenzen und zugleich auf das engste mit ihnen verbunden als dominante Tendenz durch. Der Standortwettbewerb der Kommunen um Investoren ist nur ein Beispiel dafür, wie gerade dort, wo die geringsten gesamtgesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten sind, die Dominanz der Kapitalverwertung besonders direkt durchschlägt und jede kommunale Selbstverwaltung in ihrem Handeln wesentlich bestimmt.

Die innere Widersprüchlichkeit der kapitalistisch strukturierten Ökonomie findet ihre politische Bewegungsform in der Struktur des kapitalistisch geprägten Staates. Ganz anders als Rosa Luxemburg behauptet Nicos Poulantzas, dass die Widersprüche zwischen den Fraktionen der dominanten Klassen »im Innern des Staates die Form von internen Widersprüchen zwischen den verschiedenen Zweigen und Apparaten« annehmen.⁴⁹ Da der Staat Klassenkompromisse bearbeitet, um Kohäsion einer in Klassegegensätze gespaltenen Gesellschaft zu ermöglichen,⁵⁰ ist er auch im Wirken seiner Exekutive ein Feld von sozialen Kämpfen.

Es ist keinesfalls zufällig, dass in Mitte-Links-Regierungen oft das Finanzministerium und die Zentralbank von Personen besetzt werden, die Teil des Establishments des neoliberalen Blocks sind, während für andere Sektoren der Exekutive auch Akteure eingesetzt werden, die Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen nahe stehen. Dies wäre gar nicht notwendig, wenn die Exekutive zwangsläufig homogen wäre. Die Verdrängung von Lafontaine aus der Schröder-Regierung war deshalb ein notwendiger Zug,

um die Verschärfung neoliberaler Politik in Deutschland unter Rot-Grün erst zu ermöglichen. Der Staat selbst ist zugleich Kristallisationsraum wie Terrain sozialer Konflikte und Kämpfe.⁵¹

Die Linke steht dem Staat deshalb auch nicht als Belagerungsarmee gegenüber, die keinerlei Einfluss auf die Besetzung der belagerten Burg hat. Zwangsläufig werden ihre Kämpfe durch den Staat, seine legale, institutionelle, kulturelle Form enorm beeinflusst, wie jeder Beobachter verschiedener nationaler linker Kulturen erkennen kann. Dies bedeutet auch, dass der Kampf immer wieder neu aufgenommen werden muss, den Staat selbst zu demokratisieren und zu sozialisieren. Joachim Hirsch benennt fünf grundlegende Tendenzen des bürgerlichen Staates, die seiner Funktion der Konservierung der Profitdominanz in der Wirtschaft und der Gesellschaft adäquat sind: (1) Die Präferenz von sozialen »Praktiken (Bürokratie, Parteien, Wahlmodus, Repräsentation, Rechtssystem), die *Isolations- und Vereinzelungseffekte* der kapitalistischen Vergesellschaftung bestätigen und festschreiben«⁵²; (2) Behinderung der Überwindung der Spaltungen in den beherrschten und Schaffung von Einheit in den herrschenden Klassen insbesondere durch die relative Autonomie und widersprüchliche Einheit des Systems der Staatsapparate und die begrenzte Abschottung gegenüber gesellschaftlichen Einflüssen; (3) der Verzicht auf Instrumente, um die Profitdominanz ernsthaft in Frage zu stellen; (4) die Herausbildung des Staatspersonals als besonderer Schicht und (5) die systemisch bedingte Abhängigkeit der Handlungsfähigkeit des Staates von Steuern, deren Aufbringung vom relativ störungsfreien Verlauf der Kapitalverwertung abhängig ist. In jedem dieser Felder ist die Linke gefordert, Alternativen zu formulieren und in die Reform des Staates, seiner ökonomischen, politischen, rechtlichen und kulturellen Grundlagen, zu überführen.

Die Linke muss deshalb um eine Veränderung der Staatsform kämpfen, durch die die genannten und andere herrschaftssichernde und die Dominanz der Kapitalverwertung bewachende Strukturen emanzipatorisch überwunden werden, ohne dabei die Errungenschaften moderner Wirtschaft und Politik zu zerstören. Der Neoliberalismus hat bewiesen, wie entscheidend der Kampf um die öffentlichen Dienstleistungen, die Art und Menge der Erhebung von Steuern, die Verfasstheit der Staatsbank usw. ist, um einen Richtungswechsel von Politik zu erzwingen. Ein zentrales Projekt der Linken, das in Brasilien geboren wurde, ist der Übergang vom Monopol des Parlaments auf den Haushalt zum Bürgerhaushalt.⁵³ Auch die grundlegende Reform der Erbringung öffentlicher Dienstleistun-

gen als Teil der Herstellung lokaler partizipativer und solidarischer Räume muss einen zentralen Platz auf der Tagesordnung der Linken einnehmen.

Transformationspolitik, die bei den gegenwärtigen Widersprüchen ansetzt und über sie hinaus führt, hat diesen Kampf auch in den Staat selbst hineinzutragen. Damit wird der Staat nicht zum einzigen, ja, nicht einmal zum wesentlichsten Ort – dieser ist und bleibt die Zivilgesellschaft und der Kampf um die Hegemonie in ihr –, aber wer ihn links liegen lässt, wird die Macht dieses Staates zu spüren bekommen, ohne die vorhandenen Möglichkeiten genutzt zu haben, ihn zu verändern.

4. Einwand: Die Regierungsbeteiligung schwächt die Linke

Ein vierter Einwand behauptet, nur außerhalb der Regierung sei etwas zu bewegen, Regierungsbeteiligung schwäche zwangsläufig. Wie Rosa Luxemburg schreibt: »Allein, weit entfernt, praktische, handgreifliche Erfolge, unmittelbare Reformen fortschrittlichen Charakters unmöglich zu machen, ist die grundsätzliche Opposition vielmehr für jede Minderheitspartei im allgemeinen, ganz besonders aber für die sozialistische, das einzige wirksame Mittel, praktische Erfolge zu erzielen.«⁵⁴ Konzessionen könne man der bürgerlichen Mehrheit nur auf drei Wegen entreißen: »... indem sie mit ihren am weitesten gehenden Forderungen den bürgerlichen Parteien eine gefährliche Konkurrenz bereiten und sie durch den Druck der Wählermassen vorwärts drängen; dann, indem sie die Regierung vor dem Lande bloßstellen und sie durch die öffentliche Meinung beeinflussen; endlich, indem sie durch ihre Kritik in und außerhalb der Kammer immer mehr die Volksmassen um sich gruppieren und so zu einer Achtung gebietenden Macht anwachsen, mit der Regierung und Bourgeoisie rechnen müssen«⁵⁵.

Regierungsbeteiligung, so Rosa Luxemburg, mache Kritik der Regierung und damit Aufklärung der Massen unmöglich, führe dazu, dass Kompromisse um jeden Preis gemacht werden würden und liefere so die Linke an die bürgerliche Mehrheit aus und schwäche die außerparlamentarische Kraft derselben, so dass nicht etwa mehr, sondern viel weniger erreicht würde als aus der Opposition.

Richtig an Rosa Luxemburgs Darstellung ist sicherlich, dass eine Art von Regierungsbeteiligung, die die autonome Kraft der Linken ganz auf die Regierung fixiert und alle anderen Handlungsformen unterdrückt, die auf öffentliche Darstellung der Widersprüche dieser Beteiligung und die Analyse der vorhandenen Rahmenbedingungen und Schranken verzichtet, die

den Stachel weitertreibenden Handelns erstickt anstatt ihn zu entfachen, in die Falle der Vereinnahmung geht. Aber ist dies unvermeidlich?

Die wichtigste Bedingung, um dieser Falle jeder Regierungsbeteiligung zu entgehen, ist die Stärke der Linken außerhalb staatlicher Einrichtungen, ihrer Macht als soziale Bewegungen und emanzipatorische Organisationen sozialer Interessen der subalternen gesellschaftlichen Klassen sowie solidarisch orientierter Mittelschichten. Parteien können letztlich nur innerhalb einer solchen Linken und nicht als deren monopolistische Repräsentanten wirklich starke linke Kräfte sein.⁵⁶

Karl Liebknecht fasst dies 1918 so: »Wenn der Eintritt in die parlamentarische Opposition der einzige Stein ist, den eine Partei – z.B. die Regierungssozialisten – im Brette hat, so kann man begreifen, dass sie ihn zurückhalten möchte, denn mit seinem Ausspielen ist sie sofort – matt gesetzt. Nur schade, dass dies auch der Regierung und jedem nicht auf den Kopf Gefallenen bekannt ist. Woraus folgt, dass sich mit der Drohung des Übergangs zur parlamentarischen Opposition nichts Rechtes erreichen lässt, ja dass alle Versuche dazu regelmäßig damit enden, dass die Möchtegern-Wucherer – geprellt werden. Will man auch nur parlamentarische Erfolge erzielen so kommt alles darauf an, dass die parlamentarische Opposition nicht das letzte, sondern nur der erste, nicht der stärkste, sondern der schwächste Trumpf, nicht der Schluss, sondern der Anfang ist, dass die Partei eine außerparlamentarische Macht hinter sich hat, die sie, aller Niederlagen ungeachtet, in unerschöpflicher Mannigfaltigkeit und Schlagfertigkeit der Methoden mit stets zunehmender Energie in den Kampf einzuwerfen fähig und entschlossen ist, und dass dies dem Gegner durch die Tat ... demonstriert wird. Anders wird in der politischen – auch parlamentarischen! – Arena weder Respekt erworben noch Erfolg erzielt. Jene Taktik aber führt bestenfalls einen Scheidemann zum Posten des Johann auf dem Reichskutschbock.«⁵⁷

Die Stärke oder Schwäche der außerparlamentarischen Linken ist nicht direkt von linken politischen Parteien abhängig,⁵⁸ aber sie können dazu beitragen. Sie können (1) die direkte, solidarische, wenn auch keinesfalls unkritische Kooperation auf der Basis eines intensiven Dialogs zu einem zentralen Schwerpunkt ihrer Strategie machen, (2) gemeinsame Projekte entwickeln, sich in den außer- wie innerparlamentarischen Auseinandersetzungen bis hin zu Gesetzesvorhaben wechselseitig zu unterstützen, (3) Formen der personellen Integration finden (vor allem bei Wahllisten der Linken), (4) Ressourcen einsetzen, um gemeinsam die außerparlamentarischen Kräfte zu stärken, die gegenüber Parteien immer

diskriminiert sind. (5) Wichtig ist auch der gemeinsame Kampf gegen gewerkschaftsfeindliche Politik und Gesetzgebung sowie umgekehrt für neue gesetzliche Regelungen, die zivilgesellschaftliche Kräfte und Organisationen insbesondere der subalternen Klassen stärken, um so das Handlungsungleichgewicht zu verringern.⁵⁹ Die parteipolitische Linke in Regierung darf sich deshalb keinesfalls auf diese eine Rolle beschränken⁶⁰ und die außerparlamentarische Linke sich nicht der Logik von Repräsentation unterordnen.

Dies hat Konsequenzen für den Charakter linker Politik, wie Joachim Hirsch schon 1990 gegen Rot-Grün einwandte: »Sozialdemokratischer' wie 'grüner' Staatsreformismus bleibt notwendiger Bestandteil eines ‚radikalen Reformismus‘, insoweit er Spielräume und Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen sichert und deren Auswirkung, d.h. die Verschiebung sozialer Kräfteverhältnisse, im staatlichen Machtapparat zum Ausdruck bringt. Aber sie *schafft* diese Veränderungen nicht. Politik, die sich auf Partei und Staat reduziert, hat sich sozialrevolutionärer Ansprüche von vornherein begeben. Den *praktischen* Ansätzen und Formen eines alternativen, gegenüber den Institutionen der kapitalistischen Herrschaftsapparate autonomen sozialen und politischen Handelns kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu.«⁶¹ Nur sind auch 15 Jahre später die realen Erfolge gering.

Die entscheidende Frage ist zweifelsohne, wie die Linke als Ganze zu einer hegemonialen Kraft entwickelt werden kann, die in der Lage ist, ihre eigenen parteipolitischen Formationen (innerhalb oder außerhalb von Regierungen) zu integrieren und der Gesamtstrategie unterzuordnen. Linke Parteien müssen dabei vor allem ihre privilegierte Stellung und den Integrationssoj, der vom parlamentarischen System ausgeht, reflektieren und eigene Strategien entwickeln, dem aktiv entgegenzuwirken – nach innen wie nach außen. Die Kultur einer kritisch-solidarischen Kooperation ist dafür die *sine qua non*.⁶²

5. Einwand: Die Linke macht durch ihre Regierungsbeteiligung erst die Fortsetzung rechter Politik möglich

Rosa Luxemburg hatte um die Wende zum 20. Jahrhundert einen fünften Einwand gegen jede Regierungsbeteiligung der Linken erhoben: »Die Ministerschaft Millerands bedeutet ..., weit entfernt, eine neue Ära der Sozialreformen in Frankreich zu inaugurierten, das Aufhören des Kampfes der Arbeiterklasse um sozialen Reformen, bevor er noch begonnen hatte, das

heißt die Erstickung desjenigen Elements, das einzig der verknöcherten französischen Sozialpolitik ein gesundes modernes Leben einflößen könnte.«⁶³ Und über hundert Jahre später heißt es mit Blick auf die Regierung Lula in Brasilien: »Alle volkswirtschaftlichen Interventionsinstrumente waren längst aus der Hand gegeben – doch die ökonomische Krise zwang dazu, einen größeren gesellschaftlichen Konsens zu suchen. Mit einer von der traditionellen Rechten Brasiliens geführten Regierung war das ausgeschlossen. Es drohten Aufruhr und Unregierbarkeit wie in Argentinien oder Bolivien. Da kam das in Jahrzehnten erworbene Vertrauenskapital der Arbeiterpartei und ihres Kandidaten gerade recht, um neoliberale Politiken zu recyceln.«⁶⁴

Linke Kräfte kommen zumeist in zwei Fällen an die Regierungsmacht: Erstens kann es zu Konstellationen kommen, in denen ein De-facto-Bündnis (Mitte-Links-Bündnis) zwischen einer dominanten sozialdemokratischen Gruppierung und linken Kräften entsteht, das das Ziel hat, einen rechten Neoliberalismus (oft in besonders parasitären Formen) zu besiegen oder zu verhindern. In einer solchen Konstellation ist die Tendenz sehr stark, dass wirtschaftspolitisch das Programm des Neoliberalismus weiterverfolgt wird und es zu Modifikationen vor allem auf den Gebieten der Demokratie, der internationalen Zusammenarbeit, der Achtung der Menschenrechte und – sehr partiell – der Sozialpolitik kommt. Zweitens kann es nach einer Delegitimation auch des gemäßigten sozialdemokratischen Neoliberalismus (reale oder absehbare Wahlniederlage als Signal) dazu kommen, dass breite Schichten der Bevölkerung aus der Mitte und dem Unten der Gesellschaft eine deutlich linke Option präferieren und politische Kräfte in der Repräsentation (und Umsetzung) der damit verbundenen Erwartungen an einen Richtungswechsel ihre langfristige strategische Chance erkennen.⁶⁵ Wie der Fall Venezuela zeigt, kann ein Mitte-Links-Bündnis in Krisen zerbrechen und den Weg frei machen für eine konsequentere antineoliberale Politik.⁶⁶

In beiden Fällen gilt: Linke Regierungspolitik hat es in vielfacher Hinsicht mit Tatsachen und Rahmenbedingungen zu tun, die der Neoliberalismus auf Dauer gestellt hat.⁶⁷ Schnelle Veränderungen insbesondere in den Kernbereichen von Wirtschafts- und Sozialpolitik sind deshalb unmöglich. Linke Regierungspolitik, will sie den Rahmen des Neoliberalismus verlassen, muss ausgehend von diesen Rahmenbedingungen und durch ihre schrittweise Veränderung die regionalen, nationalen und internationalen Voraussetzungen einer solidarischen demokratischen Politik erst schaffen. Die Bedingungen eine Krise des Neoliberalismus sind nicht iden-

tisch mit den unmittelbaren Voraussetzungen für einen Einstieg in eine soziale und demokratische Transformation. Es gibt nicht zuletzt einen Widerspruch zwischen wachsenden sozialen Kräften, die den Neoliberalismus von seinen Zielen und Mitteln her ablehnen (auch größere Teile der Bevölkerungen) und der Unfähigkeit, in einer Krise oder bei Regierungsübernahme über einen sozialdemokratischen Neoliberalismus hinauszugehen.

Diese hier vertretene These geht von der Annahme aus, dass ein direkter Bruch mit dem Neoliberalismus unmöglich ist, da er enorme Ressourcen verlangen oder die gesellschaftliche Ordnung zerstören würde in einem bürgerkriegsähnlichen Kampf. In der Mehrheit der Fälle muss linke Regierungspolitik deshalb zunächst die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität sichern bzw. wieder herstellen. Ein Teil der linken Regierungen stellt deshalb (zunächst?) Regierungsfähigkeit vor Veränderungsfähigkeit und wählt zunächst vor allem die folgende Strategie: Politiken der Einbindung von zumindest einem Teil der herrschenden Gruppen, der Haushaltssanierung, Inflationsbekämpfung (Hochzinspolitik und hohe Bewertung der eigenen Währung), Exportorientierung, Gewinnung von ausländischem Kapital. Zugleich werden Maßnahmen der aktiven Linderung besonderer sozialer Problemlagen (Versorgung mit Grundgütern, Bekämpfung von Hunger, Elend, Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität) in Angriff genommen und Programme entwickelt oder gefördert, die zwar nicht den grundsätzlichen Charakter der Wirtschaft berühren, aber die Lage der Betroffenen verbessern.

Die Frage steht, ob es dazu eine grundsätzliche Alternative gibt, die nicht zu Destabilisierung, Einbruch des Bruttosozialprodukts, Möglichkeiten der offenen US-Intervention in Ländern der Dritten Welt führt. Es ist erst noch zu beweisen, dass ein Einstieg in den Ausstieg aus dem Neoliberalismus völlig der neoliberalen Mittel entsagen kann. Die bisherigen Erfahrungen scheinen nahe zu legen, dass dieser Einstieg eine Strategie zu verlangen scheint, die zumindest fünf Elemente enthält: *Erstens* wäre dies der Bruch mit besonders parasitären Formen des bisherigen Regimes (Apartheid, Berlusconi parasitärer Finanzkapitalismus usw.), eine dosierte Abschüttelung neoliberaler Fesseln (siehe Argentinien: starke Abwertung der Auslandsschulden, aber auch evtl. von Binnenverschuldung), soweit dies zu keiner destabilisierenden Konfrontation führt. *Zweitens* wäre dies die Erschließung endogener Ressourcen wirtschaftlicher Entwicklung mit hohem Wachstumspotential, die relativ kurzfristig Arbeitslosigkeit senkt, Einkommen zumindest bei Teilen der Mittelschichten und der Arbeiter

im formellen Sektor erhöht, die staatlichen Einnahmen steigert usw. *Drittens* gehört zu einer solchen Strategie das Ergreifen von Maßnahmen, um den vom Neoliberalismus am stärksten negativ betroffenen Gruppen zu helfen: Unterstützung von solidarischer Ökonomie (Landreform, Kooperativen, Selfmanagement usw.), Sanierung bzw. Stärkung der Systeme öffentlicher Daseinsvorsorge, Elemente von Grundsicherung. *Viertens* bedarf es des systematischen Aufbaus einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft, der Schaffung von Rahmenbedingungen, die solidarisch-emanzipative Akteure eines Mitte-Unten-Bündnisses fördern und ihnen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des demokratischen Prozesses einräumen. *Fünftens* wäre mit der Verallgemeinerung von Einstiegsprojekten in eine andere Ökonomie und soziale Entwicklung, in eine neue Gestalt von Demokratie, die breite Partizipation und das gesellschaftliche Primat des Sozialen über die Kapitalverwertung sichert, in ein kooperatives solidarisches internationales System zu beginnen. Erst die Erfüllung dieser Aufgaben würde dann die Bedingungen schaffen, um den Rahmen des Neoliberalismus dauerhaft zu verlassen.

Die Linke kann und muss danach streben, auch (aber nicht nur) aus der Regierung Wege einer grundlegenden Transformation einzuleiten. Wie an anderer Stelle dargelegt,⁶⁸ muss sie sich jedoch mit drei Konflikten zugleich auseinander setzen: Sie ist mit Tendenzen einer offenen Barbarisierung konfrontiert, steht im grundsätzlichen Widerspruch zu wirtschaftsliberalen, autoritären und imperialen Politikansätzen und in Auseinandersetzung mit einer sozialdemokratischen oder sozialliberalen Politik auf der Basis des gegenwärtigen Finanzmarkt-Kapitalismus. Die heutige Sozialdemokratie ist zugleich Bündnispartner im Kampf gegen die beiden ersten Ansätze und Gegner, insoweit sie die Grundlagen der gegenwärtigen Krisen nicht zu überwinden sucht.

Wie ambivalent die Ergebnisse der jüngsten Regierungsbeteiligungen sind, zeigt der Anhang, der sich auf lateinamerikanische, indische und südafrikanische Erfahrungen bezieht.⁶⁹ Aber auch in Europa wird deutlich: Positiven Einzelergebnissen steht bisher zumeist die Unfähigkeit gegenüber, eine stabile gegenhegemoniale Formation zu schaffen, die den Neoliberalismus in seinen Grundelementen herauszufordern und einen stabilen Pfad der Transformation einzuschlagen vermag. Dies aber ist die nächste Aufgabe. Rosa Luxemburg schrieb 1900: »So kehrt das Schiff des dogmenfreien Sozialismus aus seiner ersten Probefahrt auf den Gewässern der praktischen Politik mit zerbrochenen Masten, zertrümmertem Steuer und Leichen an Bord in den Hafen zurück.«⁷⁰ Heute ist eine Linke in

Neugründung dabei, das neue Schiff einer transformatorischen sozialistischen Linken zu bauen. Das Studium der Schiffbrüche der Vergangenheit ist dabei genauso wichtig wie die Analyse der neuen Bedingungen.

¹ Marx schrieb 1850 dazu: «Das Recht auf Arbeit ist im bürgerlichen Sinn ein Widersinn, ein elender, frommer Wunsch, aber hinter dem Rechte auf Arbeit steht die Gewalt über das Kapital, hinter der Gewalt über das Kapital die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit, des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses.» Karl Marx: Klassenkämpfe in Frankreich. 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, S. 42.

² Marvin F. Cox bemerkt über Louis Blanc: »From late February until the decisive decline of his influence in April his standing within the Parisian working class gave him a means for intimidating the moderate majority in the provisional government. Yet rather than use this advantage to force the majority's hand he acquiesced in half-measures which maintained the government's credit among the workers but ultimately worked against the establishment of any kind of social democracy. He thus renounced his demands for a ministry of progress, which would have given him a budget and put functionaries at his disposal, and accepted the presidency of the Luxembourg Commission, which had the circumscribed mission of preparing social legislation for the future constituent assembly. More gravely, he continued to serve in the provisional government even after it created 'national workshops' whose make-work jobs parodied his plans and discredited his idea of state-fostered industrial employment. After the assembly convened Blanc failed equally significantly to use his remaining credit with the workers to moderate their militancy and save them, and the republic, from the reprisals which he realized would follow defiance of the conservative majority.« <http://www.ohiou.edu/~Chastain/ac/blanc.htm>.

³ Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«. A. a. O. Dies gilt m. E. – ungeachtet vieler Erfolge – auch für die VR China, Vietnam oder Kuba.

- ⁴ Leitfaden einer evolutionären Strategie der SPD waren die Bemerkungen des alten Engels in seiner Einleitung zu Marxens Schrift »Klassenkämpfe in Frankreich«, die er 1895 schrieb: »Was aber auch in anderen Ländern geschehen möge, die deutsche Sozialdemokratie hat eine besondere Stellung und damit wenigstens zunächst auch eine besondere Aufgabe. Die zwei Millionen Wähler, die sie an die Urnen schickt, nebst den jungen Männern und den Frauen, die als Nichtwähler hinter ihnen stehen, bilden die zahlreichste, kompakteste Masse, den entscheidenden 'Gewalthaufen' der internationalen proletarischen Armee. Diese Masse ... nimmt ... unablässig zu. Ihr Wachstum geht so spontan, so stetig, so unaufhaltsam und gleichzeitig so ruhig vor sich wie ein Naturprozeß. Alle Regierungseingriffe haben sich ohnmächtig dagegen erwiesen... Geht das so voran, so erobern wir bis Ende des Jahrhunderts den größeren Teil der Mittelschichten der Gesellschaft, Kleinbürger wie Kleinbauern, und wachsen aus zu der entscheidenden Macht im Lande, vor der alle andern Mächte sich beugen müssen, sie mögen wollen oder nicht. Dies Wachstum ununterbrochen in Gang zu halten, bis es dem gegenwärtigen Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst, <diesen sich täglich verstärkenden Gewalthaufen nicht in Vorhutkämpfen aufreiben, sondern ihn intakt zu halten bis zum Tag der Entscheidung,> das ist unsere Hauptaufgabe.« Friedrich Engels: Einleitung zu »Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« von Karl Marx (Ausgabe 1895), in: MEW, Bd. 7, S. 511-527, hier S. 524 f.
- ⁵ Es gehört zu den unerledigten Aufgaben der neuen Linken, die mit dem Scheitern dieser beiden Ansätze verbundenen strategischen Diskussion seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts neu zu analysieren.
- ⁶ Vgl. dazu: Michael Brie: Die Linke - was kann sie wollen? in: Supplement zu Sozialismus, Heft 3/2006.
- ⁷ So heißt es bei Theodor Bergmann: »1918 hatte die SPD statt des unnützen Blutvergießens der Revolution ein ‚friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus‘ versprochen. Die blutige Herrschaft des deutschen Faschismus stand am Ende des friedlichen Weges der schrittweisen Reformen.« Theodor Bergmann: Friedliches Hineinwachsen in die Kapitulation, in: junge welt, 14./15. Januar 2006, S. 11.
- ⁸ Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?, in: Werke, Bd. 1.1., S. 389.
- ⁹ Ebenda.
- ¹⁰ Ebenda, S. 390.
- ¹¹ Ebenda, S. 392.
- ¹² Ebenda.
- ¹³ Marx selber hat solchen Vorstellungen in vielen seiner Werke Vorschub geleistet. So heißt es über Forderungen reformerischer Veränderung des Kapitalismus im »Manifest«, diese seien nichts als Bourgeoisozialismus: »Eine zweite, weniger systematische, nur mehr praktische Form dieses Sozialismus suchte der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleiden durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern nur eine Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könne. Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen.« Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 489.
- ¹⁴ Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: Werke, Bd. 16, S. 10 f.
- ¹⁵ Ebenda, S. 11 f.
- ¹⁶ Vgl.: Christoph Butterwegge: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005.
- ¹⁷ Unter Kapitallogik seien alle die Tendenzen verstanden, die aus der ungehinderten Wirkung der Kapitalverwertungsinteressen und der vollständigen Unterordnung von Arbeit und Gesellschaft unter das Kapital folgen.
- ¹⁸ Theodor W. Adorno: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt am Main 2001, S. 13.

- ¹⁹ D. i.: unter dem Gesichtspunkt der »Selbstwertung des Menschen, in dessen Verlauf sich das Bewusstsein der eigenen Individualität bzw. der Unterschiedenheit von anderen zunehmend verfestigt«. Duden. Das Fremdwörterbuch, Mannheim 1997, S. 355.
- ²⁰ Theodor W. Adorno: *Minima Moralia*, a.a.O., S. 205 f.
- ²¹ In Herbert Marcuses Werk »Der eindimensionale Mensch« wird diese Theorie auf den Begriff gebracht – selbst das Individuellste erscheint nur noch als Bewegungsform einer kapitalistischen Totalität, die völlige Freiheit als die absolute und zugleich lustvolle Unterwerfung: »Die Reichweite gesellschaftlich statthafter und wünschenswerter Befriedigung nimmt erheblich zu; aber auf dem Wege dieser Befriedigung wird das Lustprinzip reduziert – seiner Ansprüche beraubt, die mit der bestehenden Gesellschaft unvereinbar sind. Derart angepasst, erzeugt Lust Unterwerfung.« Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Darmstadt und Neuwied 1982, S. 95. Nur von den Geächteten und Außenseitern, den Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen, sei noch »revolutionäre Opposition« zu erwarten (ebenda, S. 267).
- ²² <http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialismus>. Damit rückt der Sozialismus zwangsläufig in die Nähe aller autoritären Ordnungen.
- ²³ Vergleiche dazu den systematischen Beitrag: *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*. Ein Kommentar, Berlin 1997.
- ²⁴ So heißt es bei Babeuf: »Es gibt keine wichtigere Wahrheit als die von uns schon angeführte, die ein Philosoph (Morelly – M. B.) mit folgenden Worten verkündete: Schwatzet soviel ihr wollt über die beste Regierungsform, ihr werdet nichts ausrichten, solange ihr nicht die Keime der Habsucht und des Ehrgeizes zerstört habt. Deshalb müssen die gesellschaftlichen Institutionen es zuwege bringen, jedem einzelnen die Hoffnung zu nehmen, jemals durch seine Bildung reicher, mächtiger oder vornehmer als seinesgleichen zu werden... Das einzige Mittel, um zu diesem Ziel zu kommen, besteht darin, eine gemeinschaftliche Verwaltung einzurichten; das Privateigentum abzuschaffen; jeden Menschen die Fähigkeit und Fertigkeit ausüben zu lassen, auf die er sich versteht; ihn verpflichten, die Frucht seiner Arbeit im gemeinsamen Vorratsspeicher in natura abzuliefern; und eine einfache Verwaltung der Verteilung einzurichten, die über alle Personen und alle Sachen Buch führt und letztere in peinlichster Gleichheit verteilen und in der Wohnung jedes Mitbürgers abgeben lässt.« Gracchus Babeuf: *Maifest der Plebejer*, in: Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: *Von Babeuf bis Blanqui*. Bd. II: *Texte*, Leipzig 1975, S. 79 f. Die Saint-Simonisten dagegen, um eine der sozialistischen Strömungen zu nennen, streben nach einer »universellen Assoziation«, nach Verhältnissen, »in denen alle menschlichen Kräfte harmonisch miteinander verbunden sind«. Die saint-simonistische Lehre, in: Ebenda, S. 153. Ein Zentralbanksystem, das Prinzip der Verteilung der Arbeit nach den Fähigkeiten und der Ergebnisse nach den Leistungen gehörten dazu. Die Diversität war Ausgangspunkt, ihre solidarische Entfaltung Mittel der freien Entwicklung aller.
- ²⁵ Karl Marx und Friedrich Engels: *Die Deutsche Ideologie*, in: MEW, Bd. 3, S. 424 f.
- ²⁶ Karl Marx: *Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie*, in: MEW, Bd. 42, S. 723.
- ²⁷ Karl Marx und Friedrich Engels: *Die Deutsche Ideologie*, a. a. O., S. 68.
- ²⁸ Ebenda.
- ²⁹ Michael Brie: *Wer ist Eigentümer im Sozialismus*, Berlin 1989, S. 106.
- ³⁰ Michael Brie: *Sozialismus und Eigentum*, in: ders. (Hg.): *Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Kritik des Neoliberalismus und Alternativen*. Beiträge zum Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 1. Juni 2005, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2006, S. 77-102.
- ³¹ »Der politische Anspruch des Sozialismus besteht in einer solchen Gestaltung moderner Gesellschaften mit ihren Institutionen und Machtstrukturen, dass die Durchsetzung der Menschenrechte in der Einheit von politischen, sozialen und individuellen Rechten und ihre Unteilbarkeit für jeden einzelnen und für alle garantiert werden. In diesem Sinne kann Sozialismus auch als Menschenrechtsideologie moderner Gesellschaften bezeichnet werden.« *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*, a. a. O., S. 49. Vgl. zur theoretischen Begründung auch: Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: *Sozialismus als Tagesaufgabe*, Berlin 2002.

- ³² International gibt es sehr verschiedene Ansätze, einen neuen Sozialismus als überzeugende Alternative zum neoliberalen Hightechkapitalismus zu formulieren. Zu den wenigen, die dies mit einer bestimmten Ausstrahlung versuchten, gehört István Mészáros: *Beyond Capital*. London 1995.
- ³³ Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Christoph Lieber: Von der neoliberalen zur sozialistischen Governementalität. Anforderungen an eine Rifondazione der Linken, Ms., S. 15.
- ³⁴ In der Konsequenz verlangt dies die Aufhebung des libertären Erbes durch den Sozialismus – von den US-amerikanischen »Verfassungsvätern« und Mill bis hin zu den Theorien von Hayek oder des Neoinstitutionalismus.
- ³⁵ Karl Marx und Friedrich Engels: *Die Deutsche Ideologie*, a. a. O., S. 71.
- ³⁶ Produktionsverhältnisse als Eigentumsverhältnisse sind Verhältnisse der Verteilung der gesellschaftlich erzeugten Produktionsmittel. Wie Marx bezogen auf antagonistische Formationen schreibt: »Jene Verteilungsverhältnisse sind ... die Grundlagen besonderer gesellschaftlicher Funktionen, welche innerhalb des Produktionsprozesses selbst bestimmten Agenten desselben zufallen im Gegensatz zu den unmittelbaren Produzenten.« Karl Marx: *Das Kapital*. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 886.
- ³⁷ Karl Marx: *Das Kapital*. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 530.
- ³⁸ Vgl. Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«, in: Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier, Holger Politt (Hrsg.): *Aufstieg und Fall des Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen*. III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig, 19.9.-20.9.2003. *Leipziger Jahrbücher: Osteuropa in Tradition und Wandel*, Bd. 6, Leipzig 2004, S. 197-233.
- ³⁹ Magnus Marsdal: Sozialistischer Individualismus, in: *Utopie kreativ*, Heft 2/2005. (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Marsdal_SozialistischerIndividualismus_d.pdf).
- ⁴⁰ Rosa Luxemburg: Zum französischen Einigungskongress, in: *Werke*, Bd. 1.2, S. 91.
- ⁴¹ Vgl. dazu das programmatische Gründungsdokument der EL: <http://www.european-left.org/about/introduction/extendeddocument.2005-06-30.0350004084> oder die Prinzipien des Weltsozialforums: <http://weltsozialforum.org/prinzipien/index.html>.
- ⁴² Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: *Sozialismus als Tagesaufgabe*, a. a. O.
- ⁴³ Rosa Luxemburg: *Die sozialistische Krise in Frankreich*, in: *Werke*, Bd. 1.2, S. 58.
- ⁴⁴ Ebenda.
- ⁴⁵ Ebenda, S. 59. Sie führt dazu weiter aus: »Somit stellt die Zentralregierung eines modernen Staates ein Räderwerk dar, dessen einzelne Teile von allen Seiten ineinandergreifen und gegenseitig ihre Bewegungen bestimmen und regulieren. Der unmittelbare Transmissionsmechanismus, der das ganze Räderwerk in Gang bringt, ist das bürgerliche Parlament, aber die treibende Kraft sind dabei zunächst die Klassen- und Parteiverhältnisse im Lande und in letzter Linie – die Produktions- und Austauschverhältnisse der gesellschaftlichen Wirtschaft. Der kapitalistischen Einheitlichkeit der Ökonomik hier entspricht die bürgerliche Einheitlichkeit der Regierungspolitik dort.« Ebenda.
- ⁴⁶ Ebenda.
- ⁴⁷ Ebenda, S. 60.
- ⁴⁸ Ebenda, S. 62.
- ⁴⁹ Nicos Poulantzas: *Staatstheorie*, Hamburg 1978, S. 123.
- ⁵⁰ Ders.: *Klassen im Kapitalismus*. Berlin (West) 1975, S. 138.
- ⁵¹ Ders.: *Staatstheorie*, a. a. O., S. 117 ff.
- ⁵² Joachim Hirsch: *Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Geschichtstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute*, Hamburg 1990, S. 45.
- ⁵³ Vgl. dazu die sehr informative Website, die viele weiterführende Texte enthält und auch theoretische einführt: <http://www.brangsch.de/partizipation/haushalt.htm>.
- ⁵⁴ Rosa Luxemburg: *Die sozialistische Krise in Frankreich*, a. a. O., S. 32.

- ⁵⁵ Ebenda, S. 33. Hans Heinz Holz formuliert dies so: Die Linkspartei »ist der institutionelle Kanal, in den die gärende Unruhe der sozialen Bewegungen abgeleitet werden soll. Sie dient als Bremse der außerparlamentarischen Aktivitäten, denn die herrschende Klasse weiß sehr wohl, dass Veränderungen der politischen Macht nicht in Parlamenten, sondern auf der Straße erstritten werden.« Hans Heinz Holz: Linke in Deutschland, <http://www.kominform.at/article.php?story=20051110200041369>.
- ⁵⁶ In einer Analyse der Regierungsbeteiligung der sozialistischen Linken Norwegens kommt Dag Seierstad zu dem Schluss, dass die Stärke der Linken in der Regierung vor allem dem Wirken der Gewerkschaften wie auch alternativen sozialen Bewegungen zu verdanken ist: »The two main factors behind the electoral success in 2005 are nevertheless of importance also in other countries: a trade union movement attacking the policies of the social democratic party from the left – and the existence of a sufficiently strong party to the left of the social democrats identifying to a great extent with the demands of the trade union movement.« Dag Seierstad: The recent development of the Norwegian left: Challenges and prospects. Beitrag für den Workshop der RLS »Akteure im Umbruch – Transformationsprozesse linker Parteien« in Berlin vom 16. bis 18. Dezember 2005.
- ⁵⁷ Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Band IX, Berlin 1982, S. 462.
- ⁵⁸ Kritiker von Regierungsbeteiligung unterstellen oft, außerparlamentarische Kräfte seien jederzeit stark und zu mobilisieren und würden primär durch die Parteien in Regierung behindert. Oft aber fallen hohe Wahlergebnisse linker Parteien mit einer geringen Mobilisierungsfähigkeit linker Akteure und vor allem der Bürgerinnen und Bürger zusammen oder lassen auch linke Organisationen in ihrer Mobilisierung nach, weil sie auf linke Regierungen vertrauen und den Weg des Konsenses hinter verschlossenen Türen suchen, um ihre Regierungspartner nicht zusätzlich zu der Auseinandersetzung mit den Rechten weiteren öffentlichen Konflikten auszusetzen.
- ⁵⁹ »Linke Parteien müssen ... ihrem Machtvorsprung gegenüber anderen Formationen (der Linken – M. B.) systematisch entgegenwirken. Sie müssen Macht teilen. Ein Zusammenwirken mit Bewegungen und parteinahem Umfeld ist eine Einbahnstraße, wenn diesen nicht Einfluss auf Entscheidungen verschafft wird, zu denen die Partei aufgrund ihrer Privilegierung Zugang hat. Bewegungen und Umfeld werden linke Parteien nicht stützen, wenn sie keinerlei Garantien dafür erhalten, dass betreffende Partei auch nach der Wahl Rücksicht auf die Positionen der Bewegung nimmt.« Christoph Spehr: Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute, in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch, Berlin 2005, S. 59
- ⁶⁰ Die PDS-Führung in Berlin musste es zum Beispiel erst lernen, dass Regierungsbeteiligung auf regionaler Ebene keinesfalls den Verzicht der Landesminister auf Teilnahme an Demonstrationen gegen einen Regierungsbesuchs von George W. Bush verlangen müsse. Bei den Aktionen gegen die Hartz-IV-Gesetze waren sie dann auf der Straße.
- ⁶¹ Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg 1990, S. 193.
- ⁶² Vgl.: Michael Brie: Die Linke im Konflikt, in: Neues Deutschland vom 25. Februar 2006.
- ⁶³ Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich, a. a. O., S. 57.
- ⁶⁴ Luis Fernando Novoa: Lulas Brief an die Banken, in: Freitag vom 6.1.2006 <http://www.freitag.de/2006/01/06010301.php>.
- ⁶⁵ Darauf hofft offensichtlich auch Wolfgang Fritz Haug, wenn er von der neuen Linkspartei schreibt: »Im Zusammenspiel mit – und vor allem angetrieben von – der ‚sozialen Bewegung der Bewegungen‘ könnte sie die Kräfteverhältnisse in einer Weise ändern, die auch die Sozialdemokratie wieder auf einen Kurs zöge, der ihrem Namen entspricht.« Wolfgang Fritz Haug: Untergang der deutschen Linksregierung – Aufstieg der Linkspartei, a. a. O., S. 451.
- ⁶⁶ Aber selbst in diesem Fall, wo an der klaren Absicht des venezuelanischen Präsidenten Chavez, eine umfassendere gesellschaftliche anti-neoliberale Transformation einzuleiten, nicht gezweifelt werden kann, sind die positiven Konturen einer anderen Wirtschaft und Politik erst in Ansätzen erkennbar, von tiefen Ambivalenzen gekennzeichnet und basieren auf der Nutzung stark gestiegener Erdöleinkommen. Vgl. dazu im Detail: Dorothea Melcher: Venezuelas Erdöl-Sozialismus, in: Das Argument 262 (47. Jg.) Heft 4/2005, S. 506-520. Dabei wird sich auch zeigen, ob die Versuche, sich auf Basisbewegungen und Produk-

tionsgenossenschaften als Grundlage einer neuen Ökonomie zu stützen, wie sie von I. Mészáros, als Alternative zum Kapitalismus und alten Sozialismus gesehen werden, Erfolg haben werden.

- ⁶⁷ So wird für Brasilien festgestellt: »Neoliberalismus ist weder nur eine Ideologie oder ein Standpunkt neben anderen in einer demokratischen Debatte. Die ‚Reformen‘ haben durch die Transformationen, mit der sie die brasilianische Wirtschaft und Gesellschaft umgeschmiedet haben, eine materielle Basis für die Reproduktion des Neoliberalismus geschaffen.« Lecio Morais, Alfredo Saad-Filho: Lula and the Continuity of Neoliberalism in Brazil: Strategic Choice, Economic Imperative or Political Schizophrenia?, in: Historical Materialism, vol. 13:1, S. 11 (engl.).
- ⁶⁸ Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen?, a. a. O.
- ⁶⁹ Vgl. für Deutschland auch die Studien, die durch Rolf Reißig und unter Leitung von Edeltraud Felte entstanden.
- ⁷⁰ Rosa Luxemburg: Der Abschluss der sozialistischen Krise in Frankreich, in: Werke, Bd. 1.2, S. 179.

*Cornelia Hildebrandt, Michael Brie (Hrsg.)
Die Linke in Regierungsverantwortung. Analysen, Erfahrungen,
Kontroversen Gesellschaftspolitisches Forum
am 4. Februar 2006 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/regverantw.pdf*

20

Michael Brie
Ist die PDS noch zu retten?
Analyse und Perspektiven

1. Zusammenfassende Thesen

1. Die Entsicherung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche und der Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung sind zu einer grundlegenden Bedrohung der Mehrheit der Bevölkerung geworden. Die Gefahren eines Absturzes nach »unten« sind drastisch gewachsen. Es bedarf eines Richtungswechsels gegenüber der Politik von Rot-Grün wie Schwarz-Gelb, der auf einem neuen Gesellschaftsvertrag basiert, um Flexibilisierung und Individualisierung mit sozialer Sicherheit, Gerechtigkeit und Demokratisierung zu verbinden. Es wäre eine Strategie für die soziale und demokratische Gestaltung einer neuen Produktionsweise, eines neuen Akkumulations- und Regulationsregimes. Eine solche Position kann relevante Minderheiten für sich gewinnen und zu einem gesellschaftlichen Machtfaktor werden.

2. Die Instabilität der verschiedenen Regierungskoalitionen und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Reformvorstellungen dieser Koalitionen resultieren nicht zuletzt aus einer tiefen Ablehnung der Richtung dieser Reformen durch die Mehrheit der Bevölkerung, ohne dass alternative Vorstellungen bisher zu einer Gegenhegemonie fähig wären. Der Versuch, eine solche Gegenhegemonie aufzubauen, kann die geistigen und politischen Kräfteverhältnisse der bundesdeutschen Gesellschaft mittelfristig nachhaltig verändern. Eine alternative politische Formation, die sich diesem Ziel verschreibt, hat reale Chancen.

3. Die PDS ist nicht in der Lage, das demokratisch-sozialistische Potenzial in Ostdeutschland auszuschöpfen und erreicht es in Westdeutschland nur zu einem geringen Teil. Es besteht zugleich eine programmatische und strategische Diskrepanz zwischen SPD und Grünen und Bürgerinnen und Bürger mit demokratisch-sozialistischen Orientierungen, die trotzdem diese Parteien als das »kleinere Übel« wählen.

4. Nur jene sozialistische Partei/Parteienformation wird auf Dauer Erfolg haben, die zugleich einen bundespolitischen Gebrauchswert für einen Richtungswechsel von Politik hat *und* reale Veränderungen auch unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses zumindest auf kommunaler und Landesebene zu erreichen vermag.

5. Die PDS verfügt über wichtige und unverzichtbare Ressourcen für ein sozialistisches Parteienprojekt in Deutschland. Sie reichen aber nicht aus, um die vorhandenen Potenziale einer sozialistischen Partei in Deutschland im notwendigen Maße zu erschließen. Nur in einer veränderten Struktur kann sie die eigenen starken Potenziale verstetigen und zugleich für die dauerhafte Etablierung einer einflussreichen sozialistischen Kraft in Deutschland zur Geltung bringen.

6. Der Aufbau einer starken und attraktiven Formation außerhalb von SPD und Grünen ist die notwendige Bedingung dafür, dass sich auch in diesen Parteien Voraussetzungen für einen Richtungswechsel und eine zukünftige Mitte-Links-Koalition bilden, in deren Zentrum ein sozialer, demokratischer und ziviler Gesellschaftsvertrag stehen würde. Diese Formation könnte sich durch ein Bündnis von PDS mit anderen linken sozialen Kräften bilden (*PDS Plus*).

7. Am chancenreichsten für die Erreichung des strategischen Ziels – dem Aufbau einer starken linken politischen Formation jenseits von SPD und Grünen – ist die Verfolgung einer Doppelstrategie für die PDS – ihr Ausbau als linker Volkspartei im Osten und die Einleitung von Schritten des Aufbaus einer übergreifenden bundesweiten parteipolitischen Formation (*PDS Plus*), deren organischer Teil die PDS (in Ost und West) neben anderen Kräften wäre.

8. Als ersten Schritt zur Entwicklung eines neuen gemeinsamen politischen Projekts *PDS Plus* sollte die PDS auf der Basis eines programmatischen und personellen Bündnisses eine gemeinsame Liste mit linken Gewerkschaftlerinnen, der Friedensbewegung und der globalisierungskritischen Bewegung bei den Europa-Wahlen 2004 anstreben.

9. Die Behauptung der PDS als linker ostdeutscher Volkspartei ist eine Grundbedingung dafür, dass die PDS sich in eine neue parteipolitische Formation als Voraussetzung der Veränderung der Kräfteverhältnisse in der bundesdeutschen Gesellschaft einbringen kann. Sie würde damit zugleich einen wesentlichen Beitrag zu einer solchen Veränderung leisten.

10. Die PDS wird sich nur behaupten können, wenn sie sich grundlegend verändert, in ein umfassenderes parteipolitisches Projekt einbringt und zugleich als linke ostdeutsche Volkspartei profiliert. Ob sie dafür

(noch) die Voraussetzungen hat, ob sie in der Lage ist, die notwendigen Bündnispartner zu finden, ob sie es schafft, bis zum Herbst 2003 dafür die ersten praktischen Schritte erfolgreich einzuleiten, kann nur die Praxis zeigen. Auch hier gilt: *The proof of the pudding is the eating.*

Die Stagnation der Umfrageergebnisse der PDS auf niedrigem Niveau trotz wachsender gesellschaftlicher Kritik von links an der Politik der SPD-Grünen-Regierung, die Nichtexistenz der PDS in der Mediengesellschaft, die Unfähigkeit der PDS, nach dem Ausscheiden von Gregor Gysi Führungspersonen aufzustellen, die mit Schröder, Fischer, Westerwelle, Stoiber oder Merkel oder doch zumindest mit der zweiten Reihe der anderen Bundesparteien erfolgreich in der Öffentlichkeit konkurrieren können, sind nur einige Symptome der andauernden Krise der PDS.

Das Zeitfenster für einen neuen Aufbruch der PDS schließt sich mit hoher Geschwindigkeit. Ihr Versagen bei den Wahlen im Jahre 2004 (Europa-Wahlen und die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen) würde sie einem doppelten Verdrängungswettbewerb aussetzen – durch SPD und Grüne, einen Wettbewerb, den sie bei den Bundestagswahlen 2002 schon einmal verloren hat *und* durch mögliche alternative Gründungen einer neuen Linkspartei in Deutschland. Die Thesen dieses Textes war unter Punkt 1 zusammengefasst.

Im folgenden sollen (2) die Lage der PDS und ihre alternative Deutungen skizziert werden, wie sie sich vor allem im Umfeld des Geraer Parteitages zeigten. Im weiteren werden einige Hypothesen entwickelt, die meines Erachtens bei der Begründung einer strategischen Entscheidung der PDS berücksichtigt werden müssen. Sie betreffen zugleich (3) das strategische Umfeld wie (4) den inneren Zustand der PDS. Abschließend werden (5) Elemente eines neuen politischen Projekts *PDS Plus* entwickelt.

2. Alternative Deutungen

Die verschiedenen Kräfte innerhalb der PDS sind sich in einem einig: Der Wahlausgang der PDS hat die Krise der PDS nicht verursacht, sondern sie nur endgültig kenntlich gemacht. Sie sind sich auch einig, dass die Gründe für den Wahlausgang darin gesucht werden müssen, dass die Bürgerinnen und Bürger den Nutzen der PDS für sich selbst nicht zu erkennen vermochten. Im Tauschgeschäft »Stimme für eine Partei« gegen »Nutzen dieser Partei für den Bürger/die Bürgerin« ist die PDS entweder im Vergleich mit anderen Parteien weniger überzeugend gewesen (im Osten vor allem

im Vergleich zur SPD, im Westen vor allem im Vergleich zu den Grünen) oder die Bürgerinnen und Bürger sind zu Hause geblieben, weil sich das Tauschgeschäft in ihren Augen überhaupt nicht lohnte. Die Differenzen innerhalb der PDS beginnen bei der Deutung dieser Fakten und münden in sehr unterschiedliche Auffassungen über Ziele und Wege der PDS sowie über ihr Selbstverständnis. Die folgende Darstellung soll die zugrundeliegende Logik der jeweiligen Argumentationen aufdecken.¹ Dabei wird nicht versucht, diese oder jene Position »positiv« oder »negativ« zu werten. Die Zitate dienen mehr der Illustration, um die Argumentationslogik bestimmter Positionen herauszuarbeiten. Wenn es dabei nicht gelingt, den zitierten Personen in ihrer Eigenständigkeit gerecht zu werden (denn niemand kann auf diese oder jene »Logik« reduziert werden und sollte es auch nicht), so sei um Verständnis und Nachsicht für dieses didaktische Herangehen gebeten.

2.1 Strategisches Umfeld

Die wesentlichsten Differenzen innerhalb der PDS beginnen bei der Einschätzung der Politik von Sozialdemokratie und Grünen. So sehr bei diesen Differenzen alte Stereotype (»Sozialdemokratismus« als Feindbild) bzw. deren pauschale Rückweisung eine Rolle spielen mögen, so sehr ist diese Differenz zugleich zentral. Joachim Bischoff hat sie in einer Stellungnahme zur Wahlanalyse von A. Brie/M. Brie/M. Chrapa/D. Klein auf den Punkt gebracht: »Schon in den zurückliegenden Jahren dominierte in der PDS die Einschätzung, dass es sich bei der Politik der europäischen Sozialdemokratie und dem ‚Dritten Weg‘ um einen weichgespülten Neoliberalismus handelt.² (...) Wer aber zwischen der Politikkonzeption des bürgerlichen Blocks und dem von rot-grün nur mehr unterschiedliche Grautöne oder mehr oder minder starke Rechtstendenzen entdeckt, der muss auch künftig an der gesellschaftlichen Wirklichkeit und dem Alltagsbewusstsein scheitern.« (Bischoff 2002)

Eine eher unbestimmte Position wurde im Initiativantrag des Landesvorstandes Berlin für den Geraer Parteitag vertreten. Der Wahlsieg von Rot-Grün wird damit in Verbindung gebracht, dass »sehr viele Wählerinnen und Wähler insbesondere im Osten von Schwarz-Gelb nicht nur weniger erwarteten, sondern Schlimmeres befürchteten. Sie wählten das kleinere Übel.« (Landesvorstand der PDS Berlin 2002) Eine prinzipielle Einschätzung von Rot-Grün erfolgt nicht, es wird aber die Hoffnung ausgesprochen, »durch eine konzeptionelle und politische Profilierung als radikal

demokratische und soziale Reformpartei« könne die PDS in den kommenden Jahren »Rot-Grün von links politisch unter Handlungsdruck ... setzen und dafür sorgen, dass im Jahre 2006 der Verdross über das neuerliche ‚Übel‘ von rot-grünem Regierungs- und Reformversagen eine Adresse bei der PDS findet« (ebenda).

Zu den Annahmen dieser Einschätzung gehört in gewisser Hinsicht, dass die jetzige Regierung vor allem in Abhängigkeit von den gegebenen parlamentarischen Mehrheiten handelt (neoliberale Teile oder Elemente also vor allem Zugeständnisse an Mehrheitsverhältnisse sind und nicht auf Überzeugung gegründete Strategien darstellen), dass der Handlungsdruck vor allem von der PDS ausgehen würde, nicht aber von den Gewerkschaften bzw. aus den eigenen Parteireihen käme. Daraus wird dann die Hoffnung abgeleitet, die Wahl der PDS als »linkem Korrektiv« würde sich nach neuen Erfahrungen der Wählerschaft anbieten.

Im von der Vorsitzenden der PDS, Gabi Zimmer, Christa Luft u. a. eingebrachten Initiativantrag für den Geraer Parteitag wird eine deutlich andere Position als die von J. Bischoff vertreten. Hier heißt es schon im ersten Punkt: »Mit dem Übergang bedeutender Teile der Sozialdemokratie in das Lager des Marktliberalismus europaweit fehlen wesentliche Voraussetzungen für ein traditionelles Mitte-Links-Parteienbündnis.« (Zimmer/Luft u. a. 2002: 1) Im Referat von Gabi Zimmer heißt es dann auch noch pointierter: »In ganz Westeuropa sind die in den neunziger Jahren gewählten sozialdemokratischen Regierungen weitgehend gescheitert. Dort dominiert die Meinung, dass sowohl die bürgerlichen Kräfte als auch die Mitte-Links-Bündnisse mit ihrer jeweiligen Politik die eigenen Lebensumstände nicht verbessern können.« (Zimmer 2002: 5)

Die unterschiedlichen Einschätzungen zum Regierungsprojekt von Rot-Grün sind unter anderem auch mit Differenzen im Verhältnis zu den sozialen Bewegungen verbunden. Während vordergründig die Frage eine Rolle spielt, ob die PDS zu einer »Bewegungspartei« werden solle³, steht dahinter vor allem die bisher fast völlig ignorierte Frage, inwieweit sich mit den neuen sozialen Bewegungen, ATTAC und den Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften, Sozialverbänden usw. eine politische Formation herausbildet, die sich von der bisherigen Bindung an die SPD und die Grünen emanzipiert und nachhaltig auf einen Richtungswechsel hinarbeitet. Aus einer solchen Tendenz Ende der siebziger Jahre ist die Partei der Grünen hervorgegangen. Neue Konfliktlinien waren aufgetreten, Werte in der Gesellschaft hatten sich verändert, neue Akteure hatten die Tagesordnung verändert, ohne dass dies im alten bundesdeutschen Parteiensystem hin-

reichend schnell verarbeitet werden konnte. Die vorhandenen Parteien waren in den Augen einer relevanten Minderheit in eine tiefe und andauernde Legitimitätskrise geraten. Es entstand ein parteipolitisches Artikulations- und Repräsentationsvakuum, das durch »politische Unternehmer« genutzt wurde.

Bei den Bundestagswahlen 2002 ist es der SPD und vor allem auch den Grünen gelungen, beträchtliche Teile der Bevölkerung, die insgesamt sehr kritisch zur Regierungspolitik stehen, wieder zu gewinnen. Ein Teil des demokratisch-sozialistischen Potenzials hat sich der Stimme enthalten. Beides war auch der geringen Ausstrahlungskraft der PDS geschuldet. Es bedarf der genaueren Analyse, um hinreichend begründete Aussagen treffen zu können, inwieweit es zur Herausbildung einer neuen politischen Formation kommen kann oder ob die dafür vorhandenen Potenziale durch Rot-Grün gebunden werden können bzw. parteipolitisch stillgelegt blei-

Tabelle 1: Alternative Annahmen über die Umwelt, in der die PDS strategisch agiert (in zugespitzter Darstellung)

Position A	Position B
es gibt auf absehbare Zeit keine prinzipielle Alternative zum jetzigen Kurs der SPD und der Grünen	ein Richtungswechsel ist prinzipiell möglich, doch sind die Voraussetzungen dafür erst noch zu schaffen
der Unterschied zwischen dem Kurs der SPD und der CDU ist qualitativ	bei den Differenzen zwischen SPD und CDU handelt es sich nur um wichtige Unterschiede, die aber gegenwärtig zulasten des Sozialen erheblich reduziert werden
keine Möglichkeit eines alternativen Blocks; es gibt keine relevante Wählerschaft für ein eigenes Projekt	Möglichkeit eines alternativen Blocks; die PDS kann nur im Rahmen eines eigenen Projekts eine relevante Wählerschaft von bis zu 10 Prozent bundesweit erreichen
es gibt keine Möglichkeit starker außerparlamentarischer Mobilisierung	wachsende außerparlamentarische Mobilisierung nicht nur im Zusammenhang mit Fragen Krieg-Frieden
soziale Bewegungen sind temporär und vertreten nur partielle Interessen	die neuen sozialen Bewegungen bilden ein Netzwerk, dass von relativer Dauer ist und die Forderung nach einem politischen Richtungswechsel vertritt
die wirtschaftliche und soziale Krise kann in absehbarer Zeit abgeschwächt werden; die Legitimationskrise des jetzigen Regierungsblocks vertieft sich nicht	lang andauernde soziale und wirtschaftliche Krise und Verschärfung der Legitimationskrise

ben. Tabelle 1 stellt wichtige Punkte alternativer Situationsdeutungen gegenüber. In Abschnitt 4 wird der Versuch unternommen, Elemente dieser alternativen Deutung produktiv zu synthetisieren.

2.2 Organisationspolitische Ziele

Die Einschätzungen des gegenwärtigen Regierungsprojekts sind unmittelbar mit Vorstellungen über den Gebrauchswert, die Funktion der PDS im politischen System verbunden. So geht Joachim Bischoff von einer »pluralistischen Formation« der Linken aus, deren Hauptkräfte SPD und Grüne sind, und in dem die »linkssozialistische Komponente« ihren Anteil hat, der »sowohl den eigenen Anhängern als auch der Mehrheit der politischen Linken offensiver kommuniziert werden« (Bischoff 2002: 4) müsse. Auch der Landesvorstand Berlin geht von einer prinzipiellen Zugehörigkeit von PDS und SPD zu ein und demselben politischen Lager aus: »Die PDS ist, wie die SPD, eine demokratische und soziale Reformpartei. An ihren politischen Reformkonzepten und ihrer praktischen Politik sollten sie erkenn- und unterscheidbar sein, nicht an Fahnen, Tand und Etiketten.« (Landesvorstand Berlin 2002: 2)

Dieses Verständnis einer übergreifenden Einheit von SPD, Grünen und PDS steht in engem Zusammenhang mit der Forderung, die PDS müsse durch die Entwicklung konkreter Projekte, die möglichst bei den nächsten Wahlen mehrheitsfähig sind, einen *unmittelbaren* Beitrag zur Lösung der drängendsten Probleme leisten: »Politische Parteien beanspruchen, in Vertretungsdemokratien die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern zu artikulieren und zu repräsentieren. Die konkrete soziale Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger wird von ihrem Tun entscheidend mitgeprägt. So ist es folgerichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger an die Parteien ganz konkrete Erwartungen hinsichtlich der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen richten und ihr Wahlverhalten nach dem von ihnen angenommenen Gebrauchs- und Nutzwert der Parteien hierfür richten.« (Ebenda)

Im Mittelpunkt einer solchen Strategie stehen Wahlen. Sie stellen sich als wesentlichstes Ziel dar. Der Leitantrag des Berliner Landesvorstandes formuliert denn auch als wichtigste Aufgabe der Partei nach der Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms: »2. Die Partei konzentriert ihre Kräfte auf die Wiedererlangung bundesweiter parlamentarischer Präsenz.« (Ebenda: 5)

Unter der Überschrift »Fazit: Arbeit an Reformprojekten« kommt Benjamin Hoff in seiner Analyse der Wahl-niederlage der PDS zu dem Schluss,

dass es die zentrale Aufgabe der PDS sei, Reformprojekte zu entwickeln und zu kommunizieren, mit denen der »kontinuierliche Gebrauchswert der PDS« erhöht werden kann: »Zielstellung dabei ist die alte Anforderung an uns selbst, Partei für den Alltag und nicht nur für den Wahltag zu sein. Dieser Anspruch bedeutet mehr als die abstrakte Postulierung, eine ‚Interessenvertretung‘ für diverse gesellschaftliche Gruppen zu sein. Entscheidend ist vielmehr die Fähigkeit zur Entwicklung und Kommunikation von Reformprojekten, für die nicht nur im Parlament eine arithmetische Mehrheit existieren soll, sondern um die herum gesellschaftliche Akzeptanz und Mehrheiten organisiert werden wollen. Nur damit wird die PDS beweisen können, dass sie in der Lage ist, wichtige Konfliktlinien in der bundesdeutschen Gesellschaft zu artikulieren und damit verbundene Interessen zu repräsentieren (Einflusslogik) sowie eine Identität als linkssozialistische Partei auszuprägen (Mitgliederlogik).« (Hoff 2002: 10)

Dem Plädoyer für wahrnehmbare konkrete Reformprojekte und ihre schrittweise Umsetzung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auch im Interesse von Wahlerfolgen der Linken ist gewiss zuzustimmen. Doch dies bleibt nur ein Teil alternativer Politik, der ohne den anderen Teil, ohne breite Bewegungen alternativer Akteure für den Wandel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, nur unzureichend zur Geltung zu bringen ist, da für diese Projekte dann wesentliche Voraussetzungen fehlen.

Der von Gabi Zimmer, Christa Luft u. a. eingebrachte und letztlich angenommene Leitantrag stellt die Profilierung der PDS als »gesellschaftspolitische Oppositionskraft« im Zentrum. In den Mittelpunkt wird die Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse jenseits des Marktliberalismus (zu dessen Akteuren auch die rot-grüne Regierung gehöre) gefordert: »Auf die Tagesordnung muss ein neues gesellschaftliches Bündnis für soziale Gerechtigkeit von Menschen, die sich ganz unten finden, und jenen, die sich der Mitte der Gesellschaft zugehörig fühlen, treten.« (Zimmer/Luft u. a. 2002: 1) In ihrer Rede auf dem Parteitag präziserte Gabi Zimmer dann diese Vorstellung: »Es ist die Frage nach dem Mitte-Links-Bündnis, ob wir das heute noch als ein klassisches Parteienbündnis definieren, ob das so überhaupt denkbar ist, oder ob es nicht vielmehr über dieses klassische Parteienbündnis hinaus gehen muss: ein Bündnis für soziale Gerechtigkeit, ein Bündnis zwischen denen, die sozial ausgegrenzt sind, und denen, die sich der sozialen Mitte zugehörig fühlen. Das ist für mich ein strategisches Bündnis mit Sozialdemokraten, Grünen, Gewerkschaftern, kritischen Intellektuellen, Globalisierungskritikern, Bewegungen, solidarisch handelnden Menschen aus allen Schichten.« (Zimmer 2002: 8)

Eng mit einer solchen Vorstellung von der Aufgabe der PDS verbunden ist ein Selbstverständnis von PDS, dass diese nicht primär als kleinerer Teil eines parteipolitischen Linksbündnisses definiert, sondern als eigenständige parteipolitische Kraft, deren zentrale Aufgabe in der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse gesehen wird, um einen Richtungswechsel einzuleiten: »Verstehen wir uns als PDS als potenzielle Koalitionspartnerin von Rosa-Grün und reduzieren wir uns dabei selbst – und das sage ich bewusst, das ist für mich nicht die Gleichsetzung zu dieser ersten Frage [der Frage der Koalition – M. B.], aber durchaus eine Konsequenz, die sich aus dieser ersten Frage ergibt, reduzieren wir uns selbst auf ein ostdeutsches sozialdemokratisches Projekt? Oder wollen wir als bundesweite linke, sozialistische Partei zu gesellschaftlichen Veränderungen beitragen? Das ist der Kern der Auseinandersetzung, die wir führen müssen! Das ist des Pudels Kern! Auch wenn nicht wenige diese Frage von sich weisen und lieber alle möglichen Erklärungen für die Dissonanzen im Wahlkampf anbringen: Da liegt der Hund begraben!« (Ebenda: 5)

Mit jeder der beiden genannten Positionen ist eine Reihe von Annahmen verbunden, die oftmals nicht expliziert werden, teilweise auch nicht gewünscht werden, dem parteipolitischen Handeln aber zugrunde liegen. Es wird deutlich, dass sie jeweils wichtige Fragen aussparen, die durch andere Positionen zur Geltung gebracht werden. In ihrer personell nicht eindeutig zuzuordnen Logik sind die Positionen in Tabelle 2 strukturiert. In Tabelle 2 wird auch eine Reihe von Problemen vermerkt, die mit der Verfolgung der jeweiligen Strategien verbunden sein könnten. Ausführlicher wird darauf in Abschnitt 2 und 3 eingegangen. Ansätze einer übergreifenden Strategie, die beide Positionen in ihren Stärken ernst nimmt, werden in Abschnitt 4 skizziert.

Tabelle 2: Alternative organisationspolitische Ziele und Mittel der PDS

Nutzen der PDS für die Bürgerinnen und Bürger als Sicherung einer linken Regierung unter der SPD gegen einen Rechtstrend mit der CDU und CSU (Stoiber); dadurch Gewinnung wichtiger Kreise in der Gesellschaft	Chancen der Profilierung	Nutzen der PDS für die Bürgerinnen und Bürgerpartei-politische als Artikulations- und Repräsentanz-Instanz eines neuen Netzwerkzusammenhangs; dadurch Gewinnung wichtiger Kreise in der Gesellschaft; Profilierung als eigenständige politische Kraft in Landesregierungen und Kommunen
pragmatisch		visionär
»linkes Korrektiv«		»alternatives Projekt«
ohne die Erreichung wichtiger Kreise der globalisierungskritischen Bewegungen und der linken Kräfte in den sozialen Organisationen kommt es dort zur Herausbildung einer eigenen parteipolitischen Formation in Konkurrenz zur PDS	Gefahren für die Organisation	die PDS erweist sich als prinzipiell nicht in der Lage, neue Kräfte einzubinden und verliert bei diesem Versuch zugleich ihre jetzige Wählerschaft; der Kurs öffnet den Weg in die Sekte
Verkümmerung zu einer Provinzpartei mit sehr geringer Ausstrahlung mit verbaler sozialistischer Rhetorik		linksintellektuelle Gruppierung ohne soziale Verankerung mit verbalem Linksradikalismus
Abhängigkeit und Subalternität gegenüber SPD		dauerhafte Isolation und Marginalisierung
Reste einer linken Volkspartei im Osten, die aber nicht ausreichen, um sich langfristig zu behaupten (Erosion größer als Neuformierung)	innere Ressourcen für die Verfolgung bestimmter Strategien	Reste eines emanzipativen politischen Projekts aus dem Zerfall der SED sowie aus Beitritten im Westen, die aber nicht ausreichen, um das genannte Projekt zu verfolgen
Schwäche sozialer Verankerung im Osten, daher weitere Verluste gegenüber der SPD und Sinken unter 15 Prozent; keine Verankerung als solche Partei im Westen (im Westen Sinken unter ein Prozent)	wichtigste Ressourcen defizite	Schwäche des emanzipativen Potenzials; kaum Verankerung im Westen in diesem Potenzial; Schwierigkeiten, im Westen Fuß zu fassen, was aber gemeinsam mit der Festigung von Position im Osten entscheidend für dieses Projekt

2.3 *Selbstverständnis der PDS*

Die auf dem Parteitag in Gera und danach heftig geführte Diskussion zur strategischen Ausrichtung der PDS (oftmals aufgehängt an der Frage des Verhältnisses zu den sozialen Bewegungen) offenbarte vor allem dadurch, worauf die eigentlichen Akzente gelegt wurden, ein alternatives Verständnis der Optionen der PDS in den nächsten Jahren. Tabelle 3 fasst diese Positionen in ihrer Zuspitzung, wie sie in *keiner der real vertretenen Auffassungen* aufzufinden ist, zusammen. Es sei noch einmal auf den didaktischen Charakter einer solchen Zuspitzung verwiesen.

Tabelle 3: Alternative Vorstellungen zum Selbstverständnis der PDS

Position A		Position B
2006 (Strategie der Selbstbehauptung bei Wahlen)	Zeithorizont	ein Jahrzehnt (2006 nur als Zwischenschritt)
Veränderung der parlamentarischen Machtverhältnisse	unmittelbares politisches Ziel	Untergrabung der politischen Legitimation des herrschenden Kurses und Schaffung von Bedingungen für ein neues Bündnis
bei Richtungskonstanz linkere Ausrichtung eines Dritten Weges durch Regierungsbündnis mit SPD und Grünen	strategisches politisches Ziel	Schaffung der Voraussetzungen für einen Richtungswechsel (hin zu ziviler und sozialer Demokratie durch Veränderung der Hegemonie in der Gesellschaft)
Oben-Mitte bei »Abfederung« für Unten	soziale Orientierung	Mitte-Unten
die »Mitte«	soziale Gruppen, mit denen besonders kommuniziert werden soll (potenzielle WählerInnen)	Gruppen mit hohem kulturellem Kapital und solidarischen Einstellungen und spezifische benachteiligte Gruppen (alleinstehende Frauen mit Kindern; Arbeitslose etc.)
SPD und Grüne (die ihrerseits sozial verankert)	primäre Bündnispartner	linke GewerkschafterInnen und soziale Bewegungen
Parteien	langfristige Partner	neues Netzwerk von linksorientierten sozialen Organisationen und Bewegungen, dessen Teil und Partner die PDS ist; starke Vertretung von Persönlichkeiten derselben in Führungsgremien und bei AktivistInnenenschaft)
parlaments- und regierungszentriertes Projekt	Parteiprojekt	als parteipolitischer Akteur im Netzwerk von Organisationen und Bewegungen
Fraktionen und »Stäbe«; parlamentarische und Regierungsmaschine	organisatorische Grundformen der Partei	Vernetzungsgremien und Projekte (deren Teil die Fraktionen und Basisorganisationen sind)
Funktions- und Wählerpartei		Mitglieder- und Aktivistenpartei, die in der Zivilgesellschaft verankert ist und breite Teile der Bevölkerung unmittelbar im Alltag erreicht

3. Haben soziale und demokratische Reformalternativen einen sozialen Rückhalt?

Eine der größten Schwierigkeiten, die bei der Entwicklung einer Strategie der PDS auftauchen, ist die Einschätzung der gegenwärtigen Grundtendenzen und der wichtigsten politischen Akteure. Zugleich hängt von einer solchen Einschätzung die Wahl der Strategie wesentlich ab. Wie schon in Abschnitt 1.1. deutlich wurde, ist die PDS in der Frage der Beurteilung der wichtigsten Entwicklungstendenzen uneins. Dies ergibt sich vor allem aus der Instabilität der Situation selbst, die den Charakter des Umbruchs trägt. Einigkeit besteht vor allem in folgenden Fragen:

1. Die Phase des fordistischen Kapitalismus ist in Auflösung begriffen. Eine Position der Verteidigung sozialstaatlicher und demokratischer Errungenschaften der Vergangenheit, die nicht in der Lage ist, Strategien zu entwickeln, wie diese Errungenschaften auf eine neue Basis gestellt werden können, ist auf die Dauer nicht zukunftsfähig. Das gesamte System von Produktion, Akkumulation und Regulation hat sich irreversibel geändert. Alternativen müssen diese Veränderungen gestalten, können sie aber nicht zurücknehmen (vgl. dazu Bischoff 1999 und Klein 2003).

2. Das politische System ist von den genannten Veränderungen ebenfalls ergriffen. Es ist eine Krise der Demokratie entstanden, da wesentliche Entscheidungen nicht mehr demokratisch legitimiert gefasst werden (WTO, IWF, G8) oder durch Gremien erfolgen, deren Legitimation zumindest fragwürdig ist (die Entscheidungsgremien der EU). Die transnationalen Konzerne sowie wichtige Interessengruppen haben einen starken und oftmals bestimmenden Einfluss auf Entscheidungen, während breitere Gruppen der Gesellschaft nicht oder nicht hinreichend repräsentiert sind. Zunehmend entsteht der Eindruck, dass die demokratischen Gremien Vollzugsorgane von »Sachzwängen« sind, die an anderem Ort entstanden sind.

3. Die USA haben es vermocht, die bipolare Weltordnung weitgehend in eine unipolare Ordnung zu verwandeln, in der sie vor allem die entscheidende Ebene der Sicherheitspolitik und damit der Regulation der Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen beherrschen. Unter ihrer Führung und in Abstimmung mit ihren wichtigsten Verbündeten (G8) werden die globalen wirtschaftlichen und politischen Institutionen kontrolliert. Die EU versucht, sich diesen Tendenzen anzupassen, eigene sicherheitspolitische und militärische Potenzen zu entwickeln und ihre Position als wirtschaftlicher Konkurrent der USA und politischer Partner auszubauen.

Alternative politische Strategien einer linkssozialistischen Partei in Deutschland müssen sich angesichts der genannten Veränderungen zugleich auf den Feldern von Wirtschafts- und Sozialpolitik, Demokratie und Sicherheit profilieren und auf eine Veränderung globaler Machtverhältnisse zielen. Sie müssen das Feld der Zukunft glaubwürdig mit eigenen Visionen und pragmatischen Projekten besetzen und um die Gestaltung von Kräfteverhältnissen kämpfen, die deren Umsetzung ermöglichen. Gregor Gysi hat wesentliche gemeinsame Schlussfolgerungen für die Anforderungen an eine sozialistische Partei in Deutschland daraus gezogen, wenn er schrieb: »Nur bleibe ich von einem überzeugt: Deutschland braucht eine demokratisch-sozialistische Partei, die sich dem Zeitgeist eines neoliberalen Turbokapitalismus entgegen stellt, die eine aktive Friedenspolitik betreibt, die Freiheit und Gleichheit als Einheit ansieht, die vernünftiges Wirtschaften anstrebt, die für ökologische Nachhaltigkeit eintritt, die ... für eine deutsche Einheit in der Gleichheit eintritt und dabei auch das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen widerspiegelt, und die sich für ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit weltweit und in Deutschland einsetzt.« (Gysi 2002)

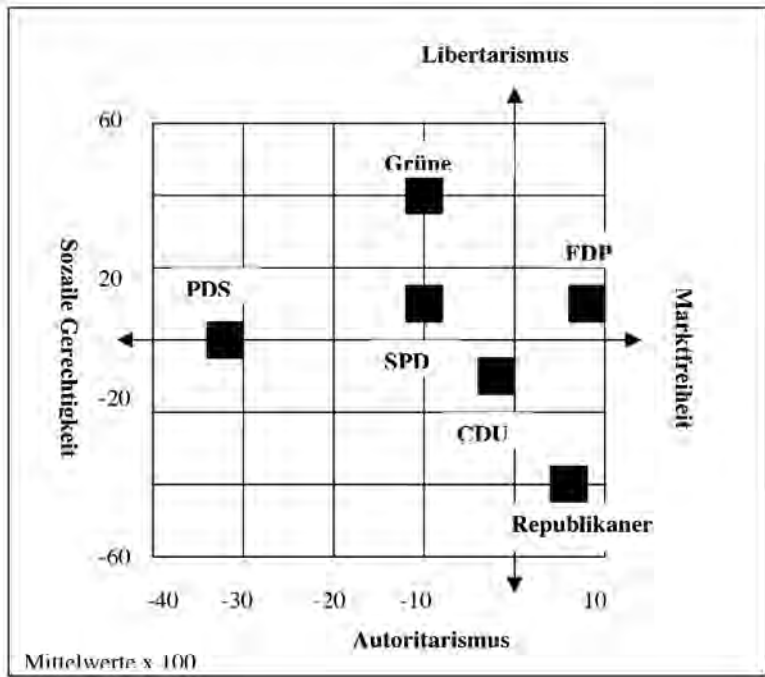
Differenzen in der strategischen Diskussion der PDS traten vor allem in zwei Fragen auf: Die Rolle des »Unten« in einer Gesellschaft und bei der Einschätzung der Strategie der Regierung von Rot-Grün. Zu beiden Fragen sollen deshalb einige eigene Positionen dargestellt werden.

3.1 Die Mitte zwischen »Unten« und »Oben«

Zum common sense jedes Parteistrategen gehört die These, dass Wahlen in der Mitte gewonnen werden. Und wenn im Jahre 2002 96,3 Prozent der Westdeutschen und 84,5 Prozent der Ostdeutschen ganz oder zumindest eher der Position zustimmen, dass es sich in Deutschland gut leben lässt (Allbus 2002), dann scheint die soziale Frage, die Frage von Oben und Unten in der Gesellschaft irrelevant zu sein. Dies aber ist m. E. eine Illusion. Die Krise des fordistischen Kapitalismus und seiner bisherigen sozialstaatlichen Regulation hat dazu geführt, dass für die soziale Mitte der Gesellschaft und vor allem für ihre Kinder und Enkel die Gefahr des sozialen Abstiegs außerordentlich stark zugenommen hat. Das sich durch Arbeitslosigkeit, Tendenz sinkender Einkommen im unteren Bereich, Schwächung der solidarischen Sicherungssysteme ausbreitende Unten der deutschen Gesellschaft wird zur Bedrohung für die große Mehrheit der Bevölkerung.⁴ Dies hat auch Konsequenzen für das Parteiensystem.

Das bundesdeutsche Parteiensystem war historisch entlang den Achsen soziale Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit und Autoritarismus und Libertarismus⁵ strukturiert. Mitte der neunziger Jahre war der Parteienwettbewerb durch die Achse Autoritarismus vs. Libertarismus dominiert, während die traditionelle sozialökonomische Rechts-Links-Achse (soziale Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit) zu einem »Nebenkampf« geworden war (Neugebauer/Stöss 1996: 278 f.), der zugleich auch als Ost-West-Konflikt in der erweiterten Bundesrepublik erschien und durch die Sonderrolle der PDS symbolisiert wurde. In der Bundesrepublik West schien die soziale Frage durch die Frage nach dem Maß legitimer individueller Selbstbestimmung bzw. sozialer Regulierung von Lebensplänen weitgehend verdrängt zu sein.

Grafik 1: Parteianhänger nach Wertorientierung 1994 (Bundesrepublik insgesamt) (Neugebauer/Stöss 1996: 278)



Grund für die Zurückdrängung der alten »sozialen Frage« war der sog. Fahrstuhleffekt, war die Verbindung von Wohlfahrtsanstieg aller sozialen Gruppen und die hohe, durch den Sozialstaat und die Familien gesicherte Inklusion fast der gesamten Bevölkerung in diesen Anstieg. In der Folge kam es zu einer Auflösung traditionaler Milieus der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums, der Ausdehnung von neuen pluralen Milieus und der Ausbreitung der »postmaterialistischen« Werte von Selbstbestimmung, Pluralität der Lebensstile, der fortschreitenden sozialen Ausdifferenzierung und Individualisierung, der Ausprägung heterogener Wertstrukturen usw. (Inglehardt 1977, Baumgarten 1982, van Deth 1995). Die patriarchale Kleinfamilie verlor ihre zentrale Stellung als Sozialisierungsinstanz. Unkonventionelle politische Teilnehmungsformen gewannen an Bedeutung (Kaase/Newton 1995: 49 ff.) und es kam mit der Durchsetzung eines pluralen Fernsehens zur Etablierung einer »medialen Demokratie« (Meyer 2001).

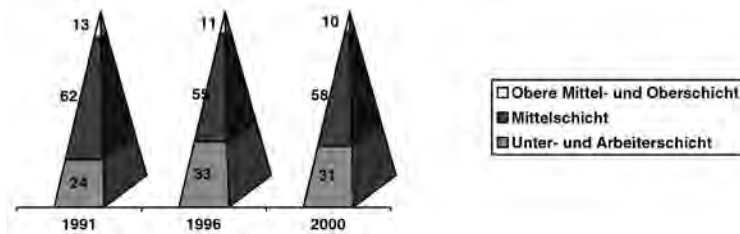
Diese Veränderungen sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass seit den neunziger Jahren soziale Unterschiede und sogar Gegensätze an Bedeutung gewonnen haben. Wie Richard Hauser feststellt: »Von einem Absinken in die unterste Schicht sind vor allem Langzeitarbeitslose und ihre Familien, Alleinerziehende, bestimmte Gruppen von Berufsanfängern, Wiedereinsteiger und Zuwanderer ohne ausreichende Qualifikationen bedroht; daneben dürfte auch die Schrumpfung des Sozialwohnungsbestandes zu einer Zunahme der Wohnungslosigkeit und zu einem Absinken der Betroffenen beitragen« (Hauser 1999: 143). Die Absinken des Rentenniveaus, die Kürzung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau, wachsende private Kosten bei Bildung, Gesundheit, Rente usw. werden die Lage der unteren Gruppen der Gesellschaft deutlich verschärfen und zugleich einen starken Disziplinierungsdruck auf die Mitte der Gesellschaft ausüben, sich als »Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge« marktkonform zu verhalten. Kinderlosigkeit ist auch ein bestimmter Ausdruck der damit ausgelösten Strategien.

In den achtziger und neunziger Jahren kam es mit der Krise des Fordismus⁶ zur Erosion der wirtschaftlichen Grundlagen des gesamten sozialen und politischen Systems. Damit brachen soziale Konflikte auf, die vorher randständig gewesen zu sein schienen. Dies gilt gerade auch für den Konflikt zwischen »Arm« und »Reich«. War er Anfang der neunziger Jahre nur für eine (wesentliche) Minderheit bedeutungsvoll (im Bundesgebiet West 1993 für 36 Prozent), so seit Ende der neunziger Jahre für 70 bis 80 Prozent (Chrapa/Wittich 1998 und Chrapa 2002). Er gehört zu jenen Konflikten,

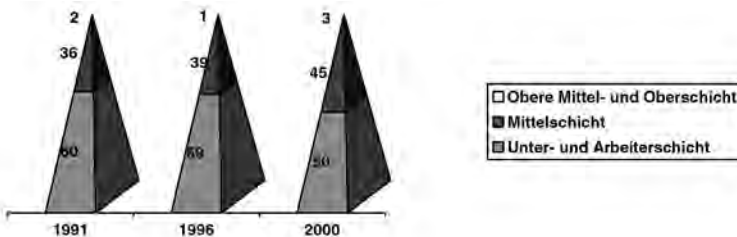
von denen große Mehrheiten annehmen, dass sie sich verschärfen. Hinter diesen Aussagen steht vor allem das Gefühl einer wachsenden Bedrohung der eigenen Stellung durch Arbeitslosigkeit, scharfe Arbeitsmarktkonkurrenz, Rückzug des Staates aus der sozialen Unterstützung sowie die Erkenntnis, dass vor allem das Leben der Kinder oder Enkel davon bestimmt sein wird. Es ist die Einsicht, mit der Gefahr leben zu müssen, ins soziale Abseits, in die Unterklasse der Gesellschaft, in die Gruppe derjenigen, die »überflüssig« sind, abgedrängt zu werden.⁷

Die verbreitete Vorstellung, die Deutschen würden meinen, sie lebten in einer Mittelstandsgesellschaft ohne erkennbares »Oben« und »Unten« ist schlicht falsch. Von einer »Entschichtung« kann nicht gesprochen werden (siehe dazu ausführlich Noll 1999). Der Anteil derer, die sich dem »Unten« und der Arbeiterschaft zurechnen, ist in Westdeutschland seit Anfang der 90er Jahre gestiegen und ist in Ostdeutschland trotz Rückgang auf einem wesentlich höheren Niveau als in Westdeutschland geblieben.

Grafik 2: Subjektive Schichteinstufung in Westdeutschland (Datenbasis: ALLBUS 1991, 1996,2000)

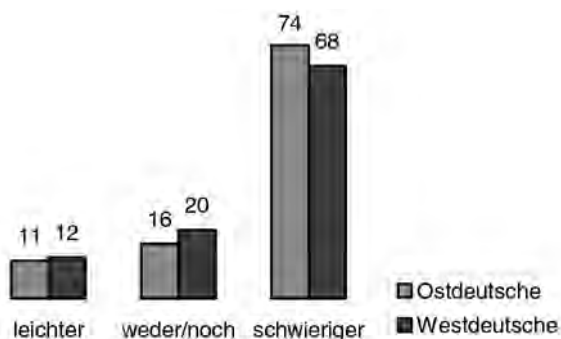


Grafik 3: Subjektive Schichteinstufung in Ostdeutschland (Datenbasis: ALLBUS 1991, 1996,2000)



Eine Politik, die sich auf die »Mitte« der Gesellschaft fixiert, übersieht, dass Menschen sich gerade dann in vertikalen Strukturen von »Oben« und »Unten« verorten, wenn sie den sozialen Abstieg fürchten müssen. Vor allem auch für jene, die sich selbst in der »Mitte« der Gesellschaft sehen, ist die offensichtliche Existenz eines »Unten« ein latente Bedrohung. Wachsende Unsicherheit der Arbeitsplätze, die nach den traditionellen Zweigen nun auch die neuen Industrien und Dienstleistungen erreicht hat, der Druck zu verstärkter privater Absicherung von Gesundheit und Rente sowie der eigenen wie der Bildung und Ausbildung der Kinder, starke Mobilitätswänge mit allen Folgen von Entsozialisierung verändern das Leben der Mehrheit der Gesellschaft und nicht nur derer, die von sozialer, kultureller und politischer Marginalisierung direkt betroffen sind.

Grafik 4: Für die nächste Generation wird das Leben in unserem Land



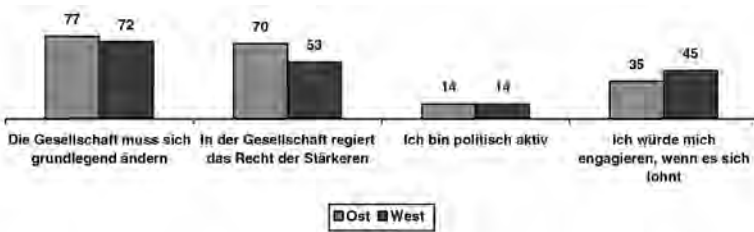
Quelle: Brähler 2001

Die mögliche Polarisierung der Gesellschaft in die Insider und Outsider bei Ausbreiten zugleich einer Oberschicht, die ihre Einkommen im hohen Maße aus Vermögen bezieht, wird zum einen als Bedrohung angesehen und zum anderen als Abkehr von einer solidarischen Gesellschaft. Mehrheiten sehen keine gerechte Verteilung des Wohlstandes und der Chancengleichheit mehr gegeben. Bestimmte soziale Gruppen werden als nicht integriert oder integrierbar aktiv ausgegrenzt und stigmatisiert (Chrapa 2003a). Die Verbreitung solcher Sichtweisen geht damit einher, dass sehr große Mehrheiten ein eher düsteres Zukunftsbild haben. Mehr

als zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger sind der Auffassung, dass die Gesellschaft kälter und egoistischer wird, dass die Reichen reicher und die Armen ärmer werden und Geld die menschlichen Beziehungen zu beherrschen droht.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger reagiert auf diese wahrgenommenen Veränderungen der Gesellschaft, in der sie leben, mit individuellen Strategien der Anpassung. Gleichzeitig wächst die Differenz zu diesen gesellschaftlichen Tendenzen und entsteht auch ein bestimmtes Potenzial, sozial aktiv zu werden, wenn dafür Erfolgsbedingungen gegeben sind (vgl. Klein 2003: 276 ff.). Große Teile der Bevölkerung sehen dringenden Handlungsbedarf und erwarten von der Politik einen wesentlichen Beitrag zur deutlichen Verringerung der Arbeitslosigkeit, zu sozialer Gerechtigkeit und vor allem zur Lösung von Zukunftsproblemen, zur Schaffung von Bedingungen für soziale Sicherheit besonders auf dem Gebiet der Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung, Rente. Zugleich können sie nicht erkennen, dass die Parteien als die wichtigsten politischen Entscheidungseliten dieser Verantwortung gerecht werden. Die soziale Frage erhält eine starke Zukunftsdimension und wird eng mit der Frage nach der Verantwortung von Staat und Gesellschaft für die Bereitstellung von hochwertiger Bildung und Durchsetzung der realen Chancengleichheit auf diesem Gebiet verbunden. Die Bereitschaft zum Protest gegen eine Politik, die diese Erwartungen nicht erfüllt, steigt an.

Grafik 5: Meinungen zur Gesellschaft und zur politischen Aktivität (Fokus 2002: 4)



Die »Mitte« der Gesellschaft befindet sich also im Umbruch und ist durch dramatische Zukunftsängste geprägt, die vor allem in der sozialen Spaltung der Gesellschaft, in der Auflösung ihres sozialen Zusammenhalts und in der Entstehung oder Ausbreitung von bedrohlichen »Randgruppen« ge-

sehen werden. Die Gesellschaft und der Staat scheinen unfähig, die Bedingungen für eine sichere Zukunft zu schaffen. Individuelle Anstrengungen dafür werden erhöht, können aber nur bei einem Teil den Rückzug der Gesellschaft aus diesen Aufgaben kompensieren (siehe die Ergebnisse der Pisa-Studie), was die soziale Polarisierung noch verstärkt.

So differenziert im einzelnen auch die Politik der Regierung von Rot-Grün bezüglich der jetzigen Situation eingeschätzt werden mag in der PDS, so gibt es zugleich eine strategische Einigkeit, vor dem genannten Hintergrund an der Entwicklung von Reformalternativen mitzuwirken, die sich prinzipiell gegen die soziale Ausgrenzung richten und soziale Sicherheit für alle mit neuen Chancen für individuelle Selbstbestimmung und sozialer und demokratischer Partizipation verbinden.

So formuliert einer der schärfsten Kritiker der Mehrheitsposition des Geraer Parteitages, Horst Dietzel, sein eigenes Verständnis einer Mitte-Unten-Option so: »Sie zielt darauf, das europäische Sozialstaatsmodell unter den veränderten Bedingungen neu zu schaffen bzw. verändert zu erhalten. Und dies gegenüber dem angelsächsischen Modell. Das erfordert einen neuen Gesellschaftsvertrag für mehr Solidarität zwischen den unteren und mittleren Schichten. Die unten erhalten mehr soziale und materielle Sicherheit, die in der Mitte profitieren davon, weil sie ein kleines Stück materiellen Überflusses in ein besseres gesellschaftliches Umfeld und damit in mehr Lebensqualität eintauschen. Dieses Projekt könnte eine breitere Grundlage in der Gesellschaft erhalten. Und es besteht zumindest die Option, es auch mit anderen Parteien – bei entsprechendem gesellschaftlichen Klima – umzusetzen.« (Dietzel 2002)

Joachim Bischoff formuliert Elemente einer alternativen Reformpolitik, von der er der Auffassung ist, dass sie durch die pluralistische Linke insgesamt getragen werden könnte, mit den Sätzen: »Eine demokratische Umgestaltung des Kapitalismus wird nur dann den nötigen Rückhalt bei der Bevölkerung finden, wenn die Politik der Ausweitung sozialer Unsicherheit zur Erhöhung der Leistungsabforderung bei den eigentumslosen sozialen Schichten beendet wird. Es geht mithin um die Entwicklung einer gemischten Ökonomie auf der Grundlage erweiterter Rechte und Sicherheit der Lohnarbeit. Eine moderne ‚mixed economy‘ ist nicht nur charakterisiert durch pluralistische Eigentumsformen sondern in der Tat durch Rahmenplanung und Investitionslenkung. Allerdings ist der Aktionsradius eines solchen Regulierungs- und Steuerungssystems die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Ohne eine Demokratisierung und Weiterentwicklung von internatio-

nen Kontroll- und Steuerungssystemen (Währung, Kredite, Entwicklung etc.) ist allerdings eine solche längerfristige Perspektive unrealistisch.« (Bischoff 2002: 4)⁸ Unklar bleibt mir dabei freilich, inwiefern er in der jetzigen Regierungspolitik solche Tendenzen am Wirken sehen kann. Mir schienen sie spätestens mit dem Bruch zwischen Schröder und Lafontaine an den Rand der Regierungspolitik gedrängt worden zu sein.

Die Liste ähnlicher Stellungnahmen ließe sich fortsetzen. Verwiesen sei vor allem auf den Entwurf zum neuen Parteiprogramm der PDS und die ausführliche Darstellung der gleichen Positionen in »Sozialistische Politik – Reformalternativen im Kampf um Gerechtigkeit« sowie den *Zukunftsbericht* der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Klein 2003). Auch der Initiativantrag des Landesvorstands Berlin für den Geraer Parteitag fordert die Entwicklung von Zukunftsprojekten in eine gleiche Richtung.⁹ Die Heftigkeit der Diskussion verdeckt deshalb starke inhaltliche Übereinstimmungen in der Bestimmung der Substanz überzeugender Reformalternativen. Die PDS verfügt trotz eines oftmals gegenteiligen Eindrucks durchaus über ein gemeinsames Grundverständnis alternativer Politik, das von dem vorherrschenden Verständnis bei SPD und Grünen prinzipiell abweicht. Die Differenz ist vor allem dort zu suchen, wo es um die Einschätzung geht, inwieweit diese Ansätze durch die gegenwärtige rot-grüne Regierung getragen werden und inwieweit die PDS als Akteur in Regierungsverantwortung zur Durchsetzung von Reformalternativen in der Lage sein kann. Ausgehend von der bisherigen Analyse soll folgende These formuliert werden:

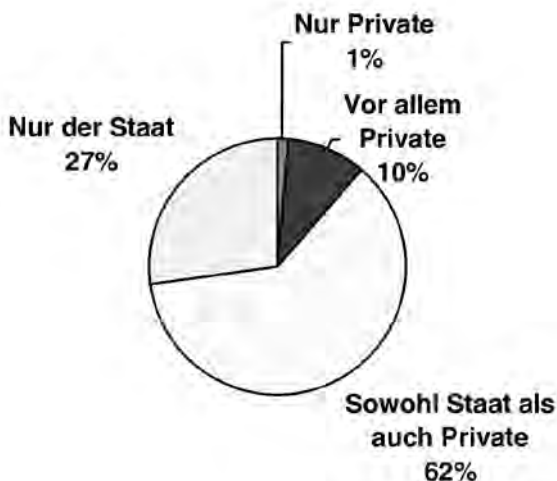
These 1:

Die Entsicherung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche und der Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung sind zu einer grundlegenden Bedrohung der Mehrheit der Bevölkerung geworden. Die Gefahren eines Absturzes nach »unten« sind drastisch gewachsen. Es bedarf eines Richtungswechsels gegenüber der Politik von Rot-Grün wie Schwarz-Gelb, der auf einem neuen Gesellschaftsvertrag basiert, um Flexibilisierung und Individualisierung mit sozialer Sicherheit, Gerechtigkeit und Demokratisierung zu verbinden. Es wäre eine Strategie für die soziale und demokratische Gestaltung einer neuen Produktionsweise, eines neuen Akkumulations- und Regulationsregimes. Eine solche Position kann relevante Minderheiten für sich gewinnen und zu einem gesellschaftlichen Machtfaktor werden.

3.2 Eliten und Bevölkerung

Während noch 1981 galt, dass »sich die bundesdeutschen Eliten durch sektoral und parteipolitisch verankerte Einstellungsdifferenzen« auszeichnen, »in denen die Interessenlagen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen repräsentiert waren« und die die politischen Konflikte auf einer von Eliten und Bürgerschaft gleichermaßen getragenen Zufriedenheit mit dem bestehenden Demokratie- und Strukturmodell der Bundesrepublik« (Wetzels 1998: 4) ruhten, so hatte sich dies schon zu Mitte der neunziger Jahre verändert. Herrschte bis Anfang der achtziger Jahre der Konsens von umfassender Staatlichkeit und begrenzter Demokratie vor, so begannen die Eliten zunehmend auf ein eher minimalistisches Konzept von Staatlichkeit und Demokratie zu setzen, während die Demokratieorientierung der Bevölkerung deutlich zunahm und in der Frage der Rolle des Staates zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zwar eine bestimmte Unsicherheit und auch Skepsis zu beobachten ist, aber keinesfalls von einem minimalistischen Staatsverständnis gesprochen werden kann (vgl. dazu nachstehende Grafik). Es muss von einem »sinkenden Ordnungskonsens« zwischen Eliten und Bevölkerung gesprochen werden (ebenda: 25).

Grafik 6: Wer ist für die folgende Aufgabe zuständig: eher der Staat oder private Kräfte (Quelle: SOEP, Berlin, zit. in: FAZ vom 16. April 2002, S. 15)



Während die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Eliten der Bundesrepublik tendenziell eine verstärkte Rolle der Marktregulierung wünschen, umfassende Privatisierungen vorgenommen haben und weiter vorantreiben, soziale Garantien wie Kündigungsschutz, Sicherung der sozialen Rechte von Arbeitslosen zurückzunehmen trachten, Privatisierungen in den Sicherungssystemen begonnen haben und forcieren wollen (vgl. Rede Schröder 2003), sind Mehrheiten der Bevölkerung in Deutschland nicht überzeugt davon, dass solche Schritte die versprochenen Ziele (höheres Wachstum, mehr Beschäftigung, wachsende Chancengleichheit und Gerechtigkeit) wirklich erfüllen werden. Nur 15 Prozent haben sich bisher an der privaten Rentenvorsorge auf der Basis des Riester-Gesetzes beteiligt.

»Bei der Betrachtung der Situation im Osten ...ist (bezogen auf die Bundestagswahlen 2002) besonders hervorzubeben, dass zum einen Protestwähler überdurchschnittlich zur Wechselwahl geneigt haben und dass zum anderen recht große Gruppen von Jugendlichen ihre Wahlentscheidung relativ spät trafen.« CHRAPA 2002:18

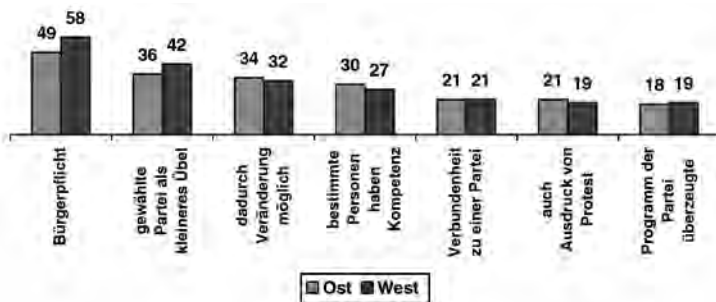
Auch in der Europa- und Außenpolitik gibt es einen Dissens zwischen den Eliten und der Bevölkerung. Die gemeinsame Währung war bei ihrer Einführung eher auf Ablehnung gestoßen. Die Bevölkerung ist mehrheitlich der Auffassung, dass die Brüsseler Kommission nicht wesentlich zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme beiträgt. So sehr innereuropäische Kooperation begrüßt wird, so sehr werden zugleich die wichtigsten Institutionen der Europäischen Union kritisch betrachtet. Die Militarisierung der EU, die Beteiligung Europas an einer Reihe von Kriegen ist von beträchtlichen Teilen bzw. der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt worden. Das Bestreben, auf zivile Formen der Konfliktlösung zu setzen, ist außerordentlich groß.

Die jetzige Regierung von Rot-Grün ist meines Erachtens durch Akteure geprägt, die nicht einfach aus machtpolitischem Kalkül die genannten Lösungen anderen gegenüber präferieren, sondern sie handeln aus der tiefen Überzeugung heraus, dass die eingeschlagene Richtung »stimmt« und die Differenzen höchstens bei Tempo oder Details auftreten sollten. Wenn diese Annahme richtig ist, dann gibt es bezogen auf die generelle Richtung der Reformen keinen grundlegenden Elitendissens zwischen dem liberal-konservativen und dem sozialdemokratisch-grünen Lager. Die PDS wäre dann in der außerordentlich problematischen Situation, als eine klei-

ne Partei einen Richtungsdisens auszudrücken. Dies isoliert sie innerhalb der herrschenden Eliten, was zugleich ihren gegenwärtigen Gebrauchswert als Koalitionspartner auf Bundesebene auf Null senkt. Die wahlprogrammatischen Abstände zwischen PDS und SPD sind größer als zwischen dieser und jeder anderen im Bundestag vertretenen Partei. Die Frage ist, warum es ihr so schwer fällt, diese Situation zumindest gegenüber Teilen der Bevölkerung in einen parteipolitischen Vorteil zu verwandeln, hängt sicherlich auch damit zusammen, dass die Durchsetzungsfähigkeit der Positionen der PDS unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen als sehr gering eingeschätzt wird.

Der kurz skizzierte Dissens zwischen der Bevölkerung und den Eliten dürfte der Hauptgrund dafür sein, dass es den Eliten nicht gelingt, dauerhafte stabile parlamentarische Mehrheiten und Bundestag und Bundesrat zu schaffen. Die Bevölkerung scheint bei Wahlen mehr damit beschäftigt, solche Mehrheiten unmöglich zu machen, als damit, Parteien, denen sie zu vertrauen meinen und denen sie »treu« bleiben, zu wählen. Die hohe Zahl von Wählern, die die Partei in kürzester Zeit „wechseln«, und der oftmals hohe Anteil von Nichtwählern spricht dafür. Als Wahlmotiv wurde von 36 Prozent im Osten und 42 Prozent im Westen angegeben, dass »die Partei meiner Wahl im Vergleich mit anderen noch ‚das kleinere Übel‘ war« (Chrapa 2002a: 20). Demgegenüber fühlten sich in Ost wie West gleichermaßen nur 21 Prozent einer Partei eng verbunden. Fast gleich auf in seiner Bedeutung bei der Wahl einer Partei ist das Motiv, mit der Wahl Protest auszudrücken.

Grafik 7: Aussagen zu Wahlgründen bei der Bundestagswahl 2002



Quelle: Chrapa 2002: 20 f.

Es wäre zu prüfen, wie die Einstellungen der Parteien (ausgedrückt in ihren Wahlprogrammen) und die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zueinander stehen. Als Arbeitshypothese soll formuliert werden, dass die Positionen der herrschenden Eliten in Richtung Marktfreiheit (und eventuell auch in Richtung autoritärer Konfliktlösung) verschoben sind gegenüber den Positionen der Mehrheit der Bevölkerung. Die obigen Überlegungen können in folgender These zusammengefasst werden:

These 2:

Die Instabilität der verschiedenen Regierungskoalitionen und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Reformvorstellungen dieser Koalitionen resultieren nicht zuletzt aus einer tiefen Ablehnung der Richtung dieser Reformen durch die Mehrheit der Bevölkerung, ohne dass alternative Vorstellungen bisher zu einer Gegenhegemonie fähig wären. Der Versuch, eine solche Gegenhegemonie aufzubauen, kann die geistigen und politischen Kräfteverhältnisse der bundesdeutschen Gesellschaft mittelfristig nachhaltig verändern. Eine alternative politische Formation, die sich diesem Ziel verschreibt, hat reale Chancen.

4. Grenzen der PDS

Die Darstellungen in Abschnitt 2 verweisen darauf, dass es die objektiven Bedingungen dafür gibt, relevante Minderheiten der Bevölkerung in Deutschland für ein alternatives politisch-soziales Projekt zu gewinnen und dies auch in Wahlergebnisse von mittelfristig bis fünfzehn Prozent bundesweit und dreißig Prozent im Osten Deutschlands umzusetzen. Die PDS selbst ist aber nicht in der Lage, dieses Potenzial auch nur annähernd auszuschöpfen und hat im letzten Jahr deutlich an Zuspruch verloren. Es sei behauptet, dass diese Unfähigkeit strukturell bedingt ist und nicht ohne Überwindung dieser strukturellen Grenzen gelöst werden kann.

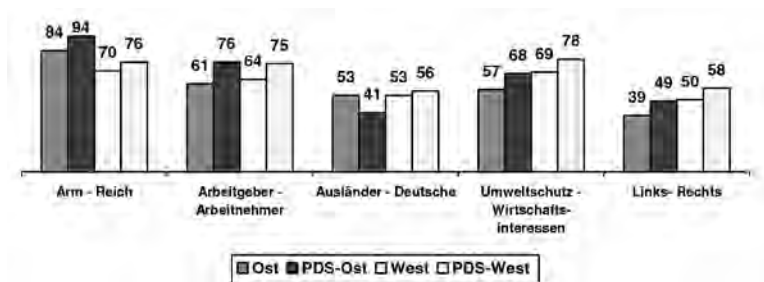
4.1 Potenzielle Wählerschaft - reale Wählerschaft

Fragt man nun nach jenen Gruppen, die durch linkssozialistische Parteien vor allem als Wählerinnen und Wähler erreicht werden können, so sind es für die PDS in Deutschland Bürgerinnen und Bürger, die soziale Konflikte entlang der Dimension »Arm« - »Reich« und »Arbeitgeber« - »Arbeitnehmer« im besonderen thematisieren - und zugleich mit dem Konflikt »Links« - »Rechts« verbinden sowie sich für eine stärkere direkte parti-

zipative Demokratie einsetzen. Dabei wird Gerechtigkeit im Sinne von »Leistungsprinzip« und »zu Gunsten sozial Schwacher« mit dem Bedürfnis nach »Verfahrensgerechtigkeit«, öffentlicher Diskussion und Partizipation verbunden (Chrapa/Wittich 2001b: 31 f.). Die Bereitschaft eines beträchtlichen Teils der Bürgerinnen und Bürger, sich politisch engagieren zu wollen (zwischen 35 und 45 Prozent), kontrastiert mit der Einschätzung vieler, dass dies zwecklos ist (rd. 50 Prozent der Bevölkerung) (siehe Chrapa 2002a).

Die reale Wählerschaft der PDS und die potenzielle Wählerschaft einer linkssozialistischen Partei in Deutschland haben deutlich demokratisch-soziale Einstellungen und gehen von einem Modell einer »guten Gesellschaft« aus, in der durch Solidarität und starke soziale Regulation die Bedingungen für soziale Gerechtigkeit, gleiche Teilhabe und ein hohes Maß an Selbstbestimmung geschaffen werden können.¹⁰ Vorstellungen wie die von der Einführung einer sozialen Grundsicherung, der Entwicklung eines gemeinnützigen sozialen Sektors, der Sicherung eines Internet-Zugangs für alle und der umfassenden Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit wird von Mehrheiten bzw. von mehr als 40 Prozent der Bevölkerung geteilt (Chrapa/Wittich 2001b: 35).

Grifik 8: Wahrnehmung von Konflikten (sehr stark/stark) durch Wählergruppen (Ostdeutschland, Wähler der PDS in Ostdeutschland, Westdeutschland, Wähler der PDS in Westdeutschland) (Fokus 2002: 37 f.)



Sozialstrukturell, so beweisen zumindest die Ergebnisse derjenigen Wahl, bei der die PDS am erfolgreichsten war, der Wahl Ende 2001 im Lande Berlin, kann sie zugleich Gruppen ansprechen, die von sozialer Ausgrenzung, Abwertung und Stigmatisierung betroffen sind (Arbeitslose,

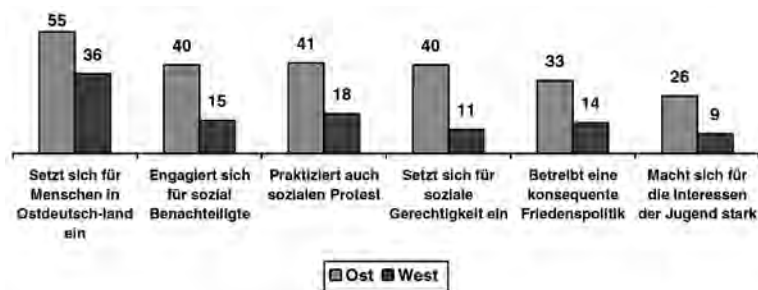
alleinstehende Frauen mit Kindern, ausländische Mitbürgerinnen und -bürger) sowie auch Gruppen, die den modernen Mittelschichten angehören, über eine hohe Qualifikation und überdurchschnittliche Einkommen verfügen, Selbstbestimmung mit sozialer Gerechtigkeit und Solidarität sowie einer solidarischen und friedlichen Weltordnung verbinden wollen. Sie hat auch breitere Kreise von Jugendlichen zu erreichen vermocht, die sich durch eine starke alternative Protestorientierung auszeichnen.¹¹

Ein politisches Projekt, für das die PDS stehen könnte, muss zunächst mit jenen Images kompatibel sein, über die die PDS verfügt bzw. verfügen kann. Vergleicht man die Befragungsergebnisse während der Bundestagswahl 2002 so zeigt sich, dass die PDS nur bei einem Feld überhaupt über relevante positive Zuschreibungen bundesweit verfügt – auf dem Feld sozialer Gerechtigkeit (5 Prozent gegenüber 52 Prozent für die SPD, 25 Prozent für die CDU/CSU, 5 bzw. 4 Prozent für die Grünen bzw. die FDP). Nur in diesem einzigen Feld lag sie gleich mit den Grünen und vor der FDP, zugleich konnten die Grünen bei Umweltpolitik und Verbraucherschutz jeweils 60 bzw. 32 Prozent von sich überzeugen und bei der Familienpolitik zumindest 8 Prozent. Die Images der FDP lagen nur auf dem Gebiet der Steuerpolitik über ihrem Wahlergebnis. Die CDU/CSU dominierte mit 50 Prozent bei dem Image, sie stehe für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes (gegenüber 30 Prozent für die SPD) (Chrapa 2002a: 30). Die PDS war neben der FDP und mit deutlich niedrigerem Niveau die einzige Partei, die auf keinem der Felder eine Spitzenposition einnahm.

Obwohl die PDS also dezidiert Positionen vertritt, die ihr auf den Gebieten von Sozialpolitik, Demokratie und Frieden eine Sonderstellung verleihen, wenden sich auch jene Gruppen der Bevölkerung, die diese Positionen teilen, in ihrer Mehrheit nicht der PDS zu.

Images von Parteien und Organisationen sind gefährdete Besitzstände. Man kann nur einen begrenzten Einfluss auf sie nehmen und muss auch ihren inneren Zusammenhang ernst nehmen. Die Struktur der Images, die Parteien über das gesamte Spektrum zugeschrieben werden, ist nicht willkürlich, sondern wird durch die grundlegenden Konfliktlinien einer Gesellschaft und ihre Wahrnehmung durch die Bevölkerung bedingt. Image bilden zugleich ab, welcher »Nutzen« Parteien, wenn überhaupt, zugeschrieben wird.

Grafik 9: Images der PDS im Meinungsbild der wahlberechtigten Bevölkerung Februar 2002 (Chrapa 2002a: 53)



Nimmt man für die PDS nun Befragungen aus dem Juli 2002, wo sie wesentlich bessere Umfrageergebnisse als im Herbst hatte, so zeigt sich, dass ihr starke Kompetenzen auf den klassischen Feldern sozialer Demokratie zugeschrieben wurden, Zuschreibungen, die wesentlich den Anteil jener übersteigen, die die PDS zu diesem Zeitpunkt gewählt hätten, ohne dass dies mit einer hohen Zukunftskompetenz auf den »harten Politikfeldern« verbunden wurde (Arbeitslosigkeit, Renten). Die positiven Images der PDS wurden durch ein deutliches Protestimage ergänzt.

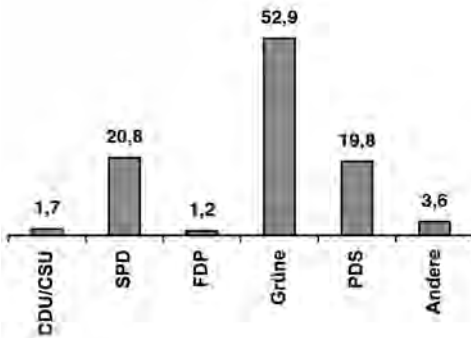
Das Profil, dass sie in der besten Zeit vor der Bundestagswahl 2002 besaß, lässt sich so beschreiben: Die PDS ist eine Partei, die sich vor allem für Ostdeutschland einsetzt, dabei vom Standpunkt Benachteiligter handelt, soziale Gerechtigkeit und direkte Demokratie einfordert, eine konsequente Friedenspolitik zu betreiben versucht, auf Interessen Jugendlicher hinweist, deutlich gegen die Verletzung von Interessen Ostdeutschlands, Benachteiligter und gegen kriegerische Handlungen protestiert.

Nach den Bundestagswahlen wurde immer wieder darauf verwiesen, dass die PDS im Unterschied zur SPD vor dem Wahltag nicht versprechen konnte, dass die für sie abgegebenen Stimmen bei einem Wahlsieg unmittelbar auch Regierungspolitik beeinflussen könnte und die Teilnahme Deutschlands am Krieg gegen den Irak verhindern würde. Genau in diesem Zusammenhang war aber dann der Verlust an Vertrauenswürdigkeit in der Friedensfrage so dramatisch, weil er der realen Einflusschwäche

noch die Schwäche symbolischer Repräsentanz hinzufügte. Ganz offensichtlich hat auch die Beteiligung an Landesregierungen dazu beigetragen, dass die PDS in Kernbereichen ihres Images beschädigt worden ist, ohne ein starkes positives Image hinzuzugewinnen. Teilweise geriet sie in den Verdacht, Teil des »Kartells der Herrschenden« zu sein.

Dramatisch gering sind die Kompetenzzuschreibungen gegenüber der PDS in Bezug auf die Fähigkeit, Zukunftsprobleme zu lösen. 2002 gelang es ihr auch nicht, überproportional Erstwähler für sich zu gewinnen. Zugleich ist ihr Stammwähleranteil auf 48 Prozent zurückgegangen. Nicht einmal jeder zweite Wähler von 1998 hat auch im Jahre 2002 die PDS gewählt: »Die PDS hat darüber hinaus vor allem in Gruppen am stärksten verloren, die ... als wichtige Zielgruppe für sozialistische Politik anzusehen sind: bei jungen Leuten, bei in Ausbildung Befindlichen, besonders bei jungen Frauen, bei höher Gebildeten, bei Angestellten generell, bei Selbständigen, bei Arbeitslosen und bei Menschen ohne kirchliche Bindung.« (Wittich 2002a: 7)

Grafik 10: Teilnehmer_innen der Friedensdemonstration am 15. Februar 2003 in Berlin auf die Frage: »Wenn morgen Bundestagswahlen wären, für welche Partei würden sie stimmen?«



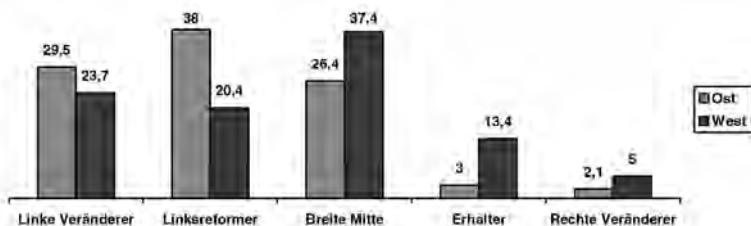
Quelle: Rucht 2003: 8

Die durch linkssozialistische Politik prinzipiell ansprechbaren Bürgerinnen und Bürger wählen in Deutschland gegenwärtig vor allem Bünd-nis90/ Die Grünen und die SPD, in geringerem Maße die PDS oder sind Nichtwähler (geworden). Eine Umfrage während Berliner Friedensdemonstration am 15. Februar 2003 machte deutlich, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die zu mehr als drei Vierteln über ein Abitur verfügten und

stark in sozialen und kulturellen Bereichen der Gesellschaft tätig sind, sich zu weit über achtzig Prozent als links bzw. sehr links einstuften und mehrheitlich zum gegebenen Zeitpunkt für die Grünen votieren würden.

Wie Untersuchungen aus dem Jahre 2001 zeigen, gibt es im Westen mit größerer Vorsicht ein Potenzial von über 20 Prozent und im Osten von rd. 50 Prozent, das als »prosozialistisch und anti-kapitalistisch« bezeichnet werden kann (Chrapa/Wittich 2001b: 11). Im Osten gilt, dass selbst ein großer Teil der Bevölkerung, die sich politisch in der Mitte einordnen, »zugleich grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erwartet, sich mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten wünscht und ein positives Verhältnis zu sozialistischen Ideen hat« (Chrapa/Wittich 2001b: 12). Folgt man den beiden Autoren, so bilden potenzielle »linke Veränderer« und »Linksreformer« im Osten die Mehrheit und im Westen eine sehr große Minderheit.

Grafik 11: Politische Potenziale 2001 (Chrapa/Wittich 2001b: 13)¹²



Ursachen dafür, dass es der PDS nicht gelingt, das Potenzial im Westen auch nur zum Teil zu erreichen, dürfte das Image als Ostpartei sein, ist sicherlich durch die unzureichende gesellschaftliche Verankerung in der westdeutschen Gesellschaft bedingt, kann auch mit sektiererischen Tendenzen in der West-PDS in Verbindung gebracht werden, wird durch eine unzureichend libertäre Orientierung der PDS verursacht (sie erscheint eher als traditionale sozialdemokratische Partei mit starker und autoritärer Staatsfixierung). Aber auch eine zu starke Annäherung an die SPD bzw. der Verdacht einer Anpassung mit dem Bestreben, schnell zu einer Regierungsbeteiligung zu kommen, stehen im Raum. Bürgerinnen und Bürgern im Westen scheinen von der Regierungsbeteiligung der PDS auf

ostdeutscher Landesebene keine erkennbaren Impulse für eine »andere Politik« auszugehen.

These 3:

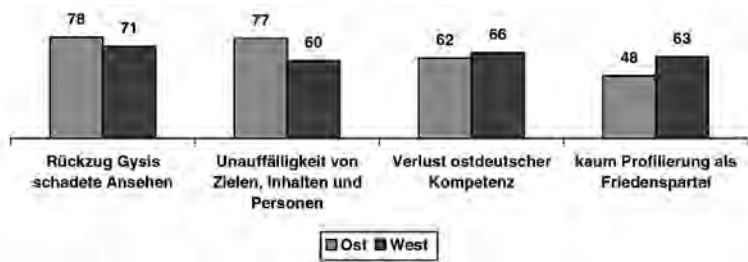
Die PDS ist nicht in der Lage, das demokratisch-sozialistische Potenzial in Ostdeutschland auszuschöpfen und erreicht es in Westdeutschland nur zu einem geringen Teil. Es besteht zugleich eine programmatische und strategische Diskrepanz zwischen SPD und Grünen und Bürgerinnen und Bürger mit demokratisch-sozialistischen Orientierungen, die trotzdem diese Parteien als das »kleinere Übel« wählen.

Entgegen einer von einem Teil der PDS-Funktionäre vertretenen Auffassung, nach der für die Wahlniederlage der PDS vor allem die Polarisierung des Wahlkampfes zwischen Schröder und Stoiber verantwortlich sei, wird hier behauptet: Erstens gab es 1998 eine mindestens ebenso große Polarisierung. Das Motiv, unbedingt eine Abwahl von H. Kohl zu erreichen, war 1998 m. E. sogar noch stärker als im Jahre 2002 das Motiv, G. Schröder gegenüber E. Stoiber zum Sieg zu verhelfen. Zweitens zeigen die empirischen Untersuchungen, dass für die PDS »eine besondere Kombination von ‚Profilschwäche‘, ‚Kompetenzschwäche‘ und einer massiven Überlagerung dessen durch den ‚Gysi-Faktor‘ ins Gewicht« fiel (Chrapa 2002a: 30). Die Polarisierung des Wahlkampfes habe, so die Aussagen der Wähler, nur eine »nachrangige Rolle« gespielt. Michael Chrapa zieht daraus den Schluss: »Es existiert der Nachweis, dass ein erkennbares Profil von den Wählern genau registriert wird und dass es vorhanden sein muss, wenn nicht weitere Wahlniederlagen drohen sollen.« (Ebenda) Die eigentliche Ursache muss deshalb in der Schwäche des eigenen Profils gesucht werden.

Löst man die Fragestellung für einen Moment von der PDS und fragt nach einem politischen Profil, das es einer politischen Gruppierung links von der SPD und den Grünen ermöglichen würde, deutlich über fünf Prozent zu kommen, so stellt sich *erstens* das Problem, ob eher eine Gruppierung gewählt werden würden, die sich als potenzieller Bündnispartner der SPD und der Grünen darstellt oder aber als eine Gruppierung mit einem eigenen politischen Projekt, das Fragen von Koalitionen auf Bundesebene davon abhängig macht, ob die jetzige Richtung der Politik verändert wird. Die Herbeiführung eines Richtungswechsels und nicht die Frage einer Politik des kleineren Übels wäre dann das eigentliche politische Ziel.

Die parteipolitische Ratio einer Position, die auf ein substantiell eigenes Projekt setzt und das eigentliche politische Ziel nicht in der unmittelbaren Veränderung von gegenwärtiger Regierungspolitik sieht, sondern in der Schaffung von Voraussetzungen, um in der Perspektive einen Richtungswechsel überhaupt erst zu ermöglichen, für den gegenwärtig nicht nur parteipolitische Mehrheiten fehlen, besteht darin, dass sich relevante Minderheiten parteipolitisch nicht vertreten fühlen und nach einer solchen vertrauenswürdigen parteipolitischen Artikulation ihrer Interessen streben. Man könnte auch behaupten, dass die parteipolitische Lücke, die durch die gegenwärtige PDS nicht gefüllt werden kann, nicht lange frei bleiben wird. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2006 kann es auch zu Neugründungen kommen.¹³

Grafik 12: Interpretation des Ausgangs der Bundestagswahl für die PDS



Die *zweite* Frage ist, ob ein solches eigenständiges politisches Projekt auch einen praktischen Gebrauchswert im Sinne der Fähigkeit von Veränderung und Zukunftsorientierung hat.¹⁴ Gerade Wähler der PDS stehen Wahlen kritisch gegenüber und lassen sich nach ihrer eigenen Aussagen nur unterdurchschnittlich durch sie beeinflussen (Chrapa 2002a: 23). Dies und eine mittlerweile stark zurückgegangene Stammwählerschaft bedeuten aber auch, dass die Wahl der PDS für potenzielle Bürgerinnen und Bürger kein Selbstzweck ist, sondern sich für sie durch den »Gebrauchswert« der PDS erschließen muss. Sie »geben« ihre Stimme und verlangen dafür einen »Nutzen«, der hinreichend groß sein muss, um andere Wahlkalküle oder die Wahlabstänze auszuschließen. Die Wählerinnen und Wähler

wollen in der Mehrheit durch Wahlen etwas verändern. Zugleich trauen nur vier bis sechs Prozent der PDS eine solche Fähigkeit zur Veränderung zu.

Gerade in diesem Zusammenhang ist die Bedeutung von Regierungskoalitionen der PDS mit der SPD auf Landesebene bzw. des langjährigen Modells der Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt zu sehen. Durch die Übernahme direkter oder indirekter Regierungsverantwortung auf Landesebene muss sich der Gebrauchswert der PDS auf neue Weise bestätigen oder sie verliert auch auf jenen Gebieten, wo sie bisher Zuspruch hatte. Hier kann keine umfassende Einschätzung des Wirkens der PDS auf Landesebene vorgenommen werden. Die Bilanz fällt zumindest sehr gemischt aus und offensichtlich bedarf es längerer politischer Lernprozesse. Wie der Landesvorstand der PDS Berlin nach den Bundestagswahlen einschätzte: »Die Berliner PDS entwickelt in kaum einem Politikfeld ein in der Stadt merkliches Eigengewicht, geschweige denn, dass sie derzeit auf einem Gebiet eine politische Hegemonie ausübt. Wir haben uns bemüht, Schlimmeres zu verhindern, haben die Regierungskoalition verwaltet. Das ist aber noch keine Politik.« (Berliner Landesvorstand 2002a: 1f.)

Michail Nelken behauptete im gleichen Zusammenhang, unter der Überschrift »Regierungssozialismus«: Die Regierungsbeteiligung in Berlin habe zumindest dem Abwärtstrend der PDS nicht entgegengewirkt: »Wenn einer Partei aber in der Regierungsverantwortung keine politische Lösungskompetenz zugesprochen wird, dann ist diese natürlich doppelt problematisch – für alle Gliederungen – auch jenseits der Landesgrenzen... Dass Berlin pleite ist, das wissen die Berliner. Sie sind auch bereit, Kürzungen hinzunehmen, die sozial gerecht und angemessen erscheinen. Aber sie haben in den letzten Monaten den Eindruck gewonnen, dass die sozial Schwachen, Kranken, Behinderte, Hilfebedürftige, Kinder etc. bei Rot-Rot noch schlimmer dran sind als je zuvor. Dafür gibt es wesentlich zwei Gründe: a) die Sparpolitik von Rot-Rot ist oftmals sozial ungerecht und teilweise auch sozial nicht zu rechtfertigen, b) Die PDS hat die Kommunikation mit den Betroffenen weitgehend eingestellt. Sie werden nicht hinreichend in die Meinungsbildung einbezogen. Die PDS hat den Blickwinkel verändert und erscheint zunehmend als Verkünder und Begründer sozialer Sparzumutungen und nicht mehr als Ansprechpartner und Verbündeter für soziales Engagement.« (Michail Nelken 2002:4).

Harald Wolf hatte schon 1995 auf das Problem aufmerksam gemacht, dass in einer Situation, wo keine »Systemtransformation« möglich ist, die

Mechanismen der Regierungsbeteiligung stärker als alle guten Absichten seien: »Die Erfordernisse und ‚Sachzwänge‘ der Regierungsbeteiligung geraten so systematisch in Widerspruch zu den zuvor vertretenen Zielen gesellschaftlicher Opposition, die dem weiteren Verbleib in der Regierung geopfert wurden.« (Wolf 1995: 10) Er hatte hinzugefügt: »Bei Wahlen wird nämlich nicht darüber entschieden, welche konkreten Inhalte im einzelnen das künftige Regierungshandeln bestimmen, sondern welcher Parteien(block) künftig regieren soll. Hier greift nun die Logik des ‚kleineren Übels‘ – im Zweifelsfalle werden auch bei großen Teilen der PDS-Wählerschaft das Festhalten an ihren inhaltlichen, gegenüber der SPD nicht durchsetzbaren Forderungen, der Entscheidung für eine Regierungsvariante untergeordnet, die ihrem Interesse am wenigsten schädlich erscheint – sprich der Entscheidung für eine sozialdemokratisch geführte Regierung. Würde die PDS in einer Koalition oder in Koalitionsverhandlungen fehlende inhaltliche Übereinstimmung zum Anlass nehmen, eine sozialdemokratisch geführte Regierung zu verhindern oder zu stürzen, so würde ihr in den Augen eines großen Teils der Wählerinnen die Verantwortung zufallen, dass eine rechte, also noch schlechtere Variante bürgerlicher Realpolitik zustande kommt.« (Wolf 1995:10)

Die Frage, die durch Regierungspolitik auf Landesebene zu beantworten ist, ist die, ob die PDS dadurch tatsächlich Interessen wirksam zur Geltung bringen kann, die mit ihrem eigenen strategischen Ansatz in Übereinstimmung stehen, obwohl die bundes- und europapolitischen Rahmenbedingungen solchen Ansätzen widersprechen. Ansätze dazu gibt es teilweise im Politikstil sowie in Versuchen, eigene Projekte auf die politische Tagesordnung zu setzen, die sich der Logik der Durchkapitalisierung der Gesellschaft entziehen. Es steht also nicht die Frage des Ob, sondern die Frage des Wie der Beteiligung auf Landesebene. Kann diese Frage des Wie aber nicht positiv beantwortet werden, dann muss zweifelsohne auch das Ob verneint werden.

Auch Peter Zotl greift kritische Positionen auf, wenn er schreibt: »Wir verhalten uns zur Zeit nicht einmal wie eine Sparkoalition, sondern bedienen das klassische Bild von den plan- und herzlosen Rotstiftorgien ... Die Philosophie des Koalitionsvertrages – mit weniger Mitteln mehr Qualität bieten – wird immer wieder von oben blockiert, indem die Verwaltungen selbst geschont und die, die sich am Ende der Hierarchie – wie z. B. die freien Träger, aber auch die Schulen und Kitas – befinden, immer mehr belastet werden ...« (Zotl 2002). Er schlussfolgert daraus: »Was wir deshalb tun sollten, ist, den Koalitionspartner bei der Erfüllung des Koalitions-

vertrags deutlich und vor allem auf den Sachgebieten ‚voranzutreiben‘, die für die Bevölkerung von Belang sind, um so spürbare Verbesserungen durchzusetzen; dabei besonderen Wert auf jene Sachgebiete zu legen, die unserem angestrebten Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit, der Ost-West-Gleichheit sowie der Menschen- und Bürgerrechte entsprechen ...« (ebenda).

These 4:

*Nur jene sozialistische Partei/Parteienformation wird auf Dauer Erfolg haben, die zugleich einen bundespolitischen Gebrauchswert für einen Richtungswechsel von Politik hat **und** reale Veränderungen auch unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses zumindest auf kommunaler und Landesebene zu erreichen vermag.*

4.2 Das innere Potenzial der PDS

Die PDS hat sich in den Jahren nach 1989 behaupten können, weil sie über ein beträchtliches Potenzial als Nachfolgepartei der SED verfügte, weil sie sich auf die neue Situation des Beitritts zur Bundesrepublik und die Probleme der Transformation einzustellen vermochte, weil sie sozial vor allem in der politischen, ökonomischen, kulturelle und militärischen Dienstklasse der DDR und ihrem Umfeld verankert war und zugleich die Konfliktlinien der ostdeutschen Gesellschaft vom Standpunkt sozialer Gerechtigkeit und Demokratie auszudrücken vermochte. Sie hat auch in bestimmten Gruppen der westdeutschen Gesellschaft Resonanz gefunden. Das damit vorhandene Potenzial ist auch heute noch von Bedeutung. Es verliert aber zunehmend an Wirkungskraft. Eine der Gründe ist der hohe Altersdurchschnitt der PDS.

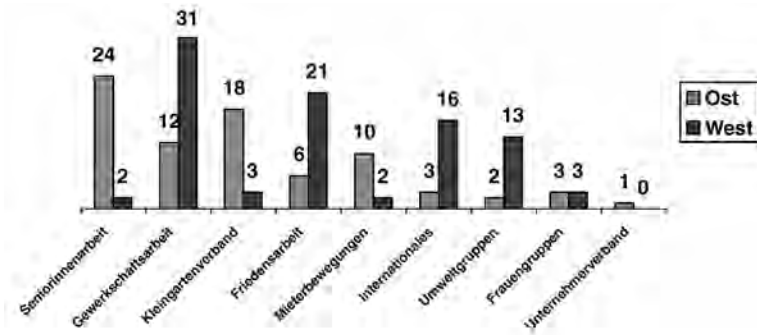
Eine der wesentlichsten Ursachen der Krise der PDS ist meines Erachtens die Erschöpfung der inneren Potenziale bzw. das grundlegende Fehlen derselben auf relevanten und teilweise neuen Gebieten. Eine Überwindung der bundespolitischen Krise der PDS alleinig aus eigener Kraft scheint mir ausgeschlossen. Die PDS besitzt kein hinreichendes inneres Personenpotenzial mehr, um sich allein als neues politisches Projekt zu formieren und zu präsentieren. Dies ist eines ihrer fundamentalen Probleme. Parteien verkaufen keine politischen Programme, sondern sie werben damit, dass ihr Führungspersonal, d. h. jene, die durch eine Wahl in die Rolle von Menschen erhoben werden, die legitimiert Entscheidungen über das Gemeinwohl fällen können, Positionen vertreten, die denen der

Bürgerinnen und Bürger entsprechen, dass sie an diesen Positionen auch im Konfliktfall festhalten werden, dass sie diese Positionen mit Kompetenz vertreten und umsetzen können.

Die Wählerin und der Wähler müssen also gleichermaßen Vertrauen in die Befähigung wie in die Verlässlichkeit der von ihr gewählten Person haben. Parteien spielen in den Augen der Bürgerinnen und Bürger bei einer Wahl also nur insofern eine Rolle, wie sie solches Führungspersonal bereitstellen und dafür sorgen, dass es im Laufe der Wahlperiode nicht außer Kontrolle gerät. Der Rückzug von Gregor Gysi aus der offiziellen Politik der PDS und die »Entschuldigung« von Roland Claus gegenüber dem US-Präsidenten Bush haben gleichermaßen das Image der PDS im Sinne von Kompetenz (G. Gysi) und Verlässlichkeit (R. Claus) beschädigt. Das sog. »Quartett« konnte in keiner Weise dieses Manko ausgleichen. Diesen Einzelereignissen liegen strukturelle Probleme der inneren Ressourcen der PDS zugrunde, die auch nicht durch den einfachen Austausch von Personen zu lösen sind. Es bedarf einer wesentlichen Erweiterung der personellen, politischen und organisatorischen Basis, damit sich dauerhaft eine sozialistische Kraft in Deutschland etabliert. Die vorhandene relative Stärke gerade als ostdeutsche Partei muss durch andere Potenziale ergänzt werden, wenn das genannte Ziel erreicht werden soll.

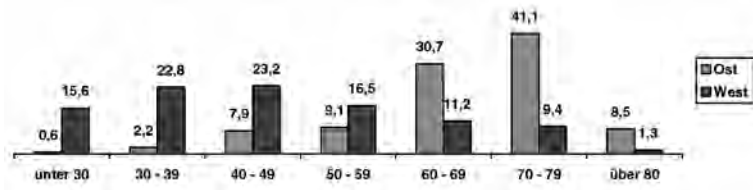
Die Stärke der PDS bestand nach 1990 in ihrer tiefen Verankerung in bestimmten Teilen der ostdeutschen Gesellschaft, vor allem in der Dienstklasse der DDR, die sich bestimmte Positionen in den sozialen Netzwerken erhalten konnte und sich dort auch stark engagierte. Sie hatte über ihre Anhänger eine privilegierte Stellung im vopolitischen Raum. Mit dem Umbau der Verbände, dem Wirken westdeutsch geprägter Organisationen, dem Rückzug der eigenen Anhänger durch Übergang in das Rentenalter usw. verlor die PDS diese besondere Position und ist heute vornehmlich noch in Rentnerverbänden deutlich aktiver als ein Teil der anderen Parteien. Wie die Mitgliederstudie belegt: »Als problematisch muss bezeichnet werden, dass sich die Tätigkeit der PDS in wichtigen politischen Gruppierungen (Friedensarbeit, Jugendarbeit, Internationales, Arbeit mit Migrantinnen u. a.) unvermindert auf einen recht kleinen Anteil ihrer Mitgliedschaft beschränkt.« (Chrapa/Wittich 2001a: 5).

Grafik 13: Aussagen zur Mitwirkung in politisch-sozialen Gruppen im Jahre 2000 (Chrapa/Wittich 2001a: 5)



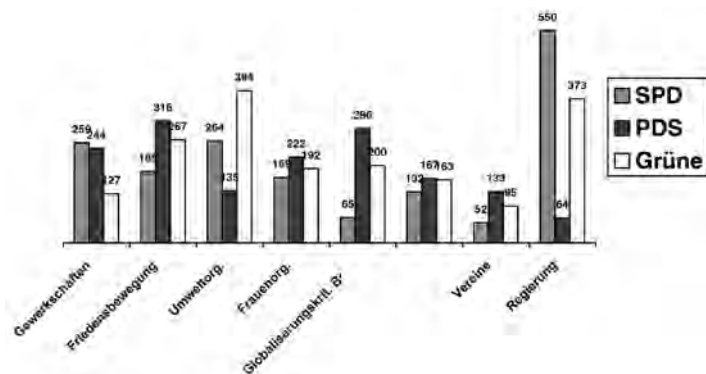
Der Verlust dieser sehr spezifischen Verankerung im vorpolitischen Raum Ostdeutschlands, die Unfähigkeit, in anderen Bereichen wirklich Fuß zu fassen, die Schwäche der Verankerung in Westdeutschland haben dazu geführt, dass die PDS als Partei zunehmend »in der Luft« hängt. Ihre Basis ist eine Mitgliedschaft, die zu fast achtzig Prozent aus über Sechzigjährigen besteht, und zumeist in Gruppen organisiert ist, deren Angehörige alle Rentner sind. Die aktiven Kräfte sitzen immer mehr fast ausschließlich in den Parlamenten bzw. in Apparaten, die von den parlamentarischen Fraktionen sachlich, personell und finanziell weitgehend abhängig sind. Die Parlamentsfraktionen sind zum Lebensmittelpunkt der PDS geworden. Gerade für eine linke Partei ist eine solche Verschiebung besonders problematisch.

Grafik 14: Mitgliedschaft der PDS nach Altersgruppen

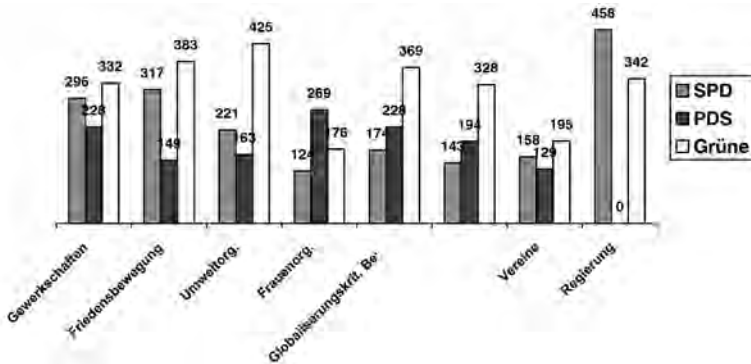


Die Wählerschaft der PDS unterscheidet sich aber wesentlich von ihrer Mitgliedschaft – dies gilt für die Altersstruktur, die soziale Zusammensetzung, die Wertestruktur und die Verankerung in der Gesellschaft. Betrachtet man nun genauer, auf welche nichtpartei förmigen Organisationen der Zivilgesellschaft sich Wähler der PDS beziehen, so wird die besondere Orientierung auf die Friedensbewegung, die Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und die globalisierungskritische Bewegung deutlich. Da viele von ihnen von eben diesen Wählerinnen und Wählern zugleich stärker als die PDS selbst als Interessenvertreter angesehen werden, wird erkennbar, dass die Partei PDS als Partei zugleich den besonderen Bezug auf andere zivilgesellschaftliche Organisationen herstellen und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern symbolisieren muss. Für die SPD steht die historisch enge Beziehung zu den Gewerkschaften, für die CDU zu den Unternehmerverbänden und der katholischen Kirche, für die Grünen zu Friedens- und Umweltbewegung. Gleichzeitig zeigen die untenstehenden Grafiken, dass jene, die im Westen Deutschlands die Gewerkschaften als ihre Repräsentanten ansehen, sich heute stärker positiv auf die Grünen als auf die SPD beziehen. Überhaupt befinden sich die Grünen in einer Position, wo sie in besonderer Weise Erwartungen jener, die in zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Interessenvertretung sehen, auf sich konzentrieren. Die rechten Parteien dagegen sind in der emanzipativen Zivilgesellschaft systematisch unterrepräsentiert.

Grafik 15: Korrelation bei Interessenvertretung durch Partei und durch Verbände/soziale Bewegungen/Initiativen/Bundesregierung in Ostdeutschland¹⁵



Grafik 16: Korrelation bei Interessenvertretung durch Partei und durch Verbände/soziale Bewegungen/Initiativen/Bundesregierung in Westdeutschland



Die obigen Grafiken zeigen, dass die PDS durchaus über eine bestimmte positive Verbindung mit der Zivilgesellschaft verweisen kann. Sie konkurriert dabei im Osten teilweise auch erfolgreich mit SPD und den Grünen und selbst die Werte in Westdeutschland sind nicht allzu schlecht. Gleichzeitig entspricht dieser positive Bezug weder einer entsprechenden Personalzusammensetzung in den Führungsgremien der PDS (es gibt zu wenige »Andockmöglichkeiten« für die Zivilgesellschaft), noch in der AktivistInnenenschaft. Die PDS wird als zu wenig attraktiv und zu schwach zur Artikulation, Repräsentation und Durchsetzung der Anliegen jener angesehen, die sich positiv auf die emanzipativen Kräfte der Zivilgesellschaft beziehen.

Die Beziehungen von Parteien zu zivilgesellschaftlichen Akteuren und die gleichzeitige Bindung von Bürgerinnen und Bürgern an diese und an entsprechende Parteien stellen auch eine Art Bindung und Selbstbindung der Parteien dar und erhöhen den Grad ihrer Verlässlichkeit gegenüber der Zivilgesellschaft. Nur eine Partei, die beziehungslos ist, kann rein machtopportunistisch handeln. Andere Parteien müssen abwägen, wie weit dadurch ihre Beziehungen zu zentralen zivilgesellschaftlichen Organisationen demontiert werden. Durch verlässliches Verhalten jenseits eines politiklosen Moralismus können sie hoffen, mit Wahlunterstützung belohnt zu werden. Unter bestimmten Bedingungen kann für sie dann auch der Ausstieg aus der Regierungsverantwortung mit mittelfristigem Machtzuwachs verbunden sein.¹⁶

Das Problem von Parteien, die versuchen, Positionen von Verbänden oder Bewegungen im politischen System zu artikulieren und zu repräsentieren sowie zur staatlich verbindlichen Umsetzung zu verhelfen, ist es, dass sie dies gerade durch ihre Unterschiedlichkeit gegenüber Verbänden und Bewegungen tun können. Sie haben das Privileg, sich zur Wahl stellen zu können, direkt an der Formulierung des staatlichen Willens in Legislative und evtl. auch Exekutive mitwirken zu können, dadurch unmittelbar über staatliche Ressourcen zu verfügen. Während Verbände und Bewegungen ganz an die Mobilisierung der eigenen Mitglieder und Sympathisanten gebunden sind, können und müssen Parteien auf Wählerentscheidungen setzen, Entscheidungen, die nur eine geringe Mobilisierung (den Gang zur Wahl) voraussetzen.

Diese Rechte sind mit Pflichten verbunden: Sie müssen sich den Grenzen von staatlichen Haushalten unterwerfen, die Interessen der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion beachten, sich Koalitionen unterwerfen, wenn sie nicht selbst die Mehrheit haben und doch Regierungsbildung für zentral erachten usw. usf. In der verlässlichen und erfolgreichen Wahrnehmung dieser spezifischen Pflichten von Parteien liegt ihre Bedeutung für soziale Verbänden und Bewegungen¹⁷, eine Bedeutung, die auf der funktionalen Verschiedenheit gegründet ist und deshalb auch konfliktträchtig sein muss.

These 5:

Die PDS verfügt über wichtige und unverzichtbare Ressourcen für ein sozialistisches Parteienprojekt in Deutschland. Sie reichen aber nicht aus, um die vorhanden Potenziale einer sozialistischen Partei in Deutschland im notwendigen Maße zu erschließen. Nur in einer veränderten Struktur kann sie die eigenen starken Potenziale verstetigen und zugleich für die dauerhafte Etablierung einer einflussreichen sozialistischen Kraft in Deutschland zur Geltung bringen.

5. Strategische Optionen

Die bisherige Darstellung summiert sich in den fünf Thesen der Abschnitte 2 und 3. Wenn diese Thesen eine hinreichend gute Beschreibung der strategischen Situation und Verfasstheit der PDS geben, dann lassen sich davon ausgehend eine Reihe von strategischen Optionen der PDS und jener, die an einem sozialistischen Parteienprojekt in Deutschland interessiert sind, formulieren. Natürlich sind Optionen immer abhängig von

Handeln und Reaktionen wesentlicher Akteure und der Öffentlichkeit. Es kann deshalb immer nur um einige praktische Versuche gehen, deren Wirksamkeit nicht im vornherein eingeschätzt werden kann. Die wichtigste Voraussetzung zur Präzisierung der strategischen Optionen ist die Zielbestimmung.

5.1 Das langfristige Ziel

Parteien müssen das Kunststück fertig bringen, als Organisationen, die auf freiwilliger, aber doch eher dauerhafter Mitgliedschaft beruhen, einen bestimmten einheitlichen Willen zu bilden. Selbst eine sehr heterogene Partei wird immer wieder vor Fragen gestellt, die eine Entscheidung verlangen, zu der sich alle relevanten Gruppen einer Partei eindeutig positionieren müssen. Dies legt einerseits jenen, die einer Partei solche Entscheidungen vorlegen, eine sehr hohe Verantwortung auf¹⁸, andererseits kann solchen Entscheidungen innerhalb einer Partei, die im politischen Machtkampf steht, auch nicht beliebig ausgewichen werden.

Oftmals wird durch handelnde Akteure bei solchen Entscheidungsprozessen versucht, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nennen zu einigen. Dabei wird ignoriert, dass »jeder Schritt wirklicher Bewegung« (Karl Marx) ein Schritt in eine bestimmte Richtung ist und damit praktisch Programm schreibt (vgl. dazu Brie 2002: 7). Politische Entscheidungen sind deshalb immer Richtungsentscheidungen, die sich zwangsläufig gegen die Logik eines Durchschnitts von Meinungen richten. Die Grundlage von Entscheidungen sind deshalb jeweils alternative, zumeist nicht explizierte Vorstellungen über angestrebte zukünftige Zustände einer Partei in der Gesellschaft und über Strategien, die dazu beitragen könne, sich diesen anzunähern.

Wenn im wesentlichen Einigkeit innerhalb aller relevanten Gruppen der PDS darüber besteht, dass ein Richtungswechsel der bundesdeutschen Politik eingeleitet werden muss, dessen Umriss in Abschnitt 1.1. skizziert wurden, und dessen Inhalte u. a. im Entwurf zum Parteiprogramm der PDS, in strategischen Dokumenten der linken Gewerkschaften, globalisierungskritischer Bewegungen wie ATTAC usw. formuliert sind, dann ist es das wichtigste Ziel sozialistischer Politik, die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen für einen solchen Richtungswechsel zu schaffen. Der hier vertretenen Position (siehe Abschnitt 1.2.) liegt die Einschätzung zugrunde, dass Rot-Grün ohne gravierende Veränderungen des Kräfteverhältnisses, keinen Richtungswechsel tragen werden. Die von der jetzigen

Regierung vertretenen Positionen sind bewusst gewählt und werden innerhalb von SPD und Grünen mit Macht durchgesetzt. Parteipolitisch bedarf es des Aufbaus einer strategischen Alternative zu zum herrschenden Kurs in diesen beiden Parteien als Voraussetzung eines Richtungswechsels. Dies schließt spätere bundespolitische Koalitionen mit SPD und Grünen nicht aus, sondern macht sie erst möglich.

In den letzten Monaten haben sich die Voraussetzungen für einen solchen Kurs wesentlich verbessert. Teile der Gewerkschaften haben begonnen, einen offenen Konflikt mit dem Regierungskurs und der Agenda 2010 auszutragen und sind dabei auch bereit, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Innerhalb der SPD und den Grünen haben die innerparteilichen Konflikte eine völlig ungewohnte Schärfe angenommen, die bis zu Sonderparteitagen und der Drohung des Entzugs der Regierungsmehrheit gehen.¹⁹ Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den drohenden Irakkrieg ist die hohe Bereitschaft von Teilen der Bevölkerung deutlich geworden, sich durch die Teilnahme an Demonstrationen zu engagieren. Die Erkenntnis, dass ein »Weiter-So« an die soziale Substanz Deutschlands, geht, ist deutlich gewachsen. So unklar auch ist, ob sich diese Tendenzen verstetigen, so unübersehbar sind aber auch die neuen Chancen für linke Politik in Deutschland, auch wenn sie von Hegemonie und Durchsetzungsfähigkeit in Regierungen weit entfernt ist. Es steht die Aufgabe, einen historischen Block (Gramsci) für eine wirklich soziale und demokratische Reformalternative zu schaffen.

These 6:

*Der Aufbau einer starken und attraktiven Formation außerhalb von SPD und Grünen ist die notwendige Bedingung dafür, dass sich auch in diesen Parteien Voraussetzungen für einen Richtungswechsel und eine zukünftige Mitte-Links-Koalition bilden, in deren Zentrum ein sozialer, demokratischer und ziviler Gesellschaftsvertrag stehen würde. Diese Formation könnte sich durch ein Bündnis von PDS mit anderen linken sozialen Kräften bilden (**PDS Plus**).*

Die Entwicklung der PDS insgesamt, ihr Wirken in Ost und West, ihre strategische Ausrichtung auf kommunaler und Landesebene, in der Bundes- und Europapolitik sollte sich diesem strategischen Ziel unterordnen.

5.2 Alternative Entwicklungsszenarien der PDS

Michael Chrapa macht vier mögliche Szenarien der PDS aus – *Regierungspartei* (mit enger Bindung an die SPD), *Regionalpartei Ost*, *bundesweite linkssozialistische Partei* und sektenartige Opposition als *antikapitalistische Kampfpartei* [Chrapa 2003b] siehe Tabelle 5). Gegenwärtig scheidet die Option *Regierungspartei* aus, da es dafür von Seiten der rot-grünen Koalition kein Interesse gibt aufgrund der Schwäche der PDS und der hohen, teilweise wachsenden inhaltlichen Differenzen. Zugleich würde eine solche Option die PDS zerreißen. Die auf dem Geraer Parteitag aufscheinende Option der Verwandlung der PDS in eine antikapitalistische Kampfpartei ist meines Erachtens weder wünschenswert noch wird sie von der Mehrheit der PDS-Mitglieder getragen.

Tabelle 5: Denkbare Entwicklungsvarianten der PDS (Chrapa 2002b)

Variante	Stärken/„Gewinne“	Schwächen/Gefahren
A. „Regierungspartei“	legislative und exekutive Gestaltungsmöglichkeiten, Kompetenzgewinne, Partnerschaft mit SPD	Verlust an systemkritischem Profil, veränderte Perspektiven durch ‚Einbindung‘, größerer Kompromisszwang, innerer Zerfall
B. linke Volkspartei Ost	feste Verankerung in ostdeutscher Teilgesellschaft, regionale Gestaltungsmöglichkeiten	Verlust an gesamtdeutscher Ausstrahlung, thematische Beschränkung, Verdrängung durch SPD
C. bundesweite sozialistische Partei	gesamtdeutsche Orientierung, Themenprofilierung, Bewegungsnähe, Protestartikulation	schwache Durchsetzungskraft, Schwächung der realen Gestaltungskraft und Vernachlässigung wesentlicher Themen; Verschwinden als ostdeutsche Volkspartei
D. „antikapitalistische Kampfpartei“	Gewinnung von Protestpotenzialen	Verengung, Isolation, Zerfall

Folgt man der obigen Beschreibung der möglichen Optionen, so scheinen nur die Optionen *Regionalpartei Ost* und *bundesweite sozialistische Partei* sinnvoll und erstrebenswert. Die Voraussetzungen für die beiden Optionen sind aber sehr unterschiedlich. Die PDS verfügt auf Länderebe-

ne im Osten noch über eine relativ starke soziale Verankerung, eine breitere AktivistInnenschaft mit praktischer Orientierung und sozialistischen Überzeugungen und Funktionärsträger in Parlamenten und auch Verwaltungen sowie den Vorständen, die über eine große Erfahrung verfügen. Auf Landesebene gibt es Politikerinnen und Politiker, die durchaus mit denen der anderen großen Parteien erfolgreich konkurrieren können und der Mehrheit der Bevölkerung in dem jeweiligen Land auch bekannt sind.

Die Schwäche der PDS als linker Volkspartei im Osten liegt vor allem in der Schwäche als Bundespartei begründet (der Erfolg der CSU war *auch* an die Existenz einer starken bundesweiten CDU/CSU geknüpft). Eine reine Regionalpartei hat es in Deutschland sehr schwer, weil das föderale System die Bildung eines gesamtdeutschen Parteiensystems eher fördert als behindert und mächtige Regionalparteien ohne bundesweite Verankerung in einer Art Isolation geraten. Die PDS brauchte die Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin auch, um diese Isolation zu durchbrechen und zu versuchen, über die Länderkammer Einfluss auf die Bundespolitik zu gelangen. Eine zweite Schwäche der PDS in den ostdeutschen Ländern ist es, dass sie durch ihre eigene Zusammensetzung die Ansprüche moderner linker Mittelschichten nur unzureichend zu artikulieren und zu repräsentieren vermag.

Die Berliner Wahl vom Herbst 2001 hatte für einen kurzen Augenblick ein Mehrfaches geleistet: *Erstens* war mit Gregor Gysi ein bundespolitisches Schwergewicht angetreten. Die PDS wirkte dadurch und auch vor dem Hintergrund ihrer mit Gregor Gysi eng verbundenen Kampagne gegen den »Krieg gegen den Terror« mehr als alle anderen bei den Landeswahlen als starke Bundespartei. *Zweitens* vermochte sie es, Protest und Gestaltungsanspruch so zu verbinden, dass dabei sehr breite Kreise auch der neuen Mittelschichten angesprochen wurden. *Drittens* zahlte sich einer erfolgreiche kommunale Arbeit aus, die auch von alternativen Ansätzen geprägt gewesen war. Sie könnte *viertens* sozial Schwächere ansprechen und sozialen Protest mobilisieren. Während der Berliner Wahl schien für einen kurzen Augenblick die Vision einer breiten, sozial verankerten, reformstarken, bürgernahen, mit sozialem Gewissen ausgestatteten gesamtdeutschen sozialistischen Partei Wirklichkeit zu werden.

Während die PDS für die Option linke Volkspartei Ost also durchaus wesentliche Voraussetzungen hat, fehlen ihr diese Bedingungen in viel stärkerem Maße für die Option als bundesweite sozialistische Kraft. Dies wirkt sich schwächend auch für ihre Chancen aus, sich als Volkspartei Ost zu profilieren. These vier verwies auf die notwendige Einheit der Aufga-

be, zugleich bundesweit für einen Richtungswechsel zu wirken und sich vor allem im Osten (aber perspektivisch nicht nur) als Gestaltungskraft auf kommunaler und regionaler Ebene auch unter den heutigen Bedingungen zu erweisen. In Abschnitt 3.2. war gezeigt worden, dass das interne Potenzial der PDS zur Entwicklung als wettbewerbsfähiger bundesweiter sozialistischer Kraft unzureichend ist. Die Gewinnung eines solchen Potenzials würde zugleich die PDS als Volkspartei im Osten stärken. Und umgekehrt würde eine derart gestärkte PDS als ostdeutsche linke Volkspartei prägende Bedeutung für den Aufbau einer bundesweiten sozialistischen Formation in Deutschland haben.

Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass die dreizehnjährigen Versuche, die PDS im Westen (mit fünf Sechsteln der Bevölkerung Deutschlands) zu etablieren, nur sehr begrenzte Erfolge hatten. Die PDS-Strukturen im Westen sind sehr labil, anfällig für Sektierertum und fast ohne soziale Verankerung. Es ist der PDS nicht gelungen, im Westen Personen und Gruppen zu gewinnen, die die PDS aus ihrer Isolation wirklich herausgeführt hätten. Das dafür in der West-PDS vorhandene Potenzial ist noch zu gering.

Die weitere Verfolgung einer Westausdehnung der PDS scheint mir unter den gegenwärtigen Bedingungen unzureichend schnell und erfolgreich zu sein. Es wäre zu beachten, dass die West-Schwäche der PDS, die eng mit ihrer Bundesschwäche zusammenhängt, ein wachsender Grund für die Schaffung einer alternativen linken politischen Partei jenseits von SPD und Grünen und auch in Trennung von der PDS darstellt. Die sozialen nichtsektiererischen Potenziale dafür sind in den linken Gewerkschaften, Sozialverbänden, der Friedensbewegung und globalisierungskritischen Bewegung gegeben. Wenn dieses Potenzial durch die PDS nicht für gemeinsame parteipolitische Ziele erschlossen wird, wird es auch kein linkes politisches Parteiprojekt geben, dessen Teil die PDS wäre. Die PDS kann gegenwärtig noch viel in ein solches Projekt einbringen und verfügt auch über ein hinreichendes Potenzial dafür, ohne aber ein solches Projekt allein tragen zu können. Ein solches Projekt sei *PDS Plus* genannt. Es zielt auf die Verbindung der Stärken der PDS mit jenen Potenzialen, die außerhalb der PDS für ein sozialistisches parteipolitische Projekt in Deutschland bestehen und nicht direkt durch die PDS erreicht werden können.

Das Problem der Verbindung von Stärken der PDS und der Stärken anderer politischer Kräfte in einem sozialistischen Projekt kann unter den gegenwärtigen Bedingungen nur dadurch bearbeitet werden, dass die Entwicklung der PDS als linker ostdeutscher Volkspartei und als Teil ei-

nes umfassenderen Projekts in einer Art Verkoppelung bei gleichzeitiger erkennbarer Selbständigkeit angestrebt werden. Was sich in der Folge aus den verschiedenen Schritten real ergibt, kann sich erst durch die politische Praxis erweisen. Zumindest in der ersten Phase gäbe es die Möglichkeit, durch die hohe Selbständigkeit beider Elemente (linke ostdeutsche Volkspartei und *PDS Plus*) ihre jeweiligen Potenziale zu erschließen und dazu beizutragen, dass sie sich wechselseitig stärken.

These 7:

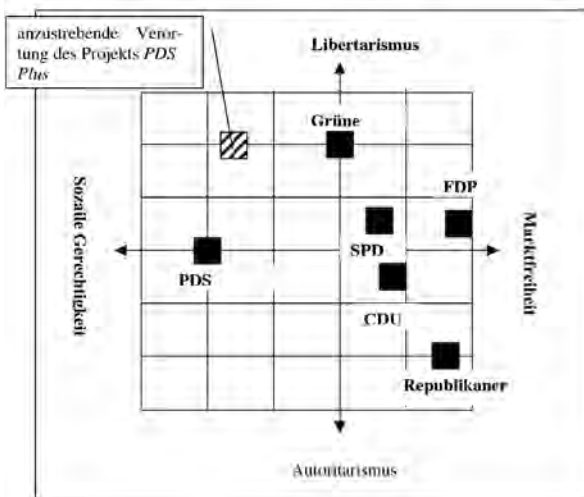
*Am chancenreichsten für die Erreichung des strategischen Ziels – dem Aufbau einer starken linken politischen Formation jenseits von SPD und Grünen – ist die Verfolgung einer Doppelstrategie für die PDS – ihr Ausbau als linker Volkspartei im Osten und die Einleitung von Schritten des Aufbaus einer übergreifenden bundesweiten parteipolitischen Formation (**PDS Plus**), deren organischer Teil die PDS (in Ost und West) neben anderen Kräften wäre.*

Programmatischer Nenner der Verbindung beider Projekte wäre eine Verortung im Parteiensystem im sozial-libertären Bereich (siehe Grafik 1 von Stöss/Neugebauer und die folgende Grafik 17). Dies würde eine spürbare Verschiebung der PDS in moderne libertäre Orientierungen hinein verlangen, eine Verschiebung, die durch den Entwurf zum neuen Parteiprogramm vorbereitet ist. Sie würde zugleich eine Entwicklung von Reformstrategien verlangen, die individuelle Selbstbestimmung und soziale Sicherheit sowie Demokratisierung nachhaltig miteinander verbinden, sich überzeugend gegen die Ausbreitung von Unterklassen in der bundesdeutschen Gesellschaft wenden, an neuen Grundlagen für den Zugang aller zu Erwerb, Gesundheit, Bildung, Rente usw. arbeiten und dies als bundespolitisches Programm und als landespolitische Strategien untersetzen.

Die PDS war immer in der Versuchung, sich in die linke Phrase zu flüchten. Bei innerparteilichen Kämpfen konnten die Vertreter solcher Versuche durchaus auf Zuspruch aus der Basis hoffen. Es gab aber auch die Versuchung, sich mit der eigenen Beteiligung an der Verwaltung von Sachzwängen zu begnügen und sozialistische Politik auf das kleinere Übel zu reduzieren. Die eigentliche Schwierigkeit sozialistischer Politik unter den realen Verhältnissen liegt aber nicht in der Radikalität der Negation, sondern in der Fähigkeit, so sozialistischer Realpolitik, einer Politik, die um eine neue Hegemonie kämpft, Kräfteverhältnisse wirklich verändert, alltagstaugliche Reformprojekte auf den Weg bringt, der Polarisierung der

Gesellschaft in arm und reich wirksam wehrt, die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Politik dauerhaft erhöht. Es wäre eine Politik, die ihre praktische Fähigkeit beweist, die Wirtschaft in den Dienst der breiten Gesellschaft zu stellen. Dies alles würde der gegenwärtigen PDS kaum jemand zutrauen. Eine *PDS Plus* müsste dazu fähig werden.

Grafik 17: Strategische Positionierung der PDS im politischen Konfliktspektrum



5.3 Schritte in Richtung eines Projekts *PDS Plus*

Erste Schritte in Richtung des Aufbaus einer neuen politischen Formation *PDS plus* können schon im Zusammenhang mit den Europawahlen gegangen werden. Sie würden in der Schaffung einer Liste bestehen, die auf der Basis von Verhandlungen zwischen der PDS, linken Gewerkschaftlerinnen und globalisierungskritischen Bewegungen usw. entsteht und ansatzweise über ein bloße Wahlbündnis hinausgeht. Es wären Strukturen zu schaffen, die öffentliche Entscheidungsprozesse erlauben und jeden Anschein einer einseitigen Instrumentalisierung und Fernsteuerung dieser Struktur durch die PDS oder andere Gruppen verhindert.

Im Unterschied zu früheren Versuchen darf es nicht dabei bleiben, dass diese Listen die PDS äußerlich ergänzen, sondern es ginge um die Schaffung erster Elemente einer zukunftsfähigen Struktur, deren Teil neben anderen die jetzige PDS ist, mit der Option, dies schrittweise gemeinsames parteipolitisches Bündnis zu entwickeln. Aus Lernprozessen und gemeinsamen Erfolgen könnte sich schrittweise eine Verdichtung dieser Struktur zu einer zukunftsfähigen neuen parteipolitischen Formation ergeben. Durch die Konstruktion der Liste wäre öffentlich sichtbar die Tatsache, dass es aus verschiedenen Quellen getragen wird, dass es plurale Entscheidungsgremien gibt, dass es zu verlässlichen Entscheidungen fähig ist, zu sichern. Wichtigste Voraussetzung wäre die Entwicklung einer gemeinsamen inhaltlichen Plattform und eines gemeinsamen personellen Kerns, der zur Kooperation in der Lage ist, der starke gesellschaftliche Kräfte repräsentiert und dem man diese Gemeinsamkeit auch abnimmt.

Die PDS könnte in diese Liste Personen einbringen, die im besonderen Maße glaubwürdig für ein solches Projekt stehen, und müsste sich auf der Basis ihrer eigenen Programmatik an der Erarbeitung der inhaltlichen und organisatorischen Plattform einbringen. Es wäre dafür zu sorgen, dass dies auch auf die Landesparteien der PDS ausstrahlt und bei den Landtagswahlen deutlich wird, dass die PDS bundesweit Teil eines starken zukunftsfähigen Projektes ist, in das sie ihre Stärke als linke ostdeutsche Volkspartei einbringt.

These 8:

Als ersten Schritt zur Entwicklung eines neuen gemeinsamen politischen Projekts PDS Plus sollte die PDS auf der Basis eines programmatischen und personellen Bündnisses eine gemeinsame Liste mit linken Gewerkschaftlerinnen, der Friedensbewegung und der globalisierungskritischen Bewegung bei den Europa-Wahlen 2004 anstreben.

5.4 Linke ostdeutsche Volkspartei

So wichtig die Entwicklung eines bundespolitischen Projekts *PDS Plus* ist, so wichtig ist auch die Stabilisierung und Entwicklung der PDS als linker ostdeutscher Volkspartei. Dabei kann sie auf wichtigen Ergebnissen aufbauen, die gegenwärtig bundes- wie länderpolitisch jedoch gefährdet sind. Nach jüngsten Umfragen (April 2003) würde die PDS bei Wahlen im Land Berlin zum Beispiel nur noch 9 Prozent (von rd. 22 Prozent bei den Wahlen 2001) erhalten und hätte im Ostteil rd. zwei Drittel ihrer Wähler

verloren (Absturz auf rd. 18 Prozent), ein Prozess, der bisher anhält. Auch in den anderen ostdeutschen Ländern ist eine Tendenz zu verzeichnen, die die PDS bei Landtagswahlen deutlich unter 20 Prozent sieht.

Die PDS muss in Opposition oder Regierung beweisen, dass sie in der Lage ist, bei offensiver Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung eine Politik zu verfolgen, die den Interessen breiter Schichten der Bevölkerung mit demokratisch-sozialen und sozialistischen Vorstellungen gerecht wird. Sie hat Protest und Gestaltung überzeugend zu verbinden, steht vor der Anforderung, einen eigenen Politikstil zu entwickeln, der ihrem Charakter als linker Volkspartei entspricht und muss Projekte ausarbeiten, die Elemente von Reformalternativen politisch umsetzen

Eine der Ursachen des Niedergangs der PDS ist, wie schon aufgezeigt, die Schwäche der Bundes-PDS. Andere Ursachen sind in der mangelnden Fähigkeit zur eigenständigen Profilierung als Landespartei zu suchen, die der veränderten Lage in Ostdeutschland, den Anforderungen an Politik in depressiven Regionen und unter weitgehend sich verändernden neoliberalen Rahmenbedingungen entspricht und deutlich zu machen vermag, dass alternative Ansätze zumindest partikular möglich sind und neue Realitäten geschaffen werden können. Eine Vorstellung solcher Ansätze gibt die folgende Grafik von Michael Chrapa wieder:

Grafik 18: Strategische Hauptfelder der PDS (Chrapa 2002d)



These 9:

Die Behauptung der PDS als linker ostdeutscher Volkspartei ist eine Grundbedingung dafür, dass die PDS sich in eine neue parteipolitische Formation als Voraussetzung der Veränderung der Kräfteverhältnisse in der bundesdeutschen Gesellschaft einbringen kann. Sie würde damit zugleich einen wesentlichen Beitrag zu einer solchen Veränderung leisten.

5.5 Fazit

Es gibt historische Umbrüche, die den Zeitgenossen unmittelbar bewusst werden als Zeitenwende. Es gibt aber auch geschichtliche Veränderungen, die nicht weniger radikal sind, aber denen, die sie erleben, erst nach und nach bewusst werden. In einem solchen Falle dauert es lange, bis sie sich plötzlich bewusst werden, dass ihre alte Welt längst untergegangen ist und sie in einer neuen Ordnung oder Unordnung leben, von der sie nicht zu sagen vermöchten, wann sie denn »da« war.

Der Umbruch der letzten beiden Jahrzehnte wurde durch den »Fall der Berliner Mauer« als Zeitenwende zugleich erhellt und verdunkelt. Dieses Ereignis verdeutlichte den Zusammenbruch des Staatssozialismus, so dass kein Mittel- und Osteuropäer noch glauben konnte, die Ordnung, in der er gelebt habe, könne weiterbestehen. Das gleiche Ereignis verdeckte aber auch die Tiefe der Umbrüche im Westen und weltweit. Es schien das wirtschaftliche, politische, kulturelle und sicherheitspolitische System der USA und Westeuropas zu bestätigen und seine Prinzipien als letzte denkmögliche Lösung der Grundprobleme der Menschheit nachzuweisen.

Das »Modell Deutschland« wurde 1990 auf die erweiterte Bundesrepublik ausgedehnt, die NATO und die EU wurden nach Osten und Südosten erweitert, das früher nur für den »freien Westen« geltende Schutzschild der Vormacht USA wurde endgültig als globale Sicherheitsgarantie und zugleich als imperiale Vormacht durchgesetzt. Der Krieg gegen den Irak von 1991 manifestierte diesen Anspruch als Realität. Mit der WTO wurde der »freie Welthandel« im Interesse des Nordens und auf den für ihn wichtigen Feldern globalisiert. Entsprechende »Anpassungen« wurden den Ländern des Südens verordnet und auch im Norden in Angriff genommen.

Dreizehn Jahre nach dem Fall der Mauer hat sich die scheinbare Bestätigung des westlichen Kapitalismus und seiner wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Institutionen als deren tiefgreifende und keinesfalls abgeschlossene Transformation erwiesen. Mittlerweile wird

das Ende des »rheinischen Kapitalismus« und das Entstehen eines »flexiblen Kapitalismus« als Tatsache genommen, sind Sozial- und Wohlfahrtsstaat vergleichbar dem römischen Kolosseum im Mittelalter zu gigantischen Steinbrüchen verkommen, ist mit der Europäischen Union ein weltpolitischer Raum entstanden, der um seine eigenen Identität noch nicht weiß, sind mit dem Ende der Blockkonfrontation die Grundpfeiler der internationalen Nachkriegsordnung – das Völkerrecht, die UNO, die NATO usw. – zu fragwürdigen Ungewissheiten geworden. Aus der Kontinuität des Westens ist der Umbruch geworden. Mit einer merkwürdigen Verspätung werden sich die Sieger des Kalten Krieges der Tatsache bewusst, dass sich die Welt gewandelt hat.²⁰

Man muss sich der epochalen Umbrüche bewusst werden, wenn man sich der strategischen Probleme von politischen Parteien überhaupt und sozialistischer und kommunistischer Parteien im besonderen stellen will. Es handelt sich um Umbrüche in nahezu jeder Dimension, die für Parteien überhaupt von Bedeutung sein können. Die Diskussionen über die strategische Ausrichtung der jeweiligen Parteien finden in einem Augenblick statt, wo das Koordinatensystem selbst sich verändert und die Umrisse neuer, relativ stabiler Verhältnisse noch nicht in Sicht sind. Damit sind selbst die Erfolge oder auch Misserfolge bestimmter Parteien in den neunziger Jahren kein Garant dafür, dass die damit verbundenen Strategien heute richtig bzw. falsch sind.

These 10:

Die PDS wird sich nur behaupten können, wenn sie sich grundlegend verändert, in ein umfassenderes parteipolitisches Projekt einbringt und zugleich als linke ostdeutsche Volkspartei profiliert. Ob sie dafür (noch) die Voraussetzungen hat, ob sie in der Lage ist, die notwendigen Bündnispartner zu finden, ob sie es schafft, bis zum Herbst 2003 dafür die ersten praktischen Schritte erfolgreich einzuleiten, kann nur die Praxis zeigen. Auch hier gilt: The proof of the pudding is the eating.

- ¹ Michael Chrapa hatte schon im Jahre 2000 darauf hingewiesen, dass die eigentlich relevante Konfliktlinie in der PDS nicht die zwischen »Modernisierern« und »Traditionalisten« ist, sondern zwischen »kompetenzorientierten Modernisierern« und »bewegungs- und wertorientierte Modernisierern«, Erstere seien »besonders im parlamentarischen Umfeld verortet« und vertreten »Bestrebungen in Richtung erhöhter ‚Positionsmacht‘ und größerer parlamentarischer Einflussmöglichkeiten«, »Professionalität bei der Wahrnehmung politischer Verantwortung«. Sie streben vor allem die Stärkung der Macht der PDS im parlamentarischen System an. Letzteren sei gemeinsam, dass sie die »Wertgemeinschaft PDS« deutlich betonen und eine verstärkte zivilgesellschaftlich-außerparlamentarische Ausrichtung der Partei anstreben würden. (Chrapa 2000: 226 f.)
- ² Die von J. Bischoff kritisierten Personen haben mehrfach versucht, die Eigenständigkeit der »Dritten Wege« gegenüber dem Neoliberalismus zu verdeutlichen (siehe u. a. Klein 2003: 76 ff.); sie sind aber der Meinung, dass die Bundesregierung zunehmend auf Grundpositionen der Dritten Wege zugunsten einer stärker neoliberal ausgerichteten Politik verzichtet.
- ³ Vgl. zu dieser Frage weiter in Abschnitt 2.3. und 5.2..
- ⁴ Vgl. dazu ausführlicher in Klein 2003: 93 ff.
- ⁵ Während für Autoritarismus Hierarchie, Paternalismus, Wirtschaftsnationalismus und Fremdenfeindlichkeit stehen, ist der Libertarismus verbunden mit Ökologie, Feminismus, Abrüstung, Dezentralisierung und Selbstbestimmung.
- ⁶ Vgl. dazu ausführlich: Klein, Dieter (Hrsg.), 2003: Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- ⁷ Als »zeitweilige« Unvermeidlichkeit wird eine solche Tendenz nur selten offen artikuliert: »In den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen. ... Die Nachteile der Niedriglohnstrategie sind damit offenkundig. Dennoch muss auch sie verfolgt werden, solange die Strategie der Erneuerung hin zur unternehmerischen Wissensgesellschaft noch nicht hinreichend wirksam geworden ist.« Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997:23
- ⁸ Zur Verankerung solcher Vorstellungen in breiten Teilen der Bevölkerung in Form eines »demokratisch-sozialistischen Interpretationsmusters« vgl. Brie 2000: 41 – 45. Zusammenfassend wurde damals formuliert: »Die PDS kann sich in der Entwicklung einer eigenen ideologischen Identität‘ positiv auf stabile Deutungsmuster beträchtlicher Gruppen in der Bevölkerung beziehen. Sie wird sich dabei Einstellungen neuer Wählergruppen öffnen müssen und sie mit eher traditionellen Mustern zu verbinden haben. Verstärkte soziale Sicherheit und darauf gegründete Erhöhung individueller Freiheit und Eigenverantwortung, erhöhte Rolle des Staates bei der Sicherung von Ausbildung, Gesundheit, sozialer Betreuung und damit verbundene Demokratisierung und Möglichkeiten der Selbstorganisation auf diesen Gebieten, Ausbau frei und öffentlich zugänglicher Dienstleistungen einer Informationsgesellschaft und darauf gegründete wachsende Partizipationsmöglichkeiten jedes Einzelnen, regulierte Verringerung der Lebensarbeitszeit bei wachsenden Chancen für Eigenarbeit und Gemeinschaftsarbeit könnten einige der Eckpunkte einer solchen Strategie sein. Sie zielt auf einen neuen Gesellschaftsvertrag, der die soziale Integration der Gesellschaft unter den neuen Bedingungen sichert und Freiheitsmöglichkeiten der Individuen erhöht, anstelle sie und die Gesellschaft völlig der Kapitalverwertung unterzuordnen.« (Ebenda: 45)
- ⁹ »Wir müssen neue, originäre und vor allem politische Antworten finden auf die zentralen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung der Gegenwart und nahen Zukunft: – gerechtere soziale und demokratische Weltordnung statt kapitalistischer Globalisierung; – Frieden und internationale demokratische Sicherheitsordnung statt globalem Interventionalismus von USA und NATO; – ökologisch nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen des Planeten statt ihrer kapitalistischen Vermarktung und Ausbeutung; – sozialökologischer Umbau (Integration von Gütern und Dienstleistungsproduktion und Handel in gesellschaftliche Bindungen sozialer und ökologischer Regulation); – Sicherung eines menschenwürdigen Daseins aller (soziale Grundsicherung) statt Ausgrenzung und unwürdige Almosen für zu viele; – gerechte Verteilung von Arbeit und die Zukunft der Arbeit überhaupt in der postindustriellen Gesellschaft; – Bildung und Forschung (Chancengerechtigkeit und indi-

viduelle Förderung); – solidarische Reform der sozialen Sicherungssysteme unter Verzicht auf weitere Privatisierung der Vorsorge; – mehr direkte Demokratie statt Reduzierung politischer Alternativen auf Zwei-Mann-Duelle.« (Landesvorstand Berlin 2002: 2)

- ¹⁰ Für den Osten gilt, dass dort besonders die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf angesichts der exzeptionellen Bedeutung dieser Bereiche für die Bürgerinnen und Bürger in den östlichen Bundesländern eine zentrale Rolle spielt (Brähler/Berth/Decker/Richter 2000: 4).
- ¹¹ 2001 konnte festgestellt werden: »Das soziale Profil der Wählerschaft der PDS wird besonders stark durch Frauen, im Westen Jüngere, im Osten Ältere, Personen mit mittleren bis oberen Bildungsabschlüssen, Berufstätige und Arbeitslose, insgesamt Angestellte, im Osten Arbeiter, Führungskräfte und Angehörige freier Berufe, Kleinunternehmer und Informationsarbeiter geprägt. Verstärkte Akzeptanz findet die PDS bei Frauen, bei Jüngeren, Berufstätigen, Schülern und Studenten sowie in den Gruppen der Informationsjugend und der Informationsarbeiter.« (Chrapa/Wittich 2001b: 53).
- ¹² Linke Veränderer: »setzen sich stark für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen ein, vertreten prosozialistische Positionen und ordnen sich deutlich links ein«; Linkstreifer: »artikulieren sich weniger deutlich für gesellschaftliche Veränderungen, haben zur sozialistischen Idee eine eher positive Meinung, sind aber meist auch nicht antikapitalistisch oder lehnen beide Aussagen eher ab und positionieren sich links von der Mitte; Breite Mitte: »tendieren noch stärker zu gemäßigten Veränderungen, haben zu Sozialismus und Kapitalismus meist gemischte Meinungen und sehen sich politisch in der Mitte«; Erhalter: »zeigen eine geringe Neigung zu gesellschaftlichen Veränderungen, tendieren eher zu pro-kapitalistischen Positionen und sehe sich gleichfalls mehrheitlich politisch in der Mitte«; Rechte Veränderer: »sie sprechen sich deutlich für grundlegende Veränderungen aus, sind deutlich pro-kapitalistisch und ordnen sich dem rechten Spektrum zu« (Chrapa/Wittich 2001b: 12).
- ¹³ Das wichtigste Hemmnis sind die Erfahrungen mit den Grünen und ein auch damit verbundener Parteienskeptizismus.
- ¹⁴ Gesine Lötzsch 2002: »Die Wähler, vor allem im Osten, sind bekanntlich sehr pragmatisch in ihren Entscheidungen. Mit dem PDS-Knüppel konnte man CDU und SPD Beine machen. Das hat eine Weile funktioniert. Wozu ist der Knüppel heute noch gut? Klar ist, eine Partei, die keinen praktischen Gebrauchswert hat, wird gnadenlos abgestraft.«
- ¹⁵ Angabe des Korrelationskoeffizienten (x 1000) bei der wechselseitigen Interessenvertretung. (Anhänger der Partei/Bewegung/Organisation X sagen aus: »Partei/Bewegung/Organisation Y könnte meine Interessen vertreten: Ja/Etwas/Nein.«) Dieser Koeffizient drückt recht klar die jeweilige »Nähe« der verschiedenen Akteure zueinander aus. Lies Grafik 1 linker Teil: »In Ostdeutschland gibt es von Seiten der Gewerkschaftsaktivisten/innen eine bemerkenswerte Zuwendung zu SPD und PDS und nur eine geringe zu Bündnis 90/Die Grünen« usw. (Chrapa 2002c)
- ¹⁶ »Wenn der Eintritt in die parlamentarische Opposition der einzige Stein ist, den eine Partei – z.B. die Regierungssozialisten – im Brette hat, so kann man begreifen, dass sie ihn zurückhalten möchte, denn mit seinem Ausspielen ist sie sofort – matt gesetzt. Nur schade, dass dies auch der Regierung und jedem nicht auf den Kopf Gefallenen bekannt ist. Woraus folgt, dass sich mit der Drohung des Übergangs zur parlamentarischen Opposition nichts Rechtes erreichen lässt, ja dass alle Versuche dazu regelmäßig damit enden, dass die Möchte-gern-Wucherer – geprellt werden. Will man auch nur parlamentarische Erfolge erzielen so kommt alles darauf an, dass die parlamentarische Opposition nicht das letzte, sondern nur der erste, nicht der stärkste, sondern der schwächste Trumpf, nicht der Schluss, sondern der Anfang ist, dass die Partei eine außerparlamentarische Macht hinter sich hat, die sie, aller Niederlagen ungeachtet, in unerschöpflicher Mannigfaltigkeit und Schlagfertigkeit der Methoden mit stets zunehmender Energie in den Kampf einzuwerfen fähig und entschlossen ist, und dass dies dem Gegner durch die Tat... demonstriert wird. Anders wird in der politischen – auch parlamentarischen! - Arena weder Respekt erworben noch Erfolg erzielt. Jene Taktik aber fuhr bestenfalls einen Scheidemann zum Posten des Johann auf dem Reichskutschbock.« aus: Karl Liebknecht Gesammelte Reden und Schriften Band IX Dietz Verlag Berlin/DPR 1982 S.460-462

- ¹⁷ Bezogen auf die Grünen schrieb Raschke: »Die Grünen sind keine Bewegungspartei im emphatischen Sinne irgendeines Modells von Identität, bestenfalls sind sie eine zu den Bewegungen in besonderer Weise geöffnete Partei. Zwischen Grünen und sozialen Bewegungen bestehen taktisch und strategisch reflektierte Beziehungen, die hier als Mobilisierungsverhältnis zwischen zwei kollektiven Akteuren thematisiert werden.« (Raschke 1993: 682) Und weiter führt er aus: »Die Bewegungspartei ist nie nur ‚verlängerter Arm‘ oder ‚Sprachrohr‘ der Bewegung, immer unterwirft sie Bewegungsinteressen einem Prozess der Transformation: sie wählt aus, klärt Widersprüche und Konflikte zu anderen Interessen, ‚filtert‘ die Forderungen durch den Trichter von Gesetzgebungsregeln und Haushaltsmöglichkeiten, sie prüft den zeitlichen und bündnispolitischen Kontext usw. Sie kann Haushaltsmittel und rechtliche Regelungen für die Realisierung konkreter Forderungen ‚besorgen‘, sie kann das Verwaltungshandeln kontrollieren, und sie kann die Bedingungen für das weitere Aktivwerden von Bewegungen sichern und verbessern (z. B. Demonstrationsrecht, Verbandsklage).« (Raschke 1993: 685)
- ¹⁸ Der Münsteraner Parteitag der PDS wurde zu einer Niederlage für die Führung der PDS, weil sie die Sachfrage (das Verhältnis zu UN-Beschlüssen) nicht mit einer überzeugenden Aussage über die Strategie der PDS als sozialistischer Partei zu verbinden vermochte. Die Mehrheit der Delegierten sah im Antrag des Bundesvorstandes eine Abkehr von Prinzipien des demokratischen Sozialismus und nicht eine präzisere Definition derselben.
- ¹⁹ In diesem Zusammenhang kann nur noch einmal vor einem billigen »Antisozialdemokratismus« gewarnt werden, der die Suche nach eigenen Antworten durch bloße Negation ersetzt und sich dem linken Potenzial von SPD und Grünen nicht stellt.
- ²⁰ Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass schon Ende der achtziger und in den frühen neunziger Jahren die konzeptionellen Voraussetzungen zum Beispiel für eine neue globale Strategie der USA gestellt wurden (vgl. Rilling 2002). Aber es bedurfte nicht zuletzt der Ereignisse vom 11. September 2001, um ihnen zum Durchbruch zu verhelfen.

Literaturverzeichnis

Baumgarten, Jürgen, 1982: Linkssozialisten in Europa. Hamburg: Junius Verlag
 Berliner Landesvorstand 2002a: Erklärung vom 18. Oktober 2002

Bischoff, Joachim, 1999: Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Systemkrise oder Rückkehr zur Prosperität. Hamburg: VSA

Bischoff, Joachim, 2002: Grundprobleme der Erneuerung der PDS. Ms.

Brähler, Elmar; Berth, Hendrik; Decker, Oliver; Richter, Horst-Eberhard, 2000: Befindlichkeiten und Zukunftserwartungen in Ost- und Westdeutschland 10 Jahre nach der Wende -Ergebnisse zweier Repräsentativbefragungen. Ms.

Brie, Michael, 2000: Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität. In: Michael Brie/Rudolf Woderich: Die PDS im Parteiensystem. Karl Dietz Verlag Berlin, S. 14 – 51

Chrapa, Michael, 2000b: Interne Konfliktpotenziale und Modernisierungschancen der PDS: Situation, Anforderung, Optionen. In: Michael Brie/Rudolf Woderich: Die PDS im Parteiensystem. Karl Dietz Verlag Berlin, S. 221 – 228.

Chrapa, Michael, 2002a: Wählen im Rückblick - Aufbruch 2002. Politische Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern nach der Bundestagswahl im September 2002. Soziologisch-empirische Studie. Ms. Halle

Chrapa, Michael, 2002c: SPD und PDS im Verhältnis zu Verbänden und sozialen Bewegungen - aktuelle empirische Fakten zum Meinungsbild der Parteianhängerschaften. Beitrag auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Das Verhältnis von sozialdemokratischen und links-sozialistischen und kommunistischen Parteien zueinander im europäischen Vergleich«, Berlin, 4. April 2002.

Chrapa, Michael, 2002d: Überlegungen zur strategischen Positionierung der PDS. (Manuskript). Halle

Chrapa, Michael, 2003a: ‚Hassgruppen‘ in der deutschen Gesellschaft - Negativ wahrgenommene Personen im Bild der öffentlichen Meinung. Studie. Halle

Chrapa, Michael, 2003b: Parteireform und Parteimodelle\ Materialien des Bundesarbeitsausschusses Parteireform in der PDS. Januar

Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar, 1998: Projekt Gesellschaftskritische Potenziale. Halle/Berlin

Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar, 2001a: »Die Mitgliedschaft, der große Lümmel...« Studie zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS. Ms.

Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar, 2001b: Zwischen den Wahlen. Politische Meinungen, Erwartungen, Vorstellungen und Positionen. Studie

Dietzel, Horst, 2002: Die Rückentwicklung der PDS zu einer linkspopulistischen Protestpartei wäre fatal. Bemerkungen zum Strategiepapier von Michael Chrapa. Ms.

Gebrcke, Wolfgang: Gedanken zur Bewertung des Geraer Parteitages der PDS. In: PDS Online. www.pds-online.de/politik/themen/nach_gera/view_html?zid=18&bs=1&n=0

Gysi, Gregor, 2002: Selbst gewählte Isolierung führt ins Aus. ND vom 16. Oktober 2002, S. 3

Hauser, Richard, 1999: Tendenzen zur Herausbildung einer Unterklasse? In: Glatzer, Wolfgang; Ostner, Ilona (Hrsg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Opladen: Leske+Budrich, S. 133 - 146

Hoff, Benjamin, 2002: Von Münster über Cottbus nach Gera - Anfang vom Ende der PDS? Ms.

Inglehart, Ronald, 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton: Princeton University Press

Kaase, Max; Newton, Kenneth, 1995: Beliefs in Government. Volume Five. Oxford u. a.: Oxford University Press

Klein, Dieter (Hrsg.), 2003: Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale siehe Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dietz-Verlag Berlin, Kapitel 1;

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1997: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung. Ursachen und Maßnahmen. Teil III Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn

Landesvorstand der PDS Berlin, 2002: Mehr demokratisch-sozialistische Politik – Chance zur Erneuerung. Initiativantrag an den Geraer Parteitag.

Lötzsch, Gesine, 2002: Gefragt ist jetzt Lernfähigkeit. ND, 27. September 2002, S. 14.

Meyer, Thomas, 2001: Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt a. M.: Edition Suhrkamp

Nelken, Michail, 2002: Wahlschlappe 2002. Ms. vom 1.10.2003

Neugebauer, Gero; Stöss, Richard, 1996: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten. Opladen

Noll, Heinz-Herbert, 1999: Subjektive Schichteinstufung. In: Glatzer, Wolfgang; Ostner, Ilona (Hrsg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Opladen: Leske+Budrich, , S . 147-16

Raschke, Joachim, 1993: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg (MB-Buch unter Deutschland)

Rilling, Rainer, 200: »American Empire« als Wille und Vorstellung. Die neue große Strategie der Regierung Bush, rls Standpunkte 9/2002

Rucht, Dieter, 2003: Die Friedensdemonstranten – Wer sind sie, wofür stehen sie? <http://www.wz-berlin.de/presse/pdf/friedensdemo.pdf>

Schäfer, Paul; Kiesbauer, Sonja: Aufruf: Nach Gera – Neukonstituierung der Reformlinken. www.pds-berlin.de/partei/deba/021015aufruf.html

Schröder, Gerhard, 2003: Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag. www.bundeskanzler.de/Regierungserklaerung-.8561.472179/Regierungserklaerung-von-Bundeskanzler-Schroeder...htm

Sozialistische Politik – Reformalternativen im Kampf um Gerechtigkeit 2003

van Deth, Jan W., 1995: Introduction: the Impact of Values. In: van Deth, Jan; Scarbrough, Elinor (Hrsg.): The Impact of Values. Beliefs in Government. Volume Four. Oxford u. a.: Oxford University Press

Wittich, Dietmar, 2002a: Schlüsselproblem: Politische Kultur. Ms.

Wolf, Harald, 1995: Über die Macht der Opposition und die Ohnmacht der Regierung. In: Disput. Heft 9, S. 9 ff.

Zimmer, Gabi, 2002: Kein weiter so: Zukunft durch Erneuerung. Rede der Vorsitzenden der PDS auf dem Geraer Parteitag. www.pds-online.de/partei/strukturen/parteitag/0801/reden/zimmer.htm.

Zimmer, Gabi; Luft, Christa u. a. 2002: Kein Weiter so: Zukunft durch Erneuerung. Initiativantrag an die 1. Tagung des 8. Parteitages in Gera. www.pds-online.de/partei/strukturen/parteitag/0801/antraege/i03.htm

Zottl, Peter-Rudolf, 2002: Zum Wahlergebnis vom 22. September 2002. Ms. vom 27.9.2003

Analyse und Perspektiven RLS-Standpunkte 3/2003
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte0303.pdf

21

Michael Brie
Was ist heute links?

kontrovers

herausgegeben von der
Rosa Luxemburg Stiftung
und WISSENTTransfer

Beiträge zur politischen Bildung

01/2006

Michael Brie, Christoph Spehr

Was ist heute links?

Wurde vor anderthalb Jahrzehnten heftig darüber diskutiert, ob die Unterscheidung «links- und «rechts» überhaupt noch bedeutungsvoll ist, will sich jetzt eine neue Partei als «Die Linke» in Deutschland gründen. Mit dem Weltsozialforum ist 2001 ein linker Gegenpol zum Treffen der Herrschaftseliten der Welt entstanden. In Europa wurden wichtige soziale und politische Kämpfe der letzten Jahre offensiv von links geführt. Was aber ist heute links? Was heißt überhaupt links? Die selbstbewusste Verwendung dieses Wortes ersetzt nicht die aktive Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart der Linken. Deshalb sei auch diesem Beitrag vorangestellt: «Gelobt sei der Zweifel. Ich rate Euch, begrüßt mir – heiter und mit Achtung – den, der Euer Wort wie einen schlechten Pfennig prüft.» (Bertolt Brecht) Kritische Hinweise zu diesem Beitrag bitte an: glaser@rosalux.de.

1. Alltag, Protest und Meinungsforschung

Obwohl immer wieder gern verkündet wird, die Begriffe links und rechts seien überholt und hätten ihre Bedeutung verloren, können die meisten Menschen sehr wohl etwas damit anfangen. Nur ein Zehntel von Befragten gibt auf die Frage «Wo würden Sie sich auf einer Skala zwischen 0 (links) und 10 (rechts) politisch einschätzen?» keine Antwort oder sagt «Weiß nicht».

Wie jeder bei einer Spontanumfrage im Bekanntenkreis, in der Familie oder am Arbeitsplatz feststellen kann, sind die Antworten auf die Frage, was denn nun links sei (oder was heute links sei), allerdings unterschiedlich. Viele antworten, links sei eben das, was viele für links halten: «die Linke», die «Linkspartei», «linke Politik», «linke Meinungen»... vielleicht die Gewerkschaften oder Attac. Andere bringen in ihre Antwort das Wort «eigentlich» ein: Die Linke heute sei so und so, aber eigentlich müsste links heute das und das bedeuten. Und wieder andere denken überhaupt nicht an Politik, sondern an Menschen, ihre Haltung zu sich, zum Leben, zu anderen: «Links, das sind Dreadlocks und wenn man Jointies raucht, keinen militärischen Haarschnitt hat und eher locker drauf ist.» Oder sie nennen Che Guevara oder Rudi Dutschke.

Bei einer Umfrage unter Studierenden in der Mitte der 90er Jahre gaben die Befragten Folgendes an:

Links ist: sozial (19% der Angaben zu links), ökologisch (11%), SPD (9%), sozialistisch (9%), kommunistisch (9%), Welfolterheit (8%), liberal,

individuell (8%), Grüne (7%), progressiv (5%), gewerkschaftsnah (5%).

Rechts ist: konservativ (24% der Angaben zu rechts), Vertretung der Besitzenden (11%), nationalerisch (10%), CDU/CSU (9%), rechts-extrem (7%), traditionsorientiert (7%), REPs (6%), Ausländerhass (5%), Machtbesetzung (5%), Starheit (4%).* (Alex Demirovic, <http://staff-www.uni-muenchen.de/~rilling/>).

In diesen Antworten sind drei verschiedene Aspekte dessen, was links ist, benannt. Es gibt, erstens, «die Linke» als eine historische Kraft, die sich über Organisationen und Personen definiert. Es gibt, zweitens, inhaltliche Positionen, die links oder rechts sein können. Und es gibt, drittens, Haltungen, kulturelle und soziale Verhaltensmuster, die wir als links oder rechts wahrnehmen. Nicht alles, wofür «die Linke» zu einem bestimmten Zeitpunkt eintritt, wird jedem

lichtung

manche meinen
links und rechts
kann man nicht
wechseln
weil es ein Illium
(Ernst Jandl)



taz: Was ist links?

Harry Rowohl: Keine Ahnung.

taz: Sind Sie links?

Harry Rowohl: Ja!

SEMINARZUTAT

Notieren Sie bitte schnell und ohne lange zu überlegen:

1. eine Person, die für Sie links ist
2. ein historisches Ereignis, das für Sie links ist
3. eine Organisation, die für Sie links ist.

Tauschen Sie dann die Blätter. Welche Übereinstimmungen gibt es? Wo gibt es Einspruch dagegen, «dass das links ist?»

«Insgesamt findet sich die Rechte eher als die Linke mit dem Vorhandensein von Ungleichheiten ab, und sie unterstützt außerdem lieber die Mächtigen als die Machtlosen.»

Anthony Giddens

«Was machen wir heute?»,
fragte ich.
«Für den Frieden kämpfen»,
antwortete Annette entschieden.
«Nicht mit mir», sagte ich,
während Eleanor «O nein,
Mummy!» stöhnte.
Die Anti-Atomwaffendemo
hatte ich ganz vergessen, obwohl
wir sie schon vor Wochen erst
mit Bleistift und dann mit Kugelschreiber
in den Küchenkalender
eingetragen hatten.
«Nehmt euch zusammen,
ihr Anarchisten!», sagte Annette.
Ken MacLeod, Die MarsStadt

«Das Programm des Sozialisten ist
ein radikales Freiheitsprogramm,
wobei der Sozialist weiß, dass
Freiheit nur realisiert werden kann,
wenn die soziale Existenz gesichert
ist – das weiß der Neoliberale
und der Konservative nicht. Freiheit
heißt richtig verstanden auch,
dass nicht die Wirtschaft herrscht,
sondern das Volk.»
Dokar Lafontaine

«Globalisierung bedeutet
Arbeitslosigkeit, Leihndumping,
Sozialabbau, Naturzerstörung
und Krankheit ...
Es gibt keine gerechte
Globalisierung.»
NPD, Aktionsprogramm für ein
besseres Deutschland

als links gelten oder historisch dauerhaft dafür stehen. Und zwischen der politischen und der kulturellen Sphäre, zwischen den politischen Organisationen und dem Alltagshandeln, gibt es immer Spannungen.

Die Anti-Hartz-IV-Demonstrationen des Jahres 2004 – von links und von rechts

Im späten Juni 2004 verfasste der Langzeitarbeitslose Andreas Erholdt einen Aufruf zu einer Montagsdemonstration in Magdeburg und vervielfältigte ihn. Zur ersten Demonstration kamen gut 800, bei der zweiten weit über 6.000. In der dritten Woche waren es über 15.000. Im September 2004 gingen in mehr als 200 Städten Hunderttausende auf die Straße. Erst im Spätherbst brach die Bewegung ab.

Diese Demonstrationen zeichneten sich dadurch aus, dass sie von den sozial Betroffenen selbst begonnen wurden. Es waren keine Demonstrationen der Parteien und Gewerkschaften, sondern der Bürgerinnen und Bürger selbst, auch wenn zunehmend organisierte linke Kräfte durch ihre Infrastruktur Unterstützung leisteten.

Wie schon 1989 hatten die Demonstrationen und Demonstranten ihre Plakate und Spruchbänder selbst gefertigt und oft mit gemeinsamen Sprüchen und eigenen Texten versehen: «Nieder mit Hartz IV, das Volk sind wir», «Die Taschen sind leer, Herr Schröder will mehr», «Arbeitslos, wohnungslos, mittellos, hoffnungslos», «Mein Spatibuck bekommt ihr nicht!» und «Hartz! du schon oder lebst du noch?»

Die Demonstrationen des Sommers und Herbstes 2004 wandten sich gegen die soziale Entscheidung, die mit den Hartz-IV-Reformen gerade für ältere Arbeitslose verbunden war; sie richteten sich gegen das, was die Protestierenden als Verfügung über ihr Leben und ihr Schicksal ansahen, und gegen die damit verbundene Ausgrenzung aus der sozialen Mitte der Gesellschaft. Sie sahen sich in ihrer Würde verletzt.

Auf diesen Protest der Bevölkerung reagierte auch die organisierte Rechte in Deutschland. Unter Losungen wie «Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen, Weg mit Hartz IV! Weg mit dem asozialen System!» wurde systematisch versucht, die Demonstrationen für sich zu verankern. Der Unterschied zu den Linken lag vor allem dort, wo oft ein und dieselben Forderungen nationalistisch, rassistisch und antidemokratisch begründet wurden. Zusätzlich plädierten die Rechten für Abschottung nach außen und für Abschiebung von in Deutschland lebenden Ausländern, die sie als Schuldige ansahen.



Ein Plakat auf einer Montagsdemo in Berlin, August 2004

Kritik an der neoliberalen Globalisierung wurde nationalistisch und ausländerfeindlich aufgeladen. Bei den Auseinandersetzungen im Opel-Konzern wurde ein Banner mit der Losung: «Globalisierung kilt deutsche Arbeitsplätze – Nationale Solidarität mit dem Arbeitskampf bei Opel!» vor dem Werkort postiert.

Die Kritik an den Hartz-Gesetzen wurde mit der Diffamierung von Asylbewerbern und der Parole «deutsche Steuergelder für Deutsche» verbunden. Im Anknüpfen an die berühmte Rede Kaiser Wilhelm II. am Beginn des I. Weltkrieges hieß es auf einem Transparent der Republikaner: «Wir kennen keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche – weg mit Hartz IV!»

Die Klärung von Positionen wird hier zu einer Überlebensfrage für die Linke. Einerseits wird von den Neoliberalen versucht, jede Kritik an neoliberaler Globalisierung und jedes Eintreten für staatliche Regulierung als nationalistisch, reaktionär und rechtsextrem zu diffamieren. Andererseits stehen soziale Bewegungen und die Linke in der Verantwortung, sich aktiv gegen rechts abzugrenzen, indem sie sich ausdrücklich nicht gegen andere sozial schwache Gruppen richten, sondern sich mit ihnen solidarisieren. Das ist deswegen so wichtig, weil Öffnungen nach rechts in Bewegungen nahezu spontan entstehen: Man konzentriert sich auf «seine» Sache und stellt dann erst fest, dass andere damit ausgegrenzt werden.

SEMINARZUTAT

Bei welchen Forderungen und Positionen verschwimmt Ihre Meinung nach heute die Abgrenzung zwischen links und rechts? Was ist nötig, um sie herzustellen?

Links und rechts in der Meinungsforschung



Die Meinungsforschung misst links und rechts anhand von vorher definierten Positionen, die als symptomatisch für links oder rechts gelten. Drei Positionen stehen in der Meinungsforschung vor allem für links: ein positives Verhältnis zum Sozialstaat, Forderungen nach direkter oder «mehr» Demokratie und die deutliche Ablehnung von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalsozialismus.

Davon ausgehend, können drei Dimensionen des Linken im Unterschied zum Rechten ausgemacht werden: (1) Unterstützung für den Sozialstaat vs. Forderung von mehr Marktfreiheit, (2) Forderungen nach weiterer Demokratisierung vs. Erwartungen an eine «starke Hand» und (3) Offenheit für abweichende Lebensentwürfe (Verhältnis zu Schwulen, Lesben als ein Indikator) und gegenüber Fremden (Juden, Moslems usw.). Allen diesen Merkmalen ist die Erwartung an eine hohe Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse gemeinsam. Man will als Linker den Überlebensentscheidungen, vorselektierter politischer Strukturen und der Ausgrenzung von Fremden bewusst entgegenwirken oder erwartet dies von anderen – dem Staat, Parteien usw.

ABB. 1: DREI DIMENSIONEN VON LINKS UND RECHTS

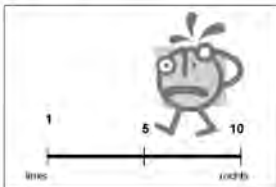


Da mit drei Dimensionen ein ganzer Raum von Positionen beschrieben werden kann (Abb. 1), ist völlig klar, dass dadurch auch verschiedene Typen von Linken erfasst werden können – je nachdem, wie sich die unterschiedlichen Merkmale von links miteinander mischen.

Folgt man diesem Modell der Meinungsforschung, dann gibt es nicht «die» Linke, sondern nur verschiedene Positionen, die man mehr oder minder als links bezeichnen kann. Im strengen Sinne würde eine «ideale» Linke sich durch die Gemeinsamkeit von sozialer Gestaltung, Demokratisierung und Offenheit auszeichnen.

Eine Haltung, die sich nur auf eine dieser Achsen konzentriert und die anderen Dimensionen von links vernachlässigt oder gar ablehnt,

kippt dagegen leicht nach rechts ab. Eine starke Betonung sozialer Regulierung, die sich mit autoritären Einstellungen und womöglich noch einer Abgrenzung gegenüber Anderen und Fremden verbindet, ist nicht mehr links, sondern rechts-nationalistisch. Das Gleiche gilt für eine einseitige Betonung von Offenheit, die sich weder mit sozialer Regulierung noch mit dem Bekenntnis zur Demokratisierung verbindet, und dementsprechend im neoliberalen Lager landet. Ein sozialer Autoritarismus, der sich internationalistisch gibt, kann in Positionen einer linken Diktatur münden, die die Freiheitsrechte dauerhaft unterdrückt. Der Anteil von rechts eingestellten Wählerinnen und Wählern linker Parteien liegt in Deutschland zur Zeit bei rd. 8 bis 10 Prozent.



Zur empirischen Messung entsprechender Einstellungen entlang der genannten Skalen werden durch die Meinungsforschung Fragen formuliert, die dann in Einstufungen überführt werden. Man bittet die Befragten zum Beispiel, sich auf einer Art Lineal mit den Zahlen 1 (steht für sehr links) bis 10 (steht für klar rechts) einzustufen. Es wird auch gebeten zu benennen, in welcher Reihenfolge die folgenden Ziele von Wichtigkeit seien: Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande; mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung; Kampf gegen die steigenden Preise; Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung; soziale Gerechtigkeit; Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft; Umweltschutz; Sicherheit und Ordnung.

Setzt man die Antworten dann mit der Frage nach sozialer Klassenzugehörigkeit, Altersgruppe, Geschlecht, Bildungsstand, Berufsgruppe, Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit, Wohnort, usw. in Beziehung, erhält man eine soziale und politische Kartografie der Gesellschaft.

SEMINARZUTAT

Versuchen Sie an ein paar beliebigen Beispielen, wie sich linke Forderungen durch das Weglassen der anderen Dimensionen von links nach rechts umstricken lassen.

Erich Fromm hatte schon 1929 in einer Untersuchung herausgearbeitet, dass viele Arbeiter und Angestellte in Deutschland bereits vor der Hitler-Diktatur eindeutig konservative oder reaktionäre Vorstellungen in Bezug auf die Rechte von Frauen und Kindern in der Familie und die Ursachen sozialer Ungleichheit (als selbstverschuldet) besaßen und keineswegs frei von Rassismus waren. Der legendäre Fragebogen enthielt Fragen wie: -325. Gefällt Ihnen die Verwendung von Pudern, Parfüm und Lippenstift bei einer Frau? 326. Halten Sie es für richtig, dass Frauen einen Beruf ausüben? 327. Auch die Verheirateten? 621. Glauben Sie, dass man bei der Erziehung der Kinder ganz ohne Prügel auskommt? 624. Was halten Sie und Ihre Frau von einer frühzeitigen Aufklärung der Kinder über das Geschlechtsleben? 630. Geben Sie ihrer Frau Haushaltsgeld oder einfach den ganzen Lohn? -

„3. Ist der Brauch bisher gewesen, dass man uns für Leibgegne gehalten hat, welches zu Erbarmen ist, angesehen dass uns Christus alle mit seinem kostbarlichen Blut vergießen erlöset und erkauft hat, den Herten gleich wie den Hächsten, keinen ausgenommen. Darum erfindet sich mit der Schrift, dass wir frei sind und sein wollen. 4. Ist es unbrüderlich und dem Wort Gottes nicht gemäß, dass der arme Mann nicht Gewalt hat, Wildpret, Geflügel und Fische zu fangen. Denn als Gott der Herr den Menschen erschuf, hat er ihm Gewalt über alle Tiere, den Vogel in der Luft und den Fisch im Wasser gegeben. 10. Haben etliche sich Wissen und Acker, die einer Gemeinde zugehören, angeeignet. Die wollen wir wieder zu unseren gemeinen Händen nehmen.“

Aus den +12 Artikeln-, verabschiedet am 15. und 20.3.1525 in Memmingen von der aufständischen Bauernschaft

In seiner Schrift „Ratschlag für einen Heiligen Krieg“ (1622) beschreibt der englische Philosoph Francis Bacon »die sieben Köpfe der Hydra«, die es abzuschlagen gelte – Gruppen von Menschen, die dem Projekt des kolonialen Empire entgegenstünden und seiner Meinung nach ausgerottet werden müssten:

1. Ureinwohner der Neuen Welt
2. Landlose und Flächlinge
3. Piraten
4. Räuber
5. Terroristen
6. Amazonen (= Frauen in Aufstands- und Widerstandsbewegungen)
7. Wiedertäufer (= religiöse »Kommunisten«).

Während die einen die Geschichte der Linken von der Aufklärung her schreiben (»Alles Denken der sozialen Bewegungen nimmt seinen Ausgang von den großen Ideen der Aufklärungsphilosophie«), sehen andere einen wesentlichen Ursprung der modernen Linken in den sieben Köpfen der Hydra. Der Kontakt jener Gruppen, die sich aus dem frühneuzeitlichen Empire absetzten, habe die praktische soziale Phantasie freigesetzt, aus der heraus die Utopie einer befreiten Gesellschaft als reale Alternative denkbar wurde.

2. Links und Rechts – eine historische und analytische Unterscheidung

Eine kurze Vorgeschichte

Die Bezeichnung »Linke« und »Rechte« für gegensätzliche politische Lager entstand in der Großen Französischen Revolution (1789–1794). In der zweiten Nationalversammlung, gewählt 1791, nahmen die Anhänger einer durch das Parlament kontrollierten Monarchie, die mit den großbürgerlichen Resultaten der ersten Etappe der Revolution vollat zufriedener waren, auf den »ehrerwürdigeren« Sitzen rechts vom Parlamentspräsidenten Platz. Diejenigen dagegen, die umfassendere demokratische und soziale Ziele anstrebten und die Revolution weiterreiben wollten, suchten bewusst die linken Plätze auf.

Rechte und links war von Anfang an direkt auf die Fragen von Eigentum und Macht fokussiert: Sollten Freiheit, Eigentum und politische Macht das Privileg weniger oder das Anrecht aller sein, sollte sich eine Diktatur der Besitzenden oder demokratische Partizipation aller, eine Gesellschaft erbarungsloser Konkurrenz oder der gemeinsamen Verantwortung und Solidarität durchsetzen. Robespierre sollte im Namen der Linken später über die bürgerliche Verfassung sagen: »Ihr habt die Artikel vervielfacht, um der Verwaltung des Eigentums die größte Freiheit zu gewährleisten, und ihr habt nicht ein einziges Wort gesagt, um seine gesetzlichen Merkmale festzulegen, so dass eure Erklärung nicht für die Menschen, sondern für die Reichen, die Unersättlichen, die Spekulanten und Tyrannien gemacht scheint.« Er verlangte, dass das Eigentumsrecht »weder der Sicherheit noch der Freiheit, noch der Existenz, noch dem Eigentum der Mitmenschen Eintrag tun« dürfe.

Der lange Marsch in die Mitte



Aus der Sitzverteilung von 1791 wurde eine lange Tradition: Die Grünen erzwangen bei ihrem Einzug in den Bundestag, dass sie Plätze nicht auf der Linken, sondern zwischen SPD und CDU/CSU einnehmen konnten, während die FDP heute ganz rechts und die Linke klar links Platz nimmt.

Wo aber beginnt die Linke? Den Gegensatz von egalitär-solidarischem und autoritär-hierarchischem sozialen



Strategien kennen bereits die großen Menschenaffen, wo sich jüngere Männchen zusammenschließen, um sich gegen das dominierende Alpha-Männchen zu wehren (und es, wenn möglich, gemeinsam zu stützen).

Dies oben beschriebenen drei Dimensionen von links versus rechts tauchten in der gesamten Geschichte auf in Gestalt der Forderung nach einer Mitsprache der Vielen anstelle der Entscheidungsgewalt weniger Privilegierter; der Forderung nach einer Bindung der Starken, Reichen und Mächtigen durch soziale Verpflichtungen nach »unten«; und der Konflikte um den zulässigen Grad gesellschaftlicher Abweichung bzw. der kulturellen Repräsentation unterschiedlicher Gruppen. Sie gingen jedoch in früheren Zeiten nur in Ausnahmefällen eine konsequente Verbindung ein, die eine Keimzelle eines linken Lagens in der Gesellschaft darstellte. Typisch waren z. B. soziale Aufstandsbewegungen, die aber auf autoritäre Ordnungsmodelle setzten und eher mit Diskriminierung und Gewalt gegen atzweckende Minderheiten einhergingen; oder Emanzipationsbewegungen von Minderheiten, die sich um die sozialen Rechte der »Vielen« wenig scherten.

Die Reihe der Ausnahmen macht die (Vor-)Geschichte der Linken vor der Moderne aus. Zu ihr gehören die Sklaven- und Bauernaufstände der Antike, soweit sich in ihnen ein übergreifendes, in allen drei Dimensionen fortschrittliches Programm entwickelte, wie etwa in der berühmten Aufstandsbewegung des Spartacus um 73 v. Chr. Die Partei der Graichen im vorkeiserlichen Rom verband die Forderungen nach Bodenreform mit der nach politischer Demokratisierung und Ausdehnung des Bürgerrechts auf Nichtbürger. Im deutschen Bauernkrieg 1525 stellten die aufständischen Bauern eine Art Verfassung auf (die »12 Artikel«), mit der sie soziale und kollektive Rechte der Bauern und der Gemeinden ebenso forderten wie Religionsfreiheit und individuelle Freiheiten.

Die Vorgeschichte der modernen Linken ist kein europäisches oder westliches Phänomen. Antihierarchische soziale Strategien und soziale Bewegungen sind ein festes Element der afrikanischen und der (vor-europäischen) amerikanischen Geschichte.

Die Geschichte der Linken und ihrer Ideen entwickelte sich entlang der Erfahrungen der unterdrückten Klassen, der sozialen Provokationen der gesellschaftlichen Spaltungen und der sozialen Experimente der »Outsider« – national wie international. Der Internationalismus der Linken reflektiert, wie wichtig transnationale Vermittlungen und Austauschbewegungen für die

Linke waren. Die Bewegung der «Maroons», der entlaufenen Sklaven Jamaikas, trug ebenso zum linken demokratisch-republikanischen Erbe der amerikanischen Revolution bei wie die Demokratisierungsvorstellungen der indianischen «Five Nations». Zum linken Anteil an der Geschichte demokratischer Institutionen und der offenen Gesellschaft gehören auch so merkwürdige Gebilde wie die «Piratenstaaten» des 17. und 18. Jahrhunderts, die von Nordafrika bis Indonesien reichten.

SEMINARZUTAT

Zeichnen Sie einen Stammbaum der Linken. Wer gehört Ihrer Meinung nach in die Familie, wer stammt wovon ab, wer heiratet wann quer ein? Tauschen Sie die Blätter und vergleichen Sie Ihre Stammbäume.

Revolution und Menschenrechte

Der Gegensatz von links und rechts in seiner heutigen Form ist Resultat des großen Epochenbruchs, der mit der Amerikanischen und Französischen Revolution des ausgehenden 18. Jahrhunderts seine prägende Gestalt annahm. Aus den Prozessen der Aufklärung, der Entstehung eines zentralistischen Staates und von kapitalistischen Marktwirtschaften, der Umwandlung von Stände- in Klassegesellschaften sowie einer Kriegsführung, die die Massenmobilisierung verlangte, bildeten sich Gesellschaften heraus, die als *modern* bezeichnet werden. Und aus der Not, dem Elend, der Ausbeutung und der Unterdrückung dieser modernen Gesellschaften des neuen Kapitalismus heraus wurden die Ansprüche der Unterdrückten, Ausbeuteten, Ausgegrenzten in neuer Form artikuliert – als universelle Ansprüche jeder und jedes Einzelnen auf ein selbstbestimmtes Leben in Solidarität, als Menschenrechte.

Erst die moderne Gesellschaft kennt links und rechts als universelle, sich selbst ererkennende Programme. «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» – die linken Forderungen der Französischen Revolution – riefen die Gegenrevolution hervor und führten zur bewussten Konstituierung der Rechten («Konservatismus») unter dem Banner von *Ordnung, natürlicher Ungleichheit und Tradition*, in den beiden großen Revolutionen von 1776 (USA) und 1789 (Frankreich) wurde ein Maßstab verkündet, den immer mehr soziale Gruppen und Bewegungen, immer mehr Bürgerinnen und Bürger an ihre Gesellschaften anlegten – den von Freiheit, Gleichheit und Solidarität, den der umfassenden Erlösung immer weiter gefasster Menschenrechte. Die Revolte von unten wurde zur universellen Revolution.

1762 erschien Jean-Jacques Rousseaus Schrift «Der Gesellschaftsvertrag», der dem

Verfasser die Verfolgung durch die Mächte des alten Europas eintrug. Das erste Kapitel beginnt mit den berühmten Worten: «Der Mensch ist frei geboren und überall liegt er in Ketten.»

Nur 14 Jahre später verkündeten die freien Bürger «das gute Volk von Virginia» eine «Bill of Rights»: «Art. 1 Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig und besitzen gewisse angeborene Rechte, deren sie, wenn sie den Status einer Gesellschaft annehmen, durch keine Abmachung ihre Nachkommenschaft berauben oder entkleiden können, und zwar den Genuss des Lebens und der Freiheit und dazu die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben und zu besitzen und Glück und Sicherheit zu erstreben und zu erlangen. Art. 2 Alle Macht kommt dem Volke zu und wird folglich von ihm hergeleitet. Beamte sind seine Diener und Diener und ihm jederzeit verantwortlich.» Durch den Druck radikaler Volksbewegungen wurden diese Rechte zum Bestandteil der US-amerikanischen Verfassung. Es sollte fast zweihundert Jahre dauern, bis in den USA zumindest formal diese Rechte auch für Frauen und Minna, Weiße und Schwarze gleichermaßen galten.

Seit der Französischen Revolution liegt ein wesentliches Merkmal linker Positionen darin, zu unterstreichen, dass das bloße Verkünden von Menschenrechten nicht ausreicht. Damit wirklich alle diese Rechte für sich in Anspruch nehmen können und nicht nur die privilegierten Klassen, müssen soziale Voraussetzungen geschaffen werden. Die Einlösung der Menschenrechte liegt nicht in der Geschicklichkeit und Verantwortung des Einzelnen, sondern in der Verantwortung der Gesellschaft.

Die Forderungen gesellschaftlicher Gruppen, die sich der Ausbeutung oder Unterdrückung ausgeliefert sahen und andere Eigentums- und Machtstrukturen verlangten, mussten in die Forderung nach einer allgemeinen Emanzipation umgewandelt werden. Dies über ist keine Selbstverständlichkeit.

Karl Marx formulierte als Ausgangspunkt emanzipatorischer Politik den «*kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*». Damit wird ein Maßstab von Gesellschaftsveränderung formuliert, der für die Linke bis heute seine Gültigkeit behalten sollte. Die Befreiung einer von besonderer Ausbeutung und Unterdrückung betroffenen Gruppe, Schicht oder Klasse sollte zugleich dazu beitragen, alle zu befreien. Damit wurde auch ein ganz klarer Trennungsstrich gegenüber Klassenhass und physischer Ausrottung der früheren Ausbeuter, gegenüber Rassenhass und Völkervernichtung, gegenüber der Errichtung neuer Diktaturen oder Tyrannen und der Schaffung neuer Ausbeutungssysteme gezogen. Die Linke konstituiert



«Die Freiheit ist ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse die andere ungestraft aushungen kann. Die Gleichheit ist ein leerer Wahn, solange der Reiche mit dem Monopol das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt. Die Republik ist ein leerer Wahn, solange Tag für Tag die Kontenrevolution am Werk ist, mit Warenpreisen, die drei Viertel der Bürger nur unter Tränen aufbringen können.»

Der Führer der Zornigen, Jacques Roux, an die französische Nationalversammlung 1793

«Art. 2 Wir fordern Vollbeschäftigung für unser Volk. Wir denken, dass die Bundesregierung die Verantwortung und die Verpflichtung hat, jedermann einen Arbeitsplatz oder ein sicheres Einkommen zu garantieren. Wir denken, dass den weißen Unternehmern, wenn sie keine Vollbeschäftigung ermöglichen, die Produktionsmittel entzogen und diese dem schwarzen Volk übergeben werden sollten, damit es alle seine Angehörigen organisieren und beschäftigen und ihnen einen hohen Lebensstandard sichern kann.»

Aus dem Programm der Black Panther Party der USA vom Oktober 1966

«Wenn jemand auch euer Brot entzieht, beraubt er euch gleichzeitig euer Freiheit. Aber wenn jemand euch euer Freiheit beraubt, dann wisst ihr, dass euer Brot bedroht ist, denn es hängt nicht mehr von euch und eurem Kampf ab, sondern von der Eigentümlichkeit irgendeines Herrern.»

Albert Camus

sich geradzumit der Entscheidung, nicht einfach die Verhältnisse umzukehren oder Rache zu nehmen, sondern sich dem Anspruch auf eine bessere Gesellschaft zu stellen, die sich an den Rechten der Menschen massen lässt. Dabei ist es ein ureigener Anspruch der Linken, dass die Gestaltung der Eigentumsformen der allgemeinen Verwirklichung menschlicher Rechte zu dienen hat und nicht die Rechte den Eigentumsformen folgen.

Viele der großen sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts haben deshalb ihre konkreten Forderungen mit denen nach der universalen Gültigkeit von immer weiter ausgedehnten politischen, sozialen und kulturellen Rechten verbunden, weil so erstens die Ansprüche Unterdrückter, ausgebeuteter und marginalisierter Kräfte innerhalb des Horizonts «bürgerlicher Gesellschaften» als allgemein gültige Ansprüche formuliert werden konnten, zweitens die Bindung des Rechts an den Besitzbürger zugunsten von Rechten jeder und jedes Einzelnen unabhängig von Eigentum und Macht überwunden wurde, ohne dabei das Rechtsdenken aufzugeben, und drittens kollektive Forderungen zugleich als individuelle Rechte gefasst werden konnten. Gleichzeitig aber wurden auch linke Bewegungen mächtig, die ihre sozialen Ziele durch die Errichtung von Parteifunktionen, Zentralverwaltungswirtschaft und Verfolgung der Andersdenkenden durchzusetzen suchten (siehe dazu weiter unten).

Individuelle Ansprüche und Rechtsforderungen stehen immer in einem sozialen Kontext. Jeder kennt das aus seinem Betrieb, seiner Fachschaft etc.: Man kann nicht an der zentralen sozialen Auseinandersetzung einer Gruppe vorbei links sein. Man kann nicht linke Positionen vertreten, aber die zentrale Spaltung der Gruppe oder die zentrale gesellschaftliche Spaltung, von der sie betroffen ist, ignorieren. Das funktioniert nicht und wäre nicht ernst zu nehmen. In diesem Sinne bedarf links daher eines sozialen Standpunktes. Eine linke Hal-

tung braucht den Blick «von unten», sie braucht sozialen Halt. Sie muss alle gesellschaftlichen Auseinandersetzungen immer auch daraufhin befragen, was sie im Lichte der gesellschaftlichen Klassenspaltung und Unterdrückung für die Unterdrückten und Ausgebeuteten bedeuten. Sie muss auf materielle Lebenswirklichkeit zielen, nicht auf formale Rechte. Sie darf die Macht- und Eigentumsfragen nicht ignorieren, weil sie ansonsten die wirkliche Veränderung der wirklichen Verhältnisse verfehlt.



Menschenrechte sind nicht statisch. Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, antirassistische und antikoloniale Bewegungen, die Bewegungen der Passlosen oder der Schwulen und Lesben, sie alle und viele andere mehr beziehen sich nicht nur auf fundamentale Menschenrechte. Sie haben diese Rechte erweitert, interpretiert, konkretisiert, verändert. Gemessen an ihnen ist keine Eigentumsordnung, kein politisches Regime, keine religiöse Organisation, kein Weltssystem legitim, das nicht deren allgemeine Durchsetzung gewährleistet. Erst durch den Bezug konkreter sozialer Forderungen zur Überwindung von Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Ausgrenzungsverhältnissen auf universale Menschenrechtsforderungen erhalten diese ihren beherrschenden Charakter. Wie die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zeigen, ist die Herstellung eines solchen Bezugs keinesfalls selbstverständlich.

SEMINARZUTAT

Das Recht auf Eigentum gehört zu den umstrittensten Fragen der Menschenrechtsdebatte. Plädieren Sie mit verteilten Rollen für und gegen das Recht auf Eigentum. Welche unterschiedlichen Bedeutungen können in dieses «Recht» hineingelegt werden?

3. Der Raum der Linken

Die Positionen dazu, was heute links ist, sind nicht nur im Alltag, in der Politik und in der Meinungsforschung außerordentlich verschieden. Sie differieren auch nach kulturellem und sozialem Kontext, nach Traditionen und Erwartungen. In der wissenschaftlichen Literatur gibt es sehr verschiedene begriffliche Annäherungen.

Wollte man eine sehr breite Beschreibung dessen geben, was heute in seiner Heterogenität als links gilt, dann könnte man den Bemerkungen des Spaniers Elias Diaz folgen. Für ihn sind folgende Einstellungen Zeichen einer Linksidentität:



- «eine größere Bereitschaft für eine Politik der Umverteilung und der angemessenen Angleichung, die auf der Arbeit statt auf dem Kapital beruht;

- eine größere Berücksichtigung der Strukturierung all dessen, was öffentlich und allgemein ist gegenüber dem, was privat und individuell ist;
- ein größeres Gewicht auf die Werte der Zusammenarbeit im Vergleich zu den Werten der Konfrontation und der Konkurrenz;
- eine größere Aufmerksamkeit gegenüber neuen gesellschaftlichen Bewegungen und ihren pazifistischen, ökologischen und feministischen Forderungen;
- Sorge für die wirkliche Umsetzung der Menschenrechte, vor allem hinsichtlich der Randgruppen, der Alten, der Kinder usw.;
- das Beharren auf der Vorrangigkeit der Befriedigung grundlegender Bedürfnisse wie die der Gesundheit, der Schulbildung, der Wohnung;
- größeres Fingerspitzengefühl und internationale Freundschaft für die armen, in Abhängigkeit stehenden, unterentwickelten Gebiete;
- Autonomie des freien Willens und der rationalen Diskussion, nicht um demokratische Mehrheitsbeschlüsse zu lassen, sondern um kritische Ethiken zu entwickeln und eine Umwandlung aufzubauen, die nicht mit autoritären Argumenten oder Dogmen religiöser Einrichtungen aufgezwungen werden.»

Ein Diskussionsvorschlag

All das gehört in den Raum der Linken oder dessen, was links ist. Wie aber ist dieser Raum strukturiert? Mit Sicherheit lässt er sich nicht aus einer einzigen Bestimmung «ableiten», aber besteht er umgekehrt nur aus Einzellorderungen, die keinen klaren Zusammenhang haben?

Folgt man der Orientierung an den erklärten Zielen der Großen Französischen Revolution, dann wäre zu fragen, ob links nicht durch drei Grundwerte zu bestimmen ist – Liberté, Egalité, Fraternité oder eben: Freiheit, Gleichheit, Solidarität; ergänzt um die Grundüberzeugung von der bewussten Veränderbarkeit von Gesellschaft.

Die Linke unterscheidet sich nicht nur durch die Gleichheitsorientierung, sondern sie nahm immer an, dass diese Gleichheit letztlich – und sei es über den Umweg einer Diktatur und einer Zentralverwaltungswirtschaft – zu mehr Freiheit führe. Zugleich aber, und dies steht im direkten Gegensatz zu vielen rechten Auffassungen, ist Solidarität erklärtermaßen für die Linke nicht nur ein Mittel, sondern ein eigenständiges Ziel. Für die Linke ist Solidarität und nicht Konkurrenz die angestrebte Grundform menschlichen Zusammenlebens.

Bei Marx und anderen sozialistischen und kommunistischen Denkern setzt sich fort, was in der Aufklärung und der Französischen Revolution bereits angelegt ist: eine Identifikation der linken Anliegen mit dem geschichtlichen Fortschritt und mit dem Gedanken der Vernünftigkeit (Rationalität) gesellschaftlicher Verhältnisse. «Progressiv» könne nur sein, was sich positiv auf den Sieg der unterdrückten Klasse bezieht, und der Sieg der unterdrückten Klasse könne nur in der Durchsetzung einer Ordnung bestehen, die ein höheres Maß gesellschaftlicher Rationalität verwirklicht.

Die großen Revolutionen in Frankreich und Amerika und ihre soziale Radikalisierung durch Arbeiterbewegung und Marxismus haben der

«Im Unterschied zum Freiheitsbegriff ist Gleichheit ein ausschließlich der Linken gehörender Begriff. Es handelt sich nicht um eine Tatsachenfeststellung, sondern um eine Forderung: Koineswegs wird dabei behauptet, daß alle Menschen gleich sind, sondern daß sie gleiche Rechte haben sollen. Bei der Beantwortung der Frage, worin die Menschen gleich sein sollen, unterscheiden sich liberale und egalitäre Positionen. Die Liberalen fordern Freiheit vor dem Gesetz, die Egalitären die Gleichheit in der gesellschaftlichen Realität.

Für letztere gibt es zwei Varianten: Gleichheit der Chance oder Gleichheit des Ergebnisses. Chancengleichheit meint gleichen Zugang zu gesellschaftlichen Positionen, die selbst aber ungleich sind. (...) Ein Recht auf Gleichheit des Ergebnisses meint dagegen, daß alle Bürgerinnen nicht nur der Möglichkeit, sondern auch der Realität nach einen gleichen Anteil an den vorhandenen gesellschaftlichen Positionen und Ressourcen (z. B. Reichümern) haben sollen. (...) Egalitäre Eigentumsvorstellungen können entweder durch gleiches Privateigentum für alle oder durch Gemeineigentum realisiert werden.

Der Begriff der Gleichheit wird erst durch Universalität zu einem Basisbegriff der Linken. Davon unabhängig ist nämlich vorstellbar, daß Gleichheit nur unter den Mitgliedern einer beschränkten Gruppe herrscht (etwa einer Elite, die sich einerseits Vorrechte gegenüber der gesamten übrigen Gesellschaft sichert, andererseits aber Gleichheit unter ihren Mitgliedern wahrt; auch eine Gleichheit der Benachteiligten untereinander ist vorstellbar).»

Georg Filbert

ABB. 2: DER RAUM DER LINKEN



«Genossen, pure Veranstaltungen sind unerträglich. Ihr seid voll von Hemmungen, die ihr als Aggressionen gegen die Genossen auslassen müsst, die etwas Dummes sagen oder etwas, was ihr schon wisst. Die Aggressionen kommen nur teilweise aus politischen Einsichten in die Dummheit des anderen Lagers. Warum sagt ihr nicht endlich, dass ihr kaputt seid vom letzten Jahr, dass ihr nicht wisst, wie ihr den Stress länger ertragen könnt, euch in politischen Aktionen körperlich und geistig zu verausgaben, ohne damit einen Lustgewinn zu verbinden. Warum diskutiert ihr nicht, bevor ihr neue Kampagnen plant, darüber, wie man sie überhaupt ausführen soll? Warum kauft ihr euch denn alle den Reich? Warum spricht ihr denn hier vom Klassenkampf und zu Hause von Organismuschwierigkeiten? Ist das kein Thema für den SDS?»

Helke Sander

Eine politische Sitzung an einem Wohnungstisch. Eine junge Frau, die bisher noch zu keiner Sitzung gekommen ist, tritt dazu.

«Macht ihr hier auch was zu Feminismus?»

«Nein. Aber wenn du mal da hintergehst, in die Küche, da ist Anni. Die interessiert sich für so was.»

Der subjektive Faktor.
Regie: Helke Sander

Linken ein aufregendes, mitunter auch problematisches Erbe gegeben. Neu ist nicht nur, dass Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die alten Forderungen der linken «Vorgeschichte» in abstrakterer und damit verallgemeinerbarer Form fassen. Sie werden ergänzt durch einen vierten Aspekt, der für die Linke von da ab konstitutiv bleibt: die Betonung der Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, das Bekenntnis und die Bereitschaft, gesellschaftliche Regeln grundlegend und prinzipiell zu verändern, eine neue Gesellschaft nicht wachsen zu lassen, sondern zu schaffen. Vorher war Revolution die Rückkehr zu einem besseren Zeitalter, Wiederherstellung der eigentlich richtigen «gottgewollten» Zustände.

Eine der Stärken der Linken liegt seither darin, dass sie Macht und Eigentum skularisiert. Macht und Eigentum werden aus dem Reich des «Natürlichen», der persönlichen oder gruppenbezogenen «Eigenschaften», herausgelöst und zu einer Frage gesellschaftlicher Regulation verschlicht. Die Linke gewinnt immer wieder eine provozierende Kraft, indem sie aufzeigt, welches Potenzial gesellschaftlicher und menschlicher Verbesserung und Enttaltung sich erschließt, wenn die Verteilung von Macht und Eigentum kein Tabu ist.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert und frühen 20. Jahrhundert schien die Linke zumindest in Deutschland mit der organisierten Arbeiterbewegung zu einer gemeinsamen Front unter Führung der Sozialdemokratie zu verschmelzen. Die sozialen, politischen und kulturellen Unterschiede rückten in den Hintergrund. Heute hat sich dies völlig geändert. Der wohl wichtigste globale Ort der Linken, das Wattssozialforum, ist vor allem ein Ort, ein Raum der Vielen, der sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, vielfältigster Initiativen und Gruppen von aktiven Bürgerinnen und Bürgern. Schon aus diesem Grund verwenden wir bei der Bestimmung der Linken im Folgenden den Begriff des *Raums*, in dem viele mit vielen zusammenwirken. Wir wollen nicht die Linke definieren, sondern eher das, was die vielen Linken in ihrer Unterschiedlichkeit miteinander verbindet.

Mit der Gruptik (Abb. 2, Seite 7) soll versucht werden, einen Raum der Linken zu skizzieren, indem die genannten vier Grundbegriffe – Freiheit, Gleichheit, Solidarität und bewusste Gestaltung – benutzt werden. Dadurch soll es möglich werden, Orientierungspunkte und Abgrenzungslinien zu fixieren, ohne sich auf «die» Definition von links festlegen zu müssen: die Erfassung von links als ein offener Raum, der Platz hat für Verschiedenes, aber nicht für Beliebiges. Dies könnte auch helfen, der Selbstverortung von Linken in ihrer Pluralität, Diversität und Heterogenität gerechter zu werden als über die bloße Fixierung auf den einen Begriff,

die eine Kategorie, Bewegungen, Theorien und Diskurse, Orte und Institutionen, Sozialistinnen und Sozialisten, radikale Demokratinnen und Demokraten, libertäre Anarchistinnen und Anarchisten, Sozialdemokratinnen und -demokraten, linke Autonome könnten sich gleichermaßen in diesem Raum wiederfinden.

Jeder der vier Grundbegriffe einer modernen Linken wird mit Gegenbegriffen ins Verhältnis gesetzt – Ausbeutung; Unterdrückung; Konkurrenz und Krieg; Irrationalismus und Konservatismus. In ihrer Gesamtheit umschreiben Freiheit, Gleichheit, Solidarität und bewusste Gestaltung eine *plurale Identität* der Linken, die wesentlichen Tendenzen, Macht- und Eigentumsstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaften kritisch gegenüberstehen: Sie erlassen die Vision einer Bewegung, die auf eine Gesellschaft gerichtet ist, «in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller» wird. (Marx)

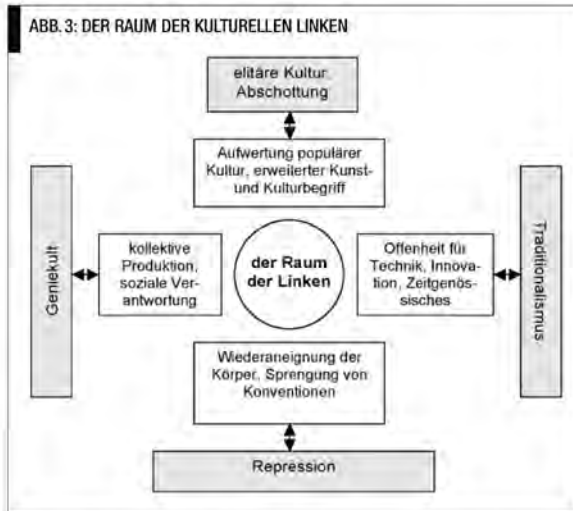
Die kulturelle Linke

Die Bewegung zur Emanzipation, der Kampf zwischen links und rechts, findet überall in der Gesellschaft statt. Er findet an allen ihren Orten statt – im Betrieb, in der Familie, auf der Straße, im Parlament, in der Öffentlichkeit, in den Schulen und Universitäten, in den Stadtvierteln, in all ihren Institutionen, Gruppen, Vereinigungen, Medien und Beziehungen. Er findet als politischer, als kultureller, als sozialer Kampf statt.

Dabei gibt es keine privilegierten Orte und Formen, die grundsätzlich wichtiger wären als andere. Es gibt jedoch Ungleichzeitigkeiten, Widersprüche und wechselnde Rollen. In manchen Phasen sind Betriebskämpfe die Vorreiter von Veränderung, in anderen die politische Regierungsübernahme durch die Linke. Zu bestimmten Zeiten entwickeln sich progressive soziale Formen schneller als die Politik; zu anderen Zeiten wird das «Private» von den Veränderungen in «der Politik» emanzipalonsch (inspiriert). Das Verhältnis von politischer, kultureller und sozialer Linken ist eine unentbehrliche Produktivkraft für die Veränderung der Gesellschaft – und ein Ort von heftigen Widersprüchen und Kontravenzen.

Ähnlich wie bei den Menschenrechten lassen sich auch auf dem Gebiet der Kultur zwei gegensätzliche Extreme von dem konstruieren, was links ist. Nach der einen Auffassung würde einfach «Gestimmung» zählen – wohlweise als politische Parteilnahme der Akteure oder als «Inhalte». Danach ließe sich Kultur einfach auf politische Aussagen und Positionen hin abfragen: die eigentliche kulturelle Arbeit bliebe dabei uninteressant und wäre bloßes Medium des Politischen. Nach der entgegengesetzten Auffassung gäbe es nur eine einzige progressive kulturelle Aufgabe, nämlich die stetige

ABB. 3: DER RAUM DER KULTURELLEN LINKEN



Erweiterung der menschlichen Möglichkeiten = der emotionalen und kognitiven, sinnlichen und symbolischen Fähigkeiten, die Suche nach neuen Formen und neuem Ausdruck für neue oder verteilte Empfindungen, Eindrücke und Zusammenhänge. Die Frage nach rechter oder linker Kultur wäre damit sinnlos.

Sinnvoller als eine solche Entgegensetzung ist es, auch hier mit dem Modell vom »Raum der Linken« zu arbeiten, dessen vier Richtungen – Freiheit, Gleichheit, Kooperation und bewusste Veränderung – kulturell allerdings sehr unterschiedlich interpretiert werden können. Kultur handelt nicht nur von Wörtern, sondern von Körpern, Bewegungen, »Haltungen«, und dies ist dem politischen Gehalt von Kultur nichts Äußerliches.

Der Aspekt der Gleichheit kann z.B. bedeuten, dass die kulturelle Linke die Unterscheidung in elitäre Kunst und Massenkultur; in »E- und -U«, weniger Wert beizumisst – sondern populäre Kunst und Kultur wichtig nimmt. Er kann bedeuten, sich für die Klänge und Bilder der Straße und der Produktion zu interessieren und für die Erfahrungen und Philosophien der Unterdrückten, und es kann auch bedeuten, die vielfältigen kulturellen Prozesse und Bedürfnisse zu respektieren und zu verarbeiten, die sich in Formen der »Unterhaltung« ausdrücken. Kritische Auseinandersetzung mit allen diesen Formen ist immer gefragt. Aber tendenziell ist linke Kultur gegen die Elfenbeintürme, d.h. gegen eine Kul-

tur, die ausschließlich die Werte und Selbstdarstellungen der weißen, männlichen, westlichen, bürgerlichen Klasse exzerpiert, die allen anderen kulturelle Leistungen nurmehr aus abspricht; und die allem anderen abspricht, zum Gegenstand von Kunst werden zu können.

Der Aspekt der Freiheit kann bedeuten, mit der repressiven Kontrolle des Körperlichen zu brechen, die Autorität verordneter Wahrnehmungen zu sprengen, auch: Konventionen zu zerstören.

Der Aspekt der Kooperation kann auf die kulturelle Produktionsweise bezogen werden, indem kollektive Produktion und kooperative Überschreitungen versucht werden. Er kann genauso gut auf die gesellschaftliche Position kultureller Akteure bezogen werden, im Sinne eines Bewusstseins gesellschaftlicher Verantwortung und des Respekts vor anderen Tätigkeiten.

Der Aspekt der gewollten Veränderung und bewussten Gestaltung kann bedeuten, technischen und wissenschaftlichen Umwälzungen auch auf dem Gebiet der Kultur offen gegenüberzustehen; dem Aktuellen mehr Interesse entgegen zu bringen als dem Überzeitlichen; Kultur als Produktionsmittel für menschliche Veränderung zu begreifen.

So verschieden diese Aspekte auch interpretiert werden, sie werden sich in Kunst und Kultur mit linkem Anspruch immer wiederfinden. Das gilt für so unterschiedliche Ansätze

»Beide Ängste – Untergrabung von Autorität und Verführung durch Körperlichkeit – wiederholen sich ständig durch die ganze Musikgeschichte ... Wir sollten erwarten, dass sich die politische Linke in diesem Krieg auf die Seite der Freiheit schlägt, die der körperlichen Auflehnung gegen herrschende Vorschriften. Manchmal tut sie das auch. Aber mindestens ebenso oft sind die Befürchtungen der Linken, was die Musik betrifft, genau dieselben ... Polit-Folk ist die linke Variante der Calvinistischen Hymne: der Text steht im Vordergrund, um die Bedeutung zu kontrollieren; die Musik ist ihr Wasserträger, alle indirekten Appelle an den Körper sind eliminiert.«

Susan McClary, Some As It Ever Was

•Wir wollen Rembrandt und Michelangelo nicht vergessen. Wir wollen nur, dass sie ein bisschen Platz machen für uns ... Angesichts dessen, wie es bisher in der Kunstgeschichte gelaufen ist, sollte jede Ausstellung zu 99 % aus Werken von Frauen und nicht-weißen KünstlerInnen bestehen. Aber nur für die nächsten 400 Jahre, das reicht.-
Guerrilla Girls

wie das epische Theater Brechts, die »soziale Plastik« Beuys', die progressiven Spielarten der Hip-Hop- und DJ-Kultur usw. Werden einzelne Aspekte verabsolutiert oder fehlen andere, geht der emanzipatorische Charakter verloren. Deshalb sind einzelne künstlerische Richtungen (oder kulturpolitische Ansätze) nicht per se links oder rechts. Man kann Surrealismus oder Popart auch reaktionär betreiben, ebenso wie man mit »Kultureller Breitenförderung« einer unbequemen künstlerischen Avantgarde den Schneid abkaufen bzw. den Hahn zudrehen kann: Die Dialektik, dass heute rechts sein kann was gestern links war und umgekehrt, ist nirgendwo so schnell wie auf dem Gebiet der Kultur.

Auch hier gilt: Was links ist, lässt sich nicht ableiten. Aber linke Kultur organisiert ihre Auseinandersetzungen ebenfalls in einem Raum der Linken, der von Widersprüchen strukturiert ist und in dem die kulturelle Linke nach rechts kippt, wenn sie eine der vier Achsen aufgibt. Auch auf dem Feld der Kultur stehen die vier Grundbegriffe der Linken Gegenbegriffen gegenüber. So schwierig die Antwort auch sein mag, was in der Kultur gerade links ist, so klar ist zumindest das Gegenteil. Linke Kultur ist auf jeden Fall nicht elitär, sie ist nicht repressiv, sie pflegt keinen Geniekult, und sie verwendet die Kultur der Vergangenheit nicht in einem unantastbaren Kanon.

Die soziale Linke

Der Gedanke des Raums der Linken lässt sich auch für die soziale Linke fruchtbar machen. Sie ist so vielfältig wie die politische und die kulturelle Linke auch. Die soziale Linke – ein Begriff, der seit einiger Zeit in der lateinamerikanischen Linken eine große Rolle spielt – arbeitet in sozialen Bewegungen. Sehr häufig prägt sie diese Bewegungen maßgeblich, bzw., sehr häufig sind diese Bewegungen in hohem Maße links. Das kann die Gewerkschaftsbewegung sein, die Frauenbewegung, die Selbstorganisation von Flüchtlingen und Migrantinnen etc. Zur sozialen Linken gehören aber auch alle Einzelnen, die in den konkreten gesellschaftlichen Kooperationsformen – Betrieb, Familie, Stadtteil, Verein – sich für Veränderungen einsetzen im Sinne der vier Aspekte, die den Raum der Linken markieren: Mitbestimmung, direkte Partizipation, die Orientierung an sozialer Nützlichkeit, Formen der gesellschaftlichen Verwaltung sozialer Fonds sind einige der Leitideen einer sozialen Linken. Es können diejenigen dazu gehören, die soziale Arbeit leisten. Unter bestimmten historischen Umständen können Teile des öffentlichen Beschäftigungssektors zur sozialen Linken gehören. Wenn dieser genutzt wird, um mit progressivem Beispiel in der Arbeitswelt voranzugehen. Und alle Linken gehören grundsätzlich auch zur sozialen Linken, weil sie sich in ihren lebensweltlichen Kooperationen verhalten müssen.

Der *Aspekt der Freiheit* bedeutet, dass Linke sich auf dem Feld des Sozialen z.B. für Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung der Menschen einsetzen, dass sie gegen Entfremdung und Fremdbestimmung kämpfen. Er heißt auch, dass eine linke Politik des Sozialen dem Widerständigen, dem Ungehorsamen, der Regelübertretung immer einen Platz lassen bzw. diesen verteidigen muss.

Der *Aspekt der Gleichheit* trifft hier vor allem als Gegensatz zur Hierarchie auf – zwischen Gruppen, Klassen, Geschlechtern, Positionen, Lebensentwürfen. Anerkennung und Gleichverteilung, Wahl von Funktionsträgern und direkte Demokratie, Gleichberechtigung und Antidiskriminierung, Respekt und Selbstbewusstsein werfen viele Widersprüche auf, aber sie gehören alle zum Aspekt der Gleichheit.

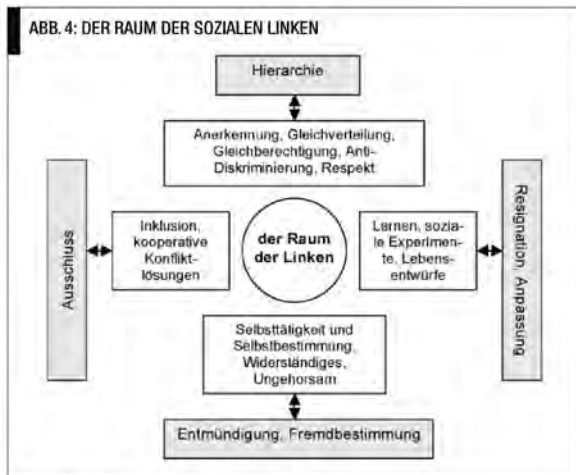
Auf dem Gebiet des Sozialen kann der *Aspekt solidarischer Kooperation* z.B. bedeuten, eine »inklusive« Politik zu betreiben, d.h. sich allen Formen von Ausschluss aktiv zu widersetzen. Auch hier gibt es Widersprüche, etwa zwischen der Neigung zu kooperativen Konfliktlösungen und dem Bekenntnis zur Solidarität, die Kampf und Konflikt notwendig machen können.

Der *Aspekt der bewussten Gestaltung und gewollten Veränderung* schließlich wird bedeuten, dass die Linke allen naturalistischen Feststellungen im Sozialen immer skeptisch gegenübersteht, dass sie an die Kraft der gesellschaftlichen Formung, des Lernens, der Veränderbarkeit von Rollen und Regeln glaubt: Er kann ebenso bedeuten, dass dem sozialen Experiment ein Platz offen gehalten wird, dass das Risiko neuer Formen eingegangen und ermöglicht wird.

Die soziale Linke erfindet und praktiziert Lebensweisen, Verhaltensweisen, instrumentelle gesellschaftlicher Kooperation – von der »WG- bis zur »gemeinsamen Reflexion«, von der »wilden Ehe« bis zur solidarischen Lohnpolitik, von der antiautoritären Erziehung bis zur Krabbelgruppe, von der Genossenschaft bis zum Völkseigentum. Sie arbeitet mit den wirklichen Menschen und produziert »Normalität« für das, was gestern noch als »krank« und »abwegig« galt. Ohne die soziale Linke kann man das Leben, den Menschen, die Gesellschaft nicht verändern.

Umgekehrt gilt: Auch wenn das Soziale immer politisch ist, bleibt es fundamental unvollständig, wenn es nicht auf eine politische Perspektive im engeren Sinn bezogen ist. Denn die Gesellschaft ist organisiert, ihre grundlegenden Regeln werden von mächtigen Interessenkollationen und von harten Sachzwängen verteidigt. Ohne den Sprung ins Politische, d.h. ohne die gemeinsame Organisierung für das Ziel, grundlegende Regeln der Gesellschaft auch durch abstrakte Beschlussfassung und institutionelle Konsequenz zu ändern, läuft die soziale Linke sich tot und wird frustriert.

ABB. 4: DER RAUM DER SOZIALEN LINKEN



Politische, kulturelle und soziale Linke stehen in einem spannungsvollen Verhältnis. Gemeinsam bilden sie eine ungeheure Produktivkraft

der Veränderung, die in ihren Konflikten immer wieder die Gestalt linker Politik für die aktuelle Zeit neu hervorbringt. Auch im Gesamtverhältnis gilt: Eine Linke (und das gilt auch für linke Organisationen und Individuen), die sich ausschließlich auf das Feld des Politischen oder das Feld des Kulturellen oder das Feld des Sozialen beschränkt, kann nicht wirklich links sein. Eine gesellschaftliche Kraft, die politisch fortschrittlich, aber kulturell repressiv ist, ist nicht links. Eine künstlerische Avantgarde, die kulturell fortschrittlich, aber politisch reaktionär oder ohne jedes politische Bewusstsein ist, ist nicht links. Eine soziale Bewegung, die sozial links ist, aber kulturell nicht befreiend und politisch nicht aufklärend, ist nicht links. Politische, kulturelle und soziale Linke können sich nur gemeinsam emanzipieren. Allein bleiben sie unvollständig und beschränkt und reichen nicht aus, die Komplexität der Gesellschaft und der menschlichen Praxis zu erfassen, geschweige denn emanzipativ umzuwälzen.

Linke Gesellschaftsgestaltung und linke Barbarei

Der Raum der Linken ist nicht einfach da, er wird durch gesellschaftliche Gruppen, Klassen, Organisationen und Individuen seit Jahrhunderten immer wieder geschaffen und verändert. Soziale Bewegungen, Gewerkschaften,

Parteien, Intellektuelle, auftragene Einzelne produzieren und reproduzieren diesen Raum, in dem sie sich dann selbst bewegen.

Solange die Kapitalverwertung, Patriarchat und atomisch begründete Ausschlusskriterien die Gesellschaft dominieren, ist der Raum der Linken ein Raum einer Minderheit. Er kann – wie im nationalsozialistischen Deutschland – zusammenschrumpfen auf das Handeln einer kleinen Minderheit, er kann der Raum einer großen und vielfältigen Strömung werden, und er kann in seltenen Momenten auf fast die ganze Gesellschaft ausstrahlen. Dies sind Feiertage der Völker wie der Mai 1968 in Paris oder der Sommer des gleichen Jahres in Prag.

Der Ausgangspunkt des Entstehens und der Erneuerung der Räume der Linken sind ein Gefühl des Unbehagens, der Distanz und Frustration, der Ablehnung – und schließlich der Protest und die offene Revolte. Es sind eskalierende Formen der Ablehnung: der herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse, der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung, der Erstarrung der gesellschaftlichen Zustände zu Fesseln individueller und kollektiver Entwicklung. Meinungen wie »So sollte es eigentlich nicht sein!«, »Das darf so nicht weiter gehen!«, »Das können wir nicht länger (hinnehmen)« charakterisieren Stufen wachsender Bereitschaft, etwas gegen die herrschenden Zustände zu tun.

Diese Auseinandersetzung mit den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen, Lebensweisen, mit Eltern, Lehrern, in Betrieben,

»Die KPD in den Weimarer Jahren (stellte) ... ein Emanzipationsmilieu für Frauen dar. Auch wenn die für die Situation der Frau entscheidende Dimension der Politisierung des »Privaten« auf ein Mobilisierungsproblem bzw. auf ein moralisches Problem reduziert wurde, so stellte die Partei immerhin einen organisierten Rahmen dar, in dem diese Probleme überhaupt thematisiert werden konnten, und die Kontinuität des Parteilbens ermöglichte quasi »nebenher« die Ausbildung von Ansätzen eines alternativen Lebenszusammenhangs, in dem individuell alternative Geschlechterbeziehungen eher erprobt werden konnten als in weniger politisierten familialen Zusammenhängen.«

Silvia Kontes

»Die Dominanz der Poltikonomie in der kommunistischen Strategiediskussion zeigt, dass es der kommunistischen Theoretikern leichter fällt, die Tätigkeit des Unternehmens, die Organisation der Ausbeutung zu verstehen, als die Leiden der Masse zu verstehen, geschweige denn, von ihnen auszugehen in der Befreiungspolitik. Der gleiche Mangel zeigt sich in der Psychoanalyse, wenn sie die Leiden mit einem Begriff von »Gesundheit« angeht statt mit einer Vorstellung menschlicher Möglichkeiten.«

Klaus Theewitz

Albert Camus charakterisiert den Beginn der Revolte mit den Worten: *«Was ist der Mensch in der Revolte? Ein Mensch, der nein sagt... Ein Sklave, der sein Leben lang Befehle erhielt, findet plötzlich einen neuen unerträglich. Was ist der Inhalt dieses »Nein«? Er bedeutet zum Beispiel: »das dauert schon zu lange«, bis hierher und nicht weiter, »sie gehen zu weit und es gibt auch eine Grenze, die sie nicht überschreiten werden... In gewisser Weise stellt er die Ordnung, die ihn bedrückt, eine Art Recht entgegen, nicht bedrückt zu werden über das hinaus, was er zulassen kann... Er schritt unter der Peitsche des Horn. Nun bist er ihm die Stirn.»*

«Untrennbar von der ökonomischen Begünstigung war die Überlegenheit des Wissens. Zum Besitz gehörte der Geiz, und die Bevorteilten versuchten, den Unbemittelten den Weg zur Bildung so lange wie möglich zu verwehren. Ehe wir uns Einblick in die Verhältnisse verschafft und grundlegende Kenntnisse gewonnen hatten, konnten die Privilegierten der Herrschenden nicht aufgehoben werden. (...) Unser Studieren war von Anfang an Aufbegehren. Wir sammelten Material zu unserer Verteidigung und zur Vorbereitung einer Eroberung.»

Peter Weiss,
Die Ästhetik des Widerstands

In der Gruppe oder einem Team, in Partnerschaften oder Ehen, bei Streiks und Demonstrationen, dieses Aufbegehren gegen das Gewohnte oder das, was als Verschlechterung erscheint, kann sich sehr, sehr verschieden äußern. Oft ist es die einfache Verweigerung, beglänzend beim Fernbleiben von der Schule oder der Flucht in die Drogen. In vielen Betrieben versuchen Beschäftigte, nur Dienst nach Vorschrift auszuüben. Wählerhaltungen und die Ablehnung vieler herrschender Rituale gehört dazu. Der Protest kann auch in der Unterdrückung anderer münden, erst verbal und dann mit der Faust. Er kann zur Forderung an die Gemeinschaft und den Staat werden, andere stärker zu unterdrücken oder auszugrenzen, damit die eigene Gruppe besser da steht.

Damit aus der Unzufriedenheit, dem Ärger und Frust, der Ablehnung, dem Protest und der Revolte tatsächlich ein Raum der Linken entsteht, muss es den Akteuren, Individuen, Gruppen und Organisationen gelingen; dem Aufbegehren eine emanzipative und solidarische Gestalt zu geben. Es gibt mindestens drei Gründe, warum dies so ungeheuer schwer ist.

Erstens sind Ausbeutung und Unterdrückung, so verschieden sie auch erscheinen mögen, immer damit verbunden, dass die Herrschenden die Fähigkeiten zum selbstbewussten und selbstbestimmten Handeln monopolisieren. Wo sie agieren, sollen andere nur reagieren, wo sie entscheiden, sollen andere sich fügen, wo sie schöpferisch sind, sollen andere nur ausführen. Sie versuchen, die Bedingungen souveränen Handelns für sich zu usurpieren. Dies ist geradezu eine Voraussetzung ihrer Herrschaft.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen, die Bildungssysteme, die Kultur, das Rechtssystem und die heutige Demokratie sind bei allen Fortschritten auch immer noch so gestaltet, dass die, die da »unten« sind, von jenen Einsichten, Fähigkeiten und Organisationskräften ferngehalten werden, die sie bräuchten, um sich »auf gleicher Augenhöhe« zu wehren. Das ist nicht nur das angesammelte Wissen der Herrschenden (das vieles Nützliche und Notwendige enthält). Es ist auch das hart erarbeitete Wissen der Unterdrückten selbst, von dem sie abgeschnitten werden. Es ist das Lernen und Zusammenarbeiten, der Zugang zu sich selbst, der gestört, verleidet, unterdrückt wird.

Viele Aufstände unterdrückter Klassen und Gruppen in der Geschichte waren auch deshalb oft mit Rückschritten der Kultur und der Freiheit begleitet, weil denen, die da aufbegehren, wichtige Voraussetzungen zu einer freiheitlichen Gesellschaftsgestaltung fehlten. Auch deshalb sind solidarische Bündnisse notwendig zwischen jenen, die unter den Verhältnissen besonders leiden, und jenen, die selbst partiell privilegiert sind, aber nicht in einer Gesellschaft

derartiger Ungerechtigkeit leben wollen. Die Forderung nach einer Allianz von »Volk-« und »intellektuellen« hat hier ihren Ursprung. Beide können sich nicht unabhängig voneinander, sondern nur in Solidarität miteinander emanzipieren. Weder kann die Emanzipation der Arbeiter allein nur das Werk der Arbeiter sein, noch können die intellektuellen Mittelschichten wirklich frei leben, solange sie zum Instrument der Herrschaft über andere gemacht werden. Sich gemeinsam befreien bedeutet dabei auch, die bisherigen Rollen zu ändern, zu überschreiten, aus bisherigen Beschränkungen auszubringen und bisherige Blindheiten zu überwinden.

Zweitens gibt es ein tiefes Machtungleichgewicht. Diejenigen, die aufbegehren, handeln immer aus einer unterlegenen Situation heraus. Ihre Möglichkeiten, sich die Mittel ihres Handelns auszusuchen, sind wesentlich geringer als die der Herrschenden. Wenn die andere Seite mit einer übermächtigen Staats- und Militärmaschinerie über das absolute Weltmonopol verfügt, ist die Verführung zu Terror und Selbstmordattentaten groß. »Fair play« gehört nicht zur Alltagserfahrung der Unterdrückten, und war sich erhoben hatte, den erwartete im Falle einer Niederlage keine neue Chance, sondern sehr häufig die Vernichtung.

Gerade in diktatorischen Gesellschaften, unter den Bedingungen sehr hoher Ungleichheit und des Staatsterrorismus gibt es sind die Unterdrückten, die unter Zedruck stehen, während die Herrschenden vom Status quo profitieren. Mögliche Kompromisse ändern oft nur wenig. Sie erscheinen (fast) nichts, gemessen an dem, was eigentlich erreicht werden müsste. »Mit allen Mitteln«, »Jetzt oder nie!«, »Ganz oder gar nicht!« sind Denk- und Handlungstendenzen, die fast spontan aus der Unterlegenheit erwachsen. Die Linke beginnt, sich dann nur noch über den Gegner zu definieren und nicht mehr vor allem durch sich selbst und die eigenen Ziele und Werte. Sie ist dann zwar antikapitalistisch, aber nicht emanzipativ, antimerkantilistisch, aber nicht solidarisch, antifaschistisch, aber nicht demokratisch. Erst werden dem »Feind« sukzessive alle Menschenrechte abgesprochen und schließlich kann jeder Widerpart und Gegner als Feind definiert werden, dem letztlich sogar das Recht auf Leben abgesprochen wird. Erst würden durch Stalin Anfang der 1930er Jahre die »Kulaken« deportiert und teilweise auch exekutiert, dann die »Volksfeinde« in den Reihen der bolschewistischen Partei.

Es gibt keine eindeutigen Regeln der Anfälligkeit von Einzelnen oder Gruppen für ein solches Umschlagen in den Terror oder die Bereitschaft, andere zu unterdrücken. Gefährdet sind nicht nur die, bei denen wir eine gewisse Bereitschaft zum »Durchgreifen« immer schon vermutet hätten. Oft sind es auch die mit besonders hohen linken Idealen und einer besonders ausge-

prägen Fähigkeit zum «Mitleiden», die ab einem bestimmten Punkt zu jedem Mittel bereit sind.

Drittens sind jene, die sich zum aktiven Handeln entschließen, anfangs und oft auch dauerhaft in der Minderheit. Viele von ihnen gehören ursprünglich sozial wie kulturell privilegierten Gruppen an oder werden in professionellen Organisationen von Berufspolitikern oder «Berufsrevolutionären» integriert.

Unter den Bedingungen festgefahrener Verhältnisse oder einer klaren Hegemonie der ökonomisch Herrschenden versucht sich die Mehrheit der Bevölkerung nolens volens einzurichten. Dann sind jene, die sich als Linke zur Veränderung bekennen, gesellschaftlich wie kulturell oft isoliert. Wenn sie nicht den Weg der Anpassung und Unterordnung beschreiten wie die rechte Sozialdemokratie in Deutschland vor 1914, geraten die Linken schnell in die Isolation. In undemokratischen Gesellschaften ist diese Gefahr besonders groß. Wenn die Gegenkräfte in der Linken zu schwach sind, prägen sich eine Untergrund-Psychose, Sekulierung, Maximalismus der Ziele und Mittel, die Bereitschaft zur Selbstaufopferung wie zur Opferung anderer aus. Die Zwecke beginnen alle Mittel zu heiligen. Die Moral wird zugunsten von radikalen Zielen negiert. Die Idee der Rechtsstaatlichkeit wird entwertet und das Recht instrumentalisiert. Wann man schon darauf in der Minderheit ist, erwartet man unbedingte Solidarität wenigstens in der eigenen Gruppe. Abweichung und Kritik gelten dann unmittelbar als Verrat. Viele der siegreichen Revolutionen im 20. Jahrhundert wurden durch eine kommunistische Avantgarde geprägt, die diese Züge trug. Anstatt diese Untergrund-Psychosen zu bekämpfen, wurde sie dann zur Staatstheorie erhoben.

Für eine Linke, die sich tatsächlich Freiheit, Gleichheit, Solidarität und bewusster Gesellschaftsveränderung verpflichtet fühlt, ist die ständige Erneuerung linker Räume unverzichtbarer Teil ihrer Projekte. Ohne diesen Raum erliegt sie den Verführungen der Verwandlung von Aufbegehren und Revolte in eine andere Diktatur, des Übergangs von solidarisch-kritischem Denken und Handeln zu einem in polaren Gegensätzen operierenden Tun und schließlich des Avantgardismus, der zur Herausbildung einer neuen Macht führen kann, deren entfesselte Gewalt am Ende in Form der Tyrannei von Stalin, Mao Zedong und Pol Pot totale Formen annahm.

4. Innerlinke Konflikte

Nicht nur in der Vergangenheit, auch in der Gegenwart ist die Linke plural in ihren Einstellungen, ihrer Kultur, ihren Organisationsformen wie aber auch in ihren politischen Angeboten. Diese

Freiheit wird dann zur Willkür weniger, Gleichheit zur gleichen Unterdrückung vieler. Solidarität zur befohlenen Gelogenschaft und der Anspruch auf rationale Gerechtigkeit der Gesellschaft verwickelt sich in den Versuch, die Gesellschaft in eine zentralverwaltete Maschinerie zu transformieren. Unter dem Verprechen einer neuen Menschheit wurde im Namen der Linken und des Sozialismus und Kommunismus das Leben von Millionen von Menschen auf barbarische Weise geopfert.

Die Zerstörung des lebendigen schöpferischen Raums der Linken und die Verabsolutierung einzelner linker Positionen half im 20.

Jahrhundert zu Diktaturen geführt, die sich sozialistisch oder kommunistisch nannten. Der Willkür, der Barbarei von Imperialismus,

Krieg und Kolonialismus durch Gestaltung einer Gesellschaft der Gleichheit und Planmäßigkeit zu begnügen, gestützt auf die Idee, historisch gerechtfertigt zu sein und die Verantwortung auf seiner Seite zu haben, hat linke Kräfte im 20. Jahrhundert zeitweise so mächtig gemacht wie nie zuvor. Gleichzeitig hat diese Kombination missgeblich dazu beigetragen, dass im Namen der Linken ungeheure Verbrechen begangen wurden und große Teile der Linken erst viel zu spät und halbherzig zu einer Kritik dieser Verbrechen bereit und in der Lage waren.

Die Linke wird im 21. Jahrhundert nur wieder mächtig werden und den Gang der Geschichte beeinflussen können, wenn sie diese systemischen Gefahren in ihrer politischen Haltung aufklärt und robuste Barrieren gegen die Gefahr einer solchen Entgleisung installiert. Dazu gehören u.a. ein prinzipielles Bekenntnis zur linken Pluralität und zum demokratischen und rechtsstaatlichen Charakter der angestrebten gesellschaftlichen Transformation; eine Kritik der Staatsmacht und eine Vision von Vergesellschaftung jenseits von Zentralisierung und Verstaatlichung; und eine Aufarbeitung der dunklen Seiten linker Geschichte, ohne ihr mit reflexhaften Hinweisen auf die Verbrechen des Kapitalismus auszuweichen. Mit der Gnade der westlichen, späten oder randständigen Geburt kann sich dabei niemand zuhilfen nehmen. Der Raum der Linken, Bedingung ihrer Souveränität, ihrer Fähigkeit, auf emanzipative Weise solidarisch zu wirken, ist das wichtigste Gut, dieses verteidigt und ständig erneuert werden muss.

1909 formulierte Sergej Bulgakow in Auswertung der Erfahrungen der russischen Revolution von 1905/07 folgende Einschätzung der revolutionären Intellektuellen seines Landes:

«Mit dem Maximalismus der Ziele geht der Maximalismus der Mittel einher, der in den letzten Jahren auf so bedauerliche Weise in Erscheinung getreten ist. Diese skrupellose Wahl der Mittel, dieses heroische Alles ist erlaubt: (von Dostojewski schon in Schuld und Sühne und in den Dämonen vorhergesehen) ist der höchste Ausdruck für das Gottmenschentum des Intelligenzja-Heroismus, seine Selbstvergottung, die sich an die Stelle Gottes und der Vorhersehung setzt, und zwar nicht nur hinsichtlich der Pläne und Ziele, sondern auch hinsichtlich der Wege und Mittel ihrer Realisierung. Ich setze meine Idee in die Tat um und werfe um Irrotwillen die Bindungen der gewöhnlichen Moral ab. Ich nehme mir nicht nur ein Recht auf das Eigentum, sondern auch die Entscheidung über Leben und Tod anderer heraus, worin es meine Idee erfordert. In jedem Maximalisten steckt jedoch ein sozialistischer oder anarchistischer kleiner Napoleon. Amoralität – oder mit einem alten Ausdruck: Nihilismus – ist die notwendige Konsequenz der Selbstvergottung. Hier lauert aber die Gefahr ihrer Selbstaufföschung, hier ist ihr unausweichliches Versagen zu erwarten.»

«Gewiss, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Hellmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein kuriert werden können: das aktive, ungehemmte, energische Leben der brüselsten Volksmassen.»

Rosa Luxemburg



Drei Jahre nach dem Beginn der »Großen Säuberung«, die sich vor allem gegen die alten Bolschewiki richtete und endgültig eine totalitäre Herrschaft durchsetzte, berichtete Stalin 1939: »Angesichts dieser grandiosen Errungenschaften (des Zweiten Fünfjahresplans in der UdSSR – MB/CS) waren die Gegner der Generallinie unserer Partei – die verschiedensten linken und rechten Strömungen, allerlei Entartete vom Schlage der Trotzisten und Pyatakowleute, der Bucharin- und Rykowleute – gezwungen, sich zu ducken, ihre abgegriffenen »Plattformen« zu verstecken und in die Illegalität zu gehen. Da sie nicht den Mut hatten, sich dem Willen des Volkes zu unterwerfen, zogen sie es vor, sich mit den Menschewiki, Sozialrevolutionären und Faschisten zusammenzutun, bel ausländischen Spionageorganen in Dienst zu treten, sich als Spione zu verdingen und sich zu verpflichten, den Feinden der Sowjetunion zu helfen, unser Land zu zerstücken und die kapitalistische Sklaverei in unserem Lande wiederherzustellen. Das ist das ruhmlose Ende derer, die Gegner der Linie unserer Partei waren und dann zu Volksfeinden wurden. Nachdem die Partei die Volksfeinde vernichtet und die Partei- und Sowjetorganisationen von entarteten Elementen gesäubert hatte, wurde sie noch einheitlicher in ihrer politischen und organisatorischen Arbeit, schloss sie sich noch fester um ihr Zentralkomitee zusammen.«

In den »Eckpunkten« für die Programmatik einer gemeinsamen Linkspartei in Deutschland werden Differenzen wie die folgenden genannt:

- Konzentration auf die Sicherung von Erwerbstätigkeit für alle oder auf ein bedingungsloses Grundeinkommen;
- Ausbau der öffentlichen Beschäftigung oder Selbstorganisation Betroffener;
- Beibehaltung des Versicherungsprinzips bei Renten usw. oder Übergang zur Steuerfinanzierung;
- Verbot neonazistischer und rechtsextremer Organisationen und Parteien als sinnvoller Beitrag im Kampf gegen diese oder Verzicht auf ein solches Verbot;
- Konzentration auf Wachstumswere und Schwerpunktbereichen oder gleichmäßige Förderung;
- Sinnhaftigkeit internationaler Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen als Beitrag zur Rückkehr zur friedlichen Entwicklung oder striktes Nein zu allen Formen von Militäreinsätzen;
- Aufgabenverständnis einer Partei im Unterschied zu sozialen Bewegungen und das Verhältnis von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit;
- Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Regierungsbeteiligung auf Landesebene unter den gegenwärtigen Bedingungen als wirksamer Beitrag zu linker Politik.

Die genannten Punkte sind typische innerlinke Konflikte: Konflikte um die Frage, was heute links ist.

Innenlinke Konflikte sind häufig schwierige, langanhaltende Auseinandersetzungen, in denen irgendwann Nerven blank liegen, Spaltungen drohen und gegenseitige Enttäuschungen an der Tagesordnung sind. Das lässt sich nicht wirklich verhindern. Es ist jedoch möglich, aus der Erfahrung mit linken Konflikten zu lernen und sie ein Stück weit führbarer zu machen.

Für oder gegen Regierungsbeteiligungen



Ob Linke sich an Koalitionsregierungen beteiligen sollen und unter welchen Umständen, darüber wird in der Linke gestritten, seit 1899 der französische Premierminister Waldeck-Rousseau den Sozialisten Alexandre Millerand als Handelsminister in seine Regierung holte – gegen den Willen der Sozialistischen Partei. Regierungen unter Führung oder Beteiligung von linken Parteien und linken gesellschaftlichen Allianzen sind in den letzten Jahren in Lateinamerika entstanden: Venezuela 1998, Brasilien 2003, Uruguay 2004, Bolivien 2005, Chile 2006.

In Europa ist die Debatte auch vor diesem Hintergrund und den neuen Entwicklungen in Europa auf Neue aktuell geworden. Dazu gehören die Regierungskoalition der norwegischen Sozialistischen Linkspartei 2006 mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der bürgerlichen Zentrumsparlei, der Sieg der linken parteipolitischen Allianz (Ühiona) zur Abwahl von Silvio Berlusconi's Regierungskoalition, die Frage eines möglichen gemeinsamen Kandidaten der Linken bei den Präsidentschaftswahlen 2007 in Frankreich nach dem erfolgreichen Kampf gegen die Europäische Verfassung.

Auch die Linke in Deutschland diskutiert seit der Tolerierung der SPD-Landesregierung in Sachsen-Anhalt (1994–2002) kontrovers über das Für und Wider einer Regierungsbeteiligung. 1998 trat die PDS zum ersten Mal einer rot-roten Koalitionsregierung in Mecklenburg-Vorpommern bei; 2001 folgte die rot-rote Landesregierung in Berlin.

Die Konflikte zur Regierungsbeteiligung von Linken sind immer wieder Konflikte zur Frage der Durchsetzbarkeit linker Politik. Bei der deutschen Debatte, wie sie derzeit in und um WASG und Linkspartei geführt wird, handelt es sich zum größten Teil um einen relativ eng begrenzten innerlinken Konflikt. Strittig ist wieder die Teilnahme an Parlamentarismen noch die Legitimität parlamentarischer Arbeit als Teil linker Politik, noch die Perspektive, Mehrheiten für linke Politik zu erringen und klar linke Regierungen zu bilden. Strittig ist, ob aus der Minderheitsposition heraus die Teilnahme an Koalitionsregierungen sinnvoll und richtig ist und wie dabei insbesondere die Sozialdemokratie als Koalitionspartner zu bewerten ist.

Das linke Dilemma



In der Debatte um Regierungsbeteiligung bündeln sich ganz unterschiedliche Probleme. Das wichtigste ist der Konflikt zwischen verschiedenen Aspekten linker Orientierung, wie im Modell vom »Raum der Linken« aufgezeigt.

Auf der einen Seite steht der Wunsch, konkrete Veränderung bewirken zu können, mit realer Macht in die Gesellschaft eingreifen zu können, zu gestalten. Im Fall der Landesregierungen bedeutet dies oft auch, zeigen zu wollen, dass die Linke nicht nur in »Schönwetterphasen« regieren kann und möchte, sondern auch in schwierigen und kritischen Situationen eine Kraft ist, der man Macht zutrauen kann. Auf der anderen Seite steht die Solidarität mit vielen, die zwangsläufig Nachteile erleiden unter einer Politik, die nicht mehrheitlich und maßgeblich von der Linke bestimmt, aber in der Regierung von ihm mit getragen wird. Die Wut und der Ärger über die Linke in Regierungsbeteiligungen

ist dann am stärksten, wenn die Schwächsten getroffen werden.

Dieser Wertekonflikt verbindet sich mit strategischen und taktischen Überformungen. Strategisch gesehen, erwirbt eine Partei durch Regierungsbeteiligungen in der Tat stückweise »Regierungsfähigkeit« – Erfahrung mit Strukturen, mit Partnern, mit dem konkreten politischen System. Dies geht zwangsläufig damit einher, dass punktuelle Annäherungen an andere politische Parteien stattfinden und dass bisherige konzeptionelle Vorstellungen der Linken auf den Prüfstand gestellt werden, weil sie für konkrete Politik unzureichend oder ungeeignet sind. Strategisch erwarten die einen also, dass die Chancen zukünftiger Machtausübung steigen. Die anderen dagegen befürchten, dass die eigene Programmatik verwässert wird, »Sachzwangigkeit« dominiert und konkurrierende Loyaltäten (zu Partnern, zu Aufgaben) entstehen.

Taktische Überlegungen richten sich auf die Auswirkung von Regierungsbeteiligungen auf die eigene Partei. Will es sich bei der Frage nicht zuletzt um einen Wertekonflikt handeln, bietet sie sich an, um durch rigorose Positionsbestimmung andere Linke aus der gemeinsamen Partei hinaus- oder zumindest in die innere Emigration zu drängen. Nicht von der Hand zu weisen ist auf der taktischen Ebene, dass Regierungsbeteiligungen Kräfteverhältnisse in einer Partei verschieben und auch das Verhältnis zu verschiedenen außerparlamentarischen Kräften (soziale Bewegungen, Interessenverbände, Medien) verändern.

Pro und Contra

Nur eine sehr kleine Minderheit verteidigt die Positionen, dass Regierungsbeteiligungen unter allen Umständen einzugehen

wären bzw. überhaupt nie als Mittel in Betracht kommen dürften. Dennoch wird die Debatte häufig als ein pro und contra von Regierungsbeteiligungen »an sich« geführt. Das ist auch nicht unwichtig, weil dabei prinzipielle Fragen an die Handlungsmöglichkeiten der Linken gestellt werden:

- Ist der Kapitalismus ein System, dessen Logik eine bestimmte Politik immer wieder erzwingt, solange er nicht im Ganzen überwunden wird? Oder gibt es Spielräume, Varianten und Dynamik?
- Ist der Staat »Kristallisationsraum wie Terrain sozialer Konflikte und Kämpfe« (Nicolas Poulantzas)? Oder wirkt er als letztlich homogene Kraft, wo Kompromisse in »weiche« Bereichen (Sozialpolitik, Kultur) nur der besseren Durchsetzung der »harten« Kernorientierung (Finanzen, Wirtschaft, Militär) dienen?

- Kann die Linke »Wein und Wasser aus zwei Gläsern trinken«, d.h. kann sie zwischen sich und ihrer Rolle in der Regierung unterscheiden, und das auch nach außen deutlich machen? Beschädigt sie ihr Verhältnis zu den außerparlamentarischen Bewegungen, oder liegt es auch in deren Interesse, Einfluss auf Staatsmacht zu gewinnen? Diskreditiert sie sich bei ihrer Zustimmung zu einer Politik, die sie andererseits kritisiert?

- Macht die Linke sich zum nützlichen Idioten, der den kapitalistischen Eliten in Krisenphasen die nötige zusätzliche Legitimation beschafft? Oder sind gerade solche Krisen die notwendige Voraussetzung, um Einfluss zu gewinnen und die Situation auch nichtpolitisch für sich nutzen zu können?

All diese Fragen werden vermutlich letztlich nicht mit »ja« oder »nein« beantwortet werden. In der Praxis wird sich die Debatte darauf konzentrieren,

- Voraussetzungen und Bedingungen von Regierungsbeteiligungen einzugrenzen;

- mittelfristige politische »essentials« zu formulieren, die durch Regierungsbeteiligungen nicht verletzt werden dürfen;

- innerparteiliche und innerlinke Verfahren zu erarbeiten, in denen Regierungsbeteiligungen beschlossen, kontrolliert, überprüft und ggf. beendet werden;

- das Verhältnis zwischen der Autonomie der Landesverbände und den Interessen der Gesamtpartei strukturell zu definieren.

Hier werden auch Entscheidungen (auf Zeit) gefällt und getragen werden können. Verzichtet werden sollte jedoch auf jeden Versuch, den grundlegenden Wertekonflikt von verändernden Eingriffen und solidarischer Bindung »an für alle Mal« zu einer oder anderen Seite hin aufzulösen.

Der Antinationalismus-Konflikt in der Linken

Am Beginn der Antinationalismus-Auseinandersetzung in der deutschen Linken stand ein Flugblatt, das nie verteilt wurde. Nach dem Fall der Mauer und der deutschen Wiedervereinigung nahm rechtsextreme Gewalt in den neuen Bundesländern massiv zu, tödliche Angriffe auf Ausländerinnen und Anschläge auf Asylbewerberheime häuften sich. Während die politische Klasse in Westdeutschland die Vereinigung nahezu einhellig begrüßte (nur wenige warnten vor den absehbar verheerenden Folgen einer überstärzten politischen und ökonomischen Zusammenarbeit), war die Lage für die radikale Linke schwierig. Einerseits hatte sie, mit Ausnahme des Mehrheitsflügel der DKP, das Gesellschaftssystem der DDR als repressiv kritisiert. Andererseits konnte und wollte sie sich in den kapitalistisch-nationalistischen Überschwang, den das Ende der DDR und die deutsche Vereinigung auslösten, nicht einreihen. Antirassistische Solidarität

»Hätten wir vielleicht mehr erreichen können durch außerparlamentarischen Druck, indem die PDS ohne Senatorenposten sich bereit erklärt hätte, alle Maßnahmen im Interesse der Werktätigen und Bestrafung der Schuldnermacher der vorigen Regierung zu unterstützen?«

Theodor Bergmann

»Die Beteiligung an der Regierung ist für die PDS in mehrfacher Hinsicht lohnend. Material, weil viele PDS-Forderungen, die zu Oppositionszeiten vergeblich eingeholt wurden, in den bisherigen zweieinhalb Jahren Koalition durchgesetzt werden konnten. Politisch, weil die gesellschaftliche Akzeptanz der PDS signifikant gestiegen ist. Nicht zuletzt für die PDS selber, weil der heilsame Zwang des Regierens uns die Erkenntnis beschert hat, dass die wirkliche Welt nur zum Besseren verändert kann, wenn eben sie und nicht ein ausgedachtes Ideal zum Ausgangspunkt des Handelns macht.«

Hansjörg Wolf

»Die Archivisten und Kapitäne der Linkspartei haben nicht erkannt, dass sie die Mängel des kapitalistischen Systems nicht innerhalb dieses Systems beheben können, weil diese Mängel unvermeidlich aus den Gesetzen seiner Selbsterhaltung hervorgehen.«

Hans Heinz Holz



«Die Anhänger der Räte­demokratie übersehen leicht, dass auf Grund des hohen Organisationsgrades unserer Gesellschaft und der technischen Überlegenheit einer gut geführten Verwaltung die Bürokratisierung als eine der Gesellschaft inhärente Entwicklungstendenz betrachtet werden muss. (...) Moderne Revolutionen gelingen nur, wenn sie die Verwaltung erobern», schreibt Forsthoff, und Eberhard Kolb meint (...), nicht zuletzt die Erfahrungen der deutschen Revolution 1918/19 hätten diese Feststellung (...) zu einer Art Grundgesetz revolutionärer Machthe­bauptung: er­höhen.»

Wlfiel Gutschalk, Parlamentarismus und Räte­demokratie

«Derweil die Deutschen also wieder fähig noch willens waren, den Nationalsozialismus zu stoppen, mussten von den Alliierten alle Mittel aufgeboden werden, um dies zu tun. War ein verbräuchliches Regime in Wort und Tat unterstützt, sollte sich nicht wundern, wenn ihm oder ihr das Haus zerbröckelt wird! Heute schickt sich die deutsche Volksgemeinschaft an, brav zuzusehen, wie Menschen aus anderen Ländern von deutschen Jungmännern dem Feuer­tod zu geführt werden. (...) Langsam aber sicher wird rassistische Gewalt zum Normalzustand. Es stellt sich die Frage, ob die Zivilisation in Deutschland wieder von außen gerettet werden muss. Bomber-Harris says: I would do it again. We say: Do it now!»

Flugblatt der «Aktio­ Landesverrat», 1993

rückte ins Zentrum linker Identität, und die Abgrenzung von «völkischen» Unterströmungen in der Linken kam auf die Tagesordnung.

Innerhalb der radikalen Linken konstituierte sich der «Antinationalismus» als neue linke Strömung. Nach dem Kongress des Hamburger «Wohlfahrtsausschusses» folgte 1993 eine antirassistische Tour durch die neuen Bundesländer. Auf dieser Tour wollte die Hamburger Antifa-Gruppe «Aktio Landesverrat» in Dresden ein Flugblatt verteilen, das sich in scharfer Polemik gegen eine neue nationale Identität wandte, in der Deutsche als Täter nicht mehr vorkamen. Der Text gipfelte in der Aufforderung an den Oberkommandierenden der britischen Bomberflotte von 1945, Harris, die Bombardierung Dresdens zu wiederholen. Verteilt wurde das Flugblatt dann doch nicht, wurde jedoch Gegenstand einer langen politischen Debatte.

An diesem Flugblatt war praktisch alles schiefe, was nur schiefe sein konnte, und was den Antinationalismus in der Folge zu einer reichlich unbeliebten Strömung machte. Es rechtfertigte militärische Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, ja wünschte sie offen herbei. Es riss in arroganter Weise den Gaben auf zwischen «überschaubaren» linksradikalen Wanderdemonstranten und «doofen» Dresdenern und Dresdenern. Es sicherte sich in keiner Weise um die Frage, was Ursachen rassistischer Gewalt sein und wie diese bekämpft werden könnten. Und es hatte eine Form der Kritik entdeckt, die – typisch links, typisch deutsch – moralisch unangreifbar machte, sich auf alle anwenden ließ, irgendwo immer passete und deren Hauptzweck darin zu liegen schien, sich selbst überlegen und gerechtfertigt zu fühlen.

Trotzdem war die antinationale Linke notwendig, und ihre Kritik an der Linken war überfällig. In der Tat gab es eine Reihe von Punkten, wo die Linke mit der Rechten mehr gemein hatte, als ihr lieb war:

- Ein Denken in Kategorien von «wir unten» gegen «die da oben», in dem Ermächtigungskämpfe ebenso ausgeblendet werden wie die eigene Mittäterschaft und eigene (re­lative) Privilegien;
- eine Kritik am «internationalen Finanzkapital», das «ausländische Investoren» zum nationalen Feindbild macht, im Gegensatz zu einem «guten», nationalen Kapitalismus;
- eine Solidarität mit «Befreiungsbewegungen», die sich ethnisch definieren, nationalistisch argumentieren und vor allem den westlichen Liberalismus verdammten;
- eine Kritik an den USA und am «Westen», die sich vor allem gegen gesellschaftliche Liberalität und Modernität wandte und stattdessen Moral, Autorität, «Gemeinschaft» und «gesundes Volksempfinden» hochhält;
- die Utopie einer homogenen, konfliktfreien, letztlich postmodernen Gesellschaft, die in-

nerlich nicht mehr zerrissen ist, in der Pluralismus keinen Platz hat, und die sich demzufolge um Menschenrechte, Institutionen und demokratische Verfahren keine Gedanken machen muss und will.

Nationalismus, Antisemitismus und Anti-Amerikanismus waren aus der Sicht der antinationalen Linken die Eckpfeiler einer solchen Haltung.

«Nine-eleven» und die Folgen

Die Auseinandersetzung eskalierte nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001. Ein Teil der Linken sympathisierte mit einer Interpretation der Ereignisse im Sinne von Arundhati Roy, wonach die Attentate der Al Qaida letztlich in den Kontext eines antitemperalistischen Widerstands einzuordnen seien. Die antinationale Linke trat solchen Ideen dagegen scharf entgegen. Sie bezeichnete den islamischen Fundamentalismus als Faschismus, gegen den bewaffneter Kampf legitim sei – nicht nur von Seiten des israelischen Militärs, sondern auch von Seiten der USA.

Teile der antinationalen Linken gingen so weit, den Angriffskrieg gegen Afghanistan offen zu befürworten, die israelische Politik gegenüber den Palästinensern ohne Einschränkung zu rechtfertigen (einschließlich der gezielten Attentate) und der Friedensbewegung «Appassament»-Politik gegenüber den «muslimischen Nazis» vorzuerwerfen. Damit war der Raum der Linken eindeutig verlassen. Innerhalb der Antinationalen kam es zu Spaltungen und scharfen Debatten, in denen man sich wechselseitig hemmungslos und gewollt verletzend angriff.

Rückblickend betrachtet, hatte der Antinationalismus mit dem 11. September gleichzeitig den Höhepunkt seines Einflusses erreicht, als auch den Zeitpunkt seiner beginnenden Auflösung. Beide Extrempositionen (eine «antitemperalistische» Rechtfertigung der Attentate der Al Qaida bzw. eine «antifaschistische» Rechtfertigung des US-Krieges gegen Afghanistan und, in der Folge, Irak) waren ganz offensichtlich unhaltbar. Die Positionen sind seither differenzierter und vielfältiger, und antinationales Gedankgut ist in erheblichem Maße in den Kodex der politischen Linken eingegangen.

Der Raum der Linken – ein «work in progress»

Der Antinationalismus-Konflikt war kein Konflikt zwischen verschiedenen Aspekten innerhalb des Raums der Linken, sondern ein Konflikt um den Raum der Linken. Die Grenzen dieses Raums verziehen sich, bedingt durch gesellschaftliche Veränderungen, Erfahrungen und Kämpfe, vorangetrieben durch innerlinke Konflikte. Manches, was vor der 2. Frauenbewegung selbstverständlich im Raum der Linken gesagt und gedacht werden konnte, ging du-

nach nicht mehr. Anderes kam dazu ins linke -Merkbuch des Wissens- (Brecht), was vorher nicht dringestanden hatte.

Der Raum der Linken ist sozusagen eingerichtert mit den Möbeln der historischen Erfahrung, und manchmal liegt ein liebgewordenes Stück raus, und neue Möbel kommen rein. So hat die Erfahrung des Faschismus nicht nur den Antifaschismus zu einem grundlegenden Element im Raum der Linken gemacht, sondern auch geklärt, dass bestimmte Formen von pauschalem Antikommunismus, Anti-Sozialdemokratismus

(und heute wahrscheinlich auch Anti-Grünen-Polemik) im Raum der Linken keinen Platz haben.

Der Antinationalismus-Konflikt hatte eine spezifisch »deutsche« Form, ähnliche Konflikte finden jedoch in allen Ländern statt. So werden in der US-Linken ähnliche Fragen anhand der »Cartoon Wars« debattiert, der weltweiten gewalttätigen Proteste gegen die Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung. Auch dies sind schwierige Debatten, in denen der Raum der Linken an eine globalisierte Welt mit komplizierter gewordenen Solidaritäten angepasst werden muss.

«Kanak Attack war zu Beginn ein Projekt von Leuten, die meist innerhalb der Linken sozialisiert wurden, dass die deutsche Linke die Probleme und Positionen der Migranten weitgehend ignoriert. In Deutschland geht es ja bekanntlich immer ums große Ganze – da stören Migranten mit ihren »Nebengewissprüchen« nur. Wir brauchen doch Migranten gar nicht sichtbar zu machen. In Deutschland sind so genannte Ausländer oder Fremde permanent sichtbar. Es geht darum, aus dieser Sichtbarkeit ein politisches Projekt zu gewinnen – Migranten sollen sich selbst repräsentieren, Und ich habe ja eben schon gesagt: Mit diesen Ansätzen hat die Linke in Deutschland teilweise immense Probleme. Darüber hinaus gibt es in letzter Zeit Gruppen, die sich selbst für links halten, die aber gerade in ihrem rhetorischen und polemischen Kampf gegen »den Islam: selbst – und zwar ganz eindeutig – rassistisch geworden sind.»

Kanak Attack, Interview

5. Für eine linke Konfliktkultur

Die Auseinandersetzung mit der Frage, was heute links ist, macht innerlinke Konflikte nicht überflüssig. Nur durch die Konflikte einer breiten, pluralen Linken kann immer wieder herausgefunden und herausgebildet werden, was heute links ist – ein Raum solidarischer und kritischer Kooperation...

Der Konflikt ist eine linke Produktivkraft mit enormem destruktivem Potential. Damit sich die produktive Kraft von Konflikten entfalten kann, ohne den ganzen Laden in die Luft zu sprengen, sind einige Grundmaximen linker Konfliktkultur nützlich:

1. Verstehe den Konflikt

Innerlinke Konflikte lassen sich häufig nicht einfach auf das Schema typischer »Organisationsentscheidungen« bringen. Viele Entscheidungen haben reale und symbolische Bedeutung, sie haben materielle Wirkungen und senden gleichzeitig Signale aus. Über den Einzelfall hinaus, der gerade entschieden wird, bringt jeder linke Konflikt zum Ausdruck, wer und was »die Linke« sein will. Und zugleich ist jeder Konfliktpartner immer nur ein Teil der Linken, nie sie selbst.

Der erste Schritt ist, zu begreifen, was genau die Beteiligten »auf die Palme bringt« und wo die Differenzen wirklich liegen. Es kann sinnvoll sein, die Zielhierarchien aufzulisten, die man/frau selbst und die der oder die andere vertritt. Auch sollte klar gestellt werden, wer welche Mittel bevorzugt. Und letztlich sollte die unterschiedliche Einschätzung der realen Bedingungen das Handeln auf den Punkt gebracht werden. Manchmal geht es aber um ganz anderes – um einen belasteten Begriff oder um die Nichtanerkennung einer bestimmten Erfahrung, Beförderung, Leistung. Und manchmal macht auch einfach der Ton die Musik.

2. Teile die Verantwortung – »sei der Konflikt«

Jede und jeder hat das Recht, linke Konflikte vom Zaun zu brechen und seine Meinung hart und zugespißt zu vertreten. Aber es gibt keine besondere Institution, die dann dafür zuständig

wäre, Lösungen zu suchen (und die verschiedenen Kräfte zusammen zu bringen – alle sind dafür zuständig. Deshalb ist es die Aufgabe von allen, sich auch neben die eigene Meinung zu stellen und den Standpunkt der gemeinsamen Linken einzunehmen. Wir sind nicht nur Meinungen, sondern auch Teil der Linken. Deshalb trifft uns jeder Konflikt persönlich, und deshalb müssen wir uns fragen, wie wir jetzt weiter handeln können. Vor allem bedeutet dies: In welchen Fragen können und müssen wir trotz dieses Konflikts zusammen handeln?

3. Baue Brücken

Manche meinen, in Konflikten müssten die unterschiedlichen Standpunkte erst einmal so deutlich wie möglich gemacht und der Konflikt zugespitzt werden, um sichtbar zu werden. In der Linken muss man sich um die Schärfe von Konflikten aber meist keine Sorgen machen. Eher besteht die umgekehrte Gefahr, dass Verletzungen geschlagen werden, die schwer heilen.

Wir sollten uns deshalb nicht vorschnell gegeneinig absprechen, zur Linken zu gehören. Stattdessen sollten wir klar machen, dass uns bewusst ist, dass die von uns bekämpfte Herangehensweise innerhalb der gemeinsamen linken Geschichte ihren Platz und ihre Leistungen hat, aber HIER unserer Meinung nach eben falsch ist oder aber in ihrer Konsequenz zu Ergebnissen führt, die mit linken Positionen nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Es ist wichtig, die subjektive Überzeugung des anderen zu achten, auch wenn man sie nicht teilt.

4. Finde und akzeptiere Kompromisse

Kompromisse sind unumgänglich, um bei unterschiedlichen Positionen gemeinsam handeln zu können. Kompromisse bestehen nicht darin, dass man sich einfach in der Mitte trifft. Sie müssen aktiv gefunden werden. Es sind Lösungsformen, die Handeln ermöglichen. Manchmal müssen dafür konkrete Fragen und symbolische Wirkungen auseinander genommen wer-

den, manchmal müssen Entscheidungen durch andere kompensiert werden usw. Der Kompromiss ist eine aktive Leistung. Wir sollten ihn deshalb nicht gering schätzen und sofort hinterher wieder in den Staub treten, sondern achten als Wegmarke für den gemeinsamen weiteren Weg. Oft erweist sich, dass durch den Kompromiss reale Fortschritte erzielt werden, die alle Seiten verändern und die Linke bereichern.

5. Ertrage Differenzen

Über viele Fragen haben wir uns schon mal gestritten, und es hat nichts geholfen, in linken Konflikten prälen keine Greenhorns aufeinander, die an dieses oder jenes einfach noch nicht gedacht haben. Deshalb muss man sich damit abfinden, dass Überzeugungen nebeneinander stehen bleiben, unverändert. Differenzen muss man auch aushalten können. Das ist auch wichtig, denn ohne Differenzen würde die linke Produktivkraft Konflikt nicht mehr arbeiten können.

6. Finde gemeinsame Ziele

Es ist nützlich, unter all den gegensätzlichen Zielen auch ein paar gemeinsame zu finden. Sobald gemeinsame Ziele gefunden sind, lässt sich auch über Wege streiten, sie zu erreichen. Je konkreter wir solche Ziele gemeinsam definieren (zwischen all den anderen Zielen, die wir unterschiedlich bewerten), desto besser können wir gemeinsam Strategien dafür entwickeln. Solche Ziele sind wie die nächsten zwei oder drei Schritte, sind der Weg bis zur nächsten Weggabelung. Oft sieht man dann erst, wohin es im weiteren geht.

7. Danke in Entscheidungen

Der Konflikt bewegt sich anfangs von Entscheidungen. Nach dem Spiel ist vor dem Spiel: Ent-

scheidungen legen mittelfristige Wegmarken fest. Sie bedeuten weder, dass alle jetzt dieselbe Meinung haben, noch dass Richtungen ein für alle mal festliegen. Entscheidungen sind dazu da, das zu vereinheitlichen, was vereinheitlicht werden muss, und handlungsfähig zu bleiben. Entscheidungen sind gut, wenn sie auch von denen akzeptiert werden können, die sich in diesem Punkt nicht durchgesetzt haben.

8. Geht zusammen in die Kneipe

Man muss nicht alle mögen, mit denen man linke Politik macht. Aber Politik wird auch von Menschen gemacht. Ein vernünftiges Sozialleben innerhalb der Linken ist wichtig. Wenn wir uns gegenseitig als Menschen erleben (und nicht nur als -Positionsträger-), verstehen wir einander besser, können unsere Reaktionen einschätzen, lernen wir einander auszuhalten. Das Persönliche ist auch politisch, und Politik ist immer auch persönlich.

Auch wenn bestimmt nicht immer alle zusammenglucken sollten (und auch nicht wollen): Viele Konflikte hätten nicht gelöst werden können, wenn nicht bestimmte Leute trotz gegenseitigem Ärger noch miteinander Bier, Wein oder Sojamilch getrunken hätten oder mal einen ungehörten Spaziergang bzw. eine Wanderung unternommen. Es gehört zu einer linken Konfliktkultur, dass auch der Konflikt Grenzen hat.

Die Einhaltung dieser Regeln löst nicht alle Probleme, aber sie macht die gemeinsame Arbeit zu ihrer Lösung besser möglich. Die Zapatisten haben dafür die Maxime gefunden: Frägend gehen wir voran. Man kann es auch so sagen: Alliance kann man nicht links sein. Man braucht andere dazu.

Literatur

Die folgenden Literaturhinweise sind selektiv und vorläufig. Sie verweisen vor allem auf Literatur, die bei der Entstehung des Textes eine besondere Rolle gespielt hat. Das Internetportal Linksnet (www.linksnet.de) stellt den schnellsten Zugang zur linken Diskussion in Deutschland dar.

Allgemeine Einführungen

Die einflussreichste Arbeit ist die von Norberto Bobbio: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach 1994.

Eine sehr fundierte Darstellung der Entstehung von Grundbegriffen moderner europäischer Gesellschaften einschließlich der Positionen der Linken findet sich in: Geschichtliche Grundbegriffe – Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, 8 Bände.

Im Auftrag des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte (Hrsg. v. Otto Brunner, Werner Conze u. Reinhart Koselleck, Studienausgabe, Stuttgart; Klett-Cotta Verlag 2004.

Sozialdemokratische Neubestimmungen erfolgten u. a. in den folgenden Büchern: Peter Glotz: Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1992; Anthony Giddens: Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt/Main 1994; Thomas Meyer: Theorie der sozialen Demokratie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.

Im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Zeitschrift Sozialismus wurden folgende Darstellungen linker Positionen erarbeitet: Zur Programmatik des Demokratischen Sozialismus, Kommentar, Berlin/Karl-Dietz-Verlag 1997; Dieter Klein (Hrsg.): ReformAlternativen, sozial

-ökologisch- zivil. Schriften-Reihe der RLS, Bd. 2, Berlin: Karl Dietz Verlag 2000; Dieter Klein: *Leben statt Gelobt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Karl-Dietz-Verlag 2003; Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hg.): *Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch*, Berlin: Karl Dietz Verlag 2005; Christoph Spehr: *Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation*, Berlin: Karl Dietz Verlag 2003.

Zum Verständnis der Ideen im Umfeld des Weltsozialforums sei vor allem auf folgende Publikation verwiesen: Anita Anand, Arturo Escobar; Jai Sin; Peter Waterman (Hrsg.): *Eine andere Welt – Das Weltsozialforum*, Berlin: Karl Dietz Verlag 2004.

Eine Darstellung der Ideengeschichte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vom Standpunkt der Revolte findet sich in: Albert Camus: *Der Mensch in der Revolte. Essays*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1969.

Eine Übersicht zur politischen Ideengeschichte auch der Linken gibt die Reihe Frank Deppe: *Politisches Denken im 20. Jahrhundert*, 3 Bände, VSA-Verlag Hamburg 1999–2006.

Wichtige Beiträge zu verschiedenen Aspekten
Wolfgang Abendroth: *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*, Frankfurt a.M. 1965.

Ann Anders (Hg.): *Autonomie Frauen. Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968*, Frankfurt a.M. 1988.

George Lakoff: *Don't Think of an Elephant Know Your Values and Frame the Debate*, White River Junction 2004.

Rainer Land: *Moderne Sozialismus versus Neoliberalismus*, in: *Das Argument* 233 (1999) S. 811–826.

Herbert Marcuse: *Der Eindimensionale Mensch. Studien zu Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Schriften Band 7.

Pietro Ingrao/Rossana Rossanda: *Verabredungen zum Jahrhundertende*, Hamburg 1996.

Klaus Theweleit: *Männerphantasien*, 2 Bände, Frankfurt a.M. 1978.

Michaela Wunderle (Hg.): *Politik der Subjektivität. Texte der italienischen Frauenbewegung*, Frankfurt a.M. 1977.

Redaktion Sozialismus/Redaktion express (Hrsg.) *Perspektiven der Gewerkschaftslinken*, in Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7–8 1999.

Linke Geschichte und Räume der Linken

Zur Entstehung späterer Tendenzen im höheren Tierreich ist lesenswert: Christopher Boehm, *Hierarchy in the Forest. The Evolution of Egalitarian Behavior*, Cambridge 1999.

Historische Abrisse finden sich in: Frank Bardale: *Jenseits des Atlantik. Zur Kritik der*

autozentrischen Kultur- und Kolonialgeschichtsschreibung, Prokla 76, Berlin 1989; Hans Manfred Bock: *Geschichte des linken Radikalismus in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1976; Max Bebr: *Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe*, Berlin: Verlag für Sozialwissenschaft 1924; Edward P. Thompson: *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, Zwei Bände, Frankfurt a.M.: edition suhrkamp 1987; gruppe demontage: *Postfordistische Guerilla. Vom Mythos nationaler Befreiung*, Hamburg 1998; Wilfried Gottschalk: *Parlamentarismus und Räte Demokratie. Mit Texten von Rühle, Adler, Marx, Korsch u.a.*, Berlin 1968; Werner Mann: *Ideengeschichte der sozialen Bewegung*, Berlin 1979; T.Holert u. M.Terkesidis (Hg.), *Mainstream der Minderheiten. Pop in der Kontrollgesellschaft*, Berlin 1996; Peter Lamborn Wilson: *Pirate Utopias. Moorish Corsars & European Renegades*, New York 1995; Peter Linebaugh and Marcus Rediker: *The Many-Headed Hydra. Sailors, Slaves, Commoners, and the Hidden History of the Revolutionary Atlantic*, Boston 2000; Silvia Kontos: *Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt a.M. 1979; Wohlfahrtsausschüsse (Hg.): *Etwas Besseres als die Nation. Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels*, Berlin 1994; Frank Deppe *Die Linken in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1, 2000.

Zu autoritären Einstellungen linker Wähler: Erich Fromm: *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches* (1929), München 1980. Siehe auch: *Der autoritäre Charakter*, in: Fromm: *Die Gesellschaft als Gegenstand der Psychoanalyse. Frühe Schriften zur Analytischen Sozialpsychologie*, Frankfurt a.M. 1993, S. 69–132.

Zum linken Politikbegriff: Johannes Agnoli und Peter Brückner: *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt a.M. 1968; Fero Durrani: *Abschied von der Macht*, Frankfurt a.M. 1995; Nancy Fraser: *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates*, Frankfurt a.M. 2001; dies: *Sex, Lies and the Public Sphere*, in: J. B. Landes (ed.): *Feminism, the Public and the Private*, Oxford 1998; Paul Tiefenbach: *Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei*, Köln 1998.

Theoretische Hintergründe

Das linke Standardwerk zur Moderne ist die marxistisch inspirierte Darstellung von Stuart Hall, David Held, Don Hubert, Kenneth Thompson (Hrsg.): *Modernity. An Introduction to Modern Societies*, Oxford: Blackwell 1996.

Einführungen in Theorien der Herrschaftsfreiheit finden sich in: Rüdiger Haude und Thomas Wagner: *Herrschaftsfreie Institutionen*, Baden-Baden 1999; Christian Sigrist: *Regulierte Anarchie*, Frankfurt a.M. 1967.

Positionen einer linken Transformationsstrategie sind entwickelt in: Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin: Karl Dietz Verlag 2002.

«Klassische» Texte

Karl Marx; Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 4., S. 459–493 (http://www.ml-werke.de/me/m04/m04_459.htm)

Wladimir I. Lenin: Der «Linke Radikalismus», die Kinderkrankheit im Kommunismus (1920). (http://www.linke-radikalismus.de/linke/klassik1_lira.htm)

Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Werke, Bd. 4. Berlin: Karl-Dietz-Verlag 1974 (http://www.ml-werke.de/lu/lu3_106.htm)

Antonio Gramsci – Gefängnishefte. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Argument Verlag, Hamburg/Berlin 1991ff. (eine knappe Auswahl aus seinen Werken findet sich in: Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Leipzig: Reclam 1980)

Niccolò Poljanetz: Staatstheorie, Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA 2002

Paulo Freire: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Reinbek Hamburg 1973

Literarische und kulturelle Texte

Bertolt Brecht: Über Realismus. Texte zur Kultur, Frankfurt a.M. 1971.

Ursula LeGuin: Planet der Habenichtse, Roman, Hamburg 1999.

Doris Lessing: Das goldene Notizbuch. Roman, Frankfurt a.M. 1978; Schritte im Schatten. Autobiographie, München 1999.

Kim Stanley Robinson: Roter Mars, Grüner Mars, Blauer Mars (3 Bände), Romantrilogie, München 2002 ff.

Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Roman, 3 Bde Berlin 1985.

Empirische Meinungsforschung

Eine kurze Einführung zur Wahlforschung auch unter den Gesichtspunkten gesellschaftlicher Konfliktlinien, von Milieus, Werten und den Faktoren, die Wahlverhalten beeinflussen, finden sich in: Die Modelle der Wahlforschung, dargestellt von Andreas Hahn (<http://www.alijacum.de/DI/Wahlen-Deutschland/Wahlforschung/Wahlforschungsmodelle.html>)

Eine gute Information über die Methodik der Befragung findet sich in der Darstellung der Harold-Hurwitz-Befragung der Freien Universität Berlin: www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/BusVar97.doc. Sehr anschaulich wird dies in einer Powerpoint-Präsentation von 2005 für die Schweiz gemacht: www.gfsbern.ch/pub/berner-pr-gesellschaft.pdf.

Zu einer Trendanalyse bis 2003: Elisabeth

Noelle: Der Linkstrend ist gestoppt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. November 2003 (im Internet unter: <http://www.politikforum.de/forum/showthread.php?threadid=41582>) (siehe analysiert die Entwicklung der Selbsteinstufung von «rechts- und links seit den 70er Jahren).

Aktuelle Texte

Georg Fülberth: Basisbegriffe der Linken, Vortrag im Rahmen der Reihe «Missing Links», Marburg 1998/99 (http://www.joerg-gessner.de/prv/fag/texte/text_2.html)

Frigga Haug: Lernverhältnisse, Selbstbewegungen und Selbstblockierungen. Hamburg: Argument Verlag 2003

Joachim Blieschoff; Joachim Hirsch; Karl Georg Zinn: Globalisierung, Neoliberalismus, Alternativen. In: Sozialismus, Supplement 12/2003.

Matthias Greifrath: Was heißt Links? In: Die ZEIT vom 14. Juli 2005 (<http://zeus.zet.de/text/2005/29/Linkssein>)

Michael Hardt und Antonio Negri: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, München 2004.

Prokla 141: Die Zukunft ist links, Berlin 2005. Michel Aglietta; Antoine Reboux: Vom Finanzkapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie in Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3, 2005.

Die Zukunft der Linken. In: Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerechte und Gesellschaftspolitik, Heft 171/172 (Dezember 2005)

Oskar Lafontaine: Grundlinien linker Politik, In: Mit dem Sozialismus rechnen. XI. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz, 14. Januar 2006, junge Welt 2006, S. 4–8

Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland, Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG (Februar 2006) (http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/protokolle/programm/view_html?zid=31907&bs=1&n=1)

Theodor Bergmann: Friedliches Hineinwachsen in die Kapitulation. Linke Regierungsbeteiligungen – von 1899 bis heute. In: junge Welt, 14./15. Januar 2006

Harald Wolf: Zwei entscheidende Jahre, Pfläzger für die Fortsetzung der rot-roten Koalition über 2006 hinaus. <http://www.pds-berlin.de/partei/deba/2004/0409226wolf.html>

Hans Heinz Holz: Linke in Deutschland. <http://www.konform.at/article.php?story=20051110200041369>

Zur Vereinnahmung sozialer Proteste durch die Rechte: Arbeitsgruppe «Rechtsextrémismus» in ver.di Berlin Brandenburg: Rechte Gespenster, O. J.

Zur aktuellen Utopie-Debatte: Kurswechsel! 1/2005. Alternative Ökonomien – Alternative Gesellschaften, Wien 2005

IMPRESSUM

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und
politische Bildung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
info@rosalux.de
www.rosalux.de

WISSENTransfer

Wissenschaftliche Vereinigung
für Kapitalismusanalyse und
Gesellschaftspolitik e.V.
Lange Koppel 120
22926 Ahrensburg
buer@wissenstransfer.info
www.wissenstransfer.info

Wi.S.d.Pf.: Marion Schürumpf

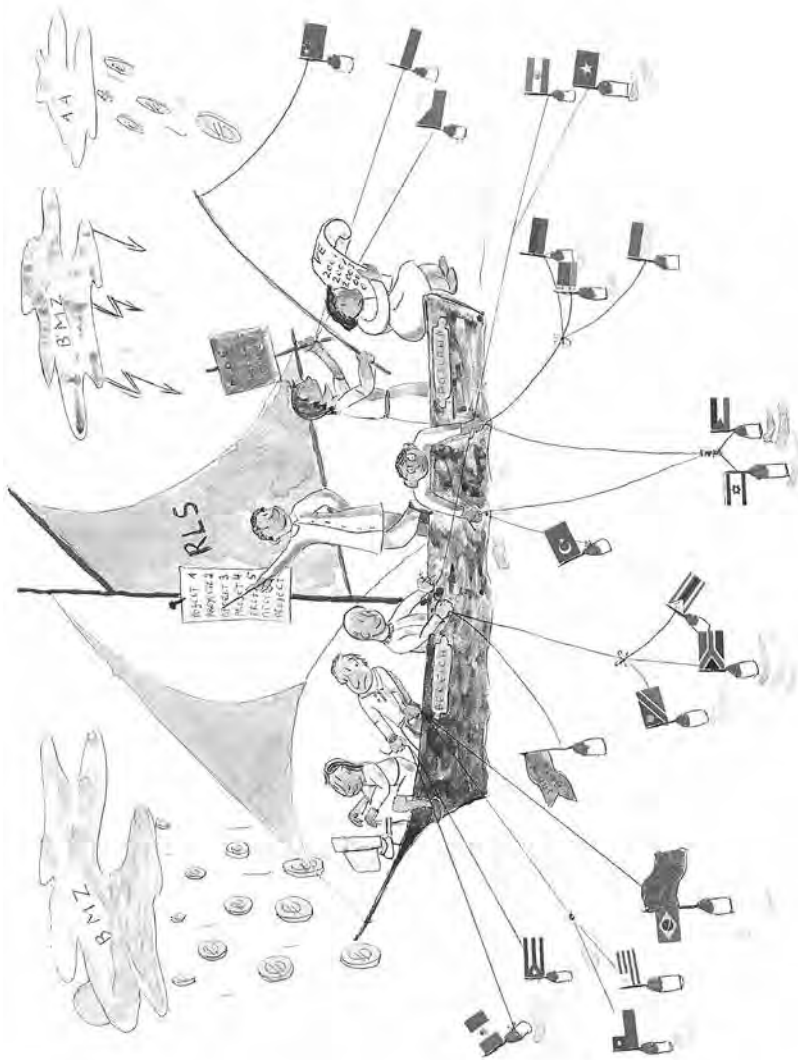
rls



22

Michael Brie
Segeln gegen den Wind

*In: DIE LINKE. Wobin verändert sie die Republik?
Texteband der RLS Bd. 40 von Michael Brie, Cornelia Hildebrandt,
Meinhard Meuche-Mäker (Hrsg.) S. 249-318.*



MICHAEL BRIE

Segeln gegen den Wind. Bedingungen eines politischen Richtungswechsels in Deutschland

*»Dialektiker sein, heißt den Wind der
Geschichte in den Segeln haben. Die
Segel sind die Begriffe. Es genügt aber
nicht, über die Segel zu verfügen. Die
Kunst, sie setzen zu können, ist das
Entscheidende.«*
Walter Benjamin¹

Der Wind bläst der Linken ins Gesicht. Ihr Ziel ist es, die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft zu überwinden. Es geht gegen Verhältnisse, in denen im Namen der Standortlogik Ökonomie, Politik und Kultur den Verwertungsinteressen untergeordnet werden. Linkes politisches Eingreifen erfolgt aus ökonomischer und sozialer Unterlegenheit und aus einer Minderheit heraus.

Drei Möglichkeiten gibt es, in derart widrigen Umständen zu handeln: Man kann abwarten, bis der Wind sich dreht, und solange vorsichtig mit dem Wind segeln. Man kann direkt gegen den Wind halten und versuchen, nicht allzu weit zurückgeworfen zu werden. In beiden Fällen, des Lavierens wie des einfachen Dagegenhaltens, wird man aber nicht vorankommen. Die dritte Möglichkeit besteht darin, den Wind selbst zum Verbündeten zu nehmen, um mit seiner eigenen Kraft gegen ihn anzukreuzen.

Hegel spricht in diesem Zusammenhang von der List der Vernunft – von der Fähigkeit, sich der Mittel dialektisch zu bedienen, um die Stärke des Gegensatzes in die Kraft des Widerstands gegen seine Vormacht zu verwandeln. Dies bedeutet, bei den Widersprüchen der Herrschaft, bei den Rissen und Klüften in den Strukturen der Macht anzusetzen, die inneren Gegensätze des heutigen Kapitalismus und Neoliberalismus zum Tanzen zu bringen. Oft ist es nicht der frontale Widerstand, sondern das Kreuzen gegen den Wind, das ein Vorwärts erst ermöglicht. Durch derartige politische Kunst kann aus Unterlegenheit Überlegenheit, können aus Minderheiten Mehrheiten werden.

Solche Politikansätze aus der Minderheit und Unterlegenheit heraus brauchen die nüchterne Analyse, um die Widersprüche zu erkennen und die Möglichkeiten zu entdecken, ihre Potentiale emanzipativ und solidarisch freizusetzen. Und sie er-

¹ Walter Benjamin: Das Passagen-Werk. Herausgegeben von Rolf Tiedemann, Frankfurt a. M. 1983. Erster Band, S. 392.

fordern den »feste(n), scheinbar brutale(n) Zugriff«², damit im kritischen Augenblick »die Gelegenheit« nicht verpasst wird, so Walter Benjamin, und die »Kontinuität der Geschichte« aufgebrochen werden kann.

Linke Politik für einen sozial-ökologischen und demokratischen Richtungswechsel ist Transformationspolitik. Sie fügt sich ein in ein Politikverständnis, das die Europäische Linkspartei als Beitrag versteht, »um ein breites soziales und politisches Bündnis für einen radikalen Politikwechsel zu schaffen«: »Wir wollen linke Politik dauerhaft als ein unabhängiges selbstbewusstes Projekt etablieren, das die Durchsetzung solidarischer und demokratischer, sozialer und ökologischer Alternativen befördert.«³ Es ist eine Politik, die im Kapitalismus verändernd ansetzt und über ihn hinausweist.⁴

Noch sind die politischen Bedingungen für einen Richtungswechsel der Politik in Deutschland nicht gegeben. Sie können aber geschaffen werden. Sieben Faktoren, die dazu beitragen könnten, sollen im Folgenden dargestellt werden: (1) die Krise des Neoliberalismus, (2) das Erstarken von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, (3) die Herausforderung im politischen System durch die Linkspartei, (4) die Veränderungspotentiale von SPD und Grünen, (5) die immer klarere Erkenntnis, dass soziale und ökologische Transformation einerseits und ein neues anderes wirtschaftliches Wachstum einander nicht widersprechen, und (6) die Herausbildung von Vorstellungen für ein neues historisches Projekt der Linken. Dies alles wird nur dann zum Richtungswechsel führen, wenn (7) die Linke fähig ist zu einer radikalen Realpolitik auf der Höhe der Zeit.

Die Krise des Neoliberalismus und alternative Entwicklungspfade

Ausgangspunkt der jetzigen politischen Entwicklung in Deutschland ist die Erkenntnis wichtiger Kreise auch der herrschenden Klassen, dass eine einfache Fortsetzung des radikalen Neoliberalismus unmöglich ist. Er hatte sich in der Krise des wohlfahrts- bzw. sozialstaatlichen Kapitalismus in den 1970er Jahren gegen andere Alternativen durchgesetzt.⁵ Er war keinesfalls unvermeidlich, sondern musste andere Möglichkeiten politisch, geistig, wirtschaftlich und auch mit Militärgewalt (vor allem Chile 1973) besiegen. Er entstand auf dem Friedhof sozialer Transformationsprojekte.

2. Walter Benjamin, Das Passagen-Werk, A. u. O., S. 592.

3. Manifesto of the Party of the European Left (<http://www.european-left.org/about/doc/manifesto/>).

4. Zu den konzeptionellen Grundlagen einer sozialistischen Transformationskonzeption vgl. u. a. Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein, Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin 2002, S. 7-65; Michael Brie, Dieter Klein, Elementare Frage neu bedenken, rs.standpunkte.02/2007.

5. Vgl. dazu ausführlicher: Dieter Klein (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003, S. 18-83.

Die Versprechen des Neoliberalismus waren klar. *Erstens*: Der Neoliberalismus entfesselt eine neue Produktivität, indem er die Potentiale deregulierter Marktkräfte und moderner Hochtechnologien freisetzt. Es gelang ihm zumindest teilweise, Produktivitätsblockaden aufzubrechen und neue Teile der Weltbevölkerung zu integrieren. Es wurde die Dominanz der Informations- und Kommunikationsarbeit über die Arbeit in der industriellen Fertigung durchgesetzt. Der Neoliberalismus vertrat den Anspruch, die Krise des fordistischen Kapitalismus auf überlegene Weise zu lösen. Er versprach, durch die Beseitigung der autoritär sozialstaatlichen Regulierung neue Möglichkeiten individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Partizipation zu schaffen. *Der Neoliberalismus besaß deshalb in den Augen wesentlicher gesellschaftlicher Gruppen Legitimität.*

Zweitens: Der soziale Kristallisationskern des Neoliberalismus ist das Bündnis der neoliberalen Herrschaftseliten mit den hoch qualifizierten Informations- und Kommunikationsarbeiterinnen und -arbeitern – eine Art Oben-Mitte-Bündnis zu den Konditionen der Herrschaftseliten. Es verhiß zentralen Gruppen der Gesellschaft neue Lebensperspektiven und Entfaltungsmöglichkeiten und ermöglichte sie teilweise auch. Leitbild waren das freie selbstbestimmte Individuum als Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge und die Gesellschaft als Vertragsgesellschaft von Freien und Gleichen, die sich über den Markt verwirklichen.⁶ Emanzipative Errungenschaften der Neuen sozialen Bewegungen der sechziger Jahre wurden aufgenommen.

Jenen, die sich aufgrund ihrer Marktlage eine privilegierte Stellung bzw. einen sozialen Aufstieg und verstärkte Partizipation versprechen, wurden neue Chancen geboten. Der Neoliberalismus ist ein Oben-Mitte-Projekt, das die Schaffung funktionaler Unterschichten einschließt. Er stellte eine »passive Revolution« dar, in der die herrschende Klasse »führend gegenüber den verbündeten Klassen und herrschend gegenüber den gegnerischen Klassen« ist (Gramsci)⁷. *Der Neoliberalismus war ein sozial und kulturell verankertes Projekt.*

Drittens: Im Zentrum des neoliberalen Blocks stehen zentrale politische Projekte wie die der marktförmigen Durchgestaltung der gesamten Gesellschaft, der Privatisierung der Daseinsvorsorge und die Verwandlung der öffentlichen Einrichtungen in »Als-Ob-Unternehmen«. Dieses Projekt schloss den Abbau von sozialstaatlichen Garantien der Grundrechte genauso ein wie die Erhöhung von demokratischer Partizipation, die Schaffung einer breiten sozialen Gruppe der *Working Poor* als kostengünstige Erbringer der einfachen Dienstleistungen usw. usf. Der Konflikt zwischen dem imperial neoliberalen Projekt der USA und der Kern-EU ist vor allem ein Konflikt darum, wie die Sicherheit dieser neoliberalen

6 Apologetisch wurde es auch so formuliert: »So bewirkt die unsichtbare Hand des Marktes, dass Topmanager, die scheinbar unsozial und egoistisch die Maximierung des Gewinns und damit ihrer Bezüge verfolgen, gleichzeitig auch das Gemeinwohl mehren.« Stefan Baron: Unsichtbare Hand. In: Wirtschaftswoche vom 16. Mai 1996. Zitiert nach: Christoph Fleischmann: Kapitalismus als Religion. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2007, S. 84.

7 Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6.1, S. 16

Globalisierung zu gewährleisten ist und ob die USA dabei einseitig die Konditionen diktieren können oder nicht. *Der Neoliberalismus vertrat umsetzbare Projekte. Er war machbar.*

Viertens: Der wichtigste Hebel zur Durchsetzung der neoliberalen Hegemonie war die Schaffung eines globalisierten Finanzkapitalismus, der die Konditionen der Kapitalverwertung den spekulativen Finanzmärkten unterwirft. Jede mögliche produktive Investition, jeder »Standort«, jeder Arbeitsvertrag konkurriert deshalb mit den Bedingungen, die durch den Handel von Bonds, Devisen, Anleihen und mit deren Derivaten diktiert werden⁸. Es ist zu einer »qualitativen Unterwerfung der realen ökonomischen und sozialen Verhältnisse unter das Finanzsystem«⁹ gekommen. Dadurch wird jenseits ideologischer Behauptungen eine Situation weitgehender Alternativlosigkeit erzeugt. *Der Neoliberalismus wirkte gerade auch durch seine Unabhängigkeit von den Interessen und Überzeugungen jener, die im durch ihn geschaffenen System handeln.* Er konnte sich auf die Macht des Faktischen berufen.

Der Neoliberalismus ist ein ambivalentes Projekt. Im Finanzmarkt-Kapitalismus¹⁰ ist er materielle Gewalt geworden. Seine Schwächen sind die Kehrseiten der genannten Stärken. Er hat vier Folgen, die seine eigene Grundlage in Frage gestellt haben:

Erstens: Der neoliberale Bruch mit dem kapitaldominierten Fordismus und dem Staatssozialismus hat neue Potentiale entfesselt und sie zugleich in das Korsett von Profitabilität zu den Konditionen der globalisierten Finanzkapitalmärkte und von Privatisierung gesperrt. Dadurch entstand eine Ökonomie der Enteignung¹¹, der »Einhegung« von Gemeingütern, die der freien Nutzung entzogen werden, der öffentlichen wie privaten Unterakkumulation, der beschleunigten Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens. Gemessen an den neuen Möglichkeiten wird das neoliberale Projekt kontraproduktiv. Es kann in einer tiefgreifenden Reproduktionskrise münden.

Das Projekt der Moderne, wie es Aufklärung, französische Revolution und emanzipatorische soziale Bewegungen geprägt haben, wurde mit Gewalt auf das Projekt Kapitalismus zurückgeführt. Es handelte sich um eine Konterrevolution. Anstelle einer Dreieinigkeit von sozialen Grundrechten, demokratischer Partizipation und Frieden verstärkten sich Tendenzen hin zu einer barbarisierenden Trinität von Klassengesellschaft, Autoritarismus und militärischem Interventionis-

8. Vgl. dazu ausführlich: Mario Candeias: Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Hamburg: Argument Verlag 2004, S. 105-117.

9. Elmar Altvater: Globale Finanzinnovationen, privates Computergeld und sozialisierte Schulden. In: Prokla, Heft 103 (1996), 26. Jg., S. 250.

10. Vgl. dazu systematisch: Joachim Böschhoff: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen. Hamburg 2006.

11. David Harvey: Die Geographie des »neuen« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Christian Zeller (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster 2004, S. 183-216.

mus. Sie verbindet sich mit anderen Tendenzen der Barbarisierung. Es ist diese Trinität, die aufs Neue Elemente totaler Herrschaft und offener Barbarei freisetzt, so wie es der Marktliberalismus und Imperialismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts taten. Am Ende stand Auschwitz.

Zweitens spaltete der Neoliberalismus in den Zentren die sozialstaatlich integrierten Mittelstandsgesellschaften wieder in offene Klassengesellschaften. Mehr und mehr werden Lebenschancen wieder nach der Klassenlage verteilt.¹² Anstelle von Menschenrechten als zu verwirklichenden Anrechten werden wieder Klassenprivilegien einerseits und Enteignung und Entrechtung andererseits durchgesetzt. Aber Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung.

Eine hierarchisierte und polarisierte Klassengesellschaft wird immer mehr zur Realität. Einer Einheit der Herrschenden steht die Fragmentierung der Abhängigen gegenüber. Anstelle von Freiheit und Gleichheit werden Unfreiheit und Ungleichheit durchgesetzt.¹³ Auch jene, die nach den Maßstäben von Einkommen und Anerkennung durchaus privilegiert sind, müssen sich den systemisch wirkenden Zwängen von Selbstvermarktung, Verzicht auf eine selbstbestimmte Lebensweise und ein Privatleben unterwerfen. Kurze Zeithorizonte und große Unsicherheit machen Autonomie immer schwieriger. Der Neoliberalismus untergräbt in der Konsequenz seine eigene Legitimation. Totalitäre Vermarktung zerstört die Grundlagen für Individualität und ein selbstbestimmtes Leben.

Die versprochene Partizipation ist weitgehend fiktiv. Sie besteht weitgehend in der selbstverantworteten Exekution von Sachzwängen, die politisch durch das Zusammenwirken von multinationalen Konzernen, neoliberalen politischen Eliten und dem Management von IWF, WTO und Weltbank geschaffen wurden. Zur demokratischen Disposition steht nur noch die Art und Weise der Umsetzung dieser Zwänge. Dies erinnert fatal an den demokratischen Zentralismus des Sowjetkommunismus, mit Recht Diktatur genannt. Wesentliche Teile der Bevölkerung werden von jeder Partizipation ausgeschlossen. Die soziale und kulturelle Integration ist gefährdet.

12 Wie Mark Siemens in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* formuliert: »Bisher konnten sich auch Arbeitslose in gewisser Weise als Angestellte der großen Firma Bundesrepublik vorkommen, die alle ihre Bürger mit zwar unterschiedlichen, aber immer noch vergleichbaren Konsum- und Lebensstilmöglichkeiten ausstattete; heute müssen sich auch Angestellte als potentielle Arbeitslose fühlen, die jederzeit aus der gewohnten Lebenswelt herausfallen können«. FAZ, 13. September 2004, S. 35. Claus Leggewie konstatiert: »Exklusion wird resigniert oder affirmativ hingenommen – mit allen kumulativen Wirkungen, die langjährige Armut auf alle anderen Lebenschancen hat, hier vor allem auf die Bildungsarmut und die Tatsache, dass nicht mehr (aber vielleicht bald wieder – M. B.) Alte, sondern Kinder aus den Haushalten von Alleinerziehenden und Arbeitslosen heute die höchste Risikogruppe darstellen.« Claus Leggewie: Die Zukunft der Verelendung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2006, S. 1247.

13 »Wer sehen will, der sieht, dass die gegenwärtig sich vollziehende Metamorphose der Gesellschaft sich als ein rücksichtsloser Bruch mit der eigenen Geschichte entpuppt, bei der an die Stelle eines *contra social*, der die Individuen und Gesellschaft miteinander verbindet, zunehmend ein Partikularismus tritt, der sich allein an wirtschaftlichem Erfolg orientiert und dem die Durchsetzung ökonomischer Interessen auch mit den Mitteln außerökonomischer Zwangsgewalt als legitim erscheint.« Michael Wolf: Hartz IV; ausgrenzende Aktivierung oder Lehrstück über die Antastbarkeit der Würde des Menschen. In: Utopie kreativ, Heft 194 (Dezember 2006), S. 1080.

Drittens errichtete die neoliberale Politik ein unilaterales oder multilaterales Imperium. Die Widerstände werden mit ökonomischem, politischem und militärischem Druck überwunden. Die Repression nach innen und außen nimmt zu. Sie versucht, eine pax neoliberale durchzusetzen, die das globale militärische Gewaltmonopol der USA mit regionalen Oligopolen verbindet und bei jeder Verletzung dieser pax neoliberale den Ausnahmezustand ausruft. Ihre Legitimation bezieht diese pax neoliberale aus einer Verbindung der Gegensätze von neoliberaler und antimodernem Fundamentalismus, von Bush und Bin Laden.

Die durch den Neoliberalismus verfolgte Politik erweist sich zunehmend als konfliktär, unproduktiv und ineffizient – misst man sie an den Versprechen des Neoliberalismus selbst, geschweige denn an Erwartungen großer Teile der Bevölkerung. Die umgesetzten Projekte ziehen ein großes Maß an Folgen nach sich, die die Machbarkeit in eine Bedrohung verwandeln. Das Wort von Walter Benjamin, »dass es so weiter geht, ist die Katastrophe« (Hervorheb. – M. B.), gewinnt neuen Sinn. Durch die Spaltung der nationalen Gesellschaften wird der Sozialstaat wieder durch den »Kriminalstaat«¹⁴ ersetzt. Es kommt zu einer umfassenden Krise der inneren und äußeren Sicherheit.

Die geschaffene Alternativlosigkeit und Macht des Faktischen verliert ihre hegemoniale Kraft in dem Maße, wie sie illegitim, unsozial und gefährlich wird. Sie wird dadurch zu einer Macht, die weniger auf Überzeugung und Ausstrahlung beruht als auf bloßer Gewalt oder dem Fehlen konkreter Auswege. Damit wird sie ausgehöhlt. Der Neoliberalismus ist in einer Krise seiner Legitimität und zunehmend auch seiner Durchsetzungskraft. Auch für ihn gilt: »Ideologie scheitert nicht an Argumenten. Ideologie scheitert an der Wirklichkeit.«¹⁵ Noch hat, so Jürgen Leibiger, der hegemoniale Block »gar keine Veranlassung, eine grundsätzlich andere Wirtschaftsstrategie zu erwägen«¹⁶; aber der Druck wird wachsen.

Krisen sind Zeiten von Gefahren und Chancen. Sie öffnen die Tür zu alternativen Entwicklungspfaden. Jede Strategie setzt voraus, genauer zu bestimmen, was überhaupt gewollt werden kann.¹⁷ Die Krise des Neoliberalismus in seiner autoritär neoliberalen Gestalt führt vor allem dazu, dass von den gemäßigten Konservativen und der »neuen« Sozialdemokratie bzw. New Labour jeweils ein neuer Herrschaftsvertrag auf der Basis der multilateralen Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus angeboten wird. Damit werden aber die parasitären, destabilisierenden Tendenzen dieses Kapitalismus nicht aufgehoben, die in die vierfache Krise von Reproduktion, Integration, Legitimation und Sicherheit geführt haben.

14 Christoph Bitterwegge: Großzügig kleinkariert. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2006, S. 1348.

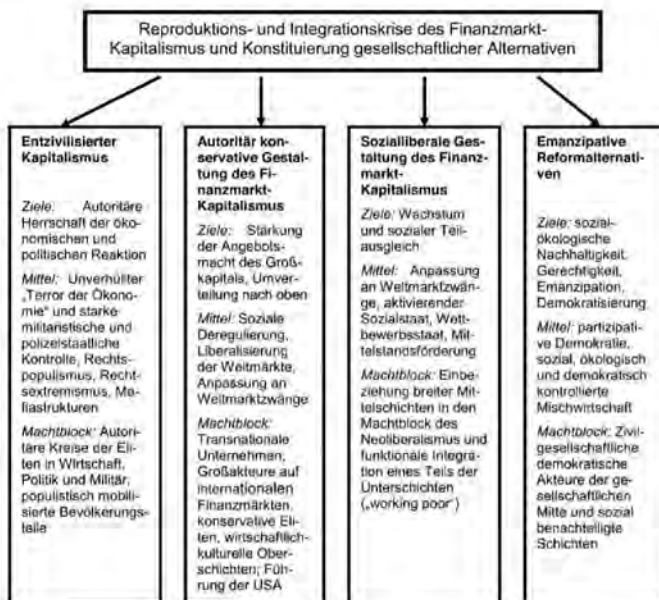
15 Heiner Flassbeck: Wirtschaftspolitische Sommerphantasien. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2006, S. 1233.

16 Jürgen Leibiger: Krise des Neoliberalismus – Realität oder Wunschtraum? In: Sozialismus, Heft 10/2006, S. 20.

17 Vgl. dazu ausführlich: Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 3/2006.

In der Perspektive können die inneren Widersprüchlichkeiten dieser politischen Angebote dazu führen, dass mehr und mehr zu Formen autoritärer Herrschaft nach innen und zu einer immer offeneren imperialistischen und militaristischen Politik nach außen gegriffen wird. Es ist dies die Tendenz der Entzivilisierung des Kapitalismus. Die andere Lösungsmöglichkeit ist die, dass der sozial-ökologische und demokratische Weg einer umfassenden Transformation eingeschlagen wird, der in der Perspektive die Profitdominanz über Wirtschaft und Gesellschaft aufhebt. Es ist die Perspektive einer »Entkapitalisierung« der modernen Gesellschaften. Aus der Krise des Neoliberalismus können so vier verschiedene Entwicklungspfade entstehen (Grafik 1).

Grafik 1: Entwicklungswege im beginnenden 21. Jahrhundert¹⁸



18 Vgl. ebenda, S. 30.

Die Veränderung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen

Die Gründung der WASG war eine durch die Spitze der deutschen Gewerkschaften geduldete und durch Teile ihrer mittleren Funktionärsschicht direkt geförderte und vorangetriebene Parteibildung. Natürlich betont Michael Sommer immer wieder: »Es wird in Deutschland keine Gewerkschaftspartei geben, selbst wenn einige davon träumen. Das ist ein Irrweg... Der DGB ist eine parteiunabhängige Einheitsgewerkschaft und hat Mitglieder aus allen Parteien. Schon deshalb gibt es für Gewerkschaften keinen natürlichen Bündnispartner in der Politik«¹⁹. Gleichzeitig aber hat die Gründung der WASG und mehr noch die Bildung der gemeinsamen Linkspartei die Gewerkschaften aus der Lage befreit, dass ihre parteipolitischen Ansprechpartner fast durchgängig eine gewerkschaftsfeindliche Politik betrieben. Dieser bewusste Einsatz eines Teils der Gewerkschaften in Deutschland für eine parteipolitische Pluralisierung der Linken ist nur eine der Formen der »Politisierung der Gewerkschaften« seit 2003 und ihrer stärkeren Verbindung von tariflichen Kämpfen mit der Wahrnehmung eines gesamtgesellschaftlichen politischen Mandats.²⁰

Schon die Möglichkeit der Entstehung einer »starken und gewerkschaftlich orientierten Partei der Linken« (so im Aufruf von sechzig Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die Anfang Juli 2007 geschlossen der Partei DIE LINKE beitraten²¹) hat das Kräfteverhältnis zugunsten der Gewerkschaften verschoben. Wenn die gewerkschaftlich organisierten Wählerinnen und Wähler der SPD und der Union davon laufen und sich der Linkspartei zuwenden, wenn Arbeiter und einfache Angestellte und vor allem Arbeitslose das Gleiche tun, dann wird eine Politik gegen diese Gruppen zum politischen Problem der herrschenden Parteien.

Auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hat die Stellung der Gewerkschaften gestärkt. Sie können höhere Lohnabschlüsse realisieren (erstmals wird 2007 das Realeinkommen aus Löhnen wieder etwas steigen). Die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften verändert das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit zugunsten letzterer. Dies stärkt die strukturelle Macht der qualifizierten Arbeitskräfte gegenüber den Arbeitgebern. Noch beschränkt sich dies vor allem auf die weltmarktoffenen Industrien, wo die Belegschaften einen entsprechenden Druck ausüben können²², aber die Chancen steigen, diese Erfolge auszuweiten – immer vorausgesetzt, der wirtschaftliche Aufschwung kommt nicht zu einem frühen Ende.

Gleichzeitig gibt es ernstzunehmende Versuche, auch die Organisationsmacht der Gewerkschaften wieder zu erhöhen und anstelle der fast ausschließlichen

19. http://www.focus.de/magazin/kurzfassungen/focus_aid_67304.html.

20. Redaktion Sozialismus: Gewerkschaften und Politik – neu denken. Zum politischen Mandat im Finanzmarktkapitalismus. In: Sozialismus 5/2007, S. 37.

21. http://die-linke.de/die_linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/jetzt-geht-es-los/.

22. Michael Wendt: Was bestimmt die konjunkturelle Entwicklung? In: Sozialismus, Heft 2/2007, S. 21.

Konzentration auf die durch den Standortwettbewerb und die neue Eigentümerstruktur der Unternehmen geschwächten Institutionen von Tarifverhandlungen und Betriebsratsarbeit hinter verschlossenen Türen »eine intelligente Kampagnenorientierung (zu) entwickeln, neue gesellschaftliche Bündnisse zur Stärkung ihrer eigenen Organisationsmacht (zu) nutzen und auch vor einer konfliktorientierten Politik nicht zurück(zu)scheuen«²³. Die Konfliktbereitschaft der Belegschaften und die Unterstützung durch eine sensibilisierte breite Öffentlichkeit sollen gleichermaßen erhöht werden. Eine der Strategien ist die Verbindung einer betriebsnahen Tarifpolitik mit einem »neuen Beteiligungsansatz« der Gewerkschaftsmitglieder und Belegschaften²⁴.

Die Frage wird sein, wie sich die Gewerkschaften auf diese neue Situation einstellen, ob es ihnen gelingt, daraus eine gesellschaftliche Offensive zu entwickeln, die zugleich die eigene Veränderung einschließt. Die Versuche der Gewerkschaften, gesellschaftspolitische Weichenstellungen zu beeinflussen, waren nach 1990 weitgehend gescheitert. Der Organisationsgrad sank von rd. 40 Prozent im Jahre 1991 auf nur noch 28 Prozent heute. Bestimmte Zugeständnisse in der Frühzeit von Rot-Grün 1998/99 blieben ohne Dauer. Ohne gewerkschaftliche Gegenmacht, die zugleich auf der Höhe der Zeit und durchsetzungsmächtig ist, wird eine Politik für einen Richtungswechsel nicht möglich sein. Dazu gehört auch die aktive Berücksichtigung der Interessen der Erwerbslosen²⁵ sowie der Übergang zu einer solidarischen, alle Sektoren übergreifenden Lohnpolitik, die sich vor allem gegen die Lohnsenkung im unteren Bereich wehrt.²⁶ Aber es gilt auch umgekehrt: Erst eine solche Politik wird die Gewerkschaften wieder zu einer wirklichen Macht in Deutschland werden lassen.

Die Krise des Neoliberalismus hat aber auch andere soziale Kräfte stärker werden lassen. Seit den großen Demonstrationen gegen den drohenden Irak-Krieg der USA und die Agenda 2010 sind in Deutschland wieder öffentlich wirksame soziale Bewegungen entstanden, die größere Teile der Bevölkerung erreichen. Immer deutlicher wurde, Frieden, Gerechtigkeit und eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik hängen global, europäisch und nationalstaatlich zusammen. Claudia Meyer, DGB-Bundesjugendsekretärin und Mitglied im Koordinierungskreis von ATTAC, formulierte am 15. Februar 2003 auf der Kundgebung in Berlin: »Die Welt steht vor einer grundsätzlichen Weichenstellung: Entweder es entsteht eine neue Weltordnung der Gewalt und des Krieges, oder wir schaffen Schritte hin auf eine neue gerechtere Weltordnung.«²⁷

23 Klaus Dörre: Gewerkschaften und die kapitalistische Landnahme: Niedergang oder strategische Wahl? In: Heinrich Gieselberger: Und Jetzt? A. u. O., S. 71.

24 Daniel Friedrich: Agieren statt reagieren. In: Sozialismus, Heft 1/2007, S. 33.

25 Ralf Bordeser, Sabine Groggroeit: Hartz IV: Gewerkschaften für Erwerbslose – Erwerbslose für Gewerkschaften. In: Sozialismus, Heft 12/2006, S. 40-44.

26 Richard Detje, Otto König: Tarifpolitischer Aufbruch im Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Sozialismus, Heft 4/2007, S. 31.

27 <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/15-02-2003/meyer.htm>.

Noch aber werden die globalisierungskritischen und friedenspolitischen Demonstrationen vor allem von den oberen Schichten getragen, während die Anti-Hartz-IV-Protestzüge von den bedrohten Arbeitnehmern und den Prekarisierten geprägt waren. Auch den Protesten gegen das G-8-Treffen in Heiligendamm, so erfolgreich sie waren, fehlten weitgehend die Bürgerinnen und Bürger aus dem sozialen Unten. Die Konfliktlinien zwischen der sozialen und der kulturellen Linken, der gewerkschaftlichen und der ökologisch und feministisch orientierten Linken, zwischen den linken Mittelschichten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Migrantinnen und Migranten, den abgehängten Prekarisierten sind unübersehbar.²⁸ Die Potentiale sozialer Bewegungen und der politischen Linken für einen Richtungswechsel müssen erst noch zusammenwachsen. Die Linkspartei kann dabei eine wichtige Rolle spielen.²⁹

Die Herausforderung durch die Linkspartei

Im Frühsommer 2007 begann die unmittelbare Vorbereitung der planmäßigen Bundestagswahl 2009. Die Umfragen zeigen, dass bei den nächsten Bundestagswahlen rechnerisch neben einem Bündnis von CDU/CSU und FDP die Fortsetzung der Großen Koalition oder aber eine sog. Jamaika-Koalition von CDU/CSU, FDP und Grünen bzw. eine Ampelkoalition von SPD, FDP und Grünen möglich sein könnten – vorausgesetzt, die SPD verschließt sich jeder Kooperation mit der Linkspartei auf Bundesebene. Aber was steht hinter den verschiedenen Möglichkeiten? Sind es nur additive Konstruktionen oder basieren einige von ihnen auch auf starken sozialen Bündnissen? Wie stehen sie zu der Verbindung von alter und neuer sozialer Frage?

Der Aufstieg der Linkspartei seit 2004 hat das gesamte Parteiensystem der Bundesrepublik verändert.³⁰ Während sonst nach der Bundestagswahl höchstens einfachstes Kopfrechnen benötigt wurde, um festzustellen, wer die nächsten vier Jahre regieren würde, bedurfte es 2005 der Taschenrechner, der Farbenlehre und zähester Verhandlungen. »Unter diesem Druck, dass links sich etwas manifestiert, was mehr als ein Tagesereignis ist, verändern sich alle Parteien. Das deutsche Parteiensystem ist in Bewegung«, stellt der Parteienforscher Karl-Rudolf Korte fest: »Diese deutsche Oase an verlässlicher Stabilität, was das Regieren anbelangt, das

28 Vgl. dazu auch: Bernd Hüffner: Postfordistische Linke, In: Utopie kreativ, Heft 188 (Juni 2006), S. 54f.

29 Vgl. dazu den Beitrag von Katja Kipping in diesem Buch.

30 Es darf nicht vergessen werden, dass die PDS am »Superwahlsonntag«, dem 13. Juni 2004, eine ganze Reihe von Erfolgen erzielte, so erhielt sie bei den Wahlen zum Europaparlament 6,1 Prozent und bei den Landtagswahlen Thüringen 26,1 Prozent. Patrick Moreau vermutete schon damals die Möglichkeit einer Rückkehr der PDS in die Politik. Vgl.: Patrick Moreau: Rückkehr in die Politik? Die PDS nach den Wahlen zum europäischen Parlament, In: Hans Zehetmair (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem, Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 172-197.

ist hier vorbei.«³¹ Die Wählerinnen und Wähler könnten die Parteien nun weit stärker als früher unter Druck setzen. Wie Rolf Reißig konstatiert, wird das Parteiensystem nicht nur europäischer, sondern auch »normaler: Denn ein Parlament sollte sich eigentlich auf der Höhe der realen gesellschaftlichen Gegensätze befinden.«³²

Mir scheint, dass die Veränderungen im Parteiensystem weitaus gravierender sind, als viele Beobachter bisher annehmen. Real kann es sein, dass sich das Parteiensystem in einem Umbruch befindet, wie ihn die Bundesrepublik seit der Konsolidierung dieses Systems in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts nicht erlebt hat. Auch der Aufstieg der Grünen stellt keine vergleichbare Zäsur dar, obwohl der eine zentrale neue Frage, die Ökologie, auf die Tagesordnung des parteipolitischen Systems setzte. Erstmals wird die SPD als linke Säule des Parteiensystems in ihren Grundfesten erschüttert. Falls es ihr nicht gelingt, sich auf einem Niveau deutlich über dreißig Prozent zu stabilisieren, ginge die alte Bundesrepublik parteipolitisch zu Ende, weil die SPD als das eine linke Gravitationszentrum wegfiele. Links würde dann endgültig ein pluraler Raum mit mehreren solchen Zentren entstehen.³³

Die Ursache für diesen Aufstieg der Linkspartei liegt im Versagen der SPD, sich als soziale und demokratische Kraft dem Neoliberalismus entgegenzustellen. Wie Ingar Soltý formuliert: Die Linkspartei ist kein »geschwächtes Überbleibsel aus vergangenen Epochen... sondern eine Parteineugründung, die sich inmitten einer ... Hegemoniekrise des Neoliberalismus vollzieht.«³⁴. Gerade deshalb fordert sie auch das gesamte Parteiensystem heraus: sie setzt die soziale Frage demokratisch-links neu auf die Tagesordnung. Oder wie Oskar Lafontaine im Interview mit dem »Spiegel« sagte: »Nicht die SPD ist unser Hauptgegner, sondern die herrschende Politik. Die wollen wir verändern, wenn möglich durch Regierungsbeteiligungen, aber auch in der Opposition. Wenn bei der SPD Themen wie Mindestlohn oder bei der CDU die Dauer des Arbeitslosengeldes diskutiert werden, dann ist das ein Ergebnis unserer Arbeit. Wenn SPD und CDU an der Rente mit 67 zweifeln, dann, weil wir da sind. Wenn die Grünen sich von den Kampfeinsätzen in Afghanistan abseilen, dann reagieren sie auf uns.«³⁵

Es sind sechs Gründe, die dafür sprechen, dass der jetzige Aufschwung der Linkspartei zu einer grundlegenden Veränderung im Parteiensystem führen wird.

31 »Den Wählern nützt es«. Karl-Rudolf Korte: Die Linke verändert das Parteiensystem. In: Das Parlament Nr. 29-30 / 16. Juli 2007 (<http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/29-30/Menschen/Meinungen/16444748.html>).

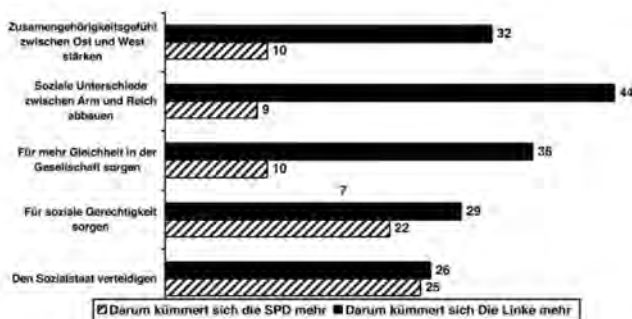
32 Rolf Reißig: Linksverschiebung ohne reale politische Gestalt. Neue Perspektiven in einem gewandelten Parteiensystem. In: Neue Gesellschaft, Heft 6/2007, S. 25.

33 Im westeuropäischen Vergleich hat es schon mehrere solcher Angriffe auf die Sozialdemokratie gegeben, die zumeist abgewehrt wurden (Schweden oder Norwegen). In anderen Ländern wurden die ehemals großen kommunistischen Parteien zu kleineren Parteien reduziert (Frankreich, Spanien oder Italien). In den Niederlanden ist die Sozialistische Partei dagegen mittlerweile zu einer direkten gleichwertigen Konkurrenz der niederländischen Partei der Arbeit aufgestiegen.

34 Ingar Soltý: Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei. In: Das Argument, Heft 271/2007, S. 343 (im Original hervorgehoben – M. B.).

35 Der Spiegel vom 25. Juni 2007 <http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1501040337>.

Grafik 2: Wer kümmert sich mehr? (Bevölkerung insgesamt, in Prozent) (FAZ, 18. Juli 2007, S. 5)



Erstens gilt die Feststellung von Thomas Petersen vom Allensbacher Institut: »Wie tief die Linke in das Feld der SPD einbricht, erkennt man daran, dass Kompetenzen, die die Bevölkerung seit Jahrzehnten der SPD zugesprochen hat, heute zum Teil in mindestens gleichem Ausmaß der Linken zugeordnet werden.«³⁶ Wie die Grafik 2 zeigt, ist dies ein klares Understatement – zumindest was Gleichheit und den Abbau von Armut betrifft. Zudem sind viele SPD-Anhänger nicht mehr nur verunsichert, sondern vierzig Prozent stimmen sogar der Aussage zu, dass die SPD ihre Herkunft verraten habe, nicht mehr die Partei der kleinen Leute und der Arbeiter sei, sondern sich nur noch um die Interessen der Wirtschaft kümmere.³⁷

Was sich erstmals im Wahlkampf 2005 abzeichnete, könnte jetzt auf Dauer gestellt werden: Die Linkspartei konkurriert auf Augenhöhe mit der SPD um deren klassische linke Kompetenzen – Sozialstaat, Gerechtigkeit, Gleichheit, Überwindung des Gegensatzes Arm und Reich. Besonders vom gesellschaftlichen Unten betrachtet ist die SPD in diesen Kernbereichen nicht mehr der erste Ansprechpartner. Dies ist ihr zuletzt in der Weimarer Republik im Verhältnis zur KPD passiert. Es ist völlig unklar, wie die SPD ohne einen Richtungswechsel in der Lage sein soll, wieder ein glaubwürdiges Profil als Partei der sozialen Demokratie zu gewinnen.³⁸ Das Menetekel der Wahlniederlage der Sozialistischen Partei in Frankreich oder auch der Niedergang der Arbeiterpartei in den Niederlanden sollten ihr zu denken geben. Mittelfristig könnte die SPD deshalb bei Strafe ihres Un-

36 Thomas Petersen: Der Zauberberg des Sozialismus. Die Aussagen der Linken fallen auf fruchtbaren Boden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Juli 2007, S. 5.

37 Ebenda.

38 Für Kernwählerschaften der SPD »würde die Linkspartei mindestens im Jahr 2005 zur neuen politischen Repräsentanz seiner Basismentalität«. Franz Walter: Eliten und Unterschichten? Die Wähler der Linken. In: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden 2007, S. 331.

tergangs als große Volkspartei gezwungen sein, sich deutlich nach links zu bewegen – mit offenem Ausgang. Für die neue Linkspartei würde damit die eigentliche Herausforderung entstehen – sie hätte zu beweisen, dass sie sozial, politisch und vor allem auch kulturell tatsächlich weit mehr als ein sozialdemokratisches Korrektiv.

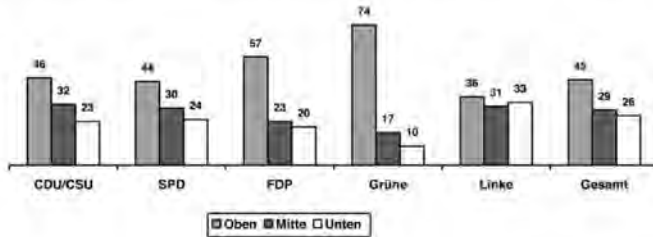
Zweitens gibt es eine breite gesellschaftliche Unterstützung bis weit hinein in die Wählerschaft der CDU und CSU für Forderungen der Linken. Schon 2003 waren 86 Prozent für eine armutsfeste Grundsicherung, 85 Prozent für eine Umverteilung von oben nach unten und 80 Prozent für mehr Bürgerbeteiligung. Die zentralen Forderungen von Oskar Lafontaine, die er im Juni 2007 zur Bedingung einer Wahl von Kurt Beck zum Kanzler machte, halten 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger (und 48 Prozent der SPD-Wähler) für völlig richtig und 27 Prozent (und 30 Prozent der SPD-Wähler) stimmten ihnen zumindest teilweise zu. 62 Prozent der CDU-Wähler sind für einen gesetzlichen Mindestlohn, 75 Prozent der Unionsanhänger lehnen die Rente mit 67 ab, 55 Prozent der CDU- und 64 Prozent der CSU-Anhänger waren im Juli 2007 für den Rückzug aus Afghanistan.³⁹ Zumindest in einigen Kernpunkten hat ein Richtungswechsel eine deutliche oder sogar überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung. Die Linkspartei vermag es auf absehbare Zeit, derartige Auffassungen von Mehrheiten fast im Alleinvertretungsanspruch zu artikulieren. Dies bringt aber alle politischen Kräfte unter immer stärkeren Handlungsdruck.

Der Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts *Emnid* fasst diese Entwicklung so zusammen: »Was ist seit PDS-Zeiten, als sie im Osten auf knapp 20 Prozent der Stimmen kam, anders geworden? Fast alles. Vor allem: Die Aussortierten haben mit Hartz IV endlich ein Symbol für Wut und Willen, sich für ihren linken Traum von der anderen Gesellschaft zu engagieren. Plötzlich ist nicht mehr ducken die Reaktion, sondern offene Opposition. Vor allem gegen die so genannte Sozialdemokratie: Denn in dem Maße, wie die SPD ihre Sozialkompetenz verlor, gewann die Linke an Daseinsberechtigung hinzu. Je stärker die SPD an der Verteilungsgerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung zweifelt, je besser kommt ‚Solidarität‘ als politische Botschaft der Linken an. Vor allem, so lange nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, wie 78 Prozent im Osten meinen. Hartz IV ist Synonym der Wut auf Politik und Wirtschaft für deren Verlust an Bodenhaftigkeit, auf die Forderung vieler Unternehmer nach Managergehältern wie in Amerika, Arbeitslöhnen wie in China und Unternehmensgewinne durch Arbeitsplatzvernichtung. Und Ursache für den entscheidenden Akzeptanzwandel der Linken. Aus der Protestpartei PDS wurde die Programmpartei Linke, weil diese im Osten die Ziele der ‚guten alten SPD‘ hoch hält.«⁴⁰

39 http://www.welt.de/politik/article1007014/Unionswähler_schliessen_sich_Lafontaine_an.html?print=yes.

40 Klaus-Peter Schöppner: »Der Humus der Linken« – Stärkste Kraft im Osten, erster Erfolg im Westen: Warum aus der Protestpartei PDS eine Programmpartei werden konnte. In: Leipziger Volkszeitung vom 3. August 2007.

Grafik 3: Anteil der Anhänger einer Partei nach der Zugehörigkeit zum oberen oder unteren Drittel der Gesellschaft (Gero Neugebauer, *Politische Milieus*, a.a.O., S. 101)



Drittens ist die Linkspartei im Unterschied zu den anderen kleineren Parteien in allen drei Dritteln der Gesellschaft, in den oberen Mittelschichten, in den unteren Mittelschichten und unten, verankert. Sie ist in dieser Hinsicht nicht nur seit Mitte der neunziger Jahre eine reale Volkspartei in Ostdeutschland, sie ist es – wie Grafik 3 zeigt – potentiell auch im Westen und hat dies bei den Wahlen in Bremen im Mai 2007 gezeigt.⁴¹ Sie vermag es, Werte und Interessen von sehr verschiedener sozialer Gruppen zu bündeln und in das politische System zu vermitteln. Anders als FDP und Grünen sind der Partei DIE LINKE keine strikten Klassen- und Milieugrenzen gezogen. Über ein Drittel ihrer Wählerinnen und Wähler kommen aus den oberen, und je ein knappes Drittel aus den mittleren und unteren Schichten.

Viertens hat sich die Linkspartei zunehmend erfolgreicher als Partei der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften und der Arbeitslosen und subproletarischen Schichten aufgestellt und es gleichzeitig vermocht, den Rückhalt in Teilen sozial-orientierter Mittelschichten auszubauen. Von diesem Teil ihrer Wählerschaft her erinnert sie deshalb sehr an die klassische SPD vor 1914. Schon bei der Bundestagswahl 2005 erhielt sie bei einem Gesamtergebnis von 8,4 Prozent einen Zuspruch bei Arbeitern von 12 Prozent, bei Gewerkschaftern von 13 Prozent und bei Arbeitslosen von 24 Prozent. Im Osten Deutschlands votierten 31 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und 27 Prozent der Arbeiter für die Linke (32 Prozent respektive 26 Prozent für die SPD), 39 Prozent der ostdeutschen Erwerbslosen wandten sich der Partei DIE LINKE zu. War bei den Wahlen vom 18. März 1990 die CDU die Partei der Arbeiter, so ist es jetzt die Linkspartei.⁴² Nur sind viele der Arbeiter – es ist unmöglich, diese Bemerkung zu unterdrücken – jetzt ihre Arbeit los.

41 Vgl. dazu den Beitrag von Christoph Spehr in diesem Band.

42 Eckhard Jesse und Thomas Schubert, Bundestagswahl 2005. In: *Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte*, Heft 1/2006 (http://www.kim.bayern.de/blz/eup/01_06_themenheft/2_7.asp). Vgl. auch: Franz Walter im Interview mit Reinhold Rinker, 21.10.2005 (www.linksnet.de/artikel.php?id=1985).

Fünftens verfügt die Partei DIE LINKE mit ihrer starken Verankerung in der ostdeutschen Gesellschaft über eine regionale Handlungsgrundlage, wie sie sonst nur CDU, CSU und SPD haben. Sie gehört in den ostdeutschen Ländern zu den drei Parteien, die zwischen 15 und 30 Prozent der Stimmen erhalten.⁴³ In zwei dieser Länder hat sie sich schon an der Regierung beteiligt, in Berlin wird die Rot-Rote Koalition gegenwärtig fortgesetzt. In beiden Fällen ist ihre Wählerunterstützung während der Regierungsbeteiligung eher gesunken, aber es wird sich zeigen, ob dies zwangsläufig so sein muss. Die bundespolitische Schwäche der Linkspartei bzw. ein konkurrierender Wahlantritt durch die WASG in Berlin hatten Einfluss. Zugleich zeigte sich, dass das Regieren in depressiven Regionen für die Linken besonders schwierig ist. Die Erprobung von eigenen Einstiegsprojekten in einen Richtungswechsel der Politik wie ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor oder die Gemeinschaftsschule und der Stopp der Privatisierung bzw. der Übergang zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung sind für die Entwicklung bundespolitischer Kompetenz und Glaubwürdigkeit unverzichtbar. Auch eine solide Haushaltspolitik gehört dazu.⁴⁴

Aber reicht dies aus, um zu einer politischen Kraft zu werden, die dazu beiträgt, dass Menschen neue Erfahrungen gewinnen, spüren: Es geht auch anders. Es lohnt sich und macht Sinn, sich einzubringen. Solidarität ist kein leeres Wort. Wir können verändern, ohne uns zu verbiegen und unsere Ideale aufzugeben. Hier herrscht keine Politik des kleinen Übels, sondern es wird mit dieser Linken und durch unser Engagement menschlicher.

Sechstens hat die deutliche Verortung von PDS, WASG und dann Linkspartei nicht dazu geführt, dass die Partei DIE LINKE heute etwa eine populistische Partei aller »Modernisierungsverlierer« geworden wäre. Wie die Analyse der Bundestagswahl 2005 zeigte: »In der Gruppe der Modernisierungsverlierer positionierte sich kein einziger Linkspartei-Wähler selbst rechts von der Mitte; nur jeder Sechste verortete sich in der Mitte, während sich fünf Sechstel links einordneten, wobei die Selbsteinstufung als »links« im Westen der Republik noch deutlich stärker ausgeprägt war als im Osten.«⁴⁵

Die Linkspartei ist zu einer wichtigen Kraft im politischen System der Bundesrepublik geworden. Dieser Erfolg verpflichtet. Die schon 2002 vertretene Aufgabe der Verbindung eines sozialen Mitte-Unten-Bündnisses und eines politischen Mitte-Links-Bündnisses tritt auf die Tagesordnung.⁴⁶ In ihrem programmatischen Gründungsdokument hat sie sich folgende »strategische Ziele« gestellt:

43 Zur Wählerschaft der Linkspartei vgl. den Beitrag von Dietmar Wittich in diesem Band. Im Juli 2007 wurden für die Partei DIE LINKE in Berlin 16 Prozent, in Sachsen 26 Prozent (SPD nur 8 Prozent!) und in Thüringen 25 Prozent Wählerunterstützung ermittelt. (<http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/index.htm> vom 20. Juli 2007).

44 Siehe dazu den Beitrag von Cornelia Hildebrandt in diesem Buch.

45 Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei/PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/2006, S. 528.

46 André Brie, Michael Brie, Michael Chrapu: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS (mit einer Anlage von Dieter Klein zu konkreten Reformprojekten), rfs standpunkte, Nr. 9/2002

▪ »Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus und Entwicklung von Alternativen«;

▪ Bündnis gegen den Neoliberalismus in der Gesellschaft, »das hoch qualifizierte Beschäftigte und Kernbelegschaften wie auch in unsicheren und Teilzeitarbeitsverhältnissen Tätige sowie Erwerbslose, Selbstständige und sozial orientierte Unternehmerinnen und Unternehmer zusammenführt«;

▪ »strategische Zusammenarbeit« mit starken Kräften der Gewerkschaften, globalisierungskritischen und anderen sozialen Bewegungen, mit gesellschaftskritischen Initiativen und progressiven Vertretern aus Wissenschaft und Kultur aktiv gegen den Neoliberalismus und alle Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft«;

▪ die Verbindung von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit;

▪ die Einheit von gesellschaftlichem Protest, Entwicklung von Alternativen und Gestaltungsanspruch;

▪ Regierungsbeteiligungen als »ein Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung, wenn dafür die notwendigen Bedingungen gegeben sind und wenn die Linke sich mit alternativen linken Projekten öffentlich erkennbar profiliert.«⁴⁷;

▪ parlamentarische Bündnisse mit anderen politischen Kräften;

▪ Wirken in der Partei der Europäischen Linken.⁴⁸

In der Konsequenz bedeutet die Realisierung dieser Strategie: »Wir müssen über ein Mitte-Links-Bündnis nachdenken. Dazu muss die neue Partei ein wirklich eigenes Profil links von der SPD entwickeln. Allerdings mit der Fähigkeit, eine SPD, die soziale Dinge wiederentdeckt, auch als Partner zu gewinnen. Ich halte das zwar für höchst unwahrscheinlich, aber die politische Aufgabe besteht schon bei den Wahlen im Jahre 2009 darin, der SPD ein solches Angebot zu machen.«⁴⁹

47. Zu diesem unstrittenen Punkt heißt es: »Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen sind die Verbesserung der Lage von Benachteiligten und die Verstärkung politischer Mitbestimmung, die Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben. Sie muss die Veränderung der Kräfteverhältnisse nach links und die Einleitung eines Politikwechsels fördern. DIE LINKE wird aber nur unter Beachtung ihrer Grundsätze Koalitionen mit anderen Parteien eingehen. Öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht privatisiert werden. DIE LINKE wird in Regierungen dafür eintreten, öffentliche Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht durch Personalabbau zu verschlechtern und Kürzungen sozialer Leistungen nach Kräften zu verhindern. DIE LINKE ist – auch in der Regierung – nur so stark, wie sie in der Gesellschaft verankert ist und gesellschaftliche Unterstützung erfährt. Linke Politik braucht treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung.«

48. http://die-linke.de/partei/dokumente/programmatische_eckpunkte_iv_fuer_einen_richtungswechsel/

49. Interview mit André Brie in der Sächsischen Zeitung vom 15. Juni 2007 (<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=1519912>).

Die Veränderungspotentiale bei SPD und Grünen

Welche Gründe gibt es, die innerhalb des Parteiensystems mittelfristig für eine Mitte-Links-Koalition unter Einschluss der Linkspartei sprechen? Können SPD und Grüne irgendein Interesse an derartigen Konstellationen haben? Kann es die Fortsetzung der Rot-Grünen Koalition von 1998 bis 2005 mit anderen Mitteln sein oder bedarf es einer grundlegenden Neubestimmung? Auf jeden Fall gilt: »Wer neue Machtkonstellationen anstrebt, muss diese strategisch öffentlich debattieren und taktisch-intern vorbereiten.«⁵⁰ Dies ist vor allem auch deshalb wichtig, weil Mitte 2007 nur sieben Prozent der Bevölkerung eine solche Koalition wünschen – deutlich weniger auch, als sich zu diesem Zeitpunkt für die Wahl der Linkspartei aussprachen.

Der internationale Vergleich zwischen den europäischen Ländern und auch mit den Entwicklungen in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten zeigt, dass Linksverschiebungen im politischen System auf sehr verschiedene Weise auftreten können – im Resultat langwieriger Prozesse breiter sozialer politischer Formationen, durch den Aufstieg neuer gesellschaftlicher Gruppen, durch Brüche im politischen System, aus der Abwehr autoritärer Rechtswendungen oder eher als nichtintendiertes Resultat der Krisenbewältigung.⁵¹

Ein bemerkenswerter und in Europa fast unbeachteter Fall ist die Entstehung einer Mitte-Links-Regierung in Norwegen 2005, auf den kurz eingegangen werden soll. Zu ihrer Vorgeschichte gehören die neoliberale Wende der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Norwegens seit 1981 und ihre wachsende Ununterscheidbarkeit von konservativen Parteien. In den neunziger Jahren führte dies zu einer wachsenden Differenz zwischen der Arbeiterpartei und den Gewerkschaften. Letztere begannen in ihrer Not, von der Sozialdemokratie nicht mehr beachtet zu werden, sich an die Sozialistische Linkspartei Norwegens als parlamentarisches Instrument zu wenden. Die Frustration wurde allgemein, als Minderheitsregierungen der Arbeiterpartei sich bei sozialen Zugeständnissen die Stimmen von der Linkspartei holten und in den harten Politikfeldern auf die Rechte zurückgriffen.

Die verheerende Wahlniederlage der Arbeiterpartei von 2001 und die Wahlerfolge der Sozialistischen Linkspartei erzeugten eine neue Situation. Während die Arbeiterpartei von 35 Prozent auf 24,3 Prozent der Wählerzustimmung sank, stieg die der Linkspartei von 6,0 auf 12,5 Prozent. Sie wurde damit zu einer starken Konkurrentin der Sozialdemokratie. Gleichzeitig orientierten sich die Gewerkschaften grundsätzlich neu. Auf der Basis einer intensiven Mitgliederdiskussion wurde ein Forderungskatalog erarbeitet, der ein Jahr vor den Wahlen von 2005 allen Parteien unterbreitet wurde. Auch soziale Bewegungen und Umweltinitiativen äußerten sich mit klaren Positionen.

50. Rüdolf Wälther: Das Dilemma der Linkspartei. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 14/2/2007, S. 28.

51. Vgl. dazu u. a.: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch. Berlin 2005; Dieter Bonis: Linkstendenzen in Lateinamerika. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 7-8/2007.

Im Resultat eines (knappen) Wahlsiegs wurde eine detaillierte Koalitionsvereinbarung zwischen der Arbeiterpartei, der Zentrums- und der Sozialistischen Linkspartei geschlossen, die die Privatisierung stoppten und zum Rückzug der Truppen aus dem Irak zur Beendigung des Engagements im Rahmen der US-Mission *Enduring Freedom* führten. Auch in vielen anderen Fragen war es ein Regierungsprogramm, das die neoliberale Politik stoppte und teilweise auch revidierte⁵². Noch ist offen, ob daraus eine langfristige Linkswende wird.

Wie Dag Seierstad feststellt: Die beiden Hauptfaktoren des Wahlerfolgs von 2005 könnten auch in anderen Ländern von Bedeutung sein: »eine Gewerkschaftsbewegung, die die Politikmaßnahmen der sozialdemokratischen Partei von links her angreift – und die Existenz einer hinreichend großen Linkspartei links von den Sozialdemokraten, die sich weitgehend mit diesen Forderungen der Gewerkschaften identifiziert«. Hinzu kam ein stabiler Konsens mit globalisierungskritischen und Umweltbewegungen.

Jenseits der Beliebigkeit von Ampel- und Jamaika-Koalitionen

In seinem Interview für das Parlament behauptet Karl-Rudolf Korte: »Die Grünen haben insofern für jeden etwas im Gepäck, weil sie in der Wahrnehmung kulturell links stehen, aber soziologisch, von den Wählern her, rechts.«⁵³ Dies würde nur dann stimmen, wenn sich die oberen gesellschaftlichen Gruppen zwangsläufig marktliberal orientieren würden. Wie im Abschnitt I gezeigt wurde, ist dies falsch. Es gibt kein einheitliches Milieu »einer normativ geleiteten neuen Mitte«, wie Peter Grafte es sieht.⁵⁴

Unterscheidet man die oberen Gruppen nach sozial-libertär eingestellten (in den Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung: »kritische Bildungseliten« und »etabliertes Bürgertum«) bzw. marktliberal und gemäßigt autoritären Milieus (»Leistungsindividualisten« und »etablierte Leistungsträger«, dann zeigt sich ganz klar, dass Grüne und Linkspartei in den oberen sozialen Gruppen eine eher sozial orientierte und CDU/CSU und FDP eine eher marktorientierte Wählerschaft haben, während die der SPD in beiden Gruppen fast gleich vertreten ist (Grafik 4). Während bei der FDP nur zwanzig Prozent der Wählerinnen und Wähler, die sie in den oberen gesellschaftlichen Gruppen haben, den kritischen Bildungseliten und dem etablierten Bürgertum mit ihren sozial-libertären Auffassungen angehören, ist es bei der CDU/CSU ein Drittel. Bei der SPD herrscht ein ausgeglichenes Verhältnis vor – es sind gerade Teile ihrer aufgestiegenen bessergestellten Wähler, die sie in Richtung marktliberaler Reformen drängen. Bei der Linkspar-

52 Vgl. zu den Details: Dag Seierstad: Die jüngsten Entwicklungen der norwegischen Linken: Herausforderungen und Perspektiven. In: Cornelia Hildebrandt, Michael Brie: Die Linke in Regierungsverantwortung. IFS papers 2006, S. 37–41.

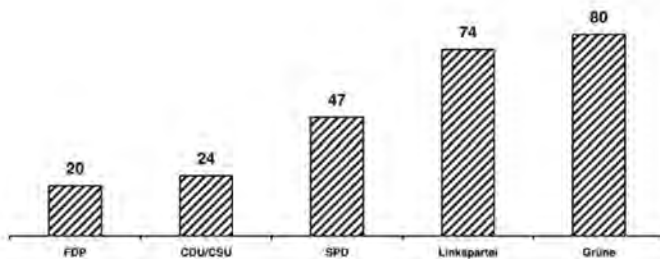
53 <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/29-30/MenschenMeinungen/16444748.html>.

54 Peter Grafte: gute Zukunftschancen für die Grünen. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 5/2006, S. 15.

tei und den Grünen dagegen ist die überwältigende Zahl ihrer gut situierten Wähler sozial und libertär eingestellt (drei Viertel bzw. vier Fünftel). Nüchtern musste deshalb der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Fritz Kuhn, feststellen, dass die Führung der Grünen sich zwar eine Ampel-Koalition zutrauen würde: »Zugleich spüre ich bei unseren Wählern und Mitgliedern eine deutliche emotionale Abwehr gegen die FDP.«⁵⁵

Grafik 4: Anteil der sozial-libertären Wählerschaft an der Gesamtwählerschaft einer Partei in den oberen gesellschaftlichen Milieus in Prozent

(Gero Neugebauer: *Politische Milieus in Deutschland*, a.a.O., S. 100)



Franz Walter kommentiert dieses strategische Problem der Grünen mit den Worten, dass »schwarz-grüne Nahtstellen« bei den Wählerinnen und Wählern »kaum auffindbar« seien: »Es ist schon fast überraschend, wie wenig sich – trotz der rasanten Verbürgerlichung der Grünen – die Anhängerschaften dieser Parteien auf der Ebene politisch-kultureller Werte angenähert haben. Die Eliten dieser Parteien mögen die früheren Ressentiments und Fremdheiten während der letzten Jahre peu à peu überwunden haben, in der Fläche ihrer Milieus haben sich die Gegensätze mit zäher Konstanz gehalten.«⁵⁶ Die Ursache dafür dürfte in der unterschiedlichen Verankerung dieser Milieus liegen. Die neoliberal orientierten Gruppen sind vor allem im privatwirtschaftlichen, die sozial-libertären Gruppen stärker im öffentlichen Sektor tätig.⁵⁷ Milieus sind eben weit mehr als bloße Stimmungen und Meinungen. Sie sind mit der sozialen Praxis der jeweiligen Gruppen eng verbunden.

Wie die Tabelle 1 zeigt, ergeben sich auf der Basis der von Gero Neugebauer publizierten Forschungsergebnisse bundespolitische Koalitionsmöglichkeiten, die sich auf je unterschiedliche Schwerpunkte in den jeweiligen Gruppen der oberen Mittelschichten, der unteren Mittelschichten und der unteren Schichten stützen

55 FAZ, 23. Juli 2007, S. 4.

56 Spiegel Online, 12. August 2007 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,49948330,0.html>).

57 Vgl. dazu: Michael Brie: Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten, in diesem Band.

können. Eine Mitte-Rechts-Koalition aus CDU/CSU und FDP ist stark überrepräsentiert bei den neoliberalen Eliten, eine Mittel-Links-Koalition dagegen bei den sozial-libertären Eliten. Erstere hat deutlich mehr Anhänger bei den »zufriedenen Aufsteigern«, letztere mehr bei der »bedrohten Arbeitnehmermitte«. Mitte-Rechts hat weniger Unterstützung bei den unteren Gruppen, vor allem bei den »abgehängten Prekarisierten«, die überproportional die Linkspartei wählen.

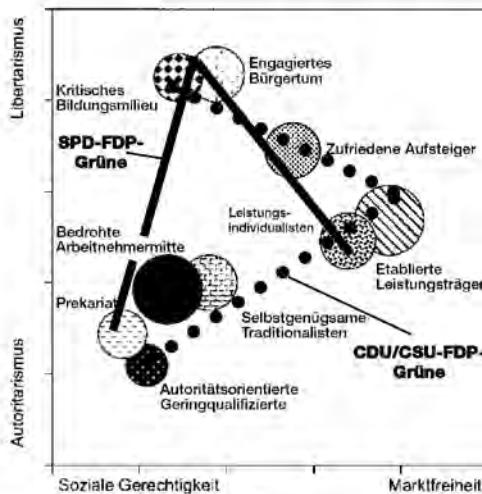
Tabelle 1: Parteipolitische Koalitionen und Milieus (auf der Grundlage von: Gero Neugebauer: Politische Milieus, a. a. O., S. 103)

Politische Milieu	CDU/CSU und FDP	SPD, Grüne und LP	Große Koalition	CDU/CSU, FDP und Grüne	SPD, Grüne und FDP
(1) Leistungsindividualisten	4,84	3,85	6,49	5,39	4,18
(2) Etablierte Leistungsträger	8,1	3,75	10,2	8,55	4,35
»neoliberale Gruppen« (1 und 2)	12,94	7,6	16,69	13,94	8,53
(3) Kritische Bildungseliten	1,17	6,39	3,97	3,69	4,86
(4) Engagiertes Bürgertum	2,9	3,5	5,7	4,5	4,8
»sozial-libertäre Gruppen« (3 und 4)	4,07	11,89	9,67	8,19	9,66
Oberes Drittel der Gesellschaft insgesamt	17,01	19,49	26,36	22,13	18,19
(5) Zufriedene Aufsteiger	6,11	4,68	8,84	6,76	4,16
(6) Bedrohte Arbeitnehmermitte	4,96	7,36	8,64	5,6	5,28
Mittleres Drittel der Gesellschaft insgesamt	11,07	12,04	17,48	12,36	9,44
(7) Selbstgenügsame Traditionalisten	4,07	3,85	6,6	4,51	3,41
(8) Autoritätsorientierte Geringqualifizierte	2,45	2,45	4,13	2,45	2,73
(9) Abgehängtes Prekariat	1,44	3,52	2,16	1,68	1,6
Unteres Drittel der Gesellschaft insgesamt	7,96	9,82	12,89	8,64	7,74
Koalitionseinstimmung in % der Wahlberechtigten	36,04	41,35	56,73	43,13	35,37

Die aus der CDU/CSU einerseits und aus der SPD andererseits immer wieder geäußerten Überlegungen, mit FDP und Grünen eine gemeinsame Koalition einzugehen, spielt die Probleme eines solchen Bündnisses für die beteiligten Parteien bewusst herunter. Eine Koalition unter Führung der CDU muss vor allem die Spannung zwischen marktliberalen Ansätzen ihrer oberen Unterstützerguppen und den sozialen Orientierungen ihrer unteren Unterstützerguppen überbrücken. Die SPD hat es immer mit dem Konflikt von libertären Ansätzen oben und autoritär ethnozentristischen Orientierungen unten zu tun. Da sich Grüne und FDP nun aber auf die sozial-libertären bzw. marktliberalen Kräfte der Oberschichten konzentrieren, käme eine weitere starke Spannung hinzu (Grafik 5). Derartige Koalitionen könnten zu einem schnellen Ende kommen, da sie es kaum vermeiden können, eines der drei Zentren in der Bevölkerung – die sozial-libertären Gruppen, die

markliberal gemäßigt autoritären Gruppen bzw. die sozial-autoritären Gruppen – zu verprellen. Solche Koalitionen sind möglich. Es sind aber mit hoher Wahrscheinlichkeit Koalitionen gegen die Trägerschichten einer der beiden beteiligten kleineren Partner – oder aber sie verfolgen wie schon mit der Agenda 2010 eine Politik gegen »die kleinen Leute« insgesamt. Aber auch diese ließ sich, wie 2005 deutlich wurde, nicht dauerhaft erhalten.

Grafik 5: Die Spannungen einer CDU/CSU-FDP-Grünen- bzw. SPD-FDP-Grünen-Koalition



Es kann gut sein, dass auch Parteien nur durch eigene Erfahrung belehrt werden. Wenn in ihrer Not die SPD jetzt die Möglichkeiten einer Koalition mit FDP und Grünen auslotet, dann wird sie im Falle eines Erfolgs der Bildung einer solchen Koalition mit großer Sicherheit bald wieder vor dem Scheitern stehen, da Unvereinbares vereinbart werden soll. Der SPD-Generalsekretär Hubertus Heil betont so in der *Snuttgarter Zeitung* vom 20. Juli 2007 einerseits die hohen Übereinstimmungen mit den Grünen und auch der FDP und fügt zugleich hinzu: »Es gibt allerdings Probleme mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Da muss man abwarten, ob die FDP in der Lage ist, sich programmatisch zu modernisieren.«⁵⁸ Es ist schon verblüffend, dass jeder Aufruf an andere, sie sollten endlich ihre Identität aufgeben, damit begründet wird, diese sei nicht »modern«. Die heutige FDP hat sehr

58 <http://www.ad-hoc-news.de/Politik-News/12577734/rss>.

gute Gründe, sich in keine Koalition mit SPD und Grünen drängen zu lassen. Die Union ist ihr natürlicher Partner und bleibt es auch. Die Grünen haben selbst auf lokaler Ebene keine allzu guten Erfahrungen bei Bündnissen mit der CDU gemacht, es waren vor allem Bündnisse gegen die SPD und nicht für eine gemeinsame Politik.⁵⁹ Sie werden sich nicht ohne völligen Verlust ihrer Identität und Lösung von ihrer Kernwählerschaft noch weiter nach rechts bewegen können.

Das strategische Dilemma der SPD – das eine kann sie nicht, das andere will sie nicht

Die jetzige große Koalition von CDU/CSU und SPD ist fragil, da sie dazu führt, dass die SPD zwangsläufig einen Teil ihrer Wählerschaft verliert – und zwar gleichzeitig bei den sozial-libertären Oberschichten wie bei den Kerngruppen der Arbeiterschaft und dem abgehängten Prekariat. Die Fortsetzung der Agenda 2010 unter CDU-Führung stärkt deren Positionen im Mitte-Rechts-Lager und schwächt die der SPD im Mitte-Links-Feld.

Die SPD steht deshalb mittelfristig vor einer schwierigen Entscheidungssituation: Eine Fortsetzung der Großen Koalition reduziert ihr Gewicht und stärkt zugleich ihren parlamentarischen Konkurrenten von links – die Linkspartei. Ein Zurück zu Rot-Grün ist schon rechnerisch kaum vorstellbar, und auch dann steht die Frage, auf welcher programmatischen Grundlage regiert werden soll. Eine Ampel-Koalition würde Partner zusammenzwingen, die wenig gemeinsam haben. Solange die SPD vor allem »Schnittmengen«⁶⁰ mit der FPD sucht, kann sie bundespolitisch gegenüber der CDU nicht gewinnen. Die Agenda 2010 und die Politik der »neuen Wertschöpfung« sind *marktzentrierte* Politiken. Sie bereiten eher liberal-konservativen Mehrheiten den Weg, als dass sie Mehrheiten unter Führung der SPD sichern. Diese Erfahrung hat die SPD zwei Mal machen müssen – unter Helmut Schmidt und unter Gerhard Schröder.

Die SPD hat zwei Mal die Regierung in der Bundesrepublik übernommen – 1969 und 1998. 1969 kam sie auf der Welle einer langfristigen Linksentwicklung an die Regierung und konnte sie bis 1982 halten. Nachdem mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in der DDR und der Vereinigung 1989/90 eine sozialökologische Wende erst einmal von der Tagesordnung verschwunden war, trat die SPD 1998 mit zwei gegensätzlichen Konzepten an – dem Konzept eines linken Richtungswechsels von Oskar Lafontaine und dem Konzept Dritter Wege oder der »neuen Mitte« von Gerhard Schröder, formuliert auf der Basis des Neoliberalismus. Als Schröder-Partei scheiterte sie.

Die CDU erneuert sich gerade als sozial sensible liberal-konservative Partei. Angesichts einer solchen Konkurrenz wird die SPD in absehbarer Zeit kaum mit

59. Stefan Grünebaum: Der konkrete Charme von Schwarz-Grün. In: Berliner Republik, Heft 8/2006, S. 11 f.

60. So Kurt Beck im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 15. Juli 2007 (<http://www.kurt-beck.de/mem/1720099/index.html>).

einer marktzentrierten Politik »sozialer Modernisierung« überzeugen können, weil sie sich auf dieser Basis eben nicht wirklich der »Modernisierungsverlierer«⁶¹ auf neue Weise annehmen kann. Gerade auch in einer von ihrer Führung gegenwärtig angestrebten Koalition mit FDP und Grünen würde sie bitter erfahren müssen, dass sie dabei noch weiter verlieren dürfte – an ihre Koalitionspartner und vor allem an die Linkspartei.

Stimmt diese Einschätzung, dann hat die SPD nur die Alternative, einen Richtungswechsel auf der Basis einer Mitte-Links-Koalition anzuführen oder sich dauerhaft in der Unterlegenheit gegenüber der CDU einzurichten. Dies würde bedeuten, sich langfristig auf einen Verdrängungswettbewerb mit der Linkspartei einzulassen, die ihr die Stellung als große linke Volkspartei in den nächsten zehn Jahren durchaus streitig machen könnte. In Mainz mag diese Botschaft noch nicht angekommen sein, in Berlin sind sich auch Sozialdemokraten dieser Möglichkeit bewusst. Aus der Friedrich-Ebert-Stiftung ist schon zu hören, dass die »soziale Allianz« gefährdet sei, »auf der die Mehrheitsfähigkeit der progressiven Parteien Europas strategisch basierte: der Allianz zwischen den Unterschichten und den unteren Mittelschichten«. Weiter heißt es: »Die linke Mitte steht angesichts dieser Situation vor der Aufgabe, ein neues, mehrheitsfähiges politisch-ideologisches Projekt zu formulieren. Dieses Projekt muss sich vom verengten Ökonomismus des ›Dritten Weges‹ befreien, ohne das strategische Terrain der gesellschaftlichen Mitte aufzugeben.«⁶²

Die SPD hätte objektiv gute Gründe, sich strategisch als Führungspartei eines Richtungswechsels zu profilieren. Wesentlich bessere zumindest als die, sich mit der CDU um das Maß sozialer Einbettung einer marktorientierten Politik zu streiten. Denn diesen Wettbewerb dürfte sie hoffnungslos verlieren. Die SPD hat schon 2005 erfahren müssen, dass sie bei der »Gestaltung der Globalisierung« zu den Konditionen des Neoliberalismus nicht gewinnen kann. Wird dann aber wirklich die Einschätzung Bestand haben, dass »sich die SPD auf lange Dauer von der Linken verabschiedet«⁶³ habe? Parteien sind Organisationen, die auf Wähler nicht verzichten können, auch die SPD nicht. Zumindest dies dürfte seinen Druck entfallen.

Noch aber hält die SPD ihren unter Schröder eingeschlagenen Kurs im Wesentlichen bei und profiliert sich als »Partei der nachhaltigen Wertschöpfung«. In ihrer Vorstellung vom »vorsorgenden Sozialstaat« setzt sie »auf die Expansion von existenzsichernder Erwerbsarbeit und die Erhöhung des individuellen kulturellen Kapitals zur Bewältigung der existenziellen Herausforderungen im modernen Kapitalismus«⁶⁴. Dies aber heißt, sich ganz auf die Mittelschichten zu konzentrieren, deren Steuerlast weiter zu senken und die Herausbildung einer auf

61 Thomas Meyer: Zwischenriff: Ein europäischer Normalfall. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Heft, Heft 6/2007, S. 42.

62 Ernst Hillebrand: Zwischen alten Rezepten und neuen Herausforderungen. A. a. O., S. 5.

63 Elmar Altvater: Erst Heuschrecken, dann Fledermäuse. In: Freitag, 20. Juli 2007, S. 1.

64 Joachim Bischoff: Die SPD im 21. Jahrhundert. Partei der nachhaltigen Wertschöpfung? In: Sozialismus, Heft 4/2007, S. 19.

Armutsniveau arbeitenden Unterklasse zu erzwingen. Es ist eine Abkehr vom Wohlfahrtsstaat und hin zu einer Politik des »Ausschlusses der Arbeiterklasse sowie der Armutsverwaltung«⁶⁵.

Bisher sind die Modifikationen der Politik der SPD taktischer Natur. Ihre Führung hat begriffen, dass eine einfache Fortsetzung der Politik von Schröder unmöglich ist, weil sie sonst jede Wählerbasis verliert: »Die SPD braucht den »gesetzlichen Mindestlohn« als *Abgrenzungsrealität* zu den Unionsparteien und als *Integrationsangebot* für Gewerkschafter in den kommenden Wahlkämpfen – nicht als Element einer neuen sozialdemokratischen Identität.«⁶⁶

Falls die SPD aber im Resultat weiterer Niederlagen erkennen würde, dass sie als Partei der Agenda 2010 keine Chance hat, dann bleibt ihr nur ein anderer Weg: In der Tradition von Willy Brandt könnte sie mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit wagen und eine Wende hin zu einer neuen Friedenspolitik einleiten. Unter dem machtvollen »Zangengriff ... zwischen einer Union, die mit Ursula von der Leyen immer mehr die Mitte erobert, und einer Linkspartei, die offensiv die linken Themen besetzt«⁶⁷ könnte sie sich zu einer linken Neuorientierung gezwungen sehen. Dies aber würde mittelfristig bedeuten: »Faktisch zwingt »Die Linke« die SPD in die Einheit der Linken – entweder in der Opposition oder eben doch in der gemeinsamen Regierung.«⁶⁸

Diesen Weg aber will ihre Führung bisher nicht gehen. Der Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD orientiert sich eindeutig: »Es bleibt dabei: So viel Markt wie möglich, so viel politische Regulierung wie nötig.«⁶⁹ Fragen der Veränderung von Macht- und Eigentumsverhältnissen werden ausgeklammert. Gegenüber den Herausforderungen des Finanzmarkt-Kapitalismus heißt es deutlich verharmlosend: »Wo die Finanzmärkte übertriebene und lediglich kurzfristige Renditen realisieren, werden langfristige Wachstumsstrategien von Unternehmen gefährdet und somit Arbeitsplätze vernichtet.«⁷⁰

Von einer Zurückdrängung der Dominanz der Finanzanleger über die Wirtschaft und damit über die Gesellschaft ist nicht die Rede. Der von der SPD vorgeschlagene Arbeitnehmerfonds würde, wie ihr Bundesgeschäftsführer es formuliert, den »Kapitalismus nutzbar machen«, ohne dabei die tatsächlichen Interessen der Mehrheit der Beschäftigten wie Arbeitslosen ernst zu nehmen und an die Zurückdrängung des Finanzmarkt-Kapitalismus heranzugehen. Kritisch bemerkt Klaus Ernst: »Wir befürworten ein solches Modell, wenn die Arbeitnehmer am Produktivvermögen beteiligt werden und gleichzeitig die Mitbestimmung erhalten, die Geschicke ihres Unternehmens mitentscheiden zu können. Nur passiert

65 Ingo Schmidt: Neue Linkspartei: Warten auf die SPD. In: Sozialismus, Heft 6/2007, S. 25.

66 Richard Detje, Otto König: Das Ende der Koalition. In: Sozialismus, Heft 7-7/2007, S. 33.

67 Albrecht von Lütke: Neue Lücke, neue Lage. Blätter für deutsche und internationale Politik. In: Heft 8/2007, S. 902.

68 Ebenda, S. 903.

69 »Bremer Entwurf«, a. a. O., S. 36.

70 Ebenda, S. 42.

das bei den jetzigen Formen nicht. Im Gegenteil. Die Arbeitnehmer sollen lustvoll mitwirken, wenn eine Firma Arbeitsplätze abbaut, um damit die Rendite zu steigern, an der sie beteiligt sind. Nur kann der Arbeitnehmer von dieser Rendite nie so leben wie normale Kapitalbesitzer.«⁷¹

Durch den Wechsel von Oskar Lafontaine zur Linkspartei ist der SPD der entscheidende Repräsentant der linken Enkel Willi Brandts verloren gegangen. Der innerparteiliche Kampf um die Strategie der SPD hat trotzdem neu begonnen. Noch sind es Vorgefechte, bei denen sich alternative Ansätze in Stellung bringen. Wenn Klaus Wowereit ein offenes Nachdenken über eine Koalition mit der Linkspartei auf Bundesebene fordert (und wer nimmt dann die Tabuisierung für das Jahr 2009 noch ernst?), dann ist dies zugleich auch eine inhaltliche Positionierung. Im Interview mit dem *Tagesspiegel* formuliert er: »Alles kommt in Bewegung. Es wäre fatal, wenn sich die SPD schon jetzt jedes Bündnis links der Mitte verbieten würde. Ich sage: Wir müssen die Prüfung auch eines solchen Bündnisses zulassen.«⁷² Und er verbindet dies mit der Aussage: »Wenn wir im Oktober in Hamburg die Programmdebatte abschließen, dann muss jeder ein sozialdemokratisches Profil der sozialen Gerechtigkeit erkennen können. Die einzig wirkungsvolle Antwort auf die Linkspartei ist ein klares Profil der SPD. Das sage ich nach fast sechs Koalitionsjahren mit dieser Partei in Berlin.«⁷³ Die Berliner SPD hat sich deshalb zum demokratischen Sozialismus bekannt, die Einführung eines Mindestlohns und öffentlichen Beschäftigungssektors gefordert, sich für die Ganztagschule und eine Gemeinschaftsschule bis zur zehnten Klasse eingesetzt und sich gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn gewandt.

Diese klaren Aussagen haben Klaus Wowereit nicht geschadet. Im Gegenteil. Er wird durch die Medien schon als Kanzlerkandidat gehandelt und landete im Juli 2007 mit 18 Prozent Zustimmung vor Kurt Beck (17 Prozent) und Klaus Steinbrück (14 Prozent) und nur wenig hinter Frank-Walter Steinmeier (21 Prozent) in der Reihe der beliebtesten Kandidaten. In Ostdeutschland sind es sogar 25 Prozent, die ihn als Kanzlerkandidat der SPD bevorzugen würden.⁷⁴ Klaus Wowereit ist mittlerweile bei neunzig Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger bekannt. Trotzdem (oder deshalb?) wurde er noch im Juli 2007 auf der Homepage der SPD unter der Liste der fünfzig (!) führenden Köpfe der Partei nicht aufgeführt. Ein Rückzug Becks von der Kanzlerkandidatur oder (gegenwärtig wahrscheinlicher) sein Scheitern im Jahre 2009 würde den Weg für eine Neupositionierung an der SPD-Spitze und damit auch für Klaus Wowereit öffnen. Dann kann er auch für Überraschungen sorgen: So überholte er seinen PDS-Koalitionspartner im Berliner Wahlkampf 2005 mit der Forderung nach einem kostenfreien Kita-Besuch, wo die Berliner PDS doch gerade wenige Jahre zuvor den Wegbruch der

71 Klaus Ernst in der Frankfurter Rundschau, 2. Juli 2007.

72 *Tagesspiegel*, 19. Juli 2007 (http://www.tagesspiegel.de/politik/Deutschland-SPD-Klaus-Wowereit;art122_2335031).

73 Ebenda.

74 <http://www.morgenpost.de/appf/newsticker2/index.php?channel=beb&module=dpa&id=13161648>.

eigenen Wählerbasis riskiert hatte, als die Kita-Gebühren (für Bezieher mittlerer und höherer Einkommen) erhöht worden waren.

»Wir haben eine klare Leitlinie: nicht mit denen im Westen«, sagte Kurt Beck dem »Stern« im Juni 2007. Nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Landesverbänden der SPD gibt es aber eine Aufweichung dieses Denkverbots. So hält die SPD-Chefin in Nordrhein-Westfalen eine Regierungskoalition mit Grünen und Linkspartei 2009 durchaus für möglich. Auch aus dem Saarland gibt es entsprechende Signale. Auf der Suche nach Mehrheiten kommt die SPD zukünftig auch im Westen immer weniger an der Linkspartei vorbei.

Die SPD hat unter dem Druck des Aufstiegs der Linkspartei und unter dem Eindruck eines sinkenden gesellschaftlichen Einflusses begonnen, eine Richtungsdiskussion zu führen. Seit 1998 hat sie bei fast allen Landtagswahlen Verluste hinnehmen müssen. Die Bundestagswahlen 2002 wurden nur knapp gewonnen, die 2005 verloren. Langsam könnte sich die Erkenntnis durchsetzen, dass die Volkspartei SPD ohne linkes Profil keine Zukunft haben wird. Auch dafür gibt es immer deutlichere Zeichen.

In der *Welt am Sonntag* vom 8. Juli distanziert sich Andrea Nahles, eine der drei designierten stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD, indirekt von der Agenda 2010, indem sie eine Agenda 2020 verlangt und keine nach hinten gerichtete Debatte führen möchte. Zugleich insistiert sie darauf, dass die SPD »linke Volkspartei« sein müsse. Die Differenzen zur Linkspartei formulierte sie so: »Der Unterschied zur Linkspartei besteht darin, dass wir die Steuerungspotenziale des Marktes für das Gemeinwohl nutzen wollen. Wir setzen nicht nur auf Verteilungspolitik, sondern auch auf die Wertschöpfungsmöglichkeiten des Marktes. Wir wollen die Leistungsbereitschaft der Menschen nicht durch ... Transferlogiken einschläfern. In der Außenpolitik weiß die SPD, dass Deutschland keine Insel ist. Die Linkspartei tut sich hingegen mit latent nationalistischen Untertönen hervor.«⁷⁵

In einem von Andrea Nahles und Detlev Albers im Frühjahr 2007 herausgegeben Band sind eine Reihe von linken Kritikern des »Bremer Entwurfs« eines neuen SPD-Grundsatzprogramms vereinigt. Zum einen wird auf eine Reihe von Erfolgen der SPD-Linken verwiesen, die bei der Formulierung des Entwurfs erreicht wurden. Die Erfolge selbst verweisen jedoch auf die Schwäche dieser Linken und den Gesamtzustand der SPD: Aufnahme einer Beschäftigungsversicherung, das Bekenntnis zu kollektiven solidarischen Sicherungssystemen, Mindestlöhnen und einem besonders geförderten »sozialen Arbeitsmarkt«. Auch auf das an einer Stelle des Entwurfs enthaltene Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus wird verwiesen.

Zugleich eint die linken SPD-Kritiker vor allem eine Einschätzung des Bremer Programmentwurfs der Partei: »Insgesamt kennzeichnet den Entwurf eine imponierende Blässe der Gegnerbeschreibung in Ökonomie und Politik. Das verleitet selbst die liberale Zeit zu dem fatalen Missverständnis (oder zu der zutreffenden

75 http://www.welt.de/politik/artikel/1006462/Kapitalist_ist_ein_Schlimpfwort.html.

Einsicht – M. B.?), das vermeintliche ›Samtpfödenprogramm‹ habe seinen ›Frieden mit dem globalen Kapitalismus gemacht‹ (Thomas E. Schmidt, in: *Die Zeit* vom 23. Januar 2007). Wir sollten alles daran setzen, bis zum Beschluss über den endgültigen Text des Programms klar zu machen, wer die globalen Akteure sind, welche Interessen sie leiten und wie nichtsdestoweniger der Anspruch realisiert werden kann, dass die Wirtschaft auch in Zeiten der Globalisierung den Menschen dient und demokratische und politische Entscheidungen Vorrang haben.«⁷⁶

In direkter Kritik am »Bremer Entwurf« für das neue Grundsatzprogramm der SPD fordert der Bundesvorsitzende der Jusos und Leiter des Grundsatz- und Planungsreferats von Klaus Wowereit, Björn Böhning, »Mut zur Kapitalismus-Kritik«: »Zwar bekennt sich der Programmentwurf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Mut zur Kapitalismus-Kritik hieße aber gleichzeitig, auch die Frage zu beantworten, wie das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit wiederhergestellt werden kann ... Ohne eine Antwort auf die Entwicklung zum Turbokapitalismus wird sozialdemokratische Managerkritik schnell unglaubwürdig. Denn es sind kapitalistische Strukturen, die global vernetzte Unternehmen so handeln lassen, wie sie handeln: Nämlich zum Nachteil der Belegschaften und ihrer Rechte... In dieser Situation allein auf die Befähigung der Menschen zu setzen, diesen Wettbewerb zu bestehen, ist zum Scheitern verurteilt.«⁷⁷

Die programmatischen Vorstellungen der SPD-Linken werden bewusst ungenau gehalten, um die Anschlussfähigkeit an die gegenwärtige Mehrheitsfraktion in der Führung nicht zu verlieren. Trotzdem gibt es Akzentsetzungen, die auf einen Richtungswechsel der SPD selbst hinzielen: Ausgegangen werden soll von zentralen Widersprüchen der Gegenwart (Hermann Scheer; Andrea Ypsilanti). Es werden Ansätze einer Gegenmachtpolitik entwickelt, die in der Lage sei, das große Kapital zu bändigen und zu einer »demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung« zu führen (Detlev Albers). Die militärische Option müsse viel strikter als bisher eingeschränkt werden (Niels Annen) und Abrüstung wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden (Rolf Nützenich).

Mit Blick auf die EU formuliert Angelica Schwall-Düren eindeutig: »Europa wird ein soziales Europa sein, oder es wird nicht sein!«⁷⁸ Dazu gehören für sie Mindeststandards und ihre Harmonisierung nach oben, Zurückdrängung des Wettbewerbsprinzips durch ein zumindest gleichberechtigtes Prinzip der Sozialen Dimension im EU-Primärrecht. Auch die Wirtschaftsdemokratie wird wieder auf die Tagesordnung gesetzt und völlig anders als im »Bremer Entwurf« der Vorschlag formuliert: »Staatliche Intervention soweit wie nötig – marktwirtschaftlicher Wettbewerb soweit wie sinnvoll – Bürokratie so wenig wie nötig.«⁷⁹ Auch dem

76 Detlev Albers, Andrea Nahles (Hg.): Linke Programmanstöße. Denkanstöße zum Hamburger Programm der SPD. Berlin 2007, S. 10.

77 Björn Böhning: Deckmantel oder Kompass? In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 6/2007, S. 50.

78 Angelica Schwall-Düren: Für ein demokratisches und soziales Europa. In: Detlev Albers, Andrea Nahles (Hg.): *Linke Programmanstöße*. A. a. O., S. 47.

79 Detlev Albers, Rolf Prügge: Wirtschaftsdemokratie gleich Prima der Politik plus Mitbestimmung. In: Ebenda, S. 65.

Weg in einen Überwachungsstaat wird eine klare Absage erteilt (Ulrich Kelber und Wolfgang Gunkel). Es werden Ansätze einer anderen Familien- und Geschlechterpolitik skizziert (Andrea Ypsilanti) und das Konzept einer Grundsicherung (Reinhold Rünker) und des Aufbaus eines »dritten Arbeitsmarkts« (Iris Gleicke) skizziert. Energie-Revolution (Marco Bülow) und Übergang zum Solarzeitalter (Hermann Scheer) werden als Teil einer umfassenden Transformation von Produktions- und Lebensweise angesprochen.

Diese Positionen aus der SPD-Programmdiskussion wurden vor allem deshalb so ausführlich referiert, weil die linken Potentiale innerhalb der SPD oft unterschätzt werden. Zudem sind sie an der Basis dieser Partei viel stärker verbreitet als in ihren jetzigen Führungsetage. Aus dem Zusammenspiel eines Scheiterns der gegenwärtigen Strategie von Kurt Beck und seinen Verbündeten mit dem Machtanspruch einer neuen Generation, von denen zumindest ein Teil durchaus Chancen für eine linke Profilierung sieht, sowie dem linken Drängen eines größeren Teils der Mitgliedschaft kann schon vor 2009 ein offener Richtungskampf innerhalb der SPD ausbrechen. Der Ausgang ist ungewiss.

Ein Signal dafür, dass dieser Richtungskampf längst begonnen wurde, ist die außerordentlich konfrontative Position von Ottmar Schreiner, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD. In einem ganzseitigen Artikel in der FAZ rechnet er in aller Schärfe mit der jetzigen Parteiführung ab: »... die Parteispitze hat in den Schröder-Jahren mit dem ursozialdemokratischen Reformismus gebrochen und sich mit Agenda 2010 und Hartz IV von einer fortschrittlichen, emanzipatorischen Reformpolitik endgültig verabschiedet. Eine kleine Clique an der Spitze der Partei wollte die reformistische Tradition der SPD als linker Volkspartei entsorgen. Es ist daher an der Zeit, diesem Irrweg entschieden entgegenzutreten. Die Entsozialdemokratisierung und Entwurzelung der SPD muss programmatisch und personell gestoppt werden.«⁸⁹

Die Grünen zwischen »grüner Marktwirtschaft« und der »sichtbaren Hand demokratischer Regulierung«

In der Rot-Grünen Bundesregierung haben die Grünen die Wirtschafts- und Sozialpolitik weitgehend der SPD überlassen. Mit der Konzentration auf Außenpolitik, Umwelt- und Verbraucherschutz hatten sie sich so eingerichtet, dass sie als Partei das Ende dieser Koalition weitgehend unbeschadet überstanden haben. Ihr historischer Anspruch, für eine zivile, demokratische, gerechte Globalisierung einzusetzen und eine umfassende sozial-ökologische Transformation der Industriegesellschaften einzuleiten, ist jedoch uneingelöst.

Nach dem Ende dieser Regierungskoalition stehen die Grünen vor der Entscheidungsfrage: Wollen sie den ökologisch-libertären Flügel einer marktzentrier-

80 Ottmar Schreiner: Gegen die Entsozialdemokratisierung der SPD. In: FAZ vom 10. September 2007, S. 11.

ten »Modernisierung« oder die ökologisch treibende Kraft eines sozialen Richtungswechsels bilden? Wie in der SPD haben auch bei den Grünen die Vertreter eines aufgeklärten Neoliberalismus die Meinungsführerschaft. Es verstärken sich aber die Gegenteilstendenzen.

Auf der Homepage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde im Juli 2007 ein neues Konzept vorgestellt, das unter Leitung von Fritz Kuhn erarbeitet wurde. Dort heißt es: »Märkte und Wettbewerb sind keine autonomen politischen Ziele. Sie sind allerdings hocheffiziente Suchverfahren für gute Lösungen unter bestimmten Rahmenbedingungen. Funktionierende Märkte mit einer hohen Wettbewerbsintensität und geringen Informationsasymmetrien zwischen VerbraucherInnen und Unternehmen können effiziente Lösungen bereitstellen, weil sie abstrakte Informationen aller Art in Preise verwandeln können.«⁸¹

Der Kern des Konzepts einer »grünen Marktwirtschaft« wird mit den folgenden Sätzen bestimmt: »Wenn wir die oben beschriebenen Herausforderungen meistern wollen, müssen wir jenseits von neoliberaler Marktvergötterung und altlinker Überschätzung staatlicher Planungs- und Steuerungsfähigkeit nach den neuen Rahmenbedingungen fragen, die funktionierende Märkte der Zukunft brauchen. Diese Rahmenbedingungen für Deutschland und für den europäischen Binnenmarkt klug zu setzen und dann eine Politik für effektiven Wettbewerb durchzusetzen, sind die wichtigsten Ansatzpunkte des Konzepts der grünen Marktwirtschaft.«⁸²

Dieser Ansatz der »grünen Marktwirtschaft« hat erstens einen klaren Adressaten: kulturelle Mittel- und Oberschichten, die sich im weiteren Sinne unternehmerisch betätigen und wollen, dass dies – vermittelt über die »unsichtbare Hand des Markts« – im Einklang mit bestimmten humanistischen Werten geschieht. Nur sie können die gewählte Sprache verstehen, nur für sie hat diese Sprache eine unmittelbar nachvollziehbare Botschaft.

Das Konzept der »grünen Marktwirtschaft« vertritt zweitens ein klares Gesellschaftsmodell: die ideale Marktwirtschaft mit der möglichst vollständigen Gleichheit und umfassenden Informiertheit der Akteure. Damit wird auch das neoliberale Menschenbild der Einzelnen als »Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge« übernommen. Es wird nur ergänzt durch die Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Märkte auch die richtigen Lösungen bereitstellen. Dies gilt auch für die soziale Frage. Der richtig eingerahmte Markt wird es richten: »Märkte produzieren sich selbst überlassen keine sozial gerechten Ergebnisse ... Der Staat muss hier für einen Rahmen sorgen, der die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich überwindet und soziale Gerechtigkeit im Sinne der verschiedenen Aspekte eines modernen Gerechtigkeitsbegriffs schafft.«⁸³

Und drittens wird auch die Gesellschaft jenseits der Märkte sehr spezifisch gedacht: »Es gibt viele Bereiche gesellschaftlicher Austauschbeziehungen, die nicht

81 Grüne Marktwirtschaft. In: <http://www.gruene-bundestag.de/cms/wirtschaft/dok/189/189534.pdf>, S. 3.

82 Ebenda, S. 4.

83 Grüne Marktwirtschaft. In: <http://www.gruene-bundestag.de/cms/wirtschaft/dok/189/189534.pdf>, S. 5.

über Märkte zu organisieren sind. Gesellschaftliche Aufgaben wie zum Beispiel Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Tätigkeiten bilden das soziale Kerngerüst einer Gesellschaft frei kooperierender Individuen. Das können Märkte nicht besser. Netzgebundene Infrastrukturen, Bildung und andere öffentliche Güter bilden erst die Voraussetzung für funktionierende Märkte.«⁸⁴

Eine solche Herangehensweise impliziert die Vorstellung, dass Bereiche, die nicht marktförmig gestaltet sind, eigentlich nur ein Notbehelf sind (da Märkte es – leider? – nicht besser können). Zudem haben sie vor allem die Funktion, die Voraussetzung für funktionierende Märkte zu schaffen. Nicht etwa die großen und heute völlig unterfinanzierten Bereiche von Bildung, Gesundheit, Pflege, der Gesamtheit personenbezogener Dienstleistungen, der mühsamen und ungeheuer aufwendigen Sorge für die durch soziale Probleme, kulturelle Ausgrenzung, Kriminalität, Suchtfolgen usw. geprägten Gruppen stehen im Mittelpunkt, sondern Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Tätigkeiten. Sie sollen das »soziale Kerngerüst« bilden für eine »Gesellschaft frei kooperierender Individuen«.

Die sozialen und kulturellen Folgen von ständiger Unsicherheit, Bedrohung, Überforderung sowie Vereinsamung und Ghettosierung überantworten die Autoren des Konzepts der »grünen Marktwirtschaft« (erstgemeint?) dem rein freiwilligen Engagement und karitativer Tätigkeit. Dabei ist völlig klar: »Die Schichten und Gruppen ..., die eine ‚Heimat in Zeiten stürmischen Wandels‘ am meisten benötigen, verfügen oft gerade nicht über das Sozialkapital und die Ressourcen, die sie zu artikulations- und durchsetzungsfähigen Aktivbürgern machen könnten.«⁸⁵

Man hat das Gefühl, dass die Verfasser dieses Konzepts in einer Enklave von gut dotierten Eliten leben, in der alles zum freien Spiel freier Individuen geworden ist. Aber selbst in dieser Enklave könnte man sich über das »Elend der Welt« informieren⁸⁶. Aus dieser selbstverschuldeten Isolation heraus ist verantwortungsvolle Gesellschaftsgestaltung unmöglich.

Das Dokument »Grüne Marktwirtschaft« ist ein typisches Erzeugnis jener Sprache, die Stephan Kaufmann »Power-Speak« nennt: »Es ist die Sprache der Macht. Sie trägt Anzug und fordert Respekt, keine Freundschaft, sie verheißt Macht und Geld ... Power-Speak erhebt seine Sprecher zu Experten und entlässt sie gleichzeitig aus der Verantwortung... Als bloß Ausführende der Welt-Maschine tragen sie keine Schuld. Ihre Aufgabe ist es nur, den Wandel voranzutreiben, weil (!) er ohnehin läuft.«⁸⁷

84. Ebenda.

85. Gerd Mielke: *Solidarische Bürgergesellschaft – neues Leitbild oder Leerformel*. In: *Berliner Republik*, Heft 3/2007, S. 65.

86. Pierre Bourdieu und andere: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz 1997. Vgl. auch: Franz Schultheis, Kristian Schulz (Hg.): *Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumittungen und Leiden im deutschen Alltag*. Konstanz 2005.

87. Stephan Kaufmann: *Der Sound des Sachzwangs*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 3/2006, S. 371.

Natürlich gibt es auch im Konzept der »grünen Marktwirtschaft« Anknüpfungspunkte für linke Politik. Aber sie bleiben randständig. Kurz nach dem Konzept der Parteiführung erschien ein Gegenkonzept »Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt« von Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Jens Kendzia, Markus Kurth, Jürgen Trittin und Barbara Unmüßig.⁸⁸ Vergleicht man die beiden Konzepte, so werden die Differenzen innerhalb der Partei deutlich. Wo die »grüne Marktwirtschaft« das Thema globaler Gerechtigkeit vor allem als »fairen Zugang zum Welthandel« thematisiert, schreibt Jürgen Trittin in einer Kurzfassung für die FAZ: »Ökologische Gerechtigkeit‘ in globaler Perspektive heißt vor allem, dass die Wachstumschancen und die Lasten der Umstellung unserer Wirtschaftsweise gerecht verteilt werden.«⁸⁹

Für die Autoren der »grünen Marktwirtschaft« stellt sich die globale Welt vor allem so da: »Im digitalen Zeitalter sind die Menschen permanent vernetzt, nehmen dadurch Wissen schneller auf und sind somit schneller im Austausch miteinander.«⁹⁰ Jürgen Trittin formuliert dagegen: »Für Kapital, Güter und wohlhabende Menschen sind heute die Grenzen verschwunden. Für Arme werden sie immer schärfer bewacht um den Preis ihres Todes durch Ertrinken in den Meeren oder Ersticken in Containern.«⁹¹

All dies ist nicht nur eine Frage der Sprache, sondern auch der politischen Richtung. Wo die einen von »der« Marktwirtschaft sprechen, sieht der andere (auch) Kapitaleigentümer, multinationale Großunternehmen am Wirken und verweist auf Interessen der Konsumenten und Kleinanleger. Wo die einen nur von Rahmenbedingungen des Marktes reden und die »altlinke Überschätzung staatlicher Planungs- und Steuerungsfähigkeit«⁹² kritisieren, fordert der andere eine »sichtbare Hand«, die »verbindliche Reduktionsziele, Verbrauchsobergrenzen, ... Umstellungsziele, politisch koordinierte Planungssicherheit ...«⁹³ setzt. Zudem insistiert Jürgen Trittin auf der Verbindung von ökologischem Umbau »mit der eher klassischen Perspektive der Verteilungsgerechtigkeit im nationalen Maßstab«⁹⁴.

Noch deutlichere Kritik an dem Konzept der Fraktionsführung um Fritz Kuhn übten die Autoren des Papiers »Solidarisch Wirtschaften. Grüne Wirtschafts-demokratie statt Grüner Marktwirtschaft«. Dem »grünen Kapitalismus« stellen sie eine »ökologisch-soziale Wirtschaftsdemokratie« gegenüber, in der Politik grundsätzlich vor Wirtschaft kommt und deren äußere Rahmenbedingungen und interne Regeln demokratisch, öffentlich-transparent und verbindlich setzt. Wirt-

88 Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt. Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Jens Kendzia, Markus Kurth, Jürgen Trittin, Barbara Unmüßig (http://www.baerbel-hoehn.de/cms/default/akt/bini/178/178852_langfassung_wirtschaftspapier.pdf).

89 Jürgen Trittin: Die sichtbare Hand. In: FAZ, 2. Juli 2007, S. 7.

90 Grüne Marktwirtschaft, a. a. O., S. 7.

91 Jürgen Trittin, a. a. O.

92 Grüne Marktwirtschaft, a. a. O., S. 5.

93 Jürgen Trittin, a. a. O.

94 Ebenda.

schaft findet in der Gesellschaft statt. Nicht der scheinbare Automatismus der »unsichtbaren Hand des Marktes« kann Leitprinzip Grüner Wirtschaftsdemokratie sein, so die Autoren, sondern vielmehr »die für jedermann/frau sicht- und demokratisch beeinflussbare Gestaltung wirtschaftlicher und sozialer Prozesse.«⁹⁵ Im Juni 2007 ist Rüdiger Sagel aus der Partei Die Grünen ausgetreten.

Der Rückblick auf die Rot-Grüne-Regierungskoalition und Aspirationen eines Teils ihrer jetzigen Führung für Schwarz-Grün sollte nicht blind machen für die Tatsache: Auch innerhalb der Partei Die Grünen gibt es (immer noch) Potentiale für einen linken Richtungswechsel. Sie sind wesentlich auch durch jenen Teil der Wählerschaft bedingt, der keinesfalls marktzentriert denkt und handelt – den »kritischen Bildungseliten«.⁹⁶ Aus einer Alibi-Funktion der Linken (Rüdiger Sagel) könnte auch wieder reale Politik werden. Die Niederlage der Parteiführung der Grünen auf dem erzwungenen Sonderparteitag im September 2007 zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ein Signal neuer Konflikte.

Seit 2006 ist der Einfluss der Parteilinken bei den Grünen, wie Jochen Weichold feststellt, wieder stärker geworden. Dies zeige sich in den Diskussionen zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, dem Grundeinkommen/der Grundsicherung und der Wirtschaftspolitik. In Fragen von Bürgerversicherung, Kernenergie, Bürgerrechten und Demokratie sowie gesetzlichem Mindestlohn gäbe es wichtige Übereinstimmungen der offiziellen Positionen der Grünen und der Linken.⁹⁷

Eine neue soziale und ökologische Politik und ein anderes wirtschaftliches Wachstum sind vereinbar

Dem Bündnis für einen sozialen Richtungswechsel steht in der Bevölkerung vor allem ein Vorurteil im Wege – eine soziale Politik sei zwar humaner, aber wirtschaftlich notorisch kontraproduktiv. Es ist den Neoliberalen gelungen, eine ihrer zentralen Thesen durchzusetzen: Spätestens im Zeitalter »der Globalisierung« würden Wirtschaft und Soziales in einem Gegensatzverhältnis zueinander stehen. Was dem einen nütze, schade dem anderen. Diese Ideologie ist zum herrschenden Zeitgeist geworden. Mehr noch: Es gilt bei sehr vielen die Überzeugung, dass Freiheit mit einem Weniger an Gerechtigkeit bezahlt werden müsse. Ein fürsorglicher Staat erscheint als Staat der Unfreiheit (Grafik 6). Menschlichkeit, so die Botschaft, geht auf Kosten von Wohlstand. Und gleichzeitig, so ist mit Besorgnis

95 Grüne Wirtschaftsdemokratie statt der »unsichtbaren Hand des Marktes« (Kritikpapier zum »AutorInnenpapier: Grüne Marktwirtschaft«) von Werner Hager, Rüdiger Sagel, Robert Zion, Hubertus Ziebel, Jürgen Klippert (18. April 2007) (http://www.sagel.info/sohd_wirtschaft_lang.pdf).

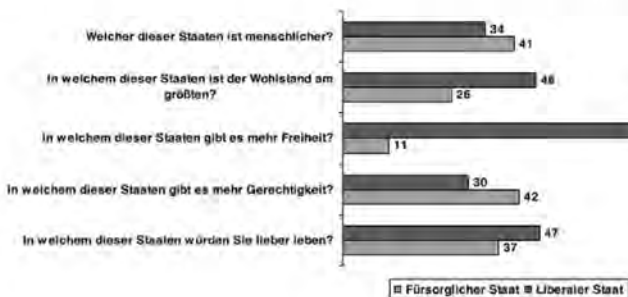
96 Vgl. zur Wählerschaft der Grünen auch den Beitrag von Dietmar Wittich in diesem Band.

97 Jochen Weichold: Quo vadis, Grüne? Sieben Thesen zur Entwicklung der Grünen, Ms. 2007, S. 9 f.

festzustellen, verliert die Freiheit dadurch, dass sie mit Marktfreiheit identifiziert wird, an Unterstützung.⁹⁸

Grafik 6: Fürsorglicher und liberaler Staat im Vergleich

Bevorzugen Sie einen fürsorglichen Staat mit viel Bürokratie und hohen Steuern, der sich dafür um seine Bürger kümmert und in die Wirtschaft eingreift, sobald es Schwierigkeiten gibt, oder einen liberalen Staat mit wenig Bürokratie und niedrigen Steuern, der sich aus der Wirtschaft heraushält und nur die notwendigsten Absicherungen für die Bürger übernimmt (in Prozent), FAZ vom 16. Mai 2007, S. 5.



Ist es aber überhaupt richtig, dass wirtschaftlicher Erfolg sozial negative Auswirkungen haben muss? Ist ein Mehr an Gerechtigkeit und Gleichheit zwangsläufig ein Weniger an Freiheit? Gibt es Sachzwänge, die große gesellschaftliche Gruppen dazu verdammten, in Armut zu leben? Sind sinkende Löhne und Steuern der Preis für Wettbewerbsfähigkeit? Wer sich wirksam für einen sozialen Richtungswechsel in der Bundesrepublik einsetzt, muss diese Annahmen widerlegen. Denn eines gilt auch heute: Mehrheiten für eine andere Politik hängen davon ab, dass diese Mehrheiten davon überzeugt sind, dass sich diese andere Politik für sie und die Gesellschaft insgesamt auch wirtschaftlich lohnt. Der Kampf um Hegemonie hat hier seinen Prüfstein.

Die These, dass Mehrheiten für einen Richtungswechsel der Politik geschaffen werden können, hat eine Voraussetzung: Ein sozialökologischer Entwicklungspfad ist überhaupt möglich. Es kennzeichnet den Zeitgeist, dass eine solche Annahme überhaupt der Begründung bedarf. Es zeigt den Stand neoliberaler Hegemonie, dass die »Lebenslügen« des Neoliberalismus (Umverteilung nach oben

98 62 Prozent würden heute der folgenden Position zustimmen: »Kürzlich sagte uns jemand: ›Ich frage mich, was das für eine Freiheit sein soll, in der Millionen arbeitslos sind, immer mehr Leute von Sozialhilfe leben müssen und die Großindustrie Rekordgewinne macht. Auf so eine Freiheit kann ich verzichten.‹ Würden Sie das auch sagen, empfinden sie das auch so, oder würden Sie das nicht sagen?« 2002 haben 53 Prozent diese Auffassung unterstützt (FAZ, 18. Juli 2007, S. 5).

schaffe Wohlstand und Wachstum, Privatisierung sei effizient, Deutschland habe zu hohe Löhne und Steuern) zu »Lebenslügen« nicht nur der konservativen Volkspartei CDU (so Jürgen Rüttgers im August 2006), sondern auch des gesamten Parteienkartells von CSU bis zu den Grünen geworden ist, von den Medien und der Mehrheit der »Think tanks« ganz zu schweigen. Wie zu zeigen sein wird, werden diese Thesen aber weder durch die Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre noch durch wissenschaftliche Zukunftsszenarien bestätigt.

Aus der Analyse der letzten Jahrzehnte wie aber auch der Zukunftsszenarios lassen sich Elemente eines Richtungswechsels begründen, der auch deshalb so entscheidend ist, weil sonst die Gefahren von Kriegen, Terror, Umweltkatastrophen, sozialer Desintegration und Zerfall der demokratischen Ordnungen sehr schnell zunehmen können. Wie ein Menetekel deuten viele Zeichen auf Entwicklungen, die jenen des ausgehenden 19. Jahrhunderts vergleichbar sind und die damals in ein Jahrhundert der Extreme (Eric Hobsbawm) mündeten.⁹⁹ Nur sind die Gewalten des 21. Jahrhunderts, die es zu bändigen gilt, ungleich größer.

Alternative Wege der letzten fünfzehn Jahre

Die Annahme, dass es unterschiedliche Entwicklungspfade geben könne, schien spätestens durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus ad acta gelegt. Modernisierung wurde wirksam mit Privatisierung, Abbau sozialstaatlicher Regulierung und Steuersenkungen für die Oberschichten verbunden. Zur simplen Annahme wurde, dass Wachstum nur auf diesem einen Wege erzeugt werden könne: Es seien allein Märkte, die in der Lage sind, Güter effizient zu verteilen. Sozialstaat fördere parasitäres Suchen nach Gütern, die durch andere teuer bereitgestellt werden. Umso mehr Vermögen in den Händen weniger konzentriert werde, die dies im Unterschied zu den unteren Schichten nicht für wachsenden Konsum ausgeben, umso mehr werde investiert. Dies schaffe dann Arbeitsplätze und daraus entstehe Wohlstand für jeden. Man könnte es auf den Nenner bringen: Mehr Kapitalismus tut gut!

Ein Rückblick auf die letzten fünfzehn Jahre zeigt, dass diese Annahmen falsch waren. Unter den entwickelten Ländern waren zwei Gruppen bezogen auf das Wachstum des Bruttosozialprodukts besonders erfolgreich – die angelsächsischen Staaten (USA und Großbritannien) einerseits und die skandinavischen Länder andererseits. Wie Cornelia Heintze in einer Vergleichsstudie feststellt: »Es gibt in Gestalt der skandinavischen Länder eine erfolgreiche Entwicklungsalternative zum neoliberal-angelsächsischen Weg, dem Deutschland nacheifert... Wo andere Länder der Herausforderung der neoliberal geprägten Globalisierung dadurch zu entsprechen versuchen, dass sie sich in einen Abwärtswettbewerb mit anderen

⁹⁹ Vgl. dazu im Detail: Michael Brie: *Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei*. In: Michael Brie (Hrsg.): *Schöne neue Demokratie*. Berlin 2007 (in Erscheinung).

Ländern bei Steuern, Staatsausgaben und wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften begeben, ist in den skandinavischen Ländern der breit ausgebaute Wohlfahrtsstaat umgekehrt die Basis einer erstaunlich ausgewogenen Entwicklung der verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme. Er schafft die Voraussetzungen und flankiert die Erschließung von Innovationspotentialen und er hält die erforderlichen Ressourcen bereit, um entstehende Ungleichgewichte zügig auszugleichen.¹⁰⁰

Schon ein erster Vergleich des Wachstums von Bruttosozialprodukt und Löhnen zwischen Großbritannien, Schweden und Deutschland zeigt, dass in der Phase des Finanzmarkt-Kapitalismus in allen Ländern die Löhne deutlich hinter der Steigerung des Bruttosozialprodukts zurückbleiben (Grafik 16). Die Erhöhung des ökonomischen Reichtums ist primär den Vermögenden zugute gekommen. In Deutschland profitierten davon fast ausschließlich die Kapitaleigentümer¹⁰¹, in Großbritannien und Schweden kam diesen das (deutlich höhere) Wachstum zu siebzig Prozent und mehr zugute.

Die starke Lohnzurückhaltung, die den deutschen Beschäftigten aufgezwungen wurde, hat sich deshalb bis 2005 nicht wachstumsfördernd ausgezahlt, da die Exporterfolge lange Zeit durch eine stagnierende oder sinkende Binnennachfrage des Staats und der privaten Haushalte konterkariert wurden. Zudem wurde ein starker Druck auf die anderen Länder der Europäischen Union in Richtung Lohnsenkung ausgeübt. Während die Lohnstückkosten in Großbritannien von 1995 bis 2005 auf fast 160 Prozent stiegen, in Italien 140 und in Frankreich 120 Prozent erreichten, sind sie in Deutschland im gleichen Zeitraum sogar leicht gefallen (Grafik 7).¹⁰² Auch jetzt geht von der Binnennachfrage nur ein zu geringer Impuls für die Volkswirtschaft aus.

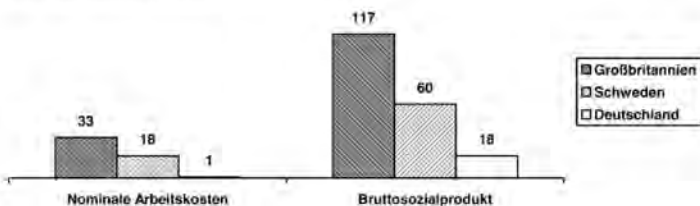
Eine hohe wie auch eine niedrige Staatsquote können gleichermaßen mit hohen Wachstumsraten einhergehen. Wenn die staatlichen Ausgaben für soziale Sicherung aber gering sind, dann liegt die Last der Vorsorge für Gesundheit, Renten usw. vor allem bei den privaten Haushalten. Dies aber zieht starke soziale Ungleichheit bei der Verteilung dieser Grundgüter des Lebens nach sich.

100 Cornelia Heintze: Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Deutschlands Reformierweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2005, S. 17.

101 Während die Löhne fast stagnierten, haben sich die Vermögen in Deutschland seit 1991 mehr als verdoppelt (<http://www.verdi-bvb.de/standpunkte/archiv/armut/>).

102 Deutsche Löhne im EU-Vergleich. Bisher systematisch überschätzt, Böcklerimpuls 11/2006, S. 5.

Grafik 7. Steigerung der nominalen Arbeitskosten und des Bruttosozialprodukts zwischen 1995 und 2005 in Prozent



Anders als oft behauptet, gibt es keinen empirischen Zusammenhang zwischen Regulierung des Arbeitsmarkts und Beschäftigung. Absenkung des Lohnniveaus der unteren Schichten ist keinesfalls eine zwingende Bedingung für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, sie kann auch – und bei höherer sozialer Gleichheit – durch ein relativ hohes Lohnniveau gerade der unteren Schichten erreicht werden. Im internationalen Vergleich nimmt Schweden gemessen am Human-Poverty-Index den ersten Platz ein. Dieser erfasst die Lebenserwartung, den Zugang zu Bildung, würdigen Lebensstandard und das Maß sozialer Inklusion. Deutschland hält noch Platz 6 und Großbritannien liegt nur auf Platz 15. Die Unterschiede sind gravierend. Die auf diese Weise gemessene Armut ist in Großbritannien doppelt so hoch wie in Schweden (Grafik 8).

Grafik 8: Human Poverty Index (Maß von Armut und Ausgrenzung)
(http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/documents/hpi_2.pdf)



Während die skandinavischen und angelsächsischen Länder gleichermaßen gute wirtschaftliche Ergebnisse erzielen, sind die sozialen und ökologischen Effekte des Modells gegensätzlich: Die skandinavischen Länder halten Arbeitslosigkeit und Armut niedrig, während die USA und Großbritannien Erfolge bei der Beschäftigung mit wachsender Armut bezahlen (Tabelle 2). Selbst die These von Eversen und Wren, dass die skandinavische Politik niedriger Arbeitslosigkeit und geringer sozialer Ungleichheit unvermeidlich mit hoher Staatsverschuldung ver-

bunden sein müsse¹⁰³, lässt sich nicht bestätigen. Solide Haushaltspolitik muss nicht zur Ausgrenzung großer sozialer Gruppen führen. Auch dies ist nichts anderes als ein neoliberaler Mythos.

Tabelle 2: Elemente des skandinavischen, angelsächsischen und deutschen Modells im Vergleich des letzten Jahrzehnts

	Skandinavisches Modell	Angelsächsisches Modell	Deutschland
Wachstum	mäßig bis hoch	hoch	niedrig bis mäßig
Arbeitslosigkeit	mäßig bis niedrig	mäßig bis niedrig	mäßig bis hoch
Armut	niedrig	hoch	wachsend
Öffentliche Beschäftigung	hoch	niedrig	mittel
Soziale Sicherungssysteme	öffentlich	privat	zunehmend gemischt

Das skandinavische Modell hat ähnlich hohe Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts und der Löhne wie Großbritannien und die USA. Gleichzeitig sichert es ein weit höheres Maß an sozialer Gleichheit, ökologischer Nachhaltigkeit, Geschlechterdemokratie, Bildung und Erziehung für alle. Es kann viel wirksamer Armut zurückdrängen, besonders auch die Kinderarmut. Die Schlussfolgerung der empirischen Analyse ist eindeutig: »Auch in Zeiten der Globalisierung schafft es der skandinavische Wohlfahrtsstaat, Armut auf sehr niedrigem Niveau zu halten. Das angelsächsische Entwicklungsmodell impliziert dagegen ein hohes Maß an ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung; die Armutsquote (nach sozialstaatlicher Umverteilung) ist deutlich bis vielfach so hoch wie in den skandinavischen Ländern.«¹⁰⁴

Die deutsche Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, dass die Versuche, eine radikale Wende hin zu einem angelsächsischen Weg durchzusetzen, nicht durchsetzbar waren. Die Abwahl der SPD, aber auch das Scheitern des Versuchs, im Jahre 2005 eine schwarz-gelbe Koalition zu bilden, zwingen den Eliten einen inkonsistenten Mittelweg auf. Vorstöße in Richtung weiterer Privatisierung, Absenkung der Löhne und Renten, Förderung des Standortwettbewerbs sind nicht mehrheitsfähig und werden deshalb immer wieder konterkariert. So addieren sich die Schwächen angelsächsischer Entwicklung (wachsende Armut und Spaltung der Gesellschaft) mit allgemeiner Verunsicherung, die dazu führen, die Stärken dieses Entwicklungspfad nicht freisetzen zu können.

103 Torben Iversen, Anne Wren: Equality, employment and Budgetary restraint. The Trilemma of Service Economy. In: World Politics, Juli 1998 (50. Jg.), S. 507-546.

104 Cornelia Heintze: Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. A. a. O., S. 89.

Schon die Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre zeigte: Freiheit und Gleichheit, Innovation und geringe soziale Spaltung, Partizipation am gesellschaftlichen Arbeitsleben und eine maßvolle Gleichheit der Einkommen, wirtschaftliches Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit, Effizienz und ausgebauten öffentlichen Dienstleistungen stehen keinesfalls zwangsläufig in einem antagonistischen Verhältnis zueinander. Tatsache ist: Sie *können* in ein relatives positives Gleichgewicht gebracht werden. Neben dem angelsächsischen Weg gibt es auch den skandinavischen. Die Machtverhältnisse und die Kultur eines Landes, einer Region, die Hegemonie, entscheiden darüber. Aktive Politik anstelle bloßer Marktregulation *kann* Freiheit und Gleichheit auch in ein positives Verhältnis zueinander setzen. So begrenzt diese Differenzen unter den Bedingungen einer neoliberalen Globalisierung und des Finanzmarkt-Kapitalismus auch sein mögen, für die Betroffenen sind sie außerordentlich relevant.

Zukunft gibt es nur im Plural – alternative europäische Szenarien

Erhellend ist aber nicht nur der Blick zurück, sondern auch der Blick nach vorn. In den letzten fünfzehn Jahren wurden verschiedene Szenarien für die Entwicklung in der Europäischen Union erarbeitet.¹⁰⁵ Szenarien haben die Funktion nachzuweisen, dass die Zukunft offen, aber nicht beliebig ist. Man kann wählen, aber – anders als bei einem Bankett – nicht völlig willkürlich. Entscheidungen müssen relativ konsistent sein, ansonsten blockieren sich die Stärken und addieren sich die Schwächen. Man erhält dann alle Übel, ohne von den Vorteilen des einen oder des anderen Modells zu profitieren. Im Folgenden sollen zwei solcher Szenariensätze näher betrachtet werden.

Erstes Szenario: Zwischen Öffentlichem und Privatem, Kooperation und Abgrenzung

Dieses Szenario für die Europäische Union wurde 2003 vom Zentralen Planbüro der Niederlande erstellt. Es differenziert entlang von zwei Kriterien – dem Maß internationaler Kooperation bzw. des Beharrens auf nationaler Souveränität und der Verteilung zwischen öffentlichen und privaten Verantwortlichkeiten. Ausgehend davon werden vier mögliche Varianten skizziert: (1) ein starkes Europa, (2) ein Europa regionaler Gemeinschaften, (3) offene europäische Gesellschaften in einer offenen globalen Wirtschaft und (4) ein Europa als Teil eines gemeinsamen transatlantischen Markts mit den USA (Grafik 9).

105 Ruid de Mooij, Paul Tang: Four Futures of Europe, Centraal Planbureau (o. J.), S. 403 f.

Grafik 9: Vier Varianten nach Mooji und Tang (2004)¹⁰⁶



(1) Das Szenario *Starkes Europa* geht davon aus, dass die Reformen des Sozial- und Wohlfahrtsstaats darauf zielen, soziale Kohäsion zu erhalten und zu stärken, dass die europäische Integration vorangeht, die Erweiterung erfolgreich war und in Richtung Ost und Süd weitere Schritte der Kooperation vollzogen werden. Global agiert die Europäische Union in diesem Szenario mit dem Ziel einer Verstärkung solidarischer globaler Kooperation und spricht hier mit einer Stimme. Steuerdumping und eine innereuropäische Konkurrenz durch Absenkung der sozialen und ökologischen Standards werden verhindert und eine Spirale wird in Gang gesetzt, die diese Standards schrittweise erhöht.¹⁰⁷

(2) Das Szenario *Regionale Gemeinschaften* nimmt an, dass auf die Probleme durch eine relative Schließung und die Herausbildung von kleineren regionalen Gemeinschaften innerhalb der EU reagiert wird, z. B. zwischen den reichen Staaten eines Kerneuropas. Um Krisen auszuweichen, wird weltweit eine Reihe von Handelsblöcken geschaffen und die internationale Kooperation bleibt niedrig. Die Harmonisierung innerhalb der regionalen Gemeinschaften wird in einer Weise vorgenommen, die eine Anpassung an neue Gegebenheiten eher blockiert. Es wird versucht, Probleme von Migration durch Schließung und die der Ökologie durch Alleingänge zu lösen. Die Standortkonkurrenz verschiedener regionaler Gemeinschaften untereinander dominiert.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 177.

¹⁰⁷ »The European Union develops a framework in which policy competition between member states can take place. For instance, countries agree upon a minimum rate of corporation taxation and countries develop indicators on social targets which effectively operate as a floor for policy competition.« Ebenda, S. 179.

(3) Das Szenario *Globale Ökonomie* basiert auf der Annahme, dass die Versuche, marktförmige Lösungen für die neuen Probleme zu finden, dominieren. Die Europäische Union konzentriert sich auf ein stabiles Regelwerk für funktionsfähige Märkte und Sicherheit. Die Ungleichheit wächst. Die Europäische Union entwickelt sich dementsprechend vor allem als Freihandelszone, während die internationale Kooperation auf Gebieten, die über den Handel und die Freiheit der Märkte hinausgehen, schwach bleibt. Modell einer solchen Entwicklung sind die USA.

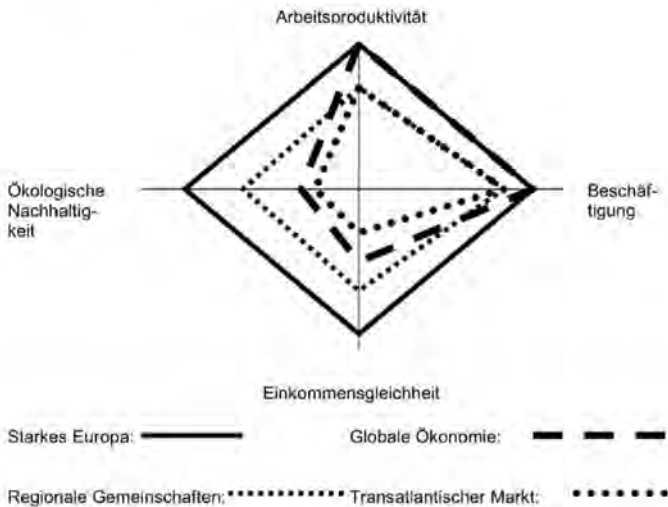
(4) Das Szenario *Transatlantischer Markt* geht von einer Schwächung der Institutionen der Europäischen Union aus. Der Ausweg wird in einer starken Kooperation mit den USA und der Schaffung eines gemeinsamen Marktes zwischen Europäischer Union und NAFTA sowie Lateinamerika gesucht. Die Nationalstaaten werden einem starken Wettbewerb untereinander ausgesetzt.

Die Autoren dieser Szenarien gehen – entgegen eigenen vorherigen Darstellungen – davon aus, dass Liberalisierung und Privatisierung ein höheres Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Beschäftigung nach sich ziehen. Dabei zeigen die oben dargestellten empirischen Vergleiche, dass auch auf diesen Feldern ein »skandinavischer Weg« durchaus ähnliche Ergebnisse erzielt, auf vielen anderen aber weit überlegen ist. Die Autoren wählen vier Dimensionen, um mögliche Erfolge der genannten Varianten zu vergleichen: Arbeitsproduktivität, Beschäftigung, Einkommensgleichheit und ökologische Nachhaltigkeit. Korrigiert man das Modell der Autoren um diese Variablen, so ließe sich folgende Hypothese aufstellen: Variante 1 ist allen anderen Varianten in mindestens zwei Dimensionen überlegen. Und die Varianten 1 und 2 sind den Varianten 3 und 4 entlang von ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gleichheit überlegen (Grafik 10).

Wenn dies richtig ist, dann ist die von der Bundeskanzlerin Angela Merkel immer wieder vorgeschlagene Schaffung eines transatlantischen Marktes die schlechteste aller hier skizzierten Lösungen. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch geht es um die Alternative zwischen einem ökologischen Wohlfahrtsstaat oder »einem Klassenstaat in der »modernen« Art der neofeudalistischen Zwei-Drittel- oder Drei-Fünftel-Gesellschaft mit integriertem und ausgegrenztem Teil der Gesellschaft«¹⁰⁸. Aber auch die Alternative einer kerneuropäischen Zusammenarbeit ist langfristig einer starken und einheitlichen EU unterlegen.

108) Karl-Georg Zinn: Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa, Forum Neue Politik der Arbeit, 26. September 2003 (<http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de/docs/npa2-zinn.pdf>).

Grafik 10: Der Vergleich der Varianten bezogen auf die Dimensionen Arbeitsproduktivität, Beschäftigung, Nachhaltigkeit und Einkommensgleichheit



Zweites Szenariomodell: Zwischen GRASG – BAMBU – SEDG

Innerhalb der Europäischen Union gibt es einen Kampf zwischen drei strategischen Orientierungen der sozialökonomischen Politik – einer wachstumsorientierten Strategie (GRASG: Growth Applied Strategy Scenario), einer Politik problembewusster Kontinuität (BAMBU – Business-As-Might-Be-Usual) und der sozialökologischen Transformation (SEDG - Sustainable European Development Goal) (Tabelle 3). Dabei ist zu beachten, dass eine radikale Wachstumsorientierung und der Versuch, ohne Umsteuern die Probleme zu bewältigen, zu Schocks, zu Katastrophen führen werden – sei es dramatischer Klimaveränderungen, der Ausbreitung von tödlichen Epidemien, eine extreme Verknappung von Öl, Wasser usw. usf., verbunden mit der Akkumulation militärischer Konflikte.

Tabella 3: *Alternative europäische Gesellschaftsstrategien*¹⁰⁰

GRASG	Leitlinien	Instrumente	Folgen
wachstumsorientierte Strategie	Privatisierung, internationale Wettbewerbsfähigkeit, schlanker Staat, Renationalisierung der Politik	Deregulierung, Freihandel, Wachstum, Globalisierung, Umweltpolitik, nachsorgende Umweltpolitik	starke Tendenzen sozialer Desintegration und Polarisierung, hohe internationale Instabilität und Militarisierung, schnell wachsende Umwelteffahren und Ressourcenkonflikte, extensive Arbeitsgesellschaft und Konsumismus, Standortwettbewerb mit degradierenden Folgen
BAMBU <i>Politik problembewusster Kontinuität</i>	Umsetzung der schon beschlossenen Regelungen der EU	Deregulierung und Privatisierung bis auf wenige ausgewählte Bereiche, Freihandel auch in Dienstleistungen, bessere Politik-Koordination, Umweltpolitik als Herausforderung, Förderung effizienter Technologien, Steuersenkungen	abgeschwächte soziale Desintegration und starke soziale Spannungen bei Aufrechterhaltung minimaler sozialer Sicherheit, wachsende Instabilität und Militarisierung, partielle staatliche Eingriffe zur Abmilderung von Folgen, wachsende Umweltgefahren und Ressourcenkonflikte, Arbeitsgesellschaft und moderater Konsumismus.

SEDG

sozio-ökologische
Transformation

Durchsetzung der Nachhaltigkeit sozialer
Entwicklung durch eine integrierte Sozial-,
Umwelt- und Wirtschaftspolitik;
Kombination informierender, wirtschaftlicher
und administrativer (command-and-control)
Instrumente

wettbewerbsfähige Wirtschaft,
sozialer Zusammenhalt
und Sicherheit, gesunde Umwelt
als Einheit, Entwicklungs-
kooperation, bindende demokratische
Strategien, Ausbau des öffentlichen
Sektors und der öffentlichen Regulierung,
Partizipation von Stakeholders
und Bürgern an Entscheidungen

Stärkung sozialer Integration
und des sozialen Ausgleichts,
Sicherheit durch gemeinsame
Entwicklung und friedliche
Konfliktlösung, wachsende
Geschlechtergleichheit,
Reorientierung auf eine
Kultursellschaft, Gleichgewicht
von Erwerbsarbeit und anderen
Formen von Arbeit und Freizeit;
hohe Bedeutung eines immateri-
alen Konsums und langlebiger
Konsumgüter

(10) Joachim Spangenberg: ALARM – SE. Scenario narrative document. Version 4.2., 11. Januar 2006, S. 18 ff. (http://antalya.unib.es/~c.combertals/activities/doc_activi-tats_2006/Seminar_JoachimSpangenberg.pdf); Friedrich Hinterberger: Presentation «On the use and feasibility of prospective exercises (scenarios, modeling, backca-sting,...) in the case of long-term planning for sustainable development» in Brussels at the seminar on «Prospective participatory planning initiatives for long-term plan-ning in SD», organized by the Université libre de Bruxelles, 7. Dezember 2006 (http://www.sert.at/index.php?option=com_content&task=search_result&search_mode=phrase&search_phrase=A_HRC&Itemid=39); siehe auch: Deliberation: Support tool Biodiversity Europe. Scenarios of environmental risks (<http://kerlamr.c65d.uva.fr/?q=book/print/19>).

Entgegen allen Annahmen des Neoliberalismus unterscheiden sich diese verschiedenen Szenarien *nicht* mit Blick auf das Maß von gesellschaftlicher und technologischer Innovation und auch nicht durch gravierend unterschiedliche Wachstumsraten, sondern primär in der Ausrichtung derselben. Die Autoren des MOSUS-Projekts (Modelling Opportunities And Limits For Restructuring Europe Towards Sustainability) stellen fest: «Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der EU25 erhöht sich auf ein Bruttosozialprodukt je Einwohner im Jahre 2020, das um vier Prozent höher ist im Szenario starker Nachhaltigkeit im Vergleich zum Basisszenario (des Weiter-So – M. B.).»¹¹⁰ Auch Zukunftsforscher kommen also zu dem Schluss, dass Wachstum und Innovation in einem *positiven Verhältnis* zu sozialer Integration und ökologischer Nachhaltigkeit stehen *können* und angesichts der Erderwärmung und der Erschöpfung der fossilen Brennstoffe auch *müssen*.

Extensive, ressourcenfressende Technologien werden in den nächsten Jahren entwertet und mit ihnen die Unternehmen, die sie präferieren.¹¹¹ Wie der Bericht des früheren Chefökonom der Weltbank Nicolas Stern zur Ökonomie des Klimawandels zeigt, werden die Kosten dieses Wandels, wenn er nicht zumindest stark gebremst wird, in den nächsten zwei Jahrhunderten zwischen fünf und zwanzig Prozent des Bruttosozialprodukts liegen.¹¹² Um die heutige Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre zu stabilisieren, sind jährlich ein Prozent des globalen Bruttosozialprodukts (rd. 400 Mrd. Dollar) notwendig – bei einem gegenwärtigen globalen Wachstum von über fünf Prozent jährlich und globalen Rüstungsausgaben von 1200 Mrd. Dollar oder drei Prozent des globalen Bruttosozialprodukts ist dies nicht sehr hoch. In einer Situation, in der ressourcenintensives Wachstum immer direkter und kurzfristiger soziale Kosten erzeugt, die die Wachstumsgewinne aufessen, wird die Überlegenheit nachhaltiger Entwicklung immer offensichtlicher – selbst für den kurzen Zeithorizont alles Politischen!

110 Stefan Göljow, Friedrich Hinterberger, Andrzej Kassenberg, Ewa Āwierkula: MOSUS Policy recommendations. MOSUS Work Package 6, Wien, 21.4.2006, S. 16 (<http://www.mosus.net/documents-reports.html>)

111 »Sarkastisch könnte man sagen: Die deutsche Automobilindustrie arbeitet am Drei-Liter-Auto, nur leider nicht mit drei Liter Kraftstoffverbrauch, sondern mit drei Liter Hubraum im Flotendurchschnitt. Wenn sich die deutsche Automobilindustrie nicht bald etwas einfallen lässt, wird sie in zehn Jahren nicht mehr wirklich marktfähig sein.« Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, FAZ, 2. März 2007, S. 37.

112 Stern Review: the Economics of Climate Change, S. VI ff. (http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/stern_review_report.cfm).

Reclaim the Public! Konturen eines neuen historischen Projekts

*»Stell dir vor, es ist von Reichtum die Rede – und die es hören, denken an Bildung und Kultur.
Stell dir vor, der Reichtum wächst und niemand wird ärmer dabei.
Stell dir vor, der Reichtum wächst und mit ihm Gerechtigkeit rund um die Erde.
Stell dir vor, der Reichtum wächst und mit ihm die Freiheit für jede und jeden.
Dieter Klein¹¹³*

»Historisch progressiv«, so Wolfgang Fritz Haug im *Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus* mit Verweis auf Antonio Gramsci, »ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ›Produktivität«, d.h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ›die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert« und so die glaubhafte Erwartung individueller ›Lebensperspektiven‹ speist.¹¹⁴

Welche Projekte können die Gesellschaft vorantreiben, ihren existentiellen Erfordernissen nachkommen und vor allem neue produktive Tätigkeitsbereiche erschließen und so die individuellen Lebensperspektiven vor allem jener Gruppen erweitern, die einen solchen Richtungswechsel eventuell stützen würden? Die existentielle Bedeutung dieser Projekte dürfte kaum in Frage stehen, sind sie aber auch produktiv? Schaffen sie mehr Freiheit, Selbstbestimmung, Bedingungen individuelle Kreativität und lebendiger Gemeinschaftlichkeit? Lässt sich auf ihnen eine Kräfteformation gründen, die zu umgestaltendem Handeln fähig ist und auch starke Konflikte auszuhalten vermag, oder ist die Realität tatsächlich »immun gegen alle Versuche, unser Zusammenleben menschlicher zu gestalten«¹¹⁵?

Gibt es die Möglichkeit, den Neoliberalismus und Finanzmarkt-Kapitalismus durch »gegen-hegemoniale Praxen« herauszufordern, »die versuchen, die bestehende Ordnung zu zergliedern, um eine andere Form der Hegemonie zu etablieren«¹¹⁶? Wenn es richtig ist, dass der »Gesellschaftshumus, auf dem die neue Linke gedeihen kann, die durch kein glaubwürdiges ›informationsgesellschaftliches

113 Dieter Klein: *Millardäre – Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des ansehswollen Reichtums*. Berlin 2006, S. 233.

114 HKWM, Bd. 6/1, S. 14 f.

115 Zygmunt Baumann: *Leben in der Flüchtigen Moderne*. Frankfurt am Main 2007, S. 109.

116 Chantal Mouffe im Gespräch mit Elke Wagner. In: Heinrich Geiselberger: *Und jetzt? A. u. O.*, S. 109.

oder Globalisierungsversprechen mehr gezügelte epidemische Abstiegsangst und die zunehmende Sorge über die beschleunigten zivilgesellschaftlichen Desintegrationsprozesse¹¹⁷ ist – worin bestehen dann die positiven Antworten?

Wie kann der allgemeinen Unsicherheit begegnet werden, die für fast alle Bürgerinnen und Bürger dadurch entstanden ist, dass soziale Gruppen geschaffen wurden, denen der Zugang zu den Grundgütern eines würdigen Lebens versperrt ist? Wie kann die »politische Ökonomie der Ungewissheit« (Zygmunt Baumann) überwunden werden, die aus Deregulierung der Wirtschaft entstanden ist und ein-greifendes Handeln so schwer macht?¹¹⁸

Worin könnten Projekte bestehen, die das breitere soziale Unten und die unteren Mittelschichten der bedrohten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Angestellten mit jenen Gruppen verbindet, die als »etabliertes Bürgertum« und »kritische Bildungseliten« bezeichnet werden? Welche Beziehung haben sie zu einer »solaren Revolution« und dem solidarischen Einsatz für globale soziale Rechte? Und wie sichert all dies den Übergang vom neoliberalen Autoritarismus, der Deregulierung und Privatisierung als »Sachzwänge« vorantreibt, zu ernsthafter Demokratisierung und breiter Partizipation?

Wer sich dem Unterschichten-Problem, der Frage von Subproletariern der Gegenwart ernsthaft stellen will, muss zugleich die Machtausübung, die Sozial- und die Wirtschaftspolitik verändern. Lutz Brangsch schreibt dazu: »Wir werden zunehmend mit einer Desintegration der Gesellschaft auf der einen und Tendenzen wachsender Repression auf der anderen Seite konfrontiert sein. Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenführung von Forderungen nach Demokratisierung als politischem, nach der Durchsetzung armutsfester sozialer Sicherungssysteme als sozialpolitischem und aktiver Beschäftigungs- und Strukturpolitik als wirtschaftspolitischem Eckwert notwendig. Ein entwickeltes Netz öffentlicher Leistungen, die diskriminierungs- und repressionsfrei angeboten werden (Bildung, Kultur, ÖPNV...), ist ein entscheidendes Moment einer derartigen Gegenstrategie.«¹¹⁹

Wenn dies stimmt, dann könnte das wichtigste gemeinsame Projekt einer sozialökologischen Transformation die Erneuerung der öffentlichen Sektoren sein. Dazu würden der Ausbau einer demokratischen Gemeinwirtschaft, die Gestaltung von Bildung, Kultur, Gesundheitsvorsorge und Pflege als Kernaufgaben lebendiger Gemeinwesen und Rückgrat selbstbestimmter Gestaltung des individuellen und partnerschaftlichen Lebens gehören. Sie stellen das eigentliche »Kerngerüst« eines Lebens in Freiheit dar.¹²⁰

117 Ingar Solty: Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei. A. a. O., S. 341.

118 »Heute, in der Ära eines triumphierenden Kapitalismus ... darf man sagen, der Rest der menschlichen Gesellschaft kann nur dann von seinem Angstmilieu, von der sie umgebenden Furcht und Ohnmacht befreit werden, wenn ihr ärmster Teil aus seiner Not befreit wird.« Zygmunt Baumann: Die Krise der Politik, Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit. Hamburg 2000, S. 251.

119 Lutz Brangsch: Perspektiven des Sozialen – Strategische Fragen. Von der Produktion der »Unterschicht« in Deutschland – Warum gerade jetzt diese Diskussion? RLS, Dezember 2006 (<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=4613>).

Reclaim the Public! – »Eignet Euch das öffentliche Gemeinwesen wieder an! – so könnte die gemeinsame Losung der vielfältigen Kräfte für den sozialökologischen Richtungswechsel lauten. Dabei würde sich zeigen, dass dies zugleich die Grundlage einer innovativen und dynamischen Wirtschaftsentwicklung ist, die die Gesellschaft integriert und Natur bewahrt.

Für eine neue Gemeinschaftlichkeit

Der Neoliberalismus hat die Entstehung eines Kapitalismus legitimiert, für den alle gesellschaftlichen Zusammenhänge und alle Formen menschlichen Lebens nur dann ein Recht auf Dasein haben, wenn sie der Verwertung dienen. Es muss sich »rechnen«. Ob Bildung oder Kultur, ob Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens oder das Zeitregime, alles und jedes wird daran gemessen, inwieweit es den Standort stärkt, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert, marktkonform ist. Es ist ein Disziplinierungsregime entstanden, das in jede Pore des Alltags eingedrungen ist. Seine Maxime ist: Mach Dich verwertbar!

Der Neoliberalismus konnte sich nicht zuletzt deshalb durchsetzen, weil er den Übergang »von der Gemeinschaft zur Gesellschaft« vollendet hat. Dies zeigt sich an der weitgehenden Auflösung der traditionellen Familienbeziehungen. Es spiegelt sich wider in einer Situation, in der Schulen, Betriebe als positive Integrationsinstanzen geschwächt sind oder diese Funktion ganz verloren haben. Es wird sichtbar im Verschwinden vieler Orte erlebter Gemeinschaftlichkeit in den Kommunen, der Politik, der Kultur. Indem die Menschen sich aus den Fesseln dieser oft autoritären und patriarchalen Institutionen befreien, machen sie Platz – einerseits für »freie Märkte« und andererseits für »freie« Formen, sich neu zu verbinden. Es waren die Märkte, die sich durchsetzten.

Im Gefolge des neuen Kapitalismus ist ein Marktindividualismus (Alan Fox) entstanden. Individuen sind gefordert, die sich selbst als »nicht-soziale Wesen«¹²¹ definieren und Beziehungen nur noch instrumentell eingehen. Alles steht unter dem Vorbehalt der Nützlichkeit. Folge ist eine Spaltung der Gesellschaft »in diejenigen, die Individualismus und Unabhängigkeit miteinander vereinbaren können, weil ihre soziale Stellung gesichert ist, und jene, die ihre Individualität als ein Kreuz tragen, weil sie für einen Mangel an Bindungen und das Fehlen von Absicherungen steht«¹²².

Schon Erich Fromm hatte die Ambivalenzen dieses Übergangs für den modernen Menschen aufgezeigt: »Die Freiheit hat ihm zwar Unabhängigkeit und Rationalität ermöglicht, aber sie hat ihn isoliert und dabei ängstlich und ohnmächtig gemacht. Diese Isolierung kann der Mensch nicht ertragen, und er sieht sich dabei

120 Eine der wenigen deutschsprachigen Gesamtanalysen des Öffentlichen wird gegeben in: Stephan A. Jansen, Birger P. Priddat, Nico Siehr (Hrsg.): Die Zukunft des Öffentlichen. Multidisziplinäre Perspektiven für eine Öffnung der Diskussion über das Öffentliche. Wiesbaden 2007.

121 L. Dumont, zitiert in: Robert Castel: Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz 2000, S. 403.

122 Robert Castel, ebenda, S. 412.

vor die Alternative gestellt, entweder der Last seiner Freiheit zu entfliehen und sich aufs neue in Abhängigkeit und Unterwerfung zu begeben oder voranzuschreiten zur vollen Verwirklichung seiner positiven Freiheit, die sich auf die Einzigartigkeit und Individualität des Menschen gründet.«¹²³

Welche positive Perspektive eröffnet sich, wenn man diese »Gesellschaft der Individuen« (Robert Castel) von unten denkt? Wenn man die Interessen jener ins Zentrum rückt, die ihre Individualität als bedrohliche Verunsicherung, Beziehungslosigkeit, Ausgrenzung, ständige Abwertung und soziale wie kulturelle Armut erfahren? Was ihnen fehlt, ist *positive Sicherheit*. Und woran mangelt es jenen, die – reich an sozialem, kulturellen und wirtschaftlichen Ressourcen – ihre berufliche und private Flexibilität zu managen verstehen, um sich behaupten zu können? Sie sind mit der *Sinnlosigkeit* konfrontiert, die in einer Existenz liegt, die nicht solidarisch über sich selbst hinausweist.

Woher soll die Kraft für die überlebensnotwendige Revolution in unserem Verhältnis zur Natur kommen? Wo können sich die Fähigkeiten bilden, sich erfolgreich dem Zerfall unserer Gesellschaften entgegenzustemmen? Was kann die so unterschiedlichen Gruppen in diesem Land verbinden, wenn das nackte Interesse des Überlebens in einer Marktgesellschaft sie auseinandertreibt?

Zähmung der parasitärsten Auswüchse und Stabilisierung sozialer Sicherheit

Eine Erneuerung des Gemeinwesens könnte bei einem ganz einfachen Punkt anfangen, nämlich dort, wo es darum geht, die schlimmsten Auswüchse des herrschenden Marktradikalismus einzuschränken. Wenn gewinnbringende Unternehmen oder Unternehmensteile nur deshalb geschlossen werden, weil sie mit Renditen von fünfzehn oder sogar fünfundzwanzig Prozent nicht mithalten, dann muss dies verhindert werden. Dazu gehören Belegschaftsabstimmungen bei drohenden Betriebsschließungen genauso wie die Abschaffung der durch die Schröder-Fischer-Regierung eingeführte Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne bei Unternehmen, das Verbot von Sonderdividenden und sonstiger Kapitalentnahme durch Investoren von Fonds und Beteiligungsgesellschaften wie aber auch die Beschränkung von spekulativer Kreditfinanzierung bei Unternehmensfusionen oder Übernahmen.¹²⁴

Der Neoliberalismus hat die Finanzwirtschaft von den Fesseln befreit, die ihr nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelegt wurden. Hier ist zugleich aber auch die Achillesferse dieses neuen Kapitalismus. Wie Aglietta und Rebérioux betonen: »Die Finanzwirtschaft ist der Hebel, um der Arbeitsgesellschaft zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen. Die Gesellschaft muss sich die Kontrolle über die Verwendung des Sparkapitals aneignen, das die neoliberale Finanzdoktrin unter dem Deckmantel des Shareholder-Value auf Abwege brachte. Aber diese Kontrolle

¹²³ Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit. München 2000, S. 7.

¹²⁴ Joachim Bischoff: Zähmt die Heuschrecken. In: Sozialismus, Heft 3/2007, S. 23.

kann nur wirksam sein, wenn das Unternehmen zu einer Institution wird, die durch ein definiertes kollektives Interesse geleitet und von Initiativen der demokratischen Beteiligung unterstützt wird.«¹²⁵

Die parasitäre Entfaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus basiert wesentlich auch darauf, dass systematisch Unsicherheit für jede und jeden geschaffen wurde. Deswegen sind die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung und die Garantie armutsfester Renten Ecksteine einer Überwindung der jetzigen gesellschaftlichen Krise. Freiheit braucht Sicherheit, sonst ist sie nichts anderes als verdeckte oder offene Nötigung.

Für eine neue Vollbeschäftigung

Die Erneuerung der öffentlichen Dienstleistungen, der Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung, die Veränderung des Unternehmenssektors, der sozial-ökologische Umbau, eine gerechte Verteilung von Arbeit sind die Bedingungen, Erwerbsarbeit für alle möglich zu machen.¹²⁶ Dieses Projekt, so die Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative, »wird Menschen das bieten, was sie wollen und brauchen – nicht irgendeine Arbeit, sondern gute Arbeit; also sichere Arbeitsplätze, Einkommen für ein Leben ohne existentielle Sorgen, Schutz der Gesundheit, Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Unternehmen sowie Arbeit mit Sinn, Entfaltungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen«¹²⁷.

Eine solche Politik verlangt aber eine Veränderung der Wirtschaftspolitik, die Konzentration auf beschäftigungswirksame Wachstumsfelder, Arbeitszeitverkürzung und gerechte Umverteilung von Arbeit, den Aufbau einer solidarischen Ökonomie von unten und den Ausbau und die Erneuerung des öffentlichen Dienstes und öffentlich geförderter Beschäftigung.¹²⁸

Für die Erneuerung des öffentlichen Sektors

Immer wieder wird von einer Dienstleistungsgesellschaft gesprochen. Diese kann sich als Dienstbotengesellschaft herausbilden, in der immer mehr Leistungen durch eine gut verdienende und steuerlich entlastete Mittelklasse privat bezahlt werden. Sie kann sich aber auch durch die Expansion eines öffentlich finanzierten Sektors entwickeln, der diese Leistungen gemeinschaftlich für alle bereitstellt. Letzteres würde auch bedeuten, den Charakter dieser Leistungen zu verändern und die Mitwirkung der Betroffenen zu erhöhen.

125 Michael Aglietta, Antoine Reberiouc: Vom Finanzmarkt-Kapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie. Sozialismus-Supplement 3/2005, S. 35.

126 Die »Vollbeschäftigung« des fordistischen Zeitalters basierte auf der Spaltung zwischen männlicher Erwerbstätigkeit und Hausfrauenarbeit.

127 Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative: Soziale Ungerechtigkeiten als Herausforderung für Gewerkschaften und Kirche.

128 Vgl. dazu das umfassende Projekt in: Dieter Klein: Zukunft statt „Reformen“: Arbeit für alle. Ein realistisches Konzept. Berlin 2004.

Heute wären damit sehr konkrete einzelne Projekte verbunden. Zunächst die Verwandlung der Kindertagesstätten und Schulen aus Aufbewahrungs- und bloßen Lehreinrichtungen und der Zurichtung von heranwachsenden marktfähigen Unternehmern ihrer Arbeitskraft in Orte von Individualitätentwicklung und gelebter Solidarität.¹²⁹ Dies wären Schulen, die Spiel und Arbeit, das offene Gespräch und das konkrete Projekt verknüpfen, die nicht mehr das Lernen für das spätere Leben in den Vordergrund stellen, sondern vor allem selbst sinnvolle Lebensorte im Hier und Jetzt darstellen. Kooperation und Solidarität, die Hilfe anderer Kinder und Jugendlicher und die solidarische Verantwortung füreinander wären viel wichtiger als bisher. Schulen müssten zum Vorbild werden für eine Gesellschaft, in der wir leben wollen. Jetzt werden immer mehr Schulen zu der Schreckensvision jener Gesellschaft, vor der wir uns fürchten müssen.

Eine solche grundlegende Veränderung des Bildungswesens verlangt die Einbettung der Kindertagesstätten und Schulen in lebendige Kommunen. Die Kommunalisierung von Energieversorgung, von Wasser und Abwasser, die Schaffung einer Infrastruktur kurzer Wege, das notwendige Zusammenleben von immer mehr Älteren mit immer weniger Jüngeren, die Schaffung von städtischen Räumen der Sicherheit und Angstfreiheit – dies alles drängt dazu, das kommunale Leben neu zu organisieren: vom Nebeneinander zum Miteinander. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, der ergänzend zum privaten wie staatlichen Bereich gleichwertige Arbeitsverhältnisse bietet, hat hier seinen vornehmlichen Ort. Aus der »Arbeitsbeschaffungsmaßnahme« als Entsorgung Überflüssiger würde so Anerkennung und solidarische Leistung. Gerade auch für Ältere in einer älter werdenden Gesellschaft könnte dieser Non-Profit-Sektor, systematische und dauerhafte öffentliche Förderung vorausgesetzt, ein Bereich sein, der ihre besonderen Fähigkeiten, Erfahrungen und Motivationen nutzt und ihnen Verwirklichungsmöglichkeiten gibt.¹³⁰

Soziale Dienstleistungen und eine hohe Beschäftigungsquote (gezielt auch von Frauen) sind die Grundlage eines modernen Sozialstaats. Kindergrundsicherung, der Übergang von monetären Transfers zur kostenlosen Leistungen vor allem für Kinder und Jugendliche, aber auch im Kulturbereich insgesamt, die Förderung der realen Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft und eine höhere Selbstbestimmung bei der Verfügung über Zeit sind wichtige Elemente einer Erneuerung des Sozialen.¹³¹

Wenn wir nicht in einem Nebeneinander von Slums und den Ghettos der wohlhabenden Mittelklassen landen wollen, dann gibt es Grund, den privaten Luxus

129 Vgl. dazu: Armin Bernhard: Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung und ihr gesellschaftlicher Preis. In: Utopie kreativ, Heft 197 (März 2007), S. 202-211.

130 Eckhard Priller: Dienstleistungen und die Älteren. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 9/2006, S. 38-41.

131 Caren Lay: Abschied vom »Ernährermodell«. Zur Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik der Neuen Linken. In: Utopie kreativ, Heft 193 (November 2006), S. 1011-1014.

der Wenigen durch den öffentlichen Luxus der Vielen abzulösen. Die Armut in dieser Gesellschaft des Überflusses ist durch die Privatisierung dieses Überflusses bedingt. Wo Schwimmbäder Eintritt verlangen müssen, wo Bibliotheken keine Bücher mehr kaufen können, nicht mehr in den Wohnvierteln präsent sind und dann noch Gebühren verlangen, um nicht völlig zu verkommen, wo Kulturhäuser und Jugendklubs fehlen oder keine Betreuerinnen und Betreuer mehr haben, wird die Gesellschaft gespalten. Die Konsequenzen sind fatal: »Die Einschränkung öffentlicher, d.h. für alle Menschen gleichermaßen zugänglicher Räume (materieller wie geistiger), entfremdet von der Gesellschaft, entzieht der Solidarität die Grundlage des gemeinsamen Erlebens sozialer Unterschiede, Ungleichheiten und Ungechtigkeiten und verschiebt damit zwangsläufig das Verhältnis zur Ausgestaltung sozialer Sicherung.«¹³² Dort, wo die öffentlichen Unternehmen privatisiert werden und der Staat sich aus der Bereitstellung öffentlicher Dienste der Daseinsvorsorge zurückzieht, ist der Weg in die soziale Apartheid vorprogrammiert.¹³³

Wie Mike Davis formuliert: »Letzten Endes ist die Stadt unsere Arche Noah, in der wir das Umweltchaos des kommenden Jahrhunderts vielleicht überleben können. Wirklich urbane Städte sind die umweltfreundlichste Art, mit der Natur zu koexistieren, über die wir verfügen, weil sie öffentlichen Luxus an die Stelle privater oder innerfamiliärer Konsumption setzen können. Ihnen kann die Quadratur des Kreises gelingen - die Verbindung zwischen einem nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und einem anständigen Lebensstandard. Schließlich wird sich Ihre Bibliothek, wie groß sie auch sein mag, nie mit der New York Public Library messen können, und Ihr Swimmingpool, sei er noch so luxuriös, niemals mit einem großen öffentlichen Schwimmbad ...«¹³⁴

Aber auch die privaten Unternehmen werden sich ändern müssen. Die brutale Unterordnung unter den Shareholder-Value verletzt ihren Status als Einrichtungen, an denen auch ein öffentliches Interesse besteht - von Seiten der Belegschaften, der Kommunen, der Kunden. *Reclaim the Public* heißt auch (Wieder-)Aneignung der Betriebe. Einerseits erwarten sie Flexibilität, Kompetenz und Motivation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, andererseits stellen sie die Voraussetzungen dafür immer weniger bereit - lebenslange Weiterbildung, soziale Einrichtungen, Beteiligung an den Betriebsentscheidungen. Dies verlangt aber auch wieder mehr Einfluss auf die Kapitalkontrolle - schon deshalb, damit die Kurzfristigkeit heutiger Finanzinvestoren gebremst wird. Mitbestimmung ist tatsächlich kein Relikt.¹³⁵

132 Lutz Brangsch: Grundsicherung: Ein vergessenes PDS-Konzept. In: Utopie kreativ, Heft 187 (Mai 2006), S. 422.

133 Birgit Mahnkopf: Globalisierung, Armut und Gewalt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2006, S. 819.

134 Mike Davis: Planet der Slums. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2006, S. 816.

135 Jürgen Kocka: Die Zukunft der Mitbestimmung. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 6/2006, S. 61.

Die ökologische Wende

Die Erneuerung des Gemeinwesens kann auch ausgehend von der notwendigen Revolution des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur gestellt werden. Eine Verringerung des Einsatzes von fossilen Energieträgern um drei Viertel oder des Einsatzes von Primärrohstoffen um neun Zehntel ist nicht durch die technizistische Vervollkommnung der heutigen Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise möglich. Gemeinschaftlichkeit der Nutzung, Langlebigkeit, Regionalisierung und Kommunalisierung von Produktion und Verbrauch, Dezentralisierung bei gleichzeitiger globaler kommunikativer Vernetzung gewinnen an Bedeutung.

Gäbe es einen freien Wettbewerb darum, welche Unternehmensformen und welche Standorte den ökologischen Erfordernissen am Besten angepasst wären, würden viele Giganten der Gegenwart genauso erbarmungslos aussterben wie die Saurier vor 65 Millionen Jahren. Dafür würde das Angebot von ökoefizienten Dienstleistungen, die Bereitstellung von Service und Funktion vor Ort und für den konkreten Zweck und auf begrenzte Zeit prämiert werden.¹³⁶ Egalitäre Naturnutzung, Regionalisierung, Durchsetzung des Konsens- und Suffizienzprinzips sind mit dem Finanzmarkt-Kapitalismus unvereinbar und zugleich unverzichtbare Bedingungen einer solidarischen Nachhaltigkeit.¹³⁷ Aber immer noch ist die ökologische Agenda nicht »umfassend mit den Fragen der sozialen Gerechtigkeit«¹³⁸ verbunden.

Die Rückkehr der Eigentumsfrage¹³⁹

Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die Eigentumsordnung der Bundesrepublik grundlegend verändert. Er hat die direkte und strikte Kontrolle der Vermögensbesitzer, vertreten zumeist durch Finanzfonds, über die Unternehmen durchgesetzt und den Staat radikaler als jemals zuvor seit 1945 den Interessen dieser Eigentümer untergeordnet.

In den programmatischen Eckpunkten der Linkspartei heißt es: »In der Bundesrepublik verlangt das Grundgesetz, über Gesetze und Regeln sicherzustellen, dass das Eigentum dem Gemeinwohl dient. Die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes geben die Möglichkeit, der Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht zu politischer Macht entgegenzuwirken. Demzufolge können Schlüsselbereiche der Wirtschaft in Gemeineigentum überführt werden. DIE LINKE erarbeitet konkrete Vorschläge, wie bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge zum Wohle der Allgemeinheit in öffentliche Eigentumsformen überführt werden müssen, um mehr demokratische Kontrolle und Gestaltung zu

136 Klaus Dräger: Sozial oder marktradikal? Die Zukunft der Dienstleistungen im Europäischen Binnenmarkt. In: Sozialismus, Heft 1/2006, S. 9.

137 Ulrich Schuchtschneider: Soziale Nachhaltigkeit als konkrete Utopie. In: Utopie kreativ, Heft 196 (Februar 2007), S. 138.

138 Anthony Giddens: Warum die Ökologie kein grünes Thema mehr ist. In: Berliner Republik, Heft 3/2006, S. 6.

139 Vgl. dazu den Beitrag von Dieter Klein in diesem Buch.

ermöglichen. DIE LINKE sieht im Vorhandensein unterschiedlicher Eigentumsformen eine Grundlage für eine effiziente und demokratische Wirtschaft anstatt den weiteren Weg der Privatisierung und Monopolisierung zu beschreiten.¹⁴⁰ Vor allem wird auf die demokratische und gesellschaftliche Kontrolle der Rüstungsindustrie, die Kommunalisierung einer dezentral zu entwickelnden Energiewirtschaft und gesellschaftliche Verantwortung für jene Wirtschaftsbereiche verwiesen, »die auf Netze angewiesen sind und die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen«. Das gelte »beispielsweise für die Bahn, für die Strom-, Gas- und Wasserversorgung und den Telekommunikationsbereich«¹⁴¹. Die Bildung von privaten Monopolen und privater Machtkonzentration soll staatlich verhindert werden.

Die Forderungen gehen aber darüber hinaus und betreffen Felder, die bei der Linken nicht unbedingt mit Eigentumsfragen verbunden werden. Der Finanzmarkt-Kapitalismus kann nur überwunden werden, wenn die immer schnellere Akkumulation von Geldkapital und Vermögenstiteln zurückgedrängt wird. Ersparnisse müssen in produktive Investitionen überführt werden, Unternehmen ihre Selbständigkeit gegenüber den Kapitalgesellschaften bewahren können.¹⁴² Öffentliche Versicherungssysteme, ein öffentliches Banksystem mit starken Vorgaben für die Ausreichung von Krediten und eine Unternehmensreform, die sie als öffentliche Einrichtungen stärken, die vor allem jenen dienen, die in diese Betriebe mehr als nur Geld hineingesteckt haben – nämlich Arbeit, Lebenszeit, Zukunft.

Vielleicht ist es aber auch an der Zeit, die ungeheuren sozialen und ökologischen Herausforderungen mit einer fundamentalen Idee Saint-Simons zu verbinden – mit der Vergesellschaftung des Kredits bzw. mit der öffentlichen Verfügung über den Kredit als gemeinschaftlicher Fonds, um den Unternehmen in einen innovations- und effizienzorientierten Wettbewerb treten¹⁴³. Und es könnte der Punkt kommen, wo sich Keynes' Vermutung als unabweisbare Notwendigkeit zeigt: »Ich denke mir, ... dass eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muss, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird.«¹⁴⁴ Die öffentliche Kontrolle über Investitionen und die Zinsentwicklung ist die Bedingung für die Überwindung des Finanzmarkt-Kapitalismus.

¹⁴⁰ Programmatisches Gründungsdokument der Partei Die Linke (http://die-linke.de/partei/dokumente/programmatische_eckpunkte/_gemeinsam_fuer_eine_andere_politik/).

¹⁴¹ Oskar Lafontaine: Freiheit durch Sozialismus. In: FAZ vom 9. Juli 2007, S. 5.

¹⁴² Christoph Lieber: Politischer Quantensprung? Was ist neu an der neuen Linken. In: Sozialismus, Heft 3/2007, S. 39.

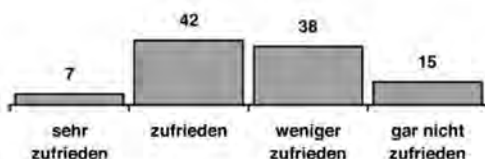
¹⁴³ Die saint-simonistische Lehre. In: Joachim Hoppner, Waltraud Seidel-Hoppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Bd. II: Texte. Leipzig 1975, S. 161 f.

¹⁴⁴ John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1955 (zit. in: Rudolf Hickel: Keynes ist tot – Es lebe die Keynesische Theorie. In: Sozialismus, Heft 7-8/2006, S. 47).

Partizipative Demokratie

Die Demokratie hat ihren guten Ruf verloren, weil sie ganz offensichtlich nicht in der Lage ist, eine Politik gegen Mehrheitsinteressen zu verhindern (Grafik 11). Der alte Gesellschaftsvertrag wurde von oben aufgekündigt. Er hatte wachsenden Wohlstand für alle gegen die Duldung einer vom Volk weitgehend unbehelligten Elitenherrschaft beinhaltet. In dem Maße, wie die Interessen großer Bevölkerungsgruppen den Interessen der oberen Klassen und der Durchsetzung einer marktradikalen Ordnung geopfert werden, steht zwangsläufig die Demokratie auf dem Spiel. Ohne sozialen Gehalt wird ihre politische Form fragwürdig. Deswegen war die Verallgemeinerung des Wahlrechts auch an den Aufstieg der Sozial- und Wohlfahrtsstaaten gebunden. Deswegen stellten Deregulierung und Liberalisierung auch Demokratiabbau dar: »Damit hat sich der Staat freiwillig seiner eigenen wirtschaftlichen Machtinstrumente entledigt und dem Markt überlassen... Nahezu jede Privatisierung bedeutet auch die Preisgabe politischen Einflusses und gesellschaftlicher Gestaltung.«¹⁴⁵

Grafik 11: Zufriedenheit mit der Demokratie (ARD-DeutschlandTREND, November 2006)



Politischer Richtungswechsel setzt die Demokratiefrage in doppelter Weise auf die Tagesordnung. Erstens der Form nach: Direkte Partizipation wird immer wichtiger.¹⁴⁶ Die Bereitschaft zur Delegation sinkt und die Forderung wächst, über plebiszitäre Elemente, über die Erhöhung von Transparenz, Beteiligung und die Verstärkung von Einspruchsrechten Einfluss von unten her zu gewinnen. Zwar hat sich ein breites Netzwerk von NGOs herausgebildet, doch sind die Möglichkeiten gerade der unteren gesellschaftlichen Gruppen immer noch gering. Es fehlen dafür zumeist die institutionellen und sozialen sowie kulturellen Voraussetzungen. Und es mangelt an öffentlichen Räumen der Partizipation.

Zweitens steht die Demokratiefrage in Bezug auf die Reichweite der Demokratie: in Gestalt der Wirtschaftsdemokratie¹⁴⁷, der partizipativen Haushaltspolitik,

145 Gregor Gysi: Ende der Geschichte? Über die Chancen eines modernen Sozialismus. In: Utopie kreativ, Heft 198 (April 2007), S. 316.

146 Vgl. dazu das Projekt Partizipation der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter Leitung von Lotz Brangsch (<http://www.brangsch.de/partizipation/>).

147 Joachim Bischoff, Heinz J. Bontrup, Alex Demirovic, Jörg Huffschmid, Julia Müller, Michael Schumann: Wirt-

der Demokratisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherungssysteme. Die Krise des Neoliberalismus kann progressiv nur durch eine neue Welle der Demokratisierung bearbeitet werden.

Wie in Lateinamerika so wird sich auch in Europa und Deutschland zeigen: »Die Rekonstruktion der politischen Demokratie wird nicht nur von ökonomischen Basisprozessen und einer neuen Politik des sozialen Ausgleichs abhängen, sondern auch von der Wiedererrichtung eines öffentlichen Raumes und staatlicher Kompetenzen/Regeln, die die (ökonomisch und politisch) Mächtigen besser zu kontrollieren vermögen.«¹⁴⁸

Ein neuer Produktivitätspakt und eine neue Wachstumskonstellation

Die Revolution der Informations- und Kommunikationsmittel hat eine neue technologische Produktionsweise hervorgebracht. Aus der Globalisierung der Märkte wird die Globalisierung der Fertigung und auch vieler Dienstleistungen. Informationsarbeit rückt in das strategische Zentrum und breitet sich aus. Netzwerkförmige Kooperation wird zu einer entscheidenden Produktivitätsressource.

Der Finanzmarkt-Kapitalismus versucht, diese Produktivitätspotentiale durch die Verschärfung der klassischen Formen von Ausbeutung freizusetzen: Die Kapitalmanager werden der unmittelbaren Ausrichtung am Aktienwert der Unternehmen unterworfen – auf Kosten der langfristigen investiven Entwicklung des Anlage- und »Human«-Kapitals. Bis hinein in jede Arbeitsgruppe wird der Marktdruck weitergegeben und so die Intensität der Arbeit erhöht und die Arbeitszeit ausgeweitet. Global und bis hinein in jede Region und jeden Betrieb werden die arbeitenden Klassen gespalten in die »Leistungsträger« und die »working poor«. Letztere werden aus Lohnarbeitern wieder zu Tagelöhnern – Zeitarbeitskräfte, geringfügig Beschäftigte, Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen oder in ungeschützten Verträgen, Leiharbeiter, Beschäftigte in 1-Euro-Jobs, Scheinselbstständige. Die Staaten und Regionen werden in einen Standortwettbewerb gezwungen, der gerade die Schwächeren unter ihnen zu Sozial- und Umweltdumping treibt. Dadurch werden die Reproduktion und Integration dieser Gesellschaften untergraben. Der Freisetzung von Produktivität steht die Vernichtung von Produktivität gegenüber.

Nur zwei einfache Beispiele. Ende Juli 2007 steckte ein Forstarbeiter auf der kanarischen Insel Gran Canaria den Wald an, so wird berichtet, weil er hoffte, dass so sein Dreimonatsvertrag durch die anfallenden Arbeiten verlängert werden würde.¹⁴⁹ Ein Jahrhundert Schaden entstand. Das hat sich nun wirklich nicht »ge-

schaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus. Hamburg 2006; Heinz J. Bontrup: Wirtschafts-demokratie statt Shareholder-Kapitalismus. In: Utopie kreativ, Heft 186 (April 2006), S. 299-310; Alex Demirovic: Demokratie in der Wirtschaft. Münster 2007; Stefan Sjöberg, Collective Capital Formation as a Strategy for Economic Democracy – The cases of Germany and Sweden (http://www.resalox.de/cms/fileadmin/rfs_uploads/pdfs/Themen/lefparies/pdfs/Sjoberg_Vermoeigen_e.pdf).

148 Dieter Boris: Linkstendenzen in Lateinamerika. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2007, S. 37.

149 <http://www.rp-online.de/public/article/aktuelles/panorama/ausland/463195>.

rechnet«. Und in dem deutschen Bundesstaat Hessen, regiert durch Roland Koch, steigt im Sommer die Arbeitslosigkeit auch deshalb, weil Lehrer mit befristeten Halbjahresverträgen angestellt werden. Welche Würde können sie gegenüber den Schülerinnen und Schülern ausstrahlen? Über welche Souveränität im Umgang mit diesen können sie verfügen? Welche Geduld, welche Mühe, welches langfristiges psychologisches Verständnis für die Kinder und Jugendlichen kann von ihnen erwartet werden?

Ein alternativer »Produktivitäts-Pakt«, der die Potentiale der neuen technologischen Produktionsweise umfassend freisetzt, bedarf »einer erweiterten gesellschaftlichen Regulierung und eines Eingriffs gegenüber dem prinzipiell maßlosen Verwertungsdrang des Kapitals ..., d. h. es bedarf einer Relativierung gerade dieses kapitalistischen Charakters der Produktionsverhältnisse«¹⁵⁰. Dazu gehören nach Stephan Krüger die oben schon dargestellten Veränderungen in der Eigentümerstruktur, die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Lohnarbeiter und eine Erneuerung der öffentlichen und Non-Profit-Sektoren.

Die gegenwärtig gute Konjunktur in Deutschland wird erstmalig seit langem auch zu einem beträchtlichen Teil von einer wachsenden Binnennachfrage getragen. Dies kann ein guter Ausgangspunkt sein, um offensiv das Thema der Umverteilung als Bedingung einer neuen Wachstumskonstellation auf die Tagesordnung zu stellen – durch das Anheben der Löhne und insbesondere der unteren Einkommen (einschließlich der Einführung eines Mindestlohns), durch den Ausbau des öffentlichen Sektors, durch eine sozialökologische und regionale Strukturpolitik, die auf eine langfristige Umstellung der Produktions-, Infrastruktur- und Konsumtionsbedingungen zielt.

Eine soziale und friedensorientierte Wende in der Europäischen Union

Die europäischen herrschenden Klassen haben mit dem Projekt des »einheitlichen europäischen Binnenmarkts« seit den achtziger Jahren vor allem die negative Integration Europas vorangetrieben: »An die Stelle der »positiven« Integration durch Gestaltung gemeinsamer Rahmenbedingungen für die Konkurrenz trat somit die »negative Integration« durch Beseitigung aller Marktschranken ohne weitere Vergemeinschaftung. Aus Leistungswettbewerb wurde Standortwettbewerb.«¹⁵¹ Und dieser führt zu einer Unterbietungskonkurrenz der Länder und Regionen gegeneinander durch Senkung der sozialen und ökologischen Standards. Sie resultiert in der Unterordnung der Politik unter die entfesselte Wirtschaft. Ohne europäische Gerechtigkeitspolitik kann auch ihre Wirtschafts- und Innovationspolitik nicht erfolgreich sein.¹⁵²

150 Stephan Krüger: Anforderungen an gewerkschaftliche Betriebspolitik. Einordnung in aktuelle Entwicklungstendenzen der Kapitalkumulation. In: Sozialismus, Heft 1/2007, S. 29.

151 Jörg Hoffschmid: Die neoliberalen Deformationen Europas. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2007, S. 310.

152 Anthony Giddens: Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells. In: Berliner Republik, Heft 1/2006, S. 24.

Die Veränderung der europäischen Politik ist eine Bedingung für einen Richtungswechsel in Deutschland. Wie Gabi Zimmer formuliert: »Die EU-europäische Integration muss also von links aus politisch (mit)gestaltet werden.«¹⁵³ Der Kampf um eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Rahmensetzung für höhere soziale und ökologische Standards ist dringend erforderlich. Dazu gehört vor allem eine Sozialunion, die zum einen Mindeststandards festlegt und zum anderen – in Abhängigkeit vom jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklungsstand – einen Korridor sozialer Standards fixiert, der nach unten nicht unterschritten werden darf und bei ökonomischen Fortschritten nach oben angehoben werden muss.¹⁵⁴ Es geht um eine »EU-weite Wirtschaftspolitik die ein Gegengewicht zur Macht des Kapitals schafft und nachhaltiges Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten fördert sowie eine europaweite Regional- und Strukturpolitik EZB demokratisch legitimiert.«¹⁵⁵

Eine friedensorientierte Politik der EU, die sich von der militärischen Logik verabschiedet und Europas Stärke als Zivilmacht zur Geltung bringt, ist die Kehrseite und zugleich die Bedingung einer sozialen Wende. Mohssen Massarat nennt in diesem Zusammenhang ein alternatives Irakkonzept, ein friedenspolitisches Gesamtkonzept für den Nahen und Mittleren Osten als Raum gemeinsamer Sicherheit und Entwicklung sowie die Stärkung der OSZE sowie der Übergang zu einer Weltwirtschaftsordnung, basierend auf regenerativen Energien und solidarischer Kooperation.¹⁵⁶

Radikale Realpolitik

Die Krise des Neoliberalismus erzeugt eine Situation größter Unsicherheit. Auf der einen Seite wurde durch Teile der herrschenden Klassen ein Zyklus von Entzivilisierung, Entdemokratisierung und Barbarisierung ausgelöst. Weder Krieg noch Folter sind tabuisiert. Imperiale Macht wird als »öffentliches Gut« legitimiert. Der entfesselte Kapitalismus wird von der Entfesselung der staatlichen und außerstaatlichen Gewalt begleitet und befördert sie. Elemente totalitärer Herrschaft bilden sich in immer schnellerem Maße heraus. Nichts kann mehr als garantiert gelten.

153 Gabi Zimmer: *Wortüber streiten wir! Über Inhalte, Wege und Politikstile, um linker Politik zu nachhaltigem Gewinn an Wirksamkeit zu verhelfen!* (http://www.gabi-zimmer.de/aktuell_8.php).

154 André Brie: *Die erneuerte deutsche Linke wird europäisch oder nicht sein. Ein soziales Europa oder kein Europa. Das ist die Frage, das ist die Antwort* (http://www.andrebrie.de/pds/dok/2007/20070216_Thesen_Europa_rs.pdf, S. 9).

155 *Stellungnahme des Forums Soziales Europa. Europäisches Netzwerk von GewerkschafterInnen »Auf dem Weg zu einem neuen europäischen Sozialmodell«* (<http://www.wissentransfer.info/wissen>).

156 David Harvey, Mohssen Massarat: *Globalisierung und neuer Imperialismus. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2004, S. 30 ff.*

Die Aushöhlung und Destabilisierung der vorhandenen Institutionen, Einstellungen und Verhaltensweisen führt zu einer latenten Chaotisierung. Die »Aus-schläge« gegenüber der früheren »Normalität« nehmen zu. Die Gefahren enormer Rückschritte wachsen. Zugleich entstehen aber auch Chancen, verändernd einzugreifen, neue Bündnisse zu bilden, die heutigen Eigentums- und Machtstrukturen auch praktisch in Frage zu stellen und eine andere Politik einzuleiten. Noch hat die Linke zumindest in Europa nicht wirklich begriffen, dass sie eine neue Verantwortung hat und ihr neue Aufgaben zuwachsen. Was die neoliberale Elite schon lange weiß: In Zeiten der Unsicherheit ist auch das vorher Denkmögliche möglich – oft auf völlig unerwartete und überraschende Weise.

Die Voraussetzungen für einen gesellschaftspolitischen Richtungswechsel können geschaffen werden. Dazu bedarf es vieler Akteure. Die Partei DIE LINKE ist nur einer davon – jedoch ein wichtiger. Wie aber ist die Linkspartei selbst darauf vorbereitet, zu einem Richtungswechsel erfolgreich beizutragen? Dies muss sich erst noch zeigen. Wird sie es lernen, erfolgreich gegen den Wind zu segeln und ihren Kurs selbstbewusst zu bestimmen und zu halten – zielend auf den dringend notwendigen Richtungswechsel der Gesellschaftspolitik in Deutschland und Europa?¹⁵⁷

Dazu bedarf es der Kunst radikaler Realpolitik. Diese Verbindung von Radikalität und Realismus knüpft an jene Suche nach einer neuen Politik an, wie sie Rosa Luxemburg im ausgehenden 19. Jahrhundert begann, um den Gegensatz zwischen heute und hier wirkenden Reformismus und dem Warten auf die Revolution zu überwinden. Sie nannte sie eine »im vollsten Sinne beider Worte *revolutionäre Realpolitik*«¹⁵⁸.

Eine solche radikale Realpolitik ist eine Praxis der Veränderung der Umstände und der Selbstveränderung. Ihr Ausgangspunkt könnte eine radikale Kritik sein, die aufzeigt, dass die Überwindung der Grundprobleme der gegenwärtigen Welt, von Elend, Unterdrückung und Krieg, nicht ohne die schrittweise Überwindung der Kapitaldominanz über unsere Gesellschaften und unser Leben möglich ist. Bei jedem Protest, bei jeder Forderung, bei jeder Verhandlung geht es immer um Macht und Eigentum, genau deshalb sind sie so schwierig. Wenn wir verdrängen oder vergessen, dass wir eine grundsätzliche Transformation der Gesellschaft anstreben, haben wir verloren, bevor wir begonnen haben. Wenn wir aber nicht dertart weltvergessen sind, dann können wir auch eine *revolutionäre* Politik begründen, die auf die Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse zielt, eine radikale Politik, die an die Wurzel unserer Existenzweise geht. Es ist eine Politik der Transformation.

157 Die Klarheit über die Richtung ist die Voraussetzung für jede konkrete Strategiebildung. Vgl. dazu: Joachim Raschke, Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politikologischen Konzept. In: Frank Nullmeier, Thomas Saretzki: *Jenseits des Regierungsaltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien*. Frankfurt und New York: Campus Verlag 2002, S. 216 f.

158 Rosa Luxemburg: *Karl Marx. Werke*, Bd. 1.2, S. 373.

Radikale Kritik ist nicht ohne radikale Selbstkritik möglich. Wie Frigga Haug bezogen nicht nur auf die Arbeiterbewegung feststellt, bedeutet solche Politik für die Unterdrückten, dass sie »zugleich gegen sie gemacht werden muss, dass also ein Kampf um die Köpfe und Gefühle ebenso Bestandteil von revolutionärer Realpolitik sein muss«¹⁵⁹ – vor allem auch um unsere eigenen Köpfe und Gefühle. Wir brauchen deshalb zweitens eine *Politik der Befreiung und Selbstbefreiung*, der Überwindung der eigenen verinnerlichten Knechtschaft und des Komplimentums sowie unserer Bereitschaft, auch das Schrecklichste noch hinzunehmen.

Befreiende Politik meint auch, dass die Politik selbst eine Befreiung sein muss – hin zu einem anderen Leben, Arbeiten, Lieben. Rosa Luxemburg insistierte deshalb auf der Freiheit der Andersdenkenden, weil ohne diese Freiheit jedes Denken aufhört. Sie klagte ungehemmte Demokratie ein, weil, so schrieb sie 1918: »Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland, Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhellt schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlergriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürrig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt. Wie dort politisch, so auch ökonomisch und sozial. Die ganze Volksmasse muss daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, öktroyiert.«¹⁶⁰ Befreiende Politik misst sich deshalb auch am Maß radikaler Demokratie, die sie freisetzt.

Die Stärke der Institutionen globaler kapitalistischer Macht liegt erstens darin, dass sie hegemonial sind im Sinne der Fähigkeit, »eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen«¹⁶¹. G8, WTO, IWF, USA und NATO beanspruchen für sich, Freiheit und Menschenrechte durchzusetzen, gesellschaftliche Produktivität ungekannten Ausmaßes freizusetzen, realistische Projekte der politischen Gestaltung der Globalisierung im Interesse breiter gesellschaftlicher Gruppen zu realisieren. Auch angesichts der großen Krisen dürfen wir die relativen Erfolge dieser Strategie nicht unterschätzen. Die Stärke dieser Institutionen liegt zweitens darin, dass die Alternativen so schwach sind, denn: Selbst der schlechteste Zustand kann sich solange halten, wie es keine überzeugenden Alternativen gibt. Deshalb müssen wir praktisch an Alternativen einer anderen, einer höheren, einer menschlichen und umwelterhaltenden Produktivität arbeiten, die die gesellschaftlichen Gruppen der bedrohten Mitte und des abgehängten Unten in Deutschland und global in einer solidarischen gerechten Weise verbindet. Wir müssen zeigen: Es geht anders und es geht besser, viel, viel besser.

159 Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik. Hamburg 2007, S. 73.

160 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. Berlin. In: Werke, Bd. 4, S. 360.

161 Ulrich Brand, Christoph Scherrer: Contested Global Governance. Konkurrizierende Formen und Inhalte globaler Governance. http://www.zemmer-institut.at/download/texte/brand_scherrer.pdf.

Dazu bedarf es konkreter Einstiegsprojekte. Sie haben eine fünffache Funktion: »(1) Einstiegsprojekte vermitteln zwischen Reform und Revolution sowie zwischen Protest und Gestaltung dadurch, dass sie nachhaltige Verschiebungen von Machtverhältnissen induzieren, insofern eine breite Neugruppierung, Neugewichtungen von Akteuren in der Gesellschaft nach sich ziehen... (2) Einstiegsprojekte müssen nicht nur auf Erfolg ausgelegt sein, sondern sie müssen auch zum Umgang mit Erfolg befähigen... (3) Einstiegsprojekte vermitteln zwischen Lokalität, Regionalität und Globalität... (4) Einstiegsprojekte vermitteln die Ganzheitlichkeit von Lebensweise, kultureller und geschichtlicher Identität... (5) Einstiegsprojekte sind Prozesse bewussten sozialen Lernens in Einheit von Veränderung und Selbstveränderung.«¹⁶² Durch solche Projekte entstehen erst die Subjekte umfassenderer Veränderung.

Eine radikale Realpolitik ist auf grundlegende Veränderung gerichtet. Unter der Bedingung, dass die, die unten sind, nicht mehr so wollen wie bisher, und die, die oben sind, es nicht mehr können, will sie eingreifen. Aus der bloßen Möglichkeit will sie eine reale Chance machen. Dies kann ein langer Weg sein, einer, der durch viele Niederlagen und manche Teilsiege hindurch führt.

Die verschiedenen Formen der Auseinandersetzung mit der herrschenden Weltordnung sind nicht gleichwertig, aber aus der Unterlegenheit ist auch Verhandeln legitim. Wichtig sind Einbettung, Art und Weise und Resultat. Entscheidend ist, ob sie zum Einstieg in den Ausstieg beitragen – aus der imperialen, der kapitalistischen, der patriarchalen, der umweltzerstörenden Weise der Globalisierung.

DIE LINKE braucht eine dialektische Politik, die darauf abzielt, mehrere Ziele zugleich zu erreichen – Delegitimierung der herrschenden Macht, Einleitung sozialer, ökologischer, demokratischer Reformen und schließlich auch Umwälzung unserer eigenen Produktions- und Lebensweise sowie der Eigentums- und Machtverhältnisse, auf denen sie gegründet sind. Radikale Realpolitik zielt auf die Veränderung der Grundlagen unseres eigenen Handelns, der Stärkung der Kräfte für eine andere Welt. Forderungen und Verhandeln bedürfen ihrer Einbettung in eine befreiende, eine radikal demokratische Politik. In der Gestaltung von Politik als radikaler befreiender Realpolitik bewährt sich praktische Dialektik als Kunst, gegen den Wind zu segeln.

Wie sagte Arundhati Roy in Porto Alegre im Januar 2005: »Die Revolution der globalen Allmacht wird in sich zusammenfallen, wenn wir uns weigern, das zu kaufen, was sie verkauft – ihre Ideen, ihre Geschichtsversion, ihre Kriege, ihre Waffen, ihre Vorstellung von Unvermeidlichkeit. Denkt daran: Sie brauchen uns mehr als wir sie. Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist unterwegs. An einem ruhigen Tag kann ich ihr atmen hören.«¹⁶³

162 Lutz Brangsch: Überlegungen zum Charakter von Einstiegsprojekten. Ms. 2004.

163 Wie widerstehen wir der Weltherrschaft? Nachdenken über eine andere Welt. Die Rede von Arundhati Roy auf dem Weltsocialforum 2003 in Porto Alegre (Auszug) <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/roy.html>.

23

Michael Brie

Strategische Optionen der Partei DIE LINKE
für eine radikale Realpolitik*»Nicht der Wind, sondern das Segel bestimmt die Richtung.«*

Chinesisches Sprichwort

Blickt man wenige Jahre zurück auf die Wahlniederlage der PDS im Jahre 2002, auf den Parteitag in Gera im Herbst des gleichen Jahres, der die Partei an den Rand des Zerfalls brachte, so ist schon der Gegenstand dieses Beitrages ungewöhnlich: Eine Partei links von der SPD und ihre strategischen Optionen. Aus dem Kampf ums nackte Überleben der PDS ist mit dem Wahlantritt von Linkspartei.PDS 2005 unter Führung von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi 2007 eine neue Partei geworden, die bundesweit bei Umfragen zwischen 11 und 14 Prozent liegt, in allen ostdeutschen und in vier westdeutschen Ländern im Landtag vertreten ist, in Hessen sogar das Zünglein an der Wage für eine Rot-Grüne Koalition.

Wer über Strategien von so komplexen Organisationen wie Parteien spricht, weiß, wie fragwürdig dies ist. Selten gelingt es Akteuren in Parteien, diese erfolgreich auf Strategien zu verpflichten, zumeist dominieren ungelöste Konflikte oder Versuch und Irrtum. Die SPD trat 1998 mit der Losung »Gerechtigkeit und Innovation« an, und im Resultat des Machtkampfes wurde Lafontaine verdrängt und die Agenda 2010 geboren. Die CDU verkündete 2003 auf ihrem Parteitag eine marktradikale Politik, ging so auch mit Kirchhoff in den Wahlkampf und landete in einer Großen Koalition.

Strategien sind außerordentlich anspruchsvoll. Sie stellen eine erfolgsorientierte Handlungsanleitung dar, ihre Grundlage bildet eine situationsübergreifende Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulation, sie sind unvorstellbar ohne strategische Akteure, die in der Lage sind, Organisationen zu steuern. Sie umfassen gesellschaftliche Gestaltungs- und Machtziele zugleich (ohne Macht ist in der Politik alles nichts, und ohne Inhalte ist auch die Allmacht schwach). Strategien basieren auf der Wahl zwischen verschiedenen Optionen (wer keine Wahl hat, braucht auch keine Strategie). Und die klügs-

ten Strategen sind hilflos, wenn sie nicht über entsprechende Ressourcen innerhalb einer Partei selbst und in der Gesellschaft verfügen.¹ Wirksame langfristige Strategien sind in der Politik deshalb Ausnahmefälle, auch wenn Politiker dies anders sehen mögen. Erfolgreiche »Strategien« sind allzu oft nichts anderes als Erzählungen, die Zufallsfunden im Nachhinein die Weihe des Bewusst-Gewollten verleihen.

Das Schreiben oder Sprechen über Strategie ist zudem mit einem Paradoxon konfrontiert: Diejenigen, welche die Handlungsmacht haben und sie erfolgreich ausüben, verlassen sich zumeist auf ihren Instinkt und reflektieren nur selten über ihre Strategie, um sie so erst gar nicht zur Disposition stellen zu müssen. Ihre Methode ist die der Suggestion oder auch des Oktroy und nicht die der Überzeugung. Sie suchen zumeist nur jenen Rat, den sie für diesen Zweck unmittelbar »gebrauchen« können. Jene dagegen, die sich der Ausarbeitung einer Strategie reflektiert zuwenden, haben zumeist keine Macht, auf reale Politik Einfluss zu nehmen. Und ob es ihnen dann hilft, klare Vorstellungen zu haben und den inneren Zusammenhang nachzuweisen, wie Clausewitz fordert, mag bezweifelt werden. Sie finden oft nur dort »offene Ohren«, wo die Hände untätig bleiben müssen. So gerät das Schreiben oder Sprechen über politische Strategien sehr schnell zum intellektuellen Ersatz für Handeln. Die Intellektuellen Chinas wanderten nicht zufällig buchstäblich zwischen mörderischem kaiserlichen Hof und einsamen Bergen hin und her, sofern sie nicht hier ihre Ehre oder ihren Kopf bzw. dort ihren Geist oder Mut verloren.

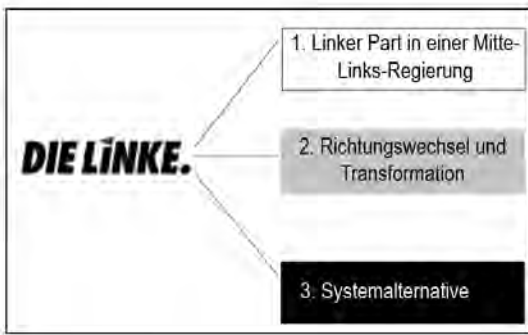
Wieso dann überhaupt über Strategien politischer Parteien sprechen? Angesichts der außerordentlichen Komplexität der Wirklichkeit und der Tatsache, dass fast alles möglich ist, handelt es sich weniger um einen Wahrheitswettbewerb, als darum, Optionen attraktiv zu machen, zu zeigen, dass es Möglichkeiten gibt, die interessanter oder besser sind als die, die bisher bevorzugt wurden. Sicher ist nicht alles das Ergebnis »schierer Zufälle« (Richard Rorty), aber das Reden über Möglichkeiten erhöht zweifelsohne den Raum der Freiheit.

Die drei strategischen Optionen der Partei DIE LINKE

Verfolgt man die Reden auf den Parteitag der Linkspartei und analysiert man die Stellungnahmen ihrer verschiedenen Plattformen und Strömungen (von der Kommunistischen Plattform über die Sozialistische Linke bis zum Forum Demokratischer Sozialismus) so wird schnell deutlich, dass in dieser Partei drei unterschiedliche Optionen vertreten werden (vgl. Grafik 1).

Diese Optionen linker Parteien sind so alt wie diese selbst. Sie spitzen sich vor allem in der Frage der Regierungsbeteiligung zu: Soll linke Politik in Parlamenten primär der Vorbereitung und Unterstützung einer Systemveränderung dienen, was jede Regierungsbeteiligung ausschließt, soll diese solange ausgesetzt werden, bis eine dezidiert linke Politik möglich wird, oder ist eine Regierungsbeteiligung auch dann sinnvoll, wenn es vor allem darum geht, besonders gravierende Missstände zu beseitigen und schlimmste Fehlentwicklungen zu stoppen?²

Grafik 1: Optionen der Partei DIE LINKE



Jede dieser Optionen hat eigene Ziele (kurz- und langfristig), setzt auf je unterschiedliche Mittel und Bündnispartner, geht von einer je eigenen Analyse der Situation und Grafik 1: Optionen der Partei DIE LINKE der Chancen wie Gefahren aus, will jeweils andere Ressourcen mobilisieren (Tabelle 1). Jede Option stützt sich auf gesellschaftliche wie innerparteiliche Kräfte, stellt eine eigene Erzählung dar, bietet Möglichkeiten, die die jeweils andere Option ausschließt. Und keine kann die andere ganz unterdrücken, ohne dass eine linke Partei jene so gern unterdrückte Widersprüchlichkeit verliert, die sie doch aber erst zu einer linken Partei macht. Ist der SPD wie den Grünen genau dieser diskursive Charakter einer linken Partei nicht auch deshalb verloren gegangen, weil ihre Visionen sich auf Mülltrennung, Mindestlöhne und »Fördern und Fordern« verkürzt hat und jeder Gedanke grundlegender Veränderung verloren ging. Wie Franz Walter schrieb: »Die Oppositionellen von ehemals wurden alsbald zu beinharten Vertretern der lang attackierten Ordnung und herrschenden

Tabelle 1: Die strategischen Optionen der Linkspartei

	Richtungswechsel und Transformation	Systemalternative	Linke Partei in einer Mitte-Links-Regierung
Annahmen über die strategische Umwelt			
Verhältnis zur Entwicklungsrichtung	Ein Richtungswechsel ist gesellschaftlich produktiv	Einzige Alternative zur Krise: Systemwechsel	Keine Alternative zu einer abgemilderten Agenda 2010
Grundkonflikt in Gesellschaft	Möglichkeit eines Großkonflikts mit neoliberalen Kräften	Dominanz der Differenz Kapitalismus vs. Antikapitalismus	Dominanz der Differenz zwischen CDU und SPD
Soziale Bündnisse	Solidarisch-demokratische Mehrheiten sind möglich	Lager der antikapitalistischen Kräfte	Keine Möglichkeit eines eigenen Lagers
Gesellschaftliche Mobilisierung	Außerparlamentarische Mobilisierung und parlamentarische Oppositionspolitik verstärken sich wechselseitig	Die Macht liegt auf der Straße	Keine starke außerparlamentarische Mobilisierung
Krisenwahrnehmung	Organische Krise des Neoliberalismus ist wahrscheinlich	Systemkrise möglich	Keine sich verschärfende Krise
Alternative strategische Ziele			
Unmittelbares Ziel	Stärkung der Partei DIE LINKE innerhalb und außerhalb von Parlamenten	Antisystemische Ausrichtung der Partei DIE LINKE	Mindestprojekte für eine Regierungsbeteiligung 2009
Mittelbares Ziel	Schaffung der gesellschaftlichen und politischen Mehrheiten für einen Richtungswechsel	Aufbau einer antikapitalistischen Linken	Linkspartei als Kraft der Eindämmung unsozialer Politik
Politikstil	Parlamentarisch-außerparlamentarisch, konfrontativ-kooperativ	Parlament als Bühne, konfrontativ	parlamentarisch-evokativ, konsensual
Wichtigste Mittel	Linke Landesregierungen, breite soziale Bündnisse, Aufbau eines eigenen öffentlichen Diskurses	Mobilisierung der Öffentlichkeit, Stärkung des außerparl. Kampfes	Teilnahme an Landesregierungen, parlamentarische Macht
Koalitionsoptionen	Auf Landesebene (auch unter Führung der Partei DIE LINKE), langfristige Linkspartei	keine	Normalisierung im 5-Parteien-System, Mitte-Linksregierung mit SPD und Grünen
Abwägung: Chancen und Risiken			
Chancen der Profilierung	Formulierung einer Richtungsalternative	Klare ideologische Identität, Allenstellung	Funktion als linkes Korrektiv
Gefahren für die Organisation	Anspruchsvoll und langfristige Gefahr der parteipolitischen Isolation; hohe Unsicherheit	Verwandlung in ideologische Sekte	Abhängigkeit und Subalternität gegenüber SPD, im Zweifelsfall überflüssig
Vorhandene innere Ressourcen	Verbindung von parlamentarischen und gewerkschaftlichen Aktivisten sowie aus Bewegungen	Hochideologisierte Gruppen in Partei (aber Minderheit)	Starker pragmatischer parlamentarischer Flügel
Externe Ressourcen	Setzt darauf, dass Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften und SPD sowie Grüne hier neue Chancen entdecken	Kleine Gruppen außerhalb	Erweitert die Optionen über SPD und der Grünen
Ressourcendefizite	»historischer Block« muss erst geschaffen werden	Chancen einer ideologischen Großpartei sehr gering	Schwäche sozialer Verankerung, ohne eigene Funktion jenseits von »Korrektiv«

Philosophie... An der Neigung zur Kopie erkennt man die Neu-Arrivierten einer Gesellschaft. Denn die eigene konzeptionelle Phantasie ist erloschen... Die angekommenen Rot-Grünen besitzen keine Vorstellung mehr von einer Gesellschaft, wie sie künftig sein soll. Zurück bleibt nur die Rhetorik der depressiven Alternativlosigkeit.«³ Aber was nutzt andererseits das Beharren auf Visionen, zu denen kein Weg von Hier und Heute hin führt, jenen, die keine Stimme haben als die bei einer Wahl, und sie nicht unmittelbar besser stellt? Der Gebrauchswert auch des Großen ist für die Kleinen der Gesellschaft in kleiner Münze zu bezahlen.⁴

Linke Politik hat einen großen gemeinsamen Nenner. Sie will die Aufklärung materialisieren: Die Gleichheit freier Geister soll in eine Gleichheit freier Menschen verwandelt werden. Damit ist ein doppelter Prozess angesprochen – der Fortschritt in der Freiheit wie in der Gleichheit, wie Ernst Bloch formulierte: »Keine wirkliche Installierung der Menschenrechte ohne Ende der Ausbeutung, kein wirkliches Ende der Ausbeutung ohne Installierung der Menschenrechte.«⁵ Der in den Macht- und Eigentumsverhältnissen, in der Produktions- und Lebensweise begründete Antagonismus der Freiheit der einen durch Ausbeutung der Anderen wäre in solidarische Formen zu transformieren, bei denen die freie Entwicklung der einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird (so unisono Karl Marx und John Stuart Mill). Für Ferdinand Lassalle war es die sittliche Idee des Arbeiterstandes, »dass die ungehinderte freie Betätigung der individuellen Kräfte durch die Individuen für sich allein noch nicht ausreiche, sondern dass zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit in der Entwicklung«⁶. Auf das Ziel eines Systemwechsels kann linke Politik nicht ohne Zerstörung ihrer innersten Substanz verzichten. Die moderate Linke hört deshalb auf, links zu sein, verliert ihren Kompass.

Dieser große gemeinsame Nenner wird aber aus einer Position der strukturellen Schwäche formuliert, in der die dominanten gesellschaftlichen Tendenzen systembedingt das Kapital gegenüber der Arbeit, das Vermögen gegenüber der Leistung, das Private gegenüber dem Öffentlichen, die Wirtschaft gegenüber der Politik, den Luxus gegenüber der Armut, die Vergangenheit gegenüber der Zukunft, die militärische Intervention gegenüber dem Frieden, der aus gemeinsamer Entwicklung erwächst, privilegieren. Gegenteiligkeiten können zur Geltung gebracht werden, aber solange die wirtschaftlichen Verhältnisse der Dominanz der Kapitalverwertung unterworfen sind, agiert die Linke aus der

Schwäche heraus. Geht sie in die Regierung, ergreift sie nicht die Macht. Die Abhängigkeit des Staates von den Steuern und der Lohnabhängigen vom Arbeitsplatzangebot einer wettbewerbsfähigen kapitaldominierten Wirtschaft erzeugt eine machtvolle Wirkung der »Disziplinierung« auch linker Politik, sprich: Unterordnung unter die Profitdominanz.⁷ Eine Politik des kleineren Übels, wie sie in der Beteiligung an links beeinflussten Mitte-Regierungen deutlich wird, scheint die einzig praktische Möglichkeit und definiert die einlösbaren Versprechen. Unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus⁸ sind damit aber immer weitere Verschlechterungen der Lage der abhängig Beschäftigten und die Prekarisierung ihrer Lebensverhältnisse, deren Verwandlung in Verhältnisse der Unsicherheit und Angst vor der Zukunft verbunden. Durch die aktive Beteiligung an der Verwaltung derartiger Prozesse haben selbst große linke Parteien jene Bindung, die sie über viele Jahrzehnte an die Lohnabhängigen und unteren gesellschaftlichen Gruppen aufgebaut haben, zerstört.⁹

Linke Politik bewegt sich also strukturell bedingt in der Antinomie zwischen der Forderung nach Systemwechsel und dem Kampf für Reformen, die unter Akzeptanz des Primats einer kapitaldominierten Wirtschaft und Gesellschaft das Beste für die Lohnabhängigen und unteren sozialen Gruppen herausholen will. Eine Strategie des Systemwechsels und die eines linken Parts in einer Mitte-Links-Regierung wollen die eine oder die andere Seite des Gegensatzes für sich bestehen lassen und die je andere nur rhetorisch integrieren. Die SPD vor 1914 mit ihrem zur Phrase erstarrten »revolutionären Absentismus« einerseits und »opportunistischen Pragmatismus« andererseits stellt das Paradigma einer linken Kraft dar, die den Widerspruch linker Politik nicht mehr solidarisch-emanzipativ auszutragen vermochte und schließlich vor Kaisertum und imperialistischem Krieg kapitulierte. Die KPD dagegen mutierte unter dem Einfluss der stalinistischen Politik seit Mitte der 1920er Jahre zu einer revolutionaristischen Partei, die »die rechte Gefahr in der Arbeiterbewegung in Deutschland, deren Ausdruck die Sozialdemokratische Partei ist«, als »Hauptgefahr« sah.¹⁰

Seit ihrem Entstehen war und ist es die Frage linker Parteien, ob und wie es ihnen gelingt, die Gegensätze zwischen Systemwechsel und Realpolitik zu vermitteln und eine »revolutionäre Realpolitik« (Rosa Luxemburg) zu entwickeln.¹¹ Der historische Linksozialismus, Eurokommunismus, Strategien des radikalen Reformismus und demokratischen Sozialismus waren derartige Versuche. Dabei ging es immer darum, zugleich ein bloßes

Entweder-Oder und auch die bloße situative Beliebigkeit zu vermeiden. Mit der Partei DIE LINKE in Deutschland wurde ein weiterer Ansatz auf diesem Wege entwickelt. Er besteht in der Verpflichtung auf einen Richtungswechsel der Politik und die Einleitung einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation.

Die programmatisch verankerte Strategie der Partei DIE LINKE und ihre reale Heterogenität

Der Entstehungsprozess der neuen deutschen Linkspartei war einerseits sehr klaren, geradezu tagespolitischen Erwägungen unterworfen und verdankt sich nicht zuletzt einer dafür ungewöhnlich günstigen, geradezu einmaligen politischen Konstellation. Die PDS war auf Dauer zu schwach, um eigenständig gesamtdeutsch existieren zu können, die WASG konnte zumindest unter dem Zeitdruck der von Schröder vorfristig ausgerufenen Bundestagswahlen kaum hoffen, bei einem eigenen Wahlantritt in den Bundestag einzuziehen. Mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi waren politische Schwergewichte an einem Zusammengehen außerordentlich interessiert.¹²

Weniger bekannt ist eine andere Tatsache – der weitgehende strategische Grundkonsens der beteiligten Kräfte. Vergleicht man die strategischen Zielstellungen im Chemnitzer Parteiprogramm von 2003 (Abschnitt 4), die programmatischen Dokumente der WASG aus den Jahren 2004 und 2005 mit den »Programmatischen Eckpunkten«, die PDS und WASG im Jahre 2007 zur programmatischen Grundlage der Vereinigung wählten, so wird deutlich, dass sie von außerordentlich hoher Gemeinsamkeit geprägt sind. So heißt es in den »Programmatischen Eckpunkten« in Fortsetzung der programmatischen Erklärung der Vorgängerorganisationen: »Unsere Partei erhebt einen politischen Richtungswechsel zu ihrem strategischen Ziel.«

Im Detail sind folgende Aufgaben in Umsetzung dieses strategischen Ziels formuliert:

- Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus und Entwicklung von Alternativen (Kampf um geistige Hegemonie);
- Bündnis gegen den Neoliberalismus: breites gesellschaftliches Bündnis und Sammlungsbewegung (»Wir wollen zu einem sozialen Bündnis beitragen, das hoch qualifizierte Beschäftigte und Kernbelegschaften wie auch in unsicheren und Teilzeitarbeitsverhältnissen Tätige sowie

Erwerbslose, Selbstständige und sozial orientierte Unternehmerinnen und Unternehmer zusammenführt.«);

- strategische Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, globalisierungskritischen, antirassistischen usw. Bewegungen und Initiativen;
- enge Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit;
- Verbindung von gesellschaftlichem Protest, Entwicklung von Alternativen und Gestaltung;
- Regierungsbeteiligung: »Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen sind die Verbesserung der Lage von Benachteiligten und die Verstärkung politischer Mitbestimmung, die Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben. Sie muss die Veränderung der Kräfteverhältnisse nach links und die Einleitung eines Politikwechsels fördern.«;
- parlamentarische Bündnisse (Koalitionen etc.) dort, wo sie dem Richtungswechsel dienen;
- Stärkung europäischer Kräfte eines Richtungswechsels.

Blickt man in die »Programmatischen Eckpunkte«, so müsste man davon ausgehen, dass die Partei DIE LINKE entgegen den immer wieder vorgebrachten Behauptungen über ein hinreichend solides und klares programmatisches Profil verfügt. Ein auf der Basis von qualitativen Interviews durchgeführtes Forschungsprojekt dagegen kommt zu dem Schluss, dass es eine ganze Reihe von offenen programmatischen und strategischen Fragen gibt.¹³ Wie in anderen Parteien gibt es also einen tiefen Widerspruch zwischen relativ hoher, beschlossener programmatischer Schärfe und realer Unschärfe.

Dies kann einerseits als Stärke interpretiert werden. Denn anders als oft vermutet, hat die Partei DIE LINKE sehr unterschiedliche Gesichter und kann je nach Situation auch sehr verschiedene Optionen aktivieren. Sie ist völlig gegensätzlichen Erwartungen und Zwängen ausgesetzt und in der Lage, ihnen real auch nachzugeben. Eine absolute Anti-Haltung kann genauso integriert werden wie ein fast ebenso absoluter Pragmatismus. Ihre konkreten politischen Forderungen sichern ihr noch keine konsistente machtpolitische Alternative. Andererseits ist dies eine Gefahr, gerade für eine linke Partei. Sie könnte zu einem losen Verbund werden, der bloß durch den gemeinsamen, immer prekären Erfolg zusammengehalten wird und in und an einer Krise schnell zerbricht.

Im Folgenden soll versucht werden, die gesellschaftlichen und politischen Grundlagen einer linken parteipolitischen Strategie, die erfolgreich

versuchen könnte, den »Dritten Weg« einer radikalen Realpolitik des Richtungswechsels zu realisieren, in aller Kürze zu skizzieren.¹⁴ Dabei stehen vor allem die Fragen nach den sozialen Mehrheiten einer solchen Politik, den politischen Bündnissen sowie gesellschaftlichen Inhalten im Mittelpunkt.

Die gespaltene »Mitte« der Gesellschaft und die Einheit der Unteren

In der öffentlichen Meinung herrscht zumeist die Vorstellung vor, dass es nur darauf ankäme, was die Parteien und die gesellschaftlichen Eliten wollten und die Bevölkerung fast beliebig manipulierbar sei, und dass es endlich gelingen müsse, der Mehrheit in der Gesellschaft Gehör zu verschaffen. Dem liegt ein statisches Bild zugrunde, was davon ausgeht, dass die gesellschaftlichen Gruppen klare Interessen haben, die sie nur in einer festgelegten Weise realisieren können. Was aber, wenn diese Interessen selbst zutiefst widersprüchlich sind, wenn sie zudem nur in sehr widersprüchlichen Bündnissen mit anderen sozialen Gruppen realisiert werden können, und außerdem der Erfolg zutiefst fraglich ist?

Hegemonie ist ohne die wie auch immer geartete Berücksichtigung auch der Interessen subalternen gesellschaftlicher Gruppen unmöglich. Mehr noch: Sie ist nur dann relativ stabil, wenn sie eine neue produktive Phase der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung einleitet. Das sind Zeiten, in denen jene gesellschaftliche Gruppe, die das Zentrum einer hegemonialen Koalition bildet, »wirklich progressiv ist, das heißt, die ganze Gesellschaft wirklich vorantreibt, indem sie nicht nur ihren existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre eigenen Kader durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer produktiv-ökonomischer Tätigkeitsbereiche erweitert«.¹⁵

Welche »hegemonialen Blöcke« sind aber auf der Basis der heute in Deutschland gegebenen Sozialstruktur und Milieus überhaupt möglich? Einen interessanten Aufschluss über die Milieus selbst gibt eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie zu den sozio-politischen Milieus¹⁶ (siehe Tabelle 2). Sie zeigt, dass es ein sozio-politisches Dreieck der Politik gibt: Es sind drei große Gruppen von Milieus, von denen zumindest zwei Gruppen gewonnen werden müssen, um die Mehrheiten bei Wahlen zu gewinnen.

Eine grafische Darstellung macht deutlich, dass diese verschiedenen sozialpolitischen Milieus interessen- und erfahrungsbedingt sehr unterschiedliche Einstellungen bezüglich der für Deutschland zentralen Kon-

fliktdimensionen (1) Sozialstaat vs. Marktregulation der Gesellschaft und (2) autoritäre vs. libertäre Orientierungen entwickelt haben. Die oberen Gruppen, soweit sie im Privatsektor tätig sind, sehen durch freie Märkte mehr Chancen für sich durch höhere Managergehälter und Renditen, wäh-

obere Mittelschichten	<i>Leistungs- driven/individualisten</i> 11 %	hoher gesellschaftlicher Status, hohe Qualifikation, oft Führungsfunktionen in privater Wirtschaft, viele Selbständige, hoher Männeranteil starke berufliche Selbstbestimmung, hohes Einkommen, oft private Altersvorsorge materielle Orientierung, Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit, Leistungsorientierung und Abgrenzung von solidarischen und traditionellen Werten
	<i>Etablierte Leistungs- träger</i> 15 %	gehobener gesellschaftlicher Status, viele Facharbeiter, Vorarbeiter, Meister gute finanzielle Situation, weitgehende berufliche Selbstbestimmung, berufliche Zufriedenheit materielle Orientierung, hohe Zufriedenheit, starke Leistungsorientierung; Gegner staatlicher Eingriffe, kaum Ausrichtung an solidarischen Werten
	<i>Kritische Bildungseliten</i> 9 %	höchster gesellschaftlicher Status und Bildung, oft in Dienstleistungsberufen höchstes Haushaltsnettoeinkommen, starke berufliche Selbstbestimmung und Mobilität offen für gesellschaftliche Veränderung, wollen offene tolerante und insbesondere solidarische Gesellschaft, setzen auf einen vorsorgenden und regulierenden Staat
	<i>Engagiertes Bürgertum</i> 10 %	hoher gesellschaftlicher Status, hohe Bildung, viele Angestellte im Öffentlichen Dienst und in soziokulturellen Berufen hohes Einkommen, hohe Zufriedenheit und Sicherheit offen für Veränderung, wollen offene und vor allem solidarische Gesellschaft, wollen vorsorgenden Staat und verurteilen Sozialmissbrauch, teilweise stark religiös orientiert
untere Mittelschichten	<i>Zufriedene Aufsteiger</i> 13 %	mittlerer gesellschaftlicher Status, aus einfachen Verhältnissen aufgestiegen höchste berufliche Zufriedenheit, viel Eigeninitiative im Beruf geringfügig überdurchschnittliches Einkommen und hohe finanzielle Zufriedenheit, sehen sich auf der Gewinnersseite für freies Spiel der Marktkräfte und zugleich Erwartung eines Maximums an staatlichen Transfers, zugleich leistungsbezogen und solidarisch
	<i>Bedrohte Arbeitsli- mermittle</i> 16 %	mittlerer gesellschaftlicher Status, einfache bis mittlere Schulbildung, Facharbeiter und einfache Angestellte geringere berufliche Gestaltungsspielräume und traditionelles Arbeitsverständnis (Lohn, Sicherheit, geregelte Arbeitszeiten) leicht unüberdurchschnittliches Einkommen, hohe Verunsicherung wünschen sich regulierenden Staat, der umfassende soziale Absicherung garantiert, reagieren auf Verunsicherung stark mit autoritär-ethnozentristischen Vorstellungen
untere Schichten	<i>Selbstgenü- gliche Tradition- alistische</i> 11 %	eher niedriger Status, oft aus Unterschichten, zumeist einfache Schulbildung, viele Rentner, viele Frauen geringe Ansprüche an Arbeit und geringe Zufriedenheit weit unterdurchschnittliches Einkommen, stark versichert wollen dem Gemeinwohl verpflichteten Staat, verurteilen Sozialmissbrauch, häufig autoritär-ethnozentristische Einstellungen
	<i>Autoritäts- orientierte Geringquali- fizierte</i> 7 %	eher niedriger Status, oft Aufstieg „im Kleinen“ erreicht, viele Rentner und Frauen oft einfache Arbeitstätigkeit, ungelohnt, häufig mit Arbeitslosigkeit konfrontiert, relative berufliche Zufriedenheit weit unterdurchschnittliches Einkommen, oft von staatlichen Transfers abhängig, Angst vor Verlust ihres bescheidenen Wohlstands Leben wird als Kampf empfunden, starke Verunsicherung und Überforderung durch Gesellschaft, Autoritätsfixierung und Abschottung, starke autoritär-ethnozentristische Einstellung, sehen Polarisierung in Arm und Reich
	<i>Abhängiges Proletariat</i> 8 %	niedriger gesellschaftlicher Status, häufige Abstiegs Erfahrung, höchster Arbeitslosenanteil, im Osten Deutschlands 25 Prozent der Bevölkerung oft einfache und mittlere Arbeitstätigkeit, starke Unsicherheit und Unzufriedenheit große finanzielle Unsicherheit, oft verschuldet, große Zukunftsorgen fühlen sich im Absicht und als Verlierer, geringe Selbstbestimmung wünschen sich gemeinwohlorientierte Gesellschaft und regulierenden Staat, reagieren mit ausgeprägtem Ethnozentrismus auf Verunsicherung

Tabelle 2: Politische Milieus in Deutschland (nach sozialen Kriterien und mit Angabe ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung)

rend die unteren Gruppen auf bessere öffentliche Dienstleistungen und höhere Sozialtransfers hoffen und deshalb den Sozialstaat stärken wollen. Die oberen Gruppen aus dem Privatsektor sehen im Ausbau des Sozialstaats vor allem höhere steuerliche Belastungen für sich, während die unteren Gruppen wissen, dass die Freiheit der Märkte ihre eigene Freiheit einschränkt und sie zu »Lohnverzicht«, längeren Arbeitszeiten und Lockerung des Kündigungsschutzes zwingt. Für sie erweist sich die Freiheit der Märkte als wachsende Macht des Kapitals und Schwächung der sozialen Schutzwälle gegen Ausbeutung. Jene Gruppen der oberen Mittelschichten, die in dem in Deutschland im Vergleich zu vielen anderen Ländern weniger ausgebauten öffentlichen Sektor tätig sind, haben, anders als die oberen Mittelschichten des Privatsektors, durchaus ein unmittelbares Eigeninteresse am Ausbau des Sozialstaats, sind für eine solidarische Umverteilung und haben direkte Erfahrungen mit den Problemen einer zerfallenden Gesellschaft – in Schulen, Ämtern, sozialen Dienstleistungen. Der Konflikt Sozialstaat vs. Marktregulation ist deshalb kein einfacher Oben-Unten-Konflikt.

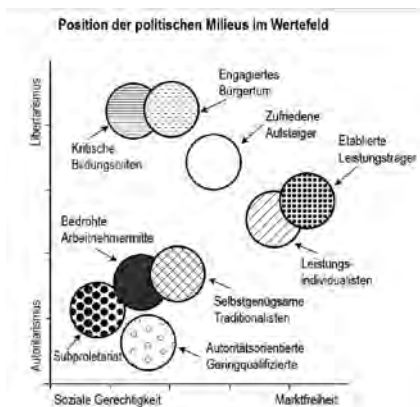
Der Konflikt zwischen libertären und autoritären Werteinstellungen hat eine eigene Dynamik. Wie Oskar Niedermayer, schreibt: »Ursache dieser neuen Konfliktlinie sind vor allem die mit der Globalisierung verbundenen kulturellen Entgrenzungsprozesse, die entweder als Bereicherung oder als Bedrohung empfunden werden und daher einerseits zur Herausbildung libertärer Werthaltungen wie Betonung von Selbstverwirklichung, Toleranz gegenüber Minderheiten, Bejahung von Multikulturalität und Unterstützung nonkonformistischer Lebensstile oder autoritärer Werte wie Unterordnung unter Autoritäten, Intoleranz gegenüber Minoritäten, kulturelle Abschottung, Fremdenfeindlichkeit und Unterstützung konformistischer Lebensstile führen.«¹⁷

Die untere Mitte der Gesellschaft und die unteren sozialen Gruppen neigen deutlich zu autoritären Einstellungen. Die Öffnung der Gesellschaft reißt die nationalen Schutzdämme nieder, die sie bisher vor der unmittelbaren Konkurrenz mit Lohnarbeitern in anderen Ländern bewahrten, und stärkt die Vormacht der Kapitaleigner, die die Verwertung der Arbeit zu ihren Konditionen zu gestalten. Diese Öffnung entwertet die Fähigkeiten und Kenntnisse der Schwächeren und verunsichert sie, die sowieso schon verunsichert sind. Von jenen Toleranz und Freude am Anderen zu erwarten, denen der Boden unter den Füßen zu Treibsand gerät, der sie verschlingt, heißt, zu viel zu verlangen.

Aber auch in diesem Fall ist der Konflikt zwischen autoritären und libertären Werten nicht nur einer zwischen Oben und Unten. Es sind die

vor allem im privaten Sektor verankerten, deutlich marktwirtschaftlich orientierten Gruppen, die zugleich eine bestimmte Neigung zu autoritären Positionen haben. Sie übertragen die hierarchischen Strukturen der Unternehmen mit ihrer ausgeprägten Disziplinierung und Erziehung zu Konformität auf die Gesellschaft. Multikulturalität ja, aber im Rahmen einer einheitlichen konformistischen Ausrichtung an den Leistungswerten der Marktwirtschaft. Anders die oberen Mittelschichten im öffentlichen Sektor und den soziokulturellen Dienstleistungen. Sie müssen mit den Differenzen einer fragmentierten Gesellschaft umgehen, bringen ihre eigene Nichtkonformität oft als individuelle Produktivkraft gesellschaftlich ein.

Wie Grafik 2 zeigt, ist die deutsche Gesellschaft (sieht man von den Eliten ab, die bei der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht erfasst sind) hinsichtlich der Werteeinstellungen, bezogen auf die beiden genannten Konfliktlinien Sozialstaat vs. Marktfreiheit und libertäre vs. autoritäre Positionen, in drei Gruppen gespalten: Es gibt eine sozial-libertäre Großgruppe der oberen Mitte (bestehend aus jenen, die in der Studie kritische Bildungseliten und engagiertes Bürgertum genannt werden), eine marktliberal und gemäßigt autoritäre Großgruppe der oberen Mitte (Leistungsindividualisten und etablierte Leistungsträger) sowie einer Gruppe, die aus Teilen der unteren Mitte (der bedrohten Arbeitnehmermitte) sowie den selbstgenügsamen Traditionalisten, den autoritätsorientierten Geringqualifizierten und dem abgehängten Prekariat (Subproletariat) besteht. Eine Sonderposition nehmen die zufriedenen Aufsteiger ein. Sie haben die Nützlichkeit eines funktionsfähigen und weltoffenen Sozialstaats beim Aufstieg erlebt und sind zugleich von der Leistungsgerechtigkeit freier Markt überzeugt.



Grafik 2: Sozio-politische Milieus (nach Neugebauer 2007: 93)

Es gibt in der Milieustruktur Deutschlands keine Mitte zwischen einem Oben und Unten, auch wenn dies das Einkommen nahe legen würde. Denn die große Gruppe der oberen Mitte (45 Prozent in der Studie der FES) ist zutiefst gespalten. Es gibt jene, in denen sich »die Leistungswerte der Gesellschaft mit Solidaritäts- und Gerechtigkeitswerten verbinden, die auf die faire Teilhabe des unteren Spektrums gerichtet sind«¹⁸ und es gibt jene, die sich für alle anderen nur insofern interessieren, wie sie den eigenen Wohlstand befördern – vor allem als billige Arbeitskräfte in Unternehmen und im Haushalt. Deren Staat soll schlank sein und Probleme durch Repression kostengünstig entsorgen. Hier herrschen durchaus »Sozialstaatsfeindschaft und der Kampf gegen das konsensuale Modell der alten Bundesrepublik vor«.¹⁹

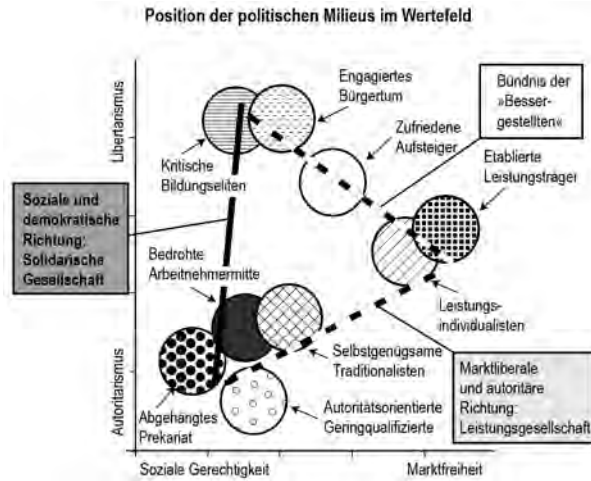
Das »sozio-kulturelle Dreieck« der Politik

Die Milieus bilden ein Dreieck in jenem Raum, der durch die Einstellungen zu den zwei großen Konfliktlinien unserer Gesellschaft gebildet werden. Eindimensionale Politik von oben oder unten bzw. der »Mitte« hilft dabei nicht weiter. Schon rein numerisch können Mehrheiten in Deutschland auf dreifache Weise hergestellt werden (Grafik 3). Erstens ist ein Bündnis der »Bessergestellten« möglich unter dem Primat der Marktfreiheit und bei starker Berücksichtigung libertärer Orientierungen. Zweitens ist ein Bündnis zwischen marktliberalen und autoritätsorientierten Gruppen vorstellbar als Basis einer konservativen Politik der »Leistungsgerechtigkeit«. Und drittens kann eine solidarische Mehrheit hergestellt werden zwischen sozial-libertären Gruppen und den sozial orientierten Gruppen in der unteren Mitte und im Unten der Gesellschaft.

Das Unten wählt nicht per se links, die obere Mitte keinesfalls per se rechts, aber auch nicht umgekehrt. Die Milieus bilden ein sozio-kulturelles Dreieck, mit und in dem die politischen und gesellschaftlichen Eliten und Gegeneliten Politik zu machen suchen. Politik, die nach Mehrheiten strebt, ist nicht binär, sondern trinär, sie kombiniert etwas, das aus drei Bestandteilen gefügt ist. Mehrheiten sind nicht da, nicht vorgefunden, nicht einfach gegeben. Sie werden geschmiedet, erzeugt, herbeigeführt.

Fast alles ist möglich in diesem sozio-kulturellen Dreieck der Politik. Mehrheiten für einen strategischen Wandel führen aber nur die herbei, denen es gelingt, zwei der widersprüchlichen Pole im Rahmen eines übergreifenden Projekts zusammenzuführen und zugleich den dritten Pol nicht in ein antagonistisches Verhältnis bringen, sondern zumindest ruhig zu stellen.

Grafik 3: Mögliche Mehrheitsbündnisse in Deutschland



Nachdem die Rot-Grüne Koalition unter Schröder den linken »Ballast« Oskar Lafontaine abgeworfen hatte, mit dem gemeinsam Schröder und Fischer gerade noch die Wahlen von 1998 gewonnen hatten, verkörperte sie genau das Bündnis der Oberschichten. Sie kappte die Beziehung nach unten, verknüpfte die linksliberalen gut Qualifizierten der neuen Urbanen Milieus mit den neoliberalen Globalisierungseliten und den Aufsteigern aus den unteren Schichten, die sich diesen Aufstieg ganz selbst zuschreiben. Das Motto formulierte Gerhard Schröder in einer Regierungserklärung vom 14. März 2003 so: »Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.« Gemeinsam mit Tony Blair verkündete er in einem »Manifest«, dass die Sozialdemokratie in der Vergangenheit den »Weg zur sozialen Gerechtigkeit mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert [habe], ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben«. »Werte, die den Bürgern wichtig sind – wie persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn« – seien »zu häufig zurückgestellt [worden] hinter universelles Sicherungsstreben«.

Die Politik der Bundesrepublik wurde im Gefolge vornehmlich auf die Verbesserung der eigenen Stellung in der finanzmarktgetriebenen Globalisierung ausgerichtet und die Privatisierung der öffentlichen Sicherungssysteme vorangetrieben. Das früher berühmte System der lebensstandardsichernden Altersrenten wurde in kürzester Zeit zerstört. Die »Lohnspreizung«, sprich: Steigerung für die Besserverdienenden und Stagnation bzw. Senkung bei den anderen, erreichte fast US-amerikanische Maßstäbe. Deutschland hat nun einen Anteil von »working poor«, von Menschen, die unter der Sozialhilfe bleiben, obwohl sie voll arbeiten, der in der sogenannten entwickelten Welt nur von den USA übertroffen wird. Die Steuern auf Vermögen und höhere Einkommen wurden deutlich gesenkt, in hohem Tempo eine Klasse billiger Dienstleister und Leiharbeiter geschaffen bzw. legalisiert. Mit Hartz IV wurde der Arbeitnehmer die Sicherheit genommen, ihre sozialen Besitzstände und ihr Sozialeigentum (soziale Ansprüche) auch in Zeiten wachsender Unsicherheiten behalten zu können. Sie wurden alle in den Status der potentiell Prekarisierten versetzt. Gleichzeitig wurde dies formal weitgehend unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und sexueller Neigung gemacht (auch wenn es sie real überproportional trifft). Die Arbeitskraft wurde zugleich entschert und enttraditionalisiert. Es konnte nun jeden treffen – selten in guter und oft in böser Weise. Der Angriff auf »Sozialschmarotzer« legitimierte die Entsolidarisierung der Gesellschaft und die Entsicherung aller derer, die von Lohnarbeit und Sozialtransfers abhängig sind.

Der radikale Neoliberalismus ist eine Politik, die aus dem Bündnis der Bessergestellten unter der Hegemonie von Finanzmarktéliten, Finanzfonds und den führenden Gruppen des Wettbewerbsstaats (Joachim Hirsch), einschließlich ihrer militärisch-industriellen Fraktionen, hervorgeht. Dieses Bündnis hat klare Projekte, ein deutlich formuliertes Menschenbild (der Einzelne als »Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge«), eine prägnante Gesellschaftsvorstellung (das Ideal der »freien Märkte« als universeller Problemlösungsmotor), eine Kultur der Selbstinszenierung der »Alpha-Tiere« und Lustmenschen,²⁰ einen Politikstil der Insider-Experten wie Peter Hartz oder Bert Rürup, fehlender Alternativen (»There is no alternative« – Margret Thatcher) und des Basta!

Ungezügelter Wettbewerb, sozialer Druck, Überführung eines möglichst großen Teils des gesellschaftlichen Vermögens in die Finanzwelt, freier Kapital- und Devisenverkehr und Förderung aller Arten privater Vermögensanlagen sollen eine neue Dynamik des Wachstums freisetzen, für die die USA über jetzt anderthalb Jahrzehnte stehen. Grundlage ist

die »Wealth-Creation-Theory« des Neoliberalismus: »Wirtschaftspolitik hat danach die Aufgabe, den Marktwert von Vermögen ständig zu erhöhen und eine Transformation in eine Eigentümergesellschaft zu befördern.«²¹ Wachsende Verschuldung des Staates und der Bürger, eine expansive Geld- und Fiskalpolitik sind gewollt. In der Erwartung höherer Einkünfte in der Zukunft soll heute mehr investiert und gekauft werden. Wachstum könne vor allem durch die Annahme wachsender Werte von Vermögen herbeigerufen werden.

Eine solche Politik verändert die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft grundlegend zugunsten jener, die über Vermögen verfügen, direkten Zugriff auf die Verfügung von Finanzkapital oder international agierenden Unternehmen haben, die über eine auch global konkurrenzfähige Qualifikation verfügen und im hohen Maße flexibel sind. Und es wertet alle anderen ab, senkt die Macht der Lohnabhängigen und ihrer Vertretung, schwächt den öffentlichen Sektor und seine Ausstrahlung auf Lohnniveau und Regulation der Arbeit. Dies schafft US-amerikanische Bedingungen, von denen der Finanzinvestor Warren Buffett im Jahresbrief an die Investoren seines Fonds »Berkshire Hathaway« 2003 sagen konnte: »Wenn in Amerika Klassenkampf geführt wird, gewinnt meine Klasse deutlich.«

Das marktliberal-autoritäre Bündnis des sozial verankerten Konservatismus

Im Gefolge der neoliberalen Politik des Bündnisses der Bessergestellten kommt es zu einer tiefen Entfremdung der lohnabhängigen und unteren gesellschaftlichen Gruppen von der Demokratie, die als Klassenkampf der Herrschenden und Reichen verstanden wird. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen geht verloren, die Bindung an Parteien, die sich ja mehrheitlich in eine solche Politik einspannen ließen, sinkt drastisch. Nationalismus und Rassismus nehmen zu. Teile der unteren Gruppen entwickeln aggressive ethnozentristische Verteidigungsstrategien, für die sie eine nationale Gemeinschaft mit den herrschenden Klassen neu schaffen wollen.

Die Zeichen einer Krise der gesellschaftlichen Reproduktion (Umwelt, Bildung, Kultur), der sozialen Integration, der demokratischen Legitimation und der Sicherheit nach innen und außen häufen sich. Vier mögliche Szenarien zeichnen sich ab: In der jetzigen Krise können neokonservative und auch neosozialdemokratische Versuche stärker werden, mit den jeweiligen Mitteln die Probleme zu bewältigen. Zugleich steigen die Gefah-

ren eines Entzivilisierter Kapitalismus, wie er in den Kriegen gegen den Irak, in Guantanamo schon geprobt wird. Und es steigen die Chancen für einen wirklichen Richtungswechsel.

Die Privatisierung und Flexibilisierung stößt auf immer stärkeren Widerstand. Die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften hat ein Ende gefunden. Die jetzt schon ein Jahr anhaltende Krise auf den globalen Finanz- und Hypothekemärkten macht klar: Der Staat muss zurück als »lender of last resort« (jene, die bei Liquiditätskrisen als Letzte einspringen). Nur er kann noch Sicherheit herstellen. Banken werden plötzlich verstaatlicht, Spekulationen verboten und der Finanzmarkt soll reguliert werden.

Vor diesem Hintergrund machte der Parteienwettbewerb eine Koalition der Eliten und Besserverdienenden fragil. Die Konservativen setzten seit 1998 zunehmend darauf, Arbeiter als Wähler zu gewinnen, und machten den Sozialdemokratien in ihrer Kernklientel Konkurrenz, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich oder Italien. Wie Henry Guiano, Berater und Spin-Doktor von Sarkozy formulierte: »Die unteren Schichten sind ein strategisches Ziel. Diese Welt ist Se-golene Royal fremd. Diese Bevölkerung fühlt sich vielleicht von der Politik verraten, hat aber keinen anderen Ausweg als die Politik.«²²

Bewusst wählt Sarkozy die Sprache der kleinen Leute. So sehr er selbst sich in der Welt der Großen sonnt, will er doch einer sein, der wie ein Vater für sein Volk sorgt: »Ich bin hierher gekommen, weil hier Frankreich ist... Das Frankreich, das leidet, ist auch jenes der armen Arbeitenden, alle jener, die überzeugt sind, nicht belohnt zu werden für ihre Arbeit, für ihre Anstrengungen, für ihre Leistungen. Jenes Land, das weiß, dass der SMIC [Mindesteinkommen pro Stunden von 8,44 Euro] nicht ausreicht, um eine Wohnung zu finden, das Land der aufgezwungenen Teilzeitarbeit, das der alleinstehenden Mütter, die nicht voll arbeiten können, weil sie nicht die Mittel haben, ihre Kinder versorgen zu lassen. Das ist auch das Frankreich der Industriearbeiter, die in der Angst vor Unternehmensverlagerungen leben... Das ist das Land der Handwerker, der Landwirte, der Fischer, die von Abgaben und Zwängen erdrückt werden und nicht mehr durchkommen. Das ist das Frankreich der unteren sozialen Schichten, die Angst haben vor der Deklassierung. Das ist das Frankreich, von dem die Zukunft wie eine Bedrohung erlebt wird...«

Aufgrund der inneren Differenzen der oberen Mittelschichten gibt es eben nicht die eine Partei dieser sozialen Großgruppe. Gewinnt eine Partei oder Parteienfamilie die Oberhand, dann kann die andere versuchen, durch Appell an die untere Mitte und die unteren Schichten ihrerseits

die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Angela Merkel hat dies versäumt und beinahe die Bundestagswahlen 2005 verloren, weil Schröder selbst plötzlich eine soziale Wende vornahm und sich der sozialen »Balance« besann. Jetzt ist der Blick nach unten fest verankert: Freiheit und Gerechtigkeit sei wichtig, nicht Bürger-, sondern Volkspartei müsse die CDU sein, hieß es nach dem Wahldebakel. Branchenspezifische Mindestlöhne werden genauso akzeptiert wie eine Erhöhung des Kindergeldes und der Ausbau der vorschulischen Bildung und von Ganztagschulen. Die CSU hat sich dem Leitbild der »solidarischen Leistungsgesellschaft« verschrieben.

Diese Politik des sozial verankerten Konservatismus strebt eine Integration der Interessen und Werte der marktliberalen und gemäßigt autoritären Kräfte mit sozial-autoritären Einstellungen unterer Gruppen unter dem Primat der marktwirtschaftlichen Orientierung an. Dies setzt eine spezifische Selektion der Interessen der Lohnabhängigen voraus: sinkende Belastung unterer Einkommen bei gleichzeitiger Privatisierung der Daseinsvorsorge, starker Druck auf die Bezieher von Sozialtransfers bei gleichzeitiger Verbesserung von Aufstiegschancen über Bildung und die Öffnung der Arbeitsmärkte vor allem über Leiharbeit und den Niedriglohnssektor; Politik der weiteren wirtschaftlichen Öffnung und restriktive Politik gegenüber Asylbewerbern; starke soziale Differenzierung (im eigenen Land und global) und zugleich Bekämpfung von Kriminalität und Terror vor allem über einen Sicherheitsstaat und militärische Intervention; stärkere Berücksichtigung der ökologischen Nachhaltigkeit, aber auf der Basis einer strukturkonservativen Politik, die die Produktions- und Lebensweise nicht grundlegend verändert.

Dieser sozial verankerte Konservatismus, wie ihn in brillanter Weise Sarkozy verkörpert, ist »eine kühne Allianz zwischen Privilegierten und Mittellosen« (Eric Duplin). Der Staat und der Sozialstaat sollen ganz anders als bisher eingespannt werden, um die gesellschaftliche Reproduktion, soziale Integration, politische Handlungsfähigkeit und innere wie äußere Sicherheit zu den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus zu ermöglichen. Die Herrschaftsbasis in den unteren sozialen Gruppen soll aktiv wiederhergestellt werden. Wie Lessenich schreibt: »Flexibler Kapitalismus meets Post-Demokratie die Radikalisierung des ökonomischen Produktivitätsprinzips (»Alle Macht der Bewegung!«) geht mit der Beschränkung politischer Gestaltungspotentiale (»There is no alternative!«) einher: Und mitten drin der als »aktivierender« sicher reformierende Sozialstaat, der das schwierige Geschäft der sozialverantwortlichen Selbst-Bewegung der

Subjekte betreibt und dem die dafür in Anspruch genommenen positiven Wertbezüge sozialen Handelns – Aktivität und Produktivität, Flexibilität und Autonomie – zu politischen Steuerungsformen des individuellen Selbstzwangs in gesellschaftlicher Absicht geraten.«²³

Bündnis für eine solidarische Gesellschaft

Die Allianz der »Privilegierten und der Mittellosen« muss einen fundamentalen Widerspruch überbrücken – den zwischen Gewinnern und Verlierern einer primär auf die Märkte setzenden Politik, die den Sozialstaat in ein bloßes Instrument besserer Vermarktung umzugestalten sucht. Es gibt eine klare Renaissance des Sozialen und linker Positionen. Mehrheiten gerade im Unten der Gesellschaft sind gegen die Rente mit 67, gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sie wollen in ganz anderem Maße einen Ausbau öffentlicher Bildung, allgemeine Mindestlöhne, Abschaffung von Hartz IV und eine scharfe Kontrolle, Zerschlagung oder sogar Verstaatlichung solcher Monopole wie der Energiekonzerne.

Angesichts der Tatsache, dass die Armut in Deutschland 13 Prozent (26 Prozent vor Sekundärverteilung), dass jedes 6. Kind von Armut bedroht ist (eine Verdopplung in einem Jahrzehnt; 40 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden, 30 Prozent der Kinder in Migrantenfamilien), der wachsenden Einkommensspreizung, des Niedriglohngefängnisses (22 Prozent der Beschäftigten arbeiten zu schlechten Konditionen, in den USA sind es 25 Prozent) und eines Bildungssystems, das die soziale Polarisierung verstetigt und den sozialen Status mehr als in jedem anderen entwickelten Land vererbt, ist die Politik des sozial besorgten Konservatismus für die untere Mitte nur das kleinere Übel gegenüber einem radikalen Neoliberalismus.

Eine linke oder solidarische Mehrheit (so Kurt Beck noch in seiner Eigenschaft als SPD-Vorsitzender) in Deutschland ist möglich, wenn es gelingt, die Interessen jenes Teils der oberen Mitte, der vor allem im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und sozio-kultureller Sektoren tätig ist (engagiertes Bürgertum und kritische Bildungseliten in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung) mit den Interessen der bedrohten Arbeitnehmermitte und größeren Teilen der unteren sozialen Gruppen zu verbinden.

Ein zentrales Scharnier dieses Bündnisses ist der öffentliche Sektor. Er ist in Deutschland eindeutig unterentwickelt. Der Output staatlicher Institutionen (inkl. Sozialversicherung) beträgt in den skandinavischen Ländern 26 Prozent des Bruttosozialprodukts, in Deutschland jedoch nur

13 Prozent. In Dänemark gibt es 170 öffentliche Beschäftigte je 1000 Einwohner, in Deutschland sind es gerade mal 55. Deutschland muss wählen zwischen einem staatsförmigen »High-Road« oder einem marktförmigen »Low-Road« zur Dienstleistungsgesellschaft.²⁴

Gerade die unteren Schichten sind auf einen starken, bürgernahen Bereich öffentlicher Dienstleistungen angewiesen, die einen qualitativ guten Service bieten. Sie können ihn weder bei Pflege noch Bildung, weder bei Information noch Gesundheit privat kaufen. Gerade sie können sich keine Wohnung in einer »sicheren Gegend« leisten. Für sie sind öffentliche Jugend- und Kultureinrichtungen die Bedingungen, auf die sie nur zugunsten privater Ödnis verzichten können. Eine wachsende Staatsquote kann dann sinnvoll sein, wenn die produktiven Bereiche wie Erziehung, Bildung, Gesundheitsprävention, Kultur, Umweltschutz, öffentliche Daseinsvorsorge (bis hin zu Infrastruktur) ausgebaut werden, die Höherqualifizierung der Gesellschaft vorangetrieben und gute Arbeit angeboten wird. Eine bürgernahe Leistungsorientierung und Partizipation gehören dabei zusammen.

Was dies bedeuten könnte, sei an zwei Beispielen illustriert. Erstens: Immer mehr Parteien fordern gegenwärtig die Wiedereinführung der Pendlerpauschale. Real läuft dies auf die Subventionen des privaten Verkehrs hinaus. Volkswirtschaftlich sinnvoller und ökologisch dringend geboten wäre dagegen, die mit der Abschaffung der Pendlerpauschale gewonnenen Gelder für den Einstieg in einen nutzerunentgeltlichen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einzusetzen. Die Kosten des ÖPNV sind bei gleicher Leistung um die Hälfte geringer als im privaten Personennahverkehr. Der Flächenbedarf ist geringer, und die Zuasphaltierung der Landschaft würde eingeschränkt. Der CO₂-Ausstoß beträgt nur ein Fünftel oder ein Zehntel. Die individuelle Mobilität würde sich durch Beseitigung von Staus, dichte Fahrtakte und flexible Systeme der Erschließung real steigern. Zugleich würden sich die Möglichkeiten demokratischer Partizipation bei der Gestaltung des Öffentlichen erhöhen.

Zweitens: Das deutsche Schulsystem ist nicht nur sozial, weil es Bildungsdifferenzen der Eltern bei den Kindern verstärkt, es ist zudem unökonomisch. Während fast alle westlichen Gesellschaften schon vor vierzig oder dreißig Jahren zu Einheitsschule und möglichst langem gemeinsamen Lernen übergegangen sind, steht dem in Deutschland der Antikommunismus und eine bornierte Verteidigung der frühen gymnasialen Ausbildung entgegen. Langes gemeinsames Lernen nützt außerordentlich stark den schwachen Schülern, und schadet gleichzeitig nicht den star-

ken.²⁵ Zugleich könnten Solidarität und der Umgang mit den unterschiedlichen Kulturen in Deutschland erlernt werden.

Nach den großen Katastrophen der beiden Weltkriege, die die europäische Zivilisation faktisch zerstörten, durch den Kampf der Völker, eine erstarkende sozialistische und kommunistische Bewegung, erste Erfahrungen mit der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung kapitalistischer Ökonomien wurden nach 1945 Institutionen geschaffen, die die Einheit von wirtschaftlicher und sozialer sowie demokratisch-parlamentarischer Entwicklung unter der Vorherrschaft liberaler Eliten sichern sollte. Dazu gehörten die Kapitalkontrolle, Regeln für Investitionen, feste Umtauschkurse, ein starker öffentlicher Sektor, eine strikte Arbeitsgesetzgebung. Seit den 1970er Jahren wurden diese Schutzdämme nach und nach geschleift und ein völlig neues institutionelles Gefüge geschaffen, dessen Eckpfeiler freie Wechselkurse, freier Welthandel und freier Kapitalverkehr, globale innerbetriebliche Arbeitsteilung, weitgehende Privatisierung, Schwächung der Verhandlungsmacht der Lohnarbeit durch Flexibilisierung, Teilzeitarbeit, Niedriglohn Sektoren sowie Dominanz des kurzfristigen Shareholder-Values sind. Dies alles ist nun in einer sehr tiefen Krise. Die Frage ist, ob es bei Reparaturmaßnahmen dieses neuen Finanzmarkt-Kapitalismus bleibt oder ob Kräfte entstanden sind, grundlegende Veränderungen einzuleiten.

Die Frage ist doch: Wenn die globale Finanzkrise zeigt, wohin die außer Rand und Band geratenen Spekulationen führen, wenn die Rohstoff- und Energiekonzerne enorme Gewinne machen und doch die Preise schnell hochtreiben, wieso dann nicht den Finanzmarkt-Kapitalismus zurückdrängen und Wirtschaftsdemokratie einführen?! Dann wäre auch die Verlagerung gewinnträchtiger Unternehmen ins Ausland nicht mehr ohne weiteres möglich. Wenn Privatisierung und Spaltung im Bildungs- und Gesundheitssystem so zerstörerisch wirken, wieso dann nicht den öffentlichen Sektor erneuern und ausbauen?! Wenn Teilzeit und Leiharbeit zu mehr Beschäftigung führen, die aber nicht existenzsichernd ist, warum dann nicht eine neue Vollbeschäftigung mit guten Löhnen und guter Arbeit?! Wenn die Umverteilung von unten nach oben und von öffentlich zu privat am Ende dazu geführt hat, dass nun die öffentliche Hand und die Masse der Steuerzahler für die Verluste zur Kasse gebeten werden, während die Gewinne längst in Steueroasen geparkt sind, warum dann nicht die Umverteilung umkehren?! Wenn die neuen Kriege der USA, der NATO und der Europäischen Union nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu mehr Unsicherheit, der Krieg gegen den Terror zu mehr Terrorismus, der Kampf der Kulturen zu mehr Unkultur geführt, sich die Rüstungsausgaben in den

letzten acht Jahren weltweit verdoppelt haben, warum darin nicht endlich diesen Zyklus umkehren und das Konzept gemeinsamer Sicherheit durch solidarische Entwicklung, wie es am Ende des Kalten Krieges entstanden war, aktivieren?! Die Ausgaben für Rüstung allein würden reichen, jedem Menschen auf der Erde den Zugang zu frischem Wasser und medizinischer Grundversorgung zu sichern und die Kosten einer ökologischen Wende ohne Senkung des Lebensniveaus einzuleiten.

Auf dem Gebiet der globalen Wirtschaft sind die folgenden Forderungen nicht nur langfristig sinnvoll, sondern könnten unmittelbar zur Lösung der gegenwärtigen Krise beitragen, wie es der New Deal in den USA in den 1930er Jahren tat: Wiedereinführung der Kapitalverkehrskontrolle und Schaffung einer globalen Kartellbehörde, Erhebung einer Steuer auf spekulative Gewinne (Tobin-Tax) und Austrocknung der sogenannten Steueroasen, die nichts anderes sind als legalisierte Formen des Diebstahls im größten Stil und zudem Geldwaschanlagen der globalen Kriminalität (der staatlichen wie der privaten) darstellen (allein dies zwischen zweieinhalb und fünf Prozent des globalen Bruttosozialprodukts). Die Stabilisierung der Wechselkurse würde zudem Spekulationsgewinne deutlich einschränken.

Die hier vertretene Position ist die eines radikalen Reformismus, der den Bruch, die revolutionäre Veränderung der Qualität gesellschaftlicher Entwicklungsweise antizipiert in den einzelnen Reformen und in der Vision, die ihnen zugrunde liegt. Wie der Chaostheoretiker John Holland formulierte: »Bei der Evolution kommt es nicht darauf an, einfach nur ein gutes Tier hervorzubringen, sondern gute Bausteine zu finden, die sich zu guten Tieren zusammensetzen lassen.«²⁶ Das unmittelbare Ziel ist das Auffinden guter Bausteine, das mittelbare Ziel ist es, dadurch eine gute, eine gerechte und solidarische, eine nachhaltige und friedliche Form sozialer Evolution zu ermöglichen. Es wäre dies eine Gesellschaft, in der Menschen ohne sozial bedingte Ängste leben können. Dies scheint nicht viel zu sein und wäre doch das eine große Ziel. Erst dann können Menschen ihr Leben wirklich selbst in die Hand nehmen, werden sie tatsächlich für ihr Glück und Unglück selbst verantwortlich sein können, soweit dies überhaupt möglich ist.

Ein Blick nach vorn

Parteien brauchen Strategien, um in einer immer komplexeren und sich schnell verändernden Welt zu überleben. Die Frage ist nur: Welche Parteien mit welchen Strategien brauchen die Bürgerinnen und Bürger? Parteien können sich als Selbstzweck in der Demokratie verstehen und die

Bürgerinnen und Bürger nur als Wählerinnen und Wähler, die man ein einziges Mal alle vier Jahre für wenige Minuten der Wahlabgabe wirklich braucht. Mit den Folgen der Wahlentscheidung aber müssen alle über die restlichen 1460 Tage leben.

Es gibt die Möglichkeit für einen Richtungswechsel hin zu einer solidarischen Entwicklung. Die erneuerten gewerkschaftlichen Kämpfe und die sozialen Bewegungen, die von Mehrheiten erkannte Notwendigkeit eines starken regulierenden Staates Und der Erneuerung des Öffentlichen angesichts vieler Krisen, mögliche Lernprozesse in der SPD (dauerhafte strukturelle Unterlegenheit gegenüber CDU/ CSU) und bei den Grünen (Übergang zur Scharnierpartei gelingt nicht), der Ausbau der Partei DIE LINKE zu einer sozial verankerten und kulturell ausdifferenzierten Partei, die erfolgreiche Schaffung von Linksregierungen auf Landesebene (Berlin, Thüringen, Brandenburg oder auch Hessen) können unter günstigen europäischen und internationalen Bedingungen innerhalb von fünf bis zehn Jahren diesen Richtungswechsel durchsetzbar werden lassen.

Es ist offen, wie sich aus der Wählerstimmenmaximierung der Parteien gemeinwohlorientierte Entscheidungen ergeben können, die mit Fortschritten in Richtung zu mehr gesellschaftlicher Integration, ökologischer Nachhaltigkeit und Frieden verbunden sind. Auch die Partei DIE LINKE ist keinesfalls per se der Hüter einer solchen Entwicklung. Sie hat aber gute Gründe, im Eigeninteresse die Chancen für eine solidarische Mehrheit ernst zu nehmen, sich einem Richtungswechsel der Politik glaubwürdig zu verschreiben, weder an der Scylla bloßer Systemopposition zu zerschellen, noch an der Charybdis kurzfristiger Pragmatik eines kleineren Übels zu zerbrechen. Nach Konfuzius gibt es »dreierlei Wege, klug zu handeln: Erstens durch nachdenken, das ist der edelste, zweitens durch nachahmen, das ist der leichteste, und drittens durch Erfahrung, das ist der bitterste.« Er möge uns erspart bleiben. Es ist Zeit, die Segel zu setzen zu den Ufern einer solidarischen Gesellschaft, die in Frieden mit anderen und der Natur lebt.

¹ Vgl. dazu vor allem: Joachim Raschke: Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept. In: Frank Nullmeier, Tomas Saretzki (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt am Main und New York 2002; Joachim Raschke, Ralf Tils: Politische Strategie. Eine Grundlegung. Wiesbaden: TS Verlag für Sozialwissenschaften 2007. Vgl. dort auch die Fallstudien zur deutschen Politik.

- ² Vgl. dazu mit Blick auf die Position von Rosa Luxemburg: Michael Brie: Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion. In: Conny Hildebrandt, Michael Brie (Hrsg.): Die Linke in Regierungsverantwortung. Analysen, Erfahrungen, Kontroversen Beiträge zum gesellschaftspolitischen Forum am 4. Februar 2006 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2006, S. 8-26. (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/regverantw.pdf).
- ³ Franz Walter: Die Alternativlosen. In: Der Spiegel, Nr. 16 vom 18.4.2005.
- ⁴ »Dass zwei von drei Wählern, die 2006 für Rifondazione Comunista, Communisti Italiana oder die Grünen gestimmt hatten, diesen Parteien den Rücken kehrten, weist auf ein schwerwiegendes Problem hin: Auch die Wähler der Linken erwarten von >ihren Leuten<, wenn sie denn schon mal Ministerposten bekleiden, spürbare Verbesserungen. Bleiben diese aus, wenden sich viele enttäuscht ab.« Jens Renner: Italiens Linke am Tiefpunkt. Die Vorgeschichte einer historischen Niederlage. In: Z. Nr. 75, September 2008, S. 13.
- ⁵ Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt am Main 1999, S. 13.
- ⁶ Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage, die besitzlosen Klassen zum Hass und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. Von Ferdinand Lassalle. In: http://de.geocities.com/veblenite/txt/wiss_arb.htm.
- ⁷ Dazu lange vor der Hohen Zeit des entfesselten Finanzmarkt-Kapitalismus: Claus Offe: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie. Frankfurt am Main 1973.
- ⁸ Vgl. zu diesem Typ von Kapitalismus u. a.: Michel Aglietta: Ein neues Akkumulationsregime: Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg: VSA 2000; Joachim Bischoff: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen. Hamburg: VSA-Verlag 2006; Paul Windolf: Was ist Finanzmarktkaipitalismus? In: P. Windolf (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Sonderheft 45/2005 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag, S. 20-57; Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen. Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus. Supplement zur Zeitschrift Sozialismus, Heft 3/2006.
- ⁹ Eines der Opfer dieser Entwicklung ist die Französischen Kommunistische Partei (PCF): »Die neoliberale Wende wurde 1983 von der [sozialistischen – M. B.] Regierung Mauroy eingeleitet, gefolgt vom Regierungsaustritt der PCF ein Jahr später. Die Entscheidung für eine restriktive Haushaltspolitik und den gemeinsamen Markt, die Abschaffung der Indizierung von Preisen und Löhnen, markieren das Ende einer Periode, in der die Arbeiter ungefähr die Hälfte der Produktivitätszuwächse nutzen und ihre Kaufkraft steigern konnten... Die Angst der Arbeiter und Angestellten vor dem sozialen Abstieg nahm zu und das Stimmverhalten der Arbeiter für die Linke wurde durch massive Wahlabstinenz ausgehöhlt... Bei den Parlamentswahlen von 1993 erhielt die Rechte erstmals mehr Stimmen aus dem Lager der Arbeiter und Angestellten als die Linke.« Elisabeth Gauthier: Die französische Linke: Reorganisation und neue Bündnisse gegen eine erneuerte Rechte. In: Z. Nr. 75, September 2008, S. 22 f.
- ¹⁰ So KPD und KPdSU in einem Geheimprotokoll am Rande der 9. Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau. Zitiert aus: Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Herausgegeben von Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas und Klaus Kinner. Geschichte des Kommunismus und Links Sozialismus. Bd. IV. Berlin 2003, S. 56.
- ¹¹ Frigga Haug: Standbein und Spielbein. Rosa Luxemburgs Konzept von revolutionärer Realpolitik. In: Klaus Kinner, Helmut Seidel: Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Berlin 2002, S. 139-151.
- ¹² Vgl. zu den Details u. a. in: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter: Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden 2007; Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen. Berlin 2005.
- ¹³ Meinhard Meuche-Mäker: Der Blick von Innen. Die Sicht von Akteuren auf die Bildung der Partei DIE LINKE. In: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt, Meinhard Meuche-Mäker: Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin 2007, S. 86.

-
- ¹⁴ Dabei wird an die eigenen Beiträge im eben genannten Buch angeknüpft.
- ¹⁵ Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Bd. 8. Hrsg. von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle. Hamburg 1998, S. 1948.
- ¹⁶ Vgl. ausführlicher dazu in: Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2007, S. 70 ff.; sowie: Rita Müller-Hilmer: Gesellschaft im Reformprozess. Friedrich-Ebert-Stiftung 2006. (http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061017_Gesellschaft_im_Reform-prozess_komplett.pdf, S. 20 ff.).
- ¹⁷ Oskar Niedermayer: Plädoyer für die Abschaffung der Links-Rechts-Dimension. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 5/2008, S. 33.
- ¹⁸ Thomas Meyer: Ohne Mitte geht es nicht. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 5/2008, S. 42.
- ¹⁹ Albrecht von Lücke: Die Camouflage der bürgerlichen Rechten. In: Ebenda, S. 44.
- ²⁰ Keinesfalls zufällig posierte Schröder in Brioni-Änzügen und mit Cohiba-Zigarre.
- ²¹ Joachim Bischoff: Vom »goldenen Zeitalter« zur Ära der Turbulenzen der Globalökonomie. Überlegungen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. In: Z, Nr 73 (März 2008), S. 38.
- ²² Zitiert in: Elisabeth Gauthier, a. a. O., S. 25.
- ²³ Stephan Lessenich: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld 2008, S. 136.
- ²⁴ Cornelia Heintze: Der aufhaltbare Abstieg in die polarisierte Ungleichheitsgesellschaft. Berlin 2008.
- ²⁵ Lisa Becker: Mehr Geld für Schulen bringt wenig. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. August 2008, S. 12.
- ²⁶ Zitiert in: M. Mitchell Waldrop: Inseln im Chaos. Die Erforschung komplexer Systeme. Reinbek bei Hamburg 1993, S. 212.

*In: Radikale Realpolitik.
Plädoyer für eine andere Politik.
Texteband der RLS Bd. 62 von Michael Brie (Hrsg.)*

24

Michael Brie

Vorwärts in die Vergangenheit?

Wolfgang Streecks verfehlt Wiederentdeckung
der marxistischen Kapitalismuskritik

Selten wurde Kapitalismuskritik in Deutschland so begrüßt wie die von Wolfgang Streeck. Jürgen Habermas schreibt in den »Blättern«: »Sie erinnern in ihren besten Partien – also immer dann, wenn sich die politische Leidenschaft mit der augenöffnenden Kraft kritisch beleuchteter Tatsachen und schlagender Argumente verbündet – an den »18. Brumaire des Louis Napoleon«¹ von Karl Marx. Aber ist dieses Lob tatsächlich gerechtfertigt?

Beginnen wir mit dem Ende: Schon ein Blick auf die Schlussfolgerungen, die Wolfgang Streeck aus seiner Kapitalismusanalyse zieht, verstört: »Wenn Demokratie heißt, dass soziale Gerechtigkeit nicht in Marktgerechtigkeit aufgehen darf, dann müsste es demokratiepolitisch zuallererst darum gehen, die von vier Jahrzehnten neoliberalen Fortschritts angerichteten institutionellen Verwerfungen rückgängig zu machen und die Reste jener politischen Institutionen so gut wie möglich zu verteidigen und instand zu setzen, mit deren Hilfe es vielleicht gelingen könnte, Marktgerechtigkeit durch soziale Gerechtigkeit zu modifizieren oder gar zu ersetzen.«² Leitbild der Kritik ist für Streeck somit jener kurze schöne Moment des »demokratischen Kapitalismus der Nachkriegszeit«, der »zwei konkurrierende Verteilungsprinzipien zugleich institutionalisiert« hatte, die Streeck als »Marktgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit« bezeichnet (91). Also vorwärts in die Vergangenheit?

Und dennoch: Wieso sollte die Linke in Deutschland bei Lesen des Werkes von Wolfgang Streeck nicht aufatmen? Endlich kommt aus dem Zentrum der akademischen Institutionen das befreiende Wort, dass man die Entwicklung der Gegenwartsgesellschaften »ohne den Gebrauch bestimmter auf Marx zurückgehender Schlüsselbegriffe nicht auch nur annähernd verstehen kann« (S. 18)! Aus berufenem Munde wird festgestellt: »Die Alternative zu einem Kapitalismus ohne Demokratie wäre eine Demokratie ohne Kapitalismus« (235). Es ist, als höre man Rosa Luxemburg, wäre da nicht angefügt: »zumindest ohne den Kapitalismus, den wir kennen«.

Bei alledem verstört, dass Streeck durchaus den toten Marx anruft, die lebenden Marxisten dieses Landes aber völlig negiert. Von neoliberalen Wettbewerbs- und Konsolidierungsstaat ist die Rede, aber Joachim Hirschs blende Analysen bleiben unerwähnt. Das Landnahmetheorem von Rosa Luxemburg wird rezipiert, aber Klaus Dörres aktuelle Forschungen fehlen. Weder Birgit Mahnkopf noch Wolfgang Fritz Haug, weder Elmar Altvater noch Alex Demirovic, weder Joachim Bischoff noch Birgit Sauer, weder Dieter Klein noch Stephan Lessenich, weder Frigga Haug noch Mario Candeias, weder Frank Deppe noch Ulrich Brand finden sich im Literaturregister. Es ist, als hätte Deutschland keine Marxistinnen und Marxisten. Selbst in der Wende hin zur dezidierten Kapitalismuskritik wird auf diese Weise das eigene Deutungsmonopol reproduziert.

Die falsche Therapie ist der logische Schluss der falschen Analyse

Man könnte über die Ignoranz hinwegsehen, die dem lebendigen Marxismus entgegengebracht wird, wäre nur die Diagnose richtig, die Streeck gibt. Aber Wolfgang Streeck ist ein konsistenter Denker. Die Therapie ist der logische Schluss seiner Analyse. Dabei gibt es drei grundsätzliche Probleme.

Erstens liegt Streecks Analyse der prägnant formulierte Dualismus von »Staatsvolk« und »Marktvolk« zugrunde (121). Auf diesem Dualismus basiert auch das für die Nachkriegszeit behauptete Gleichgewicht von Marktgerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit. Den hochdynamischen eigeninteressierten Kapitaleigentümern wird ein passiviertes Staatsvolk gegenübergestellt, das höchstens durch die Staatsmacht zur Kraft wird.

Zweitens wird die Auflösung des Nachkriegskapitalismus ausschließlich vom Ergebnis erzählt. So steht für die Vergangenheit allein die Alternative: strukturkonservative Erhaltung des alten Gesellschaftsvertrages oder Neoliberalismus. Und für die Zukunft ist nur eine Wahl zwischen entdemokratisiertem Kapitalismus und der Rückkehr in die Vergangenheit denkbar.

Dies bedeutet drittens: Die Potentiale einer Wende hin zu einer grundsätzlichen Gesellschafts-Transformation³ bleiben ungedacht. Eine radikale Realpolitik, die von den inneren Widersprüchen des Neoliberalismus und vorhandenen Gegenkräften ausgeht, kann nicht formuliert werden. Es ist die Ideologie der guten alten Sozialdemokratie seligen Andenkens, die sich hier meldet. Ihr bisher letztes Wort war die Agenda 2010. Mit Stre-

eck erklärt sie sich nun (erneut) auf grandiose Weise unfähig, zeitgemäße Alternativen zu denken. Auf diesem Wege hat sie keine Zukunft mehr, die nicht im Vorgestern liegt.

Gewiss, ein derart harsches Urteil ist begründungsbedürftig, denn das Buch ist in der Tat eine brillante Erzählung. Darin vor allem liegt seine Wirkungskraft: Wie bei jeder guten Erzählung gibt es einen Helden, der ein hehres Ziel verfolgt, zu dem er beauftragt wurde; es gibt Anti-Helden und dessen Gegen-Ziele. Es gibt Nutznießer hier wie dort, und auf beiden Seiten Helfer und Helfershelfer.⁴ Doch auch gut geschriebene sozialwissenschaftliche Erzählungen können falsch sein.

Ausgangspunkt der Streeckschen Analyse ist die Zeit nach 1945. Es sei die Angst der Kapitaleigentümer vor Enteignung gewesen, die sie zu einem Kompromiss gezwungen habe. Dass der New Deal sich viel früher, vor dem Zweiten Weltkrieg formierte, ist vergessen. Roosevelt und das schwedische Modell tauchen nicht auf, auch die Volksfrontregierung in Frankreich nicht. Nein, zwei gegensätzliche Prinzipien seien nach 1945 in ein produktives Verhältnis gesetzt worden: soziale Gerechtigkeit der Teilhabe der Arbeiter an einem wachsenden Wohlstand und »Marktgerechtigkeit«. Zwei zentrale Akteure würden dabei auf den Staat und dessen Politik einwirken – das Staatsvolk und das Marktvolk. Doch während ersteres dem Nachkriegskompromiss die Treue gehalten hätte, kündigte das Marktvolk später das Abkommen auf und suchte sein Heil in der »Flucht in den Markt«. Ziel war die »Wiederherstellung angemessener Gewinnspannen durch freie Märkte und Deregulierung« (55). Mittels der drei Wellen – erstens Inflation, zweitens öffentlicher und drittens privater Verschuldung – wurde Zeit gekauft, Widerstand gemildert und die neue Welt erst des Verschuldungs- und jetzt des harten Spar- und Konsolidierungsstaats geschaffen. Das Projekt der Europäischen Union sei dabei zum institutionellen Vehikel der Entmachtung der Nationalstaaten als möglicher Bastionen des Widerstands seitens der Staatsvölker geworden. Wer soziale Gerechtigkeit wieder in ihre Rechte einsetzen wolle, müsse deshalb re-nationalisieren. Ansonsten drohe die »Diktatur einer vor demokratischer Korrektur geschützten kapitalistischen Marktwirtschaft« (235).

Staatsvolk versus Marktvolk?

Wie aber verhält es sich tatsächlich mit der zentralen Denkfigur des Buches, dem Gegensatz von »Staatsvolk« und »Marktvolk«? Dahinter verbergen sich die beiden Hauptauftraggeber des Staates, wie Streeck ihn versteht.

Das »Marktvolk« erschließt sich schnell als die Klasse der international tätigen Vermögenseigentümer, vertreten durch Finanzfonds, Banken und Versicherungen. Es sind die Akteure der globalisierten Kapitalanlage. Sie fordern hohe Zinssätze und verlangen strikte Schuldenbedienung. Wer aber ist das »Staatsvolk«?

Offensichtlich sind es Staatsbürger, die gegen eine passive Loyalität und Stimmabgabe bei Wahlen öffentliche Daseinsvorsorge erwarten. Der »Held« der Streeckschen Erzählung ist ein Weichling. Er wählt und ist loyal. Sein Ziel besteht darin, dass für ihn im Nationalstaat vorgesorgt wird. Es ist der deutsche Michel, wie er schon im Jahr 1848 vom Wutbürger des Frühlings zum guten Untertan des Herbstes wurde und von dem Georg Herwegh 1860 dichtete: »Das alte Lied vom alten Malheur/Hör ich von neuem erklingen:/Du werdest's nimmer zum Akteur/Auf dieser Bühne bringen.«⁵

Doch dieser Dualismus von »Staatsvolk« und »Marktvolk« führt in die Irre. Denn: Die »Völker« des Schuldenstaats sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Und wenn tatsächlich nur auf der einen Seite dieser Medaille »Demokratie« stehen sollte, so gewiss auf der anderen »Kapitalismus«. Die Art von Demokratie, die sich dieses »Staatsvolk« erhoffen kann, hat Kapitalismus als ihr inneres Geheimnis.

Dies war schon nach 1945 so: Die soziale Marktwirtschaft war der mit dem Aufstieg der zumeist männlichen Lohnarbeit verbundene (fordistische) Kapitalismus. Seine Demokratie war an diesen Kapitalismus gefesselt. Dies erfuhren alle, die die Fesseln dieses Kapitalismus durch erweiterte Mitbestimmung, weitergehende Vergesellschaftung, Arbeitnehmerfonds, radikale Verkürzung der Arbeitszeit sprengen wollten. Die »Fassadendemokratie« (Habermas, Bofinger, Nida-Rümelin) war schon vor dem »Neoliberalismus« da. Es war immer eine Demokratie, erpressbar durch die Kapitaleigentümer. Das Streecksche »Staatsvolk« ist dem Kapital buchstäblich unter(ge)tan. Wer aber könnte die Rückkehr zu einer solchen Demokratie wollen?

Der Held als Almosenempfänger

Der Held »Staatsvolk« erweist sich bei Streeck als einer, der Almosen empfängt - Arbeit wie Konsum und Daseinsvorsorge. Streeck spricht denn auch vom »Arbeit- und Konsumnehmer«. Seine Story vom Ende des Nachkriegskapitalismus wird fast ganz allein aus der Tat des Kapitals erklärt: »Während sich die Massenloyalität der Arbeit- und Konsumnehmer gegenüber dem Nachkriegskapitalismus als stabil erwies, galt dasselbe

keineswegs für die Kapitalseite. Das Problem der Frankfurter Krisentheorien der 1970er Jahre war, dass sie dieser keinerlei Intentionalität und Strategiefähigkeit zubilligten, weil sie das Kapital als Apparat und nicht als Agentur, als Produktionsmittel statt als Klasse behandelten. [...] So aber war dem, was sich in den Jahrzehnten nach dem Ende der langen 60er Jahre ereignen sollte, nicht beizukommen. Da nämlich erwies sich das Kapital als Spieler statt als Spielzeug – als Raub- statt als Nutztier, dem das institutionelle Gerüst der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ nach 1945 als zu eng gewordener Käfig erschien, aus dem es immer dringlicher glaubte, sich befreien zu müssen« (43 f.)

Hier das agile Kapital, dort die passiven Bürger? Die heftigen Streiks der frühen 1970er Jahre, auf die Streeck durchaus verweist, die Schockwellen der Studentenbewegungen, die umfassenden Reformprojekte einer weit über den Nachkriegskapitalismus hinausgehenden Entmachtung der Kapitaleigentümer gehören aber auch zur Geschichte dieser Zeit. Die Frage der 70er Jahre war nicht, den alt gewordenen Nachkriegskapitalismus fortzusetzen, sondern, welcher *neue* Gesellschaftsvertrag geschlossen werden sollte.

Und genau hier hat sich letztlich *eine* sehr besondere Kapitalfraktion durchgesetzt – die Fraktion des Finanzmarktkapitals.

Die im Nachkriegskapitalismus entstandene Überakkumulation des Finanzkapitals und die Frage der Verfügung darüber ist Teil der von Wolfgang Streeck nicht erzählten Geschichte. Tatsächlich tat sich eine Alternative auf: Umverteilung nach unten und hin zur Gesellschaft, sprich: Nutzung für deren sozialökologischen Umbau, oder Umverteilung nach oben und hin zu Finanzmarktinvestoren. Das Monument des Sieges des neoliberalen Projekts wurde auf dem Friedhof von Alternativen errichtet. Doch Streeck sieht nur den Sieg und verschweigt die vielen Versuche, den Nachkriegskapitalismus umzubauen – emanzipatorisch, sozial, feministisch, demokratisch und schließlich ökologisch. Zu diesen unterdrückten Alternativen gehörten die chilenische *Unidad Popular* genauso wie das schwedische Projekt der Arbeitnehmerfonds oder das Programm der Miterrand-Regierung von 1981. Auch die Absicht einer Verallgemeinerung der Montanmitbestimmung in Westdeutschland wäre zu erwähnen. Wolfgang Streeck negiert also nicht nur die zeitgenössische marxistische Gesellschaftsanalyse, sondern auch die Ansätze realer Alternativen zum sich formierenden Neoliberalismus der 1970er Jahre.

Streecks suggestive Frage »Was wäre, wenn es gar nichts Positives gäbe?« (9) bezieht sich sowohl auf die Gegenwart als auch auf die Vergangenheit.

Er verengt damit aber nicht nur den Blick zurück, sondern vor allem auch den Blick nach vorn. Für ihn gibt es nur eine Alternative – entweder die Durchsetzung eines autoritären Finanzmarkt-Kapitalismus oder die Rückkehr zu einem national gezähmten kapitalistischen Markt.

Die Emanzipationsbewegung der 60er/70er Jahre wird unterschlagen

Das ist ein erstaunlicher Reduktionismus: Zumindest seit den 1960er Jahren sieht Streeck keine wirklich relevanten emanzipatorischen und solidarischen Gegenbewegungen zum Generalangriff der Kapitalinvestoren auf den Nachkriegskompromiss. Mehr noch: Wo er über sie schreibt, begegnet er ihnen mit Geringschätzung.

Es waren aber neue Generationen von Arbeitern, die weder hierarchische Fabrik noch bürokratische Großorganisation als Lebensmittelpunkt von der Schule bis zur Rente akzeptierten. Was bei Streeck als »Popularität der weiblichen Erwerbsarbeit« (42) und verächtlich als »humankapitalistische[r] Selbstverwertungsfanatismus und -feminismus« (43) erscheint, war eine Emanzipationsbewegung, individuell wie kollektiv. Und selbst die Wendung weg von der bloßen Befriedigung der Grundbedürfnisse kann nicht auf Konsumrausch reduziert werden. Es entwickelte sich ein Massenkonsum, der den kulturellen Wert der Güter ins Zentrum stellt. Streeck nennt »Autos, Kleidung, Kosmetik, Lebensmittel und Unterhaltungselektronik und [...] Dienstleistungen wie Körperpflege, Tourismus und Entertainment«. Streecks Kritik darin wird billig, der bedürfnisarme Proletarier oder piefige Kleinbürger dagegen noch im nachhinein idealisiert. Doch auch den Arbeitern und ihren Kindern war der Nachkriegskapitalismus zur Fessel geworden, den neuen Mittelschichten sowieso.

An den Käfigstangen des Nachkriegskapitalismus wurde an vielen Stellen und von vielen Kräften gerüttelt. Es war eine Welt ohne Zukunft, so der Eindruck der Jugend. Viele brachen aus dieser standardisierten Welt der Verwaltung des Mittelmaßes aus. Frauen drängten an die Hochschulen. Eine sexuelle Revolution revolutionierte die Geschlechterverhältnisse. Die Vielfalt von Lebensmöglichkeiten wurde (wieder) entdeckt. Die ökologische Frage setzte die Grenzen der fossilistischen Zivilisation auf die Tagesordnung. Das Kartell der militärisch-zivilen Atomlobby geriet in heftigste Kritik. Neue Technologien des herausziehenden Zeitalters von Internet und Digitalisierung ließen die gigantischen bürokratisierten Großunternehmen alt aussehen. Die Frage war nur, wer die Früchte dieses Aufbruchs ernten würde.

Was bei Streeck eine bloße Opfergeschichte ist, in dem das »Staatsvolk« vom »Marktvolk« über den Tisch gezogen wurde, war – und ist – in Wirklichkeit ein sehr lebendiger Kampf. In den 1970er Jahren wurde deutlich, dass es so weder weiter ging noch weiter gehen sollte. Die Frage war nur, wer sich fähig zeigen würde, die Hegemonie zu ergreifen. Es war eine Frage von Vision, Macht und Willen. Die Krise wurde zu Gefahr und Chance zugleich.

Die Krise des Kapitalismus – Gefahr und Chance zugleich

Die Ironie der Geschichte: Der Neoliberalismus hat diese Genüsse und Sehnsüchte vor den Karren seines Projekts gespannt. Dadurch wurde er mächtig. Aber ihr darüber hinausgehender emanzipatorischer Gehalt ist deshalb nicht entwertet.

Das neoliberale Projekt hat Einstiegsprojekte entwickelt oder aufgegriffen, die eine ungeheure Attraktionskraft entfalteten. Steuersenkung, Privatisierung, Deregulierung und die Herstellung der globalen Kapitalmärkte wurden zum Einfallstor der neoliberalen Transformation. Microsoft, Google und Apple wurden zu den Großunternehmen des Umbruchs, Linux und die Open-Source-Bewegung dagegen zu einer Alternative. Es ist den Akteuren des neoliberalen Projekts gelungen, ein breites Bündnis zu schmieden; Dies war ein Suchprozess, kein Masterplan. Hayek hatte Markt und Freiheit in eins gesetzt. Die Vordenker der Mont-Pelerin-Gesellschaft schufen einen Denkraum, der die sozialwissenschaftlichen Disziplinen in diesem Geiste vereinte. Und als der »Bastard-Keynesianismus« in den 70er Jahren bei seinem Versuch scheiterte, das Nachkriegsgleichgewicht aufrechtzuerhalten, wurde das entstehende Vakuum genutzt. Es bildete sich ein neoliberales Bündnis, dessen Hauptprofiteure die Akteure der Finanzialisierung waren. Im Gefolge wurden die Großunternehmen aus profitablen, marktbeherrschenden Herstellern von Gütern in Verwertungsmaschinen der Aktieneigentümer verwandelt. Die Manager wurden ausgewechselt oder schlicht aufgekauft.

Kurzum: Die Revolte der nachwachsenden Mittelschichten und jungen Arbeiter wurde erfolgreich aufgegriffen. Die in den Nischen des fordistischen Kapitalismus entstandene Flexibilität, Netzwerkarbeit, die ungeheure Vielfalt neuer Produktions- und Konsumformen sowie Lebensstile wurden neoliberal formiert. Alternative Ansätze wurden dagegen unterdrückt oder an den Rand gedrängt. Die Bastionen der alten Arbeiterbewegung wurden geschleift oder zu den Bedingungen eines Wettbewerbs-

korporatismus eingekauft. Nicht der Sozialstaat, sondern der Markt sollte die neuen Entwicklungsmöglichkeiten und Chancen freisetzen und organisieren. Eigenvorsorge, sinkende Steuern und wachsende individuelle Freiheit wurden versprochen. Gemeinschaftlich-solidarischen Projekten wurde dagegen keine Möglichkeit gegeben, sich zu entfalten, während sich, so Streeck sehr überzeugend, der Neoliberalismus mit immer neuer Verschuldung Zeit zur Durchsetzung seiner Projekte kaufte.

Der neoliberale Kapitalismus konnte sich also durchsetzen, weil er diese neuen Lebensmöglichkeiten in sein Projekt integrierte und ihnen damit eine Ausstrahlungskraft gab, die der Nachkriegskapitalismus nicht hatte. Für große Teile der Bevölkerung bedeutete er den Aufstieg in eine Welt sprunghaft erhöhter Vielfalt und Chancen. Dies hieß aber auch: Der Kampf gegen den entfesselten Finanzmarkt-Kapitalismus kann die neuen Erwartungen, Lebensstile und Kommunikationsweisen nicht rechts liegen lassen. Die Rückeroberung der sozialen Bürgerrechte ist nur dann möglich, wenn sie sich mit diesen Freiheitspotentialen verbündet. Dafür müssen sie von dem Fluch der Angst vor sozialem Abstieg befreit werden. Die Alternative sind demokratisierte und freiheitlich umgestaltete Gemeingüter. Sie sind die Hardware für den Luxus des Öffentlichen (David Harvey). Die digitale Revolution öffnet neue Möglichkeiten der Gestaltung dieser Hardware. Die Bewegung freier Software und auch die Piratenpartei haben dies vorgemacht.⁶

Staats- oder Marktvolk – Konstruktion und falsche Alternative

Ursprünglich entsprang der Finanzmarkt-Kapitalismus aus der erfolgreichen Verbindung von Produktivität der neuen Technologien einer Netzwerkgesellschaft, einem Oben-Mitte-Klassen-Bündnis und den Lebensperspektiven einer pluralisierten Gesellschaft. Doch wo real eine Vielfalt herrscht, konstruiert Streeck zwei »Völker« – Staats- oder Marktvolk, die sich feindlich gegenüberstehen wie im orthodoxen Marxismus Arbeit und Kapital. Sie repräsentieren für ihn »Demokratie« vs. »Kapitalismus«. In Wirklichkeit aber sind es »Rollen« oder »Charaktermasken« (Marx). Teils sind es Seelen in einer Brust, teils befinden sich Akteure eher auf dem einen oder anderen Pol.

Dazu nur ein Beispiel: Viele Bürgerinnen und Bürgern haben Lebensversicherungen gekauft. Sie mussten sich privat für die Risiken von Krankheit, Pflege und Alter versichern. Diese riesigen Summen werden von den Versicherungen auf den Finanzmärkten angelegt. Dort wurden Staatsan-

leihen erworben und Spekulationsgeschäfte gemacht. Finanzfonds sind an Unternehmen beteiligt, die auf den Wirtschaftsstandort, gute Ausbildung und sozialen Frieden angewiesen sind.

Würden die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als »Staatsvolk« dem »Marktvolk« die Gefolgschaft aufkündigen, müssten sie sich selbst ändern. Die Mittelschichten sind zugleich »Staatsvolk« und »Marktvolk«. Und die Klasse der Industriearbeiter ist über die exportorientierten Unternehmen vom Erfolg dieser Unternehmen auf den globalisierten Märkten abhängig. Nur die Gruppe jener, die ganz von Sozialhilfe abhängt, könnte man überhaupt fast völlig Streecks Kategorie des Staatsvolkes zuschlagen. Und wie er schreibt, sind gerade sie diejenigen, die die höchste Wahlenthaltung zeigen.⁷

Der harte Kern des »Staatsvolkes« hat damit mehr als alle anderen aufgehört, »Wir sind der Staat!«⁸ zu sagen. Aber die Daseinsvorsorge dieser sozialen Gruppen hängt völlig von den Steuereinnahmen des Staates ab und davon, wie viel nach Bedienung der Staatsschulden noch bleibt, also vom Markterfolg des Wettbewerbsstaats. Dies gilt auch für die Angestellten im öffentlichen Dienst, wie gerade die Journalisten des staatlichen Rundfunks und Fernsehens in Griechenland erfahren. Am anderen Pol bekennt sich der erfolgreiche Finanzspekulant George Soros offen zu »schizophrenem Verhalten«: Einerseits profitiert er rücksichtslos von der »Freiheit« der Finanzmärkte und andererseits setzt er sich als Weltbürger für deren konsequente Regulierung und offene demokratische Gesellschaften ein.⁹

Unterschiedliche Interessen ermöglichen unterschiedliche Bündnisse

Der von Streeck konstruierte Dualismus von »Staatsvolk« und »Marktvolk« ist somit Ausdruck eines Kampfes, hinter dem vereinfacht gesprochen vier verschiedene, in sich selbst wieder differenzierte Akteursgruppen stehen: erstens die bedrohten Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter, die Rentnerinnen und Rentner, die sozial Schwachen; zweitens die über ein relativ hohes kulturelles und soziales Kapital verfügenden Mittelschichten einschließlich der kleineren Unternehmer; drittens die großen und mittleren Unternehmen und ihre Repräsentanten und viertens die global agierenden Kapitalanleger.¹⁰ Wenn der Gegensatz von »Staatsvolk« und »Marktvolk« überhaupt einen realen Gehalt hat, ist er aus den Kämpfen derart in sich differenzierter Gruppen hervorgegangen. Es sind Kämpfe um den Staat und auch im Staatsapparat selbst.

Würden sich die einen ganz als »Staatsvolk« verstehen können und die anderen ganz als »Marktvolk«, so wären die Kräfteverhältnisse klar - hier schwache soziale Demokratie und dort starker entfesselter Kapitalismus. Der Sieg des Kapitalismus wäre vorgezeichnet. Aber in der realen Welt wird nicht Mühle, sondern Schach gespielt: Die Interessen allein dieser vier Gruppen erlauben es, unterschiedliche Bündnisse zu schmieden, denn sie sind in sich zutiefst widersprüchlich.

So ist im heutigen Kapitalismus die Sicherheit der Arbeitsplätze an Unternehmen gebunden, die sich vor allem an der Veränderung ihres kurzfristigen Aktienkurs orientieren. Oft sind die Eigentümer Finanzfonds. Im Durchschnitt verbleiben sie weniger als 20 Monate in einem Unternehmen und halten auch nur einen kleineren Teil der Aktien. Die langfristige Entwicklung der Unternehmen ist ihnen gleichgültig. Über Böni und die Drohung, entlassen zu werden, sind auch die Manager auf das schnelle Geld fixiert.¹¹ Dies aber bedeutet, dass die Arbeiter dieser Unternehmen kaum anders können, als sich einem permanenten Krisenmanagement zu unterwerfen. Ihre Betriebsräte und Gewerkschaften versuchen, aus dieser Situation »das Beste« zu machen. Von »Wettbewerbskorporatismus« ist die Rede - faktisch die Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit zu den Bedingungen der Finanzmärkte. Die Mittelschichten sind in Deutschland dagegen (bisher) kaum von Arbeitslosigkeit betroffen. Viele können auch in der Krise auf gute Löhne und interessante Arbeit hoffen. Aber die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ist prekär. Zeit ist das knappste Gut. Das Management der Anforderungen und Selbstanforderungen überfordert. Und für die gewünschte Partizipation fehlen die erforderlichen Bedingungen. Zentraler Streitpunkt ist, ob diese Bedingungen eher öffentlich und für alle oder privat und vor allem für die qualifizierten Mittelschichten bereitgestellt werden sollen. Die Spitzenverdiener haben sich ohnehin bereits ausgeklinkt aus der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Und die Widersprüchlichkeit der Akteure geht weiter: In der Bundesrepublik ist eine neue Knappheit nach qualifizierten Arbeitskräften entstanden. Nun rufen die Unternehmen nach dem Ausbau einer hochwertigen frühkindlichen Betreuung. Die Öffnung des Arbeitsmarkts für Fachkräfte aus dem Ausland und der Mangel an Facharbeitern hat den Migrationsdiskurs verändert. Die großen deutschen Unternehmen stehen zudem in einem globalen Wettbewerb. Sie versuchen deshalb, die Kosten »zu Hause« zu senken, in den letzten 20 Jahren mit Erfolg. Aber: Indem die Lohnstückkosten weniger als in vergleichbaren Ländern wuchsen, wurde die finanzielle Grundlage für den Erhalt und Ausbau einer hochwertigen

Infrastruktur untergraben – und eines Bildungssystems, das in ganzer Breite fördert. Damit wurde an dem Ast gesägt, auf dem diese Unternehmen sitzen.

Und selbst die Finanzinvestoren in ihrer ganzen Glorie sind bedroht. Gerade noch wurde den Banken und Versicherungen im letzten Augenblick das Leben gerettet. Die Abhängigkeit von den Staaten hätte schlagender nicht bewiesen werden können. Ohne deren »Rettungsaktionen« wäre das Geldsystem zusammengebrochen. Der Mythos, dass der freie und unkontrollierte Fluss des Kapitals die Bedingungen des Reichtums aller ist, ist damit zerstört.

Der Übermut der Finanzoligarchie wächst zwar wieder, aber das Misstrauen ihr gegenüber ist stark wie nie zuvor. Dies können auch die Staaten nicht ignorieren. Außerdem würde eine neue große Finanzkrise (sprich: eine zweite Phase) die Staaten zum Umdenken zwingen. Schon jetzt ist klar: Bei hoher Verschuldung und niedrigen Zinsen sowie schwachem Wachstum gibt es keine neue Chance langfristiger Finanzakkumulation. Noch einmal kann sich der Finanzmarkt-Kapitalismus also keine Zeit kaufen, in der die Quellen des spekulativen Reichtums kräftig sprudeln. Kurzum: Es geht auch für die vermeintlichen Eliten nicht so weiter.

Eine Erzählung arm an Möglichkeiten, Interessenwidersprüchen und wirksamen Gegenkräften

Weil Wolfgang Streeck all diese Interessenwidersprüche ignoriert und deshalb keine wirksamen Gegenkräfte für möglich hält, ist seine Erzählung so arm an Möglichkeiten und damit letztlich falsch. Schon mit dem Blick zurück kennt er nur einen relevanten Akteur, mal ängstlich, mal angriffslustig – das Raubtier Kapital und sein »Marktvolk«. Und die heutigen Widersacher des Neoliberalismus kann er sich nur als irrationale Chaoten vorstellen, denen er gerne für kurze Zeit freien Auslauf geben möchte, damit sie den Eliten ein wenig Angst einjagen. Er schreibt: »Denen, die sich der Marktgerechtigkeit nicht unterwerfen wollten, bliebe bei wirtschaftlich neutralisierten Institutionen der politischen Willensbildung lediglich, was in den späten 1990er Jahren als außerparlamentarischer Protest bezeichnet wurde; emotional, irrational, fragmentiert, unverantwortlich« (235).

Die Hoffnung, Umkehr einzuleiten, ist bei Streeck auf jenem Sand gebaut, der in das »Getriebe des kapitalistischen Austeritätskurses und -diskurses« (223) gestreut werden soll. Und dafür ständen gegenwärtig »nur Worte und, vielleicht, Pflastersteine« zur Verfügung (ebd.).

So verschämt wurde in Deutschland lange nicht zur Gewalt aufgerufen, sorgsam geschützt durch ein eingeklammertes »vielleicht«. Fast würde man einen *agent provocateur* am Werke vermuten, der die neuen Formen des zivilen Ungehorsams von Occupy, Blockupy und Indignados in die Sackgasse von Gewalt gegen Personen locken will. Dabei haben diese längst ganz neue, viel wirksamere Formen von Gegen-Macht entdeckt.

Sicherlich ist der zitierte Satz nur der Ausdruck von Verzweiflung angesichts einer umfassenden Bedrohung. Wenn aber in solcher Verzweiflung Protest zur systematischen Gegen-Gewalt gegen Menschen (und sei es in Uniform) werden würde, dann würde der staatliche Kampf gegen diese Gewalt als Krieg gegen den »Terror« deklariert. Die demokratischen Alternativen wären delegitimiert. Der autoritäre Neoliberalismus erhielte die Weihe, »Hüter der Ordnung« zu sein. Kurzum: Die Verzweiflung, die aus Streecks Buch spricht, führt in eine Sackgasse.

Die neuen Protestbewegungen wissen um diese Falle; dieses Bewusstsein sollte ihnen nicht ausgedreht werden. Doch alles, was Streeck den Gegenkräften wirklich zutraut, ist, dass sie das Projekt des europäischen Finanzmarkt-Kapitalismus blockieren und das »Marktvolk« einschüchtern. Die schon im 18. und 19. Jahrhundert bekannte Angst vor dem »Pöbel« soll es richten. Das »Marktvolk« soll sich besinnen und die Vertreter einer rationalen Gleichgewichtstheorie von Staat und Markt, sozialer Gerechtigkeit und Marktgerechtigkeit in Gestalt einer erneuerten Sozialdemokratie das »Staatsvolk« zur Hilfe rufen, um das irrationale Volk zu disziplinieren. Diese Erzählung ist vormundschaftlich. Sie wird den Akteuren des Kampfes gegen den Neoliberalismus nicht gerecht. In ihr ist nichts von den Hoffnungen und den neuen Möglichkeiten einer »anderen Welt«, die im Heute schon entsteht.

Wolfgang Streecks Erzählung vom treu-braven Staatsvolk, dass sich vom hinterlistigen Marktvolk hat übers Ohr hauen lassen, ist historisch falsch. Und auch die Zukunft ist nicht als »Entweder-Oder« vorgegeben, sondern offen. Der Kampf um die Hegemonie eines ganz anderen Projekts verlangt es, auf völlig neue Weise in neuen Einstiegsprojekten neue produktive Möglichkeiten mit neuen Klassenbündnissen, Kampfformen und neuen Lebensperspektiven zu entdecken, zu erkunden, sich für ihre Ausbreitung und letztlich ihre Verallgemeinerung einzusetzen.

Die Krise als Chance: Hin zu einer Reproduktionsökonomie des Guten

Wie wird es also weitergehen? Wolfgang Streecks Alternative zwischen einem entdemokratisierten Kapitalismus oder der Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft alten Typs ist viel zu schlicht. Wie schon am Beginn der Krise ausgeführt und später präzisiert,¹² befinden wir uns gegenwärtig in jener Krisenphase, in der die Weichen gestellt werden. Noch versuchen die herrschenden Eliten und die Oligarchien des Finanzmarkt-Kapitalismus,¹³ mit autoritären Mitteln den Neoliberalismus aufrechtzuerhalten. Aber die Ressourcen dafür sind begrenzt. Wo soll ein neuer Aufschwung herkommen? Die Ungleichgewichte nehmen zu, nicht zuletzt in der EU und in der Eurozone. Die Schwächung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Arbeitslosigkeit, hohe Staatsverschuldung, sinkende Einkommen gerade der unteren und mittleren Gruppen bedrohen ganze Staatengruppen.

Es gibt daher vier Möglichkeiten¹⁴: erstens die Fortsetzung des autoritären Neoliberalismus. Noch ist dies das Hauptprojekt der Herrschenden. Aber es wird schwieriger. Darauf kann zweitens mit einer unheiligen Allianz von Kapitaloligarchien, Kerngruppen privilegierter Mittelschichten und einem rechtsnationalistischen oder kulturrassistischen Populismus reagiert werden. Ein Festungseuropa mit einer abhängigen und abgehängten Peripherie würde entstehen. Drittens könnten sich vor diesem Hintergrund die Kräfte verbünden, die im nachhaltigen Umbau der Energieversorgung und des Energieverbrauchs einen neuen gigantischen Motor »grüner« Kapitalakkumulation sehen. Es gibt starke Kräfte, die darin eine neue Spekulationsquelle für die Fortsetzung des Neoliberalismus auf einer erweiterten Basis sehen. Doch diese Basis ist schmal. Deshalb ist schließlich eine andere, vierte Option möglich – die Option breiterer Bündnisse. Ihre Akteure müssten bereit sein, die öffentlichen wie privaten Investitionen auszuweiten, im Sinne eines »Grünen Keynesianismus«. Immer wieder ist bereits von einem europäischen Marshallplan die Rede. Die materiellen Infrastrukturen wie Bildung und Wissenschaft müssten dafür ausgebaut werden. Wenn sich eine ökologische Wende mit dem Ausbau einer universellen sozialen Daseinsvorsorge verbindet, die auch den Nahverkehr, Wohnen und Energie einschließt, dann könnte tatsächlich ein sozial-libertärer *Green New Deal* entstehen.

Auf diese vier Weichenstellungen wirken heute Kräfte ein, die sich für eine sozialökologische Umgestaltung einsetzen, für den Übergang von einer Ökonomie der Güterproduktion zu einer Reproduktionsökonomie

des Guten Lebens, und die in Verantwortung für die global Schwächsten handeln. Dies ist radikale Realpolitik, deren Vision eine doppelte Transformation ist – im Kapitalismus und über ihn hinaus, hin zu einem grünen Sozialismus.¹⁵ Solche radikale Realpolitik bekämpft die autoritäre Wende des Neoliberalismus und versucht, mit allen vorhandenen Mitteln die inneren Widersprüche von links in Bewegung zu bringen, die in den Projekten eines »Grünen Kapitalismus« und eines »Green New Deal« liegen.

Es geht darum, die organische Krise des neoliberalen Kapitalismus in eine Chance zu verwandeln. Anstatt dem Albtraum nachzuhängen, zur Ressourcen verschlingenden Vergangenheit des Nachkriegskapitalismus zurückkehren zu wollen, muss das Projekt einer umfassenden Umgestaltung unserer Produktions- und Lebensweise, unserer westlich-kapitalistischen Zivilisation, auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dem Oben-Mitte-Bündnis des Neoliberalismus müsste dafür ein Unten-Mitte-Bündnis entgegengestellt werden. Dazu aber braucht es einer ganz anderen Erzählung als der von Streeck, nämlich einer Erzählung von Akteuren, die die Widersprüche ausnutzen, um gegen den Sturm des Neoliberalismus anzusegeln. Diese Erzählung aber muss vor allem praktisch geschrieben werden. Das erst könnte zu einer Kapitalismuskritik werden, die tatsächlich die »Massen ergreift«.

¹ Jürgen Habermas, Demokratie oder Kapitalismus. Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft, in: »Blätter«, 5/2013, S. 59-70, hier S. 59.

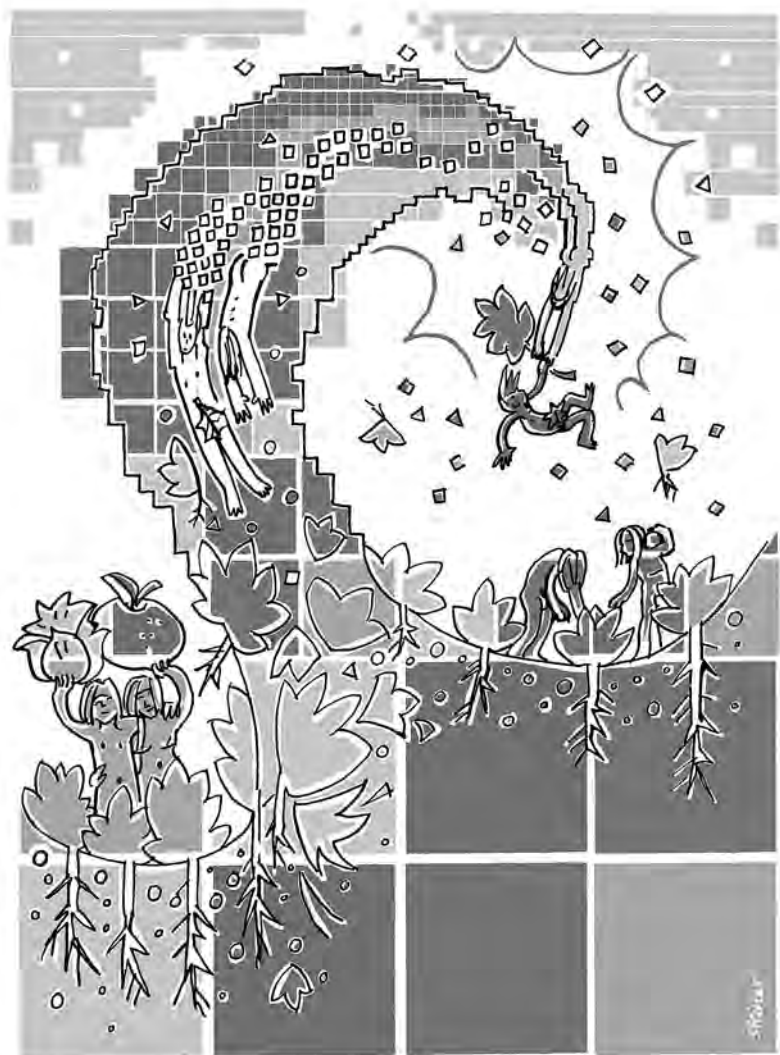
² Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Berlin 2013, S. 236; Seitenangaben im Text beziehen sich auf dieses Buch; vgl. auch ders., Auf den Ruinen der Alten Welt. Von der Demokratie zur Marktgesellschaft, in: »Blätter«, 12/2012, S. 61-72 und ders., Was nun, Europa? Kapitalismus ohne Demokratie oder Demokratie ohne Kapitalismus, in: »Blätter«, 4/2013, S. 57-68.

³ Rolf Reißig, Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden 2009.

⁴ Otto Keller und Heinz Hafner, Arbeitsbuch zur Textanalyse: semiotische Strukturen, Modelle, Interpretationen, München 1990, S. 88.

-
- ⁵ Georg Herwegh, Harmlose Gedanken, in: Der Freiheit eine Gasse. Werkausgabe (Hg. von Bruno Kaiser), Berlin 1947.
- ⁶ Vgl. dazu Horst Kahrs (Hg.), Piratenzauber. Über eine Gesellschaft, die Freibeuter hervorbringt, Köln 2013.
- ⁷ Vgl. dazu konkret: Horst Kahrs, Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte. Studie, November 2012.
- ⁸ Zur Aktualität dieser Losung vgl. Daniela Dahn, Wir sind der Staat! Warum Volk sein nicht genügt, Reinbek 2013.
- ⁹ Vgl. Inga Michler, George Soros: Spekulant und Weltverbesserer, in: »Die Welt«, 13.6.2001.
- ¹⁰ Die Differenzierung müsste eigentlich noch viel höher sein, etwa danach, ob die Lohnarbeiterinnen in der Bundesrepublik eher im Bereich der Exportindustrien tätig sind oder für den Binnenmarkt, ob die Angehörigen der Mittelschichten eher für globalisierte Branchen arbeiten oder im öffentlichen Dienst tätig sind, ob Unternehmen global konkurrieren oder für den regionalen Markt produzieren, ob Kreditinstitute standortbezogen agieren oder aber weltweit spekulieren.
- ¹¹ Paul Windolf, Was ist Finanzmarktkapitalismus? In: Ders. (Hg.), Finanzmarkt-Kapitalismus. Sonderheft 45 der »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie«, Wiesbaden 2005, S. 20-57.
- ¹² Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen. Beiträge zur politischen Bildung vom Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung (rls), Juli 2009; Konfliktlinienpapier Institut für Gesellschaftsanalyse: Eine offene historische Situation. Konfliktlinien – Szenarien-Eingriffsmöglichkeiten. Standpunkte der rls 38/2011.
- ¹³ Judith Dellheim u.a., Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Berlin 2012.
- ¹⁴ Vgl. dazu auch: Mario Candeias, Szenarien grüner Transformation, in: Michael Brie und Mario Candeias (Hg.), Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2012, S. 135-150.
- ¹⁵ Vgl. dazu aktuell: Dieter Klein, Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg 2013; Hans Thie, Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft, Hamburg 2013; vgl. auch: Christoph Spehr, Volks-Autos und Kollontai-Höfe? Einstiege in einen grünen Sozialismus 2030, in: »Luxemburg«, Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 3/2012.

In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2013, S. 59-70



25

Michael Brie

**Transformationen des Reichtums –
Reichtum der Transformationen**
Eine Vier-in-Einem-Perspektive**1 Der Reichtum moderner Gesellschaften
und die vier Sphären seiner Produktion**

Am 9. März 1776 erscheint in London ein Buch, das die geistige Welt revolutionieren sollte – Adam Smith' »Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen«. Ziel des Autors ist es, die Gründe der »Steigerung der produktiven Kräfte der Arbeit und die Regel, nach der ihr Produkt unter die verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft verteilt wird« (Smith 1976: 6) aufzuzeigen. Allein bis 1800 wird es in Großbritannien neunmal aufgelegt und schnell in viele Sprachen übersetzt. Adam Smith bringt das Selbstbewusstsein einer Gesellschaft zum Ausdruck, die es vorher noch nie gegeben hatte. Es ist eine Gesellschaft, gegründet auf dem Eigeninteresse der Einzelnen, der Arbeitsteilung und dem freien Wettbewerb – so zumindest das Selbstbildnis.

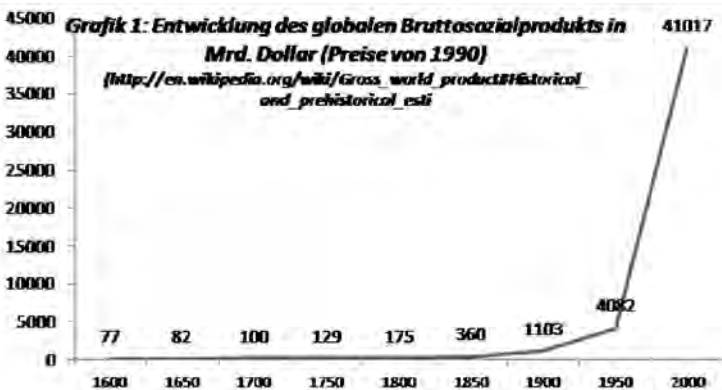
Der Reichtum Englands als »Nation« explodiert geradezu. Allein zwischen 1700 und 1760 soll sich die gewerbliche Produktivität um sechzig Prozent erhöht haben (Kuczynski 1954: 119). Eine englische Mittelschicht entstand (Langford, 1998: S. 64 ff.), die die Früchte dieses neuen Reichtums erntete. Sie machte bald ein Siebtel der Bevölkerung aus. Innerhalb von zwei Generationen stiegen völlig neue Schichten in einen Wohlstand auf, den es vorher nicht einmal als Begriff gegeben hatte.¹ »[...] all jene, die es durch ihr Unternehmen, Fähigkeiten oder einfach Glück vermochten, sich über die Linie derer zu erheben, die die ‚arbeitenden Armen‘ (ein Terminus, der zu dieser Zeit in den Gebrauch kam) ausmachten, wurden immer reicher. Jedes Pfund zusätzlicher Kaufkraft machte eine überdurchschnittliche Differenz in einer Gesellschaft aus, in der die meisten kaum auf mehr als die bloße Subsistenz hoffen konnten, und in der der Staat nichts tat, um die Früchte der kommerziellen Expansion umzuverteilen«

(Langford, 1998: S. 68). Es war dieser Reichtum, der zum Gegenstand der neuen Wissenschaft Politische Ökonomie wurde.

Die Wirtschaftsordnung des Privateigentums, der Märkte und Konkurrenz einerseits und des Wachstums der Produktion von Waren und Dienstleistungen andererseits waren eine historische Symbiose eingegangen, aus der eine Welt ständig steigenden Wohlstands und dessen ungleicher Verteilung entstand. Neue Armut entstand, die vielen angesichts des gesellschaftlichen Reichtums als »künstlich« erschien, nicht mehr aus der mangelnden Produktivität erklärbar war. Die enge Verbindung dieses neuen Wohlstands mit kapitalistischer Sklavenwirtschaft, neuer Leibeigenschaft, Genozid in den Amerikas und der schnell voranschreitenden Ausplünderung endlicher Naturressourcen war zunächst vergessen.

Mit der Großen Industriellen Revolution, die zum Zeitpunkt des Erscheinens von Adam Smith' Buch gerade erst einsetzte, wurde die materielle Basis dieser Symbiose von Kapitalismus und Wachstum geschaffen. Ausgehend von England entfaltete sich eine Dynamik der exponentieller Steigerung des globalen Bruttosozialprodukts, die bis heute ungebrochen anhält (Grafik 1), auch wenn die Wohlstandsgewinne zumeist erst Generationen nach Eintreten des Wachstums-schub größeren Gruppen der Lohnabhängigen zugänglich wurden (Burnette und Mokyr 1995: 139 f.). Gerade heute drängen in Asien, Lateinamerika, Afrika und Osteuropa Milliarden Menschen danach, Zugang zu diesem Wohlstand zu haben, während er in Westeuropa und den USA hartnäckig verteidigt wird.

Grafik 1: Entwicklung des globalen Bruttosozialprodukts in Mrd. Dollar (Preise von 1990)



Wie Karl Marx und Friedrich Engels unter dem Eindruck der Expansion Englands in Asien schrieben: »Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikation alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde« (Marx und Engels 1974: 466). Was damals Vision war, ist heute vollendete Tatsache. Der Kapitalismus ist global. Und während noch vor knapp einem Vierteljahrhundert Sozialismus (oder was sich so nannte) noch ein Viertel der Weltbevölkerung erfasste, ist dieser 1917 begonnene Ausbruchversuch nun Geschichte. Der Kapitalismus hat sich gegenwärtig als konkurrenzloses System der Produktion von Reichtum durchgesetzt. Und doch gerät gerade seine sehr spezifische Reichtumsproduktion im Augenblick seines allumfassenden Sieges in die Kritik.

Für Adam Smith war es 1776 ganz selbstverständlich, dass der Reichtum der Nationen sich proportional zu den Gütern und Dienstleistungen verhält, die die jeweilige Nation je Kopf der Bevölkerung auf Märkten verkaufen kann. Es ist das Bruttosozialprodukt je Einwohner, das für ihn die Grundlage von Wohlstand ist. Die räuberische Landnahme und Kolonialisierung waren darin nicht eingeschlossen. Mit ganz anderem Bewusstsein um die historische Besonderheit dieses Reichtums begann Karl Marx sein Hauptwerk neunzig Jahre später mit dem Satz: »Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warensammlung‘, die einzelne Ware als seine Elementarform« (Marx 1974: 49). Weitere sechzig Jahre später antizipiert John Maynard Keynes einen Zustand, da der Mensch erstmals »seit seiner Erschaffung [...] vor seine wirkliche, seine beständige Aufgabe gestellt sein [wird] – wie seine Freiheit von drückenden wirtschaftlichen Sorgen zu verwenden, wie seine Freizeit auszufüllen ist, die Wissenschaft und Zinsseszins für ihn gewonnen haben, damit er weise, angenehm und gut leben kann« (Keynes 2007: 142).

Heute befassen sich selbst die Eliten der Weltgesellschaft mit der Fragwürdigkeit der überkommenen Reichtumsmessung. Hintergrund ist die Tatsache, dass sich in den meisten hochentwickelten Ländern die Wachs-

tumsraten des Bruttosozialprodukts seit den 1950er Jahren ständig verringern. Nur das absolute Maß an neu verfügbaren Waren und Dienstleistungen steigt konstant um ungefähr die gleiche Summe (Klein 2006: 192). In diesen Staaten ist eine relative Sättigung eingetreten. Vor diesem Hintergrund erweist sich das Bruttosozialprodukt nur noch als einer von mehreren Indikatoren gesellschaftlichen Reichtums einer Gesellschaft neben der Lebenserwartung oder Bildung, wie sie im Human Development Indikator (HDI) erfasst werden. Es gibt aber auch noch die Tatsache, dass gleicher gesamtgesellschaftlicher Wohlstand ungleich verteilt weniger wert ist als weitgehend gleich verteilte Güter. Denn für die, die wenig haben, ist das Wenige mehr wert, als das Viele für jene, die im Überfluss leben. Wird diese Ungleichheit berücksichtigt, so stürzen die USA von Platz 4 ab beim HDI auf Platz 23 (Wikipedia, 2013b). Noch problematischer wird die Reichtungsmessung, wenn zudem die Folgekosten der heutigen Produktions- und Lebensweise für die natürliche Umwelt erfasst werden. Dann erweist sich, dass die hochentwickelten Länder trotz des Wachstums des Bruttosozialprodukts entweder überhaupt keinen wachsenden Reichtum ausweisen können oder dieser sogar deutlich sinkt. Werden wie im Genuine Progress Indicator (GPI) zudem Faktoren wie Kriminalität oder Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen einbezogen, ergibt sich anders als für frühere Zeiten des Kapitalismus ein geradezu desaströses Bild nicht zuletzt in den USA (Wikipedia, 2013a). Aus der Identifikation von wachsendem Bruttosozialprodukt mit sozialem Fortschritt ist (zumindest im globalen Norden) deren Differenz geworden.

Es ist Zeit, sich der Vorstellung zu entledigen, Reichtum sei vor allem ein Überfluss an Dingen und Waren. Wohlstand muss neu definiert werden (Brand u. a., 2013). Die »Springquellen des Reichtums« (Marx) sind nicht das Haben, sondern das Sein, sind als Lebensmöglichkeiten erfahrene und genossene Beziehungen der Menschen zueinander und zur Natur, in denen dieser Reichtum entsteht. Als (gesellschaftliches) körperlich-leibliches Naturwesen sind wir im ständigen Stoffwechsel mit der irdischen Natur, der Gaiaosphäre.² Als (natürliches) Gemeinschaftswesen können wir uns nur erhalten, wenn wir interpersonelle Beziehungen zu anderen eingehen. Und in komplexen Gesellschaften, so die Erfahrungen, braucht es stabiler gesellschaftlicher Institutionen, die uns Sicherheit gewähren auch bei Kooperation mit Fremden. Und letztlich sind Menschen vor allem auch Wesen, die sich kulturell definieren. Menschliche Entwicklung ist primär kulturelle Entwicklung. Wenn man so will, ist der Mensch nur reich als natürlich-interpersonell-gesellschaftlich-kulturelles Wesen. Und sein Reich-

tum, so die im Weiteren ausgeführte These, wird in vier Sphären erzeugt: Der GaiaspHERE, der Sphäre der gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten, der Soziosphäre und der Sphäre des Kulturell-Öffentlichen.

Dies wird schon dann deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie-so Adam Smith' Identifikation von Reichtum mit bezahlten Waren und Dienstleistungen nicht aufgeht. Erstens sind in seiner Reichtumsbestimmung die unbezahlbaren »Leistungen« der irdischen Natur nicht erfasst, der natürliche Reichtum. Er taucht nur als Rohstoff- und Abfall/cosfen auf. Der Reichtum der irdischen Natur ist aber die erste Quelle allen Reichtums überhaupt. Es ist die GaiaspHERE, die menschliches Leben unter bestimmten Rahmenbedingungen erst möglich macht (Wijkman, Rockström, 2012), die unsere »Heimat« mit ihren eigenen Lebenszyklen ausmacht (Lovelock, 2000). Zu diesen Bedingungen gehören die (relative) Klimastabilität, die Artenvielfalt (Biodiversität), die energetischen und mineralischen Rohstoffe. Dieser Planet ist zudem nicht nur eine Rohstoffquelle. Es ist auch die bloße Schönheit der irdischen Welt, die uns Erstaunen und Behutsamkeit abverlangen sollte (Kühne 1993: 102). Man könnte auch von einer Bio- oder Gaiaphilie sprechen, von einer Liebe zu dem Lebensraum, in dem wir als Menschen entsprungen sind (Wilson, 1984). Wir sind sinnlichemotional auf diese Welt angewiesen.⁵ Die Ignoranz gegenüber diese Reichtumsquelle wird zur Bedrohung, wenn die Leistungsfähigkeit der Natur reduziert, wenn Biodiversität unwiederbringlich zerstört, Rohstoffe aufgebraucht oder ein Klimawandel eingeleitet wird, der die natürlichen Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen drastisch reduziert. Die ökologische Bewegung hat den Kampf um die Bewahrung dieses Reichtums ins Zentrum gerückt.

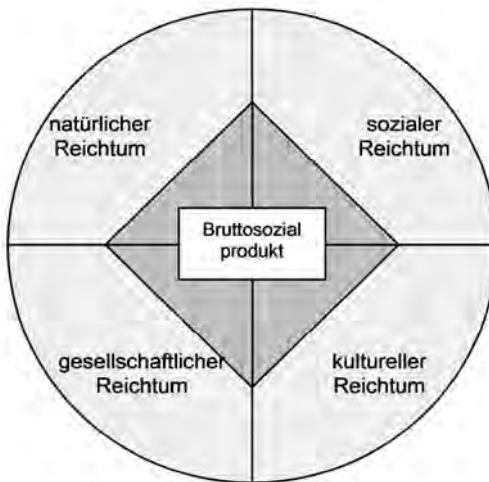
Zweitens erfasst das Bruttosozialprodukt bekanntermaßen nur einen Teil jener Leistungen, die auf bezahlter menschlicher Arbeit beruhen. Die auf Märkten gehandelten Güter können nur produziert und ausgetauscht werden, weil gleichzeitig reproduktive Arbeit geleistet wird, die im hohen Maße nicht bezahlt wird (von der Kindererziehung, den Leistungen in den Haushalten bis hin zu Pflege) (Werlhof u. a., 1988). In Deutschland übersteigen diese Leistungen die Erwerbsarbeit um siebzig Prozent (Hierschel o. J.). Die Arbeit am zwischenmenschlichen Zusammenhalt, an der Reproduktion der unmittelbaren zwischenmenschlichen Beziehungen erzeugt sozialen Reichtum. Er wird in der Sphäre der gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten erzeugt. Es ist die Sphäre von Dasein für Andere. In den hier entstehenden zwischenmenschlichen Beziehungen gewinnen wir das Glück eines gelingenden Lebens oder verfehlen es (Ia-

coboni, 2011). Gerade das »Innerste« unseres Körpers, das Gehirn, ist »als ganzes [...] in soziales Organ« (Fuchs 2009: 191). Die Bedeutung dieses Reichtums erfahren wir vor allem dann, wenn anomische Zustände, soziale Kälte und Gewalt den Alltag prägen. Ein Teil dieser Sorgearbeit, soweit sie als Erwerbsarbeit geleistet wird, ist heute transnational (Scheiwe, Kra-wietz, 2010). Gerade die neue Frauenbewegung hat die patriarchale Ignoranz dieses Reichtums und der Geringschätzung seiner Produzentinnen und ihre systematische Unterdrückung enthüllt (Federici, 2012) und den Übergang zu einer Sorgewirtschaft auf die Tagesordnung gesetzt (Madö-rin, 2006). Immer deutlicher wird der Zusammenhang zwischen dem Umbruch in den Naturverhältnissen und den Geschlechterverhältnissen (Hofmeister u. a., 2013).

Drittens ist ganz offensichtlich, dass Länder mit gleicher Höhe des Brutto-sozialprodukts sich danach unterscheiden, wie Lebenschancen verteilt sind. Wenn größere Teile der Bevölkerung keinen Zugang zu den Grund-gütern eines guten Lebens haben, wird gesellschaftlicher Reichtum zu parasitärem Luxus, verkehrt sich ins Gegenteil, ist Ausdruck verbreiteter Armut. Eine Gesellschaft ist um so reicher, um so mehr sie in der Lage ist, ihren Bürgerinnen und Bürgern ein sicheres Leben in Freiheit und Gleichheit zu ermöglichen und ihnen dabei breite Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung gibt. Es ist dies ihr gesellschaftlicher Reichtum. Seine Basis sind generalisiertes Vertrauen und Gerechtigkeit. Beide entspringen der Sphäre der gesellschaftlichen Institutionen, mit denen gemeinschaftsübergreifende Kooperation gesichert wird, mit denen Konflikte zivilisiert werden, Vertrauen und Sicherheit jenseits des Ansehens der konkreten Person gestiftet wird sowie vor allem auch Reichtum um-verteilt wird und die öffentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge gestaltet werden. Die sog. Failing States sind vor allem Staaten, in denen dieses Fundament fehlt bzw. nachhaltig zerstört wurde. Die Geschichte zeigt, wie langwierig der Aufbau solcher Institutionen ist, wie kostbar das dabei durchgesetzte Gewaltmonopol ist (Reemtsma, 2008). Viel zu oft wird diese Quelle des Reichtums gerade ob ihrer angenommenen Selbstverständlichkeit ignoriert oder als bloßes Entwicklungsdefizit konstatiert. Und sie ist durch die gegenwärtige Krise auch in den westlichen Gesellschaften zutiefst gefährdet, wird in deren Kernbereichen wie Rändern aufgelöst. Der Wohlfahrtsstaat wurde dem Wettbewerbsstaat untergeordnet (Hirsch, 1998). Die Eliten haben sich teilweise von ihren zivilisatorischen Bindungen (einschließlich der Steuerpflicht) entledigt, die Marginalisier-ten können gar nicht mehr hoffen, dass diese Bindungen ihnen nützlich

sein können. In vielen Bank- und Konzernzentralen und in Banlieus ist dieser Reichtum nicht mehr präsent, wenn auch aus völlig gegensätzlichen Gründen. Die einen empfinden ihn als Fessel der Anhäufung von Luxus, die anderen können nicht mehr erwarten, dass er sie aus ihrer Armut befreit. Viele soziale und Demokratiebewegungen richten ihre Anstrengungen auf die Schaffung von Bedingungen dieser spezifisch gesellschaftlichen Reichtumsproduktion.

Grafik 2: Gestalten des Reichtums und Bruttosozialprodukt



Viertens erweist sich, dass ein wachsendes Angebot von Waren und bezahlten Dienstleistungen keinesfalls identisch ist mit hohem kulturellen Reichtum einer Gesellschaft, mit kultureller Kreativität und Vielfalt, der Freiheit des kulturellen Austauschs und der offenen Suche. Dieser Reichtum entspringt der Sphäre des Kulturell-Öffentlichen einer Gesellschaft. Es geht um Wissen, Bildung, um die Erfahrung des Schönen wie Schrecklichen, des Guten wie des Bösen in ihrer menschlich-gesellschaftlichen Bedeutsamkeit sowie wie die Fähigkeit, sich diesen Reichtum auch anzueignen. Heute sind viele Bewegungen gerade auch als Bewegungen im Kampf um den kulturellen Reichtum, seine Aneignung und autonome Nutzung zu verstehen.

Das Bruttosozialprodukt ist nur ein sehr begrenzter Teil aller vier Gestalten, in den Reichtum erzeugt wird (Grafik 2). Dies spricht nicht gegen die Verwendung des Bruttosozialprodukts als einem wirtschaftlichen Indikator neben anderen, aber für seine Unterordnung unter andere Maßstäbe. Während Adam Smith vor fast zweieinhalb Jahrhunderten selbstbewusst den schnellen Aufstieg der britischen Mittelklassen theoretisierte und nach der Erklärung für dieses historisch neue Phänomen suchte, ist der heutige Diskurs dadurch geprägt, dass dieser Reichtum selbst fragwürdig geworden ist. Ein unentwegtes »Nicht-Genug« und ein immer hörbarer Ruf nach einem anderen Reichtum prallen aufeinander. Man könnte die Konflikte des frühen 21. Jahrhunderts auch als Reichtumskonflikte verstehen.

Anders als früher oft vorgestellt, gibt nicht es die eine große Frage und schon gar nicht gibt es das eine Subjekt, den einen Akteur sozialen Protests. In ihrer Trennung steht jede einzelne Frage gegen die anderen. Wenn wirksame Veränderungen erfolgen sollen, dann müssen veränderte Verbindungen verschiedenster Fragen, Probleme und Bewegungen aktiv hergestellt, die Konflikte neu »verknötet« (Laclau, Mouffe, 2006) werden. Oft sind es konkrete Ereignisse, die dieses Zusammengehen für einen Moment befördern. Eine der Bedingungen dafür ist das Bewusstsein über die Grundlagen der Konflikte. Würde es gelingen, einen Diskurs über den möglichen Zusammenhang des Verschiedenen zu führen, könnten die Fragmente sich zu einem Mosaik mit transformatorischer Kraft fügen, würde die »Multitude« (Hardt, Negri, 2004) reale Gestalt annehmen. Die Aufdeckung des Zusammenhangs der Sphären der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums mit den zentralen Konflikten der Gegenwart wäre ein möglicher Weg. Es wäre eine Vier-in-Einem-Perspektive, so sei in Rückgriff auf Frigga Haug formuliert (Haug, 2008).

Was bei Frigga Haug mit Blick auf die Arbeit und die Arbeitszeit exemplarisch verdeutlicht wird, der solidarische Zusammenhang des Verschiedenen, wird in dem vorliegenden Beitrag generalisiert. Dies soll es ermöglichen, den Zusammenhang unterschiedlicher sozialer Kämpfe und deren solidarische Verknötung nicht erst als zusätzliche Bedingung einzuführen, die ihnen von außen aufoktroiyert werden muss. Das »Vier« wären die Quellen unseres Reichtums: Natur, gemeinschaftlichindividuelle Lebenswelten, die Sicherheit, Vertrauen, Gerechtigkeit und demokratische Selbstbestimmung ermöglichenden gesellschaftlichen Institutionen und die Welt des Kulturell-Öffentlichen. Und das »Eine« steht für die Herstellung eines solidarischen Zusammenhangs, der auf die Überwindung von

krasser sozialer Ungleichheit der Lebenschancen, der Macht, des Eigentums der kapitaldominierten Gesellschaft zielt. Es geht um eine befreiende Perspektive auf die Gestaltung der vier wichtigsten Fragen der Gegenwart (vgl. zur Herstellung einer solidarischen Perspektive Dellheim u. a., 2012).

Dieser Artikel ist der Versuch, in die jetzigen Diskurse einen Vorschlag einzubringen, der solidarische Kooperation befördern kann. Dabei geht es vor allem um die Begründung eines gemeinsamen Fundaments in unsicheren Zeiten. Ob sich eine solche Vier-in-Einem-Perspektive in praktischen Kooperationen bewähren kann, wird sich zeigen. Offen ist auch, ob sie mit einem fruchtbaren Forschungsparadigma sozialökologischer Transformation verbunden werden kann. Dieser Artikel ist ein intellektuelles Experiment, ein Gedankenspiel. Er hat die Absicht, eine »lebende Gestalt« (Schiller 1975: 311) zu schaffen, die es helfen könnte, sich aufgeklärter und solidarischer in den Konflikten der Gegenwart zu bewegen.

2. Der Motor kapitalistischer Reichtumsproduktion

In vorkapitalistischen Gesellschaften wurden der natürliche, soziale, gesellschaftliche und kulturelle Reichtum weitgehend in unmittelbarer Einheit produziert. Der Stoffwechsel mit der Natur war überschaubar. Der Kreislauf der lokalen Umwelt, die gemeinschaftlich-patriarchalen Lebenswelten, die auf personellen Abhängigkeitsverhältnissen gegründeten gesellschaftlichen Institutionen (des Staates genauso wie des Rechts und Geldverleihs) und schließlich die tradierten kollektiven Formen der Deutung, des Wissens und der Legitimation bildeten ein lokal-regionales Ganzes, dessen Mitglieder nach den gleichen Rhythmen in begrenzten Räumen lebten. Im dörflichen Radius von fünf, im städtischen Umfeld von zwanzig bis dreißig Kilometern erschöpfte sich fast der gesamte gesellschaftliche Austausch. Heimat und Welt fielen für die große Mehrheit der Menschen zusammen. Imperiale Großreiche und transregionale Handelssysteme stellten nur den Überbau einer Vielzahl lokaler Gemeinschaften dar, in denen diese unmittelbare Einheit von Natur, Gemeinschaft, Gesellschaft und Kultur gelebt und erlebt wurde. Die Reichtumsproduktion war gebunden an diese lokalisierte Welt und ihre Kreisläufe. Ihre Früchte wurden durch die Herrschenden über Patronage-Klientel-Beziehungen abgeschöpft.

Anders in modernen kapitalistischen Gesellschaften. Wie Karl Polanyi schreibt: »Die industrielle Zivilisation zerlegte die Elemente des menschlichen Seins« (Polanyi 2005: 326). Die Ressourcen der Erde werden glo-

bal ausgebeutet und umverteilt. Fast sieben Milliarden Tonnen werden jährlich allein auf dem Seeweg transportiert, mehr als eine Tonne pro Erdenbürgerin oder Erdenbürger -ungleich verteilt wie alles zugunsten der »Habenden«. Die unmittelbare Bindung der Produzenten an die Produktionsmittel (Grund und Boden, handwerkliche Instrumente etc.) ist zerrissen. Die Arbeitenden sichern ihre eigene Reproduktion und die ihre Familie durch Lohnarbeit auf Arbeitsmärkten, die in globaler Konkurrenz zueinander stehen. Arbeitskraft, Grund und Boden, Rohstoffe wie Wissen werden auf den Markt geworfen und auf den Markt gezwungen. Sie erhalten eine Geldform in Form von Lohn, Rente, Zins oder Preis. Zugleich können die genannten Ressourcen fast beliebig zusammengefügt werden. Wie R. M. MacIver in seinem Vorwort zu Karl Polanyis *Great Transformation* schreibt: Die »Teufelsmühlen« kapitalistisch-industrieller Unternehmen »ignorierten alle menschlichen Bedürfnisse, außer einem; rücksichtslos begannen sie die Gesellschaft als solche in ihre Einzelbestandteile zu zermahlen« (MacIver, 1995: S. 12). Doch die Trennung hat ihre Kehrseite. Sie macht die »Durchsetzung neuer Kombination« der Wirtschaftsfaktoren erst möglich. Diese Kombination unter dem Druck der Konkurrenz ist, so Schumpeter, die Ursache für ökonomische Dynamik moderner kapitalistischer Gesellschaften (Schumpeter 2013: 469). Nur die Unternehmer (verstanden als gesellschaftliche Funktion von wirtschaftlichen Organisationen sehr verschiedener Art) seien dynamische Wirtschaftssubjekte.⁴ Erst durch sie werden aus den möglichen Neukombinationen von Produktionsfaktoren verwirklichte Innovationen (ebenda: 174).

Die kapitalistische Moderne setzt nicht nur die Ressourcen zur unternehmerischen Rekombination frei, sondern sprengt auch den Zusammenhang von Natur, Lebenswelten, gesellschaftlichen Institutionen und der Kultur auf. Jede natürliche Ressource an jedem Ort, jede Arbeitskraft in jeder Gemeinschaft, alles Vermögen in welcher Hand auch immer und Wissen beliebiger Form und Gestalt wird dem unternehmerischen Zugriff geöffnet. Gewalt, dieses Geheimnis jeder Gesellschaft, erhält ein neues Ziel und eine neue Funktion. Aufgabe ist nicht die klassische Landnahme »tributärer Imperien«, die aus den eroberten Regionen ein Mehrprodukt abschöpft und für einige wenige zentrale Vorhaben des Krieges, der Administration oder auch der religiös-kulturellen Symbolisierung von Herrschaft einsetzt. Die Eroberer der westlichen Neuzeit sind Unternehmer in einer Private-Public-Partnership – ob Kolumbus, Cortez oder Pizarro, ob die Niederländischen Ostindien- bzw. Westindien-Kompanien als erster Aktiengesellschaften der Geschichte oder deren britische Nachfolger. Mo-

derne Gewalt, physisch oder strukturell, ist deshalb so durchgreifend zerstörend, weil sie alle traditionellen Gemeinschaften in eine bloße Anhäufung verwertbarer Ressourcen, in eine Warenhalde verwandelt. Was nicht in Wert gesetzt werden kann, hat keine Existenzberechtigung. Es ging den Conquistadoren um Gold und Silber als Weltgeld, um Gewürze, Porzellan, Seide und um die schwarzen Arbeitskräfte für die kapitalistisch orientierten Plantagen und Bergwerke der schönen Neuen Welt (Linebaugh, 2000). Die ganze Geschichte des Kapitalismus kann auch (aber nicht nur) als Geschichte globalisierter Naturausbeutung und neuer Formen von Abhängigkeit und Unterdrückung geschrieben werden (Moore, 2007).

Und aus der Verwertung entstand völlig Neues: Brasilien war ganz eine Schöpfung zur Produktion von Zuckerrohr für den kapitalistischen Weltmarkt. Unter britischer Führung wird der »freie Welthandel« zum Leitfaden der Kolonialisierung großer Teil der außereuropäischen Welt bzw. der erzwungenen oder mehr oder minder eigenständigen »Öffnung« als Überlebensbedingung in einer derart geprägten Welt. Die sowjetische Industrialisierung und die sog. Kollektivierung wiederholen diese »ursprüngliche Akkumulation« der Elemente moderner Gesellschaften unter den Prämissen der Systemkonkurrenz. Und auch die kulturelle Attraktion dieser Moderne ist anders als die vormoderner Gesellschaften: Es geht vor allem um den Zugang zur globalen Warenwelt, um die private Teilhabe am Konsum, weshalb der American Way of Life zum Symbol eines ganzen Jahrhunderts wurde. Die vormodernen Gemeinschaften waren durch ihre qualitative Verschiedenheit zueinander ausgezeichnet; die modernen Gesellschaften unterscheiden sich im Selbstverständnis vor allem nach der Höhe des Bruttosozialprodukts und der Teilhabe am Konsum der gleichen globalen Güter in arm, reich und Schwellenländer.

Die kurz skizzierte Verbindung von nackter Gewalt undbarer Zahlung erlaubt, und darauf kommt es hier an, die freie Kombination natürlicher, menschlicher und kultureller Ressourcen. Und gleichzeitig stellt sie sie unter das Primat der Verwertung. Die Möglichkeit von Innovation, von ständiger Erneuerung, von betriebswirtschaftlicher Effizienz entsteht erst mit diesem Prozess der Zertrümmerung der traditionellen Gesellschaften und der Auflösung der unmittelbaren Einheit von Natur, Gemeinschaft, Gesellschaft und Kultur. Es ist ein Doppelprozess von »Ausplünderung und Produktivität« (Moore 2007: 288). Dahinter gibt es auch kein Zurück. Es kann keine Einbettung der Märkte oder des Staates in eine gar nicht mehr vorhandene und auch nicht wiederherzustellende unvermittelte Einheit von Natur, Gemeinschaft, gesellschaftlicher Regelung und Kultur geben.

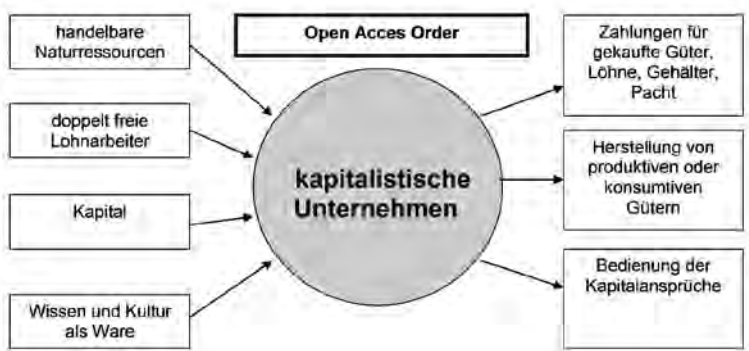
Sie wäre zugleich eine Rückkehr zu größter persönlicher Abhängigkeit und Knechtschaft, zu borniertester Existenz. »Eine Kettenreaktion«, so Karl Polanyi, »wurde ausgelöst und die harmlose Institution des Marktes flammte in einer ... Explosion auf« (Polanyi, 2005: S. 331). Das Tor zur Vergangenheit traditionaler Gesellschaften ist auf immer verschlossen. Die Auflösungen und Neukombinationen setzen sich unentwegt fort. Alles Gegebene ist es buchstäblich »wert«, dass es zugrunde geht, weil aus diesem Untergang »Mehr-Wert«, aber eben auch ein Mehr an Möglichkeiten und damit von Freiheitspotenzen geschöpft wird. Die Ausdifferenzierung der schon genannten vier Reproduktionsbereiche zueinander ist deshalb irreversibel. Der Boden der Moderne wird permanent umgebrochen. Transformation über den Kapitalismus hinaus kann nur auf diesem Boden gedacht werden und beginnen. Eine neue Einheit von Natur, Gemeinschaft, Gesellschaft und Kultur ist heute nur vermittelt möglich, auch wenn damit Elemente vokapitalistischer Zivilisationen in veränderter Weise wieder Gewicht erhalten werden: das Genug und die Muße, das Hier und Jetzt, der lokale Raum und die konkreten zwischenmenschlichen Beziehungen (Skidelsky 2012).

Die Trennung von Produktionsmittel und unmittelbaren Produzenten ist Grundbedingung einer modernen kapitalistischen Wirtschaft. Sie entstand und entsteht mit der »ursprünglichen Akkumulation« als historische Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln (Marx 1974: 741-789).⁵ In einer solchen Wirtschaft stehen Unternehmen in Konkurrenz um die profitorientierte Nutzung der voneinander geschiedenen Ressourcen von Natur, Arbeitskraft, Kredit und Wissen. Wirtschaftliche Unternehmen, die dieses Kriterium nicht erfüllen, werden an den Rand gedrängt oder gehen in den Konkurs. Die Unterordnung der Unternehmen unter das Primat der Verwertung des vorgeschossenen Kapitals wird zum Primat der Kapitalverwertung über die Wirtschaft. Von Marx wurde dies auch als »allgemeine Formel des Kapitals« bezeichnet: das vorgeschossene Geld (G) reproduziert sich über den Warenaustausch (W) in erweiterter Form, wird zu einem Mehr an Geld (G'): $G - W - G'$ (vgl. Marx 1974: 161 ff.). Es handelt sich um die »Selbstverwertung des Werts«, um »gieriges Geld« (Duchrow, 2013).

Die kapitalistische Wirtschaft ist folgerichtig Kreditwirtschaft. Der Kredit ist das entscheidende Steuerungsinstrument. Dies bedeutet, dass nicht etwa vorhandenes, in der Vergangenheit akkumuliertes Kapital, aufgehäufte »Schätze« verliehen werden, sondern auf der Basis schon akkumulierten Kapitals neues Kapital geschöpft wird, dessen Verwertungsansprüche aus

zukünftigen Erträgen zu bedienen sind.⁶ Dies macht einen ungeheuren Unterschied zu vorkapitalistischen Gesellschaften aus: Als Kreditwirtschaft ist der Kapitalismus zukunftsbezogen. Es handelt sich um eine Spekulation oder Wette auf eine »reichere« Zukunft. Kapitalismus ist deshalb entwicklungs-orientiert, indem er die ständige Veränderung aller wesentlichen Elemente der Reproduktion zur Bedingung des Wachstums macht. Kapitalismus ist aber zugleich vergangenheitsorientiert, denn das Geldkapital ist unter der Kontrolle jener, die vor jeder Kreditvergabe, in der zurückliegenden Zeit, Eigentum und Macht in ihren Händen konzentrieren konnten und ausgehend davon nun auch die Kriterien bestimmen, auf deren Grundlage Kapital ausgereicht oder nicht ausgereicht wird. Der Generalstreik der Arbeitenden ist eine seltene Ausnahmesituation, nie von längerer Dauer. Der Investitionsstreik der Vermögenden dagegen ist jene Kraft, die ständig droht und alle Räder zum Stillstand bringen kann (Streckeck 2013: 43 f.).

Grafik 3: Unternehmen als Akteure der Reproduktion bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften



Die Bedingungen, unter denen im Kapitalismus Zukunft »selektiert« wird, werden nicht deliberativ verhandelt, entstehen nicht aus demokratischer Partizipation und unterliegen auch nicht einer öffentlichen Kontrolle. Sie ergeben sich strukturell aus der Vormacht des Kapitals. Höchste Lebendigkeit und lähmende Verdinglichung, extreme Zukunftsorientierung und das enge Maß der Vermehrung aufgehäufter Vermögensansprüche, größte Vielfalt und härteste Reduktion auf den Profit prägen die kapitalis-

tische Verwertung. Die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften stellen deshalb eine unmoderne Moderne dar. Sie verhandeln die Kriterien ihrer eigenen Evolution nicht reflexiv⁷, sondern unterwerfen sie weitgehend unreflektiert der Kapitalverwertung. Kapitalismus ist vergangenheitsbasiert, Gegenwart zerstörend und aus Zukunftserwartungen Gewinn schöpfend. Er peitscht Innovationen zu den Konditionen der Profitmaximierung voran, schafft Neues unter der Bedingung von Richtungskonstanz, kann nicht anders, als »die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren« (Marx und Engels 1974: 465). Indem sie Kapitaleigentümern und Unternehmen die Freiheit auf den Märkten lässt, entzieht sie den Arbeitenden und der Gesellschaft insgesamt die Kontrolle über den Gesamtprozess.

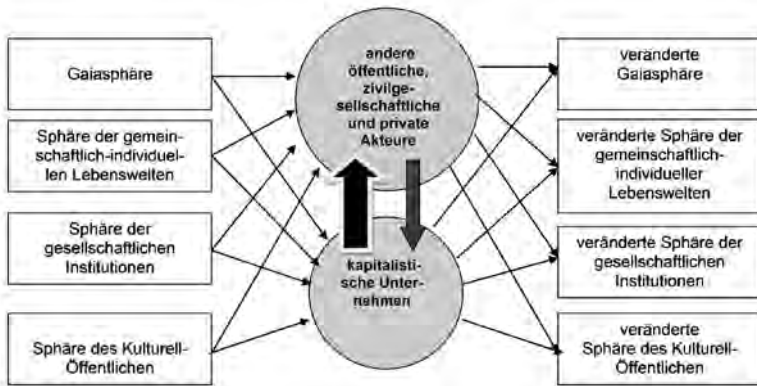
Die Möglichkeit der Innovation realisiert sich in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften nur dann, wenn die Unternehmen erstens Ressourcen nicht einfach ausplündern können, sei es Arbeitskraft, sei es Rohstoffe, sei es die Kapitalanlage anderer oder als fremdes Wissen. Innovationen erfolgen nur, wenn dieser Ausplünderung durch wirkungsvolle ökologische und soziale Standards und Kontrollen ein Riegel vorgeschoben ist. Eine zweite Bedingung ist, dass die Unternehmen um den Zugang zu Kapital konkurrieren müssen bzw. der Kapitaleigentümer bzw. -Verwalter unter konkurrierenden Angeboten verschiedener Unternehmen wählen kann. Dies institutionalisiert einerseits den Zwang zum Wachsen (die Unternehmen müssen um ihres Überlebens willen Gewinne erwirtschaften) und andererseits zur Erneuerung (die Unternehmen müssen dies vor allem durch innovative Kombination der Produktionsfaktoren tun). Durch ökologische und soziale Standards und durch die Konkurrenz von Unternehmen wird die ständige Erneuerung von Produktion und Kommunikation auf Dauer gestellt.⁸ North, Weingast und Wallis sprechen von einer »Open Access Order«, um das Ensemble der notwendigen und hinreichenden Verhältnisse zu beschreiben, auf der diese Entwicklungsfähigkeit beruht. Sie nennen drei wichtige Bedingungen: »1) eine gefestigte Organisation militärischer und ziviler Kräfte steht unter Kontrolle des politischen Systems; 2) das politische System muss durch ein Set von Institutionen und Anreize geprägt sein, dass den illegitimen Einsatz von Gewalt begrenzt; und 3) damit eine politische Gruppe oder Partei an der Macht bleibt, muss sie die Unterstützung ökonomischer und sozialer Interessen im weiten Sinne haben« (North u. a., 2009: S. 22). Diese drei Bedingungen würden die Unter-

nehmensform moderner Wirtschaft vor Enteignung und endemischer Korruption schützen.

Voraussetzung der besonderen Dynamik kapitalistischer Wirtschaft ist das Losreißen zentraler gesellschaftlicher Ressourcen aus ihren unmittelbar-gemeinschaftlichen Zusammenhängen: (1) die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen in handelbare Rohstoffe; (2) die Verwandlung von Teilen der Arbeit in Erwerbsarbeit; (3) die Schaffung eines Kapitalmarkts; und (4) die Behandlung von Wissen und Kultur als privat nutzbare Ressource. Inwertgesetzte Natur, Lohnarbeit, ein ausgebauter Kapitalmarkt und die Warenförmigkeit von Wissen und Kultur sind ihrerseits an die vier schon genannten Sphären der Reichtumsproduktion gebunden, aus denen sie entnommen, in die sie zurückgegeben werden. Die kapitalistische Dynamik ist nur möglich, weil der in Grafik 3 dargestellte kapitaldominierte Reproduktionszusammenhang die Bedingungen seiner eigenen Reproduktion abgespalten hat und sich nicht unmittelbar unterwirft. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu vorkapitalistischen Gesellschaften, in denen die natürlichen Ressourcen, die Arbeitskraft, die politischen und sozialen Institutionen und die Kultur in das beherrschende Machtverhältnis direkt integriert waren.

In jeder dieser Sphären, in denen der gesellschaftliche Reichtum entsteht, werden Bedingungen geschaffen, die für ein gelingendes Leben der Einzelnen und gesellschaftliche Stabilität wie Entwicklung sowie auch für die Kapitalverwertung unverzichtbar sind. Es sind nur Teile von Gesamtprozessen der Reproduktion der vier genannten Sphären, die unmittelbar zu Ressourcen kapitalistischer Unternehmen werden. Diese Unternehmen sind auch nicht die einzigen Akteure der Reproduktion der Gesellschaft und ihres Reichtums, sondern die Individuen selbst, die öffentlichen Einrichtungen von Kommunen bis hin zu Staaten und internationalen Organisationen, aber auch Vereine, Netzwerke, Parteien usw. usf. sind zu nennen (Grafik 4). Damit steht die Frage, warum nicht sie das Kapital kontrollieren, sondern umgekehrt dieses die strukturelle Vormacht ausübt.

Grafik 4: Die vier Sphären der Reproduktion bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften



3. Die kapitalistische Formierung der Reichtumsproduktion und ihre Grenzen

Die modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften sind durch den Widerspruch zwischen historisch vorher ungekannter Reichtumsproduktion und der Unterordnung der Gesellschaften und ihrer Akteure unter die Herrschaft des kapitalinduzierten Mangels gekennzeichnet. Dem Überfluss steht das ständig erzeugte Defizit, dem Zuviel das permanente Nicht-Genug entgegen. Ursache dafür ist ein permanenter Verdrängungswettbewerb um den Zugang zu Ressourcen, zu Rohstoffen, Arbeit, Kapital und Wissen. Die Abhängigkeit von Kapitalinvestitionen und die Konkurrenz institutionalisieren eine Kapitaldominanz, der sich alle Akteure unterwerfen müssen. Es entsteht eine Welt des Kapitalistischen – der Akteure und Institutionen, der Gestalten des materiellen wie des geistigen Reichtums.

Die Abhängigkeit aller privaten wie öffentlichen Haushalte von der Kapitalverwertung setzt sich doppelt durch: Erstens sind die Einnahmen der Haushalte vom Erfolg der Unternehmen abhängig und deren Erfolg beweist sich zweitens in der Konkurrenz von Unternehmen und Standorten. Die kurz- und mittelfristige Bereitstellung von Ressourcen für individuelle und familiäre Haushalte, von Kommunen und Regionen sowie Staaten ist primär von kapitalistisch formierten Märkten abhängig. Während die

Unternehmen miteinander um die besten Verwertungsbedingungen konkurrieren, konkurrieren alle anderen Akteure vor allem um den Zugang zu Unternehmen, Arbeitsplätzen, Steuern und Know How. Da kurz- und mittelfristig alles an eine erfolgreiche Kapitalverwertung gebunden ist, werden auch die langfristigen Ziele diesen Bedingungen untergeordnet und damit kapitalistisch formiert. Das kapitalistische Mittel beherrscht auch davon sich unterscheidende Ziele. Sie werden unter den Vorbehalt der Profitmaximierung gestellt. Es ist vor allem die Gewalt von Exit, die das Kapital so stark macht: Die mögliche Kapitalflucht, die Investitionsverweigerung, die Stockung der Kreditvergabe, die Drohung mit Werkschließungen und Kündigungen, die Angst davor, dass Staatsschulden nicht mehr bedient werden können oder das ganze Kreditssystem zusammenbricht, sind die Waffen in einer ungleichen Auseinandersetzung (Offe, Wiesenthal, 1980).

Die Kapitaldominanz über Wirtschaft und Gesellschaft ist strukturell verankert. Die funktionale Eigenständigkeit der »Subsysteme« wird durch die »ökologische Dominanz« einer kapitalistischen Ökonomie überformt.⁹ Alle anderen Bereiche sind stärker von dieser Ökonomie abhängig als umgekehrt – bis auf die Momente großer Krisen. Auf dieser Grundlage entsteht die gesellschaftsweite Vormacht der Akteure der Kapitalverwertung gegenüber allen anderen Akteuren, sprich: die Dominanz des Kapitalistischen. In der Sprache der Synergetik: Alle anderen gesellschaftlichen Formen und Institutionen werden kapitalistisch »versklavt«, d.h. dem zeitlich-räumlichen Rhythmus der Kapitalverwertung unterworfen. Dies prägt auch die vier schon genannt Sphären der Reichtumsproduktion. Sie werden einer Dynamik ausgesetzt, die sie innerhalb des Kapitalistischen zugleich ständig die Grenzen des Kapitalistischen erfahren lässt. Dies sei jetzt näher betrachtet.¹⁰

Die Gaia-sphäre

Mit der Entstehung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften wird die irdische Lebensumwelt der Menschheit (die Gaia-sphäre) grundlegend umgewandelt. Sie besteht aus der unbelebten wie der belebten Natur (der Litno- und Biosphäre) sowie die Technosphäre (den vom Menschen selbst geschaffenen künstlichen Instrumenten, mit denen er seinen Stoffwechsel mit der Natur realisiert). Hatte die neolithische Revolution (Childe, 1959) die vorgefundene natürliche Leistungsfähigkeit von Ökosystemen mit Hilfe geringer technischer Mittel in Gestalt von Ackerbau und Vieh-

zucht domestiziert, so schaffen die sukzessiven industriellen Revolutionen seit 1770 eine völlig neue Produktivität. Es ist die Produktivität der von Menschen gänzlich neu geschaffenen technologischen Systeme, in denen Natur nach den Gesetzen der Natur auf Natur einwirkt – ohne unmittelbares Mitwirken des Menschen (Hegel, 1972: S. 450). Die Technosphäre weitet sich auf unserem Globus immer weiter aus und entfernt sich immer radikaler von jenen natürlichen Prozessen, die die Menschen bei ihrer »Menschwerdung« vor rd. 200 Tsd. Jahren vorfanden. Wie Birgit Mahnkopf schreibt: »Mit dem Beginn eines von Menschen gemachten Erdzeitalters wird die Unterscheidung einer von Menschen gemachten Geschichte, die sich in den von ihnen geschaffenen bürgerlichen und politischen Institutionen (im Sozialen und Kulturellen) ausdrückt, und einer Naturgeschichte, die aus bloßen Ereignissen, also nicht aus Handlungen von Akteuren besteht, grundsätzlich in Frage gestellt« (Mahnkopf 2013: 13).

Die erste industrielle Revolution basierte auf den durch Wasserkraft oder Dampf angetriebenen ersten Maschinen, die zweite bediente sich der Elektrizität und Chemie. Und die dritte industrielle Revolution hat sich die elektronische Informationsverarbeitung erschlossen. Nun zeichnen sich die Möglichkeiten völlig neuer Werkstoffe, wie sie in keiner Weise natürlich vorkommen, und die Schaffung künstlicher biologischer Produktionsformen ab. Die neuen Generationen von Robotern werden die menschliche Naturkraft, soweit sie auf mechanische und bloß informationsverarbeitende Abläufe reduziert werden kann, weitgehend ablösen können. Als »dressierte Naturkraft« (Marx) wird der Mensch überflüssig. Im Laufe des 20. Jahrhundert sind die vom Menschen technologisch hervorgebrachten Naturprozesse zu einer Kraft geworden, die die irdische Welt nachhaltig prägt. Ein neues Erdzeitalter beginnt, das Anthropozän, dessen treibende Kräfte vom Menschen ausgelöst werden (siehe als Überblick Zalasiewicz u. a. 2011: 838). Globale Klimaveränderungen, die Entwaldung und weitgehende Vernichtung der Wildnis sind die Folge.¹¹ Dieses Anthropozän ist zugleich das Zeitalter des global entfesselten Kapitalismus. Die Folge ist eine Vernichtungsrate biologischer Arten, die mit der der vier großen Naturkatastrophen der letzten 65 Millionen Jahre vergleichbar ist. Die planetaren Grenzen für eine »sichere Operationsweise« der Menschheit werden gesprengt (Wijkman, Rockström, 2012). Die »Logik« der Gaiaspäre schlägt auf die kapitalistische Moderne zurück.

Die unentgeltliche Nutzung der Biokapazität des Planeten, der Zugriff auf knappe irdische Ressourcen, die betriebswirtschaftlich möglichst günstige Entsorgung der Abfälle (sprich: Vermüllung) waren spätestens

seit der ersten industriellen Revolution Formen der Steigerung des Profits. Das Herz dieser Revolution, Manchester um 1840, war zugleich der Ort der Finsternis einer von Kohlenrauch und stinkenden Abwässern geprägten Stadt. In voragrarischen Gesellschaften wurde rd. eine Tonne natürlicher Rohstoffe pro Jahr und Person verbraucht, in agrarischen Gesellschaften waren es rd. vier Tonnen. In heutigen Industriegesellschaften sind es bis zu 35 Tonnen (Friends of the Earth 2009: 7 f.). Zugleich hat sich die Weltbevölkerung von 1800 bis heute versiebenfacht. Nur sieben Prozent der Ressourcen kommt in den Endverbrauch, der Rest ist sofortiger Abfall. Und auch von den genutzten Produkten werden vier Fünftel nur einmal gebraucht. Die neue Imperialität ist eng mit dem Kampf um die Kontrolle über die begrenzten Ressourcen verbunden (Rilling, 2008).

Dies kann nicht fortgesetzt werden. GaiaspHERE und Technosphäre geraten in einen antagonistischen Gegensatz. Es wird darauf ankommen, regional und global zu einer modernen Kreislaufwirtschaft überzugehen, in der die Produkte der industriellen Fertigung nach ihrer Nutzung wieder fast vollständig zu Ausgangsstoffen der Industrie werden und sich der industrielle Kreislauf weitgehend schließt. Gleichzeitig müsste der Übergang zu einer (fast) ausschließlichen Versorgung der Menschheit mit den aus dem aktuellen Zustrom der Sonnenenergie erwachsenden, sich ständig erneuerenden Energiequellen (Solarenergie, Wind, Gezeiten usw.) erfolgen (Scheer, 1999, 2010). Das sog. Anthropozän kann nur Bestand haben, wenn es zu einem Zeitalter neuer Bescheidenheit im Verhältnis zur irdischen Natur und des behutsamen Umgangs mit ihren Reichtümern wird. Nicht Herrschaft über die Natur und deren Ausbeutung, sondern Selbstbeherrschung und behutsame Nutzung der natürlichen Reichtümer wären das Ziel. Die Technosphäre müsste in die natürlichen Kreisläufe und das von ihnen gegebene Maß der Verträglichkeit für das Leben von zehn bis zwölf Milliarden Menschen auf der Erde integriert werden.

Die Soziosphäre

Im Maße der Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften verändert sich nicht nur die GaiaspHERE, sondern es kommt auch zur Herausbildung einer eigenständigen Sphäre völlig neuer gemeinschaftlich-individueller Lebenswelten. In vorkapitalistischen Gesellschaften waren diese Lebenswelten in überschaubare Gemeinschaften eingebettet, die Arbeit und Feiern bestimmten, jedem Individuum Rechte und Pflichten zuwiesen. In dem Maße aber, wie die kapitalistischen Landreformen die

Bauern enteignet, wie die Große Industrie die Heimarbeit am eigenen Webstuhl oder Spinnrad entwertete, drängten Arbeiter auf die Märkte mit nichts als ihrer Arbeitskraft. Damit wurden ihre Lebenswelten aus den traditionellen gemeinschaftlich patriarchalen Kontexten herausgerissen und getrennt von diesen gestaltbar. Der Kapitalismus ist bis heute eine Epoche globaler Migrationswellen, aus Not, in Folge von Gewalt und vor allem auch auf der Suche nach einem freieren Leben. Es ist Biopolitik im großen Stil, ein teils aktiv durch Selbstdisziplinierung, teils durch organisierte Kampagnen und teils durch Zwang vollzogener Umbau der Leiblichkeit großer Teile der Bevölkerung, nicht zuletzt von Frauen (Federici, 2012), der die modernen Formen der Lebensführung, der Lohn- und Familienarbeit verallgemeinerte, damit aber auch völlig neue Formen selbstbestimmter Lebensgestaltung jenseits vorgefundener Gemeinschaften ermöglichte.

Schon in der ersten, der englischen industriellen Revolution scheiterte der Versuch, den Preis der Arbeitskraft ganz auf den Hungerlohn zu drücken. Zunächst sanken die Realeinkommen, die Lebenserwartung ging zurück. Aber innerhalb von zwei Generationen wendete sich das Blatt. Aufstiegsorientierung, Selbstorganisation, eigene Bildungsanstrengungen und der Widerstand der sich organisierenden Arbeiter, die mit der Industrie entstehenden Anforderungen an eine disziplinierte und geschulte Arbeitskraft, die wachsenden familiären wie staatlichen Aufwendungen für Bildung, Erziehung, Pflege und Altenversorgung sowie der legitimatorische Druck der Bürgerinnen und Bürgern auf den Staat waren der Hintergrund von Reformen, aus denen ein Sektor sozialer Sicherungssysteme erst charitativer oder genossenschaftlicher, dann auch kommunaler und staatlicher Form hervorging. Die Sklaverei, deren Blüte in das 18. und frühe 19. Jahrhundert fällt (Losurdo 2010: 51 ff.), geriet in Verruf, nicht zuletzt, da sie der Legitimation der Lohnarbeit als freie Arbeit widersprach. Nach einer Phase verbreiteter Frauenarbeit in der entstehenden Industrie prägte sich zunächst eine Unterscheidung von (primär männlicher) Erwerbsarbeit und (primär weiblicher) Reproduktionsarbeit in den Familien aus, die sich später verwandelte in eine Unterscheidung in eher männlich oder weiblich dominierte Berufszweige. Bis heute dauert das Gefälle von Status, Einkommen und sozialer Sicherheit an (zu Deutschland siehe Achatz, 2010; Rusconi u. a., 2013). In allen hochentwickelten Ländern betragen die Aufwendungen für die öffentlich geförderten Bereiche der sozialen Reproduktion zwischen dreißig und fünfzig Prozent des Bruttosozialprodukts. Die Verlängerung der Lebenszeit, die Entstehung einer Kindheits- und

Jugendphase, die weit in das dritte Lebensjahrzehnt ragt, lange Phasen eines oft weitgehend gesunden Alterns, hohe Aufwendungen für Sorge- und Pflegearbeiten über die gesamte Lebenszeit, haben das Potential, die Sphäre der gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten in das Zentrum individueller Selbstbestimmung und solidarischer Kooperation zu rücken.

Da die Reproduktion der Einzelnen, der Erhalt ihrer partnerschaftlichen und familiären Zusammenhänge, die Gestaltung von Beziehungen in den Arbeitskollektiven nur dann dauerhaft realisiert werden können, wenn sich dies auf dem Arbeitsmarkt bewährt, werden die Lebenswelten an den Maßstäben der Lohnerwerbsarbeit ausgerichtet. Bildung und Erziehung, Gesundheitsvorsorge und Freizeit, Kultur und Sport, Kleidung und Sprache, Wohnung und Essen, selbst Freundschaft und Lieben stehen immer unter dem Verdikt, sich funktional für die Herausbildung, den Erhalt und die Stärkung der eigenen Arbeitskraft zu erweisen (Wimbauer, 2012). Der Arbeitsmarkt wiederum ist vom Erfolg der kapitalistischen Sektoren und ihrer Wettbewerbsfähigkeit abhängig. Die Hierarchie der Arbeitsmärkte erzeugt eine Hierarchie der Lebensmöglichkeiten. Individualisierung und Vermarktung gehen Hand in Hand. Wie Robert Castel schreibt: »Es genügt nicht, arbeiten zu können, man muss auch verkaufen können, vor allem Dingen aber sich selbst. Die Individuen stehen unter dem Druck, ihre berufliche Identität selbst zu definieren und sie in der Interaktion zur Anwendung zu bringen« (Castel 2000: 406).

Der Einzelne wird nicht erst im Neoliberalismus zum »Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge«. Das mögliche Versagen als »Arbeitskraft«, dieser immer drohende »Ausnahmestand«, prägt das gesamte Leben. Prekarität wird zur Normalität (Lorey 2012: 57). Die gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten verbleiben deshalb unter dem Primat kapitalistischer Erwerbsarbeit. Der Eigensinn der Lebenswelten wird durch den Strukturzwang der Erwerbsarbeit »überformt« oder »kolonialisiert« (Habermas). Die Arbeit für Lohn findet ihr Pendant in der Anerkennung durch den bezahlten Konsum: Lebe, um zu arbeiten, arbeite, um zu konsumieren, konsumiere, um zu wissen, dass Du bist, sind die Maximen dieser »schönen neuen Welt« (Huxley).

Die erzielten Wohlstandsgewinne hatten aber seit den 1960er Jahren zumindest in den hochentwickelten Ländern einen verblüffenden Nebenbefeit: Nicht mehr die Integration in die Erwerbsarbeit zu »würdigen« Bedingungen, sondern die Schaffung von Bedingungen, in denen die Erwerbsarbeit zu einer Form selbstbestimmter und solidarischer Lebensgestaltung neben anderen wird, trat in den Vordergrund. Erstmals in der

Geschichte der Menschheit kann seit rd. fünfzig Jahren ein wirklich großer und noch wachsender Teil der Erdbevölkerung sich die Frage stellen, wie ein sinnvolles erfülltes Leben aussehen soll, welche Beziehungen zu anderen in welchen Lebensräumen und Lebenszeiten dafür förderlich sind. Der Neoliberalismus war darauf gerichtet, diese Emanzipation in die Kanäle der gesteigerten Vermarktung zu lenken (Boltanski, Chiapello, 2005). Dies wird aber immer widersinniger. Der jetzt 200 Jahre alte Kampf um den Achtstundentag, der keinesfalls abgeschlossen ist, könnte sich mit einem Kampf um Teilzeitarbeit für alle (Haug 2009) verbinden. Dies wäre ein Schritt, um das Leben von der Dominanz der Erwerbsarbeit und den Imperativen der Verwertung zu befreien.

Die Sphäre der gesellschaftlichen Institutionen

Gemeinsam mit der Verallgemeinerung von Lohnarbeit entsteht im 18. zum 19. Jahrhundert in Westeuropa die Sphäre des Gesellschaftlichen in Trennung von Gemeinschaften und personaler Herrschaft. Der abstrakte Staatsbürger, der Privateigentümer ohne Stand und Rang, der Inhaber eines Amtes qua formalem Akt (von Wahl oder Ernennung), das Unternehmen als Rechtsperson gehen untereinander vertragliche Beziehungen ein. Rechtsstaatliche Regelung in Wirtschaft, Politik und Kultur einerseits und die Herausbildung der Sphäre des Gesellschaftlichen andererseits gehören untrennbar zusammen. Erst jetzt können Ansprüche an »den Staat« formuliert werden, die nicht aus der Zugehörigkeit zu einer konkreten Gemeinschaft resultieren. Erst jetzt werden formelle Organisationen wie Unternehmen, staatliche Strukturen, Vereine haftbar für das, was ihre Mitglieder tun (North, Wallis und Weingast 2009: 166 ff.). Der Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Person, die Zuerkennung von Grundrechten und die Möglichkeit ihrer rechtsstaatlichen Einforderung, die Bindung der Träger öffentlicher Ämter an Recht und Gesetz und ihre Kontrolle durch gewählte Repräsentanten sind emanzipatorische Errungenschaften der letzten zwei Jahrhunderte. Sie sind untrennbar mit dem Aufbau großer Sektoren formalisierter öffentlicher Daseinsvorsorge verbunden, der neuen Allmende (den Commons) der Moderne. Es ist aber nur eine kleinere Minderheit von Ländern, in denen heute diese Grundbedingungen moderner Gesellschaftlichkeit weitgehend durchgesetzt sind.

Aber auch jetzt sind weiße vermögende Männer in der politischen Klasse weltweit überrepräsentiert. Lange wurden die Angriffe auf das Sachigentum höher bestraft als die Angriffe auf Leib und Leben. Immer wieder

wurden autoritäre Diktaturen errichtet, um die bürgerlich-kapitalistische Eigentumsordnung zu schützen. Der Neoliberalismus kam zuerst als Putsch in Chile an die Macht. Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der grundlegenden demokratischen Regeln, Schutz des sog. sozialen Eigentums der großen Mehrheit der Bevölkerung (Arbeitsplätze, Löhne, Renten, Ansprüche an öffentliche Dienstleistungen) werden immer wieder abhängig gemacht davon, dass sie nicht Kapitalvermögen, Verwertungsinteressen und der Freiheit der »Märkte« widersprechen. Der Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte hat auch heute eine ausgeprägt militärische Seite.

In Deutschland sind soziale Forderungen gegenüber dem Staat immer noch an die Einkünfte der Partnerin oder des Partners, der Eltern oder Kinder gebunden. Die öffentliche Daseinsvorsorge steht unter dem Druck von Haushaltssanierung. Und gleichzeitig entziehen sich große Unternehmen und Banken der Haftung für die von ihnen zu verantwortenden wirtschaftlichen oder ökologischen Schäden. Während Staaten, Regionen, ganze Kontinente den Imperativen der Kapitalverwertung und optimalen Ressourcenausbeutung unterworfen werden, wächst der Widerstand gegen diese moderne Form der Fremdbestimmung. Die »Logik« von wirklicher Liberalität und demokratischer Partizipation sowie öffentlicher Daseinsvorsorge (die Logik des Gesellschaftlichen) wird in vielen Protestbewegungen gegen die Konkurrenzzwänge der kapitalistischen Standortlogik gerichtet.

Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die labile Balance von bürgerlich-kapitalistischer Wirtschaftsordnung und Demokratie gefährdet (Demirovic, 1997; Deppe u. a., 2008; Hirsch, 1998; Jessop, 2007; Streeck, 2013). Die wachsende soziale Polarisierung, die Verwandlung der Staaten in marktwirtschaftlich orientierte Wettbewerbsorganisationen globalisierter Konkurrenz, die hohe Anfälligkeit der Staaten und ihrer Haushalte für Finanz- und Wirtschaftskrisen ist Resultat des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes des Neoliberalismus. Zugleich schränken tendenziell sinkende Wachstumsraten den Spielraum für soziale Kompromisse ein, falls nicht radikal umverteilt werden würde. Die Institutionen der liberalen Demokratie geraten damit in Widerspruch zum radikalen Erbe der »Volksherrschaft«. Das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie wird wieder zur tiefen Kluft; die »reale Demokratie« erscheint unter diesen Bedingungen vor allem als zivilisiertere politische Realisierungsform ökonomischer Imperative der Kapitalfraktionen, als Demokratie ohne Gestaltungsmacht im Interesse der Bürgerinnen und Bürgern, oder als Demokratie ohne Demokratie (Candeias, 2012a). Wolfgang Streeck zieht

daraus die Schlussfolgerung: »Die Alternative zu einem Kapitalismus ohne Demokratie wäre eine Demokratie ohne Kapitalismus, zumindest ohne den Kapitalismus, den wir kennen« (Streeck 2013: 235).

Die Sphäre des Öffentlich-Kulturellen

Viele heutige Bewegungen verweisen auf eine vierte, bisher gesellschaftstheoretisch wie strategisch oft nur am Rande behandelte Sphäre – die des Kulturell-Öffentlichen. In dieser Sphäre werden die gesellschaftlichen Bedeutungen kommuniziert, die den sozialen Lebensprozessen, Prozessen und Ereignissen zugemessen werden. Wiederum erst mit dem Übergang zum 19. Jahrhundert wurden die kulturellen Potentiale einer freien, nicht durch Kirche und Staat direkt kontrollierten Öffentlichkeit in Westeuropa allgemein zugänglich. Zu diesem Zeitpunkt beginnt die umfassende Alphabetisierung der Bevölkerung; 1811 ist auch das Jahr der Erfindung der dampfgetriebenen Schnellpresse, mit der die Massenaufgabe von Tageszeitungen und eine enorme Verbilligung des Buchdrucks möglich wurden. Damit wurde das Öffentlich-Kulturelle endgültig zum Gemeingut. Mitte des 19. Jahrhundert schloss sich dann mit der Telegrafie der Kreis der Informationsübermittlung in »Echtzeit« um den Globus und die Rotationspresse führten zu Millionenaufgaben an einem Tag. Radio, Fernsehen und nun das globale Internet haben im 20. und frühen 21. Jahrhundert eine virtuelle Weltgemeinschaft offener kultureller Kommunikation geschaffen; das Weltwissen steht zu großen Teilen direkt online zur Verfügung; in unendlich vielen Netzwerken werden Wissen, Deutungen, Identitätsangebote ausgetauscht. Die mobilen Geräte wie Tablets und Smartphones multiplizieren diesen Austausch und sind zu Alltagswerkzeugen der Hälfte der Menschheit geworden. Es ist eine Revolution der Kommunikation.

Die Logik dieser Kultur offener Kommunikation steht im Widerstreit zur Monopolisierung und Vermarktung im Dienste von wenigen globalen Großunternehmen. Die Konflikte um die sog. Trips-Abkommen (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums von 1994), mit denen der Zugang zu »intellektuellem Eigentum« kontrolliert werden soll, gehört dazu (Haibert, 2005). Besonders heftig umkämpft ist die Frage nach den Eigentumsrechten an lebenserhaltender Medizin in den Ländern des Südens oder auch an Patenten für nachhaltiges Wirtschaften (Nuss, 2006). Die Internet-Piraterie ist eine Form der Subversion dieser Eigentumsrechte.

Von Anfang an war das Kulturell-Öffentliche Entstehungsbedingung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften (Habermas, 1983) und wurde zugleich durch Strategien privater Aneignung und Kontrolle, Manipulation und Verwandlung in eine schöne Welt der Waren und bürgerlichen Heldinnen und Helden (Werbung und kommerzialisierte Kunst) überformt. Es kam zu einem vorher ungekannten Ausbau der öffentlichen Strukturen des geistig-kulturellen Lebens (Schulen, Universitäten, öffentliche Forschungseinrichtungen und Medien). Das Ziel allseitig entwickelter Persönlichkeiten und des Primats kultureller Entwicklung wurde formuliert. In der Realität aber war das Öffentlich-Kulturelle vor allem auf die Sicherung der Reproduktionsbedingungen kapitaldominierter Gesellschaften (Vermarktung, verwertbares Wissen, Legitimation von Ungleichheit und Herrschaft) gerichtet. Aus diesem Widerspruch zwischen den befreienden und sinnstiftenden Potentialen des kulturellen Raums und den Verwertungsimperativen oft patriarchal und autoritär verfasster Gesellschaften erwuchsen viele Emanzipationsbewegungen der letzten zwei Jahrhunderte, nicht nur die der 1968er.

Umso reicher die Gesellschaften werden, umso größer die Vielfalt der Optionen ist, umso mehr Zeit zur Verfügung steht, umso wichtiger wird das Wozu. Dieses ist für die reicheren Länder nicht mehr durch den Mangel am Lebensnotwendigen vorgegeben, sondern durch den Umgang mit dem Überfluss. Die Dominanz kapitalistischer Tendenzen erweist sich vor allem auch daran, diese Frage zu verstellen, das Zuviel am Falschen in einen permanenten Mangel zu verwandeln. Wie John Maynard Keynes den Enkeln hinterließ: »Allerdings, so glaube ich, gibt es noch niemanden, der dem Zeitalter der Freizeit und der Fülle ohne Furcht entgegenblicken könnte. Denn wir sind zu lange trainiert worden, zu streben statt zu genießen. Für den durchschnittlichen Menschen ohne besondere Begabungen ist es eine beängstigende Aufgabe, sich selbst zu beschäftigen, besonders, wenn er nicht mehr mit der Heimat oder den Sitten und Gewohnheiten oder den geliebten Gepflogenheiten einer traditionellen Gesellschaft verwurzelt ist. Nach dem Verhalten und den Tätigkeiten der heutigen wohlhabenden Klasse in irgendeinem Viertel der Welt geurteilt, sind die Aussichten sehr deprimierend! Denn diese stellen sozusagen unsere Vorhut dar – diejenigen, die das verheißene Land für uns übrige auskundschaften und dort ihr Lager aufschlagen.« (Keynes 2007: 142 f.) Bis wir die Bedingungen für ein vom Selbstverwertungszwang befreites Leben geschaffen haben und die Fähigkeiten gewinnen, dieses Leben auch solidarisch zu führen, bleiben wir weit unter unseren

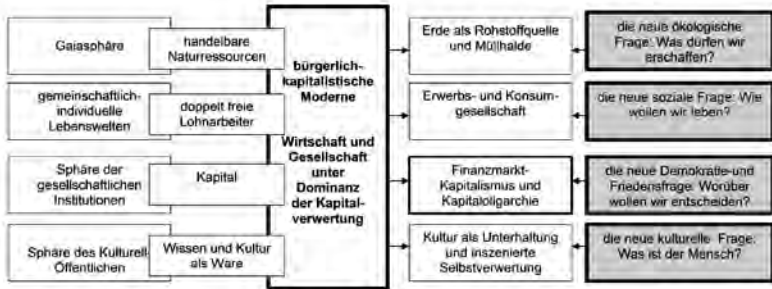
Möglichkeiten. Auch die »Logik« des Kulturellen deckt sich nicht mit der der Kapitalverwertung.

Vier Sphären des Reichtums – vier Fragen

Die Formierung der Sphären gesellschaftlicher Reproduktion durch die Kapitalverwertung erzeugt vier zentrale Fragen (Grafik 5). Sie werden hier vom Standpunkt jener formuliert, die am deutlichsten durch Ausgrenzung, Unterdrückung und Ungleichheit betroffen sind. Es gilt immer noch, dass erst dann alle frei sein und ohne Bedrohungen leben können, wenn die Schwächsten frei und ungefährdet sind.

- (1) Die ökologische Frage: Wie kann die nachhaltige Reproduktion der Gaia-Sphäre so wiederhergestellt und dauerhaft gewährleistet werden, dass auch die am stärksten von Umweltzerstörung betroffenen Gruppen jetziger und zukünftiger Generationen den Zugang zu den Grundgütern eines freien Lebens erhalten können?
- (2) Die soziale Frage: Wie kann gesichert werden, dass auch die Mitglieder der sozial am stärksten benachteiligten Gruppen selbstbestimmt leben können? Welcher Umwälzungen der Produktions-, Reproduktions- und Lebensweise bedarf es dazu?
- (3) Die Demokratie- und Friedensfrage: Wie sind die gesellschaftlichen Institutionen, Macht- und Eigentumsverhältnisse, die Produktions- und Lebensweise zu verändern, damit auch die Mitglieder der machtlosesten sozialen Gruppen über die Bedingungen ihres Lebens frei bestimmen können? Wie können Militarisierung der internationalen Beziehungen und Ausbau der innergesellschaftlichen Überwachung zurückgedrängt werden, damit auch die Angehörigen der wehrlosesten Gruppen gewaltfrei und selbstbestimmt leben können?
- (4) Die kulturelle Frage: Wie muss die kulturelle Öffentlichkeit beschaffen sein, damit auch die Angehörigen der sog. kulturfernsten Gruppen über die Grundbedingungen einer freien Kommunikation und des Zugangs zu den geistig-kulturellen Gütern der Menschheit haben?

Grafik 5: Die vier Fragen in der Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus



Jede dieser vier Fragen ist seit über zweihundert Jahren Kern von Konflikten in bürgerlichkapitalistischen Gesellschaften und wurde durch jeweils sehr verschiedenen Bewegungen, Organisationen und politische Gruppierungen aufgegriffen, oft in Kombination mit anderen. So war die Arbeiterbewegung von Anfang an zugleich eine Bewegung für soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Sie hat auch den Zugang zu Bildung thematisiert und war Teil der Friedensbewegung. Auch die Frauenbewegung oder die neueren ökologischen Bewegungen waren nie thematisch eng. Dort, wo es gelang, die Interessen und Werte großer Gruppen zu bündeln und sie damit als gesellschaftliche Gruppe »für sich« zu formieren (nicht umsonst spricht E. P. Thompson von »the making of the working class« – Thompson 1987), wurden alle vier Konfliktlinien integriert. Daneben gab es Bewegungen, die sich ganz auf ein Thema konzentrierten (»Friedensbewegung«), oder aber auch nur auf ein einzelnes Projekt, das es zu verwirklichen oder durchzusetzen galt (»Anti-AKW-Bewegung«). Heute ist der Zusammenhang dieser Fragen miteinander enger geworden. Damit aber steht die Frage, welche Potentiale es aber dafür gibt, dass Bewegungen, die von diese Fragen ausgehen, zu Akteuren einer zweiten großen, einer doppelten Transformation im Kapitalismus (Klein, 2010, 2013; Reißig, 2009, 2011) und über ihn hinaus werden?

4. Wege in der Krise – Transformationen von Reichtum

Die Annahme, dass es in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften vier Quellen des Reichtums gibt, könnte helfen, die Pluralität gesellschaftlicher

Konflikte und Kämpfe besser zu verstehen. Sie macht deutlich, dass die Art des Zugangs zu und der Verfügung über die vier Quellen des Reichtums Ursache von Ungleichheit, Armut und existentieller Gefährdung sind und sofern wesentliche Gemeinsamkeiten haben. Das Bewusstsein dieser Gemeinsamkeiten fand seinen Ausdruck in den globalen Gerechtigkeits- und Demokratiebewegungen, dem Weltsozialforum, den Occupykämpfen mit ihrer identitären Losung »Wir sind die 99 Prozent« und anderen Formen des Aufbegehrens gegen die Krisenpolitik der letzten Jahrzehnte. Es sind Kämpfe gegen eine wachsende Ungleichheit, autoritäre Herrschaft und repressive Manipulation. Es ist eine Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus, der den Zugang zu diesen Quellen des Reichtums prägt. Dabei ist die Erkenntnis gewachsen, dass wir es räumlich wie zeitlich, wirtschaftlich, sozial, politisch und kulturell mit Feldern ungleicher Entwicklung (sprich: Ausbeutung) zu tun haben (vgl. Harvey, 2007)). Die Gewinne der Einen sind oft Verluste der Anderen. Und die Art der Gewinne selbst (vor allem bei Einkommen und Konsum) wird als vorgegeben erfahren. Aus diesen Erfahrungen sind Proteste gegen eine zerstörerische Kapitaloligarchie entstanden und gegen jene, die von diesen profitieren (Dellheim u. a., 2012). Obwohl viele Konflikte und Kämpfe sehr unterschiedlich sind, wird in ihnen immer stärker eine bestimmte Gemeinsamkeit zum Ausdruck gebracht: Alle gemeinsam richten sie sich dagegen, dass im neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus auf die ökologische, soziale, demokratische und kulturelle Fragen Antworten gegeben werden, die die Grundlagen der Zivilisation untergraben, auf Kosten der unteren und mittleren Gruppen der Gesellschaft bearbeitet werden und ein Leben in Würde zukünftiger Generationen unmöglich machen könnten. Als Vier-in-Einem-Perspektive im hier verwandten Sinne wird deshalb ein Suchprozess verstanden, der die vier genannten Konflikte um den gesellschaftlichen Reichtum in ihrem Zusammenhang und unter dem Aspekt von solidarischer Emanzipation im Sinne eines Unten-Mitte-Bündnisses (Brie, 2007) und der Überwindung des Finanzmarkt-Kapitalismus analysiert. Eine solche Vier-in-Einem-Perspektive versucht, einen Beitrag zu leisten, dass Bekannte neu zu verknüpfen – in Solidarität.

Und noch einmal: Die heutigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften, die gegebenen Strukturen von Eigentum, Macht und Herrschaft, verteilen diesen vierfachen Reichtum höchst ungleich: Nord und Süd, Arbeit und Kapital, Mann und Frau, Stadt und Land, »bildungsnah« und »bildungsfern«, Staatsbürger und »die ohne Papiere« (die Asylbewerber und Illegalisierten), »Weiße« und »Farbige« sind nur einige miteinander verschlungene

ne (intersektionelle) Dimensionen dieser Ungleichheit (Winker, Degele, 2009). Die fundamentalen Konflikte sind Konflikte um die Produktion und Verteilung der vier genannten Quellen des gesellschaftlichen Reichtums, um die Kontrolle über seine Verfügung und Nutzung, um seine Verwandlung in Mittel der Emanzipation und/oder Mittel der Herrschaft. Da je unterschiedliche Gruppen von dieser Ungleichheit unterschiedlich betroffen sind, werden die Kämpfe fragmentiert. Eine Vier-in-Einem-Perspektive könnte helfen, diese Einheit in der Mannigfaltigkeit begreifbar werden zu lassen und nach Wegen zu suchen, wie diese Einheit auf solidarische Weise neu hergestellt werden kann.

Die bürgerlich-kapitalistische Zivilisation ist ständig dabei, die vier Quellen des gesellschaftlichen Reichtums zu untergraben – die irdische Natur, lebenswerte Gemeinschaften, stabile soziale Institutionen und sinnstiftende kulturelle Deutungen und Identitäten. Entweder kann sie diesen Tendenzen, die sie selbst existentiell gefährden, wirkungsvoll begegnen oder sie wird zu einer Übergangsformation in der menschlichen Geschichte. Dann treibt sie im 21. Jahrhundert auf ihre Endkrise zu. Diese kann in schweren Geburtswehen eine Zivilisation hervorbringen, die die vier Fundamente menschlichen Reichtums besser zu bewahren vermag, oder aber eine, in der mit Mitteln offen autoritärer Herrschaft, umfassender Repression, massiver Aus- und Abgrenzung und unter barbarischer Außerkraftsetzung grundlegender Menschenrechte einzelne Regionen versuchen, sich gegeneinander zu überwältigen oder voreinander zu schützen (Rosen u. a., 2010). Die praktische Antwort auf möglichen Szenarien eines Weiter-So, einer Transformation oder auch einer zivilisatorischen Regression (siehe u. a. Candeias, 2012b; Institut für Gesellschaftsanalyse, 2009) ist nicht gegeben. Es ist eine Jahrhundertkrise mit offenem Ausgang (Bischoff, 2009).

Blickt man mit Jørgen Randers vierzig Jahre voraus in die Zukunft und konzentriert sich auf die ökologische Frage, dann gibt es gute Gründe, seiner Beschreibung der Welt des Jahres 2052 zu folgen: »Während manche Regionen ganz gut wegkommen, erleben andere einen dramatischen Niedergang und Anarchie; überall jedoch wird man sich mit immer unberechenbarem Wetter auseinandersetzen müssen und für die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts sind noch heftigere klimatische Verhältnisse zu befürchten. Die Zukunft, auf die ich stieß, wird außerdem bestimmt durch Urbanisierung: Auf der Suche nach Entwicklungsmöglichkeiten, Sicherheit und Stärke drängen sich die Menschen in riesigen Metropolen zusammen. Pro Kopf gerechnet ist diese Welt ärmer als erwartet und die

vorherrschende Lebensweise sagt mir persönlich nicht besonders zu – vielen anderen möglicherweise schon. Die Menschen werden fern der verschwindenden Natur mit ihren Wechselfällen in einer künstlichen, städtischen Umgebung leben und medial bestens vernetzt sein. Auf Rohstoffknappheit in größerem Umfang bin ich nicht gestoßen, da sich die Welt der Zukunft in materieller Hinsicht kleiner und ärmer darstellt, als ursprünglich angenommen. Am Ende kam ich zu dem Schluss, dass es bis 2052 zwar ganz-passabel weitergehen wird, aber die Welt ist dann auf einem Weg, den ich wirklich fürchte – auf dem Pfad eines sich selbst verstärkenden Klimawandels hin zur Klimakatastrophe in der zweiten Jahrhunderthälfte. Die Welt sieht keinesfalls einer wohlgeplanten Zukunft in Nachhaltigkeit entgegen« (Randers 2012: 196; vgl. auch die Zusammenfassung auf S. 271-278).

Das sich die »organischer Krise« einer gesellschaftlichen Formation mit einer Zivilisationskrise verbindet, ist nicht neu. Dies war beim Niedergang des Römischen Reiches oder der Han-Dynastie der Fall und vor der Großen Französischen Revolution zu beobachten; und auch bei der Krise des Spätsozialismus hatte sich die Artikulation von spezifischen Widersprüchen der sowjetischen Formation direkt mit einer Kritik der ihr zugrundeliegenden industrialistisch-bürokratischen Zivilisation verbunden (Bahra, 1980). Es wurde versucht, diese Kritik in die Reformversuche von oben zu integrieren (Gorbacev, 1988). Ähnliche Tendenzen zeigen sich heute. 1991 war der Bericht von Alexander King und Bertrand Schneider an den Club of Rome *The First Global Revolution* noch sang- und klanglos in den Endwirren des Sowjetunion und des Versuchs der USA, imperial ein neues »amerikanisches Jahrhundert« durchzusetzen, untergegangen. Ganz zu schweigen ist von dem linken Projekt einer »doppelten« Modernisierung oder Transformation in Deutschland, das 1990 aufforderte, den Aufbruch im Osten Europas mit einem Umbruch in dessen Westen zu verbinden und die Chance bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten entsprechend zu nutzen (Brie und Klein 1992 und Reißig 1993).

Zwanzig Jahre später ist »Transformation« zur neuen Metaerzählung aufgestiegen. Dieses Mal geht es nicht um den Übergang hin zu einer liberalen Demokratie und Marktwirtschaft, sondern um deren eigene grundlegende Umgestaltung (Reißig, 2009). Vor Jahren noch ein Randthema eher der Linken (Klein, 2003), wird es nun zum Leitmotiv. Dies ist eine entscheidende Wende: Es wächst die Erkenntnis, dass konkrete Krisenpolitik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die Lösung drängendster ökonomischer und sozialer Probleme mit einer langfristigen Strategie des

umfassenden gesellschaftlichen Umbaus von Produktions- und Lebensweise verbindet. Beispielhaft ist dafür das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) von 2011 »Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« (WBGU, 2011).

Transformation aber muss mehrdimensional sein – nicht nur von ihren Wegen, sondern schon von ihren Ausgangspunkten, gleichermaßen von ihren Akteuren wie von ihren Zielen. Sie kann nicht nur von der ökologischen Frage her gedacht werden und verliert ihre Überzeugungskraft, wenn sie sich vor allem durch die Prognose einer möglichen Klimakatastrophe, der Erschöpfung der fossilen Brennstoffe (»Peak Oil«) oder der Verarmung der Biodiversität des Planeten legitimiert. Schnell wird dann der Transformationsdiskurs zur autoritären expertokratischen Überwältigung demokratischer Politik und zum elitären Management, von dessen Warte aus die »kleinen« Belange von Arbeitsplätzen, Einkommen, konkreter Partizipation nur deshalb zu berücksichtigen sind, weil Widerstände gegen »Umweltschutz« minimiert werden sollen.

Was wäre, wenn man die Sichtweise umdreht, wenn man fragt, ob heute und hier lebende Menschen sich den Zugang zu den vier Quellen des Reichtums ihres Daseins nicht auf gleichere und auch nachhaltigere Weise sichern könnten als durch ein Weiter-So? Dann steht nicht das Opfer, sondern die Chance, nicht die Gefahr, sondern die Möglichkeit, nicht ein abstrakt verkündetes Menschheitsinteresse, sondern stehen die eigenen Wünsche und Hoffnung am Anfang jeder Frage, jedes Engagements. Dies macht die Aufgabe nicht irrelevant, Ziele der CO₂-Reduktion einzuhalten und die planetaren Grenzen und »Leitplanken« im Blick zu haben. Aber man könnte diese Aufgabe als sehr konkreten Weg denken, jetzt und in Zukunft reicher, menschlicher, solidarischer und sicherer zu leben. Und es käme darauf an, diesen Blick auf alle vier Sphären der Reichtumsproduktion in ihrem organischen Zusammenhang und in ihrem gemeinsamen Konflikt mit dem neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus zu werfen, sie alle in einer Vier-in-Einem-Perspektive zu betrachten. Es könnte sogar sein, dass aus Bewegungen, die für eine andere Gestaltung der gesellschaftlich-individuellen Lebenswelten, der Demokratie oder auch des Kulturell-Öffentlichen genau jene Impulse, Anstöße, Energien und »Ereignisse« erwachsen, die der ökologischen Frage eine völlig neue Dynamik verleihen. Und umgekehrt: Nur wenn die Projekte einer Bearbeitung der ökologischen Krise zugleich als Beitrag für reichere Lebenswelten, eine Demokratisierung der Demokratie und als Friedenssicherung sowie eine

neue Kultur entwickelt werden, können sie, so scheint mir, der Falle entgehen, in ein Projekt des »Grünen Kapitalismus« aufzugehen.

Aber wie realistisch ist es, in der jetzigen Krisensituation wirklich eine Transformation zu beginnen, die der Problemsicht gerecht wird, wie sie in so vielen Transformationsberichten artikuliert wird? Wie tief müssen die Veränderungen der Basisinstitutionen unserer Gesellschaft (Zapf, 1969) sein, um vor diesen Herausforderungen zu bestehen? Oder sind sie sogar durch völlig neue Institutionen abzulösen? Wie aber sähen diese aus? Wo gibt es konkrete Ansatzpunkte und Elemente (Klein, 2013; Thie, 2013)? Wie umfassend wären die notwendigen Umbrüche in der Produktions- und Lebensweise? Vor allem aber: Gingen dann nicht zugleich alle ungeheuren Vorzüge moderner bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften verloren – angefangen mit der historisch bisher unübertroffenen Fähigkeit zur ständigen Innovation und Erneuerung, deren Hohelied Marx und Engels im »Manifest« sangen, einem Niveau von Wohlfahrt und Lebensqualität für heute ein Drittel, morgen vielleicht zwei Drittel der Menschheit, der Verdoppelung der durchschnittlichen Lebenserwartung in den letzten 150 Jahren von unter vierzig auf bald achtzig Jahre? Niemals zuvor hatten so viele Menschen so viel individuelle Freiheit, Zugang zu Wissen, Gesundheitsleistungen, Bildung, Kultur, Mobilität wie heute.

Gerade in den Ländern Asiens und Lateinamerikas sind die jungen Mittelschichten mehrheitlich von den Vorzügen kapitalistischer Märkte überzeugt. Es waren staatlich regulierte marktwirtschaftlich orientierte Reformen, durch die sich in der VR China in nur dreieinhalb Jahrzehnten mehr Menschen als jemals zuvor in der Weltgeschichte aus absoluter Armut befreit haben. Linke Regierungen, nicht zuletzt in Lateinamerika, wählen zumeist den Weg der Verbindung von Markt und Staat und stärken ihrer Rohstoffexportsektoren. Sie setzen auf den Ausbau der Stellung ihrer Länder auf den Weltmärkten, um erzielte Gewinne teilweise sozial umzuverteilen. In Bolivien und Venezuela konnte der Gini-Koeffizient gesenkt werden. Zugleich aber wächst das Bewusstsein, dass sich diese Reformen nicht einfach fortsetzen lassen, weder in China noch anderswo. Die Kosten solcher Erfolge werden immer höher. Die nachholende Entwicklung stößt an Grenzen; teilweise zementiert sie die Ungleichheit und schafft neue Abhängigkeiten. Und die Lebenswirklichkeit vieler wird durch Unsicherheit, Selbstvermarktung, Zeitstress und auch durch Armut geprägt. Demokratie wird eingeengt, der Konsumismus erfährt eine neue Blüte. Auch in Europa stößt das finanzgetriebene Akkumulationsregime an seine

Grenzen (Demirovic, Sablowski, 2012), nehmen imperiale Tendenzen zu (Crome, 2012; Heine, Sablowski, 2013).

Die Barbarei, dass einer Milliarde Menschen der Zugang zu den elementarsten Grundgütern des Lebens wie Nahrung, frisches Wasser oder einfachster Medizin verwehrt ist, dass die Zahl von Menschen, die in Slums leben, sich bis Ende des Jahrzehnts auf zwei Milliarden verdoppeln könnte, dass Hunderte Millionen Menschen Krieg und Bürgerkrieg ausgesetzt sind, bildet den schreienden Gegensatz zum sozialen Aufstieg von Teilen der Weltbevölkerung. Die Frage ist nur, wie diese Barbarei beseitigt werden kann: durch die Verallgemeinerung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften oder durch einen Umbruch, der grundsätzlich mit der Dominanz von Kapitalverwertung und »freien Märkten« bricht? Ist diese Barbarei nur Durchgangsstufe oder aber die zwangsläufige Kehrseite heutiger Zivilisation? Ist das Eine nicht ohne das Andere zu haben? Vor allem aber: Was wäre, wenn sich erweist, dass diese Zivilisation selbstzerstörerisch ist, da sie ihre eigenen Grundlagen schneller vernichtet als neu zu erschaffen vermag, so dass die Barbarei allgemein zu werden droht? Aber auch dies würde nur dann eine neue Perspektive erschließen, wenn praktisch nachgewiesen werden könnte, dass eine Transformation möglich ist, die nicht in autoritäre und stagnative Gesellschaftsformen mündet, die die Freiheit unter sich begraben – im Namen, welches Idols auch immer.

Es kommt darauf an, so die These, die Mehrdimensionalität der Zivilisationskrise ernst zu nehmen, die Freiheitspotentiale zu bewahren und auszubauen, die Gleichheit der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürgern lokal wie global durchzusetzen und den nachfolgenden Generationen die Bedingungen dieser Freiheit und Gleichheit solidarisch zu hinterlassen. Transformatorische Realpolitik könnte versuchen, das synergetische Potential von ökologischer, sozialer, demokratischer und kultureller Frage zu erschließen. Historisch haben Umbrüche vor allem dann stattgefunden, wenn verschiedene Bewegungen, Konflikte und Ansätze sich verdichteten, molekulare Veränderungen in Großen Krisen sich wechselseitig verstärkten (Candeias, 2014), in der Überschneidung einander verstärkten und dadurch eine Macht entfalteten, die keine für sich hätte zur Geltung bringen können. Es sind dann Momente, in denen sich »Innovationen von weltweiter Wirkung« verdichten und »manche unabhängig voneinander verlaufende Prozesse« konvergieren (Osterhammel 2011: 17). Diese Verdichtung und Konvergenz kann auch (aber natürlich nicht nur) Resultat bewusster (transformatorischer) Politik sein. Auf jeden Fall wird eine solche Verdichtung befördert, wenn einzelne Projekte auch im Wissen um

die damit verbundenen Synergien vorangetrieben werden und lokal wie global aktiv an entsprechenden Akteurskoalitionen gearbeitet wird.

Eine solche Politik wird sich erstens dann vor allem überzeugend herstellen lassen, wenn sie sich in konkreten Einstiegsprojekten manifestiert (siehe dazu Lutz Brangsch in diesem Buch), die die ökologische, soziale, demokratische und kulturelle Aspekte »synchronisieren«. Ein Beispiel dafür sind die Bewegungen für die umfassende Einführung von Systemen eines entgeltfreien öffentlichen Personennahverkehr (Brie, Candeias, 2012; Dellheim, 2011) oder die Verbindung von lokaler CO₂-armer Energieproduktion, demokratisch kontrollierten öffentlichen Netzen und subventionierter oder unentgeltlicher Grundversorgung mit Strom. Dieser Ansatz hat auch eine starke globale solidarische Komponente. Es könnten Nord-Süd-Partnerschaften aufgebaut werden. Gelänge es, die Frage der deutlichen Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei Anhebung der unteren Löhne und Sicherung des mittleren Lohnniveaus mit dem Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) und einem gleichermaßen sozialen, ökologischen und kulturellen Stadtumbaus sowie einem partizipatorischen Haushalt zu verbinden, dann könnte auch ein solches Projekt hohe Ausstrahlung gewinnen.

Zweitens: Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus hat zur Delegitimierung einer ausschließlich am Shareholder Value orientierten Unternehmensverfassung geführt. Dies ist eine Chance. Angesichts der Zentralität der Unternehmen in ihren privaten, öffentlichen oder genossenschaftlichen Formen steht die Frage, wie diese zu Akteuren transformatorischen Wandels werden können. Nur dann, wenn sie Naturressourcen, Arbeitskraft, Kredit/Finanzanlage und Wissen in einer Weise reproduzieren, dass die Gaiaspäre, die gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten, die demokratischen und libertären Institutionen sowie die Welt der Kultur nicht länger unter Profit und Kapitalverwertung subsumiert, sondern in ihrem Eigensinn gestärkt werden, wird es überzeugende Alternativen über den Kapitalismus hinaus geben.

Von verschiedensten Seiten werden immer neue Forderungen an die Unternehmen herangetragen: Gute Arbeit, Ausbildung, nachhaltiges Wirtschaften, Verbraucherschutz, lokale Verankerung, Transparenz, innere Demokratisierung und Mitsprache externer Stakeholder, Beitrag zu einem fairen Handel. Dabei werden zwei Wege verfolgt: Der eine Weg ist die direkte Partizipation der entsprechenden Interessengruppen an Unternehmensentscheidungen. Dies kann die nachdrückliche Wahrnehmung von Forderungen einschließen, kann aber auch zur Blockade innerbetrieblicher Entscheidungsprozesse in der Unübersichtlichkeit von Vetoplayern

führen. Der andere Weg ist die externe und interne Regulierung der Unternehmenstätigkeit, so dass die Verfolgung von betriebswirtschaftlichen Zielen an die Berücksichtigung von weit darüber hinausgehenden Zielen gebunden wird. Beide Wege sollten praktisch geprüft werden. Man kann davon ausgehen, dass sie kontextabhängig jeweils unterschiedliche Wirkungen zeigen.¹² Im Zentrum steht dabei die Demokratisierung der Verfügung über die Strukturen von Wirtschaft und ihrer Unternehmen (Wright, 2010: S. 191-267).

Ohne eine Transformation der Unternehmen in solidarische Assoziationen mit wirtschaftlichem Auftrag kann keine umfassende Gesellschafts-Transformation gelingen (Demirovic, 2014; Krätke, 2014). Es bedarf ganz offensichtlich eines weiten Feldes von Experimenten, um Prozesse einzuleiten, die profitorientierte Unternehmen in solche Assoziationen zu verwandeln, die ihre Ziele nicht durch Erhöhung der Produktivität, sondern der gesellschaftlichen Reproduktivität verfolgen, nicht auf Kosten von Natur, Arbeits- und Lebenswelten, demokratischen Institutionen oder Kultur, sondern durch neue Formen ihrer symbiotischen, ihrer Ko-Entwicklung.

Drittens: Ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Verwandlung von profitorientierten Unternehmen in Akteure eines transformatorischen Wandels könnten Formen der Sozialisierung der Investitionsfunktion sein. Der Zugang zu Kapital würde an die Einhaltung grundlegender Standards gebunden. Die Knappheit des Kapitals würde auf jenes Niveau reduziert, dass mit den Zielen eines umfassenden sozialökologischen Umbaus vereinbar ist und »den (mehr oder minder – M. B.) sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten« (Keynes 1983: 317) nach sich zieht. Zusammen mit Kapitalverkehrskontrollen und der öffentlichen Ächtung von Unternehmen, die diese Standards verletzen, könnte so eine starke Gegenmacht entstehen. Auch der Ausbau öffentlicher Investitionen oder die direkte Beteiligung der öffentlichen Hände an Unternehmen, die aus Notlagen befreit werden, könnte dazu gehören. Sie hätten dann zumindest eine Vetomacht gegen Unternehmensentscheidungen, die das Gemeininteresse negativ beeinflussen. Der wichtigste Schritt auf diesem Wege wäre die Transformation des Finanzsektors in einen Dienstleistungssektor solidarischen Wirtschaftens und solider nachhaltiger Finanzierung (Felber, 2012).

Eine vierte Bedingung wäre die Schaffung von transformatorischen Koalitionen, die weit über eine bloß projektbezogene Kooperation im Rahmen eines »Mosaiks« (Urban, 2009) hinausgehen würde.

Ein Teil der Ressourcen der Akteure würde bewusst in die Entwicklung ihrer kooperativen Umgestaltungsfähigkeit investiert werden. Dies aber ist schwierig. Für die Lohnabhängigen und sozial schwächere Gruppen ist die bloße Interessenverteidigung innerhalb der vom Finanzmarkt-Kapitalismus gegebenen Rahmenbedingungen und die gewerkschaftliche Beteiligung am »Krisen-korporatismus« das Einzige, was erreichbar zu sein scheint. Es ist dann aber ein Kampf zu den Konditionen des herrschenden Blocks, der die gegebenen Rahmenbedingungen eher verfestigt. Aber auch ein Eintreten für ökologischen Umbau oder Demokratisierung, die die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung an sozialer Sicherheit oder guter Arbeit ignoriert, spaltet. Gegen-Hegemonie ist nur dann erreichbar, wenn kooperativ an transformierenden Zusammenhängen gearbeitet wird, die Umverteilung und Umgestaltung verbindet, Tagesaufgaben und Perspektiven vermittelt.

Eine fünfte und immer wichtigere Bedingung wäre die gemeinsame Initiierung von Verfassungsprozessen, wie sie ihr Vorbild in einigen Ländern Lateinamerika hat (Ecuador, Bolivien, auch Venezuela). Es müssen die verbindlichen Regeln der gesellschaftlichen Kooperation verändert werden. Es ist dies eine Metaebene der Kooperation, die besondere Aufmerksamkeit verlangt (Ostrom 2005: 58-64). Auch geschichtlich sind größere Umbrüche immer Umbrüche der Verfassung von Gesellschaften gewesen – spätestens seit der Deklaration der Menschenrechte in der aufständischen britischen Kolonie Virginia 1776. Dies beginnt erstens damit, dass ein solcher Prozess per se die vorhandene Gesellschaft zum »ancien regime«, zur überholten Gesellschaft, erklärt (Hardt und Negri 2013: 57 ff.). Dies spricht der gegebenen Verfassungsordnung (und nicht nur der Verfassungswirklichkeit) die Legitimität ab. Es wird zweitens auf der Verfassungsebene der revolutionäre Ausnahmezustand erklärt; die Grundregeln der Gesellschaft werden gewaltfrei in Frage gestellt. Drittens wird ein umfassender gesellschaftlicher Diskussionsprozess eingeleitet, der hin zu Generalständen führen kann (Bourdieu, 2004). Diskursiv und konsensorientiert, aber bezogen auf neue Maßstäbe einer legitimen Ordnung kann ein breiter gesellschaftlicher Prozess in Gang gesetzt werden. Dabei dürfte die Frage der völlig neuen Verbindung von individuellen Menschenrechten und Sicherung der Gemeingüter (der vier hier immer wieder ausgeführten Quellen allen gesellschaftlichen Reichtums) (Daiber, Houtart, 2012) und des besonderen Schutzes jener Praktiken (des »Commoning; siehe dazu u.a. Helfrich u. a. 2010), die diesen Reichtum mehren, im Zentrum stehen. Der Verfassungsprozess könnte zudem ein wichtiges Projekt sein, dass den Aufbau einer transformatorischen Koalition befördert.

Wenn heute eine »Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen« erscheinen würde, müsste sie den tiefen Widerspruch zwischen Reichtum und Kapitalismus ins Zentrum rücken. Die Lösung dieses Widerspruchs verlangt viele konkrete Projekte und Schritte. Sie beginnen – wo auch sonst – im ancien regime, in den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften. Es wird sich zeigen, ob sie wirklich darüber hinaus führen. Da es aber gute Gründe gibt anzunehmen, dass die Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft mit der Sicherung des Erhalts und Ausbaus der vier grundlegenden Sphären moderner Reproduktion nur zu sehr hohen Kosten vereinbar ist, dass eine den Menschen förderliche Gaiasphäre, reiche gemeinschaftlich-individuelle Lebenswelten, starke demokratische und friedensstiftende Institutionen sowie eine freie Welt des Öffentlich-Kulturellen die Dominanz ganz anderer Ziele bedarf, kann die Wette auf die Zukunft gemacht werden: Am Ende wird nicht ein »anderer« Kapitalismus, sondern eine solidarische Teilhabegesellschaft stehen, die auch als demokratischer Sozialismus des 21. Jahrhunderts bezeichnet werden könnte. In ihn geht der Einsatz für die gemeinschaftlichen Grundlagen unseres Lebens genauso ein wie der Kampf für die Menschenrechte. Ein solcher Sozialismus hat kommunistische wie libertäre Wurzeln und zeichnet sich durch deren organische Verbindung aus. Die Erde könnte zum Garten werden (dem persischen »pairidaeza« (Turner, 2005: S. 121). Die Lebenswelten wären geprägt durch freie Gemeinschaften der Arbeit, des Sorgens und Einmischens und der Muße, wären Heimatwelten. In der rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft würden die Bedingungen von Freiheit und Gleichheit bewahrt. Die Impulse der Kultur würden die Dynamik der ganzen Gesellschaft prägen. Ohne eine solche befreiende Vision werden die vielen konkreten Kämpfe nicht gewonnen werden gegen Profitdominanz, Verteidigung der Privilegien, imperiale Anmaßung, gegen Angst und Gier. Ob diese »Wette« auf eine Zukunft nach dem Kapitalismus aufgeht, wird sich aber erst in dieser Praxis zeigen.

¹ Es dauerte noch 150 Jahre, bis das Wort »Welfare« sich im englischen für die Teilhabe aller am guten Leben einbürgerte. Vom Welfare State war erst 1941 als Versprechen für den Nachkrieg die Rede. In der deutschen Sprache war der Begriff für Wohlstand noch im 16. Jahrhundert auf »Wohlergehen, Gesundheit, was schön ist, gefällt, geziert« beschränkt und wurde erst im 18. Jahrhundert auf »Wohlhabenheit, Besitz, materiell gesicherte Verhältnisse« bezogen (Pfeifer 1995: 1577).

- ² Dieser Begriff wird in Differenz zur Biosphäre, Lithosphäre, Technosphäre usw. verwandt, die eng verwobene »Subsysteme« des irdischen Lebensraum als Ganzen in seinen kosmischen Wechselbeziehungen - der Gaiaosphäre - bilden.
- ³ Dieses Erstaunen spricht aus Darwins großem Werk »Die Entstehung der Arten«, das er mit dem Satz abschließt: »Es ist wahrlich etwas Erhabenes um die Auffassung, daß der Schöpfer den Keim alles Lebens, das uns umgibt, nur wenigen oder gar nur einer einzigen Form eingehaucht hat und daß, während sich unsere Erde nach den Gesetzen der Schwerkraft im Kreise bewegt, aus einem so schlichten Anfang eine unendliche Zahl der schönsten und wunderbarsten Formen entstand und noch weiter entsteht« (Darwin, 2004: S. 678).
- ⁴ »Außer Unternehmern und Kapitalisten sind alle Wirtschaftssubjekte als Arbeiter und »Grundherren« — Besitzer natürlicher Produktionsmittel — zu qualifizieren. Die letzten sind, soweit sie sich auf ihre Rolle als Arbeiter oder Grundherren beschränken, essentiell statisch-hedonisch und wirtschaftlich ein passives Element. Wirtschaftlich schieben sie nicht, sondern werden sie geschoben — politisch mögen sie ja Datenänderungen durchsetzen, wie Schutzzölle, Arbeiterschutz, oder von Führern, die aber keinen Unternehmercharakter tragen, zu monopolartigen Kombinationen organisiert werden. Das gleiche gilt von den Kapitalisten [als Kapitaleigentümer - M.B.]« (Schumpeter 2013: 516). Letztere hätten nur durch ihren besonderen Bezug auf die Unternehmer eine der Entwicklung dienende Funktion, sie seien »quasistatische Wirtschaftssubjekte« (ebenda).
- ⁵ Die sozialistischen und kommunistischen Experimente des 19. und 20. Jahrhundert scheiterten (auch) am Versuch, die unmittelbare Einheit von Produzent und Produktionsbedingungen wieder herzustellen. Sie zerstörten damit eine entscheidende Bedingung von Erneuerung. Vgl. dazu (Brie, 2004). Es bleibt das ungelöste Problem jedes Sozialismus, wie eine selbstbestimmte Einheit von Produzent und Produktionsbedingungen hergestellt werden kann, ohne dabei zugleich die Entwicklungsfähigkeit moderner Gesellschaften zu untergraben. Eine solche Einheit wäre nur als (solidarisch) vermittelte Einheit möglich, die die relative Selbständigkeit der kooperativ wirkenden Wirtschaftsakteure nicht aufhebt.
- ⁶ »Da die Unternehmungen Produktionsfaktorleistungen kaufen müssen, um die Güter zu produzieren, die sie nach erfolgter Produktion auf den Markt bringen und verkaufen, müssen sie über einen Vorschuss von Geld verfügen, um die Produktionsfaktorleistungen zu kaufen, bevor sie sich durch Verkauf der Güter bezahlt gemacht haben. Dieser Vorschuss ist das Unternehmungskapital. Sein Einsatz muss sich durch die Erzielung eines Gewinns rechtfertigen. Der Marktprozess in der modernen Wirtschaft kann daher nur unter Mitwirkung des monetären Unternehmungskapitals und des monetären Gewinns erklärt werden.« (Binswanger, 2006: 21).
- ⁷ Zum Begriff der reflexiven Moderne vgl. Beck, Giddens und Lash (1996) sowie Beck (1993).
- ⁸ Der Wachstumszwang bezieht sich im Unterschied zum Zwang ständiger Erneuerung nicht unbedingt auf die Gesamtsumme der Kredite, sondern nur darauf, dass der einzelne Kredit mit Aufschlag zurückgezahlt wird. Eine innovativ-unternehmerische Wirtschaftsweise ist deshalb nicht zum unentwegten quantitativen Wachstums des Verbrauchs von Ressourcen und der Akkumulation immer größerer Kapitalien verdammt, sondern diese können auch quantitativ eingeschränkt werden, ohne dass dabei die Grundbedingungen unternehmerischen Handelns unterdrückt werden.
- ⁹ Bob Jessop entwickelt dieses Konzept in kritischer Auseinandersetzung mit Niklas Luhmann (Jessop, 2008).
- ¹⁰ Karl Polanyi fasst diesen Widerspruch so: »Der entscheidende Punkt ist aber dies: Arbeit, Boden und Geld sind wesentliche Elemente des gewerblichen Wirtschaftens, sie müssen ebenfalls in Märkten zusammengefasst sein, und diese Märkte bilden sogar einen unerlässlichen Teil des Wirtschaftssystems. Indessen sind Arbeit, Boden und Geld ganz offensichtliche keine Waren: die Behauptung, dass alles, was gekauft und verkauft wird, zum Zwecke des Verkaufs produziert werden musste, ist in Bezug auf diese Faktoren eindeutig falsch« (Polanyi, 1995: S. 107).
- ¹¹ »Der Mensch hat zudem die Landoberfläche der Erde etwa zur Hälfte umgestaltet. Die menschliche Gesellschaft nutzt bereits nahezu ein Viertel der jedes Jahr von allen Landflächen der Erde produzierten Biomasse ... und mehr als 40% der erneuerbaren, zugänglichen Wasserressourcen ... In Summe übertreffen zahlreiche gesellschaftlich verursachte globale

Material- und Energieströme inzwischen die natürlichen.« (WGBU2011:33).

- ¹² Zu Ansätzen einer Wirtschaftsdemokratie ausgehend von Reformstrategien der 1960er und 1970er Jahre: Sik, 1979.

Literaturverzeichnis

Achatz, Juliane (2010): Geschlechterungleichheiten im Betrieb. Arbeit, Entlohnung und Gleichstellung in der Privatwirtschaft. Berlin: Edition sigma. — ISBN: 9783836087100 3836087103

Babro, Rudolf (1980): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. — ISBN: 3-499-17331-X

Beck, Ulrich (1993): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Erstausg., [10. Aufl.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp. — ISBN: 3-518-11365-8

Beck, Ulrich; Giddens, Anthony; Lasb, Scott (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp. — ISBN: 3-518-11705-X

Binswangen Hans Christoph (2006): Die Wachstumsspirale: Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses / Hans Christoph Binswangen Marburg: Metropolis-Verl. — ISBN: 3-89518-554-X

Bischoff, Joachim (2009): Jahrhundertkrise des Kapitalismus: Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie? Hamburg: VSA-Verl. — ISBN: 978-3-89965-339-7

Boltanski, Luc; Chiapello, Eve (2005): The new spirit of capitalism. London ; New York: Verso. — ISBN:1859845541

Bourdieu, Pierre (2004): Gegenfeuer. Konstanz: UVK-Verl.-Ges. — ISBN: 3-89669-511-8

Brand, Ulrich; Publ, Katharina; Thimmel, Stefan (Hrsg.) (2013): Wohlstand - wie anders? Linke Perspektiven. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Manuskripte).

Brie, Michael (2007): »Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten«. In: Brie, Michael; Hildebrandt, Cornelia; Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.) Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 13-45.

Brie, Michael (2004): »Der sowjetische Staatsparteisozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«. In: Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachen (Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher), S.197-233.

Brie, Michael; Candeias, Mario (2012): Just Mobility. Postfossil Conversion and Free Public Transport. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Analysen).

Brie, Michael; Klein, Dieter (Hrsg.) (1992): Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge. Hamburg: VSA. — ISBN: 3879755558

Burnette, Joyce; Mokyr, Joel (1995): »The Standard of Living Through the Ages«. In: Simon, Julian L. (Hrsg.) The State of Humanity. Cambridge, S. 135-148.

Candeias, Mario (2012a): »Hello...does anybody rule? Die (Un)Fähigkeit der herrschenden Klassen und führenden Gruppen«. In: Alex Demirovic und Christina Kaindl (Hrsg.): Gegen den Neoliberalismus andenken, Hamburg. Hamburg, S. 82-100.

Candeias, Mario (2012b): »Szenarien grüner Transformation«. In: Brie, Michael; Candeias, Mario (Hrsg.) Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin (Paper der Rosa-Luxemburg-Stiftung), S. 135-150.

Candeias, Mario (2014): »»Wenn das Alte stirbt ...« - Organische Krise bei Antonio Gramsci«. In: Brie, Michael (Hrsg.) »Wenn das Alter stirbt...« Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Zweite Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung (Manuskripte Neue Folge. Rosa-Luxemburg-Stiftung), S. 14-28.

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK, Univ.-Verl. Konstanz. — ISBN: 3-87940-582-4

Childe, Vere Gordon (1959): Der Mensch schafft sich selbst. Dresden: Verl. d. Kunst.

Crome, Erhard (2012): »Deutschland in Europa/Eine neue Hegemonie-debatte«. In: WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik. 86, S. 59-69.

Daiber, Birgit; Houtart, Francois (Hrsg.) (2012): A Post-capitalist Paradigm. The Common Good of Humanity. Brüssel: Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Darwin, Charles (2004): Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl / Charles Darwin. Übers. von Carl W. Neumann. Nachw. von Gerhard Heberer. Sonderausg. Hamburg: Nikol. — ISBN: 3-933203-82-1

Dellheim, Judith (2011): »Free Public and Accessible Transports«. Mehringl.

Dellheim, Judith; Brangsch, Lutz; Wolf, Frieder-Otto; u. a. (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation. Berlin: Karl Dietz Verlag.

Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft: Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot. — ISBN: 3-929586-83-5

Demirovic, Alex (2014): »Wirtschaft und Demokratie«. In: Weipert, Axel (Hrsg.) Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute. 1. Aufl. Berlin: Nora, S. 37-48. — ISBN: 978-3-86557-331-5

Demirovic, Alex; Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Analysen / Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Deppe, Frank; Schmittbenner, Horst; Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2008): Notstand der Demokratie: auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus? Hamburg: VSA-Verlag. — ISBN: 9783899652833

Duchrow, Ulrich (2013): *Gieriges Geld:* Auswege aus der Kapitalismusfalle. Befreiungstheologische Perspektiven. München: Kösel. — ISBN: 978-3-466-37069-6

Federici, Silvia (2012): Caliban und die Hexe: Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien: Mandelbaum. — ISBN: 978-3-85476-615-5

Felber, Christian (2012): Die Gemeinwohl-Ökonomie: eine demokratische Alternative wächst. Aktualisierte und erw. Neuausg. Wien: Deuticke. — ISBN: 978-3-552-06188-0

Friends of the Earth (2009): Overconsumption? Our use of the world's natural resources. o.V.

Fuchs, Thomas (2009): Das Gehirn - ein Beziehungsorgan: eine phänomenologisch-ökologische Konzeption. 2. aktualisierte Aufl. Stuttgart: Kohlhammer. — ISBN: 978-3-17-021004-2

Gorbacev, Michail S. (1988): Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt / Michail Gorbatschow. [Übers.-Kollektiv von Intertext]. 2. Aufl. Berlin: Dietz. — ISBN: 3-320-01213-4

Habermas, Jürgen (1983): Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. 14. Aufl. Darmstadt: Luchterhand. — ISBN: 3-472-61025-5 Haibert, Debora (2005): »Globalized Resistance to Intellectual Property«.

Hardt, Michael; Negri, Antonio (2013): Demokratie! Wofür wir kämpfen. Frankfurt, M.: Campus-Verl. — ISBN: 978-3-593-39825-9

Hardt, Michael; Negri, Antonio (2004): Multitude. War and democracy in the age of Empire. New York: The Penguin Press. — ISBN: 1594200246

Harvey, David (2007): Räume der Neoliberalisierung: zur Theorie der ungleichen Entwicklung. Hamburg: VSA-Verl. — ISBN: 978-3-89965-230-7

Haug, Frigga (2008): Die Vier-in-einem-Perspektive: Politik von Frauen für eine neue Linke / Frigga Haug. Dt. Orig.-Ausg. Hamburg: Argument-Verl. — ISBN: 978-3-88619-336-3

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1972): »System der Sittlichkeit (1803)«. In: Jenaer Schriften. Hrsg. u. eingel. von Gerd Irrlitz. Berlin: Akademie-Verlag, S. 429-520.

Heine, Frederic; Sablowski, Thomas (2013): Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Helfrich; Kublen, Rainer; Sachs, Wolfgang; u. a. (2010): Gemeingüter - Wohlstand durch Teilen. Heinrich-Böll-Stiftung.

Hirsch, Joachim (1998): Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat. 1. Aufl. Berlin: ID-Verl. — ISBN: 3-89408-070-1

Hofmeister, Sabine; Katz, Christine; Mölders, Tanja (Hrsg.) (2013): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen: Budrich. — ISBN: 9783847400103 384740010X

Jacoboni, Marco (2011): Woher wir wissen, was andere denken und fühlen: das Geheimnis der Spiegelneuronen. Taschenbuchausg., 1. Aufl. München: Goldmann. —ISBN: 978-3-442-15675-7

Institut für Gesellschaftsanalyse (2009): »Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen«. In: kontrovers. 02/2009 .

Jessop, Bob (2007): »Towards a Schumpeterian workfare State? Preliminary remarks on post-Fordist political economy". In: Vij, Ritu (Hrsg.) Globalization and welfare: a critical reader. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, (International political economy series), 106-119. —ISBN: 1-403-90166-X, 978-1-403-90166-8, 1-403-90165-1, 978-1-403-90165-1

Jessop, Bob (2008): »Zur Relevanz von Luhmann's Systemtheorie und von Laclau und Mouffe's Diskursanalyse für die Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie«. In: Hirsch, J.; Kannankulam, J.; Wissel, J. (Hrsg.) Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx. Baden-Baden, S. 157-179.

Keynes, John Maynard (1983): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. 6. Aufl. Berlin: Duncker und Humblot. — ISBN: 3-428-00757-3

Keynes, John Maynard (2007): »Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder«. In: Reuter, Norbert (Hrsg.) Wachstumseuphorie und Ver-

teilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief. Marburg, S. 135-147.

Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg: VSA. — ISBN: 978-3-89965-568-1

Klein, Dieter (2010): »Eine zweite Große Transformation und die Linke«. In: rls kontrovers. (1).

Klein, Dieter (Hrsg.) (2003): Leben statt gelebt zu werden: Selbstbestimmung und soziale Sicherheit: Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Dietz. — ISBN: 3320029355 9783320029357

Klein, Dieter (2006): Milliardäre – Kassenleere: rätselhafter Verbleib des anschwellenden Reichtums. Berlin: Dietz. — ISBN: 3-320-02081-1

Krätke, Michael (2014): »Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft. Überlegungen zur institutionellen Form der Wirtschaftsdemokratie«. In: Weipert, Axel (Hrsg.) Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute. 1. Aufl. Berlin: Nora, S. 60-72. — ISBN: 978-3-86557-331-5

Kuczynski, Jürgen (1954): Bd. 4. Die Geschichte der Lage der Arbeiter in England von 1640 bis in die Gegenwart T. 1. Vor der industriellen Revolution 1640 – 1760. 2., verb. Aufl., 11. – 20. Tsd. o.V.

Kühne, Lothar (1993): »Ökonomisches Verhalten und Weltanschauung«. In: In memoriam Lothar Kühne. Von der Qual, die staatssozialistische Moderne zu leben. Berlin: Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik, S. 98-105.

Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (2006): Hegemonie und radikale Demokratie: zur Dekonstruktion des Marxismus. Dt. Erstausg., 3. Aufl. Wien: Passagen-Verl. — ISBN: 978-3-85165-749-4

Langford, Paul (1998): A polite and commercial people: England 1727-1783. Oxford, [England]: New York, NY: Clarendon Press; Oxford Univ. Press (New Oxford history of England). — ISBN: 0192852531

Linebaugh, Peter (2000): The many-headed hydra: sailors, slaves, commoners, and the hidden history of the revolutionär Atlantic. Boston: Beacon Press. — ISBN: 0807050067

Lorey, Isabell (2012): Regierung der Prekären. Wien [u.a.]: Turia + Kant (Es kommt darauf an ; 14). — ISBN: 978-3-85132-669-7

Losurdo, Domenico (2010): Freiheit als Privileg: eine Gegengeschichte des Liberalismus. Köln: PapyRossa-Verl. — ISBN: 978-3-89438-431-9

Lovelock, James (2000): Gaia: a new look at life on earth. With a new preface by the author. Oxford ; New York: Oxford University Press. — ISBN: 0192862189

MacIver, R. M. (1995): »Vorwort«. In: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944]. 3. Aufl. Frankfurt (Main): Suhrkamp, S. 11-15. — ISBN: 3-518-27860-6

Madörin, Mascha (2006): »Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie«. In: Niechoj, Thorsten; Tullney, Marco (Hrsg.) Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie. Marburg: Metropolis, S. 277-297.

Mahnkopf, Birgit (2013): »Peak Everything - Peak Capitalism? Folgen der sozial-ökologischen Krise für die Dynamik des historischen Kapitalismus.«. In: Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften. (02/2013).

Marx, Karl (1974): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin: Karl Dietz Verlag (MEW).

Marx, Karl; Engels, Friedrich (1974): »Manifest der Kommunistischen Partei«. In: MEW. Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 459-493.

Moore, Jason W. (2007): »Ecology and the Rise of Capitalism.«. (PhD Dissertation) Department of Geography, University of California – Berkeley.

North, Douglass C; Wallis, John Joseph; Weingast, Barry R. (2009): Violence and social orders: a conceptual framework for interpreting recorded human history. Cambridge; New York: Cambridge University Press. — ISBN: 9780521761734

Nuss, Sabine (2006): Copyright & Copyriot: Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot. — ISBN: 978-3-89691-647-1

Offe, Claus; Wiesenthal, Helmut (1980): »Two Logics of Collective Action: Theoretical Notes on Social Class and Organizational Form«. In: Political Power and Social Theory. (1), S. 67-115.

Osterhammel, Jürgen (2011): Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. Sonderausg. München: Beck. — ISBN: 978-3-406-61481-1

Ostrom, Elinor (2005): Understanding institutional diversity. Princeton: Princeton University Press (Princeton paperbacks). — ISBN: 0691122075

Pfeifer, Wolfgang (1995): Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. München.

Polanyi, Karl (1995): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944]. 3.

Aufl. Frankfurt (Main): Suhrkamp. — ISBN: 3-518-27860-6

Polanyi, Karl (2005): »Über den Glauben an den ökonomischen Determinismus [1947]«. In: Cangiani, Michele; Polanyi-Levitt, Kari; Thomasberger, Claus (Hrsg.) Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920-1945). Bd. 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus. Marburg: Metropolis-Verl., S. 325-334. — ISBN: 3895184764 9783895184765

Randers, Jorgen (2012): 2052 - der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. München: Oekom. — ISBN: 978-3-86581-398-5

Reemtsma, Jan Philipp (2008): Vertrauen und Gewalt: Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne. 1. Aufl. Hamburg: Hamburger Ed. — ISBN: 978-3-936096-89-7

Reifsig, Rolf (2011): »Die neue »Große Transformation«. Der Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad«. In: Vorgänge. (3), S. 79-88.

Reifsig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss. — ISBN: 978-3-531-17016-9

Reifsig, Rolf (Hrsg.) (1993): Rückweg in die Zukunft: über den schwierigen Transformationsprozess in Ostdeutschland. Frankfurt a.M.; New York: Campus Verlag. — ISBN: 3593348594

Rilling, Rainer (2008): Risse im Empire. Berlin: Dietz. — ISBN: 978-3-320-02159-7

Rosen, Richard D.; Electris, Christi; Raskin, Paul D. (2010): The Century Ahead: Searching for Sustainability. Boston: Tellus Institute.

Rusconi, Alessandra; Wimbauer, Christine; Motakef, Mona; u. a. (Hrsg.) (2013): Paare und Ungleichheiten. Eine Verhältnisbestimmung. Opladen [u.a.]: Budrich. — ISBN: 9783847401094 3847401092 9783847403753 3847403753

Scheer, Hermann (2010): Der energetische Imperativ: 100 Prozent jetzt. Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist. München: Kunstmann. — ISBN: 978-3-88897-683-4

Scheer, Hermann (1999): Solare Weltwirtschaft: Strategie für die ökologische Moderne. 1. Aufl. München: Kunstmann. — ISBN: 3-88897-228-0

Scheiwe, Kirsten; Krawietz, Johanna (Hrsg.) (2010): Transnationale Sorgearbeit: rechtliche Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Praxis. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. — ISBN: 9783531172651

Schiller, Friedrich (1975): Über Kunst und Wirklichkeit: Schriften u. Briefe zur Ästhetik. 2., veränd. Aufl. Leipzig: Reclam.

Schumpeter, Joseph (2013): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung: Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. 9., Aufl. (Unveränd. Nachdruck v. 1934). Berlin: Duncker & Humblot. — ISBN: 978-3-428-77725-9

Sik, Ota (1979): Humane Wirtschaftsdemokratie: ein 3. Weg / Ota Sik. 1. - 7. Tsd. Hamburg: Knaus. — ISBN: 3-8135-0941-9

Skidelsky, Robert; Skidelsky, Edward (2012): How much is enough? Money and the good life. New York: Other Press. — ISBN: 9781590515075

Smith, Adam (1976): Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen. Berlin: Akademie-Verlag.

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp. — ISBN: 978-3-518-58592-4

Thie, Hans (2013): Rotes Grün: Mit Kooperation, Gleichheit und Planung zur ökologischen Gesellschaft. Hamburg: VSA. — ISBN: 978-3-89965-552-0

Thompson, Edward P. (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Frankfurt am Main: Suhrkamp. — ISBN: 3-518-02687-9

Turner, Tom (2005): Garden history: philosophy and design, 2000 BC-2000 AD. London/New York: Spon Press. — ISBN: 0415317487

Urban, Hans-Jürgen (2009): »Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung«. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. (5), S. 71-77.

Werlbof, Claudia von; Mies, Maria; Bennboldt-Thomsen, Veronika (1988): Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch. — ISBN: 3499122391 9783499122392

WGBU (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.

Wijkman, Anders; Rockström, Johan (2012): Bankrupting nature: denying our planetary boundaries. Rev. ed. Abingdon, Oxon; New York: Routledge. — ISBN: 9780415539692

Wikipedia (2013a): »Genuine Progress Indicator».

Wikipedia (2013b): »Human Development Index».

Wilson, Edward O. (1984): Biophilia. Cambridge, Mass: Harvard University Press. — ISBN: 0674074416

Wimbauer, Christine (2012): Wenn Arbeit Liebe ersetzt. Doppelkarriere-Paare zwischen Anerkennung und Ungleichheit. Frankfurt, M.: Campus-Verl. — ISBN: 978-3-593-39782-5

Winker, Gabriele; Degele, Nina (2009): Intersektionalität: zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: Transcript. — ISBN: 978-3-8376-1149-6

Wright, Erik Olin (2010): Envisioning real utopias. London; New York: Verso. — ISBN: 9781844676187

Zaiasiewicz, Jan; Williams, Mark; Haywood, Alan; u. a. (2011): »The Anthropocene: a new epoch of geological time?«. In: Philosophical Transactions of the Royal Society A: Mathematical, Physical and Engineering Sciences. 369 (1938), S. 835-841, DOI: 10.1098/rsta.2010.0339.

Zapf, Wolfgang (1969): Theorien des sozialen Wandels. Köln: Kiepenheuer u. Witsch.

*Im Erscheinen: Futuring. Perspektiven der Transformation
im Kapitalismus und über ihn hinaus.
Westfälisches Dampfboot 2014*



26

Michael Brie
Sind wir Auto?

In der schlimmsten Wirtschaftskrise seit 1929 wird die Abwrackprämie vielleicht als größte Massenbewegung in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen. Zwei Millionen Käufer von neuen Autos können jetzt ihre Altwagen wegwerfen und auf einen neuen umsteigen. Alle Demonstrationen gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die »kleinen Leute« zusammen genommen haben bisher keinen vergleichbaren Massencharakter.

»Auto-Nation« seien wir, so der alte und neue Bundespräsident in der Mitgliederzeitung des ADAC. Der ADAC ist mit 16 Millionen zahlenden Mitgliedern die größte Massenorganisation der Bundesrepublik. Alle im Bundestag vertretenen Parteien zusammen haben weniger als zwei Millionen Mitglieder. Wie kein anderer Gegenstand, so Horst Köhler, stehe das Auto (er erinnert an Käfer und Trabbi) für Wirtschaft, Soziales, Politik und eben auch für die nationale Identität der Deutschen. Ist das, was gut oder schlecht ist für das Auto, auch gut oder schlecht für die Menschen in der Bundesrepublik? Sollte künftig eine Strophe des Deutschlandliedes heißen:

*»Deutsche Autos, deutsche Straßen/deutsche Tunnels, Motorsang/
Sollen in der Welt behalten/ibren alten schönen Klang./Uns zu edler
Tat begeistern/ Unser ganzes Leben lang«? Sind wir Auto?*

Über Jahrtausende war Mobilität ausschließlich den berittenen Oberschichten vorbehalten. »Hoch zu Ross« war Adelsprivileg. Hatten die Eisenbahnen, S-, U-, Straßenbahnen und Busse im ausgehenden 19. Jahrhundert begonnen, Mobilität zu demokratisieren, wurde sie durch das Auto individualisiert. Das Auto wurde zur Massenware und keine andere Ware symbolisierte den wachsenden Wohlstand wie das Auto. Das Auto hat so sehr das 20., das »Amerikanische Jahrhundert«, geprägt, dass US-Präsident Barack Obama es – konfrontiert mit der gleichzeitigen Krise der drei großen Automobilhersteller in den USA – glatt für eine amerikanische Erfindung hielt. Are we cars?

Die einst kaum überwindbaren Schranken einer Klassengesellschaft schienen im Laufe des 20. Jahrhunderts in Westeuropa und den USA zu den Abstufungen zu mutieren zwischen Oberklasse, Mittelklasse und der Welt der Kleinwagen, oft als zweites Auto der Familie für die Hausfrau oder Mitverdienerin. Der Klassenkompromiss ermöglichte das Haus im Grünen einerseits und das Auto andererseits. Sich zwischen Arbeitsort, Wohnort und Urlaubsort souverän zu bewegen, wurde zum erfüllbaren »Traum«. Zugeparkte, von Abgasen vergiftete und durch Autobahnen zerrissene Städte und Landschaften, der alltägliche Stau, die Urlaubskolonnen waren die Kehrseite.

Das Auto ist das Symbol für erfolgreiche Innovationen im 20. Jahrhundert schlechthin. Dabei waren es eigentlich Waschmaschine und der elektrische bzw. Gasherd, die wirklich das Leben erleichtert haben. Sie sparten im Haushalt täglich viel (weibliche) Arbeitskraft. Die Ausbreitung des Autos lässt sich keinesfalls mit dem Drang nach individueller Mobilität allein erklären. Denn diese hätte auch durch Eisenbahn, Straßenbahn, U-Bahn und Busse hergestellt werden können, öffentlich, statt privat. Ein großer Teil heutiger Mobilitätsbedürfnisse resultiert zudem genau aus jener Zersiedlung des Landes, den gigantischen Vorortsiedlungen, die erst im Gefolge der privaten Autonutzung entstanden sind. Weshalb also diese Präferenz des privaten gegenüber dem öffentlichen Mittel individueller Mobilität?

Die Faszination des Autos liegt darin, den menschlichen Körper des Fahrers mit zusätzlicher Macht auszustatten: Das leichte Drücken eines Pedals beschleunigt eine Masse, die zehnmals größer ist als das eigene Körpergewicht auf ein Tempo, das zehnmals höher ist als das Lauftempo eines Joggers, und trägt über eine Strecke, die ohne Ermüdung das Zwanzigfache dessen darstellt, was ein Fußgänger an einem Tag zurücklegen kann. Diese Potenzierung der eigenen Körperkraft und ihre Verwandlung in die Fähigkeit, den Raum zu »besiegen«, die Mühen von Bergen und Ebenen in das bloße Rauschen des Fahrtwindes auf einer glatten Straße zu verwandeln, ist durch kein anderes Mittel moderner Technik derart jedem Einzelnen zugänglich. Das Auto umhüllt den Körper des Fahrers und gibt ihm ein fahrendes Heim – privat behaust durchquert er den Raum. Häuslichkeit wird ortlos.

Es ist das Auto, das es Menschen erlaubt, mit geringer zusätzlicher Bildung und Erfahrung die Macht der modernen Technik als eigene Macht zu genießen und den Kick des kalkulierten Risikos zu erleben, das schnell zur tödlichen Gefahr werden kann. Seit 1950 sind in Deutschland mehr

als 750 000 Menschen bei Verkehrsunfällen getötet worden. Weltweit waren es 2008 über 1,2 Millionen Tote und rund 50 Millionen Verletzte. Die Privatisierung der modernen Mobilität war zugleich der Einstieg in das tödlichste aller Verkehrsmittel.

Das Auto ist ein Geschenk, das die Mehrheit der Bevölkerung sich für die lebenslange Lohnarbeit macht. Zeitweiliger Triebverzicht, alltäglicher Dienst an jenen Fließbändern, an denen die Autos hergestellt werden, an den Schreibtischen, in denen ihre Produktion verwaltet wird. Einfügung als berechenbare Teile in Großorganisationen der Moderne sind das Gut, das die Einzelnen täglich bereit stellen müssen. Im Austausch erhalten sie das Auto. Die Verwandlung des eigenen Körpers in eine Maschine, acht Stunden am Tag, fünf Tage in der Woche, hat die maschinelle Überhöhung männlicher Körperlichkeit in der Freizeit zur Kehrseite und als Ausgleich. Kein öffentliches Transportmittel, nur das private Eigentum kann derartige persönliche Kosten aufwiegen. Lohnarbeit wird als Abhängigkeit, das Auto als Freiheit erlebt. Und die Massenproduktion von Autos durch Lohnarbeit sichert die massenhafte Gleichheit in dieser Freiheit.

Die private Form der Mobilität ist die lustvolle Kehrseite der Entfremdung in der Arbeit. Der Verleih der Arbeitskraft und Lebenszeit zu Bedingungen, die Mann und Frau zumeist nicht selbst bestimmen können, zu Zielen, an denen sie nur selten mitwirken dürfen, ausgeliefert Weisungen, denen sie nur wenig entgegensetzen können, muss sich privat lohnen oder wäre unerträglich. Die Privatheit des Individuellen (auch der Mobilität) außerhalb der Arbeit spiegelt und verstärkt die Fremdheit in der gesellschaftlichen Arbeit.

Der Film *Rebel without a Cause* (... denn sie wissen nicht, was sie tun) von 1955 und James Deans Unfalltod mit seinem Porsche 550 Spyder am 30. September des gleichen Jahres setzten den Aufstand gegen diesen Preis der Freiheit als tödlichen Wettbewerb filmisch und dann real in Szene. Ein ganzes Zeitalter mit seiner Massendemokratie, dem Wohlfahrtsstaat, den technisierten Haushalten, den motorisierten Panzerarmeen, mit Aspirin und Antibabypille erhielt den einen Namen - Fordismus, benannt nach dem Unternehmer, der die ersten in Serie hergestellten und damit auch für die Arbeiter erschwinglichen Auto produzierten ließ, den berühmten Ford T, der Tin Lizzy von 1908.

Aber wird auch das 21. Jahrhundert ein Zeitalter des Autos sein? Bleibt der Zusammenhang von Kapitalismus, Erwerbsarbeit und Privatkonsum intakt? Sind die Verheißungen des Fordismus noch einlösbar? Die Verallgemeinerung der modernen Lebensweise insbesondere in den sich

schnell ausdehnenden Mittelschichten Asiens wird bei ungebrochenen Trends dazu führen, dass sich die Zahl von Autos von über 600 Mio. bis 2030 noch einmal verdoppeln wird – auf rund 1,2 Mrd. Globalisierung der Rohstoff- und Energie verbrauchenden Produktions- und Lebensweise einerseits und Zuspitzung der ihr eigenen Widersprüche in einer endlichen und für die Menschen tödlich verwundbaren Welt andererseits fallen zusammen. Die fordistische Welt wird im Augenblick ihres sicheren Untergangs global. Das triumphierende Wachstum privaten Wohlstands scheint die einzig mögliche Form, in der ein reiches Leben möglich ist – und es zerstört dessen Grundlagen. Privater Luxus ist nicht mehr verallgemeinerbar und zieht Verelendung nach sich. Die Klima-Migrantinnen und -migranten werden nicht den BMW wählen können, um die Zentren der Autowelt zu erreichen.

In der Krise ist eine Weichenstellung entstanden, deren Konturen mehr und mehr sichtbar werden. Die »Umweltprämie« verkörpert wie keine andere politische Entscheidung eine Richtungsentscheidung des offensiven, aggressiven Strukturkonservatismus, des Weiter-So nur besser, ökologischer, sauberer, si cherer. Deshalb wurde diese Prämie, ins Spiel gebracht von IG Metall und SPD, zum erfolgreichsten Exportschlager deutscher Politik im Krisenjahr 2009. Unter anderem Österreich, Frankreich, Portugal, Rumänien, Spanien, Italien und Zypern zogen mit und selbst die USA führten sie ein.

Wir sind Auto sagen unisono Regierungen, Unternehmensführungen, Belegschaften und die Auto fahrende Bevölkerung. Das wirtschaftliche Wachstum und damit auch die Finanzierung des Sozialstaats würden ohne exportstarke Autoindustrie und kauflustige Kunden wegbrechen. Wir sind Auto bedeutet, mit Steuergeldern eine Nachfrage nach genau jenen Gütern neu zu erzeugen, deren Wegwerfen belohnt wird. Wir sind Auto schließt ein, dass es jenseits der Autoindustrie und ihren Zulieferern (in Deutschland sei dies rund jeder siebente Arbeitsplatz) keine hinreichende Zahl gut bezahlter qualifizierter Arbeitsplätze gibt, für die gekämpft werden könnte. Wir sind Auto heißt für die Beschäftigten in der Autoindustrie, gegen den Abstieg in Arbeitslosigkeit und Hartz-IV zu kämpfen. Dies ist auch ein Kampf um menschliche Würde, die so angreifbar ist. Die Umweltprämie soll rund 200 000 Arbeitsplätze erhalten haben. Wir sind Auto drückt aus, dass die stärkste Industriegewerkschaft der Welt, die IG Metall, in den Großbetrieben der Autoindustrie ihre Machtbastionen hat. Wir sind Auto resultiert aus dem Umstand, dass das Auto immer noch das lustschenkende Glied jener Kette ist, die Kapitalismus, Lohnarbeitergesellschaft und

konsumorientierte Lebensweise aneinanderschmiedet zu einem alternativlos scheinenden Zyklus von Wachstum des Ressourcenverbrauchs, Unterordnung unter die Zwänge des Arbeitsmarktes und genussvollem Haben der Symbole von Freiheit und Gleichheit.

Es ist ein hegemonialer Block von neoliberaler Politik, Traumfabriken, Großkonzernen, Gewerkschaften und abhängig Beschäftigten sowie der breiten Masse der Bevölkerung entstanden, für die das Wir sind Auto alternativlos zu sein scheint – materiell wie geistig, rational wie emotional, wirtschaftlich wie politisch. Die »Umweltprämie« hat genau jene, die in diesem historischen Block in der unteren Mitte eingeordnet sind, in Bewegung gesetzt, hat sie aktiviert in einer Weise, die ihre Subalternität zementiert, hat ihnen Gewinne versprochen, die in jeder Hinsicht teuer bezahlt werden – durch Verschuldung der öffentlichen Haushalte, Verfestigung überholter Industriestrukturen, Fortsetzung von Umwelt und Klima zerstörender Produktions- und Lebensweise, der knechtenden Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, Ausbeutung der Dritten Welt. Dieser Konservatismus des Wir sind Auto ist nicht blind für die Umweltfragen, sondern will sie durch eine ökologische Modernisierung innerhalb der gegebenen Strukturen bearbeiten. Er ist auch nicht ignorant für die ärmeren Länder, sondern behauptet die Möglichkeit der Ausdehnung der Autogesellschaft auf die ganze Menschheit. Er gibt sich sozial, weil er die Bevölkerung beteiligen will – als Lohnabhängige wie als Konsumenten, als mobile Kraft in der Welt der Erzeugung wie des Verbrauchs der Waren. Die Ideologie des Wir sind Auto ist die Ideologie der heilen Welt des utopischen Kapitalismus – jeder ist Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge in einer Welt der hunderttausend und einen Ware. Doch die Welt kann nicht zur Ware gemacht werden, ohne dass sie dabei zerstört wird – genauso wenig wie der Mensch dabei menschlich bleibt. Die Rohstoffe für die Autos des 21. Jahrhunderts werden nicht nur gekauft, sondern auch durch Panzer und motorisierte Infanterie erobert werden müssen. Die bewaffneten Streitkräfte der USA verbrauchen insgesamt zehn Mal mehr Treibstoff als Bangladesch mit seinen über 150 Millionen Einwohnern (Klare, 2007).

Es gibt aber die Möglichkeit einer anderen Weichenstellung: In den Poren der Autogesellschaft sind längst Elemente neuer Produktions- und Lebensweisen entstanden. Weder ist die klassische Arbeitsteilung von männlichem Familien»ernährer« und Hausfrau/Mutter noch vorherrschend, und auch Fließband und Großbüros von Großkonzernen sind nicht mehr uneingeschränkt dominant. Individualisierung, Flexibilisie-

rung, Subjektivierung der Arbeit, Teamwork und Netzwerkorganisationen, flache Hierarchien und Enterprise 2.0 sind nicht nur ideologische Schlagworte, sondern beschreiben neue Realitäten. In den eigenen vier Wänden verdrängt das Internet mit Chatrooms und Rollenspielen das bloß passive fremdbestimmte Fernsehen. Dort sind die Einzelnen viel freier unterwegs als auf den Straßen der Städte. Der Reichtum menschlichen Geistes, des Spiels, der direkten Kommunikation über den Erdball hinweg mag perverse Formen angenommen haben, aber er kann auch emanzipatorisch erschlossen werden.

Wir sind nicht verdammt, Auto zu bleiben. Aber wie immer ist es kurzfristig einfacher und preiswerter, auf den bisherigen breiten Autobahnen zu bleiben als neue Pfade einzuschlagen. Die Wiederherstellung eines bisherigen Einverständnisses ist viel leichter zu erreichen als ein neuer Konsens beim Aufbruch in eine bisher unbekannte Welt. In die Strukturen heutiger privater Fortbewegung und des Güterverkehrs auf der Straße sind global Dutzende Billionen Euro investiert. Und die Fantasien von Freiheit sind immer noch autobesetzt. Die Anschubkosten einer neuen Entwicklung sind zunächst viel höher als die, einfach so weiter zu machen, auch wenn sie langfristig deutlich geringer wären. Dies sind Gründe, warum so selten in der Geschichte neue Entwicklungswege eingeschlagen werden.

Dabei liegen die Alternativen auf der Hand (Brie, 2009). Es sind dies aber nicht das Elektroauto oder Biosprit, die nur die gleichen Bedürfnisse innerhalb der gleichen Strukturen mit etwas verbesserten Mitteln zu befriedigen sucht. Es ist vor allem der öffentliche Personen- und Güterverkehr. Im Vergleich zum Auto und LKW liegen die gesamtgesellschaftlichen Kosten für diesen Verkehr bei der Hälfte, die CO₂-Emissionen betragen nur zehn bis 20 Prozent, die Zahl der Verkehrstoten je zurückgelegten Kilometer würde auf ein Sechstel oder Achtel sinken. Kommunale Angebote von Taxen und elektronisch betriebenen Leihautos könnten das Problem lösen, wie man zur nächsten Haltestelle kommt, wenn sie weiter als einige hundert Meter weg ist. Ein entgeltfreier Öffentlicher Personennahverkehr würde die Städte von den Autos befreien und ganz neue Orte der Begegnung, der geschäftigen Ruhe, der Arbeit und Erholung schaffen. Es würde eine Zivilisation entstehen, die global verallgemeinert werden kann – sozial wie ökologisch. Verkehrsberuhigung im Kiez, der Bau neuer Straßenbahnen, das Kaufen vor der Haustür sind kleine, aber unverzichtbare Schritte auf diesem Weg.

Man kann viel über die Hindernisse beim Übergang zu einer post-automobilen Gesellschaft sagen – Macht- und Eigentumsverhältnisse, gigan-

tische Aufwendungen des technologischen Umbaus, die Notwendigkeit der Mobilisierung von riesigen Mitteln und ihre Umverteilung von privat zu öffentlich und von Nord nach Süd. Auch der Zeitfaktor spielt eine entscheidende Rolle: Dieser Umbau müsste innerhalb von zwei Jahrzehnten stattfinden und die übergroße Mehrheit aller Gesellschaften erfassen. Lester Brown, Chef des World-Watch-Instituts, schreibt, dies müsste in der Geschwindigkeit der Umstellung einer Friedens- in eine Kriegswirtschaft geschehen (2009, 22). Der Vergleich macht deutlich, dass eine solche Transformation möglich wäre – wenn sie gewollt und als Chance begriffen würde. Er erklärt auch, wieso es nicht durch Ausnahme- und Kriegszustand geht: Wer möchte, wer könnte, wer sollte den Kriegszustand ausrufen. Wieder per Befehl in eine bessere Welt?

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen solchen Wandel liegt in der Veränderung der Arbeit: Erst eine weitere deutliche Verkürzung der Arbeitszeit und die Verwandlung der freien Zeit in Zeit der Entwicklung der eigenen körperlichen und seelischen Kräfte jenseits bloßer Erholung der Arbeitskraft kann eine Bedürfnisstruktur freisetzen, die sich der Faszination des Autos zu entziehen vermag. Denn auch und gerade die Muße, die freie Entfaltung der eigenen Physis und Kultur ist anstrengend und aufwendig. Dafür müssen Bedingungen geschaffen werden. Es bedarf befördernder öffentlicher Einrichtungen und ihres privat unerreichbaren Luxus' (Mike Davis), es braucht Hilfe und Gemeinschaftlichkeit. Dies schließt ein, dass der öffentliche Raum seinen Charakter der Fremdheit verliert und zu einem Raum respektvoller Begegnung und solidarischer Gemeinsamkeit wird, gegen den kein Schutz notwendig ist. Es bedürfte einer wahrhaft lebendigen partizipativen Demokratie. Erst dann würde die Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten so wichtig wie die Erwerbsarbeit.

Die Kluft zwischen der heutigen Gesellschaft des Wir sind Auto und einer Gesellschaft, die ihren Frieden mit der Natur macht, kann nur geschlossen werden, wenn die Gegensätze einer privatistisch ausbeutenden Produktions- und Lebensweise solidarisch vermittelt und dabei Schritt für Schritt neue und freiere Lebensmöglichkeiten erschlossen werden. Dies bedarf einer Transformationsperspektive, die an den realen Widersprüchen der Autogesellschaft ansetzt und ihre Überwindung bewirkt. Die Menschen werden nur bleiben, wenn sie nicht Auto bleiben und den Planeten nicht als Autobahn vernutzen. Dies aber ist nur erreichbar, wenn wir, Naturwesen, die wir sind, endlich lernen, schonend und behutsam mit der Welt umzugehen und uns den Reichtum des Öffentlichen erschlie-

ßen. Dann vielleicht würden solidarische Menschen das Maß der Dinge bestimmen und die Erde würde zur Heimat.

Literaturverzeichnis

Brown, Lester, 2008: Plan B 3.0 Mobilizing to Save Civilization, New York

Brie, Michael: Entgeltfreier Öffentlicher Personennahverkehr statt »Abwrackprämie«! Standpunkte der RLS 8/2009, www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte_0908.pdf

Klare, Michael T., 2007: The Pentagon v. Peak Oil. How Wars of the Future May Be Fought Just to Run the Machines That Fight Them, www.tomdispatch.com/post/174810/

*In: LuXemburg 1/2009. September 2009. S. 165-172.
<http://www.zeitschrift-luxemburg.de/sind-wir-auto/>*

Michael Brie
Entgeltfreier Öffentlicher Personennahverkehr
statt »Abwrackprämie«!

Schon lange waren sich Unternehmerverbände, Gewerkschaften und Regierung nicht so einig wie im Moment der Krise: die deutsche Industrie muss verteidigt werden. Gemeinsam wurde in kürzester Frist für den bedrohtesten Industriezweig, den Automobilbau, eine Lösung gefunden: Die »Umweltprämie«, beschlossen im Rahmen des Konjunkturpakets II der Bundesregierung vom 14. Januar 2009. Vorgeschlagen worden war sie von Frank-Walter Steinmeier, dem Kanzler-Kandidaten der SPD, im Dezember 2008. Hatte IG Metall noch 3000 Euro für das Abwracken eines Altautos gefordert, so waren es am Ende »nur« 2500 Euro. Dies ist mehr als das Siebenfache des monatlichen Hartz-IV-Regelsatzes. Kein anderes Projekt der Regierung hat solche Popularität. Gemeinsam mit der Diskussion um die Zukunft von »Opel« beherrscht die »Umweltprämie« die täglichen Schlagzeilen. Während die Auseinandersetzungen Um die »Opel« von Bedrohung kündigt, steht die »Umweltprämie« dafür, wie die Krise zur Chance wurde - gerade auch für die »kleinen Leute«.

Kaum wurde die »Umweltprämie« verkündet, finden wir auf den Websites der Hersteller solche Losungen wie: »Opel macht Deutschlands Straßen sauberer.« »BMW verdoppelt die Umweltprämie«. Und über VW heißt es auf der Website von Autor-Presse: »Das gab es noch nie! Sie können zusätzlich zum AUTO-PRESSE Neuwagenrabatt und der Umweltprämie der Bundesregierung die VW Umweltprämie plus von bis zu 7.500 Euro beim Kauf eines VW Neuwagens erhalten. Damit ist es möglich, zusätzlich zu unserem Neuwagenrabatt bis zu 10.000 Euro zu sparen!« Aber all dies sollte nicht vergessen machen, dass der durchschnittliche Preis für einen Neuwagen in Deutschland deutlich über 20.000 Euro liegt.

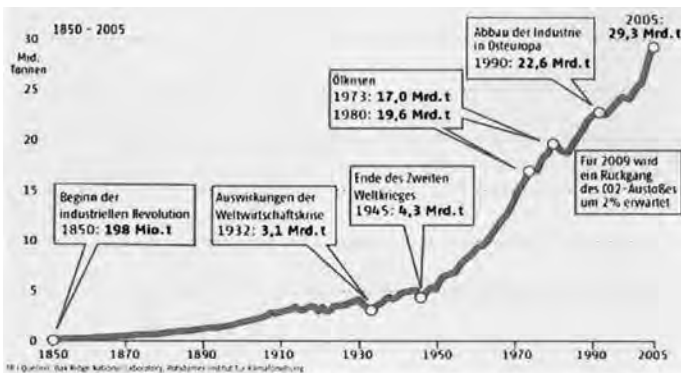
Das reale Ergebnis der »Umweltprämie« ist beeindruckend: Im Mai 2009 sind schon über 1,5 Mio. Anträge gestellt. Die zunächst auf 1,5 Mrd. Euro beschränkte Fördersumme wurde erhöht auf insgesamt 5 Mrd. Euro bis zum Ende dieses Jahres. Allen Versuchen der Begrenzung dieser Summe

oder der Absenkung des Förderbetrags wurde eine Absage erteilt. Es ist Wahlkampf in Deutschland.

Die »Umweltprämie« ist ein charakteristisches Beispiel für Strategien der Herrschenden im Moment der Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus, einen gesellschaftsweiten Konsens herzustellen, der die gegensätzlichsten Interessen miteinander verbindet und sie so ausrichtet, dass die Grundtendenzen bisheriger Politik fortgesetzt werden können, wenn auch mit veränderten Mitteln:

1. Die »Umweltprämie« ist strukturkonservativ und spaltet: Sie setzt auf den Erhalt vorhandener Produktions-, Infrastruktur-, Konsumtions- und Lebensweisestrukturen. Die Autogesellschaft wird verteidigt als zentraler Ort kapitalistischer Produktion und wichtige Basis der Lohnerwerbengesellschaft, der Hochburgen des Modells Deutschland, der Kernbelegschaften, die zugleich das Rückgrat der IG Metall bilden. Diese Verteidigung der schrumpfenden Kernstrukturen des deutschen Industriesystems geht zugleich einher mit der Ausweitung des Feldes prekärer Beschäftigung, wachsender Unsicherheit und Verarmung. Working poor hat in Deutschland US-amerikanische Maßstäbe angenommen, Leiharbeiter sind zum immer schwächeren Reserveproletariat geworden. Sie waren die Ersten, die gehen mussten, als die Krise die Automobilindustrie erreichte. An ihnen geht diese Lösung vorbei. Durch eine strukturkonservative Politik wird die Spaltung der Gesellschaft und gerade auch der Lohnabhängigen weiter vorangetrieben.

Grafik 1: Entwicklung des weltweiten CO₂-Ausstoßes



2. Die »Umweltprämie« behauptet »grüne Modernisierung«: CO₂-Reduktion soll mit dem Abwracken alter Autos und der Zulassung von neueren Wagen erfolgen. Die sog. ökologische Modernisierung erweist sich dabei als Fortsetzung einer Entwicklung, die auf fossilen Brennstoffen, basiert und auf Großstrukturen und Großkonzerne setzt. Dabei geht ein Fünftel des globalen CO₂-Ausstoßes auf den Verkehr zurück. Dies soll der energieeffizienten Erneuerung und Senkung der Umweltbelastungen dienen. Eine strategisch ausgerichtete Konversion findet nicht statt. Die Krise wird so nicht zu Chance, die notwendige zusätzliche Staatsverschuldung einzusetzen für eine ökologisch ausgerichtete Transformation hin zu den Strukturen eines solaren Zeitalters. Noch einmal werden die immer knapper werden Ressourcen verschwendet, um eine mit Recht in Frage gestellte Produktionsweise zu erhalten.
3. Die »Umweltprämie« ist Teil der herrschenden Sprachpolitik und steht für das neoliberale Neusprech der Umdeutung der Begriffe in ihr Gegenteil (George Orwell). Die »Umweltprämie« ist eine Prämie, die man für fortgesetzte bzw. sogar verstärkte Umweltzerstörung erhält. Aufgrund der Tatsache, dass neue Autos alte Autos verdrängen, die leichter gewesen sind, sinkt der Benzinverbrauch zumeist nicht, und auch der CO₂-AUS- stoß bleibt gleich oder erhöht sich sogar. Es werden volkswirtschaftliche Werte (Altautos) mit der Abgasnorm *Euro 4* verschrottet und teilweise durch Autos ersetzt, die sogar mehr CO₂ freisetzen. Hätte man primär die Umweltbelastung senken wollen, so wäre der kostenfreie Einbau von Katalysatoren in Altautos der beste Weg gewesen. Schlimmer noch: Beachtet man die ökologische Gesamtbilanz eines Autos über die Lebenszeit von Produktion bis Verschrottung so erweist sich, dass die gesteigerte Nachfrage nach neu produzierten Autos zusätzliche Umweltzerstörung anrichtet. Zudem verlangen sie mehr Aluminium und Kunststoffe als frühere Autos, so dass ihre Produktion bzw. zukünftige Entsorgung stark umweltbelastend ist.
4. Die »Umweltprämie« ist patriarchal: Die Phantasien, die angesprochen sind, sind männlich. Das Leuchten der Augen beim Anblick der schickeren Karosse soll den Blick »männlicher Jäger« bei der Witterung eines Raubtiers ersetzen. Nur ist ein Jaguar etwas teuer. Wäre es um die Umwelt gegangen, so wäre vor allem die Förderung des Kaufs von Kühlschränken beim Abwracken aller jener, die keine sehr hohe Effizienzklasse haben, wesentlich sinnvoller. Und auch der kostenlose Austausch von klassischen Glühbirnen gegen Energiesparlampen, wie er in Venezuela praktiziert wird, wäre ökologisch außerordentlich wirksam.

Eine einzige 11-Watt-Energiesparlampe, mit der eine 60-Watt-Glühlampe ersetzt wird, spart im Laufe ihres Lebens etwa 735 kWh. Zur Erzeugung dieser 735 kWh sind 830 kg Braunkohle notwendig, die 2100 kg CO₂ freisetzen/Aber Kühlschrank und Glühlampe gehören offensichtlich immer noch in die »weibliche« Welt des Heims.

5. Die »Umweltprämie«: stellt Zustimmung der Subalternen her. Sie ist eine sehr erfolgreiche Herrschaftspraxis. In Zeiten der Krise können genau jene, die sowieso schon eng dran sind, ein »Schnäppchen« machen oder davon zumindest träumen. Für nicht wenige ist es die Chance, sich zum ersten Mal ein wirklich neues Auto leisten zu können. Sie ziehen in die Autohäuser, rätseln darüber, ob sie es sich irgendwie doch leisten können, vergleichen ihr altes Auto mit einem neuen, besseren, einem mit Prestige. Sie werden in eine Massenbewegung verwickelt, deren Bedingungen von oben gesetzt wurden. Diese Massenbewegung ist nicht kollektiv, sondern privat, verändert nicht die Strukturen, sondern nutzt diese nur aus, bringt nicht zusammen, sondern spaltet.

Die »Umweltprämie« ist eine »aktivierende Passivierung« (Antonio Gramsci) der unteren Mittelschichten. Sie beteiligen sich mit hohem Engagement am Ausbau genau jener Strukturen, durch die sie beherrscht werden. Die »Umweltprämie« macht sie zu »Krisengewinnern«, gerade noch rechtzeitig im Wahljahr und bevor die Krise die Arbeitslosigkeit richtig hoch treibt. Sie erhalten Chancen zugeteilt, über deren Sinn oder Unsinn sie nicht entschieden haben. Und dabei wird ihnen zudem das Gefühl vermittelt, sie könnten durch Nutzung dieser Chancen ihre eigene Lage und die der Gesellschaft (Umweltsicherung, Schutz von Arbeitsplätzen) real verbessern. Es ist dies eine kulturelle Herrschaftspraxis: Der einzelne als privater Autofahrer, der den öffentlichen Raum gleichgültig verwendet, dabei keine Rücksicht nimmt auf Natur und Umwelt, immer durch Fahrlässigkeit zur Bedrohung für andere werden kann, wird bestätigt: Ich bin, was ich fahre. Anstelle der Solidarität des öffentlichen Verkehrs wird der private Wettbewerb auf den Straßen gewählt. Dies erzeugt genau jene Gesellschaft, die so leicht neoliberal beherrscht werden kann.

6. Die »Umweltprämie« macht abhängig. Viele der Käufer neuer Autos nehmen Kredite auf, denn die Zinsen sind relativ günstig und viele haben auch keine Reserven, um das neue Auto aus der »Portokasse« zu bezahlen. Für sie sind diese rund 10.000 Euro keine »peanuts«. Das System von Verschuldung und spekulativer Finanzakkumulation wird weiter angeheizt. Aber diese Kredite müssen bedient werden. Das ist ein zusätzlicher Grund, fast gnadenlos mit sich selbst und anderen um die

Arbeitsplätze zu kämpfen, Leiharbeiter als feindliche Konkurrenz zu behandeln, Migranten »nach Hause« schicken zu wollen. Und vielleicht wird bald dieser oder jener doch den Kredit nicht bedienen können und in den privaten Bankrott getrieben, weil die Krise die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen auf fünf Millionen erhöhen wird.

7. Die »Umweltprämie« entsolidarisiert. Sie erzeugte einen Wettlauf zwischen allen, die sich formal ein Recht darauf ausrechnen. Denn die anfänglich bereitgestellten 1,5 Mrd. Euro hätten nur für rd. 5 Prozent jener Autos, die in Deutschland älter als 9 Jahre sind, ausgereicht. Bis heftige Proteste dem ein Ende machten, wurde ein »Windhundverfahren« in Gang gesetzt: Diejenigen, die zuerst die vollständigen Anträge eingereicht hatten, sicherten sich dadurch ihre Ansprüche. Anstelle gründlichen Abwägens wurde die Hätz von Schnäppchenjägern ausgelöst. Und Hartz-IV-Empfänger sind (wieder einmal) per Gesetz arm dran, ihnen wird nichts geschenkt. Und jene 30 Prozent der Bevölkerung, die kein Auto haben, weil sie so nicht fahren wollen oder es sich nicht leisten können, sind sowieso exkommuniziert aus der Mehrheitswelt.
8. Durch die »Umweltprämie« wird Mobilität als privater Luxus der kleinen Leute (des »Nordens« und der aufsteigenden Mittelklasse im Süden) inszeniert, der seine Kehrseite im Mangel, Umweltzerstörung, zugeparkter, lauter, verdreckter, stinkender und für den Fußgänger immer gefährlichen Städte hat und in den ökologischen GAU führt. Weltweit verursacht das heutige, vom privaten Auto und Motorrad beherrschte Verkehrssystem jährlich über eine 1,2 Mio. Tote und rd. 50 Mio. Verletzte. Diese Zahlen werden sich, wenn keine Wende eintritt, in den nächsten zwanzig Jahren voraussichtlich um rd. 60 Prozent erhöhen, so die Weltgesundheitsorganisation.¹ In Deutschland sind es jährlich »nur« 4.500 Tote, insgesamt aber seit 1950 über 700.000!
9. Die »Umweltprämie« treibt die Energie- und Rohstoffpreise auch für das Lebensnotwendige hoch, befördert eine Situation, in der die Produktion von Triebstoff, erzeugt aus Getreide, Zuckerrohr usw. durch Großkonzerne und von ihnen abhängigen Farmern die Erzeugung von Nahrungsmitteln durch Bauern und ihre Genossenschaften verdrängt, die Nahrungsmittelsicherheit ganzer Länder zerstört. Die »Umweltprämie« hier in Deutschland nimmt die wachsende Zahl von Hungertoten in der Welt als »Kollateralschaden« in Kauf. Die deutsche Regierung und die Mehrheit im Bundestag haben sich der vielfachen fahrlässigen Tötung schuldig gemacht. Und die Bevölkerung, zu Schnäppchenjägern gemacht, ist Mitläufer.

Es wird Zeit, über konkrete Alternativen zu sprechen: solidarisch, ökologisch, demokratisch, die Entwicklung im Süden des Planeten befördernd. Was wäre, wenn die Gewerkschaften, soziale Bewegungen und die parteipolitische Linke den alten Gedanken eines entgeltfreien öffentlichen Personennahverkehrs auf die Tagesordnung setzen würde?!

Eine seit über 30 Jahren unterdrückte Alternative: der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) zum Nulltarif

Eine Krise, so der Chefs des Weißen Hauses von US-Präsident Obama, Rahm Emanuel, sei die Chance, »Dinge zu tun, von denen Du glaubst, Du hättest sie ohne diese Krise nicht tun können«. Die alten Pfade, die zu dieser Krise geführt haben, können verlassen werden. Dabei kommt es nicht darauf an, die fertige Lösung für die ganze Komplexität der Probleme zu finden, sondern schrittweise vorzugehen. Aus der modernen Evolutionstheorie kann man lernen, dass es nicht darauf ankommt, »ein gutes Tier hervorzubringen, sondern gute Bausteine zu finden, die sich zu guten Tieren zusammensetzen lassen« (John Holland). Das Komplizierte eines grundlegenden Zivilisationsumbruchs kann einfach begonnen werden, immer in der Hoffnung, dass sich die guten Bausteine am Ende auf heute noch völlig unvorhersehbare Weise zu einem besseren, einem solidarischen Ganzen verbinden.

Zu den Versuchen, den Neoliberalismus mit anderen Mitteln fortzusetzen, und der Konjunkturkrise der Automobilindustrie durch eine antiökologische und antisoziale »Umweltprämie« zu begegnen, gibt es eine seit langem bekannte und vieldiskutierte und doch fast völlig zum Vergessen gebrachte Alternative – den öffentlichen Personennahverkehr zum Nulltarif. Seit dem Richta-Report der Reformkräfte der Tschechoslowakei der späten 1960er Jahre und der Publikation der »Grenzen des Wachstums« des Club of Rome von 1972 war klar, ein Weiter-So führt in die Katastrophe. Die Unmöglichkeit der globalen Verallgemeinerung der Auto-Gesellschaft war common sense und stillschweigend haben wohl viele gehofft, dass die Menschen in China und Indien, Asien, Afrika und Lateinamerika arm bleiben und sich bestenfalls mit der Geschwindigkeit von Fahrrädern fortbewegen. Die Zerstörung menschlicher Persönlichkeit durch eine Gesellschaft des »Habens« (Erich Fromm) war schon vor vierzig Jahren gut erforscht. Die Zivilisationskrise warf ihre Schatten lange voraus. Heute ist sie eingetreten.

Der Neoliberalismus hat mit der Entfesselung des Finanzmarkt-Kapitalismus ein weiteres und vielleicht letztes (?) Mal die Maschinerie des Fossi-

lismus, Konsumismus und des expansiven kapitalistischen Wachstums um jeden Preis sowie der hemmungslosen Selbstbereicherung aller, die sich bedienen konnten, angefeuert. Für Jahrzehnte wurden wichtigste Aufgaben wie die völlige nukleare Abrüstung, der Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung durch einen sozialökologischen Umbau, gemeinsamer Entwicklung von Nord und Süd sowie die Schaffung von Möglichkeiten eines selbstbestimmten solidarischen Lebens als leere Utopien von »Gutmenschen« in zynischer Weise der Lächerlichkeit preisgegeben. Der Untergang des Staatssozialismus wurde als Selbstbestätigung der eigenen Herrschafts- und Lebensweise genossen, während sich real die Elemente einer globalen Zivilisationskrise immer schneller anhäuften, bis sie jetzt zur Explosion kommen. Es ist deshalb an der Zeit, sich der durch den Neoliberalismus zerstörten Alternativen zu erinnern.

Projekte eines für die Bürgerinnen und Bürger entgeltfreien öffentlichen Personennahverkehrs sind schon in der frühen Sowjetunion für kurze Zeit praktiziert worden, fielen dann aber der Neuen Ökonomischen Politik zum Opfer. Zwar blieben die Nahverkehrsbetriebe auch weiterhin hoch subventioniert, von einem Nulltarif wurde aber Abstand genommen. In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren hatten derartige Projekte im Westen ein Comeback. Sie wurden zugleich als Antwort auf die »Grenzen des Wachstums«, den American Way of Life und den Kapitalismus diskutiert. Es gab einzelne, kurzzeitige Experimente auf lokaler Ebene, bis sich der Zeitgeist und die reale Wirtschafts- und Sozialpolitik des sich formierenden Neoliberalismus dagegen wandte. Anfang der 1960er Jahre hatte der Öffentliche Personennahverkehr in der Bundesrepublik noch die gleiche quantitative Bedeutung wie der motorisierte Individualverkehr, 30 Jahre später war sein Anteil auf unter 20 Prozent gesunken.

Eine neue Welle der Diskussion kam in den 1990er Jahren auf und in Brandenburger Städten wie Lübben und Templin begannen 1997 bzw. 1998 neue Versuche der Einführung eines öffentlichen Busverkehrs zum Nulltarif. Das größte Projekt dieser Art läuft gegenwärtig in der belgischen Stadt Hasselt, in der 70.000 Menschen wohnen, 40.000 lernen und studieren und die durch viele sog. »Einpendler« geprägt ist, Menschen, die am Tage für Arbeit, Studium und Einkauf in die Stadt fahren.

1995 kam es im Zusammenhang mit einem Wechsel des Bürgermeisters (der linke Sozialdemokrat Steve Stevaert war 1994 gewählt worden) zur Entscheidung, anstelle einer neuen, dann dritten Ringstraße dazu überzugehen, den öffentlichen Busverkehr zum Nulltarif anzubieten. Es wurde ein Mobilitätsabkommen mit der Region Flandern und dem Verkehrsun-

ternehmen »De Lijn« abgeschlossen. 1997 gab es in Hasselt acht Stadtbusse, die gerade einmal tausend Fahrgäste am Tag hatten. 2007 waren es 46 Stadtbusse und die Zahl der Fahrgäste hatte sich verzehnfacht. Der innere Ring wurde begrünt und umgebaut. Die Innenstadt wurde attraktiver und die Mobilität stieg.

Was spricht für den Öffentlichen Personennahverkehr zum Nulltarif als bundesweitem und europäischem Projekt gerade jetzt in der Krise? Welchen Grand sollte es geben, diesen Einstieg in den Ausstieg aus dem individuellen Autoverkehr zu beginnen?

1. Die erste Frage ist, können wir uns einen Nahverkehr zum Nulltarif überhaupt leisten? Nun liegen die volkswirtschaftlichen Kosten des Öffentlichen Personennahverkehrs bei höchstens der 50 bis 70 Prozent der Kosten für den motorisierten Individualverkehr.² Bezieht man alle Folgekosten ein, so liegen die Aufwendungen im Vergleich noch deutlich niedriger. Die Gesellschaft würde enorm sparen. Ein gleich hohes Brutto sozialprodukt wäre plötzlich deutlich mehr wert.

Wachsender Reichtum der Gesellschaft und ihrer Bürgerinnen und Bürger bei Nullwachstum! Aber die Kosten wären anders verteilt. Sie müssten durch die öffentliche Hand aufgebracht werden. Dies bedeutet eine Umverteilung von privat hin zu öffentlich, damit auch privat gespart werden kann. Die These des »Mehr Netto vom Brutto« erweist sich hier als Demagogie. Denn ein Weniger vom Brutto des Einzelnen wäre real ein mehr für viele Einzelne, wenn es nur wirklich in die richtigen Ausgaben, in den Aufbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, ginge. In Großbritannien geben Autobesitzer rund ein Drittel (!) ihres Nettolohns monatlich für Kosten aus, die mit dem Auto verbunden sind.³ Der Blick auf die bloßen Benzinkosten, den viele anstellen, führt völlig in die Irre. Ein Kleinwagen kostet seinen Nutzer zum Beispiel in Deutschland rd. 320 Euro im Monat, ihre Besitzer gehen aber im Durchschnitt von nur 190 Euro aus.⁴

Wäre die Gesellschaft ein Unternehmen, so würde sie sagen, dass das Kapital, das in den Verkehrsmitteln steckt, möglichst intensiv ausgenutzt werden müsse. Private Autos haben eine genau entgegengesetzte Eigenschaft: Sie stehen vor allem im Wege und auf dem Wege. Sie nehmen gigantische Fläche an Fahrbahnen und Stellplätzen weg. Ihre Produktivität ist gegenüber dem Öffentlichen Personennahverkehr uneinholbar zurück. Ihre Durchschnittsgeschwindigkeit, wenn sie sich bewegen, ist in Städten um ein Vielfaches unter dem von Bahnen. Um diese Kostennachteile privater Autos auszugleichen, werden sie massiv subventioniert. Die Kosten,

- die privat in Rechnung gestellt werden, sind nach unterschiedlichen Angaben nur 70 bis 50 Pro-zent der realen gesellschaftlichen Kosten.
2. Die CO₂-Emissionen in den hochentwickelten Ländern gehen zu rd. einem Viertel auf den Verkehr zurück. Die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln würde den CO₂-Ausstoß um den Faktor 5 oder sogar 10 senken können. Um eine extreme Klimakatastrophe zu verhindern, sind Reduktionen in dieser Größenordnung in den nächsten zwei oder drei Jahrzehnten notwendig. Im Verkehr würde dies auf der Basis vorhandener Technologien allein durch die Umstellung auf öffentliche Verkehrssysteme möglich sein. Es gibt dazu keine vergleichbare technologische Alternative. Auch das sog. Elektroauto müsste ja auf Strom zurückgreifen, der in absehbarer Zeit in vielen Ländern nicht durch erneuerbare Energiequellen erzeugt werden kann. Die Treibstoffe aus landwirtschaftlichen Produkten (»Agrofuel«) haben sich als eine Hauptursache weiterer Umweltzerstörung, des Ruins der ländlichen Produktion insbesondere von Klein- und Mittelbauern und des wachsenden Hungers erwiesen.
 3. Von Garrett Hardin gibt es einen berühmten Artikel: Die Tragödie der Gemeinwesen (1968). Dort schildert er, wie Weideland, wenn es im Gemeindebesitz ist, Gefahr läuft, überweidet und zerstört zu werden. Was er nicht beachtet, ist, dass gute Gemeinden genau dies über viele Jahrhunderte nicht zugelassen haben, ganz anders als die auto- und kapitalfixierten westlichen Gesellschaften, die ihren »Schafen« frei Lauf ließen. Sie haben zugelassen, dass die Autos den Globus zerstören, die Städte verstopfen, sie mit Abgasen vergiften, die Ressourcen erschöpfen, das Land zerteilen durch immer größere Straßen. Weltweit gab es im Jahre 2007 über 800 Millionen Autos, davon 250 Millionen in den USA. Jährlich werden rd. 70 Millionen neue Autos produziert.⁵ Die Zahl von Toten je zurückgelegtem Kilometer ist beim Auto sechs- bis achtmal so hoch wie bei Bus oder Eisenbahn. Autos sind nicht nur eine Waffe gegen die Natur, sie richten auch ein Gemetzel unter motorisierten und nicht motorisierten Bürgerinnen und Bürgern an. Wir haben uns für das buchstäblich mörderischste Verkehrssystem entschieden.
 4. Ein Hauptgrund, der für Autos zu sprechen scheint, ist die erhöhte individuelle Mobilität, die Möglichkeit, direkt von Haus zu Haus zu kommen. Dem stehen zum einen die oft langen Fahrzeiten gegenüber. Zum anderen könnte die grundsätzliche Verlagerung des Personenverkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel mit dem hochsubventionierten oder gleichfalls entgeltfreien Ausbau eines Taxisystems für kurze Strecken kombiniert werden. Auch die Möglichkeit von Carsharing für »die letz-

ten zwei Kilometer« ist in Erwägung zu ziehen, wobei eine Nutzung in der Höhe von 50 km (oder in dünn besiedelten Gebiete auch mehr) im Monat kostenfrei wäre. Die Lieferung von Einkäufen würde nicht im privaten Auto, sondern durch Massenslieferanten erfolgen. Länder wie die Schweiz zeigen, dass ein gutes dichtes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln die Nutzung des privaten Automobils deutlich senkt. Umgekehrt ist die Ausdünnung des öffentlichen Angebots, seine Verschlechterung oder das schlichte Fehlen entsprechender Angebote eine wesentliche Ursache des steigenden motorisierten Individualverkehrs.

5. Die Verdrängung des Autos aus den öffentlichen Räumen unserer Städte würde deren Rückgewinnung als Räume der Begegnung, des öffentlichen Lebens auf der Straße, der gefahrlosen Begegnung mit Fremden ermöglichen. Die Belastung durch Lärm, Schmutz (Feinstaub) und Abgase würde drastisch sinken. Viele große Straßen könnten weitgehend begrünt werden. Man stelle sich für einen Moment die Zentren von Rom und Paris autofrei vor! Die Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung über die Stadt würden steigen. Mit deutlich gestärkten kommunalen Verkehrsbetrieben könnten Unternehmen starker bürgerlicher Mitbestimmung entwickelt werden. Anstelle der Zwänge privater Mobilität untergeordnet zu werden, würden die Städte ganz anders demokratisch gestaltbar. Die Städte des »Habens« sind die des Autoverkehrs und der Konsumtempel, oft auf der zubetonierten Wiese, die Städte des »Seins« sind Orte öffentlichen Nahverkehrs und der Kultur.
6. Ein Öffentlicher Nahverkehr, der zum Nulltarif angeboten wird, ist ein typisches Mitte-Unten-Bündnis.⁶ Er ist solidarisch mit den Schwächeren, jenen, die sich kein Auto leisten können, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind, von dessen Mängeln besonders betroffen sind, denen teilweise aber auch das Geld für eine Monatskarte fehlt. Und er ist ein Angebot für die Mittelschichten, ihre hohe Mobilität nicht als privaten Luxus der Wenigen, sondern als »Luxus des Öffentlichen« (Mike Davis) zu praktizieren, der allen zugänglich ist und keinen ausschließt.
7. Ein ausgebauter öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif wäre eines jener Projekte, die wirkliche globale Kooperation ermöglichen. Der private Autoverkehr ist nicht global zu verallgemeinern, auch wenn genau daran gerade gearbeitet wird. In den reichen Ländern des Nordens ist die gleichzeitige Aufrechterhaltung eines privaten und öffentlichen Verkehrssystems heute noch zu finanzieren, aber wohl kaum noch morgen. Im Süden ist dies schon heute ausgeschlossen. Hier ist die Mobilität sozial extrem eingeschränkt. Der Umstieg auf den ÖPNV zum Nulltarif

im Norden wäre eine wirksame Entwicklungshilfe: Er senkt die Nachfrage nach Ressourcen, verringert die Klimagefährdung, von der vor allem der Süden bedroht ist, bietet ein Modell an, dass anders als der motorisierte Individualverkehr tatsächlich global verallgemeinert werden kann, könnte mit einem entgeltfreien Technologietransfer von Nord nach Süd verbunden werden. Ein Teil der volkswirtschaftlich eingesparten Kosten könnten in die Förderung entsprechender Infrastrukturprojekte in den Entwicklungsländern investiert werden.

In der jetzigen Krise sind öffentliche Konjunkturprogramme notwendig, um eine dauerhafte Rezession zu verhindern. Die Frage ist nur, ob es Programme wie die der »Umweltprämie« sein sollen, die Industrien und Technologien fördern, die völlig überholt sind und einem vergangenen Zeitalter angehören, oder die des langfristigen sozialökologischen Umbaus. Der Planet ist zu klein geworden, um auf seine Kosten noch weiter Ressourcen zu verschwenden. Die Not ist zu groß, um durch wachsende Staatsverschuldung überlebte Strukturen zu erhalten. Die Chancen eines Wandels liegen zu sehr auf der Hand, als dass ein phantasieloses zerstörerisches Weiter-So geduldet werden sollte. Es ist Zeit, aus der Krise eine Chance zu machen, genau das zu tun, was wir eigentlich schon immer wollten - aufbrechen in eine gute, eine solidarische und deshalb auch autofreie Gesellschaft.

Standpunkte der RLS 8/2009, www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte_0908.pdf

¹ Peden M, Scurfield R, Sleet D et al. (eds.) (2004). World report on road traffic injury prevention. World Health Organization. ISBN 92-4-156260-9. http://who.int/violence_injury_prevention/publications/road_traffic/world_report/en/. Retrieved on 2008-06-24.

² Diesendorf, Mark. »The Effect of Land Costs on the Economics of Urban Transportation Systems« (PDF). Proceedings of Third International Conference on Traffic and Transportation Studies (ICTTS2002): 1422-1429. Retrieved on 2008-04-15.

³ Osborne, Hilary (2006-10-20). »Cost of running a car ,exceeds £5,000« . The Guardian (London: Guardian Media Group), <http://www.guardian.co.uk/money/2006/oct/20/motoring>.

⁴ http://www.focus.de/auto/diverses/umfrage_aid_119549.html.

⁵ http://en.wikipedia.org/wiki/Automotive_industry

⁶ Vgl.: Michael Brie: Segeln gegen den Wind. Bedingungen eines politischen Richtungswechsels in Deutschland. In: Michael Brie; Cornelia Hildebrandt; Meinhard Meuche-Mäker: DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin 2007, S. 259 - 318.

Michael Brie

Unser Kirschbaum und der gebrochene Gesellschaftsvertrag
Notizen aus der post-post-agrarischen Ära

Heute habe ich Vertrauensarbeitszeit. Das funktioniert ganz einfach: Der Arbeitgeber denkt, ich sitze zu Hause und arbeite, und ich denke auch, dass ich arbeite. Meistens liegen beide Seiten da ganz richtig. Nur nicht jetzt. Nicht, wenn unser großer Kirschbaum endlich Früchte trägt und ich am Fenster sitze und gebannt auf das irre Treiben der Vögel in seiner Krone starre.

»... könnte man zu den Vorteilen des Gesellschaftszustandes die sittliche Freiheit hinzufügen, die allen den Menschen erst in Wahrheit zum Herrn über sich selbst macht; denn der Trieb der bloßen Begierde ist Sklaverei, und der Gehorsam gegen das Gesetz, das man sich selbst vorgeschrieben hat, ist Freiheit.« (Jean-Jacques Rousseau)

Natürlich leben wir im postindustriellen Zeitalter, da kann man schon vergessen, dass dies die post-post-agrarische Ära ist. Das Sammeln und Jagd liegt sogar noch weiter zurück. Aber heute werde ich daran erinnert, dass es die Natur noch gibt, und dies den ganzen Tag über. Da hilft auch der ganze Computerkram nichts.

Die Früchte an unserem Kirschbaum werden gerade reif. Schön sieht das aus. Viele hellrote Kugeln zwischen den saftig-grünen Blättern. Ich muss nur warten, bis die Kirschen groß und dunkelrot werden. Dann zergehen sie auf der Zunge. Es sind nur noch ein paar Tage hin. Aber genau da liegt das Problem.

Die Vögel des nahen Waldes und ich haben einen Gesellschaftsvertrag. Ich mache die Arbeit, befreie den Baum von totem Holz, pflege seine Wunden, gieße ihn sogar, wenn der Frühling besonders trocken ist. Die Vögel müssen gar nichts tun. Sie halten sich an das Neue Testament: »Seht euch die Vögel des Himmels an. Sie säen nicht, sie ernten nicht und sammeln keine Vorräte in Scheunen; euer himmlischer Vater ernährt sie...« Nur: Das mit dem himmlischen Vater stimmt so nicht – es ist unser Kirschbaum, an dem sie sich gerade hemmungslos gütlich tun.

Deshalb die Sache mit dem Gesellschaftsvertrag. Mein Vorschlag an die Vögel war: Ich mache die Arbeit und sie können ernten; alles, was über dreieinhalb Meter Höhe wächst, sei ihnen geschenkt. Da komme ich sowieso nicht hin. Nur eine Bedingung: Der kleinere Rest darunter gehört uns. Dies ging auch ganz gut. Der Baum wuchs und die Vögel hatten mehr und mehr vom Bruttobaumprodukt. Jetzt gehört schon über die halbe Ernte rechtens ihnen, denn der Baum hat nun stolze acht Meter Höhe erreicht. Ich unten, sie oben. Ich arbeite, sie genießen. Mein Anteil bleibt gleich, ihrer wächst. Ähnlichkeiten mit dem Klassenkampf in der Welt sind ganz zufällig. Wie sagte der Großinvestor Warren Buffet: Meine Klasse gewinnt immer. (Ganz leise soll er hinzugefügt haben: Aber das sollte sie nicht. Kann er nicht so ernst gemeint haben, der Genosse Milliardär.)

Jetzt ist der Baum sehr groß und die Gier der Vögel kennt keine Grenzen. Erst kamen die Amseln und dann die Spechte, später die Tauben und der Eichelhäher. Jetzt sind ganze Seilschaften von Staren im Baum, und dies eben nicht nur oben. Meine Frau meint, die Stare sähen besonders frech aus. Ich kann schon singen, was Hoffmann von Fallersleben 1835 gedichtet haben soll: »Amsel, Drossel, Fink und Star und die ganze Vogelschar...«. Ich sehe nur nicht »lauter Heil und Segen«, sondern ein wildes Hin und Her zwischen Wald und Baum, Baumspitze und Rasen. Und die kleinen hellroten Kugeln am Baum verschwinden in einem atemberaubenden Tempo. Dabei sind die Kirschen noch gar nicht reif.

Pflücke ich die Kirschen jetzt, kann ich sie auch wegwerfen. Warte ich noch ab, dann hilft mir nur der schöne Rat des Messias: »Sorgt euch ... nicht um morgen; denn der morgige Tag wird für sich selbst sorgen. Jeder Tag hat genug eigene Plage.« Die heutige Plage ist unübersehbar. Dauern renne ich raus und verweise auf meinen wunderbaren Gesellschaftsvertrag. Ich rufe, schreie, brülle. Die Vögel sind taub auf diesem Ohr. Sie zwitschern vergnügt. Mein Fuchteln und Fluchen scheint sie nur zu ermuntern. Sie picken noch eifriger.

Soll ich wirklich sorglos zusehen, wie wir um die ganze Kirschernte gebracht sind? Ich hatte unsere beiden Katzen auf den Baum gejagt. Da saßen sie auf den dicken Ästen und schauten zu – hilflos und nervös –, wie die Vögel auf den Astspitzen die Kirschen anpicken und abreißen. Seitdem liegen die Katzen frustriert und apathisch in der Wohnung und lassen sich füttern, aber nicht mit Vögeln, die sitzen immer noch auf dem Baum. Ich würde mir ja einen Hund anschaffen, doch der bellt nur von unten – das kann ich auch selber.

Dann gab es das Angebot eines dieser Supermärkte. Ich habe zugegriffen – vier mal vier Meter große dünne, grüne Netze. Dafür hätte ich mir viele Kilo spanische Kirschen kaufen können, ganz solidarisch. Aber es ist so eine Sache mit dem Schutz des Eigentums, wenn man unten ist. Wie bekommt man die Netze auf einen Baum, der acht Meter hoch ist? Ist zudem kreuzgefährlich. Wenn mein Arbeitgeber wüsste, in welche Lebensgefahr ich mich in der Vertrauensarbeitszeit begeben! Ich habe zumindest versucht, meinen unteren Anteil zu schützen – bis zur Dreieinhalb-Meter-Grenze, wie vereinbart. Sauber habe ich die Netze von außen auf den Baum gelegt und mit Wäscheklammern befestigt. Sieht auch schön aus mit den vielen roten Klammern! Aber nachdem die Vögel oben alles weg gefressen hatten, kriechen sie nun von innen unter die Netze. Da können sie ganz geschützt weiter naschen. Die Sache mit dem passiven Widerstand ist grandios gescheitert.

Natürlich könnte ich mir das Luftgewehr meines Sohnes nehmen – es ist halbautomatisch und bringt es auf drei Schuss in der Sekunde. Dies wäre toll. Rata-tata: Lauter tote Vögel unter dem Baum, hübsch gefiedert, die Krallen erstarrt in der Luft, die dunklen kleinen Augen blind. Was würden jedoch die Nachbarn sagen? Die petzen ja schon, wenn man am Sonntag mal den Rasenmäher anwirft, dabei ist das allemal besser als diese öde Popmusik. Außerdem singen die Amseln im Morgengrauen und am Abend so schön, oft ganz oben auf dem Kirschbaum. Was der Eichelhäher macht, wenn er nicht unsere Kirschen frisst, weiß ich nicht. Die Tauben höre ich in der Tanne gurren. Sie würden mir fehlen. Dies würde ich nun nicht über alle sagen, die »oben« sind, aber über die Vögel schon. Also ist nichts mit Gewalt.

Ich könnte als letzte Konsequenz den Kirschbaum fällen. Kein Wachstum mehr und auch keine Umverteilung von unten nach oben. Dann hätten die Vögel nichts, und mir würde die wunderbare Kirschblüte im April fehlen. Acht Meter weiße Pracht! Da kommen die Bienen und Hummeln, die schleppen zwar auch was weg, zu meinem Kollegen, dem Imker, aber das finde ich sogar gut; sonst gibt es ja keine Früchte.

Und außerdem: Wenn ich den Baum fälle, muss ich neu pflanzen. Es gibt eine Baumordnung in der Gemeinde. Was soll ich aber pflanzen? Es gibt natürlich die kleinen, nur zwei Meter hohen Kirschbäumchen. Die könnte ich dann wunderbar von oben wie von unten in die grünen Netze packen. Sieht aber blöde aus. Und den Schatten an heißen Sommertagen hätten wir auch nicht mehr.

Heute ist Vertrauensarbeit. Der Tag ist ein Plage. Ich werde es nicht erleben, dass die Kirschen dunkelrot und saftig werden. Ich glaube, ich

fahre doch rein nach Berlin und kaufe mir auf dem Rückweg zwei Kilo Kirschen. Dann weiß der Arbeitgeber zudem, dass ich unter seinen Augen so tue, als ob ich arbeite. Und wenn ich zurückkomme, leuchten nur noch die Klammern knallrot zwischen den grünen Blättern.

Jetzt kann ich endlich wieder vertrauensvoll zu Hause arbeiten. Die Netze stehen zum Verkauf, vielleicht ist jemand interessiert. Die da oben sind einfach zu fit. Mein Gesellschaftsvertrag ist großartig, nur reicht es eben nicht, wenn sich nur die dran halten, die unten sind.

*In: Neues Deutschland vom 14.7.2013,
[http://www.neues-deutschland.de/artikel/
232514.unser-kirschbaum-und-der-gebrochene-gesellschaftsvertrag.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/232514.unser-kirschbaum-und-der-gebrochene-gesellschaftsvertrag.html)*



Dr. Michael Chrapa, Workshop RLS 2002, Berlin



Überlegungen zur Transformationsforschung in Rio 2004

MitarbeiterInnen des IfG

Harry Adler	Mitarbeiter der Redaktion der Zeitschrift <i>Luxemburg</i>	
Lutz Brangsch	Kritische Staats- und Demokratieforschung	
Michael Brie	Geschichte und Theorie des Sozialismus	
Mario Candéas	Politische Ökonomie des Kapitalismus	
Erhard Crome	Friedens- und Sicherheitspolitik	
Judith Dellheim	Solidarische Wirtschaft – sozialökologische Transformation	
Markus Euskirchen	Internetpolitik	
Barbara Fried	Redakteurin der Zeitschrift <i>Luxemburg</i> und Reproduktionsökonomie	
Cornelia Hildebrandt	Parteienforschung	
Horst Kahrs	Das Öffentliche/Sozialstrukturanalyse	
Tadzio Müller	Klima- und Energiepolitik	
Katharina Pühl	Feministische Gesellschaftskritik	
Thomas Sablowski	Politische Ökonomie der Globalisierung	
Uta Tackenberg	Wissenschaftliche Assistentin	
Isabel Ullrich	Sachbearbeiterin	
Fanny Zeise	Arbeit/Produktion/Gewerkschaften	



Präsentation der Mitarbeiter des IfG – Institut für Transformationsforschung, 2013

Impressum

Dieter Klein, Cornelia Hildebrandt, Rainer Rilling,
Mario Candeias, Michaela Klingberg (Hrsg.)

»Segeln gegen den Wind«
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
2014

Satz: Anne Kemnitz

Druck und Verarbeitung:
MediaService GmbH
Druck und Kommunikation

Illustrationen: Elke R. Steiner

